

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
I. Am Sylvesterabend 1867	1
II. Schrott's Vienen.	
Lyrisches, Didaktisches und Epigrammatisches.	
Augsburg 1868	20
III. Matthäus Alber, der Reformator Reutlingens .	33
IV. Die französische Presse.	
I. Ihre äußerlichen Verhältnisse	68
V. Der Schulzwang ein socialistisches Problem .	89

Historisch-politische Blätter

für das

katholische Deutschland.

Des Jahrgangs 1868

Erster Band.

Historisch-politische
Blätter

für das

Katholische Deutschland,

redigirt

von

Edmund Jörg und Franz Binder.

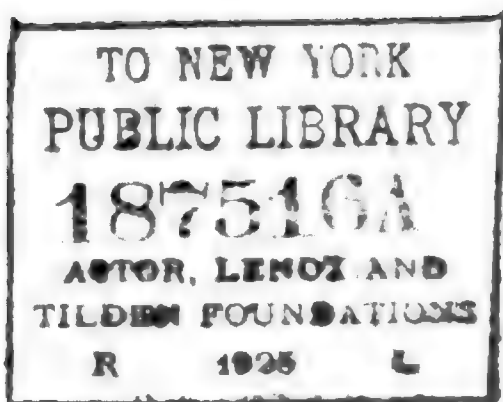
(Eigenthum der Familie Görres.)

Einundsechzigster Band.

München, 1868.

In Commission der Literarisch-artistischen Anstalt.

Printed in Germany



Inhaltsverzeichnis.

	Seite
<u>I. Am Sylvesterabend 1867</u>	<u>1</u>
<u>II. Schrott's Vienen.</u>	
<u>Pyrisches, Didaktisches und Epigrammatisches.</u>	
<u>Augsburg 1868</u>	<u>20</u>
<u>III. Matthäus Alber, der Reformator Reutlingens .</u>	<u>33</u>
<u>IV. Die französische Presse.</u>	
<u>I. Ihre äußerlichen Verhältnisse</u>	<u>68</u>
<u>V. Der Schulzwang ein socialistisches Problem .</u>	<u>89</u>

	<u>Seite</u>
VI. Wandereindrücke in und über Tyrol und Oesterreich. (September 1867).	
Zweiter Artikel	118
VII. <u>Lage und Ausichten in Frankreich.</u>	
<u>(Von der deutsch-französischen Grenze)</u>	136
VIII. <u>Wiener Briefe</u>	149
IX. <u>In Sachen Schindlers.</u>	
I. <u>Berichtigung von Seite des k. k. Justizministeriums</u>	160
II. Die Gegenrede des Einsenders	166
X. <u>Die französische Presse.</u>	
II. Die Parteistellung der Pariser Presse	169
XI. <u>Die religiöse Hezerei.</u>	
<u>Eine Glosse zur deutschen Tagesgeschichte</u>	202
XII. Aus meinem Tagebuch (Januar 1865).	
IV. Die erotischen Größen des Tages im Musterstaate	205
XIII. <u>Zur Geschichte der Philosophie.</u>	
<u>Histoire de la Philosophie. Philosophie ancienne</u> <u>par N. J. Laforet. Bruxelles 1867</u>	216
XIV. <u>Zeitläufe.</u>	
<u>Die unterirdische Diplomatie im britischen Reiche</u> <u>und das Fabula docet</u>	228

<u>XV. Ein juridisches Gutachten in der Dreißig-Napoleon-Geschichte</u>	<u>246</u>
<u>XVI. Die französische Presse.</u>	
<u>III. Die katholische und legitimistische Presse</u>	<u>249</u>
<u>XVII. Briefe des alten Soldaten.</u>	
<u>VIII. Der internationale Bankerott</u>	<u>266</u>
<u>XVIII. Aus meinem Tagebuch.</u>	
<u>V. Zur Geschichte der Schulfrage im Musterstaate</u>	<u>280</u>
<u>XIX. Zur Geschichte der Philosophie.</u>	
<u>Die Psychologie des Aristoteles von Dr. Franz Brentano. Mainz 1867</u>	<u>299</u>
<u>XX. Wiener Briefe</u>	<u>303</u>
<u>XXI. Stimmen der Presse über Jürgs Geschichte der social-politischen Parteien</u>	<u>318</u>
<u>XXII. Möhlers Kirchengeschichte</u>	<u>325</u>
<u>XXIII. Ueber eiserne Pforten.</u>	
<u>Empfehlung von Erzthüren für das Hauptportal der Liebfrauen-Kirche zu München und — den Kölner Dom</u>	<u>343</u>
<u>XXIV. Aus meinem Tagebuche.</u>	
<u>VI. Der Casino-Sturm in Mannheim — eine Orgie der modernen Cultur</u>	<u>356</u>

VIII

	<u>Seite</u>
<u>XXV. Aus dem Predigerorden in Oesterreich</u> . . .	<u>387</u>
 <u>XXVI. Zeitläufe.</u>	
<u>Preußen in Europa und bei sich zu Hause</u> . . .	<u>393</u>
 <u>XXVII. Die französische Presse.</u>	
IV. Die Provinzialpresse, die Revüen und die „kleine Presse“. — Schluß-Übersicht	409
 XXVIII. Einige Züge aus der Geschichte der Niederlande in den letzten zwei Jahren	 434
 XXIX. Maria von Mörl	 449
 XXX. Zeitläufe.	
Die Winkelzüge der orientalischen Politik Frank- reichs und seiner Großmächts-Collegen	 473
 XXXI. Historische Betrachtungen über neues und altes Verfassungsleben	 489
 XXXII. Die Reformation der Reichsstadt Heilbronn . . .	 511
 XXXIII. Die Passauer Annalen und Bischof Konrad II. . .	 535
1) Gegenrede von Dr. Otto. 2) Schlußwort von Dr. Rasinger.	
 XXXIV. Johann Salat von Luzern, Chronikschreiber der Schweizer-Reformation	 542
 XXXV. Wiener Briefe	 548

XXXVI. Zeitläufe.

<u>Die Prozeßirung des Präsidenten der nordameri-</u> <u>kanischen Union</u>	<u>561</u>
---	------------

XXXVII. Beiträge zur neuern Geschichte der pyrenäischen Halbinsel.Zweiter Beitrag.

<u>Dom Miguel in der Verbannung</u>	<u>577</u>
---	------------

XXXVIII. Jakob Wimpheling ein deutscher Humanist 593XXXIX. Die historisch-kritische Ausgabe der Werke Schillers.

<u>Erster und zweiter Band. Stuttgart 1867</u>	<u>614</u>
--	------------

XL. Wiener Briefe 622

XLI. Zeitläufe.

Die neueste Improvisation des Grafen Bismark	637
--	-----

XLII. Eine Jubiläumreise nach Rom 649

XLIII. Historische Betrachtungen über neues und altes Verfassungsleben	653
---	-----

Zweiter Artikel.

XLIV. Die holländischen Juaven im päpstlichen Heere 670XLV. Neuere Werke über Kirchengeschichte.

<u>I. Niedner</u>	<u>690</u>
-----------------------------	------------

<u>II. Hase</u>	<u>694</u>
---------------------------	------------

XLVI. Neuestes über Spanien	698
---------------------------------------	-----

	<u>Seite</u>
<u>XLVII. Streiflichter auf die Wirkungen der neuen National- Oekonomie.</u>	
<u>Vom französischen Standpunkte</u>	<u>709</u>
<u>XLVIII. Die St. Galler Neujaßröblättr</u>	<u>735</u>
<u>XLIX. Streiflichter auf die Wirkungen der neuen National- Oekonomie.</u>	
<u>Vom französischen Standpunkte</u>	<u>737</u>
<u>(Fortsetzung.)</u>	
<u>L. Die badischen Wahlen zum Zollparlament.</u>	
I. Die Wahlbewegung	760
II. Ergebnis der Wahlen	767
III. Die Ursachen der Bewegung	778
IV. Bedeutung und Folgen	790
 LI. Neuere Werke über Kirchengeschichte.	
III. R. Haffe	794
IV. J. H. Kurz	798
 LII. Aus dem Berliner Zollparlament	803
 LIII. Zur Kunstgeschichte.	
<u>Die Legende vom heil. Christophorus und die Plastik und Malerei. Eine Studie über christliche Kunst von August Sienemus. Hannover 1868</u>	<u>814</u>
 LIV. Historische Betrachtungen über altes und neues Verfassungsleben.	
Zweiter Artikel (Schluß)	817
 LV. Die Memoiren Hoffmanns von Fallersleben . .	830

<u>LVI. Streiflichter auf die Wirkungen der neuen National- Oekonomie.</u>	
<u>Vom französischen Standpunkte</u>	<u>857</u>
<u>(Fortsetzung.)</u>	
 <u>LVII. Neuere Werke über Kirchengeschichte.</u>	
<u>V. Guericke</u>	<u>880</u>
 <u>LVIII. Aus dem Berliner Zollparlament</u>	<u>889</u>
 <u>LIX. Streiflichter auf die Wirkungen der neuen National- Oekonomie.</u>	
<u>Vom französischen Standpunkte</u>	<u>905</u>
<u>(Schluß.)</u>	
 LX. Zur „Geschichte des Photius“ von Hergentöther	918
 LXI. Zur neueren Geschichte der Bischöfe von Speyer .	936
 <u>LXII. Neuere Werke über Kirchengeschichte.</u>	
<u>VI. Ph. Schaff</u>	<u>953</u>
<u>VII. J. Alzog</u>	<u>960</u>
 <u>LXIII. Aus dem Berliner Zollparlament</u>	<u>974</u>

I.

Am Sylvester - Abend 1867.

Je mehr wir uns dem Schlusse des Jahres 1867 nähern, desto mehr tritt die frappante Aehnlichkeit desselben mit dem Jahre 1847 hervor, zunächst was die äußern Umstände des socialen Lebens betrifft. Es war ein Hunger- und Unglücksjahr, dem die tiefe Erschütterung des Jahres 1848 auf dem Fuße folgte. Mit allem Recht hat ein norddeutsches Blatt das jetzt dem Ende zueilende Jahr ebenso als ein Hunger- und Unglücksjahr charakterisirt. „Wohin wir blicken in Europa, fast überall sociale Krisen, Noth und Elend, Hunger und Verzweiflung — die Keime und Vorboten künftiger, Staat und Gesellschaft in ihrem heutigen Bestande im innersten Marke erschütternden Ereignisse, wogegen all das sich gegenwärtig breit machende, wichtig thuende Getriebe der Politik in den Kabinetten und Kammern sich ausnimmt wie das Spiel von Kindern die, ohne es zu wissen, auf einem Vulkan sich befinden.“

Selbst im Jahre 1847 war das sociale Weh und Leid kaum so tief und breit über die europäische Menschheit ausgegossen wie jetzt, und wir haben noch nicht die Hälfte der Winterszeit hinter uns, welche eine fortwährende Steigerung

der Noth mit Gewißheit in Aussicht stellt. England führt dießmal den Reigen in dem schaurigen Glendstanz. Die Brod- und Fleischcrawalle des englischen Mob lösen sich ab mit dem chronischen Fenier-Schrecken, ohne daß man wüßte was man eigentlich von der dunkeln Verschwörung dieses Namens mit ihren ungeheuerlichen Freveln zu halten hat: ob es in der That bloß die verzweifelten Regungen der national-irischen Revolutionspartei sind, oder ob unter dem Titel der „Fenier“ die Pariahs der brittischen Nationalöconomie überhaupt mitarbeiten an dem gesellschaftlichen Umsturz? Wie in allen Industrieländern, England voran, so ist auch in Frankreich die steigende Theuerung der Lebensmittel von unaufhörlichen Arbeitseinstellungen begleitet, Strike's von oben und Strike's von unten. In Paris stehen zahlreiche Fabriken leer; hier wie in Lyon und in dem industriereichen Norden des Landes wimmelt es von brodlosen Arbeitern. Nicht minder seufzt der Landbauer unter zunehmendem Nothstand in Frankreich wie in Deutschland. Dasselbe Stocken der nährenden Geschäfte in ganz Europa. Hungerlöhne selbst da wo noch Arbeit zu haben ist. So namentlich in Sachsen und Preußen *). In Ostpreußen ein Massenelend das fast an die berühmte Webernoth und Hungerpest Schlesiens erinnert. In Rußlands westlichen Provinzen, namentlich in Finnland, furchtbare Hungersnoth, Epidemien der Menschen und Thiere. In Schweden steht das verhungernde Volk gegen die Händler auf und muß mit Militärmacht niedergedrückt werden. In Italien der Bankerott des Staats und der Landöconomie vor der Thüre; in Oesterreich die Reduktion der Staatsschuld und somit die Vernichtung der Existenz von Hunderttausenden Gegenstand der öffentlichen Debatte. Haarsträubende Verbrechen, man möchte sagen Massen-

*) In den Sächsischen Arbeiter-Distrikten sind die Wochenlöhne auf 1 Thaler herabgesunken, in einigen Gegenden Preußens steht es noch schlimmer — so berichteten vor Kurzem norddeutsche Blätter.

Verbrechen ringsum und Schlag auf Schlag. Alle die welche unserer ganzen Gesellschafts-Ordnung das Urtheil gesprochen haben, jubeln mit Fug und Recht: „Ja, ja, es gährt und brodeln überall unter der glänzend übertünchten Oberfläche der Civilisation und Cultur des neunzehnten Jahrhunderts, laut und vernehmlich für Jeden, der sein Ohr nicht gewaltsam verschließen will“ *).

Waren im Jahre 1847 die Gemüther mürbe, verstimmt und vorbereitet für große Ereignisse, so sind sie es jetzt unfraglich fast noch mehr. Was aber die Lage noch prägnanter kennzeichnet: das Vertrauen in die Möglichkeit die bestehenden Zustände zu erhalten, ist völlig untergegangen. Niemand glaubt mehr daran, größtentheils nicht einmal mehr diejenigen welche augenblicklich die Macht in Händen haben. Auch sie, ja sie am allermeisten, lassen sich steuerlos nach einem ihnen unbekannten Ziele treiben. Sie haben nicht mehr das Bewußtseyn des göttlichen Rechts ihrer obrigkeitlichen Stellung und der damit verbundenen, vom individuellen Willen oder Nichtwillen unabhängigen Pflichten. Sie haben sich längst beschieden, von der Gnade der bewegenden Elemente ihr Daseyn von einem Tage zum andern zu fristen, und innerlich sind sie wohl alle auf einen geräuschlosen Abzug unter leidlichen Bedingungen gefaßt. Eine Ausnahme machen vielleicht nur die mit der modernen Civilisation weniger fortgeschrittenen Höfe von Rußland und Preußen, die für die Idee der Gewaltherrschaft noch auf starken Anhang zählen dürfen bei ihren energisch gedrückten Völkern. Andererseits ist aber gerade von der letzteren Seite her dem Fasse der Boden ausgeschlagen worden; die geistige Solidarität der Autorität hat den Todesstoß erhalten von einer der hervorragendsten Schutzmächte der Legitimität. Gleichviel ob von der brutalen Gewalt oder von der verzweifelnden Schwäche der Selbstmord begangen worden ist — es gibt

*) Berliner „Social-Demokrat“ vom 11. Dezember 1867.

kein Autoritätsgefühl mehr in der Welt, weder von oben nach unten noch umgekehrt.

Im Jahre 1847 war es noch anders. Damals gab es immerhin noch Obrigkeiten die ihres göttlichen Rechtes und der entsprechenden Pflichten sich bewußt waren, und damit Anklang und Widerhall fanden bei ihren Völkern. Die Autoritäten verbanden sich mit den noch lebendigen Resten der alten historischen Stände und ihrer positiven Rechtsbegriffe. So kam die große Reaktion gegen die Bewegung von 1848 zu Stande. Kaum war aber der Sieg errungen, so begingen die Autoritäten den welthistorischen Treubruch an ihren Verbündeten in der Noth. Der Napoleonismus in Frankreich ging seinem innersten Wesen nach mit dem verhängnißvollen Beispiel voran, und darin beruht die schwerwiegendste Bedeutung der imperatorischen Herrschaft in den Tuilleries. Die Besiegten von gestern waren jetzt die Stützen der Throne, und die Verbündeten von gestern wurden ihrem Schicksal überlassen. Heute liegt das Facit dieser Politik vor. Die radikalen Größen des Jahres 1848 sind jetzt die Minister der Habsburgischen Monarchie diesseits und jenseits der Leitha; der apostolische Kaiser begehrt seine Machtvollkommenheit niederzulegen in die Hände eines Gistra. Was will man mehr!

Der allmähliche Untergang der alten historischen Stände kennzeichnet die innerste Wesenheit der jüngsten Periode von zwanzig Jahren. Die positiven Rechtsbegriffe, deren Träger die fraglichen Stände waren, mußten nothwendig mit untergehen, und es blieb als allgemeines Regierungsprincip nur mehr der politische Rationalismus übrig der sich in dem neuen Stande der „Bourgeoisie“ verkörpert hatte. Von einer politischen Bedeutung der Aristokratie wird Niemand mehr sprechen wollen. Der bürgerliche Mittelstand war längst in reißend schnellem Absterben begriffen; die neuen socialen Gesetzgebungen werden das Werk der Vertilgung unfehlbar beschleunigen, und auf den bürgerlichen Mittelstand zum Zwecke einer politischen Reaktion sich zu stützen, könnte

schon keiner Regierung mehr einfallen. Nur Einer von den alten historischen Ständen widerstrebt noch mit Macht und Kraft dem neuen Herrschafts-Princip; das ist die Corporation des katholischen Klerus. Darum richtet sich auch die ganze Wuth der herrschenden Macht eben jetzt gegen den Klerus; und die Regierungen welche jetzt zu Schleppträgern dieser eifersüchtigen Macht herabgesunken sind, vermöchten nicht zu verhindern, daß daraus eine leibhaftige Kirchenverfolgung entstünde, wenn nicht anderweitige Umstände störend dazwischen treten würden. Die Kirchenverfolgung deren Vorboten im deutschen Experimentir-Winkel, in Baden, bereits ganz unverhüllt auftreten, würde sich in natürlicher Consequenz zu einer förmlichen Verfolgung des Christenthums auswachsen, wenn die kreisenden Behen der Welt zur Festsetzung dieser Tendenz noch die nöthige Ruhe böten und bieten könnten!

Das ist es aber gerade. Der Prügel liegt beim Hund, wie das Sprichwort sagt, und die herrschende Macht wird bald alle Hände voll zu thun haben, um sich nur ihrer eigenen Haut zu wehren. Dadurch zeichnet sich das kommende Jahr aus, daß es unzweifelhaft die letzte Frist einer Wendung bildet, welche unbedingt die größten und entscheidendsten Ereignisse in ihrem Schooße bergen muß. Vielleicht zwar nicht den allgemeinen Krieg; aber jedenfalls die endgültige Erhebung aller der Fragen, welche in der Bewegung des sogenannten tollen Jahres in einem wirren Knäuel durcheinander gewickelt waren, und dann nicht gelöst, sondern mit dem Alexandersschwert einer gewaltsamen Reaktion durchgehauen wurden. Mit andern Worten: die Bourgeoisie steht an dem Wendepunkt ihrer Herrschaftsperiode, wo sie wird Rechenschaft ablegen müssen darüber, was sie bei ihrer Thronbesteigung gesprochen und was sie dann in Wirklichkeit seit zwanzig Jahren gethan und geleistet hat.

Man kann sagen, daß damals alle Fäden des politischen, religiösen und socialen Aufruhrs in jener modernen Gestalt-

tung des Bürgerthums zusammen gelaufen sind, welche als Personifikation der Capitalmacht aus der Verwesung des bürgerlichen Mittelstandes erwachsen war. Die „obern Zehntausend“, die sociale Classe welche in Folge der neuen Lehre des öconomischen Liberalismus in allen Ländern emporstiegen mußte: das ist die Bourgeoisie. Diese Bourgeoisie hatte sich der siegreichen Reaction der Autoritäten angeboten und sich anheischig gemacht, das „Wahre“ an den bewegenden Ideen des Jahres 1848 auf friedlichem und geordnetem Wege durchzuführen, und so die Gesellschaft und die Throne vor ferneren Erschütterungen am sichersten zu bewahren. In allem Ernste war es der Bourgeoisie vor Allem um ihre eigene Sicherung gegen solche Umsturzgelüste zu thun welche der Geldsack zu fürchten hat, und zu diesem Zwecke ließ sie sich auch ein gerütteltes Maß von brutalem Gewaltregiment wohlgefallen. Ueberhaupt war Napoleon III. derjenige welcher am besten die Sprache der Bourgeoisie zu reden verstand, sobald die Bauern und die Armee in ganz anderer Intention ihn zum Beherrscher Frankreichs erhoben hatten; von ihm lernten dann die andern Regierungen dieselbe Sprache reden, je nach dem Maße ihrer Schwäche und Vertrauenslosigkeit zu sich selbst. Nicht am wenigsten zungenfertig in dem neuen Idiom zeigten sich wie bekannt z. B. die Regierungen der deutschen Mittelstaaten. Sie haben auch bereits ihren Lohn dahin.

Der oberste Grundsatz der Bourgeoisie war natürlich ihre eigene unbedingte Herrschaft. Außerdem hatte die neue sociale Classe ein politisches Princip; es war das moderne Nationalitäten-Princip. Sie hatte ein sociales Princip; es war die Rettung der Gesellschaft durch die Finanzkünste des modernen oder öconomischen Liberalismus. Sie hatte ein religiöses Princip; es war die Tendenz das positive Kirchen- und Christenthum überall von jeder Beeinflussung des öffentlichen Lebens zu verdrängen und auszuschließen. In der letztern Richtung nun arbeitet die Bourgeoisie-Herrschaft

eben jetzt mit brennendem Eifer. Aber sonderbar — schon erheben sich andere Mächte unter und hinter der herrschenden Classe um mit lauter Stimme Rechenschaft zu fordern über die sauberen Zustände, welche durch ihr politisches und ihr sociales Princip über die Welt gebracht worden sind. Der moderne Liberalismus kommt mit seiner Kirchenstürmerei eigentlich doch — zu spät.

Es ist auffallend: je eklatanter irgendwo der politische und sociale Bankerott der Bourgeoisie-Herrschaft zu Tage tritt, desto grimmiger spritzt sie ihr Gift gegen die Kirche, gegen den Rest der historischen Stände und deren positive Rechtsbegriffe aus. Es ist, als wenn sie sich einen andern Discurs ausbitten und die Augen der Leute anderswohin abwenden wolle um unangenehme Entdeckungen zu verhüten. So geht es jetzt namentlich in Oesterreich, wo seit dem Minister von Bruck der moderne oder öconomische Liberalismus vom reinsten Wasser das große Wort geführt und jedenfalls stets das letzte Wort behalten hat. Jetzt muß an allem Unglück das Concordat Schuld seyn, wie die von den liberalen Herren auf die Beine gebrachten Adressen wortwörtlich sagen. Aber auf die Länge hilft eben doch alles Zudecken nichts. Die Donnerstimme der Wahrheit bricht endlich durch und reißt der herrschenden Bourgeoisie und ihrem Liberalismus die Maske ab, um sie zur Verantwortung zu ziehen was aus ihren Versprechungen geworden und was sie mit dem arglosen Vertrauen des Volkes gemacht. Das hat jüngst der französische Imperator selber, der gewandteste aller politischen Taschenspieler, erfahren müssen, und es ist nicht zu zweifeln daß auch dieses sein passives Beispiel Nachahmung finden wird.

Zunächst steht schon das sociale und das politische Princip der Bourgeoisie-Herrschaft in einem eigenthümlichen Widerspruch und sich wechselseitig aufhebenden Gegensatz, der unbedingt heute oder morgen in einer gewaltigen Katastrophe an's Licht treten muß. Das stetig um sich greifende sociale

Glend, das wir Eingangs geschildert haben, ist nur erst der vorausgeworfene Schatten der erschütternden Krisis. Die Verwüstungen welche die Krisis selbst anrichten wird, entziehen sich noch der Einbildungskraft; aber man kann sich denken, daß der Boden des Welttheils von den Trümmern vernichteter Existenzen starren wird.

Als im Jahre 1848 die sociale Frage in der erschreckenden Gestalt von Erbrechtsansprüchen des armen Volkes an das Capital drohend ihr Haupt erhob, da machte die Bourgeoisie sich anheischig den ganzen Spuk für immer zu bannen durch die einfache Anwendung der Finanzkünste des öconomischen Liberalismus. Der französische Imperator glaubte fest an die Unfehlbarkeit des Recepts; darum nannte er sich nicht nur den „Retter der Gesellschaft“ sondern auch den „Kaiser der Leidenden“. Der moderne Liberalismus auf seinem ganzen Herrschaftsgebiet predigte den gleichen Aberglauben. In der That hat das System die Capitalmacht immer gewaltiger angeschwellt; aber das arme Volk ist um nichts reicher geworden. Freilich hatte dieses arme Volk seinen Theil an den Brosamen die vom Tische des großen Capitals abfielen; aber natürlich nur solange als das Capital selber herrlich und in Freuden tafelte. Dazu hätte es nun der tiefsten politischen Ruhe bedurft, denn es gibt nichts Empfindlicheres als den Proceß der modernen Vermögens-Erzeugung. Aber gerade diese Bedingung konnte das politische Princip der herrschenden Macht nicht gewähren und leisten.

Darin beruht der schreiende Gegensatz zwischen den Principien Einer und derselben herrschenden Macht; die naturnothwendige Wirkung des einen zerstört die Wirkung des andern. Mit solch einem widerstreitenden Gesetz im Leibe mußte die Gesellschaft sich unbedingt auflösen, wenn auch nicht die antichristliche Tendenz der Gesamtrichtung hinzukäme. Freilich wäre ohne diese antichristliche Tendenz das ganze System von vornherein nicht möglich gewesen, wie es denn immer im christlichen Lager, und abgesehen von den

Männern der neuen socialistischen Weltperiode nur im christlichen Lager, seine Gegner gefunden hat.

Das System verhiess die Nationalreichthümer zu vermehren, indem es eine Unzahl von colossalen Geldinstituten hervorzauberte, welche den Welttheil mit einer Unsumme von fiktiven Werthen überschwemmten. Alle diese Tausende von Millionen hatten natürlich nur solange einen Werth als das Publikum an ihren Werth glaubte; hörte der Glaube auf, so löste sich all dieser Reichthum in blauen Dunst auf. Jede politische Unruhe rückte daher eine ungeheure sociale Gefahr nahe; und es ist in der That nur zu verwundern, daß der Schwindel solange Stand halten konnte, während der Continent immer mehr in Wassen starrte. Auch England machte den Schwindel im größten Maßstabe mit; aber es war wenigstens klug genug sich gleichzeitig von der Politik zurückzuziehen. Auf dem Continent machte man es umgekehrt, und die Folgen der Verlehrtheit haben wir jetzt vor Augen: die unabwendbare sociale Krisis. Alle Mächte fühlten die Gefahr und fühlen sie mehr als je; es ist unfraglich mehr als Phrase, wenn sie sich um die Wette „friedebedürftig“ nennen. Aber eben den Frieden können sie nicht haben; denn das politische Princip auf das sich unter der Leitung der Bourgeoisie alle Mächte Europa's gestellt sahen — das Nationalitäten-Princip — ist ja der fleischgewordene Unfriede in Permanenz.

Wir werden die sociale Krisis haben so wie so. Kommt sie aber im Geleit des Krieges, so wird dieß kein Krieg seyn wie ein anderer Krieg. Denn derselbe wird nicht nur zerstörte politische und Völker-Grenzen, sondern er wird eine zerstörte Gesellschaft hinter sich lassen. Es ist die Gefahr, daß der politische Krieg in den socialen Krieg auslaufe, in dem nicht mehr die Mächte Friede schließen sondern die extremen Parteien endlich einen Frieden diktiren werden. Wir wollen nicht weiter davon reden, wie ferne oder nahe die Universalrepublik und die Völkersolidarität der socialen Demokratie

liegt. Das aber ist gewiß, daß die Welt unter dem zunehmenden Druck der socialen Leiden mehr und mehr gelernt hat auch diesem Gespenst mit kaltem Blute in die Augen zu schauen, und von dem Augenblicke an ist das Gespenst eben nicht mehr ein Gespenst, sondern aus dem Reich der verschwommenen Phantasmen in die Reihe der realen Wirklichkeiten eingetreten. Nichtsdestoweniger hat die europäische Polizei dem rothen Rendezvous in Genf ruhig zugeesehen; noch vor zehn Jahren wäre sie bei dem bloßen Gedanken eines solchen Attentates aus der Haut gefahren. Auch die Polizei ist alt und stumpf geworden wie alle Organe der modernen Gesellschaft.

Ich nehme den Satz mit welchem ich das alte Jahr geschlossen habe, in das neue hinüber. Das Evangelium der herrschenden Bourgeoisie-Periode hat sich als Lüge entlarvt, die socialen und politischen Principien ihres rechthaberischen Nationalismus müssen untergehen; die Frage ist nur die, ob die neue Ordnung des öffentlichen Lebens und des internationalen Zusammenhangs der Völker von oben oder von unten gestaltet werden wird. Wenn die zu Recht bestehenden Gewalten nicht mehr die religiöse Kraft und den sittlichen Muth in sich finden werden, das falsche Nationalitäten-Princip und den Grundirrthum des öconomischen Liberalismus aus der Welt zu schaffen und beides durch eine neue positive Rechtsordnung im nationalen und internationalen Leben für immer zu bannen: nun dann wird ein Anderer den Todtengräber-Dienst versehen, die Macht von unten wird es thun und diese natürlich in ihrer Weise.

Man hat sich staunend verwundert über den Gefühls-Ausbruch welcher in Frankreich jüngst aus der tiefsten Tiefe der Volksseele so plötzlich und stürmisch aufgestiegen ist. Dieser nationale Gefühlsausdruck hat die Gestalt inniger Theilnahme für das Recht des heiligen Stuhls gegenüber den schamlosen Verfidien der italienischen Revolution angenommen. Das war ein Zufall, aber doch auch mehr als ein

Zufall. In der That konnte das endliche Erwachen des französischen Volkes aus der napoleonischen Einschläferung keine passendere Gestalt annehmen als die welche von den Gegnern mit dem Namen einer „klerikalen Reaktion“ bezeichnet wird. Aber im Grunde war es doch mehr als ein bloß partielles Eintreten für die weltliche Herrschaft des Papstes. Es war und ist ein allgemeiner Protest des französischen Nationalgefühls gegen den politischen Rationalismus des Imperators der, wenn auch mit andern Mitteln, eigentlich doch nur die Periode und die Arbeit des Bürgerkönigthums fortgesetzt hat oder, wenn man will, in dieselbe zurückgefallen ist. Lese man nur die Thronreden des Imperators seit sieben Jahren nach; hätte nicht ein zweiter Louis Philipp ungefähr ebenso sprechen können? Nur daß der Orleans parlamentarisch regiert hätte, der Imperator aber die persönliche Verantwortung trägt. Beidemale hat aber der politische Rationalismus zur Entwürdigung und zur Schmach der Nation, beidemale hat er Frankreich hart an den Rand des politischen und socialen Abgrunds, in eine sittliche Corruption ohne Gleichen geführt. Darum zeigt Frankreich heute wieder die täuschend ähnliche Physiognomie des Jahres 1847; die nämlichen Ursachen erzeugen die gleichen Wirkungen.

„Soyons Français, soyons donc Français“: mit diesem Wort hat der alte Thiers die französischen Gemüther lichterloh entzündet. Das Wort will besagen, daß Frankreich es endlich müde ist das pseudophilosophische Kauderwelsch des politischen Rationalismus sich vorleiern zu lassen, und daß es die Mißerfolge nicht länger ertragen will welche ihm aus dem Nationalitäten-Princip, der Nichtintervention und andern Bourgeoisie-Ideen erblühten und weiter zu erblühen drohen. Daß hingegen das Land seiner alten Traditionen sich wieder erinnert; daß es dieselben reklamirt von dem Kosmopolitismus der herrschenden Classe, und daß es ein System positiver Rechtsordnung zurückfordert in welchem dem französischen Nationalgefühl die entsprechende Stellung verbürgt sei. Das

ist es! Die Franzosen wollen mit Einem Wort wieder Franzosen seyn. Wären sie das im Jahre 1860 gewesen, so wäre das italienische Einheitsreich nicht entstanden; ebenso wenig hätte sich Preußen bis an den Main ausdehnen und noch über denselben hinübergreifen können; und Frankreich wäre jetzt nicht in Verlegenheit um ein Gegengewicht gegen die preußisch-russische Allianz, welche das natürliche Resultat der Nationalitäten-Politik des Imperators ist.

Es ist jetzt seine Sache und seine neidlose Aufgabe dieses Gegengewicht zu finden, und dem Lande überhaupt die Rückkehr zu den alten politischen Traditionen zu ermöglichen. Wehe ihm, wenn er den Weg nicht entdeckt, auf dem es möglich ist die Franzosen wieder Franzosen seyn zu lassen; und wehe ihm, wenn die socialen Experimente, auf welche er im Vertrauen in die Finanzkünste des öconomischen Liberalismus seinen Thron gestützt hat, ihr ganzes Verderben über das Land ergießen! Er müßte seine Regierung nicht nur von vorne anfangen, sondern auch noch gutmachen was er in der Abtrünnigkeit von den Traditionen des Landes verdorben hat, wenn er vor dem Tribunal der „großen Nation“ endgültig bestehen wollte. Eine verzweifelte Zumuthung an einen Mann in seinen Jahren, als bußfertiger Sünder ein neues Leben auf dem Throne Frankreichs anzufangen!

Die Bewegungen in der französischen Nation haben doch immer noch etwas Ansteckendes, im Guten wie im Schlimmen. Das hat sich auch dießmal gezeigt. Die eklatante Niederlage welche der politische Nationalismus in der Pariser Legislative erlitten hat, und der begleitende Triumph der positiven Rechtsidee hat wie ein Stein im glatten Wasserspiegel gewirkt. Die geistige Reaktion gegen die Gewaltherrschaft der liberalen Ideen beschreibt weitere und weitere Kreise. Zunächst treten die katholischen Koryphäen jetzt auch in Deutschland mit einer entschlossenen Offenheit hervor, wie sie lange nicht erlebt worden ist. Immerhin mag man sagen, daß für den altliberalen Thiers und Genossen die weltliche Macht des

Papstes keinen andern Werth habe als den eines französischen Machtmittels gegen Italien und beziehungsweise gegen Preußen. Wenn aber die deutschen Katholiken, die braven Holländer, die feurigen Belgier für die Rechte des heiligen Stuhles eintreten, wie sie jetzt thun, so ist hier die Auslegung als Nationalegoismus unmöglich. Oder wenn gar die preussischen Katholiken ihren König bitten den Grundpfeiler alles positiven Rechts nicht der italienischen Revolution preisgeben zu wollen, so machen sie ganz richtig einen Gesichtspunkt geltend über den sich auch mit einer protestantischen Macht reden lassen muß. Kurz: die Nebenmotive mögen in dem einzelnen Falle seyn welche sie wollen — so viel ist sicher, daß sich von nun an wieder ein Consens unter den Völkern und zwischen den Völkern herausbildet welcher entschlossen ist die rücksichtslosen Frechheiten des politischen Nationalismus sich nicht länger gefallen zu lassen. Das ist ohne Zweifel noch nicht genug zu einer gewaltigen Reaktion, aber es ist der glückliche Anfang eines geistigen Umschwungs, der ungleich schwerer wiegt als jene Reaktion.

Nichts hat die Geschichte der Bewegung von 1848 bis heute einleuchtender bewiesen, als daß die Reaktion der materiellen Gewalt allein über das Verderben des modernen Liberalismus niemals Herr und Meister werden kann. Es ist vielmehr gerade umgekehrt ergangen. Das was gefehlt hat, war eben der rechte Geist. Dieser Geist aber konnte sich mit entsprechender Macht nicht erheben, ehe und bevor das System des modernen Liberalismus seine Proben sichtbar und greifbar abgelegt hatte bis zu Ende. Dieß ist jetzt geschehen. Die modernen Ideen mußten sich in sich selbst ausleben, nur an den Folgen ihrer eigenen Thaten konnten sie zu Grunde gehen. An diesem Punkte stehen wir jetzt. Es ist daher auch kein Wagniß mehr zu prophezeien, daß für den modernen Liberalismus das Ende seiner Herrschaft nahe ist. Er wird so wenig wie eine andere welthistorische Richtung ohne ein gewisses negatives Verdienst aus der Welt gehen: er hat

überall abgeräumt und den Boden sozusagen glatt rasen. Einen positiven Neubau auszuführen, war principiell nicht seine Sache, das überläßt er seinen Nachfolgern, und die große Frage ist nur, wer die Baumeister der Zukunft sein werden?

Das falsche Nationalitäts-Princip, vom Imperator in die Fahnen Frankreichs geschrieben, hat seinen eigenen Hieb geschlagen. Das erkennen die Franzosen jetzt mit Entsetzen. Aber wir Deutsche haben nicht weniger Grund zum Entsetzen, wenn wir genauer zusehen wie herrlich weit wir mit unserm Nationalitäts-Geschrei gebracht haben. Wir werden noch dazu bald ganz besondern Anlaß haben darüber nachzudenken. Denn was längst vorauszusehen war, das dürfte jetzt schon zu den vollendeten Thatsachen gehören. Preußen stellt seine deutschen Errungenschaften unter den Schutz der russischen Allianz und bezahlt dafür mit der Preisgebung der theuersten Interessen Deutschlands im ganzen Osten und im Orient insbesondere. Die deutsche Geschichte würde sohin nach der Seite hin wo sie eingestandenem Maße ihre glänzendste Mission und Zukunft hatte, mit Brettern vernagelt werden: das wäre das Schlussergebnis unseres deutschen Aufschwungs.

Solange Oesterreich noch eine achtungsgebietende Großmacht und zwar eine deutsche Großmacht war, hätte niemals der Versuch einer solchen Zurücksetzung und Erniedrigung Deutschlands gemacht werden können. Aber was ist aus Oesterreich geworden durch das falsche Nationalitäts-Princip? Im Namen dieses Principes hat der Imperator einen großen Krieg geführt und einen größeren Krieg zugelassen zur Schwächung derjenigen Macht, welche sein einziger Alliirter mit wahrhaft gemeinsamen Interessen in der großen Frage des Jahrhunderts, in der Orientfrage gewesen wäre. Im Namen desselben Principes, wenn auch unter dem fadenscheinigen Deckmantel des historischen Rechts, ist das Oestreich von den Magyaren mitten auseinander gerissen worden; ein Viertel

Der Reichslasten hat der Magyarismus bis auf Weiteres
mächtigst auf sich genommen, drei Drittel hat er auf den
breiten Rücken der Eisleithaner abgeladen; die mögen sehen,
wie sie die Schulden des Reichs bezahlen oder nicht bezahlen.
Der Kaiser herrscht in Wien, aber im Namen des Nationalitäts-Princips regiert eine nationale Hegemonie in Pesth
und eine nationale Hegemonie in Wien. Die slavische Mehrheit der Bevölkerung aber bäumt sich mit kaum verhaltenem
Stimm unter der einen wie unter der andern Hegemonie;
sie erwartet ihr Heil von dem stammverwandten Rußland
und ihre intelligenten Führer haben die berühmte Moskauer
Wallfahrt angestellt zum weißen Czar als dem gottgesendeten
Retter der slavischen Nationalität in Oesterreich. Gehen die
Dinge noch eine Zeit lang so fort, dann wird die Habs-
burgische Monarchie von innen heraus russisch.

Als im Jahre 1848 der Magyarismus den großen
Insurrektionskrieg gegen den Kaiser führte und das Deutsch-
thum der Wiener Aula in der andern Hälfte des Reichs den
offenen Aufruhr dirimirte, da hat die Treue der Croaten und
Rumänen, der Sachsen und der Tyroler das Reich gerettet.
Jetzt sind gerade sie die Preisgegebenen, die Unterdrückten.
Gingegen haben die Elemente welche damals an der Auf-
lösung des Reichs öffentlich und blutig gearbeitet haben, jetzt
das Heft in der Hand dießseits wie jenseits der Leitha. Die-
selben Personen welche damals mit Gewalt niedergeschlagen
werden mußten um Oesterreich vor dem Untergang zu retten
— dieselben Personen stehen jetzt in beiden Reichstheilen an
der Spitze der Geschäfte. Rußland aber, das damals im
eigensten Interesse eine Hülfarmee gesendet hat zur schleu-
nigen Bändigung der magyarischen Insurrektion — Rußland
schließt jetzt ein Schutz- und Trutzbündniß mit Preußen, ein
Bündniß dessen Endziel kein anderes seyn kann als die Zer-
trümmerung Oesterreichs. Mit andern Worten: die deutsche
Ostmark soll aufgelöst und getheilt, und der Löwentheil soll
der Herrschaft des Slavismus unterworfen werden.

Bedarf es noch eines weitem Wortes um anzudeuten, wohin das falsche Nationalitäts-Princip es auch mit der deutschen Idee gebracht hat? Wo immer wir auf die Grenzen des Vaterlandes unser Augenmerk richten, sehen wir nur Zurückdrängung und Verlust, Schmach und Schande des deutschen Namens, ohne daß die Machthaber des „nord-deutschen Bundes“ auch nur einen Finger zu rühren wagten. Graf Bismarck prahlt in seinem Circular vom 7. September, daß nun „eine rechtlich und thatsächlich gesicherte Grundlage für die selbstständige Entwicklung der nationalen Interessen des deutschen Volkes“ gegeben sei. Aber die Deutschen in den Ostseeprovinzen merken nichts davon; ihnen kommt nicht einmal eine papierne Note aus Berlin zu Hülfe gegen den Seelenmord der czarischen Russificirungs-Politik. Limburg ist ohne Debatte weggegeben, Luxemburg unter schnöden Vorwänden an das Ausland ausgeliefert worden. Zu den Zeiten des seligen Bundestags hatte Deutschland immerhin noch eine Weltstellung in Oberitalien. Jetzt ist, Dank der preußisch-italienischen Allianz, das südliche Bollwerk Deutschlands in den Händen der Feinde. Südtirol, Triest, Istrien, Görz, Dalmatien, Illyrien, Kärnthén, Krain sind eventuell zu verlorenen Posten geworden, und gelingt es der künftigen Aktion der preußisch-russischen Allianz, so werden die Grenzen Deutschlands von drei Seiten her den Münchener Frauenthürmen nahe rücken. Das und nichts Anderes wäre das Schicksal der „nationalen Interessen des deutschen Volkes“ in der preußisch-russischen Gemeinschaft. Wien würde dann eine Grenzstadt seyn, Böhmen und Mähren eine slavische Expositur. Alle diese alten Reichslande, die Errungenschaften einer tausendjährigen Geschichte unseres Volkes, wären im Namen des Nationalitäten-Princips glücklich losgeschlagen; die deutsche Idee aber wäre im preußischen Unitarismus eingekleidet, von der Gnade des Czars aller Slaven abhängig und diesem dienstbar als befestigtes Riesenlager gegen die unruhige romanische Welt.

Das bedeutet die preußisch-russische Allianz. Sie hängt längst in der Luft; sie muß und mußte kommen seitdem die Politik Preußens jede Art von großdeutscher Föderation unmöglich gemacht hat; und wenn sie einmal kommt, diese unnatürliche Verbindung, dann muß ihr Zweck unbedingt auf die Vernichtung Oesterreichs gerichtet seyn. In dieser Allianz hätte das falsche Nationalitäts-Princip seinen Höhepunkt erreicht, und von da ab ginge der Weg unmittelbar hinunter in die — Barbarei. Ja wohl, die gerühmten modernen Ideen bedürfen nichts weiter als des ungehinderten Fortschritts ihrer Entwicklung, um die Welt in die Barbarei als ihren natürlichen Abschluß zurückzuführen!

Die preußisch-russische Allianz als entsprechender Pendant der römischen Frage müßte die europäische Situation sofort auf Spiz und Knopf stellen. Die Welt stünde unmittelbar vor einer Entscheidung von colossalen Dimensionen; und dabei wären die Rollen in einer Weise vertauscht, wie vor wenigen Jahren noch Niemand sich hätte träumen lassen. Frankreich, mit oder ohne Imperator, als Ritter einer neuen positiven Rechtsordnung Europa's; Preußen und Rußland als die Ritter des Nationalitäts-Princips und daher im engsten geistigen Contact mit allen revolutionären Elementen des Welttheils; der Sohn des Czaren Nikolaus, des gefürchteten Horts der Legitimität, und der preußische Gewalt-Minister, der Abgott der conservativen Pietisterei, beide wohl eher übel im solidarischen Verbanke mit Garibaldi und Mazzini, mit Kossuth und Türr, mit Viktor Hugo und Ledru Rollin — es wäre ein Schauspiel der Metamorphosen wie es die Welt noch nicht gesehen hat!

Aber wie wunderbarlich solch ein welthistorischer Rollentausch immer erscheinen mag, geistig ist er bereits eingeleitet, wenn nicht vollzogen. Das unterliegt keinem Zweifel. Man braucht, um ein sprechendes Bild dieser verkehrten Welt zu erhalten, nur einen Vergleich anzustellen zwischen der hinreißenden Reaktion der französischen Kammern gegen die freche

Rücksichtslosigkeit des politischen Nationalismus und zwischen der rücksichtslosen Frechheit (es ist nicht zu viel gesagt) womit selbst die sogenannte conservative Presse in Preußen und Rußland mit jedem Tage mehr über alle Schranken und Bedenken des positiven Rechts sich hinwegsetzt. Ich will nichts weiter sagen von der blinden Wuth der russischen Leibzeitungen, die mit aller Macht in das Petersburger Regiment dringen und drängen all das Duzend von Nationalitäten des Czarenreichs mit Dampfkraft zu russificiren, damit die moskowitische Monarchie um so leichter über die gesammten Slavenländer Oesterreichs und der Türkei sich ausbreiten könne. Aber die Berliner „Kreuzzeitung“ — was soll man von der Berliner „Kreuzzeitung“ sagen!

Wer die Jahrgänge dieses Blattes bis zum Jahre 1862, dem Regierungsantritt des Herrn von Bismark, und seit dem Jahre 1862 miteinander vergleichen wollte, welchen Abstand und Abfall der Gesinnungen würde er entdecken! Täglich kann man sich jetzt staunend überzeugen, was aus dem großen deutschen Moniteur für göttliches Recht, für strengsten Conservatismus, für unverbrüchliche Legitimität, für die positive Rechtsordnung Europa's seitdem geworden ist. Wie z. B. würde das Blatt über den jüngsten Aufschwung des französischen Nationalgefühls für das positive Recht in Italien sich gefreut haben, wenn nicht das Jahr 1866 mit den preußischen Annexionen dazwischen gefallen wäre! Bis dahin war für Garibaldi, Matazzi und alles das verwandte Heldengelichter in dem Blatt der permanente Pranger aufgeschlagen; jetzt macht man dem Papst die schiefen Gesichter, für die revolutionären Parteien hat man immer wenigstens ein süßsaueres Lächeln, denn die preußische Allianz mit diesen Parteien ist ja der Schöpfer und Erhalter der vergrößerten „Hohenzoller'schen Hausmacht“. Einst konnte auch der Gegner aus dem Blatte lernen, jetzt ist es kaum mehr werth gelesen zu werden. Denn an die Stelle von

Grundsätzen der großen Politik sind ausschließlich die Zweckmäßigkeiten der Bismarckischen Gelegenheits-Politik getreten. Nichts weiter! Der alte Satz hat sich hier wieder schlagend bewährt: daß böse Gesellschaft die guten Sitten verdirbt. Wer sich davon überzeugen will, daß das Recht in Europa bis auf den Begriff untergegangen ist, der braucht nur die „Kreuzzeitung“ zu lesen.

Die römische Frage hat den welthistorischen Rollentausch, von dem wir gesprochen, eingeleitet, die preussisch-russische Allianz wird ihn vollenden. Allen Mächten der Welt wird dann die große Entscheidung aufgedrängt seyn, wie sie zu der neuen Lage sich stellen wollen. Bei Oesterreich wird wohl am wenigsten ein langes Besinnen möglich seyn. Aber auch England wird seinen politischen Calcul von vorne herein revidiren müssen. Ebenso alle kleineren Staaten des Continents, insbesondere diejenigen welche in Deutschland noch existiren, und die deutschen Parteien. Für die letzteren wird das Problem einfach so lauten: ob denn in der That alles was Preußen zu beschließen und zu thun beliebt, selbstverständlich auch „deutsch“ ist?

Ohne Zweifel eine ebenso verwickelte als interessante Frage, die im Laufe des kommenden Jahres ihre Lösung finden muß. „Das Vaterland muß größer seyn“: so hat man bei uns lange Jahre hindurch gesungen und gesagt. „Das Vaterland muß kleiner seyn“: so sagt Graf Bismark, und Preußen drückt das Siegel darauf, sobald in Berlin das Schutz- und Trugbündniß mit Rußland ratificirt wird.

II.

Schrott's Bienen.

Lyrisches, Didaktisches und Epigrammatisches. Augsburg 1868.
Verlag von Dr. Guttler und Krantzfelder.

Nach einem alten sinnigen Volksglauben sollen um die heilreiche Weihnachtszeit die weißen Bienen schwärmen. Gehören die hier erscheinenden Dichtungen, die gerade um die geheiligte Zeitwende des abgelaufenen Jahres als „Bienen“ in die Welt ausflogen, etwa zu jener seltenen Gattung summender „Blumenvögel“? Jedenfalls ist es ein ungewöhnlicher reicher poetischer Bienenschwarm, der da ausschwirrt, um aus den besten Gefilden des Schönen und Wahren, der Kunst, der Geschichte, des christlichen Lebens den Blüthenstaub zusammenzulesen, und dem, setzen wir gleich hinzu, die Hauptsache, die Königin nicht fehlt, das leitende und einigende höhere Princip, das auch für ein so geistiges Bienenvölklein eine Lebensbedingung ist. Ohne Metapher gesprochen: wir haben hier wieder einmal ächte Poesie, erfüllt und durchdrungen von dem ethischen Ernst einer herzhaft christlichen Weltanschauung. In unserer dürren skeptischen Zeit muß man eine so seltene Gabe wohl zweimal von Herzen willkommen heißen.

Schrott hat schon bei seinem ersten literarischen Auf-

treten (1858) gezeigt, daß seine Hauptstärke die „poetische Meditation“ ist, wenn gleich damit der Umfang seiner dichterischen Kraft keineswegs erschöpft ist, wie ein Einblick in seine 1860 erschienenen „Dichtungen“ *) zur Genüge erkennen läßt. In der gegenwärtigen Sammlung tritt nun die contemplative Neigung seiner Natur wieder mit entschiedenem Gewicht hervor. Der Dichter hat in diesen „Bienen“ — eine Titelwahl die er in einem sinnvollen Einleitungssonett begründet — die Blumenbeute mancher stillen Jahre zu einem geordneten Schätze poetisch gereifter Spruchweisheit verarbeitet, dem nicht minder wie den früheren Dichtungen der Stempel einer ursprünglichen Natur aufgedrückt ist. Was er gibt, ist geistvoll und gedankenhaltig, im Ausdruck kraß und prägnant, zuweilen sogar hart und herb, immer aber aus ganzem Holz geschnitten. Der stattliche Band (454 S.) birgt eine solche Mannigfaltigkeit des Trefflichen und Beherzigenswerthen, daß der Kritiker sich in der angenehmen Verlegenheit befindet, aus der Fülle des Gegebenen auf dem kurz zugemessenen Raum eine Auswahl zu treffen die dem Leser eine genügende Vorstellung gewährt.

Dem Lyrischen ist das erste Buch eingeräumt mit den drei Abtheilungen: „Geist und Herz“, „Bilderaal“, und „Rom“. Hier herrscht durchgehends das Sonett, welches dem Dichter, der es liebt mit Schwierigkeiten zu spielen, vollauf Gelegenheit gibt seine Ueberlegenheit in Sprach- und Reimbemeisterung zu entfalten. Obgleich er früher einmal feierlich dem Sonette Valet gegeben, so läßt er sich doch wieder zu dieser engen Kette „mit ihren stolzen goldgedrehten Ringen“ zurücklocken und will dem alten Reize nicht länger widerstehen: „bei größtem Zwange frei mich zu bewegen“ (S. 30). Und in der That zeigt er, daß er die gei-

*) Vergl. darüber Bd. 45, S. 394 ff.; über die poetischen Meditationen Bd. 41, S. 148 ff.

stige Beweglichkeit besitze, die zierlich kunstreiche Reinkette durch eine große Mannigfaltigkeit des dichterischen Ausdrucks wie durch die Schnellkraft origineller Gedanken und Bilder zu beleben. Gleich der Anfang ist bedeutend und ein würdiges Exordium eines priesterlichen Sängers: die sechs Sonette über die Quadriga Christi und jene des Widerchrist's schreiten in prächtigem Festschritt dahin; das fünfte lautet:

Im Sturme nicht und nicht in wildem Feuer,
Im Wetter nicht, nicht im Glasiwagen
Will uns der Herr zur Aetherhöhe tragen,
Nicht ist für uns was furchtbar, ungeheuer.

Die Seinen trägt der große Welterneuer
Ins Vaterland aus diesen dunklen Tagen
Auf Fittigen, die sanftre Lüfte schlagen,
Und mit der Liebe unverwandtem Steuer.

Es führt kein andrer Pfad ins lichte Oben,
Kein andrer Wagen trägt ins Land der Palmen,
Das strahlend winkt von jenen Himmelsgloben!

Jed' andre Fahrt geht über Stoppelhalmen.
Wen dieser Wagen nicht emporgehoben,
Den wird er unter seinem Gang zermalmen.

Von den auf historische Persönlichkeiten verfaßten poetischen Gedenktafeln ist ohne Zweifel eine der treffendsten und abgerundetsten jene auf Lasaulx. Auch in der Mehrzahl derjenigen Gedichte, welche der Erguß innerer Erlebnisse sind, waltet der Ernst, nicht selten die Wehmuth einer schmerzgeläuterten Empfindung vor, die namentlich in den Sonetten „Leiden“, „Martyrien“, „Melancholie“ einen stimmungsvollen Ausdruck erhalten. Nur ein paar auf Frauenzauber bezügliche Sonette, welche von dem „Götterreiz des Leibes“ sprechen (S. 34, 35), nehmen sich in dieser Gesellschaft etwas fremd aus, obgleich sie petrarchischer Geist und Wohllaut durchströmt. Dazwischen wieder manches sinnig ansprechende Bild, von der Glocke „der Priestrin in metallnem Pluviale“; von der Biene „der frommen klösterlichen

Frau der Zelle"; ein gar freundliches Bild ist vom Landpfarrer entworfen :

Durch Sitteneinfalt und durch manche Stunde
Weit vom Verderben einer Stadt geschieden,
Liegt, wie im Schooß ein Kind, des Dörfleins Frieden
In einem waldumtrauchten Thalesgrunde.

Wie Kirchleins Thurm die Häuser in der Runde,
Bewachst du deine Heerde, wolfgemieden.
Zugleich der Menschen erster Freund hienieden
Bringst du von oben frohe Gotteskunde.

Natur muß deiner Hirtenweisheit dienen,
Auf leeres Wissen willst du wenig pochen:
Den Bücherstand ergänzt ein Stand von Bienen.

Du wandelst, wenn der Abend angebrochen,
Als Friede durch die Flur mit sanften Mienen,
Und als der Geist des Sonntags durch die Wochen.

Die zweite Abtheilung, Bildersaal, beschäftigt sich mit den Meisterwerken berühmter Maler; eine stattliche, überaus anziehende Gallerie deutscher und italienischer Meister, deren jedem ein oder mehrere Sonette gewidmet sind: Francia, Perugino, Leonardo, Tizian, Michel Angelo, Moretto, Rubens, Dürer, Cornelius, Overbeck, endlich Raphael mit Eminenz, denn ihm allein sind 17 Sonette zugebach, und außerdem ist ihm am Schlusse des Buches noch ein poetischer Anhang gestiftet, eine Art Apotheose des Urbiners in schwungvollen Tetrametern. Namentlich die verschiedenen Auffassungen des Madonnenideals in den Bildwerken der Meister sind mit fein eindringendem Verständniß nachempfunden. Der gewaltige Geist des Cornelius findet für sein jüngstes Gericht und seine apokalyptischen Reiter einen beredten Exegeten. Ebenso ist über ein Hauptwerk des ehrwürdigen Führers der Nazarener, über Overbecks Sacramente ein schönes Wort gesagt :

Du nanntest Psalmen jene heiligen Sieben,
 Die du dem Ewigen sangst aus Kunst und Schrift.
 Zum Plektrum machtest Pinsel du und Stift,
 Von Gottes und des Schönen Geist getrieben.

Was du gezeichnet und dazu geschrieben,
 Sind selbst Heilmittel gegen Erdengift.
 Ob mehr der Maler, mehr der Priester trifft,
 Ich weiß es nicht und wen man mehr muß lieben.

Bei soviel Anmuth, soviel Seelenadel,
 Was kann die höchste Kunst an dir vermessen?
 Doch Hohes ist für Niedres wie Beschuldigung,

Und Heiliges ist des Gemeinen Ladel:
 Drum zollt der heutigen Menschen böß Gewissen
 Dir nur mit Widerstreben kalte Huldigung.

Schrott hat schon früher in seinen Dichtungen sich als vortrefflichen Charakterzeichner erwiesen, dem das Vermögen zusteht, mit dem großen Strich des Künstlers in wenig Linien ein geschichtliches Porträt auf den Carton zu werfen. Dieses Talent tritt in der folgenden Abtheilung wieder vollkräftig zu Tage. Sie ist überschrieben „Rom“ und enthält zunächst eine kleine Papstgalerie, in der bei gedrungener Zeichnung und feiner Individualisirung eine große Selbstständigkeit in der Auffassung sich ausprägt. Mit Fabian an der Spitze, mit Sixtus V. am Ende, umschließt sie 16 Papstgestalten aus den bedeutungsvollsten Zeitabschnitten des Mittelalters, scharf umrissene kraftvolle Charakterköpfe, unter denen man nur etwa Gregor VII. vermißt. Hat der Dichter doch sogar den Muth, Alexander VI. ein Sonett zu widmen und, ohne seine Fehler beschönigen zu wollen, ihn wenigstens gegen die verleumderischen Uebertreibungen der Gehässigkeit in Schutz zu nehmen im Namen der einfachen historischen Gerechtigkeit. Auch in den allgemeineren auf Rom und seine Priesterkönige gerichteten Sonetten findet man ebenso schöne als mannhafte Gedanken niedergelegt, die der Stimmung der Zeit entgegenkommen und im neuen

Kampf um das Patrimonium Petri bereedtsam sich auf die Seite seiner muthigen Vertheidiger stellen; so in dem Zurus: „Italia, Italia, Land der Leiden“ (S. 110), „Stammbaum Petri“ (S. 111), so namentlich in den beiden sich ergänzenden Sonetten mit den Aufschriften „Rom“ und „Urbs et Orbis“:

Europas Bildnerin, Weltmetropole,
Heimath des Großen, Paradies des Schönen,
Asyl des Friedens, Herrin, sollst du fröhnen,
Die ewige du, nun einem Zeitidole?

Dir strahlt uns Haupt des Himmels Aureole,
Soll je ein Königsreif die Stirn dir höhnen?
Die Schulter je zu tragen sich gewöhnen
Den blutigen Purpur statt der weißen Stole?

Was du erlittst von der Barbaren Grollen
Soll dir geschehen nun von eignen Kindern,
Die deinen Ruhm und ihren schützen sollen?

Vandalen konnten deinen Glanz vermindern,
Doch nicht vernichten; aber diese wollen
Um deine ewige Majestät dich plündern.

Nachkommen aus dem Land der Allobrogen,
Sie möchten gern das hohe Rom erwerben.
Nun soll das Höchste, soll das Ewige sterben,
Weil wieder sich ein Stücklein Zeit vollzogen.

Europas Völker, wie wär't ihr betrogen,
Ließt eures Geistes Hauptstadt ihr verderben!
Ihr alle seid die Kinder, seid die Erben
Der hohen Mutter, an der ihr gesogen.

Ihr haltst St. Peter mit der Kuppel krönen,
Ihr aus des Nordens und des Südens Zonen,
So weit der heiligen Sprache Laute tönen.

Frei bleibe Roma unter den drei Kronen,
 Ein Tempelstaat des Friedens und des Schönen,
 Ein Sprachenpfingsthaus aller Nationen!

Dagegen ist schwer einzusehen, wie der Dichter sich Heil für die Kirche erwartet, wenn der Papst seinem Rathe folgte und im Fall der Noth wieder nach Avignon zöge: „Nach Avignon verpflanze Romas Fahnen“! (S. 113). Die Geschichte wenigstens zeugt gegen ihn.

Mit dieser Abtheilung ist das Lyrische und der Sonettencyklus geschlossen. Das zweite Buch umfaßt in fünf Abtheilungen die Spruchgedichte. Schrott hat sich für diese Gattung eine eigene Weise kurzer, wohlgemessener und verschlungener deutscher Strophen erwählt, in denen er mit Geschick die Reimsysteme Walthers von der Vogelweide theils nachbildet, theils weiterbildet; eine Wahl, der wir schon früher bei der Besprechung seiner Dichtungen unsern Beifall geschenkt haben und die wir auch jetzt besonders für die Gnomendichtung sehr glücklich und der Nachahmung vor allen werth erachten. Zuerst folgen unter dem Titel „Neuer Theognis“ poetische Albumblätter, einem akademischen Freunde gewidmet, eine Auslese weiser Heilrätke, wie sie in so knapper Fassung (sie haben die Zeilenzahl eines Sonetts) nicht leicht gehaltvoller, Geist und Herz anregender einem strebenden Jüngling mit auf den Weg gegeben werden können. Der Grundgedanke des alten Gnomendichters aus Megara: Meide das Unedle und den der es thut! ist auch der Kern dieser goldhaltigen in 55 Strophen ausgemünzten Sprüche, Rätke und Regeln, in denen, sehr passend, der männliche Reim vorherrscht. Wie schön ist, was er über den „Welt-pomp“ sagt (S. 165); über das rechte Schweigen (S. 144) mit der Schlußspitze: „Wo andere weiblich flüstern, raunen, summen, bewahre du ein königlich Verstummen;“ über das Erbarmen:

— — Das Auge zähme, das nur Angenehmes sucht!
 Hart wird es, wenn es nur auf Schönheit weidet,
 Doch sanft und schön, ruht es auf dem, was leidet.

Neben den allgemeinen Lebensregeln über Pflicht und Zeit, Berufswahl, Selbstbildung, über Wahrheit, Offenheit, Freundschaft, Freiheit, Ehrerbietung 2c. finden sich auch sehr praktische, auf die moderne Zeit gemünzte, z. B. gegen die schlechte Presse: „Vor (schlechten) Blättern hüte dich als wie vor Blättern“ 2c.; über das Hausrecht, das jeder ehrliche Sohn seines Vaterlandes und seiner Kirche gegen die unberufenen Verbesserer und den frechen Gassenpöbel zu üben verpflichtet ist (S. 162); ebenso die Strophe gegen die Sophisten, die wir als Exempel ganz hersetzen:

Gleich das Geschlecht zweizüngiger Sophisten,
 Der eitlen Fälscher der Vernunft;
 Wie Tauben nimmer mit dem Habicht nisten,
 So flieht die Wahrheit solche Junst.
 Nicht ihren Ursprung nahm
 Im menschlichen Gehirn sie, die vom Himmel kam.

Mißtrau dem prahlenden Verstand,
 Der vor den Himmel tritt,
 Den ewigen, und spricht, daß er die Wahrheit fand.
 Lenk aus dem Sumpfe deinen Schritt
 Nach jenem Felsenland
 Unerwiger Wahrheit, die noch nie ein Spott erstritt.
 Sie steht auf festem Grund als Alpenfirne
 Und strahlt noch, wenn erloschen die Gestirne.

Auch der schöne herzhafte Zuruf „Verzage nicht“ soll hier noch eine Stelle finden:

Es hat ein Hagel Gottes Saat zerbrochen,
 Und üppig Unkraut schoß empor,
 Im Staub liegt ungejucht der heilige Groschen,
 Fast gilt der Gläubige als ein Thor.
 So ist es allenthalb,
 Im wilden Tanze wird umrast ein goldnes Kalb.

Der Menschheit Urbild ist noch weit
 Vom hohen Ziel entfernt,
 Doch schaut's der Gute schon im Glanz der Herrlichkeit.
 Am Himmel steht ein ewiger Stern
 Und glänzt dir zum Geleit;
 Weil ihm die Menge nicht, so folge du ihm gern!
 Verzage nicht, du wandelst doch nicht einsam,
 Viel tausend Herzen schlagen dir gemeinsam.

Im „Relief der Mutter“, der nächsten Abtheilung, stellt sich aus der Summe der einzeln (in 18 Gedichten) ausgeführten Züge das Bild einer deutschen Frau und Mutter von alter schlichter Art vor Augen, welches uns durch seine innerliche Gediegenheit ungemein warm angesprochen hat: ein rund herausgearbeitetes wohlthunendes Bild, das passend im Herzpunkte des Buches steht. Daran reihen sich naturgemäß „die Kinder“, eine ansehnliche Reihe feiner Beobachtungen und Betrachtungen über Kindersinn und Kinderglück. Dieser Gruppe folgen „die Mäusen“; die neun Kamönen werden da in ebenso vielen Strophen nach Amt und Wirksamkeit umrissen, alles mit Geist und sinnvoller Umgrenzung. Eine besondere Abtheilung unter der Rubrik „Sprüche in Reimsystemen Walthers“ enthält Betrachtungen aus der Welt, in denen manches menschenkundige Wort gesprochen wird; dann „Wallungen der Seele“: über Weinen, Lächeln, Erröthen, Erblassen, so zu sagen eine poetische Verklärung dieser physiologischen Vorgänge; ähnliche zum Nachdenken anregende Gedanken über Reue, Begeisterung, Bewunderung, Hoheit, Demuth, von welcher letzterer es am Schlusse heißt:

Du gibst Anmuth der Größe, machst die Weisheit mild;
 Beugst dich vor jedem Gruß aus himmlischem Gefild:
 Drum beugte Gott sich selbst vor dir und nahm dein menschlich Bild.

Neu und originell ist die „Naturliturgie“. Hier werden jene Elemente und Naturprodukte, die zum kirchlichen Dienst und Gebrauch herbeigezogen sind, in ihrer tief sinnigen Sym-

hohes durch eine geistvolle poetische Auslegung gefeiert: Wasser, Wein, Brod, Salz, Del, Balsam, Licht „die erstgeschaffene Creatur“, Blumen „die frommen aufwärts schauenden Sonnenkinder“, Palme, „in deren heiligen Blättern weht es von der Väter Urgebet und von der Seher dunkellichten Träumen“; Wachs, Weihrauch, Nische. Als Probe nehmen wir den Spruch über das Del:

Du der Olive sanftes Blut
Wie bist du freundlich, mild und gut,
Ein fehlerlos Geschenk in aller Weise.
Du gibst der Anmuth süßen Glanz,
Und duftet unterm Myrthenkranz
Und stirbst in heiliger Lamp' als Lichtes Speise.

Du träufelst sanfte Linderung in die Wunde,
Und gibst zum Kampfe Muth in letzter Stunde,
Und richtest auf gebeugten Sinn, und stärkst was erschläft.
Zu solcher Ehre bist du auserwählt,
Daß sich der Gnade Strahl mit dir vermählt.
Wem du das Haupt, die Hand, das Herz gesalbt mit deiner Kraft,
Die Weihe bleibt — zur Seele drang des heiligen Oeles Saft!

Das Motto aus Walther v. d. Vogelweide „Ich sanc ein teil unminnecliche“ leitet vom didaktischen Theil endlich zum dritten und letzten Buch über, welches Epigrammatisches umfaßt; ein artiger Röcher voll Pfeilen, die allerdings in ihrer Mehrzahl wenig minniglich gespitzt und geschliffen sind, mitunter aber Xenien, die mit den Goethe-Schiller'schen schon einen Vergleich aushalten. Aus der neuern deutschen Literatur werden zuerst zehn „Dichtertöpfe“ charakterisirt, mit theilweise sehr subjektiver Auffassung welche da und dort wohl zum Widerspruche reizen wird, jedoch den Geist und die Wehrkraft eines sattelgerechten Streiters nirgends verleugnet. Den Reigen eröffnen Goethe, „der Deutschen Stolz“, und Schiller, der „redemächtige Euripides der Germanen“; Wieland nimmt er in Schutz, Klopstock läßt er wenig gelten; Lessings Profil tritt markirt

heraus. Die Romantiker Novalis und Schlegel würdigt er mit Wärme; Uhland trägt den Preis davon als deutscher Mann mit dem gediegenen Siegfriedswesen. Dem allzuviel von sich selbst redenden Platen läßt er sein Recht widerfahren, und ebenso, wenn auch streng, dem Sprachmeister Rückert.

An die Poetengesellschaft schließen sich „Kunstaphorismen“ an, wo der Dichter gegen alles innerlich Unwahre zu Felde zieht, gegen die zweifelhaften Kunststeiferer des Unglaubens, gegen die Kunsthypokriten, in deren Bildern „die Tugend wich der Eleganz“, gegen die Hyperidealisten wie gegen den übertriebenen Realismus: „das Leben macht der Geist lebendig, und nur was göttlich macht es rein“ (S. 300). „Erlösung aus Vergänglichem, das ist der Künste Ziel!“ ruft er den Anwälten der sinnfehlenden Modekunst zu.

Die „Seufzer eines Deutschen“, eine weitere Abtheilung, bezeichnen ihre Tendenz schon in der Aufschrift. Es sind patriotische Ergüsse, mitunter geharnischte Strophen gegen das Eigenlob und die großrednerische Prahlhanserei der Denkfarnation, gegen das Gepräng und den albernen Tugendstolz der Sittlich-Ernsten, auf die selbstzufriedene deutsche Schulmeisterei und Treibhauskultur:

Auf Worte war't ihr stets erglüht,
Thut immer euch auf dieses Laubwerk gütlich,
Ob auch die Frucht bei andern blüht.

Auch auf die schwachköpfige Nachahmungssucht sowie auf die Denkmalthuth der Deutschen, mit ihrer Ueberzahl zentnerschwerer Berühmtheiten auf stolzem Sockelstand, gießt er seine Lauge aus. Unter diesen Seufzern über unsere nationalen Charakterfehler steht endlich auch noch eine Klagestrophe auf ein jüngstes historisches Ereigniß, auf den Unglückstag des 3. Juli 1866:

Der Sommerabend flammt in Gluth,
 Und von der Erde dampft das Blut,
 Die Erd ist und der Himmel gleich geröthet.
 Gedüngt ist Ains Ackerland
 Und blutgewässert bis zum Rand
 Vom Riesenleib des Bruders, der getödtet.
 Ist dieß das Ende nun ihr Armen
 Von eurem Singen und Umarmen,
 Von eurem Rühmen fern und nah?
 Von solcher Wahlstatt fliehen die Valkyrien.
 Sie fliehn mit ihren Siegeskronen
 Mit Graun vom Lande der Teutonen,
 Denn andre Völker wohnen da.
 Gestiftet wird ein neuestes Assyrien
 Auf deinem Grund Germania.

Das Buch der Epigramme beschließt eine Zugabe kleiner satirischer Sprüche, „Bienenzorn“ betitelt, in denen diese Bienen nun recht eigentlich ihre Wehr, den Stachel hervor-
 ziehen: „so spiz als wie vom Waizenkorn die Aigel, doch nicht so giftig wie Hornissenzagel.“ Hauptsächlich ist es hiebei auf einige bekannte literarische Namen der Gegenwart abgesehen, die den Zorn des schwirrenden und stechenden Böckleins reizen, und sind es nicht die höchsten, so sind es doch die frechsten; z. B. der flügelchwache aber kritisch aufgeblähte Pfau; der in altem hussitischen Haß verknöcherte „Pfaffe Mauritius“ (M. Hartmann); der Großjude der jungdeutschen Literatur Gutzkow, dessen überlebte Romanfabrikation sarkastisch gegeißelt wird. Es fallen der Stiche noch mancherlei in verschiedener Richtung, auch einzelne Gesellschaftstypen sind an ihrer verwundbaren Stelle getroffen. Man wird zugeben müssen, daß nie eine Zeit besser dazu angethan war, das Stachelgericht eines neuen Martial herauszufordern, als die gegenwärtige. Hier ist dem Dichter noch ein weites Feld geboten.

Aus dem gedrängten Ueberblick aber, den wir von vor-
 liegender Sammlung zu geben versuchten, wird soviel in die

Augen fallen, daß lyrisch=didaktische Dichtungen von so reichhaltiger Eigenthümlichkeit ihre Empfehlung in sich selbst tragen. Es steht daher zu hoffen, daß dieselben überall, wo der Sinn für ernste gediegene Poesie noch gehütet und gepflegt wird, Aufnahme und Verbreitung finden werden. Hier haben wir einen katholischen Poeten, der sich mit Rückert messen darf, der ihm an Sprachbemeisterung gleichkommt, an originaler Kraft und an Tiefblick ihn überragt. — Möchte der hochbegabte Dichter seine bedeutende Kraft einmal zu einem großen einheitlichen Werke zusammennehmen. Er wäre der Mann dazu, uns eine neue typische Eposgestalt zu schaffen, einen Parcival für unsere Zeit, der in diesem Weltkampf um die höchsten Güter christlicher Gesittung ritterlich streitend durch Irrung, Noth und allen Ingrim der dämonischen Mächte hindurch den Weg zum heiligen Graale zieht. Und so sagen wir mit dem Dichter, wenn er von dem „Aetherpferd“ der poetischen Begeisterung spricht:

Wenn drauf ein lichter Reiter diese Welt erfreut,
 Er sei begrüßt! Gott aber sei gebenedeit,
 Wenn bald ein Pfingstgewittersturm die ganze Welt erneut.

III.

Matthäus Alber, der Reformator Neutlingens.

Wer es unternimmt die bestaubten und vergilbten Reformationsakten der schwäbischen Städte zu durchstöbern, wird bald zu dem Resultate gelangen, daß kaum irgendwo die Reformation so rasche Triumphe gefeiert hat, als eben im schwäbischen Kreis. Schon frühzeitig (1524) bargen Ellwangen, Gmünd, Rottweil, Waldsee, welches jetzt ganz katholische Städte sind, unter ihren Bürgern und Inwohnern eine beträchtliche Anzahl von Bekennern des neuen Evangeliums, welche durch das Interim decimirt oder ganz aufgehoben wurden. In Niedlingen und Altheim finden wir schon um's Jahr 1522 einen beweibten Pfarrer, Johannes Zwick aus Constanz. Die umliegende Landgeistlichkeit bildete jedoch eine festgeschlossene Phalanx, so daß Zwick mit seinen reformatorischen Ideen nirgends durchdringen konnte.

Hauptsächlich aber sind es die oberschwäbischen Reichsstädte mit ihrem wohlhabenden Bürgerstand, in denen die reformatorische Bewegung culminirte. Denn von den 51 freien Städten des deutschen Reiches fielen 33 der Reformation ganz zu, in fünf andern hielten sich beide Confessionen nebeneinander und nur in 13 blieb die katholische und zwar

oft nach harten Kämpfen herrschend. Die Zahl der fre Städte war im schwäbischen Kreis weit größer als in irgend einem andern und zur Zeit Maximilians zählte dieser Reichthlich und dreißig Städte, welche ihre Reichsunmittelbarkeit behaupteten.

Wenn wir unter diesen Reichsstädten gerade Neulingen zur Darstellung seiner Reformationsgeschichte gewählt haben, so geschieht es darum, weil in dieser Stadt das neue Evangelium am frühesten unter allen schwäbischen Städten Eingang fand und Herzog Ulrich bei dem Religionsgespräch zu Marburg (1529) sagte: es gebe wohl keine Stadt die des Evangeliums wegen so viel erduldet als eben Neulingen; und weil selbst Luther über das frühe und rasche Eingreifen des reformatorischen Principes in dieser Stadt in Erstaunen gerathen ist.

Kennt auch im allgemeinen jeder Geschichtskundige die Umstände, welche den Ursprung und Fortgang der Kirchentrennung beförderten, so nimmt doch diese in jeder einzelnen Stadt wiederum eine besondere Färbung an und wickelt sich auf eine eigenthümliche Weise ab. Bei Besprechung derselben konnte es keineswegs unsere Absicht gewesen seyn den alten Hader wieder heraufzubeschwören, und die Wunden die vernarbt sind, wieder blutig zu reißen. Nein! sondern es war unsere Absicht zu zeigen, daß viele unserer Vorfahren einen edlen Kampf um das heiligste Gut des Glaubens gekämpft haben, so daß wenn es viele Gefallene gab, auch wiederum viele Glaubenshelden aufzuzeichnen sind. Eine objektive Darstellung ergibt, daß die reformatorischen Ideen oft recht gewaltsam durchgeführt wurden und daß jene Produkte in denen die Reformation dargestellt wird wie ein sanftes Geisteswehen, das über die Menschen gekommen sei und sie auf eine magische Weise ergriffen hätte, während auf der andern Seite nur Scheiterhaufen, Henkerbeile und Reßergerichte erblickt werden, auf historische Wahrheit keinen Anspruch machen können.

Einer Rechtfertigung der Wahl des Stoffes wird es

kaum bedürfen, wenn wir Seckendorfs Worte beherzigen, die er 1688 an die freien und vornehmsten Reichsstädte schreibt: *ut hoc negotium viris fidis et industriis dent, ad relationes de reformationis in singulis provinciis et urbibus majoribus origine et progressu ex probatis documentis conscribendas. Id non potest non in honorem Dei et incrementum verae religionis cedere.* Die Protestanten sind wirklich Seckendorfs Worten nachgekommen; denn jede Stadt hat mindestens ein halb Duzend Schriften aufzuweisen, welche sämmtlich eine Glorifikation ihrer Reformation enthalten, während katholischerseits blutwenig geschehen ist. So mußten auch wir gegenwärtige Abhandlung lauter protestantischen Dokumenten entnehmen, ein Umstand der ihr zwar um so größere Glaubwürdigkeit verleihen mag, aber auch den Autor größere Vorsicht anwenden hieß.

Wenn wir die Reichsstädte vor und zur Zeit der Reformation so oft in einer unzufriedenen und gereizten Stimmung gegen ihre Geistlichkeit finden, so wollen wir keineswegs in Abrede stellen, daß oft das lockere Leben und Treiben dieser Geistlichen gerechte Entrüstung gegen sie hervorgerufen haben mag; allein andererseits dürfen wir ebensowenig vergessen, daß der Klerus gar oft in der Lage seyn mochte dem reichsstädtischen Uebermuthe Zügel anzulegen und denselben in die gebührenden Schranken zu weisen. Die stolzen Reichsstädte, denen mit jedem kaiserlichen Privilegium der Kamm höher schwoh, die es wagten dem Kaiser die Thore zu verschließen, konnten selbstverständlich keinen Widerspruch ertragen, und eine andere Macht und andern Einfluß in ihren Mauern mochten sie nicht gerne sehen. Widerspruch und Rivalität gegen die geistliche Obrigkeit war diesen Städten, wie Reim sagt, schon an ihre Geburtsstunde geheftet *). Da erstere ihre Jurisdiktion und ihren Güterbesitz ebenfalls öfter in's Ungebührliche ausdehnte, so mag sich oft Gelegenheit dargeboten

*) Reim, Schwäbische Reformationsgeschichte.

haben, einander zu schaden und wehe zu thun. Deshalb war für diese Städte die Reformation auch ein weltlicher Befreiungsakt und sie mußten an Luthers Theorie Gefallen finden, wornach das Kirchenregiment dem Klerus entrißen und der Gemeinde oder Obrigkeit übergeben wurde; denn so sahen sie sich von dem Alp der sie schon lange drückte, befreit und in geistlichen wie in weltlichen Dingen als unumschränkte Herrn.

Wo demnach die Dinge in den Reichsstädten so standen, da wollen wir uns nicht wundern, wenn ein großer Theil des Volkes das Kind mit dem Bad ausschüttete und sich in die offenen Arme der Religionsneuerer warf. Solch plötzlichen Umschwung in religiösen und noch mehr in politischen Dingen weist ja die Geschichte mehrfach auf; denn was einzelne Demagogen über das Volk vermögen und wie wenige Individuen oft im Stande sind ganze Städte zu terrorisiren, davon hat auch die neuere Geschichte Beispiele genug aufzuweisen. Denn während so auf der einen Seite die Plebejer, um die Patricier zu demüthigen, vom alten Glauben abfielen, setzte andererseits der Rath dem reformatorischen Treiben kein Hinderniß in den Weg, um dem Klerus ein Bein zu unterschlagen, und während beide Parteien in ihrer Abneigung gegen den Klerus Hand in Hand gingen, so mochte die Durchführung der Reformation in vielen Reichsstädten ein leichtes Stück Arbeit gewesen seyn. Wenn dann bei solcher Gestalt der Dinge vollends, wie es in Reutlingen der Fall war, ein Mann sich fand, der ein geborner Reutlinger, von Tübingen aus wo er unter Melanchthon studirte, die Vorgänge in seiner Vaterstadt ununterbrochen beobachten konnte und den günstigen Zeitpunkt nicht verpaßte, um sich an die Spitze der Bewegung zu stellen, so ist nicht zu verwundern, wenn Reutlingen schon so frühzeitig der Reformation zuneigte.

Die ehemalige Reichsstadt liegt am Fuße der schwäbischen Alb in einer reizenden, obst- und weinreichen Gegend und

ist jetzt Hauptstadt des württembergischen Schwarzwaldkreises. In politischer Beziehung theilte Reutlingen Wohl und Wehe mit den oberschwäbischen Reichsstädten und erfreute sich mancher Privilegien, welche die Kaiser gerne diesen Städten verwilligten, um an ihnen eine Stütze gegen die widerspenstigen und troßigen Grafen und Herrn zu haben. Ludwig der Bayer ertheilte der Stadt (1343) ein Privilegium, wie man Gericht und Rath jährlich erneuern soll. Karl IV. bestätigte (1374) eine von Rath und Bürgermeister nach dem Vergange Rottweils entworfene Wahlordnung. Kaiser Max erlaubte (1495) der Stadt den Blutbann nicht nur unter freiem Himmel, sondern auch bei geschlossenen Thüren zu üben. Jahrhunderte hindurch scheint in den Mauern der Stadt ein kräftiger naturwüchsiger Bürgerstand gelebt zu haben, der bei mehreren Gelegenheiten seinen Muth und seine Kraft an den Tag legte; namentlich haben 1377 die Gerber Reutlingens die Grafen und Herrn „tüchtig gegerbt“.

Den religiösen Zustand der Stadt anlangend, so deuten die archivalischen Urkunden nirgends auf Marasmus der katholischen Kirche hin, sondern sie erzählen von Meß-, Pfründ- und Predigerstiftungen bis tief in die Zeit Luthers herab. Darum der religiöse Umschwung in dieser Stadt weit mehr in politischer Unzufriedenheit als in innerer Abneigung gegen die Religion der Väter gesucht werden muß.

Mit dem Anfang des 14. Jahrhunderts ging in Reutlingen eine wesentliche Veränderung in dem Kirchenwesen vor sich, welche bis auf die Zeit der Reformation blieb. Aus einer Bulle Johannes XXII., Avignon 2. Juni 1323, ersieht man, daß das Patronatrecht der Marienkirche zu Reutlingen an das Kloster Königsbrunn kam. Zu Ende des genannten Jahrhunderts finden sich in der Stadt zwei Kirchen, sechs Kapellen, zwei Armen- und Siechenhäuser, vier Clausen geistlicher Frauen und fünf Klosterhöfe. Ueber die Frauenklöster finden sich nur spärliche Nachrichten und zur Zeit der Reformation geschieht ihrer gar keine Erwähnung mehr. So

viel ist jedoch gewiß, daß sie keine bloß contemplative Convente waren, sondern sich mit Kindererziehung, Pflege und Trost Armer, Kranker und Sterbender abgaben.

Ein oppositioneller Geist gegen die Hierarchie ging längst in den Mauern Neutlingens um. In dem Kampf der Hohenstaufen gegen die Päpste finden wir Neutlingen auf Seite der ersteren, und ihre Anhänglichkeit an Ludwig den Bayer konnte keine Drohung erschüttern. Je näher wir aber der Zeit Luthers rücken, desto mehr häufen sich die Klagen gegen den Klerus. So werden am Ende des 15. und Anfange des 16. Jahrhunderts eine Reihe von Versündigungen der Geistlichen angeführt. Der Patricier Ungelter stiftete 1381 einen Altar zu St. Peter und der Priester dieses Altares muß geloben: „daß er weder Kelch, Meßbuch, Meßgewand die zum Altar gehören, noch anderes Gezierd verkaufe oder verseße.“ Bei einer Anstellung im Jahre 1451 mußte der Anzustellende geloben, daß er weder ein „Concubinarius noch Wiber noch offener Spieler wäre.“ Vom Jahre 1514 lesen wir einen ganz widrigen Handel mit dem Dean des Kapitels, Peter Schenk, um etlicher Reden und Sachen halber die sich zwischen ihm und seiner Pfarrgemeinde eine Zeit her verlaufen hätten. „Sie könnten sich dasselbig nimmer leiden und der Pfleger soll lügen, daß sie in der Kirchen versehen würden von der Stunde an, oder sie werden den Heu- und Kornzehnten selber einziehen und selbst einen Pfarrer setzen, damit sie wissen, daß sie versehen seien.“ Als weitere Gravamina sind angeführt: vor 14 Tagen habe der Dean die Kirchmesse in unserer Frauenkirche nicht wollen halten lassen; „er ist auch von Ostern bis Himmelfahrt nicht gegen Neutlingen kommen, und ob er schon da ist, er geht nicht in die Kirche; er hat keine Meß, er hat nie keine Predigt gethan. Am Pfingstabend hat er Unfug in der Kirchen begangen, er besleißigt sich alles dessen was den Neutlingern unlieb ist“*).

*) Reformationsakten II. 23. (Im Archiv zu Stuttgart.)

Die Sache wurde im Auftrage des Bischofes von Conſtanz durch eigene Commiſſäre unterſucht und Schenk mußte abtreten. Auch die fünf Kloſterhöfe die nicht unbedeutende Revenüen hatten und exempte Gerichtsbarkeit genoſſen, waren den Reutlingern ſchon lange her ein Dorn in den Augen.

Somit war auch in dieſer Reichsſtadt Zündſtoff genug aufgehäuft und es bedurfte nur eines Funkens, um den Brand in hellen Flammen auslodern zu ſehen. Die beiden Perſönlichkeiten, welche energiſch in das Reformationswerk zu Reutlingen eingriffen, ſind Joſua Weiß und Matthäus Alber. Albers Thätigkeit iſt jedoch ſo hervorragend, daß ſich das ganze Drama ungeſucht um ihn gruppiren läßt. Joſua Weiß war aus der zahlreichen Zunft der Weingärtner und figurirte zwei Decennien theils in der Mitte theils an der Spitze des Magiſtrats. Er ſcheint nicht reich geweſen zu ſeyn, denn in den meiſten Briefen die er von den Reichstagen nach Hauſe ſchrieb, iſt der ſtete Refrain, daß er um Abberufung bittet, um zu ſeinem Handel und Bau zurückkehren zu können. Ob Weiß im Stande war die Intereſſen ſeiner Vaterſtadt auf Bundes- und Reichstagen zu wahren und zu vertreten, auf denen damals ſo wichtige politiſche und religiöſe Materien zur Sprache kamen, wollen wir dahingeſtellt ſeyn laſſen; jedenfalls iſt gewiß, daß er ein der Neulehre eifrig Ergebener war, der Alber in ſeinen Reformationsbeſtrebungen getreulich ſekundirte *).

*) Als Weiß 1542 auf den Reichstag nach Nürnberg ritt, ſtarb er unterwegs zu Eſchenbach in Mittelfranken am 11. Auguſt. Die Reutlinger gehen gegenwärtig damit um, Joſua Weiß für ſeine Verdienſte um ſeine Vaterſtadt ein Denkmal zu ſetzen. Hier ſei dem Autor auch geſtattet, ſeinen Dank auf das Grab des verſtorbenen Stadtschultheißen Grathwohl niederzulegen für ſeine große Liberalität, mit der er ihm den Weg zu Reutlingens Reformations-Alten gezeigt hat.

Die ersten Lebensumstände Albers, den die Protestanten den Luther Schwabens nennen, scheinen absichtlich in ein mythisches Dunkel gehüllt, wie es bei großen Männern zuweilen der Fall ist. Denn die beiden wunderbaren Lebensrettungen Albers tragen sichtlich das Gepräge der Fiktion an sich. Bei einem Erdbeben soll auch Albers Haus eingestürzt und der unmündige Matthäus in einer Höhle des Schuttes in der Wiege lachend gefunden worden seyn. Im Anfange des 16. Jahrhunderts wurde Neutlingen nach den Chronisten von einem großen Brande heimgesucht, so daß gegen 150 Hirte in Asche sanken, worunter auch Jobodus Albers Haus. Das Feuer kam um die Zeit des Nachtessens aus und um Mitternacht lag schon alles in Schutt. Bei diesem Getümmel verlor sich der kleine Matthäus von der Seite seiner Eltern und wurde die ganze Nacht vermißt, so daß man nicht anders glaubte, als er habe seinen Tod in den Flammen gefunden. Doch am grauen Morgen wanderte der Vermißte zur höchsten Freude seiner Eltern wohlbehalten daher, und Niemand wußte woher und von wannen er kam.

Matthäus Alber wurde den 4. Dezember 1495 zu Neutlingen geboren. Sein Vater hieß Jobodus, war ein Goldschmied und befand sich vor dem Brande in guten Vermögensumständen. Die Mutter Albers, Anna Schellingerin, soll eine fromme Frau gewesen seyn und ihren Sohn Matthäus zum Dank für diese wunderbaren Lebensrettungen Gott und dem Tempeldienst geweiht haben. Bald nach dem Brande verlor Alber seinen Vater durch den Tod, und da dieser mit dem Haus auch seinen Waarenvorrath eingebüßt hatte, so stand die Mutter mit ihrer Kinderschaar arm und verlassen da. Von nun an fehlen alle sicheren Nachrichten, bis wir unsern Matthäus als wandernden Schüler wieder finden bald zu Schwäbisch Hall, bald zu Rothenburg an der Tauber, bald zu Straßburg, wo er nach damaliger Sitte sein täglich Brod durch Singen vor den Häusern, in Kirchen und Klöstern verdienen mußte. In seine Vaterstadt zurückgekehrt, nahm

ihn der dortige Präceptor Georg Keller zu seinem Provisor an. Nicht zu verwundern ist, wenn den strebsamen jungen Mann die nahe Universität Tübingen anzog, wo er vom Magistrate in den Genuß des von Gregorius Ziegler, Kaplan zu Reutlingen, 1512 gestifteten Stipendiums gesetzt wurde. Der Provisor Alber inscribirte sich im November 1518, Hier war es auch, wo Alber mit Melanchthon bekannt und innig befreundet wurde, und als dieser 1518 im Herbste wegzog, verließ auch Alber Tübingen, wo er noch kurz vor seinem Abgange den Magistergrad von der Artisten-Fakultät erhalten hatte.

Zu Tübingen hatte Alber sich lediglich mit den humanistischen Wissenschaften beschäftigt und es war nun die Aufgabe an das eigentliche Brodstudium zu denken. Einige Zeit war er unentschlossen, ob er seinem Freunde Melanchthon nach Wittenberg folgen oder eine süddeutsche Universität beziehen sollte; endlich entschied er sich für die Albertina. Sein Aufenthalt in Freiburg ist in gänzlichem Dunkel gehüllt und kann auch nur von kurzer Dauer gewesen seyn, da die einen seine Botation nach Reutlingen in's Jahr 1519, andere längstens in's Jahr 1520 setzen. Noch andere lassen ihn von Freiburg wiederum nach Tübingen übersiedeln, so daß seine Berufung von hier aus geschehen wäre. Sehen wir, wie aus Albers eigenen Aeußerungen hervorgeht, den Anfang seiner Wirksamkeit in Reutlingen in das Jahr 1520, so bleibt für seine theologischen Studien blutwenig Zeit übrig, und wir werden ihm nicht groß Unrecht thun, wenn wir behaupten, er sei mit mangelhaften theologischen Kenntnissen in's praktische Leben eingetreten.

Für die für uns wichtige Frage, wann Alber die Priesterweihe empfangen habe, konnten wir nirgends gehörig Aufschluß finden; sicherlich aber muß dieser Akt in die Zeit zwischen seiner Berufung und seinem Amtsantritt verlegt werden. Hartmann sagt: Alber reiste nach Vollendung seiner Universitätsstudien mit M. Balthasar Käuffling, der nach-

mals Professor der Theologie in Tübingen wurde, nach Constanz um sich die Priesterweihe geben zu lassen *).

Die Jahre 1518 bis 1523 waren für Neutlingen verhängnißvolle Jahre, und sie waren dieses um so mehr weil die Heerde sozusagen ohne Hirten war. Nach dem Rücktritt (1517) des unwürdigen Schent folgte ein Anonymus, über dessen Thätigkeit die Akten nichts berichten. Dem Anonymus succedirte Johannes Baurbach, der nach kaum achtzehnmonatlichem Wirken Propst zu Urach wurde; seine Stelle nahm wieder ein Anonymus ein, über den sich die Neutlinger beim Abt zu Königsbronn beschwerten, daß er schlechte Helfer anstelle und mancherlei Anstände obwalteten. Aus einer Urkunde Dom. Cantate 1523 geht hervor, daß der Anonymus entlassen und dem Rath bewilligt wurde einen Pfarrer zu benennen. Die Neutlinger schlugen Meister Gaspar Wölflin, einen Bürgersohn vor, welcher dem Abte auch genehm war.

Wölflin, an Johann des Täufers Tag 1523 in sein Amt eingesetzt, bittet noch im gleichen Jahre beim Abte um Abberufung: „Er sei in den beschwerlichen Däusen, die jegund zu Neutlingen schwebend, ganz verspottet und verachtet, habe in der Kirche ganz und gar nichts zu schaffen, bieten, handeln und thun noch zu lassen; denn seine Helfer seien keineswegs in gebührlichen Sachen gehorsam, hängen andern Leuten an, so daß sie seine Herrn, er ihr Knecht sei; des Dekanatsamts könne er nur wenig gebrauchen und so er seine Beschwerden beim ehrsamem Rath fürgetragen, werde ihm geantwortet: ein ehrsamer Rath belade sich solcher Sachen ganz nicht, sondern allein des Weltlichen — kurz er, der Pfarrer, stehe in Fährlichkeit seines Lebens“ *).

Dekan Wölflin war ein braver gutmüthiger Mann, dessen Verstand und Energie wohl in gewöhnlichen Tagen

*) Hartmann, Matthäus Alber. Tübingen 1863.

**) Reformationsakten III. 6. Staatsarchiv Stuttgart.

nigereicht hätten; allein solch stürmischen Zeiten, wo die politischen und religiösen Wellen so hoch gingen wie damals in Reutlingen, war er nicht gewachsen. Deshalb setzte er sich dem Treiben Albers keinen Widerstand entgegen, sondern voll Angst um seine Entlassung bittend lehrte er der Stadt den Rücken. Als einen schwachen Mann hatten die Reutlinger Wölflin schon gekannt und eben deshalb bei der Belegung der Pfarrei in Vorschlag gebracht, denn sie glaubten es werde ein Spielball in ihren Händen seyn. Daß er ihnen den Pöffen spielen und abtreten würde, daran hatten sie nicht gedacht; weit lieber hätten sie ihn zum Deckmantel ihrer Umtriebe benützt.

Daß eine solche Zeit, wo innerhalb fünf Jahren vier Pfarrer eingesetzt wurden und wieder abtraten, für Albers Wirken äußerst günstig seyn mußte, leuchtet von selbst ein. Alber scheint auch dieses geistliche Interregnum für seinen Zweck gehörig ausgebeutet zu haben; denn aus Wölflins Klagen geht hervor, daß in diesen paar Jahren eine mächtige religiöse Wandlung in der Stadt vor sich gegangen seyn muß. Alber wurde in seinem Wirken namentlich durch den Umstand unterstützt, daß er die in Reutlingen gestiftete Präbendatur*) inne hatte, die nicht an eine Kirche oder einen Abt gebunden war, sondern eine große Selbstständigkeit

*) Am Anfange des 16. Jahrhunderts findet man in mehreren Städten sogenannte Präbendaturen gestiftet, über denen ein eigenes Verhängniß schwebte. Kaum waren sie errichtet, so finden wir sie schon mit reformfreundlichen Priestern besetzt, und während sie gegründet waren zur Verbreitung der alten katholischen Lehre; wurden sie ein bedeutendes Behülfel die neue Lehre in's Werk zu setzen. Zu Memmingen hatte (1512) der Patricier Wöhlin eine Predigerstelle gestiftet, welche der Zwinglianer Schappeler inne hatte; auf der zu Stuttgart errichteten Predigerpfründe war der apostasirte Mantel thätig; die von einem Priester (1513) gestiftete Präbendatur zu Brackenheim wurde Sam verliehen, und in Reutlingen wirkte auf der vom Kloster Königsbronn errichteten Predigerstelle Alber.

genoß, so daß der Prediger in allen Kirchen der Stadt, wo es ihm beliebte, das Predigtamt ausüben konnte; weßhalb wir bis zum Jahre 1526 in den Reformationsakten Alber ausschließlich „Prediger“ betitelt finden. In der Ausübung dieses Amtes scheint ihm weder von den ephemeren Pfarrherrn noch von den etlich dreißig Kaplänen, von denen weiter nichts bekannt ist als daß sie Neutlinger Stadtkinder waren, große Concurrenz gemacht worden zu seyn. Gegen Ende des Jahres 1523 findet sich die merkwürdige Notiz, daß Alber die Messe schon deutsch las mit Auslassung des Canons und Substitution einer biblischen Lektion und daß ein Theil der Barfüßer-Mönche in Albers Lager überging. Diesen wahrheitsbegierigen Mönchen und Priestern soll Alber ein Privattissimum über den Römerbrief und das Evangelium Matthäi gelesen haben.

Bereits war Albers Ruf als Reformator über die Mauer der Stadt hinausgedrungen; denn Zwingli schreibt schon den 19. März 1523 an den frommen Gottesmann und „Verehrten Mattheusen“ und fordert ihn auf das begonnene Werk muthig fortzusetzen. Im gleichen Jahre bekamen zwei Karthäuser zu Güterstein, einige Stunden von Neutlingen, das Reformationsfieber; in ihrem Paroxysmus stürzten sie sich zum Fenster der Karthause in mitternächtlicher Stille hinaus und kamen zu Alber nach Neutlingen, der sie bald von ihren Leiden heilte indem er sie mit Weibern versah. Der Prior reflektirte zwar seine verirrtten Schafe vor dem Rathe, allein diese fanden sich im sichern Hasen und hatten nichts zu fürchten.

Unterdessen hatte der Abt von Königsbronn Wölflin Rücktritt nicht angenommen, sondern forderte in einem ernsten Schreiben den Rath auf seinen Vikar (Wölflin) zu schützen und zu schirmen, da ja das Kloster jährlich 27 fl. Steuern an die Stadt zahlen, andere Lasten reichen und sonst in der Stadt heben und legen müsse. Als die Neutlinger hiergegen erklärten, sie wollten einen Pfarrer, so bat der Prälat

nachlich, die Beschwerden die Wölflin vorgebracht habe aus dem Wege zu räumen. Allein die Städter wußten recht gut, daß es bei ihnen schon so weit gekommen war, daß ein Mann der nach katholischem Ritus den Gottesdienst verrichten wollte, sich nicht mehr halten konnte.

Wölflin war auch auf keine Weise mehr zur Annahme des verlassenen Amtes zu bewegen und der Abt befand sich in einer äußerst peinlichen Lage. Da er keinen hierzu tauglichen Priester finden konnte, so mußte er, wollte er den Schaden nicht schon für verloren geben, M. Hans Buzbach zum Pfarrer ernennen, von dem der Abt in einem Schreiben dem Rath sagt: „daß derselbe sich seines Unwesens gegigigt haben werde.“ Allein Buzbach war weder im Leben noch im Glauben ein Vorbild für seine Gemeinde und die Stettlinger klagten bald beim Abt: „daß sich sein Unwesen nicht mehr mindern thät.“ Zudem spielte Buzbach dem Abte noch den Streich, daß er im Jahre 1527 ein Weib nahm. Trotz alledem sah sich der Abt 1528 noch in der mißlichen Lage, Buzbach auf zwei weitere Jahre unter dem Vorbehalt zu bestätigen, bis vom Kaiser oder dem päpstlichen Bund gegen die beweibten Priester eingeschritten werde.

Die Vorgänge in der Stadt erregten nun die Aufmerksamkeit der österreichischen Regierung zu Stuttgart und es folgte von dorthier den 26. September 1523 ein ernstliches Schreiben: daß glaublicher Bericht eingekommen sei, daß der Hauptprediger die vom Papst, Kaiser und Reich verworfenen und verdamnten lutherischen Lehren freventlich und unverschämt von der Kanzel ausgieße. Man warne in freundschaftlicher und nachbarlicher Meinung, solch ärgerlichen und empörenden Unterricht dem Prediger zu verbieten. Der Rath antwortete: daß ihr Prediger bisher versüßlicherisch und lehrerisch predigt, davon haben sie kein Wissen; sie müssen dafür sorgen, daß solche Beschuldigungen von ihren Feinden zu Schmach und Unglimpf der Stadt ausgehen. — In einem

spätern Schreiben, von Ferdinand selbst unterzeichnet Nürnberg 11. Januar 1524, heißt es: man habe abermal glaubwürdigen Bericht, daß der Prediger sich noch viel ungeschickter und schimpflicher Unterrichtungen und Reden *) an der Kanzel bedient habe, welche sogar Kaiserl. Majestät und den Erzherzog selbst antasten, und daß davon nicht nur die Inwohner von Reutlingen, sondern auch andere Auswendige, welche die Stadt und Markt gebrauchen, angesteckt werden. Sollten durch der Reutlinger Zusehen in Würtemberg Aufruhr und Widerwärtigkeit erwachsen, würde der Herzog verursacht zu thun, was sich gebühre **). Auch hiegegen verantwortete sich der Rath ganz unschuldig: „Sie haben bisher M. Luthers Opinion, oder wie man seine Lehre nennen wolle, insonderheit nicht angenommen, auch nicht darauf gebaut, sondern sie wie ander menschlich Wort und Lehre, darin Zweifel, Dunkelheit und Irrung möge befunden werden, geachtet und sie zu verfechten sich niemals unterstanden, sondern sich in allweg beflissen an dem heil. Evangelium und lautern Wort Gottes und den gründlich angezeigten Zeichen (Sacramenten) zu halten. Auch haben sie ihren Prediger, den sie zu sich gebracht, der lutherischen Lehre nie anhängig gespürt“ ***).

*) Bei den Reformationsakten findet sich ein Concept mit nachstehendem Inhalt: Er (Altbürgermeister Becht) sei neulich in Tübingen gewesen, da sei an ihn gelangt, daß eine gemeine Red und Sag daselbst entstanden, daß der Prädikant von Reutlingen in seiner Lehr hab öffentlich angezeigt, so eine Ehefrau schwanger sei und eines andern Mannes begehre, soll ihr das von ihrem Mann nicht abgeschlagen werden.

**) Hieraus erhellt zur Genüge, daß man schon damals dem allgemeinen Erfahrungsgrundsatz huldigte, daß religiös Unzufriedene auch politisch Unzufriedene sind, und daß religiöse Reuerung politische nach sich zieht und beides Kinder einer und derselben Mutter sind.

***) Entweder waren die Rathsherren zu Reutlingen zu ungeschickt um alte und neue Lehre von einander unterscheiden zu können, oder sie waren keine fleißigen Kirchengänger, oder sie haben, was höchst wahrscheinlich ist, sich eine offizielle Lüge erlaubt.

Da Ferdinand wohl einsah, daß mit einem Rath der sich auf's Lügner und Lügen verlegte, nicht in's Reine zu kommen war, so wurde der Bischof von Constanz um Untersuchung mittelst Zeugenverhör angegangen. Das erzherzogliche Schreiben lautete: „Als das Geschrei und Geruch, wie der von Reutlingen Prediger der lutherischen Opinion ganz anhängig, für Ihre Durchlaucht mehrmalen gekommen wäre, hätten Sie zudem oftmalen Erfahrung des Gerüchts fürnehmen lassen und befunden, daß es wahr wäre. Deßhalb haben Sie aus vielen Ursachen an die von Reutlingen gnädigst begehrt, ihren Prediger von seiner Meinung zu wenden und abzuschaffen. Weil diese es aber nicht gesteen wollen, so wollen Ihre Durchlaucht dem Bischof von Constanz schreiben die Wahrheit zu erfahren, Zeugen und Anderes hiezu dienend zu verhören. Daran sollen die von Reutlingen den Bischof und seine Commissarien keineswegs irren noch verhindern, besonders ihre Bürger zur Förderung der Wahrheit hiezu vermögen und halten.“ Ein Klagepunkt war namentlich, daß der Prediger soll ausgestoßen haben, die Acht, so von römischen Kaisern und Königen gebraucht worden, sei nichtig und pur lauter Schinderei, dem gemeinen Mann zum Nachtheil erdacht, so daß man ihr Gehorjam zu leisten nicht schuldig sei. Man hätte, fährt das Schreiben fort, „gleichfalls Bericht, daß etlich ungeschickte Prediger daselbst seien, auf die nicht ein klein Aufsehen zu haben von nöthen, wenn sie unterstehen sich im Schein des Evangeliums den gemeinen Mann aufrührig zu machen.“ Damit den Reutlingern durch das bischöfliche Verhör ja nicht zu wehe geschehe, hat der Erzherzog dem Rath den Recursweg gezeigt, wenn er sagt: sollte ihnen auch der Bischof und seine Examinatores beschwerlich fallen, so können sie ja als Reichsstadt sich an die Reichsstände oder den schwäbischen Bund wenden *).

*) Gapler, Historische Denkwürdigkeiten S. 249. Reform.-Akten III. 1, 16.

Die Verhandlungen von Seite des Bischofs nahmen ihren Anfang. An Sonntag Miseric. Dom. 1524 schreibt der bischöfliche Commissär, Joh. Ranning, an den Rath: „Er habe vom Erzherzog Ferdinand Befehl von wegen ihres der lutherischen Opinion beschreiten Predigers ein Verhör anzustellen. Daher sei sein Begehr die Zeugen, so er anzeigen werde, geistlichen und weltlichen Standes, nach Tübingen zu stellen.“ Ranning wagte sich nicht in die aufgeregte Reichsstadt, sondern nahm seinen Aufenthalt in der damals gut katholischen Stadt Tübingen. Die Antwort des Raths lautete: „da sie an den Erzherzog eine Supplication eingereicht hätten, aber noch keine Antwort gefallen sei, so können sie seinem Ansinnen keine Folge leisten.“ Dem schwäbischen Bund, den der Bischof unterdessen angerufen hatte, erklärte der Rath: „er habe kein Wissen von Briefen und Mandaten, die vom Bischof an ihren Prediger ergangen seien, halte sich auch gar nicht verpflichtet, des Bischofs Gerichtszwang und Proceß zu vollziehen.“

Schon waren die Unterhandlungen so weit gediehen, daß dem Vikar von Constanz freies Geleit zugesagt war, um in der Stadt selbst im Beiseyn des Raths das Verhör vornehmen zu können. Allein Alber hatte bereits den Plebs aufgestachelt, daß der Vikar schon etliche außerhalb der Stadt verhört und in der Stadt nur solche Zeugen benannt habe, „die dem Wort Gottes widerlich und nicht viel in seinen Predigten und Lehren gewesen.“ Als sich das Gerücht in der Stadt verbreitete, Alber werde in Reutlingen von dem bischöflichen Commissär verhört werden, so fing es unter der Bürgerschaft zu gähren an. Es sollten deßhalb alle Zünfte auf Abend sieben Uhr versammelt werden, um ihnen anzuzeigen, „weß sie sich auf vorgemeldeten Beschluß halten sollten.“ Da entstand um sechs Uhr Feuerlärm und zahlreiches Volk fand sich auf der Brandstätte ein. Nach Bewältigung des Feuers befahl der Bürgermeister sämtlichen Bürgern nach Hause zu gehen; allein sie gehorchten nicht.

Sie versammelten sich auf dem Marktplatz, ließen ihre Spieße nieder, bildeten einen Ring und redeten miteinander. Sie erklärten ächt republikanisch: sie wollten der Sache, weshalb sie in die Zunfthäuser geboten worden, allda handeln; das Verhör solle keinen Förgang haben, es sei denn daß man die ganze Gemeinde verhöören wolle. Hier auf dem Marktplatz zwangen sie den Magistrat sammt dem Bürgermeister zum eidlichen Gelöbniß „bei dem Worte Gottes zu bleiben und dasselbe immer handzuhaben“; auch dürfe diese Handlung Niemand Nachtheil oder Schaden bringen.

Der wahre Charakter dieses Vorgehens der Zunftgenossenschaft trat aber jetzt zu Tage, indem sie diesen Gewaltakt dem Rathe gegenüber ausbeutend bedeutende politische Forderungen an den Magistrat stellte, die von solcher Tragweite waren daß die befreundeten Städte Augsburg, Ulm und Eßlingen vermittelnd zwischen Rath und Bürgerschaft treten und die Zwistigkeiten beilegen mußten. Durch die Renitenz der Bürger hatte der Magistrat seine bisherige Politik des Geschehenlassens theuer bezahlen müssen und erntete nur zu bald die Früchte, die er durch sein Laviren und unrebliches Spiel gesäet hatte. In den Trink- und Zunftstuben der Stadt wurden die Schreiben ausgelaufener Mönche vorgelesen; an den Stadthoren und Kirchen fand man schändliche Plakate und Bilder wider Mönche und Nonnen angeschlagen; auf den Straßen und Gassen sang man Spottlieder auf den Klerus und katholische Gebräuche, die man in kirchliche Melodien brachte. Im Jahre 1524 erschien „ain Schöner Dialogus“, das ist ein Gespräch zwischen einem Bäcker und zwei Mönchen welche die Ostereier sammelten. Da bibelfeste Bäcker übergießt die Mönche mit einer Fluth von Bibelsprüchen und Schimpfsworten gegen welche der Mönche Logik natürlich nicht aufkommen konnte. Dieses alles durfte vor den Augen des ehrsamten Rathes ungestört vor sich gehen.

Während es in der Stadt tumultuarisch herging und

das Volk seinen Prediger schützte, hatte Alber seine Schäferstunden genossen. Da er aus der heiligen Schrift gelernt hatte, daß der Ehestand den Kindern Gottes frei gelassen, des Papstes Cölibat aber ärgerlich und gottlos sei, so bekam er Heirathsgedanken und nahm Klara Bayerin, eine eheliche Jungfrau seiner Vaterstadt, zu seiner Lebensgenossin an (1524). Alber ist allen schwäbischen Reformatoren „vorangetrabt“ wie Luther sich ausdrückte, und wartete nicht einmal das bekannte Jubeljahr (1525) ab, in welchem so viele Reformatoren sich in das Ehejoch fügten, daß ein humoristischer Chronist sagt, er sei froh, daß er schon ein Weib habe, denn jetzt würde er keines mehr bekommen. Aus seinem idyllischen Leben wurde Alber bald durch eine Citation nach Constanz aufgeweckt; allein es war selbstverständlich, daß der bibelfeste Mann die Worte der heil. Schrift befolgte: „ich hab ein Weib genommen und kann darum nicht kommen.“

Alber und seine Vaterstadt wurden mit Bann und Acht bedroht und eines Morgens fanden sich drei Schreiben an die Stadtkirche angeschlagen, was durch die Vermittlung des katholischen Pfarrers von Pfullingen geschehen seyn soll. Was aber Acht und Aberacht in dieser Zeit und namentlich in einer Reichsstadt zu bedeuten hatten, weiß heutzutage jeder Primaner.

Daß die Vorgänge in Neutlingen auf die nahe Universität Tübingen nicht ohne Einfluß blieben, und daß man ihnen dort gehörige Aufmerksamkeit schenkte, ist nicht mehr als billig und recht. Wenn aber Gayler sagt, daß die Koryphäen der Universität gegen derlei Ansteckung gleichsam vaccinirt gewesen seien, während dagegen die Mäusenöhne desto empfänglicher sich erzeigt, da es in Neutlingen etwas Neues, nicht Philisterhaftes zu sehen und zu hören gab, so setzen wir diesem die Worte entgegen: *Monet fabula artificum opera non ex vulgi opinione, sed prudentium existimatione esse judicanda.* (*Luscinia et cuculus*).

Nun folgte eine Citation vor das Reichskammergericht

nach Eßlingen im Sommer 1524, dem Alber Folge leisten zu müssen glaubte, da er zugleich wegen Empörung, Aufruhr und Zerrüttung guter Polizei angeklagt war. Der schwäbische Luther sollte nun auch sein Worms haben, womit die Protestanten Albers Gang nach Eßlingen seitdem gern vergleichen. Achtundsechzig Artikel sollen ihm aus seinen Predigten vorgehalten worden seyn und der letzte sei gewesen: er habe die heil. Maria gelästert, sie eine „Lohnwäscherin“ genannt, dergleichen alle Heiligen verspottet. Es curjiren über seine Verantwortung zu Eßlingen mancherlei Bonmots; so soll ihn einer am dritten Tage gefragt haben: was für ein Unterschied zwischen des Papstes und Christi Ablass wäre. Darauf habe er geantwortet: des Papstes Ablass mit seinen Briefen nimmt das Geld aus dem Sackel, der Ablass Christi aber mit seinem Blut die Sünden weg. Darüber sich natürlich alle verwunderten. Und was dergleichen Verzierungen mehr sind. Beyer und Fizion, zwei enthusiastirte Protestanten, von denen allein wir Nachrichten über den Tag zu Eßlingen haben, lassen Alber vor dem ganzen Cortege des Erzherzogs und vor hundert Mönchen und Pfaffen drei Tage streiten und einen solch glänzenden Sieg erfechten, daß seine Folgen sich bald über ganz Schwaben verbreiteten!

Der Abt von Königsbronn, die Lage der Stadt reiflich überlegend, suchte aus dem Schiffbruch noch zu retten, was er konnte. Obgleich der Pfarrer wie seine Helfer nicht mehr katholisch waren, so mußte doch das Kloster Königsbronn diese apostasirten Geistlichen unterhalten. Da aber die Einkünfte an das Kloster nicht mehr gereicht wurden, so fiel dieß dem Abt äußerst schwer. Er wandte sich im Januar 1526 bittweise an den Magistrat: „Sie wissen, daß meines Gotteshauses Pfarreinkommen also merklich und groß abgelaufen und ganz kein Eintrag mit nichte habe; darum sollen drei Helfer seyn und der dritte dieser Zeit geurlaubt werden, bis die Läufe der Stadt in ander Weg gewendet werden; das

Geweiht auf den heil. Oftertag und St. Johannis Segen aufgehbt und endlich die namhaftigen Gastungen, so im Jahr oft durch die Pfarrer gehalten würden, unterwege bleiben“*). In einem Schreiben vom 22. Januar erbot sich der Rath, „deßhalb gütliche Handlung zu pflegen.“ Allein es scheint in der Sache nichts geschehen zu seyn, da am Dienstag nach Ostern der Abt sich beklagt, daß Vikar und Helfer „an ehrlichem und gebührlichen Essen und Trinken sich nicht ersättigen lassen wollen, sondern überflüssiglich und ganz unmäßig sich halten thun.“ So blieb der Stand der Dinge wieder Jahr und Tag in der Stadt bis der Abt am Montag nach Allerheiligen einen Compromiß mit den Reutlingern versuchte. Er wollte die Predigt und die von den Reutlingern vorgenommene Ordnung geschehen lassen, so daß es jeder in der Stadt halten möge, wie er es vor Gott und dem Kaiser verantworten könne. Dagegen bitte er, es solle alle Tage in der Pfarrkirche und in der Kirche der Barfüßer ein lateinisches Amt zu singen bewilligt werden; auch den Barfüßern allsonntäglich die Epistel und das Evangelium ohne weiter Zuthun, wie das zu Ulm und anderswo geschehe, zu verkünden gütlich gelassen werden.

Der Rath, der seine Hände wieder in Unschuld waschen wollte, übergab dieses Bittgesuch zur Beantwortung an seine Prädikanten. Alber und seinen Consorten war dieß ein willkommenener Anlaß, um Gift und Galle gegen den katholischen Cult ausspeien zu können. Von Adam und Eva anfangend, würzten sie ihre Arbeit mit den unvermeidlichen Ausdrücken von Meßknechten, Affenspiel, Gerümpelmarkt, Idolatrie 2c. Sie verwahren sich vor dem tyrannischen Verbot der Speis und Ehe; vor den eigennützigen Vigilien, Todtengesang und Räuchern, vor den Gradibus der Conjanguinität und Affinität; vor den abgöttischen Gebräuchen des Geweihten, Gesegneten, Salz, Kränz, Palmen, Feuer und

*) Ohne Zweifel lauter Reclniffe aus der Klosterpflege Königsbronn.

Herzen; vor den großen verlorenen Unkosten mit Kloster- und Kirchenbauen, Monstranzen, Kelchen, Meßgewändern, Orgeln, Altären, Bildern, Fahnen, Rauchfässern, Ampeln und anderem mehr unnütz und närrischem Kirchengepräng. Diese Stücke haben wir — so fahren sie im Context fort — „durch Gotteswort angegriffen und aus der Menschenherzen gerissen, damit wir Christum zu einem rechten Grund legten; was auch der mehrer Theil in gemelter Stadt Reutlingen vernichtet und sich derselben ganz und gar gemüßigt und haben der antichristlichen Dienste und Gebräuch keine Nachfrage mehr gehabt. Doch haben hiezwischen die Meßknechte, Mönche, Laien und Pfaffen ihren Kram und Affenspiel, wie von alther, trotz freundlicher und brüderlicher Unterweisung und vielseitiger Ermahnung der heil. Schrift, für und für getrieben, das alles an etlichen wenig, an andern gar nichts ersprießen mögen. In summa summarum, so lange diese Sachen nicht aus der heil. Schrift bewiesen werden, sind und bleiben sie abgeschafft.“ Der an die Stelle des alten eingeführte Gottesdienst in der Stadt wird also beschrieben: „Alle morgen früh und wiederum um acht Uhr werde je eine halbe Stunde aus dem alten und neuen Testament und am Abend um drei Uhr auf eine Stunde im alten Testament gelesen mit Erklärung der schwereren verborgenen Worte durch hellere Worte der Schrift; vor und nach den Predigten und Lektionen werden Psalmen und deutsche geistliche Lieder gesungen. Weiter brauchen sie zwei Zeichen von Christo eingesetzt, die Taufe und das Nachtmahl; dieses werde gehalten so oft vorhanden sind, welche es begehren. Bei dieser Ordnung befinden sich Hirt und Heerde sehr wohl und verspüren kein weiteres Bedürfniß. So aber noch etliche in der Stadt sind, die heidnische und jüdische Gebräuche gerne sehen und den Abt darum ansuchen, die wissen nicht was sie thun und wollen betrogen seyn“ *).

*) Gayler, Histor. Denkwürdigkeiten S. 279. Reformationsalt. IV. 9.

Der Rath machte Albers Ansicht zu der seinigen und so wurden die Bitten der Altgläubigen um Belassung ihres Gottesdienstes schenöde und in solange abgewiesen bis sie ihren Glauben aus der Schrift werden bewiesen haben. Man werde es gerne sehen, fügte der Rath höhnisch hinzu, wenn sie sammt Weib und Kindern ihren Eingang und Ausgang in den Kirchen der Stadt nehmen. Sollte es ihnen aber zu eng in den vorhandenen Kirchen seyn, so erbiere sich der Rath mit Abbruch der Altäre, ihnen Raum genug zu verschaffen.

Aus den Angriffen Albers erhellt, daß noch eine nicht unbedeutende katholische Partei, die mit großer Festigkeit an dem Glauben ihrer Väter und ihrer eigenen Jugend hielt, in der Stadt gelebt und gewirkt habe. Diese Altgläubigen waren es auch, welche den Abt und die österreichische Regierung genau von den Vorgängen in der Stadt informirten. Zu dieser Fraktion zählte namentlich die ganze Gerberzunft, welche die Messe, als selbe in der Stadt unterdrückt worden war, unter freiem Himmel am Gerberstege unter der Linde abhalten ließ. Ferner blieben dem alten Glauben neunzehn Kapläne wie auch mehrere abgetretene Rathsglieder mit ihren Familien treu. Aus einer der letztern stammte ein Mann, den wir den Antipoden Albers nennen möchten, wiewohl seine Wirksamkeit sich anderwärts entfaltete. Als in Neutlingen die Messe abgeschafft und der katholische Cult verboten war, inscribirte zu Tübingen den 5. Dezember 1526 ein talentvoller Jüngling, Johannes Gaudens Anhauser aus Neutlingen *). Obgleich mitten im Lutherthum aufgewachsen, wurde er nicht nur nicht davon inficirt, sondern er würde, wenn ihn Gott nicht so frühzeitig von der Erde abgerufen hätte, ein großer Bekämpfer desselben geworden seyn, und seiner Vaterstadt mindestens so viel Ehre gebracht haben als

*) Bis zum Jahre 1522 kommt das Geschlecht „Anhauser“ in den Rathlisten vor; von da an scheint Anhauser wegen seiner katholischen Gesinnung nicht mehr in den Rath gewählt worden zu seyn.

das Treiben des Magister Mattheusen. Anhauser wurde in Tübingen bald Baccalaureus und im Sommer 1529 Magister; 1534 verließ er Tübingen und schon im folgenden Jahre finden wir ihn zu Freiburg als Decanus artium; 1536 wurde er Doktor und Lehrer der Theologie zu Wien, wo er 1542 in der Blüthe des männlichen Alters starb. Sebastian Schilling von Günzburg hat ihn neben den ersten Vorkämpfern der katholischen Kirche besungen.

Nochmal machte der Abt einen Versuch, den katholischen Gottesdienst wenigstens in den Dorfschaften Degerichlach und Sickenhausen zu retten, welche nach St. Peter in Neutlingen eingepfarrt waren. Der Abt verlangte, daß der Rath die Priester, die er dorthin schicken werde, gegen die böswilligen Bürger schütze und schirme. Der Verlauf dieser Verhandlung ist nicht bekannt; allein es ist sicher anzunehmen, daß der Rath seiner bisherigen Politik des Geschehenlassens werde treu geblieben seyn. Die Bauern aber in den genannten Dörfern erklärten, wenn sie mit Messelesen nicht mehr versehen würden, so werden sie auch keinen Zehnten mehr geben.

In einem Schreiben Dienstag nach Martini 1528 bemerkt der Abt an den Rath, daß ihm vor kurzer Zeit von trefflichen Orten ernstliche Warnung zugekommen sei, daß er als Lehensherr der hiesigen Pfarrei unbilligerweise zulasse, daß kein lateinisch göttlich Amt mehr gesungen, gelesen noch gehalten werde, in Ansehung, daß genannte Aemter in andern Reichsstädten noch ehrlich und gebührllich gehalten würden. Daher er als Mitbürger der Stadt Glück und Wohlfahrt zu mehren, auch Schaden und Nachtheil zu verhüten bitte, daß ohne langen Verzug die göttlichen Aemter in Neutlingen, wie in andern Reichsstädten wieder gehalten werden. Die Neutlinger antworteten: In allem was nicht wider Gottes Wort sei, werden sie dem Kaiser und dem Bunde gehorchen, in Glaubenssachen jedoch gehen sie ihre eigenen Wege. Es ist uns nichts daran gelegen, schreiben sie, wie uns etliche urtheilen, nennen oder ausschreien; ein jeder muß seine Bürde

tragen. Was die Aemter anlange, so seien solche bei ihnen nie abgestellt oder unterlassen worden, sondern dieselben werden nach Ausweisung und Inhalt göttlicher und christlicher Schrift und Ordnung gehalten.

Kann ein Collegium auf solche Weise der Wahrheit Hohn sprechen, so wirft dieses ein schlechtes Licht auf den Charakter des Josua Weiß, der damals dem Rathe präsidirte und aus dessen Feder höchst wahrscheinlich die Verantwortung kam. Den substituirtten protestantischen Gottesdienst aber können die ehrsamten Väter wohl nicht darunter verstanden haben, da ihnen noch so viele katholische Reminiscenzen geblieben seyn müssen, daß sie wohl wußten, Predigt und Gesang sei nicht das katholische „Amt“.

Schon wieder war für den Abt eine neue Verlegenheit erwachsen. Buzbach war im Sommer 1530 an der Pest gestorben, darum schrieb der Abt Melchior Mittwoch nach Egibii an den Rath und entschuldigte sich bei den Vätern der Stadt, daß er bei den gegenwärtigen Läusen an die Stelle des seligen Buzbach keinen andern Pfarrer vor Beendigung des Reichstags schicken könne. Er habe jedoch den Helfer Gergen Schick, der schon früher ihr Pfarrer gewesen, beauftragt die pfarrlichen Geschäfte zu besorgen. Entweder versprach sich der Abt durch den Reichstag wesentliche Aenderungen in den kirchlichen Angelegenheiten, wodurch er auch in Neutlingen wieder freiere Hand bekäme; oder er hatte wirklich keinen tauglichen Priester, dem er die Zügel in der Stadt anvertrauen konnte, da die Neutlinger einen gelehrten Pfarrer wollten, der der neuen Sekte und Lehr anhängig wäre. In jedem Fall war diese Halbheit vom Uebel.

Dieses Provisorium scheint das beiden Theilen schon längst widrige Verhältniß auf die Spitze getrieben zu haben, so daß der Abt das dem Untergange nahe Schiff den Wellen überließ und im letzten Augenblick nur noch einiges Zeitliche zu retten den Muth fand. Es kam am 17. September ein Verkauf zu Stande, wornach das Spital das Patronatrecht,

den Kirchensatz, Groß- und Kleinzehnten, Zinsen, Gilden um die Summe von 18,514 fl. 50 Heller vom Kloster Königsbrunn an sich brachte; in der Wirklichkeit jedoch hatte das Spital nur 2300 fl. zu zahlen, da der Käufer auch die Lasten des Klosters zu übernehmen hatte. Einem Barfüßer wurden 50 fl. Leibgeding bewilligt, die er jedoch in Reutlingen verzehren mußte. Mit diesem Verkauf war den Reutlingern das Bleigewicht von ihren Füßen weggenommen und sie konnten ungehindert in ihren fortschrittlichen religiösen Bewegungen vorgehen.

Unterdessen zog sich über Alber das alte Gewitter, das nicht ganz zum Ausbruch gekommen war, wieder drohend zusammen. Das bischöflich constanzische Gericht zu Radolfzell nahm im Jahre 1527 den Prozeß gegen die verheiratheten Geistlichen der Diöcese wiederum auf. Da mußte natürlich auch die Reihe an Alber kommen, der ja den Reigen eröffnet und den Vortanz gethan hatte *). Auf den 22. Januar 1528 war Alber, der Kaplan des Altars der 11,000 Jungfrauen mit eilf andern Priestern zu Reutlingen nach Radolfzell citirt **). Am neunten Tag nach der Verkündigung sollten sie sich stellen und über ihren Schritt verantworten, widrigenfalls sie ihrer Pfründen und ihres Einkommens entsetzt würden. Da die Citation nicht persönlich geschehen und dem Betreffenden insinuirt werden konnte, so sollte sie an die Pfarrkirche St. Peter zu Reutlingen und wenn dieses nicht

*) Schon im September (1527) waren 24 Geistliche vorgeladen, wovon 17 öffentlich zu den irdischen Ehen gelaufen waren, von den andern wußte man, daß sie theils heimlich verheirathet waren, theils im Begriffe standen sich in Hymens Bande zu begeben. Bierordt I. 263.

**) In der Vertheidigungsschrift, die Alber verfaßte, sind sie namentlich aufgeführt. Bei dem Namen Johannes Ann, Kaplan in St. Nikolaus Kapelle, stehen die Worte: „Altershalber“ nicht verheirathet.

möglich sei, zu Tübingen, Pfullingen, Wehingen und andern nahen Enden und Orten angeschlagen werden; denn das Schreiben war an alle Pfarrer der Constanzer Diöcese gerichtet. Burkhard Sinz von Pfullingen befestete bei Nacht (15. Februar) die lateinisch abgefaßte Citation mit Nägeln an die Pfarrkirche St. Peter in Neutlingen an.

Daß die Citirten keine Folge leisteten, ist nach dem Vorausgegangenen selbstverständlich. Eingangs ihrer Rechtfertigung sagen sie: wenn sie nicht erscheinen, so haben sie dieselben Gründe, wie der Fuchs in der Fabel, als er nicht in des Löwen Höhle gehen wollte. Aus der Apologie, die selbst Gayler „grob und derb“ nennt, müssen wir schon eine kleine Anthologie geben, da diese zur Charakteristik des Gottesmannes Alber nicht wenig beitragen und zeigen wird, daß der schwäbische Luther den sächsischen in seiner bekannten Urbanität wo möglich überboten hat. Zuerst räsonnirt Alber und wirft mit Phrasen um sich, wie sie heutzutage etwa ein Proletarier vorbringt dem sein Dorfmagistrat das Heirathen nicht erlauben will. Dann aber macht er seinem bebrängten Herzen Lust, indem er sagt: „Hurerei, Ehebruch, Sodomiterei ist aller Welt ein Gräuel, ohne allein Rom der Wüste Sitz aller Unreinigkeit und Büberen. Mit Fleiß haben die Vorgesetzten Burkhard Sinz, Pfarrherrn zu Pfullingen erwählet, daß er die Citation erequire, der doch izt lange Jahr wie ein Schwein in der Mistlach sich wälzt und seine Keuschheit so streng und keusch hält, daß er mehr Kinder und Wiegen in seinem Haus hat als Bücher.“ „Des Bischofs Fiscal klagt uns an, hier steckt der Buz, nämlich der der den Seckel hat, der die Schaaf schiert, milkt, schindet, schabt und ihnen die Haut über die Ohren abzieht.“ „Und das wäre nicht so hart zu klagen, heißt es am Schluß, als die schändlich, gräulich, stinkend und viehisch Sünd, die jetzt nicht mehr der Sodomiten, sondern der Römer, Cardinäle und des Papsts Sünd soll genennet werden, bei denen sie Oberhand hat und öffentlich getrieben wird; da denn Gott an euch Hurenschirmern ewiglich

in der Qual der höllischen Flammen mit Schwebel und Pech grausamer Weis rächen wirdt" *).

Als Antwort erfolgte von Seite des Ordinariats die Excommunication. Sinz vollzog auch dieses Dekret, indem er es wiederum an die Peterskirche anschlagen ließ. Der Bischof klagte nun beim kaiserl. Hofgericht zu Rottweil und übertrug die Pfründen der excommunicirten Kapläne andern Priestern, die jedoch in Reutlingen gar nicht zugelassen wurden. Vom Hofgericht wurde über Alber die Acht erkannt und Reutlingen aufgefodert den Gebannten nicht länger in seinem Gebiet zu dulden. Allein die Städter erklärten mit ihrem Mitbürger stehen oder fallen zu wollen und übergaben auf Anrathen ihres Advokaten Hierter den Handel mit ihrem Präbikanten in die Hände ihrer Bundesgenossen, die sich der Sache als einer gemeinen Religionshandlung annahmen, und Josua Weiß, der sich auf dem Tag zu Schweinfurt (1532) befand, wurde beauftragt, namentlich den Kurfürsten von Mainz um Intercession und Inhibition zu bitten. So wurde die Sache auf die lange Bank geschoben und unter endlosen Replikten und Duplikten kam das Jahr 1534 heran, welches dem Hofgericht zu Rottweil und dem Prozeß Albers ein Ende machte.

Unterdessen hatte man auch den Reichstag zu Augsburg beschicken müssen, auf dem sich Reutlingen durch seine Protestation für alle Jahrhunderte bemerklich machte. Auf diesen Tag wurde Josua Weiß mit einer Instruktion von den Vätern der Stadt und mit einem Glaubensbekenntniß von Alber in der Tasche abgeschickt. Weiß hatte den gemessenen Befehl ohne allen Umschweif in Religions- und Glaubenssachen zu Kurlachsen und Nürnberg zu halten und auf anderer dazumal noch rückhaltender Städte Exempla nicht zu sehen. Beyer erzählt: da diese Stadt noch ganz allein gewesen und nur

*) Gayler, historische Denkwürdigkeiten, S. 321—325.

Papsts und Kaisers Unwillen vor sich hatte und doch ihr Glaubensbekenntniß so unerschrocken abgelegt, habe sich Luther nicht genugsam darüber wundern können und habe Melanchthon, der die Stadt und ihr geringes Revier bestens kannte, gefragt: Was dieses vor eine Stadt? wie groß, und wie mächtig und wie fest sie wäre? daß sie so fest und unbeweglich bei dem einmal angenommenen evangelischen Glauben beharre, da sie doch von vielen und mächtigen Feinden gänzlich umzingelt und umgeben gewesen*). Von Augsburg aus schickte Melanchthon seine bekannten Vermittlungsvorschläge an Alber und verlangte seine Zustimmung. Dieser setzte jedoch alle bisherige Pietät gegen seinen Lehrer und Freund bei Seite und schrieb Zetter gegen solche Vorschläge. An den ständischen Ausschuß zu Augsburg schrieb er: Wie Zetso dem trefflichen Propheten Mosi zu rathen sich unterstand, ja daß selbst das Weiblein von Thecoa den heiligen David unterwies, so stelle er den mehrverständigen Herrn vor, wiefern und in welchen Punkten den Prädikanten die Vermittlung beschwerlich falle. — In Augsburg wurde bekanntlich kein Theil befriedigt, und da die Protestanten bald darauf den schmalkalder Bund errichteten, so schloßen sich auch die Reutlinger an diesen an.

Während nun der Bau der neuen Kirche in der Stadt sich immer mehr consolidirte und das Licht darin immer heller zu leuchten begann, so daß im Jahre 1535 der Guardian und Vice-Guardian der noch vorhandenen Barfüßer Kutten, Rappen und Platten ablegten, finden wir Alber auch nach außen thätig. Als nämlich der Herzog Ulrich von Württemberg sein Reich mit der Durchführung der Reformation beglückte, wurde auch Alber dazu gebraucht und predigte im Lager vor der Stadt Stuttgart 17. Mai. Auf dem Götzentag zu Urach (1537) wo es sich um Abschaffung oder Bei-

*) Beyer, Umständliche Relation. Fol. 179.

behaltung der Bilder handelte, trat Alber dem Konoklasten Blarer entschieden entgegen und machte eine Ansicht geltend, die gar nicht albern war. Die Bilderstürmerei, sagte er, welche von den Neutlinger Bürgern schon 1531 vorgenommen worden sei, wobei sie eine schönes großes Bild des gekreuzigten Heilandes zerschlugen, sei nachher als zu großer und unbedachtsamer Religionseifer erkannt worden. „Man könne fragen, ob man denn nicht Götzen oder Bilder zu einer Gedächtniß oder Mahnung haben möge. Da sagen wir ja. Götzen sind frei, man mag sie haben oder nicht, sofern man sie nicht aufrichtet, Gott damit zu dienen und zu verehren, denn solches will Gott nicht leiden“ *). Entweder hat Alber seine Ansicht in Betreff der Bilder später geändert oder die Bilderstürmerei in Neutlingen war ein Werk des Pöbels. Von ihr sagt Fizion in seiner Reimchronik S. 271:

Erstlich die kurch zu Unser Frauen
 Die Hauptkurch, wie sie noch zu schawen
 Wardt erstlich us gesäubert gang
 Von abergläubischer Substanz
 Und päpstischer Abgötterei
 Die Altär niedergerissen frei
 Deren es viel darinnen hatt,
 Die Bilder riß man wegl mit Gspött
 Daz Greiß, daz brach man wegl,
 Und hing ein solcher Herrgott dran
 Bil größer dann ein Riß und Mann
 Und von Aßlendschen bebandt
 Der große Herrgott z' Reitling gnannt.

Auf den Tag nach Wittenberg, wo die Einigungsformel geschmiedet wurde und wo es sich hauptsächlich darum handelte das Oberland zu gewinnen, gegen das Luther immer noch Mißtrauen hegte, wurde Alber und Schradin von Neutlingen geschickt. Tags vor Eröffnung der Sitzung predigte Morgens

*) Hartmann: Matthäus Alber S. 96.

Alber, Mittags Bucer und Abends Luther. Alber war noch in späten Jahren darauf stolz, daß er die Ehre und das Glück gehabt habe, vor Luther predigen zu dürfen *). Wie sehr Alber die Verbreitung des reinen Evangeliums nach außen am Herzen lag, dafür zeugt der Umstand, daß er ein eigentliches Seminarium für Predigtamts-Candidaten in Neutlingen unterhalten haben muß; denn Gayler sagt, er habe achtzehn Prediger aus der Stadt an die Nachbarschaft abgegeben. Daß Alber überhaupt ein brauchbares Werkzeug im neuen Weinberge war, haben Zwingli und Luther bald erkannt, weshalb zwischen dem schweizerischen und sächsischen Reformator ein Streit um seine Person entstand. Zwingli wandte sich, wie wir erzählt haben, schon 1523 brieflich an Alber und ein längeres Schreiben ist vom 16. November 1524, worin er Alber seine Abendmahlstheorie auseinander setzte und hoffte, er werde ihn, der die alte Messe bereits abgethan hatte, zu seinen Anschauungen über das Abendmahl hienüber ziehen können. Alber ließ sich nicht umgarnen und neigte sich entschieden Wittenberg zu; sei es daß die Liebe zu seinem Freunde Melancthon ihn dorthin zog, oder daß Neutlingen in keinem so regen commerciellen Verkehr mit der Schweiz stand wie die andern süddeutschen Städte. Von Luther ist ein Schreiben vom 4. Januar 1526 an die Neutlinger vor-

*) Wie es mit dem gerühmten Bildungsgrad und der Selbstständigkeit der Prediger in den oberländischen Städten ausah, davon entwirft Plank ein trauriges Bild, wenn er sagt: „dem großen Haufen der oberländischen Prediger war es gänzlich gleichgültig, ob sie Luther oder Bucer nachbeteten.“ Uebrigens mag auch die Lage der Prädikanten anfangs keine beneidenswerthe gewesen seyn, denn sie mußten sich vielfach mit Wollschlagen, Garnwinden u. dgl. beschäftigen, um Weib und Kinder ernähren zu können. Als am vierten Adventsontag M. Müller zu Biberach keine Predigt hielt, entschuldigte er sich damit, daß sein „Gemachel“ tödtlich krank sei, und er die häuslichen Geschäfte habe verrichten müssen, weil er keine „Maid“ (Magd) halten könne.

handen, in welchem er in sehr schmeichelhaften Ausdrücken den blühenden Stand ihrer Kirche lobt, die sich namentlich ab istis nequitias spiritualibus — Wiedertäufern und Zwinglianern rein erhalten habe. Die Neutlinger hatten nämlich dem sächsischen Reformator ein Exemplar von Albers Kirchenordnung übergeben lassen, der Luther seine volle Sanction erteilte und die Neutlinger ermahnt, sich nicht nach seinem Exempel zu richten, wenn er wieder niederreiße was er aufgebaut habe. Aus dem langen Excurs in diesem Briefe, daß nicht das Evangelium Schuld an dem Bauernaufstand sei, sondern der Teufel diesen angerichtet habe, und daß des Teufels ander Stück Bosheit sei, daß er ihn (Luther) mit Sekten, Kotten, Kettern und falschen Geistern angreife — aus diesem Excurs schließen wir, daß Luthern an der Stadt Neutlingen und an Alber viel gelegen war. Jedoch schreibe er dieses nicht, weil sie es sonderlich brauchen, sondern daß sie sehen, wie sie mit ihm in Christo gleich und eines Sinnes seien. „Lasset noch euren Mathes Alber als treuen Hirten an euren Seelen herzlich empfohlen seyn.“

Die von Luther belobte Kirchenordnung Albers ist wohl die älteste in Schwaben; sie bestand in reichlichem Predigen, Vorlesungen aus der Bibel, unterstützt durch deutschen Gesang von Psalmen und Liedern. Zwölf Männern (Ältesten) war die ganze Leitung übergeben, wovon drei aus dem Rathe, drei aus der Geistlichkeit und sechs aus der Gemeinde waren. Dieses Collegium hatte Kirchenzucht zu üben, Ehestreitigkeiten zu legen, Schulmeister aufzustellen &c.; die Kirchenordnung war somit auf demokratische Principien gebaut.

Gegen diese Ordnung, wornach die Messe abgethan und die Vigilien verboten wurden, erhoben sich neunzehn Kapläne in einer Eingabe an den Magistrat, daß sie ohne ihre geistliche Obrigkeit keine Neuerungen vornehmen und den Willen der Stifter von Jahrtägen und Seelenmessen nicht brechen noch ändern könnten. Sie erleiden hierdurch, sagen sie, merklichen Schaden, wie schon Rudolf von Ehingen seine

Gilt (300 fl.) gefordert habe, wosern sein Jahrtag nicht begangen werde. Als Stadtkinder bitten sie um Schutz und Handhabung ihrer Rechte. Daß auf solche Beschwerdeführung kein Gewicht gelegt wurde, ist aus dem Hergang leicht ersichtlich; man fuhr vielmehr fort, die neue Ordnung immer mehr in's Leben einzuführen.

Doch der Schwerpunkt war immer noch die Abendmahlsfrage und Alber selbst und seine Consorten scheinen, zwischen Zwingli und Luther schwankend, unter sich wieder uneins gewesen zu seyn. Darum wurde Albers Abendmahlslehre von den Neutlingern Brenz vorgelegt, der selbe fast in allen Punkten mit der orthodox lutherischen Meinung conform fand und nur in unwesentlichen Punkten corrigirte.

Von nun an bieten die Vorgänge in der Stadt bis zum Schmalkalder Kriege nichts Erhebliches. Durch den unglücklichen Ausgang dieses Krieges für die Protestanten nahm die Sache auch in Neutlingen eine andere Wendung. Als eine Abschrift der Religions-Deklaration oder des Interims nach Neutlingen geschickt wurde, wollte der Rath die Verantwortung als einer gemeinen Religionsache nicht allein auf sich nehmen. Es wurde darum die ganze Bürgerschaft in die Weingärtner Kelter geboten und nachdem Alber jeden Artikel besonders erläutert hatte, wurde über Annahme oder Verwerfung des Interims abgestimmt. Von der ganzen Bürgerschaft waren nur 92 gegen das Interim. Auf diese Nachricht hin befahl der Kaiser, daß man der Majorität nachkommen und jeder den andern „des Glaubens halb ungerechtfertigt lassen solle.“ So wurde dann am 19. August, als am Sonntage nach Mariä Himmelfahrt, in der Hauptkirche zu Unserer Frauen die erste Messe von dem damaligen Abte Nikolaus von Zwiefalten gehalten, nachdem vierzehn Tage lang der Altar und die ganze Kirche vortrefflich ausgerüstet und verziert worden war *).

*) Aus diesem und dem früher schon Angeführten darf man gewiß mit

Dieser Zustand der Dinge nahm jedoch durch die verätherische Handlung des Herzogs Moriz von Sachsen bald eine andere Wendung. Die Waffen des Kaisers waren unglücklich, die Verbündeten drangen in Süddeutschland vor und schlugen bei Geislingen ein Lager. Als bald erschienen Abgeordnete von Reutlingen und baten um Aenderung ihres Regiments in der Stadt. Der sogenannte „Hasenrath“ wurde abgeschafft, die Messe wieder unterdrückt und der „rechte“ evangelische Gottesdienst vollkommen wieder hergestellt. Während der Kaiser bei der Wiedereinführung der katholischen Messe die protestantische Predigt unbelästigt ließ, hat der souveräne Magistrat Reutlingens bei Wiedereinführung der protestantischen Predigt die katholische Messe unterdrückt*).

Obgleich die Reutlinger schon so frühzeitig das reine Wort Gottes angenommen hatten, so zeugt doch folgender Vorfall von keiner geläuterten religiösen Anschauung. Als im Herbst darauf, nachdem der katholische Gottesdienst wieder eingeführt war, aller Wein erfror (25. September), so schrieben die Reutlinger diese Calamität allen Ernstes der Wiedereinführung der Messe zu**). Auch Alber hatte es nicht ertragen

Recht schließen, daß noch viele offene und Krypto-Katholiken in der Stadt gewesen seyn müssen.

*) Den jährlichen Gedächtnistag der Aufhebung des Interims feierten die Reutlinger noch im Anfange dieses Jahrhunderts mit einem Kirchgang. Hierbei wurde das „Rebenmännchen“, ein Bild des heil. Urbanus umhergetragen; damit jedoch dieser altkatholische Heilige nichts mehr ausrichten konnte, suchten sie seine Kraft dadurch zu paralyfieren, daß man ihm eine goldene Denkmünze der Uebergabe der Augsburgerischen Confession auf die Brust heftete und mehrere silberne Anathemen an Arme und Füße band. Gayler, S. 603.

**) Gleich bornirte religiöse Anschauungen hatten die Stuttgarter noch im Jahre 1562. Als im Sommer dieses Jahres der Hagel ihre Weinberge vernichtete, predigte Alber zu Stuttgart über das Ereigniß, wobei er gegen den Aberglauben von Unholden eiferte: „Andere haben frech und unverholen sagen dürfen, es komme der Hagel nicht von Gott, sondern sei von Hexen und Unholden gelocht

können, daß durch das Interim der katholische „Götzendienst“ in der Stadt wieder eingeführt wurde; er schüttelte den Staub von seinen Füßen, kehrte der Stadt den Rücken und wanderte Stuttgart zu, wo er von dem Herzoge Ulrich mit offenen Armen aufgenommen wurde. Hier empfing der treue Arbeiter seinen Lohn, indem er von Stufe zu Stufe der Ehren stieg. Zuerst wurde er Stiftsprediger, dann Consistorialrath und zuletzt Prälat zu Blaubeuren, wo er den 2. Dezember 1570 im 75. Jahre seines Lebens starb *).

Ein Bild, das mir von Alber zu Gesichte kam, hat viel Aehnlichkeit mit einem Lutherbilde und zeigt eine kräftige, naturwüchsige deutsche Figur. Eine eminente geistige Begabung und umfassendes Wissen konnte ich an Alber nicht entdecken, vielmehr halten sich seine Vertheidigungsschriften ganz auf der Oberfläche und verrathen keine theologische Tiefe. Ebenso zeugen seine plebejischen und obscönen Schimpfworte von nichts weniger als attischer Urbanität und lassen auf keinen durchgebildeten Humanisten schließen. Hingegen Muth, kühnes Vorgehen und ein gewisses organisatorisches Talent wollen wir ihm nicht absprechen. In seinen religiösen Anschauungen wurde er von Melanchthon beeinflusst. Auch die Liebe zum ehelichen Leben hat bei ihm keine untergeordnete Rolle gespielt, da er schon so frühe zur irdischen Ehe gelaufen war und auch vor seiner Verheirathung nicht sittlich rein gelebt zu haben scheint; denn der Advokat Hierter sagt in einem Schreiben vom 25. Mai 1528: „dieweil die Hauptsache nichts anders betreffe, denn daß der Prädikant (Alber) wider des bischöflichen Hofes Gewohnheit die Huren verlassen und ein Eheweib genommen“ **).

und angerichtet worden; darum sie nur über die Unholden schreien und sie zum Feuer und aller Marter erfordern.“ Beyer, Fol. 208.

*) Sein Eheweib überlebte ihn 15 Jahre; sie liegt in der Spitalkirche zu Stuttgart begraben. Aus ihrer Ehe gingen zehn Kinder hervor.

**) Gayler, Historische Denkwürdigkeiten S. 408.

Ueber die Politik der Reichsstädte bei ihrem reformatorischen Vorgehen haben die neuern historischen Forschungen bereits das gehörige Licht verbreitet. Es ist überall der gleiche herrschsüchtige Grundgedanke. Allein ein solches Gebahren, wie die ehrsamten Väter der Reichsstadt Reutlingen es an den Tag legten, haben wir nicht in vielen Reichsstädten gefunden. Schreibt der Abt oder der schwäbische Bund, daß in der Stadt kezerische und aufrührerische Lehren verbreitet werden, so antwortet der Rath, daß ihm hievon nichts bekannt sei. Beklagt sich der Abt über die Abschaffung der lateinischen Aemter, so behauptet der Rath, daß die Aemter nicht abgeschafft seien, und wenn er gar keinen Ausweg mehr weiß, so erklärt er: weder lutherisch noch zwinglisch, sondern christlich zu seyn.

Wir sind mit dieser Arbeit zu der Ueberzeugung gelangt, daß noch viel zu viel Romantik in der Behandlung der Reformationsgeschichte dieser Städte spielt und daß es eine landläufige Lüge ist, von reiner Begeisterung und Opferwilligkeit zu sprechen, mit der die neue Lehre überall aufgenommen worden sei. Ja, wenn die Steine der alten und ehrwürdigen Tempel dieser Städte Zeugniß geben könnten, sie würden von gewaltigen tumultuarischen Ausritten berichten und den omnipotenten Magistrat anklagen, daß er den katholischen Gottesdienst mit Gewalt *) unterdrückt habe, da ohne einen solchen Gewaltakt alle Reichsstädte Oberschwabens wenigstens paritätisch geblieben seyn würden.

**) Die Reformatoren wußten recht gut, daß die Messe, wenn man sie dem Volke nicht mit Gewalt aus dem Herzen reiße, fortbestehen werde. Alber antwortete auf eine Bitte des Abts Melchior: „soll das wieder angehebt werden (lateinische Aemter zu singen) so wird das arme einfältige Volk sich ärgern und vom Wort abfallen;“ und die Augsburger erklären noch 1537: Sie haben geglaubt, daß durch das helle Predigen des göttlichen Wortes und seiner Gnade der Götzendienst der römischen Kirche fallen möchte, da aber dieses nicht zugetroffen sei, so müssen sie jetzt mit Ernst Hand an's Werk legen.

IV.

Die französische Presse.

I. Ihre äußerlichen Verhältnisse.

Angeichts der ungeheuren Rolle, welche die Presse bei den gegenwärtig so sehr zerrütteten gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen spielt, ist es von Wichtigkeit das Thun und Treiben derselben in einem Lande näher zu betrachten, wo die Ausdehnung dieser Zerrüttung und verschiedene andere Umstände der Presse eine noch größere Bedeutung beigelegt haben, als es sonst wo der Fall seyn dürfte. Das Gebiet welches die Presse in Frankreich beherrscht, die Verhältnisse worin dieselbe eingreift oder von denen sie bestimmt wird, sind so ganz unermesslich und vielfältig daß es kaum möglich seyn dürfte einen einigermaßen genügenden Ueber- und Einblick zu gewinnen. Obwohl ich nun die französische Presse schon seit langen Jahren an Ort und Stelle täglich beobachte und überall nachgeforscht und Material gesammelt habe, kann ich doch keineswegs versprechen eine ganz vollständiges und allseitiges Bild derselben zu geben. Doch glaube ich, daß das Gebotene immerhin genügen wird sich einen richtigen Begriff, ein freies selbstständiges Urtheil über den Gegenstand zu bilden und auch auf

die Presse anderer Länder, namentlich Oesterreichs und Deutschlands, Rückschlüsse nahe zu legen.

Jedem der schon französische Zeitungen gesehen, wird deren fast ganz gleiches Format und dann auch die völlige Abwesenheit aller Beilagen aufgefallen seyn. Beides aber hat seinen einzigen Grund in der Gesetzgebung, welche die politischen Tagesblätter auf einen einzigen Bogen beschränkt, in wohlweislicher Vorsorge und Abwehr gegen den allzu leichtflüssigen Strom französischer Ueberredungskunst. Das Gesetz belegt jeden einzelnen mit Politik bedruckten Bogen, sei es nun Tag-, Wochen-, Monat- oder vereinzelte Flugschrift, mit 6 Centimen (Pfenningen) Stempelsteuer, wenn derselbe in Paris, und mit 3 Pfenningen wenn er in der Provinz ausgegeben wird. Dabei bestimmt das Gesetz auch sehr genau die Bogenzahl welche eine Zeitschrift oder ein Tagblatt regelmäßig ausgeben darf; das Gesetz duldet nicht daß eine Zeitung täglich zwei Bogen ausgibt. Jeder Bogen muß dabei vor dem Druck mit dem Stempel versehen seyn, da eine Verstempelung nach dem Druck und vor der Ausgabe die letztere gar zu sehr hinauschieben müßte. Man kann sich nun die Arbeit vorstellen, welche es erheischt täglich die Tausende von Bogen nach dem Stempelamte zu befördern, sie dort abzählen und abstempeln zu lassen bevor sie in die Druckerei kommen. Die Unkosten welche durch den Stempel entstehen, sind sehr bedeutend, da schon die Stempelsteuer allein, bei 360 Nummern welche eine Pariser Zeitung jährlich ausgibt, jährlich 21 Franken 60 Centimen, etwa sechs Thaler, ausmacht. Der Stempel vertheuert also den Preis einer Zeitung um mindestens 22 Franken jährlich, d. h. um mehr als die meisten deutschen Zeitungen kosten.

Seit einigen Jahren hat man den Zeitungen erlaubt Beilagen behufs des Abdrucks der französischen Kammerv Verhandlungen zu geben, jedoch unter der ausdrücklichen Bedingung daß diese Beilagen durchaus nichts anderes als die

gedachten Verhandlungen enthalten. Für diese Beilagen ist deßhalb auch keine Steuer zu entrichten. Bedingung ist bloß daß der Anfang und der Schluß einer jeden zusammenhängenden Verhandlung in dem Hauptblatte Platz finden. Nur der Moniteur, als anerkanntes amtliches Organ der Regierung, das alle amtlichen Aktenstücke, amtlichen und gerichtlichen Bekanntmachungen nebst den Kammerverhandlungen in extenso bringen muß, ist von dieser Beschränkung ausgeschlossen. Der Moniteur bringt Beilagen so viel er will und braucht. Bis vor Kurzem trug dessen Hauptblatt ebenfalls den 6 Pfennigstempel auf der Stirne; seit einiger Zeit aber hat dieß aufgehört, was sich ja auch gar gut mit der Staatsordnung verträgt, indem die Stempelsteuer ohnedieß wiederum in den Staatsjäckel zurückfließt.

Die zweite Ursache der Gleichheit des Formats und des Mangels an Beilagen ist in der durch das Gesetz bedingten Versendungs- und Absatzweise der französischen Blätter zu suchen. Die französische Post nimmt nur auf die beiden Moniteurs Bestellungen an und befördert nur deren Exemplare in Packeten, welche an die betreffenden Poststationen adressirt sind, wo die Nummern an die einzelnen Besteller und Abnehmer besorgt werden. Alle andern politischen Blätter können nur durch direkte Bestellung, Einsendung des Betrags an die Administration der betreffenden Zeitung, bezogen und nur als Streifbandsendungen befördert werden, welche mit der vollständigen Adresse des Empfängers versehen sind. Es müssen also jeden Tag alle Exemplare einzeln gefalzt und mit einem Streifband versehen werden. Da nun die Zeit zwischen der Ausgabe des Blattes und dem Abgange der abendlichen Schnellzüge, mit denen alle Zeitungen und Briefschaften befördert werden, selbstverständlich sehr kurz bemessen ist, so müssen die mit Adressen versehenen Exemplare von der stets unmittelbar mit der Druckerei zusammenhängenden Versandstube direkt nach den entsprechenden Bahnhöfen gebracht werden. Damit ist es aber noch nicht genug. Die

Postbeamten in den fahrenden Bureaux können sich nicht damit befassen, die empfangenen Exemplare zu ordnen um dieselben an den betreffenden Stationen abzugeben. Die schon mit der Adresse des Empfängers versehenen Exemplare müssen deshalb schon in der Versandstube den Stationen entsprechend in Packete gebracht und mit der Bezeichnung der Station versehen seyn, wo sie dann ohne weiteres abgegeben werden können. Zu dem die Adresse des Empfängers tragenden Streifband des einzelnen Exemplars kommt somit noch das gemeinsame Band mit Bezeichnung für das Stationspaket. Jeder Irrthum oder Nachlässigkeit bei dieser Ordnung und Eintheilung rächt sich auf das empfindlichste, indem dann die Nummern gar nicht oder viel zu spät ankommen.

Man kann sich nun einen Begriff von den verschiedenen Arbeiten machen, welche die Versendung einer Zeitung erfordert. Eine hübsche Zahl geübter Personen sind dabei täglich beschäftigt. Die Adressen werden in großen Bogen hundertweise gedruckt; man zerschneidet je einen dieser Bogen und hat dadurch die entsprechende Zahl der Adreßbänder. Fehlende Adressen müssen geschrieben werden bis wiederum die nöthige Zahl von Adressen beisammen ist um einen vollen Bogen davon drucken lassen zu können. Die Farbe des Papiers ist verschieden um dadurch ein weiteres Unterscheidungszeichen der Adreßstreifen zu haben; gewöhnlich bezeichnet die Farbe die Eisenbahnlinie, mit welcher die entsprechenden Nummern befördert werden. Nach dem Zerschneiden der Bogen werden die daraus sich ergebenden Adreßstreifen dergestalt geordnet, daß immer diejenigen in ein Päckchen kommen, welche die Nummern der an einer Station abzugebenden Exemplare enthalten sollen.

Die Exemplare werden gefalzt sobald sie von der Presse weg sind; andere Arbeiter oder Arbeiterinnen legen die Adreßbänder an, welche ihnen von den Angestellten gereicht werden, welche den Tag über die Streifen zugeschnitten und geordnet haben. Diese nehmen dann auch die Packete mit den Adreß-

streifen in Empfang. Die Kosten welche durch den Druck, die Sortirung und das Anlegen der Abreißbänder entstehen, werden gemeiniglich auf 1 Centime per Exemplar und per Nummer berechnet. Nacht also wiederum etwa einen Thaler der von dem Preis des Jahrgangs einer Zeitung abgerechnet werden muß. Da die von dem Havas'schen Correspondenzbureau gelieferten Depeschen und Auszüge aus fremden Zeitungen erst um zwei Uhr auf die Redaktionsbureau kommen und die Postzüge erst Abends um 8 Uhr abgehen, so muß der Satz, die Herrichtung der Form, fast immer um 5 Uhr beendigt seyn, damit der Druck, etwa 6000 Exemplare die Stunde, alsdann beginnen kann. Um 7 Uhr, spätestens 7 $\frac{1}{4}$, muß der Druck beendet und die Abreißbänder angelegt seyn, weil dann kaum noch so viel Zeit bleibt, um die Zeitungen in der größter Eile auf die Bahnhöfe zu bringen. Versendet eine Zeitung mehr als 12,000 Exemplare in die Provinzen, so muß dieselbe einen zweiten Satz machen. Auch die Morgenblätter versenden Abends ihre Auflage nach der Provinz, ganz ebenso wie die Abendblätter. Nur veranstalten dieselben für Paris eine eigene Morgenausgabe, welche außer einigen Ausschnitten aus den officiösen Abendblättern und den nach 9 Uhr Abends eintreffenden Depeschen ganz dasselbe enthält wie die Abends versandte Ausgabe.

Man begreift nun auch, warum die Beigabe von Beilagen sehr umständlich seyn und die Versendungsarbeit sehr vermehren würde, was bei der Kürze der hiezu bemessenen Zeit unerschwinglich würde. Die Post berechnet von jeder durch sie beförderten Zeitungsnummer 4 Pfennige welche, zu den 6 Centimen Stempelsteuer gerechnet, den Betrag, der täglich an den Staat entrichtet werden muß, auf 10 Centimen erhöhen. Die Feststellung der Zahl der beförderten Exemplare erfolgt durch regelmäßige Erhebungen der einzelnen Postanstalten. Da Post, Stempel und Adressirung also jährlich ungefähr 11 Thaler von jedem Exemplare erfordern, so begreift man den hohen Preis der französischen Zeitungen,

der von 58 Franken (etwa 15 $\frac{1}{2}$ Thlr.) bis 80 Franken (21 $\frac{1}{2}$ Thlr.) jährlich beträgt. In Paris sind die daselbst erscheinenden Zeitungen durchschnittlich 6 Franken jährlich billiger, weil die Postgebühren wegsfallen. Die Besorgung der Bestellung oder des Austragens in der Stadt kostet etwa 1 Centimen per Exemplar und per Tag. Jedoch müssen die Abreißbänder ebenso angelegt und die Nummern ebenso nach den Stadtvierteln geordnet seyn, wie sie es bei den für die Post bestimmten Exemplaren nach den Stationen sind. Denn der Herr Concierge (Hausmeister) bei dem alle Zeitungen, Briefe u. s. w. für die Hausbewohner abgegeben werden müssen, würde eine Zeitung ohne Adresse einfach für sich behalten. Bei mehreren Zeitungen sind es eigene Unternehmer, welche die Bestellung in der Stadt besorgen. Dieselben Unternehmer beschäftigen außerdem ihr Personal auch noch mit Austragen von Prospekten u. s. w.

Da jede Bestellung direkt an die Administration der Zeitung erfolgt und die Versendung der Zeitung an den Besteller auch nur auf ganz direktem Wege geschieht, so muß nothwendigerweise auch über jedes abgesetzte Exemplar genau Buch geführt werden. Denn fast täglich sind Abreißveränderungen, Beginn oder Aufhören des Abonnements zu notiren und die entsprechenden Aenderungen in der Versendung zu bewerkstelligen. Nun wäre es aber gar nicht möglich ein Hauptbuch von 6 bis 10,000 Posten, geschweige mit 30 und 40,000 zu führen. Man hilft sich deßhalb auf andere Weise. Die Adresse, Anfang und Abjchluß des Abonnements sind je auf Streifen starken Papierses von etwa 6 Zoll Höhe und 3 Zoll Breite geschrieben und werden den Namen der Abonnenten entsprechend dem Alphabet nach geordnet und nummerirt. Diese Streifen werden dann in Reihen von je 500 bis 1000 aufgestellt und erlauben so ein leichtes Nachschlagen und Aendern. Dieses Register heißt Repertoire. Man kann sich vorstellen, welche Arbeit alles dieß den Administrationsbeamten einer Zeitung macht und welche Auf-

merksamkeit, Fleiß und Pünktlichkeit deren Geschäfte erfordern.

Ist dieser direkte Verkehr zwischen Abonnenten und Lesern und den Zeitungsverlegern auch etwas umständlich und sehr zeitraubend, so ist er doch nicht ohne einige Annehmlichkeiten. Die Abonnenten und Freunde einer Zeitung haben dadurch auch Gelegenheit ihre Meinungen, Wünsche, Bemerkungen und Rathschläge dem Verleger oder wie es in Paris stets heißt, dem Direktor mitzutheilen. Und werden auch die betreffenden Briefe nicht alle aufmerksam gelesen, so geschieht es doch immer bei einigen. Das Abonnement zählt vom 1. und 15. eines jeden Monats, so daß die Arbeit der Administration etwas vertheilt ist, wiewohl die Bestellungen an den eigentlichen Vierteljahrschlüssen immer noch die beträchtlichsten sind. An diesen Tagen steigt die Zahl der eingehenden Bestellbriefe stets in die Hunderte und Tausende, die natürlich noch denselben Tag mit allen oben dargelegten Einzelheiten erledigt werden müssen. Veranstaltet die Redaktion irgend eine Sammlung zu irgend einem Zwecke, so kann der Abonnent hierbei zugleich auch seinen Beitrag zufügen, indem er eine um so viel höhere Postanweisung ein sendet.

Hinsichtlich der Anzeigen und Einrückungen besteht ebenfalls ein ganz anderes Verhältniß als in Deutschland. Nur ausnahmsweise nimmt eine Zeitung direkt dergleichen an, eine Einrichtung zu dem Zweck besteht deshalb auch gar nicht bei der Administration einer Zeitung, die ja ohnedieß schon genug zu thun hat. Dann machen auch die ganz eigenen Verhältnisse, die Ausdehnung der Stadt und die große Anzahl und Verschiedenheit der Zeitungen eine Vermittlung zwischen denselben und dem geschäftstreibenden, der Annonce bedürftigen Publikum nöthig. Es bestehen deshalb mehrere größere Agentur-Geschäfte, welche die „vierte Seite“ d. h. die Annoncenberechtigung verschiedener Blätter pachten. Dieselben sammeln die Annoncen ein, indem sie

Stadtreisende ausschicken welche überall nach denselben spüren und für die eingebrachten einen Rabatt von 5 bis 15 Procent und darüber vergütet erhalten. Die Agenturen selbst genießen eines Rabattes von 20 bis 30 Procent und darüber von den Zeitungen, verpflichten sich dagegen aber auch, monatlich oder jährlich ein bestimmtes Minimum von Annoncen zu liefern, das in einer runden an die Zeitung baar zu entrichtenden Summe ausgedrückt ist. Liefert die Agentur noch darüber hinaus Einrückungen, so genießt sie desselben Rabatts. Bei einigen Zeitungen beträgt dieß Minimum 5 bis 10,000 Franken monatlich, bei andern übersteigt es sogar 50,000. So sind z. B. die Annoncen des Monde und Univers nur zu je 8000 Franken monatlich verpachtet, weil deren Auflage 10,000 Exemplare nicht erreicht, noch mehr aber deßhalb weil beide katholische Blätter sich das Recht vorbehalten alle Einrückungen zurückzuweisen welche den Grundsätzen der Religion und Sittlichkeit entgegen sind. Dagegen beträgt bei dem durchaus nicht wählerischen, d. h. sehr liberalen Siecle die jährliche Pachtsumme 650,000 Franken. Das Blatt weist höchstens nur diejenigen Anzeigen zurück, welche seinen eigenen Interessen schädlich werden könnten. Bestehen die Zeitungen schon längere Zeit, so daß deren Leben gesichert erscheint, dann werden die Pachtverträge, wie alle Pariser Miethverträge, auf eine längere Reihe von Jahren, 9 bis 15 etwa, abgeschlossen. Nun kommt es aber trotzdem vor, daß manche Blätter während eines solchen Zeitraumes außerordentlich zurückgehen und nichts destoweniger erhalten sie die einmal festgesetzte Summe Einrückungsgebühren. So hat z. B. der „Constitutionnel“ einen Vertrag von 400,000 Franken jährlich abgeschlossen, als er, zur Zeit des großen Börsenschwindels Ende der fünfziger und Anfangs der sechziger Jahre, stets 24 bis 26,000 Abnehmer zählte, so daß man an den Fall gar nicht dachte, daß er unter 10,000 herabsinken könnte. Gegenwärtig aber ist dessen Auflage auf weniger denn 8000 gesunken; nichts

bestoweniger bezieht er noch fortwährend dieselbe Summe. Bei der nächsten Vertragserneuerung wird man dem Blatt höchstens ein Drittel der Summe zusichern, da ein Abonnentenzuwachs nicht wieder eintreten dürfte. Aehnlich verhält es sich mit dem Zwillingnbruder des „Constitutionnel“, dem ebenso officiösen „Pays“, der von 16,000 auf etwas über 2000 Abnehmer gefallen ist und trotzdem noch seine 250,000 Franken Annoncenpacht bezieht.

Die Annoncen zerfallen in drei Klassen. Die eigentlichen einfachen Anzeigen, welche am Schlusse des Blattes unter dem Redaktionsstrich Platz finden; die Reklamen für welche über dem Redaktionsstrich, jedoch von der Redaktion getrennt, ein eigener Platz besteht; die Faits-divers, Aufnahme unter die „Vermischten Nachrichten“, jedoch in der letzten Spalte derselben. Der Preis der Zeile ist 75 Centimen bis 2 Franken bei den Anzeigen, 2½ bis 6 Franken bei den Reklamen und 3½ bis 9 Franken bei den vermischten Nachrichten. Billig ist also das Anzeigen in den Pariser Zeitungen keinesfalls. Man begreift deßhalb auch, daß unter diesen Umständen die Anzeigen nicht so ganz dieselben seyn können wie in Deutschland, wo jede Dienstmagd durch die Zeitung eine Stelle sucht. Für dergleichen Anzeigen, die aber lange nicht so häufig sind als in Deutschland, bestehen zwei kleine Anzeigeblätter, wovon das eine als Maueranschlag dient. Beide aber sind wenig bekannt. Bei dem abgeschlossenen Familienleben der Franzosen ist es nicht möglich, daß man eine Dienstmagd von der Straße ohne weiteres ins Haus aufnimmt, wie dieß ja fast thatsächlich bei der Stellen-Vermittlung mittelst Zeitungsanzeigen der Fall ist. Dagegen vertraut der Franzose viel eher auf die Anpreisung eines Geschäfts-Unternehmens in einer Zeitung und wagt sein Vermögen daran. Die Anzeigen beziehen sich deßhalb größtentheils auf finanzielle und Börsenunternehmungen; dann auch auf Geschäftsanzeigen der großen Waarenmagazine und Läden. Solche Geschäfte lassen im Frühjahr und Herbst

ihre Artikel in allen Zeitungen mehrmals anzeigen, indem sie sogleich eine ganze Seite in Beschlag nehmen. Die großen Geschäftshäuser geben deßhalb auch jährlich von 50 bis 200,000 ja sogar bis 400,000 Franken für Annoncen aus. Außerdem sind Zeitungen und Reklamen für Geheimmittel, Güterverkäufe und Aehnliches, besonders auch für Bücher, an der Tagesordnung.

Es bestehen gegenwärtig zwei große Agenturen, welche so ziemlich die ganze Pariser Tagespresse in der Gewalt haben, soweit dieß nämlich die Annoncen betrifft. Die eine, ältere (Lafitte-Bullier) beherrscht den Constitutionnel, Siècle, Union, Pays, Avenir national, Journal des Débats, Temps, Presse, Patrie, Opinion nationale, France und Situation. Die zweite (Lagrange et Cerf) hat Liberté, Monde, Univers, Epoque, Gazette de France, Courrier français und Journal des Villes et Campagnes an sich gebracht. Beide Agenturen gewähren einen um so höhern Rabatt als man dieselbe Anzeige in mehrere ihrer Zeitungen zugleich einrücken läßt. Doch ist die Concurrenz der beiden Anstalten eine mehr scheinbare und dient fast nur dazu, die beiderseitigen Geschäfte desto besser zu betreiben. Sie haben ihren Sitz nebeneinander (Place de la Bourse), die Agenten arbeiten fast stets gemeinsam, die Verträge mit den Zeitungen haben sie sich schon gegenseitig ausgewechselt. Der Zweck geht dahin, die großen Geschäftshäuser zu nöthigen ihre Anzeigen den Blättern beider Agenturen zukommen zu lassen, was auch vollkommen erreicht wird.

Man könnte hier noch von einer weitem Art Einrückungen sprechen, für welche kein Tarif besteht, die aber, Dank dem Fortschritt des 19. Jahrhunderts, in der jetzigen Presse, vor allem aber in den liberalen Pariser Blättern eine sehr große, wenn nicht die allein bestimmende Rolle spielt. Ich meine hier jene größeren Artikel welche geschrieben werden um diesem oder jenem Unternehmen Bahn zu brechen, an erster Stelle als Leit- oder Fachartikel mit größten Let-

tern gedruckt ihren Platz finden, und mit welchen dann die eigentlichen volkswirthschaftlichen und Börsenberichte und Artikel in unmittelbarem Zusammenhang stehen. Hierüber könnte man ein gar Langes und Breites erzählen. Genügen aber wird es immerhin wenn man ausspricht, daß bei allen liberalen Blättern von Paris das „Geschäft“ die Hauptrolle spielt, daß in manchem Blatt kein politischer Artikel erscheint der nicht seinen geheimen Börsen- und Spekulationszweck hätte. Hunderte von alltäglichen Thatfachen beweisen, daß dasjenige was man heutzutage moderne Volkswirthschaft nennt, meistens weiter nichts ist, als der wohlorganisirte, von jeglicher Verfolgung unerreichbare, ja sogar noch mit einem gewissen Schein der Tugend, des Wirkens für das öffentliche Wohl umkleidete Diebstahl im Großen. Der riesenhafte Börsen- und Geschäftsschwindel der fünfziger und ersten sechziger Jahre, bei dem Hunderttausenden von Familien Hab und Gut entrisen wurde, ist nur mit Hilfe der feilen liberalen Blätter möglich gewesen, welche dafür dem ausgebeuteten Publikum ein Diplom der politischen Reife ausgestellt haben womit sich der in Frankreich wie allenthalben über die Straßen einfältige und eingebildete Spießbürger breit macht. Fast alle Unternehmer jener Schwindel- und Spekulationsgeschäfte sind reich, übermäßig reich geworden. Die Juden Pereire, Fould, Mirès, Millaud u. s. w. haben sich Hunderte von Millionen erbeutet und theilweise auch vergeudet, um wiederum von derselben feilen Presse den Titel eines Mäcen zu erringen und so die Vergangenheit etwas zu verdecken. Obgleich Hunderttausende von Familien dadurch ruinirt worden sind, daß sie den Anpreisungen der liberalen Blätter Glauben geschenkt, fährt man doch fort diese Blätter zu lesen, höchstens wechselt man deren Titel, indem man ein liberales Blatt gegen ein ebensolches vertauscht, das vielleicht noch schlimmer ist. So unverbesserlich ist der liberale Spießbürger, so sehr ist er auf die Redensarten von Fortschritt, Freiheit u. s. w. erpicht, daß er selbst dann noch nicht ab-

läßt, wenn er aus eigenster Tasche die Erfahrung des Schwindels theuer bezahlen gemußt. Wenn man die bodenlose Dummheit und Leichtgläubigkeit des Publikums in dieser Hinsicht sieht, muß man wirklich an dem Verstande der heutigen Welt zweifeln. Erst wenn dem liberalen Bourgeois das Messer am Halse sitzt, wenn die von den Socialisten geführten Arbeiterschaaren vor seiner Thüre sich aufstellen und sich vorbereiten in sein Haus einzubrechen, fängt er gewöhnlich an eine Ahnung von dem Zusammenhang der Thatsachen und Prinzipien zu haben. Doch glaubt er dann immer noch das, weil er immer mit dem Fortschritt gelaufen, weil er stets den Räuberhauptling Garibaldi als einen modernen Heiligen verehrt und dem Raubstaat Italien sein Geld geliehen — soll nun sein Heiligthum verschont und als geheiligt geschützt werden.

Indeß muß auch zugegeben werden, daß die volkswirthschaftlerischen liberalen Leithämmel es oft gar gescheidt anzufangen wissen, um den stets auf Gewinn bedachten und stets für allen nicht viel kostenden Fortschritt begeisterten Bourgeois zu fördern und auszubeuten. Man wußte es in Paris öfters so einzurichten, daß sowohl Regierungs- als Oppositionsblätter dasselbe Unternehmen befürworteten, wodurch der Anschein einer allgemeinen über den Parteien stehenden Sache, einer Anstalt des allgemeinen Wohls, des Fortschrittes und der Sicherheit verbreitet wurde. Selbst die unabhängigsten der Pariser Blätter, die katholischen und legitimistischen, konnten wegen der Annoncenverträge nicht immer ganz frei von dergleichen bleiben, so sehr auch die Reaktionen davor warnten und alle Verantwortung für die Anzeigen ablehnten. Es ist ganz unerhört welche Summen die liberale Pariser Presse und deren in Volkswirtschaft mangelnde Mitarbeiter für ihre Dienstfertigkeit erhalten. Kam es doch gelegentlich des Direktionswechsels bei dem berühmten Credit-Mobilier zu Tage, daß diese Ausbeutungsanstalt im Großen jährlich bis zu vier Millionen Franken an liberale

Zeitungsverleger und Zeitungsschreiber zahlte, damit diese ihre saubern Geschäfte unterstützten! Mehrere liberale Blätter könnten auch gar nicht oder nur sehr kümmerlich bestehen ohne die Zuschüsse die ihnen von solchen privilegierten Anstalten des neuesten Fortschrittes zukommen. Ja noch mehr, die meisten liberalen Blätter sind eigens nur zu dem Zwecke der Vertretung solcher Spekulationen gegründet. Die salbungreichen liberalen Redensarten sind weiter nichts als eitel Lug und Trug womit man die auf Fortschritt, moderne Civilisation u. s. w. erpichten Schwächlinge benebelt. Es ist kaum glaublich wie leicht dies geht und wie das hundertmal getäuschte Publikum immer wieder auf den Leim geht. Was jedem einfachen nüchtern und ruhig denkenden Christenmenschen von vornherein verdächtig vorkommt, findet bei der wegen Mangel an positivem Christenthum auch jeglicher positiven Moral und jeglicher gesunden Urtheilskraft ledig gewordenen Masse gläubige Aufnahme. Man glaubt kaum wie sehr in solchem Wirrwarr und Betrug der einfache brave Katholik den Kopf oben zu behalten weiß, wie groß hier der Unterschied zwischen dem ungelehrten aufrichtigen Gläubigen und dem nur von seinen Leidenschaften geleiteten Ungläubigen ist. Tausend ganz achtbare, nach gewöhnlichen Begriffen einsichtige und sogar sehr unterrichtete Männer sind in die Falle der Volkswirthschaftler gegangen, während einfache Arbeiter und Landleute und schlichte vom Getriebe der Welt entfernte Landgeistliche die Sache sofort als faul, unsicher und verdächtig erkannten. Das Licht des Glaubens, das strenge unverbrüchliche Festhalten an der altchristlichen Sitte und Rechtlichkeit bilden einen bessern Schutz, sind eine sicherere Bürgschaft des eigenen Interesses und Vermögens als alle hochgelehrt seyn sollenden Erörterungen über Aufschwung der Industrie, Credit u. s. w.

Wie das Format, so ist auch die Anordnung und Verarbeitung des Stoffes eine ganz andere bei den Pariser Blättern. Dieselben beginnen fast alle mit einem Bulletin

genannten Leitartikel oder vielmehr Uebersicht, in welcher gewöhnlich mehrere der Hauptpunkte der Tagesneuigkeiten kurz besprochen werden. Dies Bulletin füllt gewöhnlich $\frac{2}{3}$, bis $1\frac{1}{2}$ der sechs Spalten der ersten Seite und ist stets in größten Lettern gedruckt. Dann folgen etwaige Fach- oder längere Artikel über irgend eine der großen Tagesangelegenheiten, also dasjenige was man in Deutschland Leitartikel nennt. An diese oder oft vor denselben reihen sich die Originalcorrespondenzen. Dann folgen die in der Regel sehr klein gedruckten telegraphischen Nachrichten, und darauf die aus andern Zeitungen ohne jegliche Aenderung übernommenen Abschnitte, welche stets mit vollständiger Quellenangabe versehen und auch kleiner gedruckt sind als die Originalartikel. Die Nachrichten aus fremden Ländern, bestehend in Uebersetzungen und Auszügen wie sie das Havas'sche Correspondenzbureau liefert, sind wieder mit andern Lettern gedruckt und mit Rubriken versehen. Unter den Vermischten Nachrichten, welche stets mehrere Spalten füllen, ist alles zusammengestellt was sonstwo unter Lokal-, Provinzial- und ähnlichen Nachrichten Platz finden könnte. Vor oder nach dieser Rubrik gibt man die Kammerverhandlungen in kleinerem und die sogenannten Variétés in größerem Druck. Diese Variétés begreifen wissenschaftliche, geschichtliche und belletristische Studien, Abhandlungen und kritische Artikel und finden sich nur in den ernstern, gebiegenern Zeitungen wie z. B. Monde, Univers, Union, Temps und Journal des Débats. Bei allen übrigen sind sie seltener und auch viel weniger werthvoll. Der Börsenbericht an den sich öfters die letzten Nachrichten anreihen, ist nebst der dazu gehörigen Tabelle in die Form eines sich stets gleichbleibenden Feuilleton gebracht und nimmt als solcher das Erdgeschoß der dritten oder vierten Seite ein. Einige Blätter haben angefangen den Börsenbericht auf der ersten Seite zu geben und reihen ihm die letzten Nachrichten an. Der Siècle gibt denselben sogar an erster Stelle. Man sieht also welche Rolle da die Börse spielt.

Alle in den letzten Jahren gegründeten Blätter erscheinen Abends; es hat ganz den Anschein als wenn kein Blatt es mehr wagen wollte Morgens zu erscheinen, so daß die Zahl der Morgenblätter, im Ganzen sechs, sich seit langer Zeit gleichgeblieben ist. Es ist dieß insofern von Wichtigkeit als dieser Umstand auf schnelles Haschen nach Neuigkeiten, nicht aber auf ernsteres Eingehen hindeutet. Die Abendblätter bestreben sich fast alle ihre Artikel in möglichst viele Abschnitte zu zerlegen, welche durch Striche getrennt und durch fettgedruckte Titel ausgezeichnet, sogleich in die Augen fallen und so den zerstreuten abendlichen Leser reizen und anziehen sollen. In dieselbe Form werden auch gewisse Original- und officiöse Nachrichten gebracht, welche die Blätter von verschiedenen Seiten zu erhalten vorgeben und die deßhalb auch kurzweg Zwischenstrich (*entre-filets*) heißen. Selbstverständlich sind diese kleinen Mittheilungen alle auf einen bestimmten Effect, auf Börsenschwindel und ähnliches berechnet und keinesfalls zuverlässig. Manchmal sind dieselben auch so abgefaßt daß sie die widersprechendsten Auslegungen zulassen und die Verantwortlichkeit des Blattes am leichtesten decken.

Mit den Originalcorrespondenzen ist es bei den französischen Blättern eine eigene Sache. Mehrere, wo nicht die meisten großen Pariser-Blätter haben gar keine eigentlichen ständigen Correspondenten. Nur in den letzten Jahren, seitdem man inne geworden daß die außerfranzösische Welt auch noch mitzählt, ist es hierin besser geworden. Jedoch beschränken sich meistens auch noch gegenwärtig diese Mittheilungen auf sogenannte Gelegenheits- oder Effectcorrespondenzen. In einem Lande gehen große Ereignisse vor sich, welche die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf sich ziehen. Sofort werden Correspondenten dorthin abgeschickt, welche dann natürlich auch ganz gehörig auf den Effect arbeiten und nach gethaner Arbeit, wenn die Sachen abgewickelt sind, wiederum heimwärts ziehen. So hatten die meisten Pariser Blätter wäh-

tend des letzten Kriegs Correspondenten in Deutschland. Die liberalen Blätter lassen sich außerdem von den Regierungen, in deren Solde sie stehen, fortlaufende Berichte zuschicken. Die Correspondenzen des Journal des Débats haben keinen andern Ursprung; das Blatt arbeitet für Jeden der zahlt. Die meisten Correspondenzen dieser Art liefert die Regierung Viktor Emanuels, Rumänien, Aegypten, Spanien, Rußland, Türkei und einige andere Länder. Regelmäßige, mit Sachkunde und Unparteilichkeit abgefaßte Correspondenzen haben fast nur einige katholische Blätter, vor allem der Monde.

Hinsichtlich der Kammerverhandlungen befinden sich alle französischen Blätter in einer eigenthümlichen Lage. Die Redakteure werden nur als einfache Zuhörer, d. h. nach jedesmaliger Anfrage in die Sitzungssäle zugelassen. Die Kammerberichte werden von einem eigens dazu bestellten amtlichen Personal in zwei verschiedenen Formen abgefaßt. Der größere ausführliche Bericht erscheint im Moniteur, der deßhalb auch öfters mehrere große Beilagen gibt. Den abgekürzten sog. analytischen Bericht geben die andern Blätter nach einem Büstenabzug der ihnen aus der kaiserlichen Druckerei geliefert wird. Sie dürfen an dem Text nicht die kleinste Abänderung vornehmen ohne in Strafe zu fallen. Auch sind die Blätter gehalten alle Diskussionen, die sich auf eine Vorlage beziehen, ganz zu geben. Es bleibt ihnen blos freigestellt die Verhandlungen über diese oder jene Vorlage völlig wegzulassen und blos das Ergebniß der Abstimmung mitzutheilen.

Eine große Rolle spielt noch immer das Feuilleton, obwohl seit 1848 die Ereignisse der Wirklichkeit die Aufmerksamkeit des Publikums gewöhnlich viel mehr in Anspruch nehmen, als diejenigen welche sich in den Zeilen des Erdgeschosses eines Blattes abwickelten. Auch der Stadtklatsch, dessen Verarbeitung zu einem eigenen Zweige der Tagesliteratur geworden, hat dem eigentlichen Feuilleton viel geschadet.

Das Romanfeuilleton hat sich schon ziemlich überlebt, es hat den Reiz der Neuheit verloren. Diejenigen Schriftsteller, welche dieses Genre früher in Schwung gebracht, sind zu gewöhnlichen Schreibern herabgesunken und ein richtiger Nachwuchs ist nicht vorhanden. Es kommt deshalb heutzutage nicht mehr vor daß ein Blatt wegen eines spannenden Feuilleton-Romans 10 bis 20,000 und noch mehr Abnehmer gewinnt und dadurch sein Daseyn sichert. Dagegen blühen gegenwärtig die Klatsch- und Unterhaltungsblätter wie nie zuvor. Die Vertheuerung der politischen Blätter durch die hohe Stempelsteuer hat jedenfalls das Meiste zu dieser Umwälzung beigetragen. Der wöchentliche Theaterbericht nimmt fast überall jeden Montag den Feuilleton-Raum ein. Mehrere Blätter geben außerdem jede Woche regelmäßig einen Musikbericht an derselben Stelle. Andere geben jeden Sonntag eine sogenannte Chronik, d. h. einen Bericht über Vorkommnisse in der Gesellschaft, vulgo Klatsch. Man ist sehr erpicht auf diese fast immer mit Geist, aber nicht immer mit guten Absichten geschriebenen Berichte. Wissenschaftliche Berichte werden ebenfalls regelmäßig als Feuilleton gegeben.

Es verdient besonders hervorgehoben zu werden, daß in den letzten Jahren fast alle politischen Blätter, mit Ausnahme der katholischen, bedeutend an Abonnenten verloren haben. Die Ursachen sind meist in der Vermehrung der liberalen Blätter und in der Gründung des „kleinen Moniteur“ zu suchen, der fast weggeschenkt wird. Dann haben die scham- und gewissenlosen Helfersdienste der liberalen Blätter zur Zeit des allgemeinen Börsenschwindels das gutmüthige, betrogene Publikum doch auch etwas stutzig gemacht. Die liberale Presse fängt an ihren Credit zu verlieren, weil ihre Käuflichkeit gar zu sehr hervortritt und weil das Publikum endlich doch müde wird immer von unmöglichen Fortschritten reden zu hören. Die liberale Presse hat nur so fortzufahren, dann wird sie schließlich sich selbst abthun.

Stehen doch alle liberalen Pariser Blätter im Solde irgend einer Geldmacht und außerdem in demjenigen einer oder mehrerer ausländischen Regierungen. Hat nicht Preußen z. B. im Jahre 1866 fünf der größten liberalen Blätter von Paris nebst noch einigen Ablegern für etwa zwei Millionen Franken für sich gewonnen? Diese Blätter vertheidigten die Sache Preußens deßhalb auch 6 bis 8 Monate lang mit allem Eifer, während sie früher dessen geschworne Feinde gewesen, und es seitdem auch so ziemlich wieder geworden sind. Schwärmen doch schon wiederum mehrere für die Vernichtung Preußens und für ein Bündniß mit Oesterreich, welches sie bisher auf die schmähslichste Weise verläumdeten und bekämpften.

Wegen dieser Umstände wird es auch stets schwer zu bestimmen seyn, wie viel Einkommen die Leute haben welche diese Blätter schreiben. Sie schöpfen aus gar zu verschiedenen Quellen, und mehr als ein liberaler Zeitungsschreiber ist schon wegen Betrug oder Bethheiligung an Schwindelunternehmungen gerichtlich bestraft worden. Die eigentlichen Gehälter sind, Dank den großartigen Verhältnissen und der Verbindung mit Geldmächten, sehr bedeutend und gehen von 6000 bis 30,000 Franken jährlich für die Redakteure. Die Handlanger der Redaktion, namentlich der Prügeljunge derselben, gewöhnlich Redaktionssekretär genannt, haben weniger, da sie nicht viel mehr zu thun haben als ihren Namen unter das zu setzen wozu kein anderer den seinigen hergeben will. Bekanntlich müssen in den französischen Blättern alle Artikel mit einer Unterschrift versehen seyn, und da nicht immer der eigentliche Verfasser genannt werden kann, so ist es selbstverständlich, daß man Jemand hat dessen Namen überall hinpaßt, und dieß ist der Redaktionssekretär, der deßhalb auch die etwaigen Gefängnißstrafen abzusitzen hat. Die Unterschrift macht vor Gericht und natürlich auch vor dem Publikum verantwortlich, sie gewährt deßhalb dem Schriftsteller eine gewisse Selbstständigkeit, indem das ihn fast

nichts angeht was die andern Mitarbeiter des Blattes schreiben.

Das Redaktionspersonal ist meist ziemlich zahlreich, bis zu zehn und fünfzehn, ja bis zwanzig und mehr Personen, diejenigen nicht inbegriffen welche nur einzelne, wenn auch regelmäßige Beiträge liefern und zu Hause arbeiten. Die Personen welche das tägliche Bulletin schreiben, lösen sich gewöhnlich monatweise ab; die andern liefern fast nach Belieben, nach eigenem Ermessen Beiträge und kommen deshalb nicht so regelmäßig auf das Bureau. Nur zwei bis vier sind mit der eigentlichen Redaktion, nämlich der Anordnung der gelieferten Originalbeiträge und Correspondenzen, der Ausschnitte u. s. w. beschäftigt. Man bezeichnet diese Arbeit mit dem pittoresken Namen *faire la cuisine* (Küche machen).

Die übersetzten Auszüge aus fremden Zeitungen, telegraphische Nachrichten und kleine, ziemlich trockene Correspondenzen werden von der Havas'schen Agentur geliefert, die sich dafür jetzt monatlich 1200 Franken zahlen läßt, indem sie es verstand den Preis von Jahr zu Jahr hinauf zu schrauben bis eine Uebereinkunft der Zeitungseigenthümer der Uebervortheilung ein Ziel setzte. Dieselbe Agentur liefert auch den deutschen Blättern eine lithographirte Correspondenz. Da auf den französischen Redaktionen Sprachkenntnisse nicht gerade überflüssig vertreten sind, werden ausländische Zeitungen wenig gehalten, alles verläßt sich auf Havas. Das von der Agentur gelieferte Material findet sich deshalb ganz unverändert in allen den verschiedenfarbigsten Zeitungen wieder. Es ist Fabrikarbeit das demnach fast für alle paßt. Der auswärtige Stoff leidet deshalb sehr an Mangelhaftigkeit und Einförmigkeit. Nur die schon erwähnten Effect-*Correspondenzen* und die oft mit schauderhafter Unkenntniß von den Redaktoren geleisteten Originalartikel über auswärtige Verhältnisse bringen etwas Leben dazwischen. Uebrigens würde es wenig nützen wenn man ausländische Zeitungen hielte, da dieselben sehr häufig confiscirt werden, nie aber

ner drei, meistens erst um vier Uhr Nachmittags ausgegeben werden. Dagegen schickt die gedachte Agentur welche die auswärtigen Zeitungen Morgens vor acht Uhr erhält, schon um zwei Uhr die erforderlichen Auszüge; da der Agentur die auswärtigen Blätter nie vorenthalten werden, so kann dieselbe Auszüge aus Nummern liefern welche sonst in ganz Paris nicht zu haben sind. Nur einige officiöse Blätter theilen dasselbe Privilegium und erhalten alle auswärtigen Blätter Morgens früh und ohne vorherige Revision. Besonders scharf wird mit den liberalen deutschen und italienischen Zeitungen verfahren, welche gegen Napoleon und Frankreich sich am ungeberdigsten auslassen und Staatsgeheimnisse ausplaudern. Die spanischen, englischen, belgischen, polnischen, magyrischen, holländischen, schwedischen und dänischen Blätter sind dagegen der reine Zucker und werden deßhalb von der französischen Preßbehörde selten beanstandet.

Die Kosten einer Zeitung sind sehr bedeutend und erfordern ein beträchtliches Betriebskapital. Die zu stellende Caution beträgt 50,000 Franken, welche nur 3 Prozent Zinsen tragen, was also schon einen Verlust von 1000 Franken jährlich beträgt. Die Redaktion erfordert mindestens 50 bis 60,000 Franken jährlich; bei den katholischen Blättern wenigstens kann nicht mehr dafür ausgegeben werden. Die reichen liberalen Blätter dagegen geben gewöhnlich 200,000, ja bis 300,000 Franken und mehr dafür aus. Dieß bezeichnet schon zur Genüge den Unterschied des Einkommens eines katholischen Tagesschriftstellers mit demjenigen eines liberalen und demokratischen. Die Kosten des Feuilletons sind bei diesen Ziffern nicht ganz mit inbegriffen, da dieselben sehr variiren. Ein Feuilleton wird von 25 bis 200 Franken bezahlt. Wird nach der Zeile gerechnet, so zahlt man 25 Centimen bis 1 Fr. 25 C. für dieselbe. Da nun aber die Pariser Feuilletonschreiber gar sehr mit der Zeile zu wirthschaften wissen und aus jedem Satz, und zählte derselbe auch nur drei Worte, einen Absatz zu machen sich bemühen, so

hat man auch schon nach den Buchstaben bezahlt, indem 1 bis 5 Centimen für jeden Buchstaben berechnet wurden. Ein einziges Feuilleton ist deshalb auch schon auf 400 bis 500 Franken zu stehen gekommen.

Der Druck kommt auf 135 bis 150 Franken für jede Nummer, also auf etliche 50 bis 60,000 Franken jährlich. Da nun nach Abzug der Stempel- und Postgebühren und der Kosten für die Adressbänder nur etwa 5 bis 11 Thlr. von jedem Exemplar zur Bestreitung der Kosten für Druck, Papier und Redaktion und allgemeine Unkosten übrig bleiben, so können die Blätter ohne namhafte Inserate gar nicht bestehen. Man rechnet daß bei größter Sparsamkeit und Ordnung und mit Hinzurechnung von etwa 100,000 Franken Annoncen ein Blatt mit 6000 Abonnenten gerade bestehen d. h. das Leben fristen kann.

Es erfordert stets 5 — 800,000 Franken flüssige Gelder um eine Zeitung zu gründen, und oft ist all dieß ausgegeben ohne daß dieselbe so weit gekommen ist um aus eigenen Mitteln bestehen zu können. Deshalb sind die meisten Blätter gezwungen sich an eine Geldmacht anzulehnen und derselben zu dienen. Verschiedene liberale Blätter erhalten auch trotz ihrer 7 bis 8000 Abnehmer und nicht unbedeutenden Annoncen noch fortwährend bedeutende Zuschüsse von ihren Brodherren. Weiß man aber welche Dienste diese Blätter den letzteren bei ihren Spekulationen leisten, so erscheinen solche Zuschüsse, so beträchtlich sie auch seyn mögen, als wahres Almosen, als abgenagte Knochen die man einem gefräßigen Hunde zuwirft.

V.

Der Schulzwang ein socialistisches Problem.

Schule und wieder Schule! Man braucht aber nicht zu fürchten das Publikum durch das endlose Gerede über Schule, Schulorganisation, Schulfreiheit und Schulzwang zu ermüden; denn allem Anscheine nach ist die Nachfrage nach diesem Artikel noch immer im Steigen begriffen. Unzählige Broschüren und Flugschriften werden hierüber geschrieben und die Zahl der Zeitungsartikel ist geradezu Legion. Man lernt freilich aus den meisten derselben nichts, als daß ihre Schreiber nichts zu lehren gewußt haben; aber Eines beweist schon ihr bloßes Daseyn, nämlich die eben grassirende Schulwuth. Wie der Bauer nichts ißt ohne ein Stäubchen Pfeffer, so will das Publikum nichts mehr lesen ohne etwas Schulstaub. Darum machen auch die deutschen Schriftsteller Reichtum, Noth, Herzen und Schmerzen, kurz alle ihre The-
mate in die beliebte Schulsauce ein, und diese Spekulation auf den Appetit des deutschen Publikums schlägt nie fehl. Raupach schrieb eine „Schule des Lebens“, Gutzkow eine „Schule der Reichen“, Fr. Kaiser eine „Schule der Armen“ und Wehl eine „Schule des Herzens“. Zu diesen Dramen ist neuerdings noch eine „Schule der Noth“ gekommen, welche

A. Langer zum Verfasser hat. Nicht bloß die deutschen Buben geizen nach dem Lorbeer der Schule, auch die deutschen Soldaten können nicht schlafen, bis sie dieses grüne Blatt ihren alten vielfach verdorrten Kränzen beigelegt haben. In Bayern wünscht man Rekrutenschulen, in Preußen haben sie Schulbataillone, in Frankreich haben sie wenigstens Offizierschulen. Schulen und Bataillone sind der Glanzpunkt der modernen Cultur. Jede Zeit, sagt Hofrath Zell ganz richtig*), hat ihre Modethorheiten, und es dauert oft sehr lange, bis sie überwunden sind. Wie lange hat es gedauert, bis die Hexenprozesse überwunden waren, oder die harmlosere Modethorheit der Allongeperücken und der gepuderten Frisuren! Aehnlich ist es mit diesem Schulvorurtheil oder mit dieser Schulwuth, welche von Deutschland ausgegangen ist und hier ihren Hauptsitz hat.

Die Schulwuth ist sporadisch und in verschiedenem Grade in ganz Europa aufgetreten. Sie ist um so schwerer zu heilen, weil sie von politischen und socialen Parteien bewußt und absichtlich für ihre Zwecke verwerthet wird. Den specifischen Charakter der Epidemie hat sie aber doch bloß in Deutschland angenommen, andere Völker zeigen sich von Natur aus weniger disponirt dafür. In Belgien z. B. ward im J. 1859 von radikaler Seite ein Antrag in die Kammer gebracht, der Staat solle „das Recht der Kinder auf Unterricht“ proklamiren. Minister Rogier, vor Zeiten selbst ein französischer Schulmeister, war dafür. Aber der Mehrheit der Kammer schien der Antrag unwürdig eines freien Landes. Nicht nur Orts und Broukere erhoben die Einwendung, der Schulzwang sei eine Confiskation der persönlichen Freiheit, sondern selbst der Logen-Großmeister Verhaegen erklärte: der Schulzwang sei einerseits ein Stück alter Tyrannei schon von Sparta her, andererseits sei er ein Problem radikaler

*) Dr. Karl Zell, Die moderne deutsche Volksschule. Freiburg, Herder 1867. S. 34.

Oekonomie, welche folgerichtig zum Socialismus und Communismus führen müsse. Ganz in demselben Sinne haben sich die belgischen Katholiken stets ausgesprochen: der Schulzwang passe in eine lykurgische Gesetzgebung, in eine platonische Republik und am allerbesten in die Verfassung des chinesischen Mandarinenthums. Den romanischen Völkern überhaupt ist der socialistische Beigeschmack des Schulzwanges geläufig, weniger den deutschen, aber auch bei uns wird man ihn bald genug zu schmecken bekommen.

Wir leben gegenwärtig in der bürgerlichen Periode der menschlichen Entwicklungsgeschichte. Es hat vorwiegend hierarchische, aristokratische und militärische Perioden gegeben, in unseren Tagen ist unstreitig das Bürgerthum im vorwiegenden Besitze der materiellen Macht. Unsere ganze Zeit trägt einen bürgerlichen Charakter. Die erste französische Revolution hat dem Bürgerthum, oder genauer gesprochen der Bourgeoisie die Pferten der Gegenwart aufgesprengt. Man nannte darum in jener Krise jedes Glied der Gesellschaft bedeutungsvoll „Bürger“. Seitdem drückt das Bürgerthum den Universalismus des gesellschaftlichen Lebens am entschiedensten aus. Viele nehmen Bürgerthum und moderne Gesellschaft für gleichbedeutend. Sie betrachten den Bürgerstand als die Regel, die anderen Stände nur noch als Ausnahmen, als Trümmer der alten Gesellschaft, die noch so beiläufig an der modernen hängen geblieben sind. Nun strebt aber das Bürgerthum schon seit alten Tagen dem Allgemeinen zu, das Bauernthum, der Adel, das Priesterthum dem Besondern. Die Besonderungen sind aber in der Gesellschaft das Alte, das Vorhandene, die Allgemeinheit wird erst hervorgebracht. Dem Bauern sieht man es gleich am Rock und an der Nase an, aus welchem Winkel des Landes er stammt, der Priester trägt die rothen Strümpfe oder den schwarzen Talar, der Aristokrat führt sein Wappen — das Bürgerthum hat eine gleichmäßige, nivellirte Physiognomie der Gesellschaft bereits über ganz Europa ausgebreitet.

Das politische System des Bürgerthums ist der Constitutionalismus. Der Constitutionalismus ist die Machtfrage des Bürgerthums. Man mag sich Ursprung und Form dieses Systems noch so verschiedenartig denken, im Wesenhaften wird es immer auf den Gedanken zurücklaufen, daß im Staatsleben der Gesellschaftsbürger im Staatsbürger aufgehen müsse. Das heißt man gewöhnlich Aufhebung des Feudalismus, Abschaffung der Standesprivilegien, Gleichheit vor dem Gesetze. Dem Priester, dem Aristokraten ist das eine Irrlehre, der Bourgeois dagegen fühlt wohl, daß er in einem nivellirten Staatsbürgerthum am besten seine Macht erproben könne. Sein Machtmittel ist nicht der Krummstab und nicht das Schwert, es ist das Geld. Das Geld aber will freie Bahn haben und will keine Schranke dulden; das „Naturgesetz“ von Angebot und Nachfrage ist das einzige Gesetz, das es im socialen Leben anerkennen will.

Schon hier läßt sich nicht verkennen, daß dieses System der Bourgeoisie die Menschheit im Allgemeinen der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit von 1789 sehr nahe gerückt hat. Im Mittelalter sehen wir überall Ansätze zu einem organischen Gruppensystem der Gesellschaft aus dem Boden aufschließen, so daß bei der Ueberkraft des Triebes oft ein Keim durch den andern erstickt wird. Ueberblickt man all diese Genossenschaften und Corporationen in ihrer Gesamtheit, so entrollt sich das Bild einer wahrhaft genialen Unordnung. Aber einer Unordnung die merkwürdig genug hervorgerufen ist durch den übermäßigen Drang nach Ordnung, und darum eben recht naturwüchsig. Das schafft ja auch den wunderbaren Charakter so vieler gothischer Architekturen, daß das gesammte Kunstwerk die leibhaftige Unordnung darstellt, erwachsen aus dem übermächtigen, weil allzu individuellen Trieb der Ordnung im Einzelnen. Für das Corporationswesen der mittelalterlichen Gesellschaft gibt es in der That kein anschaulicheres Bild als jenes einer solchen gothischen Architektur. Ganz entgegengesetzte Triebe hat, wie an-

gebeutet, das System der Bourgeoisie. Alles corporative Leben soll zerstört, alle Schranken materieller oder geistiger Gebundenheit sollen niedergeworfen werden, die Gesellschaft soll in ein Meer von Individuen aufgelöst seyn, um dem Gelde freie Bahn zu gewähren. Die Architektur der Bourgeoisie ist flach und eben, glatt und gleichförmig und mit Delfarbe angestrichen; nur gibt es auch hier ein Souterrain und ein Hochparterre, ein erstes und zweites Stockwerk.

Das ist aber auch der Unterschied der Bourgeoisie vom vierten Stand; denn dieser will überhaupt keine oberen Stockwerke, sondern nur mehr ein allgemeines Parterre gelten lassen. Indessen unterliegen doch auch die Tropfen des Meeres bei aller Gleichförmigkeit und Einförmigkeit wegen des bloßen Nebeneinander einer Reihe von Gesetzen, wie dem Gesetze der Attraktion, der Cohäsion, der Schwere. Eine Gemeinsamkeit muß auch in der nach liberalem Recept atomisirten Gesellschaft immer noch in Kraft stehen, und das ist der Staat. Freilich modelliren sich die verschiedenen Parteien die Lehre vom Staat je nach ihren socialen Desiderien ganz verschieden. Es gibt so viele Theorien vom Staat, als es sociale Parteien gibt. Dem gesammten Liberalismus in allen seinen Richtungen haftet aber ein gemeinsamer socialistischer, oder wenn Sie wollen communistischer Zug an; es ist nur der Unterschied, daß die Liberal-Conservativen den Socialismus in keinem Falle bis an die Geldsäcke herankommen lassen und daß die Radikalen die Säulen des Herkules auch hier nicht respektiren wollen. Consequenz in ihrer Definition vom Staat ist nur zwei liberalen Parteien zuzuerkennen: der Manchester-Schule die den reinen Rechtsschutzstaat oder die „Nachtwächteridee vom Staat“ aufgestellt hat, und den reinen Socialisten. Alle andern Parteien schwanken und wechseln mit ihren Staatsbegriffen, woher es auch kommt, daß sie bei verschiedenen Gelegenheiten so verschiedene Namen für ihren Staat bereit haben. Sie sagen „Rechtsstaat“, wenn es gilt sich gegen andere Parteien im Sattel der Vollblut-

stute Staat zu halten; sie sagen „moderner Staat“, wenn es gilt einige dem „Naturgesetz“ von Angebot und Nachfrage noch entgegenstehende corporative Schranken niederzustoßen; sie sagen „Culturstaat“, wenn es gilt jede andere geistige Macht aus der Gesellschaft zu verdrängen *).

Die social-demokratische Partei definirt den Staat also: „er ist die Gesamtheit der auf einem bestimmt abgegrenzten Territorium wohnenden Menschen in ihrer bleibenden Vereinigung zum Zwecke der höchstmöglichen Wohlfahrt Aller.“ Mit dieser Begriffsbestimmung wären alle liberalen Parteien insoweit einverstanden, nur an dem „Aller“ zerren sie herum, ob es nämlich fakultativ oder obligatorisch aufzufassen sei. Um nun von etwas Gemeinsamem auszugehen, wollen wir annehmen, daß der Staat allerdings für das geistige und leibliche Wohl seiner Untergebenen zu sorgen habe. Wo es also einen allgemeinen Zweck gilt, für den die Kräfte der Einzelnen und einzelner Genossenschaften nicht mehr ausreichen, da hat der Staat mit seinen allgemeinen Mitteln einzugreifen. Aber das Wohl, das der Staat mit seinen allgemeinen Mitteln zu fördern hat, kann nur das allgemeine und darf nicht das Wohl des Einzelnen seyn. Stellt sich der Staat die Aufgabe für das Wohl jedes einzelnen Individuums speciell zu sorgen, so ist das der Socialismus vom reinsten Wasser.

Wir sind hier auf dem Punkt angelangt, wo wir den allen liberalen Parteien gemeinsamen socialistischen Zug auf der Oberfläche liegen sehen können. „Das Kind hat ein natürliches Recht auf Unterricht, also hat der Staat ihm zu diesem Zwecke zu verhelfen.“ Diese triviale Phrase ist das Schlagwort aller liberalen Parteien, wo es sich darum handelt das Staats-Monopol des Unterrichts und den Schul-

*) Vergl. Jos. Edm. Jörg, Geschichte der social-politischen Parteien in Deutschland. Herder, Freiburg 1867. S. 196.

zwang zu vertheidigen. Duruy und Russell wissen so wenig als Diesterweg etwas Besseres vorzubringen, wenn sie dem Staate das Kronrecht der Generalschulmeisterei vindiciren wollen. Würde nun die Phrase so verstanden, daß der Staat die Pflicht habe Schulen zu gründen, damit jeder Unterthan die Möglichkeit habe sich zu unterrichten, so wäre sie zwar nach unserer Anschauung nicht ganz richtig, aber sie wäre doch auch nicht der Socialismus. Wird sie aber dahin ausgelegt, daß der Staat die Pflicht habe auf alle Fälle und zwangsweise dafür zu sorgen, daß jedes einzelne Individuum in den Besitz eines wünschenswerthen Unterrichts gelange, so ist das der pure Socialismus. Sowohl im antiken als im christlichen Staat, Sparta allein ausgenommen, hatte der Vater das Recht und die Pflicht, seine Kinder zu lehren und zu nähren. Warum soll es gerade Geistespflege seyn, nämlich Lehre und Unterricht, die der Staat mit solcher Bekümmerniß unter seine Obhut nimmt, und warum nicht auch ebenso die Leibespflege? Hat doch sicherlich Grund, was ein großer Monarch gesagt hat, nämlich daß es der Magen zuerst sei für den ein guter Staat zu sorgen habe. Offenbar gehen Lehr- und Nährfreiheit, Nähr- und Lehrzwang Hand in Hand. Beide Freiheiten und Rechte liegen der Familie ob. Will nun der Staat öffentliche und gemeinschaftliche Lehr-Anstalten gründen, warum denn nicht auch öffentliche und gemeinschaftliche Nähr-Anstalten. Der Schulzwang und die Spartanersuppe sind die leibhaftigen Inseparables, von denen eines ohne das andere gar nicht leben kann. Der Staat hat nicht mehr Recht und Befugniß die geistige Qualifikation der Kinder, die ein nicht vom Staate approbirter Lehrer unterrichtet hat, als die leibliche Qualifikation eines Kindes, das eine nicht vom Staate geprüfte Amme genährt hat, zu prüfen. Denn offenbar gehört zur allgemeinen Menschen- und Volksbildung nicht minder die Leibes- als Geistespflege. Es liegt vielmehr im Sonderinteresse des Vaters die Erziehung seiner Kinder in einer oder in

anderer Hinsicht zu besorgen. Und so lange der Staat dem Vater nicht die Pflicht abnimmt, auch nicht abnehmen kann, seine Kinder zu ernähren, so lange bleibt dem Vater auch das Recht und die Pflicht, seine Kinder selber oder durch beliebige Andere zu lehren *). So wenig nun einerseits der Staat verpflichtet seyn kann seine Unterthanen leiblich zu nähren, ebensowenig können die Unterthanen verpflichtet seyn sich vom Staat geistig nähren zu lassen, die staatlichen Unterrichtsanstalten zu benutzen. Es ist vielmehr Sache jedes Einzelnen, sich geistig und leiblich zu befähigen wie und wo er will. Soll der Staat berufen seyn Schulen zu organisiren und zu beaufsichtigen, so muß er auch berufen seyn Suppen-Anstalten zu organisiren und zu beaufsichtigen. Aber, möchte man fragen: wie, wenn einzelne Staatsangehörige es unterließen den Geist zur Ausübung staatsbürgerlicher Rechte auszubilden? Darauf ist zu erwidern: wie, wenn die Staatsangehörigen es unterließen die nöthige Nahrung des Leibes zu nehmen, und dadurch sich unfähig machten die staatsbürgerlichen Rechte auszuüben? Pons non ruit, wie die Geschichte aller früheren Jahrhunderte und das Beispiel aller nichtdeutschen Völker der Gegenwart sattjam beweist.

Die Vertheidiger des Schulzwanges, in soweit sie nämlich nicht Socialisten sind, haben sich hier auf die schmale Landzunge der Staatscuratel zurückgezogen, deren berechtigte Existenz auch wir anerkennen. Man wendet ein, daß der Staat gewissenlose Väter ebenso gut müsse zwingen dürfen ihren Kindern Erziehung und Unterricht angedeihen zu lassen, als er verschwenderische Familienväter unter Curatel stellen könne. Oder sollte der Staat nur gegen materielle Beeinträchtigung sicher stellen dürfen? Für das Schulmonopol beweist dieses Argument gar nichts, denn der Zwang in eine

*) Vergl. Dr. Teweß, die katholische Elementarschule. Paderborn 1852. S. 148 ff.

Staatsschule kann unter Umständen die grausamste sittliche Beeinträchtigung in sich schließen. Es müßte also doch den Eltern wieder freie Wahl zwischen verschiedenen Schulen bleiben. Es ist auch eine enorme sittliche Beeinträchtigung, wenn Eltern ihre Kinder in der Häresie, im Judaismus erziehen lassen, und doch würde man nicht zugeben, daß der Staat dagegen intervenirte, wie die Mortara-Geschichte ausgiebig gezeigt hat. Aber auch sonst ist das Argument nicht sehr zwingend. Der Staat kann einen Bürger unter Curatel stellen. Wohl! Aber nur, wenn er in positiver Weise frevelt, und da nur auf Antrag Betheiligter hin. Wenn ein Vater seinen Kindern keinen Groschen erspart; ja wenn er durch Unverstand und Unglück Hunderttausende verhaust; selbst wenn er Alles verwirthschaftet, auf die Gant kommt und dadurch seine Kinder auf die Gasse setzt, so wird er deshalb durchaus nicht unter Curatel gestellt. Oder? Und das ist in der Ordnung; das ist Freiheit! Nur wenn er ein offener Verschwender wäre, der böswillig und lüderlich sein Gut ruinirte, dann würde auf Antrag von Frau, Vormünder oder Gemeinde hin die Curatel verhängt *). Und so muß es auch auf dem geistigen Gebiete seyn. Wer gibt dem Staate ein Recht, hier schon im Vorhinein alle Eltern ohne Unterschied unter Curatel zu stellen? Das ist die Cumulation aller Rechte auf den Staat, mit der daraus entspringenden Verpflichtung für den Einzelnen zu sorgen, das ist der Communismus. So war es bei den Spartanern, aber so kann es nicht in einem freien Lande seyn. Vermögen zu haben ist im Allgemeinen viel wichtiger, als lesen und schreiben können; denn *primum vivere, deinde philosophari*. Stellt man gleich auch in materieller Beziehung alle Eltern von vorneherein unter Staatscuratel, dann seid ihr wenigstens

*) Jos. Lukas, der Schulzwang ein Stück moderner Tyrannei. 2. Aufl. Landshut 1865. S. 75.

consequent. Ist denn nicht das Accusationsverfahren in allen Dingen durchgeführt; warum denn nicht im Schulwesen? Nur dann könnte die politische Gewalt ein Recht haben hier zu interveniren, wenn ein Vater seine Pflicht so weit vergäße, daß man seine Kinder als „verwahrloste Kinder“ erklären könnte, wie wir sie gegenwärtig in Rettungshäusern unterbringen. Kein Vernünftiger aber wird behaupten, daß Kinder schon verwahrlost sind, wenn sie nicht lesen und schreiben können. So begibt sich also der moderne Staat dadurch, daß er es für seine Aufgabe erklärt die geistige Nahrung jedes Einzelnen zu besorgen, auf socialistisches Gebiet. Consequenterweise müßten all unsere Schulhäuser zwei Abtheilungen haben: eine für die Köpfe und eine für die Töpfe, eine für das Lehren und eine für das Nähren. Will aber der Staat sich nicht der Aufgabe unterziehen jeden Einzelnen zu ernähren, so muß er sich auch der Anmaßung entschlagen jeden Einzelnen zu lehren. Einem allgemeinen „Landes-Lehr- und Lesebuch“ entspricht vollkommen eine allgemeine Landes-Suppe, etwa nach dem historischen Vorbilde der berühmten Spartanersuppe. Nur so scheint die berüchtigte „harmonische Ausbildung aller Kräfte“ Aussicht auf vollkommene Verwirklichung zu haben. Unsere Schulenthusiasten liebten Sonne, Mond und Sterne, es ist nöthig sie auf die Erde zurückzuführen. Das fehlt noch zur vollkommenen Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit der bürgerlichen Culturperiode: Ein Rock, Eine Suppe und Ein Landes-Lehr- und Lesebuch.

Man glaube ja nicht, das sei nur Scherz oder höchstens theoretische Consequenzmacherei. Nicht bloß die Logik der Thatsachen, sondern auch die Thatsachen der Logik haben eine unwiderstehliche Gewalt. Nicht bloß Tausende, sondern Hunderttausende durchschauen bereits das Zwingende der oben ausgeführten Analogie. Schon im Jahre 1844 hat in der Sitzung des landwirthschaftlichen Centralvereins zu Paris ein Mitglied der Akademie, Ramon de la Sagra, zur Abhülfe gegen die Unwissenheit der Landwirthe und die Zer-

stückelung des Bodens vorgeschlagen: den Staat baldmöglichst zum Besitzer alles Landes zu machen, und dieses durch landwirthschaftliche Ingenieure die ihre Bildung in den Staatsschulen erhielten, bebauen zu lassen, wodurch der Bodenertrag sich verdoppeln werde *). Erst vor drei Jahren hat Agathon de Potter der belgischen Akademie ein Memoire eingereicht unter dem Titel „der Schulzwang“. Wenn wir das Thema des Verfassers von den Erwägungen und Citaten auf welche er es stützt, und von den Worten in welche er es einhüllt, herausnehmen, so finden wir den Inhalt desselben in folgenden wörtlich aus seinen Abhandlungen excerpirten Sätzen **).

1) Das individuelle Eigenthumsrecht auf Grund und Boden muß aufgehoben werden; es ist dasselbe lediglich ein Monopol dessen Ursprung und Erhaltung auf keinerlei Weise gebilligt werden kann. Die Erde ist das Eigenthum Aller, Alle haben auf sie ein gleiches Recht; es muß collectiv ausgeübt werden zu Gunsten der ganzen Menschheit.

2) Der industrielle Fortschritt, die Anwendung der Maschinen ist heutzutage ein bloßes Mittel die Arbeiter auszunutzen und zu unterdrücken, die Reichthümer der Capitalisten aber zu vermehren. Die Gesellschaft muß so organisirt seyn, daß die Erfindungen, Verbesserungen und Maschinen nicht mehr bloß einer geringen Anzahl Vorthail bringen, sondern daß sie Allen nützen und Jeder den Beweis dafür erhält, daß es nach dieser neuen Organisation je mehr Maschinen desto mehr Glückliche gibt.

3) Der Arbeiter ist heutzutage ein an die Scholle der Werkstatt angebundener Sklave, er ist das Eigenthum des Herrn der ihn beschäftigt und der ganz seinen Vorthail dabei findet, wenn er seinen Arbeitslohn immer mehr vermindert. Um diesen Mißbrauch zu beseitigen, braucht man ganz

*) Jörg. a. a. D. S. 37.

**) Académie royale belge. Des Bulletins, 2me sér. t. XX. nr. 7.

einfach die Gesellschaft folgendermaßen zu organisiren: a) es soll keine Eigenthümer mehr geben, unter welcher Form und Benennung es auch sei, und dann unterrichte man jeden so weit, daß er einsehe, daß er niemand's Eigenthum sei, b) es sollen die Arbeiter sich so viel verdienen, als nothwendig ist um bequem leben zu können.

4) Alle Menschen sind gleich, denn alle sind gebildet durch die Vereinigung eines Organismus mit einem fühlenden Princip und alle fühlenden Principe sind anerkanntermaßen identisch. Damit diese Gleichheit verbürgt sei, müssen nothwendig Alle durch Fürsorge und auf Kosten der Gesellschaft erzogen und unterrichtet werden, so daß die errungenen Wissenschaften Allen zur Verfügung stehen.

5) Die gesetzlose Concurrenz ist heutzutage eine Quelle des Verderbens und aller möglichen Uebel. Um sie zu entfernen kommt es darauf an, die Geisteskraft aller Einzelnen mit der gleichen Sorgfalt zu entwickeln; um unter den Arbeitern eine wirklich freie Concurrenz herzustellen in der Weise, daß zufolge der neuen socialen Organisation die Summe des Reichthumes für den Einzelnen das Maß des Verdienstes bildet.

6) Die Gesellschaft ist der brutalen Gewalt überliefert, sie ruht auf einem Sophisma. Dieses Sophisma ist die vorgebliche Existenz eines menschenähnlichen Gottes der die Offenbarung gegeben und die Ordnung vorgeschrieben und der es sich zur Aufgabe macht, jene die seinen Befehlen gehorchen oder sie übertreten zu belohnen oder zu bestrafen. Diese Oberherrschaft kann die Prüfung der Vernunft nicht bestehen und diese legt ihr Princip bloß und stürzt es um. Daher die Nothwendigkeit, an die Stelle dieser Oberherrschaft jene der reinen unbestreitbaren Vernunft zu setzen welche, wenn sie einmal inthronisirt ist, ihre Herrschaft unerschütterlich behaupten wird. Nurmehr der Botmäßigkeit der Vernunft unterworfen, wird jeder begreifen, daß es in seinem wohlverstandenen Interesse und im Interesse Aller liegt, vollständig

und gewissenhaft den Vorschriften der souveränen Vernunft und den daraus folgenden Gesetzen zu gehoramen.

7) Das Volk ist heutzutage in finsterner Unwissenheit befangen. Um es ihr zu entreißen und zum wahren Lichte zu erwecken, muß man ganz einfach die Gesellschaft in der Weise organisiren, daß Alle an der Fülle der intellektuellen Reichthümer theilnehmen können, daß der Unterricht tugendhafte Menschen macht, und dann muß man diesen Unterricht einem Jeden gewähren.

8) Der zunehmende Pauperismus ist das nothwendige Resultat aller Mißbräuche die seit langer Zeit eingerissen sind. Um ihm seine Quellen zu verstopfen, muß man a) den moralischen Pauperismus vernichten, indem man den Beweis liefert, daß das fühlende Princip immateriell ist, um darlegen zu können, daß der ehrliche Mann kein Narr ist, und diese Wahrheit Allen einprägen durch Erziehung und Unterricht, b) den materiellen Pauperismus vernichten, indem man Grund und Boden wie auch den größeren Theil der von den früheren Geschlechtern angesammelten Capitalien dem collectiven Eigenthum zutheilt und die Reichthümer zur Verfügung Aller stellt.

Das Angeführte mag genügen, um sich einen allgemeinen Begriff von der Theorie zu bilden nach welcher sich der Socialismus die künftige Gesellschaft construirt. Es herrscht eine wesentliche Analogie und eine reale Wechselbeziehung zwischen der Welt des Leibes und der Welt des Geistes, zwischen dem irdischen und dem geistigen Gebiet. Das geistige Gebiet, der Nibelungenhort des gesammten menschlichen Wissens wird auch von der Partei des Liberalismus für vogelfrei erklärt; nicht bloß das, es wird zwangsweise unter die Massen vertheilt. Der Schulzwang ist der staatlich organisirte Communismus auf geistigem Gebiet. Der intellektuelle Pauperismus soll vernichtet, soll unmöglich gemacht werden. Allein das soll auch genug seyn. Das irdische Territorium soll ein für allemal Tabu seyn, das materielle Eigenthum müsse heilig

bleiben, an eine Gütergemeinschaft könne nie und nimmer gedacht werden, das wäre ein Verbrechen, das wäre blutige Barbarei! Aber diejenigen Liberalen denen die Inspiration des Geldsackes fehlt, d. h. die Socialisten, die Arbeiter, diese haben eine ganz andere Logik. Sie sagen, das intellektuelle und das materielle Eigenthum müsse getheilt werden; nicht bloß die Wissenschaft, auch die Erde sei zwangsweise zu parzelliren, nicht bloß der moralische Pauperismus sei zu vernichten, sondern auch der materielle. „Jedes Kind hat ein Recht auf Unterricht“: sagt der Liberalismus; „freilich wohl“: sagt der Socialismus, „und ein Recht auf die Erträgnisse der Erde“. Auf letztere noch mehr, als auf ersteren; denn *primum vivere, deinde philosophari*. Eins ist Noth, und das ist Brod. Die Grammatik hilft dem Menschen nichts, wenn er darüber verhungern muß. Die Menschheit hat Jahrhunderte lang ohne eigentliche Botanik gelebt, aber nicht ein Jahr ohne die Feldfrucht.

Die Reciprocität zwischen Schulzwang und materieller Staatshilfe ist dem ganzen Arbeiterstand so sehr in Fleisch und Blut übergegangen, daß er die beiden Begriffe willkürlich umbreht und bald diesen bald jenen als Ursache und den andern als Wirkung nimmt. Wo sie daher mit der Forderung materieller Staatshilfe noch nicht durchdringen können, da agitiren sie einstweilen für den Schulzwang, in der sichern Erwartung daß dem geistigen Communismus der materielle nachfolgen müsse. So 1864 in Frankreich, wo die Arbeiter-Deputirten bei der Adreßdebatte die Forderung stellten, daß „die Arbeiter nichts mehr vom Staate forderten als das Recht, ihre Lage durch die eigene Energie zu verbessern, wozu der Unterricht und eine größere Freiheit der Association das Mittel bieten würden“ *). Hier will man also den materiellen Pauperismus durch geistige Bereicherung angreifen;

*) Jörg a. a. D. S. 68.

gerade umgekehrt verfährt der „New-York Herald“, welcher in einer Correspondenz aus Mexiko schreibt: „Die Schwierigkeiten entspringen zumeist aus dem Mangel an Bildung unter den Massen. Die Volkserziehung kann aber nie Fortschritte machen, so lange das Grundeigenthum nicht gleichmäßiger vertheilt ist, denn die jetzigen feudalen Zustände sind ihr absolut feindlich. Güter von 100 bis 150 deutschen Quadratmeilen, wie die Brüder Sanchez in Coahuila und Flores in Durango besitzen, können sich nicht halten, sobald die armen dienstbaren Bebauer derselben zu geistiger Freiheit heranzuwachsen“^{*)}). So sind also Zwangsstaatschulen und materielle Staatshilfe in der Hand des Arbeiters wie ein Tuch, das man hin und herdreht, weil man nicht sicher entscheiden kann, welches die vordere und welches die hintere Seite sei. Ueberall wo die Arbeiter über die Ungleichheit des Besitzes deliberiren und wo sie auf Mittel denken sich der erdrückenden Uebermacht des Capitals zu erwehren, da läuft ihnen der Schulzwang durch die Gedanken und überall wo er durchläuft, zieht er die Eierschale seines Ursprunges aus dem Socialismus hinten nach.

Wenn nun der Schulzwang wirklich blos die Rehrseite des Socialismus ist, so ist die Gefahr wahrhaftig nicht klein. Die Zahl der Arbeiter ist eine sehr große, und mögen ihre Parteien sonst wie immer schattirt seyn, über den Schulzwang sind sie einig. Daß der nordamerikanische Bürgerkrieg ein socialer war und kein politischer, das bestreitet jetzt kein unrichteter Mann mehr. Weniger festgestellt ist noch, in wie weit socialistische Strömungen die Lohe anfachen halfen. Ein Notorium bildet es, daß die „Newyork-Tribune“ dasjenige amerikanische Blatt war welches die Furie am rabiateiten schürte. Von diesem Journal erscheinen dreierlei Ausgaben: eine tägliche, halbwochentliche und wöchentliche. Die

^{*)} „Süddeutsche Presse“ 1867 Nr. 37 Morgenblatt.

Ausgabe der ersten beträgt 40—50,000, die der zweiten 30,000 und die der Wochenausgabe 100,000 Exemplare. Die Begründer und ersten Leiter desselben sind aber Fourieristen gewesen, eine socialistische Sekte die sich mit der Errichtung von Phalansternen beschäftigt und deren Sektengeist einen beinahe religiösen Charakter an den Tag gelegt hat. Der Chef dieser Coterie, Horace Greeley, welcher sich vom Buchdrucker zum Millionär, zum Parteimann und Staatsmann emporgeschwungen hat und erst jüngst amerikanischer Gesandter in Wien werden sollte, hat sich unter anderen fixen Ideen durch einen so glühenden Haß gegen geistige Getränke bemerklich gemacht, daß er den Wein bei der Communion zurückgewiesen und dafür ungegohrnen Traubensaft verlangt hat. Kurz die Zahl der Socialisten ist Legion in der alten und der neuen Welt und alle leiden sie mehr oder minder an der Schulwuth und überall sympathisiren sie, so weit es möglich ist, mit dem Schulzwang.

Unter solchen Verhältnissen, möchte man meinen, müßte die gesammte liberale Bourgeoisie mit dem Schulzwange auf dem allerfeindseligsten Fuße stehen. Die Anhänger des absoluten Capitals haben wahrhaftig nichts mehr zu fürchten, als die „Aufklärung“ ihrer Arbeiter; denn sobald diese das System des liberalen Dekonomismus durchschauen, hassen sie es. Die Bildung hat für diese Menschenclasse etwas vom Apfel des Paradieses: sobald sie davon essen, erkennen sie daß sie nackt seien. Diejenigen welche den materiellen Communismus am meisten fürchten, sollten mit dem geistigen wenigstens nicht kokettiren. Allein hier findet die bekannte Anomalie des Instinktes statt: im ganzen liberalen Lager grassirt die Schulwuth. Der intensive Widerwille der Partei gegen das Christenthum fanatisirt sie für die moderne Schule; denn durch diese hoffen sie der Kirche Gottes das Grundwasser abzugraben. Ihre Gräben aber benützt der Socialismus als Laufgräben in die jungfräuliche Beste des absoluten Capitals. Die Kämpfe der Geister werden heutzutage

fast ausnahmslos maskirt geschlagen. Von einem Ende bis zum andern der civilisirten Welt liegen die religiösen, socialen und politischen Fragen wie Steine auf dem Wege, aber nicht leicht wird man eine entdecken die sich für das ausgibt was sie wirklich ist. Hinter der amerikanischen Sklavenfrage verbarg sich der radikale Industrialismus der Nordstaaten, hinter der deutschen Einheit der protestantische Beruf Preussens; man sagt Schule und meint die Kirche, man sagt Bildung und meint den Humanismus, man sagt Schulzwang und meint Christum. In der That ist der ganze Kampf für und gegen den Schulzwang, wenigstens in Deutschland, gegenwärtig noch eine Maske hinter welcher für und gegen die Kirche gekämpft wird. Denn auch diejenigen welche gegen diesen Garrotteur aller Freiheit bei uns aufgetreten sind, haben es zumeist nur wegen seiner kirchenseindlichen Eigenschaften gethan. Es sei Unrecht, sagen sie, daß der Staat die christlichen Kinder in confessionenlose Schulen treibe. Auf diesem Standpunkte stehen selbst noch die neuesten Regensburger Broschüren, so scharfsinnig und ausgezeichnet sie sonst sind, und so entschlossen sie im Uebrigen den Kampf für die Freiheit der Schule aufgenommen haben *). Für das kirchliche Recht, auf welchem sie streng logisch basiren, genügt allerdings die Aufhebung des Staatsmonopols. Der Schulzwang derogirt aber nicht bloß der kirchlichen, er vernichtet auch die bürgerliche Freiheit, ja den bürgerlichen Freiheitsinn und ist ein socialistisches Problem. Wir haben ihn also auch von diesen Gesichtspunkten aus zu bekämpfen; leider ist unser deutsches

*) Ich meine die bei Fr. Buxet in Regensburg jüngst erschienenen Schriften: „Entwurf eines Gesetzes über das Volksschulwesen in Bayern mit Anmerkungen“; „Eine Ansprache des Bischofes von Regensburg nebst einer Denkschrift des bayerischen Episcopats“; „Schulneuerungen in Bayern“; „Rechtsgrundsätze zur Beurtheilung des Gesetzesentwurfes über das Volksschulwesen in Bayern“; „Volksschulwesen und Kirche in Bayern.“

Publikum schon so sehr an diese Zwangsjacke gewöhnt, daß sich die Leute eine Schule ohne Zwang ebenso wenig vorstellen können wie die Chinesen eine Mahlzeit ohne Reis.

Wo immer auf fortschrittlicher Seite über das Schulwesen debattirt wird, da ertönt der Ruf, daß der Unterricht obligatorisch und unentgeltlich seyn müsse. Gegen diese Unentgeltlichkeit des Unterrichtes wehren sich besonders die Engländer aus allen Kräften, sie hassen dieses Wort beinahe ebenso wie den Zwang. Offenbar fühlen sie in diesem Begriffe den Socialismus wie die Gämse den nachsetzenden Jäger im Windzug. Ueber den unentgeltlichen Unterricht bestehen unklare und falsche Begriffe. Genau genommen kann von einem solchen nur die Rede seyn bei Schulen, welche aus Schenkungen und Stiftungen erhalten werden. Gewöhnlich aber versteht man unter jener landläufigen Phrase nur so viel, daß in Zukunft die Schullehrer auf den Etat des Unterrichtsministeriums übernommen werden sollen. Während also bisher diejenigen den Schullehrer unterhielten d. h. Schulgeld zahlten, deren Kinder oder Pflegebefohlene wirklich zur Schule gingen, soll künftighin ein jeder Staatsbürger Schulgeld bezahlen, ganz abgesehen davon ob er Kinder habe oder nicht. Eine Pflicht die bisher immer und überall der Familie oblag, die Sache der individuellen Freiheit seyn mußte, wird durch Uebernahme auf die Staatskasse communistisch ausgeglichen. Die Schulsteuer ist der erste Schritt des Staates vom intellektuellen Communismus auf den materiellen herüber. Durch den Schulzwang nimmt der Staat den Eltern das Recht und die Pflicht des Lehrens ab, durch die Schulsteuer greift er bereits auch in die Nährpflicht der Familie ein. Insoferne nämlich der Unterricht der Kinder materielle Kosten verursacht, gehört er zur Nährpflicht der Eltern, und diese entzieht nun Allwäter Staat der freien individuellen Thätigkeit und macht sie zu einer gemeinsamen Last. Ueberhaupt ist jeder Schritt den die moderne Staatsallmacht auf Kosten corporativer und in-

dividueller Pflichten und Rechte vorwärts macht, ein Schritt näher zum Communismus. Consequenter Weise muß da schließlich ein Punkt kommen, wo der Staat die ganze Gesellschaft in die Hand nimmt, um sie auf Regie zu nähren. Denn derjenige welcher alle Rechte hat, muß auch alle Pflichten haben. Man kann das an den Amortisations-, Expropriations- und Ablösungsgesetzen studiren, noch mehr aber an den Schulen. Zu einer Zeit wo noch kein Staat der Welt an Schulen gedacht hat, haben Private, Corporationen und besonders die Kirche unzählige Schulen mühsam gegründet. Der allerkleinste Theil der bestehenden Schulen verdankt dem Staate sein Daseyn. Da erscheint der moderne Staat und läßt sich durch die Vertreter der Gesamtheit einfach als gesetzlicher Eigenthümer aller Schulen erklären. Das ist Confiskation aller privaten und corporativen Schulrechte durch die Gesamtheit, das ist der Socialismus. Ueberaus betäubend ist die aus den gegenwärtigen Schulstreiten wieder so grell hervortretende Wahrnehmung, wie sehr der ganzen Zeit der Rechtsbegriff abhanden gekommen ist. Sogar die Aerzte drängen sich noch heran und wollen auch mit Theil haben an der Herrschaft über die Schule. Aber, meine Herren, die Schulen gehören denen die sie gegründet haben! Wenn Sie Schulen wollen, dann gründen Sie sich welche. Jeder soll das Recht haben Schulen zu gründen; aber nicht jeder kann an dem was andere gegründet haben, zugreifen!

Die Massen allerdings werden durch die „Unentgeltlichkeit des Unterrichts“ gefördert; denn beim Zahlen hört bekanntlich alle Gemüthlichkeit auf. Das Volk ist ein Riese ohne Kopf der nicht begreift, daß die Unentgeltlichkeit nur Schein ist, weil der Staat nichts zahlen kann, was er nicht zuvor von den Unterthanen eingenommen hat. Es läge hier die Versuchung zu der Frage nahe, in wie ferne der Constitutionalismus, dessen Majoritätsbeschlüssen jegliches ent-

gegenstehende Recht „gesetzlich“ weichen muß, dem Socialismus die Wege ebnet. Wir könnten von dem Hegel'schen Staat sprechen, dem pantheistischen der die Plenipotenz der Gottheit in sich trägt und durch seine Kammern repräsentiren läßt. Wir würden dabei sehen, daß nur ein Schritt ist vom Capitol zum tarpejischen Felsen; allein wir haben uns den Schulzwang als Ueberschrift gesetzt.

Nichts kann merkwürdiger seyn als die ideellen Rechtstitel, auf welche sich die Vertheidiger des Staats-Schulmonopols berufen. Man sagt, der Staat habe ein großes Interesse an der Schule. Gut! Allein was folgt daraus? Daß der Staat die Schulen an sich reiße, während sie ihm weder durch Gründung noch in Folge Vertrags angehören? Wenn aber das Interesse einen Rechtstitel abgibt, wie bleibt dann noch Eigenthum und Freiheit vor Willkür und Verletzungen gesichert? Werden nicht, wenn das Interesse an einer Sache ein Recht auf dieselbe gibt, alle Diebereien und Räubereien, insofern denselben Interesse zu Grunde liegt, gerechtfertigt seyn? Wohl hatte Achab ein Interesse an dem Garten des Naboth, wahrscheinlich hatte sogar der bayerische Hiesel ein großes Interesse an dem was er gestohlen hat — hatten sie deßhalb auch ein Recht zuzugreifen? Wie kann ich noch einen Heller mein nennen, wenn das Interesse das Einer daran hat, einen Rechtstitel gibt ihn sein zu nennen? Man sagt wohl, das Interesse gebe einen ideellen Rechtstitel zur Besitzergreifung nur für den Staat, den Repräsentanten der Allgemeinheit ab. Allein wenn der Staat hinnehmen darf, woran er Interesse hat, wo bleibt dann noch ein Privateigenthum bestehen? Die Confiskation aller privaten Rechtstitel zu Gunsten der Allgemeinheit und die entsprechende Uebernahme des Individuums auf Staatsregie bildet eben das Wesen des Communismus. Der communistische Staat kann sich bei seinen Confiskationen auf den Titel des Interesses berufen, der „Rechtsstaat“ aber, wie sich unser moderner gerne nennt, durchaus nicht. Ihm geht es mit der Schule wie dem Wetter

Christian im Sprüchwort, der glaubte, er habe ein Päckchen Tabak gekauft, da hatte er's gestohlen.

Der Staat hat kein geringeres Interesse sich darum zu kümmern, daß wir gut genährt, logirt, spazieren geführt, gekämmt und gekleidet werden, weil seine ganze Zukunft nicht minder davon abhängt und, wie schon Bonaparte gesagt hat, für den Magen zuerst gesorgt seyn muß. Die Principien sind wie der Teufel: reicht man ihm einen Finger, so nimmt er die ganze Hand und ruht nicht bis er den ganzen Menschen an sich gerissen hat. Der Liberalismus erkennt kein göttliches und kein menschliches Recht an außerhalb der Volksabstimmung, d. h. unabhängig von den Majoritätsbeschlüssen seiner Kammern — außer das absolute Recht des Privatgeldbeutels. Auf diesem steht ein für allemal: non plus ultra. Der Socialismus aber ist ganz consequent, er unterwirft auch dieses Recht dem allmächtigen Staat. Das Erbrecht ist es, gegen das der Socialismus in diesem Augenblicke seine Tranchéen zieht. Am leichtesten sind auch hier wieder unsere Schulmeister fertig geworden. Als man von kirchlicher Seite das positive historische Anrecht auf die Schule geltend machte, da sagten sie rundweg heraus: „Eine Generation kann nicht für ihre Nachkommen bindende Verpflichtungen eingehen“ *). Da haben wirs! Das ist der Communismus sans cérémonie. Der moderne Staat wird die Consequenzen seines bisherigen Treibens nicht aufhalten. Es ist der Kirche Gottes vorbehalten die Menschheit vor diesem Rückfall in die Barbarei zu bewahren, und es dürfte vielleicht die höchste Aufgabe der Kirche in der Gegenwart seyn, den Rechtsbegriff zu retten.

Professor Riehl in München, der eigentliche Begründer unserer social-politischen Wissenschaft, schrieb einmal**) folgende

*) Gustav Fröhlich, Rektor in Rastenberg, Pädagogische Bausteine. Jena 1867. S. 223.

**) W. H. Riehl, die bürgerliche Gesellschaft. Stuttg. 1861. Volksausgabe S. 232.

bedeutsame Worte: „Der Reichstag welchem die Vertretung der politischen Interessen, die Controle der Staatsverwaltung zukommt, soll nicht nach ständischen Sondertheilen, sondern nach der Voraussetzung eines allgemeinen Staatsbürgerthums zusammengesetzt seyn. Dagegen würde an den Provinziallandtagen, Kreistagen 2c., denen die Wahrung der örtlichen, materiellen und socialen Interessen zufallen soll, das Recht der ständischen Gliederung seinen Ausdruck finden müssen. Eine Vertretung der socialen Interessen auf dem Grundgedanken des allgemeinen Staatsbürgerthums paßt nur für die sociale Republik.“ Wie soll man hienach das Gebahren unserer Kammern beurtheilen, die seit Jahren das „sociale Gesetzgebungswerk“ als die größte ihrer Hauptaufgaben betrachten? Besonders die Schule haben sie sich zu einem förmlichen Experimentirsaal genommen und treiben alle höhere Pädagogik. Wenn das jener König von Preußen erlebt hätte, der die Ansicht seiner Zeit über die Schule in folgenden markigen Worten zusammengefaßt hat: „laß sie sagen was sie wollen, wenn sie zahlen was sie sollen!“ So ändern sich Zeiten und Ansichten. Die sel. „Bayr. Ztg.“ hat 1866 gesagt: „das Volk, welches die besten Schulen hat, ist das erste in der Welt.“ Es entfiel ihr dieser Ausspruch kurze Zeit hernach, als bei Senbodenreuth ein Bataillon bayerischer Infanterie nach Verlust von nur 4 Todten von den Mecklenburgern vollständig gesprengt worden war. Ich wiederhole: von den Mecklenburgern, denen man nachsagt daß sie das schlechteste Schulwesen in Deutschland besitzen. Es soll in den Zeiten vor dem Schulzwang während der 1000jährigen Kriegsgeschichte Bayerns nicht vorgekommen seyn, daß sich ein großer tactischer Körper wie ein Bataillon, vollständig auflöste, obschon sie manchmal so zerschossen wurden, daß nach Verlust aller Officiere ein Feldwebel oder ein Junter ein Bataillon commandirte.

Wenn wir auch im Allgemeinen die Tendenz des modernen Staates zum Socialismus wahrnehmen, so ist die-

selbe doch nirgends soweit fortgeschritten wie im Schulwesen. Wir haben z. B., so gut wir ein Cultus- und Unterrichtsministerium besitzen, auch ein Staatsministerium für Ackerbau, Industrie und Handel. Das Handelsministerium ist da, um Ackerbau, Industrie und Handel auf alle mögliche Weise zu unterstützen, zu fördern und zu schützen; es fällt aber keinem Industrie-Minister der Welt ein selber von Staatswegen Fabriken zu bauen und Handel zu treiben. Der herrschende ökonomische Liberalismus verwirft alle Staatsmonopole, eines seiner heiligsten Dogmen lautet dahin, daß der Staat mit den Privaten nicht concurriren dürfe. Man nimmt liberalerseits aus diesem Grunde sogar an dem kgl. Hofbräuhaus in München Aergerniß, das Salzmonopol ist neuestens beseitigt worden und einige kgl. Berg- und Hüttenwerke, Ueberbleibsel feudaler Staatsregalien, werden bald die Rolle des letzten Mohikaners spielen. Kurz, das Handelsministerium schützt und fördert sein Ressort, treibt aber nicht selber Industrie und Handel.

Nicht so verfahren die Unterrichtsministerien, sondern ganz anders. Diese legen allenthalben im Lande große und kleine Fabriken, d. h. Schulen an, concurriren nicht bloß mit den Privaten und Corporationen, sondern monopolisiren ihre Sparte und zwingen überdieß alle Menschen zur Abnahme ihres Artikels. Es gab und gibt auch anderwärts Monopole, z. B. das Tabaksmonopol in Oesterreich; wer dort rauchen will, muß k. k. Tabak rauchen; aber es wird niemand gezwungen überhaupt zu rauchen. Wir müssen aber rauchen, will sagen über dem ABC schwitzen; denn wir haben nicht bloß das Staatsschulmonopol, sondern auch den Schulzwang. Der Handel mit materiellen Waaren ist der freien Concurrenz der Individuen überlassen: wir leben in der schönen Zeit des Freihandels und der Gewerbefreiheit. Warum denn nicht auch der Handel mit den intellektuellen Gütern? Der Schulzwang eignete sich zwar in's germanische Museum, wo er als culturhistorische deutsche Specialität eine

der sehenswerthesten Raritäten bleiben würde; aber in die Zeit des Freihandels und der Gewerbefreiheit paßt er entschieden nicht. Oder sollte er gerade in diese Zeit recht passen wegen seines socialistischen Zuges? Es wäre allerdings nur ein einfaches Analogon zum Schulmonopol, auch den Handel und die Zubereitung von Nahrungsmitteln aus dem Bereiche des freien Betriebes zu streichen und diese Geschäfte zu einem Staatsmonopol zu erheben und von Staatsdienern betreiben zu lassen. Diese dürften dann selbstverständlich aus dem Geschäfte keinen Gewinn nehmen, weil sie ihre Besoldung vom Staate bezögen, würden demnach viel billiger produciren können, als freie unternehmende Meister. Ein Muster solcher Einrichtungen wären die Speiseanstalten der Société des Cités ouvrières zu Mühlhausen, von denen in diesen Blättern (Bd. 60 S. 757) die Rede war.

Es liegt hier der Einwand nahe, daß doch der Staat auch anderswo bereits Hand angelegt habe die Societät zu leiten, nicht bloß in der Volksschule allein. Es seien ja doch auch staatliche Kunstakademien gegründet worden, Ackerbau-schulen &c. Gestehen wir nur gleich, daß unserer Ansicht nach auch das Anomalien sind, die lieber heute als morgen abgethan werden sollten. Der Staat sollte auch Kunst und Ackerbau nur schützen und fördern, sollte aber nicht selber malen und ackern. Jeder Griff des Staates die Gesellschaft zu leiten, ist ein Mißgriff. Wäre er das nicht schon wegen des socialistischen Beigeschmackes, so müßte er es seyn wegen des entschiedenen Unsternes der solche Eingriffe jederzeit verfolgt. Die Kunst gedeiht nur in frischer freier Luft, sie läßt sich nicht kaserniren. Alle unsere großen Künstlerschulen sind von einzelnen Meistern kraft eigener Machtvollkommenheit gegründet worden, mit dem Staatshammer hat man noch kein Feuer aus dem Steine geschlagen. Die Kunst wird zur Buhldirne erniedriget, wo man sie bloß des nationalen Ruhmes willen betreibt. Wer ein praktisches Beispiel davon sehen will, der studire das moderne München. Dasselbst mußte die

Kunst unter Max II. wie eine jonische Magd die politische Mühle ihres Herrn treiben, das Resultat sehen wir vor Augen*). Was die staatlichen Ackerbauschulen betrifft, so sind sie mehr durch ihre Passiva als durch ihre Aktiva berühmt, auch der von ihnen gestiftete ideelle Nutzen ist sehr verdächtig. Die Nummer 53 der „Süddeutschen Presse“ Morgenblatt vom 22. November 1867 brachte eine amtliche Statistik der in den vorhergegangenen 3 $\frac{1}{2}$ Jahren (vom 1. Oktober 1863 bis Juli 1867) erfolgten Zwangsveräußerungen liegender Güter in Bayern. Die größeren Städte waren außer Betracht gelassen, obschon gerade sie der Herd der ökonomischen Krise sind, allein schon die ländlichen Ganten entzifferten die schreckliche Summe von 9178 Zwangsveräußerungen. Und merkwürdiger Weise war gerade der Sprengel des Bezirksgerichtes Freising am allerärzesten heimgesucht (1 : 20) — in welchem Bezirke die königl. landwirthschaftliche Centralschule Weihenstephan liegt. Man hat übrigens schon längst im Volke gemunkelt, die staatlichen Agricultur-Eleven verdankten es nur der Unausführbarkeit ihrer Theorien, daß sie nicht sämmtlich bankrott würden. Aber abgesehen davon, für uns steht die Ueberzeugung fest: jeder direkte Eingriff des Staates in die Societät ist ein verstohlener Handdruck für den Socialismus.

Es ist bekannt, daß der jetzt herrschende ökonomische Liberalismus jede corporative Organisation haßt. Wo der liberale Dekonomismus Platz greifen soll, da muß das sociale Feld erst glatt geschoren seyn; jede sociale Gebundenheit, komme sie von oben oder von unten, muß weichen; jede corporative Gestaltung die von den Vätern auf die Kinder vererbt wird, muß in den allgemeinen Fluß der Beweglichkeit

*) Vergl. auch in Niehl's „Culturstudien“ den Abschnitt über die Napoleonische Kunstepoche. Die dort mitgetheilten Thatsachen sind vernichtend für die staatlichen Kunstpfuschereien.

gebracht werden. Ist das geschehen, dann erst kann das Gesetz von Angebot und Nachfrage frei sich entfalten. Und weit, sehr weit hat das System es mit diesem Abbruche der Gesellschaft es bereits gebracht. In die Kirche hat der Sturmbock der Schule bedenkliche Breichen geschlagen, der Feudalismus des Adels ist gebrochen, der Klerus ist gebeugt, die Zünfte sind aufgelöst, die Gemeinden sind durch Entziehung des Veto zum Schemen entleert. Nur die natürlichste, älteste und wichtigste Corporation, die Familie, ist unter dem Schutze des heil. Sakramentes der Ehe stehen geblieben bis auf diesen Tag. Die Ehe und die Familiengründung ist der erste Ausfluß des hohen Urrechtes des Menschen: der freien Persönlichkeit. Bei dem Thiere verbinden sich die Geschlechts-Individuen gattungsmäßig und eben darum nur vorübergehend: bei dem Menschen verbinden sich die Personen für die ganze Lebensdauer. Wenn moderne Socialisten Staats-Kindererzeugungs-Anstalten an die Stelle der Familie setzen wollen, so heißt das nichts anderes als die Bestialität an die Stelle der Menschlichkeit setzen. Bleibt die Familie intakt, so ist ein vollständiger Communismus unmöglich; fällt die Familie, so bricht die ganze Cultur zusammen. Und auch an diese Grundfeste des Menschengeschlechts legt man bereits die Brecheisen.

Vor Allem muß der sakramentale Charakter der Ehe beseitiget werden, denn so lange die Familie geseit ist, kann man ihr mit irdischen Waffen nicht beikommen. Die Civilehe ist also ganz unentbehrlich; erst nachher kann man sie aller ihrer Aufgaben entkleiden, so daß sie, zwecklos geworden, selbst wegfallen kann. Das eigentlich familienhafte Element in der Ehe ist das Weib; sie ist eigens für die Familie geschaffen, während der Beruf des Mannes hinausdrängt auf das Feld der öffentlichen That. Die moderne Cultur zeigt nun überall Anläufe, die Frau aus der Familie hinaus in die Fabriken, Bureaux, Hörsäle, kurz in männliche Berufszweige hineinzudrängen. Betrachten wir das Leben einer

Fabrikarbeiterin. Als Kind, während sie noch die Schule besuchte, hat sie bereits in der Fabrik gearbeitet. Die Schule hat sie verlassen, die Fabrik nicht. Zur Jungfrau gereift lernt sie einen Arbeiter kennen, mit dem sie sich bald darauf verheirathet. In der Fabrik ist sie noch immer geblieben, der kleine Haushalt macht auch nicht viel Arbeit und ist schon noch nebenher zu besorgen. Aber dann vergrößert sich die Familie, die Kinder wollen gepflegt seyn — und nun ergibt sich's daß die Frau von all dem was eine Hausfrau kennen muß, nichts gelernt hat, weil sie nie dazu Zeit hatte, sondern täglich in der Fabrik war. Sobald sie irgend Zeit hat, geht sie wieder dorthin, da der Mann allein jetzt nicht das Nöthige verdienen kann. Aber während sie einige Groschen erwirbt, geht in ihrer eigenen Haushaltung mindestens das Gleiche verloren. Sie flickt keine Kleider, sie stopft keine Strümpfe, alles wird benützt bis es gänzlich unbrauchbar ist, dann bekommt es der Lumpensammler, dem es natürlich bei dieser unwirthschaftlichen Art hauszuhalten viel rascher zufließt, als dieß bei einer andern Hausfrau geschehen würde. Doch die Frau verliert nicht nur materiell in ihrer Haushaltung was sie in der Fabrik gewinnt, sie verliert noch viel mehr dadurch, daß sie sich und den Ihrigen keine Häuslichkeit zu schaffen im Stande ist. Die Familie consolidirt sich auf diese Weise gar nie recht, und von dem Contubernium weicht nur zu bald auch der Hausfriede. Die Frauenarbeit entreißt die Frau der Familie.

Das eigentliche Symbol der Häuslichkeit und des rechten Familienglückes ist bisher der Herd gewesen, nicht bloß bei uns, sondern bei allen Völkern. Die moderne Cultur zeigt nun überall Anläufe den Herd in der Familie abzubrechen. Wir kennen bereits die Mülhhauser Speiseanstalten, anderswo betrachtet man ebenfalls solche Consumvereine, Suppenanstalten, Speisehäuser als einen ökonomischen Fortschritt und als eine Wohlthat. Als ein erschreckendes Zeichen der Flucht vom häuslichen Herde kann auch die Ueberhandnahme

der Wirthshäuser, Garfküchen, Fastenküchen, Wurstküchen und Restaurationen aller Art dienen. Im November des Jahres 1867 haben die Nürnberger Wirths eine Vorstellung an die bayerische Kammer gerichtet, es möchte doch das Wirthsge-
werbe nicht freigegeben werden: in Nürnberg träfen ohnehin schon auf 117 Köpfe eine Wirthschaft. Man kann sich daraus einen Begriff vom Nürnberger Familienleben bilden.

Mann, Weib und Kind constituiren die Familie. Zwei Glieder sind durch die geschilderten Zustände bereits der modernen Familie entrissen: die Frau arbeitet in der Fabrik, der Mann ißt und politisirt im Wirthshaus. Denn, um diese Nebenbemerkung hier einzuschalten, auch die Presse trägt zur Auflösung der Familie bei. Sie lockt den Mann in die Oeffentlichkeit, absorbirt sein Interesse für Politik und Agitation und entzieht ihn dadurch der stillen Häuslichkeit und den Freuden und Sorgen des Familienherdes. Nun noch die Kinder! denn diese sind der nächste Zweck und die Blüthenkrone der Familie. Auch dafür ist gesorgt, denn die Fabrik hat sich auch bereits der Kinder bemächtigt, und man hat schon ordentliche Kinderstrikes erlebt. Das allerschlimmste aber sind die Schlafstätten, die der Fabrikbesitzer unentgeltlich den Kindern gewährt. Durch diese wird das Kind fast jeder Verbindung nicht nur mit anderen Altersgenossen, sondern auch mit der eigenen Familie entzogen. Es ist sicher nicht als ein Ersatz zu betrachten, wenn der Brodherr einmal strahlend von der Glorie des milden Gebers eine allgemeine Weihnachtsbescheerung veranstaltet.

Doch, die Schlafstätten der Fabriken sind ein lokales Uebel, ein allgemeines aber ist die Schule. Die moderne Volksschule mit Staatsmonopol und Zwang entreißt der Familie ganz allgemein das Erziehungsrecht zu Gunsten des Staates. Und doch ist gerade dieses Recht es welches der menschlichen Familie ihren Adel verleiht, die menschliche Familie von dem Geniste der Vögel unterscheidet, denn das Zeugungs- und Nährungsrecht inhärrt auch dem letzteren.

Was sollen das für Menschen werden, wenn sie durch die unendliche Dressur-Maschine des modernen Staates hindurchgetrieben sind? Erst Zögling der Bewahranstalt, dann deutscher Schüler, Fortbildungsschüler, Rekrutenschüler, wirklicher Rekrut, Soldat, Reservist, Landwehrmann! Lieber Gott, da getraut man sich noch von bürgerlicher Freiheit zu sprechen! Zweiunddreißig Jahre lang gehört jeder Mensch dem Staat und dann erst der Familie! Und wie soll überhaupt noch von einer Familie die Rede seyn, wenn die Frau in der Fabrik, der Mann im Wirthshaus und das Kind in der Schule sitzt! So rottet man Völker aus, nicht physisch, aber ethisch und culturhistorisch. Zweiunddreißig Jahre lang ist die individuelle Freiheit vom Staate confiscirt; wie weit ist von da an noch nach Sparta — und was für Spartaner sollen daraus werden?

Ich komme zum Schlusse. Mancher Leser hat vielleicht gedacht, ich hätte zu viel bewiesen, also gar nichts. So weit seien wir noch nicht. Allerdings, wir sind noch nicht am Ziel, aber wir sind auf dem besten Wege dazu. Unser furchtbares Zwangsschulsystem hat bisher noch nicht in ungeschwächter Kraft wirken können, weil die Kirche noch schützend dazwischen stand. Laßt aber die Kirche erst verdrängen und seht dann die nächste Generation an! Es ist ganz richtig, die liberale Bourgeoisie will nichts weniger als den Socialismus; aber ich habe es ja schon gesagt: nicht bloß die Logik der Thatfachen, sondern auch die Thatfachen der Logik sind gewaltig. Und auf den Socialismus fährt unser gegenwärtiges Schulsystem mit vollen Segeln los; das glaube ich bewiesen zu haben. Die Einsätze sind gemacht, die Consequenzen werden folgen; wir müssen die Consequenzen vorher aufzeigen, um die Zeit zur Umkehr zu bewegen. Denn: „wenn der Mantel fällt, muß der Herzog nach!“

VI.

Wandereindrücke in und über Tyrol und Oesterreich.

September 1867.

II.

Tyrol und Vorarlberg, dieses wunderbare Land mit seinem im Ganzen so eigenthümlich kernhaften Volke hat zu verschiedenen Zeiten die Aufmerksamkeit in den weitesten Kreisen auf sich gerichtet. Um wie viel mehr aus manchen Gründen heute. Nicht zu gedenken der Kämpfe in vergangenen Jahrhunderten, um von seiner Felsenburg innere und äußere Feinde sei es zu Bewahrung der Glaubenseinheit oder gegen fremde Unterjochung abzuhalten, stünde Tyrol in der Weltgeschichte allein schon groß durch den Heldenthum da, womit es gegen die Zwingherrschaft des „Kanonischen Kaisers“ und der deutschen Vasallen Frankreichs stritt. Wodurch das Land und Volk hiefür nach Verdienst gewürdigt? — In keiner Weise.

Erst die jüngsten Jahre haben manches für Tyrol Glorreiche wieder bei unendlich Vielen einer kaum begreiflichen Vergessenheit entzissen *). Merkwürdiger Weise g

*) Vergl. u. A. Tyrol im J. 1809 von Jos. Rapp, Innsbruck.

aber hiezu nicht verdiente Anerkennung für Land und Volk den ersten Anstoß, sondern umgekehrt der Umstand daß mit frecher Anmaßung und empörendem Eynismus das geschmäht, verlästert und verfolgt wurde, was gerade die Quelle der Siegeskraft des herrlichen Tyrolervolkes und später seines ausdauernden Duldens war.

Welch ein Land und welch ein Volk! Man muß z. B. die neue Brennerbahn befahren, aber nicht nur einmal im brausenden Fluge, sondern wo möglich oft und in kleinen Strecken, um die mannigfaltigen Bilder in sich so aufzunehmen, damit sie nicht allzu schnell entfliehen: hier die großartigste Natur, dort Werke technischer Kunst wobei man staunt, wie menschlicher Verstand alle Hindernisse einer gewaltigen Natur besiegen und diese gleichsam gebändigt sich zu Füßen legen konnte. Ueberall Erinnerungen an die Thaten tyrolischen Löwenmuthes und Edelsinnes! Durch diese Bahn ist Deutschland in unmittelbare Verbindung mit Italien getreten, wodurch die Linie für den großen Weltverkehr von einer unermesslichen Bedeutung wird. Daß die Rückwirkung hievon auf Tyrol und ganz Oesterreich entsprechend seyn müsse und hinreichend beachtet werden sollte, bedarf keines Beweises. Dieser Gegenstand ist indessen zu wichtig, um mehr als eine beiläufige Erwähnung hier zu finden.

Von Innsbruck aus durchfährt man den ersten Tunnel unter dem Iselberg, an den sich der unsterbliche Name Andreas Hofer's und seiner Heldenschaar knüpft. Unzählige weitere Tunnels und Einschnitte durchbrechen die Felsenberge, die sich bald senkrecht erheben, bald in mehr und weniger stumpfen Winkeln aufwärts streben. Hier trennen uns grüne Thäler oder tiefe Schluchten von den in den Hintergrund tretenden Gebirgsriesen mit ihren zackigen Häuptern; dort steigt manchmal ziemlich steil eine mächtige Fläche auf, deren

1852 und die anziehende Schrift: Andreas Hofer's letzter Gefährte von J. M. Hägele. 2. Aufl. Freiburg 1867.

Ende sich dem Auge entzieht, mit Geröll ausgefüllt, das künstlich in länglichen, von Pfählen eingegrenzten Quadraten festgehalten wird, damit es bei Unwetter sich nicht gewaltsam löse und auf den Fahrdamm niederstürze. Hier sieht man auf schwindelnder Höhe einen Punkt über sich, der mittelst einer Steigung von 3 Proc. in schlangenförmigen Halbkreislinien erreicht werden muß; dort blickt man nicht ohne einiges Bangen in Untiefen hinab, die von der Wasserscheide abwärts sich dem Blick erschließen. Nichtsdestoweniger fährt die Lokomotive ungeachtet ihrer dämonischen Schnelligkeit mit Sicherheit an diesen himmelhohen Felsenwänden wie an den Abgründen vorüber, deren Tiefe das Auge nicht ermißt, während die Räder über dem Spurgeleise, an ihrem äußersten Rande zu schweben scheinen. Weit oben auf den Höhen der Thäler, und tief unten auf ihrer Sohle wohnt nun dieses Volk von Tyrol, bald in nicht übermäßig bevölkerten Städten und Märkten, bald in seinen Gehöften, in zerstreut liegenden Wohnungen, einfach meistens noch und glücklich in Bewahrung der Sitte der Väter, voll Lebenslust und Lebenskraft, muthig bis zum Heldenthum, dann wieder gemüthlich und ehrlich treu. Vulpmes mit seinen Eisenschmieden, Steinach mit den heitern Musikhören, der Brenner liegen hinter uns. Da erhebt sich in einem herrlichen Wiesenlande das liebliche Sterzing, mit seinem stattlichen gothischen Thurm, seitdem leider ein Raub der Flammen. Nach verschiedenen Seiten verzweigen sich hier die Thalmündungen; eine derselben führt über den classischen Jaufen nach dem Passenertale, der berühmten Heimath Hofer's. Eine Kapelle bezeichnet die Stelle, wo die Franzosen zu ihrem Rückzug aus Südtirol gezwungen wurden, wie sie vom Jselberge aus im Norden fliehen mußten. Mittenwald, die Franzensveste, in deren Nähe Haspinger der Kapuziner den Marschall „Fieber“ (Vesèvre) an der Laditscher Brücke schlug, endlich Brixen folgen nun. In malerischer Umgebung steigen die Thürme der modernen Kirche neben der fürstbischöflichen Residenz und

zierlichen Gebäuden auf. Bald zeigt sich das Nonnenkloster Seeben über hoher steilabfallender Felsenwand. Das Auge entdeckt daran ein colossales Crucifixbild in Fresko, zum Gedächtniß jener Nonne welche der Schmach vor französischen Kriegern entfliehend den Tod hier in der Tiefe fand. Jeder Schritt bezeichnet irgend eine historische Erinnerung; so Clausen mit seinem Kapuzinerkloster und herrlicher Fernsicht. Die Eisak trieb heute ihre schäumenden höher als zu dem Fahr-
damm aufsteigenden Wellen mit ungewöhnlicher Hast der Eiskügel entgegen, und verlieh dem Thale einen eigenthümlichen, beinahe schauerlichen Reiz. Colman nächst dem Grödnert-
thale mit seinen berühmten Dolomiten, Abzwang fliegen an uns vorüber und vor uns liegt das von seinen Porphyr-
tegeln und hinter ihnen noch höher aufsteigenden Bergen um-
fränzte Bozen in voller Pracht. Die Weinberge sind mit ihrer köstlichen blauen und weißen Frucht in großen Rangen schwer behangen, über den grünen Auen welche die rau-
schende Eisak durchsprudelt, und der Stadt mit ihren schönen Kirchen und stattlichen Herrnsitzen, steigt stufenweise eine mit Gebäuden aller Art übersäete Hügelreihe auf, über wel-
chen die mit frischem Schneelicht gepuderten hohen Firnen im Schimmer der scheidenden Sonne glühen.

Ging für uns hier die Bahnfahrt zu Ende, so wollten wir doch aus Tyrol nicht scheiden ohne Kaltern und Meran besucht zu haben. Plötzlich eingetretenes Unwetter störte leider die Ausführung des ganzen Reiseplanes. In dem schön gelegenen Kloster Gries unweit Bozen fand der würdige Abt von Muri Adalbert Regli eine neue Heimath, nachdem die Schweiz als Vorkämpferin der neuesten Geschichte, jede Toleranz verhöhrend, Bundesverfassung und Treue der Verträge un-
gestraft an den Katholiken brechen durfte und fortwährend bricht. Von Gries aus steigt die Straße allmählig gegen St. Paul, einem ausgedehnten Kirchspiele mit einem über-
raschend schönen Gotteshause an. Die sinnige, wahrhaft großartige Wiederherstellung dieser Kirche ist das Werk schö-

pferischen Geistes und der aufopfernden Thatkraft des Pfarrers Augustin von Giovanelli. Ein würdiger Sohn jenes trefflichen Joseph von G., welchem sein inniger Freund, der alte Görres ein so rührendes Denkmal gesetzt hat *), und jüngern Zeitgenossen und Mittheilnehmers an Tyrols kriegerischen und spätern Geisteskämpfen, bei dessen Erinnerung so viele katholische Herzen freudig und dankbar schlagen. Die Aussaat jener ehrenwerthen Männer war nicht unfruchtbar: der edle, leider früh verblichene Karl von Zallinger in Bozen z. B. folgte mit Andern der gleichen Spur. Immer füllen sich die Reihen würdig wieder an der Stelle Jener die vollendet haben. In Kaltern, wo der Blick ein weites reiches Thal beherrscht, befindet sich wie bekannt Maria von Mörl in einem Zustande welchen die „Wissenschaft“ für sich allein bisher nicht zu ergründen vermochte. Sie leidet und betet für ihr theures Tyrol, für das Kaiserhaus, für die Kirche. Ich hörte die Worte äußern, sie sei ein sichtbarer Schutzengel ihrem Vaterlande dessen einheitlichen Glauben ihr Gebet erfliehen helfe. Die Oberflächlichkeit wie der Haß der radicalen Schule läugnen oft Thatfachen die sie nicht zu entstellen oder todt zu schweigen vermögen. Sie bespötteln die ekstatischen Zustände alter Heiligen; an Maria von Mörl hat man sich meines Wissens noch nicht gewagt.

Von Innsbruck bis Kaltern hatte sich Eine gastfreie Hand für uns der andern angeschlossen. Gestern noch unbekannt und fremd, schieden wir heute wie von Brüdern und gleich gestimmten Freunden, deren theuerste Empfindungen man kennt und theilt ehe sie noch kundgegeben sind.

Wohlthuende Erinnerungen haben mich von meinem ursprünglichen Plane weit abgeführt. Darf man sich indessen wundern, wenn bei meinen „Wanderungen“ ich mir wieder-

*) Vergl. Histor.-polit. Blätter 20. Bd. S. 193.

holt die Frage stellte: Warum wird das Land Tyrol und dessen Volk nicht nach Gebühr gewürdigt?

Diese Frage ist sicher einer nähern Beachtung werth, kann ihre Lösung aber nur im Zusammenhange mit den großen Weltereignissen und der daraus hervorgegangenen Umgestaltung der Zeiten finden.

Eine ganz eigenthümliche Erscheinung thut in der Weltgeschichte dar, wie das Haus Habsburg = Lothringen in den dreihundertjährigen Kämpfen um Seyn oder Nichtseyn nicht nur nicht unterlag, sondern oft sogar schon an dem Rande gänzlichen Unterganges nach wenigen Jahren seine Kräfte gleich einem jugendlichen Adler sich verjüngen sah. Eine Thatfache der Art war ohne die treueste Hingebung der Völker Habsburgs gar nicht denkbar, und diese Hingebung war auch überschwänglich, besonders in Tyrol. Um so mehr muß die weitere Thatfache überraschen, daß in diesem langen Lauf der Zeiten, mochten Oesterreichs Riesenschlachten siegreich seyn oder nicht, der zeitweise Abschluß regelmäßig seinen zahlreichen Völkerstämmen eine Verminderung ihres guten Rechts und ihrer Freiheiten brachte. So war es früher nicht! Der Unterschied der Weltepochen liegt klar zu Tage und prägt sich in scharfen Zügen aus.

Noch Herzog Friedrich IV. von Tyrol z. B., durch seine Parteinahme für Papst Johann XXIII. ein Züchtling, gebannt, geächtet, seiner Herrschaften und Güter zum großen Theil für immer beraubt, so tief erniedrigt daß ihm der eigene Bruder Ernst den Spottnamen „Friedel mit der leeren Tasche“ anhängt, wirft seinem treuen Tyrol sich in die Arme. Er beginnt aber nicht damit die Freiheiten seines Landes zu beschränken, sondern auszudehnen, damit er ihrer Treue und Hülfe um so sicherer ist. Friedrich IV. fügt den beiden freien Landschaftsständen der Geistlichkeit und des Adels die „gemeinen“ Stände der Stadtbürger und der Bauern mit ihren Gerichten bei, stellt sie den Ersten gleich, verbürgt Recht und Freiheit Allen, findet reiche Unterstützung, besiegt mit

Zähigkeit und Klugheit vielfachen und langen Widerstand; er regiert nach den ihm so unheilvollen Constanzer Tagen noch mehr als 20 Jahre, um endlich (1439) hochgeachtet, ruhig und reich zu sterben, wovon das berühmte „goldne Dachl“ in Innsbruck Zeugniß geben sollte und noch heute gibt.

So damals. Wie seitdem? Sobald das Zeitalter der sogenannten Reformation eintritt, büßen Oesterreichs und auch andere Völker jede That muthiger Treue mit neuen Verlusten auch an Freiheiten und Rechten. Kaum hatte K. Ferdinand I. die sittlichen und materiellen Schäden der kirchlichen Revolutionskriege mühsam in den Erblanden zu heilen getrachtet, so zerstörte K. Maximilian II. einen Theil der väterlichen Schöpfungen wieder. Unglücklicher Weise fiel sein Regierungsantritt (1564) mit dem kaum vollendeten Abschlusse des Conciliums von Trient zusammen. Anstatt diese große, wahrhaft reformatorische That im Interesse kirchlicher Einheit durchzuführen, stellte der Kaiser sich ihr feindlich gegenüber, in der Meinung auch dem Protestantismus gerecht zu werden. Er sah noch nicht ein, daß die neue Lehre nie aufhören werde jede der katholischen Kirche und Katholiken zuerkannte Gerechtigkeit als eine an ihm, dem Protestantismus verübte Ungerechtigkeit zu betrachten, obgleich der Kaiser mit eigenen Augen wahrnehmen konnte, wie das berühmte *cujus regio ejus et religio* von den protestantischen Territorialgebietsen allenthalben, wahrlich nicht zum Heile der Völker gehandhabt wurde.

Die Früchte dieser Saat reiften in den unheilvollen Tagen seiner Söhne Rudolf II. und Mathias von Böhmen aus, wo der großen Glaubenspaltung die scheußlichen Hussitenkriege als blutiges Vorspiel vorangegangen waren. Erzherzog Karl, Maximilians Bruder, Herr in Steiermark und Tyrol, hatte mit mehr Einsicht den innern Feind in seinen Landen abgewehrt. Sein Sohn Ferdinand II. und der Enkel Ferdinand III. bestanden mit der zähen Ausdauer ihres Stammes unerschütterlich die Deutschland in seinem tiefsten Grunde

erschütternden Ereignisse des 30jährigen Krieges. Unter beispiellosen Anfeindungen von innen und von außen hält Leopold I. muthvoll im Kampfe wie im Dulden an den Traditionen seines Hauses fest und seine letzten Lebensjahre umgeben dafür wunderbare Siege. Die Söhne Joseph I. und Karl VI. weichen aber wieder von diesen Traditionen ab, verletzen vielfach die Treue der Verträge und das Recht, und bereiten damit unter der trügerischen Hülle kurzer Friedensstage die Stürme einer nahen Zukunft vor.

Es brechen die Tage der Maria Theresia und ihres Sohnes Joseph II. an. Jene herrliche Frau, ein Musterbild für alle Zeiten als Gattin, Mutter, Kaiserin, groß und stark wie ein Mann und Held, wehrt dem Untergange ihres Hauses, der nicht mehr abzuwenden scheint; sie ist fromm, voll Rechtsgefühl und klaren Geistes — nichtsdestoweniger beginnt unter ihr der große Angriff auf alle Freiheiten ihrer Völker. Auch Joseph II., wenn schon voll ungezügelter Ruhm- und Thatensucht, glüht aufrichtig für seines Volkes Wohl das seine edle, von Illuminaten aber gegängelte, fanatisirte und schmähsch mißbrauchte Seele mit leidenschaftlicher, sich fast verzehrender Liebe umfaßt. Allein es war nicht jene höhere Liebe, welche das Geschöpf um des Schöpfers willen und vorzugsweise seine Seele liebt. K. Joseph wollte seine Völker zunächst irdisch nach den Stimmungen des eigenen Gemüthes und sogenannten Humanitätsrückichten gegen ihre Neigungen und Wünsche gewaltsam beglücken. Hierzu kam noch, daß der Kaiser von den Erfolgen für welche König Friedrich II. seine Völker ausjog, verführt nach solchen materiellen Errungenschaften ebenfalls gelüstete, und mit überhafter Hitze den gleichen Weg unitarischer, staatlich absoluter Gewalt verfolgte. Er übersah, daß bloßes Einreißen noch kein Schaffen, Wühlen und Verwüsten keine Aussaat, unbedingtes Gleichmachen nicht der Weg zu der Völker Wohlfahrt und Freiheit ist, hingegen unfehlbar zur Spaltung in Parteien und zur Knechtschaft führt.

Es kochte in K. Josephs Seele ein ungestümes Verlangen mit allem Bestehenden zu brechen, Alles in Staat und Leben nach seinem von den sogenannten philosophischen Ideen der Zeit inspirirten subjektiven Ermessen willkürlich neu zu schaffen. Kein Talent wie Friedrich, und ohne dessen menschenverachtendes kaltes Egoistenherz, konnten die Erfolge beider despotischen Herrscher auch nur sehr verschieden seyn. Als nunmehr Josephs große Mutter am 29. November 1780 gestorben war, kam das längst entworfene, bisher nur unvollkommen eingeleitete und mühsam zurückgehaltene System zum vollen Durchbruch. Von 1781 an öffneten sich die Schleußen einer Gesetzgebungsfluth, wie sie bis dahin kaum je über Staaten und Völker sich ergossen hat. Heute freilich steht dieß überall in voller Blüthe! Dem Phantome eines einheitlichen, schrankenlos mächtigen Staates nach außen wie nach innen wurden die Institutionen so vieler biedern Völker in allen Kronländern der Monarchie mit einer frevelnden Vermeßtheit und zugleich einer Kleinlichkeit aufgeopfert, wie die römische Kaisergeschichte kaum ein Beispiel kennt. Nichts war so hoch in Staat und Kirche, nichts noch so unbedeutend, woran die zerstörende Hand sich nicht versuchte. Der alte katholische Glaube, katholische Sitten und Gebräuche, ganze und beschworene Landesverfassungen, Körperschaften, Handwerksinnungen, Rechtspflege, Sprache: Alles dieses entging den wie Hagel rasch aufeinander folgenden Hammerschlägen der Gesetzgebung nicht*). Die Kirche und ihre

*) Im J. 1847, also kurz vor dem officiellen Bankrott des Josephinischen Regiments welchen die Wiener Aula constatirte, erschien das Handbuch der k. k. Verordnungen über geistliche Angelegenheiten des österreich. Kaiserstaats von Nleder in Lexikonformat und füllt, obschon es nicht viel mehr als selbst ein Repertorium ist, 584 Druckseiten. Der „frei“ machende josephinische Geist drang in die einfachsten liturgischen und gottesdienstlichen Einrichtungen jeder Art mit einer oft tollen Willkür ein. Der uniforme Großstaat konnte es z. B. natürlich nicht dulden, daß auf allen Altären des Reiches mehr als die

Diener, der Adel, die Städte mit ihren gegliederten politischen und gewerblichen Genossenschaften, die Landgemeinden mit ihren freien Gerichten wie z. B. in Tyrol, und wo nur immer eine noch so kleine Eigenthümlichkeit sich kundgab, Alles unterlag dem Ebenmaß einer in ihren rastlosen Anstrengungen wahrhaft anzustauenden Gesetzesarbeit. Eine abstrakte allgemeine Freiheit, die Emancipation der sinnlichen Natur des Menschen von dem Zwange des Sittengebotes trat an die Stelle wirklicher Freiheit, und über Alles gebot eine in solcher Ausdehnung nicht gekannte despotische Gewalt. Der protestantische Begriff absoluter Territorialherrschaft erhielt damit in Oesterreich eine Anwendung, wie man sie in protestantischen Gebieten selbst nicht kannte. Man bemühte sich sogar den letzten Schein abzustreifen, als sei eine andere als die von oben befohlene Religion dem Volke mehr gestattet, als sei die freie Bewegung von ganzen Körperschaften wie Einzelner auch nur denkbar ohne die mitwirkende, bald erlaubende, bald verbietende, stets aber nach Willkür Alles leitende und befehlende Polizei. Leise und langsam bewegte sich auf den polizeilichen Stelzen Oesterreichs Staatsmaschine, den Sinn der Völker entnervend und verderbend fort, und dadurch wurden Uebelstände erzeugt, wie der Protestantismus für sich allein sie nie zu schaffen vermochte.

Das allumfassende Staatsinstitut der Polizei nahm unter dem aufgeklärten Sonnensfels die erste Stelle in den staatlichen „Wissenschaften“ wie im bürgerlichen Leben ein. Um eine Wirksamkeit von solchem colossalen Umfang auszuüben, bedurfte es aber der Mithülfe einer unendlichen Menge von Werkzeugen. Ein ganzes Heer von hohen Beamten und niedern Angestellten, officiellen und geheimen, wurde daher erfordert, um allen Anforderungen und Zwecken der Polizei-

„gesetzlich“ bestimmte gleiche Anzahl Kerzen brannten. König Friedrich, das von K. Joseph durchaus mißverstandene Vorbild, ließ daher auch dem Spotte über seinen „Bruder Sakristan“ vollen Lauf.

Wissenschaft in der Theorie und Praxis gerecht zu werden. Da sollten vor Allem auf jede Weise die Aufklärung befördert, alte „Mißbräuche“ beseitigt, jeder „Geisteszwang“ d. h. der Einfluß der Kirche auf das Volk abgeschafft werden. Dann galt es wieder die Vermehrung der Population mit besonderer Pflege der unehelichen Kinder und Findlinge zu betreiben, und eine nicht aufzählbare Menge von Gegenständen die mit dem Lichte der neuaufgehenden Staatswohlfahrt in Verbindung standen, durchzuführen. Damit aber Niemand versucht werden möchte, sich der kirchlichen wie der politischen Orthodorie zu entziehen, gab es ein weiteres bezahltes Heer von Aufpassern, um jede Polizeiwidrigkeit deren es auf allen Schritten und Tritten unzählige geben konnte und nothwendig gab, sofort zur Anzeige und Strafe zu bringen. Eine Fluth von Blättern und Flugschriften sekundirte eifrigst in diesem Aufklärungstreben den kaiserlichen Behörden und zog nebenbei Alles was dem Volke ehrwürdig und heilig war, tagtäglich in einer heute nicht übertroffenen Weise in den Roth. Das Gegenwort ward aber polizeilich unterdrückt.

Dieses Alles genügte nicht. Als die geeignetsten und bequemsten Werkzeuge zur Durchführung der josephinischen „Reformen“ wurden die Pfarr- und Curatgeistlichen erkannt und sofort dazu verwendet. Wo man das Volksgefühl durch Gesetze und Verordnungen verletzt glaubte, wo man Unzufriedenheit über die Beeinträchtigung in so vielen dem Volke liebgewordenen Gebräuchen und Gewohnheiten besorgte, rief man den Klerus bei Strafvermeidung polizeilich zu Hülfe. Es lag ihm nicht nur ob alle Staatsgesetze von der Kanzel zu verkünden, wenn es verlangt wurde, es ward ihm auch befohlen alles Unliebame, was in den Maßregeln der Regierung lag, dem Volke in seinen Predigten mundgerecht zu machen.

Die sogenannten Toleranzgesetze z. B. waren in der Praxis nichts Anderes als eine schreiende Intoleranz gegen

die katholische Kirche. Sie empfahlen nicht sowohl Schonung und Liebe gegen die Irrenden, was die Religion der Liebe seit 1700 Jahren nie aufgehört hatte ihren Gläubigen als Gewissenspflicht aufzulegen, sondern eigentlich und thatsächlich sollte diese Schonung und Liebe dem zum modernen Heidenthum sich sichtlich entwickelnden Irrthume selbst zugewendet werden. Schon war der Vernichtungskrieg gegen das Heiligthum, die Lehre, gegen alle Institutionen der katholischen Kirche in vollem Zuge, ihre Freiheit und ihr Gottesdienst, ihre Liebesthätigkeit gehemmt, da sollte aus „Toleranz“ dieses Alles ohne Widerspruch hingenommen, der Irrthum nicht etwa der Wahrheit gleich, sondern über diese letztere gestellt, Gleichgültigkeit gegen den Unterschied zwischen Glauben und Unglauben, Tugend und Laster in die Herzen gepflanzt werden. Diese Toleranzgesetze mußten Priester auf katholischen Kanzeln rühmen und rechtfertigen. Wurden die Verfassungen der Kronländer zertrümmert, Klöster, Schulen, Stiftungen, Körperschaften aller Art gewaltsam aufgehoben, das christliche Element aus Universitäten wie aus Dorfschulen systematisch verdrängt, sollte Katechismen und Schulbüchern aller Art der empfehlende Stempel der nivellirenden rationalistischen Staatsreligion aufgedrückt werden, so bediente man sich hiezu, wenn immer möglich, des geweihten Priester Mundes zur „Belehrung“ und Beschwichtigung des gläubigen Volkes. Deßgleichen wenn es galt, den Sackel des allgemeinen Armeninstituts zu füllen, zu dessen Gründung man verschiedene Specialfonds geplündert hatte, oder an die Stelle der volksthümlichen, namentlich der von dem Staatshasse besonders verfolgten Marianischen Bruderschaften die polizeilich allein gestattete Bruderschaft der „thätigen Liebe des Nächsten“ mit polizeilich zu beschränkender „gesetzlicher“ Anzahl ihrer Mitglieder zu empfehlen. Gegen Wallfahrten, Prozessionen, viele kirchlichen Gebräuche, Segnungen u. s. w., im Allgemeinen gegen „Aberglauben“ mußte vorzüglich von den Kanzeln gedonnert werden.

Diese Polizeidienste der Kirche rief man aber auch noch zu andern rein weltlichen Zwecken an. Die z. B. besonders in Tyrol so verhaßte Conscription mußte gerechtfertigt, gegen Schmuggel, auch zu Gunsten der Kuhpockenimpfung, diätetischer Lebensregeln gepredigt werden. Und dergleichen. Wie tief mußte die Würde des Priesterthums unter einer solchen Erniedrigung sinken; welches Vertrauen konnte dasselbe noch dem Volke einflößen! Es schlug damit die Geburtsstunde theils jener Gleichgültigkeit gegen alles Höhere, theils des entschiedenen Hasses und so großen innern Abfalles von der Kirche Gottes!

Die sogenannte Philosophie des Jahrhunderts hatte in Verbindung mit der durch sie genährten und befürworteten Genußsucht die höhern Stände vielfach der Kirche längst entfremdet. Ist es unter solchen Umständen nicht wunderbar, daß die ungeheure Mehrheit, namentlich des Landvolkes, einen kräftigen Glaubenskern in sich bis heute noch bewahren konnte? Hierin liegt ein ganz eclatanter Beweis für die Göttlichkeit des Christenthums und die Unverwüstlichkeit des christlichen Volksgeistes. Unter einem Episcopate wie heute wären jene Zustände eine Unmöglichkeit gewesen!

Die Josephinische Thätigkeit setzte sich aber noch weitere Ziele. Jeder despotischen Gewalt ist es eigenthümlich, an dem Mittelpunkte der christlichen Einheit, an Rom sich zu vergreifen. So auch hier. Die vertragsmäßigen Rechte, Reservate u. s. w. wurden dem hl. Stuhle einseitig entzogen, der Verkehr, der Bischöfe sogar, mit dem Papste durfte nur noch durch die k. k. Behörden stattfinden, die Veröffentlichung aller Bullen unterlag dem staatlichen Placet. Ehe- und andere Dispensen welche nach dem kanonischen Rechte dem Papste zustanden, wurden entweder ganz verworfen oder den Bischöfen ward befohlen aus eigener Machtvollkommenheit in allen Fällen zu dispensiren. Gemischte Ehen mußten bedingungslos, getrennte Eheleute auf Verlangen mit An-

tern getraut, also der unauflösbare sakramentale Charakter der Ehe verleugnet werden.

Ein so gewaltiger Sturm auf das ganze Wesen und den Bestand der katholischen Kirche mußte die Hirtenpflege Pius VI. auf das äußerste in Anspruch nehmen. Nachdem alle Ermahnungen, Vorstellungen und Bitten vergebens waren, entschloß sich der Papst gegen den Rath vieler Cardinäle zu einer persönlichen Reise nach Wien. K. Joseph nahm ihn mit allen Zeichen äußerer Ehrerbietung, aber von solcher Kälte begleitet auf, daß P. Pius bald die Erfolglosigkeit seiner Bemühungen erkannte und nach wenigen Wochen den Rückweg antrat. Ohne Wirkung blieb indessen die Reise des „apostolischen Wanderers“ nicht; sie hatte einen ungeheuren Eindruck hervorgerufen und die katholischen Völker mit Begeisterung für ihn erfüllt. Auch für den Kaiser welchem gegenüber der Papst eine herbe Hirtenpflicht ausübte, war deren Rückwirkung nicht verloren, was die letzten Augenblicke seines Lebens offenbarten *).

In dem noch so jungen, zudem von dem betäubenden Jubelrufe aller prinzipiellen Feinde Oesterreichs unterstützten Treiben, das den Kaiser immer weiter vorwärts drängte,

*) Der bekannte Abbé Georgel, längere Zeit unter der Kaiserin M. Theresia und K. Joseph der französischen Botschaft in Wien zugetheilt, macht hierüber in der nach seinem Tode erschienenen „Reise nach St. Petersburg 1799 und 1800“ S. 70 ff. nachstehende bemerkenswerthe Mittheilung: „Als Pius VI. ihn (den Kaiser Joseph) verließ, sagte er ihm: Ich könnte und sollte vielleicht von der Schlüsselgewalt gegen Ihre sträflichen Eingriffe Gebrauch machen; allein Gott selbst wird seine Kirche rächen. Er wird Ihnen in der Mitte Ihrer Laufbahn Einhalt thun; ein frühzeitiger Tod erwartet Sie. Ich stehe die Güte Gottes an, daß Ihre Augen sich öffnen und Sie nur gestraft werden um Ihre Seele zu retten. — Der Ausgang hat diese Voraussagung bestätigt. Ich vernahm die Thatfache aus guter Quelle und die geheimen Archive des Vatikans dürften dieselben einstens zu Tage fördern.“

mußten die bestgemeinten Mahnungen verhallen. Der Rückschlag ließ indessen nicht lange auf sich warten. Die Unzufriedenheit in allen Landestheilen nahm immer ernstere Proportionen an. Die gewaltsame Aufhebung der Verfassungen von Ungarn, Siebenbürgen und Tyrol, der „joyeuse entrée“, der belgischen Constitution riefen, besonders in dem letztgenannten Lande, eine furchtbare Aufregung hervor. K. Joseph hatte u. A. alle bischöflichen Priesterseminarien aufgehoben, um einen mit seinen kirchlichen Neuerungen übereinstimmenden, staatspolizeilich geschulten Klerus heranzubilden. Man hat diese Häuser mit Kasernen ohne deren Zucht verglichen. Nirgends war diese Einrichtung auf heftigern Widerstand gestoßen als in Belgien: viermal wurde das große Seminar in Löwen von dem Volke gestürmt und eben so oft seine Wiedereröffnung ertroßt, worauf es zu Asche verbrannt wurde. Die Presse welche man in den deutschen Ländern mit aller Strenge überwachte, ließ sich in Belgien aller Versuche ungeachtet nicht ganz zum Schweigen bringen *). Man war so weit gegangen, den päpstlichen Nuntius aus Brüssel zu verweisen, weil er ohne polizeiliche Erlaubniß einige Exemplare eines Breve verbreitet hatte das gegen eine Schmähschrift: „Was ist der Papst?“ gerichtet war. Ungestraft hingegen ließ man alle Angriffe auf Religion und Sitte, auf kirchliche Anstalten, auf Personen und deren bürgerliche wie häusliche Ehre hingehen.

Aber auch von außen her sah sich nunmehr K. Joseph von allen Seiten bedroht. Eine ganze Reihe theils vollbrachter theils drohender Willkürlichkeiten und Rechtsverletzungen lenkten die Aufmerksamkeit aller Staaten auf seine unerhörte und

*) Ein ungewöhnliches Aufsehen erregte unter Anderm die kleine Schrift: Einhundert und zwei und fünfzig Absurditäten aus den Edikten, Erdonnangen und Grundsätzen der Gesetzgebung, welche unter dem Namen Joseph II. seit seiner Thronbesteigung erschienen sind. Vgl. Theiner: Cardinal v. Frankenberg S. 199 f.

stolzige Eigenwilligkeit *). K. Joseph welcher den eigen-
thümlichen Geist seiner Völker weder begriff noch schonte,

*) Johannes Müller gibt in seiner Darstellung des Fürstenbundes IV. Buch Cap. 2 folgende Zusammenstellung der leitenden Grundsätze der österreichischen Staatskanzlei, wie sie in Manifesten und Schreiben an verschiedene Höfe aufgestellt worden sind, was in gegenwärtiger Zeitlage von Interesse seyn dürfte in Erinnerung zu bringen: „Man müsse Verträge halten, so lange die Machtverhältnisse dieselben bleiben; wenn die sich ändern, wenn einer der contrahirenden Theile schwach geworden, so sei der andere zu nichts mehr verbunden.“ Der Historiker fügt bei: Als wollte man sagen: Traktate seien gut um Einfältige einzuschläfern, bis der Mächtige seine Kräfte hergestellt habe. Die Praxis dieser Grundsätze ist nicht unerhört; ihre öffentliche Bekenntniß gehört unter die Vortheile, welche unser Jahrhundert seiner ungezwungenen Philosophie schuldig ist.

Die Instruktion, oder was immer, fährt fort: „Jene slavische Anhänglichkeit unwissender Völker an abgezwungene Traktaten, die ein Priestertum heiligte, ist wie jene Anhänglichkeit undenkender Menschen an veraltete mangelhafte Landesverfassungen, und wie das kleinstädtische Vorurtheil für den Ort wo man geboren ist, unserer höhern Begriffe nicht würdig. Patriotismus ist Selbstsucht. Es falle der Staat, welcher sich nicht weiß zu erhalten; ein aufgeklärter Mann ist Kosmopolit. Es ist eine Verbrüderung der Guten und Edlen die unsichtbar und wirksam, gleich der elektrischen Materie, die Masse der Nationen durchdringt; es ist eine Regierung der Meister des Wissens die, alles leitend und unzugänglich wie die olympischen Götter, Senaten und Fürsten, die nicht selbst Weise werden, das Gegengewicht hält. Hier ist Freiheit. In Republiken müssen sich statt Eines Herrn zweihundert. Kleine Fürsten haben eine erkünstelte, unnatürliche, ängstliche Macht. Besser wo von Weisen umringt, Einer regiert. Er wird Freiheit gestatten — wen sollte er fürchten? und Menschenglückseligkeit schaffen, weil er es kann. Die Friedensschlüsse sind das Werk augenblicklicher Noth. Nur das Gesetz des Wohls vom Ganzen ist ewig, unveränderlich, imprescriptibel. Sollte die Schwäche der Vorfahren binden? Die Auslegung und Anwendung ist dessen, dem Gott gab der Gewaltigste zu seyn.“

In diesem Geiste äußerte sich Fürst Kaunitz: „es sind keine

und sie nicht zu regieren verstand, war dessenungeachtet von einer unersättlichen Begierde erfüllt, seinen Länderbesitz auszu dehnen oder wenigstens zu arrondiren. Seinem Drängen hatte Maria Theresia, ihrer schlimmen Ahnungen ungeachtet, in das Danaergeschenk Galiziens eingewilligt. Unzufrieden mit den Resultaten des Teichener Friedens von 1779, nach dem bayerischen Erbfolgekrieg mit Preußen, leitete K. Joseph eine geheime Unterhandlung mit Karl Theodor von Pfalz-Sulzbach ein, der erst zur Kurwürde und 1777 nach dem Erlöschen der bayerischen Hauptlinie zur Erbfolge auch in Bayern berufen worden war. Der neue Kurfürst sollte das Herzogthum Bayern, die obere Pfalz, die Fürstenthümer Neuburg und Sulzbach und die Landgrafschaft Leuchtenberg gegen den österreichischen Antheil der Niederlande mit dem Titel eines Königs von Burgund austauschen. Der Plan scheiterte an der entschiedenen Weigerung des nächsten An erben Karl von Pfalz-Zweibrücken-Birkenfeld, des spätern König Max I. von Bayern Bruder, der sich sofort an König Friedrich II. um thatkräftige Unterstützung wendete. Sobald aber die Sache ruchbar wurde, rief sie eine tiefe Erbitterung allenthalben, besonders aber in dem seinem Fürstenhaus traditionell ungemein anhänglichen bayerischen Volke hervor, und steigerte nachhaltig dessen schon lang genährten Haß gegen Oesterreich.

In der Darstellung des Fürstenbundes sind von Johannes Müller noch viele andere Eingriffe des K. Joseph

barrières mehr (Anspielung auf den Vertrag les barrières von 1700, welcher Oesterreich bei Uebernahme der spanischen Niederlande einige lästige Bedingungen auferlegt hatte) der Kaiser will nichts mehr davon hören, die Verträge sind nichts mehr."

Wer Andern solche staatlichen Sittenlehren ertheilt, muß gewärtig seyn, daß man sie in gleicher Weise auch auf ihn anwende. Wie steht es dann aber um die Ruhe und das Wohl der Völker?

nach allen Seiten angeführt, deren Gesamtgewicht (1785) zu eben diesem Fürstenbunde führte, welcher den Lebensabend Friedrichs II. zum entschiedenen Nachtheil Oesterreichs mit neuer politischen Glorie umgab. Der von K. Joseph Anfangs mit Glück geführte Krieg gegen die Türkei (1788) rief in Folge seiner machiavellistischen Politik ein Bündniß Preußens mit der Pforte hervor und zwang den Kaiser zur Theilung seiner Kriegsmacht. Damit war gleichsam das Signal zum Ausbruch eines lange zurückgehaltenen Unwillens in allen Kronländern gegeben. In Ungarn, Siebenbürgen, Tyrol drohte stündlich offener Aufruhr, in Belgien loderte die Flamme der Revolution hell auf. Der Kaiser, krank, beßürzt und hülflos, wendet sich an eben diesen P. Pius, den er so schwer verletzt und gekränkt hatte — um Vermittlung. Unterm 13. Januar 1790 richtet in der That der heilige Vater ein überaus zutreffendes Schreiben an den Cardinal von Frankenberg, das Hauptziel der kaiserlichen Verfolgung, und den belgischen Episcopat. Schon war es zu spät. Am 11. Januar hatte man K. Joseph der Rechte auf Belgien für verlustig erklärt, und das Land blieb verloren für Oesterreich.

Dieser Schlag traf des Kaisers Herz. „Ihr Vaterland hat mich getödtet“, stammelte er sterbend zu dem Fürsten von Ligne *). Sein Sterbelager umstanden Abgeordnete aus Ungarn, Siebenbürgen, Tyrol, aus allen Ländern der Monarchie. Dem frühern Strome der Gesetzgebung begegnet hier ein Gegenstrom zahlloser Beschwerden. Der Kaiser sagt die Wiederherstellung der Verfassungen in Ungarn, Siebenbürgen und Belgien, die Abhülfe der Beschwerden in Tyrol und in den andern Kronländern zu.

Welch bittere Enttäuschung am Ende einer kurzen Lebensbahn! Statt der Segnungen seiner Völker, auf die er hoffte, traf ihn ihr Fluch! Statt des Weihrauches, womit bei dem

*) Theiner a. a. O. S. 215.

Beginne seiner Herrschaft ihn falsche Freunde überschüttet hatten, fiel auf ihn ihr Hohn. Vor seinem brechenden Aufstiege sah er das Luftgebilde seiner stolzen Hoffnungen und Pläne erbarmungslos zerrinnen!

Aber der Geist seiner Reformen starb mit Kaiser Joseph nicht. Erst unsern Tagen war es vorbehalten den Protestantismus, wie er sich, wenn auch nicht dem Namen nach, wohl aber in einer um so gefährlicheren Form des sogenannten Josephinismus in Oesterreich entwickelt hatte, auch dort sich ausleben zu sehen. Seinen faktischen Bestand sichert nur rücksichtslose Gewalt. Daraus erklärt sich auch, warum der josephinische Geist der Unfreiheit den freien Geist des Tyroler Landes und Volkes nie würdigen konnte, so wenig als das freie Volk Tyrols je den josephinischen Geist erfassen wird.

VII.

Lage und Aussichten in Frankreich.

(Von der deutsch-französischen Grenze.)

Eben hatte ich meinen frühern Artikel unter obigem Titel abgesandt, als man mir eine Nummer des kleinen Moniteur (30. Oktober) zeigte, worin eine Bestätigung der napoleonischen Politik zu Grunde liegenden Gedanken offen daliegt.

Diese Nummer enthält nämlich eine Wochenrundschau über die letzten politischen Ereignisse, namentlich diejenigen welche Italien betreffen. Die Bildung des Ministeriums Menabrea wird als eine Bürgschaft des Autoritätsprincip

und der Beobachtung der internationalen Verträge dargestellt. Die italische Regierung und Viktor Emmanuel können und dürfen nicht dulden, daß sich Personen ohne Mandat das Recht über Frieden und Krieg anmaßen und anarchische Versuche machen. Diese Personen, also Garibaldi und seine Spießgesellen, welche soeben in die päpstlichen Staaten als Nordbrenner eingefallen, dürfen sich nicht unterstehen die Regierung an der Erfüllung freiwillig eingegangener Verpflichtungen (Convention vom 15. September) zu hindern. Nach diesen Anschauungen wird der auf Italien geübte Druck erklärt. „Der Zweck der kaiserlichen Entschliefungen, sagt der kleine Moniteur, ist das ungerregelte Vorgehen (*la marche désordonnée*) gefährlicher Revolutionäre aufzuhalten. Das Land erwartet daß die gegenwärtige Prüfung nur zur Befestigung des Friedens dienen wird, indem durch dieselbe die Gewaltthaten verhindert werden, denen man die Interessen der Civilisation nicht ohne Schimpf und ohne Gefahr preisgeben konnte.“

Hier haben Sie die ganze kaiserliche Politik bloß gelegt. Napoleon verhinderte den Räuberzug Garibaldi's auf Rom nur deshalb, weil er darin ein „ungerregtes Vorgehen gefährlicher Revolutionäre“ erblickte. Die dadurch Italien auferlegte „Prüfung“ soll nur zur Befestigung des Friedens, d. h. des geregelten Gangs der ungefährlichen oder disciplinirten Revolution dienen. Man setzt den Garibaldi'schen Schandtthaten ein Ziel weil man solchen Händen nicht länger noch die „Interessen der Civilisation ohne Gefahr und ohne Beschimpfung Frankreichs überlassen kann.“ Also Garibaldi ist nicht Alles ein Vertreter der modernen Civilisation, dem man höchstens eine zu ungerregte Ausbreitung der modernen Ideen ohne vorherige Bewilligung Frankreichs vorwerfen kann. Hätte er sich vorher die kaiserliche Erlaubniß ausgebeten, sich von Napoleon eine Mission und Mandat ertheilen lassen, dann hätte die französische Regierung nichts gegen sein Beginnen einzuwenden gehabt. Im Grunde genommen handelt es sich

zwischen Napoleon und Garibaldi nur um einen gewissen Brodneid: beide wollen dasselbe Ziel, Ausbreitung der modernen Civilisation mittelst Feuer und Schwert. Nur daß der eine disciplinirte Zuaven und halb wilde Turkos, der andere verwilderte und entmenschte Halsabschneider und Banditen zu diesem Zwecke verwenden wollte. Wer etwas anderes hinter der Napoleonischen Politik sucht, befindet sich auf dem Holzwege.

Freilich muß zugegeben werden, daß die Haltung des gesetzgebenden Körpers und der großen Mehrheit des französischen Volkes das Ihrige zu den kaiserlichen Entschlüssen und zu dem zweiten Römerzug der französischen Truppen beigetragen. Schon vor dem Zusammentritt des gesetzgebenden Körpers (15. November 1867) wußte man, daß alle bis dahin der Regierung unbedingt ergebenen Deputirten entschieden für die Aufrechterhaltung der päpstlichen Macht und gegen jegliche Nachgiebigkeit für Jung- und Raubitalien gestimmt waren. Die ersten Tage nach dem Zusammentritt der Kammer ließen auch nicht den geringsten Zweifel in dieser Hinsicht übrig. Als dann der Minister des Aeußern, Herr von Rouvier, in der Sitzung des 4. Dezember nicht aus seinen zweideutigen Erklärungen herausrücken wollte und stets mehr die Einheit Italiens als die Aufrechthaltung der päpstlichen Gewalt betonte, einigten sich Abends die Deputirten dahin am folgenden Tag zur Abstimmung zu schreiten, d. h. sich ausdrücklich und im Gegensatz zu den Erklärungen der Vertreter der Regierung für die Unabhängigkeit des Kirchenstaates auszusprechen. Um Dem zuvorzukommen schrieb noch denselben Abend der Kaiser an den durch seine antigaribaldischen Gesinnungen bekannten, dabei aber keineswegs katholischen Sprechminister Rouher, um denselben zu ermächtigen am folgenden Tage all jene und auch die weitgehendsten Versicherungen betreffs des dem Papstthum zu gewährenden Schutzes zu geben. Rouher, der schon von Beginn des garibaldischen Raubzugs auf sofortige Einmischung gedrungen

hatte, ließ sich dieß nicht zweimal sagen und an dem denkwürdigen 5. Dezember sprach er wiederholt das nun historisch gewordene „Jamais“ aus. „Niemals wird Frankreich es dulden daß Italien sich Rom's bemächtige.“ Die große Mehrheit der Kammer brach in einen ungewöhnlichen Beifallsturm aus und die nunmehrige Abstimmung wurde zu einem Vertrauensvotum für die Regierung. 237 Stimmen gegen 17 sprachen sich für die Regierung, d. h. für die durch Rouher in Aussicht gestellte Politik aus.

Nun sind aber, wie ich ganz bestimmt weiß, unter jenen 237 Deputirten vielleicht keine 50 oder 60 wirklich überzeugte und treue Katholiken. Ueberdieß sind alle diese Deputirten als Regierungscandidaten und mit dem ausdrücklichen Beistand der Regierung gewählt worden. Sie erhalten starke Diäten oder vielmehr Gehälter (12,000 Franken jährlich), sind also in doppelter Hinsicht von der Regierung abhängig. Wenn solche Volksvertreter einmüthig sich dazu verstiegen die Regierung zu einer bestimmten Erklärung in der römischen Angelegenheit zu zwingen und mit einem Mißtrauensvotum drohten, so mußten jedenfalls zwingende Gründe dafür vorhanden gewesen seyn. Die Herren mußten davon überzeugt seyn, daß ihre Wähler in dieser Frage hinter ihnen stehen würden, denn sonst setzten sie sich der Gefahr aus zwischen zwei Stühlen auf den Boden niederzusitzen.

In der That ist auch die unendliche Mehrheit des französischen Volkes wo nicht geradezu für den Papst so doch ganz entschieden gegen das raubgierige Jungitalien, das durch seine Undankbarkeit und Unverschämtheit den gerechten Stolz und das Selbstbewußtseyn der französischen Nation auf's gröblichste beleidigt hat. Auch war dieses entschiedene und ungewohnte Auftreten des gesetzgebenden Körpers nicht ohne eine gewisse politische Vorahnung von den Folgen des Sturzes der weltlichen Papstmacht. Seit Sadowa ist man sich der unerbittlichen Consequenzen der italischen Revolution bewußt geworden, man hat endlich begriffen, daß eine weitere Befes-

stigung der italischen Einheit mit unerbittlicher Logik auch eine stärkere Anziehung der Bande herbeiführen muß, welche Süddeutschland an das ohnedieß schon übermächtige Preußen knüpfen. Der Zug gegen Garibaldi war also wesentlich ein Schachzug gegen Preußen, ein Schachzug den man freilich nicht weiter auszuführen sich getraute.

Was aber vor Allem zu dieser Haltung des gesetzgebenden Körpers bestimmend eingewirkt hat, waren die großartigen Demonstrationen zu Gunsten der päpstlichen Herrschaft die seit einigen Wochen in Frankreich, Belgien und Holland stattgefunden hatten. Etliche dreißig größere und kleinere Blätter in Paris und den Provinzen hatten Sammlungen für das päpstliche Heer veranstaltet, deren schließliches Ergebniß wohl vier Millionen übersteigen dürfte. Glücklicherweise braucht man zu solchen Schritten in dem unfreien Frankreich noch keine polizeiliche Erlaubniß und so konnte dieß Alles ungestört vor sich gehen. Hunderte und Tausende von Freiwilligen aus allen Ständen eilten nach Rom um in das päpstliche Heer zu treten. Edelleute, Herzoge, Grafen, reiche gebildete Bürgersöhne, höhere Beamten und mehrere Offiziere verließen Stellung und Familie um als gemeine Soldaten dem Papst zu dienen. Bauernsöhne welche einen bedeutenden Theil ihres Vermögens zum Loskauf vom französischen Militärdienst verwendet, gingen nach Rom. Selbst ältere Männer die nicht mehr selbst die Waffen zu tragen vermochten, eilten nach Rom, stellten sich dem heiligen Vater zur Verfügung und suchten sich auf jegliche Weise nützlich zu machen. Die Reichen gaben Summen bis zu 50,000. Arme gaben nach ihrem Vermögen, oft nur ein paar Pfenninge, aber nichtsdestoweniger kam auf diese Weise die schon genannte Summe zusammen. Es mögen nun wohl einige Millionen Menschen dazu beigetragen haben, was auch ungefähr der Zahl jener eifrigen Katholiken in Frankreich entsprechen mag, welche mit Entschiedenheit für die Sache der Religion eintreten. Ich gebe gerne zu, daß nicht die

Mehrheit des französischen Volkes direct für das Papstthum eintritt. Thatsache ist aber daß diese Mehrheit nicht gegen den Papst sondern gegen Italien ist, und deshalb die Demonstrationen zu Gunsten des Erstern billigte und schweigend beistimmte. Dieß kräftige Auftreten, diese Opferwilligkeit der eifrigen Katholiken hat sozusagen die große Mehrheit mit sich fortgerissen, ein Beispiel das sich die Katholiken in Deutschland und besonders auch in Oesterreich merken mögen. Auch für die Katholiken gilt der goldene Spruch: dem Muthigen die Welt.

Die durch die radikale und größtentheils bestochene Presse mißleiteten Arbeitermassen in den großen Städten, namentlich in Paris, sind nun freilich so sehr als je für Garibaldi und die italische Raubwirthschaft eingenommen. Die Hauptursache davon ist in den stets aufgestachelten revolutionären Neigungen und Leidenschaften zu suchen. Diese armen Leute wollen den Umsturz des Bestehenden um jeden Preis, weil sie wissen, daß sie nichts zu verlieren, vielmehr, Dank der Ausbreitung des socialistischen Gedankens, nur zu gewinnen haben. Dagegen ist der ganze Bürger- und Bauernstand entschieden anti-italienisch und mehr oder weniger für den Papst.

Kurz nach dem 5. Dezember haben die Verhandlungen über das neue Militärgesetz begonnen, mit dem eine Wandlung in der ganzen Politik Frankreichs eintreten muß. Das Gesetz erschwert durch gesteigerte Aushebung und Verlängerung der Dienstzeit auf neun Jahre die von dem Volk zu ertragenden Lasten um ein ganz Bedeutendes. Es ist ein wahres Verhängniß, daß eine solche Maßregel gerade in dem Augenblicke für nothwendig erachtet werden mußte, wo durch die Missernte und die Geschäftslosigkeit die Leiden des Volkes sehr erhöht sind, während durch die kaiserliche Finanzwirthschaft der letzten Jahre der Geldsäckel ohnedieß bis auf den Grund erschöpft ist. Wo das Geld zur Bestreitung der vermehrten Ausgaben hernehmen in dem Augenblicke da eine solche wirthschaftliche Zerrüttung einen weitem Ausfall der

regelmäßigen Einnahmen vorhersehen läßt? Auf ein oder zwei Jahre kann man wohl durch außerordentliche Hülfsmittel diese Ausgaben decken, aber nachher wird dieß nicht mehr möglich seyn. Das Land und besonders die Banern sind also entschieden gegen das neue Gesetz, das trotzdem von der Kammer angenommen werden wird und angenommen werden muß. Schon die einfache Vorlegung dieses Gesetzes muß als eine Niederlage der Regierung betrachtet werden. Bisher hatte sich die Regierung alljährlich ihrer Erfolge gerühmt und dabei besonders auf ihre auswärtige Politik hingewiesen. Und nun ist man gezwungen zu erklären, daß zur Aufrechterhaltung des französischen Einflusses und der Sicherheit des Landes eine starke Vermehrung des Heeres nothwendig ist. Jedermann fühlt, und Thiers und Andere haben es öfters in der Kammer ausgesprochen, daß die vermehrte Militärlast nur eine Folge der Fehler der auswärtigen Politik der Tuilerien ist. Weil man ein einiges Italien geschaffen, konnte man auch die Herstellung der deutsch-preussischen Einheit nicht hindern. Beide „Einheiten“ aber sind solidarisch gegen Frankreich und verfügen über Streitkräfte, gegen welche das frühere piemontesische und preussische Heer gänzlich zurückstehen. Preußen mit seinen Conföderirten und Vasallen stellt allein schon fast das Doppelte von dem was Frankreich im gegenwärtigen Augenblick am Rhein aufstellen kann. Dieß ist des Pudels Kern und die Blöße welche sich die kaiserliche Regierung gegeben, und die ebenso schlimm ist als eine verlorne Schlacht. Die Regierung muß deshalb eine zu gewinnen suchen, sie muß einen Krieg anfangen.

Auch ist es kaum möglich noch ferner die kriegerischen Absichten in Abrede zu stellen. Die vielen von der Regierung abhängigen Provinzialblätter blasen einmüthig in das Alarmhorn, indem sie die neue Heeresvermehrung als eine Frage des Seyns oder Nichtseyns für Frankreich darstellen. Die Hezereien gegen Preußen haben ebenfalls begonnen, indem man fortwährend die Unerfättlichkeit Bismarcks hervor-

hebt. Ueberall wird auf diese Weise in den Provinzen die öffentliche Meinung auf die Dinge vorbereitet, die da kommen müssen. In Paris ist dieß viel weniger nothwendig. Im Gegentheil dürfte es eher gerathen scheinen die aufgeregte Stimmung zu mäßigen und zurückzuhalten. Bei dem ausgebildeten politischen Sinn und Gefühl des französischen Volkes, die gerade in Paris zum vollkommensten Ausdruck kommen, ist es gar nicht nöthig, den Parisern begreiflich zu machen, daß Frankreich seine durch Sabowa verlorne Weltstellung um jeden Preis wiedergewinnen müsse. Der Pariser weiß dieß seit einem Jahre. Aber er weiß auch wer Schuld an dem Mißgeschick ist, und läßt dieß bei jeder Gelegenheit fühlen. Trotzdem das gegenwärtige System fast allen mißliebigen Kundgebungen vorzubeugen weiß, so haben doch dieser Tage Scenen stattgefunden deren Tragweite keinem mit den dortigen Verhältnissen Vertrauten entgehen dürfte.

Am Tag vor Allerheiligen bemerkten mehrere Blätter, daß an diesem den Todten gewidmeten Feste auch eine Anzahl Freunde Italiens sich am Grabe Manins (revolutionären Präsidenten von Venedig im Jahre 1848) versammeln würden. Der sehr verständlichen Einladung entsprechend fanden sich auch eine Anzahl durch ihre revolutionären Gesinnungen bekannte Persönlichkeiten, freilich meist sehr untergeordneter Art, auf dem Kirchhofe Montmartre ein. Eine weitere Kundgebung wurde aber durch die zahlreiche Polizei verhindert, welche in etwas willkürlicher Art mehrere dieser Personen verhaftete. Die ganze Presse erhob wegen dieser „Verletzung der persönlichen Freiheit“ einen gewaltigen Lärm, mehrere Blätter geriethen in eine wahre Berserkerwuth. Das Schlagste aber war, daß eine ganze Anzahl bewährter Advokaten Gutachten über die Vorfälle abgaben welche alle das Vorgehen der Regierung verdamnten und als gesetzwidrig und freiheitsgefährlich darstellten. Ueber einen Monat lang beschäftigten sich die Blätter tagtäglich mit dieser Angelegenheit, die allgemein als ein direkter Angriff auf das System

betrachtet wurde und deßhalb die Stimmung des Publikums gehörig aufregte.

Raum war dieser unangenehme Vorfall etwas in den Hintergrund getreten, als eine weitere, wiederum auf allzu großen Dienstleister zurückzuführende Ungeschicklichkeit der untern Beamten Stoff zur Aufregung gab. Fast zu gleicher Zeit wurden in den Tagen des neuen Jahres in den verschiedenen Theatern (Porte St. Martin, Variétés und Luxembourg) Personen festgenommen und sogar mißhandelt weil sie, bezahlten Klatschgefallen gegenüber, von ihrem Rechte der Mißfallensbezeugung durch Pfeifen Gebrauch gemacht. In dem ersten der genannten Theater nahm das ganze Publikum auf eine so entschiedene und lärmende Weise Partei für den Handlungsgehilfen Langlois, daß die Vorstellung unterbrochen und der schon auf dem Polizeiposten eingesperrte Verhaftete freigegeben, ja auf seinen Platz zurückgebracht werden mußte. Es liegt hierin eine so unverkennbare und ungewohnte Kundgebung gegen die bestehende Ordnung, daß man den an sich kleinen Vorfall als ein Anzeichen eines beginnenden Sturmes betrachten muß. Selbst sehr regierungsfreundliche Blätter, wie z. B. die *France*, sprachen ihre Mißbilligung über das Vorgehen der Regierungsorgane in der einschneidendsten Weise aus. Um die Tragweite eines solchen Vorfalles zu ermessen, muß man sich vergegenwärtigen, daß in keiner Stadt der Welt das Volk mehr Ordnungssinn zeigt als in Paris und deßhalb sich immer mit der größten Bereitwilligkeit den Anordnungen der Polizei fügt, so unbequem derlei auch oft seyn mag. Ein solch einmüthiges und nachdrückliches Erheben gegen die Polizei ist also jedenfalls ein nicht zu unterschätzendes Anzeichen der Verschlimmerung in der Volksstimmung.

Auch in allem Uebrigen fängt das neue Jahr sehr schlecht an. Alles klagt über Geschäftslosigkeit, Alles ist besorgt um die Zukunft. Das Salonleben ist kalt, ohne Schwung; man fühlt sich überall unbehaglich und gedrückt. Dazu die Hun-

gersnoth in Algerien, wo schon gegen 100,000 Araber Hungers gestorben, und die zunehmende Noth in Frankreich als Folge der schlechten Ernte. Ueberdieß der permanente Kagenjammer nach den leztjährigen Börsenspekulationen.

Um sich einen Begriff von der Krisis zu machen, welche wir der „modernen Volkswirthschaft“ verdanken, sei hier angeführt, daß die Finance in ihrer Jahresübersicht nachwies, wie im Jahre 1867 die beweglichen Werthe Frankreichs einen Verlust von 1,250,000,000 Franken erlitten haben, was mit Hinzurechnung des Verlustes des J. 1866 mit 1,050,000,000, zusammen eine Verminderung des Vermögens des französischen Volkes von zwei Milliarden drei hundert Millionen Franken darstellt. Solche Ziffern müssen doch Jedem die Augen öffnen! Der Crédit Mobilier mit seinen zahlreichen Anhängseln hat an dieser Katastrophe den stärksten Antheil. Vergleicht man den jetzigen Cours der Aktien aller von demselben ausgegangenen Unternehmungen mit dem höchsten Stand derselben, so ergibt sich ein Unterschied von 1,671,360,230 Franken. Ueberdieß gibt es noch gar keine Bürgschaft, daß der jetzige Cours sich auch nur einige Tage erhalten werde. Jeder Tag bringt neues Fallen und somit Verluste von vielen Millionen. Freilich haben die Brüder Pereire ihre durch die Unternehmungen des Crédit erschwinkelten vierhundert Millionen noch immer hübsch im Trockenen und ist auch der Crédit das von der Regierung bevorzugte und bevorrechtete Institut, für welches sie fast in jeder Weise solidariß haften muß.

Unter solchen Umständen ist es der Regierung gar nicht so geheimer und dürfte gerade die Besorgniß sie zu unüberlegten Schritten verleiten, deren Folgen unermesslich seyn könnten. Die geduldige Neujaars-Antwort des Kaisers auf die Vorstellung des preußischen Gesandten als solcher des norddeutschen Bundes bildet ein gar merkwürdiges Seitenstück zu der berühmten Anrede an den österreichischen Gesandten am 1. Januar 1859. Die Zeit ist gründlich vor-

bei, wo ein französischer Kaiser drohen konnte; heute kann Er höchstens noch dem Garibaldi eine Faust machen. Dieß fühlt jeder Franzose und dieß ist es auch was die Lage gefährlich macht.

Und was geschieht inzwischen im Innern, um das Volk in etwas zu befriedigen? Anstatt die treuesten Unterthanen, die Katholiken zu schonen und zu fördern, scheint die Regierung sich an ihnen als Wehrlosen für alle Unfälle rächen zu wollen. Ein Schlag folgt auf den andern für dieselben. Am 14. Februar 1866 erließ der berühmte Unterrichtsminister Duruy ein Circular welches die Mitglieder der dem Lehrfache gewidmeten geistlichen Genossenschaften der bisherigen Freiheit vom Militärdienst beraubt und sie zum Dienste in der Nationalgarde zwingt. In Folge dieser Verordnung werden die Schulbrüder allein schon jetzt 500 Schulklassen schließen müssen, während für die Folge die fortgesetzte Anwendung des Gesetzes fast unfehlbar das gänzliche Aussterben des um die Volksbildung so hochverdienten Ordens nach sich ziehen wird. Und das thut man gerade in dem Augenblicke, wo Alles nach vermehrtem Volksunterricht schreit?

Doch diese Vorbeeren genügen dem ehrgeizigen Minister nicht. Während des letzten Jahresviertels von 1867 lud er alle Direktoren der öffentlichen Lyceen (Gymnasien) ein, öffentliche Kurse für „höhere Töchter“ in den Stadthäusern zu veranstalten und die ohnedieß schon mit Arbeit überladenen Lycealprofessoren dazu zu verwenden, damit die „Brüder und Schwestern dieselben Lehrer hätten.“ Sein hierauf bezügliches Rundschreiben ließ überhaupt nicht den mindesten Zweifel über die eigentliche Absicht übrig. Die ganze Tendenz läßt sich in die Worte zusammenfassen: „Dank den Universitätsanstalten sind wir schon längst Herr der männlichen Jugend und können dieselbe nach Belieben zu Kirchenfeinden erziehen, mit der neuen Einrichtung werden wir auch Herr über die weibliche Jugend und dann wollen wir sehen

was aus dem Christenthum werden wird.“ Die liberalen Blätter verstanden dieß sogleich und unterstützten das auch gesetzlich nicht zu rechtfertigende Vorgehen des Ministers auf jegliche Weise. Die Katholiken waren aber ebenso klug, und deshalb veröffentlichte der Bischof von Orleans, der in letzter Zeit etwas zur Regierung hinzuneigen schien, einen scharfen „Brief an einen Kollegen“, worin er auf die Gefahr aufmerksam machte und das Beginnen des Ministers einer vernichtenden Kritik unterwarf. Fast alle Bischöfe Frankreichs stimmten ihm zu und beglückwünschten sein mannhaftes Auftreten. Es ist kaum nöthig hinzuzusetzen, daß die katholischen Blätter der Hauptstadt und der Provinz insgesammt für die Oberhirten eintraten. Merkwürdigerweise wurden sie hierin von dem gemäßigt liberalen Journal de Paris und dem radikal-sozialistischen Courrier français unterstützt, natürlich aus andern Gründen. Aber was sagen Sie dazu, wenn nach alldem die fünf im Conseil supérieur de l'instruction publique sitzenden Erzbischöfe und Bischöfe (von Paris, Avignon, Rheims, Algier und Chalons) sich nicht gegen das ministerielle Beginnen erhoben, trotzdem es im Widerspruch mit dem bestehenden gesetzlichen Geschäftsgang ist! In der Sitzung worin die Sache zur Verhandlung kam, waren freilich nur der Erzbischof von Paris und der Bischof von Chalons zugegen. Verlangen Sie etwa noch einen weitem Beweis für die in der französischen Kirche sich bereitende Spaltung, für das Anstreben einer auf die Nützlichkeitmoral gegründeten Nationalkirche? Hat nicht der Erzbischof von Paris im Senat die Anerkennung der Thatfachen in Italien beantwortet, weil sich Interessen daran knüpfen und weil Thatfachen Thatfachen sind?

Doch genug hiervon. Zum Schluß etwas Erhebenderes, obwohl es ein Todesfall ist. Der Herzog von Luynes ist im Dienste des Papstes gestorben. Mit einem fürstlichen Vermögen ausgestattet, begab sich dieser Edle aller Betheiligung am öffentlichen Leben nach dem Sturze der Bourbonen mit

Jahre 1830 und verwandte einzig und allein seine Einkünfte zur Förderung von Kunst, Wissenschaft und wohlthätigen Unternehmungen. Frankreich hat außer seinen Monarchen noch keinen Mann besessen der in dieser Hinsicht auch nur mit ihm verglichen werden könnte. Er wurde dadurch fast die Seele der legitimistischen Partei und sozusagen der Hauptvertreter des abwesenden legitimen Königs. Deßhalb wurde er auch von allen Parteien hochgeachtet und verehrt. Nicht zufrieden gelegentlich der letzten Bedröhung des Kirchenstaates seinen einzigen Enkel, den Herzog von Chevreuse dorthin geschickt zu haben, gab er 50,000 Franken für das päpstliche Heer und ging kurz darauf selbst nach Rom, um sich persönlich dem heiligen Vater zur Verfügung zu stellen. Der mehr als siebenzigjährige Mann konnte freilich keine Waffen mehr tragen, aber als Pfleger und Beschützer der Verwundeten leistete er auf dem Schlachtfelde von Mentana treffliche Dienste, holte sich aber hier auch die Todeskrankheit, der er wenige Tage darauf erlag. Ganz Frankreich betrauert den edlen den höchsten Interessen der Menschheit mit solcher Aufopferung ergebenden Mann.

Eben will ich meinen Brief schließen, als ich erfahre daß der gesetzgebende Körper sich für die Aufrechthaltung der Militärfreiheit der Schulbrüder ausgesprochen und der Staatsrath diesem Entschlusse beigestimmt hat. Ein weiterer Beweis von dem Wachsen des politischen Verstandes bei den Volksvertretern und beim Volke im wohlthätigen Gegensatz zu den Flunkereien der Regierung.

VIII.

Wiener Briefe.

I.

Am Weihnachts-Abend 1867.

Ich entspreche Ihrer freundlichen Aufforderung, Ihnen Nachrichten über die hiesigen für den Ausländer so verworrenen Verhältnisse zukommen zu lassen, und zwar mit um so größerem Vergnügen als die zahlreichen Freunde der „gelben Blätter“ in Oesterreich in den letzten Jahren zur Ueberzeugung kommen mußten, daß das katholische Oesterreich von der süddeutschen katholischen Presse beinahe ignorirt wurde.

Wir sind gerecht genug zuzugestehen, daß nach den Erlebnissen der jüngsten Zeit von einem Oesterreich als katholischer Großmacht nicht mehr die Rede seyn kann; nach menschlichen Vorstellungen ist unser Stern eben im Untergange begriffen. In Italien haben wir durch französische Persidie, in Deutschland durch preussische Bündnadelgewehre unsere Stellung verloren, wozu übrigens die Unfähigkeit unserer eigenen Generale nicht das Ihrige beigetragen hat. Den Einfluß als katholische Großmacht haben wir aber muthwilligerweise oder aus Feigheit und Unverstand selbst geopfert; denn es wurde der Regierung von den großen und kleinen Blättern so lange vorgepredigt, daß der Katholicismus sich mit der Freiheit nicht vertragen und unsern Einfluß in Deutschland gefährde, bis end-

lich unsere erleuchteten Staatsmänner in die Falle gingen nun eben im Begriffe stehen der Kirche unter den verschiedenartigsten Formen den Krieg zu machen.

Es tritt hiebei die sonderbare Erscheinung zu Tage, in den hohen und höchsten Regionen durchaus keine kirchentliche Gesinnung herrscht, allein man hat eben nicht den Muth der künstlich erzeugten Strömung entgegen zu treten. Man sich durch das Geschrei der Menge oder eigentlich durch ein tonangebende Journale, so wie durch einzelne sogenannte Führer im Abgeordnetenhause imponiren, obwohl man nach Oben und Unten die schwachen Seiten dieser Freiheitshelden und Kirchstürmer recht gut kennt und man bei ernstem Willen die Waage in der Hand hätte dem Unfuge zu steuern. Ihre Blätter haben sich in jüngster Zeit das Verdienst erworben einem hochliberalen Volksvertreter, der aber mehr zur Classe Pierrots gehört, die Larve vom Gesichte zu reißen und ihn verdienten Würdigung preiszugeben. Trotzdem behauptet derselbe aber seinen Platz im Abgeordnetenhause schon im siebenzehnten Jahre, und die aufgeklärten Shawl-Fabrikanten einer Wiener Vorstadt fühlen sich sehr geschmeichelt durch einen Mann im Abgeordnetenhause vertreten zu seyn der sich der ausgezeichneten Aufmerksamkeit und des komischen Beifalles Napoleons Dritten erfreut. Das ist eben eine jener Situationen für welche wir uns und Einheimischen das Verständniß fehlt, und wie können wir dann fordern, daß unsere Glaubensgenossen in Deutschland in diesem Labyrinth von Schwäche und Unverstand zurecht finden?

Allein unsere ehemaligen Freunde im Reiche würden doch sehr unrecht thun, wenn sie die Regierung und die Volksvertretung mit dem Volke selbst im großen Ganzen verwechseln wollten. Es muß constatirt werden, daß das katholische Bewußtseyn, die katholische Grundidee in demselben Maße Stärke und Ueberzeugung zunimmt, als der Druck von Aussen erfolgt, und der Episcopat geht in dieser Beziehung mit leitendem Beispiele voraus. Gerade nach dieser Richtung hin ist in den letzten 15 Jahren ein sehr erfreulicher Umschwung zu finden und dieß ist ein unschätzbare Verdienst des ge-

würdig so verläumdeten ehemaligen Cultusministers Grafen Hun. Während in frühern Zeiten in der Regel die Bischöfe durch die Retorte des Raths = Gremiums bei den einzelnen Vorkommnissen durchgehen mußten, damit die Regierung doch einige Garantien dafür habe, daß der in den Archiven ruhende josephinische Geist die kaiserlich königlichen Vertreter der Kircheninteressen hinlänglich durchdrungen habe, sind jetzt die Bischofsstühle beinahe ausnahmslos von Männern eingenommen, welche sich nicht mehr als insulirte k. k. Beamten betrachten, sondern in den Tagen der Gefahr nicht säumen werden kirchenfeindlichen Anforderungen mit Ruhe und Ausdauer entgegen zu treten, ihre Person zu exponiren und das Panier des Glaubens hoch zu halten, so daß die katholische Gemeinde unter dieser würdigen Oberleitung über ihre Pflichten keinen Augenblick im Zweifel seyn wird.

Wenn auch der künstlich in Scene gesetzte Concordatssturm mit allem was daran hängt, greifbare Resultate haben und wenn die Kirchen- und Schulgesetze im Sinne des Abgeordneten = Hauses, unter Mitwirkung der jüngst erfundenen Zustimmungsmaschine genannt Herrenhaus, die allerhöchste Sanction erhalten sollten, so werden zwar namentlich für den Anfang höchst bedauerliche Erscheinungen auf dem religiösen Gebiete zu Tage treten; allein wenigstens nach der Ansicht vieler glaubenstreuen Katholiken wird für die Kirche selbst kein wesentlicher Nachtheil entstehen, denn die kirchliche Gemeinde kann in ihrem innern Leben dadurch nur gewinnen, daß sich so unsaubere zersetzende Elemente absondern. Wenn sich wirklich confessionslose Schulen bilden sollten, so leben wir der Ueberzeugung, daß der Episcopat als Gegengift bereits zur Hand haben werde, nämlich die Eröffnung von specifisch katholischen Schulen vielleicht unter Oberleitung der Schulbrüder oder Schulschwestern, und ich hoffe Ihnen in einem meiner nächsten Briefe ausführlicher hierüber schreiben zu können.

Uebrigens darf nicht vergessen werden, daß diese Concordatsstürmerei gerade im Interesse der Religion und des ächten Glaubens manches Gute im Gefolge gehabt; es zeigt sich im Adel und in den niedern Volksclassen eine Art von Begeisterung

und Opfermuth namentlich den jetzigen Bedrängnissen des heil. Vaters gegenüber, welcher grell absticht gegen den Indifferen- tismus in den frühern Jahren. Bei den Sammlungen für den Papst, welche von den Grafen Bloome und Wenckheim in den einzelnen Pfarren Wiens in diesen Wochen eingeleitet worden sind, haben sich Hof, Adel und vorzüglich die dienende Classe betheiligt, denn außer den großen Beträgen gingen meistens nur Beiträge zu 1 bis 4 und 10 Kreuzer ein. Es gehört auch zu den Zeichen der Zeit und zur Charakterisirung der einzelnen Stände, daß die Kaufmanns-, Finanz- und Beamtenwelt in diesen Sammeltagen von Mitleid für die heimischen Armen überströmte und die großen Opfer für den heiligen Vater bedauert, weil die heimischen Armen dadurch um bedeutende Summen verkürzt würden. Solche Aeußerungen hört man in allen Variationen und es geschehen auch wirklich Gegendemonstrationen. So begegnete es einer sammelnden Dame welche an einer Kirchenthür ihren Platz hatte, daß sie von zwei hinaus- gehenden Damen ungezogen scharf fixirt wurde, und mit einem vorwurfsvollen Blicke auf sie wurde dann von diesen Damen einem gegenüberstehenden alten Weiblein, einer gewöhnlichen Kirchenbettlerin, ein Guldenzettel als Almosen gegeben. Die arme Person aber, im hohen Grade erfreut, durch diese Groß- muth in die Lage gesetzt zu seyn selbst spenden zu können, legte den Gulden augenblicklich auf den Opfertisch und gab dadurch den demonstrationsfüchtigen Geberinnen ein selbstsprechendes Bei- spiel und eine wohlverdiente Lektion.

Aber auch nach einer andern Richtung hin erzeugt der all- gemeine Druck gegen Kirche und Glaube einen Gegendruck, der sich in einer bisher weniger bekannten Thätigkeit auf religiös- conservativem Gebiete äußert. Um von vielen Beispielen, auf welche ich später noch einmal zurückkommen werde, nur eines zu erwähnen, möge auf die Bestrebungen hingedeutet seyn mit welchen soeben an der Gründung eines katholischen Casinos und einer conservativen Zeitung in Graz gearbeitet wird. Diese Stadt hat bisher und zwar leider mit vollem Grunde eine traurige Berühmtheit auf religiösem und politischem Gebiete errungen, und namentlich traf dieser Vorwurf die höhere Classe

in Gesellschaft. Die Ernennung des gläubenseifrigen Doktor Jwenger zum Bischof von Seckau mit der Residenz in Graz gab den ersten Anstoß zu einem wohlthätigen Aufschwung, und nachdem bereits die größten Schwierigkeiten überwunden worden sind, ist aller Grund zu hoffen vorhanden, daß mit Neujahr 1868 beide Institute in's Leben treten werden. Bei dem Umstande daß die neu zu gründende Zeitung unter dem Namen „Grazer Volksblatt“ eines der wenigen konservativen politischen Provinzialblätter seyn wird, welche ein richtiges Bild unserer verworrenen und zerfahrenen politischen und kirchlichen Verhältnisse von konservativem Standpunkte aus zu geben sich als Aufgabe gestellt haben, wäre es sehr zu wünschen wenn das katholische Deutschland von der Existenz dieses Blattes Kenntniß nehmen und das Fortblühen desselben durch Abonnements begünstigen wollte, um eine richtige Einsicht in die österreichischen Verhältnisse zu erlangen. Der Umstand daß die Oberleitung in den Händen von drei bewährten in Deutschland bekannten Persönlichkeiten liegt, nämlich der drei Universitätsprofessoren Doktor Weiss aus Freiburg, Dr. Maassen aus Mecklenburg und Dr. Tost, dürfte hinlängliche Garantie für die Haltung des Blattes bieten.

Unsere kirchlichen Verhältnisse sind so verworrener Natur, daß Sie staunen werden wenn ich Sie versichere, daß der Concordatssturm an und für sich wie er jetzt bei uns an allen Ecken weht, noch lange nicht der Uebel größtes ist. Er ist nur der Vorwand, der Hebel welcher angelegt wird um die katholische Kirche in ihren Fundamenten zu erschüttern. Das wahre Unglück ist die positiv kirchenseindliche Gesinnung welche alle Journale leitet, dadurch einem großen Theile des kopflos lesenden Publikums eingeimpft und endlich im Abgeordnetenhaus von einigen Ultras zur großen Erheiterung ihrer Kollegen und der Gallerien des Hauses gepredigt wird. Sehr treffliche Bemerkungen enthielt neulich das ungarische Blatt „Religio“ über diese Hegerieen gegen die Kirche und ihre Diener. „Ein Judenknecht“, sagt das Blatt, wird irrthümlich getauft, und ganz Europa geräth in Harnisch. Das Judenmädchen Sarah Radamska flüchtet vor der Grausamkeit ihres Vaters in ein Nonnenkloster und das Wiener Abgeordnetenhaus geräth hierüber in

Aufregung; Tag und Nacht spielt der Telegraph, die Minister in Wien, die Gerichts- und politischen Beamten in Lemberg correspondiren im Schweiß ihres Angesichts, um den Bohn des Dr. Mühlfeld und Consorten zu beschwören, die Gendarmen können nicht zu Athem kommen, und endlich zeigt es sich in diesem und einem ähnlichen Falle in Westgalizien, daß sich das hohe Haus von einem polnischen Juden hat düpiren lassen. Dieß schadet aber nichts dem staatsmännischen Rufe der tonangebenden Abgeordneten, denn es ist anerkannt sehr liberal ein Judenmädchen gegen ein Nonnenkloster zu vertheidigen. Wenn aber der heilige Vater, der Stellvertreter Christi auf Erden angegriffen und verhöhnt, wenn das göttliche Recht selbst, wenn die göttliche Wahrheit verlästert und bekriegt wird, da sieht man gefühllos zu und läßt die Räuber ungestört ihr Handwerk üben.

Wahrlich beschämend müssen auf uns österreichische Katholiken die Reden einwirken, welche im Interesse der Religion und des Papstthums seit einer Reihe von Jahren in der Deputirtenkammer und im Senate Frankreichs gehalten werden und zwar nicht bloß von Priestern sondern auch von unabhängigen Laien, von Staatsmännern ersten Ranges wie gerade in diesen Tagen von Thiers. Wie beschämend muß es für die sogenannten Staatsmänner der katholischen Großmacht Oesterreich seyn, von dem protestantischen Staatsmanne Guizot in seiner geistvoll geschriebenen Broschüre über die Nothwendigkeit der Fortdauer der weltlichen Macht des Papstes sich belehren zu lassen!

Was religiöse Ueberzeugung anbelangt, so tritt bei uns in dieser Beziehung eine eigenthümliche Erscheinung zu Tage. Es gibt Männer genug und zwar in allen Schichten der Gesellschaft welche von vollkommen correcten religiösen Gesinnungen befeuert sind, allein es fehlt ihnen der Muth sich auszusprechen und im öffentlichen Leben hervorzutreten. Nur ein Beispiel! Einer meiner besten Freunde, ein Ehrenmann vom Scheitel bis zur Sohle, ausgezeichnete Gatte und Vater, nach seiner politischen Färbung gemäßigt liberal, wurde in einer politischen Conversation von mir in die Enge getrieben durch den Vorwurf, daß er

seine katholische Ueberzeugung verloren habe. Er wehrte sich gegen die Anschuldigung und eilte zu seinem feuerfesten Schranke, aus dessen Tiefe er eine Art Memoire hervorholte, worin mit den correctesten Ausdrücken seine confessio fidei niedergelegt war. Nachdem er mich dadurch entwaffnet und widerlegt glaubte, verschloß er leider sein Glaubensbekenntniß wieder in dem feuerfesten Schrank, wo es noch immer ruht, während der Verfasser im öffentlichen Leben für seine Ueberzeugung in keiner Weise einzustehen wagt. Von diesem Schlage zählen wir Ehrenmänner nach Tausenden. Aus dem nämlichen Grunde ist es bei uns auch kaum durchführbar, zur Besprechung von kirchlichen oder verwandten politischen Fragen öffentliche Versammlungen zu organisiren. Ein Meeting, wie das jüngst in dem zum großen Theile protestantischen Elberfeld im Interesse des heiligen Vaters abgehaltene, bei uns zu organisiren, würde beinahe zu den Unmöglichkeiten gehören und zwar vorzugsweise aus einem Grunde welcher von den glaubens-treuen Katholiken des „Reiches“ gar nicht begriffen würde und den man sich nur erklären kann, wenn man in den hiesigen Verhältnissen vollkommen zu Hause ist. Ich will Ihnen hierüber noch einige Aufklärungen und zwar gestützt auf Thatsachen liefern.

Wir stehen nämlich was politische Parteiungen und Anschauungen anbelangt, noch so in den Kinderschuhen, daß von der sogenannten öffentlichen Meinung, welche ausschließlich von Zeitungen gemacht wird, liberal und kirchenfeindlich oder wenigstens indifferent als gleichbedeutend genommen wird; sowie umgekehrt ein glaubens-treuer Katholik nach seinem politischen Glaubensbekenntnisse zu den Reactionären und nach seinen geistigen Fähigkeiten zu den unbedeutenden Männern gezählt wird, wenn er auch in der Wirklichkeit freisinnigere Anschauungen hegen und größere Fähigkeiten besitzen sollte als seine verblendeten Richter. Ja es ist in dieser Beziehung soweit gekommen, daß bei Anstellungen im öffentlichen Dienst der Ruf eines gut katholischen Mannes als Hinderniß betrachtet wird.

Zum Beweise der Wahrheit könnte ich Ihnen eine der ersten Städte des Reiches nennen, ebenso berühmt durch ihre

reizenden Umgebungen als durch den Umstand, daß in ihren Mauern eine Reihe von Männern aus dem Civil- und Militärstande auf ihren Vorbeern ausruhen, in welcher vor wenigen Monaten ein solcher Fall sich zugetragen hat. Es handelte sich bei dem dortigen Magistrate um die Besetzung mehrerer Stellen bei der Polizei welche vom Staate an die Commune übertragen worden war. Unter den Concurrenten besand sich ein in jeder Beziehung tüchtiger und erprobter Polizeibeamter der schon lange mit Auszeichnung im Staatsdienste gestanden, der aber nebenbei das Unglück hatte ein guter Katholik zu seyn und wegen dieser staatsgefährlichen Eigenschaft bereits zu Schmerlings Zeiten von einem bessern Posten in Tyrol in obige Hauptstadt versetzt worden war. Als nun der Besetzungs-Vorschlag in der offenen Sitzung des Gemeinderathes zur Sprache kam, hatte der Referent (ein in der Wolle gefärbter Liberaler), gedrängt durch die Ueberzeugung daß dieser Mann eine prächtige Acquisition für den Polizeidienst der Stadt seyn würde, doch noch so viel Gerechtigkeitsgefühl und Klugheit ihn für die angestrebte Stelle wegen seiner notorischen Tüchtigkeit vorzuschlagen; aber siehe da, es erhoben sich einige um das Wohl der Commune besorgten Väter der Stadt und machten die Versammlung aufmerksam, daß dieser Mann täglich in die Kirche gehe, ein ausgesprochener Römeling sei und nur mit Geistlichen Umgang pflege — daß er daher für den Polizeidienst nicht passe! Und wirklich, der Mann fiel durch. Das nennt man bei uns echten Liberalismus. Hätte er dagegen neben seiner Frau noch zwei Maitressen gehabt, und hätte er öffentlich Proben von Glaubenslosigkeit abgelegt, sich mit Einem Worte in dieser Beziehung manche von den Herrn Volksvertretern zum Muster genommen: so hätte er unfehlbar den angestrebten Platz erhalten.

Ein anderes Kennzeichen des k. k. österreichischen Liberalismus besteht darin, daß diese Freiheitshelden die Freiheit nur für sich und nach ihrem Ermessen haben wollen, während die Gegenpartei mit allen Mitteln mundtobt gemacht werden soll. Ich lasse eine glänzende Illustration für die Wahrheit meiner Behauptung folgen. In jüngster Zeit gehörte bekanntlich der Concordatssturm, welcher in den verschiedenartigsten Adressen

und Petitionen von einzelnen Gemeinden und Corporationen seinen Ausdruck fand, zu den gangbarsten Modeartikeln. Je kleiner die Gemeinde, desto größer und schwülstiger die Adresse welche manchmal von höherem Blödsinn förmlich durchsättigt war. Sollten diese interessanten Altentstücke, wie sie von den einzelnen Abgeordneten und Herrenhausmitgliedern mit Emphase und unter Beifall der Gallerien auf den Tisch des Hauses niedergelegt worden sind, wirklich dazu bestimmt seyn in den Archiven der beiden Häuser deponirt zu werden, so dürften die kommenden Geschlechter von der politischen Reise ihrer Voreltern nicht den besten Begriff erhalten. Es war nichts Seltenes, daß in diesen Adressen alles Unglück was das arme Oesterreich in den letzten 10 Jahren getroffen hat, insbesondere die Schlacht von Sadowa dem Conkordate in die Schuhe geschoben wurde, und zwar größtentheils von Leuten welchen der Inhalt des Conkordates stets fremd geblieben war. Nur einen Beleg hiefür. Es hat sich in einer der großen Gemeinden welche die Residenz wie ein Gürtel umgeben, der Fall ereignet, daß bei der Verathung über eine solche Adresse einer von den ruhig denkenden Gemeinderäthen den ganz vernünftigen Vorschlag machte, man möge doch vorerst das Conkordat vorlesen und über die Punkte abstimmen welche man abgeändert wünsche. Die übrigen Gemeinderäthe aber erhoben sich einstimmig gegen einen solchen Vermittlungs-Vorschlag und sprachen die unsterblichen Worte: „Wir kennen zwar den Inhalt des Conkordates gar nicht, wir wollen es aber auch nicht kennen, sondern wir stützen uns nur auf die allgemeine öffentliche Meinung welche dasselbe verdammt, und deswegen werden wir diese Adresse unterschreiben“ — was denn auch wirklich geschah.

Eine noch glänzendere Illustration von wahrer Aufklärung und Freiheitliebe hat die Hauptstadt des schönen Kärnthnerlandes geliefert. Klagenfurt, welches wegen der demokratischen Gesinnung seines Bürgerstandes sich (nach unserer Ansicht wenigstens) einer traurigen Verühmtheit erfreut, war eine der ersten Communen welche eine fulminante Adresse gegen das Conkordat an das Abgeordnetenhaus richtete. Nun fanden sich aber — man möchte beinahe sagen unglaublicher Weise — doch auch

einige glaubenstreue Seelen in der genannten Stadt welche so frei waren gegenheiliger Ansicht zu seyn, und noch dazu den Muth hatten ihrer Ansicht dadurch Ausdruck zu verleihen daß sie an das Herrenhaus eine Petition um Aufrechterhaltung des Konkordats richteten. Sie bauten auf den Grundsatz, was dem Einen recht ist, muß dem Andern billig seyn. Aber da hatten sie sich gewaltig verrechnet. Die Arglosen hatten eben keine richtige Anschauung von unserm landläufigen Liberalismus. Denn es erhob sich im Gemeinderathe einer der Freiheitsheroen, seines Zeichens ein Arzt, und interpellirte den Bürgermeister, wie es denn komme, daß einige Bewohner der Stadt unbeanstandet von der Behörde eine Adresse für das Konkordat colportirten, nachdem die Gemeinde in dieser Angelegenheit bereits gesprochen und daher die Akten geschlossen seien. Jede Demonstration dagegen habe den Anschein einer Auflehnung gegen die Beschlüsse der Behörde, sei daher sträflich und nicht zu dulden; aus diesem Grunde sei es Sache des Bürgermeisters von Polizeiwegen gegen diese Unverschämten einzuschreiten. Sprachs, und der Bürgermeister soll, erschüttert durch die überzeugenden Gründe und die glänzende Dialektik dieses Wortführers, die schnellste Abhilfe versprochen haben.

Zu den Eigenthümlichkeiten des k. k. österreichischen Liberalismus gehört auch der weitere Umstand, daß die Vorkämpfer desselben und ihr ganzer Troß den Protestantismus auf Kosten des Katholizismus begünstigen. Sie glauben hierin ein Wahrzeichen echter Freiheit zu erblicken. Die Thörichten bedenken nicht, daß diese Anschauungsweise im protestantischen Deutschland mit mitleidsvollem Lächeln betrachtet wird, weil man sich dort und zwar nicht ohne Grund zu dem Schlusse befugt erachtet, daß bei uns trotz der überwiegenden Anzahl der Katholiken und des verschwindend kleinen Häufleins von Protestanten (wenigstens in Cisleithanien) wegen der geringeren Befähigung der Katholiken nothwendigerweise auf die geistig begabteren Protestanten zurückgegriffen werden müsse. Es ist geradezu lächerlich und beinahe ekelerregend, wenn man die Verhandlungen im Wiener Gemeinderathe über das zu gründende Pädagogium liest. Die Herren gehen in ihrem leidenschaftlichen Hass gegen Kirche und

Religion so weit, daß sie sich nicht entblößen ihrer Stadt und ihrem Staate ein glänzendes Armuthszeugniß auszustellen, indem in jüngster Zeit trotz der Eintrede wahrhaft freisinniger Männer der Abderiten-Beschluß gefaßt worden ist, zwei Väter der Stadt mit der Diogenes-Laterne nach dem protestantischen Deutschland zu schicken, um von dort den Direktor und ersten Lehrer des Pädagogiums — hoffentlich zollfrei — zu importiren.

In gleicher Weise wird an der Wahlurne zu Gunsten des Protestantismus und auf Kosten von glaubensstreuen Katholiken Propaganda gemacht. Auch hiefür will ich Ihnen zum Schlusse ein schlagendes Beispiel vor Augen führen. In derselben reizenden Hauptstadt, von welcher ich Ihnen oben geschrieben daß ihre Bewohner und deren Vertreter im Gemeinderathe so große Furcht und Abscheu vor einem frommen Polizeibeamten an den Tag gelegt haben, fanden in jüngster Zeit die Wahlen zum Gemeinderathe statt. Die Stadt zählt 75,000 Einwohner und darunter 800 Protestanten; es waren 30 Gemeinderäthe zu wählen, und siehe da, um der ganzen Welt zu zeigen von welch echtem liberalen Geiste die Bevölkerung beseelt sei, wurde von der sogenannten Fortschrittspartei so lange intriguiert und gewühlt, bis es endlich gelang fünf Protestanten in den Gemeinderath zu bringen, so daß sich das Verhältniß bezüglich der Confession bei der Bevölkerung wie 93 zu 1, in der Gemeinderathspräsentanz aber wie 6 zu 1 stellt. Ich glaube kaum, daß in einer der großen protestantischen Provinzialhauptstädte Deutschlands, wie z. B. Magdeburg, Danzig, Königsberg die Wähler sich herbeilassen würden aus dem kleinen Häuflein der Katholiken ihrer Stadt die Repräsentanten der Commune zu holen, aus dem einzigen Grunde um ihre Toleranz und ihren Liberalismus zu bethätigen. — Obgleich von den conservativen Wählern alle Mühe ausgedeutet wurde einen der tüchtigsten Priester aus dem Klerus der Stadt in den Gemeinderath zu bringen, so überlitten alle Bemühungen an dem Widerstande der Liberalen welche dagegen mit vereinten Kräften die Wahl des protestantischen Pastors durchsetzten. Eine jener fünf Personen ging aus der Wahlurne als Bürgermeister hervor. Obwohl gegen die Persönlichkeit des letzteren nichts einzuwenden ist, er im Gegen-

theile in einer früheren Wahlperiode sich als ein sehr tüchtiger Bürgermeister bewährt hat, so bleibt dieser Wahlvorgang trotzdem ein geistiges Armuthszeugniß welches die Väter der Stadt sich selbst ausstellten, und ich wiederhole nochmals, daß derlei Erscheinungen im protestantischen Deutschland unfraglich zu den Unmöglichkeiten gehören dürften.

Ich bin am Schlusse und mir erübrigt nur noch im Namen von tausend und tausend glaubenstreuen Katholiken Oesterreichs durch das Organ Ihres geschätzten Blattes die Bitte an unsere Glaubensgenossen im Reiche gelangen zu lassen, sie mögen sich durch einzelne Erscheinungen welche gegen uns sprechen, in ihrem Urtheile über uns nicht irre führen lassen. Endlich können wir auch noch immerhin zu unserer Entschuldigung, wenn auch in einem andern Sinne (nachdem bei uns die Regierungsgewalt getheilt ist) das Sprichwort anführen: Si delirant etc.

IX.

In Sachen Schindlers.

I.

Berichtigung von Seite des k. k. Justizministeriums.

Das 11. Heft des 60. Bandes der „Histor.-polit. Blätter“ enthält einen Aufsatz mit der Ueberschrift: „Ein Hochwächter der Freiheit im Wiener Abgeordnetenhaufe“, worin nach einer sehr entstellten Darstellung des im Beginne dieses Jahres bei dem Wiener Landesgerichte über Anzeige des Moriz Karoly gegen den Notar und Landtagsabgeordneten Alexander Julius Schindler anhängig gemachten Straffalles wegen angeblicher Vorenthaltung eines unverwendet gebliebenen Vorschusses angeführt wird, daß, trotzdem ein halbes Duzend gewiegter praktischer Juristen des Landes- und Oberlandesgerichtes in diesem Falle ein gemeines

Verbrechen erkannten, gleichwohl über die Verwendung der zwei Großliberalen Castor und Pollux der Civilehe und anderer tugendhaften Bestrebungen vom Justizministerium drei Aufträge, die Untersuchung einzustellen, schnell hinter einander und einer schärfer und dringender als der andere an die Oberstaatsanwaltschaft herabgelangt seien, daß unter Einem dem Staatsanwalte — ohne allen gesetzlichen Grund zu diesem sehr humanen Vorgange — verboten wurde, gegen diese Einstellung eine Verurteilung einzulegen und daß in der Sitzung des Oberlandesgerichtes der Akt in aller Geschwindigkeit von einem Oberlandesgerichtsrathe erlediget worden sei.

Dieser Artikel schien dem k. k. Justizministerium eine amtliche Berichtigung zu erfordern, es hat daher der gefertigten k. k. Oberstaatsanwaltschaft mit Erlaß vom 24. d. Mts. J. 1624 Pts. aufgetragen, diese Berichtigung zu veranlassen, welchem Auftrage in folgender Weise entsprochen wird. Es ist allerdings richtig, daß über die Anzeige des Moriz Karoly, es habe Notar Schindler den ihm Behufs der Vertheidigung Karoly's in dessen Strafprozesse wegen Diebstahls übergebenen Vorschuss von 30 Napoleonsdör, trotz der späteren Ablehnung der Vertheidigung nicht zurückgestellt, bei dem Wiener Landesgerichte Erhebungen eingeleitet wurden und daß — obwohl Notar Schindler in seiner schriftlichen Aeußerung an das Landesgericht den Empfang des obigen Vorschusses jedoch als ihm von der Frau des Karoly zugeschiedt ausdrücklich bestätigt und unter Berufung darauf, daß dieser ihm von der Frau Karoly eingeschickte Vorschuss auf die Vertheidigung ihres Mannes vor dem Strafgerichte keinen Bezug habe und von ihm theilweise bereits in anderen antragsgemäß besorgten Geschäften verwendet und in's Verdienen gebracht worden sei, seine Verbindlichkeit zur Verrechnung des Vorschusses gegenüber der Einsenderin d. i. gegen die Frau Karoly zugestanden hatte — der Untersuchungsrichter sich auf den Antrag des Staatsanwaltes dennoch bestimmt fand, bei Schindler eine Hausdurchsuchung vorzunehmen.

Diese Hausdurchsuchung wurde auch durch Beschluß des Landesgerichtes für gerechtfertigt erkannt.

Ob nun mehr als ein halbes Duzend gewiegter praktischer

Juristen des Landes- und des Oberlandesgerichtes in diesem Falle ein Verbrechen erkannten, mag dahin gestellt bleiben.

Allein so viel ist gewiß, daß Notar Schindler gegen den Beschluß des Landesgerichtes, wodurch die Hausdurchsuchung für gerechtfertigt erkannt, aber die strafbare Handlung, deren der Notar Schindler verdächtigt oder beschuldigt wurde und wegen welcher die Hausdurchsuchung beschlossen und vorgenommen worden war, weder genannt noch mit Hinweisung auf irgend einen Paragraph des Strafgesetzes näher bezeichnet war, die Beschwerde ergriff, daß als das Landesgericht diese (gesetzlich unstatthafte) Berufung vorschriftsmäßig dem Oberlandesgerichte vorlegte, das Oberlandesgericht, ungeachtet es die Berufung als gesetzlich unzulässig zu verwerfen fand, dennoch nach §. 210 Str.-P.-D. Anlaß genommen hat, von Amts wegen in die Beurtheilung des Falles einzugehen und in Folge eines in einem Senate von vier Richtern und einem Vorsitzenden nach eingehender Berathung gefaßten Beschlusses erkannt hat, „daß das Strafverfahren wegen Mangels des Thatbestandes eines Verbrechens nach §. 197 Str.-P.-D. einzustellen sei.“

Daß dieser Beschluß, wie der Eingang erwähnte Artikel behauptet, durch einen oder gar durch mehrere wiederholte Aufträge des Justizministeriums zu Stande gekommen sei, ist thatsächlich ebenso un wahr als es nach den bestehenden Gesetzen und nach der den Gerichten durch die Gesetze garantirten völligen Unabhängigkeit in der Rechtsprechung undenkbar wäre und gewiß auch dem damaligen österreichischen Justizminister völlig ferne lag.

Das Justizministerium hat zwar als oberste Aufsichtsbehörde der Staatsanwaltschaft von einer Beschwerde des Notars Schindler Veranlassung genommen, mit Erlaß vom 4. Februar 1867 an die Oberstaatsanwaltschaft unter Hinweisung auf den Umstand, daß es dem Justizministerium nach genommener Einsicht in die Akten und nach sorgfältiger Prüfung des Sachverhaltes mehr als zweifelhaft erscheine, daß in demselben der Thatbestand des Verbrechens der Veruntreuung oder eines anderen Verbrechens begründet sei, „daß Justizministerium aber der richterlichen Judicatur weder vorgreifen wolle noch könne“

Oberstaatsanwalt aufgefodert, „den Gegenstand unverzüglich in eigene Erwägung zu ziehen und hiernach Weitere in seinem eigenen Wirkungskreise zu fügen.“

Nachdem weiterhin dem Justizministerium zur Kenntniß gekommen war, daß der Notar Schindler auf Antrag des Staatsanwalts vom Untersuchungsrichter inzwischen zur Vernehmung Beschuldigter vorgeladen worden sei, hatte das Justizministerium über die vom Notar Schindler gegen diesen Vorgang Staatsanwalts bei dem Minister vorgebrachte Beschwerde Oberstaatsanwaltschaft mit dem weiteren Erlasse vom 7. Februar 1867 aufgetragen, den Staatsanwalt anzuweisen, daß er dem Untersuchungsrichter und eventuell bei dem Gerichtshofe auf Antrage, mit jeder persönlichen Vernehmung des Notars Schindler als Beschuldigten in solange inne zu halten, bis der vorerwähnte Ministerialauftrag vom 4. Februar endlich entschieden seyn wird.

Sollte der Untersuchungsrichter oder das Landesgericht die Anträge des Staatsanwalts keine Folge geben, so habe der Staatsanwalt dagegen im Wege der Beschwerde bei den höheren Instanzen seinem Antrage Geltung zu verschaffen. Bevor jedoch dem entsprechenden Antrage des Staatsanwalts vom 8. Februar Folge gegeben war, langte vom k. k. Justizministerium in Begleitung eines Berichtes der Oberstaatsanwaltschaft, in welchem angezeigt worden war, daß dieselbe dem Staatsanwalte die erforderlichen Weisungen gegeben und dessen Bericht sowie die Urkunden wegen Erkrankung desselben noch nicht erhalten, jedoch, wenn dieses ohne eigene Akteneinsicht möglich sei, Grund zu erwarten habe, daß das Oberlandesgericht, wenn die Sache in Berufung des Notars Schindler oder der Staatsanwaltschaft zu dessen Cognition gelangen werde, in derselben einen charakteristischen Thatbestand kaum erkennen werde, bei der Oberstaatsanwaltschaft die weitere Verordnung vom 8. Februar ein, in die Erwartung ausgesprochen wurde, daß es sich — in die Vernehmung des Notars Schindler auf den 9. Februar nicht war — wohl von selbst verstehe, daß in dem Falle, da nicht etwa noch im Laufe des 8. Februar das Strafver-

fahren wegen Mangels eines Thatbestandes nach Maßgabe §. 197 Z. 1 der St.-P.-O. eingestellt und diese Einstellung dem Betheiligten auch am 8. noch intimirt wird, demselben wenigstens noch im Laufe des 8. Februar die einstweilige Zurückziehung des von dem Untersuchungsrichter ausgefertigten Vorladungsbefehles vom 7. Februar zukomme.

Dem dießfälligen sowie dem eben erwähnten früheren Beschlusse wurde vom Landesgerichte noch am 8. Februar in gleicher Weise stattgegeben, daß die Vernehmung bis auf Weiteres sistirt, von der Zurückziehung des Vorladungsbefehles aber kein Abgang genommen wurde, weil derselbe von Schindler bereits zurückgelegt worden war. Dieser Beschluß wurde demselben in der That bekannt gegeben.

In dem über den endlich eingelangten Bericht des Staatsanwalts und über die genommene genaue Einsicht der Akten von der Oberstaatsanwaltschaft an das k. k. Justizministerium erstatteten Berichte vom 12. Februar rechtfertigte dieselbe die frühere Vermuthung, daß das Oberlandesgericht den Thatbestand eines Verbrechens nicht erkennen werde, durch umständliche Darlegung der Gründe, welche ihrer Ueberzeugung nach für die Ansicht sprechen, daß in dem Vorgehen des Notars Schindler weder eine Veruntreuung noch ein Betrug noch eine andere strafgerichtlich verfolgbare Handlung zu erblicken sei. Diese Gründe bezogen sich im Wesentlichen eben sowohl auf die civilrechtliche Natur eines Vorschusses als auf die von Schindler deutlich erfolgte Anerkennung des Empfanges und der Verpflichtung zur Rechnungslegung, wodurch jede Absicht, „irgend zu führen“ oder „irgend Jemanden einen Schaden zuzufügen“ vorneherein ausgeschlossen sei.

Die Oberstaatsanwaltschaft erklärte in diesem Berichte, sie aus diesen Gründen bei der oberlandesgerichtlichen Entscheidung über die von Schindler mit Bestimmtheit in Aufrechterhaltung stehende Berufung gegen die über die Beschwerde desselben vom Landesgerichte als gerechtfertigt anerkannte Hausdurchsuchung ungeachtet noch einige jedenfalls nur unbedeutende Vermuthungen ausständig waren, auf Einstellung des Verfahrens.

gen werde, daß sie nicht zweifle, mit diesem Antrage durch-
 zungen und daß sie weitere Aufträge an den Staatsanwalt
 überflüssig halte. Das k. k. Justizministerium hat in seinem
 Laſſe vom 15. Februar diesen Gründen beigepflichtet und die-
 sen noch weiter ausgeführt.

Nur nebenher war die Bemerkung beigeſügt, daß es ſich
 ſelbſt von ſelbſt verſtehen dürfte, daß der Staatsanwalt nicht
 gegen einen von dem Oberlandesgerichte in Gemäßheit eines
 erſtaatsanwaltschaftlichen Antrages geſaßten Einſtellungsbeſchluſſ
 eine weitere Berufung ergreifen werde, ohne daß dießfalls dem
 Staatsanwalt ein Auftrag zu geben war oder gegeben
 wurde. In Folge deſſen hat der Oberſtaatsanwalt in der ober-
 landesgerichtlichen Sitzung vom 20. Februar 1867, bei welcher
 von Schindler am 14. Februar eingebrachte Berufung zur
 Erathung kam, den Antrag auf Einſtellung wegen Mangels
 des Thatbeſtandes irgend einer ſtrafgerichtlich verſolg-
 baren Handlung geſtellt und dieſer Antrag, welcher das Oberlandes-
 gericht in ſeiner freien Beurtheilung nach dem Ge-
 ſetze in keiner Richtung beſchränkt hätte, wurde, wie
 erwähnt, von dieſem Gerichtshofe zur gerichtlichen Ent-
 ſcheidung erhoben.

Uebrigens hatte Notar Schindler bereits am 29. Januar
 unter Vorlage ſeines in dieſer Sache erlaufenen Erpenſen- und
 Lebewiten-Verzeichniſſes im Aufſahe von 277 fl. 81 kr. zur
 Einſicht die erhaltenen 30 Napoleonsdör zur Diſpoſition der
 Frau Karoly gerichtlich erlegt und es wurden dieſelben der Frau
 Karoly in Alexandrien zurückgeſtellt.

Mit dem erwähnten oberlandesgerichtlichen Erkenntniſſe
 war die Sache endgültig und nach dem Geſagten durch völlig
 unbeeinträchtigte richterliche Entſcheidung des nach dem Geſetze hiezu
 berufenen höheren Gerichtshofes abgethan.

Wenn ſonach in jenem Aufſahe durch die Entwerfung eines
 karpiſchen Bildes der liberalen Juſtizpflege in Neuöſterreich
 verſucht werden will, nicht bloß die Ehrenhaftigkeit und Ver-
 trauenswürdigkeit des mehrerwähnten Notars, Landtags- und
 Reichsrathsabgeordneten Schindler in gravirendſter Weiſe an-
 zuzeiſen, ſondern auch die Unbefangenheit, Loyalität und Inte-

gritt der sterreichischen Justizbehörden zu verdächtigen, so ist dieses nur in gänzlicher Verkennung der dem Justizminister obliegenden Fürsorge, die unteren Organe der Staatsanwaltschaft dem Justizministerium als offenes Unrecht erscheinenden gegenwärtigen Anträgen zu warnen, welche besonders zur Zeit der eben im Zuge befindlichen Landtagswahlen auf die Regierung den Scheitern werfen geeignet gewesen wären, als wolle sie einen hervorragenden Mann der Opposition politisch mundtot machen, durch — gleichviel ob absichtliche oder unbewusste Entstellung der eigentlichen Sachlage und durch Verschweigung der wesentlichsten wahren Thatsachen geschehen und es ist Pflicht der Oberstaatsanwaltschaft, durch diese aktenmssige Darlegung des eigentlichen Sachverhaltes der Wahrheit und Gerechtigkeit die ihr obliegende Rechnung zu tragen und den bisher bei allen möglichen Bedrängnissen unangetastet gebliebenen Ruf der sterreichischen Justizpflege vor der Oeffentlichkeit zu wahren.

K. k. Oberstaatsanwaltschaft

Wien am 28. Dezember 1867.

Peter Ragerbauer,
k. k. Hofrath und Oberstaatsanwalt

II.

Die Gegenrede des Einsenders.

Wir haben vorstehende „Berichtigung“ aus Rücksichten auf Loyalität aufgenommen, wie sie uns zugesendet wurde, in der wir dabei natürlich dem Herrn Einsender das Wort offen ließen. Inzwischen hat nicht nur das bekannte Judenblatt in Wien, sondern auch die „Neue Freie Presse“, von dem Vornehmen der k. k. Justizbehörde genaue Kunde gebracht, ehe die „Berichtigung“ an

gelangte, sondern bald darauf hat auch die „Wiener Kirchenzeitung“, weil sie auf unsere Correspondenz Bezug genommen, dasselbe Altenstück kraft des Gesetzes abdrucken müssen. So ist es gekommen, daß wir mit der gedachten „Berichtigung“ zugleich auch die Entgegnung des Einsenders im Folgenden mittheilen können.

Die Redaktion.

Die Einsendung des k. k. Oberstaatsanwalts in Wien ist im Grunde gar nicht gegen die von uns gebrachten Thatsachen gerichtet; ja es werden darin sogar die gewichtigsten, juridisch folgenschwersten Thatsachen nicht nur nicht in Abrede gestellt, sondern in einer Manier behandelt, welche auf die juridischen Verfasser ein eigenthümliches Licht wirft.

So heißt es in dem Schriftstücke: „Ob nun mehr als ein halbes Duzend gewiegte praktische Juristen des Landes- und Oberlandesgerichtes in diesem Falle ein Verbrechen erkannten, mag dahin gestellt bleiben.“

Wir wollen es gerne glauben, daß der Herr Oberstaatsanwalt diese Thatsache sehr gerne dahingestellt bleiben lassen möchte, wir aber lassen sie nicht dahin gestellt bleiben. Sie ist der Angelpunkt unseres Artikels. Wir würden dem Herrn Oberstaatsanwalt, wenn er uns ferner drängen würde, noch etwas anderes mittheilen.

Wenn es sodann heißt: „Das k. k. Justizministerium hat in seinem Erlasse vom 15. Februar diesen Gründen beigespflichtet und dieselben noch weiter ausgeführt. Nur nebenbei war die Bemerkung beigegefügt (sic?), daß es sich wohl von selbst verstehen dürfte (sic?) daß der Staatsanwalt nicht etwa gegen einen von dem Oberlandesgericht in Gemäßheit eines oberstaatsanwaltlichen Antrages gefaßten Einstellungsbeschluß eine weitere Berufung ergreifen werde, ohne daß dießfalls dem Staatsanwalt ein Auftrag zu geben war oder gegeben wurde“ — so ist dieß eine sehr auffallende Rede. Wie man die deutliche Erklärung eines Vorgesetzten an einen Untergebenen, „daß

es sich wohl von selbst verstehen dürfte daß" u. s. w. nicht geradewegs als ein Verbot an den Staatsanwalt betrachten sollte, welches ein weiteres Berufen durchwegs verbietet, ist um so unerklärlicher, da nach der Oesterreichischen Gesetzgebung der Staatsanwalt an die Verfügungen des Oberstaatsanwalts und des Ministeriums gebunden ist.

Wie man in Wien erzählt, ist der Staatsanwalt daselbst gegen Schindler nur auf Anregung des Oberstaatsanwalts Ragerbauer eingeschritten; es wird ferner im Hause des Landgerichtsrathes offen behauptet, daß der Staatsanwalt in der Signatur selbst erklärt hat, er differire in dieser Sache mit dem Oberstaatsanwalt nur darin, daß dieser (Ragerbauer) die Handlung Schindlers für Betrug, der Staatsanwalt (Linbacher) für Veruntreuung halte.

Wir berufen uns auf die betreffenden Richter als Zeugen und besonders auf den Herrn Landesgerichtsrath Weißmann, welcher wissen wird, über welche Anregung er den Schindler'schen Akt der Staatsanwaltschaft mittheilte.

Ob aber unter jenen Juristen, welche Schindlers Handlungsweise für ein Verbrechen und daher strafbar hielten, auch ein gewiegter ist, wird der Herr Oberstaatsanwalt vielleicht aus Bescheidenheit nicht sagen wollen.

X.

Die französische Presse.

II. Die Parteistellung der Pariser Presse.

Während nun, wie schon gesagt, kein liberales Blatt unabhängig ist in Hinsicht seiner finanziellen Stellung, kann man alle Pariser Blätter, abgesehen von ihren besondern Verbindungen mit auswärtigen Kabinetten, hinsichtlich ihrer Stellung zur französischen Regierung in vier Gruppen theilen zwischen denen freilich die Grenzlinien nicht so scharf gezogen werden können, besonders wenn man es nicht versteht in die Karten zu schauen. Die erste dieser Gruppen begreift die erklärten Regierungsblätter, die zweite die etwas oder fast ganz unabhängig erscheinenden, die dritte sehr kleine Gruppe die völlig freien liberalen und die vierte die katholischen und legitimistischen Blätter.

Erklärt amtliches Organ ist eigentlich nur der *Moniteur universel de l'empire français*, der täglich Morgens erscheint und dessen amtliche Artikel und Mittheilungen, die keiner Unterschrift bedürfen, gar oft Stoff zu den verschiedensten und widersprechendsten Auslegungen geben. Trotz seiner strengen Amtlichkeit ist der „*Moniteur*“ aber durchaus kein so langweiliges Blatt als man glauben möchte; sondern er bringt u. A. eine Menge oft sehr interessanter wenn auch stets etwas amtlichsteifer Originalcorrespondenzen aus den verschiedensten und

entferntesten Ländern wohin sich sonst kein europäischer Reporter verirrt, viele fremde Nachrichten, viel Vermischtes, zahlreiche wissenschaftliche Artikel und Notizen, treffliches Feuilleton und geschätzte Kunstkritiken. Kein Wunder also wenn das Blatt in allen öffentlichen Lokalen zu finden ist und dort auch gelesen wird. Es hat 25 bis 30,000 Abnehmer, was sich auch durch seinen billigen Preis, 40 Franken jährlich, erklärt; eine ungeheure Menge meistens amtlicher Annoncen, und macht deßhalb ein gutes Geschäft, das übrigens nicht der Regierung zu Gute kommt. Der *Moniteur* ist nämlich Eigenthum der Erben des berühmten Verlegers Panlouche, die zur Regierung in einem Vertragsverhältniß stehen. Das Eigenthum des *Moniteur* wird auf einen Werth von mehreren Millionen angeschlagen. Die Regierung befehligt selbstverständlich die Redaktion unumschränkt an deren Spitze gegenwärtig die Herrn Villart und Dalloz stehen. Sie läßt es sich dabei etwas kosten. So erhielt z. B. der sehr wortreiche Theophil Gautier jährlich 36,000 Franken und hatte dafür monatlich drei bis vier Artikel über bildende Künste zu liefern.

Seit mehreren Jahren hat sich die Regierung in dem sogenannten kleinen *Moniteur* (*Moniteur universel du soir*) ein zweites Organ geschaffen welches den halbamtlichen und den liberalen Blättern aller Schattirungen bedeutenden Eintrag gethan. Dieß Blatt hat nur ein kleines Format, dreispaltig, und wird zu 5 Centimen die Nummer in den Straßen von Paris, in den Provinzialstädten, auf allen Bahnhöfen und selbst im Ausland, in Belgien, der Schweiz und England verkauft, da die Regierung das Blatt gegen alles Gesetz und Recht von der Stempelsteuer befreit hat. Durch Circulare sind die Landpfarrer, Landschullehrer, Gemeinderäthe und Gemeindebeamten aller Provinzen benachrichtigt, daß sie den kleinen *Moniteur*, anstatt des gesetzlichen Preises von 15 Franken, für 10 bis 12 Franken jährlich frei zugeschickt erhalten, wenn sie es wünschen. Das Blättchen ist auch gar

nicht so schlecht redigirt und sehr wohl auf den kleinen Mann berechnet. Außer den nothwendigsten amtlichen, fremden u. s. w. Nachrichten, gibt dasselbe ein gutes Feuilleton und reichlich Vermischtes. Jede Woche gibt es auch eine Rundschau, welche den Gedanken, die Absichten der Regierung oder manchmal auch die völlige Abwesenheit solcher Gedanken widerspiegelt. Die Auflage beträgt 90 bis 150,000, je nach den Zeitumständen. Obwohl die vorzüglichste Wirkung dieses Blattes darin besteht, daß es das Lesen anderer Blätter verhindert, so bildet es dennoch einen nicht unwichtigen Hebel des Regierungseinflusses.

Hochofficiös sind vor allen das Zwillingspaar Constitutionnel und Pays, wovon der erstere des Morgens, der andere Abends erscheint. Beide Blätter sind aber sehr bedeutend von ihrer früheren Höhe herabgesunken. Früher gehörten dieselben einer Aktien- u. h. Spekulationsgesellschaft an deren Spitze der bekannte Jude Mirès stand. Diese beiden durch das Ansehen der Regierung getragenen Blätter waren es hauptsächlich mittelst deren Mirès seine schwindelreichen Unternehmungen in Aufnahme zu bringen wußte. Damals hatte der gespreizte Constitutionnel 26,000 und Pays 16,000 Abnehmer; heute ist der erstere auf 7 höchstens 8000, letzterer auf etwa 2500 herabgesunken und können beide Blätter nur mehr durch die hohen Annoncenbeträge bestehen, welche die Agentur zufolge früherer Postverträge zu liefern verpflichtet ist. Der Börsenschwindel hat jedenfalls doch auch das Seinige zum Rückgange dieser Blätter beigetragen.

Der Constitutionnel wird von Limayrac geleitet, der sich vor zwei Jahren dem Herrn von Riancey, Direktor der Union, gegenüber eine arge Blöße gegeben. Letzterer sagte einmal, indem er gegen den Constitutionnel polemisirte, derselbe sei schon gar zu oft Lügen gestraft worden um mit seinen hochtrabenden officiösen Versicherungen noch Glauben zu finden. Dieß brachte den auf seine amtliche Stellung pochenden Limayrac so in Harnisch, daß er am folgenden Morgen feierlich mit

eigenster Unterschrift an der Spitze seines Blattes erklärte, er gebe 100,000 Franken demjenigen welcher ihm nachwies, daß, er ein einziges Mal vom Moniteur widerlegt worden sei. Riancy ließ sich dieß gesagt seyn und ein paar Tage nachher brachte die Union anstatt Einer, sogar zwei solcher Widerlegungen mit genauer Anführung des Textes des Constitutionnel und desjenigen des Moniteur. Die Niederlage Limayrac's war nun offenkundig, alle Blätter bestätigten die Thatsache und forderten ihn auf die ausgesetzte Summe zu zahlen, welche Hr. von Riancy zu einer Stiftung für die Pfarrei bestimmte, in deren Bezirk sich die Redaktionen beider Zeitungen befanden. Alle Einwendungen Limayrac's wurden unstichhaltig befunden und so sandte Riancy einen Gerichtsdienner um die Summe einzufordern. Was geschah aber? Die Eigenthümer des Constitutionnel erklärten kurzweg, daß sie keine Verantwortlichkeit für ihren Hauptredakteur übernähmen. Da man nicht so rücksichtslos seyn wollte, den Hrn. Limayrac aus eigenen Mitteln zahlen zu machen, mußte die Sache bleiben wie sie war. Selbstverständlich hat die Geschichte nicht zur Hebung des Ansehens des Constitutionnel beigetragen.

An der Spitze des Pays steht die Familie Granier de Cassagnac, aus dem Vater und zwei Söhnen bestehend. Das Blatt geberdet sich etwas conservativ, ist deßhalb fast immer etwas österreichisch und ziemlich antipiemontesisch gewesen und machte sich in letzter Zeit wiederum durch seine Befürwortung der Annexion Belgiens bemerklieh. Selbst 1859 machte der Pays nicht so stark in „österreichischer Barbarei“ als der Constitutionnel, der als völlig willenloses Werkzeug stets auf der Höhe der Zeit steht, d. h. den jeweiligen Regierungsabsichten auf jedmögliche Weise Vorschub leistet. Man sieht hier schon, warum bei einer so sehr verwickelten Politik wie die französische auch für jeden besondern Zweck derselben ein besonderes Organ bestehen muß. Vor Kurzem hat sich der Pays durch seinen etwas gemeinen Streit mit dem Courier

français bemerkslich gemacht, von dem nachher die Rede seyn wird. Beide Blätter gehören noch immer einer Aktiengesellschaft, bei der die Regierung stark betheiligt ist.

Ebenfalls sehr officiös ist die Patrie, welche stark in Abenbnachrichten macht, die nöthigenfalls am andern Morgen vom Constitutionnel oder Moniteur widerrufen werden können. Früher war der Deputirte Delamarre Eigenthümer und Direktor des Blattes, mit dem er sich namentlich zur Zeit der Annexion Savoyens hervorthat und deßhalb auch zum Offizier der Ehrenlegion befördert wurde. Gegenwärtig gehört das Blatt dem Crédit foncier, einem der größten Geldinstitute Europa's und dient natürlich dessen Zwecken. Während der Schwindelperiode der Pereire-Mirès-Pinard-Prost-Fould-Millaud u. s. w. leistete auch die Patrie ihr Möglichstes zur Ausbeutung des Publikums. Unter den jetzigen Redaktoren ist Herr Dréolle hervorzuheben der, seit längern Jahren mit dem preußischen rothen Adlerorden geziert, trotzdem kein besonderer Freund Preußens oder Bismarcks ist. Dafür bekam er auch kürzlich einen österreichischen Orden, gelegentlich der Reise des Kaisers von Oesterreich nach Paris. Früher hatte die Patrie bis 24,000, jetzt etwa 12 bis 14,000 Abnehmer. Ein großer Theil der Nummern wird auf der Straße verkauft, was wenig Gewinn einbringt, da man den Händlern 2½ Pfennige von der Nummer bewilligen muß, welche dieselbe für 15 Pfennige verkaufen. Rechnet man noch die 6 Centimen Stempel ab, so bleiben nur mehr 6½ Centimen. Dieß ginge freilich auch noch, wenn nicht der Straßenverkauf gar sehr wechselte und deßhalb Hunderte ja Tausende von Exemplaren unverkauft bleiben, wodurch Verluste entstehen die nicht so leicht auszugleichen sind. Die Patrie hat sich Italien gegenüber niemals so freundlich gezeigt, dagegen aber um so mehr für Rußland.

Das jüngste halbamtliche Blatt Etendard scheint den besondern Beruf zu haben, die napoleonischen Ideen in Bezug der Religion zu vertreten und namentlich den katholischen

Blättern *Monde* und *Univers* einen beständigen theologisch-politischen Prozeß zu machen. Hauptleiter des Unternehmens ist Herr August Vitu, neugebackener Offizier der Ehrenlegion und jetzt auch Inhaber der eisernen Krone von Seiten Oesterreichs. Seine rechte Hand scheint Herr Jean Wallon zu seyn, der namentlich in einer gewissen Art Theologie macht. Unter den theologisch-politischen Artikeln figuriren mehrere Unterschriften von Abbés und Ehrendomherren, deren Inhaber jedoch aller Wahrscheinlichkeit nach nur in der Einbildungskraft des gedachten Wallon ein Scheinleben fristen. Der Katholicismus den man in diesem Blatte predigt, ist eine Art von gallikanisch-kaiserlich-josephinisch-byzantinischem Gemisch welches, an den Protestantismus streifend, in Rußland gar sehr an seinem Plaze seyn dürfte. Beachtenswerth sind diese übrigens sehr armseligen Bestrebungen eben nur deshalb, weil sie in einem Regierungsblatt sich breit machen. Da der *Etendard* erst in den letzten Jahren gegründet worden, so muß man annehmen, daß die kaiserliche Regierung ihre kirchenreformatorischen Pläne keineswegs aufgegeben, sondern mit mehr Nachdruck als je verfolgt. Der *Etendard* versteht es manche Tendenznachricht in dieser Richtung loszulassen. So meldete er kurz nach dem Abgang der französischen Flotte nach Rom, während des letzten Garibaldi'schen Raubzuges, daß mehrere, sogar viele französische Bischöfe deshalb dem Kaiser ihren Dank ausgedrückt. Die Widerlegung einer dergleichen Nachricht ist jedenfalls sehr schwierig, denn wer wollte die 90 französischen Bischöfe befragen und welcher von den letztern sähe sich verpflichtet darauf zu antworten? So unwahr die Nachricht also gewesen, eine Widerlegung war durchaus unmöglich und deshalb ging sie unbeanstandet in alle liberalen Blätter Frankreichs und des Auslandes über. Der Zweck war somit erreicht, indem das Publikum glauben gemacht wurde, die katholische Kirche fühle sich der kaiserlichen Regierung gegenüber zur Dankbarkeit verpflichtet. Welchen Vorschub dergleichen Vorspiegelungen der Zwei-

deutigkeit leisten, kann man sich leicht denken. Die Auflage des *Etendard* beträgt zwischen 3 bis 4000 und wird zum guten Theil auf der Straße abgesetzt. Wenn daher Herr Vitu Wagen und Pferde hält und ein großes Haus macht, so ist dieß nur ein Beweis daß die Regierung ihre Leute kaiserlich zu belohnen weiß.

Ein ganz ähnliches Blatt ist die seit 7 bis 8 Jahren bestehende abendliche *France*, deren Gründer und Spiritus familiaris der Senator de Lagueronniere ist, und für welche das Gründungscapital zum Theil von Senatoren aufgebracht worden. Die *France* soll den conservativen Napoleonismus vertreten, und überhaupt eine Vermittlung zwischen den widerstrebenden Principien und Bestrebungen der verschiedenen französischen Parteien anbahnen. So soll sie das Kaiserthum befestigen helfen. Das Blatt gilt nebenbei als Organ des Erzbischofs von Paris und des hoffähigen Katholizismus. Bedenkt man dabei, daß der unsichtbare Leiter, Herr de Lagueronniere, der Verfasser der berühmten Broschüre „der Papst und der Congreß“ ist, dann wird man den Standpunkt beurtheilen können, den dieß Blatt in den kirchlichen Angelegenheiten einnimmt. *La Franco* bestrebt sich jene hausbackene, stark mit staatlicher Nützlichkeit versezte Moral zu predigen, welche der kirchlichen Autorität möglichst entbehrt. Doch unterstützt sie in neuester Zeit die päpstliche Regierung, freilich indem sie nebenbei gleich dem *Etendard* stets von Versöhnung des Papstes mit Italien spricht. Die Auflage bewegt sich zwischen 8 bis 10,000 und ist bedeutenden Schwankungen unterworfen, wie bei allen Abendblättern die viel auf der Straße verkauft werden.

Anscheinende Oppositionsblätter, im Grunde aber sehr eifrige Diener der napoleonischen Zwecke, sind *Siècle* und *Opinion nationale*, ersterer Morgen-, das letztere Abendblatt. Beide sind Organe jenes bekannten schnöden und beschränkten bürgerlich-revolutionären Liberalismus, der überall als der Bahnbrecher des Radikalismus und Socialismus auftritt.

Der *Siècle* ist namentlich unter den Arbeitern verbreitet, als deren Leiborgan er betrachtet werden muß. In Paris darf er in keiner Schenke, in keinem Speisehaus fehlen, worin Arbeiter verkehren. Ueberall in den kleinen öffentlichen Lokalen, worin nur eine Zeitung aufliegt, ist es mit höchst seltenen Ausnahmen der *Siècle* der dort zu finden. Das Blatt bekämpft den Katholizismus auf die nichtswürdigste Art die man sich fast nur denken kann. Es heuchelt Ehrfurcht vor Religion und weiß auf diese Art das religiöse Gefühl welches in jedem Franzosen, auch dem gleichgiltigsten, immer noch steckt, nicht nur zu schonen und zu hütcheln sondern sogar zu reizen und gegen die bestehende katholische Kirche zu kehren. Täglich stellt es zu dem Zwecke die ganze Geistlichkeit bis hinauf zum Papst als Missethäter und Verbrecher hin, welche die wahre Religion der sie dienen, nicht verstehen sondern verdrehen und zu ihren eigennützigen menschenfeindlichen Zwecken ausbeuten.

Sein beständiger Vorwurf ist der, daß die Priester aus der Religion der Liebe eine Religion des Hasses gemacht hätten, natürlich weil sie Garibaldi und andern großen Menschenfreunden sich zu widersetzen unterfangen. Im Namen der Duldung und des Fortschrittes verlangt der *Siècle* täglich Geistliche, Fürsten und Adelige zu spießen und zu hängen. Mit einer wahrhaft teuflischen Scheinheiligkeit weiß er die so schöne christliche Ehrfurcht der Pariser Bevölkerung für die Todten auszubeuten, indem er jegliche Verweigerung des kirchlichen Begräbnisses, das irgendwo in der Welt vorkommt, als ein todeswürdiges Verbrechen der Geistlichkeit darstellt. Eine abgefeimtere Aufhebung gegen Kirche und Geistlichkeit, als diejenige welche der *Siècle* betreibt, kann man sich kaum denken. Dabei hofmeistert er alle kirchlichen und weltlichen Autoritäten, natürlich mit unterthänigster Rücksichtnahme auf die kaiserliche Regierung, in einer ganz unverschämt anmaßenden Weise. Ein solcher Ton gefällt natürlich dem gemeinen Mann, der immer zum Widerstande

gegen die Autoritäten geneigt ist. Auf alle Weise versteht er es den Fehlern und Leidenschaften der Menge zu schmeicheln. Fast täglich bringt er auf der ersten Seite an hervorragender Stelle eine gegen die Geistlichkeit gerichtete, oft völlig unwahre, stets aber gehörig zugestuzte Nachricht oder aufgewärmte Geschichte.

Der cynische und fanatische Haß dieses Blattes gegen die Geistlichkeit ist so groß, daß kürzlich, als dessen Redaktion und Druckerei nach dem neuen Palast übersiedelten, der von der Aktiengesellschaft für das Blatt gebaut worden, fast alle andern Blätter bei der Mittheilung dieser Uebersiedlung hinzufügten: „Der Siècle hinterläßt in seiner alten Behausung eine Menge Knochen von Priestern, welche von den Redactoren verspeist worden sind.“ Deßhalb darf man aber nicht glauben, daß der Siècle nicht auch Augenblicke habe, wo er die Kirche zu würdigen weiß. Am 29. Juli läßt er jedes Jahr in der St. Paulskirche eine feierliche Messe halten für die Revolutionskämpfer von 1830. Die Einladung welche er das letzte Jahr dazu an der Spitze des Blattes erließ, war in einem Style abgefaßt, den kein ordentlicher Christ verläugnen würde. Freilich hat der Verfasser derselben und einer der ersten Mitarbeiter des Blattes, Emil de la Beudolliere, schon einmal um einen päpstlichen Orden nachgesucht und, so viel man weiß, auch erhalten.

Der Hauptbetheiligte an der Aktiengesellschaft welcher der Siècle gehört, und zugleich „politischer Direktor“ des Blattes ist Leonor Havin, ein reich mit Orden der verschiedensten Länder behangener sehr reicher und ehrgeiziger Demokrat neuesten Zuschnittes. Seine Wahl zum Deputirten in Morigny = sur = Bire (Manche-Departement) wußte er besonders dadurch zu fördern, daß er dem kaum 2000 Seelen zählenden Städtchen versprach die Gründung einer zweiten Pfarrei zu erwirken und auch wirklich die Sache durchsetzte. Er hatte die Unverschämtheit den Geistlichen und selbst dem Bischof seine Candidatenbesuche zu machen. Natürlich gab er zu verstehen,

daß sein Blatt nun auch der Kirche mehr Rücksicht angedeihen lasse, während er selbst für reichlichere Staatsunterstützung stimmen werde. In der That verhielt sich der *Siècle* auch mehrere Wochen lang außerordentlich zahm und geschmeidig gegenüber der Geistlichkeit.

Ebenso wie Herr Havin verschmähen auch seine würdigen Mitarbeiter trotz aller demokratischen Gesinnung keineswegs die aristokratischen, nach den sonst so gehaßten alten Vorurtheilen schmeckenden Auszeichnungen. Im Gegentheile dürfte es kaum ein Blatt geben dessen sämtliche Redakteure so reichlich mit Orden versehen sind als diejenigen des *Siècle*. Oesterreichische, preussische, päpstliche und italienische, türkische und russische, belgische und spanische, brasilische, dänische und schwedische Orden vertragen sich einträchtiglich auf demselben Rocke. Auch in anderer Hinsicht thun diese Herren ihren demokratischen Gefühlen mit heroischer Selbstverläugnung Gewalt an. Herr Havin geht an den Hof und zum Prinzen Napoleon und legt dann sogar die so sehr anti-demokratischen kurzen Hosen an. Selbstverständlich ist derselbe sehr reich, lebt als reicher Geldproß, da das Blatt bei etwa 35,000 Abnehmern — früher bis über 50,000 in aufgeregten Zeiten — und 650,000 Franken jährlicher Annoncenpacht sehr gute Geschäfte macht. Von den Unterstützungen Seitens auswärtiger Regierungen und Seitens der verschiedensten Geldanstalten soll dabei noch gar nicht die Rede seyn. Alle die zahlreichen Mitarbeiter des Blattes sind sehr gut bezahlt, von 10 bis 20,000 Franken jährlich und mehr. Für den literarischen Theil, *Femilieton* u. s. w. wird ein schönes Geld verwendet, es besteht eine eigene literarische Abtheilung der Redaktion unter der Leitung des Hrn. Desnoyers.

In Börsengeschäften macht der *Siècle* selbstverständlich ebenso stark wie nur irgend ein liberales Blatt. Alle liberalen Blätter sind in dieser Hinsicht völlig gewissenlos. Im Nothfalle ist ja stets das große Wort „Fortschritt“ da um all

ihre Sünden zu überdecken. Ich will hier nicht von den großen Schwindeleien und betrügerischen Börsenunternehmungen sprechen an denen der *Siècle*, gleich den andern liberalen Blättern, oft ohne besondere Absicht stets aber mit sehr greifbarem Nutzen für sich selber theilgenommen und bei denen er wie die übrigen ohne Beulen, ohne Zusammenstoß mit der Macht der Gerechtigkeit davongekommen. Eine einzige Geschichte genügt um sein und das Treiben aller liberalen Blätter vollkommen zu kennzeichnen.

Einer der Hauptmitarbeiter des *Siècle*, Namens Louis Jourdan, gründete im Jahre 1856 mit den Banquiers Amail, Duenyrier und Willaud eine Speculationsgesellschaft. Jourdan verpflichtete sich das Unternehmen im *Siècle* durch Leitartikel und sonstige Aufsätze zu empfehlen und nahm dafür am Gewinnste Theil, der nicht unbedeutend war. Die Sache ging mehrere Jahre ganz vortrefflich, jedoch stellte es sich sehr bald heraus daß das ganze Unternehmen ein gemeines Betrugsgeschäft sei. Die Gerichte schritten trotzdem erst 1862 ein. Den Theilnehmern wurde das Handwerk gelegt, die Gesellschaft gerichtlich aufgelöst und jeder derselben zu Geld- und Gefängnißstrafen verurtheilt. Herr Louis Jourdan erhielt sechs Monate für seinen Antheil. Der Schlag war hart für einen Edelgefinnten, der täglich für die modernen Principien und freilich auch für das neue Recht einsteht. Jedoch wußte man den Unfall auf eine sehr geheime Art so ziemlich unschädlich zu machen. Die beiden Pariser Gerichtszeitungen, welche sonst alle dergleichen Geschichten veröffentlichen, wurden ohne allzu große Mühe gewonnen und sagten kein Wort von der Verurtheilung. Viel leichter ging dieß bei allen liberalen Zeitungen, deren Mitarbeiter ja fast sämmtlich in ähnliche Unternehmungen verwickelt sind und stets vieles von den Geldmännern zu hoffen haben. Fehlt es ja unter ihnen nicht an solchen die schon verurtheilt sind oder die eine Verurtheilung zu befürchten haben. Etwas heiklicher wurde die Sache mit den katholischen und legitimistischen Blättern,

welche von dem Siècle stets in der gemeinsten Weise behandelt werden. Doch auch dieß gelang. Man ging zu deren Direktoren, stellte ihnen vor daß jetzt Louis Jourdan ein tochter für das öffentliche Leben verlornen Mann sei, der nie wieder in einem Blatte auftreten werde, dem man also aus Menschenfreundlichkeit die letzte Schmach ersparen möge. Schon seine Frau, die sehr fromm sei und ihre Kinder dem entsprechend erziehe, verdiene diese Rücksicht. Man habe also doppelte Ursache Nächstenliebe zu üben. Wie man sieht, ist letztere sowie die Frömmigkeit der Frau auch öfters den allzu liberalen Männern gar sehr nützlich, denn die genannten katholischen Direktoren waren gutherzig genug und sagten alles zu. Und so geschah es, daß von dem ganzen so schmachlichen als verdrießlichen Prozeß in der ganzen Pariser Presse keine Silbe verlautete.

Uebrigens waren auch nur die Gerichte streng gewesen. Die Staatsobrigkeit, welche die Dienste eines Scheingegners wie der Siècle besser zu würdigen weiß, zeigte sich nachsichtiger. Die ohnedieß nur sehr gelinde Gefängnißstrafe wurde fast gänzlich erlassen und kaum einige Monate später spreizte sich Herr Louis Jourdan wiederum in den Spalten des Siècle als Vorkämpfer des Fortschritts, der modernen Civilisation, des Liberalismus und als Hof- und Lehrmeister der Kirche. Der Jude Willaud aber wußte den bösen Eindruck dadurch zu verwischen daß er der ganzen Pariser liberalen Presse ein lukullisches Festmahl gab, von dem alle Blätter monatelang vorher und nachher überflossen und das selbst in der deutschen liberalen Presse seine Historiker gefunden hat. Seitdem steht Willaud auch ganz gerechtfertigt von verschiedenen ähnlichen Verurtheilungen vor den Augen des Publikums. Höchstens haben die Gerichte geirrt als sie ihn verurtheilten. Seitdem hat er auch seine „Geschäfte“ mit bestem Erfolg fortgesetzt. Man erinnere sich dabei stets was hier unter dem Wort „Geschäfte“ verstanden werden muß. Les affaires, c'est l'argent des autres.

Der *Siècle* war, als erklärter und höchst beschränkter Chaudinist, von jeher sehr deutsch- und preußenfeindlich gewesen. Er mußte also 1866, wo schon fast ganz Frankreich, mit alleiniger Ausnahme der verbissensten Liberalen, sich zu Oesterreich hinneigte, der preußischen Regierung sehr unbesquem werden. In Berlin nämlich konnte die Stimmung Frankreichs nicht gleichgiltig seyn, indem durch dieselbe die französische Regierung hätte aus ihrer Zuschauerrolle herausgedrängt werden können. Doch was geschah? Die Pariser trauten ihren Augen kaum als sie, nach einigen den Uebergang vermittelnden Artikeln, plötzlich eines Morgens ein fast ganz preußisches Programm im *Siècle* lasen. Einige böse Zungen, deren es leider überall gibt, sprachen von einer Bestechung mittelst einer Summe von 600,000 Franken. Später wurde der Glaube daran allgemein und Jedermann erzählte sich die nichts weniger als wunderfame Mähr. Dadurch aber wurde die Sache nicht anders, denn der *Siècle* wußte seinen Verussismus gar wohl unter seiner täglichen, dießmal mit doppelten Mitteln betriebenen Priesterfreßerei zu verhüllen. Der Sieg Preußens war ja das Ende des letzten „Pfassensreichs“. Ein Mitarbeiter des Blattes, Namens Bilbort, begab sich in's preußische Hauptquartier und schickte von dort her Briefe voll der edelsten Bewunderung für das „herrliche Kriegsheer“. Nebenbei vergaß er nicht zu erzählen wie er mit Offizieren und Generälen kameradschaftlich umgehe, wie die so stolzen preußischen Prinzen ihm vertraulich auf die Schultern klopfen, wie er an den Berliner Hoffesten theilnahm, bei Bismark verkehrte und ihm die Hand drückte. Und dieß alles weil er Franzose und Vertreter des so höchst ehrenhaftesten *Siècle* sei. Wahrlich die Leser hätten undankbar seyn müssen, wenn sie diese Ehre, die ja auch sie betraf, nicht zu schätzen wußten. Freilich blieb immer noch etwas von der anfänglichen Ueberraschung. Dieß schadete aber nichts; der Dienst, den der *Siècle* leisten sollte, ist in ausgiebigstem Maße geleistet worden. Um der Sache noch einen patrioti-

schen Anstrich zu geben, schickte nach der Beendigung des Feldzugs der Siècle auch zuerst das Gerücht in die Welt, Preußen werde nun das linke Rheinufer abtreten.

Als aber Preußen hierbei nicht dieselbe Zuvorkommenheit zeigte welche es gegen den Siècle bewiesen, mußte Herr Havin nach einem andern Mittel suchen um den Rückzug zu decken. Er veröffentlichte einen schwulstigen, auf sein Publikum sehr wohl berechneten Artikel worin er seine vollste Entrüstung darüber ausschüttete, daß Voltaire, dieser Apostel der Freiheit und Toleranz, der der nichtswürdigen Geistlichkeit so gewaltig zugesetzt, bis jetzt noch kein würdiges Denkmal besitze. Um diese Ehrenschild der Nation endlich abzutragen, eröffne er eine populäre, eine wahre Nationalsubscription, zu welcher ein jeder nicht über 25 Centimen beitragen dürfe um so dem „ganzen Volke“ die Theilnahme zu ermöglichen. Wenn man die seit einigen Jahren unter den mittlern und niedern Volksclassen Frankreichs herrschende Unzufriedenheit und Unbehaglichkeit kennt, so darf man sich nicht wundern wenn diese offenbar gegen Kirche und Gesellschaft gerichtete Demonstration fast vollkommen gelang. Trotz aller Nachweise über die Nichtswürdigkeit Voltaires, welche fast alle Blätter beibrachten, theilnahmen sich die Arbeiter in bedeutender Zahl an der Unterzeichnung, Dank besonders auch der Organisation die man zu solchen Zwecken unter den Arbeitern herzustellen weiß und von der die großartigen, überraschenden Arbeits-Einstellungen vor einigen Jahren das glänzendste Beispiel geliefert. Zugleich ließ Ehren-Havin eine vollständige Ausgabe der Werke Voltaire's in der Druckerei des Siècle veranstalten, wies aber auch wohlweislich die Anzeige einer ähnlichen Ausgabe von Seiten eines Pariser Buchhändlers in seinem Blatte kurzweg ab, um sich das „Geschäft“ nicht zu verderben. Trotzdem behauptete er, daß der ganze Zweck dieser neuen Ausgabe darin bestehe, die Werke seines traurigen Helden gehörig bekannt zu machen.

Anfangs 1867 nannte derselbe Vilbort Bismarck einen

Menschen ohne Principien und Charakter, einen Tyrannen der kein Gesetz achte u. s. w. Dafür wurde er aber tüchtig vom Monde mitgenommen, der offen heraus sagte daß der Siècle an dem Tische Bismarcks gespeist, ohne daß der sonst gegen die „Klerikalen“ so tapfere Kämpfe auch nur ein Wort der Widerlegung wagte. Als einige Zeit nachher besagter Bilbert trotzdem den rothen Adlerorden erhalten sollte, war die Stimmung in allen Schichten schon so entschieden anti-preussisch geworden, daß der um die Kasse stets sehr besorgte Havin es für gerathen fand, seinem Mitarbeiter die Annahme dieser Auszeichnung zu verbieten, weil, wie er öffentlich im Siècle sagte, dieß dem Blatte schaden könne. Ein anderer ebenso demokratischer Mitarbeiter des Blattes, Leon Plée, drängte sich in die Ausstellungs-Commission, was dem Siècle ja wiederum etwas an Ansehen einbrachte. Er erhielt dafür, was er gesucht hatte, nämlich das Kreuz der Ehrenlegion. Der Siècle aber, um die demokratischen Gefühle seiner Leser zu schonen und dieselben nicht in seine Karten schauen zu lassen, strich dessen Namen aus der Liste der Ordensverleihungen welche er veröffentlichte.

Liest man den Siècle, so glaubt man eins der gefährlichsten, kühnsten und unabhängigsten Oppositionsblätter vor sich zu haben. Man erstaunt, daß in dem „geknechteten“ Frankreich eine so freie Sprache erlaubt sei. Alle möglichen und besonders auch alle unmöglichen Fortschritte und Neuerungen werden mit Ausdrücken verlangt, daß einem oft hören und Sehen vergehen möchte ob des gewaltigen Muthes der Herren Plée, Jourdan, Labedoilière u. s. w. Man geräth unwillkürlich in Hitze wenn man dieß alles liest, so schwungvoll, so freiheitsbegeistert und edelmüthig-patriotisch ist der Text. Man möchte sofort mithelfen an dem Baue der Freiheit, den der Siècle einem täglich vormalt. Nur um eins könnte man verlegen seyn, nämlich wie man es anzufangen habe um mit demselben zu gehen. Geht man alsdann genauer auf die Sache ein, prüft man näher, dann wird man

plötzlich gewahr, daß dieser ganze gluthvolle Oppositionsschwall völlig ohne jeglichen Anhalt in der Wirklichkeit ist, daß alles sozusagen in der Luft hängt. Denn schließlich findet man daß der *Siècle* stets mit allem zufrieden ist was die Regierung thut. Fast immer weiß er den Gedanken der Regierung voraus, besonders was die innern Angelegenheiten betrifft, und macht dann seinen Lesern begreiflich, daß man von oben nur gethan habe was er schon längst verlangt und befürwortet habe. Nur in einigen wenigen Angelegenheiten, wie z. B. der letzten Expedition nach Rom, ist das Blatt beständig gegen die Regierung gewesen, welche immer noch den Papst nicht bald genug dem Banditenthum überliefern will. Nur gegen die Geistlichkeit zeigt der *Siècle* stets großen Muth und sie muß stets als Sündenbock dienen, wenn etwas nicht nach seinem Willen geht.

Bei ausländischen Verwickelungen, manchmal auch bei wichtigen innern Angelegenheiten, wird der *Siècle* als Fühler gebraucht um die Volksstimmung auszukundschaften und zu beeinflussen. Die Vermiethung an Preußen während des letzten böhmischen Feldzugs ist jedenfalls mit Vorwissen der französischen Regierung geschehen, denn ohne die Einwilligung der letztern hätte der tapfere *Siècle* nie sich getraut für Preußen einzustehen. Mit Jung-Italien ist seine Verbindung stets die engste gewesen, seine italienischen Correspondenzen stammen aus dortigen Regierungskreisen. Wie viel die Subvention beträgt, ist nicht bekannt; Thatsache ist daß mindestens ein Duzend der Mitarbeiter des *Siècle* mit italienischen Orden ausgestattet sind. Der *Siècle* dürfte übrigens das zahlreichste Redaktionspersonal aller Pariser Zeitungen haben.

Im Uebrigen versteht es *Siècle* vortrefflich allen Volksleidenschaften, dem Ehrgeiz und Chauvinismus der Massen zu schmeicheln. Auch beschäftigt er sich öfter mit den Verhältnissen, der Wohnung, Speisehäusern u. s. w. der Arbeiter, natürlich ohne dabei mehr als das Interesse der Leser im Auge zu behalten. Eine gesunde oder auch nur halbwegs

neue Idee kann man vom Siècle nicht verlangen. In finanzieller Hinsicht ist das Blatt so ziemlich an Allem betheiligt, was zum Zwecke der Ausbeutung des Publikums unternommen wird. Das Beispiel Jourdan's genügt in dieser Hinsicht. Merkwürdigerweise hat all dieß dem Blatte am wenigsten in seinem Ansehen beim Publikum geschadet, was auch den Maßstab abgibt, nach welchem letzteres zu beurtheilen ist.

Ein in Allem würdiger Genosse des Siècle ist die abendliche Opinion nationale, deren Gründungsgeschichte schon eine ganz eigenthümliche ist. Zur Zeit als Cavour in Plombières mit Napoleon verhandelte, mußte es daran gelegen seyn die öffentliche Meinung gegen Oesterreich aufzuregen und für die italienischen Unternehmungen zu begeistern. Obwohl an käuflichen und dienstfertigen Blättern auf dem Markte Ueberfluß war und alle auch in Dienst genommen wurden, so fehlte es doch an einem neuen Blatte das, durch keine Vergangenheit und Rücksicht verhindert, so recht in's Zeug gehen konnte. Ueberdies deutete ein neues Blatt an sich auf neue Bedürfnisse, neue Ideen und Richtungen und das ist ja gerade was man haben und bethätigen, womit man dem Publikum imponiren wollte. Die eigentlichen Regierungsblätter waren hierzu also völlig ungenügend, sie durften sich nicht zu weit verwagen. Daneben galt es aber noch den unabhängigen Abendblättern etwas beizukommen. Unter denselben stand die durch Emil von Girardin gegründete und geleitete „Presse“ ebenan mit einer Auflage von weit über 40,000. Sie beherrschte sozusagen den Mittel- und Handelsstand völlig, ebenso wie sie die Börse und noch mehr den Neuigkeitsmarkt (Boulevard) beherrschte. Dem sollte abgeholfen werden. Die Presse erhielt nacheinander zwei Verwarnungen unter ziemlich bei den Haaren herbeigezogenen Vorwänden und wurde dann, streng gesetzlich, unterdrückt, jedoch mit der gnädigen Nachsicht nach zwei Monaten wieder erscheinen zu dürfen. Bei aller „Gesetzlichkeit“ gab man sich auf diese Weise noch den

Schein der Nachsicht. Kurz vor der Unterdrückung erschien die durch italienisches Geld gegründete und seitdem noch stets von dort her unterstützte *Opinion nationale*. Das Blatt erhielt dabei die wichtigsten Nachrichten von zwei Regierungen zugleich mitgetheilt. Was Wunder also wenn es sofort eine Auflage von 15 bis 18,000 erreichte. Die Presse war dadurch im Schach gehalten, denn nach ihrem Wiedererscheinen brachte sie es nicht wieder über 20,000 Abnehmer.

Man darf dreist behaupten, daß die *Opinion nationale* ihrer Aufgabe sehr wohl entsprochen hat und ihre Brodherren das Geld nicht umsonst ausgegeben haben. Im Sommer 1866 wurde sie plötzlich sehr preußisch wofür sie 150,000 Franken erhalten haben soll. Bestimmt kann man freilich diese und andere Bestechungen der Pariser Presse nicht behaupten, Thatsache aber ist daß in Paris Jedermann davon spricht und daß keines der angeschuldigten Blätter sich gegen die Broschüre des Hrn. v. Larochetaquelin zu vertheidigen vermochte, worin derselbe diese Beschuldigungen so schlagend und eindringlich nachwies, daß heute fast Niemand mehr daran zweifelt. Seitdem ist aber die *Opinion* wiederum so sehr in den alten Preußen- und Deutschenhaß zurückgefallen, daß sie gelegentlich der Reise des österreichischen Kaisers nach Paris verschiedene Entzückungen haben und für ein österreichisch-französisches Bündniß schwärmen konnte. Es dürfte dieß schon als ein Zeichen angesehen werden daß man allerhöchsten Ortes ein solches Bündniß bestimmter Zwecke halber wünscht. Deßhalb wurde auch einer der Redakteure des blutrothen Blattes (*Maespine*) mit einem österreichischen Orden begabt, ein Umstand der um so mehr auffallen muß, wenn man den Ursprung des Blattes kennt, das sein ganzes Daseyn nur dem Hasse und der Bekämpfung Oesterreichs auf Leben und Tod im Style Garibaldi's verdankt.

Vom *Siècle* unterscheidet sich die *Opinion* nur durch etwas rohern und offenern Cynismus. Sie gilt nebenbei als specielles Organ des „rothen Prinzen“, Better Napoleons III.

und Schwiegersohn Viktor Emanuels. Im Grunde aber dient sie der kaiserlichen Politik nur in einem andern Sinne als die meisten andern Regierungsblätter. Gegen die Geistlichkeit und das Papstthum ist ihr Haß noch fast schlimmer als beim *Siecle*, es ist schon mehr eine nackte Tollwuth, welche die Herren *Gueroult* und *Souvestre*, letzterer ein Zögling der berühmten Pariser Normalschule, regiert, wenn sie auf etwas zu sprechen kommen was die Kirche betrifft. Die *Opinion nationale* ist eins jener Blätter bei der für unser einen die Möglichkeit aufhört, ein Urtheil darüber in gebildeter Ausdrucksweise auszusprechen. Die Auflage beträgt zwischen 12 bis 14,000.

Wenn noch etwas Zweifel über den wahren Charakter dieses Blattes und des *Siecle* bleiben könnte, so müßte das Verhalten der Herren *Gueroult* und *Havin* in der Deputirten-Kammer entscheiden. Beide stimmen entweder für die Regierung oder sie sind abwesend bei der Abstimmung, wenn dieselbe gar zu compromittirend werden könnte. In allem Uebrigen aber gehen sie mit den Oppositions-Deputirten, stellen Anträge mit denselben, natürlich solche die nicht zu viel zu bedeuten haben, und sitzen auf den oppositionellen Bänken. Kurz sie spielen in der Kammer das gleiche Spiel wie in ihren Blättern. In finanzieller Hinsicht hat die *Opinion* ebenfalls das Mögliche und Unmögliche geleistet.

Ein weiteres der Regierung und besonders auch dem Garibaldismus sehr dienstfertiges Blatt ist das morgendliche *Journal des Débats*. Sehr herabgesunken von seiner frühern hohen Höhe, kann es kaum noch für mehr als eine Preß-lame gelten, die von Jedem Geld und Huldigungen annimmt. In Jung-Italien steht das Blatt im engsten Verhältniß, vertheidigt alle Gräueltthaten auf der Halbinsel mit einem wahren Cynismus, und erhält dafür seit längerer Zeit jährlich 160,000 Franken, wie man wenigstens allgemein sagt. Wie bei der „*Opinion*“ stammen seine Correspondenzen und Artikel über Italien theils aus Regierungskreisen theils aus den Reihen der dortigen geheimen Gesellschaften. Man kann sich daher

nicht wundern, wenn in beiden Blättern die Mordmorde der geheimen Verschwörer nicht nur entschuldigt sondern sogar belobt werden. Seit dem Aufgange des Sternes Bismarck im Norden hat sich das Journal auch in dessen Kometenschweif mitziehen lassen und nimmt sogenannte diplomatische Artikel aus preussischen Ministerien auf, natürlich gegen entsprechende Erkenntlichkeit. Im Jahre 1866 trat dieser preussische Einfluß in gar auffallender Weise hervor, was man sich in Paris allgemein als Wirkung eines außerordentlichen Aufgusses von 300,000 Franken erklärte. Seit einiger Zeit scheint das Blatt auch mit deutsch-mittelstaatlichen Brosamen vorlieb zu nehmen; wenigstens deuten mehrere diplomatische einfältige Artikel und Correspondenzen darauf hin. Einzelne Mitarbeiter sind ganz napoleonisch, einer davon (Sacy) wurde deshalb auch Senator, was bekanntlich einer lebenslänglichen Rente von 30,000 Franken gleichkommt.

Mit Rußland und England (weiland Palmerston) ist die Verbindung außer allem Zweifel. Im Uebrigen ist das Ansehen und der Einfluß des Blattes sehr gesunken, besonders in Frankreich selbst. Es hat nur noch 9000 Abnehmer, früher das Dreifache und mehr; davon jedoch verhältnißmäßig viel im Auslande wo man das Journal immer noch für das erste Blatt Frankreichs hält, während es eigentlich jetzt in die zweite oder dritte Rangklasse gehört. Einzig von Werth sind die literarischen und wissenschaftlichen Artikel, natürlich fast alle im Renan'schen Sinne. Gegen Papst und Kirche bethätigt es den blödesten Haß und scheint sich dabei die Bekämpfung des Monde zu einer Hauptaufgabe gemacht zu haben. Um das alte Blatt — das Journal des Débats besteht schon über achtzig Jahre — gründlich zu ärgern machen sich die katholischen Blätter öfter den Spaß, dasselbe mit dem Charivari, dem Siècle und der Opinion nationale zu verwechseln und auf Eine Stufe zu stellen.

Direktor und Hauptaktionär des Blattes ist Hr. Bertin, der selbst wenig oder nichts schreibt. Finanziell wird es von

verschiedenen Seiten beeinflusst, ohne daß dieß so sehr hervortritt wie bei den meisten andern liberalen Blättern. Das *Journal des Débats* ist das theuerste Pariser Blatt (72 und 80 Franken jährlich) und gibt dabei keine sogenannten Preise (*primes*) an seine Abonnenten. Um Abonnenten zu gewinnen haben fast alle Pariser Blätter die Gewohnheit gegen Erlegung eines kleinen Zuschusses zu dem Abonnementspreis gewisse Bücher, meistens Romane oder abgestandene Geschichtswerke, zu liefern. Der Abonnent glaubt dann diese Literatur um die Hälfte oder noch weniger des wirklichen Preises erhalten zu haben. In der Wirklichkeit aber machen die Zeitungsverleger keine oder nur eine geringe Zubuße, indem sie die als Preise gegebenen Werke im Großen ankaufen und also sehr billig erhalten.

Einen etwas officiösen Anstrich hat auch die erst seit Juli 1867 gegründete *Situation*, von dem frühern Redakteur des *Constitutionnel*, Herrn Grenier, geleitet. Ein früherer Direktor des officiösen Preßbureaus, Hollander, war Mitbegründer des Blattes, ist aber bald darauf verstorben. Diese beiden Persönlichkeiten standen ohne Zweifel in näherer Verbindung mit der Regierung. Auch entspricht die ganze Haltung des Blattes vollkommen der Voraussetzung. Es scheint öfters Mittheilungen aus irgend einem Ministerium zu haben und ist im Ganzen sehr gut, fast originell redigirt, dabei mannigfaltig und reichhaltig.

Man sagt, der König von Hannover habe das Gründungscapital (1,600,000 Franken) zu der *Situation* hergegeben. In der That beschäftigt sie sich in einer auffallenden Weise mit den deutschen Angelegenheiten, bringt Correspondenzen aus Hannover, Nassau, Hessen, Frankfurt, Sachsen u. s. w. wobei immer diese Länder unter eigenen Rubriken als Königreiche, Herzogthümer u. s. w. angeführt sind. Natürlich ist das Blatt ein entschiedener Gegner Preußens und Bismarcks. Dabei unterstützt es ganz entschieden die weltliche Herrschaft des Papstes, gibt sich manchmal einen gewissen katholischen

lischen Anstrich, natürlich ohne dabei seine liberalen Ideen preiszugeben. Sei nun dem wie da wolle hinsichtlich des Ursprungs des Blattes, schon die Personen die es gegründet, und der Umstand daß es überhaupt gegründet werden konnte, wozu ja eine eigene ministerielle Erlaubniß nöthig war vor deren Ertheilung das ganze Programm des Blattes dargelegt werden mußte, deuten darauf hin daß in der kaiserlichen Politik eine entschiedene Wendung sich vorbereitet, wo nicht schon eingetreten ist und daß die nächste civilisatorische Unternehmung Napoleons gegen Preußen gerichtet seyn dürfte. Ich erinnere hiebei nur an die Geschichte der Gründung der *Opinion nationale* als Vorbereitung des Feldzugs gegen Oesterreich. Keines der übrigen mehr oder weniger von der Regierung beeinflussten Blätter kann, in Anbetracht seiner Vergangenheit, so entschieden gegen Preußen vorgehen als die Situation, besonders so lange die Verhältnisse noch äußerlich die freundschaftlichsten sind. Die Situation soll wahrscheinlich die Bahn brechen, die öffentliche Meinung vorbereiten, im Augenblick der That wird schon die ganze Sippe von Regierungsblättern nachrücken. Uebrigens hat es die Situation bis jetzt nur auf einige Tausend Auflage gebracht, die zum guten Theil in den Straßen abgesetzt oder, wie bei allen neuen Blättern, geradezu verschenkt werden.

Liberalen, von der französischen Regierung nicht, immer aber von auswärtigen Regierungen und geheimnißvollen Geldmächten abhängige Blätter sind: *Presse*, *Liberté*, *Temps*, *Epoque*, *Avenir national*, *Courrier français* und *Journal de Paris*, von welchen jedes eine eigene Schattirung vertritt.

Die *Presse* ist das älteste dieser Blätter und vor etlichen dreißig Jahren von Emil de Girardin gegründet. Letzterer ist ohne Zweifel einer der geschicktesten Zeitungsschreiber die es geben kann, und wußte sich durch die *Presse* eine wichtige Stellung im öffentlichen Leben Frankreichs und außerdem ein großes Vermögen zu erwerben. Das Blatt hatte seine größte Bedeutung als Börsen- und Handelszeitung, wurde schon

gleich nach drei Uhr ausgegeben und brachte trotzdem den Börsenbericht des Tages. Die Börse wird in Paris von Mittag bis zwei Uhr abgehalten. Girardin erfand das Feuilleton in seinem Blatte, dem er auch durch andere Neuerungen, durch ziemlich sichere Nachrichten, wozu er sich stets etwas mit den officiellen Kreisen zu vertragen mußte, und dann auch durch sein ausgezeichnetes Talent als Tageschriftsteller einen ungeheuren Erfolg verschaffte. Sämmtliche Blätter dieser Gruppe sind durch Männer geleitet, welche mit ihm gearbeitet, die er sozusagen als Journalisten ausgebildet hat. Er ist überhaupt ein unermüdlicher, erfinderischer, origineller Kopf der sich rühmt jeden Tag eine eigene neue Idee zu haben, die nun freilich nicht immer von erster Güte zu seyn braucht.

Gegen Ende der fünfziger Jahre zog sich Girardin zurück, verkaufte das Blatt für bloß 800,000 Franken an den Börsen-Juden Millaud, der sich desselben zu seinen Börsengeschäften mit Erfolg bediente. Doch kaum in seinen Besitz gelangt, wurde die Presse auf zwei Monate unterdrückt, wie schon oben gemeldet. Sie fiel von 45,000 auf weniger als 20,000 Abnehmer. Girardin dagegen konnte es nicht lange aushalten ohne in der Tagespresse zu wirken. Er bildete, kaum zwei Jahre nach gedachtem Verkauf, eine Aktiengesellschaft zum Wiederankaufe der Presse und wurde wiederum deren erster Redakteur und Direktor. Doch vermochte er nicht das gesallene Blatt zu heben, was er natürlich der Regierung, welche er unterstützte, und dem Publikum sehr übel nahm. Um sich aus der Sache zu ziehen, wußte er sich eine Verwarnung zuzuziehen, worauf seine Miteigenthümer ihm einen Verweis erteilten. Der Streit der sich daraus entspann, wurde mit möglichstem Geräusch an die Oeffentlichkeit gebracht, und so lenkte der schon halbvergessene Girardin die ganze Aufmerksamkeit des Publikums wiederum auf sich. Nebst seinen Hauptmitarbeitern Duvernois und Vermorel

trat er in auffallendster Weise aus und übernahm mit denselben die *Liberté* welche er ankaufte.

Die Presse ging nun bald darauf in die Hände des von seinen frühern Verirrungen zurückgekommenen Juden Mirès über, der Herrn Gucheval-Clarigny an die Spitze stellte und dem ganzen Blatte eine sehr conservative, fast katholische Richtung gab. Hauptaufgabe der Presse ist seitdem die Vertheidigung des Bestehenden, namentlich des Kaiserthums und der weltlichen Herrschaft des Papstthums. Doch ist deren unabhängiger Charakter dadurch keineswegs gefährdet. Außer dem genannten Hauptredakteur traten noch H. de la Ponterie und Brignault, letzterer früher am *Monde*, in die gänzlich umgestaltete Redaktion ein, wodurch das Blatt ein ganz anderes Aussehen erhielt, so daß man die „Presse“ seitdem fast immer zu den religiösen d. h. katholischen Blättern rechnete. Jedenfalls ist sie unter den liberalen Blättern das empfehlenswertheste, verständigste und auch anständigste. Doch vermochte auch diese Wendung den Leserkreis nicht zu erweitern, die Auflage bewegt sich jetzt zwischen 8 und 10,000. Herr Mirès gibt öfters seine geistvoll und beißend geschriebenen Enthüllungen über das Treiben an der Börse während der letzten Jahre zum Besten. Es geschieht dieß in Form von Briefen, welche an die Personen gerichtet sind, denen er etwas anhaben will. Natürlich wird dadurch seine weiße Unschuld nicht hergestellt. Nur so viel kann man von Mirès sagen, daß seine Börsenunternehmungen ihn nicht gerade sehr bereichert haben. Die Pereire, Pinard, Fould u. s. w. haben Hunderte von Millionen zusammengerafft, Mirès hat kaum einige Millionen davongetragen, was ja gar nichts heißen will.

Die *Liberté* ist jetzt das gelesenste politische Abendblatt. Ursprünglich von Charles Müller, einem Pariser Kind, gegründet, hatte dieselbe eine etwas katholische Färbung, dabei aber nur geringen Erfolg; sie brachte es kaum auf einige Tausend Exemplare. Girardin kaufte das Blatt bei der eben erwähnten Gelegenheit und fing darin einen neuen Feldzug

gegen die Regierung an, mit der er bis dahin stets etwas gemein hatte, der er nun aber einen Kampf auf Leben und Tod geschworen zu haben scheint. Er verjüngte, verdoppelte sich sozusagen und fand seine alte schneidige Schärfe gleichsam wieder. Jeden Tag weiß er seitdem eine „neue Idee“ auszuhecken und in der ihm eigenthümlichen lebendig packenden Form darzustellen. Kürze, Effekt ist stets darin und deßhalb hat auch die *Liberté* in Zeit von einem Jahre es auf mehr denn 25,000 Abnehmer gebracht. Freilich ließ Girardin durch Anzeigen, Veröffentlichung von Programmen, Maueranschlägen, sogar bedeutende Preisermäßigungen das Möglichste thun. Sogar sein Einstehen für Preußen im J. 1866 beeinträchtigte diesen Erfolg keineswegs, obwohl die übrigen an Preußen verkauften Blätter Nachtheil davon hatten. Man sagt daß die *Liberté* dafür 250,000 Franken von Preußen erhalten habe, was, wenn es richtig, so ungefähr die Summe wäre welche Girardin für das Blatt ausgegeben. Während der Luxemburger Geschichte hegte Girardin dagegen schon wieder mit allen nur ersinnlichen Mitteln zum Kriege gegen Preußen, freilich in der geheimen Nebenabsicht der französischen Regierung dadurch Verlegenheiten zu bereiten. Seitdem führt er einen erbitterten Kampf gegen die Regierung, bei dem er die vielen Hilfsmittel seines unerschöpflichen Geistes verwendet. Mit Italien steht die *Liberté* auf dem besten Fuße, doch muß man ihr die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß sie nicht so blind und beschränkt antipäpstlich ist als der gewöhnliche Troß der liberalen Kläffer. Vielmehr bringt sie aus Italien Correspondenzen von unverkennbarer wenn auch gefärbter Unparteilichkeit und läßt deßhalb gar oft dem Papstthum Gerechtigkeit widerfahren. Auch Girardin hat schon mit den triftigsten, geistreichsten Beweisführungen und politischen Vernunftgründen die Italiener beschworen ihre Pläne auf Rom aufzugeben.

Girardin ist jedenfalls kein gewöhnlicher Mensch oder von niedriger Gesinnung, trotzdem man ihm Eigennuß, Selbst-

sucht und Dünkel vorwirft. Es fehlt ihm vielmehr nur etwas zu sehr an festern, bestimmtern und klarern Ueberzeugungen und Grundsätzen, mit einem Wort er müßte Katholik seyn, dann wäre er jedenfalls ein großer Charakter, ein Mann ersten Ranges geworden. Seine unglückliche Erziehung ist an Vielem schuld. Feindlich im gewöhnlichen Sinne ist er der Kirche nicht, er beurtheilt dieselbe vielmehr öfters mit einer großen Unbefangenheit vom philosophisch-geschichtlichen oder socialen Standpunkte aus. Er ist eigentlich kein Parteimann sondern eine Persönlichkeit die sich um jeden Preis in den Vordergrund drängen will. So wie früher die Presse, so dient ihm jetzt die *Liberté* als Mittel zu persönlichen Zwecken, sie ist der Ausdruck seiner Persönlichkeit.

Der *Temps* ist vor etwa sieben Jahren von Neffzer, dem frühern langjährigen ersten Adjutanten und Faktotum Girardin's an der Presse, mit Hilfe des jüdischen Bankhauers Erlanger und einiger protestantischen Fabrikherren des Elsasses gegründet, deren Interessen das Blatt vertritt. Neffzer ist ein Elsässer der, zum Prediger bestimmt, an dem Straßburger protestantischen Gymnasium und Fakultät seine Studien gemacht und mit deutschen Verhältnissen, Sprache und Literatur ziemlich bekannt ist. Sein hervorragendster Gehilfe ist der Hannoveraner Beckmann, der unter verschiedenen Pseudonymen als Lemoine, Isambert schreibt. Außerdem arbeiten öfters die Elsässer Protestanten Dollfuß und Scherer an dem Blatte das zu den ernstesten, bestredigirten und ehrlichsten gehört. Gutgeschriebene Correspondenzen aus Italien und Deutschland, letztere jedoch oft zu überspannt. Die Auflage wechselt oft wie bei allen Abendblättern und mag zwischen 9 und 10,000 betragen. Der *Temps* ist sehr italienisch, dagegen zeichnete er sich 1866 durch seine entschiedene Bekämpfung Preußens aus. Aus diesen und den vorgedachten finanziellen Einflüssen ist es erklärlich, wie es beim *Temps* vorkommen konnte daß, während die Redaktion Oesterreich und das

Papstthum bekämpft oder schon als abgethan behandelt, die Börsenartikel die österreichischen Anleihen anpreisen.

Avenir national, seit drei Jahren bestehend, ist ebenfalls Abendblatt, aber von der schlimmsten gemeinsten Sorte. Die Zeitung wird von dem frühern Mitarbeiter der Girardin'schen Presse, Peyrat, geleitet und steht im Dienste des berühmten Comptoir d'escompte, mit dessen Geldern sie auch gegründet worden. Die ebengenannte von einem Herrn Pinard geleitete, auf Aktien gegründete Anstalt beschäftigt sich mit der Unterbringung von Aktien und Anleihepapieren, namentlich solchen welche mehr als faul sind. So besorgte sie die Unterbringung der sehr zweifelhaften mexikanischen Obligationen, wobei sie an jedem Stück derselben 34 Franken Gewinn, für 500,000 Stück also 17 Millionen herauschlug. Von dieser Summe wurden 1,740,000 den Aktionären der Anstalt gleichsam als abgenagte Knochen hingeworfen, während die Sippe Pinard, Fould (früherer Minister) u. s. w. sich 12,860,000 theilten. 2,300,000 Fr. wurden für Anzeigen, Reklamen &c. ausgegeben, worunter auch die Zuschüsse zur Unterhaltung des Avenir national mitinbegriffen. Nun ist aber das Blatt als gemein-radikales Organ ein entschiedener Gegner des mexikanischen Kaiserreichs gewesen, was sich wenig mit der Förderung seiner Anleihen vertrug. Der Widerspruch ist indessen nur scheinbar. Gerade dadurch daß der Avenir national das mexikanische Kaiserreich bekämpfte, gab er sich den Anschein von Unabhängigkeit um für die Interessen des Comptoirs eintreten zu können. Die Schein-Opposition sichert oft am ehesten den Erfolg in Paris.

Ein anderes Geschäft des Comptoir d'escompte. Bei Unterbringung der spanischen Pagares (durch Grundbesitz angeblich garantierte Schuldscheine) steckte die Anstalt 75 bis 80 Franken per Stück, zusammen etwa $4\frac{1}{2}$ Millionen in die Tasche, während sie davon den Aktionären 240,000 Franken zuwarf. Man kann sagen daß fast alle sogenannten Werthpapiere, welche das Comptoir unterbringt, keinen Sou

werth sind; und dergleichen Geschäfte, welche also nach zwei Seiten hin anrücklich sind, unterstützt der *Avenir national* — ein Blatt das daneben stets von moderner Civilisation, Fortschritt u. s. w. den Mund möglichst voll nimmt. Der *Avenir* vertritt überhaupt den gemeinsten, schon stark nach Blut und Barrikaden duftenden Liberalismus. Wie weit muß es aber mit unsern Zuständen und Anstandsbegriffen gekommen seyn, wenn ein solches Blatt die Kirche, die christliche Moral und Tugend im Namen der modernen Ideen und des Fortschritts verlästern und verhöhnen darf; wenn es dem Papst, den Bischöfen und Priestern, welche doch alle auf die schmähschlichste Weise ihres rechtmäßigen Eigenthums beraubt worden sind, ihre jetzigen spärlichen Einkünfte noch zum Verbrechen anrechnet, sich selbst aber als eine Art modern erhabenes Tugendbild hinstellt? Der *Avenir* ist jedenfalls ein würdiger und trefflicher Vertreter der modernen Civilisation, für die es nur Ein Heiligthum, den Geldsack, nur Eine Tugend, das Geldnehmen, gibt und bei der die opferwillige Hingabe an eine höhere Idee, an ein ewiges Princip als Thorheit und Dummheit gilt. Während des preußisch-österreichischen Krieges stand das Blatt sehr tapfer auf Seite Preußens und soll dafür, oder vielmehr dessen Redaktoren, 100,000 Fr. erhalten haben, wie man hier allgemein sagt. Auch von Italien scheinen Zuschüsse zu fließen, denn nicht umsonst wird der Banditen-Hauptling Garibaldi als Tugendmuster und die italienischen Minister und Beamten als brave ehrliche Leute dargestellt. Daß nebenbei das besagte *Comptoir d'escompte* seine literarischen Handlanger nicht Noth leiden läßt, kann man sich denken, und so kommt es daß das Blatt bei 7 bis 8000 Auflage trotzdem seinen zahlreichen Mitarbeitern einen glänzenden Sold — Honorar kann man hier wahrlich nicht sagen — gewähren kann.

Ziemlich ehrlich unter den Blättern dieser Gattung scheint die *Epoque* zu seyn, welche seit einigen Jahren besteht und vor Kurzem in den Besitz einer Aktiengesellschaft

übergegangen ist, an deren Spitze der frühere Hofschneider und Armeelieferant Duffauton, ein sehr reicher Mann, steht. Seitdem ist auch Element Duvernois, früher mit Girardin an der Presse, Hauptredakteur geworden, der dem Blatt eine gänzliche Umgestaltung angedeihen ließ. Die Auflage hat sich dadurch von 3 bis 4000 auf das Doppelte gesteigert. Die Epoque gehört nun schon zu den gelesenern Abendblättern, ist gemäßigt und sehr interessant redigirt, manchmal ganz vernünftig. Sie unterstützt die weltliche Herrschaft des Papstthums aus politischen und Vernunftgründen. Es scheint so etwas von dem alten französischen bon sens, von dem gesunden und vorsichtigen altfranzösischen Patriotismus sich in dem Blatte wiederzufinden. Im Uebrigen läßt sich nicht viel von ihm sagen; ich glaube nicht an dessen officiösen Charakter, der sich in keiner Weise aus der Haltung der Epoque rechtfertigen ließe; ich habe Erfahrung genug um hierin einen bestimmten Ausdruck zu wagen.

Ein Blatt von etwas besonderer Art ist das vor Kurzem durch Herrn Weiß, frühern Professor und frühern Mitarbeiter am Journal des Débats, und Hervé, früher am Journal des Débats und Temps, gegründete Journal de Paris. Dasselbe erscheint Abends in kleinem vierspaltigen Format und starkem eleganten Papier, fast nur halb so groß als die übrigen Blätter und kostet dabei 72 und 80 Franken jährlich, also ebenso viel wie das im größten sechsspaltigen Format erscheinende Journal des Débats. Dagegen nimmt das Blatt fast keine oder nur wenige Anzeigen auf, für welche kein Pachtvertrag besteht. Das Journal de Paris beansprucht ein Blatt für die höhere liberale Gesellschaft zu werden oder vielmehr zu seyn und das so sehr in der allgemeinen Achtung gesunkene Journal des Débats zu verdrängen. Allgemein gilt es als das neugegründete Organ der orleanistischen Partei, der übrigens fast alle eigentlichen Organe abhanden gekommen. Die orleanistischen Prinzen sollen selbst das Geld dazu hergegeben haben. Im Uebrigen befließigt es sich einer ge-

mäßigten, verständigen Richtung und vertheidigt geschickt und nachdrücklich durch politische, geschichtliche und rationelle Gründe die weltliche Herrschaft des Papstthums, natürlich ohne dabei gegen Jung-Italien Partei zu nehmen, wie dieß ja auch bei Situation, Epoque und Liberté der Fall ist. Die Auflage dürfte einige Tausend betragen und hat sich namentlich durch folgenden Vorfall vermehrt.

Herr Weiß hat als früherer College des jetzigen Unterrichtsministers eine alte Abneigung gegen Duruy, der er bei jeder Gelegenheit freien Zügel schießen läßt. Gelegentlich der durch eine ungebührliche Widerseßlichkeit der Schüler veranlaßten zeitweiligen Schließung der durch ihre Gottlosigkeit berühmten Pariser Normalschule sagte Weiß: der Minister thäte besser seine eigenen Söhne in Zucht zu halten. Der eine davon, Präsektursekretär durch die Gnade seines Vaters, hatte nämlich den Deputirten Bravan auf dem Lyoner Bahnhofe angefallen und war von dessen Bedienten handgreiflich zurückgewiesen worden. Duruy III. dagegen, ein anderer Sohn des Unterrichtsministers und Abtheilungs-Direktor im väterlichen Ministerium, hatte sich in dem Zimmer einer berühmten Dirne mit einem Nebenbuhler mittelst der Stuhlbeine geprügelt, dann duellirt und war schließlich von dem gefälligen Tribunal unter den höflichsten Entschuldigungen zu der lächerlichen Strafe von 100 Franken verurtheilt worden. Die nichtswürdigen Streiche der ohne alles Verdienst, bloß durch den Einfluß des Vaters zu wichtigen Stellen beförderten ungezogenen Bengel hatten begreiflicherweise großes Aufsehen erregt, so daß Weiß nicht ganz im Unrechte war. Einer derselben überfiel nun mit einem andern Burschen den armen Weiß, den sie allein zu sprechen verlangt hatten, in dessen Redaktionsstube und nur das Herbeieilen der andern Redakteure errettete den Hülserufenden aus den Klauen der beiden Gegner. Schließlich hatte der Unterrichtsminister noch die Unverschämtheit den armen Weiß vor die Untersuchungsrichter laden zu lassen. Diese Händel, welche Weiß meister-

hast in seinem Blatte zu verwerthen wußte und wobei ihm fast alle Blätter beistanden, erregten allgemeine Theilnahme und verschafften seinem Blatte Eingang bei dem scandaljüchtigen Publikum.

Eine ganz besondere Aufmerksamkeit verdient der *Courrier français*, Vertreter der Proudhon'schen Richtung unter den Socialisten, der es in den wenigen Monaten, seitdem er aus einem wöchentlichen zu einem täglichen Blatte erwachsen ist, auf 15 bis 20,000 Exemplare Auflage gebracht, wozu freilich der möglichst billige Preis, fast noch mehr aber der Streit des Hauptredakteurs Vermorel mit den Söhnen Cassagnac's beigetragen. Dieser Scandal hat mehrere Tage lang die Aufmerksamkeit von ganz Paris auf sich und selbstverständlich auch auf das Blatt gezogen. Vermorel, früherer Mitarbeiter Girardin's an der Presse, beleidigte ohne besondere Ursache die Söhne Granier de Cassagnac's auf die gröblichste Weise indem er in seinem Blatte die frühern Verirrungen und Vergehen ihres Vaters des Langen und Breiten erzählte und eine ordentliche Scandalchronik gegen dieselben eröffnete. Diese unwürdige, scandaljüchtige Frechheit erregte allgemeines Aufsehen, besonders als die durch die Weigerung Vermorels sich zu schlagen jeglichen Mittels der Genugthuung beraubten Cassagnac's zu dem letzten, freilich ebenso würdigen Ausweg griffen und den frechen Journalisten auf der Straße anfielen um ihm in das Gesicht zu spucken. Sie wiederholten dieß so lange bis Vermorel durch öffentliche Anrufung des polizeilichen Schutzes dem Treiben ein Ziel setzte.

Da man ohnedieß die officiöse Presse schon längst nicht mehr achtet und auch im Uebrigen nicht besonders zufrieden ist, so war die Folge dieser Vorfälle vorauszusehen, besonders da dieselben gerade mit dem Weiß-Duruy'schen Streit zusammentrafen. Vermorel, der die Sache lang und breit in seinem Blatte verarbeitete, während seine Angreifer dasselbe im Pays thaten, mußte als ein Opfer der officiösen Presse, als ein Martyrer der guten Sache erscheinen. Sein Blatt

zog die Aufmerksamkeit auf sich, gewann 10,000 Abnehmer und da der darin angeschlagene Ton den durch die Schwindelereien der letzten Jahre Geprellten gefallen mußte, so bezieht auch der „Courrier“ dieselben und macht seitdem annehmbare Geschäfte trotz des ungemein billigen Preises. Das Blatt beansprucht die Interessen der Arbeiter, Angestellten und Aktionäre gegenüber den Capitalisten und Direktoren zu vertreten. In der That beschäftigt es sich auch mit vielem Geschick mit dieser Aufgabe, und weiß alle faulen Aktien-Unternehmungen aufzuspüren. Das letztere ist besonders die Sparte des Herrn Georges Duchêne, der sich seit Jahren mit vielem Fleiße auf das Studium der Börsenunternehmungen verlegt und mehrere Schriften mit höchst interessanten Enthüllungen darüber geschrieben hat. Dafür hat ihm dieser Freimuth, welcher so wenig zu dem landläufigen Fortschritt und zur modernen Civilisation paßt, schon öftere Gefängniß- und Geldstrafen eingetragen, so daß er ebenfalls als Martyrer dasteht. Also ein weiterer Grund sich den Erfolg des Blattes zu erklären.

Als so berechtigt man einestheils die Vertheidigung der Interessen dieser Classen gegenüber der Alles beherrschenden Geldaristokratie anerkennen muß, so darf man sich aber nicht verhehlen, daß das Treiben des Courrier français unter den heutigen Umständen sehr gefährlich werden dürfte. Geschähe diese Vertheidigung im Namen des Christenthums, dann wäre keine Gefahr vorhanden, aber dann hätte auch das Blatt nicht denselben Erfolg. Da aber die ganze Propaganda auf dem blödesten Materialismus beruht und die Arbeiter ohnedieß schon zu sehr geneigt sind Gewalt mit Gewalt zu vergelten, so ist gar nicht abzusehen wie weit diese Grundsätze führen können. Das Blatt ruft nebenbei auf jede Weise die schlimmsten Leidenschaften wach. So erklärte es z. B. schon zu wiederholten Malen daß alle Mittel berechtigt seien um die Katholiken, Ultramontanen, diese unheilvolle Sekte auszurotten, indem man dadurch der Gesellschaft nur einen Dienst

weise. Das Blatt predigt also offen den Mordmord, und erklärte auch ausdrücklich, daß es kein Verbrechen sei die Kasernen der päpstlichen Soldaten durch geheime Minen in die Luft zu sprengen und die Anhänger des Papstes meuchlings zu ermorden. Daß dieß Blatt gerade unter den gegenwärtigen Umständen erscheinen mußte und einen so überzeugenden Erfolg erzielte, ist jedenfalls eins der bedenklichsten Zeichen unserer Zeit. Stehen wir vor einem neuen 1789, muß man sich fragen. Die Luft scheint mit Verderben schwanger zu seyn.

Der Courrier français unterstützt die italienisch-garibaldi'schen Schandthaten auf jegliche Weise und gibt dadurch indirekt die Anleitung, wie man es in Frankreich anzufangen habe um sich Recht zu verschaffen. Nach dem neulichen garibaldi'schen Raubzug erklärte er, daß man nun mit Viktor Emanuel abrechnen müsse, da derselbe den Nationalhelden so feig im Stiche gelassen. Also die offene Erklärung der italienischen Republik mit einem tüchtigen Seitenhieb auf Napoleon. Dem letztern dürften die italienische Raub- und Vergewaltigungspolitik und seine socialistischen Experimente noch theuer zu stehen kommen. In dem Courrier français, der hauptsächlich von den Arbeitern gelesen wird, ist ihm ein Feind erwachsen, der alle Fehler seiner Politik auf die unbarmherzigste und geschickteste Weise auszunutzen weiß.

XI.

Die religiöse Hezerei.

Eine Glosse zur deutschen Tagesgeschichte.

Gegen Ende des vorigen Jahres hat der Herr Bischof von Mainz eine Reihe von Artikeln unter der Ueberschrift „die politische Lüge“ veröffentlicht *), worin er sich gegen einen Berliner Correspondenten der „Kölner Zeitung“ vertheidigt. Dieses Blatt hatte dem Publikum insinuirt, daß es hauptsächlich der Einfluß des Bischofs auf den großherzoglich Hessischen Minister und die verstorbene Großherzogin gewesen und noch sei, was die Darmstädter Politik in ihre anti-preussische Richtung hineingebracht habe und in derselben festhalte. Der Herr Bischof erläutert bei dieser Gelegenheit die Stellung der katholischen Kirche des Landes zur Regierung gegenüber dem unaufhörlichen Geketse der bekannten Partei. Ueberhaupt, sagt er, habe er sich gefragt, woher es wohl kommen möge, daß die religiösen Hezereien in manchen deutschen Ländern, betrieben von dieser Partei, gar kein Entnehmen, während sie in andern Ländern, wo dieselben Ursachen dazu vorliegen und wo dieselbe Partei besteht, voll

*) S. „Mainzer Journal“ vom 17. — 22. Dezember 1867. Das Nr. 13 vom 15. Januar 1868.

ständig ruhen. Der Herr Bischof gibt auf diese Frage folgende sehr interessante Antwort:

„Es muß in dieser Verschiedenheit ein Plan vorhanden seyn. Dieser besteht aber offenbar darin, daß die Partei die religiösen Fragen oder, was identisch ist, die Angriffe auf die innere Verfassung der katholischen Kirche nur in den Staaten zur Sprache bringt, die sie zunächst innerlich gründlich zerrütten will, um sie für ihre Pläne reif zu machen. Dazu sind vor Allem die religiösen Agitationen geeignet, weil sie auf der einen Seite bei allen Gegnern der Kirche alle Leidenschaften, alle Vorurtheile, allen Haß anfachen und dieselben so recht zu blinden Werkzeugen der Parteizwecke machen, auf der andern Seite bei Allen, die ihrer Religion treu ergeben sind, die tiefste Mißstimmung hervorrufen. Jetzt sind hauptsächlich das Großherzogthum Hessen, das Großherzogthum Baden und das Königreich Bayern für diese Operation ausersehen. Die sollen mürbe gemacht, die sollen innerlich ruinirt, da sollen die Landesregierungen allmählig unmöglich gemacht werden, um über diese Länder zur rechten Zeit nach Belieben zu verfügen. Auch das deutsche Oesterreich wird ganz nach derselben Methode von den dortigen Gesinnungsgegnern dieser Partei und nach einem einheitlichen Plane behandelt. Norddeutschland dagegen wird vorläufig geschont. Zur Zeit der Neuen Zeit wurden dort, wenn auch etwas zaghafter, schon überall dieselben Fragen angeregt. Damals war der preussischen Regierung noch dasselbe Schicksal bestimmt wie den übrigen. Jetzt ist der Plan geändert, weil die gewaltigen Erfolge der letzten Jahre eingetreten sind. Jetzt soll Norddeutschland benützt werden, denn die Parole heißt: durch Einheit zur Republik. Ist der erste Plan geglückt, so kommt Preußen unfehlbar wieder an die Reihe, und man wird dann alle dieselben Mittel der religiösen Agitation, der Aufhebung der Confessionen untereinander, sammt allen andern Mitteln der Wühlerei, welche jetzt an jenen Ländern, die zunächst zum innerlichen Ruin bestimmt sind, gebraucht werden, anwenden um auch die dortige Regierung zu Grunde zu richten. Das ist, wie ich nicht zweifle, der perside

Plan, der allen diesen religiösen Heterelen, die unser deutsches Vaterland so tief beschädigen, zu Grunde liegt.“ — —

Die Wahrheit dieser Bemerkungen ist so einleuchtend, daß es unnöthig ist ein Wort darüber zu verlieren. Es ist aber nöthig, die Thatsache für die politische Erwägung sich fest einzuprägen. Immer sind es nur schwache Regierungen unter deren Hegide sich die religiöse Hetererei in der jetzt täglich erschauten Abscheulichkeit hervordrängen kann; und die Regierungen unter welchen die fragliche Agitation mit dem mehr oder weniger willkürlichen Zuthun von oben möglich wird, müssen unbedingt und eben dadurch mit jedem Tage schwächer werden, bis sie auslöschen wie eine abgebrannte Kerze. Je mehr sie durch buhlerische Künste diesem Geiste sich auch noch direkt gefällig machen wollen, desto rascher erreicht sie das Schicksal der Opiumraucher in China.

Aber die Consequenz geht noch tiefer. Die Wirkung der zeitgemäßen religiösen Wühlerei ist nicht nur eine politische sondern mehr noch eine sociale. In dieser letztern Richtung aber bildet sie ein zweischneidiges Schwert, das seinen eigenen Herrn verwundet. Die geldreiche Bourgeoisie ist es welche den Geist und seine Organe hält und nährt, der allem Heiligen im Himmel und auf Erden Hohn sprechen zu dürfen glaubt, ohne selber Schaden zu erleiden. Aber die Bourgeoisie irrt; sie sägt den Ast ab, auf dem sie sitzt; sie vernichtet ohne es zu wissen die sociale Autorität, die Achtung vor dem Eigenthum, welche unfehlbar mit unter die Kategorie des „Aberglaubens“ fallen wird.

In der That scheint uns die norddeutsche Monarchie einer socialistischen Bewegung viel näher zu stehen als einer republikanischen.

XII.

Aus meinem Tagebuch.

Januar 1865.

IV. Die erotischen Größen des Tages im Musterstaate.

Meine Wenigkeit würde Ihren Neujahrsgruß ausführlich beantworten, zumal Sie Ihre freundlichen Wünsche mit derben Nasenstübern zu würzen beliebten, Hr. Blech! Allein ich muß mich dießmal kurz fassen. Nach wenigen Stunden trägt die Eisenbahn mich Ihnen näher, nämlich nach Augsburg. Ich beabsichtige dem Skandale ein Ende zu bereiten, der darin liegt daß die „Augsburger Allgemeine Zeitung“ über die socialen, politischen und kirchlichen Zustände Badens fort und fort von zwei abtrünnigen katholischen Geistlichen fast ausnahmslos sich berichten läßt. Die Geschichtschreibung der Zukunft hat in der ministeriellen Presse der Karlsruher Herren die unlauterste Quelle; außer dem Frankfurter Judenblatt ist der „Schwäbische Merkur“ in die Dienste der neuen Aera getreten, von andern Blättern gilt dasselbe, mir und Vielen thut es leid, daß sogar das Augsburger Weltblatt mindestens in katholischen und badischen Angelegenheiten auf das *audiatur et altera pars* Verzicht leistet. Ich will zugeben, daß alle Parteien übertreiben, allein Sie werden der Einsicht sich nicht wohl verschließen können, daß ein Blatt, welches Berichte aus beiden Lagern gleich gerne aufnimmt, um die

Wahrheit namentlich heute die größten Verdienste erwerben kann. Als Priesterin der Wahrheit angesehen seyn wollen und doch nur Einer Partei das Wort lassen, reimt sich nie und nimmer *).

Sie, mein werther Herr Rath, scheinen geneigt, die Brummel'sche Rede schier als eine Art Landesverrath zu betrachten. Sie behaupten kurzweg, dieselbe wimmle von Entstellungen der Wahrheit, wie sie nur ein ehrföchtiger Advokat wider die Regierung zu schleudern vermöge. Schade, Herr Rath, daß Sie sich von vornherein der Mühe überhoben, auch nur eine dieser Behauptungen mit dem Scheine eines Beweises zu stützen. Dem Rechtsanwalte Brummel Ehrfucht vorwerfen, ist geradezu lächerlich. Sie wissen ja selbst, daß man in Baden von jeher nur ein bekenntnißtreuer Katholik zu seyn brauchte, um in der Regel keine Carriere zu machen. Das officiële Staatshandbuch beweist ja daß Katholiken, falls dieselben nicht Auckatholiken à la Stabel sind, von allen höhern und einträglichen Stellen möglichst fern gehalten werden. Wann hat man je einen positiv gläubigen Katholiken auf einen Lehrstuhl der paritätischen Universität Heidelberg oder der katholischen Hochschule Freiburg berufen,

*) Zur Stunde noch führen die landbekannten zwei Apostaten von Mannheim und Heidelberg als Apologeten der „neuen Aera“ das Publikum bezüglich badischer Angelegenheiten nach allen Richtungen an der Nase herum. Hinter ihrer scheinbaren Objektivität grübelt faunisch der entschiedenste Christus- und Kirchenhaß, ihr sparsamer und zahmer Tadel dient lediglich als Folie der Verherrlichung des Bourgeoisregimentes. Umsonst haben Ereignisse die beiden Herren Lügen gestraft. Insbesondere der Scheeren-Correspondent der Augsburger Allgemeinen Zeitung, der seine Artikel in mehreren anderen Blättern handwerksmäßig verwerthet, hat durch langathmige Artikel über eine angeblich „altkatholische Bewegung“, welche gegen die Ultramontanen als die „Neukatholiken“ gerichtet seyn sollte, sich und die Allgemeine Zeitung unsterblich bloßgestellt. Die ganze „Bewegung“ spukte nur in seinem altersschwachen Gehirn, Correspondent ist er trotzdem geblieben.

die theologische Fakultät etwa ausgenommen *)? Jeder Bauer weiß ja, daß bessere Beamte aus purer Angst vor den Karlsruher Freiheitsmännern dem Gottesdienste ferne bleiben. Aber könnte nicht ein Umschwung eintreten, ein katholisches Ministerium endlich auch einmal ein Land regieren, dessen Steuerzahler zu zwei Dritttheilen dem katholischen Glaubensbekenntnisse angehören? Ach, Herr Blech, wehe dem katholischen Lande, dessen Haupt das Schenkelchristenthum und die Freimaurerei protegirt! Ein an allen Gliedern Gefesselter vermag nur schwer sich zu bewegen, er ermüdet bald. Verleiht ihm die Verzweiflung des Hungers Riesenkraft, dann, dann könnte er furchtbar werden und saubern Tisch machen; doch bis dahin sind die Früchte der nationalökonomischen Experimente noch nicht zur Reife gediehen. Thatkräftige Begeisterung für Ideen fordere man am wenigsten in unserer elenden Zeit, am wenigsten von der systematisch corrumpten und halb todt regierten Bevölkerung des Großherzogthums Baden!

Um das Vorhandenseyn einer systematischen Verfolgung nicht bloß der katholischen Kirche sondern auch des gläubigen Protestantismus, folglich des Christenthumes überhaupt in Abrede zu stellen, dazu gehört entweder eine eiserne Stirne oder fabelhafte Unwissenheit. Allerdings zählen Amphitheater und die Bestien der Wüste, handwerksmäßige Folterknechte und blutlehzende Pöbelhaufen vorläufig noch zu den frommen Wünschen humaner Nerone und Juliane. Aber man

*) Seit einigen Jahren werden selbst die indifferenten Katholiken bei Seite geschoben. So besetzt man die Lehrstühle der Universitäten mit lauter Juden oder glaubenslosen Protestanten. Die Mehrzahl der Studirenden sind in Freiburg katholische Theologen, allein man beliebt keineswegs die Lehrkanzel des Convertiten Gfrörer mit einem gläubigen Katholiken zu besetzen. Von solchen werden auch die Mittelschulen nach Kräften gesäubert. Am Mannheimer Lyceum gebührt die Direktorstelle alle zwei Jahre vertragsmäßig einem Katholiken, seit zehn Jahren steht ein Protestant an der Spitze der Anstalt.

lasse die Revolution in Schlafrock und Pantoffeln von Oben herab noch einige Jährchen ungestört wirthschaften; man lasse der Gewaltherrschaft auf scheinbar legalen Wegen noch längere Zeit Muße, neben der Verarmung die Verdummung und Entjittlichung der Massen zu fördern; man lasse die Auforderungen zum Abfalle von der Kirche, die man wiederholt vom Ministertische aus hörte, in Leitartikeln der „Karlsruher Zeitung“ las, durch amtliche Verkündungsblätter oft genug schon verbreitete, durch Aufrufe angeblicher „Katholiken“, durch Flugschriften großherzoglicher Beamten, durch eine Unzahl von Schand- und Lügenartikeln der gut gefütterten servilen Presse fort und fort erneuert — lassen Sie, sage ich, all die Abfallspredigten erfolglos bleiben wie bisher, dann wollen wir erleben, wozu die Logik der Thatfachen die Freiheitsmänner und Volksbeglucker Badens fortreißt!

Daran zweifeln unterrichtete Leute bereits nicht mehr, daß Karlsruhe für die Christen des Ländchens so ziemlich dasselbe bedeuten würde was Petersburg für die Polen, wenn man als Staat nur auf eigenen Füßen zu stehen vermöchte und keinen Nachbar zu scheuen hätte. Um dieß glaubwürdig zu finden, darf man bloß die Frage beantworten, bei wem denn eigentlich seit dem Ableben des Großherzogs Leopold die badische Kraft, Macht und Herrlichkeit zu finden sei? Ja, Herr Blech, wer regiert denn eigentlich in Ihrer Heimath? Es sind wahrhaftig keine Recken und Hünen der altgermanischen Zeit, welche nur eine Befürchtung haben, daß nämlich der Himmel einmal über ihnen einstürzen könnte. Noch weniger sind es Despoten, denen die mannhafteste Energie aus der Ueberzeugung quillt, den alten Göttern genehm zu handeln und das Staatswesen altherwürdiger Ahnen zu retten, indem sie die Anbeter des menschengewordenen Gottessohnes verfolgen und vernichten. Es sind auch keine Fanatiker des Mittelalters, welche Lust trügen, ähnlich den Albigenfern des Mittelalters à la Venau singend in irgend ein Todesfeuer sich zu stürzen. Ihr revolutionärer Enthusiasmus reicht nicht

einmal so weit, um eine einträgliche Stelle zu opfern, geschweige den Kopf zu riskiren. Nein, mein lieber Herr Blech, es sind Söhne unserer Zeit, Söhne einer sichtlich absterbenden Welt; ungeheuer tapfer und beschlußfähig gegen Wehrlose, ebenso feig und sophistisch gegenüber jeder wirklichen Macht. Sie hassen die Christusbgläubigen, weil sie dieselben fürchten, und sie beben vor dem Worte: Socialismus, weil sie wissen, daß der Ultramontanismus und Socialismus auf eine bedeutende Strecke hin miteinander gehen können, sollen, müssen und gehen werden und — daß darin ihr Untergang liegt. Es sind keine Charaktere, mein theurer Rath Blech, es sind Männlein der „Entwickelungen“, deren graue Locken je nach dem Winde des Tages nach allen Richtungen fliegen, keiner getreu bleibend und in toto nicht einmal ihrem naturwüchsig gewordenen Christushaß irgend ein reelles Opfer darbringen. Es sind Männcchen der Phrase, voll Unbekanntschaft mit den realen Mächten des Lebens, es sind — deutsche Professoren, geheime und offenkundige Hofräthe, Geheimräthe und weiß Gott welcher andere Titel sie führen — Kathederhelden!

Häuser, Bluntschli, Gervinus, Schenkel, Rothe, Herren die ihre Instruktionen nicht sowohl im officiellen als geheimen Berlin zu holen pflegen, sind als die lautesten Akteurs des Karlsruher Villiputtheaters bekannt — lauter Heidelberger Professoren, lauter Apologeten und Choragen der Bourgeoisie, lauter enragirte Gegner des positiven Kirchenthums, unter ihnen kein einziges badisches Landeskind. Die Minister, durchschnittlich ebenfalls ausgediente Professoren, gelten als die Handlanger dieser Fremdlinge, eine ganze Legion mehr oder minder obscurer Werkzeuge wurden seit 1860 in Baden importirt, um fette Staatsstellen zu bekleiden, Lehrstühle einzunehmen, als Volksvertreter zu figuriren und vermittelst einer übergroßen Anzahl ministerieller Kataienblättchen dem Volke den alten Köhlerglauben aus dem Sinne zu reden, das Kirchenthum als überflüssig hinzustellen, freie Sittlichkeit und gesunde Sinnlichkeit zu predigen, die Experi-

mente der Regierenden zu belobhudeln, auf Oesterreich zu schimpfen, Liebe zum Borussiaenthum einzutrichtern und dabei auf den „Junker“ Bismarck unaufhörlich und schonungslos einzuhausen.

Von Häußer weiß alle Welt, daß er den Ultramontanismus d. h. die katholische Kirche nicht bloß als der Sohn eines calvinistischen Predigers, sondern in noch höherem Grade als deutscher „Patriot“ haßt. Als vornehmste Voraussetzung der Einigung Deutschlands gilt ihm das Aufhören der Glaubensspaltung, die Einigung der deutschen Volksstämme in einer rationalistischen Nationalkirche, folgerichtig die Protestantisirung des katholischen Deutschland*). — Welche Mission Gervinus dem Kongethum, etwas stark kurzschichtig, prophe-

*) Geheimrath Häußer, der Mentor des jetzigen, bekanntlich für den Thron nicht erzogenen, durch den frühen Tod des Erbgroßherzogs Ludwig zur Regentschaft und bald auf den Thron gelangten Großherzogs Friedrich, der Atlas der großherzoglich badischen Weltgeschichte jüngern Datums ist 1867 gestorben. Er hat den Ruf eines zwar bis zum Fanatismus rücksichtslosen, jedoch vergleichsweise offenen und charaktervollen Feindes all dessen was ihm nach Ultramontanismus, Jesuitismus und Muckertum noch, in das Grab mitgenommen. Erbe seines Einflusses ist Geheimrath Bluntschli, in der Schweiz als Kämpfe der Gottheit Christi wider David Strauß, zu München als Reaktionär wohlbekannt, jetzt Professor zu Heidelberg, erklärter Stuhlmeister der Loge Ruprecht, Ehrenmitglied der Logen von Mailand und Havre de Grace, Haupt der von katholischen Elementen glücklich purificirten Ersten Kammer, Apologet aller „freiheitlichen Entwicklungen und Gestaltungen“ im Sinne der neuen Aera, Agitator gegenüber jeder christlichen Regung, Heißsporn des Bettels um „Angliederung“ Badens an Großpreußen, obwohl die ungeheuerste Mehrzahl des Volkes höchstens vom völligen Aufgehen in Preußen, keineswegs aber von einem so kostspieligen als werthlosen Anschlusse etwas wissen mag, in jüngster Zeit Präsident der evangelisch-protestantischen Generalsynode, die mit dem positiven Christenthum um ein Erkleckliches weiter aufgeräumt und den Charakter einer Synode mit dem eines politischen Clubs vertauscht hat, der keinerlei Widerspruch zu ertragen vermag.

zeite, daran wird man sich aus den vierziger Jahren wohl noch erinnern. Lange hernach hat er in einem Aufsatze über die Gespräche des Herrn von Radowiz von sich selbst erzählt: „Gervinus sah in der kirchlichen Spaltung Deutschlands und in dem mächtigen Einflusse einer fremden Kirchengewalt auf die größere Hälfte der Nation das Haupthinderniß einer politischen Einigung. Er bedachte wie an aller politischen Einigung so lange ein schleichendes Uebel nagen werde, als nicht die römische Kirchengewalt bis auf die letzte Spur von dem waterländischen Boden vertilgt sei.“ Nicht wahr, das heißt offen gesprochen, Herr Blech? — Was der Pantheist Rothe und was namentlich die Herren Schenkel und Bluntschli als ergraute Entwicklungsvirtuosen in dem derzeitigen Stadium ihrer Entwicklungen von Jesus Christus selbst, geschweige von der Bibel, dem Papstthum und der katholischen Kirche halten, haben sie oft und laut genug kund gegeben. Das Werk des 16. Jahrhunderts zu vollenden, insbesondere die römische Kirchengewalt zu vertilgen „bis auf die letzte Spur“, ist das höchste humane und patriotische Interesse dieser Männer. Und sie geben den Ton an für die innere und äußere Politik des Großherzogthums. Haß, zum mindesten Gleichgültigkeit wider Christum den Gottesohn und wider dessen Statthalter zu Rom gilt als Cardinaltugend, wer auf diesem Tugendwege nicht entschieden wandelt, taugt weder in das Ministerium noch in die Kammern, weder in den evangelischen Oberkirchenrath noch in die evangelische Generalsynode, weder als Professor noch als Beamter, weder als Landescommissär noch als Bürgermeister oder Bezirksrath. Nicht Uebertreibung Herr Blech, nein, denn Hunderte von Namen und augenfälligen Thatsachen können Sie vermöge Ihrer Personal- und Lokalkenntniß aus den letzten Jahrgängen des badischen Regierungsblattes herauslesen. Die Parteitendenz macht sich geltend in der Handhabung der Justiz, wie die „Officiellen Aktenstücke“ des erzbischöflichen Ordinariates sowie die Geschichte der nur gegen katholische

Blätter angestregten ungemein zahlreichen Preßprozesse schon zur Genüge beweisen*). Sie übt ihren Einfluß in allen Zweigen der Verwaltung bis hinab zu den mindesten Bediensteten, die sich scheuen müssen Zeichen christlicher Gesinnung an Tag zu legen, nicht selten dagegen zu antichristlichen Demonstrationen haranguirt werden.

Ein neues Heidenthum ist's was in Baden rumort, Herr Rath, eine in religiöser und socialer Hinsicht verschlimmerte Auflage des alten. Schlimmer in religiöser Hinsicht; denn es weiß sich im Gegensatze zum positiven Christenthum, es will weder von einem persönlichen Gotte wissen, der in die Wirklichkeit als Herr der Herren, der Heerschaaren und Völker hineingreift, noch von einer Götterwelt; der Cult des Genius, die Selbstvergötterung genügt unsern modernen Propheten; aber auch das Volk soll dem bewährten Glauben der Väter entsagen, es soll nicht mehr beten, sondern bloß arbeiten. Schlimmer in socialer Hinsicht: denn die alten Heiden haben bei aller Härte gegen Sklaven keine Gesinnungspolizei gekannt, keine Intoleranz und keine Proselytenmacherei

*) Schade, daß die Lenker des statistischen Bureau die vergleichende Statistik so wenig zu lieben scheinen; eine derartige Arbeit bezüglich der Vergehen und Verbrechen wäre sehr lehrreich. Während Rohheit, Zügellosigkeit und Laster mehr und mehr triumphiren, steht der Geistliche unter der Controle aller Gendarmen, Polizeidiener und „Spigeln“. Ein unvorsichtiges Wort über eine hohe Person, z. B. über die Kriegsführung des nunmehr zum preussischen General-Lieutenant avancirten Prinzen Wilhelm, ist genügend ihn auf einige Monate oder Wochen unter Schloß und Riegel zu bringen. Während die ministeriellen Blätter „stech gegen Gott, bubenhaft gegen Seine heilige Kirche und hündisch unterthänig gegen die Landeszeitungsgötter sich äußern“, wie Alban Stolz jüngst öffentlich erklärt hat, genügt ein unverblümtes Wort der Wahrheit gegenüber der Regierung, um dem Redakteur des „Badischen Beobachters“ im Mai 1867 eine Kreisgefängnißstrafe von acht Wochen nebst einer Geldstrafe im Betrage vom 50 Gulden zuzuziehen. Das ist badischer Fortschritt!

in religiöser Hinsicht. Der Sklave hatte seinen gesicherten Lebensunterhalt, Gelegenheit zum Sparen und Kostkaufen, der Sklave konnte je nach Umständen zu einer oft nur allzu einflußreichen Stellung in der Gesellschaft gelangen. Er war nicht so ganz Waare, so ganz und gar Theilchen einer Maschine wie das die Fabrikarbeiter von heute sind. Und in gar nicht fernem Tagen wird einem schwindenden Häuflein Großindustrieller und Börsenmänner die ungeheure Mehrzahl der Bevölkerung als Proletariat gegenüberstehen. Dann wird der Bahnwitz sich rächen, womit man die Macht der Religion und der Kirche zu brechen und an deren Stelle die Macht einer Bildung zu setzen trachtete, welche erfahrungsmäßig Scham, Ehre, Rechtsgefühl und Gewissen aus ihrem Wörterbuche streicht und als Töchter des in Frage gestellten oder frech verneinten Jenseits auch nicht brauchen kann.

Dann dürfte auch an die Väter der badischen Schulreform die Remessis herantreten. Außer etwa im winzigen Koburg-Gotha finden Sie nirgends ein Ebenbild dieser Art von Reform. Sie tritt das natürliche Anrecht der Eltern an ihre Kinder mit Füßen und läuft ihrer ganzen Tendenz nach darauf hinaus, die Kinder des Volkes dem Christenthum nach und nach zu entfremden und in staatlichen Zwangsschulen zu Charakter- und willenlosen Knechten und Arbeitsthieren der confessionslosen das heißt gottentfremdeten Bourgeoisie heranzureiffen. Hierüber besteht kein Zweifel mehr. Man erinnere sich, daß im Musterstaate Baden der empörende Satz: „Wer nicht mit uns geht, ist ein rechtloser Mensch!“ nicht bloß im praktischen Leben eine weitgehende Geltung erlangt hat, sondern öffentlich proklamirt worden ist; daß ungestraft und wiederholt zum Morde der Katholiken aufgefordert wurde; daß kein Staatsanwalt die „öffentliche Ruhe und Ordnung“ als „gefährdet“ erachtet, falls der Erzbischof Hermann bis herab zum jüngsten Vikar und zum letzten ultramontanen Laien durch Wort, Schrift oder auch durch That verunglimpft und mißhandelt wird; daß man bezüglich der katholischen Presse

zu der juristischen Ungeheuerlichkeit fortgeschritten ist, nicht bloß strafbar zu finden was sie sagt sondern was sie meint oder doch hätte meinen können. Zwar wurden die Karlsruher Generalgewaltigen des Lichtes durch die unverhofft starke Opposition mindestens soweit zur Besinnung gebracht, daß sie vorläufig verzichteten, dem Volke die Schulreform en bloc aufzuheben und die christlichen Pfarrschulen mit Einem Schlage in Entchristlichungsanstalten zu verwandeln. Man begnügte sich mit dem Schulaufsichtsgesetze vom 29. Juli 1864. Doch dieses Gesetz enthält in nuce die ganze Schulreform: es trennt die Schule von der Kirche, emancipirt den Lehrer vom Ortsgeistlichen und stellt ihn diesem principiell als Staatspfaffen gegenüber; es überantwortet das gesammte bisher confessionelle Schulwesen einem angeblich confessionslosen Oberschulrathe, angeblich confessionslosen Kreis- und sogenannten katholischen weltlichen Ortsschulrathen; es weiß nichts von einer religiösen Erziehung, behandelt den Religionsunterricht als einen der Schule eigentlich fremden einzelnen Unterrichtszweig und degradirt den Seelsorger zum Fachlehrer der Religion. Die Organisation der religiösen Bildung und Erziehung von Seite der Kirchenbehörde sowie die realen Mächte des Lebens haben den doktrinären Dualismus sehr erheblich paralysirt. Hat das derzeitige Partei-Regiment kein übermenschlich zähes Leben, so muß und wird nach einigen Jährchen die Einsicht sich Bahn brechen, die Hauptfrucht der mit so großem Lärm und Kraftaufwand in das Volksleben hineingekeilten Schulkrankheit sei die Verschlechterung des Schulwesens, die gefahrdrohendste Verwilderung der Jugend. Ich denke, die Herren vom Staate werden sogar gegen Schulbrüder und Schulschwestern noch Toleranz lernen müssen und zwar vor lauter Mangel an Lehrern *).

*) Dieser bereits recht fühlbare Mangel mag das Hauptmotiv gewesen seyn, daß im Frühling 1867 die Direktorstelle des Lehrerseminars zu Meersburg keinem Heißsporn der Schulreform, sondern einem katholischen Geistlichen definitiv verliehen wurde.

Doch diese Lichtpartie der trauervollen Schulmeistercomödie steht keineswegs im Verzeichnisse der überhaupt so zweifelhaften Verdienste der Väter und Handlanger der neuen Aera. In ihnen möchte auch in dieser Beziehung Mephistos Spruch wahr werden:

Ich bin ein Theil von jener Kraft,

Die stets das Böse will und stets das Gute schafft!

Doch die Zeit drängt, ich muß fort, fort nach Augsburg. Zum Schlusse ein aufrichtiges Compliment. Weder von Ihrer Intelligenz und Wissenschaft noch von Ihrer Parteilosigkeit habe ich übergroße Vorstellungen. Ihre eigenen Zuschriften halten mich davon ab. Aber ich wünschte Sie an die Spitze des badischen Ministeriums. Als Minister-Präsident würden Sie das Schulerperiment niemals unternommen oder Angesichts des Widerstandes doch bei Zeiten die Segel gestrichen haben. Sie sind kein hirnwüthiger Doktrinär, Herr Blech, und das ist sehr gut; Sie haben gesunden Menschenverstand und praktischen Sinn, daran fehlt's in manchem Regierungs-weise; Sie haben einen guten Rest Gewissen, Rechts- und Freiheitsgefühl, daran fehlt es mancherorts erstaunlich. Sie hätten erwogen 1) daß Zweidrittel der Steuerzahler Badens Katholiken sind und daß eine gewaltige Masse der kirchlichen Autorität ihr Ohr leiht, welche die Schulreform verdammt hat und zwar aus unwiderlegbaren Gründen; 2) daß die Kirche in Baden völkerrechtliche und verfassungsmäßige Rechte besitzt und daß ein einzelnes Gesetz dem Staatsgrundgesetze niemals widersprechen darf; 3) daß fabricirte und dem Volke aufgejochte Gesetze weder Segen bringen noch Bestand haben. Sie sind Gewaltakte, die zunächst Unfrieden stiften, solche Sitzung aber hat noch keine verständige Regierung als ihre Aufgabe betrachtet.

XIII.

Zur Geschichte der Philosophie.

Histoire de la Philosophie. Philosophie ancienne par N. Laforet, docteur en théologie, camérier secret de S. Sainteté, Recteur magnifique de l'Université catholique de Louvain. Bruxelles 1867. T. I. et II.

Wir Deutsche waren bereits daran gewöhnt, daß man wenigen Ausnahmen fast sämtliche bedeutende Werke der französischen Sprachidiome über Philosophie in neuerer Zeit einen wenn nicht antireligiösen, so doch negativen Charakter hatten. Hier liegen uns zwei ansehnliche Bände in trefflicher Ausstattung von einem katholischen Verfasser vor Augen, von dem bekannten Rektor der katholischen Universität Löwen, Laforet, welche die alte Philosophie zu ihrem Gegenstande haben. Abgesehen von dem Inhalte begrüßen wir darum die Arbeit Laforet's als ein Zeugniß des regeren wissenschaftlichen Lebens der katholischen Kirche Belgiens in einer Zeit in der gerade die Heimath des Verfassers von dem religiösen und wissenschaftlichen Radikalismus bis auf die Tiefe erschüttert ist.

Die Philosophie der alten Zeit erscheint uns hier wieder einmal innerhalb des Rahmens der christlichen Weltanschauung. Um es gleich zu gestehen, hat uns das vorliegende Werk Laforet's schon nach flüchtigem Durchblättern unwillkürlich an die Ideen erinnert, welche R. J. H. Win

Richmann in seinem bedeutenden Buche „die Philosophie im Fortgange der Weltgeschichte“ (Bonn 1827—34) niedergelegt hat. Ob ich mich getäuscht habe, mag Jeder durch einen Vergleich der beiden Werke selber beurtheilen. Wenigstens knüpft Laforet wiederholt an die Arbeiten J. H. Windischmanns und seines Sohnes Fr. Windischmann an. Darin stimmt er sicher mit den beiden Deutschen überein, daß er die Geschichte der alten Philosophie nicht bloß auf den Hellenismus und dessen Gliederungen beschränkt, sondern daß er mit einem großen Wurf auch die Systeme des Orients, nämlich der chinesischen und indischen Weisheit hereinzieht. Das erste Buch der „heidnischen Philosophie“ ist ausschließlich diesem Zwecke gewidmet: T. I. p. 58—195. Wir werden nach dem Gesagten von selber erwarten können, daß die Methode Laforet's nicht die atomistische ist, welche die mannigfachen Culturreise der alten Welt sei es des Orients oder Occidents bloß in ihrer strengen Abgeschlossenheit von einander betrachtet, sondern gerade die Mannigfaltigkeit der Entfaltung der Geistesbestrebungen, wie sie durch die Nationalität und eigenthümliche welthistorische Ereignisse bedingt ist, aus einer tieferen Einheit zu erfassen versucht. In einem tieferen Sinne als Lessing faßt ja das Christenthum die Weltgeschichte als die Erziehung des Menschengeschlechtes auf, an welcher alle Völker, jedes in seiner Weise mitzuwirken berufen sind. Wie die Völker der alten Welt diese Aufgabe gelöst, sucht uns Laforet in geistreicher Weise zu vergegenwärtigen.

In einer bündigen und klaren Sprache gibt uns der geehrte Verfasser seinen Standpunkt gleich im Anfang zu erkennen. Statt, wie es manchmal bei historischen Werken rein wissenschaftlicher Natur der Fall ist, uns mit einer Masse kritischer Notizen zu bedienen, gibt die Einleitung wirklich das was sie besagt, nämlich den Plan des ganzen Werkes. Sie beginnt mit allgemeinen Betrachtungen über die Geschichte der Philosophie; über Gegenstand, Zweck und

Methode derselben. Hier hält Laforet ungefähr dieselben Gesichtspunkte in gleicher allgemein verständlicher Weise fest, wie ein neueres Werk eines Italieners, welches dieselben Zwecke sich gesetzt hat: nämlich die *Storia della Filosofia di Augusto Conti*, Firenze 1864. T. I. p. 1 — 137. ff. Ich glaube im Interesse der verehrten Leser zu handeln, wenn ich mit einigen Worten die ausgesprochenen Grundideen berühre.

Die Philosophie als Wissenschaft der Vernunft und der ersten Principien derselben betrachtet Laforet von einer zweifachen Seite, von ihrer abstrakten oder logischen und ihrer concreten oder ontologischen Seite. Gegenstand der Philosophie nach ihrer concreten oder ontologischen Beziehung ist ihm ursprünglich Gott sowohl an sich als auch in seinen Relationen (rapports) mit der Welt und vorzüglich mit dem Menschen. Der Mittelpunkt philosophischen Studiums ist ihm Gott und die absoluten Ideen, sofern diese als Gegenstand der menschlichen Vernunft in Betracht kommen. Sodann kommt ihm der Mensch, und zuletzt die Welt überhaupt unter den Gesichtspunkt philosophischen Denkens. (I. p. 2. ss.) Um sich vor dem etwaigen Vorwurf des Dogmatismus sicher zu stellen weist er ausdrücklich auf die Grundbedingung der philosophischen Wissenschaft hin, nämlich daß sie Vernunftserkenntniß sei und in Allem das logische Denken zu ihrer Basis habe (p. 3). Damit ist aber noch keineswegs das andere Extrem, nämlich der Apriorismus der neueren deutschen Philosophie gesetzt. Der Philosoph hat sich nicht auf den Isolirshemel der leeren Abstraktion zu stellen, weil dieß selber eine Unmöglichkeit ist, sondern er ist an die Wirklichkeit, an das concrete Daseyn nach seinen mannigfachen Seiten gewiesen. Statt sich gegen irgend eine Seite der Wirklichkeit zu verschließen, wie das z. B. die moderne negative Philosophie in Beziehung auf die historische Wirklichkeit der Offenbarung thut, muß er im Gegentheil, wenn seine Philosophie eine gesunde seyn soll, alle Gebiete die für den Denker überhaupt Interesse

hieten, umspannen, aus allen Nahrung ziehen. Sobald er seinen Gesichtskreis nach irgend einer Seite hin bornirt, so ist seine Wissenschaft schon nicht mehr Philosophie d. h. Wissenschaft des Allgemeinen, sondern sie ist nur mehr ein Theil der Philosophie; z. B. Logik, Physik u. s. w. Man muß wohl die verschiedenen Gebiete der allgemeinen Wissenschaft unterscheiden aber nicht trennen. Une distinction n'est pas une séparation (p. 4). Die rein abstrakte philosophische Methode bezeichnet Laforet als ein Uebing, weil der Mensch selber kein abstraktes Wesen ist. „Setzen wir jegliches Ding an seinen Platz, aber isoliren wir nichts. Das ist allein die richtige Methode und das einzige Mittel die Rechte der Wissenschaft und die Rechte der Wahrheit zugleich zu wahren!“ Dadurch werden beide Extreme vermieden in der Geschichte der Philosophie, die nicht selten sind, nämlich auf der einen Seite die Confusion der philosophischen Systeme mit den religiösen Traditionen, und auf der anderen Seite die abstrakte Trennung der philosophischen Lehren von dem Boden auf dem sie gewachsen sind. Der Zweck der Geschichte der Philosophie (p. 5) ist nicht bloß ein abstrakt theoretischer, d. h. eine bloße Kenntniß so und so vieler philosophischer Lehren, sondern auch ein praktisch-sittlicher. Wir lernen hier das Maß dessen kennen was die Vernunft aus sich leisten kann, was nicht; ihre geraden und krummen Wege die sie durchwandert, und die objektiven Gesetze die sie mit innerer Nothwendigkeit dabei beobachten muß. Was uns aber erhebt, das sind die großen Ziele die sie anstrebt, und die sie trotz alles Irrthums dennoch immer aufs neue zu erreichen trachtet. Das Ringen des Menschengesistes nach Wahrheit hat nicht minder einen großartigen dramatischen Charakter als das Ringen nach Freiheit. Darum muß das Erbtheil, das die Menschheit vor uns auf diesem Wege des Ringens uns übermacht hat, ein theures seyn, weil dieses Erbe mit den wahren Werth des eigenen Daseyns begründet.

Doch wir dürfen nicht weiter fortfahren, diese Grund-

züge der Geschichtsauffassung zu zeichnen. Laforet spricht sich sodann über die Methode der Behandlung der Geschichte der Philosophie aus (p. 8—14), kommt auf die Voraussetzungen des philosophischen Denkens überhaupt zu sprechen (p. 15—44); geht dann auf die Quellen der Geschichte der Philosophie über, und verzeichnet zum Schlusse einige der hervorragenden Leistungen auf diesem Gebiete. Unter den deutschen Arbeiten nennt er Brucker, Tiedemann, Tennemann, Dr. Heinrich Ritter, und erwähnt noch daß außerdem „eine große Anzahl Arbeiten über Geschichte der Philosophie“ in Deutschland erschienen ist, und daß Deutschland überhaupt der Ruhm gebührt die erste vollständige und gründliche Arbeit, Bruckers nämlich, geliefert zu haben (p. 54. 58).

Wenn wir unsererseits das ungeheure Material das besonders in Deutschland nun seit 30 Jahren fast über jeden einzelnen Philosophen erschienen ist, vergleichen mit dem was Laforet davon in den vorliegenden beiden Bänden verwerthet hat, so sind wir schwankend ob wir die verhältnißmäßig sparsame Ausbeutung besonders der kritischen Spezialarbeiten der Deutschen dem Verfasser zum Lobe oder zum Tadel anrechnen sollen. Zum Lobe nicht, weil im Einzelnen sehr Vieles kritisch gesichtet und geklärt ist was Laforet eben so genommen wie es die antiquirte Darstellung gab; zum Tadel nicht, weil bei der gegenwärtigen Arbeitstheilung fast ein volles Menschenalter nicht ausreicht um nur die bedeutendsten Arbeiten zu studiren, vielweniger zu Einem Ganzen zu verarbeiten. Wenn wir dazu noch bedenken, daß der Verfasser nicht bloß die hellenisch-occidentale Philosophie, sondern auch die indische und chinesische hereinzieht, über welche fast täglich neue Entdeckungen gemacht werden, so ist es sehr schwierig hier die Grenzlinien zu zeichnen, wie weit eine allgemeine Geschichtsschreibung die Detailforschung in sich aufnehmen oder bei Seite lassen soll. Genug daß wir den Leser versichern können, daß uns in dem vorliegenden Werke vor Allem ein harmonisches Bild des gesamten alten Wissens

auf Grundlage einer möglichst gewissenhaften Forschung gegeben ist. Die Darstellung ist durchweg eine klare und ruhige; selbst diejenigen Autoren welche der christlichen Weltanschauung des Autors entgegen sind, werden in ihrer relativen Bedeutung und mit dem Maße objektiver Auffassung geschildert. Die Arbeit Laforets macht also im Ganzen auf den Leser einen wohlthuenden harmonischen Eindruck. In allen Erscheinungen ist es ihm um den rothen Faden der Idee zu thun (I. 14).

Die Voraussetzung aller Philosophie ist ihm die ursprüngliche Offenbarung Gottes an die Menschheit, die selbst unter dem wildesten Gestrüppe menschlicher Traditionen und Irrthümer noch fragmentarisch vorhanden ist, deren Träger aber das Volk Gottes ist. Wir sehen, Laforet vertritt hier einen christlichen Traditionalismus, wie derselbe schon in der hl. Schrift angedeutet, von den ältesten Vätern der Kirche, den großen Theologen des Mittelalters und den bedeutendsten Gelehrten der neueren Zeit vertreten ist. Ich erinnere unter den geistreichsten Auffassungen nur an die Ideen eines Pascal, an die trefflichen *Méditations sur l'histoire universelle* von Bossuet u. s. w., abgesehen von den modernen Vertretern des Traditionalismus in der Weise Gratry's und seiner Anhänger, gegen welchen sich wohl manche gegründete Einwendungen machen lassen. Freilich muß unser Autor sich gleich Eingangs (I. 17 ff.) mit dem Rationalismus über diesen Punkt auseinandersetzen, dem er die Antwort keineswegs schuldig bleibt. Laforet ist der Ansicht (I. 44. 60 ss.) daß „weder die Aegyptier noch die Phönizier, Chaldäer und Perser eigentlich philosophische Lehren gehabt haben, sondern daß unter den orientalischen Völkern nur den Indiern und Chinesen eine eigentliche Philosophie zukomme.“

Ich glaube, damit ist zuviel und zu wenig behauptet. Zuviel, weil die ganze orientalische Weltanschauung spezifisch religiöser Natur ist und die rein philosophischen Elemente von den religionsphilosophischen sich kaum unterscheiden, viel

weniger trennen lassen. Was der gelehrte Autor über Aegypter, Phönizier und Perser sagt, gilt in dieser Hinsicht sicher auch von den Indiern und Chinesen. Zu wenig ist damit gesagt, weil die Weltanschauung der Indier ursprünglich der ganzen indogermanischen Völkerrace gemeinsam ist, und die indische Philosophie, wie das unter andern die gründlichen Forschungen Spiegels dargethan haben, auf die Quelle des alten Parsismus, der alten Parsenreligion zurückweist. (Vgl. z. B. Zeitschrift der Morgenländischen Gesellschaft XI. S. 97 ff. u. a.) Die trefflichen Arbeiten von Buttle und Klemm, welche Laforet leider nicht kennt, lassen darüber keinen Zweifel. Um das Jahr 1500 vor Christus bildeten Indier und Perser noch ein gemeinsames Volk. Nicht bloß die Götternamen, sondern auch die allgemeine Sitte, die Traditionen u. s. w. haben eine gemeinsame Quelle. So z. B. Andra bei den Persern ist Indra bei den Indiern u. s. w. Auch bezüglich der Aegyptischen Kosmogonie müssen wir auf Grundlage der Forschungen von Wilkinson, Baur, Brugsch, Le Normant, Letronne u. A. bemerken, daß hier nicht bloß religiöse Traditionen, sondern tiefere philosophische Anschauungen vorliegen. Derselben Ansicht sind Rouge (Revue archéol. VIII. c. 54), Döllinger (Heidenthum und Judenthum S. 409) u. a.

Der chinesischen Philosophie widmet der treffliche Autor eine quellenmäßige Schilderung von beträchtlicher Ausdehnung (I. 59—91). Wir sind demselben gewiß für die ausführliche Darstellung des Gedankenkreises der Chinesen, dieses einzigen unter den Völkern der gelben Menschenrace von uralter selbstständiger Bildung dankbar. Sie ist eine gute Parallele der Schilderung bei Buttle, und beide ergänzen sich gegenseitig. Wenn es nicht ein Vorurtheil ist von meiner Seite, so scheint mir Laforet den Werth dieser Wissenschaft doch noch etwas zu hoch zu taxiren. Ich vermisze darin trotz mancher trefflichen Aphorismen und gutgedachter Axiome dennoch jeden idealen Schwung, welcher

der Philosophie als solcher eignet. Das ganze chinesische Gedankensystem ist doch im Grunde nur ein dicker, ganz spießbürgerlicher Materialismus. Soviel wir von der Philosophie eines Meng-tse und Tschu-hi wissen, ist die Kosmologie eine äußerst langweilige; ebenso ihre Ethik u. s. w. Noch mehr angesprochen hat uns die Schilderung der indischen Philosophie. Sie ist verhältnißmäßig sehr umfangreich (I. 92 — 195) und beruht auf den vorzüglichsten Quellen, wie sie nicht nur besonders über dieses Gebiet die französische Literatur bietet; sondern der Verfasser nimmt auch auf die gründlichen Arbeiten der Engländer z. B. Colebrooke's, und der Deutschen, vorzüglich des klassischen Forschers Max Müller und des E. Schlagintweit Bezug.

Wir wissen zwar, daß andere Forscher in manchen Partien anderer Ansicht sind, so z. B. über das Verhältniß des indischen Brahmanismus zum späteren Buddhismus (I. 96). Laforet bezeichnet den Brahmanismus als „pantheistischen Naturalismus, in dem alle besonderen Wesen von Brahma ausgehen und von ihm am Ende wieder verschlungen werden.“ Er bemerkt, daß in der Vedentreligion das Licht nicht Symbol, sondern das Wesen und der Grund der Gottheit selber ist, daß also hier nicht das geistige Licht eines Platon, sondern das materielle Licht ist. „Hier ist die Vernunft von der Phantasie entthront, Alles ist materialisirt, Alles in das Gebiet der Sinne herabgezogen.“ (I. 103). Es kann darüber kein Zweifel seyn wenn Agni im Samaweda ausdrücklich als „Flamme durch Reiben von Hölzern vom Priester erzeugt“ bezeichnet wird. Indra (Licht), Varuna (Luft) und Agni (Feuer) sind gerade die drei Hauptmanifestationen des Einen Seyns, des „großen Geistes“ des Brahma; diese rein physischen Mächte des Werdens und Vergehens erscheinen darum in den hl. Büchern in einer Unzahl von Namen. Aber in diesem Naturalismus scheint mir auch sogar ein ganz excessiv idealistisches Element zu liegen, nämlich in dem Mahan-Atma das

Brahma. Das Aum der ältesten indischen Philosophie ist ein rein negativer Begriff, das bloße *Ö* ohne alle Prädikate. Es wird in verschiedener Weise als Urraum, Uräther, Urgrund, als das Große, Erhabene, Seiende übersetzt. Ich meine, am adäquatesten wäre dafür der Begriff des Absoluten der neueren deutschen Philosophie. Die früheren Hymnen geben darum dem Brahma ausdrücklich den Namen des Unersforschten. Von diesem Gesichtspunkte aus kann man die indische Philosophie gerade als absoluten Idealismus bezeichnen. Die Welt ist ja an sich das bloß Richtige, das reine Nichtseyn. Sowie die Lotosblume aus der Wurzel emporwächst und ihren Kelch öffnet, so ist die Welt nur die aus dem „Brahm“ oder „Aum“ emporgeblühte Lotosblume, die dann wieder zur Wurzel zurückkehrt. Nur Brahma ist, und schon die Ursache seiner Selbstentfaltung zur Welt war eine Täuschung der Maja. Aus diesem Grunde nun ist die Welt bloßer Schein, ein Traumbild. Und der Hauptzweck der ganzen indischen Ethik, des Cultus, der Ascese zc. ist: diese nichtige Welt zu verneinen. Zu einem „Naturalismus“ scheint mir die Geisteschwermuth, das wehmüthige Trauergefühl des Hindu, dessen Grundton immer nur der Eine ist: „Alles ist eitel, Alles vergeht, nichts bleibt als Brahma“ gar wenig zu passen. Die indische Philosophie ist gerade das direkte Gegentheil des chinesischen Naturalismus. Hier erlaube ich mir trotz der Gegenbemerkungen Laforet's (I, 122 zc.) der Auffassung von M. B. Saint-Hilaire, Lassen und Weber beizupflichten. In Rigveda wird z. B. Varuna geradezu als weltbewegende, weltordnende Macht geschildert. „Er trägt und hält die zitternden Geschöpfe, er leitet Krankheiten und den Tod.“ „Er hat der Sonne die Pfade gebahnt und hervorgetrieben die meergleichen Fluthen der Ströme; zwischen den unermesslichen Himmeln ruhen seine Gewalten.“ Varuna ist sogar der Wächter der sittlichen Weltordnung, der gerechten Vergeltung, dem die Sünde gebeichtet, der um Vergebung angefleht wird. Hier scheint uns etwas mehr als

Naturalismus zu seyn. In dem Buddhismus allerdings hat der Idealismus der Brahmanen in einen intensiven Naturalismus umgeschlagen; wie das so trefflich Burnouf *Introduction à l'histoire du Bouddhisme Indien*, Stuhr u. A. dargelegt. Hier allerdings können wir uns vollkommen mit Laforet einverstanden erklären. Die Partie über den Buddhismus (I. 181) halte ich deshalb für vorzüglich gelungen.

Doch — unwillkürlich habe ich die mir gesteckten Grenzen schon überschritten; ich will nur im Fluge noch auf die übrigen Partien des inhaltreichen Werkes aufmerksam machen.

Laforet sucht wiederholt eine auf ursprünglicher Wahlverwandtschaft beruhende Tradition des indischen und griechischen Religionsystems nachzuweisen. *) Er beruft sich hier vor Allem auf das Zeugniß des Herodot (Hist. II, 52), daß in der ältesten pelasgischen Periode der Polytheismus der Hellenen noch in dem Pantheismus schlummerte. Wir können uns darauf nicht einlassen, die Darstellung des Verfassers näher in's Auge zu fassen. Bekanntlich hat Schelling in seinen „Vorlesungen über Religionsphilosophie“ Aehnliches behauptet. Ulrici hat im Ganzen die Theorie Schellings verfolgt in der geistreichen Abhandlung über Religionsphilosophie (Herzogs Reallexicon XII. 700. ff.) und über Pantheismus (das. XI, 66). Eine religiöse Autochthonie gilt jedenfalls heute für ein Curiosum.

Bezüglich einiger Hauptpunkte haben wir gelegentlich der Besprechung des Grundrisses der Geschichte der Philosophie von Dr. Erdmann in diesen Blättern bereits uns geäußert. Denselben Gesichtspunkt halten wir auch hier für den richtigen. Wir können darum unmittelbar auf

*) Interessante Aufschlüsse über das Verhältniß der griechischen zur ägyptischen Cultur verdanken wir unserm Aegyptologen Prof. F. Jos. Lauth. Vergl. bes. das Programm des Max-Gymnasiums in München: *Gomer und Aegypten*. München 1867.

die im Ganzen treffenden Auseinandersetzungen Laforet's (I. 196 ff.) verweisen. Mit H. Ritter theilt Laforet die griechische Philosophie in drei Perioden. Die erste Periode der vorsokratischen Philosophie umfaßt die jonische, italische, eleatische und atomistische Schule (I. 210—339). Die zweite Periode der sokratischen Philosophie, welche im dritten Buche zur Darstellung kommt, umschließt die eigentlichen Heroen griechischen Denkens: Sokrates, die megarische Schule, Platon und seine Schüler, Aristoteles und die Peripatetiker und das Auseinandergehen der Nachfolger des Aristoteles in die mannigfachen Richtungen des Epikuräism, Stoicism und Skepticism (I. 340 — II. 250.) Hier liegt der Schwerpunkt des ganzen vorliegenden Werkes. Auch formell möchten wir hier die Glanzpunkte suchen. So ist z. B. der allgemeine Charakter der sokratischen Philosophie klassisch geschildert. Wenn Referent auch nicht durchweg mit den Resultaten, wie sie Laforet über einzelne Punkte der platonischen und besonders der aristotelischen Philosophie, namentlich über das Verhältniß beider zueinander übereinstimmen kann: so kann er dem klaren Blicke und der harmonischen Entfaltung der mannigfachen Lehrpunkte doch seine Achtung nicht versagen. So weist Laforet z. B. (I. 228, 233, 239) ganz scharfsinnig auf die Berührungspunkte der Identitätslehre Heraklits und Hegels hin. Die negative Seite der pantheistischen Philosophie weiß Laforet trefflich zu charakterisiren, indem er auf die ältesten Wurzeln derselben wiederholt aufmerksam macht; wir sind sehr begierig ob er die positive Seite derselben, namentlich die Beziehung Hegels zu Aristoteles richtig zu fassen im Stande seyn wird. Vollkommen einverstanden sind wir mit Laforet (I. 401 u.), daß Aristoteles trotz seiner polemischen Haltung zur platonischen Ideenlehre dennoch das Wesen derselben anerkannt und insbesondere in seiner Metaphysik verwerthet hat. Doch, wir müssen zum Schlusse eilen, und können unmöglich die höchst interessanten Partien dieses Buches im Einzelnen besprechen. Es sind hier

nicht bloße *Raisonnements*, sondern manche gründliche Forschungsergebnisse.

Das vierte Buch enthält die griechisch-römische Philosophie (II. 251 — 372); das fünfte den Verfall und das Ende der griechischen Philosophie (II. 373—544.). In großen und edlen Zügen weiß Laforet, um nur an Eines zu erinnern, die welthistorische Bedeutung der neuplatonischen Schule in Alexandria zu schildern (II. 401 ff.). Die Stellung derselben zwischen Orient und Occident ist der Synkretismus der beiden Gesichtskreise, in welchem die Gesamtwelt der alten Welt nochmal in wahrhaft großartiger Weise aufleuchtete, um dann für alle Zukunft dem Lichte des Christenthums zu weichen. Besonders Plotinus wird ausführlich und gründlich behandelt. Proklus, der letzte Meister der neuplatonischen Philosophie (II. 537) findet nicht minder gerechte Würdigung. Zum Schlusse werden noch kurz die Nachfolger des Proklus, die letzten Repräsentanten der heidnischen Philosophie an unserm Auge vorübergeführt.

Es ist wahrhaft erfreulich in unseren Tagen, wo man an allem philosophischen Studium desperirt und über Philosophie Urtheile hören muß wie sie in den Zeiten der größten Barbarei kaum zu finden sind, solche Versuche der Wiederbelebung des erlahmten wissenschaftlichen Strebens zu sehen, wie sie der geehrte Verfasser vorliegenden Werkes gemacht hat. Trotz der Antipathie wird der französische Geist solchen Leistungen sein Interesse kaum versagen können. Auch für uns Deutsche aber hat das Werk Laforets seine Bedeutung. Wir rufen darum dem gelehrten Rektor Magnificus ein herzlich „Glück auf!“ zu.

XIV.

Beitläufe.

Die unterirdische Diplomatie im brittischen Reiche und das *Fabula docet*.

Von allen politischen Wundern die seit einem Lustum vor unsern Augen entstanden, ist die mit England vorgegangene Veränderung eigentlich doch das größte. Wir alle haben die Zeit noch mit erlebt, wo die ganze publicistische Welt ihre Ohren immer zuerst an die Thüren des auswärtigen Amtes in London hielt, um die Stimmung da innen als das entscheidende Moment in allen europäischen Fragen zu erlauschen. Es war das zugleich die Zeit wo alle conservativen Federn des Continents sich Jahr aus Jahr ein gegen jene Feuerbrands-Politik erhitzten, die allen revolutionären Bewegungen außerhalb der englischen Grenzen mit ihrem Beifall, mit Rath und That zu Hülfe kam. Mit Einem Wort: das Zünglein der europäischen Wage stand in London.

Man hat sich diese politische Geschäftigkeit Englands verschieden erklärt. Man hat die herrschende Aristokratie Englands beschuldigt, daß sie um ihrer Selbsterhaltung willen das Bedürfniß habe von Zeit zu Zeit ihr Gewicht in auswärtigen Fragen geltend zu machen; und man hat die englische Bourgeoisie des Hintergedankens fähig erachtet, daß sie

unter dem Deckmantel der liberalen Ideen in den von der Revolution zermühlten Ländern ihre Fabrikate besser zu verwerthen hoffe. Wie dem nun sei: das Eine wie das Andere hat aufgehört. Weder die englische Aristokratie noch die englische Bourgeoisie hat fortan unter dem Verdacht politischer Umtriebe oder auch nur diplomatischer Berechnungen zu leiden. Das ist längst vorbei, und Niemand kümmert sich mehr darum.

Der Orient wankt; aber kaum taucht dann und wann eine leise Andeutung auf, daß die Expedition in Abyssinien eigentlich dem künftigen Suezkanal gelte und eine Stellung im Rücken der orientalischen Frage bedeute. Selbst von der Türkei ist es zweifelhaft geworden, ob sie noch ein politisches Interesse Englands sei. In Italien ist Englands Schooßkind, das Werk Cavour's, in Gefahr; aber man hört nichts von englischem Beistand in Florenz, ja es kann sogar glaublich berichtet werden, daß England dahin rathe für die Ruhe der Halbinsel den Garibaldianismus dem französischen Imperator zum Opfer zu bringen. Auch der protestantische Haß Englands scheint daher nicht mehr größer zu seyn als die Furcht vor jeder socialen Störung. So gründlich hat die Politik Englands ein Ende.

Dagegen hat eine neue Periode der innern Geschichte Englands begonnen, welche für uns Continentale den lehrreichsten Inhalt hat. Denn dieselbe geht aus Zuständen hervor, welchen auch wir mehr oder weniger nahe gerückt sind. Man hat den Ländern des Continents solange das Beispiel der politischen Freiheit Englands vorgehalten; ich weiß nicht, warum die liberale Presse jetzt zögert, England in gleicher Weise auch als das Beispiel des socialen Verderbens aufzustellen, nachdem doch dieses warnende Phänomen in so grellen Gestaltungen jenseits des Kanals zu Tage tritt? England ein brodelnder Herd der Verschwörung — nicht mehr der Verschwörung fremder Flüchtlinge, sondern des eigenen unter Druck und Elend schmach tenden Volkes — das wäre doch

wahrhaftig ein eben so überraschendes als interessantes Thema! Wer hätte es geglaubt vor zehn Jahren?

Um die Natur der ungeheuern Verschwörung zu charakterisiren, genügt es nicht zu sagen, sie sei nicht politisch sondern social. Wenn irgendwo, so lassen sich gerade in England diese beiden Begriffe schlechterdings nicht trennen. Denn in England haben bis jetzt die Aristokratie und die geldreiche Bourgeoisie eine unter sich mehr oder weniger gütlich getheilte Alleinherrschaft geführt, hinter der das niedere Volk — sagen wir mit Einem Worte die Arbeiterwelt — gänzlich verschwand und politisch gar nichts zu bedeuten hatte. Jetzt erhebt sich dieses niedere Volk um sein Erbrecht geltend zu machen; das ist die Bedeutung der großen Verschwörung welche England abwechselnd bald als Fenianismus bald als Arbeiter-Terrorismus in Schrecken setzt. Man kann sagen, daß jene Erscheinung mehr politischen, diese mehr socialen Charakter trage; aber im Grunde fließen beide ineinander, sie bilden Eine und dieselbe Classen-Revolution der Unterdrückten.

Allerdings spielt in dem Einen Falle eine nationale Suprematie die Rolle des Unterdrückers, in dem andern die Nationalökonomie des Industrie-Capitals. Aber die Verschworenen sind in beiden Fällen das arme arbeitende Volk. In Bezug auf die irische National-Partei der Fenier wird diese Thatsache vom officiellen England selber zugestanden. Die höheren Classen und der Mittelstand der irischen Nation sind zwar mit dem gegenwärtigen Verhältniß ihres Vaterlandes zu England gleichfalls tief unzufrieden und nur bezüglich des Mittels der Abhülfe sind sie nicht ganz einig unter sich. Die Einen, und es sind darunter meistens Angehörige der höheren Gesellschafts-Classen, fordern nicht die Trennung von England, sie wollen die Union festhalten, aber sie hoffen durch gründliche Reformen auf parlamentarischem Wege Gerechtigkeit für Irland zu erlangen. Dieß sind die sogenannten „Unionisten“; ihnen gegenüber erhebt die Repeal-

Partei neuerlich mächtig ihr Haupt; sie ist insbesondere im Mittelstand Irlands vertreten, will die Wiederauflösung der Union und ein eigenes irisches Parlament; in neuester Zeit verlangt sie für Irland die „Freiheit wie in Oesterreich“, d. i. dieselbe Stellung im brittischen Staat, wie sie Ungarn im österreichischen Dualismus genießt. Im Unterschiede von diesen beiden Parteien die sich vom Fenianismus bisher ferngehalten, ja den Umtrieben der fenischen Verschwörer geradezu feindlich sich entgegengestellt haben, recrutiren nun die Fenier ihre Reihen ausschließlich aus den untern Classen. Sie erhalten ihre Führer und ihre Mittel von dem irischen Volksthum in Nordamerika; Irland selbst und die Irländer auf der englischen Insel liefern fast nur den gemeinen Mann zum Fenierthum.

Wenn man nun erwägt, daß die Arbeiterwelt in England ungefähr eine Million Mitglieder aus irischem Blute enthält, seien es aus Irland eingewanderte oder von irischen Eltern auf englischem Boden geborene, so wird man schon darum schlechterdings nicht annehmen können, daß die Verschwörung der Fenier und die Verschwörung des Arbeiter-Terrorismus in England aus wesentlich verschiedenem Material bestehe. Auch trägt der Fenianismus keineswegs bloß politisch-nationalen Charakter; er verlangt nicht nur gänzliche Trennung Irlands vom brittischen Reich und Anschluß an die Vereinigten Staaten Nordamerika's, sondern er trägt zugleich wesentlich socialistische Farbe. Theilung des Grund und Bodens ist ein Hauptpunkt des fenischen Programms. Der Fenianismus ist auf dem agrarischen Gebiete genau das was die Arbeiter-Verschwörung auf dem industriellen ist. Bei solchen socialen Berührungen hören aber die nationalen Unterschiede erfahrungsmäßig auf ein trennendes Moment zu bilden. Jene ernstesten Stimmen haben daher gewiß Recht, welche von Anfang an behaupteten: der Fenianismus hätte niemals zu einer so unglaublichen, das stolze England an allen Gliedern lähmenden Macht des dunkeln Schreckens gelangen

können, wenn nicht die einheimische sociale Gefahr unmittelbar dahinter stünde, wie das Hauptcorps hinter den Plänklern.

So dürfte es auch zu verstehen seyn, wenn der Minister Graf Malmesbury, ein unter allen Umständen bewährter ernster Mann, jüngst in einer öffentlichen Rede sein Schaudergemälde von allem dem Entsetzen, womit England durch den Fenianismus bedroht sei, mit der Hinweisung beschloß, daß „diese verruchte Verschwörung die Feinde der Gesellschaft und der Staatsordnung aus England und aus allen Theilen der Welt in sich schließe.“

Freilich gibt es wieder andere Stimmen, welche sich derlei Anschauungen aus dem Bestreben der conservativen Parteien, insbesondere der Tory = Aristokratie, erklären den besitzenden Classen Furcht einzujagen und dadurch dem neuen Parlaments-Reform-Gesetz die Spitze abzubrechen, überhaupt eine große staatspolizeiliche Reaction herbeizuführen. Aber es heißt doch dem ohnehin schon tief genug gedemüthigten Reiche Britannia ein allzu gresles Armuthszeugniß ausstellen, wenn man annehmen müßte, daß der freiheitsstolze, praktisch = nüchterne Engländer aus leerer Angst und abergläubischer Einbildung seit zwei Jahren am ganzen Leibe zittere vor einem bloßen Hirngespinnst; daß die Nation im Kampf mit Windmühlen-Flügeln die Regierung gezwungen habe den Justizmord an den drei Gehängten von Manchester zu begehen *), und daß am Ende auch die mit Pulver gesprengten Gefängniß-Mauern von Clerkenwell bloß eine optische Täuschung gewesen.

Die Wahrheit ist wohl die, daß das Urtheil über den Fenianismus sich modificiren muß, je nachdem derselbe als eine isolirte Krafterregung der unterdrückten und mißhandelten Nation von der grünen Insel aufgefaßt, oder aber die

*) Bekanntlich wurde die Exekution verhängt, weil Ein Polizeimann bei einem fenischen Befreiungsversuch durch einen Revolverchuß auf den Tod getroffen worden war. Dafür wurden von den Verhafteten drei als Mörder hingerichtet.

Bewegung in ihrem tiefern Zusammenhange mit der einheimischen socialen Gefahr begriffen wird. Im erstern Falle hat das böse Gewissen Englands unzweifelhaft den Schrecken in's Maßlose vergrößert, und die blinde Angst welche bald jedes Haus der englischen Machthaber und Geldmacher von den Feniern unterminirt und mit Pulver geladen währte, mag allerdings eine komische Seite gehabt haben. Anders gestaltet sich aber die Sache im zweiten Falle. Im Zusammenhange mit der socialen Bewegung im Schooße der englischen Nation selber, einer Bewegung die nicht weniger selbstbewußt und straff organisirt ist als der Fenianismus — kann und muß man allerdings sagen: England steht auf einem Vulkan, auf einem Vulkan dessen Mächtigkeit unergründlicher ist als die jeder politischen Conspiration.

Bedeutsam ist schon das genaue chronologische Zusammentreffen der beiden Erscheinungen. Dieselben gehen offenbar unterirdisch neben einander her und treten abwechselnd an die Oberfläche. Während der fenische Schrecken den Anfang und den Schluß des Jahres 1867 ausfüllte, nahm im Juni ein Londoner Bericht seinen Weg durch die deutschen Zeitungen welcher mit folgenden Worten eingeleitet war: „Ein Schauder geht durch das Land. Man hört seit drei Tagen nichts Anderes sprechen als über die entsetzlichen Enthüllungen von Sheffield. Diese beweisen welche Gräuelt, unerhört seit Menschengedenken, sich unter der modernen Civilisation verborgen halten und nur von Zeit zu Zeit durch die dünne Kruste brechen. Mord ist da nicht mehr einzelner Mord, er ist enthüllt als — Sitte; eine Arbeiter-Tyrannie wird der Welt bloßgelegt, eine Behme der brutalsten Art;... jede Zeile in den langen stenographischen Berichten über die Verhöre spricht Schrecken, jeder Satz aus dem Munde des Hauptzeugen ist eine Apotheose Rains“ *).

*) Kreuzzeitung. Aus London vom 23. Juni 1867.

Man braucht diese Worte nur wenig zu verändern, so hat man die zahlreichen Texte vor sich, welche kurz vorher und bald nachher über das Entsetzen der Engländer vor den Symptomen der fenischen Verschwörung Bericht erstattet haben. Aber die letztere blieb in ihrem Wesen und ihrer Organisation dunkel und unenthüllt bis zur Stunde, während sich in die Verschwörung des Arbeiter-Terrorismus nur zu deutliche Einblicke eröffnet haben. Volle Klarheit wird freilich erst das Referat verbreiten, welches die eigens ernannte l. Untersuchungs-Commission demnächst dem Parlament vorlegen wird. England und die politische Welt werden dann eine Zeitlang wieder von den entsetzlichen Erscheinungen in der englischen Arbeiterwelt sprechen und die Hände über dem Kopf zusammenschlagen, um vielleicht abermals auf neue Fenier-Schrecken zurückzukehren. Für uns dürfte eine vorläufige Orientirung jetzt schon um so mehr am Platze seyn, als das officiële England augenscheinlich die Absicht hat an gedachten Commissionsbericht Maßregeln einer staatspolizeilichen Reaction anzuknüpfen, welche zwei Fliegen mit Einem Schlage treffen sollen, nämlich nicht bloß den Terrorismus der Arbeiter-Bereine sondern auch den nebenher laufenden Fenianismus.

England in der Reihe, ja an der Spitze der „reaktionären Staaten“ — das wäre wahrlich eine so erstaunliche Wendung in der Geschichte der modernen Ideen überhaupt und der unfehlbaren Nationalökonomie insbesondere, daß es sich wohl der Mühe lohnt von Stadium zu Stadium genau zuzusehen, wie die Dinge dahin gekommen sind und dahin kommen konnten. Erzählen wir also zunächst den einfachen Verlauf der Entdeckungen, die England über die Zustände in den Tiefen seiner Arbeiterwelt gemacht hat und noch fortwährend macht.

In der Fabrikstadt Sheffield, durch ihre Eisen- und Stahlwaaren weltberühmt, waren seit einiger Zeit die ärgsten Gewaltthaten verübt worden, ohne daß es jemals ge-

lungen wäre die Urheber oder Thäter zu entdecken. Da aber diese Angriffe größtentheils gegen Arbeiter gerichtet waren, so wurden sie von der Volksstimme den Arbeiter-Vereinen (trades-unions) zugeschrieben und auch geradezu „Gewerks-Attentate“ genannt. Im Oktober 1866 wurde einem Arbeiter zu Sheffield das Haus mit Pulver in die Luft gesprengt, und da derartige Vorfälle nicht vereinzelt dastanden, so erhob sich ein so allgemeiner Schrei der Entrüstung, daß das Haus der Gemeinen eine eigene Untersuchungs-Commission niederzusetzen beschloß, um dem Thun und Treiben der Arbeiter-Vereine auf den Grund zu kommen.

Die fraglichen, auch in den „Histor. = polit. Blättern“ schon wiederholt genannten Trades-unions sind permanente Vereine, zu welchen sich jedes einzelne Gewerke in allen Städten des Landes zusammensügt und die insgesamt unter dem gemeinsamen Vorort London stehen. Man schätzt die Zahl der Mitglieder zur Zeit auf 800,000. Der Zweck der Vereine ist ein zweifacher; sie streben nämlich nicht bloß die Regelung der Beziehungen zwischen Capital und Arbeit an, sondern sie bilden gleichzeitig Genossenschaften zu wechselseitiger Unterstützung. So hat eine einzige dieser Associationen nicht nur die Kosten der von ihr selbst organisirten Strike's seit ihrem Bestand getragen, sondern außerdem noch an geschäftslose Arbeiter seit sieben Jahren Unterstützungen von mehr als 74,000 Pf. St. gegeben, ferner an kranke und schwächliche Arbeiter 23,000 Pf., endlich über 6000 Pf. für Beerdigungen ihrer Mitglieder bezahlt. Während der schrecklichen Baumwollkrisis des Jahres 1862 unterstützten diese Unionen thatsächlich 16,000 arme Personen, indem sie an jede Familie wöchentlich 10 bis 15 Schillinge vertheilten. Ihre großartigen Leistungen in dieser Zeit der schweren Noth wurden von allen Seiten rühmend anerkannt; man hat dieselben namentlich auch in Deutschland als einen schlagenden Beweis für die Wichtigkeit des Princip's der Selbsthülfe aufgestellt. Aber nun die Rehrseite!

Um so gewaltige Mittel in die Hand zu bekommen, müssen sich die Vereine natürlich durch Thaten und Leistungen bei den Arbeitern in Respekt setzen, und dieß geschieht, indem sie mit allen Mitteln das Interesse der Arbeiter gegenüber der Capitalmacht sichern. In Wirklichkeit hat die f. Commission alsbald als Resultat ihrer Untersuchungen erkannt, daß die Arbeiter von sämtlichen Branchen die Beschränkungen welche die Unions ihrer Freiheit und ihrem Geldbeutel auflegen, als den einzig möglichen Weg ansehen, um im Kampfe zwischen Capital und Arbeit nicht zu unterliegen. Alle stimmten darin überein, daß wenn eine Herabsetzung der Arbeitszeit und eine Lohnerhöhung eintrete, dieß ausschließlich dem Unionsystem zu danken sei. Aber welches sind die von dem System gebrauchten Mittel?

Das offen zu Tage liegende Mittel ist der Strike, d. h. die mit gegenseitiger Unterstützung unternommene Arbeitseinstellung. Wie aber dieses offene Mittel bereits durch geheime Mittel des Zwangs und der Einschüchterung gestützt und verstärkt wurde, zeigte eben zur Zeit der Enthüllungen von Sheffield der große, Wochen lang dauernde Schneider-Strike. Gegen 40,000 Arbeiter waren in diese Arbeitseinstellung verwickelt. Die Unions begnügten sich aber nicht durch bedeutende Wochengaben die feiernden Gesellen zu unterhalten und ihnen so den Widerstand zu ermöglichen. Während die Meister die außerordentlichsten Anstrengungen machten, um fremde Arbeiter heranzuziehen und mit Hülfe dieser Fremden, unterstützt durch verbesserte Maschinen, den Anforderungen der einheimischen Gesellen zu widerstehen: organisirten die Unions ein vollständiges Ueberwachungs-System rings um die großen Schneiderwerkstätten. Sie stellten förmliche Posten und Schildwachen auf, und in demselben Augenblick wo Arbeiter aus der Provinz oder aus der Fremde, um Beschäftigung in den Magazinen zu erhalten, sich vorstellen wollten, waren sie auch schon abgefangen und durch Drohung oder Ueberredung in die Listen der Union der Londoner Ar-

beiter eingetragen. Auf die Klage der Meister mußten die Gerichte sich einmischen. Das Postenwesen wurde als gesetzwidrig erkannt, die ausgestellten Schildwachen wurden verhaftet und gestraft. Aber die Macht der Unions erlitt dadurch keinen Eintrag.

Um zu der thatsächlichen Uebermacht gegen das industrielle Capital zu gelangen und den Unternehmern nach dem Sinne ihrer lebendigen Werkzeuge die Hände zu binden, mußten die Leiter der Unions natürlich vor Allem dahin trachten, an jedem Orte möglichst alle Arbeiter desselben Gewerks in ihre Reihen und unter ihre Botmäßigkeit zu bringen. Auf welchen Wegen sie dieß in England zu Stande gebracht, werden wir gleich nachher sehen. Die Tendenz selbst liegt so sehr in der Natur der Sache, daß sie mit einer tüchtigen Ausbeutung des Coalitionsrechts zur Regelung der sogenannten „freien Concurrenz“ überall verbunden seyn muß. So ist es denn auch in Nordamerika. Als vor Jahr und Tag mehrere Arbeiter aus Rheinpreußen nach Amerika auswanderten, berichteten ihre Briefe: kaum seien sie dort angekommen, so seien die englischen Arbeiter ihnen alsbald mit geballter Faust und mit dem Rufe entgegengetreten: „Bruder, bei Strafe des Todes darfst Du nicht anfangen zu arbeiten, merke dieß!“ Der Berichterstatter erzählt weiter: „Und die Engländer nahmen unsere Collegen in ihren Verein auf und zahlten ihnen wöchentlich 5 Dollars als Unterstützung aus, solange sie feiern mußten; und Sie werden wiederum aus Briefen vernommen haben, daß sie nunmehr am Arbeiten sind und ihr Ziel (höhern Lohn) mit Erfolg erreicht haben“*). Also ganz die gleiche Praxis auch jenseits des Weltmeers. Darum ist aber auch in den Zeitungen schon mehrfach die Behauptung aufgetaucht: daß die Trades-

*) Rede im Verein zu Saar. Berliner Social-Demokrat vom 11. Okt. 1867.

Unions mit ihren Strike's und ihrem organisirten Terrorismus die Industrie in den Vereinigten Staaten bereits zu Grunde gerichtet haben.

Um die schädliche Rückwirkung einer solchen Regelung der „freien Concurrrenz“ ganz zu begreifen, muß man noch ein anderes Manöver in's Auge fassen, welches höchst bezeichnend ist, zu dem aber die „Unionen“ um ihrer Selbsterhaltung willen unwillkürlich hingeführt werden mußten. Ihre ganze Politik bekäme augenscheinlich ein Loch, wenn es einzelnen Arbeitern möglich wäre durch größern Fleiß oder Geschicklichkeit höhere Löhne und eine bessere Stellung als andere zu erringen. Eine „allgemeine gleiche Lohntaxe für alle Arbeiter derselben Kategorie“ ist daher ein Hauptgrundsatz des großen Schutz- und Trutzbunds. Hervorragende Führer haben auch der 1. Commission rundweg erklärt, daß die Arbeiter zu den größten Opfern bereit seien um das Princip der Gleichheit durchzusetzen. Man darf begierig seyn, wie die in Aussicht genommene staatspolizeiliche Reaction gerade dieser furchtbarsten Waffe der Unions die Spitze abbrechen will, welcher unzweifelhaft am schwersten beizukommen seyn wird.

Der Arbeiter welcher Mitglied einer solcher Union wird, hat nämlich für den Schutz und die Hülfe welche die Association ihm bietet, nicht bloß Geldbeiträge zu leisten, sondern er hat einem großen Theil seiner Freiheit ganz zu entsagen. Er muß sich einem strengen Arbeitsreglement unterwerfen, das jede höhere Begabung auf das Niveau der Mittelmäßigkeit erniedrigt; andernfalls legt ihm die Union eine Geldbuße auf welche ihn alles Vortheils größerer Geschicklichkeit wieder beraubt. Um die Löhne nicht drücken zu lassen und den Normallohn aufrechtzuhalten, nöthigt der Verein die Principale, alte und schwache oder weniger geschickte Arbeiter zu entlassen; er reicht den Entlassenen aus den Arbeiterklassen ihren Unterhalt. Andererseits darf aber kein Arbeiter besser und geschickter seyn wollen als der andere. Wehe dem der

mehr arbeitet und in kürzerer Zeit sein Pensum vollbringt, als der Verein vorschreibt und zum Gesetze macht. Als allgemeine Norm ist die Mittelmäßigkeit aufgestellt; Keiner darf den Andern übertreffen wollen.

Wie weit diese Praxis geht, dafür ein haarsträubendes Beispiel. Um die Arbeiter in den Nadelfabriken vor dem Eindringen der Schleissplitter und des Stahlstaubes in die Lungen zu schützen, hat man magnetische Netzmasken für das Gesicht eingeführt. Da jedoch die dadurch gesicherte größere Gefährlosigkeit der Arbeit einen größern Zufluß von Arbeitssuchenden für dieses Gewerbe zur Folge hatte, so haben die Unions ihre Mitglieder genöthigt die schützenden Masken abzulegen. So wird der Lohn bei seinem Ansaß erhalten, der sehr hoch ist wegen der Lebensgefahr; denn selten überlebt ein ohne Maske thätiger Arbeiter das 40. Lebensjahr.

Alles das erklärt nur zu einfach die merkwürdige Thatsache welche namentlich noch auf der jüngsten Weltausstellung zu Paris sehr überraschend hervorgetreten ist: daß nämlich die englische Industrie und Werkthätigkeit nicht mehr ihren hohen Rang behauptet. Nur in 12 Classen ward die britische Production zu Paris nicht von ausländischer Manufaktur überflügelt. Gerade Sheffield, der Hauptschauplatz des Arbeiter-Terrorismus, war dort am dürftigsten vertreten. Es ist dieß aus den angeführten Umständen die einfache logische Consequenz, die zur Landescalamität zu werden droht.

Die Thatsache kann auch von den Liberalen in England nicht geläugnet werden, aber sie wird von der liberalen Seite anders gedeutet und ausgebeutet. Seit der Reform des Parlaments-Wahlgesetzes erhebt nämlich der moderne Liberalismus mit all seinem continentalen Blödsinn auch in England das Haupt, und die erste Wohlthat die er dem brittischen Reiche erweisen will, besteht in der gesetzlichen Einführung des Staats-Schulzwangs. In diesem Sinne agitiren namentlich ein paar Universitätsprofessoren auf den Meetings der „Reformliga“. Das auffallende Sinken der englischen

Industrie kam ihnen wie gerufen. Da die deutschen Produkte auf der Pariser Ausstellung vielfach die englischen ausgestochen haben, so argumentiren sie: dieß komme daher, weil durch den deutschen Schulzwang die Bildung im Volke viel weiter verbreitet sei als in England. Es begreift sich, daß der Liberalismus nicht gerne das donnernde Dementi eingesteht welches in dem Sinken der englischen Industrie und den wahren Ursachen desselben für die Lehre des liberalen Oekonomismus liegt. Aber das sollte man doch meinen, dürfte der englische Liberalismus einsehen, daß die englischen Arbeiter bereits übrig genug geschult sind, um ihr eigenes Interesse gegenüber der modernen Idee von der freien Concurrenz und dem angeblichen Naturgesetz von Angebot und Nachfrage zu verstehen.

Allein wie machen es nun die Unions, um auch widergesetzliche Mitglieder festzuhalten, um die welche etwa ihre Beiträge nicht zahlen oder durch die Statuten verbotene Arbeit übernehmen, am Austritt zu hindern, und um andere welchen überhaupt die Freiheit ihrer Bewegung lieber wäre, zur Unterwerfung unter ein so drückendes Regiment zu veranlassen? Nun, eben darüber geben die Erfahrungen der f. Commission vollständige Auskunft. Die Commission war mit außerordentlichen Machtvollkommenheiten ausgestattet, um der Sache auf den Grund zu kommen. Alle Verbrechen, selbst Mordthaten, sollten straflos seyn, wenn die Thäter als Zeugen (sog. Kronzeugen) auftraten. Auch wurde auf Andringen der „Unionen“ wenigstens Ein Vertreter der Arbeiter bei den zahllosen und strengen Verhören von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zugelassen. Das Resultat war solcher Bemühungen in der That werth.

Es stellte sich heraus, daß die Unions sich meistens der Arbeitsherren selber bedienen, um die Arbeiter zum Eintritt in ihren Verband zu nöthigen und dieselben zur Erfüllung der Statuten zu zwingen. So gab z. B. ein kleiner Fabrikant zu Protokoll, weil er seinen Leuten nicht den Anschluß an

die Union habe befehlen wollen, sei er zwölfmal seiner Werkzeuge beraubt worden, neunmal habe man ihm das Gebläse zerstört, und dreimal seine Werkstätten durch Explosionen demolirt. Eines seiner Häuser wurde in die Luft gesprengt. Als er bei einem zweiten Versuch dieser Art seine ganze Familie dem sichern Tod geweiht sah, unterwarf er sich dem Nachtgebot der Unions. Ebenso entstand im Kohlenbergwerk zu Roundwood ein Strike, nicht etwa des Lohnes wegen, sondern weil der Principal sich geweigert hatte alle Arbeiter die ihre Vereinsbeiträge nicht bezahlten, zu entlassen. So müssen also die Meister selbst die Reihen ihrer Dränger zu füllen behilflich seyn.

Wenn nun ein Mitglied gegen die Statuten sich verzeigte, so bestand die erste Strafe gewöhnlich darin, daß ihm das Handwerksgeräth weggenommen wurde. Derlei Vorkommnisse waren alltäglich. Bei den Ziegelbäckern zu Manchester gab es in solchem Falle Verderben von vielen Tausenden von Ziegeln, Einstreuen von Nadeln in die Ziegel-erde, Versuche mit explosirenden Stoffen. Pulver wurde in die Schleifsteine gelegt u. s. w. Fügte sich der Widerspenstige trotzdem nicht und zahlte er die auferlegte Geldbuße nicht, so kam sein Name in das „schwarze Buch“, auf die Proscriptionslisten der Union. Diese Listen wovon der k. Commission dickleibige Exemplare zu Händen kamen, gingen durch das ganze Land und entleideten dem Proscribirten das Leben. Er war Gegenstand systematischer Verfolgung. Keineswegs in Sheffield allein, aber hier insbesondere erreichte dieser Terrorismus eine für ein civilisirtes Land kaum glaubliche Höhe. Die Chefs der Vereine übten eine wahre Gewalt über Leben und Tod der Mitglieder aus. Sie geboten ohne Umstände die Demolirung einer Fabrik welche neue Maschinen eingeführt hatte, oder die Beschimpfung, ja Tödtung eines widerspenstigen Arbeiters. Sie ließen mit Pulver Häuser in die Luft sprengen, sie arbeiteten mit Dolch und Revolver. Zu solchen „Geschäften“ (jobs) wurden Arbeiter zu bestimmten Preisen

gemietet; der Lohn wurde aus der Vereinskasse bezahlt und in den Büchern, wo übrigens die k. Commission häufig fehlende Blätter entdeckte, in leichtern Fällen verrechnet; nur die Exekutionen auf Leben und Tod waren das Geheimniß der Leiter.

In Sheffield war ein gewisser Broadhead, Sekretär der Sägeschleifer-Union und außerdem Beamter einer über 60,000 Arbeiter zählenden Association, der oberste Leiter des ganzen Betriebes. Er und ein paar Complicen legten als Kronzeugen die offenherzigsten Geständnisse ab. Broadhead hatte einen gewissen Fearnough, weil er aus der Union ausgetreten war und bei einem interdiciten Fabrikanten arbeitete, dadurch gestraft, daß er nächtlicher Weile eine Pulvermine unter dessen Haus legen ließ, und so zur Entdeckung des Ganzen Anlaß gegeben. Noch sieben ähnliche Attentate gestand Broadhead zu, ja sogar drei Mordthaten kamen bei dieser Gelegenheit an's Licht. Auf Schritt und Tritt schlichen die beauftragten Mörder den Unglücklichen nach, einem derselben sogar sechs Wochen lang, bis sich der Augenblick fand ihn zu erschießen. Freilich behauptete Broadhead es auf eigentliche Tödtung nicht abgesehen zu haben. Ueberhaupt versicherte er unter Thränen, wie wehe es ihm gethan habe zu solchen Mitteln greifen zu müssen, mit welchem Kummer er diesen oder jenen gebungen um die Häuser unfolgsamer Arbeiter in die Luft zu sprengen, namentlich wenn die Familien mit darin gewohnt. Aber er habe sich eben in der „traurigen Nothwendigkeit“ befunden, den Gesetzen des Vereins Geltung zu verschaffen gegen fahrlässige Beitragszahler und abtrünnig Gewordene. Er zeigte sich ganz erfüllt von seiner Idee und keines Unrechts bewußt. „Der Gewerkverein ist sein Eins und Alles, die Statuten desselben seine Religion; die Arbeitsgenossen welche sich dem Verein nicht anschließen, sind Verräther an der heiligen Sache und deshalb vogelfrei.“ Es ist an diesen Leuten der Zeug zu Affassinen der liberalen Oekonomie.

Wie gesagt steht Sheffield keineswegs allein mit solchen Fällen des Terrorismus; namentlich die Zwangsmaßregeln mit der Sprengung durch Pulverminen sind auch für Liverpool charakteristisch. Ebensowenig ist Broadhead etwa eine Ausnahmeperson unter den Leitern der „Unionen“. Wohl hat der Vorort London in Folge der Vorgänge in Sheffield den Ausschluß desselben verlangt. Aber auch Broadhead selber hatte gleich nach dem von ihm anbefohlenen Attentat gegen Fearnhough ein Entrüstungs-Meeting versammelt, wo er die That eine scheußliche und teuflische nannte, und es Jedermann zur Pflicht machte zur Entdeckung des Thäters mitzuwirken — alles natürlich um den Verdacht auf falsche Spur zu leiten. Auch schlug die Verbrüderung in Sheffield das Begehren des Vororts rund ab; und überdies hatten sich bereits andere Arbeiter an Broadhead gewendet, um einen so „gewiegten Organisator“ für ihre neu zu gründende Union zu gewinnen.

Allerdings gibt es in den Vereinen und außerhalb derselben Arbeiter genug, welche des Unionszwangs und der Mittel des Terrorismus gerne los wären. Sie sehnen daher eine Lösung der Arbeiterfrage auf dem Wege der Gesetzgebung herbei. Aber welche Vorstellung machen sich diese Leute von einer solchen Lösung, die im Stande wäre ihre Lage definitiv zu verbessern? Wir haben darüber einen sehr interessanten Bericht der englischen Correspondenz vor uns liegen. „Wertwürdig nur“, heißt es da, „und ein trauriges Zeugniß für den Bildungsgrad und die Moralität des englischen Arbeiterstandes ist es, daß die engen und verschrobenen Begriffe über Arbeiterrechte, genau so eingeschränkt wie sie vor 300 bis 400 Jahren die Zünfte hatten, und stellenweise mit deren Satzungen vollständig identisch, so allgemein verbreitet und eingewurzelt sind. Und nicht nur der gewöhnliche Arbeiter klebt an diesen bemoosten Ueberresten lange verschwundener Zeiten. Noch in den letzten Tagen kam im Schooße des Stadtraths von Sheffield die Sache der Gewertvereine zur

Sprache und einer der Väter der Stadt erhob sich zu einer längern Rede, in welcher er das ganze Unheil des Vereinswesens aus der Abschaffung des alten Zunftwesens herleitet. Die alten Bestimmungen seien abgeschafft und dadurch sei der Arbeiter wehrlos geworden. Es sei nicht mehr als natürlich, daß er sich nun seiner Haut zu wehren suche.“ Noch ein zweiter Stadtrath vereinigte sich mit dem Redner zu dem Antrag die Regierung zu ersuchen, es möge im Wege der Gesetzgebung den verschiedenen Gewerken das Recht der Selbstregierung, wie sie solches in den Jahren 1565 und 1598 erhalten, zurückgegeben werden*).

Das nannte der Liberalismus nun freilich eine Idee die in's Narrenhaus gehöre. Um so begieriger darf man aber seyn, wie das englische Parlament sein Versprechen lösen wird, „die Verhältnisse der Arbeiter zu den Arbeitgebern und die der erstern unter einander zu regeln.“ Das wäre allerdings die große Aufgabe. Aber durch staatspolizeiliche Einengung des grundgesetzlichen Vereins- und Coalitionsrechts, durch Verbote der Straßenprocessionen und Massenmeetings — derlei Maßregeln sollen bevorstehend seyn — wird die Aufgabe sicher nicht gelöst. Eine solche Politik mit kleinlichen Polizeimitteln wäre zwar recht eigentlich liberal, aber sie würde zur schreiendsten Parteilichkeit führen; „gesetzliche Vereinzelung für den Arbeiter, aber gesetzlich protegirte Verbindung für die Arbeitgeber“: so hat die englische Arbeiter-Zeitung jüngst ganz richtig das einzig mögliche Resultat bezeichnet. Die Folge wäre nothwendig der offene Classenkampf gegen die Bourgeoisie auf der ganzen Linie, der erklärte sociale Krieg.

Es wird nun klar seyn, wie wir die unterirdische Diplomatie verstehen, welche für England bereits entscheidender ist als alle politischen Machtfragen der Welt. Es wird auch nicht mehr auffallen, wenn vor einigen Monaten ein liberaler Engländer in einem Blatt wie die Allgemeine Zeitung folgende Herzensergießung niederlegen konnte:

*) Allg. Zeitung vom 19. Sept. 1867.

„Das Fundament der constitutionellen Freiheit, das namentlich in England so fest zu stehen schien, beginnt zu wanken, und man darf sich daher kaum wundern, daß von vielen Seiten her imperialistische Machtentfaltung verlangt wird, um den Geist der Zucht- und Gesetzlosigkeit zu bändigen. Der Fenianismus ist ein wahres Kinderspiel, verglichen mit den Gefahren mit denen England von seinen eigenen Massen bedroht wird. Großbritannien bietet in diesem Augenblick ein Bild der Gewaltthätigkeit und Gesetzlosigkeit dar, das wohl im Stande ist ernste Besorgnisse zu erregen. Die Brod- und Fleischkrawalle, die sich über das ganze Land hin verbreitet haben, und so trivial geworden sind, daß sie in der Presse nur noch in seltenen Ausnahmefällen bemerkt werden, der gewaltsame Widerstand der allenthalben der Polizei entgegengesetzt wird, und den Gebrauch von Dolch und Revolver populär gemacht hat — beweisen klar, daß die Achtung vor der Heiligkeit des Gesetzes, des Eigenthums und der Person nicht mehr so allgemein und lebendig in der englischen Nation wirkt wie früher. . . Es läßt sich daher wohl annehmen, daß die Regierung die fenische Panik gern benutzen werde, um den von ihr erwarteten Repressivmassregeln einen allgemeineren Charakter zu geben. Von der herrschenden Classe wenigstens würde sie keine Opposition zu befürchten haben. Liberale und Conservative stimmen in diesem Punkt vollständig überein. Auch sind bereits Anzeichen dafür vorhanden, daß nicht bloß unter den Irländern Ordnung gestiftet werden soll“*).

Das ist die Aussicht auf die nächste Zukunft Englands. Es fragt sich nur, ob nicht auch in andern Ländern mehr und mehr eine ähnliche unterirdische Diplomatie heranwächst, welche von den betreffenden Regierungen gleiche Berücksichtigung erheischt, insoferne jede Störung des politischen Friedens diesen dunkeln Gewalten einen unberechenbaren Machtzuwachs einbringen muß? Auch Frankreich hat seine Trades-unions, wenn auch unter anderer Gestalt, und die nur um so gefähr-

*) Der Berichterstatter weist darauf hin, daß kurz vorher ein nach Feniern riechendes Meeting von bewaffneten Polizeileuten verhindert, ein anderes dadurch hintertrieben wurde, daß man dem Wirth ankündigte, es würde ihm sonst seine Wirthshaus-Concession entzogen werden. In England unerhörte Fälle. Noch dazu war letzteres Meeting keineswegs ein fenisches oder irisches, sondern von der liberalen — Reform-Liga angesagt. Allg. Zeitung vom 28. Dez. 1867.

licher sind, je mehr sie als politische Verschwörungen und je weniger sie social vernünftig organisiert erscheinen. Und wenn Preußen jetzt mehr als je nach Frieden lechzt, darf man nicht glauben, daß die sociale Katastrophe in manchen seiner Provinzen mehr als Alles den politischen Thatenmuth des Grafen Bismarck gebändigt habe?

Dieß ist das Schicksal welches früher oder später jeden großen Fabrik- und Handelsstaat unfehlbar trifft. Aber der bewaffnete Friede ist eben kein socialer Friede. Man vermeidet den Krieg, um die socialen Zustände nicht zu verschlimmern; und die maßlosen Rüstungen ohne Krieg, der Militarismus als Institution verschlimmert die socialen Zustände nur um so gründlicher. Das ist der vitiöse Cirkel in dem sich die Welt jetzt bewegt. Die Börse auf dem Geldmarkt mag sich fortfristen bei solch einem Scheinfrieden, aber die Börse auf dem Arbeitsmarkt vermag es nicht; und die Zeit ist nahe, wo die Arbeits-Börse die Geld-Börse aus ihrem politischen Einfluß verdrängt haben wird.

XV.

Ein juridisches Gutachten in der Dreißig-Napoleon-Geschichte.

Ex ore tuo te judico.

Aus Wien, Mitte Januar.

Das Schriftstück welches der Herr Oberstaatsanwalt in Wien Ihnen zugesendet hat, habe ich einem tüchtigen Juristen zur Begutachtung mitgetheilt. Dieser äußerte sich hierüber wie folgt:

1) Ich habe den Artikel der „Histor.-polit. Blätter“ über die Schindler'sche Affaire und die sogenannte Berichtigung des Wiener Oberstaatsanwalts durchgelesen und muß vor Allem be-

merken, daß das letztere Schriftstück den Namen einer Berichtigung durchaus nicht verdient, indem die Thatsachen des einen Artikels mit denen des andern nicht im Widerspruche stehen.

Die Behauptung des Oberstaatsanwalts: „die Darstellung des wider Schindler anhängig gemachten Straffalles sei sehr entstellt“, ist durch gar keine Thatsache begründet worden, während doch die Hstor.=polit. Blätter ganz genau die Thatsachen des Anlasses der Untersuchung anführten.

2) Interessant ist das Zugeständniß des Herrn Oberstaatsanwalts, daß er seine sogenannte Berichtigung nur im Auftrage des Justizministers verfaßte, während doch die von den Hstor.=polit. Blättern behauptete Einflußnahme von demselben Manne ausgegangen ist. Der Herr Justizminister Hye hat daher im Interesse des Hrn. Sektionschefs Hye, somit in eigener Sache die Berichtigung aufgetragen.

3) Es ist in Wien unter Juristen bekannt, daß jene Justizmänner, welche sich als Richter und Staatsanwälte über die Schindler'sche Affaire auszusprechen hatten, debattirten, ob die Handlung als Betrug oder Veruntreuung aufzufassen sei — darüber müßten die Gerichts-Protokolle Aufklärung geben können, und ich bin überzeugt, daß es unrichtig ist, daß dieselben keine Hinweisung auf eine bestimmte strafbare Handlung enthalten, wie die sogenannte Berichtigung darstellen möchte.

4) Die Rechtfertigung des Justizministers Komers war ganz überflüssig, da der Artikel der Hstor.=polit. Blätter offenbar gegen Hye gerichtet war, welcher die scharfen Dekrete verfaßt hatte. Uebrigens bestätigt ja der Oberstaatsanwalt selbst, daß im Zeitraum vom 4. bis 8. Februar die Aufträge des Ministeriums erschienen, insbesondere daß sowohl die Zurücknahme des Vorladungsbefehles als die Zustellung des Einstellungsbeschlusses sogleich verlangt wurde. Da hatten doch die Hstor.=polit. Blätter das Recht von einer großen Eile zu sprechen, welche Niemand besser hätte illustriren können, als es der Hr. Oberstaatsanwalt durch die Ausführung dieser Dekrete gethan hat.

5) Es ist ferner die Behauptung des Oberstaatsanwalts zu berichtigen, „daß es sich von selbst verstehe, daß der Staatsanwalt nicht gegen einen von dem Oberlandesgericht in Gemäßheit eines oberstaatsanwaltlichen Antrages gefaßten Einstellungsbeschluß eine weitere Berufung ergreife.“ Denn jeder österreichische Jurist weiß, daß der Staatsanwalt nicht verpflichtet ist eine Berufung dann zu unterlassen, wenn ein obergerichtliches Erkenntniß in Gemäßheit des oberstaatsanwaltlichen Antrages ge-

fällt worden ist; und sowohl der Oberstaatsanwalt als Herr von Hye sollten doch wissen, daß solche Berufungen zahlreich vorkommen. Nach dem Gesetz versteht sich also das gerade Gegentheil von dem was in der sogenannten Verächtigung als selbstverständlich erklärt worden ist.

6) Für einen österreichischen Juristen ist es unbegreiflich, wie einem Staatsanwalt der Auftrag gegeben werden kann, Berufung gegen einen gerichtlichen Beschluß einzulegen welcher in Gemäßheit seines Antrages gefaßt worden ist; wenn nun der Staatsanwalt auf Vernehmung Schindlers angetragen hat und diesem Antrage gemäß der Richter die Vernehmung Schindlers beschlossen und hiezu letztern vorgeladen hat, so scheint es uns nicht mehr correct, daß dem Staatsanwalt aufgetragen wird, wieder auf Nichtvernehmung und Nichtvorladung anzutragen, und wenn diesem zweiten Antrage nicht gleichfalls statt gegeben wird, dagegen Berufung einzulegen. Denn das heißt doch so viel als den Staatsanwalt beauftragen, sich dagegen beim höhern Gericht zu beschweren, daß das untere Gericht seinem (des Staatsanwalts) Antrag auf Vorladung und Vernehmung statt gegeben hat.

7) Wenn die Schindler'sche Affaire von einigen Justizmännern auch als Betrug aufgefaßt wurde, welche Behauptung vom Herrn Oberstaatsanwalt nicht in Abrede gestellt wird, so scheint für diesen Thatbestand die Erhebung, ob die von Schindler verrechneten Kosten ächte oder falsche seien, von großer Wichtigkeit. Es ist daher unbegreiflich, wie die darauf abzielenden Vernehmungen vom Hrn. Oberstaatsanwalt als unbedeutende bezeichnet werden konnten, und wie man überhaupt die Untersuchung vor Einlangen der von andern Behörden verlangten Erhebungen einstellen lassen konnte. Uebrigens wird jeder ungerecht Beschuldigte bereitwillig zum Richter eilen und sich dort rechtfertigen; ja die österreichische Strafprozeß-Ordnung hat sogar einen Paragraph welcher jeden Staatsbürger berechtigt wider sich selbst eine Untersuchung zu begehren, wenn wider ihn ein grundloser Verdacht laut geworden ist. Nachdem Hr. von Hye selbst diese Rechtswohlthat in Gesetzesform gebracht hat, ist es unbegreiflich, wie er für den Ehrenmann Schindler in einem ähnlichen Falle das gerade Gegentheil, nämlich Nichtvorladung, Nichtvernehmung und Nichterhebung zuträglich finden konnte. So viel vom rein juridischen Standpunkte.

XVI.

Die französische Presse.

III. Die katholische und legitimistische Presse.

Es bleiben nun noch die katholischen und legitimistischen Blätter: *Monde*, *Univers*, *Union*, *Gazette de France* und *Journal des Villes et Campagnes* zu betrachten. Ich beginne mit dem wichtigsten, dessen Geschichte uns ein belehrendes Beispiel dafür liefert was in Frankreich es kostet eine katholische Zeitung auf die Beine zu bringen.

Der *Monde* wurde Ende 1833 unter dem Namen *Univers* durch den Abbé Migne mit Hilfe einer Aktiengesellschaft gegründet welche 600,000 Franken baar zusammengeschossen. Während der ersten Jahre betrug die Anzahl der Abnehmer kaum einige Hundert und vermehrte sich äußerst langsam. Die Mitarbeiter, ehemalige Seminaristen und andere junge Leute, konnten oft monatelang die ohnedieß nur höchst kümmerlichen Gehälter nicht ausbezahlt erhalten, so daß sie bisweilen buchstäblich Hunger leiden mußten. Das ganze eingesessene Kapital war bald aufgezehrt und außerdem lasteten noch über 70,000 Franken Schulden auf dem Unternehmen, das noch immer keinen Ertrag sondern nur Verluste brachte. Das Blatt mußte verkauft werden. Einer der Hauptaktionäre,

der wohlhabende Fabrikbesitzer Taconet, aus einer der alten gediegenen Familien des Pariser Mittelstandes, kaufte es für 200,000 Franken nebst der Verpflichtung die besagten Schulden zu bezahlen. Die Aktionäre erhielten somit noch 33 $\frac{1}{2}$ Procent zurück. Uebrigens war dieß eine reine Freigebigkeit von Seiten des Käufers, denn das Blatt das noch immer Zuschüsse erforderte, war als Kapital durchaus nichts werth. Um diese Zeit jedoch wurde Louis Beuillot, einer der Haupt-Mitarbeiter, zu einem Monat Gefängniß wegen Preßvergehen verurtheilt, was dem Blatt einen Zuwachs von 1300 Abonnenten einbrachte. Die Hauptaufgabe des Univers war stets die Erkämpfung der Schulfreiheit für die Kirche gewesen und selbst die erbittertsten Gegner konnten nicht läugnen, daß dieser Kampf mit unerschöpflichen geistigen Hilfsmitteln geführt wurde, indem das Blatt von seiner Gründung an bis 1848 unaufhörlich dieselbe Sache behandelte, ohne sich je zu wiederholen. Verschiedene kleine, mehr legitimistische Blätter, namentlich die Union catholique, wurden zugekauft und mit dem Univers verschmolzen, der es indeß immerhin nicht über 5000 Abonnenten brachte.

Die Erschütterung von 1848 war dem Gedeihen des Blattes sehr förderlich, indem sie demselben etwa zweitausend Abonnenten einbrachte und so dessen Bestehen sicherte. Natürlich wurde alles mit der größten Sparsamkeit eingerichtet. Ohne die außerordentliche Sorgfalt und Einsicht der Taconet'schen Verwaltung wäre dieß Ergebniß nicht sobald erzielt worden und so darf man es dreist als Taconets Verdienst betrachten, wenn das Blatt durch seine Opferwilligkeit und Umsicht erhalten worden. Gleich nach 1848 mußten auch, in Folge des Lingun'schen Gesetzes, alle Artikel unterzeichnet werden. Von jetzt ab entfaltete sich in hervorragender Weise das polemisch witzige, geistreich unerschrockene Talent L. Beuillot's, der sich aber gar zu sehr in Persönlichkeiten einließ, die durch das genannte Gesetz möglich wurden, und so die heftigsten persönlichen Kämpfe hervorrief. Das wurm-

nichtige faule Fleisch, die Halbheit und der Mangel jeglicher würdigen Männlichkeit bei den Charakteren der Männer der modernen Civilisation konnten eine solche scharfe Beize nicht tragen, wie sie Veuillot anwandte. Deßhalb die „allgemeine sittliche Entrüstung“ ob seines tollkühnen Muthes. Jedoch konnte kein Grund zu der Unterdrückung des Blattes gefunden werden welche trotzdem am 29. Januar 1860 ohne jeglichen gesetzlichen Anhaltspunkt, ohne andere Rechtfertigung als jene sehr willkürliche der Störung des friedlichen Zusammenlebens der Staatsbürger, erfolgte. Der Univers hatte damals, trotz des Sturmes und des Aufsehens die er erregte, kaum mehr als 8000 Abonnenten.

Herr Laconet sah nun sein ganzes Kapital mit einem Male vernichtet. Mit genauer Noth gelang es ihm, mittelst Ankaufs eines ganz unbedeutenden Blattes (*Voix de la vérité*) für 50,000 Franken, die Zeitung unter dem jetzigen Namen *Monde* und mit demselben Redaktionspersonal, ausgenommen die beiden Brüder Veuillot, fortzuführen. Von jetzt blieb der geschätzte Jurist Coquille Hauptredakteur und das Blatt wurde sehr bald zu einem der gemessensten, bestgeschriebenen von ganz Frankreich. Es gewann namentlich durch gute Correspondenzen aus fast allen wichtigen Ländern, Italien, Deutschland, England, Spanien, Türkei und Portugal, und durch sonstige Mittheilungen aus den verschiedensten Ländern und Gebieten. Der *Monde* wurde so nach und nach zum über auswärtige Verhältnisse am besten unterrichteten Blatte und zur Hauptquelle für fast alle katholischen Blätter Frankreichs, Belgiens, Italiens und Spaniens. Trotz der ungünstigen Verhältnisse bei denen alle sonstigen Zeitungen Abonnenten verloren, nahm der *Monde* seitdem stets wenn auch langsam zu und gewann zu Neujahr 1867 allein über 100 neue Abnehmer, während das Gegentheil bei fast allen andern Blättern eintrat. Die Abonnentenzahl näherte sich jetzt der längstersehnten Ziffer 10,000. Und jetzt erst konnte den Mitarbeitern einigermaßen entsprechendes Honorar geboten

werden. Ihrer mehrere — die meisten Mitarbeiter sind schon 15 bis 30 Jahre an dem Blatte — sind der frühern kümmerlichen und unsichern Verhältnisse halber stets unverheirathet geblieben.

Es schienen nun immer bessere Zeiten für das Blatt und dessen Mitarbeiter eintreten zu wollen, als (April 1867) die Brüder Beuillot die schon seit mehreren Jahren nachgesuchte ministerielle Ermächtigung erhielten, wiederum ein neues Blatt unter dem alten Namen *Univers* herauszugeben, wo durch der *Monde* über 1500 seiner Abonnenten verlor und gerade so viel behielt um ohne Einbuße bestehen zu können. Glücklicherweise ist der für die katholische Sache so treue Eigenthümer Taconet noch immer in solchen Verhältnissen daß er das Blatt auch ohne jeglichen Ertrag fortführen kam und auch fortführen wird.

Der *Monde* erscheint jetzt noch immer Morgens in zwei Ausgaben, einer täglichen welche den vollen Preis (60 und 66 Franken) kostet, und der zweitäglichen welche nur die Hälfte kostet und besonders den wenig bemittelten französischen Landpfarrern willkommen ist. Letztere Ausgabe enthält ja alle Originalartikel der Hauptausgabe. Wegen dieser zwei Ausgaben mußte auch eine doppelte Caution, nämlich 100,000 Franken, hinterlegt werden, welche Summe nur 3 Procent Zinsen trägt, was also einen jährlichen Verlust von baare 2000 Franken ergibt. Die meist schon sehr lange an dem *Monde* arbeitenden Redaktionsmitglieder sind: Coquille, ein ausgezeichneter Jurist und scharfer Denker, besonders durch seine Studien über das römische und das Gewohnheitsrecht bekannt. Er ist der Hauptvorkämpfer für das nationale durch das Christenthum geläuterte Gewohnheitsrecht gegenüber dem heidnisch-cäsarischen. Seine Bestrebungen für Abschaffung des gewaltthätigen Gesetzes über die Erbschaft theilung und Gestattung der freien Verfügung der Eltern über ihren Nachlaß haben schon größere Anerkennung gefunden und sozusagen die für alle durch die revolutionäre Erbschaftsgesetzgebung zerrütteten wirthschaftlichen Verhältnisse

nisse Frankreich so hochwichtige Frage in Fluß gebracht. Schon mehrmals haben sich der Senat und die Kammer damit beschäftigt und jedesmal hatte die Partei der Freiheit einer Verstärkung sich zu erfreuen. Coquille's Styl zeichnet sich durch gedrungene Gemessenheit, Schärfe und Geist vortheilhaft aus. Sodann Armand Ravelet, ein junger Jurist von bedeutender Fähigkeit. Hermann Ruhn, ein in Frankreich aufgewachsener Deutscher, früher Correspondent des Blattes in Berlin, von wo er durch die Bismark'sche Willkür vertrieben worden. Ruhn behandelt die deutschen Angelegenheiten, die socialen, wirthschaftlichen und ähnliche Fragen. L. de Fontaines bearbeitet außer politischen auch die landwirthschaftlichen Verhältnisse. Der Graf von Maumigny, ein reicher Gutsbesitzer der öfter aus Liebe zur Sache die Feder ergreift, darf als einer der gediegensten christlich-philosophischen Denker angesehen werden. Seine Auffassung der großen politischen und religiösen Fragen ist stets tief, fast erschöpfend, leider aber zu wenig faßlich für die größere Menge. Originelle Theaterbeurtheilungen oder vielmehr Beurtheilungen und Chroniken liefert Benet, während Leon Gautier für geschichtliche, literarische und Kunstkritik Bedeutendes leistet. Unter den übrigen Mitarbeitern sind zu nennen der wegen „Preßvergehen“ durch Cavour aus Savoyen vertriebene Rupert, der durch seine trefflichen Arbeiten über England und dessen religiöse Verhältnisse bekannte Jules Gondou, d'Alignan, E. Dumont, Morel, Davin.

Für die so wichtigen Börsen- und finanziellen Geschäftsberichte steht der Monde einzig da, indem er allein unter allen katholischen und unabhängigen Blättern in Herrn Lampon einen ebenso unparteiischen, durchaus von allen Speculationsunternehmungen unabhängigen als höchst sachkundigen Berichterstatter besitzt. Derselbe sagte schon beim Beginne der Pereire-Mirès-Fould-Millaud-Pinard-rc. Schwindelara den unvermeidlichen Ausgang aller derlei Unternehmungen voraus, wurde deßhalb auch mehrmals auf direkte Veranlassung

der hochmögenden Clique mit Hausfuchungen, Anklagen und Verurtheilungen zu Geld- und Gefängnißstrafen bedacht. 19. Juni 1861, erzählten dieser Tage mehrere Pariser Blätter, wurde Crampon zu 14 Tagen Gefängniß 500 Franken Strafe und Hr. Taconet ebenfalls zu 500 Franken Strafe verurtheilt, weil er im Börsenbericht des Monde nachgerichtet, daß die damals 1800 Franken stehenden 500 Franken-Aktien des berühmten Crédit mobilier höchstens 400 werth seien. Darauf wurde ihm jegliche politische Anspielung in seinen Berichten streng untersagt. Seitdem ist der muthige einsichtige Mann glänzend gerechtfertigt worden: der Crédit mobilier ist bankrott, seine Aktien sind selbst keine 400 sondern höchstens noch 150 bis 160 werth und fallen noch fortwährend. Die Direktoren der Anstalt freilich haben sich ermeßlich bereichert.

Der neue Univers erscheint seit April 1867 unter Leitung der beiden Brüder Beuillot als Abendblatt. Derzeit begann mit 6400 Abnehmern, welche Zahl sich trotz des trächtlichen Abfalls nach dem ersten Vierteljahre seitdem unbedeutend vermehrt hat. Der Einzelverkauf der Nummer auf der Straße, auf den man es besonders auch abgesehen will nicht recht gedeihen, was wiederum ein Beweis ist für den Charakter des Publikums. Abends will der leichtfertige Spaziergänger im Vorbeigehen schnell ein paar Neuigkeiten in irgend einem Blatte erhaschen, nicht aber ernstere oder gar längere Erörterungen lesen. Dazu müssen denn Abendblätter besonders eingerichtet seyn, was beim Univers gerade nicht der Fall ist. Will das Publikum überhaupt in der Presse geschmeichelt sehen, so will es dieß in höherem Grade von einem Abendblatte, das ja nur das abentheuerliche Vergnügen erhöhen, die gewöhnlich leichtfertige Unterhaltung würzen helfen soll. Das sogenannte gebildete Publikum sucht überhaupt in der Zeitung nur einen gewissen Sinnentzettel, eine Anregung seiner Leidenschaften und Leidenschaften. Dieß ist die Hauptursache warum die katholi-

Presse selbst da so schlecht gedeiht, wo sie eigentlich die besten Aussichten haben sollte. Denn selbst viele Katholiken ziehen aus ähnlichen Gründen liberale Zeitungen vor, sogar auf die Gefahr hin dieselben vor ihren Frauen und Töchtern verbergen zu müssen.

Dabei ist nun freilich der *Univers* in denselben Fehler gefallen, an dem fast alle katholischen Blätter leiden. Er ist überfüllt mit spaltenlangen theologischen Artikeln, namentlich Hirtenbriefen und Correspondenzen aus Rom welche in unendlicher Breite religiöse Angelegenheiten und Ceremonien erzählen. Dieses Ueberfließen von frommen Gefühlen, bei dem die Ausdrücke nicht immer wohl erwogen seyn können, gibt den Gegnern Anlaß zur Verpottung des Heiligsten und schneidet das Publikum ab. In allem Uebrigen ist der *Univers* weniger ernst und gemessen, dabei aber auch weniger reichhaltig und manchfaltig als der *Monde*, der sein theologisches Material immer mehr auf das unbedingt Nothwendige beschränkt. Das Talent Louis Veuillot's ist viel weniger ein politisches als eine Art sprudelnder Genialität. Er ist so vollkommen der französischen Sprache Meister als irgend ein Schriftsteller der Neuzeit, aber der tiefere Gedanke, das durchgreifende Princip fehlen mitunter. Es sind, möchte ich sagen, Gedankenblitze welche den Inhalt seiner Artikel ausmachen. Er ist mehr Gefühlsmensch, sein Talent beruht viel mehr in der Einbildungskraft als im Verstande und der Ueberlegung. Letztere mangelt ihm oft sehr und würde ihm noch viel mehr mangeln wenn er nicht ein innig überzeugter Christ wäre. Seine Hauptstärke besteht immer noch in der persönlichen Polemik. Unter drei Artikeln die er schreibt, sind mindestens zwei welche sich mit mehr oder weniger unbedeutenden Pariser und sonstigen Journalisten befassen, die sich natürlich viel darauf zu gute thun, wenn sich ein Mann wie Veuillot mit ihnen beschäftigt. Diese bewegliche, den augenblicklichen Gefühlen und Eindrücken nachfolgende Art Veuillot's war auch Schuld daran daß sich der alte *Univers* nach 1848 zum begeisterten

Vertheidiger des zweiten Kaiserthums machte, die Geistlichkeit für dasselbe bestimmte und so das günstige Ergebniß der Volksabstimmung herbeiführen half. Neben Louis Veuillot sind sein Bruder Eugen, Chantrel, Loth und einige Andere an dem Univers beschäftigt. Außer der römischen und neuerdings einer deutschen hat es keine nennenswerthe Correspondenz, dagegen eine fast tägliche kleine Chronik, worin die Pariser Journalisten und sonstigen Tollheiten oft ganz witzig zu rechtgesetzt werden. Der polemische Charakter tritt überall hervor, was auch seinen Werth hat.

Obwohl nun beide Blätter völlig dieselbe politische Richtung innehalten, so sind sie dennoch in ihrer ganzen Anlage und Haltung ungemein verschieden. Der Univers bildet so eigentlich eine Art bewegliches Angriffscorps das überall sein leichtes Gewehrfeuer spielen läßt. Der Monde bildet das vollausgerüstete Haupttreffen, welches alle Angriffs- und Vertheidigungswaffen in sich schließt und mit Berechnung und Nachdruck handhabt. Der Univers ist fast ausschließlich französisch, der Monde ist ein Weltblatt. In Vergleich mit den liberalen Blättern sind beide Blätter besser redigirt und bieten zusammengenommen eine Manichfaltigkeit die man vor fünf und zwanzig Jahren auf dem Gebiete der katholischen Journalistik kaum für möglich gehalten hätte und die sich noch fortwährend erweitert. Deßhalb ist auch die bloße Möglichkeit einer solchen manichfaltigen Redaktion bei zwei Blättern von ganz derselben Richtung schon als ein ganz gewaltiger Fortschritt der katholischen Tagesschriftstellerei zu betrachten. Von diesem Gesichtspunkte aus haben alle einsichtigen Katholiken Frankreichs das Wiederaufleben eines neuen Univers neben dem alten Monde mit Freuden begrüßt und die anfänglich von einigen Seiten befürwortete Verschmelzung der beiden tapfern und so eigenthümlichen Blätter nicht gewünscht. Der Wett-eifer zweier von so ernstern strebsamen Männern geleiteten Zeitungen kann der gemeinsamen Sache nur nützen. Und was sind denn auch zwei katholische Blätter gegenüber der

Ueberszahl von antikatholischen! Es ist darum zu hoffen, daß in wenigen Jahren beide Blätter zu einer ihren Verdiensten, ihrem Bestande und der Größe ihrer Aufgabe entsprechenden Verbreitung gelangen werden.

Die Union, ein aus der Verschmelzung der Quotidienne, France und Echo français mühsam hervorgegangenes Blatt, ist das erklärte Hauptorgan der Legitimisten und steht in religiöser Hinsicht fast ganz auf demselben Boden wie der Monde. Die Union ist das einzige Pariser Organ welches das Kaiserthum noch gar nicht anerkannt hat und nie den Kaiser anders als kurzweg Chef de l'Etat nennt. Gleich dem Monde erscheint die Union auch Morgens und bringt besonders ein reichhaltiges, gut gewähltes und spitzig zugestuftes Güllsal von vermischten und kleinen Nachrichten. Das Blatt gehört einer Aktiengesellschaft an deren Spitze Henry de Riancey, zugleich Direktor des Blattes, steht. Derselbe ist als Geschichtschreiber Frankreichs und durch verschiedene sonstige Arbeiten bekannt, und schreibt schneidige Zeitartikel über die verschiedensten Fragen. Doch leidet der Inhalt oft durch die allzu große Leichtigkeit mit der er monatelang täglich mehrere Artikel liefert. Neben ihm arbeiten besonders noch Laurentie und Poujoulat an dem Blatt, an dem sich übrigens so ziemlich die meisten legitimistischen Schriftsteller in irgend einer Weise betheiligen. Durch Preisermäßigung und Vergünstigungen sucht die „Union“ besonders bei dem Klerus größern Eingang zu finden. Deßhalb kann sie auch trotz ihrer 8 bis 9000 Abonnenten nur durch einen jährlichen Zuschuß von 25 bis 30,000 Franken bestehen. Das Blatt verfißt seine Sache mit Geschick, ist überhaupt nicht schlecht redigirt und hat einige gute Correspondenzen, namentlich aus Rom und Wien.

Die Gazette de France ist das älteste Blatt Frankreichs. Ursprünglich von dem Arzte Renaudon gegründet, war sie hauptsächlich ein Anzeigenblatt, das einige gelegentliche auswärtige Correspondenzen und Stadt- und Hofneuigkeiten ent-

hielt und mehr oder weniger regelmäßig erschien. Die erste Nummer (1631) enthielt als Hauptneuigkeit einen Bericht von der Einnahme und dem Brand Magdeburgs. Der gute ob dieser Ungeheuerlichkeit ganz erschrockene Renaudon beeilte sich die Schreckensnachricht mit dem Ausrufe zu begleiten, daß nun diese Deutschlande (les Allemagnes) noch lange nicht zur Ruhe, Eintracht und Ordnung zurückkehren, noch lange nicht am Ende ihrer Leiden seien. Ein Ausspruch der heute, wo seine Zeitung im 237sten Jahre steht, noch sehr wahr ist. Bei der Gazette tritt neben der Legitimität auch der Gallikanismus ziemlich stark hervor. Als legitimistisches Organ erscheint sie deshalb erst in zweiter Linie, sie hat das Kaiserthum wenigstens in soweit anerkannt, als sie den Kaiser öfters nennt, wenn sie nicht anders kann. Die Verbreitung ist etwas durch ihre Eigenschaft als Abendblatt begünstigt, welches man aus alter Gewohnheit immer noch viel liest. Dieselbe bewegt sich zwischen 7 und 8000 und dürfte gleich der Union eher zu- als abgenommen haben. Selbstverständlich unterstützen beide legitimistischen Blätter die weltliche Herrschaft des Papstthums. Die Gazette ist ziemlich gut redigirt, hat einige Correspondenzen, scheint mir nur etwas zu günstig für Rußland gestimmt. Hauptredakteur ist Gustav Janicot, zugleich Direktor der Aktiengesellschaft der das Blatt gegenwärtig gehört. Neben ihm sind noch Escande und Victor Journal zu nennen.

Das Journal des Villes et Campagnes, Vertreter eines gewissen kirchlichen Liberalismus, besteht schon seit 52 Jahren und hatte unter der Restauration und Anfangs der Juli-Monarchie, wo sonst noch fast nirgends weder in Paris noch in den Provinzen ein einigermaßen kirchlich gesinntes Blatt außer der Gazette bestand, bis über 30,000 Abonnenten. Es erschien immer nur alle zwei Tage, war ziemlich volksthümlich im Ton, gab viel Manchfaltiges und Unterhaltendes bis herab auf Hausmittel und Küchenrecepte, dabei auch einige politische Nachrichten. Alles das in ziemlich buntem Gemisch,

ohne den religiösen Standpunkt besonders zu betonen und ohne viel auf Principienfragen einzugehen. Seitdem nun gediegene Blätter in Paris und den Provinzen entstanden, suchte dasselbe freilich den gesteigerten Anforderungen zu entsprechen, was aber nicht hinderte daß es immer mehr zurückging und heute nur noch etwa 4000 Abnehmer hat. Die seit längeren Jahren nachgesuchte Erlaubniß des täglichen Erscheinens hat das Blatt erst vor Kurzem erhalten und erscheint deshalb seit November 1867 alle Tage mit Ausnahme der Sonntage, während alle sonstigen Pariser und die täglich erscheinenden Provinzialblätter auch Sonntags nicht feiern. Selbst die katholischen Blätter fehlen bloß sieben- bis achtmal im Jahre, nämlich zu Weihnachten, Neujahr, Charfreitag, Ostern, Pfingsten, Maria Himmelfahrt, Christi Himmelfahrt und Allerheiligen. Die liberalen Blätter dagegen, besonders der *Siècle*, mißachten auch einige dieser christlichen Festtage, feiern dagegen am Fastnachtdienstag, diesem Ueberrest der altheidnischen Saturnalien. Seit einiger Zeit, besonders seit es täglich geworden, scheint das *Journal des Villes et Campagnes* sich wieder heben zu wollen. Seinen jetzigen Mitarbeitern Leopold Giraud, Chevè und Noël fehlt es nicht an Geschick und Thätigkeit. Eigenthümer ist die Buchdruckerfamilie Pillet, welche früher durch dieß Blatt zu einem bedeutenden Wohlstand gelangt ist.

Ein ganz eigenthümliches Blatt ist der *Figaro*, der gegenwärtig eine Auflage von über 40,000 Exemplaren hat, also das verbreitetste politische Tagblatt Frankreichs ist. Derselbe bestand erst längere Jahre hindurch als nichtpolitisches Blatt, welches zweimal wöchentlich erschien und dessen Zeichnungen und Schilderungen von Pariser und französischen Zuständen und Sitten durch ihren feinen ächt französischen Geist, ihre angenehme originelle Form den allgemeinsten Beifall fanden. Alle Neuheiten und Feinheiten der Sprache kamen zuerst im *Figaro* an's Tageslicht. Dabei wußte er auf eine sehr geschickte Art den Tagesfragen eine unterhaltende Seite abzu-

gewinnen, ohne dadurch politisch zu werden. Ueberdieß be-
 fundete er eine große Unabhängigkeit und Freiheit in Sprache
 und Ansichten was ihm einmal beinahe das Leben gekostet
 hätte. Als ich einmal längere Zeit von Paris ferne in der
 Provinz leben mußte, war Figaro für mich ein wahrer Hoch-
 genuß, fast eine Art Tröstensamkeit, indem er mich wieder-
 um als Pariser denken und empfinden ließ. Denn nur wer
 in Paris aufgewachsen oder sich völlig dort eingebürgert hat,
 kann begreifen was es ist einmal in der Provinz leben zu
 müssen. Damals hatte Figaro trotz seines hohen Preises
 und seiner öfters sehr hervortretenden legitimistischen Gesin-
 nungen bis über 10,000 Abnehmer. Später, als durch die
 nichtpolitischen Tagesblätter eine Umwandlung in der ganzen
 Tagesliteratur eintrat, wurde Figaro ebenfalls täglich und
 dann auch politisch, um einer Strafe, vielleicht Unterdrückung
 wegen unbefugter Behandlung politischer Fragen zu ent-
 gehen. Eigentlich politisch ist er aber deßhalb doch nicht,
 sondern eher eine Art Possenreißer höhern Styles, der über
 Alles Wiße macht und spöttelt. Er gehört natürlich keiner
 Partei an, sondern sucht die schwachen Seiten Aller zu treffen.
 Trotzdem war er sehr gerecht gegen die päpstlichen Truppen
 während des Krieges gegen die Garibaldi'schen Banditen.
 Auch seine auf Unterhaltung berechneten Correspondenzen
 aus Rom tragen den Stempel der Unparteilichkeit.

Der Figaro bildet jetzt so eigentlich das Mittelding zwi-
 schen einem politischen, einem nichtpolitischen und einem
 Witzblatt. Er hat von jedem etwas, ist bald ernst, bald
 heiter und sucht noch öfters zu foppen und zu lachen. Er
 ist der leichtlebige, etwas aufgeblasene Mensch dem das ge-
 wöhnliche politische Treiben der Zeitungen und des Publikums
 überdrüssig geworden und das ihm jetzt mehr oder weniger
 abgeschmackt vorkommt. Er bringt so ziemlich für jeden
 etwas, bald einen Artikel in diesem, dann in jenem Sinne.
 Seine große Verbreitung ist deßhalb ein Zeichen der politi-
 schen Abstumpfung welche bei dem großen, gewöhnlich als so

gesinnungsfeind dargestellten Publikum eingetreten. Und in dieser Hinsicht verdiente er hier aufgeführt zu werden.

Bevor wir zu den Provinzialblättern, den Zeitschriften und Revuen übergehen, dürften noch einige allgemeine Bemerkungen Platz finden. Aus dem Vorangehenden ist zu ersehen, daß bedeutende Umgestaltungen in der Presse theils schon während der letzten Jahre eingetreten theils sich noch vorbereiten. Die Regierungspresse jeglicher Gattung hat außerordentlich an Boden verloren, woran freilich das Entstehen des „kleinen Moniteur“ Hauptschuld ist, indem derselbe mehr Abonnenten hat als die sämtlichen Regierungsblätter verlieren haben. Nur bleibt denn noch die Frage, ob derselbe so viel Einfluß hat als jene Blätter hatten. Hierauf muß entschieden mit Nein geantwortet werden. Man liest den kleinen Moniteur seiner Billigkeit und seiner kleinen Nachrichten und Erzählungen halber, nicht aber der politischen Ansichten wegen, denn er hat solche so ziemlich gar nicht. Uebrigens weiß ja ein Jeder daß er ein geschenktes officiöses Blatt vor sich hat, und dieß genügt um ihm allen Einfluß auf die Gesinnungen seiner Leser zu benehmen. Die Regierung hat also gar keine Ursache sich über dessen Verbreitung zu freuen.

Daß die Regierungspresse gegenwärtig die weltliche Herrschaft des Papstes bis zu einem gewissen Grade vertheidigt, darüber brauchen wir uns nicht besonders zu erschauern. Es ist dieß nicht viel mehr als eine Rücksicht welche man einem Souverän, der zugleich geistliches Oberhaupt so vieler Franzosen ist, schuldig ist. Viel wichtiger ist es, daß in der letzten Zeit eine hübsche Zahl liberaler unabhängiger Blätter entstanden sind, welche wie die *Epoque*, *Journal de Paris*, *Presse*, *Situation* und zum Theil auch die *Liberté*, das Papstthum und dessen Herrscherrechte vertheidigen. Vor einigen Jahren und vor Sadoma wäre dieß kaum möglich gewesen. Es liegt darin das Anzeichen einer Umwandlung der Volksstimmung, die bald entscheidend werden dürfte.

Sehr bedenklich freilich ist daneben der bedeutende Erfolg des radikalen Blutblattes *Courrier français*. Es ist ein Beweis daß die von dem Geldpropheten auf's unbarmherzigste ausgebeuteten und alles Christenthums beraubten Arbeiter nicht mehr länger von dessen Organen, wie dem *Siècle* und der *Opinion nationale*, sich gängeln lassen wollen. Der schon unter Ludwig Philipp begonnene und stets zurückgedämmte innere sociale Krieg bereitet sich zu einem neuen Ausbruch vor, der sehr schlimm und schrecklich werden mußte, wenn sich die bessern Elemente der Gesellschaft nicht schon bei Zeiten vorsehen und organisiren, besonders aber wenn sie, in ihrem Egoismus verharrend, nichts wesentliches für die Beseitigung der socialen Uebelstände thun wollen. Es muß eine Basis der Vereinigung für alle Stände gefunden werden, d. h. das Christenthum, dem ja doch alle angehören wollen, muß wiederum in seine Rechte eingesetzt werden und das ganze sociale und politische Leben beherrschen. Die sogenannte sociale Frage ist weiter nichts als die Folge der Loslösung des politischen und socialen Lebens von dem religiösen. Dadurch ist die Gesellschaft zerklüftet worden, indem nun jeder nach seinem eigenen Ermessen, nach eigensüchtigen Principien und Zwecken handelt. Die Beseitigung des Christenthums aus dem politischen und gesellschaftlichen Leben erhob die rücksichtsloseste Selbstsucht zum Gesetz der einzelnen Stände und Berufsclassen, die so in eine feindliche Stellung zu einander kamen. Das ist es, was man jetzt mit dem Namen sociale Frage bezeichnet. Eigentlich sollte man dieselbe einfach „Verläugnung des Christenthums im politischen und socialen Leben“ bezeichnen. So lange wir uns mit den von Nichtchristen erfundenen Bezeichnungen begnügen, können wir nicht klar werden über die wahren Ursachen unserer jetzigen traurigen Zustände. Wir müssen richtige, d. h. den christlichen Anschauungen entsprechende Benennungen finden, wenn wir nicht immer an dem Gängelbände der liberalen

Wortverfälschung und Begriffsverwechslung herumgeführt werden sollen.

Die große Aufgabe der katholischen Presse dürfte aus unserer Uebersicht der Pariser Presse, bei der noch unendlich Vieles zu einem vollkommenen Bilde fehlt, einem Jeden noch mehr einleuchten. Die Pariser Zustände finden sich so ziemlich, wenn auch gewöhnlich in mattern Farben und etwas veränderten Formen, überall wieder. Ein Fortschritt der katholischen Presse ist unverkennbar, wovon schon das Entstehen des neuen Univers Zeugniß gibt. Die Unterstützung der katholischen Presse ist nicht nur eine Gewissenssache, sondern auch eine Frage des eigensten Vortheils und Bestandes. Tausende und aber Tausende französischer sonst so ziemlich christlicher Familien haben ihren Wohlstand, ihr Vermögen eingebüßt, weil sie, dem Strome folgend und aus Neigung ihren Leidenschaften geschmeichelt zu sehen, sich auf liberale Blätter abonnirten und nach deren Rath ihre mühsam erworbenen Ersparnisse in schlechten, auf Uebervortheilung berechneten Unternehmungen anlegten. Hätten sie nicht besser gethan sich auf ein ehrliches, auf ein katholisches Blatt zu abonniren?

Eine unerläßliche Bedingung des Gedeihens der katholischen Presse ist aber auch, daß die katholischen Blätter alle Fragen des gesellschaftlichen, wirthschaftlichen und politischen Lebens in den Bereich ihrer Besprechungen ziehen. Ein positiver Fehler ist es deßhalb, wenn dieselben allzu theologisch sich geberden und sich dadurch entschuldigen daß die meisten ihrer Abonnenten etwa Priester seien. Nichts ist schädlicher als dieß. Denn selbst der Priester hat wenig aus theologischen Zeitungsartikeln zu lernen was er nicht auch auf anderm Wege sich aneignen könnte. Die Laien dagegen werden dadurch zurückgeschreckt und darum hielt es z. B. bei dem frühern Univers so schwer in's Volk zu bringen. Wie viel Wichtigeres ist nicht schon durch diese Zeitungstheologie verabsäumt worden? Wie wenig ist noch z. B. die politische

und sociale Wichtigkeit des Syllabus erkannt und erläutert worden. Es fehlt uns u. A. noch an dessen Anwendung auf die sogenannte sociale Frage, die noch von keinem Blatte besprochen worden. Fast überall haben wir nur theologische Erörterungen über den päpstlichen Erlass gelesen, fast nirgends wurde die politische Seite, die praktische Anwendung desselben auf die gegebenen Zustände auch nur in nähere Erinnerung gebracht. Lassen sich z. B. nicht fast alle deutschen katholischen Blätter mit Ausnahme der Histor.-polit. Blätter und alle französischen mit Ausnahme des Monde in ihren volkswirtschaftlichen Ansichten von den durch den Syllabus, die gesunde Vernunft und die Erfahrung gründlich verurtheilten Adam Smith'schen und ähnlichen antichristlichen Lehren bestimmen und am Gängelbände herumführen? Jedwedes katholische Blatt, welches die Verderbniß des liberalen Defonomismus nicht auf das entschiedenste bekämpft, schadet der katholischen Sache mehr als es nützt. Doch kehren wir zur Pariser Presse zurück.

Die erwähnte Ausbreitung des Socialismus in der Presse mahnt mehr als je an die Vorbeugungsmittel gegen eine Krisis welche die ganze Gesellschaft tief erschüttern dürfte. Auf der andern Seite flößt uns der Aufschwung der katholischen Presse wiederum Muth und Zuversicht ein für die Zukunft. Unsere Zeit drängt zur Entscheidung. Es stellt sich mehr und mehr heraus, daß alle Vermittlungs- oder sogenannten liberalen Systeme unhaltbar sind und nur dem Radicalismus die Wege ebnen. Der Kampf, um den es sich jetzt handelt, stellt sich immer mehr als ein Kampf zwischen einer rein materiellen und einer von einer höhern Macht geleiteten Weltordnung heraus. Es handelt sich bei beiden um Seyn oder Nichtseyn. Der Ausgang kann für uns nicht zweifelhaft seyn, nur müssen wir mit allen erlaubten Waffen kämpfen, jede Einzelheit des Systems zu widerlegen suchen, jede Form, jegliche Aeußerung desselben zu erkennen vermögen. Das ganze System des jetzigen öffentlichen und gesellschaft-

lichen Lebens ist durch die Trennung von der Kirche gefälscht und gefährlich geworden, es muß durchaus umgestaltet und zur Kirche zurückgeführt werden. An dieser großen Aufgabe hat die katholische Presse im Verein mit den katholischen Orden, Vereinen und Gesellschaften zu arbeiten, dieß ist ihr Beruf. Und dazu ist mit theologischen Zeitungsartikeln bislang wenig geleistet worden.

Die Unabhängigkeit der katholischen Pariser Presse gegenüber dem Börsen- und ähnlichen Schwindel ist derselben als ein großes Verdienst anzurechnen. Sie hat dadurch bewiesen, daß es ihr um höhere Zwecke als um den leidigen Broderwerb zu thun ist. Die Vertheidiger der liberalen Presse dagegen schieben alle Schuld der Verdorbenheit und feilen Verkommenheit der letztern auf die jetzige französische Gesetzgebung, welche die Zeitungen fast gänzlich der Willkür der Beamten überliefert und überdieß deren Gründung sehr kostspielig macht. Schon die Thatfache, daß katholische Zeitungen diesem Corruptionsystem nicht verfallen sind, beweist genügend daß die Entschuldigung nicht stichhaltig. Es sind einzig und allein die Habsucht und die sittliche Verkommenheit der liberalen Zeitungsmenschen welche diese Zustände zur Regel gemacht haben. Wenn katholische Blätter mit 6 bis 10,000 Abnehmern und 100,000 Franken jährlicher Annoncen bestehen, warum sollen da nicht liberale Blätter mit doppelt so viel Abnehmern und drei- bis viermal mehr Annoncen bestehen können ohne in die entwürdigende Dienstbarkeit der Geldmänner zu gerathen? Nein, es ist nur die grenzenlose sittliche Versumpfung, die als natürliche Folge des glaubensfeindlichen Liberalismus eintreten mußte, welche uns solche Zustände herbeigeführt hat. Der Liberalismus als Läugnung des Unterschiedes zwischen Wahrheit und Lüge, zwischen gut und böß mußte unbedingt zu solchen Zuständen führen welche sich um so mehr verschlimmern werden, je länger dieses System bestehen wird.

Freilich ist die französische Preßgesetzgebung streng genug.

Zur Gründung einer politischen Zeitung ist eine specielle Erlaubniß des Ministeriums erforderlich, dem die Mitarbeiter-Liste, das Programm mitgetheilt werden müssen und welches den Hauptredakteur und verantwortlichen Verleger sozusagen ernennt. Nach drei Verwarnungen innerhalb desselben Jahres kann ein Blatt ohne Weiteres unterdrückt werden. Thatsache ist nun aber, daß außer dem alten Univers in Paris noch kein Blatt unterdrückt worden ist. Dieß genügt um zu wissen, auf welche Seite hin die Schwere des Gesetzes sich am liebsten neigt. Zum Namensfest des Kaisers (Maria Himmelfahrt) werden stets die ertheilten Verwarnungen in Gnaden erlassen.

XVII.

Briefe des alten Soldaten.

An den Diplomaten außer Dienst.

VIII. Der internationale Bankrott.

Frankfurt 21. Juli 1867.

Die gesellschaftlichen und die staatlichen Zustände habe ich besprochen, und es haben unter der Feder die Briefe sich fast zu Abhandlungen ausgebehnt. Jetzt soll ich noch die internationalen Zustände berühren. Ich wäre anmaßend oder sehr thöricht, wenn ich dem Diplomaten Vorlesung halten wollte aus seinen eigenen Heften; aber hören muß er denn doch, wie der schlichte alte Soldat die Dinge ansieht. Diese gibt nimmer viel auf all den glänzenden Trödel in welcher

Du und Deinesgleichen noch sehr gern die Schöpfung der Ereignisse suchen.

Wenn die Nationen irgend einen allgemeinen Grundsatz nicht thatsächlich anerkennen, so herrscht in ihren Beziehungen keine feste Regel; so ist eine äußere Ordnung der Staaten nicht möglich. In dem System von Europa war, mit verschwindenden Ausnahmen, dieser allgemeine Grundsatz die sogenannte Legitimität. Hatte die englische und nahezu ein Jahrhundert später auch die französische Revolution diesen Grundsatz verworfen, so mußten sie ihn doch für andere Staaten wieder zulassen, sobald sie mit diesen in friedliche Beziehungen traten. Der Wiener-Congreß hat diesen Grundsatz der neuen Ordnung zur Unterlage gegeben und diese hat ein halbes Jahrhundert bestanden. Man hat den Grundsatz irrig gedeutet, man hat daraus verderbliche Folgerungen gezogen, und man hat ihn den Völkern verhaßt gemacht. Nicht nur durch gemeinschaftliches Interesse, sondern selbst durch förmliche Verträge waren die Mächte zur Vertheidigung des Grundsatzes verpflichtet; obgleich vielfach verletzt, haben sie lange Zeit denselben aufrecht gehalten, aber endlich haben sie ihn thatsächlich und formell aufgegeben durch die Anerkennung des französischen Kaiserthumes. Die Folgen ließen nicht auf sich warten. Sieben Jahre nach der Anerkennung des Kaisers der Franzosen mußten die Mächte die Vertreibung der italienischen Fürsten, mußten sie das allgemeine Stimmrecht, mußten sie das Königreich Italien, wieder nach sieben Jahren mußten sie die Vertreibung deutscher Fürsten, mußten sie den Norddeutschen Bund anerkennen, und nur ein kurzes Jahr später müssen sie geschehen lassen, daß der ritterliche Mar von Oesterreich, ein anerkannter Kaiser und ihnen allen verwandt, wie ein Verbrecher erschossen wurde.

Jetzt ist das alte Princip von der Zeit verworfen, es ist für immer verloren. Hat man aber ein anderes gefunden? In dem Willen der Nation, sagt man, liegt die Berechtigung der höchsten Gewalt; was eine Nation frei beschließt, das

müssen die andern als zu Recht bestehend anerkennen, in sofern es nicht in den Kreis ihrer eigenen Rechte eingreift. Ist der Volkswille das neue Princip, so ist es mir auch recht. Die Fürsten selbst haben uns zur Ablegung des Royalismus genöthiget, und so unterwerfe ich mich dem Willen der gesamten Nation viel lieber als dem glänzenden Schein der zufälligen Geburt. Wenn nur auch der wahre Volkswille authentisch erhoben und außer Zweifel gestellt werden könnte! Du wirst doch nicht in der modernen Vertretung den Ausdruck eines wahren Volkswillens finden und noch weniger wirst Du denselben in allgemeinen Abstimmungen suchen, wie solche bisher vollzogen worden sind in Frankreich und in Italien. Die neue Zeit mit all ihrer Weisheit hat bisher noch kein Mittel erfunden, um die wahre und wirkliche Meinung einer großen Nation zu erkunden und außer Zweifel zu stellen. Doch nehmen wir an, daß auf die eine oder andere Art der augenblickliche Wille einer Nation sich ausspreche, so müssen wir uns eben damit beruhigen, daß man den unbeständigen Demos an Gottes Stelle gesetzt hat. Wie aber, frage ich, kann ein fester Rechtsstand sich bilden, wenn das Recht keine andere Quelle hat als die immer wechselnde Meinung dieses Demos? Müssen nicht alle Zustände und alle Verhältnisse schwanken; ist am Ende nicht Alles gestellt auf die Gewalt und liegt die Würde der Könige nicht lediglich nur in ihrer Macht?

Möge die oberste Gewalt gebildet seyn wie immer, möge man sie auf göttliches Recht oder auf den freien Volkswillen zurückführen, immer ist unerläßlich ein allgemeiner positiver Grundsatz für die gegenseitigen Beziehungen der Staaten. Durch einige Jahrhunderte hindurch hat der Grundsatz des politischen Gleichgewichtes gegolten, d. h. der Grundsatz, daß kein Staat eine absolute Uebermacht haben dürfe und daß in der gegenseitigen Ausgleichung der Machtverhältnisse der großen auch die kleinen Staaten die Gewähr finden sollen für ihren Bestand und für ihre Rechte. Man hat mit

diesem Princip wohl manchen Unfug getrieben; man hat im Namen und unter dem Vorwand des Gleichgewichtes viele schreiende Gewaltthaten begangen, aber am Ende ist es doch ein sehr natürlicher Grundsatz, welcher thatsächlich sich von selber ergibt, weil kein einzelner Staat gern sieht, daß ihn die Uebermacht eines andern bedrohe.

In der neuesten Zeit hat man sich Mühe gegeben, an die Stelle des politischen Gleichgewichtes das Princip der Nationalitäten zu setzen. — Erkläre mir dieses Princip! Meiner Meinung nach soll es besagen: eine Nation soll nicht zerrissen in verschiedene Staaten vertheilt, sondern all ihre Stämme sollen in einen politischen Körper vereinigt und aus diesem die fremden Bestandtheile ausgeschieden werden. Durch was wird aber die Eigenschaft gleicher Nationalität bestimmt? Offenbar und sicher ist nur die Abstammung der Juden; wollte man diese geltend machen, so müßte man die Juden zusammentreiben und sie müßten ausziehen um wieder das gelobte Land zu erobern. Wenn nicht die Geschichte und nicht die gleiche Abstammung ein sicheres Merkmal geben kann, so gibt es am Ende doch nur die Sprache. Nun frag ich aber wieder: wo hört die Gleichheit der Sprache auf, wo fängt deren Verschiedenheit an? Kann man, wenn es gerade paßt, am Ende nicht auch bloße Dialekte für verschiedene Sprachen erklären? Die Russen behaupten die Zusammengehörigkeit aller Slaven und doch haben viele Vorkommnisse, hat besonders auch der Congreß in Moskau auf drollige Art gezeigt, daß die verschiedenen Stämme sich gar nicht verstehen. Die Sprache der romanischen Slaven ist durchaus verschiedener Abstammung, und so könnten viel besser als diese zu den Russen und Czechen, die Schweden und die Dänen zu den Deutschen gezählt werden. Sind die Oberdeutschen und die Niederdeutschen nicht verschiedene Nationalitäten, so gehören zu diesen ganz entschieden die Holländer und die Flämen.

Nun, wir Deutsche kämen bei der Theilung nicht gar übel weg, wenigstens immer viel besser als die Franzosen. In

einem guten Drittheil aller Departements spricht das Volk nicht französisch, und in verschiedenen Ländern, wie in Flandern, im Elsaß, in der Bretagne, in der Provence u. s. w. hat sich die Volkssprache erhalten, ungeachtet aller Mühen der Regierung. Ist doch selbst England, mit Ausschluß der grünen Insel, von drei grundverschiedenen Nationalitäten mit ganz verschiedenen Sprachen bevölkert. Der gemeine Mann in Wales versteht nicht den Engländer, aber er versteht den Bauern oder den Schiffer in der Bretagne. Wie wäre es vollends mit Ländern in welchen Menschen grundverschiedener Nationalitäten zerstreut durcheinander wohnen, wie z. B. in Böhmen, in Belgien, in Ungarn u. s. w.? Müßte man nicht die schwächeren aus dem Lande hinauswerfen? Schüttele nicht vornehm Dein weißes Haupt; denn die Richtigkeit oder Unrichtigkeit eines Principis erprobt sich am besten, wenn man die äußersten Folgerungen zieht. Das ist ein Satz welchen wir schon auf der Schulbank gelernt haben.

Bis jetzt hat man das Princip der Nationalitäten verwendet, um ein italisches Reich zu bilden und um eine Frage in den nordalbingischen Herzogthümern offen zu halten, aber man hat es fallen lassen bei der Bildung des norddeutschen Bundes. Der Erfinder des großen Principis hat die deutschen Mächte bestimmt eine willkürliche Grenze durch Deutschland zu ziehen, die südwestlichen Staaten von den österreichisch-deutschen Ländern und alle von dem norddeutschen System zu trennen. Alle deutschen Länder, in dem preußischen System vereinigt, würden eine Macht bilden stärker als Frankreich, und das will der Imperator nicht dulden. Spricht er doch selber aus: die preußische Macht dürfe eine gewisse Größe nicht übersteigen und Oesterreich sei ein Bedürfniß für Europa. Das heißt aber nichts Anderes, als daß man nach allen Gewaltthaten und trotz aller geschnörkelten Redensarten eben doch auf das alte Princip hat zurückgreifen müssen, und daß der Imperator einen großen Krieg nicht scheuen würde um ein Gleichgewicht herzustellen, wie Er es versteht und verlangt.

Die gerühmte Solidarität der europäischen Großmächte ist kläglich zerfallen. Welches internationale Institut soll jetzt das neue Gleichgewicht oder, wenn Du lieber willst, die gegenseitige Stellung der Nationalitäten bewirken oder deren Anordnung sichern? Das System der Allianzen gibt die nöthige Sicherheit, so schreit man aus allen Ecken. In was besteht aber dieses System? Ich meinerseits kann einen Sinn nur finden in dem Grundsatz, daß eine Regierung Bündnisse schließe mit denjenigen Staaten deren Interessen mit den übrigen oder doch übereinstimmend gegen gewisse andere gehen. Nun kannst Du aber nicht in Abrede stellen, daß die Gemeinsamkeit der Interessen zweier Mächte gar selten die Periode einer politischen Frage überlebt. Besteht jetzt noch das französisch-italienische Bündniß? wird das preußisch-italienische ewiglich halten? Wollte man dem System eine wirkliche Grundlage geben, so müßte man auf die Verträge von 1815, auf die Deklarationen von 1818 u. s. w., man müßte auf das Princip der berechtigten Interventionen zurückkommen. In jedem Fall müßte man Bündnisse verstehen, errichtet um grundsätzlich den anerkannten internationalen Rechtsstand aufrecht zu halten und zu vertheidigen gegen jeden Angriff. Alle neuen Allianzen sind aber geschlossen worden nicht gegen sondern für den Angriff; sie sind geschlossen worden nicht zur Wahrung sondern zur Zertrümmerung des bestehenden Rechtsstandes. Der Angegriffene stand immer allein.

Das Princip der Nicht-Intervention ist, besonders von französischen Staatsmännern und Publicisten, wie etwas ganz Neues hervorgehoben worden mit gewaltigem Schwulst. Richtig aufgefaßt ist dieses Princip ein uralter Grundsatz des internationalen Rechtes; wie aber hat die neue Politik ihn gedeutet und angewendet? War nicht in jeder Allianz eine Intervention eingeschachtelt? Im Jahre 1859 ist der Einmarsch der Franzosen in die Lombardei doch sicherlich eine Einmischung gewesen und zwar eine sehr kräftige. Im Jahre 1866 hat der Kaiser der Franzosen die Abtretung von Venetien

angenommen. Hätte er das Land welches ihm übergeben, besetzt und dadurch die Verwendung der österreichischen Süd-Armee in Böhmen oder in Deutschland möglich gemacht, so hätte man von einer Intervention zu Gunsten Oesterreichs reden können; durch die Art wie er verfahren, ist die Annahme eine wirkliche und zwar sehr erfolgreiche Intervention zu Gunsten der preußisch-französischen Allianz geworden. War die Bestimmung der Mainlinie, war die Vereinzelung der südwestdeutschen Staaten einfach nur ein Akt der französischen Vermittelung? Läßt die unglückliche Expedition nach Mexiko sich etwa durch das Princip der Nicht-Intervention rechtfertigen? Während einerseits Gewaltthaten geübt worden welche das Princip verdammt und verbietet, hat man andererseits es gebraucht um eine nicht eben sehr achtungswerthe Vortheils-Politik zu bemänteln. Männer wie Chatham, Pitt, Castlereagh und selbst Canning würden die kluge Zurückhaltung Englands nicht loben, sie würden vielmehr sagen, daß in den großen Fragen der Gegenwart Großbritannien eine Stellung eingenommen habe, die nicht würdig ist seiner Macht und seiner Geschichte.

Heutzutage versäumt man keine Gelegenheit, um große politische Grundsätze mit einer gewissen Feierlichkeit auszusprechen. Man verkündet solche in Thronreden, in Manifesten und Proklamationen, in Noten, in Depeschen, in amtlichen Ansprachen und Erlassen. Der Bürgermeister des kleinsten Städtleins meint: er müsse „Principien“ aufstellen. Sie klingen gar schön diese Grundsätze, aber ich lasse mich nicht täuschen von den großen Worten; ich suche die authentische Auslegung in den Thatsachen. Für die angeführten politischen Grundsätze haben Thatsachen die unzweifelhafte Auslegung gegeben. Sie haben das System der Allianzen als die Politik des Vortheiles bezeichnet, welche um Rechtsverhältnisse sich gar nicht bekümmert, und sie haben den Grundsatz der Nicht-Intervention als einfache Täuschung dargestellt, als Vorwand der regellosen Willkür, als Deckmantel gemeiner

Berechnung und als Verhüllung des Mangels der edleren Auffassung. Sprich von dem Fortschritt so viel es Dir gefällt: die Führung der internationalen Beziehungen der neuesten Zeit ist zurückgekehrt zu der Grundlosigkeit des 17. und 18. Jahrhunderts; die Politik der Gegenwart ist so unrechtlich, so perfid, so gewaltsam und so unehrenhaft als die alte Kabinetts-Politik jemals gewesen.

Zu allen Zeiten hat man feierliche Verträge verletzt und gebrochen; man hat deshalb Kriege geführt, hat neue Traktate errichtet und diese wieder gebrochen. Aber nie hat man grundsätzlich geläugnet, daß internationale Verträge mit bindender Kraft bestehen, solange sie nicht „revidirt“ worden sind durch Uebereinkommen der contrahirenden Mächte. Unserer Zeit, der Zeit des zweiten französischen Kaiserthumes war es vorbehalten die Kraft der Verträge ohne weitere Umstände zu läugnen. Die neue Staatsweisheit spottet der beschriebenen Pergamente, kraß des „neuen öffentlichen Rechtes“ zerschlägt sie die bestehende Ordnung der Dinge, mit Verrath und Gewalt schafft sie thatsächliche Zustände, um diese zur Anerkennung zu bringen errichtet sie wieder Verträge mit dem festen Willen sie zu brechen, sobald der Bruch namhafte Vortheile gewährt. Der Friede von Paris, mit Adlersfedern unterzeichnet, ist jetzt schon ein vergilbtes Pergament. Den Vertrag von Zürich hat man nicht einmal nur einige Monate geachtet; und der Friede von Nikolsburg ist in Hauptbestimmungen heute schon Gegenstand sehr widersprechender Auslegungen. Ihr Diplomaten sagt: die Verträge seien die Gesetze für die Beziehungen der Nationen. Nun wohl! — wenn die Gesetze Kraft und Achtung verloren haben, so bestehen sie thatsächlich nicht mehr, und wo keine Gesetze bestehen, da fehlt die Ordnung, da ist Anarchie. Die Anarchie ist in dem europäischen Staatensystem und wenn Ihr von positivem Völkerrecht redet, so meint Ihr nur Gebräuche welche Niemanden Nachtheil bringen und welche die Sitte verlangt.

Du sagst: ich übertreibe. Es mag wohl seyn; aber wenn

ein Bild auch zu düster gehalten ist, so ist es darum doch nicht unwahr. Zeige mir eine Gewähr für ein Recht; zeige mir eine Gewähr für einen Besitz; zeige mir die Gewähr für irgend ein Verhältniß, für irgend einen thatsächlichen Zustand! Bei dem System der Allianzen ist nicht einmal die Macht eine Gewähr, denn mit all seiner Macht hat Oesterreich die Lombardei und Venetien und seine Stellung in Deutschland verloren. Wenn kleine Stättlein neben großen Mächten stehen, die nothwendig sich ausdehnen müssen — wo ist die Gewähr für die Schein-Souveränität jener? Formelle Garantien sind eben auch nur Papier. In dem Zustand der internationalen Anarchie sind die politischen Interessen in unaufhörlichem Wechsel und jeder Tag gebiert neue politische Fragen.

Solcher Zustand kann nicht ewig währen, denn mehr als jemals fordert, ich hab' es oben bemerkt, der Verkehr der Nationen eine feste Ordnung und leider kann eine solche nur hergestellt werden mit „Eisen und Blut“. Um aber einen Kriegsfall zu machen sind unter den vorliegenden Umständen nicht einmal große Fragen und große Interessen nothwendig. Wenn im Sommer der Alpenschnee weich geworden, so rutscht er donnernd ab durch seine eigene Schwere; und eine kleine Masse kann durch ihre Bewegung eine verheerende Schlag-Lawine zusammenballen.

„Zeigt nicht die Weltausstellung zu Paris und zeigt nicht das Jubelfest in Rom die gegenseitige Annäherung der Völker auf materiellem wie auf sittlichem Gebiet? Wird nicht der persönliche Verkehr der großen Herrscher, vermittelt durch den Kaiser der Franzosen, so vernünftiges Einvernehmen eingeleitet und manche Schwierigkeit beseitigt haben?“ Willst Du so fragen, so vernimm auch meine aufrichtige Antwort.

Die sogenannte Weltausstellung mit all ihren Comödien und mit all ihrem Schwindel zeigt mir die ungeheuren Leistungen in dem weiten Gebiet der materiellen Interessen; sie zeigt mir, daß des Menschen Geist immer mehr den Stoff beherrscht und jetzt schon im Stande ist sehr schwere Aufgaben

zu lösen. Vor Allem zeigt die Weltausstellung, daß die materielle Thätigkeit eines Landes nicht vereinzelt stehen und wirken kann; sie zeigt, daß eine jede Leistung Gemeingut wird und daß ein Volk das andere braucht. Beweist das aber nicht die Unmöglichkeit großer Kriege? — Ich sage nein; es beweist nur den begründeten natürlichen Widerwillen der Völker gegen Krieg, und damit zeigt es, daß Europa aus seiner Anarchie heraustreten und eine feste Staatenordnung schaffen muß um jeden Preis.

Mitten in der auflösenden Gährung der Gesellschaft, umringt von dem wirren Getöse der materiellen Bewegung steht ungebrochen eine sittliche Anstalt welche, über die ganze bewohnte Erde verbreitet, zweihundert Millionen Menschen jeder Abstammung und jeder Farbe in eine Körperschaft sammelt. Das sogenannte Centenarium zu Rom zeigt nun, daß diese sittliche Anstalt mehr als anderthalb Jahrtausende bestanden hat, unter allen Völker-Stürmen, unter all den Erschütterungen durch welche die größten Reiche auseinander gebrochen. Das Jubelfest des Apostels zeigt, daß die Kirche allen Verfolgungen und allen Angriffen widerstehen wird, wie sie bisher widerstanden hat durch die Macht des Glaubens und die Nothwendigkeit der religiösen Empfindung. Das, mein Freund, kann auch der einsichtsvolle gläubige Protestant nicht verneinen; der strenge Katholik wird aber gerne zugeben, daß der Beweis erbracht ist für die geistige Macht des Christenthumes in allen Bekenntnissen. Freilich wird diese geistige Macht so wenig als jemals die Kriege verhindern; aber sie zeigt für gesellschaftliche und staatliche Ordnung eine sittliche Unterlage, auf welche man bauen kann, wenn große Katastrophen sie abgeräumt haben.

Soll ich die Reisen der Monarchen zu der Weltausstellung berühren, so muß ich ohne Umschweife gestehen, daß sie mir gar nicht gefallen. Die Häupter der europäischen Staaten nehmen Gastfreundschaft an von dem Imperator der sie alle geschädiget; die Könige tauschen persönliche Freund-

schaftsbezeugungen mit dem Manne welcher planmäßig die sittlichen Grundlagen des Königthumes zerstört hat. Die Nachfolger der Regenten welche die heilige Allianz geschlossen, werben um die Gunst des Sohnes der Revolution. Die sonst so stolzen Fürsten bewegen als Gleiche sich in dem Kreise der Napoleoniden welche vor einem halben Jahrhundert ihre Väter in feierlichem Akte aus der Liste der ebenbürtigen und berechtigten Dynastien gestrichen. Kaiser und Könige welche den Kaiser von Mexiko anerkannt, müssen in Paris die Kunde von dessen Hinrichtung vernehmen bei einem Fest in dem Ausstellungs-Palast, zu welchem sie als Gäste den Kaiser der Franzosen begleiten. Sie kannten doch wohl den Gang der Begebenheiten in dem großen Lande jenseits des Ozeans! Haben die allerhöchsten Herren mit allem Dem nicht die Verwerfung der Legitimität und die Geltung des „neuen öffentlichen Rechtes“ wiederholt anerkannt? Man muß, sagst Du, der Sache nicht gerade die schlimmste Auslegung suchen; man kann in den Besuchen der Monarchen viel einfacher einen Ausdruck der Achtung für Frankreich sehen und für die französische Nation. Nun, ich weise auch diese Deutung nicht zurück, denn ich selber achte sehr die französische Nation, aber ich kann nun eben nicht einsehen, daß die sehr auffallenden Achtungsbezeugungen gerade jetzt seien geboten gewesen. Mit der Neugier, welche Dich oder mich nach Paris treiben konnte, wirst Du doch die Gewaltigen dieser Erde nicht rechtfertigen wollen.

Erwartest Du von den Besuchen wirklich nennenswerthe Wirkungen auf die Verhältnisse von Europa? Was Aufmerksamkeiten, Musterungen und Hoffeste bedeuten — das weißt Du, ehemals der Mann der Höfe. Ich weiß aus eigener Erfahrung, daß manche Abneigung schwindet in dem persönlichen Verkehr und daß die billigere oder doch die günstigere Beurtheilung der Personen fast immer eine mildere Auffassung der Fragen hervorbringt, welche schwebend sind zwischen diesen Personen. So mag mancher geheime Groll sich

nindert haben, wohl aber kann auch das oder jenes genannte Haupt oder dessen einflußreicher Minister von Parischieden seyn mehr verbittert als er gekommen, und er mag größere Abneigung zurückgelassen haben als er gefunden. In allem Dem will ich nicht in Abrede stellen, daß für gewisse untergeordnete Dinge eine leichtere Behandlung möglich worden, aber das ändert wenig an den großen Fragen, die zu gelöst werden müssen, wie lang man sie vielleicht auch noch zu vertagen vermöge.

Diese großen Fragen müssen nicht erst entstehen; sie sind so lang in der Welt; sie haben schon lange die Staatsmänner gequält und den sogenannten Publicisten viele sinnige und viel unsinnige Combinationen abgemartert. Selbstverständlich weißt Du das viel besser als ich; aber noch immer hast Du Dich nicht vollkommen frei machen von der herkömmlichen speciellen und darum oft kleinlichen Anschauungen der „geschulten“ Diplomaten.

Ein fester thatkräftiger Verband der deutschen Stämme ist eine „europäische Nothwendigkeit“. Welche Gestalt solcher Verband annehmen wird, das können unsere Weisen Dir vielleicht noch lange nicht sagen. Jahre lang hat man die Angelegenheit herumgezogen in Verhandlungen die erfolglos seyn mußten, weil einerseits das Gefühl des furchtbaren Ernstes der Frage fehlte, andererseits aber der Entschluß zur gewaltsamen Lösung schon vorlag. Die Ereignisse des Jahres 1866 zeichnen nur die erste Epoche der thatsächlichen Lösung. Der norddeutsche Bund ist unhaltbar in seinem gegenwärtigen Stand, er muß sich ausdehnen oder er muß untergehen — untergehen in Folge großer Kämpfe oder durch inneren Zerfall. Soll Großpreußen sich zu einem Reiche deutscher Nation gestalten oder soll ein solches auf ganz andere Grundlagen aufgebaut werden? — das, mein Freund, das ist die deutsche Frage. Was sich nun daran hängt, wie z. B. die Schleswigische Sache, der Eintritt der Südstaaten in den norddeutschen Bund u. s. w., das sind nur die Handhaben

an welchen man vorerst die Sache anfassen mag. Vielleicht weniger als andere Nationen ist die deutsche Nation zur Verbreitung der Civilisation in fernen Welttheilen berufen; aber geeinigt, hätte sie Veruß und Kraft zur Wahrung einer europäischen Rechtsordnung in welcher die innere und die äußere Freiheit der Völker wächst und gedeiht. Sagst Du mit vornehmer Miene: das sei ein doktrinärer Gemeinplatz, so will ich nicht streiten, denn in diesem Fall bedeutet der Gemeinplatz eben die allgemeine Anerkennung des Sages.

Unsere Civilisation ruht auf dem Christenthum. Kenne mich einen alten Frömmeler, wenn es Dir gefällt; es ist eben doch wahr und gewiß ist es, daß alle sogenannten Civilisirungsversuche erfolglos sind, wenn Religion und Sitte ihnen entgegenstehen. Bei manchen guten Eigenschaften fehlt den Türken diese Grundlage für eine wahre Civilisation. Wenn der Sultan nun auch gesehen hat, daß die europäischen Damen die Hände in Handschuhe stecken, aber nicht Gesicht und Hals und Nacken verhüllen, daß sie frei sich in der Gesellschaft bewegen und geistig mit Männern verkehren, wenn er auch im Stande war die Wunder der europäischen Industrie zu würdigen — so kann er deßhalb doch seine Völker nicht anders und das faulende Staatswesen wieder frisch und gesund machen. Die großen Mächte werden doch endlich einmal sich schämen, daß sie begabte christliche Völker dem Islam preisgeben und die schönsten Länder von Europa der europäischen Cultur entziehen. Die Türkei wird niemals ein Culturstaat und die hohe Pforte wird niemals ein gleichartiger Bestandtheil des europäischen Staatensystemes werden. Die Ordnung von Europa fordert die Herstellung eines christlichen, aber nicht russischen Reiches von der untern Donau bis zu dem Bosphorus. Wie soll man solches Reich gründen und gestalten? Das ist die orientalische Frage. Eine Unzahl untergeordneter Fragen wird die Eifersucht offen erhalten, sie vielleicht zu vorübergehender Ausgleichung bringen, vielleicht auch zu Kriegsfällen machen; aber was die europäischen

Mächte auch thun mögen, alle ihre Gänge führen am Ende doch zu dem angedeuteten Ziel.

Von einer dritten Frage spricht man noch nicht, aber sie ist schon seit lange gestellt und sie wird laut genug werden, wenn die ernstliche Lösung der anderen beginnt und vielleicht noch eher. Eine feste Ordnung der Dinge kann nicht bestehen, so lang die große slavische Macht in die Angelegenheiten des westlichen Europa hereingreift und diese mit dem Panславismus bedroht. Welche Beziehungen jetzt noch gesucht und unterhalten werden mögen, sie beirren mich nicht. Die Freiheit der westlichen Culturstaaten ist immer gefährdet, so lange Rußland nicht wenigstens über den Niemen und an den finnischen Meerbusen zurückgedrängt ist. Die Staatenordnung von Europa verlangt die Herstellung eines polnischen Reiches. Das ist die polnische Frage.

Die Haare sträuben sich Dir über diese entsetzlichen Ketzereien. Wie kann, rufst Du aus, der Mann mit dem weißen Bart so knabenhafte Gedanken aussprechen? Sieht er nicht wie alle diese Fragen zusammenhängen, entgeht ihm vollkommen die unberechenbare Einwirkung welche die orientalische und die polnische Frage auf die Stellung und das Verhältniß von Oesterreich und Preußen und auf die Verhältnisse von Deutschland ausüben müssen? Denkt er nicht an die furchtbaren Erschütterungen welche der ungeheuren Revolution vorangehen müßten? — Erhize Dich nicht mein alter Freund; eben weil ich den Zusammenhang der großen Fragen erkenne, weiß ich auch daß keine endgültig ohne die andere gelöst werden kann. Ich denke sehr an die Erschütterungen und die Kriege, ich denke sogar noch an etwas Anderes; ich denke an die socialen Bewegungen, ich denke an die inneren Umwälzungen welchen gewisse Staaten entgegengehen. Du aber, mein Freund, wolle bemerken, daß die größten Umgestaltungen allmählig und oft ohne große Schwierigkeiten sich herstellen, wenn sie einmal naturnothwendig geworden sind. Unsere Zeit geht schnell, in Monaten vollzieht sich jetzt was

sonst einer Reihe von Jahren bedurfte; aber Du und ich, wir werden vielleicht einigen Fortschritt des Anfanges, aber gewiß nicht den Anfang des Endes erleben.

So, jetzt bin ich fertig. Von der allgemeinen Wehrpflicht und was mit dieser zusammenhängt, werd ich schon ein andermal sprechen. Für jetzt treibt es mich hinaus zur Wanderfahrt, und somit Gottbefohlen!

Dein M. M.

XVIII.

Aus meinem Tagebuche.

V. Zur Geschichte der Schulfrage im Musterstaate.

Am 23. Februar 1865.

Herr Blech, da drüben im Experimentirwinkel geht es ungewöhnlich lebendig her. Ministerstühle wackeln, Professorenköpfe schwitzen Angsttropfen, Volksvertreter schlagen an die Brust. Der heiße Wunsch der servilliberalen Preßmeute scheint erfüllt: endlich regt sich das Volk. Allein — welch Entsetzen! — Die christlich denkende Mehrheit der Bevölkerung tritt unmittelbar vor den Großherzog. Wer hätte dieß vor 30 und mehr Jahren für möglich gehalten? Die katholische Kirche ist selbst in Baden keineswegs eine leere Hülse als welche Gervinus, keineswegs ein nur galvanisch belebter Leichnam als welchen Häuser so laut und so oft dieselbe proklamirt haben. Sie hat als eine Macht sich kund gegeben, die ihren Gegnern schon manchen Angstschweiß ausgetrieben und manche schlaflose Nacht bereitet

haben mag. Und wem anders ist dieß am meisten zu danken als Ihren Leuten, Herr Blech? In den Tiefen des Volksgemüthes glüht der alte Christenglaube, die Herren mußten dieß nicht, sie hielten die Zeit für gekommen endlich ganze Arbeit zu machen und der Welt als Prachteremplar ihrer Leistungen in Sachen der Aufklärung und der Einigung Deutschlands ein im Unglauben einiges Baden vorführen zu können. Wie bitter sind sie enttäuscht worden! Doch ich will Ihnen erzählen, mein lieber Rath, wie es seit einigen Monaten in Ihrem Heimathländchen zugeht.

Durch den Ausfall der Ortschaftsrathswahlen im Herbst 1864 hatte die neue Aera eine Schlappe davon getragen, welche in jedem ehrlich constitutionell regierten Lande zum Sturze des Ministeriums^{*)}, zur Auflösung der seit einem Vierteljahrhundert trotz den schwersten Ereignissen ohnehin niemals aufgelösten Kammern, zu einer Aenderung des ganzen Systemes hätte führen müssen. Die gewaltige Schlappe ließ sich weder vertuschen noch beschönigen; nur das mit badischen Verhältnissen wenig oder nicht bekannte Publikum mochte von gewissen großen Blättern auch jetzt wie später düpiert werden. Nach langem Zählen und Rechnen versicherte die

*) Im constitutionellen Musterstaate Baden ist die freie Entwicklung da angelangt, wo der Minister auf seinem Posten ausharrt selbst wenn nicht bloß das Volk sondern sogar dessen Scheinvertretung sich gegen ihn erklärt. Herr Finanzminister Rathy dachte nicht an Rücktritt, als er mit seiner Dankvorlage in der zweiten Kammer glanzvoll durchfiel. Herr Stabel war Reaktionsminister, wurde 1860 als Freiheitsminister Inhaber zweier Portefeuilles, mußte 1866 abtreten und ist derzeit in untergeordneter Stellung als Justizminister Mitglied des Stillstandsministeriums. Der Hauptschlüssel für die Erklärung derartiger Beharrlichkeit liegt sicher nicht im regnare dulce, sondern in den unverhältnismäßigen Besoldungen, womit die badischen Steuerzahler ihre Minister besonders seit 1860 honoriren müssen (10—14,000 Gulden), obwohl auch die Pensionen stark ausfallen.

„Karlsruher Zeitung“ in ihrem Schlußberichte über die erwähnten Wahlen: es hätten 35,996 = 27 Proc. katholische, 27,152 oder 30 Proc. protestantische Wähler und volle 52 Proc. Juden von ihrem Wahlrechte Gebrauch gemacht. Wir wollen human seyn, Herr Blech, und solchen Zahlentrost des officiösen Blattes nicht anzweifeln, so wenig dasselbe die Richtigkeit seiner Angaben jemals nachgewiesen hat und so notorisch dasselbe längst auf das Niveau eines selbst auf den äußern Anstand verzichtenden Parteiblattes herabgesunken ist. Allein ich frage: wenn von 209,291 Wahlberechtigten im Ganzen nur 64,321 sich zur Wahl herbeiliessen, wie steht es denn da mit dem politischen Leben, wie mit der Popularität des Schulaufsichtsgesetzes, wovon der „ungeheuer populäre“ Minister Lameny der Welt so oft und so grandios vorgeredet hat? Sind 27 Proc. katholische Wähler in einem Lande, dessen Bevölkerung zu zwei Dritttheilen dem katholischen Glaubensbekenntnisse angehört, nicht auffallend wenig? Kommen Ihnen bloß 30 Proc. Protestanten (denen die eifrig wählenden Sektirer aller Art beigezählt wurden) nicht auch noch als ein Dementi vor? Die 1173 oder 52 Proc. jüdischer Wähler den Procenten der christlichen Bevölkerung beizählen, heißt zwar profitabel addiren, aber nichts beweisen. Nicht um die Schulreform war es den Juden zu thun, denn diese berührte ihre Judenschulen blutwenig. Sie wollten Herrn Lameny, der gegen den Willen der ungeheuern Mehrzahl der badischen Unterthanen ihre vollständige Emancipation durchgedrückt hat, ihren Dank abstaten und die Ortsschulrathswahlen boten ihnen die Gelegenheit zu einer angenehmen und zugleich wohlfeilen Huldigung. — In dem erwähnten, vom 7. Januar 1865 datirten Schlußberichte sprach die „Karlsruher Zeitung“ sich weitem Trost ein mit dem naiven Geständnisse, in bloß 95 katholischen Gemeinden sei eine Wahl (nach Ablauf von vier Monaten!) noch nicht zu Stande gekommen. Um das Rührende solcher Aeußerung recht zu fassen, muß ich Ihnen sagen, Herr Blech, was die

„Karlsruher Zeitung“ klug und weise verschweigt und was Ihnen in den liberalen und radikalen Blättern „da draußen im Reich“ so selten begegnet als in der famosen Wiener Presse — nämlich die Wahrheit. Verschwiegen wurde, wie die unsäglichen Zusprüche, Schmeicheleien und Drohungen der ministeriellen Blätter, vieler Bureaukraten und von diesen abhängig gemachter Bürgermeister die Leute nicht zum Wählen zu bringen vermochten. In vielen Orten erschienen am Wahlstage die Wähler zwar zahlreich, allein nicht um zu wählen, sondern um der angedrohten Geldstrafe zu entgehen oder auch um ausdrücklich zu erklären aus Gewissensgründen von ihrem Wahlrechte keinen Gebrauch machen zu können. Selbst in den größern Städten wählten eben außer Abhängigen und Commandirten nur enragirte und bekannte Christus-hasser und Kirchenfeinde. Hunderte von Gemeinden ließen sich aufzählen, worin nach zwei bis sechs und mehrmaligen vergeblichen Wahlversuchen dieser oder jener Manschetten-Bauer, der Ortsbüttel, Gendarme, mitunter auch der Lehrer den Ortschaftsrath führten. Mehr als ein verkommenes Subjekt wurde absichtlich in das neu geschaffene Collegium gewählt. Niemals bekannte die Karlsruher Zeitung, wie den ungeheuerlichsten Minoritätswahlen die amtliche Bestätigung schleunig zu Theil wurde, und niemals gab sie die Zahl der ostroptirten Ortschaftsräthe an. In ihre Spalten verirrten sich die Namen der in allen Theilen des Landes zahlreichen Ehrenmänner nicht, welche die auf sie gefallene Wahl allen Drohungen und gesetzwidrigen Geldstrafen zum Troste nicht annahmen. Geld ist Geld, Herr Blech! In Ihrem Musterstaate kostet der Besitz eines Privatgewissens derzeit 5 bis 50 Gulden Strafe sammt Unkosten. Sie kennen doch die Pfarrei Ricknbach? Nun, das Staatsgewissen besteuerte sie in der Schulfrage ultramontan verstockten Privatgewissen dieser einzigen Pfarrei mit nahezu 800 Gulden *). Nicht

*) Als der edle Freiherr Heinrich v. Andlaw als Mitglied der ersten

wahr, das ist human, tolerant und freisinnig? Das Schönste für Ihre mit „Gesetzestreue“ so anmuthig um sich fächelnden Kreise dürfte darin liegen, daß Geldstrafen für das Nichtwählen oder Nichtannahme der Wahl dem Geiste des kaum aus den Windeln gehobenen Schulaufsichtsgesetzes sowie den Bestimmungen der Vollzugsverordnung schnurstraks widersprachen. Die Gesetzeswächter stellten diesen Umstand keineswegs in Abrede, allein die rechtswidrig Bestraften waren bestraft, die Strafgeelder blieben in der Strafkasse, die Bestrafungen hörten auch nicht auf; einem der zuletzt Bestraften wurde eine Kuh aus dem Stalle gezogen und versteigert, um von dem Erlös das rechtswidrige Strafgeld abzugiehen*). Man muß ein enragirter Anhänger seyn, Herr Blech, um Angesichts solch einer Musterwirthschaft nicht in Versuchung zu gerathen, sich direkt auf den Kopf zu stellen und mit den Füßen zu verwundern. Durch dieses Turnerstück wären die badischen Zustände sehr treffend symbolisirt.

Allein es kommt noch ungleich besser. Einer solchen Regierung gegenüber konnte die oberste Kirchenbehörde beim deutschen Bunde und eventuell bei den Garanten der euro-

Kammer im April 1865 seine Anklage gegen den Minister Pamey wegen Verfassungsbruch und Amtsmißbrauch begründete, brachte derselbe eine endlose Liste der Orte und Personen, welche gesetzwidrig bestraft worden waren, sowie der Straßsummen.

- *) Den Behauptungen des Scheerencorrespondenten der „Allgemeinen Zeitung“, der unter anderm versichert, das Volk lebe sich (1867) allmählig in das Schulgesetz hinein, müssen wir die thatsächlichen Beweise ehrlicher badischer Blätter entgegenhalten, aus denen hervorgeht, daß die Ortsschulräthe sich als das bewährt haben was von ihnen vorausgesagt wurde: als fünftes Rad am Wagen des Schulwesens und als ein Joch für die Lehrer, ungleich ärger als das der geistlichen Schulinspektoren. Von Wahlen in den Ortsschulrath nimmt man kaum Notiz. Jüngst waren zu Thunsel im Breisgau nicht einmal die zum Wahllakte nothwendigen Urkundspersonen aufzutreiben.

päpſtlichen Verträge Rechtſchutz ſuchen. Man hat es nicht gethan, der Weg hatte in der That ſeine bedenklichen Seiten. hätte Oeſterreich als berufene Schutzmacht des katholiſchen Deutſchland ſeit langen Jahrzehnten auch anderswo als auf dem Löſchpapier der Zeitungen ſeiner Gegner exiſtirt, ſo war unſchwer vorauszuſehen, daß im Intereſſe ſeiner Hegemonie der Bundestag lahm legende Preußen werde die Eſchenheimer Gaſſe ſchwerlich zur Wiege eines dem Karlsruher Hofe unangenehmen Beſchlusses werden laſſen. Iſt doch die neue Aera ſo recht in gewiſſen Berliner Kreiſen ausgeheckt worden, und die Filiale Baden der Tummelplatz auf welchem der „deutſche Veruſ“ der proteſtantiſchen Großmacht in religiös-kirchlicher Hinſicht unvergleichlich ungenirt ſich geltend machen kann als in den eigenen katholiſchen Provinzen. Und was wäre in den Tuileries von dem Manne zu erwarten geweſen, der den Papſt berauben ließ, Polen mit Bettel-Pfennigen an deſſen unglückliche Flüchtlinge abſpeißt und der überhaupt Verträge verabscheut und kaum abgeſchloſſene gerade ſo lange und ſo weit hält als es ihm opportun vor- kommt? Aide toi et le ciel t'aidera!

Bei all dem unaufhörlichen Phraſengeklingel von Freiheit und Selbſtſtändigkeit haben die Freiheitsminiſter von 1860 ſich ſehr gehütet, die durch und durch reaktionären Beſtimmungen des Preß-, Vereins- und Verſammlungsgesetzes aufzuheben oder durch beſſere zu erſetzen. Doch ſelbſt auf dem Boden dieſer Geſetze ließ ſich operiren. Beſtimmte doch der erſte Paragraph des Vereinsgeſetzes vom 14. Februar 1851 wörtlich: „Die Staatsangehörigen haben das Recht, zu ſolchen Zwecken welche den Strafgeſetzen nicht zuwider laufen, Vereine zu gründen und ſich friedlich und ohne Waffen zu verſammeln.“ Gut, man ging endlich an die Gründung katholiſcher Blätter und Vereine. Tüchtige Laien (Kaufmann Lindau und Dr. Biſſing zu Heidelberg, Rechtsanwalt Brummel zu Karlsruhe, Freiherr von Andlaw und Oberbaurath Bader in Freiburg, der vormalige Deputirte Kieſer,

die praktischen Aerzte Rees, Schachleitner im tiefften Unterland, Freiherr von Stöckingen in der Bodenseegegend u. a. m.) und Geistliche brachten die sogenannten „wandernden Casinos“ in Zug, Zusammenkünfte Gleichgesinnter bald an diesem bald an jenem Orte, durch Zeitungsinsertate vorher angekündigt, von katholischen Männern von nah und fern besucht. Der Winter war streng, trotzdem wuchsen mit unglaublicher Schnelligkeit diese Casinos zu Volksversammlungen an, die von vielen Hunderten, ja Tausenden besucht wurden. Die Casinomänner hatten das Richtige gefunden, was zum Ziele führen konnte. Als Frucht der Versammlungen, von denen keine einzige auch nur um eine Haaresbreite die Grenze anständiger und loyaler Haltung überschritten hat *), kamen Adressen der Pfarrgemeinden an den Großherzog, worin um Vereinbarung mit dem Erzbischof oder um Unterrichtsfreiheit gebeten und welche dem Großherzog durch bevollmächtigte Deputationen persönlich überreicht wurden.

Für Gewährung der Unterrichtsfreiheit war in Baden, dem verschulmeistertsten Theile unseres namentlich durch Schulmeister jeglicher Sorte elend und impotent gewordenen Deutschlands, vorerst sehr geringe Aussicht. Desto näher lag die Beseitigung des schweren Conflictes vermittelt einer Vereinbarung der Regierung mit dem Erzbischofe. Die Vorsehung selbst schien einen Ausweg offen gelassen zu haben. Für die Curie war nämlich der Hauptstein des Anstoßes der Kopf des so ungeschickt reorganisirten Schulwesens. Bitte, Herr Rath, unter diesem Kopfe ja nicht den bereits zur Seite geschobenen Oberschuldirektor Knies zu verstehen, wohl aber

*) Die Katholiken Badens beurkundeten ihre politische Mündigkeit ganz auf dieselbe Weise, wie derzeit die englischen Arbeiter durch die streng geistliche Haltung ihrer Monstre-Meetings. Während aber die englische Regierung freisinnig gewähren läßt, ließ die badische ihrer liberalen Natur vollen Lauf, sie griff zu Gewaltmaßregeln.

die Art und Weise der Zusammensetzung der neuen theoretisch confessionslosen Oberschulbehörde. Die Kirche hat im Oberschulrathe gar keine Vertretung; zwar sitzt ein Geistlicher als Mitglied in diesem Collegium, jedoch keineswegs als ein Vertreter der Kirche und katholischen Interessen, sondern als Fachmann dessen langjährige Erfahrung und Geschäftstüchtigkeit nicht entbehrt werden konnte. Die Kirche fordert aber in erster Linie eine Vertretung in der obersten Schulbehörde und diese konnte leicht zugestanden werden, indem der Oberschulrath merkwürdig genug keineswegs durch ein Gesetz sondern nur mittelst einer Verordnung in's Leben getreten worden. Ein provisorisches Gesetz war das naheliegende Mittel, der Schulkrankheit rasch und gründlich ein Ende zu bereiten. Sogar einzelne katholische Blätter heigten gegen solch Begehren ihrer Glaubensgenossen in Baden constitutionelle Bedenken. Allein provisorische Gesetze wurden in Baden ziemlich häufig und stets unbeanstandet gegeben. Auch darf man der Versicherung jenes außergewöhnlichen Correspondenten der „N. Allg. Zeitung“, welcher dem Herrn von Roggenbach zum Erweis der Wahrheit seiner Aussagen selbst das Duell angeboten, unbedingt Glauben schenken: nicht bloß provisorische Gesetze gibt es im Experimentirstaate, sondern überhaupt mehr als ein Gesetz, welches niemals auch nur für einen Tag in Vollzug getreten. Was hätten auch die Kammern zu thun, falls dem Reformiren und der Gesetzfabrikation jemals ein Halt geboten würde? Beim Mangel an Bestellungen arbeiten rührige Geschäftsleute auf das Lager, nicht wahr, Herr Blech? Und in Baden sind sie rührig, die Herren der Gesetzesfabrik, dort erlebt man, daß ein und dieselbe „Voltskammer“ ihre eigenen Leistungen fort und fort corrigirt und über den Haufen wirft.

Zum nicht geringen Aerger und Schrecken in der Welt der neuen Aera erschienen im Residenzschlosse zu Karlsruhe täglich zahlreichere Deputationen, um dem Großherzog ihre Adressen zu überreichen und demselben klaren Wein bezüglich

der Stimmung und Zustände des Ländchens einzuschenten. Dem Großherzog die Augen öffnen, hieß der unerhörten Parteiwirthschaft den Hals brechen, Gefahr lag im Verzuge, das erkannten die Herren Mathy, Lamen u. j. f. recht wohl und trafen ihre Maßregeln. Am 14. Januar 1865 wies der Vorstand des großherzoglichen Kabinetes eine von der hessischen Grenze angelangte Deputation ab, indem man den Montag und Samstag aus der Reihe der Audienztage gestrichen habe. Am 16. widerfuhr dasselbe der Deputation der Heidelberger Katholiken. Plötzlich wurde die „Karlsruher Zeitung“ wieder einmal recht redselig gegen das „winzige Häuflein“, eine „äußerste Richtung des Ultramontanismus“ oder wie man sonst das kirchentreue, vom Staatsmanne Lamen öffentlich als Gimpel bezeichnete Volk zu nennen beliebte. Am 17. Januar las man in den Spalten des officiösen Blattes die längst abgedroschene Versicherung, die Regierung werde dem Geiste der Gesetze von 1860-keinenfalls untreu, es seien dieß Freiheitsgesetze (!), gegen welche eine erhebliche oder gar eine berechnete Opposition nicht bestünde und dergl. mehr, dießmal Alles mit unverhüllten Drohungen gewürzt. An demselben 17. Januar aber erfreute sich die Heidelberger Deputation, welche nach ihrer Abweisung in Folge einstimmigen Beschlusses der katholischen Bürgerversammlung sofort wiederum nach der Residenz aufgebrochen, eines huldvollen Empfanges. Aus dem Munde des Großherzogs vernahm dieselbe den Wunsch friedlicher Ausgleichung und nicht minder den Rath gegen gesetzwidrig zuerkannte Geldstrafen den Refurs zu ergreifen. Am 18. Januar wurden bei einem zu Bruchsal abgehaltenen Casino Deputationen der Stadt und von über 20 Ortschaften der Umgegend beschossen. Am 19. vernahmen sieben Deputationen aus dem Munde ihres Fürsten Verheißungen der Gerechtigkeit und Friedensliebe. Und fortan verging kein Audienztage, an welchem nicht sechs, zehn und mehr Deputationen dagesstanden wären, die bei grimmiger Kälte selbst aus den fernsten Gegen-

den gekommen. Bereits ahmten protestantische Orte, welche unter dem Joche der aufgezwungenen Union ihres Christenglaubens noch nicht verlustig geworden, das Beispiel nach. In Uebereinstimmung mit den 119 sogenannten Protestgeistlichen, denen allein aus Preußen über 1600 Amtsgenossen offen zugestimmt und für deren Sache die Kreuzzeitung warm plaidirte, baten sie insbesondere um die Entfernung Schenkels, der sich in den jüngsten Jahren, wo an die Stelle des Charakters die „Entwickelungen“ getreten, zum Verläugner des Gottessohnes entwickelt hat, von der Stelle eines Direktors des evangelischen Predigerseminars. Es dürfte wohl auch Ihrer Einsicht nicht entgehen, Herr Blech, wie ein Christusläugner an der Spitze eines „evangelischen“ Predigerseminars denn doch ungleich besser in die verkehrte Welt als in einen Musterstaat paßt *).

Die Gefahr für das liberal-freimaurerische Parteiregiment wuchs mit jedem Tage. Um fortherrschen zu können, mußte dieselbe beseitiget werden, beseitiget um jeden Preis. Darin liegt die einzige, allerdings nur scheinbare Entschuldigung, welche der neuen Aera für eine lange Reihe em-

*) Schenkel ist noch heute, drei Jahre nach dem oben Geschriebenen, Seminardirektor, ja er steht fester als je, denn am 18. Mai 1867 hat sich die badische Generalsynode ganz für ihn erklärt und zwar mit 40 gegen nur 14 Stimmen! — Man hatte eingewendet, seine Entfernung von dieser Stelle schloße einen Eingriff in das Gebiet der freien Forschung in sich. Allein einem Seminardirektor ist wohl weniger freie Forschung denn die praktische Heranbildung von Candidaten des Predigtamtes zur Aufgabe gestellt. Die Protestgeistlichen wurden damit abgespeist, daß der evangelische Oberkirchenrath erklärte, Herrn Schenkel nicht befeitigen zu können, weil derselbe vom Ministerium angestellt worden sei, das Ministerium dagegen betheuerte, in fraglicher Angelegenheit gleichfalls nichts thun zu können, weil — der Oberkirchenrath seinen Antrag gestellt habe! Hat doch der Großherzog, welchem als Landesbischof sieben Mitglieder in die Generalsynode zu entsenden zusteht, ausnahmslos Schenkelianer erwählt!

pörender Intriken und verfassungswidriger Gewaltschritte zu Gebote steht. Unterm 28. Januar dieses Gnadenjahrs 1865 erklärte ein amtlicher Artikel der „Karlsruher Zeitung“ die wandernden Casinos und Deputationen als bisher nur geduldet, aber als — unschicklich! Er drohte mit Anticasinos d. h. indirekt wieder einmal mit einem Schisma. Diesem Artikel folgte auf dem Fuße ein Beschluß des Staatsministeriums, laut welchem der Großherzog bezüglich des Schulstreites keine Deputationen mehr vor sich zu lassen hatte. Damit war der persönliche Verkehr des Fürsten mit dem Volke glücklich beseitiget, selbst das Petitionsrecht der Katholiken annullirt. Gleichzeitig ergingen Weisungen an die Beamtenschaft und an die Getreuen des 1860er Regimentes, deren ukasenhafter Inhalt auf dem Wege der Thatsachen bald ruckbar wurde.

Noch zahlreicher als bisher strömten die Deputationen in das Residenzschloß. Sie gaben ihre Adressen und Beschwerdeschriften in den Vorgemächern ab und trugen die Bestätigung der Märe, die Thüre zum obersten Schirmherren der Verfassung und des Rechtes sei den schwere Steuern zahlenden Bittstellern vor der Nase zugeschlagen worden, in ihre Heimathgemeinden zurück. Am 10. Februar standen die Abgeordneten von nicht weniger als 22, am darauf folgenden Audienztage von 12, am 16. Februar von 16 Stadt- und Landgemeinden vor der geschlossenen Thüre des Audienz-Saales.

Die Instruktionen des Ministeriums trugen Früchte. Zwar fielen die Anläufe zu Anticasinos kläglich genug aus. Schon das erste, vom Stuhlmeister Bluntzschli in Heidelberg zusammengetrommelte, natürlich nur von enragirten Protestanten, katholisch getauften Freimaurern, Juden, Beamten und einigen abhängigen oder neugierigen Leuten besuchte, nahm einen Verlauf der das Gelächter der Katholiken erregte. Versuche in andern Orten constatirten klar, das leibhaftige und wirkliche Volk wolle von den Christushassern

und Kirchenschändern der neuen Aera immer weniger wissen. So zu Thingen im Rlettgau, so zu Freiburg wo neben religionslosen und beförderungsfüchtigen Beamten und den emancipirten Gästen aus Vorderasien die städtischen Tagelöhner in Gala frohnweise als Publikum figurirten. Aber sollte das Ministerium von 1860 umsonst eine ganze Fremdenlegion in das Land gerufen, die Logenmänner als Schooßkinder zärtlich protegirt, eine ebenso zahlreiche als zügellose Tagespresse organisirt, eine Menge neuer Beamtungen und Ehrenämter geschaffen, die Schreier des Advokatenstandes durch ungeheure Gebühren gezähmt, die Gemeinderorsteher durch reichliche Diäten gefördert, jede Neußerung antichristlicher und antikirchlicher Gesinnung zu Gnaden angenommen, jeden Verdacht antiministerieller Meinungen und Wünsche als Anlaß zu Pensionirungen, Versetzungen und Zurücksetzungen benützt haben? Nein, das Ministerium wollte leben, leben à tout prix; die ganze organisirte Macht des Staates lag ja in seiner Hand, es schickte seine Truppen in's Feuer und schrieb auf deren Fahne anstatt Recht und Gerechtigkeit: der Zweck heiligt das Mittel!

Zu Walldürn schlossen zwei Gendarmen ohne Angabe eines Grundes eine katholische Versammlung — bewundern Sie die Macht zweier Gendarmen im badischen Unterland, eine auf nichts als zwei armselige Gewehre und amtlichen Hinterhalt gestützte Macht! Am 9. Februar drangen großherzogliche Beamte mit gesinnungstüchtigen Subalternen, pseudodemokratische Schreier aus den Jahren 1848 und 1849 nebst Mitgliedern der in Constanz eben gegründeten Loge „zum Weßenberg“ *) und einigen Creaturen lärmend und tobend in das Lokal des Casino, welches zu Ra-

*) Der letzte, jetzt bereits auch gestorbene Weßenberg hat öffentlich und energisch gegen solche Ehre Protest eingelegt und bezeugt, Bisthumsoverweiser von Weßenberg habe von den Freimaurern sehr geringschätzend gedacht.

bolfszell gerade tagte. Die ungebetenen Gäste begehrten das Wort und erhielten es. Als aber sodann die Casino-Männer zur Erwiderung sich anschickten, wurden sie von den frech eingebrungenen Ruhestörern sofort ausgezischt; und als Freiherr v. Stöckingen, Mitglied der ersten Kammer, ein derartiges Benehmen rügte, da beliebte Oberamtmann von Senger — derselbe, Herr Blech, welcher 1853 in untergeordneter Stellung bei der Verhaftung des Erzbischofs Hermann ein profitables Röllchen gespielt — die Versammlung als der berüchtigten badischen „öffentlichen Ruhe und Ordnung“ gefährlich für aufgelöst zu erklären. Er befahl unter Hinweis auf die ihm zu Gebote stehende bewaffnete Macht sofortige Räumung des Saales, die denn auch ohne irgend eine Unordnung vor sich ging, so gerecht und tief die Entrüstung der katholischen Männer auch seyn mochte.

In Radolfzell ward klar, was die Karlsruher Gewaltigen anbefohlen: weil keine Anticafinos von Belang fertig zu bringen waren, sollten die katholischen Casinos auf jede Weise gestört werden, mochte diese Weise auch noch so rechtswidrig und kleinlich ausfallen. Am 9. Februar tagte unter dem Vorsitze des in parlamentarischen Gewohnheiten ergrauten Baurathes Dr. Karl Bader ein Casino vor den Thoren der Residenz, nämlich in der Kirche zu Durlach. Man hat dasselbe nicht mit Unrecht eine Provinzialversammlung genannt. Trotz des eisigen Winters, trotz Kosten, Zeitverlust und allen möglichen Einschüchterungen und Behinderungen von Seite mancher Beamten und Bürgermeister füllten wenigstens 1500 katholische Männer die Räume des Gotteshauses. Dem beschränktesten Unterthanenverstande wurde durch die Redner klar, bei einem einigermaßen guten Willen könne und müsse ein provisorisches Gesetz dem frevelhaft herausgeschworenen Schulstreite ein Ende machen. Alle etwaigen Gegenerklärungen von Seite der Aukatholiken und Compagnie seien unfähig dem Rechtsstandpunkte etwas zu vergeben, nachdem die höchsten kirchlichen Autoritäten ihr Ur-

theil in dieser Angelegenheit abgegeben. Der Beschluß des Staatsministeriums, gerade in der so tiefgreifenden Schulfrage den Zutritt zum Großherzog abzuschneiden, verletze verfassungsmäßige Gerechtsame und schmälere das Petitionsrecht. Mit allen gegen eine Stimme — es war die eines Medicinalrathes, der mit ungleich größerem Muth als Takt nach Kräften opponirte und den man als lustige Person der neuen Aera ungeschoren opponiren ließ — wurde eine Adresse an den Großherzog um Gewährung des Petitionsrechtes auch für Katholiken beschloffen, entworfen und unterzeichnet. Am folgenden Tage nahm der Großherzog die Adresse der Durlacher Versammlung aus der Hand eines Mitgliedes des zu diesem Zwecke zusammengesetzten Comité (Rentier Fischer von Karlsruhe, ein Antipode Ihrer Freunde und Brüder, Herr Blech!) entgegen.

Casinos im Unterland, Casinos in der Nähe der Residenz, Casinos im Oberland, Deputationen vom Main bis zum Bodensee *)! — Herr Blech, ich hege von unserm deutschen Volke mit all seinen Schützen-, Turner-, Sing-, Arbeiterfortbildungs- und ähnlichen, zumeist von den Logen-Männern als Mauerbrecher in's Daseyn gezauberten Vereinen und Schwäzerversammlungen keine große Vorstellung, aber so tief scheint selbst Ihre Heimath noch nicht gesunken, so entnerot sind denn doch selbst Ihre Landsleute noch nicht, um auch in Angelegenheiten des Jenseits und des Gewissens, der Religion und Kirche sich stumpfsinnig unter das Joch einer antichristlichen Clique zu beugen.

Noch zahlreicher als die Durlacher Provinzialversammlung war das Casino besucht, welches am 14. Februar in der St. Martinskirche zu Freiburg abgehalten wurde, in der That zu Freiburg, Herr Blech! Sie schlagen wohl Ihre

*) Bis zum Mannheimer Schanbtage, 23. Februar 1865, hatten nicht weniger als 668 Stadt- und Landpfarreien Deputationen nach Karlsruhe theils entendet theils angemeldet.

runden Hände über dem Kopfe zusammen mit der Frage: Ja, hat denn Oberbürgermeister Fauler solchen Skandal geduldet? Ja freilich, mein Lieber, denn das Kräutlein „müssen“ ist ein bitteres Kraut. Der 14. Februar 1865 mag als einer der faulsten Tage im Fauler'schen Leben verzeichnet stehen, weil ihm Alles mißlang. Das würdige Männchen mit seinen Unbedingten that Alles, um das Casino innerhalb der erzbischöflichen Residenz zu hintertreiben oder doch zu stören, doch Alles umsonst. Auf sein Betreiben hin wurde die bereits erfolgte Zusage der Festhalle, die noch jeder Versammlung oder Kunstreitergesellschaft bereitwillig sich geöffnet hatte, zurückgenommen, obwohl angesehenen Bürger dieselbe erwirkt hatten. Man wählte die St. Martinskirche als Versammlungsort, und auch diese zu schließen mochte dem schlauen Herren als ein allzu gefährliches Wagniß erscheinen. Sämmtliche Blätter der Stadt mußten schmähen, lügen und schüren nach Leibeskräften. Noch am Vorabend brachten sie, die amtlichen Verkündungsblätter eingeschlossen, ein Flugblatt, welches zum Besuche, das heißt zu Störungen des Casino und Gewaltthaten aufforderte. Nach ausdrücklicher Hinweis auf Radolfzell ermunterte das Blatt zur Nachahmung mit den Worten: „Dennoch hin! Kein wanderndes Casino mehr unbesucht! Das ist nunmehr ein erprobtes Mittel, die gegnerische Sache in ihrer ganzen Schwäche und Hohlheit zu zeigen.“ Am 14. Februar aber strömten aus der Stadt und Umgegend, strenge Kälte und tiefen Schnee nicht achtend, mindestens 2400 warme Anhänger der angeblich schwachen und hohlen Sache in die Martinskirche. Zu spät mochte den Freunden des Ministers Lamey beifallen, wie die Freiburger nicht leicht für oder gegen eine Sache, zum Glücke am wenigsten für das Neuheiden- und Freimaurerthum zu fanatisiren sind, und wie in der Dreisamstadt jenes Gesindel keineswegs massenhaft zu Gebote steht, welches um einige Maß Bier oder etwas Geld heute zur Wonne eines religions- und kirchenlosen Aufklärichts Kirchen schändet und Priester miß-

handelt, vielleicht morgen schon im Dienste socialistischer Demagogen Fabriken anzündet und feiste Ehrenmänner durchprügelt. Wie der Fuchs den Hühnerstall also umschlich der katholisch getaupte Bürgermeister der Residenz des Erzbischofs mit einigen Standhaften, worunter zwei Juden, die Kirche des heiligen Martin. Sie drangen auch hinein, doch waren sie rasch darüber in's Klare gesetzt, wie das dumme Volk der „Casinonier“ bereits eine sehr praktische Casino-Ordnung handhabte und Ordner aufgestellt hatte, deren entschlossene Mienen für den Nothfall nicht das Angenehmste erwarten ließen. Weil Verzicht den besten Theil der Tapferkeit ausmacht, deßhalb wohl zogen die hellen Ehrenmänner rechtzeitig und schweigend sich zurück in die düstersten Gemächer der „sittlichen Entrüstung“. Auch für Klapperbuben hatte man liebevoll Sorge getragen, leider erwiesen auch diese sich als total unbrauchbar: ein erwachsener sah sich veranlaßt, der Fahne des Oberfeldherrn getreu den Rückzug anzutreten, die kleineren gestanden treuherzig genug, sie mußten mit ihren Klappern in das Casino, denn sie seien ja dazu kommandirt, ließen sich aber rasch eines Bessern belehren.

So tagte demnach das Freiburger Casino in Ruhe und Ordnung. Adelige, geistliche und bürgerliche Redner erwärmten auch hier die Zuhörerschaft mit der Gluth ihrer Ueberzeugung, die Beschlüsse der Durlacher Versammlung wurden adoptirt. Noch spät Abends, als die Massen der Casino-Männer längst am heimathlichen Herde saßen, freute man sich in harmlos fröhlichen Kreisen der sichtlichen Fortschritte, welche das katholische Volks- und Vereinsleben in dem der einst so versumpften und verrufenen Baden gemacht *).

*) Bürgermeister Fauler rächte sich für die Niederlage seines Allmachtsdünkels vom 14. Februar. Seiner Energie gelang es, am 24. Februar zwar kein Anticasino, aber doch ein antilatholisches Concil der „ächten Freiburger Katholiken“ im Kaufhaussaal zu Stande zu bringen. Dasselbe war nicht bloß von Gemeinderäthen, Aus-

Am 15. Februar großes Casino zu Achern unter dem Präsidium des ebenso energischen als politisch gebildeten Rechtsanwaltes Brummel. Gleiches Ergebnis wie zu Freiburg bezüglich der Störungsversuche von Seite einiger ministeriellen Lohnknechte und religiös-kirchlich verlumpter Menschen, sowie bezüglich der Beschlüsse. Am 19. Februar zahlreich besuchtes Casino im tiefen badischen Unterlande, im Wallfahrtsorte Walldürn. Der Oberamtmann erschien mit Gendarmen und erklärte die Versammlung auflösen zu müssen, falls man nicht die Gegner ebenfalls zu Worte kommen lasse. Solchem in Staaten, wo wirkliche Versammlungsfreiheit besteht, unmöglichem Unsinnen ward geduldig nachgegeben, doch fand sich keiner welcher den Gründen des wackern Arztes

schußmitgliedern, städtischen Arbeitern und pecuniär abhängigen Bürgern besucht, sondern in Folge eines besondern Aufrufes auch vom Arbeiterfortbildungsverein, von Juden, Protestanten, Freimaurern und von Staatsdienern, wobei denn mit angemessener Wuth wider die „schwarze Rote“ gebonnert wurde.

Der in großdeutschen Kreisen rühmlichst bekannte Rechtsanwalt und Publicist Dr. v. Wänker hatte gelegentlich des Freiburger Casino den juridischen Nachweis geliefert, der Schulstreit könne durch ein provisorisches Gesetz rasch und mühelos erlediget werden. Er sprach mit der ihm eigenen eisernen Ruhe, Klarheit und Objectivität. Herr v. Wänker war 1848 und 1849 als Staatsanwalt mit einem Muthe für das monarchische Princip und den Großherzog eingestanden wie kein Zweiter im Lande, er hatte dem Staat als Fiskalanwalt 26 Jahre hindurch die besten Dienste geleistet. Als er wenige Wochen nach dem 14. Februar aus dem Gerichtshofe zu Constanz trat, worin er soeben wiederum einen Proceß zu Gunsten des Staates gewonnen, da überraschte ihn die Botchaft: er sei seines Amtes als Fiskalanwalt entsezt. Er forderete öffentlich die Angabe irgend eines Grundes solcher Behandlung, das Freiheitsministerium aber war — offenerzig genug zu erklären, es habe ihn abgesezt, weil er in religiös-kirchlicher Beziehung wie in politischer nicht mit ihm gehe. Irgend eine That sache wußte man nicht vorzubringen, Fiskalanwalt wurde ein Intimus des Bürgermeisters Fauler.

Dr. Schachleitner und der übrigen Redner die abgedroschenen Tiraden des landläufigen Liberalismus entgegenzusetzen sich getraute. Fast zu gleicher Zeit wie in Walldürn stellte ein Bezirksbeamter zu Borberg das gleiche Ansinnen an eine katholische Versammlung. Zu Walldürn dasselbe Ergebnis wie zu Durlach, Freiburg und Achern, eine durch ihre lakonische Kürze beredete Adresse an den obersten Schirmherren der Verfassung. Am 20. Februar bereits wieder ein von 800 Theilnehmern besuchtes Casino zu Ballenberg, auf den 23. ist ein solches nach Mannheim, auf den 27. nach dem nahen Ladenburg ausgeschrieben.

Herr Rath, ich schließe für heute meine badische Specialgeschichte, die mindestens mir ebenso pikant und lehrreich zu seyn scheint als irgend eine Specialgeschichte aus der Zeit der sogenannten Reformation oder ersten französischen Revolution, welche gegenüber der gewissenlosen und tendenziösen Geschichtsbaumeisterei des Gothathums die nüchterne ehrliche Geschichtschreibung derzeit emsiger als je dem Moder der Archive entreißt. Eines scheint sicher bevorzustehen, Herr Blech: das mit allen officiellen und ministeriellen Versicherungen im grellsten Widerspruche stehende Anschwellen des Casinothums im deutschen Irland, die „Ausdauer in der gesetzlichen Arbeit für das Recht“, wie der Wahlspruch der Katholiken Badens derzeit lautet, muß dem Spucke der neuen Aera mit ihren durch und durch antichristlichen und freiheitsmörderischen Tendenzen bald ein Ende machen. Die Bewegung ist keine künstlich hervorgerufene, keine durch löschpapierne Gluthen angejachte; sie quillt aus dem Innersten des brutal verletzten Volksgemüthes. Recht und Vernunft, Verfassung und Gesetz, die höchste Autorität der Kirche wie die wohlverstandenen Volksinteressen stehen auf der Seite der Casinomänner, letztere haben durch ihre streng gesetzmäßige Haltung politische Reife und sittlichen Takt beurfundet.

Und die Träger und Handlanger der neuen Aera? Sie haben dem Koryphäen der aufgeklärten Geschichtschreibung,

Karl von Rotteck, ein ehernes Denkmal gesetzt. Allein sie haben Grund genug zum Erröthen, so oft der Name dieses Mannes genannt wird. Zwar schrieb Karl v. Rotteck der Hierarchie gegenüber seine Geschichte mit stets geballten Fäusten, allein er war bei allem Vorurtheil ein Mann des Rechtes, er stellte sich als solcher auf die Seite, wo seiner Ueberzeugung nach das Recht zu finden war; Parteiabsolutismus war ihm ein Gräuel. So kam es denn, daß er am Ende der 30er Jahre für den Erzbischof von Köln in die Schranken trat, daß er den katholischen Charakter der Universität Freiburg gewahrt wissen wollte, daß er ein Gegner der Juden-Emancipation war. Er meinte es ehrlich mit dem Rechte und der Freiheit Aller; er war kein Liberaler im heutigen Sinne des Wortes, wohl aber ein freisinniger Mann.

Zwischen liberal und freisinnig bestehen Unterschiede, Herr Blech! die ich Ihnen denn doch kurz andeuten will als Beweis, wie schwer Ihre Partei an der Sprache sich verjüngt, so oft sie als freisinnige gelten möchte. „Der Freisinnige will die Freiheit auch für andere, der Liberale nur für sich; der Freisinnige erachtet es für möglich, daß er in seinen politischen Ansichten sich täuscht, der Liberale hält sich stets für unfehlbar; der Freisinnige schont, ja schützt die Minorität, der Liberale tritt sie mit Füßen, sobald er selbst nicht mehr dazu gehört; der Freisinnige achtet religiöse Ueberzeugungen selbst wenn er dieselben nicht theilt, der Liberale sieht auf jede positive Religion, ganz besonders aber auf den positiven Offenbarungsglauben mit souveräner Verachtung herab — mit Einem Worte: der Liberale sieht und sucht nur sich; was seinem Vortheil und seiner Ansicht widerstreitet, muß mit allen Mitteln niedergehalten werden.“ Was dieser Kenner des Liberalismus gesagt, wird durch Ihre Partei Tag für Tag durch Thatfachen der betrübendsten und empörendsten Art illustriert. Ob dieß nicht auch in Baden in sehr hohem, vielleicht im höchsten Grade der Fall sei, können Sie aus diesem Briefe entnehmen.

Doch jetzt muß ich schließen, es ist die höchste Zeit. Nur noch eine einzige Notiz. Soeben fällt mir die „Karlsruher Zeitung“ vom 18. Februar in die Hände. Dieselbe enthält ein vom 15. Februar 1865 datirtes Handschreiben wodurch der Großherzog sein calvinistisch-freimaurerisches Ministerium oder vielmehr Herrn Lameny beauftragt, die katholischen Bittsteller „über den Ungrund etwaiger Besorgnisse einer Verletzung der Gewissensfreiheit zu belehren.“ Herr Lameny möge auch die Petitionen und Deputationen verbescheiden, er, der Großherzog, überlasse Alles der Kammer und Regierung.

Gute Nacht Statthalter Christi in Rom, gute Nacht Erzbischof Hermann mit all deinen Denkschriften und Hirten-schreiben, gute Nacht badischer Klerus mit all deinen Kundgebungen, gute Nacht ihr schwere Abgaben leistenden und nach Recht und Gerechtigkeit schreienden Casinomänner, gute Nacht, du Sprache der Thatsachen! Herr Blech, ich muß lachend scheiden, ich lache daß mir die Augen überlaufen!

XIX.

Zur Geschichte der Philosophie.

Die Psychologie des Aristoteles, insbesondere seine Lehre vom *νοῦς ποιητικός* von Dr. Franz Brentano, Privatdocent der Philosophie an der Universität zu Würzburg. Mainz, Kirchheim 1867.

So sehr eine einläßliche Kritik specifisch philosophischer Thematē jenseits der Grenzen dieser Blätter liegt, können

wir doch nicht umhin vorliegende Schrift zur Anzeige zu bringen, weil sie einen ebenso wichtigen als schwierigen Gegenstand behandelt. Der Verfasser, ein Neffe unseres Dichters Clemens Brentano, hat sich bereits durch eine frühere Arbeit „von der mannigfachen Bedeutung des Seienden nach Aristoteles“ (Freiburg 1862) als einen scharfsinnigen Kenner des Aristoteles und der Philosophie im Allgemeinen bewährt. Wir glauben uns jene Leser, die sich nicht zu den Eingeweihten zählen, zu verpflichten, wenn wir statt kritischer Nagelproben nur im Allgemeinen auf die Wichtigkeit und Tragweite des Thema's aufmerksam machen, das in der gegenwärtigen Schrift behandelt wird.

Es ist dieß gerade jenes Problem, das im Mittelalter in der Hand der arabischen Philosophen zur principiellen Bestreitung der christlichen Lehre von der Persönlichkeit Gottes und des Menschen diente. Mit Beziehung auf Alexander von Aphrodisias deuteten die Araber, besonders Ibn Sina (Avicenna) und Ibn Roschd (Averroes) die Lehre des Aristoteles dahin, daß die in Wirklichkeit erkennende Vernunft des Menschen (*νοῦς ποιητικός*) nicht etwas Persönliches zum Wesen des Menschen Gehöriges, sondern eine von dem Wesen des Menschen getrennte, auf ihn von Außen her einwirkende Substanz, nämlich die allgemeine göttliche Intelligenz selber sei. Daß damit die christliche Lehre von einem Wesensunterschiede des göttlichen und menschlichen Geistes, also der Kernpunkt der christlichen Philosophie angegriffen war, versteht sich von selber. Die Consequenzen die damit gegeben waren, liegen nahe. Aristoteles galt der arabischen Scholastik als der Repräsentant der Philosophie überhaupt, als der Philosoph schlechthin. Diese, die Philosophie, war somit im offenen Widerspruche mit dem Christenthum, falls die Auslegung der Araber die richtige ist. Die Vertreter des modernen Pantheismus, Renan, Zeller u. A. schließen sich der Hauptsache nach auch heute noch an die Deutung der Araber an.

Es war also eine der hauptsächlichsten Aufgaben für die

Christliche Philosophie seit dem 12. Jahrhundert, aus den Schriften des Aristoteles selber darzuthun, daß die Deutung der Araber eine unrichtige und sich widersprechende ist. Daher kam es, daß die christlichen Scholastiker ein so ungeheures Material von Erklärungen der Schriften des Aristoteles aufgehäuft haben, weil die antichristliche Philosophie der Araber nur mit ihren eigenen Waffen erfolgreich zu bekämpfen war. In neuester Zeit haben die bedeutendsten Kenner des Aristoteles, wie Brandis, Trendelenburg, sich gegen die Deutung der Araber ausgesprochen.

Wenn vielleicht Aristoteles uns nicht mehr in der Weise des Mittelalters als der Philosoph erscheint, so ist seine Philosophie zweifelsohne das eigentlich klassische Erzeugniß des philosophirenden Menschengesistes für alle Zeiten. Aus diesem Grunde haben diese Fragen für uns nicht etwa ein bloß historisches, sondern ein sachliches Interesse. Zunächst also wird es die Aufgabe der gegenwärtigen Kritik seyn, den Aristoteles aus sich selbst zu erklären. Diesen Zweck setzt sich der Verfasser. Mit scharfem kritischen Blicke übersieht er sämtliche Momente, welche zur Aufklärung dieses schwierigen Punktes dienen; und in der Darstellung selber erkennen wir, daß er seinen Stoff beherrscht. Nachdem er auf die Wichtigkeit der Lehre von den Erkenntnißkräften und der Erkenntnißlehre für jedes philosophische System hingewiesen, gibt er die Gründe an, warum gerade dieser Punkt bei Aristoteles eine besondere Bedeutung hat.

Nach einer historischen Uebersicht über die vorzüglichsten Erklärungsversuche aus alter, mittlerer und neuerer Zeit geht er an die Untersuchung selber, deren große Schwierigkeit er nicht verkennt. Er weiß die spröden Stoffe mit sicherer Hand zum Flusse zu bringen, und gerade in den vorhandenen Widersprüchen sich die Materialien für sein Endresultat zu gewinnen. Zuerst werden die allgemeinen Grundlagen der Psychologie bei Aristoteles erörtert, nämlich die Beziehungen in welchen die vegetative, sensitive und intellektive Seele steht.

Besonders klar und einfach ist die Aristotelische Lehre von der Geistigkeit und beziehungsweise Unsterblichkeit der intellektiven Seele dargethan (S. 120 ff.), und der scheinbare Widerspruch in der Aristotelischen Auffassung gelöst. Von da aus geht dann der Weg zur eigentlichen Lösung des besonderen Theiles, nämlich der Erklärung des fünften Capitels im dritten Buche von der Seele (S. 165 ff.). Hier wird auch der Gegner der Endresultate die Gründlichkeit und Objektivität einer meisterhaften Kritik anerkennen, auf welche jede künftige Behandlung wird zurückkommen müssen.

Wir freuen uns, daß gerade ein katholischer Gelehrter sich an dieses Thema gemacht hat, in einer Zeit in welcher die Ignoranz und der Unglaube Hand in Hand den Herentanz eröffnet haben. Zu wiederholten Malen ist in der katholischen Presse und in den Versammlungen der Katholiken der Aufruf ergangen, daß eine gründliche philosophische Bildung der Jugend eines der vorzüglichsten Heilmittel gegen die geistige und religiöse Verkommenheit ist, wie dieselbe gegenwärtig so allgemein die sogenannten Gebildeten angesteckt hat. Wie lange noch wird man der Kirche den Vorwurf machen, daß sie die Wissenschaft hasse und knechte?

XX.

Wiener Briefe.

II.

Anfangs Februar 1868.

Seitdem ich Ihnen die letzten Nachrichten vom Donaustrande gesendet, haben wir wieder bei uns ein Stück Geschichte erlebt. Wir haben endlich, wornach sich die Völker Oesterreichs angeblich gesehnt, ein aus der Majorität des Abgeordnetenhauses hervorgegangenes radikales Ministerium. Einige Grafen mußten aus Gefälligkeit (gegen wen?) oder aus irgendwie verstandenem Patriotismus Namen und Person herleihen, um dem ganzen Apparate in den Augen der großen Menge ein minder demokratisches Ansehen zu geben.

Es war eine schwere Geburt um dieses parlamentarische Kabinet. Die ersten Geburtswehen zeigten sich schon im Frühjahr 1867; aber die Frucht war eben noch nicht reif und das verheißene Kindlein wollte noch nicht zur Welt kommen. War es Furcht vor den bösen Menschen welche sich mit herodischen Gedanken hätten beschäftigen können, oder hatte diese Verzögerung der Geburt in einem organischen Fehler der Partei ihren Grund, wir wissen es nicht, weil wir uneingeweiht sind in die Geheimnisse der Partei. Allein das wissen wir, daß es eine schwere Geburt war; denn

manche Glieder des neuen Ministeriums mußten mit moralischen Zangen aus ihren Verstecken geholt werden. Es bewährt sich eben wieder bei diesem Anlasse der alte Erfahrungssatz, daß es leichter ist zu zerstören als zu schaffen. Wir haben wahrlich keine Ursache die ekelhaften Schmeicheleien zu wiederholen, mit welchen die neueste Aera von unsern gesinnungstüchtigen Journalen eingeläutet wurde, nachdem Geld bei den einen und Parteizweck bei den andern diese Lobeshymnen hinlänglich erklären. Wir werden uns nach dem Grundsatz richten: „aus den Thaten werdet ihr sie erkennen“; und wir werden daher die ersten Manifestationen dem Publikum gegenüber, welche wir der neuen Regierung verdanken, hier in's Auge fassen.

Was die einzelnen Persönlichkeiten anbelangt, so sind dieselben, insoferne es sich um die Hauptträger des neuen Ministeriums handelt — denn die Uebrigen sind eben nur als Figuranten angestellt — auch in Deutschland so bekannt, daß eine weitere Personalbeschreibung überflüssig wäre. Daß Dr. Brestel ein Demokrat vom reinsten Wasser ist, daß die Herren Berger und Herbst sich stets als Vorkämpfer der negativen Kritik hervorgethan haben, daß Giskra trotz seiner radikalen Gesinnung sich während der preussischen Invasion im Jahre 1866 als Bürgermeister in Brünn durch seine charaktervolle Haltung das Wohlgefallen Wilhelm des Eroberers und seines Großveziers erworben hatte und hierfür auch belohnt wurde, das weiß eben die ganze Welt. Weniger bekannt dürfte bezüglich dieses jetzt vornehmsten Rathes der Krone die Anekdote seyn, welche mir einer meiner Freunde, der den Bewegungen des Jahres 1848 ziemlich nahe gestanden ist, erzählte. Giskra habe nämlich in Frankfurt, sei es in der Paulskirche, sei es in einer Clubversammlung, in prophetischem Geiste die denkwürdigen Worte gesprochen: „Deutschland wird nicht früher einig seyn, bis nicht alle Diademe erbleicht und alle Throne gestürzt sind.“ Ob der neue Minister heute noch so denkt, weiß ich freilich nicht.

Gewiß aber ist, daß die gescheidten Leute lange schon darüber einig sind, daß Wilhelm der Eroberer nur den Pionier für die große deutsche Republik mache.

Was nun den politischen Standpunkt des neuen Kabinetts anbelangt, so ist es selbstverständlich daß derselbe im Grunde der radikale ist, und jene große Anzahl von sogenannten Zahmliberalen, welche aus Furcht vor den Nationalen und Klerikalen sehr bereitwillig den Rücken hergegeben haben um den gegenwärtigen Machthabern eine Brücke in's Ministerium zu bauen, wird sehr erstaunt seyn sich so bald überholt zu sehen. Was aber den sächlichen Standpunkt anbelangt, so ist es der prononcirte Bruch mit der Vergangenheit, das völlige Aufgeben aller Traditionen welche im Hause Habsburg-Lothringen so sorgfältig und wahrlich nicht zum Schaden der Krone und der Völker gepflegt worden sind vom ersten Rudolf angefangen bis auf den heutigen Herrscher, der noch bei der Unterzeichnung jenes berühmten Staatsvertrages mit Rom die Worte beifügte: er werde als Mann halten was er als Kaiser versprochen.

Nach diesen beiden Richtungen hin wird das Ministerium auch eine kräftige Stütze bei der Regierung jenseits der Leitha finden, und diese Stütze wird um so mächtiger werden, je mehr die Deakpartei im Lande der Magyaren an Boden verliert und die ungarische Linke dafür Terrain gewinnt.

Zur Signatur der neuen Aera möge auch noch ein anderes Faktum dienen, welches in unscheinbarer Form an's Licht getreten ist und von den wenigsten beachtet worden seyn dürfte. Ich meine die indirekte Sanktionirung der Freimaurerei durch die allerhöchste Entschließung vom 19. Januar d. Js., womit bezüglich der bestehenden Formen des Dienst-Eides bei Beamten mehrere Abänderungen angeordnet worden sind. Die Motivirung des vom Ministerrathe hierüber gestellten Antrages geschah dadurch, daß „Angesichts des neuen Vereinsgesetzes und der hierauf bevorstehenden reformirenden Bestimmungen des künftigen Strafgesetzbuches die Unthun-

lichkeit, in die Diensteide der Vollzugsorgane der Staatsverwaltung die bisher übliche Beschwörung der Nichttheilnahme an geheimen Gesellschaften für die Zukunft aufzunehmen, sich herausgestellt habe." Es erfolgte sonach sub lit. D in obiger allerhöchsten Entschliebung die Weisung, daß die bisherige Clausel in den Eidesformeln über die Nichttheilnahme an geheimen Gesellschaften zu entfallen habe, an deren Stelle jedoch nachstehende Clausel zu setzen sei: „Auch werden Sie beschwören, daß Sie einer ausländischen, politische Zwecke verfolgenden Gesellschaft weder gegenwärtig angehören noch einer solchen Gesellschaft in Zukunft angehören werden.“

Daß das Maurerthum bei uns schon seit langer Zeit faktisch besteht, daß es seit dem Jahre 1860 mehr in den Vordergrund und in die Aktion getreten ist, daß seit jener Zeit ein großer Theil der Machthaber den Logen angehörte und andere welche außerhalb des Bundes stehen, von einflußreichen Stellen deswegen entfernt wurden, das sind zwar in den Augen der nicht sehen Willenden Verläumdungen, in den Augen der Sehenden aber Thatfachen die aber freilich nicht bewiesen werden können, weil es eben ein Geheimbund ist und die Mitglieder, wenn sie Beamte sind, sich des Eidbruches schuldig gemacht hätten. Man ist deshalb bei der Aufnahme mit der größten Vorsicht vorgegangen, und mußte das Geheimniß im Interesse der Betheiligten mit aller Strenge bewahrt werden. Nun aber, nachdem die Herren vom Stuhle sich dem Throne genahet haben, waren sie ihren Obern gegenüber verpflichtet jene Schranken zu entfernen welche den Eintritt in den Orden bisher zu einem Verbrechen gestempelt hatten, und sie haben ihrer Pflicht, wie wir oben gesehen, schleunigst und vollkommen Genüge geleistet. Jeder Beamte kann nun in legalster Weise in den Orden treten, und wird es in seinem und seiner Familie Interesse wohlweislich thun, denn es handelt sich eben um seine Beförderung, wo nicht um eine Existenz. So sieht sich bei uns diese wichtige Angelegenheit an.

Als fernern Beweis, wie weit wir es schon in der neuen Freiheit gebracht haben und wie wir uns als freie Staatsbürger fühlen, mögen zwei Parallelen dienen und daraus mag Jeder sich die Schlußfolgerung nach dem alten Grundsatz „comparando discimus“ selbst entnehmen. Bekanntlich hat in den ersten Tagen dieses Jahres im Theater porte St. Martin in Paris ein kleiner Skandal stattgefunden. Den bekannten und bezahlten Claqueurs gegenüber haben andere von ihrem Rechte der Mißfallensbezeugung durch Pfeifen Gebrauch gemacht; einige der untern Polizeiagenten benahmen sich rücksichtslos gegen einzelne Lärmmacher und erzwangen mit Gewalt die Arretirung. Obwohl sonst im Allgemeinen das Pariser Publikum den Polizeiorganen gegenüber seit 17 Jahren in einer guten Schule erzogen worden war, so war es doch im vorliegenden Fall von der Ungerechtigkeit des Vorgangs so überzeugt, daß es in entschiedener und demonstrativer Weise für den arretirten Handlungsgehilfen Vanblois Partei nahm. Die Vorstellung mußte unterbrochen, der schon auf dem Polizeiposten befindliche Arrestant freigegeben ja sogar auf seinen Platz im Theater zurückgebracht werden.

Wir haben einen ähnlichen Fall in letzter Zeit bei uns erlebt, nur mit einem etwas verschiedenen Ausgange. In Bogen wurden zu wiederholten Malen unter dem Beifallsgejohle der aufgeklärten Menge auf der dortigen Bühne von einem Komiker derbe Späße und geradezu Beschimpfungen gegen die Kirche und ihr Oberhaupt in Form von Couplets zum Besten gegeben. Einigen von den Gutgesinnten wurde dieses ekelhafte Treiben doch zu stark und sie vereinten sich mit etlichen bäuerlichen Grundbesitzern aus den Nachbargemeinden, um im Wiederholungsfalle eine Gegendemonstration in Scene zu setzen, was auch wirklich geschah. Als nämlich an einem der darauf folgenden Abende diese Aergerniß erregenden Gesänge wiederholt wurden, erschollen aus allen Räumen des Theaters Rufe, der Komiker oder Theater-Direktor solle für seine Unverschämtheit, womit er Personen

und Begriffe die dem Tyroler Volke heilig seien, in den Roth zog, Abbitte leisten. Was war das Resultat dieses Vorgangs, gegen den sich nach dem Grundsatz: „was dem Einen recht ist müsse dem Andern billig seyn“, nichts einwenden ließ? Die einzelnen Bauern wurden von einer Militär-Patrouille wie Verbrecher aus dem Theater gestoßen und in den Gemeindegewahrsam geschleppt; drei von den Herren welche zu dieser wohlmotivirten Mißfallensbezeugung den Anstoß gegeben hatten, mußten sich einer richterlichen Untersuchung und Verurtheilung unterziehen und wurden zum Lohn dafür, daß sie die Religion ihrer Väter nicht mit Roth bewerfen lassen wollten, mit Geldstrafen von 50, 30 und 15 fl. belegt. Das erstere Faktum geschah im geknechteten Polizeistaate Frankreich, das zweite im freien Rechtsstaate Oesterreich. Sapiienti sat.

Der zweiten Parallele begegnen wir auf dem Gebiete der äußern Politik. Kaum war gegen Ende des vorigen Jahres durch Deutschlands Gauen der Ruf erklingen, daß der heilige Vater und die weltliche Herrschaft des Papstthums durch die perfide Politik der italienischen Regierung und die Garibaldi'schen Räuberhorden abermals in dringender Gefahr schweben, als sich allerorts Vereine bildeten und bereits bestehende Vereine sich zusammenschaarten um mit Wort und Schrift ihre Anhänglichkeit und Verehrung für den Nachfolger Petri an den Tag zu legen. Sie ließen aber auch den Worten Thaten folgen; reichlich floßen die Liebesgaben, gesammelt von frommen Frauen; die Wiener setzten sich zum Ziele Streiter für die Unabhängigkeit des Papstthums dem heiligen Vater zur Verfügung zu stellen, und ein edler Wett-eifer befeelte Private sowohl als Corporationen. Dem Rheine entlang und im Lande der rothen Erde war das Lösungswort gegeben „auf nach Rom!“ Um aber in dieser Frage die ernst katholische Gesinnung auch der Regierung gegenüber zu manifestiren, entsendeten sie Deputationen an ihren König nach Berlin, nicht etwa um die Erlaubniß zum Sammeln

und Werben zu erbitten — die war schon längst im Gesetz gegeben — sondern um ihn als Beherrscher von acht Millionen Katholiken zu begrüßen und den Gegenstand ihrer Sorge und ihrer Mühen unter seinen Schutz zu stellen. Und was erwiderte der protestantische König seinen katholischen Unterthanen? „Er werde für die Würde und Unabhängigkeit des Oberhauptes der katholischen Kirche stets eintreten“: so sagte jener König der sich ganz offen für den Vorkämpfer des Protestantismus in Deutschland erklärt hat.

Und was geschieht bei uns? Nachdem einige muthvolle Frauen es gewagt hatten dem Hohne und Spotte der Presse Troß zu bieten und ungeachtet mannigfacher Einschüchterung von Seite des Publikums sich an den Sammelstisch zu setzen, fällt es einem Obermandarin in einem Ihnen benachbarten Ländchen ein dieses Sammeln zu verbieten, ohne daß es bisher der gläubigen Menge gelungen wäre eine Abänderung des Ukases zu erwirken. Sonderbar, sollte das was am Donaustrande erlaubt ist, an den schönen Ufern der Salzach verboten seyn? Erkläret mir Graf Derindur u.!. Als aber nun in ähnlicher Weise wie in Frankreich, Belgien, Holland und in Deutschland sich auch in Oesterreich Männer vereinigten um in werththätiger Weise durch Sammlungen und Werbungen für die päpstlichen Truppen den heiligen Vater gegen Garibaldi's Räuberhorden zu schützen, da erfolgte der Machtspruch der Behörde, daß derlei Werbungen unter das Strafgesetz verfallen, und die Regierungspresse bewies in geistreichen Artikeln, daß der Beherrscher von 26 Millionen Katholiken sich gar nicht um die Unabhängigkeit des heiligen Vaters zu kümmern habe; daß im Gegentheil hierin eine Kränkung für jenen König und Ehrenmann gelegen wäre der dem Kaiser seine italienischen Länder geraubt und dem man dafür, daß er sich zweimal von uns zu Wasser und zu Land schlagen ließ, eine schöne Provinz zum Geschenke machte. Dieß geschieht in dem alten Oesterreich, das bis in die jüngste Zeit stolz war als katholische Großmacht zu gelten — unter

einem katholischen Herrscher! Man hat eben mit Rom abgeschlossen, man hat es zu den Todten geworfen. Aber wer wird lebendiger seyn?

Troß der Siegeshymnen, welche jetzt angestimmt werden — freilich etwas voreilig, denn die Kämpfer sind ja erst in der Arena erschienen und haben nur Versprechungen gegeben — fehlte es doch auch nicht an Mißtönen, welche gar disharmonisch hineinklingen. Ich will vorerst nur zwei davon berühren.

Nachdem die rettende That des Herrn von Beust darin bestand den Dualismus pur et simple in seiner schroffen Form einzuführen — und wir wollen ihm die Genugthuung nicht versagen, daß unter den gegebenen Umständen als er die Zügel der Regierung übernahm, kaum etwas anderes zu thun übrig war — so mußte er doch auf irgend ein Bindemittel bedacht seyn, welches neben dem goldenen aber gebrechlichen Reife der Krone die beiden großen Ländergruppen diesseits und jenseits der Leitha zu einem widerstandsfähigen Staate verkitten konnte, wenigstens der Möglichkeit nach. Die ursprüngliche Idee eines Reichsparlaments konnte gar keiner weiteren Erwägung unterzogen und mußte gleich beim Beginne der Transaktionen mit Ungarn verworfen werden, weil die damals tonangebende Deakisten-Partei sich von vorneherein dagegen aussprach. Denn sie sah hierin eine Gefährdung der Selbstständigkeit der jüngst sanktionirten ungarischen Verfassung. Herr von Beust war aber Staatsmann genug um einzusehen, daß bei den centrifugalen Bestrebungen der Länder und Nationen des österreichischen Kaiserstaats ein Bindemittel geschaffen werden müsse, wenn nicht der Dualismus zur reinen Personal-Union heruntersinken oder etwa gar in der Folge einem Staatenbunde Platz machen sollte, und so kam denn die Idee der Delegationen zur Welt, welche zwar in eine so complicirte Maschinerie eingeschachtelt sind, daß sie sehr wenig praktischen Nutzen schaffen, wohl aber der Regierung und selbst den beiden Reichsvertretungen Verlegen-

heiten genug bereiten werden. Allein die Institution der Delegationen ist doch von einer staatsmännischen Grundidee getragen, nämlich von der Hoffnung ihrer Entwicklungsfähigkeit zu einem Reichsparlamente.

In diesen Tagen nun traten die Delegationen beider Reichshälften zur ersten Berathung in Wien zusammen. Während die cisleithanische sich ruhig an ihre Arbeit setzte und mit Fleiß bemüht ist die Vorlagen der Regierung ihren Committenten verdaulich zu machen, erweisen sich die Ungarn als weniger gefügige Leute. Hatte es schon Mühe genug gekostet sie zur Reise nach Wien — dem Sitze des ihnen so verhaßten Centralismus — zu bewegen, so fanden sie, dort kaum angekommen, schon beim ersten Zusammentritte eine Menge formeller Bedenken. Sie wollten weder von einem „Reichs“-Budget noch von „Reichs“-Ministern etwas wissen, weil die ungarische Verfassung nur „gemeinsame Angelegenheiten für die Länder diesseits und jenseits der Leitha“ und Minister für dieselben kenne. Von einem „Reichskriegsminister“ wollten sie schon gar nichts hören, weil im Gesetze hievon nichts erwähnt sei. Ueberhaupt scheint ihnen die Idee eines Kaiserthums Oesterreich auf dem Wege von Pesth nach Wien völlig abhanden gekommen zu seyn. Auch jede sociale Annäherung an ihre cisleithanischen Collegen scheinen sie ängstlich vermeiden zu wollen, denn eine von den letztern ausgehende Einladung zu einem gemeinschaftlichen Mittagssmahle wurde von der ungarischen Delegation in ziemlich schroffer Weise abgelehnt; noch dazu mit der für die Einladenden nicht sehr verbindlichen ironischen Bemerkung, die ungarischen Delegirten seien nicht nach Wien gekommen um gemeinschaftlich zu essen, sondern um gemeinschaftlich zu arbeiten.

Dieses kleine Gewölke wurde nun zwar momentan durch die Erklärung der Regierung zerstreut, daß sie durch den Ausdruck „Reichsministerium“ durchaus keine Ueberschreitung der ihr verfassungsgemäß zukommenden Befugnisse beabsichtigt

habe. Diese Erklärung sieht aber einer Entschuldigung so gleich wie ein Ei dem andern, und ist eben nichts anderes als eine jener tausend Concessionen, wovon eine die andere erzeugt, bis endlich die kaiserliche Regierung gar keinen Stoff mehr zu Concessionen an die ungarischen Parteien haben wird, und die magyarischen Delegirten werden durch solche Manifestationen der Schwäche am Sitze der Centralregierung eben auch nicht gefügiger und lenksamer gemacht werden.

Geradezu hochkomisch, wenn nicht entwürdigend muß es aber genannt werden, daß sich der Reichsfinanzminister herbeiließ seine Muttersprache und die Reichssprache zu verläugnen, um den paar Ungarn in der Delegation ein Compliment zu machen mit einer mühsam eingelernten Phrase von sieben ungarischen Worten, mit welchen er der Delegation das Reichs-Budget übergab. Für derlei Sensationseffekte ist die Zeit doch zu ernst; man würde nicht einmal die Lacher auf seiner Seite haben für die Produktionen eines Reichspapagei.

Gerüchtsweise verlautet bereits, daß ungarischer Seits auch eine Sonderstellung bezüglich der diplomatischen Vertretung nach Außen angestrebt werde und daß die Forderungen der magyarischen Delegation für die nächste Zeit dahin zielen eine ungarische Armee zu schaffen. Im „Reiche“ jenseits der Grenzen werden gar viele es ganz unbegreiflich finden, daß die cisleithanischen Provinzen, welche doch an Bevölkerung, Länderfläche und Steuerleistung gut zwei Drittheile der Monarchie ausmachen, sich von den Vertretern der Länder der Stephanskrone bis zu diesem Grade Geseze verschreiben lassen und sie ruhig annehmen sollen. Man wird nicht verstehen, wie es komme daß der Herrscher der Monarchie unter seinen Augen das Gesamtreich formell in zwei Hälften zerfallen lasse, ja dazu werththätig mitwirke. Nun, hierauf läßt sich freilich nur die wenig trostreiche Antwort geben, daß auch bei uns viele geschiedte Leute, ehrliche Oesterreicher und aufrichtige Patrioten, welche noch vor einem

Decennium das Reich ihrer Väter groß und einig gesehen haben, an dieser „Begriffstugigkeit“ leiden, und ich werde bemüht seyn in einem der nächsten Briefe Ihnen ein wenig den Schleier zu lüften; denn die Geschichte dieser anormalen Erscheinung spielt leider größtentheils hinter den Couliissen.

Nebst der ungarischen Frage ist es aber noch eine andere Angelegenheit welche jetzt zwar noch bloß in Form von Weipenstichen auftritt, aber ganz darnach angethan ist sich über kurz oder lang in Keulenschläge zu verwandeln. Es ist die Arbeiterfrage. Für den Augenblick behilft sich das rabitale Ministerium mit einigen scharf geschriebenen Artikeln ihrer bezahlten Federn, um den Uebermuth der Arbeiter abzutüpfeln, um ihnen begreiflich zu machen, daß es für ihr Interesse am besten sei einstweilen Ruhe zu geben und die Regierung für ihr irdisches Glück und ihr Seelenwohl sorgen zu lassen. Das Erstere geschehe durch weise Gesetze über Gewerbe und Industrie, das zweite durch confessionslose Schulen und die Civilehe, wodurch männiglich der Herrschaft der „Schwarzen“ entzogen und auch die Arbeiter sich als freie glückliche Staatsbürger entpuppen würden.

Die Zeitungen haben bereits über die jüngsten Ereignisse in den hiesigen Arbeiterkreisen ausführliche Berichte gebracht. Im Momente der Entwicklung dieser Frage gab es zwei Parteien: solche welche sich für das Princip Schulze, und solche welche sich für das Princip Lassalle entschieden. Es ist nun in hohem Grade für die österreichischen Verhältnisse und speciell für den Typus der Wiener-Arbeiter bezeichnend, daß schon in den ersten Versammlungen das Princip Schulze mit großem Getöse über den Haufen geworfen und das Princip Lassalle acceptirt und als Parteiparole ausgegeben wurde. Von ferne besehen möchte man glauben, daß unsere Arbeiter sich schon lange mit dieser Frage beschäftigt, eingehende Studien gemacht und endlich nach reiflicher Ueberlegung die Ueberzeugung gewonnen hätten, daß sich das

Princip Schulze überlebt habe und das Princip Lassalle mehr dem herrschenden Geiste entspreche.

Wer dieß glauben würde, befände sich aber in einem großen Irrthume und kennt unsere Verhältnisse nicht. Die fragliche Erscheinung hat einen viel praktischeren Grund. Beide Vorkämpfer für das Wohl der Arbeiter wollen die Arbeiterwelt veredeln, um eine Stufe höher heben und ihr Loos verbessern. Schulze will dieß durch das Princip der Selbsthülfe welche durch die Sparjamkeit bedingt ist, und Lassalle durch die Staatshülfe wodurch die Gesammtheit der Staatsbürger verhalten werden soll einen Theil ihrer Mitbürger helfend zu unterstützen. Nun muß man aber wissen, daß bei der grenzenlosen Genußsucht welche alle Schichten unserer Gesellschaft wie corrosives Gift durchfressen hat, dem Wiener Arbeiter nichts odioser seyn kann als der Gedanke des „Sparens“ d. h. der Gedanke sich Genüsse versagen zu sollen, wenn er die klingenden Mittel zu deren Befriedigung in der Tasche trägt. Es wurde in früheren Jahren Wien „das Capua der Geister“ genannt; in viel höherem Grade könnte man es jetzt „das Capua der Leiber“ nennen.

Sobald sich nun erleuchtete Freunde des Arbeiters an ihn herandrängten, um ihm eine Verbesserung seines Lohses in Aussicht zu stellen, ohne daß er zu dem verhaßten Sparsysteme zu greifen brauche, war der Sieg der Lassallischen Theorie von selbst entschieden. Die Wiener Arbeiter sind auch durchaus nicht zur philanthropischen Einwendung berechtigt, daß ihr geringer Lohn kaum zur Deckung der dringendsten Lebensbedürfnisse genüge; denn wenn die Wiener Industrie blüht, so sind sie gut bezahlt und sie können bei gutem Willen und Entsagungskraft allerdings sparen. Freilich gehört dazu auch ein klein wenig Religion; die hat man ihnen aber schon so lächerlich gemacht und den religiösen Sinn so gründlich ausgetrieben, daß die Herren sich im

Grunde gar nicht wundern sollten über den Anblick der Frucht aus den Drachenzähnen, die sie gesäet haben.

Wie ganz anders und leicht ließe sich die Arbeiterfrage lösen, wenn die schönen Worte Kettlers zum Ausgangspunkte und zur Basis von derlei Bestrebungen genommen werden könnten. „Nur der christliche Arbeiter hat für seine Stellung in der menschlichen Gesellschaft einen hinreichenden Grund der ihn beruhigen kann; nur er hat bei seiner Arbeit Beweggründe die ihn sittigen können; nur ihn tragen bei der Arbeit Ideen die ihn mitten in der Entbehrung aller Genüsse durch innere Zufriedenheit und hohes inneres Glück befriedigen können. Das alles fehlt nothwendig dem unchristlichen Arbeiter. Er muß das blinde Schicksal verfluchen das ihn bei denselben Bedürfnissen nach irdischen Genüssen an diese Stelle der menschlichen Gesellschaft gestellt hat, die ihm alle Genüsse verwehrt. Sein ganzes Leben ist ein unbefriedigter Hunger.“

Um aber wieder auf unsere österreichischen Arbeiterverhältnisse zurück zu kommen, so stelle ich die Behauptung auf, daß die Möglichkeit der Ersparung vorhanden ist. Ich weise in dieser Beziehung nur auf jene Arbeiterklasse hin, welche im Schweiße ihres Angesichts und oft mit Lebensgefahr sich ihr Brod verdienen und nebenbei doch ihren Nothpfennig ersparen; ich meine die große Anzahl von Bergleuten und Eisenarbeitern. Schon seit uralten Zeiten besteht in allen Ländern wo die Berg- und Eisenindustrie blüht, in Böhmen, Mähren, Schlesien, Steyermark und Kärnthén das Institut der sogenannten Bruderschaftsladen. Jeder stabile Arbeiter läßt wöchentlich oder monatlich ein bestimmtes Prozent seines lauer verdienten Lohnes zurück, wodurch ein Fond gebildet wird theils zu seiner und seiner Familie Unterstützung im Falle der Erkrankung, wenn er momentan erwerbsunfähig wird, theils auch für den Fall, wenn er altershalber die schwere Arbeit nicht mehr verrichten kann. Die Verwaltung

und Gebahrung steht einem von den Arbeitern frei gewählten Ausschusse zu, und nur in jenen Fällen wo der Fabrikherr einen Beitrag leistet, was wohl in der Regel der Fall ist, nimmt er auch einen Einfluß auf die Verwaltung der Bruderlade. Uebrigens wird diese bei uns erst im Reime der Entwicklung begriffene Frage noch Stoff genug geben, um Ihnen mit fortwährender Rücksichtnahme auf die österreichischen Verhältnisse Mittheilungen zu machen.

Nach diesen Illustrationen, die ich Ihnen zur Versinnlichung unserer neuesten Aera gegeben habe, dürften Sie und tausende ihrer Gesinnungsgenossen in Nord- und Süddeutschland uns beistimmen, wenn wir erklären, es sei am ehrlichsten und zweckmäßigsten, daß die glaubenstreuen Katholiken und conservativen Staatsbürger für die nächste Zukunft jede Hoffnung auf eine Besserung der Verhältnisse oder auf eine günstigere Constellation in Oesterreich aufgeben. So lange man in den maßgebenden Regionen sich mit solchen Räthen und Organen umgibt und von ihren Rathschlägen und Beschlüssen das Heil der Monarchie erwartet, so fehlt eben die Erkenntniß oder der Wille oder beides zugleich. Leuten von unserer Gesinnung innerhalb der schwarzgelben Schranken bleibt für den Augenblick nichts anderes übrig als sich zu sammeln, sich näher aneinander zu schließen und die homogenen Elemente zu einem geschlossenen Ganzen zu vereinen, damit die Zeit der That — und sie wird kommen früher oder später — uns gekräftigt finde. Jeder Einzelne wirke in seinem Kreise, damit die Doppelflamme katholischer und conservativer Treue brennend erhalten und angefaßt werde.

Daß derlei Bestrebungen, wenn sie im rechten Momente von rechten Männern unternommen werden, von bestem Erfolge gekrönt sind, hievon haben wir in den jüngsten Tagen einen erfreulichen Beweis aus Ungarn erlebt, mit dessen Mittheilung ich dießmal mein Schreiben schließen werde.

Am 24. Jänner d. Js. tagte in Oedenburg im dortigen Comitathause eine Versammlung von 4000 Katholiken aus dem Kern des Volkes und aus gebildeten Kreisen. Fünf Stunden dauerte die Versammlung, die nichts anderes zum Ziele hatte als sich „die Freiheit des kirchlichen Lebens im freien Staate“ zu erringen. Mit Stimmeneinhelligkeit wurden folgende drei Beschlüsse von ungeheurer Tragweite gefaßt. Erstens: Begründung eines katholischen Vereines für Volkserziehung bestehend aus geistlichen und weltlichen Mitgliedern. Zweitens: Autonomie der katholischen Kirche in Ungarn d. h. freie Verwaltung ihrer Angelegenheiten und ihrer Schule, gleichzeitig Rückerwerb des Kirchenvermögens welches gegenwärtig sich noch in der eigenmächtigen Verwaltung des Staates befindet. Drittens: Feierliche Anerkennung des katholischen Charakters dieser Versammlung und Unterordnung ihrer Beschlüsse unter den Episkopat und den heiligen Stuhl.

Es ist zu hoffen, daß dieses Beispiel von Muth und Energie auch dießseits der Leitha Nachahmer finde; an äußeren Veranlassungen fehlt es schon gegenwärtig nicht und dieselben dürften noch häufiger werden.

XLI.

Stimmen der Presse

über Jörg's „Geschichte der social-politischen Parteien“.

Es hat der Schrift Jörg's an publicistischen Beurtheilungen von den verschiedensten Standpunkten aus nicht gefehlt. Am verkehrtesten fielen natürlich die Sentenzen aus, welche in den Organen des vulgären Liberalismus zum Besten gegeben wurden. Die „Breslauer Zeitung“ und die Wiener „Neue Freie Presse“ waren von Anfang an darin vollkommen einig, daß es sich in dem Buche Jörg's um einen Schlachtruß handle zur Vernichtung der liberalen Bourgeoisie mit revolutionärem Mord und Brand. „Die Ultramontanen“, sagt das gedachte Wiener Blatt (1867 Nr. 1076), „zeigen wissen sie gegen den Liberalismus fähig sind; sie wollen gegen Vernunft, Sitte und Recht die Bestie im Menschen loslassen; sie drohen mit dem Kriege gegen das Eigenthum, mit furchtbaren Revolutionen.“ In allen Organen dieser Partei erschien das Jörg'sche Buch, neben der bekannten Schrift des Bischofs von Mainz, lediglich als ein weiterer Beweis von der finstern Allianz des Ultramontanismus mit der socialen Demokratie.

Bekanntlich hat der Liberalismus im Beginn selbst dem Herrn Schulze-Delitzsch deßhalb hart gezürnt, daß er die sociale

Frage systematisch, wenn auch in seiner Weise, zur Sprache brachte, und der bekannte Agitator wurde erst dann von der liberalen Bourgeoisie zu Gnaden aufgenommen, als sie seiner guten Dienste gegen den ungleich gefährlicheren Lassalle bedurfte. Schulze hat nämlich an Grundlehren des liberalen Dekonomismus keineswegs gerüttelt, während Lassalle Himmel und Erde zum Sturze derselben in Bewegung setzte. Diese Grundlehren haben aber für die fragliche sociale Classe vollkommen das Gewicht einer unfehlbaren göttlichen Offenbarung. Es gibt für diese Partei keine Blasphemie mehr außer der Anzweifelung der Lehre Adam Smiths, und ob ein solches Verbrechen vom „ultramontanen“ oder vom demokratischen Standpunkte aus begangen werde, das macht für die Partei nicht den mindesten Unterschied.

Daß ein solcher Ton hauptsächlich in der österreichischen Presse hervortrat, ist bei dem bekannten Charakter derselben natürlich. Der moderne Liberalismus hat ja nirgends sonst mehr so große Macht wie in Oesterreich. Doch meinten ein paar mehr der bürgerlichen Demokratie als der liberalen Plutokratie zugeneigte Organe, daß sich von der Studie Jörg's immerhin Einiges profitieren lasse. So erklärten die „Mittheilungen des Vereins für volkswirtschaftlichen Fortschritt“ (1867 Nr. 30): lehrreich sei dieselbe allerdings „für unsere liberalen Worthelden und für die zahlreichen Consortien des gegenwärtigen Bourgeoisie-Regiments.“ Auch die „Oesterreichische Gartenlaube“ (1867 Nr. 31) war der Meinung, um dem „socialen Dünger der Arbeiter-Classen“ annehmbare Früchte zu entlocken, sei „manches schöne Unkraut, wenn es auch scheinliberal duftet und blüht, unerbittlich auszujäten.“ Darin müsse man Herrn Jörg Recht geben.

Man hatte sich in Oesterreich bis dahin um die sociale Bewegung wenig gekümmert. Darum wurde man auch von der Gestalt, welche das Auftreten der Arbeiter bei ihrem ersten Erwachen in Wien jüngst angenommen hat, vollständig überrascht und verblüfft. Schon in den ersten Versammlungen des Wiener Arbeiter-Vereins wurde die Theorie Schulze's mit ihren doktrinierten Wortführern schimpflich auf's Haupt geschlagen, und ging

die ganze Masse in hellen Haufen in's Lager Rastalle's über. Vor dieser Thatsache stehen nun die liberalen Matadoren in Oesterreich mit offenem Munde da. Wenn die Schrift Jörg's heute wieder erschiene, so würde sie in Wien vielleicht besser verstanden werden.

In Preußen kennt man die Sachlage länger und genauer; darum ist auch dem Jörg'schen Buch in der norddeutschen Presse gründlichere Aufmerksamkeit zu Theil geworden. Zwar bleibt sich die blinde Gehässigkeit des modernen Liberalismus in Preußen wie überall gleich. Aber die Partei führt doch dort nicht mehr allein das Wort, das Eis des liberalen Aberglaubens ist in Preußen gebrochen und das Publikum ist dahin gekommen auch andere Stimmen zu hören. Bei diesen andern Parteien aber fand die Schrift Jörg's eine über alles Erwarten günstige Aufnahme, und zwar in den Organen der socialen Demokratie nicht weniger, als in zwei hervorragenden Zeitschriften der bürgerlichen Demokratie einerseits und der großen conservativen Partei andererseits.

Alle diese Organe haben mit dem „ultramontanen“ Buche wenigstens Eines gemein, den Gegensatz nämlich zum liberalen Dekonomismus, und sie haben auch diesen vom Verfasser aufgestellten Terminus als den präciseften Ausdruck ihrer negativen Richtung sich angeeignet. Es gestaltet sich überhaupt allmählig eine antiliberale Terminologie in socialen Dingen, und darin liegt schon ein sehr wichtiger Erfolg.

Das erstgedachte Organ*) kündigte die Schrift Jörg's mit folgenden Worten an: „Geschichte der socialen Parteien in Deutschland: ist der Titel eines soeben in der Herder'schen Buchhandlung in Freiburg erschienenen Buches, welches nicht verfehlen wird bei allen denen welche den socialen Zeiterscheinungen ihre Aufmerksamkeit zuwenden, hohes Interesse zu erregen. Unsere Leser erinnern sich ohne Zweifel der längeren

*) Berliner „Socialdemokrat“ vom 2. August 1867.

Artikel über die social-demokratische Bewegung, welche von Zeit zu Zeit in den „Historisch-politischen Blättern“ erschienen und von uns abgedruckt wurden. Der Verfasser dieser Artikel hat nunmehr seine Beobachtungen und Gedanken über die social-politische Bewegung in Deutschland ausführlicher zu Papier gebracht und hieraus ist das vorliegende, ziemlich umfangreiche Buch entstanden. Dasselbe wird uns zu noch einigen Artikeln Stoff geben, indem in demselben alle einschlägigen Fragen behandelt sind.“

Ganz besonderes Interesse nahm die „Deutsche Gemeinde-Zeitung“ des Dr. Stolp in Berlin an dem Jörg'schen Buche. Die genannte Zeitschrift darf als Organ der bürgerlichen Demokratie betrachtet werden und führte als solches, ohne mit den positiven Vorschlägen Lassalle's einverstanden zu seyn, einen muthigen Kampf gegen die socialen Principien der Bourgeoisie-Herrschaft. Von diesem Standpunkte aus besprach die Gemeinde-Zeitung die Schrift Jörg's in einer ausführlichen Abhandlung, der wir Folgendes entnehmen.

„In dem Kampfe gegen die bestehende Rechts- und Gesellschaftsordnung trat als einer der genialsten Agitatoren der Neuzeit Lassalle auf, und es war daher natürlich, daß auch wir für die Bedeutung seiner gewaltigen Erscheinung nicht nur sofort ein willigeres Verständniß als viele Andere hatten, sondern auch seinen riesigen Erfolgen bei der Zerstörung althergebrachter Vorurtheile und seinen „Reulenschlägen“ gegen das bestehende mächtige Gebäude der Selbstsucht und Täuschung eine besondere Aufmerksamkeit und ein ganz vorzügliches Interesse schenken.“

„Leider herrscht über die Wirksamkeit und Bedeutung Lassalle's, wie ebenso und namentlich auch über die gänzliche Unhaltbarkeit und unbedingte Nothwendigkeit der völligen Neu- und Umgestaltung unserer herrschenden Rechts- und Gesellschafts-Ordnung noch eine so grenzenlose und fast unglaubliche Verblendung und Unwissenheit, daß es erst wiederum eines gewal-

tigen Gewittersturmes bedürfen wird, um die große Zahl der lässigen Schläfer aus ihrem leichtfertigen Traum zu wecken."

"Wir müssen es daher als ein nicht hoch genug anzurechnendes Verdienst bezeichnen, daß kürzlich ein achtungswerther Gelehrter von großer intellektueller Befähigung, sittlicher Makellosigkeit und angesehener Lebensstellung es unternommen hat, über Lassalle sowohl, dem er mit uns in der Negative sich völlig anschließt, wie über die gesammte Bewegung der letzten Jahre ein helleres Licht zu verbreiten, und dem gebildeten Publikum in einem kürzlich erschienenen Werke welches den Titel führt: Geschichte der social-politischen Parteien in Deutschland von J. Edm. Jörg — Gelegenheit zur klaren Einsicht und Urtheilsbildung über die jüngsten socialen Kämpfe und die in denselben hervortretenden Gegensätze darzulegen."

"Auf dieses Jörg'sche Werk als eine jedenfalls beachtungsvolle Erscheinung der Gegenwart besonders aufmerksam zu machen, soll daher der Hauptzweck unserer heutigen Darlegungen seyn."

"Der höchst begabte Verfasser ist Herausgeber der Histor.-polit. Blätter für das katholische Deutschland und somit sein religiöser Standpunkt als kirchlich gläubiger Katholik hinlänglich gekennzeichnet. Wir stehen nicht auf seinem religiösen Standpunkt; weil wir aber auch nicht der noch strengeren und verbreiteteren Orthodorie des modernen Liberalismus und Mammonismus huldigen, und uns in dem Streben nach Recht und Gerechtigkeit mit ihm Eins fühlen, sind wir sehr wohl im Stande ihm die volle Anerkennung zu Theil werden zu lassen, die ihm, dem „Ultramontanen“, für seine verdienstvolle Arbeit gebührt. Der Verfasser ist ferner conservativ und dieser Umstand in Gemeinschaft mit den übrigen ist es gerade, welcher seinem Buche gleichfalls einen ganz besondern Werth verleiht, weil dasselbe dadurch gegen den so geflissentlich verbreiteten Verdacht geschützt wird, als existirte die sociale Frage überhaupt nur in den Köpfen destruktiver, aller sittlichen und religiösen Grundsätze baarer öffentlichen Schreihälse und Umsturz männer."

„Richtig ist es allerdings, daß sie in den unreinen Händen politischer Charlatane und socialer Schwindler eine höchst brauchbare und sehr gefährliche Waffe werden kann. Aber um so mehr ist es die Pflicht aller Besserdenkenden sich ihrer völlig zu bemächtigen, und gerade der wirkliche und ächte Conservatismus, dem als conservativ die Aufrichtung und Befestigung ewig dauernder und wahrhaft sittlicher Grundsätze gilt, wird bei der ernstlichen Lösung der socialen Frage, wenn er erst zu voller Einsicht über die gegenwärtige sociale Bewegung gelangt ist, vielleicht mehr „umzustürzen“ bereit seyn und sich gedrungen fühlen als der gegenwärtige sogenannte Liberalismus und politische Fortschritt“ *).

So urtheilte das Organ der bürgerlichen Demokratie in der norddeutschen Hauptstadt. Endlich hat sich aber auch dasjenige der conservativen Organe in Berlin, welches sich am eingehendsten der Behandlung der socialen Frage widmet, nämlich die „Jahrbücher“ des Professor Dr. Glaser, in einem ausführlichen Artikel über die Schrift Börg's ausgesprochen. Der Herr Verfasser ist selber als Mann vom Fache bekannt; denn die Chiffre der Unterschrift deutet auf den Abgeordneten Herrn von Favergne - Beguillen. Ueber die Vorlage äußerte er sich unter Anderm wie folgt:

„Die endliche Vernichtung des liberalen Oekonomismus erscheint nur noch als eine Frage der Zeit, um so mehr als die durch Lassalle angeregten Kämpfe einen Historiker gefunden haben, der mit bewunderungswürdiger Schärfe den Kern der streitigen Fragen auszufondern, die von beiden Theilen, wie von den conservativen Socialpolitikern hervorgehobenen Thatfachen und Argumente darzustellen gewußt hat, so daß das frühere Chaos dem Lichte gewichen ist, fernerhin nicht mehr Zweifel über die Ursachen der socialen Krankheit bestehen können. Wie weit der Kampf gediehen, läßt sich schwer übersehen, da

*) Berliner „Deutsche Gemeinde-Zeitung. Organ der deutschen Verwaltung- und Städtetage.“ Nr. vom 27. Sept. 1867.

überall nur einzelne Erfolge ersochten worden. Es ist deswegen ein außerordentliches Verdienst, welches sich Hr. Edmund Jörg durch seine soeben erschienene Schrift erworben hat, die Resultate der Bewegung während der letzten drei Jahre zusammen zu fassen. Sie liefert den Beweis, wie ernstlich die deutsche Wissenschaft bestrebt ist das Gebiet der Abstraktionen zu verlassen, mit ihrer altbewährten Gründlichkeit die Interessen der Gegenwart in's Auge zu fassen. Der Verfasser verhält sich lediglich als Historiker; er enthält sich in Betreff der Lösung der socialen Frage des eigenen Votums, will kein neues System aufstellen; aber er wendet bei seinen Versuchen eine Methode an, welche schließlich zur Entwicklung des wahren Systems führen muß.“

„Bekanntlich krankt die moderne Wissenschaft an der maßlosen Arbeitstheilung. Sie übersieht, daß Staat und Gesellschaft den organischen Gebilden angehören, die nicht im Wege des Specialismus zu erforschen sind, und eben darin liegt die Erklärung ihrer Sterilität. Der Verfasser vermeidet diesen Fehler, indem er die auf dem volkswirthschaftlichen, dem socialen und dem staatlichen Gebiete in den letzten Jahren hervorgetretenen Erscheinungen im Zusammenhange erfaßt. Neben dem Grade welchen derselbe seiner Aufgabe widmet, sind insbesondere der Anwendung dieser Methode die überraschenden und wichtigen Aufschlüsse zu danken, welche die vorliegende Schrift so bedeutungsvoll erscheinen lassen.“*)

*) Die Arbeiterfrage. Im Heft vom November 1867 der Glaser'schen „Jahrbücher für Gesellschafts- und Staatswissenschaften.“

XXII.

Möhler's Kirchengeschichte *).

Ob schon unser heutiger Ostertag die dreißig Jahre erfüllt die seit dem Tode Möhler's verflossen sind, so ist doch die Erinnerung welche sich in- und außerhalb unserer Kirche an diesen Namen knüpft, im Ganzen seither nicht geschwächt worden. Alle welche diesen hervorragenden Geist persönlich oder aus seinen Werken oder durch die Schilderungen Anderer kennen gelernt haben, werden in sich das Bild einer großartigen und doch liebenswürdigen Erscheinung befestigt haben, einer Erscheinung in welcher sich Eigenschaften und Gnaden vereint fanden, die sonst nur vereinzelt und vertheilt angetroffen werden: ein sonnenklarer, Alles scharf und richtig auffassender Verstand verbunden mit einem feinen, auch für das Zarteste empfänglichen Gefühle, ein gründliches, nicht bloß fachmäßiges, sondern weit darüber hinausreichendes Wissen gepaart mit einem nach der Tiefe gerichteten Sinn der ihn nichts vereinzelt, nichts nur von der Oberfläche, son-

*) Kirchengeschichte von Johann Adam Möhler. Herausgegeben von
Bischof Bonif. Gams, O. S. B. Bd. 1 und 2. Regensburg, Manz
1867.

bern Alles im großen Zusammenhange und in seinem letzten Grunde auffassen ließ. „Den Grundton seiner wissenschaftlichen Bildung und Richtung anlangend, so war dieser vorwiegend historisch“ *), wie denn auch er und sein Freund Döllinger es waren die das kirchenhistorische Studium wieder aufleben machten, um so „der Kirche durch Richtigstellung der geschichtlichen Sachverhalte das ihr gebührende Wahrheitszeugniß zu vindiciren“ **). Sein bedeutendstes Werk, die Symbolik, von welcher selbst ein protestantischer Theologe bekennt, daß „so lange der Gegensatz beider Kirchen besteht, wohl keine Schrift aus dem Lager der Katholiken in dem Lager der Protestanten solche Bewegung und Aufregung hervorgerufen habe wie diese, wenigstens keine mit mehr Grund“ ***). — auch die Symbolik verdankt wohl ihre mächtige Wirkung dem Umstande, daß Möhler die frühere polemische Methode aufgebend eine neue, vorzugsweise geschichtlich verfahrenende Kampfweise versuchte, wie denn auch Perrone von dem Verfasser der Symbolik sagt: *novam quippe viam, eandemque efficacem acatholicos profligandi aperuit.* (Prael. theol. in comp. red. V. 1. p. 40). In der That machten nach den Versicherungen aller noch lebenden Schüler Möhler's die kirchengeschichtlichen Vorträge des unvergeßlichen Lehrers einen solchen Eindruck auf seine Zuhörer, daß viele derselben noch nach langen Jahren sich an der bloßen Erinnerung daran erfreuen und geistig aufrichten konnten und nur den Umstand bedauerten, daß sie damals zu wenig Sorge getragen hätten das ihnen in das Herz Geschriebene auch dem äußeren Wortlaute gemäß sorgfältig aufzuzeichnen und zu bewahren. Dieser nachhaltigen Begeisterung welche des verklärten Lehrers Worte in den Gemüthern von Schülern und Verehrern hervorriefen,

*) S. den Artikel Möhler von Reithmayer im Kirchen-Lexikon.

**) Dr. Karl Werner: Geschichte der lathol. Theologie S. 471.

***) Dr. H. Rury, Lehrbuch der Kirchengeschichte. 5. Aufl. S. 728.

ist es zuzuschreiben, daß jede wenn auch noch so fragmentarische Mittheilung aus dem geistigen Nachlasse des allzu früh Dahingegangenen allerwärts mit größter Freude und Pietät aufgenommen und als kostbare Reliquie aufbewahrt wurde.

Die Histor.-polit. Blätter, an deren Genesis sich auch Möhler auf das angelegentlichste betheiligte, obschon er nur mehr deren erstes Heft als Lebender begrüßen konnte, machten denn auch den Anfang mit der Publicirung solcher Möhler'schen Reliquien. So wird Bd. 1 S. 132 flg. d. Bl. eine Skizze mitgetheilt welche den ersten Eindruck und die ersten Reflexionen, die durch die Lektüre von Strauß „Leben Jesu“ in der Seele Möhler's hervorgerufen und von ihm als „erster Entwurf ohne alle weitere Ueberarbeitung“ zu Papier gebracht wurden, wiedergibt. Bd. 2 S. 186—200 enthält eine Betrachtung Möhler's über das Heidenthum, von welcher mit Recht in der Einleitung bemerkt wird, daß man in ihr jenen ruhigen, milden, von Oben erleuchteten Geist wieder erkenne der einer goldgeflügelten Lichtbiene gleich, überall auch in den Schatten des Todes und in der Nacht des Heidenthums voll Liebe die verlornen Strahlen des göttlichen Lichtes sammelte und daraus eine Opferflamme zum Preis Gottes bereitete. Sodann folgt im 4. Bde. S. 1—12, 65—77, 129—138 jene Einleitung, welche Möhler seinen kirchengeschichtlichen Vorträgen voranzuschicken pflegte. Nicht lange nachher erfreute Döllinger die theologische Welt mit der Herausgabe der „gesammelten Schriften und Aufsätze“ (Regensb. 1839, 2 Bde.) seines verewigten Freundes welche, obschon sie nicht „auf unbedingte Vollständigkeit Anspruch“ machte, doch den schriftlichen Nachlaß Möhler's im Wesentlichen erschöpfte.

Demungeachtet bestand bei Vielen die Sehnsucht fort Möhler's geisterfüllte Vorträge durch den Druck fixirt zu besitzen. Dieser Wunsch wurde theilweise befriedigt durch die Mittheilung einiger Fragmente in von Besnard's „Repertorium für katholisches Leben, Wirken und Wissen“ (Bd. 3, 1844), welche ohne Zweifel vom seligen Domcapitular

Dr. Wiedemann herrühren *). Letzterer war es auch, der sich viele Mühe gab Möhler's kirchengeschichtliche Vorträge nach eigenen und den Aufzeichnungen anderer Zuhörer zusammen zu schreiben. Daß Möhler's eigene kirchenhistorische Manuscripte, welche Wiedemann erbt, einen erheblichen Einfluß, wenigstens was den Text der Vorträge betrifft, auf diese Sammlung ausgeübt hätten, dürfte wohl aus dem Umstande bezweifelt werden, daß sich gerade die hieher bezüglichen Papiere nicht mehr unter den der Bibliothek des Georgianums einverleibten Möhler'schen Manuscripten befinden, wie ja auch bekannt ist, daß Möhler seine wohl nur ihm verständlichen und verwerthbaren Skizzen und Materialien erst im freien Vortrage und ganz mit Rücksicht auf die zugemessene Zeit und das größere oder geringere Interesse seiner Zuhörer sprachlich zu gestalten pflegte. Wie dem aber auch sei: dem stillen, bescheidenen Sammlerfleiß des seligen Dr. Wiedemann ist es zu verdanken, daß Möhler's tiefe Gedanken über die Geschichte der Kirche vor dem Untergange bewahrt wurden.

Daß aber dieses geistige Capital aus dem Schweißtuche, in welches dasselbe zu Lebzeiten Wiedemanns eingewickelt und im Pulse vergraben war**), herausgenommen und durch Vervielfältigung gemeinnützig gemacht wurde, das verdanken wir dem rastlos thätigen Landsmanne Möhler's, dem durch seine kirchenhistorischen Leistungen bereits genugsam bekannten P. Pius Gams, Prior des Benediktinerstiftes St. Bonifaz zu München. Er hat unter dem Titel „Kirchengeschichte von Johann Adam Möhler“ bereits zwei ziemlich starke Bände, welche die alte und mittlere Kirchengeschichte umfassen, ver-

*) Es sind diese Aufsätze wörtlich dieselben wie die einschlägigen Capitel des vorliegenden Werkes (Bd. 1).

**) Vielleicht hielt Wiedemann jene Lücke, welche die Vorlesungen über neuere Kirchengeschichte enthalten, von deren Herausgabe ab.

öffentlich, und in nicht allzuferner Zeit steht auch der dritte, die neuere Zeit behandelnde Band in Aussicht.

Man hat bei Beurtheilung dieser Arbeit den Antheil des Herausgebers von dem des autor principalis wohl zu unterscheiden. Wollte Gams dasjenige was der Titel des Buches sagt, Möhler's Kirchengeschichte darbieten, dann konnte er an dem ihm vorliegenden Texte keine wesentlichen Veränderungen vornehmen. Daß ein Werk, welches vor dreißig und mehr Jahren aus freien akademischen Vorträgen entstand, welches, wie sich ganz von selbst versteht, nicht in allen einzelnen Partien eine gleich tiefe und selbstständige Forschung zur Grundlage haben kann, und vielleicht auch da wo dieses stattfand, von neueren Untersuchungen bereits überholt wurde, anders beurtheilt werden müsse als die Arbeit eines lebenden Schriftstellers, der aus freier Selbstbestimmung eine reife oder wenigstens reif scheinende Frucht seines Geistes in die Oeffentlichkeit gibt und in Folge dessen in die volle Verantwortlichkeit für das Dargebotene eintritt, dürfte wohl keinem Zweifel unterliegen. Wo immer also im Texte Unrichtiges oder Ungenügendes vorkommen sollte, kann hiefür weder Möhler noch sein Herausgeber verantwortlich gemacht werden. Indeß hat Gams auch hier geholfen, so weit es ging, vor Allem durch die Angabe der einschlägigen neueren Literatur, die sich hier in einer Vollständigkeit findet wie nur selten. Es wird wohl keine theologische Dissertation, keine irgendwie bedeutendere Abhandlung in einer theologischen (protestantischen und katholischen) Zeitschrift erschienen seyn, welche Gams nicht gewissenhaft am betreffenden Orte anführt. Dadurch und daß offenbare Lücken durch Zusätze z. B. über die Gnostiker Bd. 1 S. 298, die Manichäer S. 315, den Dreicapitelstreit S. 521, im 2. Bde. S. 526 — 584 die Geschichte der kirchlichen Wissenschaften *) u. A. ausgefüllt wurden, hat das Werk außer seiner primären conservatorischen

*) Von Dr. Fr. Brentano.

Bedeutung auch Beziehung zum dermaligen Stande der kirchengeschichtlichen Wissenschaft gewonnen, weßhalb es nicht bloß den ehemaligen Schülern und Freunden Möhler's eine liebe Gabe seyn dürfte, sondern auch jüngern Theologen ein erbauendes und zugleich wissenschaftlich förderndes Buch welches, soweit sein Inhalt theilweise veraltet seyn sollte, auf die Wege die seither zurückgelegt, und auf die Resultate die auf denselben gewonnen wurden, hinweist. Indesß wird der jüngere Theologe auch im Texte des Interessanten und Anregenden noch genug finden.

Möhler's Einleitung zur Kirchengeschichte, seine Grundanschauung von dem Wesen und Ziel aller Geschichte, namentlich der kirchlichen, seine oft trefflichen und taktvollen Bemerkungen und Kritiken zur kirchenhistorischen Literatur werden dem Anfänger Leitsterne seyn auf dem von ihm zu durchschreitenden unermesslichen Gebiete der historischen Theologie. Einigen Widerschein jener wirklichen, nicht affectirten Nüchternheit, die in ihm die geschichtliche Betrachtung der heidnischen Christenverfolgungen und die dabei offenbar gewordenen Kräfte unserer Religion hervorzurufen pflegte, gibt Bd. I S. 197 — 252, wobei charakteristisch für Möhler's lauterer Gemüth die Worte sind: „Bei der Betrachtung der Martyrer habe ich wenigstens gelernt die Heiligen anzurufen. Ich bin oft weinend vor ihren Akten gelesen, mitleidend ihre Leiden, bewundernd ihre Thaten, ergriffen von ihrem ganzen Wesen. Ich glaube, daß es wohl den Meisten so gehen wird, die sich die Mühe nicht reuen lassen diese herrlichen Denkmale der alten Christenzeit gleichfalls zu lesen.“ Der Paragraph über „Entstehung und Fortbildung einer christlich-katholischen Wissenschaft“ S. 368 — 375 enthält sehr fruchtbare, in die Tiefe gehende Gedanken über dieses geschichtliche Problem und bekundet das historische Talent Möhler's, das überall dahin strebte, anstatt tochter Begriffsformeln von den Dingen den lebendigen Prozeß ihres Gewordenseyns sich zur Anschauung zu bringen.

Wie bekannt, gehörte es zu den literarischen Plänen Möhler's, eine ausführliche Geschichte des Mönchthums zu schreiben. Er starb vor der Ausführung desselben und was im 2. Bde. seiner gesammelten Schriften und Aufsätze S. 165—225 hievon dargeboten wird, ist nur der Anfang, oder vielleicht besser ein Stück des Anfangs dieser großartigen Arbeit. Auch der 1. Bd. seiner Kirchengeschichte enthält hiezu einiges Baumaterial. In Bezug auf die Frage, ob es sittlich zu rechtfertigen sei, daß sich die Mönche, besonders die dem contemplativen Leben hingeebenen, dem äußern gesellschaftlichen Leben entziehen? gibt er die tiefsinnige Antwort: „Wir müssen eine doppelte Geschichte unterscheiden, eine äußere und eine innere. Die äußere kennen wir jetzt; die innere aber werden wir dort erst kennen lernen. Viele die jetzt ein gewaltiges Aussehen machen, werden, wenn einmal die innere Geschichte hervortritt, unendlich klein seyn gegen solche von denen wir jetzt gar nichts wissen. Diese sind gleichsam die Welt-erhalter. Hieher gehören freilich nicht bloß die Mönche; auch der Kirchhof des kleinsten Dorfes hat solche Männer. Aber doch gehören jedenfalls auch die Mönche dazu, und die Kirchenväter haben dieses wohl auch eingesehen.“ Die sinnige Idee stimmt ganz mit dem zusammen, was Joh. Huber *) sagt: „Unsere gegenwärtige Geschichte ist nur eine empirische Hülle, hinter welcher sich eine andere und innerliche vollzieht, welche nicht geschrieben werden kann. Keiner lebt bloß nach Außen, in Jedem ereignet sich noch mehr, als was in die Erscheinung tritt. Hinter einer unscheinbaren, dürftigen Existenz verbirgt sich oft eine reiche Seelengeschichte.“ Der Verfasser fügt dem noch die schönen Worte Carlyle's bei: „Die großen stillen Menschen! Umherblickend auf die geräuschvolle Leerheit der Welt, mit Worten von geringem Sinn, Thaten von geringem Werth, wendet sich der Gedanke

*) Die Idee der Unsterblichkeit (München 1864) S. 156.

gern zu dem großen Reiche des Schweigens. Die edlen und stillen Menschen hier und da ausgestreut, jeder in seinem Gebiete, still denkend, still wirkend, von denen keine Zeitung meldet — sie sind das Salz der Erde . . . Wehe uns, wenn wir weiter nichts hätten, als was wir vorzeigen und sprechen können. Schweigen, das große Reich des Schweigens: höher als die Sterne, tiefer als die Todtenreiche! Dieß allein ist groß; alles Uebrige ist klein.“

Den 2. Band eröffnet eine Einleitung zur mittelalterlichen Kirchengeschichte, welche auch diese Blätter ihren Lesern mittheilten (Bd. 10 S. 564 flg.) und zwar kurz vor Aufstellung des Monumentes auf dem Kirchhofe, damit „der sanfte Mund der zu frühe verstummt ist, gerade dann wieder sich öffne, wenn das Denkmal, welches die Verehrung und Dankbarkeit seiner Schüler und Freunde ihm gründen will, seiner Vollendung genahet ist, und wo der Tag der dem Andenken aller Verstorbenen geweiht ist, sie daran erinnern wird, daß sie für alles Schöne und Herrliche, was sich an seine Erinnerung knüpft, seiner Seele in dem Gebete dankbarer Erinnerung gedenken mögen.“ In dieser ganz gewiß wörtlichen Darstellung tritt Möhler's universeller Geist, sein milder, jedes Verdienst wo es sich auch finde mit Rührung und Dank erkennender Charakter recht lebendig vor die Seele des Lesers. Entzückt von den Früchten die das Christenthum unter den germanischen Völkern hervorreißen ließ, kann er es doch nicht gelten lassen, daß diese auf Kosten der orientalischen Kirche, deren Bedeutsamkeit von da an allerdings zurücktrat, überschätzt würden. Möhler's Bericht über die Erneuerung des abendländischen Kaiserthums, wenigstens so wie ihn der Text (S. 147) darbietet, ist den Anforderungen der Wissenschaft allerdings nicht mehr genügend, wie ja überhaupt diese Frage und was mit ihr noch zusammenhängt: die Stellung der Päpste den Longobarden gegenüber, die Bedeutung des Patriciats, das Verhältniß des weströmischen Kaisers zum oströmischen, der sich doch allein nur als legi-

timen Träger des Imperiums ansah u. s. w. noch lange mehr zu dichterischen Gestaltungen und Utopien als zu quellenmäßigen historischen Forschungen den Stoff abgab, und auch die Resultate Döllingers in seinen zwei Abhandlungen über „das Kaiserthum Karls des Großen und seiner Nachfolger“*) nicht ohne Widerspruch geblieben sind.

Um so befriedigender aber lautet die Kritik, welche Möhler über die Principien Gregor's VII. und Heinrich's IV. gibt. Was Möhler hierüber (S. 383—393) sagt, dürfte besonders außerhalb der Kirche, wo man von dem Vorurtheile daß der Katholicismus seiner wesentlichen Natur nach Universalherrschaft anstrebe, d. i. darauf ausgehe alle weltliche Gewalt durch die kirchliche zu absorbiren und jene nur aus dieser abzuleiten, nicht ablassen will, recht beherzigt werden. Es würde zu viel Raum erfordern, um die so klaren und tiefsinnigen Erörterungen Möhler's über diesen Punkt mitzutheilen. Die Leser können es selbst finden. Das aber ist gewiß, daß, wenn diese Anschauungen allgemein würden, manches bedauerliche Mißverständniß schwinden müßte! Ein beachtenswerthes Capitel ist auch das über die Zeiten des heil. Bernard und das Censoramt welches er in denselben ausübte (S. 393 — 405). Hiebei wird besonders Bernards letztes Schriftwerk, die ebenso freimüthigen als sprachlich meisterhaften fünf Bücher: *de consideratione sui* an den Papst Eugen III. als vorzüglichste Quelle, aus welcher man die Kenntniß der damaligen kirchlichen Zu- und Mißstände zu schöpfen hat, berücksichtigt. Bernard verlangt darin „gewiß mit dem größten Rechte, daß der Papst persönlich ein Vorbild für alle Priester, die römische Gemeinde ein Vorbild für alle Gemeinden und der Kirchenstaat ein Vorbild aller Staaten seyn solle. Leider fand Bernard nicht, daß Rom in irgend einer dieser Beziehungen wirklich ein wahrhaftes

*) Im Münchener historischen Jahrbuch 1865.

Vorbild für die Gesamtkirche sei. Besonders verbreitet er sich über den römischen Klerus auf eine für diesen nicht vortheilhafte Weise. Er vermißt bei ihm sittlichen Ernst und sittliche Würde. Auf der andern Seite wirft er demselben auf das freimüthigste Ehrgeiz, Habsucht, Bestechlichkeit, die letztere besonders gar oft und in den schärfsten Ausdrücken, dann Ränkemachereien und dergleichen vor." Indem Möhler auch noch die übrigen Klagen Bernards, namentlich über die zu häufigen Appellationen nach Rom, die Exemptionen der Aebte und vieler Bischöfe und besonders über das unlautere, habsuchtige und bestechliche Wesen so vieler päpstlicher Legaten ziemlich eingehend würdigt, weiß seine maß- und rücksichtsvolle Auffassungsweise in diesen trostlosen Verhältnissen doch auch wieder helle und freundliche Punkte zu entdecken. Sei ja doch das schon ein erfreuliches Zeichen, daß so freimüthiger Tadel von denen die er anging ertragen wurde. Mit Gehobenheit ruft er darum aus: „Das sind nicht die schlechtesten Zeiten, in welchen man solche Rüge, die ausgesprochen wurde in der Art, anerkannte. Wehe aber der Kirche in jenem Momente der Zeit, wo Stimmen dieser Art unterdrückt würden.“ Er setzt dann allerdings bei: „Aber merken müssen wir es uns: wer sprechen und tadeln will, wie der heil. Bernard, muß auch ein heil. Bernard seyn; er muß gelebt und erfahren und Verdienste sich erworben haben, wie der heilige Bernard!“

In Beziehung auf die Grundtendenz der hohenstaufischen Politik, dem deutschen Reiche seine Unabhängigkeit dem Papste gegenüber zu verschaffen, das ursprüngliche von Karl dem Großen geschaffene Verhältniß zwischen Papst und Kaiser, welchem gemäß dem Kaiser die Landeshoheit über den Kirchenstaat zustehen sollte, wieder zu erneuern — äußert sich Möhler sehr besonnen: „Nicht Friedrich I. war es allein, der Heinrich's IV. Grundsätze erneuerte; sämtliche deutsche Fürsten, weltliche und geistliche, nur mit ganz unbedeutender Ausnahme standen auf seiner Seite oder munterten ihn gar noch

zur Handhabung jener Grundsätze auf, wenn es anders bei ihm noch der Aufmunterung bedurfte.“ Kaiser Friedrich's I. und der mit ihm einverstandenen Fürsten religiöse Gesinnungen anlangend bemerkt Möhler: „Sonst darf man nicht vergessen, daß Friedrich, sowie die deutschen Fürsten überhaupt, der geistliche und weltliche Stand durchaus der Kirche angehörten *). In Friedrich floß keine Ader, welche irgend ein unkirchliches Element aufgenommen hätte . . . Es ist der Kampf über das Verhältniß zwischen Staat und Kirche, worüber allerdings verschiedene Ansichten geltend gemacht worden sind, und zwar durchaus innerhalb des Kreises des katholischen Dogma und der katholischen Principien überhaupt“ (S. 407 flg.). Daß Möhler damals, wo Hurter's umfassendes Werk über Innocenz III. so allgemeines Aufsehen erregte, dieser großen Persönlichkeit des Mittelalters besondere Aufmerksamkeit und Bewunderung zollte, ist nicht anders zu erwarten. Freilich hat sich der Enthusiasmus für dieses Werk und für die in demselben gepriesenen kirchlich-politischen Zustände seither mehr abgekühlt, wie man es auch schon Möhler anmerkt, daß er bei aller Verehrung gegen diesen großen Papst doch seinen tiefsten Grundanschauungen gemäß mit einer „unbegrenzten Machtfülle“ des Papstthums nichts Rechtes anfangen konnte. Möhler sieht sich bald veranlaßt darauf hinzuweisen, wie schon nach einem Menschenalter die Sympathien für die Principien Innocenz III., die das direkte Gegentheil der hohenstaufischen waren, immer kälter wurden, ja in Antipathien umschlugen und zwar bei Fürsten, gegen deren kirchliche Gesinnung kein Zweifel erhoben werden kann. War es doch ein von den Päpsten selbst Heiliggesprochener, der heil. König Ludwig von Frankreich, der feierlich erklärte, „daß das Königreich Frankreich nur allein unter dem Schutze Gottes stehe, daß es als solches von keinem Menschen ab-

*) Aehnlich Hefele, Concilien-Geschichte Bd. 5 S. 470.

hängig sei, also auch vom Papste nicht.“ In gleichem Sinne sprachen sich auch Alfons (el Sabio) von Castilien und Heinrich III. von England aus, obschon der Vater des Letztern von Innocenz III. genöthigt worden war, England und Irland dem päpstlichen Stuhle als Lehen zu übertragen. Indem Möhler auf den eigenthümlichen Contrast *) hinwies, der zwischen den beiden Zeitgenossen Friedrich II. von Deutschland und Ludwig IX. von Frankreich stattfand, will er doch auch Uebereinstimmendes an beiden herausfinden, wozu namentlich Friedrichs Anschauungen und Bestrebungen hinsichtlich seiner politischen Stellung zu den Päpsten gehörten. Ludwig stand so lange auf Seite Friedrichs, als er sich von dem diesem vorgeworfenen Unglauben nicht überzeugen konnte. „Gregor IX. hatte Ludwig dem Heiligen schon die kaiserliche Würde angetragen, auch Neapel und Sicilien; er verschmähte aber damals diese Anträge und meinte, alle Verfolgungen Friedrichs II. kommen nur von der Unbeugsamkeit und Härte Gregors IX. Er bemühte sich selbst noch auf dem Concil zu Lyon Innocenz IV. mit Friedrich II. auszusöhnen.“

Möhler's geschichtliche Unbefangenheit gibt sich besonders in seinem Urtheile über Thomas Becket kund: „Es muß zugestanden werden, daß Thomas nicht eigentlich zu den großen kirchlichen Helden dieser Zeit gehörte. Er verband mit seiner Festigkeit ungeachtet seiner strengen Bußübungen noch nicht jene innere Demuth und weise Mäßigung, die den Oberhirten unter allen Umständen zieren soll“ (S. 427).

Ueber Bonifaz VIII. läßt sich Möhler so vernehmen:

*) Vgl. Kaiser Friedrich II. von Dr. G. Höfler (München 1844) S. 311. Hier wird eine mehrgliedrige Parallele zwischen Friedrich und Ludwig gezogen. Daß Ludwig, wie Höfler a. a. O. meint, durch die pragmatische Sanktion „allen Streit mit der Kirche sammt der Wurzel entfernt“ habe, möchte aus dem Umstande bezweifelt werden, daß ja die pragmatische Sanktion Grundlage des gallikanischen Kirchenrechts geworden ist.

„Man hat sehr oft den Uebertreibungen Bonifaz VIII. das Unglück zugeschrieben, welches das Papstthum unter ihm und nach ihm traf; dieß war keineswegs der Fall. Was er durchsetzen wollte, lag in den Principien ausgesprochen nach welchen die Päpste seit langer Zeit handelten. Nicht in ihm lag das Mißlingen seiner Pläne, sondern in der in bedeutenden Veränderungen begriffenen Zeit. Man muß im Papstthume das unbewegliche unerschütterliche Element von dem beweglichen wohl unterscheiden. Das erste wird dauern, so lange die Kirche dauert; das bewegliche gestaltet sich nach den Bedürfnissen und Verhältnissen der Zeiten. Das mittelalterliche Papstthum war eine Zeitbildung unter göttlicher Vorsehung, eine besondere zeitliche Gestaltung des Primates. Dieser zeitlichen Gestaltung war keine ewige Dauer verheißen; es hatte begonnen, und darin lag, daß es wieder aufhören könne, wenn der Charakter des Mittelalters sich ändere. Die wilden Elemente der Zeit bändigen, war die Aufgabe des Papstthums, und über sie siegen, seine Glorie. Hatte das mittelalterliche Papstthum diese Aufgabe erreicht, dann sollte es sich auch wieder einschränken, es sollte mehr und mehr wieder in seine ursprüngliche Gestaltung zurücktreten. Es darf daher nicht befremden, wenn wir von nun an das Papstthum in einer bedeutenden Abnahme von Macht begriffen sehen. Gerade unter Bonifaz VIII. war der Zeitpunkt mit ganz besonderer Entschiedenheit hervorgetreten, wo die Dinge eine solche Wendung nehmen sollten“ (S. 473). Dabei war Möhler der Ansicht, daß, wenn das Papstthum von der Höhe die es im 12. und 13. Jahrhundert erstieg, wieder herabsteigen sollte, dieses auf keine ehrenvollere Weise geschehen habe können, als eben unter Bonifaz VIII. und nach der Art und Weise, wie er sich während seines Pontifikats benahm.

Es konnte nicht fehlen, daß die seit Gregor VII. zur Geltung gekommenen Grundsätze von Schriftstellern systematisch entwickelt bis auf die Spitze getrieben und auf alle

Einzelfälle angewendet wurden. Möhler nennt hier vor Allen Augustin Triumphus und Franziskus Avarus und bemerkt dazu: „Wenn man die biblischen Stellen betrachtet, welche diese und andere Gelehrte für ihre Behauptungen anführen, muß man die Zuversicht bewundern, mit der sie ihrem Systeme anhängen, und ihre feste Ueberzeugung muß uns immer die größte Achtung gegen sie abnöthigen, wenn auch die Uebertreibung noch so groß ist. So z. B. beriefen sie sich auf die Stelle Christi: „Mir ist alle Gewalt gegeben im Himmel und auf Erden“; der Papst ist der Stellvertreter Christi, also bezieht sich seine Macht nicht bloß auf den Himmel, sondern auch auf alles Irdische; ferner auf die Stelle: „Alles was du auf Erden binden wirst, soll auch im Himmel gebunden seyn“, obschon diese Stelle etwas ganz Anderes bedeutet.“ S. 493. Unter den Vertheidigern der gegentheiligen Theorie von der weltlichen Obrigkeit hebt Möhler hervor den Erzbischof von Bourges Aegidius Romanus und noch mehr den Dominikaner Johann von Paris, Professor der Theologie an der Universität Paris. „Hier haben wir“, sagt er von dem letzteren, „einen überaus gemäßigten, besonnenen Gelehrten; er schreitet ganz ruhig in seinen Erörterungen fort, und weit entfernt gegen den Papst und seine Anhänger zu schmähen, unterwirft er vielmehr sein ganzes Buch dem Ansehen der Kirche. Er geht von Betrachtungen über den Ursprung des Staates aus und zeigt, daß der Staat einen andern Ursprung habe als die Kirche; dann betrachtet er den Zweck den Staat und Kirche haben, und leitet daraus ab, daß der Zweck des Staates und der Kirche ebenso verschieden seien als ihr Ursprung u. s. w. So gewinnt er das Resultat, daß beide Gewalten einander coordinirt seien, daß die Kirchengewalt allerdings höher stehe, weil sie einen höhern Zweck habe, aber daß sie nicht eine Zwangsgewalt über den Staat üben dürfe.“ Von dem Franziskaner Willh. Occam der zuerst mit Aegidius Romanus für König Philipp IV. dann für Ludwig den Bayer schrieb, berichtet Möhler

daß er weniger ruhig verfähre als Johann von Paris, daß es aber, wenn man seine Schriften mit seiner Lage vergleiche, vielfach zu verwundern sei, daß er so schreiben konnte wie er geschrieben hat.

Indeß war damals das Ende dieses großen langen Streites zwischen Kirche und Staat gekommen. „Es beginnt ein Kampf zwischen Episcopat und Primat, worüber der Streit zwischen Kirche und Staat vergessen wurde.“ Dieser Streit kam mit dem großen abendländischen Schisma 1378, das sich dadurch für die Dauer zu befestigen schien, daß gleich nach dem Tode des einen Papstes ihm immer ein Nachfolger gegeben wurde. „Traurigeres“, sagt Möhler, „gibt es in der ganzen Geschichte nicht als die Vereinigungsversuche dieser Päpste. Sie mußten, durch die Fürsten gezwungen, öfter eine Vereinigung versuchen, gingen aber mit Zaudern und Widerwillen daran. Ging einer einen Schritt vorwärts, so ging der andere wieder zurück; es war kein Ernst auf beiden Seiten.“ Der Zustand der Kirche während der Schismas wird S. 501 — 504 in wenigen aber kräftigen Zügen gezeichnet. Indem Johann Möhler die Männer nennt, welchen es von der Vorsehung gegeben wurde da helfend und ordnend einzugreifen, wo die ordentlichen Gewalten in der Kirche sich nicht mehr zu rathen und zu helfen wußten, die Theologen Petrus ab Alliaco, Nikolaus a Clemangis, Johannes Gerson und unter den Deutschen Heinrich von Langenstein, Theodorich von Niem, setzt er die Grundsätze des Papal- und Episcopalsystems auseinander. Ohne entscheiden zu wollen, welches die richtige Ansicht sei, bemerkt er, daß in den ersten Jahrhunderten beide Gegensätze nicht vorhanden gewesen seien. „Unter einem allgemeinen Concilium dachte man sich ein Concilium wobei der Papst ohnehin schon ist. Er steht weder über noch unter, sondern in der Mitte desselben. Man sagte noch nirgends: der Papst ist infallibel, sondern der Episcopat mit dem Primat. Keine Scheidung, keine Trennung war vorhanden. Was soll das Haupt ohne Glieder,

was die Glieder ohne Haupt? In historischer Beziehung aber ist noch zu bemerken: jedes dieser beiden Systeme welche absolut aufgefaßt, irrig scheinen, hat sich im Verlaufe der Zeit nützlich erwiesen. Ohne die große Centralisation in Rom wäre die Kirche im Mittelalter nicht gerettet worden, und ohne die Grundsätze des Episcopalsystems wäre die Kirche vom Schisma nicht befreit worden.“ S. 507.

Nach einer bündigen Darstellung der sogenannten reformatorischen Synoden von Pisa, Constanz, Basel und Ferrara-Florenz und der Ergebnisse derselben wirft Möhler noch einen kurzen Blick auf die Päpste, die unmittelbar auf diese Synoden folgten, wie Nikolaus V., Pius II., an dem er das am meisten belobt was von andern Historikern am meisten getadelt wurde: seine Retraktationen. Sixtus IV. Pontifikat findet er im Ganzen doch ehrenvoll und wohlthätig für die Kirche. „Wollte Gott“, fährt er fort, „wir könnten dieß auch von Innocenz VIII. sagen, und wollte Gott, daß nie ein Alexander VI. in die Reihe der Päpste getreten wäre! Seine Person war gewiß noch das Unbedeutendste: denn nur kurze Zeit saß der Unglückliche auf dem päpstlichen Stuhle, und diesen konnte er natürlich nicht bes Flecken. Das Schlimmste aber ist dieß, daß ein Cardinals-Collegium vorhanden war, welches einen solchen Papst wählte“ (S. 522 ff.). Julius II. wird gut charakterisirt als „ein tüchtiger, ja ein großer Regent, aber nur groß zu nennen in Bezug auf die Verwaltung des Kirchenstaates. Dafür war er in der Weise geeignet und eingenommen, daß er seinen Blick von den Bedürfnissen der Gesamtkirche zurückzog und alle seine Thätigkeit auf den Kirchenstaat verwendete. Er war viel zu sehr Italiener, als daß er ein Papst in der vollen Bedeutung des Wortes hätte seyn können. Sein Bestreben ging außerdem nur dahin, die Fremdherrschaft in Italien zu verdrängen, Italien in sich abzuschließen, wodurch er in immer sich wiederholende Streitigkeiten mit den mächtigsten europäischen Fürsten verwickelt wurde. Eben die Streitigkeiten waren es

welche mit andern traurigen Verhältnissen zu der traurigsten Kirchenspaltung führten." Hätte, so meint Möhler, die von Julius 1512 berufene lateranensische Synode die allgemein angesprochenen und gewünschten Reformen ernstlich durchgeführt, so wäre vielleicht dem Unglück der nächsten Jahre vorgebeugt worden.

Die von Dr. Franz Brentano nach den Vorlagen Möhler's verfaßte „Geschichte der kirchlichen Wissenschaften“ S. 556 — 584 läßt im Ungewissen, was in derselben als Ansicht Möhler's oder des Herrn Herausgebers zu gelten habe. Dankbar für viele schöne Bemerkungen welche dieses Capitel darbietet, können wir es doch nicht unterlassen, unser Bedenken zu äußern über folgendes den Franziskaner-Doktor Duns Scotus betreffende Urtheil: „Gerade das was Scotus so viele Bewunderer verschaffte (nämlich seine scharfsinnige Polemik gegen Thomas von Aquin) war auch das was am meisten zum Verfall der Wissenschaft beitrug, und was bis zum heutigen Tage die ganze Speculation der mittelalterlichen Schulen in einen üblen Ruf gebracht hat“ S. 567. Uns dünkt, daß es nicht der Scharfsinn des Duns Scotus war, der die mittelalterliche Speculation in einen üblen Ruf gebracht hat, sondern neben andern auch der Umstand, daß man die Lehrsysteme der beiden großen Denker Thomas und Duns Scotus nicht wie etwas Organisches, der Fortentwicklung Fähiges und Bedürftiges, sondern wie etwas Fertiges kritiklos von Generation auf Generation tradirte, wie ja S. 567 die genannte Abhandlung selbst von Anton Andrea, dem größten Skotisten erzählt, daß er und andere seiner Schule gar kein Geheimniß daraus machten, daß sie blind auf das Wort des Meisters schwören und daß, wenn irgendwo eine Abweichung von seiner Lehre in ihren Schriften sich zeigen sollte, dieß unbedenklich auf Rechnung ihrer Unkenntniß zu setzen sei. Ueberhaupt schiene es uns recht wünschenswerth, daß diejenigen theologischen Capacitäten oder wenigstens ein Theil derselben, welche mit soviel Erfolg schon die thomistische Theo-

logie und Philosophie behandelt haben, ihre Kraft auch einmal den Werken des doctor subtilis zuwenden möchten. Allerdings wird ein solches Unternehmen seine Schwierigkeiten haben, namentlich die kritische Sichtung der Werke Scoti. Dennoch wäre eine solche Anstrengung einem würdigen Stoffe gewidmet und würden wohl bessere und befriedigendere Urtheile über diesen „objektivsten Theologen, dessen Persönlichkeit nur äußerst selten in kleinen individuell gefärbten Zügen durch die strenge Haltung seiner Werke hindurchschimmert“*), vernehmbar werden, als sie bisher in sonst sehr gelehrten Arbeiten wie z. B. in Stöckl's Geschichte der Philosophie des Mittelalters angetroffen werden.

Zum Schlusse wird noch der mittelalterlichen Orden, Sekten, Kirchengebräuche, namentlich der Inquisition in Kürze gedacht, und so können wir die bereits vorhandenen zwei Bände der Kirchengeschichte Möhler's nicht anders als im Gefühle der Freude über das viele Schöne und Wahre, welches uns als Erinnerung an diesen edeln Geist in demselben dargeboten wurde, aus der Hand legen. Wir haben nur den doppelten Wunsch, daß der gelehrte Herausgeber dieser kirchengeschichtlichen Vorträge, der es bisher bewiesen hat, daß er im Interesse der Kirche und kirchlicher Wissenschaft keiner Mühe und keinem Tadel furchtsam aus dem Wege geht, uns recht bald mit der Veröffentlichung des dritten und letzten Bandes erfreuen und daß die Theilnahme für dieses Werk in den weitesten Kreisen sich kundgeben möge.

*) Döllinger im Art. über Duns Scot. Kirchenlexikon.

XXIII.

Ueber eiserne Pforten.

Empfehlung von Erzthüren für das Hauptportal der Liebfrauen-Kirche zu München und — den Kölner Dom.

Vortrag im christlichen Kunstverein von Prof. Dr. Sepp.

Vier Jahrhunderte sind seit der Grundsteinlegung des Münchner Liebfrauen-Münsters verflossen und wir begehen am 9. Februar 1868 die Säcularfeier, wie zehn Jahre früher das siebente Säcularfest der Stadtgründung. Damals hatte ein Geschichtsfreund und altbayrischer Partikularist den Ton angegeben und zum Andenken ein altdeutsches Welfenhaus mit dem Wandbilde Heinrichs des Löwen im Kampf mit dem Drachen als des Stadtgründers erbaut — wie dürfte das Jubiläum unseres Dombaues ohne bleibendes Monument vorübergehen?

Wir sprechen heute über die eiserne Pforten unserer erzbischöflichen Kathedrale zu München. Wer die Ankündigung las, mochte sich fragen: wo sind diese Erzthore? wir erinnern uns nicht sie gesehen zu haben. — Wir auch nicht! Aber bilden wir denn nur darum einen so bedeutenden Verein, um als Kunstfreunde die Lust zum Studium zu befriedigen, um als Architekten, Maler, Goldschmiede und Bildhauer oder Erzgießer Kenntniß von bestehenden Kunstwerken zu nehmen

heißt es doch schon Genes. IV. 22: „Tubalcain war ein Meister in allerlei Erz und schmiedete in Eisen.“ Die mehrfachen Sarepta im Lande Kanaan heißen Schmelzen, entweder für Erz oder für Glas. Auch der große Tempel des Melkart in Tyrus war mit ein paar eiserne Colonnen und vielleicht noch mit Erzthüren geschmückt, sowie der Tempel des babylonischen Obacon oder Dagon zu Asbod.

Haben diese guldernen Pforten oder vergoldeten Erzthore außer dem Vorzug der Solidität bei ihrer allgemeinen Verbreitung vielleicht eine höhere Bedeutung? Unstreitig! und wir errathen sie sicher. In den Tempelbauten war grundsätzlich Alles symbolisch, und das steinerne Gotteshaus selbst sollte nur das Miniaturbild des Gottestempels im Universum seyn. Nach der Idee von den sieben Himmeln führt die goldene Pforte zum Empyreum oder Allerheiligsten, dem Sitz der Gottheit. Es ist die Sonnenpforte in der Planetenwelt, durch welche die Seele nach der Vollendung ihrer irdischen Wanderung zufolge der altreligiösen Idee zur höheren Region zurückkehrt, nachdem sie durch die Mondpforte in diese Welt der Feuchte herabgestiegen. Durch die sieben Thore legitimirt sich Theben, wie Damascus als heilige Stadt (es Scham), die sieben Mauern der Burg von Ekbatana trugen hinter einander sogar die Farbe der Planeten, die innerste war goldstrahlend. Dieser Vorstellung von der Stadt Gottes, dem himmlischen Jerusalem entsprechend bietet Mudschireddin die heilige Sage: „Am Tage des Gerichtes werden sich sieben Mauern zum Schutze Jerusalems erheben, eine von Gold, die andere von Silber, die dritte von Perlen, die vierte von Rubin, die fünfte von Smaragd, die sechste von Licht, die siebente von Wolken.“ Hier ist die Wolke über der Bundeslade im Adyton des Tempels gemeint, der selber sieben Räume zählte: den Vorhof der Heiden, der Frauen, der Israeliten, der Priester, die Vorhalle, das Heilige und Allerheiligste. Die Araber nennen die porta aurea noch dazu das ewige Thor (Bab ed Daharizeh) oder das

Paradiesesthor mit Bezug auf die Tradition: „Eine Pforte des Paradieses steht offen, durch welches die Barmherzigkeit Allahs niedersteigt.“

Die Ostpforte des Moriatempels heißt bedeutsam das goldene Thor, und ist von Kaiser Justinian gebaut. Sie sollte, wie das ebenfalls sogenannte goldene Thor neben den sieben Thürmen in Constantinopel, durch welches allein der siegreiche Feldherr oder der Imperator mit seinem Heere seinen Einzug hielt, ebenfalls eine Triumphpforte seyn, und Kaiser Heraklius zog mit dem von den Persern zurückeroberten heiligen Kreuze hier durch in den Tempel, die bis jüngst als Bauwerk den Chalifen vindicirte alte Sophienkirche auf Moria, unsere heute noch sogenannte Omarmoschee oder Felsenkuppel ein, wobei er den Purpur ablegte, wie später Gottfried von Bouillon die guldene Krone. Jährlich am Palmsonntag und am Feste der Kreuzerhöhung öffnete sich diese Pforte, weil dann der Palmeneinzug begangen ward, auch hatten die siegreichen Kreuzfahrer mit Peter von Amiens, der dabei auf einem Esel ritt, nach der Eroberung der Stadt durch das Goldthor einen Triumpheinzug bewerkstelligt. Nach dem Hochamte wurde dasselbe wieder verschlossen. Der reisende Ritter van Harff fand dasselbe 1498 mit Kupfer überzogen, in Erinnerung an die korinthische Morgenpforte des Juden-Tempels. Schon der Chalife Omar hatte sie 637 schließen lassen, und als Sultan Soliman der Prachtige die heutigen Mauern und Zinnen um die heilige Stadt baute, ließ er das verhängnißvolle Thor mit Steinen zulegen. Denn es knüpfte sich daran die Sage, die bis heute in der Ueberzeugung der Morgenländer lebt: Dereinst würden die Christen kommen und abermals durch diese Pforte siegreich in Jerusalem eindringen!

Es ist im Grunde eine Säkularpforte, wie die vier Hauptkirchen Roms, St. Peter, St. Paul fuori le mura, St. Johannes im Lateran und Maria Major ebenfalls ihre vermauerten heiligen Thore haben, welche sogar nur alle

25 Jahre vor dem Papste und dem Cardinal-Collegium am Weihnachtsvorabend geöffnet werden, um nach dem Schlusse des Festes abermals vermauert zu werden. Einen silbernen Hammer, womit der heilige Vater bei dieser Gelegenheit an die Mauer pocht, verwahrt als ein Meisterstück von Benvenuto Cellini's Hand und zugleich als Geschenk des Papstes an einen bayerischen Herzog jetzt das Nationalmuseum in München. Die Basilika im Lateran hat, außer den Erzthüren am Baptisterium von den Placentinischen Brüdern Hubertus und Petrus 1203, zugleich eine goldene Pforte, welche nur zur Gnadenzeit sich aufthut, also ein Thor der Barmherzigkeit, wie die Muhammedaner das Goldthor in Jerusalem bis heute Bab er Rachme nennen, wie in der Grabmoschee des Propheten zu Madina. Das Pantheon zu Rom, nun die Kirche Allerheiligen, hat dreißig Fuß hohe Erzthüren, aus Einem Gusse, wer sagt aus welcher Zeit?

Bei der Ursprünglichkeit und tiefen symbolischen Bedeutung der eiserne Portale begreifen wir leicht deren weite Verbreitung in der christlichen Zeit. Mit Erzschilden prangte bereits die Hauptpforte der berühmten Kathedrale von Tyrus aus dem 4. Jahrhundert. Ebenso mit Erzthüren die Johanniskirche zu Damascus, deren Flügel der Chalife Walid in die Pfosten seiner Dumiadenmoschee hing. Eiserne Pforten bilden den Stolz der Aja Sophia in Stambul wohl seit Justinians Tagen. Wie die Sophienkirche zu Nowogrod sie von daher entnommen, so der St. Markusdom in Venedig; aber man entführte sie nicht, wie der Glaube ging, sondern copirte sie nur. Die Bronzethüren von St. Paul in Rom sind der Inschrift durch „Staurakios den Gießer“ nach 1070 aus einer Werkstätte in Constantinopel hervorgegangen, leider aber durch den unglückseligen Brand 1823 verschwunden. Pisa rühmt sich, daß die Erzflügel seines Prachtthores am majestätischen Dom bereits aus dem 4. Jahrhundert sich herschreiben (?). Die Bronzereliefe am Portal St. Zeno in Verona nehmen

durch die noch rohe Behandlung jedenfalls ein hohes Alter in Anspruch. Das Allerherrlichste aber sind bekanntlich die Pforten von San Giovanni in Florenz, deren Vollendung die Signoria dem unerreichten Meister Ghiberti, welcher im Wettstreit über Brunelleschi triumphirte, mit der Anerkennung auftrug: nachdem er durch das eine Flügelpaar alle bisher gewesenen Künstler übertroffen, möge er beim zweiten sich auch noch selbst übertreffen. Sie sollten neben den eisernen Thoren des Hauptportals von Andrea Pisano in die Angeln einer Seitenpforte des Baptisteriums gehangen werden, haben aber den Platz gewechselt. Die Ostpforte zeigt Pisano's Werk, die Westpforte ist von Ghiberti, ebenso die Nordpforte, und vierzig Jahre hat er an beiden gearbeitet, aber im Alter sich keineswegs selbst übertroffen. Seine Gießerei befand sich gegenüber von St. Maria Novella. An diesen Prachtthoren hat Michel Angelo sich im Ausdruck der Kraft für seine dramatische Malerei geschult, und er durfte sagen, sie seien würdig die Pforten des Paradieses zu seyn. Im Grunde sollten alle eisernen Portale und goldenen Pforten eben die Thore des verlorenen und wieder eroberten Paradieses vorstellen.

Sollen wir noch mehr dieser Prachtthüren von Erz auf der italienischen Halbinsel aufzählen, so scheint es, daß Amalfi und Salerno schon aus Wetteifer mit Pisa und Venedig darin nicht zurückbleiben wollten. Palermo stand dem Orient, dem Ausgangspunkt dieser Kunstbewegung näher. Die äußerst zierlichen Erzthore von Coretto rühren von Sanjovino. Noch folgen Atrani, Canossa, die Kathedrale von Trani, Benevent, Ravello und Monreale, wo an dem einen Flügel (wie zu Trani) der Erzgießer Barisanus, an dem anderen Bonannus genannt wird. Und so noch eine Anzahl.

Auch Deutschland hat sich den eisernen Thoren nicht verschlossen. Schon Karl der Große versah seinen Münster in Aachen mit neuen erzenen Gießthüren. Darnach ließ

zuerst Bischof Willigis 1014 durch Beringer*) die Thürflügel des Mainzer Domes gießen. Die eiserne Thore des Doms von Hildesheim rühren vom Jahre 1015 her und sind wie die Menge der dortigen Bronze-Gußwerke von Bischof Bernward hergestellt. Die übergoldeten Erzreliefplatten an der Kathedralpforte zu Augsburg**), jetzt an der Seitenpforte, schmückten am alten romanischen Dom, dessen Neubau 995 begann, das Hauptportal zwischen den Thürmen, bis durch den gothischen Vorbau die Kathedrale eine entgegengesetzte Orientirung erfuhr. Sie heißt noch dazu die „schöne Pforte“ im Rückblick auf die porta speciosa auf Moria, und sie sind höchst merkwürdig wegen der ganz alterthümlichen Zeichnung, und weil sie nach der Ueberlieferung in Tegernsee gegossen worden seyn sollen, wie jene in Verona: der Gießer war Mönch und goß ebenso Glocken. Die goldene Pforte zu Freiberg trägt wenigstens noch den Namen. Das Gegenstück bildet das Fürstenportal am Dom zu Bamberg. Unter den gothischen Münstern aber hat zuerst Erzthüren die weltberühmte Kathedrale zu Straßburg.

Ist nun der Gedanke zu kühn, der Vorschlag zu gewagt, wenn wir für das Weltwunder unserer Zeit, den der Vollendung, selbst durch den Ausbau des pyramidenhohen Thurmpaares, entgegensehenden Kölnerdom eiserne Thore als unerläßlich erklären? Daß sie in München für den Frauendom hergestellt werden, scheint so selbstverständlich, daß die Unterlassung dem hohen Klerus und der Bürgerschaft zum ewigen Vorwurfe gereichen würde. Gerade Bayerns Hauptstadt, zugleich der

*) So hieß um diese Zeit ein berühmter Tegernseer Goldschmied, der wahrscheinlich auch die Augsburger Thüren, und nach einer Sage auch jene von Verona goß. Gottschalk von Freising († 1068) schickte seinen eigenen Erzgießer dahin. Sighart Geschichte der bildenden Künste in Bayern S. 119.

**) Eine ausgezeichnete Monographie ist Alliot's Bronzethüre des Domes zu Augsburg. Augsburg 1853.

Sitz des Erzbischofes, erfreut sich einer Erzgießerei, aus welcher seit einem Menschenalter Gußwerke auf Gußwerke nach allen Welttheilen wandern, und man sollte sich damit begnügen, daß die Thore der Glyptothek mit eisernen Platten überkleidet sind? Oder hat die Stadt nicht Bildhauer aufzuweisen, welche tief durchdachte Modelle zu den Gußplatten zu liefern vermöchten, und würde der Meister der Erzgießerei nicht selbst das Beste thun, um die Ausführung des Werkes der Kirche zur herrlichen Zier, den Bürgern zum Stolz und sich selber zum christlichen Gedächtniß unter Bedingungen zu ermöglichen, wie sie zu keiner andern Zeit, an keinem andern Orte möglich wären!

Aber welche Bilder sollen diese Erzpforten schmücken? Die Augsburger Domthüren enthalten fünfunddreißig Quadratsfelder in einem Rahmen mit gebarteten und sonstigen Köpfen. Die Bilderreihe stellt theilweise den Urzustand des Menschen dar: es ist Adam und die Schöpfung der Eva, die Versuchung, der Teufel als brüllender Löwe, ein Baum mit einem nach den Früchten lüsternen Bären, ein Mann Trauben essend, ein anderer eine Trinkschale kredenzend, ein Löwe der ein Thier verschlingt. Manches dieser Bilder möchte man lieber in die Merowingerzeit hinauf datiren, ja sie zeigen antike Motive mit einer gewissen reizenden germanischen Naivität. Hier folgt Simson im Kampf mit dem Löwen, dann mit dem Eselskinnbacken. Eine Frau mit einer Lilie, eine andere Hühner fütternd; dann ein strafender und ein unterweisender Lehrer, ein Centaur, ein Weib geschreckt von einer Schlange, dasselbe mit einer Frucht, ein Mann mit der Schlange kämpfend, wieder dann mit Schild und Dolch, ein dritter ohne Schild, ein Schlangenträger, ein frontragender Held mit dem Schwerte, ein Gefrönter mit befahnter Lanze. Die Bilder scheinen aus der Reihe gekommen, zum Theil ein Spiel der Künstlerlaune, wo nicht aus zwei Portalen zusammengesetzt; denn mehrere dieser Bilder wiederholen sich.

Die Erzthüren Italiens enthalten anfangs Nischen, Figuren

in Schmelzwerk von Gold- und Silberfäden, die späteren oft ziemlich barbarische Relieffe. Die Bronzethüren Andrea Pisano's zeigen in achtundzwanzig Feldern Scenen aus dem Leben des Täufers, unterhalb in acht weiteren Quadraten die allegorischen Figuren der Haupttugenden mit dem Namen des großen Meisters und der Jahrzahl der Vollendung der Modellirarbeit 1330. Der berühmte Ghiberti stellt auf seinen Thüren zwanzig Scenen aus dem neuen Testamente dar, dazu die Propheten und Evangelisten 1402—1424. Die Auswahl erscheint ziemlich willkürlich, wie an den Thoren von St. Zeno in Verona.

Hier kann es sich nicht darum handeln, in slavischer Abhängigkeit Compositionen früherer Meister zu copiren, welchen unsere heutige Totalanschauung unmöglich eigen war. Vielmehr gilt es neue selbstständige Entwürfe zu treffen, und es scheint rathsam, im Bilde der Thüre zu bleiben. Versuchen wir einige Relieffe vorzuzeichnen.

1) Platte: Verweisung der Stammeltern aus den Thoren des Paradieses. Der Allmächtige mit erhobener Rechte in Halbfigur aus den Wolken hervortretend, der Erzengel mit dem Flammenschwerte vor dem Eingang in der Mitte, Adam und Eva von der Schlange verfolgt.

2) Die Arche Noah, als Bild der Kirche, nimmt die zu rettenden Menschen auf, wobei die Thiere nicht die Hauptsache sind.

3) Loth sitzt unter der hohen Pforte von Sodom zu Gericht, als die Engel eintreten, und eine neue Sündfluth über die Landschaft hereinbricht.

4) Jakobs Gesicht von der Himmelsleiter nach dem Ausspruche Genes. XVIII. 17: „Hier ist Gottes Haus und die Pforte des Himmels.“

5) Simson mit den Thoren von Gaza auf den Schultern — eine schwierige Composition, doch kenne und besitze ich selbst einen Kupferstich von Sadeler, der die Aufgabe glücklich löst.

6) Der Tempel Salomons, welcher bei der Ein-

weihung knieend durch die geöffneten Pforten in's Innere blickt.

7) Der Stall zu Bethlehem mit der Geburt Christi — zugleich als Sinnbild des Schafstalls der Kirche.

8) Mariä Reinigung und die Darstellung Christi vor der „großen Pforte“ am Eingang zum Frauenvorhof, wie die Wöchnerin ehemals vor der Thüre des Zeltes des Zeugnisses und noch vor der Kirchenthüre ihrer Einführung entgegensteht.

9) Die Taufe Johannis oder die Aufnahme der sogenannten Proselyten des Thores in der Kirche des neuen Bundes. Johannes selbst ist der Thürsteher, der zum Eintritt in den himmlischen Hochzeitsaal mahnt, nachdem er die alttestamentliche Kirche als Braut dem göttlichen Bräutigam zugeführt.

10) Vertreibung der Wechslers und Opferthierhändler aus dem Tempelthore, zum Symbol, daß nur solche die reinen Herzens sind, zum Altare treten sollen.

11) Christus überreicht dem Simon Petrus die Schlüssel der Kirche, zugleich zu den Pforten des Himmels.

12) Der Palmeneinzug bis zur geheiligten Tempelpforte. Christus erscheint als Triumphator, und dieser Festzug zugleich als Vorbild der kirchlichen Prozessionen.

13) Christus am Kreuze: durch die Seitenwunde öffnet sich die Pforte seines Herzens. Dieß ist die uralte und einzig zu billigende Vorstellung des mit seiner Opferliebe weltumfassenden Herzens Jesu, sowie das theilnehmende Herz Mariä in der schmerzhaften Madonna ihren Ausdruck fand.

14) Jesus steigt durch die Thore des Hades in die Unterwelt hinab zur Erlösung der alttestamentlichen Gerechten.

15) Christus sprengt in der Auferstehung die Pforten des Grabes.

16) Christus geht durch die verschlossene Thüre zur Versammlung seiner Apostel in das Cönaculum ein.

17) Petrus und Johannes heilen den Lahmen vor der korinthischen Pforte, welche die schöne hieß.

18) Stephanus der Protomartyr sieht im Moment der Steinigung das Himmelsthor aufgethan und den Menschensohn zur Rechten Gottes stehen. Apostelg. VII. 55. Statt dieses Tableau's wäre auch das Gesicht in der Offenbarung Johannis IV. 1 am Platze, wo es heißt: „Sieh eine Thüre ward aufgethan im Himmel.“

19) Kaiser Heraclius trägt das von den Persern zurückeroberte heilige Kreuz durch das goldene Thor.

20) Einzug Gottfrieds von Bouillon mit der Dornenkrone, und Petrus des Einsiedlers der auf einem Esel reitet, durch die gesprengte vermauerte Pforte als Vorspiel des Sieges der Christen und ihres einstigen Wiedereinzuges in die heilige Stadt und das himmlische Jerusalem.

Endlich im Thürsturze: Christus mit der Umschrift: „Ich bin die Thüre! wer durch mich eingeht, wird selig.“ Joh. X. 9.

Ἐγώ εἰμι ἡ πύλη τῆς ζωῆς. Clement. III. 52.

So ungefähr denke ich mir in zwanzig Reliefbildern die eiserne Pforten des Liebfrauen-Münsters in München geschmückt. Und wir denken damit ernstlich an's Werk zu gehen: schon diese Ankündigung soll als ein Aufruf an den hohen Klerus und die wackere Bürgerschaft betrachtet werden, welche die Restauration des Domes zu Ende führen wird. Es muß eine wahre Freude seyn, sie so fertig vor Augen zu schauen! Köln würde in seinen Dompforten 30 Vorgänge aus der deutschen Kirchengeschichte, wie die Uebertragung der berühmten Reliquien der drei Könige darstellen, wenn nicht die Scenen des jüngsten Gerichtes, welches an der Westpforte am Platze ist. Nach den Künstlern zur Modellirung des vorgeschlagenen Bildercyklus für diese Säcularpforte, und nach dem Meister welcher sie gießen soll, brauchen wir in München nicht lange zu fragen, nicht weit zu suchen. Wie vollendet schön und sogar von Kindeshand beweglich sind nach den

Entwürfen des Amerikaners Rogers vor erst sechs Jahren die durchaus massiv gegossenen Pforten des Kapitols von Washington ausgefallen, die aus unserer weltberühmten Kunstanstalt hervorgegangen! Sie stellen Amerika's Entdeckung in reizenden Bildern dar.

Jahrhunderte lang sind diese eisernen Thore vernachlässigt worden: welche Ehre für unsere Stadt diesen Kunstzweig wieder in's Leben gerufen zu haben! Die Ausführung wird sich einfach so gestalten, daß im Giebelfeld der Thüre Christus thront, von Engeln getragen. Die Breite des Portales zu zwölf Fuß ladet zu einer Zweigliederung jedes Thorflügels ein, so daß zwei Bilder auf jede Thüre neben einander zu stehen kommen, deren jedes vier Quadratfuß umfaßt, da der übrige Raum für die breiten, kräftig gehaltenen Friesen in Anspruch genommen ist. So gliedern sich die Säcularpforten nach der Breite in je vier, nach der Höhe in fünf Bilder, zusammen zwanzig. Die Umschrift dürfte lauten: *Porta saecularis in memoriam quarti ex fundatione seculi celebrati, civium pietate erecta MDCCCLXVIII.* Der Kostenvoranschlag zu 30,000 Gulden vertheilt sich auf die zwanzig Bilder mit je 1500 Gulden. Die Herstellung würde gemächlich vier Jahre erfordern.

Es wäre eine Kränkung zu zweifeln, daß München nicht zwanzig Ehrenmänner zählte, deren jeder mit Freuden die Kosten eines solchen Erzreliefbildes tragen würde. Als dann, wenn wir anders noch Bayern zu heißen verdienen, wollen wir mit Frohlocken singen: „Thut euch auf ihr Fürstenpforten, öffnet euch ihr Säcularpforten, der König der Herrlichkeit hält seinen Einzug!“

XXIV.

Aus meinem Tagebuche.

VI. Der Casino-Sturm in Mannheim — eine Orgie der modernen Cultur.

Im Herbst 1865.

Weshalb ich Ihnen bezüglich der Mannheimer Vorfälle vom 23. Februar l. J. bisher keine Silbe geschrieben? Aus vielen Gründen, mein verehrter Rath Blech! Ich bin kein Geschichtsbaumeister oder Journalist, der im Interesse der Partei der Wahrheit handwerksmäßig in's Gesicht schlägt, den Thatfachen Zwang anthut und die Tagesgeschichte caricirt. Ich urtheile nicht gerne nach den ersten Eindrücken und wollte Aufschlüsse bezüglich des 23. Februars abwarten, der die Geschichte Badens und insbesondere der Stadt Mannheim schändet. Ferner schaue ich ungleich lieber in eine friedliche Landschaft als in eine Kloake und ziehe den Spaziergang im Buchenhain dem Waten in einem Sumpfe vor.

Sie werden dieß Alles begreiflich finden. Bei meinem Schweigen hatte ich obendrein einen Hintergedanken. Ihr Urtheil ist so ziemlich ausgefallen wie ich es erwartete. Etwas leise und verschämt zwar, aber doch vernehmbar genug haben Sie in den Chorus eingestimmt, womit die meisten liberalen Blätter den Mannheimer Schandtag (wie die katholische Presse

den 23. Februar mit Recht nennt) als den erstmaligen, leider nicht ganz gelungenen Versuch einer „Volkserhebung“ wider die Bestrebungen einer „äußersten Richtung des Ultramontanismus“ jubelnd begrüßten. Ein derartiges Urtheil ist zwar ein Hohn auf die angeblich so hoch gestiegene Civilisation des 19. Jahrhunderts, ein erschreckender Beweis daß die Achtung vor dem Rechte und die Liebe zur Freiheit den Preßlakaien des liberalen und pseudodemokratischen Lagers gründlich abhanden gekommen sind. Aber begreiflich erscheint mir das Urtheil. Wie hätte dasselbe anders ausfallen können von Seite purer Parteimenschen, die das Helotenthum der ungeheuren Mehrzahl des Volkes und in erster Linie das Helotenthum der christgläubig und kirchentreu gebliebenen Mitmenschen als eine um jeden Preis und durch jedes Mittel festzuhaltende „freiheitliche Errungenschaft“ betrachten?

Ich wollte den Erfolg des Mannheimer Attentates abwarten, um Wermuth in den Freudenbecher Ihrer Gesinnungsverwandten schütten zu können. Der Erfolg ist da und zwar derartig, daß ich mit einer Art innern Genugthuung die ekelhaften empörenden Scenen zu schildern vermag. Die Pharisäer und Sadducäer vom liberalen und radicalen Fortschritt, die Herodianer des Gothathums — letztere, Herr Rath, haben zur Zeit Christi einen den heutigen Freimaurern ähnlichen Geheimbund gebildet! — wollen fort herrschen um jeden Preis und vermögen dieß nur, indem sie seit dem 23. Februar sich in ihrer leibhaftigen Tyrannengestalt zeigen und die thatsächlichen Beweise häufen, alles Schlechte und Schlimme, was dem Jesuitenorden jemals angedichtet worden, sei ihr Eigenthum. Die ganze Macht der Polizei, die gesammte servilliberale Preßemeute, die offenkundigste Parteijustiz, das Bündniß mit allen Elementen der Glaubenslosigkeit, die Knebelung der Gemeindefreiheit und Wahlfreiheit genügt nicht mehr zur Aufrechthaltung der Parteiwirthschaft: sie hat soeben gelegentlich der Wahlen in die Kreisversammlung offenkundig zu den verächtlichsten und plumpesten

Mitteln der Wahlbeherrschung greifen müssen, nur ihre eklatante Niederlage in einen verächtlichen und trotzdem nichts weniger als vollständigen Sieg umzuwandeln. Doch jetzt endlich zur Schilderung des Mannheimer Schandtages, wie ich solche nicht aus katholikensfreundlichen sondern gegnerischen Blättern, sowie aus Privatbriefen entnommen, deren Schreiber mit ihren Namen öffentlich aufzutreten auch heute noch bereit stehen.

Für den 26. Februar war ein wanderndes Casino nach Ladenburg, für den 23. aber ein solches nach Mannheim ausgeschrieben. Der Gedanke, im Urſiße der liberalen und pseudodemokratischen Bestrebungen, in der Metropole der badischen Bewegungspartei eine katholische Versammlung abzuhalten, hatte etwas Verlockendes. Allerdings ist nur etwa die Hälfte der Bevölkerung Mannheims katholisch getauft, zahlreicher als irgendwo sind die Aukatholiken, Aukhevan-gelischen, Freimaurer und Schweinesfleischjuden — um in der etwas grobkörnigen aber treffenden Sprache der katholischen Presse Badens zu sprechen. Ein ebenso zahlreicher als frecher und Angesichts reeller Gefahr sehr feiger Pöbel ist unter dem Namen „Neckarschleim“ landbekannt. Wollte man boshast seyn, Herr Blech, so könnte man sich zu der Hypothese versteigen, dieser „Neckarschleim“ sei die in das Leben getriebene Frucht der vielerlei Theorien, deren Samen die Wellen des Neckars aus manchen Hörsälen der Musenstadt Heidelberg in die Handelsstadt Mannheim tragen. Doch ich bin nicht boshast, wie Sie am besten wissen, mein lieber Blech! deßhalb wollen wir bei der Wahrheit bleiben: das kaum 30,000 Seelen zählende Mannheim berge in seinen Eingeweiden eine im Vergleich zu Großstädten ganz unverhältnißmäßige Pöbel-Masse.

Und in diesem Mannheim sollte ein katholisches Casino tagen! Die Veranstalter desselben mochten gutmüthig überlegt haben, Baden sei ein constitutioneller Staat und präten-dire unter der Führung der Herren Lamey, von Roggenbach

und anderer Chefs sogar an der Spitze der parlamentarischen Entwicklung Deutschlands zu marschieren. Die Casinos stunden durchweg auf dem Boden der Verfassung und des Gesetzes. Die Agitation beschränkte sich auf das Schulgesetz, die Haltung war bisher so musterhaft gewesen, daß nirgends auch nur ein Scheingrund zum Einschreiten im Namen des Gesetzes gefunden worden war. Allerdings hatten die Freiheitsmänner der neuen Aera, die Lobredner Englands ihre politische Unmündigkeit und Intoleranz bereits mehrfach constatirt, indem sie die Meetings der kirchentreuen Katholiken auf die unmännlichste Weise von der Welt störten. Nicht von irgend einem Pöbel gewöhnlicher Art, sondern von greßherzoglichen Beamten, von Bezirksrathen, Bürgermeistern und sogenannten Volksvertretern waren Störungen in Scene gesetzt worden. Doch die Veranstalter des Mannheimer Casino mochten nicht glauben, daß man zu Gunsten der Parteiwirthschaft das Acheronta movebo systematisch betreiben und eine wehrlose friedliche Versammlung der blinden Muth eines durch alle erdenklichen Mittel aufgeheizten Pöbels mit und ohne Glacéhandschuhe preisgeben würde. Am 23. Februar aber sollte ihnen und der Welt kund werden, wohin der unaufhörlich gelobhudelte Parlamentarismus im Musterstaate der Freiheit und Selbstverwaltung sich verhält habe.

Der Tag fiel auf einen Donnerstag. Schon unterm 20. schrieb der Mannheimer Talleyrand der A. Allg. Zeitung wörtlich: „Bei der Versäuerung der Gemüther ist der Fall nicht undenkbar, daß man die Interessen des Staates und der Religion der Liebe durch ein Stückchen Faustrecht zur Geltung bringen und dadurch die Schließung der Versammlung von Seite der Staatsbehörde hervorrufen werde.“ Am demselben Tage prophezeiten in Mainz anwesende Mannheimer: man werde in ihrer Stadt das wandernde Casino gehörig empfangen und demselben etwas bereiten. Das Leiborgan des Herrn Lamen wie jedes Ministeriums, die von

einem Lehrer der Humaniora redigirte und von Berlin aus angeregte „Landeszeitung“, welche einige Monate früher mit bürren Worten zur Ermordung der Katholiken aufgefodert, gab die perfide Versicherung, die Polizei müsse besondere Schutzmaßregeln für die Casinobesucher ergreifen. Je näher der 23. Februar heranrückte, desto wüthender drohte, schimpfte und hezte die Presse Mannheims wie die der nahen Residenzstadt Heidelberg. Das von katholischen Stiftungsgeldern zehrende „Mannheimer Journal“ bewillkommte die Geistlichen zum voraus als „ehrwürdige Revoluzzer“. Am 21. Februar aber brachte der „Mannheimer Anzeiger“ folgende Annonce: „Sämmtliche Buben sind eingeladen, sich mit frisch gebrannten Klappern Donnerstag Mittag um 1 Uhr an den 3 Thoren der Stadt einzufinden, um die erwarteten Gäste einzuführen. Der Generalklappermeister.“ Die „Stadtbas“ bot all ihren Knoblauchwitz auf, um die Klapperbuben recht zu instruiren und den Neckarschleim wider die ahnungslosen Casinomänner, größtentheils schlichte Bürger und Bauern welche kirchenseindliche Blätter am wenigsten lesen, aufzuhezen. Gleichzeitig verlegte man sich auf heimtückische Intriken. Man wußte das Localcomité durch allerlei Machinationen zu sprengen, so daß die Ordnung des Casino rein dem Zufalle überlassen war. Die Versammlung hätte in der sogenannten Aula stattfinden sollen, plötzlich war die Zusage dieses städtischen Lokales zurückgenommen. Nun öffnete sich ein großer Saal im „schwarzen Lamm“; doch der Eigenthümer wurde dermaßen bearbeitet und eingeschüchtert, daß auch er die kaum ertheilte Zusage wiederum zurücknahm. Der 23. Februar stand vor der Thüre, es war rein unmöglich das Casino jetzt noch mit dem nöthigen Erfolge abzusagen. Es sollte nunmehr in einer der katholischen Kirchen Mannheims abgehalten werden. Ebenso unerwartet als rechtswidrig ward die Abhaltung innerhalb einer Kirche vom Bezirksamte verboten. Die katholische Stadtgeistlichkeit säumte keineswegs, gegen das Verbot Protest einzulegen. Alle Vor-

stellungen aber scheiterten an der gemessenen Weisung, welche dem Beamten zugekommen war.

Oberbürgermeister Achenbach, zugleich auch Volksvertreter, leitete den Vorabend des Mannheimer Tages ein. In der Stadt und Umgebung verbreiteten Dienstmänner Zettel in Menge, wodurch im Namen eines aus bekannten Persönlichkeiten des liberalen und radikalen Lagers zusammengesetzten Comité zu einer „Versammlung aller Confessionen“ eingeladen wurde. Wohl 3000 Menschen, fast lauter confessionslose Protestanten, Freigemeindler*), Juden, Aukatholiken und Freimaurer füllten am 22. Februar den Concertsaal des Theatergebäudes. Hr. Achenbach eröffnete die Versammlung mit Lusthieben im Style des excommunicirten Scheeren-Correspondenten der Augsburger Allgemeinen und der Karlsruher Zeitung, die unter der Last den Schein äußern Anstandes wahren zu müssen, so oft und gerne zusammenbricht. In dieser Versammlung „aller Confessionen“ erklärte er hierauf mit der Salbung seines würdigen Collegen Fauler: „er zweifle keinen Augenblick, daß die Mannheimer Katholiken laut und vernehmlich ihre Stimme erheben und nicht dulden würden, daß die Casinoherren den Ausspruch einer verführten (!), aus allen Ecken zusammengetriebenen (!!) willenlosen (!!!) Menge für den Ausspruch der katholischen Bevölkerung auszugeben sich erdreisteten.“ Nun zog der Christusläugner und evangelische Stadtpfarrer Schellenberg weiblich wider den Papst und die Ultramontanen los, versicherte (und von seinem

*) Im Mai 1867 haben diese ausgedienten Rongeaner, auf denen vereinst die Hoffnung einer deutschkatholischen Nationalkirche beruhte, der Wahrheit endlich auch die Ehre gegeben. Sie petitionirten in Karlsruhe um Befreiung von der Eidesleistung, da sie an keinen persönlichen Gott glauben könnten, der Eid somit für sie keinen Sinn habe. Sie wurden abgewiesen, weil nur ein Gesetz ihrem Gesuche willfahren könnte, welches nicht in naher Aussicht stehe.

Standpunkte aus allerdings nicht ohne Grund), alles Heil des Staates hänge von der Trennung der Schule und Kirche ab, und beantragte eine (natürlicherweise bereits druckfertig vorhandene) Adresse an den Großherzog als Ausdruck Mannheimer Gesinnung in der Schulfrage. Unterstützt vom Lyceumsprofessor Baumann, der seinen bekannten Leispruch: die Aufgabe der Schule sei die Entchristlichung des Volkes, diesmal zum pathetischen Ausrufe zuspitzte: kein Friede ehe und bevor die Schulen des Staates gerade so confessionslos sind wie der Staat bereits geworden; unterstützt vom Rabbiner Friedmann, der übrigens selber einige gar zu scharfe und kränkende Stellen aus der Adresse gestrichen wünschte. Einstimmig und in unveränderter Fassung wurde aber die Adresse angenommen, die wenigen kirchentreuen Katholiken hüteten sich einen Widerspruch gegen das unqualificirbare Schriftstück bekannt werden zu lassen, denn sie kannten ihr Publikum und wußten, jede Einwendung würde doch nur durch ein tobendes Geschrei und körperliche Mißhandlung widerlegt. Die Adresse ward gemäß liberalem und radikalem Brauch sofort mit „zahllosen“ Unterschriften bedeckt, die Versammlung aller Confectionen aber schloß komischerweise mit einem Hoch auf die — Verfassung, auf dieselbe Verfassung von der die Rechte der Katholiken garantirt waren und deren §. 18 man soeben mit Füßen getreten hatte. Die von den größten Invektiven gegen Pius IX., den Syllabus und die badischen Katholiken strotzende Adresse fand den Nachrichten der Tagesblätter zufolge von Seite des Großherzogs die huldvollste Aufnahme.

Und abermals rannten Dienstmänner über Hals und Kopf in allen Straßen, Gasthöfen und Kneipen herum, um die Adresse sammt den kaum verflungenen Reden brühwarm auszutheilen und wieder einmal einen Ausruf „an unsere katholischen Mitbürger“ als Dareingabe zu verbreiten. Dieser Ausruf trug die Unterschrift längst bekannter Leute, die vor Zeiten einmal mit dem Wasser eines katholischen Taufsteines

benutzt worden seyn mochten, das Publikum aber regelmäßig nur dann an ihren katholischen Laufschein zu erinnern pflegten, wenn sie im Windmühlentampfe wider Rom, gegen die Jesuiten und Ultramontanen Trompeterdienste zu leisten liebten. Diese ehrenwerthen Männer forderten zum Glaubensabfalle auf, in ihrem Aufrufe stand mit fatter Schrift: „es gilt mit einem Worte uns öffentlich loszusagen von der Partei der Encyclika und zu bezeugen, daß die Katholiken der wandernden Casinos nicht die katholische Kirche des Landes bilden.“ Der Logik dieser Leute gemäß haben der Papst, Erzbischof Hermann, der gesammte Klerus so wenig mit der katholischen Kirche des Landes zu schaffen als die Katholiken welche auf der Seite derselben stehen! Sie wissen ohne Zweifel genau, Hr. Blech, zu welchem Zwecke derlei Herren es unterlassen der Kirche den Absagebrief zu schreiben und auch formell auszutreten. Ich muß Ihnen jedoch gestehen, daß ich das Verbleiben innerhalb einer Gesellschaft, welche uns so wenig behagt daß wir dem Bestande und den Zwecken derselben mit Bewußtseyn und Absicht entgegenarbeiten, in hohem Grade unmännlich und ehrlos, andererseits die Langmuth der Kirchenbehörde selbst gegen die verbissensten Gegner der Kirche in hohem Grad erstaunlich finde.

Die Nummer des „Mannheimer Anzeigers“, worin die eben erwähnte Abfalls-Dithyrambe enthalten war, wurde, wie dieß mit Aufrufen und Flugschriften solcher Art regelmäßig beliebt wird, an die katholischen Bürgermeister des Landes versendet. Während am Abend des 22. Februar die Klapperbuben *) auf dem Zuchthausplatze eine Generalprobe

*) Als die Mannheimer Schandgeschichte größern Lärm verursachte als manchen lieb war, da beeilten sich der katholische, der protestantische und sogar der jüdische Ortsschulrath in öffentlichen Blättern zu erklären, man habe am 23. Februar keine Vakanz erteilt, alle Schulstunden seien innegehalten worden und die Schüler so vollzählig wie sonst dageessen. Zum Unglücke für die Ortsschul-

abhielten, kündigte der „Mannheimer Anzeiger“ in allen Wirthshäusern und an allen Straßenecken an, Nachmittags werde „eine Partie Schwarzwildpret zum Ausbauen eintreffen.“ Dieser Witz ward köstlich gefunden, mit Recht sagte der Pöbel denselben als eine für heute gültige bill of indemnity für sich auf*).

Und das „Schwarzwildpret“ kam, arglos, ahnungslos, zahlreich. Schon am Morgen des 23. Februar bemerkte man festtäglich gekleidete Landleute aus der Umgegend. Ein Haufe Neckarschleimes versuchte einigen Casinomännern bereits an der Kettenbrücke den Eintritt in die Stadt zu verwehren, begnügte sich jedoch mit Drohungen und Schimpfereien, da er keine zehn- und zwanzigfache Uebermacht für sich hatte. Aeußerungen, die jeder Casinomann duzendfach hören mußte, z. B. heute werden die Psaffen gesteinigt! — heute wird Keiner arretirt! — warfen Streiflichter auf das abgetartete Spiel. Eine in Geschäften durch die Straßen gehende Dame aus der Umgegend hörte Schuljungen, ihre Bücher

räthe haben Mannheimer Schulbuben in den Straßen Mannheims ihre Rolle eingeübt und bis heute sind die Herren jede Antwort auf die einfache Frage schuldig geblieben: woher denn am 23. Februar die Bubenschaaren gekommen, welche von Tausenden gesehen und gehört wurden.

- *) Daß obige schändliche Aufforderung auf jede Art verbreitet werden konnte, ohne daß die Staatsanwaltschaft eine Spur von „Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Ordnung“ darin zu erblicken vermochte, ist für Baden selbstverständlich. War es doch eine der ersten Thaten der neuen Aera, gegen die katholische Geistlichkeit gerichtete Ausnahmsgesetze zu fabriciren und wird neben diesen noch heute der famose Ministerialerlaß Nr. 7009 vom 3. August 1865 gehandhabt, laut welchem gegen katholische Geistliche gerichtete Ehrenkränkungen nur nach vorangegangener Erlaubniß des Ministeriums des Innern von den Staatsanwälten geahndet werden dürfen (Offic. Altenstücke II. Heft S. 84 ff.) Der in deutschen Landen unerhörten Preßordonnanz vom 29. Juli 1866 haben wir schon früher Erwähnung gethan.

unter dem Arm oder Ränzchen auf dem Rücken, politisiren: „heute werden alle katholischen Mucker umgebracht, wie sie kommen!“ Nicht sowohl auf die Laien, die Herren Lindau und Brummel ausgenommen, als auf die Geistlichen hatten es die Väter des Mannheimer Schandtages abgesehen. Ein mit dem Oberländer Zug eingetroffener Geistlicher erzählte: „Eines Geschäftes halber begab ich mich vom Bahnhof weg allein in die Stadt. Fast keinen Schritt konnte ich gehen, ohne in's Gesicht hinein ausgehöhnt und mit finstern unheimlichen Blicken von Kopf bis zu Fuß gemessen zu werden. Gassenbuben sprangen um einen herum, Blousenmänner stießen mit drohenden Geberden blutgierige Verwünschungen und abscheuliche Zoten hervor.“ Zwei Fälle sind bekannt geworden, daß Geistliche beim Aussteigen aus dem Waggon in dem Bahnhofs sofort thätlich mißhandelt wurden; der eine erhielt einen Stockschlag in das Gesicht, dem andern wurde eine wuchtige Ohrfeige von hinten applicirt. Die Thäter waren Juden, die sich nach vollbrachter Heldenthat sofort aus dem Staube machten. Trotz des §. 13 des badischen Preßgesetzes, welcher das öffentliche Austheilen oder Hausiren mit Druckschriften ohne obrigkeitliche Erlaubniß verbietet, vielleicht mit solcher Erlaubniß ausgerüstet, jedenfalls unbehelligt durch diesen oder jenen müßig zuschauenden Wächter des Gesetzes theilten Dienstmänner und Schulbuben Zeitungen, die Adresse, Reden und den Aufruf von gestern an Casino-Männer aus.

Mittags sammelte man sich am Bahnhofs, die Eisenbahn brachte den letzten und stärksten Zuzug. Wohl 3000 Männer entschlossen sich zum gemeinsamen und geordneten Einzuge in die Metropole der Humanitätsritter und Freiheitsentwickler Badens. Man kannte die Vorkommnisse der letzten Tage, die Aufregung des systematisch gehegten Pöbels, das Verbot in der Kirche sich zu versammeln. Allein man kannte nicht minder die Feigheit dieses Pöbels, man vertraute auf den Schutz einer durchaus gesetzlichen Versammlung, man

glaubte an die Zurücknahme des Verbotes. Der Zug setzte sich in Bewegung, umschwärmt, empfangen und gefolgt von einer anschwellenden Menge Gesindels in Herrentracht wie in Blousen. Wildes Geschrei, gellende Pöffe, Capriolen der Klapperbuben, dumpfer Lärm. Die Casinomänner nahmen dieß Alles gemüthsrühig, ja heiter hin.

Indessen waren die Eingänge der katholischen Kirchen, insbesondere der Jesuitenkirche, in der man das Casino abzuhalten beabsichtigte, von Gendarmen und Polizeidienern besetzt worden. Geistliche und weltliche Herren fanden sich im Pfarrhose. Der übergroße Dienstfeifer eines Polizeidiener's suchte einem Geistlichen sogar den Eintritt in das Pfarrhaus streitig zu machen, doch wirkte die angerufene Intervention des in der Nähe stehenden Polizeicommissärs. Der Zug näherte sich der Jesuitengasse, die Herren Brummel, Einbau und greise Dekane an der Spitze. Man hoffte zuversichtlich die Zurücknahme des Verbotes, laut welchem die katholischen Kirchen den Katholiken von einer angeblich confessionslosen Staatsbehörde verschlossen worden waren. Allerdings stützte sich das Verbot auf einen Paragraphen des Vereinsgesetzes, allein es widersprach dem Geiste der 1860er Gesetze, dem unaufhörlich betonten Grundsatz der Freiheit und Selbstverwaltung. Die Leute waren einmal da, es war von Seite der Behörden durchaus nichts geschehen, um rechtzeitig das Casino abbestellen zu können*).

*) Die officiöse „Karlsruher Zeitung“ entblödete sich nicht, in ihrer peinlichen Verlegenheit der Welt und insbesondere auch dem Augsburger Westblatt nachträglich vorzuschwindeln, die Abhaltung des Casino überhaupt sei gemäß §. 7 des Vereinsgesetzes (von 1851!) bezirksamtlich verboten worden. Das Bezirksamt hatte bloß und zwar ganz auffallend spät die Abhaltung in einer der Kirchen untersagt. Dieselbe Karlsruher Zeitung aber, welche sich sehr häutete auf eine gerichtliche Untersuchung der Vorfälle vom 23. Februar zu bringen, behauptete in demselben Athemzuge mit unnachahmbarer — Redheit: nur etwa 500 Casinobesucher seien gekommen; es sei

Immer größer ward der Lärm, immer frappanter einer Straßenrevolution ähnlich die „öffentliche Ruhe und Ordnung“ in den Straßen Mannheims. Links und rechts, vorausseilend und nachdrängend, gut gekleidete Schulbuben und abgeblaßte Seitenstücke der Pariser Gamins mit Ratschen und Pfeifen lärmend; verhezte Arbeiter, Bassermann'sche Gestalten, theilweise mit Bengeln bewaffnet, brüllend und fluchend; dazwischen hegende Juden und sonstige Elegants, selbst gesinnungstüchtige Damen neben Gestalten der Demi-Monde. Alle Thüren geschlossen, alle Kreuzstöcke mit lachenden oder schimpfenden Zuschauern jedes Alters und Geschlechtes besetzt. Infanterie und Dragoner in den Kasernen conſignirt, die Hauptwache und andere Militärposten so schwach oder stark wie an jedem gewöhnlichen Tage, von der so zahlreichen Schutzmannschaft kaum eine Spur, ausgenommen vor den Portalen der katholischen Kirchen. Immer größer die Menge, immer lärmender und drohender deren Haltung, immer frecher und blutdürstiger die Schimpfreden, Verwünschungen und Drohungen. Mit einer nur aus der weltbekannten deutschen Geduld zu erklärenden Kaltblütigkeit ließen die Casinomänner — worunter so viele handfeste Landleute — Alles über sich ergehen, da die Pöbelrotten trotz ihrer Wuth keinen thätlichen Angriff wagten. Mit richtigem Instinct fühlten die katholischen Männer heraus, sie seien in eine großartige Falle gerathen, man wolle eine tüchtige Straßenprügelei. Sie ahnten, keineswegs zu ihrem Schutze stünde die bewaffnete Macht in den Kasernen bereit. Man werde den katholischen Steuerzahlern selbst gerechte Noth-

den Behörden gelungen, insbesondere die Geistlichen zu schützen, der Umsicht und Energie derselben sei es zu verdanken, „wenn die Aufreizungen der Veranstalter des Casino (!) nicht zu größeren Excessen geführt haben“; man habe „von den geweihten Räumen der Kirche die ärgerlichsten Vorfälle fernhalten wollen“ und dergleichen mehr.

wehr zum Verbrechen gegen den Staat stempeln und davon Anlaß nehmen, das Recht der Kirche noch schamloser als bisher zu unterdrücken, die Katholiken des Landes noch stärker als bisher in die Fesseln der schenkelsch-freimaurerischen Parteiwirthschaft schlagen.

Der Zug machte Halt in der Nähe der Jesuitenkirche, empfangen von einer neuen Masse gedungener und freiwilliger Lärmmacher, welche sich unbehelligt von den Wächtern der öffentlichen Ruhe und Ordnung auf dem Platze vor derselben aufgestellt hatte. Die Führer begaben sich sofort in den Pfarrhof. Auf den Antrag des Rechtsanwaltes Brummel ward ein neues Lokalcomité constituirt. Ein von sämmtlichen im Pfarrhof anwesenden Herren unterzeichnetes Gesuch, die Jesuitenkirche der Versammlung mindestens zur Verrichtung eines kurzen Gebetes zu öffnen, worauf man dieselbe in Ruhe entlassen werde, wurde von den Geistlichen der obern Stadtpfarrei schleunigst dem Stadtdirektor überbracht. Von diesem brachte man ein entschiedenes Nein zurück. „Jetzt fort auf bayerischen Grund und Boden, auf über den Rhein nach Ludwigshafen!“

In der Zwischenzeit waren beim letzten Quadrat vor der Jesuitenkirche die Massen ungeheuer angeschwollen, die Hintenstehenden drängten die Vordern. Einige Polizeidiener machten den lächerlichen Versuch, Tausende zurückzudrängen. Dadurch wuchs die Aufregung. Die Reihen der Casino-männer wurden durchschnitten, bereits kam es zu einzelnen Püffen und Stößen. Jetzt öffnete sich die Thüre des Pfarrhauses. Man sah zwei Geistliche der Jesuitenkirche zuschreiten; die Führer abermals an der Spitze, suchte der Zug sich durch den Schloßgarten in Bewegung zu setzen. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich das Gerücht, das Casino soll nunmehr im Schloßgarten abgehalten werden. Jetzt ward das Signal gegeben, der Tanz ging los; das „Stückchen Faustrecht“, wovon der Pfaffe der Allg. Zeitung so hämisch prophezeit, ward in Scene gesetzt, das „Aushauen des Schwarz-

wildpretes“ begann. Das einem fürchterlichen Sturmwinde ähnliche Zischen, Klappern, Pfeifen, Schreien und Toben wurde zum bestialischen, höllischen Wuthgebrülle. Die Geister der Sanskulotten und Hallenweiber von 1793 schienen der Unterwelt entstiegen zu seyn. Der Schloßgarten war bereits besetzt. Steine, Roth, Eisstücke hagelten besonders auf die Geistlichen. Wie durch ein Wunder gelangten Brummel, Lindau und mancher geistliche Herr ohne erhebliche Verletzungen nach Ludwigshafen hinüber. Weit aus die große Mehrzahl der Casinomänner vermochten nicht mehr ihnen zu folgen, sie wurden abgeschnitten, zerstreut und beeilten sich aus der Metropole der badischen Intelligenz, Bildung und Toleranz hinauszukommen. Daß keine blutigen Scenen in großem Maßstabe und kein Mord durch Steinwürfe oder Brügelhiebe vorgekommen, wird den Zeugen des Mannheimer Schandtages stets unerklärbar vorkommen.

Am Schloßgarten Auflösung, Gedränge, Flucht, schreckliches Durcheinander. Hier war es, wo ein Greis einen Messerstich bekam, natürlich in den Hinterkopf, denn die Helden des 23. Februar zeigten durchschnittlich bloß den Muth heimtückischer Meuchler. Der Thäter suchte sich durchzuwinden, doch die Seinen hielten ihn für einen „Casinonier“, man schrie ihm nach, er erhielt Fußtritte, taumelte und ward gefangen. Der Verwundete war ein Mitglied der Stiftungscommission des benachbarten Eppelheim*). Zur Ehre des

*) Um die allerdings genugsam bekannte Wahrheitsliebe der liberalen und radikalen Journalistik doch durch ein Beispielchen zu illustriren, sei hier der „Mainzer Zeitung“ gedacht, deren Correspondent versicherte: „ein Mitglied des Casinos zog ein Messer, war jedoch so unvorsichtig (!) statt des Angreifers (?) einen Collegen zusammen zu stechen, der sogleich in's Spital verbracht werden mußte. Der Thäter wurde von handfesten Fäusten in Empfang genommen und nur einer Abtheilung Soldaten war es möglich ihn mit gefälltem Bajonett zu befreien und in Haft zu bringen“!

ehrenwerthen und bessern Theiles der Mannheimer Bevölkerung sei es gesagt, daß einzelne Gegner des Casinos ihrer Entrüstung ob der an einem wehrlosen Greise verübten Frevelthat Lust machten, doch ihre Stimme verhallte im Wuthgeheul der Bestien in Mannheimer Menschengestalt, die im Musterstaate auch einmal handelnd auftreten durfte.

„Unter Wuthgeheul“ (so schrieb ein sonst sehr ruhiger Geistlicher) „unter Wuthgeheul drangen Schulbuben, Spanner und Packer, Fabrikarbeiter, Bassermann'sche Gestalten jeder Sorte, namentlich auch dunkelbärtige Judenbuben, die als Aufhezer unermüdlich waren und im Bewußtseyn völliger Sicherheit und handgreiflicher Protektion auch einmal ihr Muthchen fühlen wollten, auf uns ein. Sie bewarfen uns mit Roth und Steinen, Stöcke wurden erhoben, verborgene Hämmer kamen zum Vorschein und wurden zur Züchtigung des Ultramontanismus benützt. Welche Gefühle uns bestürmten, läßt sich nicht in Worte fassen. Mannheim glich etwa Jerusalem am Charfreitag vor 1832 Jahren.“ —

„Dort wird (also schildert ein anderer Augenzeuge die haarsträubende Scene) ein Pfarrverweser, mir persönlich als ein milder und friedfertiger Charakter bekannt, von einer Rote vorwärts gestoßen, große Steine schleudern sie aus einer geringen Entfernung auf den Rücken des Mißhandelten. Bleichen Angesichtes dreht er sich um; es hagelt Stockschläge auf ihn herab, man reißt ihm den Hut vom Kopfe, zertritt ihn. Einige Schritte weiter schlägt man einem mit Orden geschmückten Geistlichen den Hut vom Kopfe und ein halbsaustgroßer Stein trifft seine Stirn, gleichzeitig flogen viele Steine auf, der alte Herr stürzt zu Boden, er soll von den Soldaten am Zollhause, welche dem Mordspektakel bisher mit verschränkten Armen müßig und ordregemäß zugeschaut, weggetragen worden seyn. Einem anderen Geistlichen schlägt ein Jude die Hand ins Gesicht und zertrümmert dessen Brille. Von allen Seiten gellte der Ruf: Schlagt sie todt, die Hunde! — werft die Pfaffen in den Rhein! — hinaus mit

den Ruhestörern! Als viele Casinomänner über die Brücke flüchteten, brüllte man ihnen nach, sie sollten nicht über den Rhein, sondern in den Rhein. Und nur mit knapper Noth entging ein Geistlicher diesem Schicksale, indem er im letzten Augenblicke von Casinomännern gerettet wurde.“

Wir haben ein Stück Culturgeschichte vor uns, Herr Rath! ein Stück Culturgeschichte aus der liberalen und humanen Welt, den Anfang vom Ende des Liedes der „freiheitlichen Entwicklungen“ sowie der „sorglichsten Wahrung der katholischen Interessen“, wovon Minister Lamey mit seinen Volkstribunen der aufgeklärten Stupidität schon so oft, so laut und so rührend vordeklamirt hat. In Ihren Kreisen redet man bereits nicht mehr gern vom 23. Februar, man möchte Gras darüber wachsen lassen, die Saat hat eben vielfach andere als die erwarteten Früchte getragen. Allein wir müssen und wollen davon reden, so lange und laut als möglich, mehr als ein Weckruf thut dem katholischen Deutschland noth. Der Mannheimer Schandtag kann als Beweis dienen, daß die moderne Cultur mit ihrer durch und durch verlogenen Freiheitsliebe und Volksliebe auf dem direkten Wege zu allen Gräueln der ersten französischen Revolution wandelt. In Baden ist die Zeit der Epigonen eines Lafayette und Mirabeau längst vorüber; die Epigonen der Marats, Heberts, Saint Just dürsten nach Geltung und Thaten. Zum gewaltigen Unterschiede von damals gilt die Wuth des geknechteten und verarmenden Volkes nicht sowohl den Junkern und Pfaffen, als dem Raubritterthum der Fabriten, den Souveränen der Maschine. Die Herren sehen dieß wohl ein und darin liegt ein Hauptgrund für die unsäglichen Bemühungen, den ferngesunden Instinkt der Massen irre zu leiten, damit die heranziehenden Ungewitter abermals ob den Häuptern der katholischen Geistlichen und ihrer Anhänger sich entladen. Der „Ultramontanismus“ soll die Dienste eines Blizableiters verrichten. Wie viele deutsche Vaterländer gibt es, in denen nicht mindestens die im Dun-

keln schleichende und doch so bekannte Partei an der Herbeiführung von Zuständen nach neubadischem Muster arbeitet?*) Zum Frommen des katholischen Deutschlands, mein liebenswürdigster Herr Rath! muß ich daher noch Einiges erzählen, wovon selbst die handvoll katholischer Blätter nichts berichtet haben, geschweige die andern. Vor mir liegen Briefe von Opfern und Zeugen des Mannheimer Schandtages, Briefe geistlicher Herren, deren Name und Eid ich weder Ihren Freunden noch sonst Jemanden vorenthalten würde, falls man Lust trüge ernstlich darnach zu forschen.

Der Pfarrer des kaum ein Stündchen von Mannheim entfernten Ortes Käfersthal, dessen Name durch ein siegreiches Gefecht der Aufständischen von 1849 wider die Reichstruppen einigermaßen bekannt geworden, hatte mit 2 Geistlichen aus dem benachbarten Hessen (Firnheim) sich gleichfalls in die Stadt begeben. Indem sie in einem Kaufhause bei einem Optikus noch Einkäufe machten, verspäteten sie sich und konnten dem Zuge der Casinomänner sich nicht mehr anschließen. Bereits auf dem Wege zum Kaufhause waren die „Pfaffen“ insultirt, ausgepiffen und verhöhnt worden. Als sie dem Optikus ihr Leid klagten, erwiderte dieser: er verabscheue derartige Rohheiten, allein er dürfe nichts sagen,

*) Seit dem trauervollen Bruderkriege des Jahres 1866 haben demokratische Blätter auch bezüglich der inneren Zustände Badens vielfach der Wahrheit die Ehre gegeben. In jüngster Zeit ist endlich auch ein ehrlicher Demokrat mit offenem Visier daran gegangen, Risse in das ungeheure Lügennetz zu reißen, welches seit 1860 über Baden gesponnen und mit Flitter aller Art ausgeziert worden ist. Es ist dieß der badische Abgeordnete v. Feder, ein nichts weniger als kirchenfreundlicher aber ehrlicher Mann, der die Trennung des Staates von der Kirche denn doch ganz anders versteht als Stuhlmeister Bluntschli mit seiner Fremdenlegion. Kaum war sein erstes Schriftchen erschienen, da regnete es anonyme Schmähartikel und Pamphlete wider ihn, die Vogelfreiheit der Ultramontanen ward auch ihm zu Theil.

„wenn er seines Lebens sicher seyn wolle.“ Um die Geistlichen wenigstens vor Thätlichkeiten sicherer zu stellen, begleitete er dieselben in eine Schreibmaterialien-Handlung, in der sie gleichfalls Einkäufe machten. Der Zug der Casinomänner konnte unmöglich mehr eingeholt werden. Beim Austritte aus dem Laden beriethen sie was nun anzufangen sei — überflüssig genug, denn die Antwort war bereits da: eine wilde Rotte Schwarzwildpretahauer war der Schwarzröcke kaum anständig geworden, so stürmte sie schreiend und tobend auf dieselben los, rasch zu einem Haufen von mehr als 100 Kerls anschwellend. Unter bestialischem Gebrüll wurden die drei Geistlichen durch die breite Straße der Kettenbrücke getrieben. Alle Thüren links und rechts verschlossen, die Fenster von Schaulustigen besetzt. „Haben wir die Pfaffenbunde nur einmal vor der Stadt, dann werden wir bald mit ihnen fertig seyn!“ Derlei Aeußerungen gellten in die Ohren der Geheetzten, während im Geschrei des anwachsenden Pöbelhaufens mit den Ausbrüchen des Tobsüchtigen das Brüllen des Schweines, das Geplärre des Kalbes, das Gebrüll des Ochsen und das Geheul des Schakal hundertfach sich mischte. In solcher Begleitung gelangten die Aermsten an der Hauptwache schußlos vorüber bis zum „rothen Löwen“, dessen Thüre ausnahmsweise offen stand. Noch wenige Schritte und — Kettenbrücke und Martyrium wären erreicht gewesen. Da wards dem alten Pfarrer von Käserthal mit seinen langen schneeweißen Haaren, als flüsterte ihm eine Stimme ins Ohr: springt eilends da hinein, sonst seid ihr verloren! Er that's mit seinen Gefährten. „Herr Lanz, redete der Pfarrer den ihm wohlbekannten Eigenthümer an, retten Sie uns, Sie sehen unsere Lage!“ Ja, was in meiner Macht steht, soll zu Ihrer Rettung geschehen! erwiderte der wackere Mann. Augenblicklich ließ er das Einfuhrthor schließen, schickte nach Polizeimannschaft und führte die Geistlichen in den obern Stock seiner Wohnung. Der gegen mehrlose Priester so übermäßig tapfere und mordsuchtge

Pöbelhausen hütete sich sehr die Brauerei zu stürmen. Nach der Ankunft zweier Polizeidiener wurden die Geistlichen durch mehrere Hintergebäude in eine Seitenstraße verbracht. Dort harrte eine Droschke und fort ging's im Galopp und scharfen Trab, vom Wuthgeschrei des geäfften Pöbels begleitet und von den leichtfüßigsten Gesinnungshelden bis auf die Käserthaler Gemarkung verfolgt.

Ein nach Ludwigshafen hinübergelangter Geistlicher schrieb einem Freunde: „Ein solch diabolisches, bestialisches, unmenschliches Gebrüll mag noch selten gehört worden seyn und unheimlichere Gefühle haben meine Brust noch niemals bewegt als auf dem Wege durch die enge Jesuitengasse. Denn von unserm Eintritte in den Hofgarten bis zur Rheinbrücke schwebten wir in beständiger Todesgefahr. Von Hecken und hinter Mauern hervor flogen Steine auf uns, während die Wüthendsten mit Knütteln und in Sacktücher gebundenen Steinen Einzelne, die nicht rasch genug vorwärts zu kommen vermochten, zu Boden schlugen und nach argen Verwundungen nur mit Mühe von unsern meist gänzlich unbewaffneten Leuten von der Massakrirung zurückgetrieben wurden. „Berr — Psaff! — da, Psaff, hast wanderndes Casino!“ brüllten die Unmenschen und dabei regnete es Steine und Prügelhiebe über Kopf und Schultern. Die Rechte, mit der ich mich vor den Steinen zu schützen suchte, wurde mir dermaßen zerquetscht und zugerichtet, daß ich noch heute nur mit Mühe und Schmerzen zu schreiben vermag. Ein anderer Pfarrer, der einen mit einem Orden geschmückten Frack trug, ward mit Steinwürfen am Kopfe verwundet, daß er niederstürzte. Er mußte in das Zollhaus am Rhein getragen, ausgewaschen und per Chaise nach Hause gebracht werden*).

*) Es war dieß Pfarrer Thommes von Alvensheim, ein naturalisirter Preuße, früher Feldprediger, auch als gewandter Schriftsteller bekannt. Er erhielt nicht die geringste Genugthuung, denn am 23. Februar wurde mit Ausnahme des erwähnten Meuchlers, den

Zwei ältere Geistliche (der Kammerer von Dossenheim und der Dean von Wiesenthal) schritten vom ärgsten Tumulte etwas entfernt ruhig der Rheinbrücke zu, als auf einmal wüthend auf sie losgehämmert wurde. Der Eine von ihnen trug ohnehin schon in Folge eines Steinwurfes eine faustgroße Beule am Kopfe. So gelangten wir in steter Todesgefahr und nach Erduldung abscheulicher Brutalitäten auf die Rheinbrücke und damit auf neutrales Gebiet. Nun werden Sie erstaunend fragen: Wo blieben denn die in Mannheim so zahlreichen Wächter der öffentlichen Sicherheit? Weiß man doch, daß die „öffentliche Ruhe und Ordnung“ augenblicklich als gefährdet erachtet und mit Gefängniß „nicht unter 4 Wochen“ gesühnt wird, sobald einem katholischen Blatte ein nicht genugsam überlegter und gewählter Ausdruck oder einem Katholiken eine Wahrheit in derber Form entschlüpft! Nun, der großartigsten Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung, welche in ihrer Art auf deutschem Boden bisher vorgekommen, sahen Polizeidiener, Gendarmen, Grenzwächter und Soldatenposten müßig zu. Wo ist der Dummkopf in Europa, der sich vormalen ließe, all diese Leute hätten ohne besondere und strenge Instruction ihrer Obern solche Neutralität beobachtet? Haben bei dem Massacre der syrischen Christen die türkischen Soldaten nicht ähnlich sich benommen? Hätten wir einen etwas längeren Weg zurückzulegen gehabt, so wären wir am hellen Mittag in einer vollreichen Stadt, unter der Hegide einer Regierung, die von Lohnschreibern seit Jahr und Tag als Musterregierung der Freiheit und Selbstverwaltung sich belobhudeln läßt, während des Bestandes einer Verfassung deren Paragraphen Gewissensfreiheit, die Rechte der Kirche und die Gleichberechtigung aller Staatsbürger garantiren und die vom ganzen Beamtenheer von zu oberst bis zu

man für einen Casinomann gehalten und laufen gelassen sobald der Irrthum aufgeklärt war, kein Tumultuant arretirt.

unterst beschworen ist, im Rayon einer zahlreichen Garnison, Angesichts der zumeist von katholischen Steuerzahlern zehrenden Sicherheitsmannschaften elendiglich ermordet worden.“

Dem Pfarrverweser von Waldmühlbach ward vermittelst einer von hinten, höchstwahrscheinlich von jüdischer Hand applicirten Ohrseige der Hut vom Kopfe geschlagen. Momentan aufgeregt und seiner Körperkraft sich bewußt, lehrte er sich um mit der Aufforderung, wer etwas mit ihm haben wolle, möge vortreten. Die Wichte stuzten, Keiner trat vor. Beim Weitergehen warf man den Geistlichen mit Steinen und schlug ihm den Hut nochmals und abermals von hinten vom Kopfe. Seines Heilandes, der katholischen Interessen und der entfesselten Bestie eingedenk, die heute keinerlei Schranken zu beachten hatte, verzichtete er auf Gegenwehr und erreichte verwundet aber doch noch lebend die Rheinbrücke.

Ein gebürtiger Mannheimer schrieb: „Zweimal stand ich in Lebensgefahr. Rasche Entschlossenheit rettete mich das erste-, schlaue Flucht das zweitemal aus den Händen von 6 Kerls nebst etwa 20 Buben. Ich war allein und suchte in aller Ruhe die Brücke zu gewinnen. Ich weiß nun, wie Todesangst schmeckt. Du kennst keine Furcht an mir, aber was anfangen wider solche Uebermacht? Unser guter H. ist auch übel zugerichtet wieder heim. E . . . von hier, ein ausgezeichneter Katholik, wurde zuerst beschimpft, dann durch Steinwürfe im Gesicht und am Kopfe verwundet, hierauf zusammengerissen und im Rothe herumgezerrt. Ich sah Leute auf dem Boden liegen, ob lebendig oder todt, war nicht mehr zu unterscheiden. Viele Geistliche wurden schrecklich mißhandelt. Die Hände über dem Kopf geschlossen, aller Verwundung ausgesetzt, bat ein Pfarrer nur noch um sein Leben, ich sah seine Finger bluten. Einen beleibten Geistlichen sah ich zu Boden werfen und ihm die Kleider vom Leibe reißen“ u. s. f.

Herr Blech, wünschen Sie noch mehr zu hören von den

landkundigen Geheimnissen des 23. Februar, von „Männern der Spannerstadt“ oder dem badischen Damascus? Ich könnte dienen, vielleicht gerade deshalb am besten dienen, weil meine Benigheit sich nicht in der Lage befand Mannheim zu besuchen oder irgend einem der in Baden abgehaltenen Casino's anzuwohnen. Allein ich will nicht. Der moralische Ekel ob solchem Treiben hält mich davon ab, er verleiht meiner Feder Flügel, damit ich zu Ende komme.

Mit dem Schlachtenruf: Schlagt sie todt, die Hunde! welchen Monate zuvor die in nächster Berührung mit dem jeweiligen Ministerium stehende „Landeszeitung“ angestimmt hatte*), suchten Pöbelmassen den Casinomännern auch über

*) Alle Vorwürfe, welche der geniale Cassale der liberalen Fortschritts-
 presse zugeschleudert, treffen die von einem Lycealprofessor Hauser
 in Karlsruhe redigirte „Badische Landeszeitung“, daß sie dereinst
 für das „gute Recht“ des „alleinberechtigten“ Augustenburgers
 schwärmte, am „Junker Bismark“ kein gutes Haar ließ und wider
 Preußen und Oesterreich auf ihrem Löschpapier viele tausend Frei-
 willige entsendete, heute aber, allerdings von Berlin aus „ange-
 regt“, nicht bloß die Annexionen vertheidigt, sondern um Anglie-
 derung Badens an den norddeutschen Bund unaufhörlich winselt
 und bittelt, vor dem großen Realpolitiker Grafen Bismark webednd
 im Staube liegt. — Dieselbe „Badische Landeszeitung“ welche schon
 im Spätjahr 1864 wiederholt, straflos und mit dürren Worten zum
 Todtschlagen der Katholiken aufgefodert, war im vorletzten Som-
 mer von Berlin aus kaum recht „angeregt“, so brachte sie Artikel
 mit der infamen Beschuldigung, es habe ein Plan bestanden, für
 den Fall des Sieges der österreichischen Waffen die Protestanten in
 Baden zu plündern und ihnen die Hälse abzuschneiden. Die katho-
 lische Presse forderte Beweise und als dieselben leicht begreiflich nicht
 geliefert wurden, so schleuderte sie der Landeszeitung den Vorwurf
 „ehrloser, hubenhafter Verläumdung“ entgegen. Das Blatt hat
 diesen Schimpf bis heute auf sich sitzen lassen. Wer aber Partei
 für dasselbe ergriff, war der „evangelische“ Oberkirchenrath
 zu Karlsruhe. Derselbe ließ nämlich sich im amtlichen Bescheide
 auf die 1866 abgehaltenen Diöcesansynoden unter andern also ver-
 nehmen: „Wir können nicht ganz mit Stillschweigen übergehen,

die Rheinbrücke nachzubrängen, doch dieß ward nicht geduldet. Auf badischem Grund und Boden mochten badische

daß in einer ziemlich großen Anzahl von Berichten erwähnt wird, wie im Laufe des Jahres 1866 die confessionelle Gereiztheit wieder eine Höhe erreicht habe, die in manchen Landestheilen bei den Protestanten ernste Befürchtungen hervorrief. Wir müssen Kenntniß von diesen Äußerungen nehmen. Wir bedauern ernstlich, wenn der Streit der Confessionen sich wieder in einer Weise verschärft hat, wie wir es vor Jahren kaum mehr für möglich gehalten hätten. Wir haben Gott dafür zu danken, daß die Gefahr schnell vorüberging. Vor Allem aber wollen wir unsere Gemeinden an die Aussprüche der heiligen Schrift erinnern: Vergeltet Niemanden Böses mit Bösem (Röm. 12, 17). Laß dich nicht das Böse überwinden, sondern überwinde das Böse mit Gutem (Röm. 12, 21).“ Also der evangelisch-protestantische Oberkirchenrath in Nr. IV seines Verordnungsblattes vom 12. März 1867. Natürlich schlug die katholische Presse sofort Lärm und forderte auch vom Oberkirchenrath Beweise, Untersuchung, Rechtsschutz wider derartige Kränkungen. Unterm 21. März bemerkte das erzbischöfliche Ordinariat dem Oberkirchenrathe, obige Publikation begründe in der öffentlichen Meinung die Annahme als seien die Katholiken verbrecherischer Absichten wider ihre protestantischen Mitbürger bezüchtigt worden. Das Ordinariat sei verpflichtet, einerseits die Ehre und die Rechte der Katholiken gegen jeden widerrechtlichen Angriff zu vertheidigen, andererseits aber auch wirklichen Excessen derselben und insbesondere Störungen des confessionellen Friedens entgegenzutreten und vorzubeugen. Der Oberkirchenrath scheine im Besitze ausreichender Beweismittel für die von ihm behauptete Gefahr zu seyn. Er möge entweder diese Beweismittel baldgefälligst mittheilen oder erklären, daß von Seiten der Katholiken den Angehörigen der evangel.-protest. Confession keine Gefahr resp. nichts Böses gedroht habe. Hierauf erwiderte der Oberkirchenrath unterm 9. April: die betreffende Stelle gründe sich auf Mittheilungen aus den verschiedensten Theilen des Landes „auf welche wenigstens im Allgemeinen eine kurze Erwiderung gegeben werden mußte.“ Zu einer weiteren Verfolgung der Sache habe man keine Veranlassung gehabt, da nach dem Kriege die Ruhe wieder eingetreten sei, man könne es im Interesse des confessionellen Friedens nicht für geeignet halten, jetzt wieder darauf zurückzukommen. Die Diöcesanprotokolle und Berichte könne man einer Behörde für

Steuerzahler dem süßen Plebs preisgegeben werden, ähnlich wie dereinst im Circus zu Rom die Christen der ersten Jahrhunderte den systematisch gereizten und ausgehungerten Bestien der Wüste. Aber neutrales Gebiet verletzen, den Skandal auf bayerischem Boden fortsetzen, ward als nicht im Interesse des badischen Staates liegend erachtet. Dieß mußte verhindert werden. Genau wie 1849 schrie der standalsüchtige Pöbel: brennt den Brückenkopf ab! doch jetzt versperrte die Wachmannschaft den Weg und der Anblick einiger Gewehrläufe war vollkommen genügend, das Volk der Herren Achenbach, Schellenberg und Compagnie schleunigst abzuführen und zur Umkehr in die Metropole der badischen Toleranz zu bewegen.

Einige 100 Casinomänner hatten um geistliche Herren, um Lindau und Brummel im Dauth'schen Saale zu Ludwigsbafen sich gesammelt. Aber eine Anzahl der Verfolger war

welche dieselben nicht bestimmt seien, nicht mittheilen, und zur Abgabe der gewünschten Erklärung sei man außer Stand. Schon am 11. April erwiderte das Ordinariat, es nehme Akt davon, daß der Oberkirchenrath die so schwer wiegende und weittragende Beschuldigung der Katholiken zwar wiederholt, den Thatbestand aber keineswegs begründet und die Beweismittel keineswegs mitgetheilt habe. Wenn zu einer weiteren Verfolgung der Sache keine Veranlassung vorlag, so sei eine öffentliche und kirchliche Behörde nicht berechtigt gewesen, trotzdem und zu einer Zeit in welcher wiederum Ruhe eingetreten seyn soll, die fragliche Beschuldigung öffentlich auszusprechen. Solche öffentliche Verdächtigungen seien der Wahrung und Festigung des confessionellen Friedens wenig förderlich, in dessen Interesse allein eine Erklärung verlangt worden sei. Da letztere nicht erfolgte: „so erklären wir hiemit öffentlich die erwähnte, öffentlich erhobene Beschuldigung gegen die Katholiken in Baden als durchaus unbegründet und unwahr.“ Die ganze Correspondenz in dieser Angelegenheit wurde sofort im Anzeigebblatt der Erzdiocese Freiburg Nr. 6 vom 17. April 1867 veröffentlicht. Der evangelisch-protestantische Oberkirchenrath hat dieß stumm hingenommen.

nachgedrungen, und auch hier drangen Tumultuanten ein, bekannte Gestalten, einzelne darunter einst in contumaciam schwer verurtheilt aber von der neuen Aera sympathisch amnestirt, endlich confiscirte Gesichter aller Art. Ihre trotzigsten Rufe: Casinobier her! und ihre Unheil verkündenden Mienen verriethen deutlich genug, was sie im Schilde führten. Das vor mir liegende Schreiben eines wackern Landpfarrers lautete übereinstimmend mit allen sonstigen Aussagen: „Bewunderungswürdig war das kräftige Auftreten und der todesverachtende Muth der Herren Lindau und Brummel, auf deren Leben es offenbar abgesehen war. Sie imponirten den gedungenen Meuchlern dermaßen, daß Keiner sie anzugreifen wagte. Die bayerische Behörde verschaffte uns endlich Ruhe, die Krawahler mußten den Platz räumen. *Nou verlaure! verlaure!* höhnten einige abziehende Juden einem gerade zur Thüre hereintretenden Geistlichen entgegen. Der Polizeikommissär erklärte, nur mit besonderer Erlaubniß der königlichen Regierung dürste von Ausländern eine Versammlung abgehalten werden. Solche Erlaubniß hatte man natürlich nicht eingeholt und konnte auch nicht mehr eingeholt werden.“ Die Mehrzahl begab sich auf den Heimweg; man kam unbehelligt durch Mannheim, dessen künstlich gemachte Aufregung sich bereits gelegt hatte. Viele Geistliche jedoch die genau sam erkannt hatten, sie seien in erster Linie als Opfer des Krawalles auserlesen gewesen, übernachteten in und um Ludwigshafen und kehrten erst am andern Tage zu ihren Heerden zurück. Sie haben wohl daran gethan. Noch am Abend des 23. Februar packten einzelne Schurken im Bahnhofe Reisende an, in welchen sie verkleidete „Passe“ vermutheten und ohne das energische Dazwischentreten eines Bahnbeamten würde es einigen Angefallenen schlimm genug ergangen seyn.

Also der Verlauf des 23. Februar 1865, der die Geschichte der vorgeblichen Freiheitsmänner und die Geschichte der Stadt Mannheim länger brandmarken dürfte, als es

badische Minister gibt. Am 23. Februar ist der Sinn der dunkeln Rede des Ministers v. Roggenbach: „schon der geistige Conner zwischen Baden und Jungitalien erheische die Anerkennung des neuen Königreiches,“ so recht kund geworden. Wie die Geheimen im Lande der Citronen und Pomeranzen mit dem Schlagworte *libera chiesa in libero stato* den christlichen Glauben und jegliche Moral systematisch untergraben, die Kirche ihrer Rechte und Güter berauben, die Geistlichen und Gläubigen vogelfrei und selbst das Innere der Kirchen zum Schauplatze organisirter Scandale machen, und darauf hinarbeiten ihren Großmeister auf den Stuhl Petri zu setzen, also soll auch im Garten Deutschlands ähnlich gewirthschaftet werden. Schade, daß alles Wühlen und Scandalmachen nach jungitalischem Muster auf deutschem Boden die ersehnten Früchte nicht so rasch und üppig tragen will als die Koryphäen des Neuheidenthums wünschen. Selbst der Mannheimer Schandtag hat seinen Zweck verfehlt und den Urhebern wohl Verachtung und Schmach, aber sehr geringen Nutzen gebracht. Mit einer wahren Besessenheit verherrlichte die servilliberale Presse den 23. Februar, forderte offen und energisch zu Nachahmungen auf und brüllte ihr schon oft gehörtes Lied von der Nothwendigkeit des Abfalles von Rom und vom Freiburger Kirchenregiment. Natürlich ganz unbestraft. Die Preßlataien, manche Volkstribunen, jugendliche Agitatoren im Staatsdienerrock, notorische Logenmänner, enragirte Christushasser im „evangelischen“ und reformjüdischen Lager sind sehr unschuldig daran, daß Baden nicht sofort ein erweitertes Mannheim wurde, in dessen Städten die Scenen vom 23. Februar sich wiederholten. Denselben Herren gebührt jedoch das unfreiwillige Verdienst, erheblich dazu beigetragen zu haben, daß seit 1860 in keiner einzigen katholischen Gemeinde des Landes auch nur eine Handvoll Katholiken von ihrer Kirche abgefallen sind. Selbst die abgestandenen und verkommensten scheuten vor der Lächerlichkeit zurück, durch das Geschreibsel und Geschrei notorischer

Neuheiden, Freimaurer, Kirchenschänder und zweier abgefallener Pfaffen zum „wahren Katholicismus“ sich bekehren zu lassen.

Je aussichtsloser das wüthende Gebahren der Dienst männer der neuen Aera, desto größer die Energie des confessionslosen Staates gegenüber den Bekennern der katholischen Confession. Während auswärtige Gesandtschaften sich veranlaßt fühlten in Karlsruhe bezüglich der Mannheimer Schandthaten Aufschluß zu begehren und während großherzogliche Beamte, Bürgermeister, Bezirksrätthe aus allen Kräften Anticasinos zusammentrommelten, wurde der „Badische Beobachter“ wegen eines kurz vor dem 23. Februar erschienenen Aufrufes der „Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Ordnung“, ja im ersten Eifer sogar der Majestätsbeleidigung angeklagt und rigoros verurtheilt *). Katholische Casinos wurden auf das strengste verboten, die Freiheitsmänner von 1860 entlarvten sich fast ausnahmslos vom Wirbel bis zur Zehe als grimmige Policemen. Schon das leere Gerücht, mitunter die Erfindung eines müßigen Kopfes oder Spatzvogels, es gedenke irgendwo ein katholisches Casino zu tagen war hinreichend um Gendarmen und Grenzwächter zu sammeln, mit scharfen Patronen zu versehen und militärische Kräfte in Bereitschaft zu setzen. So im Kinzigthal. Eger hinter dem Patrocinium des hl. Fridolin, das zu Säckingen

*) S. die meisterhafte Vertheidigung des Rechtsanwaltes Brummel in dem lehrreichen Schriftchen: „Eine Anklage der großh. bad. Staatsbehörde gegen Rechtsanwalt Brummel u. K. F. Schöchlin.“ Gedruckt bei J. Kreuzer in Stuttgart 1863. Auswärtige Blätter wurden verboten, die „Kölnischen Blätter“ und sogar die „Kreuzzeitung“ wurden in contumaciam schwer bestraft wegen „Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung“, weil sie über die großartige Ruhestörung vom 23. Februar sowie andere landläufige Wahrheiten aus und über Baden berichteten, die allerdings in allen officiösen und ministeriellen Rundgebungen im schreiendsten Widerspruche standen und stehen mußten.

erhalb Basel alljährlich unter einem großen Zudrange von Wallfahrern und Betern abgehalten wird, argwöhnte durch katholischenhaß gesteigerter Dienstleister ein wanderndes Casino. Im erstenmal wohl seit dem Jahre 511 nach Christi Geburt, im Jahre 6 der großherzoglich badischen Aera der Freiheit und Selbstverwaltung, fühlten die Verehrer dieses Apostels der Deutschen von zahlreichen Wächtern des „Gesetzes“ und von Spitzkugeln sich bedroht. Und als an Ostern 1865 das Schloßhofs des Freiherrn von Dorth zu Neckarsteinach unter dem Präsidium des Freiherrn H. von Andlaw ein katholisches Casino wirklich tagte, da zeigte es sich, wie „die Aeltern“ Heidelbergs und Mannheims das Ihrige gethan, um den Standal auch auf hessischen Boden zu verpflanzen*).

Vermuthlich weil man einsah, wie brutale Gewalt im großen Maßstabe angewendet denn doch zu spät oder noch zu frühe komme und zu recht schlimmen Häusern führen könnte, befließigte man sich bald wieder der Leisetreterei. Man war zunächst unverschämt genug, eine Adresse zu fabriciren und zu colportiren, vermittelt welcher „gesezestreue katholische Staatsbürger“ à la Fauler und Consorten den Erzbischof Hermann gar süßlich und beweglich ersuchten, dieselben Geistlichen welche mit so gewaltigem Eklat vor Kurzem aus der Volksschule hinausdekretirt worden waren, zum Eintritt in das Institut der Ortsschulrätthe zu commandiren.

*) Das Bubenstück schlug fehl, weil das gedungene, berauschte und fanatisirte Gefindel nicht zahlreich genug, die Geduld der Casinomänner aber erheblich kürzer zugeschnitten war als in Mannheim. Weil aber das Großherzogthum Hessen kein Musterstaat und das hessische Gesetz für Alle vorhanden ist, so wurde die Sache sehr gründlich und unparteiisch untersucht. Einschüchterungsversuche blieben erfolglos, der bekannte Nationalvereinler Meß aus Darmstadt geberdete sich als Vertheidiger umsonst wie unsinnig, 41 der angeklagten Ruhestörer kamen für längere oder kürzere Zeit hinter Schloß und Riegel.

Die äußerst bescheidene Zahl dieser Adressen sowie die Qualität der Unterschriften waren wenig geeignet, mehr als ein Lächeln des Mitleides hervorzurufen. Gleichzeitig ließ aber wieder einmal das Staatsministerium durch Ergebenheits-Adressen sich trösten oder vielmehr festigen. Man darf annehmen, diese Ergebenheitsadressen seien schwerlich auch nur von einem einzigen kirchentreuen oder einigermaßen unabhängigen Katholiken unterschrieben worden; nirgends besser als zu Karlsruhe selbst dürfte man, eine gewisse hochgestellte Ausnahme allerdings abgerechnet, wissen, welcher schwachen Halt das Ministerium in der Bevölkerung besitzt.

Dagegen war kaum ruckbar geworden, nach Ostern (16. April) würden die Kammern wiederum zusammentreten und auch die Schulfrage abermals in den Kreis ihrer Beratungen ziehen, da entstand ein wahrer Adressensturm gegen die neue Schulordnung. Man begehrte Vereinbarung mit der Curie oder Unterrichtsfreiheit, Vertretung der Kirche in dem durch landesherrliche Verordnung vom 12. August 1862 errichteten „confessionslosen“ Oberschulrathe, einstweilige Ordnung des Volksschulwesens auf Grund der Mitleitung von Seite der Kirche. Obwohl ein Mannheimer Deputirter im Vollgefühle des badischen Parlamentarismus von vornherein erklärte, man sei nicht gewillt den Petitionen eine entscheidende Wichtigkeit beizulegen, wurde der Petitionenregen trotzdem täglich stärker. Es gab kein anderes Mittel als — den Uebergang zur Tagesordnung so schleunig als möglich zu beschließen. Und dieß geschah. Schon am 6. Mai ging die erste Kammer nach einer heißen und lebhaften Debatte mit 11 gegen 5 Stimmen über 324 Petitionen zur Tagesordnung. Am 15. Mai folgte die zweite Kammer mit allen gegen 2 oder 3 Stimmen dem Beispiele, schon am 17. Mai erfolgte der Schluß des Landtages. Binnen unglaublich kurzer Frist waren 425 Petitionen mit nahezu 40,000 Unterschriften bedeckt eingelaufen. Die Thronrede aber belehrte das staunende Land folgendermaßen: „Auch das

Gesetz über die Aufsichtsbehörden für die confessionellen Volksschulen ist in Vollzug getreten. In opferbereiter Theilnahme und treuer Pflichterfüllung haben die Ortsschulräthe unter theilweise schwierigen Verhältnissen sich des werthvollen Rechtes würdig gezeigt, welches das Gesetz den Vätern und Bürgern verliehen hat.“

Mit vollstem Rechte hat der Hirtenbrief, welchen der Erzbischof Hermann bezüglich des Mannheimer Attentates erließ und dessen Sprache Bluntschli in der Kammer gemäsigt fand, von „Religionsverfolgung“ in Baden gesprochen. Schauerlich weit muß es wohl in einem Lande gekommen sein, dessen Oberhirt sich zu der Erklärung gebrängt sieht: „Man mag von Uns für das Wohl der Uns anvertrauten Seelen Blut und Leben fordern, nur nicht daß Wir einer falschen Zeitströmung zulieb an der Grenze des Lebens Unsem oberhirtlichen Pflichten ungetreu werden“. Von vielen Seiten kamen Adressen besonders aus Rheinland und Westfalen — dagegen keine einzige aus Oesterreich oder Bayern — welche der Empörung des sittlichen Gefühles ob der Mannheimer Schandgeschichte Ausdruck verliehen und bewiesen, daß man doch nicht überall die Bedeutung der badischen Schulfrage und Kirchenverfolgung unterschätzt und mißkennt. Hat in der ersten badischen Kammer auch der Staatsrechtslehrer v. Mohl für Tagesordnung bezüglich der Schulpetitionen gestimmt und zwar einzig um des Principes willen, indem der Schulstreit keineswegs bloß ein badischer Streit, sondern eine Episode im welthistorischen Kampfe zwischen Hierarchie und Staatsgewalt sei, so hat anderseits gelegentlich der Trierer Generalversammlung Kaufmann Lindau aus Heidelberg, dieser ächte Volksmann, das Seinige gethan um das katholische Deutschland über die badischen Angelegenheiten zu orientiren. Das dreifache feierliche Psui, welches die Versammlung der Karlsruhe-Heidelberger Wirthschaft gewidmet, hat böses Blut gemacht; es war ein eindringliches Beto gegenüber den planmäßigen und gutbezahlten

Lobhudeleien und Schönsärbereien der in Christushaß und Kirchenstürmerei machenden Tagespresse.

Ob dieses feierliche Psui nicht ein mehr als wohlverdientes gewesen, stelle ich Ihrer Ueberzeugung anheim, werthester Herr Rath, indem ich einem Wunsche Ihres Mannheimer Freundes Artaria nachkomme. Dieser hat sich in der Kammer nämlich dahin geäußert, man möge die Mannheimer Vorfälle vom 23. Februar nicht bloß streng untersuchen sondern das Ergebniß der Untersuchung bekannt machen. Dieselbe Justiz welche die „öffentliche Ruhe und Ordnung“ sofort als „gefährdet“ erachtet, falls ein katholisches Blatt einen verfänglichen Ausdruck gebraucht oder falls ein katholischer Staatsbürger mit einer mißliebigen Wahrheit heraußplakt, dieselbe Justiz hat die Mannheimer Ruhestörung, von der die Blicke der gesammten Culturwelt für einen Augenblick auf Baden gelenkt worden, wirklich untersucht. Man hat lange untersucht und — das Ergebniß der ganzen Untersuchung, die Sühne der großherzoglich badischen Institution für eine in Deutschland unerhörte Ruhestörung mitten im tiefen Frieden? Nun, ein einziger Mensch, ein einziges Mitglied des souveränen Pöbels vom 23. Februar, ein jüdischer Viehhändler ward für einige Tage in's Loch gesprochen. Es war gar zu evident bewiesen, daß er einen katholischen Geistlichen bis auf das Blut mißhandelt hatte!

XXV.

Aus dem Prediger-Orden in Oesterreich*).

Der geistreiche Sebastian Brunner meint, wenn man in alten handschriftlichen Chroniken, besonders in Nekrologien (Todtenbücher oder Sterbkalender) herumblättere, so habe man bisweilen das Gefühl, als ob man in einem Gottesacker spazieren ginge. Zu einem solchen Spaziergang, auf dem man viele einzelne Gedenksteine und Inschriften findet, ladet er seine Leser ein. Dießmal gilt der Spaziergang den Dominikanern oder den Mönchen des Prediger-Ordens, ehedem weit verbreitet und von ausgezeichneter Wirksamkeit im kirchlichen Leben, von welchem Orden sich noch einzelne blühende Ueberreste in Oesterreich finden. Freilich ist sein ganzer Bestand klein, denn er zählt nur 62 Priester oder mit Novizen und Laienbrüdern 111 Personen. Um so reicher ist die Zahl der Vollendeten, deren Namen, wie man wohl hoffen darf, nicht bloß im Buche der Todten

*) Der Prediger-Orden in Wien und Oesterreich. Regesten, Colлектaneen, Nekrologien, Epitaphien, Universitäts-Angelegenheiten, Profess- und Bruderschaftsbücher, biographische und historische Skizzen. Aus bisher unedirten Handschriften mitgetheilt u. erläutert von Sebastian Brunner. Wien 1867. X. und 94 Seiten.

sondern, wenn auch dem Erdenleben mit seinen Mühen und Leiden längst entfremdet, „im Buche der Lebendigen“ gefunden werden dürften.

Brunner führt die Spaziergänger hauptsächlich zum Todtenbuch des Wiener Prediger-Conventes hin. „Es ist ein eigenthümliches, kolossales Buch in Form eines an die Wand befestigten Schrankes von 4 Schuh Höhe und 3 Schuh Breite. Die Blätter bestehen aus dünnen eingerahmten Holztafeln, welche auf beiden Seiten mit festen Pergamenthäuten überzogen sind. Diese Tafeln werden von der Mitte aus in eigenthümlich construirten Angeln wie eine Reihe von Thüren auseinander geblättert. Das Buch beginnt mit den Todtenlisten von 1410 . . . Dasselbe wurde beim Eingang in jenen Chor hinter dem Hochaltare befestigt, in welchem die kanonischen Tagzeiten abgehalten werden. Es sollen diese Todtentafeln die vorüberschreitenden Brüder zum Gebet für die Hingeschiedenen auffordern.“ An dieses offene Buch führt Brunner seine Leser hin, indem er das „*Calendarium pie in Domino defunctorum Patrum et Fratrum in et ex hoc Conventu Viennensi tam Filiorum quam Assignatorum usque in praesens tempus*“ abdrucken läßt.

Die Devise des merkwürdigen Buches ist der Spruch des hl. Augustinus, daß der Tod derjenigen ein seliger gewesen seyn dürfte, deren Leben ein lobenswürdiges war! „*Horum mors beata videtur, quorum vita laudabilis fuit*“. Nimmt man nun die Hunderte von Namen, von denen die Nachwelt nichts mehr zu sagen vermag, als daß ihre Träger einst in den Klosterräumen gelebt und gewandelt, so wird man allerdings an die Kirchhofskreuze erinnert, von denen jedes predigt: *Hodie mihi cras tibi!* Und dennoch sind diese Predigermönche jene von denen die Geschichte schreibt: „Strenge der Kirchenzucht und ein reicher Kranz gelehrter Männer schmückten dieses Kloster!“

Wir treffen hier in Wien Lehrer der Theologie, die nicht nur als Theologen zu ihrer Zeit sich einen Ruf erworben

der über Deutschland hinausging, sondern die sich um den Orden selbst die anerkanntesten Verdienste erworben haben. Da finden sich Franziskus von Rega und sein ihn weit überragender in der Literatur des ausgehenden Mittelalters berühmt gewordener Schüler Johannes Nider († 1438), über welche beide S. 36 ff. sich Brunner eingehender verbreitet. Da findet sich eine ansehnliche Reihe Professoren der Theologie aus dem Dominikaner-Orden an der Wiener Universität, deren Schluß im vorigen Jahrhundert der berühmte Dominikaner Petrus Maria Gazzaniga machte, welcher wegen Gesundheitsrückichten sein Lehramt niederlegend eine Pension von — sage dreihundert Gulden erhielt und bis zu seinem Tod im J. 1800 bezog. Wahrlich ein Unterschied zwischen sonst und jetzt, noch mehr hervortretend, wenn man auf die alten Professorengehalte der Wiener Universität sieht, wie solche Brunner in einem eigenen Abschnitte bespricht! Die alte Wissenschaft war wirklich bedeutend wohlfeiler als die heutige sogenannte „deutsche“!

In neuester Zeit wurden durch seine Eminenz den H. Cardinal Fürsterzbischof von Rauscher wieder Dominikaner als Dogmatikprofessoren an die Wiener Universität berufen, welche sich früher auf den Lehrstühlen von Universitäten und Ordenschulen Italiens einen Ruf erworben hatten. Der erste war der gegenwärtige Cardinal und Erzbischof von Bologna, Dr. Philipp Maria Guidi, Professor der Dogmatik an der Wiener Universität von 1857 bis Ende 1862.

Auch eine ansehnliche Reihe Dominikaner versah von 1436 (Johannes Nider der erste Dekan!) bis 1772 die Stelle und Würde eines Dekanes der theologischen Fakultät, aus der überdieß eine zahlreiche Reihe von Doktoren der Theologie des Predigerordens im Wiener-Convente hervorging, als deren erster Franziskus de Rega im Jahre 1388 erscheint. Auch des berühmten Polemikers und Bischofs von Wien Johannes Faber gedenkt Brunner, sich denen an-

schließend, die ihn dem Dominikaner-Orden beizählen* „Faber war ein glänzender Geist, ebenso reich an Wissenschaft als dialektisch gewandt, scharf und schlagfertig in Wort und Schrift. Seine Werke“ — sie erschienen noch bei seinen Lebzeiten zu Köln in 3 Folioebänden in den Jahren 1537, 1539, 1541 — „waren für sein Jahrhundert eine Fundgrube von schlagenden Argumenten gegen die Verdrehungen, Lügen und Schmähungen des Anhangs der Reformatoren und der Häupter der Reformation.“ So bezeichnet Brunner die Wirksamkeit des Bischofs jener Zeit, der nur mit einer Reformation zu kämpfen hatte. Heute wäre es anders. Heute würde er gegen die Destruktion alles Christlichen an kämpfen müssen, da gegen das Christenthum und seine Institutionen die halbe Welt anstürmt von Oben und Unten.

Auch zu den Todten die ihre Ruhestätte in der Dominikanerkirche zu Wien gefunden haben, führt Brunner sein Leser. In der Gruft vor dem Altare des heil. Dominikus ruht die in ihrem 23. Lebensjahre verstorbene Kaiserin Claudia Felicitas, zweite Gemahlin Kaisers Leopold I. Ihre Mutter Anna aus dem Medicäer-Hause zu Florenz ruht neben ihr. Beide Särge sind aus Zinn und haben ihren eigenthümlichen Glanz noch erhalten. In den andern Gräften der Dominikanerkirche ruhen über 300 im Todtenbuche mit Namen aufgeführte Leichname außer den in der „Presbyterialgruft“ die mit der Steinaufschrift: „Sepultura Fratrum Praedicatorum“ bezeichnet ist, bis 1782 beerdigten Ordenspriestern, deren Zahl sicher an 200 beträgt. Mit den Gräbern der Entschlafenen stehen in inniger Verbindung die für deren Seelentröstung gemachten Stiftungen. So stiftete Kaiser Leopold I. für

*) Man vergleiche gegenüber der Brunner'schen Darstellung die Gedanken, welche der berühmte M. Denis in „Wiens Buchdrucker-Geschichte“ (Wien 1782) S. 266 vorträgt. Selbst der Umstand, daß das Wiener Dominikaner-Nekrologium ihn umgeht, spricht gegen Quetif's Annahme, der Bischof sei früher Dominikaner gewesen, welche Meinung Brunner adoptirt.

Kaiserin Claudia i. J. 1676 eine tägliche Messe mit Jahrtag. Ueberhaupt bieten solche Anniversarien oft Erinnerungsmarken an Männer, deren Wirksamkeit ehemals eine bedeutende war. So findet sich am 16. März ein Jahrtag „pro reverendo Wolfgango Gaga Bischöfen von Hyppon und Weihbischöfen zu Passau, vorher des Klosters Priore“. Eine Stiftung vom J. 1472, in dem also dieser Dominikaner starb.

Brunner beschränkte indessen seine Thätigkeit nicht auf die Herausgabe des Wiener Todtenbuches; er führt noch ein weiteres vor, nämlich das „Necrologium O. Praedic. Conventus Ratzensis“ welches mit dem Jahre 1309 beginnt, und wirklich merkwürdige Einträge vom XIV. und XV. Jahrhundert enthält. Dasselbe ergänzt das Wiener Todtenbuch, zumal seine ersten Einträge weit ausführlicher sind als jene des Wiener Necrologiums. Wie sehr ist es übrigens zu beklagen, daß die Schreiber oder Historiographen jener Zeit sich so kurz zu fassen pflegten! Wie wird oft nur mit drei Worten angedeutet, worüber die heutige schreiblustige und schreibefertige Zeit ein ganzes Buch fertigen könnte und würde! So wird die sicherlich merkwürdige Erscheinung des P. Michael de Anaso, der seinen Convent durch die Hussiten einäschern sah, ihn dennoch wieder errichtete und ihm dann 40 Jahre lang vorstand, bis er am 29. Okt. 1485 als Greis von über 90 Jahren starb, nur mit wenigen Zeilen abgethan. Welchen Reichthum von Erfahrungen und Heimsuchungen mochte sich der alte Dominikaner erworben haben! Da kommen auch Männer vor, deren bis zum Opfertode gehende Menschenliebe mit den wenigen Worten angedeutet ward: „per 20 hebdomadas pro salute pestiferorum se exponens eadem lue correptus fuit . . 7. Aug. 1680.“

Der jüngste Eintrag des Necrologiums ist vom 8. Mai 1863 und gilt dem Andenken des im 66. Lebensjahre verstorbenen P. Ignaz Lamatsch, eines fleißigen Sammlers, der das Buch: „Beiträge zur Geschichte des Dominikaner- oder Prediger-Ordens in allen Ordensprovinzen“ (Dedenburg

1855) veröffentlichte und eine massenhafte Menge von Colлектaneen hinterließ, an deren Verarbeitung ihn der Tod hinderte. Und doch welchen Reichthum historischen Wissens bergen oft solche Colлектaneen, wovon eben die vorstehende Brunner'sche Schrift ein sprechender Zeuge ist! Sie selbst bietet auch (S. 47) Auszüge aus den Krems'er Colлектaneen, d. i. aus einem Manuscripte welches im Ordens-Archive zu Wien aufbewahrt wird, und aus dem von Kaiser Joseph II. aufgehobenen Kloster zu Krems stammt, dessen reicher Urkundenschatz seit jener Zeit verschwunden ist.

Da findet sich auch die Nachricht von dem 1315 ermordeten Dominikaner und Inquisitor P. Arnold. Die Annalen sagen: 1315 invalescente haeresi Bohemorum et Calixtinorum in hac urbe Crembsensi P. F. Arnoldus insignis conclonator et Theologus huc mittitur ut periclitanti ecclesiae suppetias ferret et contra haereticos inquireret; sed hi eum aggressi multis vulneribus affectum trucidarunt.“ Man darf wohl nicht zu laut davon reden, sonst könnte der „fränkische Geistliche“ (?) der in jüngster Zeit mit Berserkerwuth über den armen Inquisitor haerelicae pravitalis Don Arbues in der „Allgemeinen Zeitung“ herfiel, sein Spiel auch gegen den P. Arnold wiederholen, dessen Grab übrigens 1639 geöffnet wurde, wie authentische Mittheilungen es bezeugen: „Anno 1639, an dem Fest des heil. Bartholomäi, hat der hochwürdige Pater Provincial Frater Georgius de Herberstein in dieser unserer Kirchen eröffnen lassen ein gewisse mit einem rothen Marmorstein bedeckte Begräbnuß mit uralten Buchstaben folgender Schrift: Frater Arnoldus etc. . . . Unter diesem Marmorstein ist gefunden worden ein ganz steinerner Sarg, in der Länge haltend 3 Schritt, in der breite aber einen Elbogen. In dieser Sarg ist gefunden worden das Haupt mit den größten Theil deren Bainen, welche ein menschlicher Körper zu haben pflegt. In diesem Haupt ist gesehen worden ein überauß große Wunden neben den rechten Ohr gegen den hintertheil des Haupts, und neben denselben auch etliche

schwarze Fleck und Zeichen von Prügeln; in den großen Armbrust-Bain hat man auch wahrgenommen einen merkwürdigen Hieb, so unfehlbar mit einem Schwerd geschehen; neben diesen Bainern sind auch gefunden worden viel Stück von einem weißen, ja auch etwelche von einem schwarzen Zeug, gleichwie die Dominicaner zu tragen pflegen, welche aber schon altershalber ganz verdorben gewesen."

Noch gibt der Verfasser seinen Lesern historische Notizen über verschiedene Convente des Prediger-Ordens in der österreichisch-ungarischen Provinz, welche oft von wirklicher Wichtigkeit sind, schließlich aber immer das wiederholte Zeugniß im Großen wie im Kleinen ablegen, daß Gott stets mit seiner Kirche war, in welcher oft scheinbar kleine Werkzeuge die wundervollsten moralischen Werke vollbrachten.

So viel von diesen Brunner'schen Colлектaneen, die in ihrer scheinbaren Abgerissenheit dennoch mehr werth sind als manches dickleibige Buch, und einen bleibenden geschichtlichen Werth behaupten.

XXVI.

Zeitraume.

Preußen in Europa und bei sich zu Hause.

Der Frühling kommt, ob auch der Krieg? Es ist wahr, daß der äußere Anblick Europa's zur Zeit ein eminent friedlicher ist, weil eben jeder officiële Mund, selbst der des „gesammelten“ Moskowiterthums, von Friedensliebe überfließt. Inzwischen wird nun bald jede große und kleine Macht des Continents ihren Armeebestand nach dem Muster Preußens verdoppelt haben. Dieser thatsächliche Zustand widerspricht jenen gleißenden Worten; die letzteren können demnach nur

so verstanden werden, daß jede Macht vor dem ersten Schritt zurückbebt und Einer dem Andern das Odium der Initiative zuschieben möchte. Keiner will anfangen: darin besteht die Friedensbürgschaft für Europa, also eine Bürgschaft von heute auf morgen.

Bei der Berathung des Militärgesetzes wodurch die Stärke der französischen Armee auf mehr als eine Million Soldaten hinaufgeschraubt wird, hat der Berichterstatter im gesetzgebenden Körper geäußert: „das europäische Gleichgewicht werde nicht durch friedliches Uebereinkommen der Völker wiederhergestellt, sondern könne nur das Ergebniß eines Krieges seyn.“ Der Herr Referent hat da aus der Schule geschwätzt. Aber was er sagte, das denkt man in allen Kabinetten des Welttheils und die Börsen geben sich vergebliche Mühe das Gegentheil glauben zu machen.

Die Frage ist nur, wie lange es den höchsten Leitern der großen Politik noch gestattet seyn wird, sich ängstlich zu besinnen und die Spannung vor dem furchtbaren Bruch zu bewahren. Der sociale Nothstand der gerade in den am meisten zum Kriege gerüsteten Ländern, in den Ländern zwischen welchen zunächst der Krieg wird entstehen müssen — immer gewaltigere Dimensionen annimmt, stellt mit Schicksalsgewalt die Frage: wie lange noch? Es wird täglich klarer, daß das entsetzliche Elend viel weniger eine eigentliche Hungersnoth als vielmehr eine Arbeitsnoth ist, welche in der allgemeinen Unsicherheit der politischen Verhältnisse ihren Grund hat. Auch die reichste Erndte könnte da nicht helfen. Die Gesellschaft selber geht der tiefsten Erschütterung entgegen, wenn das europäische Provisorium seit 1859 nicht endlich wieder einer definitiven Ordnung und Beruhigung in den großen Machtverhältnissen weicht.

Entwaffnung vor dem Kriege oder Entwaffnung nach dem Kriege: so lautet das sociale Gesetz welches sich nicht lange mehr umgehen lassen wird. Wer an die Erhaltung des Friedens glauben will, der muß glauben, daß die leiten-

den und maßgebenden Machthaber der Gegenwart im Stande seien die enormen Rüstungen die sie soeben mit Aufgebot aller Kräfte durchgeführt, wieder rückgängig zu machen und ihre überzähligen Schwerter in Pflugschaaren zu verwandeln. Wer aber glaubt dieß vom französischen Imperator? Und wenn man es selbst von Dem noch glauben könnte, wer kann es glauben vom Grafen Bismark an der Spitze des preußischen Militärstaates?

Täuscht nicht Alles, so zeigt sich in diesem Augenblicke unwiderleglich, daß die Monarchie Friedrichs des Großen im Grunde und Wesen die antisocialste Macht der Welt ist. Darum ist es auch ein Weltunglück, daß durch die böhmischen Siege gerade diese Macht und ihre innerste Staats-tendenz sich zum Muster der Nachahmung und Racheiferung für alle Nachbarstaaten erhoben hat. Hätte Oesterreich gesiegt, so wäre der antisociale Militarismus zurückgedrängt worden, anstatt Alles mit sich fortzureißen gerade in dem Moment wo die socialen Zustände Europa's empfindlicher sind als je.

Der Sieg Preußens war noch dazu nur ein halber Sieg; Graf Bismark mußte einhalten auf dem halben Wege. Darum ist auch die Lage Preußens bis auf diese Stunde ein in die Länge unerträgliches Mittelbing zwischen Friede und Krieg, und von Berlin aus verbreitet sich die Unerträglichkeit der Situation natürlich über den ganzen Welttheil. Hätte Preußen ganz gesiegt, so würde sich in diesem Staatswesen doch allmählig der Gedanke Bahn gebrochen haben, daß der Staat noch andere Zwecke habe als alle Volkskräfte aufzufangen, um mit militärischer Uebermacht die politischen Grenzen des Staats zu erweitern und die erreichte Vergrößerung der Hausmacht zu behaupten. Die Monarchie Friedrichs des Großen hätte dann vielleicht den Charakter militärischer Fiskalität allmählig ausgezogen, sie wäre mit andern Worten wirklich „deutsch“ geworden. Wie aber die Dinge jetzt stehen, so ist kein Nachlassen des Militarismus

möglich. Preußen ist nur mehr ein Feldlager. Wenn auch das halbe Volk verhungern müßte, die im Staatschatz liegenden Millionen Kriegsgelder dürfen um keinen Silbergroschen verkürzt werden. Das ist die Staatsraison, mit der Preußen ganz Europa anstecken muß.

So erklärt sich das Schauspiel welches soeben die Welt mit sprachlosem Erstaunen erfüllt hat. Ganze Provinzen des preußischen Staats leiden unter dem entsetzlichsten Nothstand, die gesetzgebenden Faktoren aber fahren ruhig in ihrer Tagesordnung fort als wenn nichts geschehen wäre. Die Todesnoth ganzer Bevölkerungen ist und bleibt für die Träger der preußischen Politik eine bloße Nebensache. Wer hätte ein solches Ueberwiegen von Hausmachtspolitik und Militarismus im 19. Jahrhundert noch für möglich gehalten? Daß es in Preußen in so schreiendem Maße möglich wurde, ist eben der klarste Beweis, daß das neue Preußen trotz alles kriegerischen Glanzes doch zu den Mächten der untergehenden Weltperiode gehört. Denn die Zukunft Europa's wird nun einmal eine wesentlich sociale und von socialen Mächten getragen seyn.

An diese Wahrnehmung knüpft sich für uns eine eigenthümliche Bemerkung. Aus dem gleichen Grunde nämlich ist unter den großen Parteien Deutschlands und der ganzen civilisirten Welt die der herrschenden Bourgeoisie diejenige Partei, welche augenscheinlich der untergehenden Weltperiode angehört. Und sonderbar, gerade bei dieser socialen Classe tritt die innige Sympathie mit der neupreussischen Politik — oder sagen wir der Kürze wegen lieber gleich mit dem Grafen Bismarck — täglich deutlicher hervor, nicht nur in Preußen, sondern überall in Deutschland. Auch bei der Bourgeoisie als Partei geht eben Gewalt vor Recht, und auch sie nimmt gegenüber den Regungen des „vierten Standes“ die ausgesprochene Stellung des Cäsarismus ein. Die materiellen Interessen sind für die Partei ebenso allein maßgebend wie für den Grafen die Nothwendigkeiten der Hausmachtspolitik.

Die innere Wahlverwandtschaft ist somit unverkennbar, wenn sie auch jüngst erst offenkundig wurde, wo in den Verhandlungen der preußischen Kammer sich der viel verschrieene „Junfer-Minister“ von ehemals bei Einem Haare und urplötzlich als Bourgeoisie-Minister vom reinsten Wasser entpuppt hätte.

Die fraglichen Vorgänge in der preußischen Kammer haben große Sensation verursacht und fast allgemein wollten sie unbegreiflich erscheinen. Uns nicht. Wie bekannt ist bei jenen Vorgängen eine tiefe Verstimmung zwischen dem allgewaltigen Minister und der conservativen Gesamt-Partei hervorgetreten, so daß ein gänzlicher Bruch als unmittelbar bevorstehend erschien. Die Entwicklungsmomente dieses Zwiespaltes liegen allerdings auch jetzt noch sehr im Dunkeln; die Spannung stand auf einmal gewaffnet wie Minerva aus Jupiters Haupt vor dem verblüfften Publikum da, ohne daß die Genesis derselben klar geworden wäre. Wir unsererseits aber wundern uns nur, wie die Solidarität zwischen der Politik des Grafen Bismarck und zwischen einer Partei, die ja doch auf ewigen und allgemein gültigen Principien, also nicht bloß auf specifisch preußischen Machtvergrößerungs-Ideen, zu stehen stets behauptet hat — wie eine solche Solidarität auch nur so lange zu bestehen vermochte.

In der That kann man dem Abgeordneten Megidi nicht Unrecht geben, wenn er in der Sitzung vom 6. Februar den conservativen Mitgliedern zurief: „Bedenken Sie doch, Sie haben die Politik der Regierung in einer Weise unterstützt die in ganz Europa Erstaunen hervorgerufen hat. Sie haben Könige mit entthront, Länder erobert, das allgemeine Wahlrecht eingeführt. Jetzt nun, wo Sie an eine weitere Consequenz kommen, an einen Punkt der eigentlich conservativ ist, machen Sie plötzlich: Rechts schwenkt. Das ist vollständig inconsequent. Es ist gewiß von der Regierung im höchsten Grade conservativ gehandelt, wenn sie von ihrem Eroberungsrecht keinen Gebrauch macht und die Provinz als in jeder Bezieh-

ung selbstständig behandelt.“ So sprach Dr. Hegibi, und wie will der preussische Conservatismus jenen schweren Vorwurf von sich abwälzen?

Allerdings war es eine etwas eigenthümliche Veranlassung bei der einem Theil der Conservativen die Geduld auszugehen begann. Es handelte sich um den hannoverschen Provinzialfonds, unter welchem Namen die Regierung von Berlin dem ehemaligen Königreich das Capital oder wenigstens die Rente seines Aktivvermögens zur selbstständigen Verwaltung zurückgeben wollte. Der Ministerpräsident machte hiesür nebst allgemein politischen Gründen insbesondere die Idee der Decentralisation geltend. Nun ist die decentralisirende Politik immer und überall dem conservativen Standpunkt freundlich. Nichtsdestoweniger zeigten gerade die unabhängigen Elemente der conservativen Fraktion eine verdrießliche Mißstimmung gegen den ministeriellen Vorschlag. Die Gründe dieses Benehmens sind auf den ersten Blick nicht recht durchsichtig, aber es brachte den Grafen Bismarck sofort stark in Harnisch.

Der Minister erhob gegen die Partei mit ziemlich deutlichen Worten den Vorwurf der Untreue, da dieselbe gewählt sei um die Regierung zu unterstützen, und nun gegen die Regierung stimmen wolle. Er ließ sodann die verständliche Drohung fallen, daß das Ministerium sich unter solchen Umständen genöthigt sehen könnte sich andere Stützen und zwar unter den Gegnern seiner bisherigen Freunde auszuwählen. „Ich verkenne“, sagte er, „den Anspruch nicht, den die liberale Partei auf die Mitwirkung an der Staatsverwaltung machen kann.“ Am andern Tage modificirte er zwar diesen Ausspruch, aber auch in der abgeschwächten Fassung lauten seine Worte immer noch sehr bedeutsam: „Ich habe gestern schon erwähnt, daß wir eine Majorität bedürfen, wenn wir constitutionell regieren wollen. Verweigert sie uns die Seite die sie zu geben bestimmt ist, so folgt daraus, daß die Regierung genöthigt ist, sich auf andere Parteien zu stützen mit denen

sie innerlich nicht so Eins ist, wie sie es mit der conservativen Partei zu seyn glaubt. Daraus folgen alle Schwankungen eines Coalitions-Ministeriums welches verschiedenen Seiten Rechnung tragen muß.“ So sprach er und machte sofort Anstalt sich grollend in die Zelte des Achilles zurück-zuziehen.

Daraus ergibt sich nun erstens, daß die conservative Partei in ihrem bisherigen Umfange nur dann fortbestehen könnte, wenn sie im Ganzen zu einer ministeriellen Partei sich umgestalten würde, mit Einem Worte zu einer Imperialisten-Partei. Wenn man bisher geglaubt hat die conservative Partei habe den Grafen Bismark geschaffen, so hat der letztere nun ganz vernehmlich gefragt: was wäret Ihr in der Kammer ohne uns? Läßt sich ein Theil der Partei eine solche Abhängigkeit nicht gefallen, hat der Kern der Partei — woran man zweifeln darf — noch die Kraft die goldenen Fesseln des „Erfolges“ von sich abzuschütteln: dann werden ihre Reihen sich spalten, das Ministerium aber wird sich mit national-liberalem Zusatz eine reine Regierungspartei schaffen.

Zweitens ergibt sich aus den Aeußerungen des gewaltigen Ministers, daß er eines unüberwindlichen Gegensatzes zu der socialen Classe der Bourgeoisie, welche die Mutter aller Schattirungen liberaler Politit ist, nicht mehr geständig seyn will. Er der vor wenigen Jahren der Abscheu aller liberalen Parteien war, für den kein liberaler Mund ein anderes Wort hatte als den Fluch des Ingrimms — er spricht nun mit größter Gemüthsruhe von der Möglichkeit liberale Elemente in sein Ministerium aufzunehmen. Wenn er sich heute zurückzöge, so würde fast schon nicht mehr das „Junkerthum“ ihm nachweinen müssen sondern die Bourgeoisie.

Man wird nun sehen, was die Männer der conservativen Partei thun werden, sie die bisher mit so überzeugter Salbung auf ihre ewigen und allgemein gültigen Principien pochten. Daß Graf Bismark von solchen Principien nicht genirt und geplagt ist, sondern seine Politit auf bloßen

Zweckmäßigkeits-Rücksichten beruht und je nach den Umständen sich richtet: das weiß nun wohl Jeder der es bisher noch nicht gewußt haben sollte. Es wäre daher auch gefehlt, wenn man in den fraglichen Vorgängen aus der preussischen Kammer den Beweis einer definitiven und grundsätzlichen Wendung in der Politik des Grafen Bismarck sehen wollte. Aber für den Augenblick dürften dieselben allerdings einen starken Schritt von der großpreussischen Politik weg und zu der national-liberalen Politik hin signalisiren.

Die eigentliche Entstehung des Verdrusses zwischen dem Minister und den Conservativen scheint schon auf die Verhandlungen der Kammer vom 1. Februar zurückgeführt werden zu müssen. Es handelte sich dort um die Entschädigungs-Verträge welche Preußen mit den vertriebenen Fürsten bezüglich ihrer Privatgüter abgeschlossen hatte. Bei diesem Anlasse explicirte der Graf seine Gelegenheits-Politik allerdings in einer solchen Weise, daß sich ein conservatives Herz, das für Königstreue, Recht und Verträge schlägt, im Leibe hätte umkehren mögen. Der Minister gesteht, daß es im Wert gewesen sei die österreichischen Ansprüche auf Schleswig-Holstein mit Geld abzukaufen, daß man in Berlin bis auf 80 und 100 Millionen gegangen wäre, und daß der Krieg nur deshalb entstanden sei, weil Oesterreich auf der Abtretung von Land und Leuten, insbesondere der Grafschaft Glaz bestanden habe. Er gesteht ferner, daß es auch nach der Schlacht von Königgrätz als ein sehr erheblicher Gewinn betrachtet worden wäre, wenn Preußen nichts weiter genommen hätte als Ostfriesland und die Verbindung mit den westlichen Provinzen. Warum nahm dann aber Preußen dennoch Alles?

Darauf antwortet der Minister: „Wir betrachten die Einverleibung des Königreichs Hannover, namentlich wegen seiner Gemeinschädlichkeit für Deutschland, die sich unter allen Verhältnissen geoffenbart hat, als eine Expropriation, als einen einer — Expropriation analogen Akt und das Recht

zu dieser Expropriation war durch einen freiwilligen Beginn kriegerischer Operationen und durch den bundesbrüchigen Beschluß in Frankfurt in unsere Hand gelegt worden. Von diesem Rechte haben wir in unserm Sinne für das öffentliche Wohl Deutschlands und Preußens Gebrauch gemacht, in diesem haben wir aber auch die Pflicht den Handel nicht als eine Eroberung ohne Rücksicht auf den früheren Besitzer weiter durchzuführen, als uns obliegend erkannt“.

Offenbar sind hier zwei sehr verschiedene Gesichtspunkte, deren einer dem großpreussischen, der andere dem national-liberalen Programm entspricht, in wunderlicher Weise durcheinander gemischt. Nämlich das Eroberungsrecht und das Expropriationsrecht. Auf das erstere hat sich die conservative Partei gegenüber den depossedirten Fürsten wohl oder übel stets berufen; ihre Politik ist daher auch die der Mainlinie. Ganz andere Tragweite hat natürlich das behauptete Expropriationsrecht. Darnach ist kein Fürst und kein Volk in Deutschland mehr sicher, in Preußen einverleibt zu werden, wenn „das öffentliche Wohl Deutschlands und Preußens“ es zu erfordern scheint. Die „durch die neue Ordnung der Dinge verletzten Empfindungen“ glaubt dann Graf Bismark einfach durch Geld und durch viel Geld beschwichtigen zu können. Mit einem Wort: die ganze deutsche Einheit käuflich für Geld! Sage man einmal, ob dieß nicht der reinste Bourgeoisie-Standpunkt ist in der großen Politik, und warum man sich darüber wundern soll, daß in der Berliner Kammer ein Miquel und Genossen den Grafen Bismark als den Einzigen erklären, der dem Vaterlande Heil bringen könne. Der „Nationalverein“ heißt jetzt für diese Herren Graf Bismark.

Das verderbliche Schaukelsystem, dem Deutschland schon sein jetziges Unglück verdankt — es ist nun in Berlin etablirt. Heute großpreussisch, morgen nationalvereinlich, oder auch beides zumal. Es ist nachgerade eine bekannte Sache, daß Graf Bismark, wenn die Kriegspartei bei Hof ihn nicht gehindert hätte, im vorigen Frühjahr bereit gewesen wäre

Luxemburg dem französischen Imperator zu überlassen und sich auf Großpreußen zurückzuziehen. Dann schrieb er wieder seine Circular-Depesche vom 7. September v. Js. ganz im Sinne des Nationalvereins. Es handelte sich hinwieder um die Aufnahme Badens in den norddeutschen Bund, als im Dezember v. Js. die große Aufregung im gesetzgebenden Körper Frankreichs entstand mit dem Schlagwort: „Laßt uns wieder Franzosen seyn!“ In Consequenz seiner Depesche hätte der Graf die badischen Anträge mit offenen Armen aufnehmen müssen; anstatt dessen soll er erklärt haben: höhere politische Gründe machten es rathsam die noch bestehenden Dynastien zu schonen. Es wird auch glaublich berichtet, daß Preußen das Zollparlament nur zusammenberufen werde, um demselben jede Ueberschreitung seiner gesetzlichen und vertragsmäßigen Competenz strengstens zu verbieten. Mitten hinein aber verkündet Graf Bismarck wieder das preußische Expropriationsrecht in Deutschland. Man spricht von einer „doppelten Moral“, hier scheinen sogar doppelte Seelen zu wirken.

Mit einer solchen Politik ist augenscheinlich kein Friede in Europa möglich, weil sie einen ehrlichen Vertrag bei ihrer personificirten Zweideutigkeit gar nicht zuläßt. Die Existenz einer Macht in solcher Lage ist ein auf die Länge unerträgliches — schon aus socialen Gründen unerträgliches — Mittel Ding zwischen Friede und Krieg. Das Schlimmste aber ist, daß Preußen sich von dieser zweideutigen Schaukelpolitik heute beim besten Willen nicht mehr befreien könnte. Die Möglichkeit dazu hat man sich in Berlin selber durch das unselige Annexionsystem benommen. Wenn man sich jetzt auch begnügen wollte bei der erreichten Vergrößerung der Hohenzollern'schen Hausmacht: man kann und darf nicht. Denn der Einheitsdrang der deutschen Nation ist nun einmal zu einer allzu gewaltigen Macht angewachsen, zu einer Macht die sich nothdürftig vertrösten, die sich aber nichts abschlagen läßt. Dieser Einheitsdrang spottet des Prager Frie-

dens und zwingt auch Preußen desselben zu spotten ob es will oder nicht. In der deutschen Politik ist man in Berlin jetzt viel weniger frei als vor dem Kriege. Graf Bismark mag sich drehen und wenden wie er will, er muß den Gewinn Großpreußens noch einmal daran setzen um Alles zu haben oder nichts. Das ist die Lage.

Das ist auch der Sinn der neuesten Veröffentlichungen des österreichischen Rothbuchs. Oesterreich gehört nicht mehr zu den Mächten von welchen Krieg und Frieden abhängt; es ist in die zweite Reihe zurückgetreten hinter Frankreich, ebenso ungefähr wie Rußland hinter Preußen steht. Die politische Initiative, den Ruhm des alten Kaiserstaats, hat man in Wien verloren. Diese secundäre Stellung hat aber dem Baron Beust ein Maß diplomatischer Offenherzigkeit gestattet, das sich der Wiener Staatskanzlei früher naturgemäß verboten hätte. Es ist nicht mehr so, daß ein unvorsichtig verathenes Wort der österreichischen Politik den Weltfrieden stören könnte; darum konnte Baron Beust seinem Talent der diplomatischen Kritik unbesorgt vor der Oeffentlichkeit die Zügel schießen lassen. Die Welt weiß nun aber auch, woran sie mit den verschiedentlich verbreiteten Sagen ist, daß man in Wien allen Schritten Preußens in Deutschland ruhig zuschauen werde und unter keiner Bedingung an Einmischung denke. Wer daran glaubte, der hat sich mit grundfalschem Troste getäuscht.

Es zeigt sich im Gegentheil, daß man nicht nur in Paris allein fleißige Notizen macht über das preußische Verfahren mit dem Prager Frieden sondern daß man sich auch in Wien alles sauber in's Kerbholz schneidet. Es sind an beiden Orten dieselben Punkte des Friedensvertrags aus dem verlogenen Jahre 1866, über deren Verletzung durch Preußen sorgsam Buch geführt wird, wenn auch Frankreich sein Augenmerk mehr auf die unerfüllte Bedingung wegen Nordschleswig, Oesterreich das seinige mehr auf die vertragswidrige Mediatisirung der süddeutschen Staaten gerichtet zu haben scheint.

So ist es. Wie nahe nun aber das Verhältniß zweier Mächte, die sich über die gleichen Uebergriffe einer dritten Macht zu beklagen haben, der eigentlichen Allianz kommt: das bedarf wohl einer weiteren Ausführung nicht. Hier liegt die große Gefahr.

Gleich nach dem Bekanntwerden der Berliner August-Verträge constatirte der österreichische Minister den „tiefen Eindruck den diese Thatsache in der gesammten politischen Welt zurückgelassen habe.“ Er wollte zwar keine eigentliche Einsprache in Berlin erheben; aber er wollte „auch nicht den Schein entstehen lassen, als würde der Widerspruch in Wien nicht erkannt, welcher zwischen dem Artikel IV des Prager Friedensvertrages und den Schutz- und Truppbündnissen Preußens mit Bayern, Württemberg, Baden und Hessen un-
leugbar besteht.“ Der österreichische Minister fährt in unmißverständlicher Weise fort: „Eine nicht auf bestimmte Zwecke beschränkte, sondern permanent für jeden Kriegsfall abgeschlossene Allianz zweier Staaten, namentlich eines schwächeren Staates mit einem stärkeren, hebt ohne Zweifel zum Nachtheil des ersteren den Begriff einer unabhängigen internationalen Existenz fast völlig auf, und in dem Prager Traktate konnte daher, nachdem ihm die Berliner Bündnisse vorausgegangen waren, die Bestimmung daß ein süddeutscher Staatenverein in völkerrechtlicher Unabhängigkeit bestehen werde, nicht mehr mit Fug eine Stelle finden.“

Noch schärfer äußerte sich Baron Beust aus Anlaß der bayerischen Mittheilungen über das Hohenlohe'sche Programm und die daselbst in Aussicht genommene Allianz zwischen der preussisch-süddeutschen Vereinigung und Oesterreich. Allen diesen Bestrebungen, sagt der Minister, „stehen die Bestimmungen des Prager Friedensvertrags entgegen.“ „Die Allianzverträge der süddeutschen Staaten mit Preußen haben diese Bestimmungen, noch ehe sie geschrieben waren, verletzt und ich habe unmöglich verkennen und verschweigen können, daß das Projekt welches die Unterschriften des Fürsten von Hohenlohe und des Freiherrn von Barnbüler trägt, diesen

Widerspruch noch bedeutend verschärfen und vollständiger zur Erscheinung bringen würde. Von einem süddeutschen Staatenverein, wie er nach dem Prager Vertrage zwar in eine nationale Verbindung mit Norddeutschland eintreten, aber neben demselben in völkerrechtlicher Unabhängigkeit bestehen soll, ist in den bayerisch-württembergischen Punktationen keine Spur geblieben. Statt dessen stellen dieselben einen Organismus auf in welchem — mit oder ohne gemeinsames Parlament — jede selbstständige Regung der vereinzelter süddeutschen Staaten regelmäßig in dem Willen der norddeutschen Bundesmacht verschwinden muß. Das Verlangen, daß das kaiserliche Kabinet den Allianzverträgen, welche es bis jetzt stillschweigend hingenommen hat, und selbst noch weiter gehenden Verletzungen des Prager Vertrags seine Zustimmung ertheilen solle, habe ich unumwunden als unerfüllbar bezeichnet und darauf hingewiesen, daß Oesterreich in seiner Lage vielmehr sich sorgfältig hüten müsse, irgendwie durch Wort oder That sich des Rechts zu begeben auf die Verfügungen des Prager Friedenstraktats zu gegebener Zeit sich zu berufen."

Das war deutlich gesprochen. Es leuchtet auch auf den ersten Blick der bedeutsame Umstand ein, daß diese Erklärungen von Wort zu Wort gerade so gut auf den französischen Standpunkt passen und ebenso wohl in Paris hätten geschrieben seyn können wie in Wien. Oesterreich nahm dabei völlig die Stellung einer fremden Macht ein. Der Minister des Kaisers äußerte gegenüber den bayerischen Zumuthungen seine ironische Verwunderung, daß man sich dort so rasch wieder an jenes Oesterreich wende, das man soeben durch feierliche Verträge aus dem Bunde hinausgeworfen. Er wiederholte, daß man sich in Wien nur gegen sehr solide Garantien und vollste Gegenleistung in eine Verbindung einlassen könnte, welche dem Kaiserstaat wieder Lasten und Verbindlichkeiten Deutschlands wegen auferlegte. Er bemerkte schließlich, daß man ja in München schwerlich im Stande sei solche Garantien zu leisten, daß man sich aber in den süd-

deutschen Residenzen hüten möge durch noch weitere Abweichungen vom Prager Vertrage den kaum wieder gesicherten Frieden abermals zu gefährden.

Als der bayerische Agent Graf Tauffkirchen — so wird erzählt und die Erzählung entspricht genau dem sonstigen Inhalte des „Nothbuchs“ — um dieselbe Zeit in Berlin auf eine Annäherung an Oesterreich drang, benützte Graf Bismark die Gelegenheit und schickte den bayerischen Unterhändler gleich selber nach Wien in den April. Die Vorschläge die letzterer mitbekam, liefen ungefähr auf eine preussische Garantie für die deutschen Provinzen Oesterreichs hinaus. Allein auch er erhielt die Antwort: daß darin eine wirkliche Gegenleistung für das Opfer der französischen Freundschaft und für eine Allianz welche Oesterreich abermals mit der französischen Nation verfeinden würde, nicht erkannt werden könnte. Ueberdieß soll sich herausgestellt haben, daß Graf Bismark Oesterreich nur hätte gewinnen mögen, damit es der Dritte sei im Bunde mit ihm und Rußland. Mit anderen Worten: nicht nur den Interessen Preußens in Deutschland, sondern auch der moskowitzischen Politik in der Türkei hätte man sich in Wien dienstbar machen sollen um den Preis schöner Worte. So wäre freilich die preussische Politik gegen jede französische Anfechtung vollkommen sicher gewesen; der Gedanke war aber zu schön für diese arge Welt.

Seitdem das österreichische Nothbuch vorliegt, ist keine Täuschung mehr möglich über unsere Lage. Sind die Empfindungen mit welchen Oesterreich und Frankreich gemeinsam auf die Gestaltung der deutschen Dinge seit dem Prager Frieden hinschauen, im Wesentlichen ganz identisch, so wird diese Identität noch gefährlicher durch die natürliche Gemeinsamkeit der Interessen beider Mächte im Orient. Ohne Rücksicht auf den Orient wird heutzutage keine Allianz der Mächte mehr geschlossen; das ist unzweifelhaft. Darum ist auch der zwar für die Oeffentlichkeit verläugnete, aber nur um so gewissere Zusammenhang der geheimen Absichten Preußens und

Rußlands nur ein weiterer Sporn, um Oesterreich wohl oder übel in die Arme Frankreichs zu treiben.

Für Preußen ist es unfraglich mit jedem Tage schwerer geworden dieser unheilvollen Entwicklung durch einen energischen Entschluß zuvorzukommen, seitdem es sich auf die anachronistische Basis der Annexions- und Hausmachtpolitik gestellt. Preußen müßte zu dem gedachten Zwecke zurückgehen bis hinter die beliebten Deutungen des Prager Friedens. Vor Jahr und Tag hätte das noch leicht geschehen können, wie Graf Bismarck in seinen Erklärungen vom 6. Februar selber thatsächlich zugestanden hat. Seit diesen Vorgängen aber in der Berliner Kammer dürfte jedes Zurückweichen Preußens als eine politische Unmöglichkeit dastehen. Man hat die Brücke abgebrochen hinter sich.

Wenn aber der preußische Minister keinen andern Ausweg kannte als es auf den großen Strauß ankommen zu lassen, dann erhebt sich immer wieder die Frage, warum er denn nicht aus Anlaß der Luxemburger Affaire und somit als Vertheidiger einer eminent deutschen Sache, den Bruch gewagt hat? Allerdings hat Baron Beust damals, die Chancen eines preußisch-französischen Krieges abwägend, in Berlin folgende merkwürdigen Warnungen zu bedenken gegeben: „Eine Explosion der seither mühsam zurückgedrängten Unzufriedenheit der französischen Nation ist mit den größten politischen und socialen Gefahren verbunden, und wenn auch diese Gefahren allgemein europäische sind, so würde es doch Preußen seyn, welches sich den ersten Wirkungen des heftigen Sturmes entgegenstellen müßte. Einen entschiedenen Vortheil hat zweitens Frankreich durch seine Flotte voraus, welche dießmal ungehindert vom englischen Dreizacke, eine in den frühern deutsch-französischen Kriegen nicht vorgekommene Rolle spielen und einen nicht geringen Theil der Streitkräfte Preußens beschäftigen würde. Durch diese Diversion wird Preußen drittens gehindert seyn, den süddeutschen Staaten den Schutz den es ihnen durch formelle Bündnisse zugesichert

hat, zeitig und ausreichend zu gewähren, und zugleich sind alle diese Gefahren und Nachtheile von der Art, daß sie durch eine Allianz mit Rußland nicht im entscheidenden Augenblicke von Preußen abgewendet werden können.“ So warnte damals Baron von Beust. Wenn sich aber Preußen wirklich durch derlei Erwägungen zum Nachgeben bestimmen ließ, so fragt es sich um so mehr, in welchen Punkten denn seine Bedingungen jetzt besser geworden sind?

Gewiß nirgends; umgekehrt haben sich die Chancen Frankreichs seitdem viel günstiger gestaltet. Italien, der natürliche Allirte aus dem böhmischen Feldzug, siecht langsam dahin und wird sicher keinen Allianzkrieg mehr führen. In Süddeutschland verschwindet der Druck der Einschüchterung aus den gewaltigen Schlägen von 1866 mehr und mehr, und die Reaktion erhebt täglich gewaltiger das Haupt. Oesterreich schreibt und liest Nothbücher, und das ist immerhin ein Gegenbeweis des politischen Todes zu dem man den Kaiserstaat vielfach verurtheilt glaubte. In Rußland wird die sociale Lage fortschreitend trüber. In Preußen räth der entsetzliche Nothstand zu Allem eher als zum Kriege, ein Hinderniß das man in Berlin vor Jahr und Tag kaum berechnen konnte. Frankreich aber war damals nicht, was es jetzt ist: nämlich gerüstet bis an die Zähne mit den neuen Waffen.

Wir haben uns jüngst gegen die Zumuthung verwahrt, Alles was dem Grafen Bismark zu thun beliebt, für ipso facto national-deutsch halten zu müssen. Wir fürchten fast, daß in nicht langer Zeit sein Stern auch in anderen Augen erbleichen wird; denn wenn nicht Alles täuscht, so hat er den rechten Moment gegen Frankreich verpaßt. Unter dieser Bedingung aber ist eine Politik um so schuldbarer, die nie und nimmer einen andern Ausgang haben konnte und kann als den großen Krieg.

XXVII.

Die französische Presse.

IV. Die Provinzialpresse, die Revüen und die „kleine Presse“. — Schluß- Uebersicht.

Mit der französischen Provinzialpresse hat es eine eigene Bewandniß. Auf keinem Gebiete dürfte sich wohl die auf's äußerste getriebene Centralisation Frankreichs bemerklicher machen als hier, und nirgends dürften so nachtheilige Folgen eingetreten seyn. Denn wenn man in Frankreich von einer Provinzialpresse spricht, so kann darunter nur verstanden werden, daß es Blätter gibt die in den Provinzen gedruckt werden. Geschrieben werden dieselben zum größten Theile, wo nicht ausschließlich in Paris. Es herrschen auf diesem Gebiete ganz merkwürdige Gewohnheiten.

Es gibt in Paris außer der Havas'schen Agentur, welche auch für die Provinzial-Zeitungen das auswärtige Material und die telegraphischen Nachrichten liefert, mindestens ein Duzend eigens für die französische Provinzialpresse eingerichtete Correspondenzanstalten. Natürlich arbeitet jedes dieser Institute in einer bestimmten Parteifarbe und wird auch öfters von der betreffenden Partei auf verschiedene Weise unterstützt. Jedes versorgt stets mindestens ein halbes Duzend und mehr Provinzialblätter täglich mit der gleichen durch

Steindruck vervielfältigten Correspondenz. Selbstverständlich bleibt es dann jedem Blatt selbst überlassen ganz oder zum Theile davon abzudrucken was seinen Zwecken entspricht. Meistens sind die Provinzial-Zeitungen auf mehrere dieser Correspondenzen abonnirt und können demnach beliebig auswählen, so daß es fast wie eigene selbstständige Arbeit aussieht. Trotzdem wird man aber beim Vergleiche einer Anzahl derselben Farbe angehörender Provinzialblätter sofort die einförmige Gemeinsamkeit der Quellen erkennen. Nur die Anordnung des Materials und dann die paar sehr spärlichen Provinzialnachrichten bringen eine kleine Abwechslung hervor. Die Armuth solcher Blätter ist meist so groß, daß sich die Pariser Zeitungen oft das ganze Jahr nicht veranlaßt finden, einen einzigen Artikel aus den größten Provinzial-Blättern zu entnehmen.

Neben diesen fabrikmäßigen Correspondenzen haben nun freilich die größern Provinzialblätter auch noch einen oder den andern Specialcorrespondenten und Mitarbeiter in Paris, von wo aus ihnen so ziemlich der ganze Stoff zugeht. Selbst die auswärtigen Nachrichten beziehen sie fast ausschließlich aus Paris. Nur einige wenige der größern Provinzial-Zeitungen, namentlich die katholischen, haben Correspondenten im Auslande, d. h. in Rom und in Italien. Dagegen besteht die eigentliche Redaktion an Ort und Stelle meist nur aus einer einzigen untergeordneten Persönlichkeit, die außer der Anordnung des täglich von Paris eingehenden Stoffes und einigen Provinzialnachrichten höchstens sich soweit versteigt eine Art Bulletin an der Spitze des Blattes zusammen zu stellen.

Das Feuilleton erhalten die Provinzialblätter auf eine ganz ähnliche Weise geliefert. Es besteht hiezu in Paris die Agentur der Schriftstellergesellschaft (*Société de gens de lettres*) welche die Arbeiten der Mitglieder lithographiren läßt, um sie dann den verschiedenen Blättern zuschicken zu können. Natürlich können diese letztern unter dem zuge-

schickten Material nach Belieben auswählen. Der Preis dafür ist tarismäßig nach dem Werth der Schriftsteller abgeschätzt und in verschiedene Classen gebracht. Ein Blatt das nicht viel ausgeben kann oder will, läßt sich nur Waare zweiter oder dritter Classe zuschicken. So kommt es, daß derselbe Roman oft gleichzeitig in einem Duzend von Provinzialblättern erscheint.

Diese durchgängige von Paris aus unterhaltene Einformigkeit der Provinzialzeitungen ist das getreueste Bild der französischen Centralisation. Ein solcher Zustand ist aber auch nur dadurch möglich, daß die meisten dieser Blätter in ihrer Verbreitung auf die Stadt wo sie erscheinen, und auf das betreffende Departement, je auf einen einzelnen Bezirk (arrondissement) beschränkt sind. Während eines mehrjährigen Aufenthaltes in einer ziemlich großen Departemental-Hauptstadt habe ich nie eines der in den kleinern Städten des Departements oder in den benachbarten Hauptorten erscheinenden Blätter gefunden. Selbst in den größten Kaffeehäusern, welche so ziemlich in ganz Frankreich die Stelle der Lesezimmer vertreten, fand ich außer einem halben Duzend Pariser Zeitungen fast stets nur eines der beiden am Orte selbst erscheinenden Blätter. Nur einige wenige, besonders katholische Provinzialblätter haben es zu größerer Verbreitung über einige Departements hinaus gebracht. Auch die in gewissen Handels- und Seestädten erscheinenden Zeitungen gelangen manchmal ihrer Handelsnachrichten halber zu einer größern Bedeutung und Verbreitung. In Paris findet man ebenfalls nur selten ein Provinzialblatt; in den Kaffeehäusern trifft man viel eher eine oder mehrere deutsche Zeitungen als eine aus den Provinzen. Nur hin und wieder läßt sich eine Familie aus der Provinz ihr heimathliches Blatt nach Paris schicken. Die Provinzialpresse hat überhaupt nur als Echo der Pariser Presse und besonders auch als Echo des amtlichen Preßbureaus einige Bedeutung. Ihr ganzer geistiger Stoff ist ja nur ein von Paris in die Provinzen geleiteter Ausfuhrartikel.

Neben der Pariser Presse erscheint die Provinzialpresse überhaupt nur als eine Art untergeordneter Ableger. Es gibt deshalb auch nur wenige Provinzialblätter die es über 2 bis 3000 Abonnenten bringen. Ueber 5000 hinaus dürfte es wohl kaum eine oder die andere Provinzialzeitung geben. Auch erscheinen nur die wenigern Provinzialblätter täglich. In einer Stadt von etwa 35,000 Einwohnern erschienen in der ganzen zwei Blätter, wovon das eine viermal das andere fünfmal wöchentlich ausgegeben wurde und jedes 7 bis 800 Abonnenten hatte. Aehnlich verhält es sich überall. Nur in größern Städten gibt es eine größere Anzahl Blätter, die dann auch täglich erscheinen. In kleinern besonders Unterpräfekturstädten muß man sich fast immer mit einem einzigen begnügen, das ein- bis viermal wöchentlich erscheinen mag. Diese Wochenblätter haben meist nur 3 bis 500 Abnehmer.

Wo nur ein Blatt erscheint, ist es officiös und voll von den Behörden abhängig, indem dieselben die amtlichen Bekanntmachungen dort erscheinen lassen; wo mehrere Blätter erscheinen, ist wenigstens eins derselben officiell. Die Zuzahlung der amtlichen Anzeigen ist an sich schon eine bedeutende Unterstützung, welche außerdem eine bestimmte Abonnentenzahl sichert. Außerdem erhalten noch viele dieser Blätter beträchtliche Zuschüsse aus amtlichen Mitteln. Man begreift nur, daß in den französischen Provinzen die unabhängigen Blätter einen viel schwerern Stand haben als in Paris, und daß daher mindestens drei Viertel aller in den Provinzen erscheinenden größern oder kleinern Blätter mehr oder weniger in den Händen der Regierung sich befinden.

Einige der unabhängigen Provinzialblätter erhalten auch Zuschüsse von den Parteien denen sie angehören. Es bestehen Vereinigungen von einer Anzahl Familien, welche sich verpflichten ein Gewisses zur Deckung des etwaigen jährlichen Ausfalls beizutragen. Dagegen ist die Provinzialpresse ziemlich frei von jenen schändlichen Börsenbestechungen, die sich ja das Börsenspiel und die Spekulation des ganzen Lan-

es in Paris concentrirt. Höchstens mögen die Pariser Correspondenten manchmal bestochen seyn oder die Blätter nehmen von den Pariser Annoncen-Agenturen Anzeigen auf, die auf solche Unternehmungen berechnet sind. Wer in den Provinzen spekulirt, der hält auch ein Pariser Blatt um sich über die Verhältnisse zu unterrichten. Bedenkt man diese Umstände, so muß man sich fast wundern, daß es in den Provinzen noch so viele Blätter gibt und daß die bedeutendern Städte wie Lyon, Bordeaux, Marseille sieben bis acht tägliche Zeitungen haben.

Hinsichtlich der Parteirichtung ist hervorzuheben, daß bei den Provinzialzeitungen die Farben nicht so scharf hervortreten können, wie dieß bei der Pariser Presse der Fall ist. Die liberalen Blätter lehnen sich so ziemlich an die Pariser liberalen Blätter an und entlehnen denselben fast der Reihe nach ihre Urtheile. Die katholischen und conservativen stehen dagegen genau in demselben Verhältniß zu den fünf katholischen und legitimistischen Zeitungen in Paris. Sie sind deshalb fast zu gleicher Zeit strengkatholisch, legitimistisch und liberalisirend. Hervorzuheben ist auch, daß bis auf drei oder vier sämmtliche katholischen und gutgesinnten Blätter der Provinzen in den letzten fünfzehn bis zwanzig Jahren entstanden sind. Die Fortschritte der katholischen Presse sind insoferne als sehr bedeutend zu bezeichnen.

In Folgendem will ich versuchen eine Uebersicht der katholischen Provinzialpresse zu geben, so weit dieß bei dem Umfange des Gegenstandes möglich ist.

Das kirchlich so thätige Lyon besitzt den *Courrier de Lyon*, der so ziemlich die Erbschaft der 1860 unterdrückten *Gazette de Lyon* angetreten und nicht unbedeutenden Einfluß besitzt. Marseille hat die verhältnißmäßig alte *Gazette du Midi*, der es nicht an Original-Correspondenzen aus Rom und Paris fehlt und die als eines der best redigirten Provinzialblätter angesehen werden muß. Nantes besitzt die *Esperance du Peuple*, Rennes (Bretagne) das *Journal de*

Rennes, Lille den Propagateur du Nord und Bordeaux die schon nahe an vierzig Jahre bestehende Guienne. Besonders reich an Originalarbeiten ist die Union de l'Ouest zu Angers, welche deßhalb auch ziemlich viele Leser außerhalb des Departements besitzt. Ja man kann sagen, daß das Blatt in allen Departementen einige Leser hat, namentlich unter dem geistlichen Stande. Das Journal de Toulouse erscheint in der gleichnamigen Stadt.

Winder bedeutend und auch nicht alle täglich erscheinend, wenngleich sonst oft sehr tüchtig sind die folgenden Blätter: Union franc-comtoise zu Besançon; l'Espérance zu Nancy; Mémorial d'Amiens in der Hauptstadt der Picardie; Voeu national in Metz; l'Emancipateur in Cambrai; l'Ordre et la liberté in Caen; Courrier de la Vienne in Poitiers; Journal de Vannes in der gleichnamigen alten Bischofsstadt; l'Indicateur in Tourcoing; Courrier des Alpes in Chambéry; France centrale in Blois; Mémorial des Pyrénées in Pau; Foi bretonne in St. Brieuc; l'Océan in Brest; Sentinelle du Jura in Dons-le-Saunier; Mémorial de l'Allier in Moulins; Courrier du Jura in St. Videl; Petites Affiches in Bayonne; Mémorial de la Loire in St. Etienne; Journal de l'Ain in Bourg; Messenger de la Provence in Aix; l'Ordre zu Arras; Opinion du Midi zu Nîmes zeichnet sich durch eigene Arbeiten aus. Mehrere dieser katholischen Blätter sind zur Aufnahme der amtlichen Anzeigen bestimmt, also gewissermaßen beeinflusst. Wie man sieht, vernachlässigt hier die napoleonische Regierung nichts und weiß auch manchmal den Katholiken Rechnung zu tragen.

In Algerien hat bis jetzt ein katholisches Blatt noch nicht gedeihen wollen, trotzdem schon Versuche gemacht wurden. Dagegen besteht seit längern Jahren in St. Denis auf der Insel Réunion ein katholisches Blatt, la Malle, das freilich eines jährlichen Zuschusses von 10 bis 11,000 Franken bedarf, der von sieben Familien geleistet wird. Erwähnt mag hiebei auch werden, daß zu Montreal, der Hauptstadt

des französischen Canada, zwei große katholische Blätter *Minerve* und *Nouveau-Monde* erscheinen.

Es mögen außerdem noch einige kleinen Blätter in den französischen Provinzen existiren, auf deren Namen ich mich nicht mehr besinne. Obige Angaben genügen aber jedenfalls, um einen ausreichenden Begriff von der katholischen Provinzial-Presse zu geben, welche im Allgemeinen genommen etwas mehr selbstständiges Leben zeigt als die liberalen Gegner. Einige weiteren Einzelheiten muß ich noch nachtragen.

In Straßburg ist der katholische, in beiden Sprachen geschriebene „*Elsäßer*“ (*Alsacien*) eingegangen, wogegen der „*Unparteiische am Rhein*“ (*l'Impartial du Rhin*) neu entstanden ist. Derselbe ist Präsekturblatt, hat 1100 bis 1200 Abnehmer, und trägt den katholischen Interessen ziemlich wohl Rechnung. Neben ihm erscheint seit mehr als achtzig Jahren daselbst der „*Niederrheinische Kurier*“ (*Courrier du Bas-Rhin*) welcher die protestantische Tendenz vertritt und etwa 2300 bis 2500 Abnehmer zählt. Dieß ist alles für eine Stadt von 70 bis 80,000 Einwohnern. Mehrere Städte besitzen übrigens dem genannten „*Unparteiischen*“ ähnliche theils liberale theils Regierungsblätter, welche sich ebenfalls anständig gegen die Kirche benehmen. Das bedeutendste dieser Art ist der *Nouvelliste de Rouen*, der mehr als jedes andere Regierungsblatt in den Provinzen die Absichten der Regierung vertritt und im voraus andeutet. Ich sehe denselben deshalb als eines der wichtigsten Provinzialblätter an, dem auch seine Verbreitung entspricht. Andere Blätter welche zu der katholischen Kirche eine ähnliche Stellung einnehmen, sind *Courrier du Havre*, in der bekannten Hafenstadt erscheinend, *Aube* in Troyes, *Journal de la Champagne* in Reims u. s. w.

Rechnet man die Regierungsblätter ab, so dürfte fast die Hälfte der unabhängigen Provinzialblätter der katholischen Richtung angehören. In den großen Städten stehen nun freilich je vier bis fünf liberale Blätter einer einzigen katho-

lischen Zeitung gegenüber, dagegen steht in manchen mittlern Städten das katholische Organ ganz allein dem Präfekturblatt entgegen. Oft sogar hat das katholische Blatt die größere Verbreitung wie z. B. in St. Brienc, Rennes, Toulouse, Angers, Blois und Moulins. Bringt man außerdem die Zeit des Bestehens dieser Blätter in Anschlag, so muß man wirklich schon sehr anspruchsvoll seyn, um nicht deren Erfolge bedeutend und befriedigend zu finden. Geht es auf diese Weise fort, dann bedarf es gar nicht so langer Zeit mehr um in den meisten Provinzen die katholische Presse zur vorherrschenden zu machen.

Es wird nicht nöthig seyn die liberalen Provinzialblätter einzeln aufzuzählen. Ich begnüge mich einige der bedeutendsten zu nennen. *Salut public* und *Progrès de Lyon* zu Lyon; *Gironde* und *Journal de Bordeaux* in Bordeaux; *Sémaphore*, *Courrier de Marseille* und *Phare de la Méditerranée* zu Marseille. Der *Phare de la Loire* zu Nantes ist in den letzten Jahren zu einer bevorzugten Ablagerungsstätte der Pariser Demokratie geworden und hat dadurch sehr an Verbreitung gewonnen; er hat täglich mehrere Originalartikel aus Paris. *Echo du Nord* und *Progrès du Nord* zu Lille sind ebenfalls ziemlich scharf. Außer einigen politischen Handelszeitungen der Seestädte sind dieß so ziemlich alle Provinzialblätter welche auch außerhalb ihres Departements Leser haben.

Eine große Rolle spielen in Frankreich die sogenannten *Revue*n, welche größtentheils halbmonatlich, seltener bloß monatlich in starken Hesten erscheinen und meistens noch umfangreicher sind als die Histor.-polit. Blätter. Hinsichtlich des Inhaltes und der Art ihrer Bearbeitung sind sie übrigens den gelben Hesten so ähnlich, daß es unnöthig wird weiter darauf einzugehen. Nur ist hervorzuheben daß die meisten *Revue*n auch noch philosophische und naturwissenschaftliche Erörterungen bringen. Eine Aufzählung der wichtigsten mag genügen.

Erst die katholischen, deren älteste und bedeutendste der *Correspondant* ist. Seine Auflage dürfte etwa 4500 betragen. Das Blatt ist Eigenthum des Grafen von Montalembert und dem entsprechend ziemlich liberal gefärbt, im Uebrigen jedoch sehr tüchtig. Die wissenschaftlichen, besonders die historischen Arbeiten haben durchgehends Werth. Eigentlicher Direktor ist Hr. Lavedan. Es wäre schwer eine Uebersicht der Mitarbeiter zu geben, da, wie bei allen Revuen, die Anzahl derjenigen welche Beiträge liefern stets sehr groß ist. Der „*Correspondant*“ ist die einzige katholische Revue die sich mit Politik beschäftigen darf. Mehrere andere sonst sehr tüchtige Revuen haben bis jetzt die Erlaubniß nicht erhalten können politische und sociale Fragen zu behandeln. Besonders bei der von Eugen Veuillot geleiteten streng katholischen *Revue du Monde catholique* ist dieß sehr zu bedauern *). Diese Revue besteht erst seit einigen Jahren, bringt gute geschichtliche und literarische Arbeiten und hat etwas über 2000 Abnehmer. Die *Etudes religieuses, historiques et littéraires*, von den Pariser Jesuiten unter Leitung des P. Patin herausgegeben, bringen ausgezeichnete wissenschaftliche Abhandlungen und Kritiken und haben es in der kurzen Zeit ihres Bestehens ebenfalls auf etwa 2000 Abnehmer gebracht. Ferner erscheint noch *Le Contemporain*, *Revue de l'économie chrétienne*, mit 12 bis 1500 Abnehmern, welche sich hauptsächlich mit den Werken der christlichen Nächstenliebe beschäftigt und der deßhalb die Nichtgestattung politischer und socialer Arbeiten sehr hinderlich seyn muß. Ohne dieses Hinderniß dürfte die Zeitschrift für die socialen Fragen von großer Bedeutung werden. Die *Revue des Sciences ecclésiastiques*, von Abbé Bouix geleitet, ist ebenfalls sehr tüchtig und der Stoff dem Titel entsprechend.

*) Hat soeben die Erlaubniß erhalten sich mit Politik beschäftigen zu dürfen und eine Cautio zu erlegen.

Eine ganz besonders wichtige katholische Zeitschrift ist auch die seit zwei Jahren bestehende vierteljährig erscheinende *Revue des Questions historiques*; dieselbe wird von Herrn von Beaucourt und E. Dumont geleitet und zählt fast sämtliche katholischen Geschichtsgelehrten der jüngern Periode zu ihren Mitarbeitern. Die *Revue* beschäftigt sich, dem Titel entsprechend, mit der Aufklärung zweifelhafter oder absichtlich gefälschter historischen Thatfachen und ist eine Art Arsenal der bedeutendsten Ergebnisse aus den quellenmäßigen Forschungen der katholischen Gelehrtenwelt in Frankreich. Nirgends als in Paris mit seinen reichen Archiven und Bibliotheken, seinen vielen und strebsamen jungen Kräften geistlichen und weltlichen Standes war ein derartiges Unternehmen mehr am Platze. Die *Revue* ist eine Fundgrube für den Geschichtschreiber, den sie mit den Fortschritten der Wissenschaft in Frankreich am ausgiebigsten bekannt macht.

In den Provinzen erscheinen ebenfalls einige kleinern *Revue*n, alle nichtpolitisch. Ich nenne davon die *Revue de la Bretagne et Vendée* zu Nantes und die *Revue historique* der Kirchenprovinz Auch. Die *Revue d'Alsace* zu Straßburg ist zugleich eine Art Diöcesanblatt, ebenso wie verschiedene andere. Für lokale Geschichtsforschung, für das wissenschaftliche Streben in den Provinzen überhaupt sind diese meist in den letzten Jahren entstandenen Zeitschriften von Bedeutung und als ein Zeichen des wiedererwachenden provincialen Lebens anzusehen.

Der Liberalismus ist auch hinsichtlich der *Revue*n viel besser daran als die Katholiken. Wenigstens ist es demselben in den letzten Jahren gestattet worden mehrere politische Zeitschriften dieser Gattung zu gründen. Wenn sich die Partei hierin und überhaupt hinsichtlich der Presse wegen schlechter Behandlung seitens der Regierung beklagt, so ist dieß fast nur der anspruchsvollen Ungenügsamkeit, Herrschsucht und Anmaßung zuzuschreiben. Wenn der Liberalismus nicht völlig alleinherrschend geworden, wird er sich immer

noch über Unterdrückung beklagen, denn Herrschaft und Unterdrückung ist ja sein einziger Zweck. Sicher hätten die Katholiken viel eher Ursache zur Klage, da sie seit der napoleonischen Herrschaft noch keine einzige politische Revue haben gründen dürfen, was dagegen den Liberalen wiederholt gestattet wurde.

Die bedeutendste und zugleich älteste der liberalen Revuen ist die allbekannte Revue des Deux-Mondes, von Buloz geleitet und so ziemlich von allen namhaften Schriftstellern der verschiedenen liberalen Schattirungen unterstützt. Selbst gewisse katholische oder vielmehr katholisirende Mitarbeiter sind nicht immer ausgeschlossen. Ueber auswärtige Verhältnisse ist die Revue vermöge der Verbindung mit ausgezeichneten Gelehrten stets ziemlich gut unterrichtet. Sie gilt als orleanistisches Organ, macht begreiflicherweise sehr stark in modernen Principien, Nationalitätsschwindel, Trennung der Kirche vom Staat und ähnlicher Tendenz. Manche Artikel verrathen dabei einen gewissen katholischen Sinn, während anderntheils die platteste Bewunderung für Renan und verwandte „Gelehrten“ gepredigt wird. Die Zeitschrift glaubt auf diese Weise ihre Unparteilichkeit zu bezeugen und sich bei Katholiken und Freidenkern zugleich unter dem Vorwande der Wissenschaftlichkeit zu empfehlen. Wegen ihres bestechenden gespreizt wissenschaftlichen Tones den sie stets innehält, wird auch wirklich Mancher getäuscht und nimmt die Zeitschrift für ein unparteiisches Blatt. Ueberhaupt verstehen es die liberalen Redakteure auf diese Weise den „Vorurtheilen“ Rechnung zu tragen und gewinnen dadurch an Verbreitung und Einfluß selbst bei denen, von welchen sie bekämpft werden müßten. So lange das Journal des Débats stets einen oder einige Geistliche unter seinen wissenschaftlichen und literarischen Mitarbeitern zählte, wurde es auch stark von Geistlichen gelesen, die dadurch die Schlange großziehen halfen. Die Abonnentenzahl der Revue des Deux-Mondes wird verschieden von 12,000 bis zu 16,000 angegeben, ist in

jedem Falle aber so bedeutend, daß das Unternehmen ein sehr einträgliches ist und manche Arbeiten bis zu 500 Franken für den Bogen bezahlt werden können.

Neben ihr dürfte wohl die *Revue moderne*, vor acht oder neun Jahren unter dem Namen *Revue germanique* gegründet und später *Revue germanique et française* genannt, als die bedeutendste unter den liberalen Zeitschriften dieser Gattung betrachtet werden. Sie beschäftigt sich ziemlich viel mit deutschen Verhältnissen und socialwissenschaftlichen oder wirthschaftlichen Fragen. Direktor ist Herr Dollfuß, ein gelehrter protestantischer Elsäßer, der dabei von seinem Landsmann Scherer unterstützt wird. Die *Revue moderne* steht überhaupt in engster Verbindung mit dem *Temps*, dürfte aber kaum einige tausend Abnehmer haben.

Imperial-demokratischer Richtung ist die *Revue contemporaine*, in letzter Zeit durch die berühmten Kervarty'schen Arbeiten über das mexikanische Kaiserreich und die dortige Geistlichkeit bekannt geworden. Ihre Verbreitung ist sonst gering, ebenso wie diejenige der *Revue nationale*, die sehr demokratisch-republikanisch ist und jetzt alle Wochen erscheint. Außer diesen dürfte noch die nichtpolitische Philosophie positive, d. h. atheistisch-materialistische *Revue* der Herrn Littré und Wyrouboff genannt werden. Die andern nichtpolitischen widerchristlichen Zeitschriften dieser Gattung übergehen wir.

Fast hätte ich vergessen die politisch-finanziellen Wochenblätter hier zu erwähnen. Ich nenne die *Semaine financière*, *Journal des Actionnaires*, das *Journal des Chemins de fer* und den *Moniteur des tirages financiers*, von denen ein jedes im Dienste irgend einer Finanz- d. h. Ausbeutungsanstalt steht. Als unbestechlich und völlig unabhängig gilt nur die *Finance*, die aber in Brüssel gedruckt werden muß, obwohl sie in Paris redigirt wird. Durch den famosen Kerveguen-Gueroult'schen Streit wegen Preßbestechung hat das Blatt eine neue Bedeutung und größere Verbreitung erhalten. Es vertritt dabei die katholische Richtung in diesem Literaturzweig.

Einige andern politischen Wochenblätter verdienen bloß der Merkwürdigkeit halber angeführt zu werden. Da ist z. B. das *Mémorial diplomatique*, welches als Organ des österreichischen Botschafters Fürsten Metternich gilt und auch wirklich von dorthier materielle und sonstige Unterstützung zu erhalten scheint. Dieß verhinderte jedoch nicht daß das Blatt auch schon von Seite der italienischen Regierung besonderer Aufmerksamkeit sich erfreute. Hierbei mag erinnert werden, daß auch *la France* auf gutem Fuße mit der genannten Botschaft zu stehen scheint. Auch Dänemark ist durch die Wochenschrift *Mouvement* vertreten; das Blatt scheint sich die Wiedererlangung Schleswigs von Preußen zu seinem Ziel gesetzt zu haben, ist aber sonst fast ohne jegliche Bedeutung.

Eine unendlich große Wichtigkeit hat hingegen die sogenannte kleine Presse (*la petite presse*) seit etwa einem Jahrzehnt erlangt. Unter diesem Namen versteht man die billigern zum Theil illustrierten, aber immer nichtpolitischen Wochen- und Tagesblätter, dann auch die Witzblätter und solche die es zu seyn vorgeben. Die der großen d. h. politischen Presse auferlegten Beschränkungen, namentlich die Erschwerung des Erscheinens neuer politischer Zeitungen sind als die erste Ursache der Entstehung der meisten dieser Blätter anzusehen, die jetzt zu einer vor wenigen Jahren noch kaum geahnten Bedeutung gelangt sind und zu den einträglichsten literarischen Unternehmungen gehören. Selbstverständlich üben diese Blätter einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf fast sämtliche Classen der Bevölkerung und ebenso leuchtet ein, daß dieser Einfluß kein guter genannt werden kann. Die kleine Presse die nur bis zu einem gewissen Grade eine Berechtigung hat, ist ein Zeichen der Zeit. Sie bekundet eine gewisse Erschlaffung des Strebens nach höherer Beschäftigung des Geistes, an deren Stelle kleinliche Selbstsucht, Drang nach Zerstreuung und Frivolität getreten sind. Die kleine Presse lebt hauptsächlich von schlechten Romanen und schmutzigem

Stadtklatsch, sie signalisirt eine moralische Versunkenheit und einen Leichtsinn wodurch das gesellschaftliche Leben aus seinen Fugen gebracht werden muß. Es ist kaum zu viel gesagt, wenn man die Blätter dieser Gattung oder wenigstens den größten Theil derselben geradezu als Organe der Verbreitung sittlicher Fäulniß und Auflösung bezeichnet.

Die „kleine Presse“ ist im Jahre 1856 gewissermaßen als Ergebniß der damaligen Industrie-Ausstellung entstanden. Zuerst kam das Journal pour tous, das wöchentlich in einem Doppelbogen erschien und gewöhnliches Romanfutter nebst Illustrationen brachte. Es erreichte in wenigen Wochen eine Auflage von 120,000 Exemplaren, wovon der größte Theil nummewise, zu 10 Centimen das Exemplar, abgesetzt wurde. Ehe zwei Monate verflossen, hatte dasselbe in dem Journal du Dimanche einen Nebenbuhler, der wöchentlich nur einen einfachen Bogen gab, dabei aber bloß die Hälfte kostete und deshalb seine Auflage sehr bald auf 100,000 brachte. Somit war die größtmögliche Wohlfeilheit mit einem Schlage erreicht, denn unter einen Sou (fünf Centimen), der die kleinste Scheidemünze darstellt, ist es wohl nicht mehr möglich herunterzugehen. Von nun ab war bald die Anzahl derartiger Wochenblätter gar nicht mehr zu bestimmen. Es entstanden jeden Augenblick neue und jedes suchte wieder etwas Besonderes zu bieten; manche aber, wo nicht die meisten, verschwanden auch wieder ohne besonders bemerkt zu werden. Eines dieser Blätter gab allwöchentlich einen guten größern Holzschnitt als besondere Beilage, andere gaben Lithographien und sogar Farbendrucke und Kupferstiche nach den besten Meistern, und setzten sich so die Verallgemeinerung der Meisterwerke der Kunst zum Ziel. Andere gaben vor die Verbreitung der Naturgeschichte und andern nützlichen Wissenschaften fördern zu wollen. Das Bezeichnendste aber ist, daß gerade diejenigen Blättchen welche sich ein solches höheres Ziel setzten und deshalb günstig auf die Bildung des Volkes hätten wirken können, am ehesten wegen Mangel an Abnehmern eingingen.

mußten. Das gewöhnlichere ungesunde Futter behauptete den Markt und bereicherte diejenigen welche dasselbe bereiteten und verbreiteten.

Etwas mehr Glück hatten die Katholiken in ihrem Versuche dem hereinbrechenden literarischen Strome, der wegen seiner populären, unschuldigen und anspruchslosen Form um so gefährlicher erscheinen mußte, einen Damm entgegen zu setzen. Sie gründeten nach und nach zwei solcher Blätter: l'Ouvrier der es auf 30,000 Abnehmer oder gar noch mehr brachte, und den Messenger de la Semaine mit etwas weniger Abonnenten. In letzter Zeit ist ein drittes gediegenes Blatt, der Clocher erschienen, der alsbald auf 10,000 Abnehmer kam und jedenfalls ein höheres literarisches Streben bekundet. Mehrere ähnliche Blättchen übergehe ich. Fast jede der vielen katholischen Buchhandlungen in Paris verlegt irgend eine katholische Zeitschrift, sei es nun eine rein theologische oder wissenschaftliche, eine Revue oder eines dieser kleinen Blätter. Man begreift es deßhalb, daß in Paris über fünfzig katholische nichtpolitische Zeitschriften erscheinen.

Der große Wurf aber in dieser Art Literatur geschah im Jahre 1862 durch die Gründung des Petit Journal. Dasselbe erscheint täglich, kostet nur fünf Pfennige oder Centimen die Nummer, und ersetzt dabei fast eine politische Zeitung. Gründer desselben ist der trotz aller Schönfärbereien der käuflichen liberalen Presse schon mehr berüchtigte als berühmte Bankier Willaud der den Schriftsteller Léo Rosges als Hauptredakteur bestellte. Letzterer nahm eigens für das Blatt den Pseudonym Timothée Trimm an und seinen Zeitartikeln ist es hauptsächlich zu verdanken, wenn das Blatt den ganz ungewohnten Erfolg hatte. Ich sage „Zeitartikel“, denn obwohl durchaus nicht politisch, hat das Petit Journal dennoch ganz das Aussehen, die Einrichtung und Eintheilung eines solchen und bringt somit bei dem Leser eine wahre Täuschung hervor.

Zuerst also kommt eine Art Zeitartikel von allen mög-

lichen Gegenständen des täglichen Lebens, der Wissenschaft, Literatur, Kunst und Gesellschaft handelnd, in anziehend-oberflächlicher, leicht-populärer, kurzweiliger Form gehalten, fast ein Gespräch das sich sozusagen von selbst abwickelt und den Leser einlullt. Dieß ist der Leitartikel von Timothée Trimm, der für jeden derselben 100 Franken erhält. Dann folgen in besondern Rubriken und hübsch geordnet eine Menge der verschiedensten kleinen Tagesnachrichten, Neuigkeiten und Anekdotchen aus allen Ländern und Zeiten, Correspondenzen aus der Provinz, Artikel über städtische Verschönerungen, Neues aus dem Gewerbsleben, Erfindungen, Neuerungen u. s. w. Dann Theaterberichte, Gerichtsverhandlungen, auf welche letztere bekanntlich das Pariser Publikum so sehr erpicht ist, daß es als eine Hauptursache der geringern Verbreitung der katholischen großen Zeitungen angesehen werden muß, weil dieselben die Beschreibung aller schmutzigen Prozesse vermeiden müssen. Ein regelrechtes Roman-Feuilleton nimmt das Erdgeschoß der beiden ersten Seiten ein. Der Raum unter dem Strich der dritten Seite ist einem naturgeschichtlichen Artikel gewidmet, der stets in so leichter populärer Form gehalten ist daß dabei kaum noch von Wissenschaft die Rede seyn kann. Unten auf der vierten Seite kommt bezeichnender Weise der Börsenbericht nebst den Theateranzeigen. Geldspeculation und Genuß reichen sich also hier brüderlich die Hand. Auch der Leser dieses billigsten aller Blätter geht in das theuere Theater und kümmert sich um Geldgeschäfte. Der Eigenthümer Millaud hat das Börsengeschäft noch nicht aufgegeben und dieß macht es wiederum begreiflich, warum das kleine Journal den täglichen Börsenbericht bringen muß.

Wie man sieht, ist die ganze Einrichtung derjenigen eines großen politischen Blattes getreu nachgeahmt und darauf berechnet, daß das kleine Blättchen ganz den Eindruck eines politischen Blattes macht. Sind nicht gerade einige großen politischen Tagesfragen auf dem Tapet die das Publikum in Athem halten, dann muß das Petit Journal vermöge

dieser Einrichtung und seiner vielen kleinen Nachrichten für die Meisten ein politisches Blatt fast vollkommen ersetzen oder wenigstens vergessen machen. Alles ist darin vorgesehen, geordnet und auf den leichten Geschmack des großen Hausens berechnet. Es ist deßhalb nicht zu verwundern, wenn das Blatt es in so ganz kurzer Zeit auf nahezu 250,000 Abnehmer gebracht und seinem Eigenthümer mehrere Hunderttausende eingetragen hat. Dieser baut indeß keineswegs auf die Zukunft des Blattes, sondern hat im Jahre 1867 eine eigene Aktiengesellschaft mit einem Kapital von zwei Millionen gegründet, welcher das „kleine Journal“ nun gehört. Der Preis ist ganz ungeheuer; denn bei der ersten politischen Umgestaltung welche in Frankreich unter den jetzigen Umständen jeden Augenblick eintreten kann, wird den gutmüthigen Aktionären wenig mehr bleiben als die Druckerei und der Palast worin das Blatt angefertigt wird, und der äußerlich viel prächtiger aussieht als manche europäischen Königspaläste. Millaud hat deßhalb bei diesem Verkauf, der ihm etwa eine Million eingetragen, ein sehr gutes Geschäft gemacht.

Neben dem Petit Journal sind als Nebenbuhler die Petite Presse, les Nouvelles, le Nouvel Illustré etc. entstanden. Doch hat keines den Erfolg des ersten Unternehmens erreicht. Den Katholiken mißlang ebenfalls die Erhaltung der Petites Nouvelles.

Von illustrierten Witzblättern ist der täglich erscheinende, sehr bössartige, dabei aber oft mehr dumme als geschiedte Charivari das bedeutendste, obwohl derselbe eigentlich nur ein paar tausend Abnehmer zählt. Der Charivari hat seinerzeit auch Geld von Italien und Preußen angenommen und erhält jedenfalls noch italienische Subsidien. Die andern meist nur wöchentlich erscheinenden Blätter dieser Gattung, la Lune, le Bouffon, le Hanneau, Tintamarre, Nain jaune und viele andere, von denen manche colorirte Illustrationen haben, erfreuen sich trotzdem einer viel geringern Verbreitung. Der hauptsächlichste „Witz“ dieser armseligen Blätter besteht in

tölpelhaften Angriffen auf die Kirche und hervorragende Persönlichkeiten des Klerus. Bezeichnend ist, daß die sonst so thätigen französischen Katholiken es meines Wissens nie versucht haben ein Witzblatt zu gründen. Es beweist dieß, daß dieselben ein solches noch nie für nöthig gehalten um den Einfluß der bestehenden Blätter dieser Gattung zu bekämpfen. Für ihre Person brauchen die Katholiken kein Witzblatt, da sie ohnehin stets fröhlich und guter Dinge sind.

Von illustirten größern Wochenschriften sind drei hervorzuheben welche sämmtlich dieselbe Einrichtung wie die Leipziger Illustrierte Zeitung haben. Die politische „Illustration“ besteht am längsten. Sie ist sehr antikatholisch, ganz im Dienste des italischen Raubritterthums und hat zwischen 20 und 30,000 Abnehmer. Der nichtpolitische *Monde illustré* hat noch viel mehr Abnehmer, ist ganz vorzüglich redigirt und bestrebt nirgendwo sittlich zu verletzen. Man könnte ihn fast als der katholischen Sache zugethan ansehen. Besonders gelegentlich der letzten Feste in Rom habe ich Abbildungen darin gesehen welche von einem erklärt katholischen Blatte nicht besser hätten gegeben werden können. Der viel weniger verbreitete *Univers illustré* ist dagegen sehr antikatholisch. Daneben ist noch das *Journal amusant* zu nennen, welches als eine Art von Witzblatt in Zeichnung von Pariser Sitten und gesellschaftlichen Zuständen ganz Besonderes leistet. Viel schmutziger gehalten ist *la Vie parisienne*, dessen Duldung der sonst so strengen Preßbehörde keine besondere Ehre macht. Daneben noch eine Menge Blätter und Blättchen die des Erwähnens nicht werth sind.

Das allgemeine Ueberwuchern dieser Unterhaltungs- und Witzblätter jeder Gattung und jedes Preises, wie es sich in den letzten Jahren besonders bemerklich gemacht, muß jedenfalls als ein bedeutsames Zeichen der Zeit angesehen werden. Größtentheils ist das in diesen Blättern Gebotene nur Lesefutter der niedersten Gattung und unterscheidet sich untereinander bloß durch die größere oder geringere Geschicklichkeit

mit der es zur Anreizung der Sinnlichkeit berechnet ist. Es sind fast immer nur Personen, Leidenschaften der untergeordneten Art, welche darin auftreten. Nur die katholischen Blätter, welche schon erwähnt sind, machen selbstverständlich eine rühmliche Ausnahme.

Auf der andern Seite ist nun freilich eine Art Umschwung angebahnt, der aber selbstverständlich zu nichts Besserm führen kann. Es erscheinen jetzt nämlich mehrere sogenannte populär-philosophische Wochenblätter, deren Namen schon so ziemlich bezeichnend für ihre Bestrebungen sind. Z. B. *Pensée nouvelle*, *Libre conscience*, *Morale indépendante*, *Horizon nouveau*. Alle diese Blätter haben die letzten Rücksichten über Bord geworfen und predigen die offenste rabiateste Verneinung und einen geradezu teuflischen Haß gegen das Christenthum. Sie bekennen sich dabei entweder zu einem unbestimmten Deismus oder zum plattesten rohesten Materialismus. Natürlich geschieht dieß alles im Namen des Fortschritts oder noch mehr im Namen der Moral, welche sich diese Blätter nach Gutdünken zurecht zu legen wissen. Es ist etwas ganz Besonderes um diese materialistische und rationalistisch deistische Moral und Poesie, denn die Austerkirchen haben auch schon ihre eigenen Dichter oder Dichterlinge. Während das eine dieser Blätter den Materialismus und so die Zerstörung aller bestehenden gesellschaftlichen und kirchlichen Ordnung predigt, bemüht sich das andere das Christenthum im Namen der einzig wahren Naturreligion, welche im Innern des Hauses und der Familie geübt werden soll, zu bekämpfen oder vielmehr gewaltsam zu vertilgen. Nur in Einem Punkte, dem der gewaltsamen Unterdrückung des Christenthums und der christlichen Weltordnung sind sie alle herzlich einig.

Ist auch die Verbreitung solcher Blätter gerade nicht sehr bedeutend, so sind doch die darin im Namen des Fortschritts dem beschränkten Volke gepredigten Lehren der Art, daß auch schon das schleichende Uebel als eine große Gefahr für die Gesellschaft bezeichnet werden muß. Es ist die blut-

rotheste Revolution die hier aus jeder Zeile ausleuchtet. Wenn man nun einerseits die Klagen über Preßbeschränkung hört und dann diese Blätter liest, so muß man doch bedenklich den Kopf schütteln und sich fragen wie es möglich ist, daß hier unter dem Vorwande der Wissenschaftlichkeit alles Erhabene in den Schmutz gezogen, alle socialen Grundsätze mit kaltem Hohn übergossen und lächerlich gemacht werden und jegliche höhere Weltordnung auf eine Weise verneint wird, wie es gerade auf den beschränkten rohen Verstand der Masse den meisten Eindruck macht. Unsere ganze moderne Gesetzgebung wird hier auf die schmäzlichste Weise zu Schanden, indem sie sich nicht im Stande zeigt gerade eine so höchst gefährliche Propaganda zu hindern, während sie sich andererseits viel darauf einbildet einen armen Teufel wegen eines falsch ausgelegten politischen Ausdruckes auf die Galeere zu schicken.

Seitdem das Christenthum nicht mehr die Grundlage für die Gesetzgebung bildet, mußten solche Verhältnisse eintreten. Man hat die Freiheit aller Culte, aller philosophischen und sonstigen Begriffe und Systeme proklamirt und dadurch die Lüge auf gleiche Stufe mit der Wahrheit gestellt. Deßhalb darf man heute die gefährlichsten Grundsätze verbreiten ohne irgendwie bestraft zu werden, während das unbedeutendste Vergehen gegen ein Eigenthumsrecht sofort das hochnothpeinliche Einschreiten herausfordert und man als Verbrecher eingesperrt wird, wenn man einem Gendarmen oder Polizeidiener gegenüber nur ein schiefes Gesicht schneidet. Die moderne Gesetzgebung ist einfältiger und beschränkter als der Vogel Strauß, der doch wenigstens noch für seinen Kopf zu sorgen sucht.

Es geht hier bezüglich der Presse ganz so wie hinsichtlich der Diebstahlsgesetze. Dank der fortschrittlichen Volkswirthschaftslehre ist das Börsenspiel, der Schwindel und die Speculation zum regelrechten Geschäft geworden, gegen welches kein Gesetz mehr angewendet werden kann. Es ist erlaubt

durch betrügerische Unternehmungen dieser Art Millionen und abermals Millionen zusammenzuscharren d. h. seinen bei der alten Ehrlichkeit stehengebliebenen Mitbürgern wegzustehlen. Anstatt gestraft zu werden, wird man als großer Geschäftsmann bewundert und durch Titel, Orden und Wahl in die gesetzgebenden Versammlungen ausgezeichnet und obendrein noch als edler Menschenfreund gepriesen, weil man die Klugheit besitzt ein paar elende Brosamen von dem zusammenge-
rafften Gut abzulösen und der ausgebeuteten Menschheit zuzuworfen. Dagegen wird der arme Schlucker welcher ein Brod entwendet um seine verhungern-
den Kinder zu befriedigen, ohne Barmherzigkeit durch Gefängniß und Ehrenverlust gebrandmarkt. Nichts ist bezeichnender für unsere Zustände als gerade diese erschreckenden Gegensätze der sogenannten Gerechtigkeitspflege. Und da wollen sich die Vollblutbürger noch in sittliche Entrüstung versetzen, wenn sie die bedrohende Ausbreitung des Socialismus sehen, welche sie im Genuße ihrer Reichthümer stört, während sie daneben unbedingte Freiheit für jeglichen Gedankenwahnsinn verlangen? Freilich machen diese beschränkten Geister stets dabei den geheimen Vorbehalt, daß keines dieser Systeme gegen ihren Geldkasten gerichtet seyn dürfe.

In den letzten Monaten ist diese Art Presse einen Schritt weiter gegangen. Es sind tägliche Blätter entstanden welche dieselben verderblichen Lehren verkünden. Das bekannteste oder berüchtigtste darunter ist unstreitig der Corsaire, welcher eine widerlich materialistische Moral predigt und gleichsam den nichtpolitischen Spießgesellen des Courier français abgibt. Es ist eine schaudererregende cynisch = rohe Moral oder vielmehr Immoralität welche das Blatt vertritt. Der wohlberechnete teuflische Haß gegen das Christenthum geht schon daraus hervor, daß es bei der vor Kurzem in Folge eines Preßprocesses angedrohten Unterdrückung anzeigte, das Blatt werde unter dem Namen Salan weiter erscheinen. Ein ähnliches Blatt der Gottlosigkeit ist la Rue,

welche ebenfalls jeglichen Schmutz aufwühlt und schon einige Preßprozesse bestanden hat.

Es muß hier noch hervorgehoben werden, daß seit Sadowa die gesammte französische Presse eine Sprache führt die sich nach und nach zu einer unglaublichen Hestigkeit gesteigert. Man begreift kaum, wie dieser Umschwung in so kurzer Zeit und in solchem Umfange eintreten konnte, daß er die Regierung gleichsam entwaffnet und ohnmächtig gemacht hat. Es ist soweit gekommen, daß die Unterdrückung einer größern Zeitung für die Regierung schon fast als ein Wagniß erscheinen muß. Tagtäglich sprechen die Zeitungen aus, daß die gegenwärtige Lage mit derjenigen von 1847 zu vergleichen sei, und knüpfen daran Erörterungen welche höchst empfindlich für die Regierung seyn müssen, indem sie das Volk aufregen ohne daß man von oben das Mindeste dagegen thun kann oder zu thun sich getraut.

Doch hätte ich bald einen Zweig der Tagespresse vergessen der auch seine Wichtigkeit hat und der in den letzten Jahren einen ganz bedeutenden Aufschwung genommen. Es sind dieß die kirchlichen Wochenblätter, deren gegenwärtig schon gegen sechzig bestehen, während alljährlich noch mehrere neue erscheinen.

Gleich den Kirchenblättern der deutschen Diöcesen sind dieselben stets für je eine oder mehrere Diöcesen bestimmt und eingerichtet. Sie werden theils durch die Post und Abonnement verbreitet, theils nummerweise an den Kirchthüren verkauft. Die Auflage derselben ist sehr verschieden und wechselt zwischen 500 bis über 12,000 Exemplaren je nach der Zeit des Bestehens und dem Umfang der Diöcesen. Die Pariser *Semaine religieuse* dürfte wohl die verbreitetste und älteste seyn. *Semaine religieuse*, *Revue catholique*, *Semaine du Fidèle*, *Echo religieux* und ähnlich lautet fast gleichförmig der Titel all dieser Blättchen, die sich untereinander hauptsächlich durch den auf dem Titel beigefügten Namen der Diöcese unterscheiden. Die rasche Vermehrung der

fraglichen Literatur ist jedenfalls ein Zeichen immer größerer Regsamkeit auf dem kirchlichen Gebiete.

Es gibt auch ein deutsches Blättchen dieser Art. Ich meine den seit sechs oder sieben Jahren in Straßburg erscheinenden „Volksfreund“, der es schon auf mehr denn 9000 Abnehmer gebracht und in allen Dörfern und Städten des Elsasses und der deutschen Gegenden Lothringens gelesen wird. Die Verbreitung dieser Wochenschrift erklärt sich übrigens auch durch die Trefflichkeit seiner Redaktion, die ich manchem deutschen Kirchen- und Volksblatt als Muster anempfehlen möchte. Ueberhaupt habe ich schon öfters gefunden, daß die katholischen Geistlichen des Elsasses mehr Geschicklichkeit in der Volksliteratur und als Volksredner entwickeln als manche der gelehrten Geistlichen Deutschlands.

Außer diesen Diöcesan-Kirchenblättchen gibt es noch eine ganze Reihe ähnlicher kleiner Zeitschriften, welche als Organe religiöser Vereine und Bruderschaften dienen und oft in vielen Tausenden von Exemplaren verbreitet sind. Eine der bedeutendsten dieser Zeitschriften ist der *Rosier de Marie*, welcher in 20 bis 25,000 Exemplaren verbreitet, in Paris erscheint. Die St. Vincenz- und ähnliche Vereine verbreiten die *Petites Lectures*, ein dem deutschen St. Josephsblatt (von Dr. L. Lang) entsprechendes Monats-Hefchen, in mehreren Hunderttausend Exemplaren jährlich unter den Armen.

Zum Schlusse noch eine amtliche Uebersicht der gesamten französischen Presse. Am 1. Januar 1867 gab es 336 politische Zeitschriften, davon 62 in Paris und 272 in den Provinzen. Am 31. Oktober desselben Jahres war diese Zahl auf 384 angewachsen, davon 74 in Paris und 310 in den Provinzen. Während derselben Zeit hat sich die Zahl der nichtpolitischen Zeitschriften von 1435 (wovon 710 in Paris und 725 in den Provinzen) auf 1691 vermehrt. Es kommen jetzt 886 dieser Zeitschriften auf Paris und 805 auf die Provinzen. Die starke Vermehrung der in Paris erscheinenden Zeitschriften nichtpolitischen Inhaltes ist zum

Theil der Weltausstellung zuzuschreiben, diesem jetzt mit möglichstem Achselzucken zu Ende gespielten social-politischen Schaustück.

Diese große Anzahl der sogenannten nichtpolitischen Zeitschriften überhaupt erklärt sich durch die Hindernisse welche den eigentlich politischen Blättern in den Weg gelegt werden. Doch ist diese Beschränkung nur mehr eine scheinbare. Geschichtliche und philosophische oder diesen Namen tragende Arbeiten ersetzen vielfach sehr vortheilhaft die politischen Artikel über Tagesfragen; und die Verbreitung atheïstischer und materialistischer Lehren in den verschiedensten Formen ist jedenfalls viel gefährlicher als der Tadel den man etwa gegen einen Fehler der Verwaltung und der bestehenden Ordnung ausspricht. Eine verständige politische Freiheit wäre gerathener als eine solche Beschränkung welche das Böse nicht hindert sondern nur noch gefährlicher macht, und das Gute nicht fördert. Freilich, seitdem die gesellschaftliche Ordnung durch die Revolution aus den Fugen gegangen und alles in Fluß gerathen ist, kann von einer solchen Freiheit nicht mehr die Rede seyn. Seitdem die Gesellschaft zu einem vorsündfluthlichen Urbrei zusammengelassen ist, muß die bestehende Regierung stets mit den äußersten Mitteln versehen seyn, um nur einigermaßen das Bestehende aufrecht zu erhalten.

Unter den nichtpolitischen Zeitschriften sind auch die sogenannten Fachzeitungen zu erwähnen. Fast jedes Handwerk besitzt eine solche, ja oft eine ganze Anzahl wie z. B. die Schneider in ihren Modezeitungen; die Schuhmacher, Weinhändler und Weinbauer, Bauarbeiter, Bäcker und Müller, Buchhändler, Hutmacher, kurz alle Geschäftszweige besitzen ein oder mehrere eigene Blätter. Dazu kommen noch sechs bis acht Organe der Gesangsvereine und einige Zeitungen für die alten Schützengilden und neu entstandene Freischützen. Also so ziemlich dasselbe was man ja auch in Deutschland hat.

Der Protestantismus ist auf dem Gebiete der Presse im

Allgemeinen außerordentlich thätig. Allein in Paris erscheinen 25 bis 30 protestantische Zeitschriften und Blättchen, von denen fast jedes eine besondere kirchliche Partei vertritt. Man findet mehrere derselben in Kaffeehäusern und Lesekabinetten aufgelegt, weil sie umsonst dazu hergegeben werden.

Als ich eben meine Sendung abgehen lassen wollte, lese ich in den Zeitungen, daß die Gläubiger der aus Abonnentemangel eingegangenen Nation den russischen Botschaftsrath von Tschitscherin wegen Bezahlung von 208,000 Franken neuerdings gerichtlich verfolgen, da sich aus Papieren des nominellen Direktors und Eigenthümers ergeben, daß das russenfreundliche Blatt dem gedachten Beamten oder vielmehr der russischen Regierung als Miteigenthümer gehörte. Ebenso erinnert dieser Tage auch die Finance daran, daß vor einigen Jahren der Annoncenpächter der *Opinion nationale* den Eigenthümer des Blattes, Gueroult, wegen Wiedererstattung von 200,000 Frs. verklagte, welche derselbe für Reklamen eingestrichen die er an erster Stelle als Leitartikel abgedruckt, und so das Geschäft des Annoncenpächters beeinträchtigt hatte. Der Prozeß wurde gütlich ausgetragen um größeres Aufsehen zu vermeiden, liefert aber nebst dem Vorhergehenden einen bezeichnenden Beitrag zur Geschichte der Corruption der Pariser Blätter.

XXVIII.

Einige Züge aus der Geschichte der Niederlande in den letzten zwei Jahren.

Vor zwei Jahren, in Band 57 Ihrer geehrten Zeitschrift pag. 644 ff., gab ich eine Uebersicht von dem Leben unseres bekanntesten Ministers, welcher zweimal nach dem Jahre 1848 das Staatsruder der Niederlande in Händen hatte, und unter dessen Leitung viele freisinnige, für Katholiken, Protestanten und Ungläubige erwünschte Einrichtungen zu Stande gekommen sind. Ein Mann mit Thorbecke's Grundsätzen, der nicht mit Leib und Seele an der einen oder andern Kirchengemeinschaft hing und ein gewisses Maß von Ehrlichkeit besaß, war der Einzige, welcher einen Anfang damit machen konnte die niederländischen Katholiken in den Genuß der Freiheiten zu setzen, welche durch die Revision des Staatsgesetzes von 1848 („herziening der Grondwet“) allen Niederländern zugedacht waren. Die Katholiken hatten diese Revision mit Freuden begrüßt; denn sie konnten durch dieselbe nur gewinnen, nachdem sie 300 Jahre lang von der Regierung als Parias behandelt worden waren, und dies selbst bis zu dem Grade daß, wäre nicht die Vereinigung des katholischen Belgiens mit den nördlichen Niederlanden zwischen beide getreten, der Calvinismus gesetzliche Staatsreligion

geblieben seyn würde, als welche er unmittelbar bei der Thronbesteigung des ersten Königs Wilhelm I. im J. 1815 proklamirt worden war. Die Katholiken haben denn auch die guten Folgen jener durch Thorbecke erwirkten Revision der Verfassung erfahren.

Ich habe Ihnen ferner geschildert, was während der letzten zwanzig Jahre von Thorbecke hauptsächlich in's Werk gesetzt worden ist; wie er aus eigenem Antrieb 1865 abgetreten und wie doch sein Einfluß noch so groß war, daß man sein abermaliges Auftreten von mehreren Seiten erwartete. Das Letztere ist jedoch nicht geschehen. Besonders die Katholiken die ihn während seiner Regierung unterstützten, sind die Ursache davon, daß seine Gegner bis heute im Stande blieben ihre Stellen zu behaupten. Man sehe gleichwohl darin kein Schwanken der Ansichten, keinen Mangel an politischen Grundsätzen der Katholiken, o nein! Solange Thorbecke Beweise davon gab, daß er die Katholiken in den wirklichen Besitz der Freiheiten setzen wolle, welche ihnen durch die revidirte Staatsverfassung verbürgt werden, konnte er überall auf ihren Beistand rechnen, obschon sie nicht blind waren gegen die Uebergriffe welche ihn sein Liberalismus in manchen Dingen begehen ließ. Und nicht allein, daß sie dem Manne in denjenigen Fragen ihr Vertrauen schenkten, aus denen kein Nachtheil für sie entspringen zu können schien, sondern einige sehr gutgläubige Katholiken waren selbst der Ansicht, daß das Gesetz über den Elementarunterricht, sowie auch das für den mittleren Unterricht (*middelbaar onderwys*), ein Gesetz vermöge dessen jeder Religionsunterricht von der Schule ausgeschlossen werden sollte, unter Thorbecke's Einfluß mit soviel Ehrlichkeit, gutem Glauben und Aufrichtigkeit würde in Anwendung gebracht werden, daß sie beruhigt ihr Siegel darauf drücken könnten. Sie glaubten das um so mehr, weil dadurch in den katholischen Provinzen Nordbrabant und Limburg würde vermieden werden, daß wegen einiger Protestanten regelmäßig ein, zwei oder drei calvini-

stische, lutherische oder remonstrantische Geistliche in Schulen von $\frac{2}{10}$ Katholiken Unterricht geben könnten. Hierbei mag die Bequemlichkeitsliebe der Katholiken dieser Provinzen wohl einigen Antheil haben; die Concurrency wurde wenigstens dadurch vermieden, um so mehr weil die protestantischen Geistlichen in den katholischen Provinzen verhältnißmäßig wohl dreimal so zahlreich sind als die katholischen Priester oder die protestantischen Geistlichen in protestantischen Provinzen.

Doch was ist seit dieser Zeit geschehen? Ich habe Ihnen mitgetheilt, daß der Ausdruck „opleiding tot christelyke deugden“ (Erziehung zu christlichen Tugenden) in dem Gesetz beibehalten blieb. Thorbecke hat selbst nicht eingesehen, daß „christliche Tugenden“ ohne positives Christenthum nichts als ein schönklingendes Wort ist. Er hat sich in dieser Beziehung oft genug ausgesprochen und behauptet, daß ein allgemeines Christenthum gelehrt werden könne, wenn auch alle Anspielung auf Dogma und Kirchengeschichte aus dem Unterricht verbannt werde; ja, er hat selbst die Meinung ausgesprochen, daß nicht allein profane Geschichte, sondern auch Kirchengeschichte gelehrt werden könne, ohne daß der Glaube des Lehrers sich dabei im geringsten darzuthun brauche. Die Folgen welche ich Ihnen in meinem vorigen Artikel über das Unterrichtsgesetz prophezeit habe und welche Thorbecke, wie wir uns versichert halten, selbst nicht vorausgesehen hat, treten jetzt jeden Tag mehr hervor.

Die Schulbücher, welche in Menge erscheinen, werden von Tag zu Tag rationalistischer (wenn auch die Katholiken in den Geschichtsbüchern etwas weniger als früher zu leiden haben). Den kleinen Kindern wird oft in der Zoologie von dem Menschen nichts anderes gesagt, als daß er „ein Säugethier“ sei. Von Adam und Eva sprechen heißt Kirchengeschichte oder auch „Kirchensabel“. Die Lehrer, auferzogen in dem Geist der Emancipation vom Christenglauben, werden jeden Tag übermüthiger, sie pochen auf ihre „Intelligenz“, und mit dem Gesetz in der Hand machen sie eine recht gute

Figur. So ist es in dem Elementarunterricht, so auch in den Anstalten des mittleren Unterrichts, die in Menge entstehen, bis die Zahl 15 erreicht seyn wird, für welche jährlich ungefähr eine Million Gulden auf das Budget gesetzt wird. Drei Inspektoren müssen letztgenannten Unterricht im ganzen Reich beaufsichtigen. Auch hier zeigen sich die Folgen, in Betreff deren ich meine Befürchtung ausgesprochen habe. Für's Erste ist Keiner von diesen Inspektoren Katholik, also auch derjenige nicht welcher an der Spitze des Unterrichts in den katholischen Provinzen steht. Zwar ver-rathen diese Männer öffentlich keine Böswilligkeit gegen die katholischen Lehrer, quälen sie aber doch insgeheim mit so vielen Kergeleien und Beweisen von Kälte, daß diese, um vorwärts zu kommen, im Anrathen von Lehrbüchern und in der Behandlung irgend welcher Wissenschaft consequent so handeln müssen, als legten sie keinerlei Gewicht auf die Leistungen ihrer eigenen Glaubensgenossen. Große Mühe und großen Kampf kostet die Einführung eines von einem Katholiken geschriebenen Buches selbst in den Schulen der katholischen Provinzen. Und einige katholischen Schuldirektoren schweigen dazu nur allzu häufig, um bei dem Inspektor einen Stein im Brett zu bekommen. So versinken denn auch unsere öffentlichen Schulen sowohl die der katholischen als auch die der übrigen Provinzen alle Tage tiefer im Nationalismus. Die Gebäude welche von dem Staat für den mittleren Unterricht hergestellt worden sind, die Kabinette mit physikalischen Instrumenten, Chemikalien u. s. w. sind dabei so schön und zweckmäßig, daß keine Privatanstalt damit wetteifern kann. Dabei wird Art. 194 des Gesetzes, in welchem gesagt wird: „Der öffentliche Unterricht ist ein Gegenstand der anhaltenden Sorge der Regierung“, und „es wird überall im Reiche von der Obrigkeit für genügenden öffentlichen Elementarunterricht gesorgt“, so ausgelegt als ob der Staat mit seinen Unterrichtsanstalten den Privateinrichtungen voraus seyn müsse, und nicht vielmehr alsdann und da erst

einzutreten habe, wo die letzteren dem Bedürfniß nicht genügen können.

Das gegenwärtige conservative Ministerium, welches den Katholiken insofern einige Gerechtigkeit hat widerfahren lassen, als es einen gutgläubigen Katholiken, Herrn E. Borret (kürzlich im Alter von 51 Jahren gestorben) als Justizminister in das Kabinet aufnahm, hat auf wiederholte Anfrage einiger Kammermitglieder in Betreff der Unterrichtsfrage immer ausweichend geantwortet*), so daß die großen und kleinen Belästigungen in dieser Beziehung fortbauern. Wir besitzen wohl ein katholisches Organ, welches zu wiederholten Malen beleuchtet, wie sehr die Schule ohne Religionsunterricht zum reinsten Materialismus führt. Doch es fehlt uns ein hinreichend angesehenes Blatt, um alle unsere in Unterrichtsfachen täglich vorkommenden Beschwerden kundzuthun, während die Antikatholiken genug Spielraum haben, um auf jede Weise die rationalistischen Lehrer und die kirchenfeindlichen Lehrbücher hervorzuheben.

Was nun unsere katholische Presse im Allgemeinen betrifft, so besitzen wir einige katholische Tagesblätter, und wir haben alle Ursache uns über die Theilnahme zu freuen, welche diese finden. Die katholische Presse hat sich in jeder Hinsicht in den letzten 25 Jahren sehr gehoben. Vor dieser Zeit bestand kaum hier und da ein kleines vegetirendes Blättchen. Heute haben wir wenigstens vier bis fünf Zeitungen, die einen angemessenen, wenn auch nicht außergewöhnlichen Gewinn abwerfen. Sie sind jedoch auf der einen Seite zu klein an Umfang, als daß alle Tagesfragen welche mit Religion oder Politik zusammenhängen, in denselben besprochen werden könnten, auf der andern Seite wird recht oft in ihnen der Vertheidigung der eigentlichen „Farbe“ des

*) A. van Gestel, S. J. De Nederlandsche schoolwet, getoetst aan het Christelyk beginsel.

Blattes zuviel Raum gestattet, d. h. den mehr oder weniger gut zusammenhängenden Vorstellungen des Redakteurs über Kirche und Staat.

Ferner besteht besonders in den nördlichen Provinzen das katholische Publikum außer der Geistlichkeit größtentheils aus den allereinfachsten Bürgern. Unter den bemittelten und gebildeten Kaufleuten und Beamten von einiger Stellung findet man sehr wenige Katholiken. Die Bürgerschaft die mit Leib und Seele der Kirche und dem Papst zugethan ist und dafür große Opfer bringt, wie die päpstlichen Zuaven und die jährlichen Beiträge von mehreren Hunderttausenden aus Holland deutlich beweisen, verlangt denn auch von der katholischen Presse welche sie dazu anspornt, einige Erkenntlichkeit. Diese muß sich in ihrem Ton und in der Wahl ihrer Zeitungsnachrichten nach diesem Theil ihrer Leser richten. Wenn dann nun in ihren Spalten die Noth oder die Rettung des Papstes und der Zustand von Italien ausführlich beschrieben ist, bleibt außer einem Blick auf den Zustand anderer Länder wenig Platz mehr für andere Fragen übrig, besonders nicht für solche für welche etwas mehr gehört als Zeitungslektüre. Alle Fragen die nicht unmittelbar gegen unsere Gegner gerichtet sind, bleiben also den Lesern fremd. Die Ansicht über Politik wird selbst von unserem meist verbreiteten Blatt in der Nummer vom 25. November v. Js. so betrachtet, als ob die höchste Politik darin bestände keine zu haben, und es theilt dem Leser gemüthlich mit, daß Pius IX. keine andere Politik habe, als wie sie in den Worten des „Vater unser“ ausgedrückt sei. In demselben Sinne wird es von diesem Blatt übelgenommen, daß irgend ein Schriftsteller den heil. Bonifazius einen großen Staatsmann nennt, wie Professor Janßen noch unlängst gethan in seiner Broschüre „Karl der Große“, wo er den heil. Bonifazius auch in der Eigenschaft des Staatsmanns als „eine ehrfurchtgebietende Erscheinung“ bezeichnet. Man hat sogar, durch diese Ansicht geleitet, einen Rettberg über Gfrörer erhoben! Durch eine

glückliche Inconsequenz wirken aber dieselben Männer gleichermaßen mit der Feder wie mit dem Gebet und sie schreiben zuweilen recht gute politische Artikel.

Außer den Tagesblättern besitzen wir nun auch noch vier Monatsschriften. Doch auch diese sind entweder der Novellenliteratur gewidmet, oder sie behalten bei mehr wissenschaftlichem Geist doch eine gewisse Scheu oder etwas Aechtliches, das sie sowohl bei den inländischen als ausländischen katholischen Schriftstellern weit eher die kleinsten Irrthümer als die großen Verdienste erkennen läßt, wovon jedoch die archäologische Zeitschrift *de Dietsche Warande* eine Ausnahme macht. Endlich besitzen wir seit wenigen Monaten auch noch eine katholische illustrierte Zeitung in Großfolio, welche 15,000 Abonnenten zählt, sich aber wiederum hauptsächlich nach dem Geschmack der Mehrzahl richten muß, welche von Liebe und Eifer für die heilige Kirche beseelt, aber weniger im Stande ist die Herausgeber durch ein gebildetes Urtheil nach dem Schönsten in dieser Gattung publicistischer Wirksamkeit streben zu lassen. Wir setzen jedoch Vertrauen genug in die Herausgeber daß sie, nachdem sie schon von Anfang an ihre Unternehmung von solch einem Segen begleitet gesehen haben, in dem Erfolg auch einen Sporn sehen werden sowohl den guten Geschmack als auch den Sinn ihres Publikums für Kunst und Wissenschaft sei es zu wecken, sei es zu befriedigen.

Trotz aller Gebrechen unserer katholischen Presse können wir den katholischen Tageblättern, besonders denen im Norden, das Zeugniß geben, daß sie bei allen Betrachtungen der Interessen des Christenthums berücksichtigend ohne Zögern immer ihr Urtheil hiernach abgeben und so dem Katholicismus manchen guten Dienst leisten.

Weil es nun das oben und früher von uns besprochene Unterrichtsgesetz ist — das Unterrichtsgesetz und die Colonialfrage — um welche sich die Bewegung in unserer politischen Welt gegenwärtig dreht, so sind die katholischen Organe

Augenblicklich von großem Nutzen unter den Zweiflern. Das Streben der Katholiken in den meisten Provinzen hat dadurch ziemlich ein gleiches Ziel gewonnen. Vertrauend auf das gegenwärtige conservative Ministerium, welches wiederholt das Versprechen gegeben hat die Beschwerden der Katholiken und gläubigen Protestanten gegen die confessionslosen Schulen beherzigen zu wollen, haben die meisten Katholiken von Anfang an die neuen Minister unterstützt. Es sind seither zwei Jahre verflossen; man ist zwar mit der Ausbreitung und Vervollkommnung des mittleren Unterrichts von Staatswegen verangegangen, aber die Regierung hat die Unterrichtsfrage nicht von neuem an die Kammer gebracht. Im Monat Oktober 1866 ist die Kammer aufgelöst worden, zufolge einer Interpellation die Ernennung des Gouverneurs von niederländisch Ostindien betreffend, der als Minister für die Colonien die Versicherung gegeben hatte, die Colonief Frage mit der Kammer zum Abschluß zu bringen. Das Ministerium war der Ansicht, daß die Kammer ihr Recht überschritten habe, insofern sie hierin eine Veranlassung suche, dem Ministerium ein Mißtrauensvotum zu geben, um so mehr als die Ernennung auf Grund eines königlichen Beschlusses erfolgt sei. Das Ministerium hätte allerdings so sprechen können: die Kammer überschreitet das Recht, welches Abgeordnete haben; sie spricht also wie ein gewöhnlicher Bürger, und wir bekümmern uns nicht um ihr Votum in dieser Angelegenheit. Dieses wäre vielleicht consequent gewesen. Doch das geschah nicht; die Kammer mußte auseinandergehen, und der Wiederwahl welche am 30. Oktober 1866 stattfand, ging ein Aufruf des Königs an sein Volk voraus, wobei die Regierung, von den Katholiken unterstützt, wirklich eine kleine Majorität erhielt. Doch die Antiministeriellen welche sich „Liberale“ nennen, unterminirten allmählig das Terrain. Besonders wurden einzelne Stimmen nach der Luxemburger Frage dem Ministerium abtrünnig. Durch die Theilnahme an der Londoner Conferenz und an der Garantie die in Folge dessen

dem Großherzogthum Luxemburg gegeben wurde, hatte der Minister des Auswärtigen, so sagte man, diese Angelegenheit, welche Wilhelm III. allein als Großherzog von Luxemburg anging, zu einer holländischen gemacht und damit das Land in Gefahr gebracht. Inzwischen wissen unsere Leser, wie wenig diese Garantie auf dem Papier bedeutet; denn in ihr steht durchaus nicht ausgedrückt, daß im Falle eines allgemeinen Krieges die garantirenden Mächte Luxemburg beschützen müssen. Die Liberalen kämpften mit noch anderen Mitteln der Art; die Katholiken und Calvinisten harrten bei der Unterstützung des Ministeriums aus. Als nun das Budget für 1868 am Ende des vorigen Jahres festgestellt werden sollte, wurde ohne andere außergewöhnliche Veranlassung das Budget mit einer Majorität von nur zwei Stimmen verworfen, und zwar unter dem Einfluß der limburgischen Abgeordneten, die wegen der Zurücksetzung eines ihrer thorbeckianischen Freunde regelmäßig irgend einen Gegner Thorbecke's bekämpfen und, obschon katholisch, doch zu selten die Frage sich zu stellen scheinen, was im Laufe der Zeit der Kampf gegen das Ministerium fruchten werde, wenn nur das augenblickliche Ziel erreicht werden kann. In Folge dieser Abstimmung wurde zum zweitenmale im Verlaufe von kaum einem Jahr die Kammer aufgelöst. Trotzdem aber das conservative Ministerium den Katholiken noch wenig Ursache zur Zufriedenheit gegeben hatte, haben sie sich doch wieder ziemlich allgemein zur Wiederwahl ministerieller Candidaten vereinigt, bloß weil sie die wiederholte Versicherung erhalten hatten, daß die Unterrichtsfrage wirklich unverzüglich in Behandlung genommen werden solle. In dieser Beziehung macht aber Limburg wieder eine Ausnahme. Hier hat sich namentlich in ein paar Distrikten die katholische Geistlichkeit an die katholische Bevölkerung angeschlossen, um die antiministeriellen Candidaten auf's neue in die Kammer zu senden, weil von der einen Seite die sich mehr ministeriell erklärenden Candidaten keine Antecedentien hatten welche genug Vertrauen einflößten,

und die Wähler noch mehr Vertrauen in die Erklärung setzten welche die thorbeckianisch gesinnten Candidaten in Bezug auf die Unterrichtsfrage gaben, als in die Erklärungen des conservativen Ministeriums selbst.

Die andere Frage, welche während und nach Thorbecke's zweitem Ministerium der Stein des Anstoßes in der Kammer geworden ist, bei welcher aber die religiöse Farbe der Wähler und Kammermitglieder weniger in Betracht kommt, ist die schon erwähnte Differenz in Betreff der Colonien.

Die Frage lautet wie folgt. Wenn die conservative Partei ihre Ansicht consequent durchführt oder, wenn man will, sie auf die Spitze treibt, so ergibt sich daraus, daß Java, indem es als ein Raubbau-Land betrachtet wird, zum Vortheil des Mutterlandes ausgebeutet und hauptsächlich mit dem Augenmerk auf den Geldertrag verwaltet werden muß. Als wäre Niederland ein Pächter, der ohne Beachtung der Zukunft den gepachteten Grund und Boden, in dessen Besitz er später einmal nicht mehr seyn wird, möglichst erschöpft. Die extremsten Gegner dieser Partei sind der Ansicht, daß Java vor Allem von Javanern verwaltet werden müsse, und daß dann für die Zukunft die Niederlande dauernderen und gerechten Gewinn aus dem Lande ziehen werden. Die heidnischen Eingebornen Java's würden dann Pächter oder Grundbesitzer werden müssen.

Nun ist die erstgenannte Partei der Meinung, daß Religion und Sitten dieses Volkes eine solche Umwandlung durchaus nicht zulassen, falls das Christenthum dieselbe nicht Jahre lang vorbereitet habe, was nicht der Fall ist; und daß diese Maßregel der Humanität den Verlust der Colonien zur Folge haben würde. Zwischen diesen Meinungen liegt nun noch eine Anzahl anderer von finanzieller und sonstiger Art, welche hier nicht besprochen werden können. Es sei genug, auf die Waffe aufmerksam gemacht zu haben, mit welcher nun schon ungefähr seit drei Jahren gegen verschiedene Ministerien gefochten wird — ein Kampf welcher noch nichts

anderes im Gefolge gehabt hat als die Zahl der pensionirten Minister auf 89 steigen zu lassen.

Inzwischen gewinnen die Katholiken fortwährend einiges Feld, obschon sie noch weit von der Rechtsgleichheit entfernt sind, auf welche sie dem Gesetze zufolge Anspruch machen können. Seit dem Tode des Justizministers Borret hat das gegenwärtige Ministerium gleichwohl, wie ich angab, bei Ernennung von Beamten u. noch keine weiteren Beweise davon gegeben, daß es eine sorgfältige Parität befördern wolle. Auch ist kein Katholik mehr zum Justizminister erhoben worden. Das Ministerium hat bei einem oder zwei Katholiken den Versuch gemacht ihnen das Ministeramt zu übertragen, und ist, nachdem dieß mißglückt war, dazu übergegangen, einen ziemlich stark ausgeprägten antikatholischen Protestanten in das Kabinet aufzunehmen. Es hat dagegen die Ministerien des katholischen und nichtkatholischen Cultus wiederhergestellt, deren Abschaffung von Thorbecke viele Jahre hintereinander angestrebt worden und endlich insofern geglückt war, als diese Branche nur noch als Theil eines anderen Departements besorgt wurde, was eine Uebergangsmaßregel zur gänzlichen Abschaffung werden mußte. Durch die Wiederherstellung dieser Ministerien ist die Regierung nicht mehr daran gebunden, für eines der sieben übrigen Ministerien einen Katholiken zu wählen; und der gegenwärtige Ministerpräsident erklärt denn auch diese Freiheit als eine Prærogative des Königs.

In Summa herrscht noch nach allen Seiten der Kampf, und sind wir noch lange nicht dahin gelangt, wohin wir das Recht haben zu kommen. Gleichwohl würde z. B. vor hundert, ja vor siebenzig Jahren nicht möglich gewesen seyn, daß eine katholische Stimme sich gegen die eingewurzelten Vorurtheile unserer Protestanten in Betreff des Aufstandes gegen die Regierung des spanischen Philipp im 16. Jahrhundert erhoben hätte, während dieß in unsern Tagen nicht allein ohne Schwierigkeit geschehen kann, sondern selbst ein tüchtiger

Professor in Leyden (an der Hochschule welche zu Ehren der Befreiung Leydens von der Uebermacht der Spanier gestiftet worden ist), ein Professor welcher seinen oranienfreundlichen Schriften über den niederländischen Aufstand seine Stellung zu verdanken hat, die Katholiken auffordert ihrerseits den Zeitraum, den er so durch und durch kennt, in Bearbeitung zu nehmen und die Irrthümer, welche bei den Protestanten noch über denselben herrschen, zu bekämpfen. Ein anderer liberal-protestantischer Schriftsteller der Kriegswissenschaft, General W. J. Knoop, macht einen scharfen Ausfall gegen die „hochmögenden“ Herren der Generalstaaten, welche nach dem Tode des Statthalters von Holland und Königs von England, Wilhelms III., im Anfang des 18. Jahrhunderts die Republik regierten, und tadelte daß sie aus reiner Abneigung gegen die Katholiken im spanischen Erbfolgekrieg darauf hingearbeitet hätten, daß der hochbegabte General Slangenberg nur ein untergeordneter General Marlboroughs geblieben sei, um so mehr weil nach der Meinung dieses Schriftstellers Marlboroughs Eigennuß und Ehrgeiz den Krieg in die Länge gezogen und zum Nachtheil der verbündeten Mächte gewendet habe. Das würde wahrscheinlich nicht geschehen seyn, wenn Slangenberg größeren Einfluß gehabt hätte. Aber Slangenberg war Katholik!

Ich habe in meinem vorigen Artikel noch auf einige Beispiele dieser Art hingewiesen. Die zunehmende Ehrlichkeit zeigt sich zumeist von Seiten der politisch Liberalen, die in dieser Hinsicht ihren Namen verdienen. Es wird Ihnen denn auch schon aus meinen Briefen klar geworden seyn, daß die niederländischen Liberalen noch ziemlich stark von denen anderer Länder sich unterscheiden, besonders jener wo der Liberalismus aus der Mitte der Katholiken entstanden ist, wie z. B. in Frankreich, Belgien, Oesterreich und auch zum Theil in Bayern.

Die protestantischen Liberalen Niederlands sind gleichgültig im Punkte der Lehre, aber (mit einigen Ausnahmen) lange nicht von so gehässiger Stimmung gegen den Katho-

licismus wie in den genannten Ländern. So auch Thorbecke und seine Partei. Darum haben die Katholiken unter seinem Ministerium sehr gut mit ihm zusammengehen können, bis die Unterrichtsfrage allmählig eine Trennung zuwege gebracht hat. Ob die Katholiken nun von dem gegenwärtigen Ministerium die Vollendung dessen was Thorbecke ihnen Gutes gethan hat, erwarten können, das wird die Zeit lehren. Bis jetzt hat das Kabinet noch nicht dem geschenkten Vertrauen entsprechen können, seine Regierung war zu kurz. Das aber wird das Ministerium erfahren, daß es an den Katholiken ($\frac{3}{100}$ der Bevölkerung) treue Bundesgenossen hat, wenn es ihnen gegenüber den Weg der Gerechtigkeit, gestützt auf das Staatsgrundgesetz, wandelt. Dann wird es sich auch ihrer Unterstützung bei dem Gesetz über den höheren Unterricht, welches in nächster Frist den Kammern vorgelegt werden muß, und welches von der liberalen Presse als zukünftige „Krönung des Gebäudes“ betrachtet wird, des Gebäudes nämlich welches von Thorbecke in Bezug auf den niedern und mittleren Unterricht aufgeführt worden ist. Dieses Gebäude wird aber erst seine innere Einrichtung verändern müssen, ehe die Katholiken die Hand bieten können, um die Krone darauf zu setzen*). Wenn diese Krone in nichts Anderem bestehen soll, als ein Reglement zu bestimmen wonach mit irgend einem Schein des Christenthums auch die Kirchengeschichte von den Universitäten verschwinden muß, als ob die Kirchengeschichte die man so zu nennen beliebt, nicht einen Hauptbestandtheil der Weltgeschichte ausmache; wenn man auf diese Weise vorschreiben wird daß gerade wie

*) Wir vernehmen, daß in dem neuen Gesetz, welches noch bei dem Minister für äußere Angelegenheiten ruht, die drei Hochschulen und zwei Athenäen für höheren Unterricht erhalten bleiben sollen, die protestantisch-theologischen Fakultäten dieser Anstalten werden aufgehoben. Katholische Theologie besteht natürlich an untern Hochschulen nicht.

in den niederen und mittleren, auch in den höheren Schulen nur ein Theil, der rein profane Theil der Weltgeschichte gelehrt werden darf: dann ist es zweifelhaft, ob die Regierung je auf eine Majorität in dieser Frage wird rechnen können. Wenn aber obendrein der Weg zu Professuren für Katholiken auf keinerlei Weise rechtmäßig eröffnet wird, und man keine Bürgschaft dafür gibt, daß in dieser Beziehung fortan mehr in Uebereinstimmung mit dem Staatsgrundgesetz gehandelt werden soll, dann wird das Ministerium ganz gewiß an der Universitätsfrage scheitern.

Einmal muß die Zeit der Bevormundung der Katholiken als Minderjähriger aufhören. Unter den Gelehrten, welche in den letzten 25 Jahren aufgetreten sind, ist die Zahl der Katholiken nun auch eine achtbare. Einmal muß die Zeit aufhören, wo ein katholischer Gelehrter der sich dem Unterrichtsfach widmen will, keine höhere Stellung erlangen kann als die an einer Schule mittleren Ranges, ja zwar mit hohem Salär, aber ausschließlich nur in den katholischen Provinzen. Die katholischen Wähler sind für den Augenblick stark genug, um das Ministerium auf den Weg dieser Gerechtigkeit zu nöthigen *).

Was nun endlich die ausschließlich religiösen Interessen betrifft, so habe ich vor Allem an die Provinzialsynode zu Utrecht vom September 1865 zu erinnern, die erste welche seit der Wiederherstellung der kirchlichen Hierarchie in den Niederlanden gehalten worden ist. Ihre *acta et decreta* sind im Anfang des vorigen Jahres im Druck erschienen,

*) Die Wahlen für die neue zweite Kammer sind just abgelaufen. Der Kampf zwischen den Ministeriellen denen sich im Norden die Katholiken angeschlossen, und den Antiministeriellen war heftig. Das Verhältniß ist aber nicht viel verändert. Das Ministerium wird in den meisten Fragen einen einzigen Gegner mehr haben als früher (38 gegen 37). So ist das Regieren, wie es den Anschein hat, für ein conservatives Ministerium noch nicht unmöglich geworden.

nachdem darüber in der heiligen Congregation zu Rom das Zeugniß abgelegt worden ist, daß die Synode in ihrer Wirksamkeit *summis laudibus prosecuta est*. Die Folgen dieser Synode sind unter Anderem, daß gegenwärtig auch regelmäßige Diöcesansynoden von den Bischöfen berufen werden, was nicht verfehlen wird sowohl auf den niedern, als auch den mittleren und höheren Unterricht und für viele anderen Interessen der Katholiken einen günstigen Einfluß auszuüben.

Ferner könnte ich noch von den Leistungen der Katholiken zur Unterstützung des heiligen Vaters in Geld und Thruaven sprechen. Diesen Gegenstand habe ich nicht allein schon oben angeführt, sondern er ist außerdem sehr bekannt geworden sowohl durch Alles was in den Katholikenversammlungen am Rhein und sonstwo darüber vorgetragen ist, als auch durch die Zeitungen und endlich durch die Mittheilungen Niedermaners in dem Broschürenverein. Ich will in Bezug auf diesen Punkt nur mehr in Erinnerung bringen, daß die Begeisterung noch immer fortdauert. Geldopfer welche sich in den letzten drei Jahren außer dem Peterspfennig auf ungefähr 500,000 Gulden belaufen, werden noch fortwährend zusammengebracht, und die Zahl der niederländischen Jünglinge in der päpstlichen Armee ist in dem letzten Jahr von 1200 auf 2500 gestiegen.

Was zuletzt nicht vergessen werden darf, weil sich darin die Kunstliebe der Niederländer und die Loyalität zeigt welche bei mancher Gelegenheit besonders in unsern großen Städten zwischen Katholiken und Protestanten herrscht, das ist die Errichtung eines Stand- oder eigentlich Siegbildes zu Ehren eines unserer größten Dichter, Joost van der Bondel, welcher im 17. Jahrhundert zu Köln geboren ist. Er war aus einer Wiedertäuferfamilie welche von dem Religionshaß der Calvinisten verfolgt, Antwerpen verlassen mußte *). Bondel ist durch die systematische Behandlung von Bibelstoffen in

*) Siehe unter Anderm die Tübinger Quartalschrift von 1862.

dramatischer Form und durch die Gottesfurcht seiner Tochter mit der Gnade Gottes in reiferem Lebensalter in den Schooß der heiligen Kirche zurückgeführt. Trotz dieses Umstandes ist die Verehrung, welche ganz Niederland ihm zollt, so groß daß kein einziger Miston wegen der Kluft, welche Bondel zwischen sich und seinen protestantischen Landsleuten geöffnet hat, vor oder bei Gelegenheit der großen Feste, die ihm zu Ehren zu Amsterdam gefeiert wurden, sich vernehmen ließ. Der protestantische Theil der Bevölkerung hat demnach einen Beweis des Gerechtigkeitsgefühls gegen begabte katholische Männer gegeben, ein Gefühl welches in den Niederlanden seit drei Jahrhunderten so gut wie unbekannt war.

Dr. Paul Alberdingk-Thym.

XXIX.

Maria von Mörl.

Im Beginn des laufenden Jahres ist ein merkwürdiges Menschenleben an seinem irdischen Abschluß angelangt. Jenes begnadigte Wesen in Südtirol ist dieser Zeitlichkeit entrückt worden, dessen Name das bescheidene Kaltern weit über die deutschen Grenzen hinaus zu Ruf gebracht und durch ein volles Menschenalter hindurch zu einem vielbesuchten Pilgerorte gemacht hat — wider den Willen der Urheberin, aber Unzähligen zu großem bleibenden Trost. Maria von Mörl ist am 11. Januar 1868, ihres Alters im 56., ihres ekstatischen Betrachtens im 36. Jahre gestorben.

Ueber drei Jahrzehnte sind vergangen, seit Görres in

seiner christlichen Mystik jenes maßvoll plastische, von keinem Spätern übertroffene Bild von Maria von Mörl entworfen, das die Aufmerksamkeit der gläubigen Welt in weitesten Kreisen auf die ekstatische Jungfrau hinwendete. Seit jener Zeit sind Tausende und aber Tausende nach dem südtirolischen Markte gewandert, um eine Erscheinung mit Augen zu sehen, von der man bisher fast nur in Legenden zu lesen gewohnt war, und mit tausendstimmigem Zeugniß zu bekräftigen, was der große Gelehrte über die Stigmatisirte zuerst öffentlich dargelegt und in seinem innern Zusammenhange begründet hat. Alle haben gleich ihm in ihrer Nähe jene „Atmosphäre von Wahrheit“ empfunden, der man vertrauend sich hingab ohne Täuschung zu befürchten, und jenen mächtigen Einfluß begreifen gelernt, den die rührende Betergestalt schon durch ihr bloßes stilles Daseyn auf das Volk weit umher ausgeübt hat. Wenn Görres dazumal, dem alten Worte folgend daß man Niemand vor dem Ende selig preisen solle, sein Urtheil über die wunderbare Erscheinung noch nicht als ein definitiv abgeschlossenes geben wollte, so darf man es um so zuversichtlicher heute dafür nehmen und vorbehaltlos erneuern, nachdem nun der ganze Lebensweg der Stigmatisirten vollendet vor uns liegt. Denn auch ihr Tod ist endlich nur die lautere Bestätigung ihres unantastbaren Lebens gewesen.

Hierüber zu berichten liegt uns heute ob, und verlässige Mittheilungen sind uns dafür zur Hand. Der Anlaß rechtfertigt es aber von selbst, wenn wir zugleich einen Rückblick auf die ganze Entwicklungs- und Leidensgeschichte der Verewigten werfen, um Anfang und Ende zu übersehen. Fassen wir daher die bedeutsamsten Momente aus diesem äußerlich so einfachen und innerlich so reichen Leben noch einmal in aller Kürze zusammen, um die Hauptcharakterzüge in der Erinnerung festzuprägen und so das Bild dieser nun einmal historisch gewordenen Persönlichkeit der Wahrheit gemäß zum Abschluß zu bringen.

Drei Stunden südlich von Bozen, in reizender Umgebung und mit der Aussicht auf ein weites lachendes Thal, liegt der rebenbefränzte Ort, in dem Maria Theresia von Mörl am 16. Oktober 1812 das Licht der Welt erblickte. Sie war die Tochter eines verarmten adeligen Weingutbesizers in Kaltern, Joseph von Mörl zu Mühlen und Sichelburg, der mit einer sehr zahlreichen Familie gesegnet, aber nicht mit den Fähigkeiten ausgestattet war seinen rückgängigen Haushalt zu heben. Von ihrer braven verständigen Mutter, einer gebornen Selva, erhielt sie eine fromme einfache Erziehung, und das in guter Sitte aufwachsende Mädchen bezeigte sich früh als ein sanftmüthiges, liebeiches, gegen Jedermann dienstfertiges Kind von guten Geistesgaben, jedoch ohne besonders hervortretende Einbildungskraft, dabei von anstelligem Wesen und großer Geschicklichkeit in allen häuslichen Verrichtungen, bei denen sie der Mutter willig an die Hand ging. Häufiges Kränkeln, das mit ihrem fünften Jahre anhub und später zunahm, und das seinen Sitz im Geblüt hatte, stimmte sie schon im Jugendalter ernster und religiöser und nährte ihren großen kindlichen Eifer im Gebete, der sich namentlich durch ihre Liebe und Verehrung vor dem heiligen Sakramente kundgab. Diese Stimmung und Richtung wurde eine dauernde, als ihr im Jahre 1827 die liebevolle und von ihr heiß geliebte Mutter entrißen wurde und sie nun mit fünfzehn Jahren den schweren Haushalt der Familie, dem der Vater nicht vorzustehen im Stande war, und die Erziehung von acht jüngeren Geschwistern übernehmen mußte. Sie unterzog sich der drückenden Bürde mit müthigem Eifer und Geschick, suchte aber unter dem wachsenden Andrang der Sorgen und Kümmernisse noch mehr als bisher Trost und Zuflucht in der Religion, in dem häufigern Empfang des Altarsakramentes.

Die Last war für die jungen Schultern zu schwer gewesen, und sie brach endlich unter ihr zusammen. Mit achtzehn Jahren verfiel Marie Mörl in eine heftige Krank-

heit, welche langwierige durch Krämpfe gesteigerte Leiden im Gefolge hatte und ihre Natur tief erschütterte. Nur langsam konnte diese beruhigt und das Uebel gemildert werden, ohne indeß im Reime erstickt zu seyn; zur völligen Gesundheit wollte es nicht mehr recht gedeihen. Das Fräulein ertrug das Alles mit heldenmüthiger Ergebung, obgleich zu den physischen Leiden auch mancherlei ganz ungewöhnliche geistige Anfechtungen, dämonisch unheimliche Plagen und Aengsten sich gesellten, von denen hier nicht weiter die Rede seyn soll^{*)}. Es war die Schule der Reinigung, durch die sie hindurch mußte.

Dieser Zustand mochte ungefähr zwei Jahre gedauert haben, als ihr Beichtvater P. Capistran — ein ruhiger besonnener Mann und seit Jahren schon der bedrängten Familie ein treuer Rathgeber und Helfer — die Wahrnehmung machte, „daß sie zu gewissen Zeiten auf Fragen, die er an sie richtete, keine Antwort gab und nicht bei sich zu seyn schien.“ Als er ihre Umgebung darüber befragte, erhielt er zur Antwort: solches geschehe jetzt jedesmal, so oft sie zur hl. Communion gegangen. Das waren die ersten Anzeichen des ekstatischen Zustandes, in den sie nunmehr, mit ihrem zwanzigsten Lebensjahre, eingetreten, und der sich bald noch bestimmter ausprägte. Am Frohnleichnamsfeste (1832), welches in Kaltern wie allerwärts in Tyrol mit besonderer Feierlichkeit begangen ward, hatte ihr P. Capistran aus gewissen Rücksichten schon in der Morgenfrühe um 3 Uhr das Sakrament gespendet, in Folge dessen sie ohne Verzug in Ekstase gerieth welche, wie er nun schon wußte, mehrere Stunden andauerte. Er überließ sie also sich selbst, um seinen übrigen Funktionen nachzukommen; als er aber am Nachmittag des folgenden Tages wieder zu ihr hinüberkam,

*) Wer darüber sich unterrichten will, findet das Nähere bei Görres, *Christl. Mystik* III. 468—470. IV. 2. Abth. S. 397—404.

fand er die Ekstatische noch kniend in derselben Stellung, wie er 36 Stunden zuvor sie verlassen hatte, und hörte zu seiner Verwunderung, daß sie die ganze Zeit über in ihrer Andacht also verblieben sei. Der gute Franziskaner begriff nun erst, wie tief die Ekstase schon bei ihr gewurzelt, ja ihr gleichsam zur zweiten Natur geworden sei, und übernahm fortan die geregelte Leitung dieses die gewöhnlichen Gesetze der Natur überschreitenden Zustandes.

Mit der Ekstase bildete sich auch ihr inneres Sehvermögen schärfer aus, was bei mehreren Vorkommnissen durch Ahnung und Voraussage in überraschender Weise sich offenbarte. — Es konnte nicht fehlen, daß ein so ungewöhnlicher Zustand bald auswärts bekannt wurde. Die Kunde von diesem wunderbaren verzüchten Knien und Beten hatte sich durch Tyrol verbreitet und eine große Bewegung entstand mit einemmale im ganzen Lande. In Schaaren eilte das Volk herbei, um die einzige Erscheinung mit Augen zu sehen und an dem unbeschreiblichen Anblick sich zu erbauen. Aus verschiedenen und zum Theil weit entfernten Gemeinden erhoben sich die Leute und zogen wallfahrtend nach Kaltern. Während des Sommers 1833 sollen an vierzigtausend Menschen und darüber aus allen Ständen dahin geströmt seyn; und dabei ist nirgends eine Unordnung oder ein Mergerniß vorgekommen, obgleich oft an einem Tage zwei- bis dreitausend Menschen durch das Zimmer der erstarrt daKnienenden, in innerlicher Betrachtung versunkenen und von der Außenwelt unberührten Beterin hindurchgewandelt sind. Viele wurden von dem ergreifenden Anblick erschüttert, gerührt und umgewandelt.

Niemand wußte den plötzlichen Andrang und die außerordentliche Bewegung zu erklären, die so gewaltig eine ganze Bevölkerung ergriffen. Indessen wünschte die weltliche und geistliche Obrigkeit dem ferneren Zulauf zu steuern; es wurde deßhalb im Lande bekannt gegeben, daß keine Züge mehr zugelassen würden, und so hörten diese allmählig ohne Stö-

rung auf. Die Geistlichen aber hatten noch geraume Zeit nachher „die guten Folgen des Eindrucks zu rühmen, den die Erscheinung im Gemüthe des Volkes zurückgelassen.“ Im Herbst jenes Jahres wurde dann auf Veranstaltung des damaligen Fürstbischofs von Trient, Franz Xaver Luschin, eine Untersuchung und eidliche Vernehmung von Zeugen über den Zustand der Ekstatischen vorgenommen, um den ferneren Einschreitungen und Plackereien der allzu ängstlichen Polizei vorzubeugen und überhaupt allem Argwohn eines etwaigen frommen Betrugs zu begegnen*). Der Fürstbischof, der unbefangen genug war die Sache im damaligen Stadium zu einem Endurtheil noch nicht reif zu erachten, beschränkte sich vorerst, der weltlichen Behörde gegenüber, auf den einfachen Ausspruch: „die Krankheit der Maria von Mörl sei allerdings keine Heiligkeit; allein ihre bewährte Frömmigkeit sei auch keine Krankheit.“

An der Ekstatischen selbst war all das Geräusch und das Zuströmen der Menschen wie spurlos vorübergegangen und nur ganz zuletzt war sie dessen, und zwar zu ihrer großen Bestürzung, inne geworden. Inzwischen hatte sich ihr inneres Leben reifend fortentwickelt, und zu Anfang des Jahres 1834 trat endlich auch die Stigmatisation bei ihr ein. Wie das gekommen, erzählen wir mit den Worten

*) Es fehlte natürlich nicht an frivolem Spott, der seinen Weg in die Tagesliteratur fand. Dagegen verdient es bemerkt zu werden, daß einer der beliebtesten und damals noch „modernsten“ Reise-Schriftsteller, Aug. Lewald, der in jener Periode dem Katholicismus noch fernab stand, in den seichten Ton über die Ekstatische nicht nur nicht einstimmt, sondern in seinem Buch über Tyrol (1835) ehrlich bekannte: „Wahr ist es, daß ihr Anblick einen fast wunderbaren Eindruck hervorbringt und Niemand in ihrer Nähe zu einem Spotte sich aufgelegt fühlen wird. Der innere Zustand eines solchen Menschen ist und bleibt ein tiefes Räthsel, das noch Niemand bis jetzt uns zu lösen im Stande war.“ — Auch die Ärzte standen, einer solchen Erscheinung gegenüber, am Ende ihres Lateins.

von Görres selbst. „Schon im Herbst 1833 hatte ihr Beichtvater zufällig bemerkt, daß die Orte in Mitte der Hände, wo die Male später erschienen, sich zu vertiefen begannen, wie wenn es der Abdruck eines halb erhabenen Körpers wäre; zugleich schmerzten jene Stellen und es zeigten sich häufige Krämpfe um dieselben her. Das brachte ihn schon damals auf die Vermuthung, daß es zur Stigmatisation kommen werde, und es erging wie er vermuthet hatte. Zu Lichtmeß, am 4. Febr. des Jahres 1834, fand er sie mit einem Tuche, mit dem sie von Zeit zu Zeit, kindisch erschrocken wie es schien, sich die Hände wischte. Da er Blut daran bemerkte, fragte er sie, was dieß zu bedeuten habe? Und sie erwiderte: sie selber wisse nicht recht was ihr widerfahren; sie müsse sich wohl blutrünstig gerissen haben. Es waren aber die Male, die von da an bleibend in den Händen sich befestigten, bald auch an den Füßen sich zeigten, und denen sich zugleich auch die Seitenwunde beigesellt. So einfach ist die Weise, in der P. Capistran sie behandelt, und so wenig auf Wundersüchtigkeit gestellt, daß er sie nicht einmal fragte: welcher innerliche Vorgang etwa eingetreten und zunächst den Anstoß zum Erscheinen dieser Male gegeben. Sie zeigten sich beinahe rund, einigermaßen in's Längliche gezogen, etwa 3 bis 4 Linien im Durchmesser, beiden Händen und Füßen oben wie unten ansitzend; die Gestalt der Seitenwunde, nur von ihrer ganz vertrauten Freundin gesehen, war nicht zu bestimmen. Am Donnerstag Abends und am Freitag drang meistens helles Blut in Tropfen aus ihnen allen hervor; an den übrigen Tagen deckte eine vertrocknete Blutkruste die Wunde, ohne daß die geringste Entzündung oder Geschwulst oder auch, neben dem getrockneten Blute, die mindeste Spur einer Lymphe zu finden wäre. Sie verbarg die Sache, wie gewöhnlich Alles was ihren innern Zustand verrathen konnte, auf's sorgfältigste. Aber da, nachdem 1833 bei Gelegenheit einer feierlichen Procession die jubelnde Ekstase an ihr hervorge-

treten, diese eines Tages in Gegenwart mehrerer Zeugen wiederkehrte, und sie nun einem verklärten Engel gleich mit den äußersten Fußspitzen das Bett kaum berührend, blühend wie eine Rose, mit kreuzweise ausgespannten Armen im freudigsten Affekte stand, wurden die Male den Anwesenden in den Handflächen sichtbar, und die Sache ließ sich nun nicht länger mehr verbergen" *).

Marie Mörl hatte sich unter die Schwestern vom dritten Orden des heil. Franziskus aufnehmen lassen, und durch den geistlichen Gehorsam, zu dem sie sich gegen ihren Beichtvater verpflichtete, war es diesem gegeben, der Ekstase gewisse Grenzen zu setzen, indem er die Ekstatische in bestimmter Ordnung wieder zu sich brachte. Ein leises Wort von ihm war im Stande sie augenblicklich zu sich zu rufen. Im Uebrigen war sein Verfahren, wie oben erwähnt, von der schlichtesten Art. Wie man in ihrem Hause wenig auf sie achtete und sie meistens ruhig sich selbst überließ, so war die Behandlungsweise ihres verständigen Seelenführers durchaus einfach und gelassen, ebensowenig aufdringlich als wunderstückig. Der Kreis ihrer geistigen Anschauungen und Betrachtungen paßte sich in der Regel dem Kreislauf der kirchlichen Festordnung an. Aber in die Einzelheiten der innern Vorgänge mischte sich P. Capistran so wenig wie möglich und beobachtete in diesem Punkte die zarteste Schonung. „Ungefragt“, so schrieb der gewissenhafte Mann einmal an J. v. Görres, „äußert sie sich sehr selten oder sehr kurz; so z. B. „„die Betrachtung vom heil. Paulus (am Feste Pauli Bekehrung) habe ich heute jetzt schon ganz gehabt zc.““ Nur hin und wieder erzählt sie einzelne Umstände, die ich ganz gelassen anhöre; und sagt sie nichts, so plage ich sie auch nicht. Denn sie fügt immer hinzu: „„So wie ich es sehe, kann ich es nicht recht sagen noch beschreiben, und sonst

*) Christliche Mystik II. 501.

möchte ich etwas Falsches angeben.““ Meine Leitung ist überhaupt sehr einfach: ich suche, daß sie immer gleich demüthig und gottergeben bleibe, und bin zufrieden, daß sie recht innig Gott anbeten und auch für Andere — Empfohlene und nicht Empfohlene — beten kann. Mir scheint immer, es sei bisher nicht Gottes Wille, daß ich solche Forschungen mit ihr anstelle, wie Brentano mit der Emmerich.“ So P. Capistran, der mit dieser schlichten Aeußerung sich selbst nicht besser charakterisiren konnte.

Im September 1835 kam Görres selbst nach Südtirol und Kaltern, wo er die Stigmatisirte, deren Gesundheit sich in jenen Tagen wieder leidlicher gestaltet hatte, zu wiederholtenmalen sah. Er fand sie in ihrem väterlichen Hause, in sauber geweißtem Zimmer liegend, in anständiger Umgebung, auf harter Matratze, aber in immer reinlich gehaltener Leinwand; zur Seite des Bettes ein kleiner Hausaltar, hinter ihr an den Fensterpfeilern einige religiöse Bilder. Es war eine zartgebaute Gestalt von mittlerer Größe, in Folge der sparsamen Nahrung, die sie zu sich zu nehmen pflegte, etwas abgemagert, jedoch nicht mehr als es häufig sich bei Andern findet, die ein gewöhnliches Leben führen; ihr gerundetes Gesicht hatte sogar damals eine gewisse Fülle, die freilich je nach ihrem Zustande ziemlichem Wechsel unterworfen war.

Als er sie das erstemal sah, traf er sie in der Ekstase, kniend im untern Theile ihres Bettes. Görres beschreibt sie mit folgenden Worten: „Die Hände mit den sichtbaren Malen waren vor der Brust gefaltet, das Angesicht gegen die Kirche hingewendet und etwas nach aufwärts erhoben; der Blick der Augen, mit dem Ausdruck der tiefsten Absorption, in die Höhe gerichtet, bei völlig geschlossenen Sinnen durch nichts von außen störbar; keine Bewegung an der knienden Gestalt stundenlang bemerkbar, außer ein leicht in der Brust spielendes Athemholen, und bisweilen ein ebenso leichtes Schlucken, manchmal auch ein kleines oscillirendes Wanken: ein Anblick, keinem andern vergleichbar, als von der Ferne dem, den

die Engel Gottes geben mögen, wenn sie in Betrachtung seiner Herrlichkeit versunken vor seinem Throne knien. Kein Wunder, daß die Gestalt von der allerergreifendsten Wirkung auf jeden Beschauenden ist, selbst die rohesten Gemüther ihm nicht zu widerstehen vermögen, und Thränen der freudigsten Ueberraschung und Erhebung um sie her in Menge fließen. Sie beschäftigt sich in diesen Ekstasen, nach der Aussage ihrer Gewissensrätthe wie ihres Pfarrers, mit einer fortlaufenden innern Anschauung des Lebens und Leidens Christi, mit Anbetung des heil. Altarssakramentes, und mit einem wohlgeordneten betrachtenden Gebete nach der Ordnung des Kirchenjahres. Ihre Gesichte und ihr Hellssehen in die Ferne, dem Raum und der Zeit nach, haben immer nur Heiliges und Kirchliches zum Gegenstande; und ungleich den Somnambulen, ist sie über ihren eigenen körperlichen Zustand gleich allen andern Menschen völlig blind" (II. 504).

In ihrem natürlichen Zustande machte Maria von Mörl den Eindruck eines friedlich unbefangenen Kindes. Görres gibt auch davon eine anschauliche Beschreibung: „Wie tief sie nun immer in diese ihre Anschauungen sich verloren haben mag: ein leise gesprochenes Wort ihres Beichtvaters, oder wer sonst mit ihr im geistlichen Verbande steht, reicht hin, um sie sogleich wieder zu sich zu bringen. Es ist alsdann gar kein Mittelzustand zu bemerken; nur so viel Zeit verläuft, als nöthig ist sich im Bewußtseyn in einem schnellen Blicke zu erfassen und die Augen zu öffnen, und sie ist bei so vollkommener Besinnung als wäre sie nie verzückt gewesen. Ihr Ausdruck ist dann ein ganz anderer geworden: der eines unbefangenen, in Einfalt und Natürlichkeit erwachsenen Kindes. Darum ist das Erste, was sie beim Erwachen vornimmt wenn sie Zeugen erblickt, mit den bezeichneten Händen schnell unter die Decke zu fahren, wie ein Töchterchen das sich etwa die Manschetten mit Tinte besudelt und die Hände nun vor der kommenden Mutter verbirgt. Dann blickt sie, schon an den Zubrang der Menschen gewöhnt, mit einer Art von Neugierde unter den

Umstehenden herum, Jeden nach ihrer Art freundlich begrüßend. Da ihr seit geraumer Zeit der Mund geschlossen ist, strebt sie mit Zeichen und Winken sich verständlich zu machen, und wo das nicht ausreichen will, läuft sie wieder wie ein Sprechens unerfahrenes Kind mit den Augen zu ihrem Beichtvater hin, ihn auffordernd, daß er ihr helfe und für sie rede. Der Ausdruck ihres obgleich dunkeln Auges ist fröhliche Kindlichkeit; klar wie es ist, kann man durch dasselbe bis zum innersten Grunde ihrer Seele schauen, und überzeugt sich bald, daß nirgendwo im ganzen Umkreis sich ein dunkler Winkel findet, in den sich irgend ein Arg verstecken könnte. Nichts Trübes, Kopfhängerisches, Ueberspanntes ist in ihrem ganzen Wesen zu entdecken, keine sentimentale verschwommene Weichlichkeit, keine heuchlerische Grimasse, noch auch eine Spur irgend eines versteckten Hochmuthes: überall nichts als der Ausdruck heiterer, in Einfalt und Schuldlosigkeit bewahrter Jugend, die sich ohne Bedenken sogar dem Scherze hingibt, weil ein einwohnender sicherer Tact jeden Schein von Unschicklichem abzuweisen weiß" (II. 508).

Eine ganz ähnliche Schilderung entwirft Clemens Brentano, der im gleichen Jahre (1835) und zwei Jahre später wiederum (Herbst 1837) nach Kaltern gereist war, von ihrem ekstatischen und ihrem natürlichen Zustande. Man findet dieselbe in seinen Briefen, wo es unter anderm heißt: „Hier lebt das 23jährige Fräulein Maria von Mörl, ein liebes, frommes, auserwähltes Geschöpf . . . Sie ist unaufhörlich im Bette kniend, die Hände ausgebreitet oder gefaltet, in Entzückung erstarrt, in so vorgebeugter Stellung, daß ein Mensch in natürlichem Zustand auf das Gesicht fallen würde. Sie ist dabei so wunderbar ausgereckt, daß man sie für eine sehr große Person hält, die doch eigentlich klein ist. Ihre Augen sind offen und blicklos, die Fliegen laufen über die Pupille, sie zuckt nicht. Sie ist wie ein WachsBild und ihr Anblick erschütternd. Dann und wann befiehlt ihr der Beichtvater sich niederzulegen, und augenblicklich, man weiß nicht recht

wie, ruht sie gerade ausgestreckt auf ihrem Lager; nach wenigen Minuten aber kniet sie wieder wie zuvor. Es ist dabei kein Zusammenraffen, die Art ihres Erhebens ist ganz überraschend, ich sah es mehrmals, es ist als erhoben sich unsichtbare Geister auf die Kniee. — Dieses immerwährende kniende ekstatische Betrachten und Anbeten ist höchst erschütternd und dennoch nicht schrecklich, denn sie ist, so der Priester ihr befiehlt auf einige Minuten in ihren natürlichen Zustand zu kommen, wie das lieblichste unschuldigste Kind von sieben Jahren, das erwachend sich im Bett von Menschen umgeben sieht. Sie versteckte sich bis an die Nase unter die Bettdecke, blickte halb scheu, halb muthwillig lächelnd rings um sich her, theilte Bildchen aus, war heiter und lieb wie die selige Emmerich" *).

Selber in ihrem Wesen ein argloses Kind liebte sie Kinder, Vögel und Blumen. Aber man wollte ebenso die Bemerkung machen, daß auch die Vogelwelt an dem frommen Kinde besonderes Wohlbehagen zu haben schien. Nicht nur, daß sich an ihren Fenstern häufig allerlei gefiederte Sänger versammelten: brachte man Geflügel in's Zimmer, so flog es ihr zu. Einmal schenkte ihr Jemand drei nicht heimische Tauben, welche sich von keinem Menschen fangen oder berühren ließen: zu ihr flogen sie hin; zwei setzten sich auf ihre Arme, die dritte auf ihre gefalteten Hände, das Schnäbelchen in den Mund der Betenden legend. Dieß liebevolle Schauspiel wiederholte sich oft im Verlaufe mehrerer Tage, bis man die Tauben entfernte, damit sie das Zimmer nicht verunreinigten. Aehnliches hat sich später mit einem Hüh-

*) Clemens Brentano's Gesammelte Briefe II. 326. Brentano ließ damals auch durch eine Malerin ein gutes Porträt von ihr machen. Ein anderes trefflich gezeichnetes Bildniß, von der badischen Künstlerin Ellenrieder ausgeführt, besaß Frä. Emilie Linder, die es einer Freundin in Regensburg vererbte.

chen zugetragen, welches die kleine Schwester der Marie Mörl, damals ein Kind von neun Jahren, zufällig in's Zimmer brachte*).

Wenn sie sich unter Freunden wußte, konnte sie wohl einige Zeit bei sich bleiben und an der Unterhaltung Theil nehmen; lange aber verharrte sie selten dabei, und bald sah man sie wieder von der Ekstase dahin genommen. Unter den Gegenständen ihres betrachtenden Gebetes war es vorzüglich die Passion, welche am meisten und ausdrucksvollsten in den Gesichtskreis ihrer Beschauungen trat und jedesmal am Freitag, dem Todestage des Herrn, lebhaft wie ein sichtbarer Vorgang bis zur Agonie sich in ihrem mystischen Mitleiden ausprägte. Schon am Vormittag begann alsdann dieses wahrnehmbar zu werden. Im weitem Vorschreiten des Passionsaktes wurden auch die Züge des Bildes wehevoller und tiefer ergreifend; bis zuletzt, wenn die Sterbestunde am Kreuze naht und innen die Schmerzen sich bis zum tiefsten Grunde eingewühlt, auch außen das Bild des Todes aus allen Zügen der Verzückten sprach. Görres verbreitet sich darüber in einer ausführlichen objektiven Darstellung voll plastischer Kraft bis in die einzelsten Züge (S. 505—508). Der Kürze wegen beschränken wir uns hier auf das was Brentano über dieses Passionsmitleid der Ekstatischen ebenfalls als Augenzeuge berichtet. Er sah sie in der Stunde von drei bis vier Uhr, und sagt: „Ich habe nie Ernsteres, Erschütternderes gesehen; alle Geduld, Marter, Verlassenheit und Liebe des sterbenden Jesus tritt an ihr hervor mit unaussprechlicher Wahrheit und Würde. Man sieht sie nach und nach sterben, ihr Angesicht erhält dunkle Flecken, die Nase wird spitz, die Augen brechen, der kalte Schweiß rinnt nieder, der Tod kämpft in der zitternden Brust, der Kopf er-

*) So berichtete ein Gewährsmann in einem Briefe vom 5. November 1836 an J. von Görres.

hebt sich mit schmerzlich geöffnetem Munde, daß Hals und Kinnlade fast in einer Linie; die Zunge verdorrt und zieht sich krampfhaft zurück, die Luft girrt unwillkürlich aus der Kehle, der Oberleib erzittert schrecklich, die Hände sinken und dann das unkenntlich gewordene Haupt zur Rechten, tief auf die Brust. — Ein Priester, dem Pater Capistran, der abwesend war, seine Gewalt übergeben, sagte ihr zu ruhen. Im Augenblicke lag sie ermattet, aber mit ganz ruhigem Angesicht, ganz geordnet auf ihrem Bett, und nach höchstens drei Minuten wieder mit rührend dankendem Ausdruck auf ihren Knien, und dankte nun für den Tod des Herrn.“

Das wiederholte sich jeden Freitag durch den ganzen Verlauf des Kirchenjahres, und zwar, wie Görres bei öfterem scharf aufmerkenden Hinsehen gefunden und wie es die Darstellungen anderer späterer Augenzeugen bestätigen, jedesmal in den einzelnen Zügen je nach ihrer innern Stimmung wechselnd, und nur in den Hauptmomenten sich gleichbleibend. Es war eben gar nichts Angelerntes in der Sache, nirgends eine künstliche Anstrengung oder ein unächtes Nachwerk; sondern Alles floß ohne Vorbedacht aus ihrer Natur hervor und paßte sich der jeweiligen Seelenstimmung fügsam an. So bemerkte man im J. 1836, daß sie seit Christi Himmelfahrt jenes Jahres an Freitagen, nach drei Uhr, wenn der mystische Todeskampf ausgekämpft war, eine neue Betrachtung begann, welche bis gegen halb fünf Uhr dauerte in einer sehr merkwürdigen Stellung. Ihr Körper streckte sich über das Bett hin, als wäre er an ein liegendes Kreuz geheftet; die Arme ausgespannt und wie gewaltsam verrenkt. Der Kopf neigte sich etwas nach der einen Seite rückwärts über das Bett hinaus und schien der Unterlage zu entbehren. So verharrte sie 1 bis 2 Stunden, äußerlich wie leblos, und konnte nicht zurückgerufen werden ohne heftige und schmerzliche Convulsionen. Ward sie dann nach Verlauf der Zeit gerufen, so fand man an ihr wie gewöhnlich das freundliche unbefangene und sanfte Kind, dem man es

wohl nicht ansah, aus welchen heiligen und erhabenen Anschauungen es eben zurückkehrte*).

So sehr war die Ekstase schon damals ihr zur andern Natur geworden, daß das Beisichseyn nur wie eine flüchtige Unterbrechung erschien und auf längere Zeit ihr nur mit Anstrengung ihrer Willenskräfte möglich war. Während Görres' Anwesenheit hatte man Marie Mörl gebeten, ein neugebornes Kind einer befreundeten Familie aus der Taufe zu heben. Mit großer Freude, erzählt er, nahm sie den Täufling auf die Arme und zeigte den allerlebhaftesten Antheil an der heiligen Handlung; aber sie kam im Verlaufe derselben mehrmals in Verzücung und mußte immer wieder zurückgerufen werden. „Es ist ein merkwürdiger Anblick, diesem Hinschwinden zuzuschauen. Es ist, als wenn sie auf dem Rücken liegend auf den Wellen eines Lichtgewässers schwämme, und nun noch ganz fröhlich um sich blickte. Mit einemmale sieht man sie gemach niedersinken; die Wellen spielen eine Weile um die Sinkende her und schlagen zuletzt über ihrem Angesicht zusammen, und man gewahrt sie unten in der Tiefe von der lichten Durchsichtigkeit umfangen. Dann ist aber auch das harmlose Kind mit einemmale verschwunden, und wenn, wie es bei günstigen Stimmungen nicht selten der Fall ist, das weiter geöffnete, dunkel leuchtende, keinen besondern Gegenstand fassende, sondern in allen Radian wie in die Unendlichkeit hinaus strahlende Auge plötzlich in Mitte veredelter Züge aufglänzt — dann blickt sie groß wie eine Sibylle, unter allen Verhältnissen aber würdig, edel und ergreifend“ (II. 509).

So fand und schildert sie Görres in der Mitte der dreißiger Jahre. Dabei entschlug sie sich keineswegs der Sorge für ihre Familie, sondern leitete auch von ihrem Lager aus, unter dem Beistand und Beirath ihres Beichtvaters, den täglichen Haushalt und die Erziehung der noch

*) Briefliche Mittheilung des vorhin erwähnten hochachtbaren Gewährsmannes an Görres.

unerwachsenen Geschwister, um derenwillen sie sich um eine erledigte Präbende des Haller Damenstifts beworben hatte, die sie im J. 1833 auch erlangte. Für sich selbst bedürfnislos, verwendete sie den Ertrag dazu, diese Geschwister in Schulen und Klosterpensionen zu erhalten, und überwachte Alles mit der Gewissenhaftigkeit einer Mutter. Täglich um zwei Uhr des Nachmittags war die Zeit, die sie für die Abmachung der Geschäfte bestimmt hatte. Dann wurde sie von ihrem Beichtvater zu sich gerufen, worauf sie mit ihm die schwierigeren Vorkommenheiten überlegte, anordnete was geschehen sollte, auch wohl Briefe diktirte, und mit großem praktischen Verstande Kleines und Wichtiges aufs beste zu beschicken und in Ordnung zu halten nicht ermüdete.

Im J. 1841 gab sie ihre väterliche Wohnung auf und siedelte zu Anfang November in das Tertiariinnen-Kloster über, wo ihr, die schon lange selbst Mitglied des dritten Ordens war, eine abgesonderte Wohnung ganz neben der Kirche eingeräumt wurde. Hier erfreute sie sich nach außen einer größern Ruhe, indem der Zutritt zu ihr beschränkt und an die Einholung einer besondern Erlaubniß von Seite der geistlichen Obrigkeit geknüpft war. Dennoch hörten auch dort die Besuche nicht ganz auf, und die stillen wohlthätigen Wirkungen des tiefen Eindrucks, den noch immer Viele mit sich forttrugen, pflanzten sich ohne Unterbrechung fort*). Von tiefer Ergriffenheit zeugt unter andern auch der Bericht, den der Bischof von Terni, Msgr. Vincenz Tizzani,

*) Auch Görres, der inzwischen wiederholt nach Südtirol gekommen war, sah sie dort noch einmal, wie er in einem Briefe vom 26. Oktober 1842 aus Bogen schreibt: „In diesen Tagen war ich in Kaltern. Die Maria Mörl hat sich dort ein Schwalbennest an die Kirche angebaut, wo sie ganz ruhig wohnt. . . . Sonst ist Alles bei ihr wie es zuvor gewesen.“ Jos. v. Görres Ges. Briefe herausg. von Marie Görres (München 1858) I. 469. Während eines solchen Bogenener Aufenthalts ward Görres einmal von einem jungen Hegelianer, den ihm Bettina von Arnim aus Berlin zugeschildt hatte,

bei seinem Besuche im J. 1842 über Maria von Mörl veröffentlichte. Er sah sie an einem Freitag in der Entzückung und in ihrem Passionsmitleid, und er konnte sich der Thränen nicht erwehren bei dem Anblick des rührenden Wesens, auf dessen Stirne ihm die Worte geschrieben schienen: „Ich lebe, doch nicht ich, sondern Christus lebt in mir!“ Im Uebrigen stimmen seine sehr aufmerksamen Beobachtungen, namentlich was er über den mystischen Tod der Ekstatischen am Freitage sagt, sowie seine Untersuchung der Stigmata genau überein mit den Aufzeichnungen, welche Görres und Brentano sieben Jahre früher gemacht haben. Das Gleiche gilt von den ebenfalls auf Autopsie beruhenden Mittheilungen, welche um diese Zeit Ludwig Clarus (Volk), damals noch Protestant, in seinen Studien über Mystik in die Oeffentlichkeit zu geben sich gedrungen fühlte*). „Die Gewalt der Wahrheit und Wirklichkeit“, sagt er von seinem Besuch in Kaltern, „ergriff mich so, daß ich sofort einen gleichsam unbezwinglichen Trieb empfand, gleich dem Apostel Johannes was ich gehört, was meine Augen gesehen, was meine Hände betastet, zu verkünden.“

Noch mancher Andere**) folgte diesen glaubwürdigen

aufgesucht mit dem Wunsche Zutritt zu Marie Mörl zu erlangen. Von diesem schreibt er in einem Briefe: „Er sprach ohne alle Eingebildetheit und Hoffart so vernünftig, daß ich kein Bedenken hatte ihn nach Kaltern zu instruiren. Um zehn Uhr war er hinausgegangen, Abends halb sieben kam er zurück um mir Bericht zu erstatten, tief ergriffen von dem was er gesehen, übrigens ohne Phantasterei und Wortmacherei auf vernünftige Weise in die Sache eingehend und über sie verhandelnd.“ ib. S. 400.

*) Die Tyroler ekstatischen Jungfrauen. Leitsterne in die dunkeln Gebiete der Mystik (Regensburg 1843) I. 19 — 49. 61 — 69. Vergl. hierzu: Simeon von L. Clarus (Schaffhausen 1862) I. 313 ff. 380. II. 2 ff.

**) Augenzeugen verschiedener Rationalität. Vergl. z. B. die gehaltvolle Schrift von Lord Shrewsbury: Letter from the Earl of Shrewsbury to Ambrose Lisle Phillips, Esq., descriptive of

Männern mit seinem öffentlich ausgesprochenen Zeugniß weil er dem Drange nicht widerstehen wollte, dem Gesehenen und Empfundenen Ausdruck und der Wahrheit die Ehre zu geben. Der Nachfolgende konnte aber nur auf neue bekräftigen, was die Früheren gefunden.

Und so ist es geblieben. Ein Menschenalter ist in zwischen darüber hingegangen und die Welt hat an ihr keinen störenden Wechsel, keinen innern Widerspruch wahr genommen. Manches hat sich in den Erscheinungen gemindert, in der Hauptsache aber hat sich nichts an ihrem Zustande verändert bis zum letzten Jahre ihres Lebens. Die Ekstase, die Wundmale, die durchgeistigte Frömmigkeit in ihren Beschauungen wie die Unbefangenheit ihrer Kinderseele im natürlichen Zustande: Alles ist sich ohne Mißklang gleich geblieben wie vor dreißig Jahren. Man konnte ihre Geschichte in zwei Worte fassen: sie leidet und betet — eine Passionsblume die das Kreuz umrankt. In ekstatischer Betrachtung der Geheimnisse des Lebens und Leidens Christi, im Gebet für allgemeine und besondere Anliegen, für die Kirche, für ihr theures Heimathland und Kaiserhaus, und

the *Estatica of Caldaro* and the *Addolorata of Capriana* etc. London 1842. — In derselben ist auch der Bericht abgedruckt, den der Franzose *Gazales* über seinen Besuch bei Marie von Mörl in der *Université Catholique* bekannt gegeben. — In der italienischen Schrift: *Memorio intorno a tre mirabili vergini viventi nel Tirolo* (Lugano 1836) rührte der schöne Aufsatz über Maria Mörl von dem gelehrten Propst *Riccardi* aus Bergamo her. Zu Mailand erschien das Schriftchen: *L'Estatica Maria de Mörl* etc. in verschiedenen Auflagen. Es existirt auch eine deutsche Uebersetzung.

Der Bericht eines deutschen Malers, der sich im J. 1840 mit Hilfe eines Empfehlungsschreibens des damaligen Erzbischofs von Salzburg, Fürst Friedrich von Schwarzenberg, die Erlaubniß erwirkte Marie von Mörl abzeichnen zu dürfen, und der die Ekstatische dreimal an Freitagen sah, findet sich abgedruckt im „*Märtyrischen Kirchenblatt*“ vom 15. Febr. 1868.

Wohlthun gegen zahllose Arme, so verbrachte sie die Tage und so vollendete sie ihre von irdischem Glück wahr- wenig besonnene Lebensbahn.

Drei Jahre vor ihrem Tode traf sie ein schwerer Verlust durch das Hinscheiden ihres Beichtvaters Capistran, der fast nahezu vierzig Jahre ihr geistlicher Führer gewesen. Vater Capistran Soyler, geboren zu Schwaz am 24. Jan. 1798, starb am 4. Mai 1865. Er war ein ausgezeichnete Mann, der durch seine einsichtsvolle Thätigkeit als Guardian, Lektor der Theologie, Definitor und Provinzial, wie als Gründer von acht Ordenshäusern der Schwestern im dritten Orden des hl. Franziskus zum Unterricht der Kinder, ein gesegnetes Andenken in Tyrol hinterlassen hat. Maria von Mörl aber verehrte in ihm einen väterlichen Freund, der eine hilfreiche Stütze ihrer Familie in den vielfältigen Nöthen gewesen, und einen treuen Gewissenrath, der fast von ihren Kindesjahren an ihre Seele geleitet. Agostino sagt von ihm, nach seinem ersten Besuch in Kalz: „Vater Capistran ist ein sanfter heiliger Mann, von dem Frieden. Wenige Personen dieser Art (wie Marie Mörl) dürften sich je eines so angemessenen Seelenführers freuen haben. Wenn man sie zusammen sieht, weiß man nicht, wer von beiden heiliger scheint.“ Der Verlust des würdigen Mannes ging ihr tief zu Herzen; sie wurde in seinem Tode ergriffen wie ein Kind. Wie sie beim Tode ihrer frommen Mutter noch Jahre lang um diese weinte und trauerte, so weinte sie auch dem treuen redlichen Beichtvater und Wohlthäter lange noch Thränen nach. Und hatte sie früher schon öfters den Wunsch und die Sehnsucht nach einem baldigen seligen Ende ausgedrückt, so geschah es jetzt noch mehr und inniger.

Dieser Wunsch sollte nach wenigen Jahren in Erfüllung gehen. Gegen den Herbst des Jahres 1867 fing ihr körperliches Befinden sichtlich an sich zu verschlimmern, und den gesteigerten Ansprüchen die gerade noch in diesem letzten

Jahre von allen Seiten an sie gemacht wurden, waren ihre Kräfte, wie sich nur allzubald herausstellte, nicht mehr gewachsen. Denn noch immer wurde sie, zu ihrem Leidwesen, von Leuten aus allen Ständen aufgesucht, und Kreuz und Anliegen aller Art wurden brieflich und mündlich in unverminderter Zahl an ihr Bett gebracht. Besonders aber war es der vermehrte Fremdenzufluß des verflossenen Sommers, der den Rest ihrer geringen Kraft in ungewöhnlicher Weise in Anspruch nahm. Die Menge der Reisenden besonders aus dem geistlichen Stande, welche in jenen Tagen, aus Anlaß der Feierlichkeiten des Apostelfestes in Rom und der Katholikerversammlung in Innsbruck, an dem Lager der Stigmatisirten vorüberkamen, war außerordentlich, und es gab eine Zeit wo während einer Woche ihr Beichtvater — ein Franziskaner des Orts, der das geistliche Werk seines Vorgängers mit hingebendem Eifer fortsetzte — beinahe zu jeder Stunde des Tages Besuchende ihr vorzuführen hatte. Der Schwächezustand machte sich denn auch zuletzt so fühlbar, daß sie kaum mehr im Stande war, in kniender Stellung zu beten.

Das Maß ihrer physischen Kräfte schien erschöpft, aber das Maß ihrer Leiden war noch nicht voll. Mit dem 8. September 1867 kam auf einmal eine schwere geistige Heimsuchung über sie. Es war als ob sie mit einer feindlichen Macht zu ringen hätte, die sie in einen Zustand unerklärlicher Angst, Traurigkeit und Beklommenheit versetzte, welcher mit dem 17. September eine solche Höhe erreichte, daß ihr Bewußtseyn durch mehrere Wochen völlig getrübt und umflort erschien. In diesem übermäßig erregten Seelenzustand sah sie überall feindliche Schaaren, welche eine große Verfolgung anhoben, welche auch sie überfallen, gefangen nehmen und zur Hinrichtung schleppen wollten. Sie sah und hörte die Feinde, wie sie alles Heilige zerstören und vernichten und den Gerechtesten in den Abgrund der Hölle hinab ziehen wollten. Sie hörte diese Feinde ihr höhnisch zurufen, daß

sie den Papst gefangen, Kirchen und Klöster verwüstet, Unheil über ihr Land gebracht u. s. w. Dieser Zustand höchster Aufregung und Beängstigung dauerte von Mitte September bis Mitte Oktober, wo allmählig wieder Ruhe eintrat und der klare Blick zurückkehrte. Vom 23. Oktober an konnte sie wieder regelmäßig die hl. Communion empfangen; die Anfechtung war überwunden und Alles war von da an wie vorher, mild und friedlich. Später befragt, was diese Leiden wohl gewesen seien, gab sie zur Antwort, daß sie in der Nacht vom 7. auf den 8. September angeregt worden sei, für den Papst und den Kaiser zu beten, und daß von dort ihre Leiden begonnen haben — was denn allerdings mit der damaligen Weltlage wohl in Zusammenhang gebracht werden kann. Denn in jenen Tagen bereitete sich unter dem Schutze der italienischen Regierung die blutige Invasion der Garibaldianer in den Kirchenstaat vor, welche dann in der zweiten Hälfte des Oktobers die französische Expedition zur Folge hatte und wenige Tage darauf zu dem Siege der päpstlichen Sache führte. Wer kann es sagen, was sie in dieser schweren Zeit der Heimsuchung alles gelitten? Merkwürdig aber bleibt es, daß diese letzte Heimsuchung zugleich wie ein persönliches Mitleiden an den großen Anfechtungen der Kirche erscheint.

Nunmehr neigte sich ihr Lebensflämmchen zum Ende. Hatte Marie Mörl schon vorher die Nähe ihres Todes geahnt, so äußerte sie seit der eben geschilderten Prüfung noch bestimmter und wiederholt, daß sie diesen Winter sterben werde. Nach Allerheiligen wurde ihre Hinfälligkeit täglich größer und Alles gestaltete sich zur Auflösung. Angewendete Heilmittel halfen wenig oder nichts, da sie dieselben nicht mehr ertragen konnte. Kleine Gaben von Wasser, mit Lemoni- und Quittenessenz vermischt, waren in den letzten zwei oder drei Wochen das Einzige, was sie genoß. Sonst, in ihren besseren Tagen, bestand ihre Nahrung aus Früchten, auch wohl etwas Brod oder einfachster Mehlspeise, aber

nichts von Fleisch, auch keine Fleischbrühe. Oft trank und aß sie mehrere Tage nach einander nichts. In den letzten Wochen, namentlich seit Weihnachten, hatte sie noch unsägliche Schmerzen zu leiden, bis die Arbeit der Auflösung durch gänzliche Blutzersehung vollendet war. Sie war aber voll Ergebung; ruhig über Leben und Tod, litt sie mit großer Geduld und kindlicher Liebenswürdigkeit. Noch am Feste der hl. drei Könige, fünf Tage vor ihrem Tode, zeigte sie sich in der alten gewohnten Weise gegen Besuchende. Es war Mission in Kaltern gewesen, und die Missionäre kamen zu ihr an diesem Tage, um sie vor ihrer Abreise zu begrüßen. Sie war voll sanfter Freundlichkeit und ließ ihnen gastlich Trauben anbieten.

Von ihrem Ende wußte sie nichts Bestimmtes, nur daß sie sterben würde wenn Alles weiß wäre; was auch eintraf, wie sie es schon seit Jahren im Gebet erkannt hatte. Denn die Wundmale an Händen und Füßen nahmen ab, je näher sie dem Tode kam, man sah zuletzt nur noch einen blauen Fleck, der, als sie verschieden war, fast bis auf die letzte leise Spur verschwand. Am Abend des 6. Januar wurde sie mit den Sterbsakramenten versehen. Die ganze Umgebung glaubte, es ginge zum Ende; sie deutete aber durch Geberden an, daß sie jetzt noch nicht sterbe. Sie blieb beim Bewußtseyn und konnte täglich noch das heilige Abendmahl empfangen, was gewöhnlich um Witternacht geschah.

So nahte der 11. Januar 1868, ihr Todestag. In der Nacht vom Freitag auf den Samstag, gegen halb drei Uhr in der Früh, nachdem sie zwei Stunden zuvor noch durch den Leib des Herrn gestärkt worden, schied sie aus diesem mühseligen Leben hinüber in die Heimath des ewigen Friedens. Der letzte Kampf war leicht und ruhig gewesen. Sie lag meist still da; zuweilen hörte man sie den Namen Jesu lispeln, und eine der Nahestehenden vernahm die Worte: „O wie schön, o wie schön!“ Dann wurde der Athem immer langsamer und sie schlummerte ganz sanft ein.

Eine reine fromme Seele hatte wahrhaft im Kreuze vollendet.

Ihre Leiche wurde in der Klosterfrauenkirche auf ein Paradebett gelegt, und während der zwei Tage, da sie dort ausgesetzt war, wurde sie noch von Tausenden besucht, die sich von dem Anblick der lieben Gestalt nicht trennen wollten, so lange sie noch über der Erde war; denn gar Vielen war es, als ob sie ein theures liebgehaltenes Familienglied verloren hätten. Sie lag da wie eine Braut geschmückt, ganz weiß gekleidet, mit einem weißen Schleier um die Stirne und einem Kranze zu Füßen. Der Eindruck war erhebend zugleich und umfriedend: so lauten die Schilderungen von allen Seiten. Ihr Angesicht sah ehrwürdig und lieblich aus, halb kindlich, halb matronenhaft, das Haupt zur linken Seite geneigt, die Stirne und die Augen voll des Ernstes, der Mund wie ein Kindermund, im Schläfe lächelnd; die Hände vom schönsten Alabaster, fast rosenroth. Später nahm man den Schleier weg, da war sie noch lieblicher, ganz wie im Leben, von ihren schönen Haaren umgeben. Der Ausdruck friedlicher Ergebung lag über das ganze Antlitz gebreitet.

Ergreifend war der Akt der Einsargung und Bestattung. Unter dem Andrang des Volks wurde die Leiche von einigen Mädchen und Frauen im Beiseyn des Bürgermeisters Baron Dipauli vom Katafalk herabgenommen und mit großer Ehrfurcht und unter sichtbarer Rührung in einen Sarg von Zink gelegt, der dann, nachdem man eine von mehreren Personen unterschriebene Urkunde in einer Kapsel beigelegt hatte, verlöthet und versiegelt und endlich von einem zweiten, hölzernen Sarg umschlossen wurde. Ungemein großartig entfaltete sich die Theilnahme der Bevölkerung bei dem letzten Ehrengeleite. Nicht bloß ganz Kaltern trauerte, auch alle Nachbargemeinden waren vertreten, als am 13. Januar Nachmittags um drei Uhr die irdischen Ueberreste der Verewigten von der Klosterkirche der Tertiarschwestern im feierlichen Zuge

durch den Markt, an ihrem ehemaligen Hause vorüber, zur letzten Ruhestätte getragen wurden. Maria von Mörl ruht in ihrer Familiengruft auf dem Friedhof der Gemeinde.

Kaltern hat mit ihr sein Kleinod verloren, das ihm gleichsam zum Wahrzeichen geworden. Aber der stille Segen ihres reinen unschuldvollen Dulderdaseyns bleibt unverloren und wird noch lange fortwirken. Es ist ein treffendes Wort, was Görres gesprochen, als er an den Fürstbischof von Trient über sie schrieb: „Gott hat sie wie ein lebendiges Crucifix an die Kreuzstraße mitten in eine achtlose, zerstreute, im Wirbelwind hingerissene Zeit gesetzt“. Ihr schien in Wahrheit, wie er an einem andern Orte sagt, „die Sorge für die ewige Lampe übertragen worden zu seyn, die im Heiligthume brennt, damit ihr Licht durch Versäumniß nicht erlösche, und der Faden der sich durch die Zeiten schlingt, nicht abreiße“. Diese ewige Lampe hat sie treulich gehütet und in dem außerordentlichen Tempeldienst ausgeharrt bis zum Ende. Ihr leidenreiches ekstatisches Leben leuchtet in die Welt hinaus als ergreifende Verkörperung des Wortes: Ziehe mich dir nach! Und so mag man wohl glauben, daß die Kette der segenbringenden Wirkungen, welche von ihrer rührenden irdischen Erscheinung so lange und weithin ausgegangen, auch nach ihrem Tode noch nicht geschlossen sei.

XXX.

Zeiträume.

Die Winkelzüge der orientalischen Politik Frankreichs und seiner Großmächts-Collegen.

Diese Blätter haben sich seit zehn Jahren nicht mehr eingehend mit dem Orient beschäftigt. Aber sie haben unausgesetzt darauf hingewiesen, daß die nächste große Krisis die Orient-Frage in ihre Wirbel hineinziehen, oder besser gesagt, daß die Bewegung in Constantinopel ihren Drehpunkt haben werde. Es war unsere beständige Rede: der Welttheil sei einem allgemeinen Provisorium verfallen und könne nicht mehr zur Ruhe, zum gedeihlichen Definitivum einer neuen Staatenordnung gelangen, wenn nicht und ehe nicht die türkische Wüstenei als wesentlichstes Moment in die neuen Combinationen einbezogen seyn werde. Darum ist auch der Orient stets als die letzte und größte Frage des Jahrhunderts vor dem politischen Ahnungsvermögen aller Denker gestanden. Das neue Europa wird auch politisch bis an die Grenzen Asiens reichen und darüber hinaus.

Es ist nun aber geboten die große Frage wieder auf unsere Tagesordnung zu schreiben. Denn die Zeit der Erfüllung steht vor der Thüre, und die Stunde naht rasch, wo alles Politisiren ohne Berücksichtigung des Orients offenkundig als das erscheinen wird was es ist: als leeres Gerede.

Auch unsere deutsche Frage und namentlich sie, wird nicht endgiltig beantwortet werden außer im engsten Zusammenhange mit der türkischen. Das linke Rheinufer und der Bosphorus liegen sich jetzt viel näher als vor Zeiten Wien und Berlin. Je nachdem die Würfel der Mächte am goldenen Horn fallen werden, wird sich insbesondere auch das Schicksal Bayerns und der übrigen süddeutschen Staaten so oder so gestalten. Sobald der politische Calcul sich ein- für allemal über das weite Reich Osmans ausdehnt, dann werden in Mitteleuropa Ansätze möglich seyn, die in den engen und beschränkten Verhältnissen der untergehenden Weltperiode einfach nicht denkbar waren, und bei den factischen Zuständen in der Türkei sind wir keine Stunde mehr vor erschütternden Wendungen sicher.

Gerade hierüber hat in diesem Augenblicke die deutsche Reise des Prinzen Jerome Napoleon merkwürdige Streiflichter aufleuchten lassen. Nicht als wenn wir die Frage entscheiden und bejahen wollten, ob wirklich der französische Imperator seinen „rothen Better“ mit einer wichtigen Mission bei den deutschen Höfen beauftragt habe, mit einer Mission welche die Wahl zwischen Krieg und Frieden fast unmittelbar auf Spiz und Knopf stellen müßte. Aber das Interessante für uns ist die Thatsache, daß alle diejenigen Stimmen welche die officiële Mission des rothen Prinzen bejahen, derselben zugleich und einmüthig die bestimmte Absicht unterlegen für den bevorstehenden Kampf im Orient Preußen von Rußland zu trennen. Wollte man in Berlin die russische Allianz für immer preisgeben, dann dürfte — so sagen diese Sternkundigen der französischen Diplomatie — Graf Bismark seine Herrschaft auch über Süddeutschland ausdehnen, ohne daß Frankreich Compensationen am Rhein verlangen würde. Die Tuilleries würden sich in diesem Fall mit dem wallonischen Theil von Belgien begnügen: dieß sei das Programm das der „declassirte Cäsar“ nach Berlin mitgenommen habe. Der Hauptpunkt desselben wäre aber der

unwiderrufliche Bruch zwischen dem neuen Deutschland und dem moskowitischen Reich, und als reale Bürgschaft desselben müßte Preußen die Hand bieten zur — Wiederherstellung Polens!

Der Gedanke an sich läßt sich hören. Soll der steten Bedrohung des Orients durch Rußland ein haltbarer Kiegel vorgeschoben werden; will Europa einen durchschlagenden Keil in die Politik des Panславismus treiben welche die größten Gefahren für die ganze romanisch-germanische Welt in sich schließt; soll endlich das neue Deutschland eine andere Bestimmung haben als für die panslavische Universalmonarchie in der Rolle eines Vorwerks zu dienen: dann wäre allerdings die Wiederherstellung Polens das einzige zweckdienliche Mittel. Auch in der hohen Diplomatie Oesterreichs war diese Einsicht nie ganz ausgestorben; und in der That würde eine solche Veränderung die neue Weltperiode in ganz anderem Grade einleiten als eine altmodische Grenzberichtigung am Rhein.

Sonderbarer Weise ist im vorigen Jahre der Gedanke ganz plötzlich und aus dunkeln Zusammenhängen heraus in Paris, London und Wien zugleich auf dem Wege der Presse vor das verwunderte Publikum gebracht worden. Es war kurze Zeit nach dem Kaiser-Besuch von Salzburg und unmittelbar nach dem Erscheinen des preussischen Rundschreibens vom 7. September worin Graf Bismark erklärt hat, daß für die Ausdehnung des Norddeutschen Bundes über den Rest der deutschen Länder nichts maßgebend sei als der Wunsch und Wille der Nation und daß keine fremde Macht dareinzureden habe. Damals überraschte das Pariser Siècle seine Leser mit ein paar Artikeln, deren höherer Ursprung schon in der feierlich geheimnißvollen Miene des Blattes geschrieben stand. Es schien darauf abgesehen das Publikum durch diese Artikel die Tiefe des österreichisch-französischen Aktionsprogramms am Rhein und im Orient errathen zu lassen. Als Verfasser galt schon damals der Prinz Napoleon.

Frankreich, sagte das Siècle, dürfe um seiner Ehre und Selbsterhaltung willen nicht länger abwartend zusehen und sich die Thatfachen über den Kopf wachsen lassen, sondern es müsse völlig vorbereitet und entschlossen den ersten Augenblick benutzen, um die begangenen Fehler gutzumachen und die allgemeine Situation zu Gunsten seiner alten Machtstellung und Präponderanz zu corrigiren. Gehe also Preußen über den Main, so müsse Frankreich folgende Bedingungen stellen: Volksabstimmung in den Elb-Herzogthümern (wegen der Wiederabtretung von Nordschleswig); Neutralität der Rheinprovinzen; dauerhafte Garantien für die Selbstständigkeit Hollands, worunter zweifelsohne die Theilung Belgiens zu verstehen wäre; endlich und hauptsächlich die Wiederherstellung — Polens. So sprach das Pariser Orakel im September 1867.

Wenn diese Bedingungen nach heutiger Annahme für Preußen sogar noch ermäßigt erscheinen, so dürfte sich der gnädige Nachlaß aus dem Umstande erklären, daß die Aktien der österreichischen Schlagsfähigkeit, trotz der gewandten Notizen und Reden des Baron Beust, nur langsam oder gar nicht steigen wollen, und daß die Aussichten auf eine beständige und rückhaltslose Allianz Englands seitdem eher gesunken als gewachsen sind. England verharret nicht nur in der ängstlichen Unbeweglichkeit seiner Politik, sondern es hat außer den Russen im schwarzen Meer nun auch noch die Nordamerikaner im Mittelmeer zu fürchten, und zudem schaut Frankreich selber, des Suez-Kanals wegen, mit eifersüchtigem Mißtrauen auf die englische Expedition in Abyssinien. Die Nordamerikaner — bekanntlich wurde es ihnen nur durch die Einsprache der Westmächte verwehrt von Griechenland die Insel Milo zu kaufen — suchen mit allem Eifer einen Hafen im mittelländischen Meere, um von da aus der russischen Machtstellung über ganz Asien hin die Hand zu reichen. Man sieht daraus, welche ungeheuern Kreise in beiden Welten der ausgebrochene Sturm im Orient bereinst

beschreiben dürfte. Man sieht ferner daraus, ein wie hohes Interesse der französische Imperator allerdings daran haben müßte, Rußland auf dem Continent zu isoliren und es insbesondere von Preußen zu trennen. Denn die westmächtsliche Allianz von 1853 wird so intensiv nicht wiederkehren, ihren mächtigen Rückhalt aber an dem österreichischen Länder-Coloß hat der Beherrscher Frankreichs eigenhändig bis zur Ohnmacht reducirt um des elenden Italiens willen. Das mag er nun zu spät bereuen.

Man erkennt aber endlich aus der eigenthümlichen Combination welche sich an die Reise des rothen Prinzen knüpft, und aus ihrem voraussichtlichen Erfolg deutlich und klar, wie die Unversöhnlichkeit des Gegensatzes zwischen Preußen und Frankreich felsenfest steht. Wenn Napoleon III. die Bedingungen seines Neutralitätsbundes mit der norddeutschen Monarchie auch noch wohlfeiler gäbe und noch verlockender machte als er gethan haben soll; wenn er für die Ausdehnung des preußischen Scepters über ganz Deutschland weiter gar nichts verlangte als die einzige reelle Garantie des definitiven Bruches mit Rußland, nämlich Polen; eine Garantie für die er sich mit allem Recht auf das von Preußen selbst adoptirte Nationalitäts-Princip, und insbesondere auf die preußischen Thaten zu Gunsten Italiens berufen dürfte — könnte man, frage ich, in Berlin auf den Handel eingehen? Jeder kundige Diagnost der politischen Stellungen Europa's wird entschieden mit Nein antworten.

Mit diesem entschiedenen Nein ist aber zugleich gesagt, daß nicht nur Großpreußen von heute sondern auch das Deutschland welches die Zukunftspolitik der Bismarck'schen Rundschrift vom 7. September feiert, in alle Ewigkeit nicht auf eigenen Füßen stehen könnte und stehen würde. Es bedürfte Rußlands als seines unentbehrlichen Complements, so gut wie jetzt Großpreußen desselben bedarf. Das ist die traurige Thatsache. Der russische Einfluß in Berlin war immer ein gebieterischer; seitdem aber Oesterreich weggefallen ist aus

dem deutschen Verbande, ist er es mehr als je. Sobald das neue Preußen von Rußland getrennte Wege gehen wollte, müßte es einfach fürchten den listigen Ränken der französischen Politik auf Diskretion preisgegeben zu seyn. Man hat dem Herrn und Meister dieser Politik schon im Jahre 1854 und noch mehr im Jahre 1859 nachgesagt, ihr eigentlicher Gedanke sei: „Einer nach dem Andern.“ Das wäre also nichts Anderes als die simple französische Uebersetzung des alten *Divide et impera*. Preußen wird sich hüten auf eine solche Gefahr hin irgendwie die russischen Bahnen zu durchkreuzen. Das ist gewiß trotz der Bismarckischen Besuche in Biarritz.

Aus der gesammten Constellation, wie wir dieselbe hier gezeichnet haben, dürften sich nun aber und insbesondere die auf den ersten Blick unerklärlichen Wendungen verständlich machen, die der französische Imperator seit Jahresfrist in der Orientfrage vorgenommen und sich erlaubt hat. Man hat vielfach geglaubt darin nichts weiter als ein unsicheres Herumtasten und somit einen neuen Beweis von der zunehmenden Schwäche des alternden Herrschers erblicken zu müssen. In Wahrheit hat der Mann aber nur keinen Augenblick aufgehört die orientalische Frage im untrennbaren Zusammenhang mit der deutschen Frage zu behandeln. Hier liegt das ganze Geheimniß der ränkevollen Kreuz- und Querzüge seiner orientalischen Politik. Wenn er jetzt wirklich den Versuch gemacht haben sollte — wir lassen es dahingestellt — Preußen von Rußland zu trennen und den polnischen Niegel zwischen diese traditionelle Allianz zu schieben, so ist jedenfalls sein Versuch umgekehrt Rußland von Preußen zu trennen, schon vorhergegangen und in St. Petersburg gescheitert.

Es handelte sich, und es handelt sich noch, um den Aufstand von Candia, der auf dieser wichtigen Insel seit mehr als einem Jahre wüthet und in dessen eigentliche Verhältnisse klar zu sehen um so schwerer ist, weil die officiellen

rtischen Berichte fast eben so unverschämt lügen wie die hellenischen. Nur darüber dürfte nirgends ein Zweifel seyn, ob sollten wenigstens die großen Kabinette längst im Reinen gewesen seyn, daß der Aufstand von Candia nur zum geringsten Theile ein ursprünglich kretensischer war und daß die christlichen Candioten sich unter türkischer Herrschaft jedenfalls viel leichter hätten behelfen können als die armen Bosnier unter der Knute des weißen Czar, wenn nicht das Cabinet von Athen es für ein Bedürfniß des hellenischen Eitelstolzes gehalten hätte, russischen Anstiftungen dienend die kretensische Frage aufzuwerfen und den bewaffneten Unruhr zu entzünden. Candia sollte unmittelbar in Griechenland, unmittelbar in Rußland einverleibt und auf diese Weise ein Präcedenzfall für die gänzliche Auflösung des türkischen Reiches geschaffen werden. Dazu bildete sich die geheime international-Regierung an den Küsten des Archipel: sie erließ aufrüttelnde Aufrufe, sendete ihre Memorandums in die europäischen Kabinette, sammelte Geld, namentlich russisches, kriegsschiffe aus, spedirte Waffen und Freiwillige nach Candia, und sie mit Einem Wort, nicht so fast die eingekerkerten Kretenser, führte den Freibeuter-Krieg gegen die Truppen des Sultans auf der Insel.

Nun liegt es auf platter Hand, was diejenigen Mächte, welche den Bestand, wenn auch nur den einstweiligen Bestand der Pforten-Herrschaft noch immer für eine europäische Nothwendigkeit halten, in Bezug auf Candia hätten thun müssen im Interesse ihrer eigenen Politik. Sie hätten in Athen den Ernst zeigen und dem freibeuterischen Unwesen der hellenischen und italienischen Gesindels an den griechischen Küsten ein kurzes Ende bereiten müssen. Das geschah allerdings, aber mindestens um ein halbes Jahr zu spät, nämlich erst dann als der französische Imperator die Erfolglosigkeit seines Bestrebens Rußland von Preußen zu trennen, kannte und den faktischen Beweis dafür in Händen hatte. Bis dahin hatte seine erste Violine ganz andere Melodien

aufgespielt, und bis dahin mußte somit die Pforte einen guten Theil ihrer letzten Kräfte verschwenden, um den Aufstand auf Candia in die Schlupfwinkel zurückzudrängen aus denen er doch immer wieder hervorzüngelt, wie es scheint bis auf diese Stunde.

Es ist sehr belehrend die Daten dieser französischen Peripetien miteinander zu vergleichen. Im November 1866 schrieb der Imperator persönlich an den Czar und schlug ihm eine geheime Verständigung separatim zwischen Frankreich und Rußland vor. Es war bald nach der Festsetzung des Norddeutschen Bundes und der preußischen Annexionen, daß er diesen Schritt that. Im Anfang 1867 ging er noch weiter; er rieth nicht mehr bloß die Abtretung von Candia sondern auch von Thessalien und Epirus an. Um dieselbe Zeit schrieb der österreichische Minister seine famose Depesche vom 1. Januar 1867, worin er die Revision der Verträge von 1856 gutmüthigst bevormortete. Elf Jahre vorher hatte es hunderte von Millionen und hunderttausende von Leichen gekostet das Bollwerk der Pariser Verträge aufzurichten, das jetzt mit einem Federzug abgethan werden sollte. An die Stelle gedachte Baron Beust eine ständige Conferenz der Mächte zu setzen, aber mit Ausschluß der am meisten theiligten Macht, nämlich der Türkei selber. Allein in Petersburg dankte man dem sächsischen Baron kaum für seine gute Meinung; denn man hält dort die Verträge von 1856 ohnehin für abgethan, nachdem Europa dem frechen Bruch derselben durch die Berufung des preußischen Prinzen auf den Thron der Moldau = Walachei ruhig zugesehen. Das hatte Fürst Gortschakoff in seiner Depesche vom 31. Mai 1866, wo er die Donaufürstenthümer-Conferenz geradezu als „Kömödie“ bezeichnet, deutlich genug ausgesprochen.

Ueberhaupt läßt sich jener übereifrige und unberufene Schritt des österreichischen Ministers gar nicht erklären, wenn man nicht annimmt daß der französische Versuch, Rußland von Preußen zu trennen, auch ihm am Herzen lag und er

das Gelingen von seiner Seite möglichst fördern wollte. In Petersburg nun nahm man die französischen Schritte der Annäherung, soweit sie in Noten und Depeschen gegen die Türkei thätlichen Ausdruck erhielten, bereitwillig an, aber man verhielt sich kalt ablehnend gegen die unausgesprochene Consequenz. Preußen machte es, im handgreiflichen Einverständnis mit Rußland, gerade so. Auf diese Weise kamen denn alle die Collectiv-Noten zu Stande, welchen nur England ferne blieb und die von der Pforte der Reihe nach die Autonomie der kretischen Insel, dann Volksabstimmung der Candioten ob sie zu Griechenland oder zur Türkei gehören wollten, gefordert haben. Endlich sollte eine Commission der Mächte nach der Insel gehen, um die Uebelstände zu untersuchen und Reformen auszuarbeiten. Mit allen diesen Vorschlägen ging Frankreich voran. Als es aber das Facit seiner Speculation auf Rußland ziehen wollte, da sah es sich verrathen und getäuscht.

Das Fiasco ist allgemein bekannt geworden, welches der Imperator bei dem Czaren erfuhr, als er denselben bei dem Besuch der Weltausstellung zu Paris in dem angedeuteten Sinne zu bearbeiten suchte. Der Fehlschlag war schon dadurch signalisirt, daß es ihm nicht gelang den russischen Herrscher allein und ohne den preussischen König nach Paris zu bekommen. Von da an trennten sich die orientalischen Wege Frankreichs und Rußlands wieder. Noch einmal erscheinen zwar die Namen beider Mächte unter einem gemeinschaftlichen Dokument, nämlich unter der berühmten „Vier-Mächte-Note“ worin sie, in Vereinigung mit Preußen und Italien, die Pforte bedrohten (Oktober 1867), weil dieselbe keine Lust hatte Candia ebenso im Wege einer „loyalen Enquête“ zu verlieren wie sie die Moldau-Balachei und Serbien verloren hatte. Man werde die Türkei, hieß es in der famosen Note, „den Consequenzen ihrer Thaten überlassen, ihr jeden materiellen Beistand der christlichen Mächte entziehen, sie inmitten der Verlegenheiten die sie sich durch ihr

geringes Entgegenkommen zugezogen, selbst ohne moralische Unterstützung lassen.“ So sprachen die vier Mächte. Aber Oesterreich hatte hier schon nicht mehr mitgemacht; und Frankreich gab zu verstehen, daß es nur widerwillig diese Note unterzeichnet habe, die eben einen „Abschluß“ bezeichne und die Erfüllung „früherer Verpflichtungen“ sei. Das heißt: die Note signalisirte den Schlüsselpunkt der vergeblichen Bestrebungen Frankreichs Rußland von Preußen zu trennen und an sich zu ziehen. Die Wendung war inzwischen zu Paris schon eingetreten, die Salzburger Conferenz war jetzt möglich geworden.

In Petersburg hatte man die veränderte Richtung der französischen Winde längst verspürt. Beweis davon ist die merkwürdige Depesche des Fürsten Gortschakoff vom 27. Aug. 1867, worin die schwankende und unklare Haltung der französischen Politik im Orient und speciell in der orientalischen Frage scharf kritisiert wird. Die Schuld der Unnachgiebigkeit der Pforte schreibt der Fürst allein dem Umstande zu, daß der Glaube an die unwandelbare Uebereinstimmung der beiden Kabinette von Petersburg und Paris in letzter Zeit arg erschüttert worden sei. Er habe, erzählt der Fürst, den französischen Gesandten gebeten seine Regierung auf das „Unzulässige solcher Fluktuationen“ aufmerksam zu machen. „Ich habe“, fährt er fort, „Herrn von Talleyrand nicht verhehelt, daß gewisse jüngst vorgekommene Ereignisse der Türkei jenen bedauerlichen Eindruck machen mußten. Ohne auf die dem Admiral Simon gegebenen Weisungen*) allzu viel Gewicht zu legen, habe ich erklärt, daß diese Thatsache in Verbindung mit der Bedeutung welche der Salzburger Zusammenkunft beigelegt wird, als ein Beweis der Erschlaffung, wenn nicht eines vollständigen Abbrechens der entente cordiale mit Frankreich angesehen wird.“

*) gegen die griechischen Piratenschiffe und Blockadebrecher.

Ueber die Salzburger Conferenz liegen nun bekanntlich authentische Dokumente nicht vor. Aber nach Allem was in Wien seitdem officiös und nichtofficiös verlautete, dürfte die folgende Darstellung der innern Vorgänge so ziemlich das Richtige getroffen haben. „In Salzburg gelang es nun Beust auch Frankreich für die antirussische Politik (Englands) zu gewinnen. Napoleon kam dorthin entschieden mit der Absicht Oesterreichs Allianz gegen Preußen zu gewinnen; er rechnete dabei auf die Rankune des Kaisers, auf Beust's Mangel an deutschem Patriotismus, der ja vor einem Jahr ihn um Entsendung einer französischen Armee an den Rhein gebeten. Aber er rechnete dennoch falsch. Franz Joseph wie sein Reichskanzler lehnten jede aggressive Allianz gegen Deutschland ab, weil Oesterreich auf's tieffste des Friedens bedürftig sei, und die deutschen Provinzen ebenso laut gegen einen solchen Krieg protestiren würden als die Ungarn. Nur einen defensiven Krieg könne Oesterreich fortan führen, wenn es in seinen Lebensbedingungen bedroht würde, und eine solche Bedrohung liege in dem, was die panslavistische Politik „die Mission der Befreiung des europäischen Orients“ nenne. Wollte man also den Weltfrieden bewahren, so komme es darauf an, daß England, Frankreich und Oesterreich dieser agitatorischen Politik entgegenträten“ *).

Daß in Paris bald darauf das Hölzchen von der „Wiederherstellung Polens“ ausgeworfen wurde, war der stärkste Beweis dafür, wie sehr dieser Gedankengang dem französischen Imperator eingeleuchtet hatte. Von dem, freilich müßigen, Beifall den die Wendung von Seite Englands fand, konnte sich Baron Beust in London persönlich überzeugen. Zugleich schien aber die neue Basis auch eine französische Verständigung mit Preußen zuzulassen; und insoferne mögen die Versicherungen aus Paris und Wien, daß die Spitze der Salzburger Con-

*) Leipziger „Grenzboten“ vom 17. Januar 1868.

ferenzen nicht gegen Preußen gerichtet sei — sogar richtig gewesen seyn. In England wünscht man die Unterwerfung Süddeutschlands unter den preußischen Scepter, und wenn Oesterreich sich in seiner Existenz wirklich nur durch den Panславismus bedroht sieht, dann könnte man ja der Imperator in Wien nur dankbar seyn für den Versuch, jene Preußen — sei es auch auf Kosten des unabhängigen deutschen Südens — auf immer von Rußland zu trennen und die slavische Großmacht durch die dazwischen geschobene Barriere Polens von Mitteleuropa zurückzudrängen. Entschädigung für Oesterreich könnte sich überdieß an der unteren Donau finden. In der That möchte man fast glauben, daß diese neue Phase der eigentliche Kern hinter dem Nebel, der die widerstreitenden Aussprüche und Strebungen französische Minister und Minister-Candidaten seit dem 14. Sept. 1866 (dem Datum des Lavallette'schen Circulars) über die ganze Situation verbreitet haben, wirklich gewesen sei.

Jedenfalls ist Oesterreich inzwischen und im Geleite Frankreichs auf den alten Standpunkt der Metternich'schen Politik gegenüber der Türkei zurückgekehrt. Baron Beust hat durch seine mittelstaatlich-liberalen Velleitäten dem österreichischen Einfluß in der Türkei schwer geschadet und sich selber lächerlich gemacht*). Er mag jetzt eingesehen haben, daß sich leichter suffisante Bundesreform-Programme schreiben ließen als orientalische Politik. Die Integrität und Souveränität der Türkei gemäß den Verträgen, deren „Revisions“ er vor Kurzem empfohlen hatte, ist jetzt wieder das Palladium der Wiener Staatskanzlei. Baron Beust befürwortet die vollständige Ausführung der Reformen welche der Kaiser Humanum versprochen, aber von einer Unterstützung der autonomistischen Forderungen von Serbien und Montenegro,

*) S. darüber die lausischen Artikel des Omega-Correspondenten der Allg. Zeitung vom 14. Aug. 1867 und 22. Febr. 1868.

oder gar der Donaufürstenthümer, überhaupt von orientalischer Nationalitäten-Politik ist der österreichische Reichskanzler stille geworden. Frankreich als Vorkämpfer hält scharfe Wache über die Bewegung und die russischen Zettelleien in diesen Ländern, namentlich in der Richtung gegen Bulgarien, wo sich der Sammelherd der explosirenden Stoffe gebildet zu haben scheint.

Rußland hat indeß vorerst diplomatisch seinen divergirenden Standpunkt vollständig entwickelt. Es ist der ewige Reclam seiner zahlreichen und endlosen Noten, daß bei dem religiös-politischen Charakter des Türkenthums die von den Westmächten empfohlene Reform-Politik ganz und gar unausführbar sei. Die Pfortenregierung sei eben zu solchen „Reformen“ unfähig und darum habe sie auch von ihren zahlreichen Reformversprechen bis zur Stunde nichts gehalten. Alle diese Reformen hätten eine engere Centralisation nach abendländischem Muster zur Voraussetzung. Aber nicht eine größere Centralisation, sondern im Gegentheile die vollkommenste Decentralisation der Verwaltung in der Türkei müsse durchgeführt werden, um das Loos der Christen gründlich zu verbessern. Erst seit vierzig Jahren hätten die Türken versucht, sich die unterworfenen Nationalitäten zu assimiliren; sie hätten geglaubt der europäischen Civilisation zu huldigen, indem sie die Theorien der Absorption und Centralisation angenommen und so die christlichen Bevölkerungen ihrer provinziellen und communalen Autonomie beraubt, deren sie bis Anfang dieses Jahrhunderts mit befriedigendem Resultate genossen. Und gerade seitdem seien die inneren Zerrwürfnisse chronisch geworden. Also nicht die abendländische Staatsidee sondern das Princip der Ragenautonomie müsse als organisatorische Grundlage in allen Provinzen der europäischen Türkei wieder eingeführt werden. Nur unter dieser Bedingung sei der Bestand des osmanischen Reiches fortan möglich.

Alle diese Behauptungen Rußlands sind nun vollkommen begründet. Wir selber haben vor zwölf Jahren ganz die

gleichen Sätze über die türkische Reform-Politik versuchten und wir stehen heute noch auf demselben Standpunkt. Rußland hat vollkommen Recht, wenn es sagt, daß durch Reformen im abendländischen Sinne in der Türkei nicht geholfen werden könne, sondern auf diesem Wege die türkischen Zustände nur immer chaotischer werden würden. Der Fehler liegt darin, daß eben Rußland es ist welches diese Sprache führt. Für's Erste ist es schon fast empörend, wenn die ruchlosen Mörder Polens der Pfortenregierung wegen Unterdrückung der christlichen Stämme in der Türkei den Proceß machen wollen, und wenn der Minister einer Macht, der kein Mittel des religiösen Fanatismus und der blutgierigen Barbarei zu schlecht ist, um eine ganze Nation vom Erdboden zu vertilgen — wenn der Minister einer solchen Macht die den aufständischen Candioten zugesagte Amnestie als mangelhaft und nicht gehörig garantirt bemäkelt. Für's Zweite weiß natürlich Jedermann, was die „Decentralisation und Racenautonomie“ der Türkei im Munde Rußlands bedeutet; das angebliche Mittel den Bestand der Pforte zu sichern, wäre unter seiner Direction der bequemste Weg um die Auflösung der Türkei regelrecht zu betreiben. Europa merkt die Absicht und wird verstimmt.

Kurz vor der Gortschakoff'schen Depesche vom 27. August war der Czar nach der Krimm gereist und hatte zu Livadia die Aufwartung des türkischen Ministers Fuad empfangen. Der Czar benützte die Gelegenheit um persönliche Verhandlungen anzuknüpfen, welche eine — russisch-türkische Allianz bezielten in Voraussicht kommender Ereignisse. Er sei aus Princip conservativ, sagte der Czar, und der Sultan besitze an ihm einen durchaus uninteressirten Freund, dessen Politik stets nur den Zweck gehabt habe die Integrität des ottomanischen Reiches zu erhalten und die Interessen seiner christlichen Bevölkerung deren natürlicher Beschützer er sei, mit denen der ottomanischen Regierung in Einklang zu bringen. Der Czar forderte als Preis seiner Hand nur die

Abtretung, später gar bloß die Autonomie Candia's und einige Concessionen in Serbien und Bulgarien. Dafür sagte er der Pforte seinen Beistand zu, wenn „die Türkei ihre Neutralität erklären wollte in den Verwicklungen die etwa eintreten könnten, und wenn der Divan verspreche alle ob-
erwähnten Fragen direkt mit Rußland, unter Ausschluß der Mitwirkung jeder andern Macht zu reguliren“.

Auch dieser Modus zur Lösung der türkischen Schwierigkeit wäre an sich nicht zu verwerfen, ja er wäre längst der einzig richtige gewesen, wenn nur die anbietende Macht eine andere wäre als — Rußland. Mit Einem Wort: Oesterreich sollte es seyn. Aber ach! in Wien hat man seit zwanzig Jahren die orientalische Diplomatie verlernt, und jetzt wo deutsch-liberale Advokaten dem alten Reich die „stabile Kirchenpolitik“ wie einen abgetragenen Rock ausziehen, muß die Wiener Politik täglich unfähiger werden ihre Mission im Orient zu erfüllen. Im katholischen Charakter der Monarchie, in ihrem kirchlichen Gegensatz zum Russenthum beruhte der orientalische Glaube an Oesterreich. Das ist eine historische Thatsache, die noch im Jahre 1854 nachwirkte. Seitdem war man in Wien beflissen auch diesen Schatz noch zu vergeuden, und gerade dadurch gestaltet sich die Orientfrage um Vieles gefährlicher und rathloser als sie vor vierzehn Jahren war.

Sonderbare Verblendung! Mit ihrem Liberalismus will die herrschende Partei in Wien den deutschen Nachbarn imponiren und hier sich Sympathien erschmeicheln, obwohl der Kaiserstaat vertragsmäßig von Deutschland getrennt und ausgeschlossen ist. Mit demselben Liberalismus aber stößt sie alle Sympathien bei den Christenstämmen des Orients, also gerade in der Richtung von sich ab wo, nach des Baron Beust eigener Aussage, die Existenz-Bedingungen der Monarchie wurzeln. Wenn es wahr ist, daß der Fortschritt der panslavistischen Propaganda Rußlands Oesterreich mit dem Untergang bedroht, dann muß es auch wahr seyn, daß

die antikirchliche Bahn der Wiener Regierung nicht nur im Innern sondern auch nach außen direkt in's Verderben führt.

Wer diese wenigen Sätze genauer in's Auge faßt, der wird erkennen, daß dieses Oesterreich eben ein durchaus eigenartiges Reich ist und daß die Idee des „confessionslosen Staates“ nirgends von so furchtbar schwerer Bedeutung ist wie hier. Es war in der That ganz etwas Anderes als pfäffische Herrschsucht oder blöde Betbruderei was die „katholische Monarchie“ an der Donau gegründet und bis auf die Schwindelperiode Brucks und seiner Juden erhalten hat. Es war der politische Instinkt der Selbsterhaltung. Von einem Oesterreich das Rußland gegenüber „confessionslos“ an den Marken des Orients steht, wird die Geschichte nichts mehr zu erwarten haben. „Liberal“ werden, das kann man in St. Petersburg auch. Freilich hieße es zuviel verlangt, wenn man von den liberalen Advokaten und Wiener Juden ein Verständniß solcher Dinge erwarten wollte; aber sie werden einsehen was sie gethan haben, wenn es zu spät ist. Wer sich des Kreuzes entschlägt, der wird kein Glück haben im Orient.

XXXI.

Historische Betrachtungen über neues und altes Verfassungsleben.

I.

Während ich meine Tyroler „Wandereindrücke“ sammelte, um sie in diesen Blättern niederzulegen, hat sich nahe und fern so Wunderbares begeben, daß es Niemanden wohl zu verargen ist, wenn er kein müßiger Zuschauer bei den drohenden Ereignissen bleiben möchte, die ihre welterschütternden Wirkungen bis zu der letzten Hütte tragen dürften. Kaum hatte die Generalversammlung der katholischen Vereine in hoher Begeisterung zu Innsbruck getagt, so ging aus den Berathungen des österreichischen Episcopats jene denkwürdige Adresse hervor, die einen Wendepunkt der Zeiten feierlich verkündet.

Ich kann nicht umhin mit einigen Worten darauf zurückzukommen. Die katholische Kirche lehrt damit entschiedener als je auch in Oesterreich zu den seit hundert und mehr Jahren dort vielfach verleugneten Principien und Traditionen ihres geistigen Lebens zurück. Die Wichtigkeit und Bedeutung dieses Schrittes bezeichnet schon das erneuerte Wuthgeschrei aller Feinde des Christenthums, welches die Adresse hervorgerufen hat.

Die Ankündigung des bevorstehenden und wohl längst erwogenen Aktes lag bereits in den kräftig männlichen

Worten, welche der Fürst-Bischof von Brixen am 9. September von der Tribüne der Generalversammlung sprach: „Ich muß es im Schmerz meiner Seele gestehen, Niemanden thut jetzt die Weckung katholischer Gesinnung, katholischer Begeisterung mehr noth als uns Oesterreichern. Denn warum ist unser liebes Oesterreich heutzutage, zum Schmerz der guten Katholiken aller Länder von Sonnenaufgang bis zum Sonnenuntergang, in so großer Verwirrung? Gestehen wir es offen, Oesterreich ist darum in so großer Verwirrung, weil es an sich selbst, an seinem katholischen Berufe irre geworden ist.“

Der bischöflichen Kollektivadresse wurde in der bisher üblichen, aber nicht constitutionellen Form eines kaiserlichen Handbilletts die Antwort ertheilt, der Kaiser sei bereit als constitutioneller Regent die ausstehenden Pflichten zu erfüllen, und mahne die Bischöfe mit Ernst dieser seiner Pflicht auch eingedenk zu seyn. Die weiter beigefügten tröstlichen Versicherungen, die Kirche werde allezeit geschützt und gesichert werden, sind, so aufrichtig gewiß in dem kaiserlichen Munde auch gemeint, wohl nur als ministerielle Aus schmückung zu betrachten. Der stärkste fürstliche Wille vermöchte nach den Erfahrungen aller Länder nicht, eine Zusage der Art in Wahrheit zu erfüllen. In der kaiserlichen Erwiderung liegt vielmehr der principielle Bruch mit allen staatlichen Traditionen Oesterreichs, wie sie z. B. das Oktober-Patent von 1860 noch anerkannte. Deshalb erscheint ihre Tragweite auch so groß. Oesterreich tritt damit in die Reihe jener Staaten ein, welche seit bald 80 Jahren den reinen französisch-constitutionellen Parlamentarismus, im Gegensatz zu den einheimisch deutschen, von den Regierungen selbst vernichteten Stände-Verfassungen, ergriffen haben.

Der Verlauf der Geschichte gestattet heute schon ein Urtheil über deren gegenseitigen Werth. Es scheint mir aber dringend geboten, daß nach und nach alle Irrthümer aufgeklärt werden, welche noch so allgemein über die wichtigsten hier einschlagenden Fragen verbreitet sind.

Nicht England, wie Viele in ihrer Bewunderung für den Constitutionalismus wähnen, sondern Frankreich, oder eigentlich die unter dem Schutze der Bourbonen großgezogene Bege, ist sein Mutterland. Diese ertheilte nach dem Muster ihrer eigenen innern Einrichtung der Constitution von 1791 die Schablone. Alle constitutionellen Schöpfungen die in Frankreich folgten und in andern Ländern Nachahmung fanden, trugen wesentlich das gleiche Gepräge, wenn sie in manchen Formen auch auseinander gingen. Der eigentliche Kern des Systemes liegt aber überall darin, kein anderes Recht und kein anderes Gesetz anzuerkennen und zu achten als das von den jeweiligen Trägern der Gewalt willkürlich und wandelbar den Völkern auferlegte eigene Recht und eigene Gesetz. Diesem Streben unterlag der bisher geheime, nunmehr aber nicht länger verhehlte tiefe Haß gegen jedes objektive Gesetz, gegen geschichtliches und Vertrags-Recht, gegen den positiv-christlichen Glauben und dessen Lebensäußerungen.

Um diesem seinem Willen Geltung zu verschaffen, überträgt das reinconstitutionelle Princip alle Rechte eines Volkes auf die Mehrheit eines gewählten parlamentarischen Körpers, und zieht der Ausübung einer so gewaltigen Macht, die über alle Kräfte eines Landes zu verfügen hat, keine andere Grenze, als eben das Wollen und Können dieser Mehrheit. In Frankreich, von wo die parlamentarische Mode wie manche andere ihren Ausgangspunkt nach allen andern Ländern gefunden hatte, verschlang eine neue Verfassung immer die andere unter Strömen vergossenen Blutes wieder, bis endlich alle in dem napoleonischen Despotismus wiederholt aufgingen. Wir wollen hier der mannigfaltigen Nachahmungsversuche, welche die Sache namentlich in den deutschen Mittel- und Kleinstaaten fand, nicht gedenken, sondern nur im Vorübergehen auf Preußen hinweisen, wo man nach dem verunglückten „vereinigten Landtag“ von 1847 in die constitutionelle Bahn durch die Revolution der nachfolgenden Jahre getrieben wurde. Wie

müdete sich ein Ministerium um das andere, unter unlenzbar begabten Männern, eine neue Aera um die andere, gegen eine in Worten mächtige Kammermehrheit vergeblich ab, welcher zudem die „öffentliche Meinung“ in und außerhalb des Landes zur Seite stand! Da entschied ein im Geheimen längst vorbereiteter obwohl höchst inconstitutioneller Waffentanz zu Gunsten eines thatenmächtigen Ministers. Wenn dieser das constitutionelle Werkzeug nach dem Siege nicht zerbrach, und sogar mit einem gewissen koketten Aufpuß musterte, so erinnert dieß an die Triumphzüge der alten Imperatoren, die es auch liebten gefangene Könige, aber wirkliche, als Trophäen mitzuschleppen *).

Oesterreich verschreibt sich aber nicht nach einem Siege, sondern nach einer, und welcher! Niederlage einem sogar doppelten parlamentarischen Regimente! Möchten die Besiegten hier nicht einem schlimmern Loos noch als dort verfallen!

Kurz nach der kaiserlichen Rundgebung ertönten andere Mahnrufe im Süden wie im Norden an die Völker. Rom, noch das einzige und letzte Bollwerk des Rechts, der Völkerfreiheit und der Gesittung auf Erden, sah sich plötzlich von vandalischen Schaaren ringsum bedroht, eben weil es die letzte Stätte für Recht und Sitte ist. Deßhalb fehlte auch

*) Von seinem Standpunkte aus hatte Cassalle vollkommen recht, wenn er nicht das Blatt Papier, sondern die realen Machtverhältnisse in allen Verfassungsfragen für entscheidend hält; wenn ihm Verfassungskämpfe für Formentram und Schwindeleien galten, so lange der Fürst über die Armee und die Finanzen gebietet. Der ächte Constitutionalismus beginnt für ihn erst dann, wenn einer Regierung mit Erfolg die Geldmittel versagt werden können. Dieß thaten die früheren Landstände, wie oft und überall, und schützten damit die Rechte und Freiheiten der Völker ohne Gewaltthat, gegen unbillige Angriffe. Heute würde ein solcher Schritt nur zur Revolution, d. h. zur vielleicht blutigen Herrschaft einer siegreichen Partei im Volke, nicht zur Freiheit des Volkes führen.

den Räubern die moralische und materielle Hülfe der Gesinnungsgenossen aller Länder, selbst von Fürsten und Männern in höchsten Staatsämtern nicht. Mit dem fremden Geld drangen Bestechung und Verrath in die Mauern der heiligen Stadt: teuflische Ränke sprengten gegen solchen Frevel wehrlose muthige Krieger in die Lüste; nicht offener Aufruhr noch geheimer Mordhelmord, kein schlechtes Mittel blieb unversucht. Rom fiel dennoch nicht. Der Sieg, wohl mit tapfern Männern aber nicht durch sie allein erfochten, setzte den namenlosen Scheußlichkeiten vorläufig Schranken, deren eigentlicher Ausdruck ein fanatischer Haß gegen den Namen Christi war.

Raum hatte der Thronerbe Englands, wie gemeldet wurde, seine sympathischen Gefühle in einem Goldgeschenke an Garibaldi bethätigt, so traten innerhalb des hochpulsirenden Herzens von Altengland, in London selbst jene infernalen Erscheinungen auch zu Tage, nach welchen der geheimnißvolle Mord und die rücksichtslose Vernichtung des Eigenthums an Tausenden von verruchter Hand um verruchter Zwecke willen ungestraft verübt werden kann und muß, weil ein tiefes Schweigen die schauerliche That umhüllt. In den weitgedehnten Grenzen des modernen norddeutschen Einheitsstaates hatte sich auch insgeheim ein anderer entsetzlicher Feind eingenistet: Elend und Noth. Noch läßt sich nicht ermessen, wie weit der Hungertyphus um sich greifen werde, noch viel weniger, mit welchen Mitteln ihm Halt zu gebieten sei.

Dieser Sachlage gegenüber zeigt der deutsche Süden eine eigenthümliche Erscheinung. Eine gewaltige Hast und Ungebuld drängt die Regierungen, so wie die Mehrheit der officiellen Landesvertretungen, nach diesem Elende und dieser Noth voll Sehnsucht die Arme auszustrecken, als ob die Südstaaten sie nicht schleunigst genug theilen könnten. Als Bürgschaft dessen schöpfen sie einstweilen mit beiden Händen aus den Taschen der so Vertretenen und senden reiche Tribute dem Norden zu. Die Völker erheben zwar so gut

sie es vermögen, in seltenem Einklang, lauten Widerspruch gegen solche unnatürliche Bergewaltigung. Umsonst! die Häupter der constitutionellen Organe welche die Völker officiell vertreten, versprechen sich etwa davon — goldene Berge. Dieß genügt. Der Mündel hat im Rathe seiner Pfleger keine Stimme.

Ein Lichtblick erleuchtet indessen das düstere Zeitgemälde. Die nach menschlicher Anschauung verzweifelte Lage des gemeinschaftlichen Vaters der Christenheit hatte dem französischen Episcopate, voran dem genialen Dupanloup zündende Worte eingeflößt. Das Unerwartete trat ein: Senat und Deputirte erhoben sich in Frankreich mit einer überaus großen Mehrheit und zwangen der schwankenden Haltung des kaiserlichen Regiments noch in der letzten Stunde die energische Beschützung des heiligen Stuhles ab. Wir heben nur die außerordentliche Thatsache hervor und untersuchen nicht, wie viel davon auf Rechnung jener religiösen Empfindungen kommt welche in Frankreich nie ganz erstorben sind, oder nur die Folge der in ihrem tiefsten Grunde verletzten nationalen Eitelkeit des Volkes war. Sicher mußte es dieser Doppelrichtung der Gemüther zugeschrieben werden, daß die französische Regierung gegen Plan und Neigung Hand an die Zerstörung des eigenen Werkes zu legen, sich veranlaßt sah. Das leuchtende Beispiel Frankreichs war gegeben: Spanien, England, Holland, Belgien, endlich sogar Deutschland folgten und gaben dem Gefühle tiefster Empörung über ein solches Uebermaß von Heuchelei und Niederträchtigkeit, wie es in Rom die ganze katholische Welt erduldet, einen mächtigen Ausdruck. Wenn die Mehrheit der Katholiken ein klares Bewußtseyn von der Doppelkraft hätte welche in der Wahrheit des Glaubens, gepaart mit einem lebendig warmen Anschluß an denselben und dessen Trägerin, die Kirche liegt, so müßte die erfreuliche Bewegung welche sich seit den letzten Tagen kundgibt, von einem erstaunlichen Erfolge für sie begleitet seyn.

Ein entschiedener Widerstand gegen ein ernstgewolltes Zusammengehen der katholischen Völker, um ihr gutes Recht zurückzufordern, wäre auf die Dauer kaum mehr denkbar. Wer sollte langen Widerstand auch leisten können?

Große und vollends kleinere, dem Namen nach monarchische Regierungen wie sogenannte Republiken sind, wenn auch im Besitze materieller Gewalt, häufig nur noch die fügsamen Werkzeuge der sie und die Völker faktisch beherrschenden Parteien. Diese selbst aber, deren Stammsitze die geheimen Bogen und offene Werkstätten die zweiten Kammern sind, gehen sichtlich unter der Wucht der Thatfachen die sich nicht mehr ignoriren lassen, ihrer Auflösung entgegen. Der gesunde Menschenverstand lehnt sich allmählig gegen den Widerspruch auf, der zwischen ihren Worten und ihren Thaten liegt.

Der moderne Constitutionalismus hatte im Bunde mit dem Industrialismus den Schwerpunkt der Regierungen auf den „dritten“ Stand (*tiers état*) und dessen bewegliches Capital übergetragen. Die bisher, wie in England zum Theil noch herrschende Aristokratie sah sich von dem lebendigen Verkehre mit dem Volke plötzlich abgeschnitten, mußte entweder selbst zum Bourgeois werden, oder ward zum trägen Nichtsthun, häufig auch zur unwürdigen Verschleuderung des Ueberkommenen verlockt. Auf den politischen Schlachtfeldern der Herrnhäuser in Wien und Berlin mußte also die historische Aristokratie als solche, so ehrenwerth die Haltung vieler Einzelner auch seyn mochte, unwiderruflich ihre Niederlage erleben. Sie wird ihre Erneuerung nur in dem Geiste und auf dem Boden der Kirche, so wie in der Vertheidigung aller wahren Volksfreiheiten finden. Das Gleiche gilt von dem höhern und dem niedern Land-Adel in den kleinern deutschen Staaten in noch größerem Maße, besonders wo letzterer seine Stelle in den sogenannten ersten Kammern hat, welche längst jeder Lebensfähigkeit entbehren.

Die mißbrauchte auf das souveräne Capital gestützte

Gewalt der Mittelclassen wird aber mit jener der bisher herrschenden Parteien zerfallen. Schon erhebt sich dräuend ein vierter Stand und zwischen ihm und jenem dritten liegt ein gähnender Abgrund.

Das Volk im Ganzen, vereinzelt und verlassen, rath- und schutzlos, im Schlepptau der Parteien, mit Opfern aller Art belastet, irrt wie eine zerstreute Heerde unstät umher. Woher soll ihm wirkliche Hülfe kommen? Was steht noch aufrecht? Was hat Aussicht auf Bestand? Die Kirche allein, gegründet auf ihren zwar tief erschütterten, aber nach der Verheißung unvertilgbaren Organismus. Die örtlichen Wächter dieser Kirche erkennen heute so allgemein wie zu keiner Zeit, daß sich fester Fuß nur da fassen lasse, wo der ewige Fels Petri mit der göttlichen Bürgschaft seiner Dauer steht. Es kann daher nicht wohl fehlen, daß der nur eingeschlummerte treue Glaubenssinn der Völker wieder da erwacht, wo man versteht denselben mit den geeigneten Mitteln zu erwecken und wecken darf. Die Völker werden sich alsdann um jene Macht in Massen schaaren, welche allein mächtig ist, weil sie der menschlichen Gesellschaft den Schutz der Wahrhaftigkeit und der Gewissenhaftigkeit bietet — die Kirche, die allein noch auf sittlicher Grundlage ruht.

Jenen Schutz hatten nahezu alle Staaten ihren Völkern zugleich mit der gesellschaftlichen Grundlage ihrer natürlichen Verbände entzogen, und dabei verkannt, daß Gesittung und sociale Gliederung die Vorbedingungen für den Bestand der menschlichen Gesellschaft überhaupt sind. Die Staaten und die Völker sehen sich heute gleichsam in die Luft gestellt, jeden Augenblick gewärtig das Kunstgebäude in Trümmer verfallen zu sehen, weil man nur nach oben zu bauen versuchte, und dem Gebäude ein ursprünglich gesundes Fundament entzogen worden war. Ein neuer, alle Schichten der Gesellschaft auf der Grundlage realer selbsteigener Rechte umfassender Organismus kann erst den nach Wahrheit und Ruhe sich sehnenenden Völkern jene höhere Einigung wieder

geben, welche ohne positiv sittliche Grundlage nicht denkbar ist. Die selbstsüchtige Lüge kann diese Einigung, den endlichen Frieden nicht gewähren. Denn in dem Princip der Lüge liegt an und für sich schon jene Spaltung in Parteien, die überall nur Trennung schafft, die stets nach Waffen, Krieg und materieller Unterdrückung ruft, und die Menschheit damit nur in die Bande allgemeiner Knechtschaft treibt.

Glückliches Tyrol! das du seit Jahrhunderten den Irrthum, so viel an dir lag, von dir ferne hieltest, und so müthig eingestanden bist für katholische Wahrheit! Wie der Vorbeerer, so hast du dich auch der ersten Früchte des einstigen Sieges vor Allen werth gemacht! Möchtest du, um mit den Worten eines deiner edlen Söhne, des Grafen Clemens Brandis zu reden, fort und fort unverrückt jenen „archimedischen Punkt außerhalb der Glaubenswirren“ bilden, der unser ganzes deutsches Vaterland der Einigung entgegenführe! Welches kostbare Unterpfand hiefür liegt in dem Worte des heil. Vaters, welcher dich als das Einzige bezeichnet hat, „das sich als Volk seines katholischen Glaubens nicht nur rühmt, sondern auch öffentlich dafür einsteht.“

Wäre das immer wiederholte Verlangen nach Einigung von den Gegnern aufrichtig gemeint, so müßten sie dieselbe freudig dort begrüßen, wo sie sich im Allgemeinen findet, also im Lande Tyrol. Obgleich unfähig trotz aller Mittel der Gewalt irgendwo Einheit zu schaffen, feinden sie dieselbe nur um so heftiger dort an wo seit Jahrhunderten, und nur in ihr, die Kraft eines deutschen Heldenstammes ruht. Unparteiische werden hierin keine Spur von Consequenz, wohl aber das Merkmal der Parteytyrannei erkennen.

Die Ausichten auf Einigung im Glauben und damit glückliche Umgestaltung aller Dinge liegen allerdings, dem Anschein nach, in weiter Ferne. Um so mehr muß also an Alle die es ehrlich meinen, die Mahnung ergehen, nach Kräften bei einem großen gemeinschaftlichen Ziele mitzuwirken. Zu diesem Zwecke werden vor Allem wohl die

Grundursachen stets im Auge gehalten werden sollen, aus welchen unsere socialen Nöthen entstanden sind, ehe man deren Heilung versuchen kann. Der erste Grund des Uebels liegt in dem thatsächlichen unermesslichen Abfall von der geoffenbarten Wahrheit oder in kalter Gleichgültigkeit gegen sie, was die Einen mit Haß erfüllt, Andere erschläfft und ihre Thatkraft lähmt. Hierin wurzelt aber gerade der Sieg der Lüge welche die natürliche Bekämpferin der Wahrheit ist. Diesen Abfall bezeichnet der sich durch die ganze Weltgeschichte verbreitende Lockungsruf: „ihr werdet seyn wie Gott“, welchem menschlicher Hochmuth ohne den Schild des göttlichen Gesetzes nicht widersteht.

Sobald jene objektive Wahrheit, auf deren Grund der Aufbau aller christlichen Staaten sich erhoben hatte, keine allgemeine Anerkennung, am wenigsten bei den Trägern der Gewalt mehr findet, so wird allmählig auch jeder Unterschied zwischen dem sittlich Guten und dessen Gegensatz dem Bösen verschwinden. Recht wird alsdann was dem Mächtigen, wer es sei, beliebt, Unrecht was ihm mißfällt, mag er sein Thun und Lassen in noch so schöne Worte hüllen. Volle Wahrheit allein befriedigt am Ende das menschliche Herz, nicht deren Schein, am wenigsten die als solche einmal erkannte leere Phrase. Die unter den Völkern sich immer mehr verbreitende Unzufriedenheit, als eine Frucht der Unfreiheit und Zügellosigkeit zugleich, welche abwechselnd die menschlichen Verhältnisse beinahe allenthalben beherrschen, gibt sich als ein weiteres Uebel unserer Zeit kund.

Diese Thatsachen sind von Jedermann erkannt und empfunden; man muß denselben aber in den Büchern der Geschichte folgen, um den Wendepunkt zu entdecken von welchem die Veränderungen in der Anschauungsweise und den Geschieden der Nationen ausgelaufen sind. Dieser Wendepunkt findet sich in dem Momente sehr scharf ausgeprägt, wo die Territorialgewalt weltlicher Fürsten und Obrigkeiten grundsätzlich die geistige Macht der Kirche an sich gerissen hat, um

sie zu ihren Zwecken zu mißbrauchen. Damit wurden die Völker gewaltjam von der in der Idee der Erlösung gründenden katholischen Einheit getrennt, und von den hierin unter sich einigen Territorialgebietsen in der Trennung festgehalten.

Die Rückwirkung einer so gewaltthätigen Losreißung von dem Mittelpunkte des einheitlichen Glaubensbandes auf die sittliche und leibliche Freiheit der Völker konnte nicht ausbleiben. Man hatte sie nicht nur angeblich von dem päpstlichen Joch, sondern mittelst des Geschenkes der sogenannten freien Forschung auch von dem des eigenen Gewissens befreit, warf aber auf den schutzlosen Nacken der Unterthanen sofort ein weit drückenderes, von einer und derselben Hand auferlegtes Joch für Leib und Seele. Diese Thatsache steht so fest, nachdem die Zeugnisse der Geschichte sich dafür täglich mehren und ihre Fälschungen sich enthüllen, daß jede weitere Erörterung, geschweige Beanstandung ausgeschlossen bleibt.

Eine andere, nicht minder traurige historische Thatsache schließt sich der obigen mit gleicher Sicherheit an, obgleich dieselbe häufig bisher weniger beachtet wurde.

Aus der usurpirten Gewalt der Fürsten über den religiösen Glauben und das Gewissen ihrer Unterthanen ergab sich vorerst für sie ein Uebermaß von materieller Macht. Sie begannen mit der sogenannten Säkularisirung des Kirchengutes mit Ausnahme einzelner Hochstifter, die sie bestehen ließen, um den niedern Adel zu gewinnen, dessen erbliche Beute die reichen Pfründen seit dem Verfall der kanonischen Gesetze und der Kirchendisziplin geworden waren. Kürzlich erhob sich über dieses als Anomalie theilweise in Preußen noch bestehende Verhältniß in dem Abgeordnetenhanse eine erweiternde Scene.

Hierauf griffen die Territorialherren immer weiter in die Freiheiten der Völker ein; die Leibeigenschaft, welche im Wesen heute noch theilweise in norddeutschen Ländern fort-dauert, ließen sie ohnehin bestehen. Der freie Unterthan,

wohl zum Heerbann überall verpflichtet, so weit es die Vertheidigung der eigenen Grenzen galt, mußte aber nunmehr unter dem Schein der Vertheidigung sich auch zum Angriff rüsten. Abgaben aus bestimmten, meist privatrechtlichen Verhältnissen bestanden zwar, und manchmal über Gebühr. Im Allgemeinen war aber das „freie“ Volk auch steuerfrei oder leistete sein *donum gratuitum* an den Landesherrn bei bestimmten Anlässen durch das Organ seiner Landstände, welche aus den trostlosen Zuständen des Faustrechts im Laufe des 15. und 16. Jahrhunderts sich beinahe in allen deutschen Ländern mit mehr oder weniger Freiheiten ausgebildet hatten.

Von den Tagen der sogenannten Reformation an trat überall das Streben bestimmter hervor, sich der stets unbecquemer werdenden Landstände zu entledigen. Besonders waren größere Reichsstände bemüht ihre Hausmacht auf Kosten schwächerer Nachbarn zu erweitern. Das kostete aber Geld und Söldner; somit wurde auch das Ansinnen an die Steuerkraft der Länder immer dringender, weil beides nur bis dahin durch die Landstände zu erlangen war. Hieraus entwickelten sich die langjährigen, oft mit so großer Energie und Zähigkeit geführten Kämpfe der Landstände gegen die Eingriffe ihrer Territorialherrscher nicht in ein Abstraktum eines allgemeinen Volksrechts das nicht vorhanden war, sondern in die sehr realen verbrieften und beschworenen Freiheiten ihrer Unterthanen *). In vielen Geschichtsbüchern wird dieser gesetzliche, oft auch erfolgreiche Widerstand kaum beachtet, noch viel weniger gewürdigt. Es lag aber jedenfalls darin ein

*) Vergl. u. A. die treffenden Bemerkungen in „Tilly“ von Otto Kloppe (Stuttgart 1861) über den Widerstand welchen die Stände von Brandenburg, Preußen, Braunschweig, Hessen-Cassel und Darmstadt, Mecklenburg, Ostfriesland, Pommern u. s. w. gegen die selbstsüchtigen Ansprüche ihrer Landesfürsten geleistet haben. I. Bd. S. 182 f. 248, 253, 295, 320, 327, 329, 362, 382, 419. II. 185, 305, 317, 322, 362 ff.

merkwürdiges Zeugniß dafür, daß damals jene heute so oft beanspruchte Selbstverwaltung im Volke allerdings bestanden hat, und erst dann zum Falle kam, als mit der Gewissensfreiheit allmählig auch geheiligte Vertragsrechte und Verfassungsinstitute untergingen. Es sollte Niemand mehr zu dem Gewissen der Mächtigen sprechen dürfen: „Es ist dir nicht erlaubt.“

Der Kampf mancher Reichsstände gegen ihre Landstände ging mit dem Kampfe gegen den Kaiser, den „Schirmer“ eines jeden Rechts im Reiche Hand in Hand. Die Fürsten standen aber zu dem Zwecke ihrer Auslehnung gegen Kaiser und Reich nicht nur untereinander, sondern auch mit Deutschlands Feinden im Bunde. Also konnten die Landstände, in Verfolgung ihres guten Rechts, auf keinen nachhaltigen Schutz von außen rechnen; sie waren auf sich selbst und die oft der Verzweiflung preisgegebene, durch Kriege, Elend, Noth niedergedrückte Bevölkerung hingewiesen, unter welcher der Tod, namentlich während des unseligen 30jährigen Krieges fürchterbare Ernten hielt.

Unterdessen wurde an den fürstlichen Höfen in Leppigkeit geschwelgt, und an Günstlinge der Raub an der Kirche und den Völkern verschleudert. Um den letzten Widerstand der Landstände zu brechen, wurde endlich ein durchgreifendes Mittel erdacht. Man ernannte fürstliche Beamte zu Vorsitzenden der Landtage und beschränkte die Zahl der Landtagsmitglieder auf Ausschüsse, die man leichter zu gewinnen hoffte und deren Reihen man zudem mit Beamten zu füllen versuchte. Die Bureaukraten jener Zeit — nur der Name ist modern, die Sache alt — rissen alle wesentlichen Entscheidungen an sich und überließen den Landtagsausschüssen nur das Odium des Vollzugs der befohlenen Beschlüsse die nicht von ihnen ausgegangen waren, die Verkündung, Vertheilung, Beitreibung von Steuern u. s. w. Die Landstände wurden so widerstandslose Diener der fürstlichen Beamten. Dadurch sank ihr Ansehen und das Vertrauen bei dem Volke,

welches in ihnen früher die opferwilligen Beschützer seiner Rechte und Freiheiten erblickt hatte. Das Institut der Landstände mußte als überflüssig von selbst ersterben, hat aber so wenig als viele edle und muthige Männer, welche zu verschiedenen Zeiten dessen ehrenvolle Träger waren, den Hohn verdient den eine unhistorische Richtung in spätern Tagen darauf geschleudert hat.

Ein weiteres Bollwerk für die Freiheiten der Völker war die bis dahin ihrerseits freie Wissenschaft. Auch dieses Bollwerk mußte fallen und zu einem blind ergebenen Werkzeug der Staatsbeamtung herabgewürdigt werden. Universitäten, gelehrte Schulen u. s. w. waren bisher beinahe ausschließlich Anstalten der Kirche gewesen, aus deren Vermögen und mit ihrer Guttheißung weltliche Fürsten sie manchmal gestiftet hatten. Mit dem Ausbruche der sogenannten Reformation gingen die Universitäten Heidelberg, Erfurt, Leipzig, Rostock, Greifswalde, Basel, Tübingen, Wittenberg, Frankfurt a. d. O. theils zeitweise theils für immer an den Protestantismus über. Man darf nicht glauben, daß es ohne Widerstand geschah. „Zur Ehre der damaligen Universitäten muß es gesagt werden, sie hatten trotz der humanistischen Verquickung doch noch so vielen wissenschaftlichen Ernst und corporative Ehrenhaftigkeit, daß die abgefallenen unter ihnen keineswegs von freien Stücken, sondern nur durch demagogische Wühlerei an ihrem eigenen Herde oder durch die starke Hand des Landesherrn der Reformation gehuldigt haben“ *).

Zu Obigen kamen im 16. Jahrhunderte unter Nachsuchung kaiserlicher (!) Privilegien die weitem Universitäten: Marburg, Straßburg, Königsberg, Jena, Altdorf, Helmstatt, Herborn; im 17. Jahrhundert, ohne Privilegien: Gießen, Rinteln, Duisburg, Kiel, Riegen, Halle; im 18. Jahrhunderte: Cassel, Göttingen, Bülow und Berlin. Von diesen

*) Vergl. Freiburger Kirchenlexikon 11. Bb. S. 444. Art.: Universitäten v. Häusle.

Universitäten sind manche eingegangen; die Gesamtzahl der rein protestantischen Universitäten beträgt heute 14.

Auf allen diesen Hochschulen herrschte im Widerspruche mit dem angeblichen Princip des Protestantismus und seiner verkündeten „freien Forschung“ eine strenge Exklusivität, welche die katholische Lehre und Jeden traf der es auch nur hätte versuchen wollen, andern als dem weltlichen Regimente und den dasselbe beherrschenden Hoftheologen zusagenden religiösen oder kirchlichen Ansichten irgend wie Eingang zu verschaffen. Es galt und gilt heute noch als protestantisches Axiom: was dort „Wissenschaft“ genannt wird, sei ein für allemal unverträglich mit jeder andern Wissenschaft, die unabhängig von dem Diktat der Staatsgewalt ihrerseits „frei zu forschen“ wage*).

*) Diese 14 protestantischen Universitäten sind: Heidelberg (galt bisher für paritätisch, weil Karl Friedrich der Schule diese Eigenschaft verlieh und einige allerdings ausgezeichnete katholische Gelehrte bisher noch daselbst wirkten, was nach den Berufungen der letzten Jahre künftig anders werden könnte); Leipzig, Rostock, Greifswalde, Tübingen (der Umstand daß die katholisch-theologische Fakultät von Ellwangen dahin verlegt wurde, hat keine wesentliche Veränderung herbeigeführt), Marburg, Königsberg, Jena, Gießen, Kiel, Halle, Göttingen und Berlin. Noch im J. 1867 wurden jüngere Gelehrte an einigen dieser Hochschulen als Docenten aus dem Grunde zurückgewiesen, weil sie einen katholischen Tauffchein trugen. Welcher Unverstand oder welche Stirne vielmehr gehört also dazu, Tyrol das Aufgeben seiner Glaubenseinheit anzufinnen! Die Katholiken haben hingegen alle ihre eigenthümlichen Universitäten: Paderborn, Salzburg, Bamberg, Trier, Köln, Dillingen, Mainz mit ihrem Vermögen eingebüßt. Münster kann es, aller Anstrengungen ungeachtet, nicht dahin bringen mehr als eine Akademie zu seyn. Ebenso sind Olmütz, Graz und Innsbruck nur im Besitze einzelner Fakultäten. Wie es mit den „paritätischen“ Universitäten Bonn und Breslau u. s. w. aussieht, darüber gibt die „Denkschrift“ (Freiburg bei Herder 1862) Aufschluß.

Für katholische Universitäten gelten in Deutschland: Prag, Wien, Freiburg, München, Würzburg. Vergl. hierüber nebst andern

Von diesen hohen Schulen gingen die fürstlichen Beamten und alle Gebildeten in die Kreise des öffentlichen Lebens über und verbreiteten überall ihre gleichartigen Anschauungen und Strebungen, wie sie selbst gelehrt worden waren. Die Regierungen bemächtigten sich folgerichtig auch der gelehrten Mittelschulen und der Volksschulen und umspannten die künftigen Geschlechter mit einem so festen Netze von Vorurtheilen und entstellten Begriffen, daß es vielleicht nur den außerordentlichen Ereignissen, welchen wir entgegengehen, vorbehalten ist den so lange andauernden Wahn endlich zu zerstören.

Im Besitze der unbedingten Herrschaft über alle geistigen und materiellen Schätze der Völker, der ganzen Lehre welche sie beliebig festsetzen und abändern konnten, war die Gewalt der Regierungen anscheinend unbeschränkt. Nach innen wurde sie den Völkern dadurch erträglich zu machen gesucht, daß man dieselben der Bande jeder sittlichen Zucht, insofern sie sich nur nicht unmittelbar gegen die staatliche Gewalt selbst lehrten, was man jederzeit verhindern zu können glaubte, möglichst entledigte. Von dem wüsten Treiben des niedern Volkes bis hinauf zu den Hochschulen und fürstlichen Orgien, die sich erst später mit der feinern Liederlichkeit der französischen Hoffitten verbanden, gibt es zahllose Zeugen, Luther selbst in erster Reihe.

Nach außen sperrte man die katholische Wahrheit sorgfältig ab, täuschte aber die einheimischen Bevölkerungen mit

hier einschlagenden Schriften desselben Verfassers: Rechtfertigung des Anspruchs Tyrols auf seine Glaubenseinheit von Dr. J. J. Buss. Innsbruck 1863. Sodann: „Darf die Wiener Hochschule paritätisch werden?“ Von Dr. J. M. Hausle. Wien 1864. Endlich: Die Universität Freiburg von Dr. Schleyer. Schaffhausen 1854. Von 1840 — 1852 waren an die Universität Freiburg 11 protestantische und 7 katholisch getaufte Professoren berufen worden, von welchen 4 in gemischten Ehen mit theilweise protestantischer Kindererziehung vor ihrer Berufung lebten. Heute kann Freiburg so gut als eine norddeutsche Hochschule für rein protestantisch gelten.

gehässigen und lächerlichen Fabeln über die Kirche, wodurch es gelang nicht nur eine tiefe Verachtung, sondern auch einen glühenden Haß gegen die alte Religion und ihre Institutionen in den Gemüthern auf alle nachfolgenden Geschlechter zu vererben. Dadurch wurde aber die Glaubensstrennung gleichsam permanent und selbst die Hoffnung auf Wiedervereinigung der getrennten Theile mußte illusorisch scheinen, nachdem so viele Interessen zu deren Verhinderung sich verbanden.

Die Reformation hatte hierin einen von den anderen weltlichen Gewalten, welche die kirchliche Autorität zu verschiedenen Zeiten auch angefeindet haben, durchaus abweichenden Weg eingeschlagen. Die byzantinischen, fränkischen, schwäbischen Kaiser suchten nicht die geistliche Gewalt im eigenen Namen auszuüben; ihr Streben ging nur dahin, die höchsten Träger der Kirchengewalt ihren eigenen Interessen dienstbar zu machen. Auf diese Weise verfiel der Orient mit Connivenz seiner Patriarchen zwar dem Schisma, aber nicht sogleich gänzlicher Entchristlichung der Massen. Philipp der Schöne von Frankreich benützte das byzantinische Gelüste und tolle Anstürmen der Hohenstaufen gegen die päpstliche Macht und förderte zum unermesslichen Nachtheil Deutschlands und der Kaiservürde das Exil des Papstthums nach Avignon. Der entscheidende, nach allen Mißgeschicken und Revolutionen immer wiederkehrende Einfluß Frankreichs auf die Geschichte der Welt nahm seinen Ausgangspunkt von den ungeligen Kämpfen zwischen den höchsten Vertretern der geistlichen und weltlichen Macht auf Erden, dem Papste und den römischen Kaisern deutscher Nation. Alle Angriffe, auch der französischen Könige, galten aber nicht einem Abfalle von der Einheit der Kirche, sondern nur der Beihülfe der letztern zur Unterdrückung aller Freiheiten des Landes, eine Verführung welche in den gallikanischen Artikeln gleichsam ihre Besiegung fand und mit Strömen Blutes in der französischen Revolution geköhnt werden mußte.

Der aus der Reformation für die Unterthanen erwachsene

Druck führte aber auch in den katholisch gebliebenen Ländern Gefahren und Wirkungen herbei, deren letzten Gründe mit der Geschichte häufig verfälscht worden sind. In dem Grade als die protestantischen Fürsten, ohne besondere Anstrengungen, immer größern materiellen Gewinn aus ihren „Reformen“ zogen, trat auch an die katholischen Fürsten die Versuchung heran dem gegebenen Beispiele wenigstens in mäßiger Ausdehnung zu folgen.

Unter den oben geschilderten Umständen war es denselben sogar unmöglich, ohne gesteigerte Ansprüche an die Steuerkraft auch ihrer Unterthanen, ihren Regentenpflichten nachzukommen. Waren die Klagen der Völker hierüber auch vollkommen gerecht, so sind natürlich vorzugsweise Jene dafür verantwortlich welche solche Nothstände durch ihren Abfall von dem Glauben der Väter, von Recht und Gerechtigkeit, von den Gesetzen der Sitte und den Landesinstitutionen verschuldet haben. In eine Ausnahmestellung fand sich dadurch vor Allen Oesterreich versetzt. Neben Frankreich wo sich seit Richelieu ein systematischer Despotismus immer mehr ausgebildet hatte, den sich Ludwig XIV. nach den letzten Zuckungen des Bürgerkrieges nur mühlos anzueignen brauchte, erhob sich nun eine Reihe anderer, auch kleinerer Staaten mit dem gleichen politischen Streben. Auch sie wollten, nach nunmehr glücklich gebrochener Bahn, mittelst eines rücksichtslosen Absolutismus ihre Macht und ihre Grenzen möglichst erweitern. Auf die Wahl der Mittel kam es dabei nicht weiter an; es genügte an dem Erfolge. Sie ließen sich als die Träger einer werdenden Zeit verherrlichen gegenüber den alternden Zuständen der Gegenwart, mit Kaiser und Reich und deren „absterbenden“ Formen, die man nach Willkür brechen könne, sobald die Macht hiezu vorhanden sei. Von dieser Stunde an gab es im deutschen Reiche grundsätzlich kein anderes Recht mehr als die Gewalt, und Verträge galten nur so lange als der Mächtige des Tages sie gelten lassen wollte oder mußte. Immerwährender Krieg stand in

Aussicht, jeder Friede war nur ein Ruhepunkt unter den Waffen. Jene Tage friedlicher Machterweiterung wie sie in beispielloser Weise Oesterreich z. B. so oft erlebte, waren vorüber und der alte Erfahrungssatz trat für das Kaiserreich in seine Rechte ein, daß Erhalten schwieriger als Erwerben sei. Dieses *felix Austria* nube sah sich in Folge der immer wachsenden Ländergier seiner vielen modernen Nachbarn in den zerstreuten und ausgedehnten Grenzen ohne Unterlaß theils bedroht, theils wirklich angegriffen. Oesterreich mußte daher nicht nur deßhalb überall kampfbereit erscheinen, sondern es fiel ihm noch die weitere Aufgabe zu, den alten Glauben und das alte Reichsrecht nach Eid und Pflicht zu schirmen.

Wie alle andern deutschen Fürsten hatte auch Oesterreich feierlich gelobt, Völker und Länder bei ihren eigenthümlichen Freiheiten und Rechten zu erhalten. Die beschränkenden Bestimmungen warfen aber die von der christlichen Einheit abgefallenen Stände des Reichs mit allen andern Bedenken weit von sich. Dadurch wurde die Lage Oesterreichs wenn es auch möglichst an seinen Pflichten festzuhalten suchte, eine ganz andere und durchaus ungünstigere als jene seiner Feinde. Wer sich alle Mittel erlaubt, von keinem oder nur einem verfälschten Gewissen sich leiten läßt, kämpft mit nothwendig überlegenen Waffen gegen den Redlichen, dem Wort und Treue, Eid und Sitte heilig sind.

Der Ungunst gegebener Verhältnisse ungeachtet bestand das Haus Habsburg Jahrhunderte lang diesen ungleichen Kampf mit Ehre und zeitweise sogar mit entschiedenem Glücke. Die dauernden Niederlagen traten erst dann und so oft ein, als Oesterreich selbst „an seinem welthistorischen Berufe irre wurde“, sei es im Unglück oder Glück. An Einwirkungen und Ermuthigungen auch zu thun wie seine Gegner thaten, fehlte es zu keiner Zeit. Neben ihren Erfolgen fiel die Unzulänglichkeit der materiellen Hülfsmittel zu durchgreifendem Widerstand, um den endlichen Sieg zu erringen, schwer in's

Gewicht. Dieser Gegensatz prägt sich seit K. Ferdinand I. auf den sogenannten Postulat-Landtagen der verschiedenen österreichischen Provinzen in sehr bestimmter Weise aus. Immer höhere Summen wurden von der Regierung nothgedrungen begehrt, von den Ständen mit einem Freimuth der uns heute wie ein Traum erscheint, meistens abgewiesen; endlich oft mit Opferwilligkeit und Hingebung bewilligt, so weit es den durch Krieg und Ungemach erschöpften Ländern nur immer möglich war.

Diesem Wechselverhältniß, welches der schwere Druck von außen meistens hervorgerufen hatte, zu folgen ist für die Culturgeschichte belehrend und schmerzlich zugleich. Der Abschluß nach so langen für beide Theile peinlichen Kämpfen war nichtsdestoweniger der Verlust der wahren Freiheiten für die Fürsten wie die Völker, mit deren bloßem Scheine die lebenden Geschlechter sich begnügen müssen. Mühsam hatten die Ferdinande und Leopold I. dem Verfalle noch gewehrt und inmitten der immensen Corruption an den großen und kleinen Fürstenhöfen die sittliche Würde ihres Thrones rein gehalten. Der sich im Innern vorbereitende Niedergang der österreichischen Kaisermacht trat aber unaufhaltsam mit dem Ende des siebenjährigen Krieges ein. Die Thatsache ebenso unerwarteter als glänzender Erfolge hatte eine bis zum Uebermaße gesteigerte Bewunderung für Friedrich II. hervorgerufen. Die „Philosophie“ des 18. Jahrhunderts, alle Anhänger der Humanitätstheorien mit ihrem tiefen Haffe gegen den christlichen Glauben verherrlichten den König um die Wette, von dem sie glauben durften, daß er in Oesterreich das Herz des Katholicismus getroffen habe. Solchen Eindrücken vermochte die feurige, eiser- und ruhmsüchtige Seele Josephs II. nicht zu widerstehen.

Von Bartenstein und Kaunitz in die machiavellistische Politik der Feinde seines Hauses, von van Swieten und Sonnenfels in deren „wissenschaftliche“ Strebungen eingeführt, legte auch er unbesonnen Hand an jene Bollwerke für

die Freiheiten der Völker, wie auch der wahren Rechte der Fürsten. Jene Mittel welche schon zur Zeit der Reformation den Cäsareo-Papismus der weltlichen Obrigkeiten begründet hatten, kamen, sie wo möglich noch überbietend, in Oesterreich nunmehr zur Anwendung: die Selbstständigkeit der Landstände und die Freiheit der Wissenschaft wurden dem Princip staatlicher Allgewalt zum Opfer gebracht. Den Landständen setzte man Vorstände, nachdem sie auf Ausschüsse vermindert worden waren. Die von der Kirche gegründeten hohen und niedern Schulen entzog man ihrer Mutter, beseitigte die Freiheit ihrer innern Verfassung und stellte Alles unter das Nachtgebot des „Staates“, den seinerseits thatsächlich die Feinde des katholischen Glaubens beherrschten. Alle spätern „Reformen“ Josephs II. waren nur consequente Folgerungen des einmal ergriffenen Systemes der Bevormundung aller Stände und Regiererei aller Dinge durch die Beamtung. Wie im Innern hatte die Politik Oesterreichs auch nach außen eine Reihe von Mißgriffen zur Folge, die mit dem dort eingeschlagenen Wege in inniger Verbindung standen.

Statt das Königreich Polen, um nur einiger Beispiele hier zu erwähnen, als natürlichen Verbündeten gegen die Wühlereien Rußlands und Preußens mit aller Macht zu schützen, griff Joseph II. gierig nach dem hingeworfenen kleinen Bissen der gemeinschaftlichen Beute, während seine große Mutter, unter ahnungsvoller schwerer Sorge, fast nur gewalttham die Zustimmung sich entreißen ließ. Statt, wie Görres in dem „rheinischen Merkur“ dringend mahnte, Bénédict als selbstständige Republik herzustellen und dafür Elsaß, Lothringen, die Vorlande alle wieder unter seinen Scepter zu vereinigen *), nahm der Kaiserstaat die stets glimmenden

*) Ohrenzeugen versicherten mich aus dem Munde des Fürsten Metternich 1815 vernommen zu haben: „Wie Preußen am Unterrhein, so muß Oesterreich am Oberrhein festen Fuß fassen.“ Wer diese Machtstellung des deutschen Vaterlandes verhindert hat, ist theils bekannt

Trümmer Venedigs als unheilvolles Geschenk in seinen Schooß auf. Entgegengesetzten Falles bedurfte es des berühmten Vierecks nicht, Marengo und viele andere Schlachten, auch Magenta und Solferino blieben wahrscheinlich ungeschlagen und viele Täuschungen ferngehalten, die der Juli 1866 schonungslos zerrissen hat. Statt der traditionellen Politik zu folgen, hatte der Minister Thugut sich so sehr beirren lassen (1799), daß er die Herausgabe der den Franzosen wieder abgenommenen Legationen dem Papste verweigerte. Czar Paul I. war darüber so empört, daß er die Allianz mit Oesterreich und England aufhob, dem Könige Ludwig XVIII. das Gastrecht zu Wittau kündigte, und seine Annäherung an den ersten Consul Buonaparte einleitete *).

Statt solcher und schon früherer ungerechten Vergrößerungsplane, war es wohl weit besser das Eigene zu schützen und die treuen, dem Kaiserhause schwärmerisch anhängenden Lande nicht wiederholt so leichten Kaufes und schutzlos preiszugeben. Wollten Oesterreichs Leiter auch die Bahn der Gewaltthätigkeit und Ungerechtigkeit, der Glaubenslosigkeit und der Vertragsuntreue verfolgen, sie vermöchten es überhaupt wie vielfache

theils leicht zu errathen. Viele Kräfte wirkten aus selbstsüchtigen und dynastischen Rücksichten mit. Ein Hauptgrund lag darin, daß eine katholische Macht über die bisherigen schon beeinträchtigten Grenzen hinaus um keinen Preis vergrößert werden dürfe. Das über den Fürsten Metternich geurtheilt werden wie immer, so wird man gegen diesen Staatsmann nur dann gerecht seyn, wenn man dabei die frivole Zeit seiner Jugendbildung und die unendliche, durch den Josephinismus herbeigeführte Zersahrenheit Oesterreichs, an der solange Niemand glauben wollte, in Betrachtung zieht. Metternichs Einfluß, namentlich auf innere Angelegenheiten, war zudem sehr beschränkt und bei seinem vornehmen, mehr der gesellschaftlichen Unterhaltung und wissenschaftlichen Liebhabereien als dem Ehrgeiz zugewendeten Wesen wohl kaum sogar erstrebt. Ein Piederstäl haben für ihn jedenfalls manche seiner Epigonen aufgerichtet.

*) Hierüber interessante Notizen bei Abbé Georgel Voyage de St. Pétersbourg. Paris 1818 p. 319 ss.

Erfahrung zeigt, auf die Dauer nicht. Der Ursprung und die Geschichte des Kaiserstaates, die Gewohnheiten und die Anschauungen seiner Völker streben dem allzusehr entgegen. Oesterreich wird hierin etwaigen Rivalen nie ebenbürtig seyn. Der Kaiserstaat kann, was Gott verhüte! als Ganzes durch solche Mittel etwa zerfallen, aber nimmermehr das Heil seiner Völker gründen, noch über seine Feinde siegen.

XXXII.

Die Reformation der Reichsstadt Heilbronn.

Im J. 1828 veröffentlichte der fleißige und gelehrte Forscher Karl Jäger, Pfarrer in Burg bei Heilbronn, seine „Mittheilungen zur schwäbischen und fränkischen Reformationsgeschichte.“ Die ebenso übersichtliche Anlage als gemessene Darstellung, womit im ersten Bande dieser Publikationen die Reformationsgeschichte der schwäbischen Reichsstadt Heilbronn nach den handschriftlichen Akten im Stadtarchiv zu Heilbronn und im königlichen Staatsarchiv zu Stuttgart behandelt ist, sichern dem Werke auch heute noch seinen Werth und machen es, trotz des unverhohlenen Parteistandpunktes, zu einem brauchbaren Führer bei den Untersuchungen über die politisch-religiöse Bewegung jener Reichsstadt im 16. Jahrhundert. Die Schrift gewährt uns einen sichern Einblick in das Getriebe welches mit noch größerer Gewaltthätigkeit als List zur Entkatholisirung Heilbronn's in's Werk gesetzt wurde.

Jäger theilt freilich wie fast alle Reformationsschriftsteller protestantischer Seits die Ansicht, daß der Mißbrauch auch

den guten Gebrauch verwirke, daß somit durch völlige Aus- tilgung einer Sache oder Einrichtung am gründlichsten gegen den Mißbrauch vorgebeugt sei und solches Vorbeugen durch- aus den Charakter des Rechtes an sich trage. Gleichwohl konnte Jäger, im Widerspruche mit sich selbst, es nicht um- gehen ein glänzendes Beispiel dafür zu verzeichnen, daß der Mißbrauch nach aller Vernünftigen Einsichten auch anders als auf dem Wege der Zerstörung des guten Gebrauches gehoben werden könne. Als in der zweiten Hälfte des 15. Jahr- hundert's der größere Theil der Klöster in Süddeutschland einer kirchlichen Reform unterworfen wurde, ward eine solche auch für die Franziskaner und die Clarissinen zu Heilbronn für nothwendig erachtet, und dieselbe auf Befehl des Papstes Paul II., an welchen sich der Rath in Heilbronn gewandt hatte, unter Ausstellung einer besondern Bulle, durch den Abt Bernhard von Hirsau*) und den Abt Johann von Maulbronn zur Ehre Gottes, zum Wohle der Klöster und zur besondern Freude des Rathes und der Bevölkerung Heil- bronns im J. 1465 in's Werk gesetzt.

Statt nun aber in solchen sittenstrengen Männern die normalen Früchte eines kirchlich-religiösen Lebens zu erkennen, und sie als Repräsentanten der ächten kirchlichen Anschau- ungen zu verehren, ist es unter den Geschichtschreibern der Reformation vielfach zur förmlichen Manie geworden, solche Männer als selbst schon innerlich von der verderbten Kirche abgefallen und als willkommene Vorläufer der Reformatoren hinzustellen, wie z. B. auch der berühmte Gailer von Kaisers- berg durch seine Predigten, nach Jägers (S. 28) und vieler

*) Jäger (S. 11) nennt diesen Abt „einen der gewandtesten Reforma- toren des 15. Jahrhunderts“, und Tritheim (in der Hirsauer Chronik zum J. 1460) sagt von ihm: „Monachorum et Monia- alium reformatior fuit devotissimus, et plura Coenobia non solum nostri ordinis, sed etiam aliarum religionum, suo vel labore vel consilio ad Regularis observantiae integritatem revocavit.“

Anderer Ansicht, zur Geburt der reformatorischen Ideen mancher spätern Kirchenstürmer verholten haben soll, während doch solche Aßerjünger weder den Muth noch die Lust hatten, das streng priesterliche Leben Gailers auch nur für die kürzeste Zeitspanne nachzuahmen.

Doch wir haben es hier nicht mit individuellen Ansichten, sondern mit den Thatfachen zu thun.

Die ersten Reime der Reformation Heilbronn's knüpfen sich an den Pfarramtsverweser und Prediger Dr. Johannes Lachmann, welcher im J. 1513 in dieses geistliche Amt in seiner Vaterstadt mit Zustimmung des damaligen Kirchherrn Peter von Auffäß, Domherrn von Würzburg, eingetreten war*).

Kaiser Karl IV. hatte nämlich im J. 1349 das Patronatrecht, die pfarrlichen Gerechtsame und den geistlichen Gerichtszwang über Heilbronn dem Bischof von Würzburg zum Geschenke gemacht. Von dieser Zeit an bestellte nun der Bischof von Würzburg das Kirchenwesen in Heilbronn durch einen eigenen Kirchherrn, den er aus seinen Domherrn nahm. Dieser bezog die sämtlichen kirchlichen Einkünfte der Stadt als Dompfründe, wartete aber nie in eigener Person und an Ort und Stelle seines Amtes, sondern hielt seine Vikarien, welche an seiner Stelle die Kirchen und Kapellen der Stadt besorgten, und als solchen Stellvertreter finden wir neben andern den besagten Johannes Lachmann. Unstreitig war dieses Verhältniß des Kirchherrn zu seinem Kirchsprengel ein anormales und für Intriganten und Leute von üblem Willen ganz dazu geeignet, das Kirchenwesen aller Art zu beschädigen, ohne ein sofortiges nachdruckames Inhibitorium oder schnelle und pünktliche Abwehr nach den Forderungen des kirchlichen Rechtes befürchten zu müssen.

*) Jäger, Mittheilungen zur schwäbischen und fränkischen Reformationsgeschichte (Stuttgart 1828) S. 25. Reim, schwäbische Reformationsgeschichte (Tübingen 1853) S. 14.

Lachmann stammte aus einer der angesehensten Familien Heilbronn's *). Durch seine Gewandtheit im Umgange und durch seine freimüthigen Predigten gewann er gar bald einflußreiche Rathspersonen. Wie aber fast in allen Reichsstädten laborirte auch der Heilbronner Rath an dem Rißel, sowohl dem Kaiser als insbesondere der geistlichen Obrigkeit gegenüber immer mehr Freiheiten zu gewinnen. Zu diesem Zwecke schienen die reformatorischen Bestrebungen, welche durch Luther angeregt und nunmehr in die volle Oeffentlichkeit getreten waren, eine günstige Gelegenheit darzubieten. Der Heilbronner Rath sah deshalb dieser Bewegung mit günstigen Augen zu, war aber bis jetzt mehr nur in der Gesinnung, als durch die That auf ihre Seite getreten. Die Stellung der Stadt zum schwäbischen Bunde, die Abhängigkeit von dem Bischofe von Würzburg, und die Nähe des württembergischen Statthalters, der noch dazu im Namen Karls V. den württembergischen Zehnthof in Heilbronn verwaltete, machte große Vorsicht nöthig.

Der erste Schritt, den der Heilbronner Rath auf der abschüssigen Bahn des Ungehorsams machte, betraf die Opposition gegen das Wormser Edikt vom 8. Mai 1521, nach welchem Luther in die Acht erklärt und männiglich aufgegeben wurde, ihn und seine Anhänger niederzuwerfen und ihrer Güter zu entsetzen; auch sollte Luthers Schriften Niemand drucken und kaufen. Dieses Edikt wurde nun auch der Stadt Heilbronn zugesandt mit dem gemessenen Befehl, es anzuschlagen und zu erequiren. Allein der Rath wollte sich vorher vergewissern, was dieser Sache halber in andern befreundeten Städten geschehe, er fragte in Augsburg an, ob er wohl dieses Edikt anschlagen solle oder nicht, worauf die Antwort erfolgte, daß es zu Augsburg und auch zu Ulm

*) Jäger S. 25 f. Büttinghausen, Beiträge zur pfälzischen Geschichte (Mannheim 1776) I. 138. Vergl. auch die Beschreibung des Oberamts Heilbronn (1865) S. 242, 170.

angeschlagen worden sei *); doch ist nicht mehr sicher zu ermitteln, ob der Heilbronner Rath es auf diese Antwort verkündigen ließ oder nicht. So wenig aber der Rath trotz der kaiserlichen Mahnungen auf den Tagen zu Nürnberg 1522—1524 die Vollziehung des genannten Ediktes sich angelegen seyn ließ, ebenso sehr hielt er sich auch ferne von jedem Schein einer Vereinigung mit den bereits protestantischen Fürsten, sowie von allen Erklärungen über seine Ansicht, so lange noch eine Wirkung des Wormser Edikts auf die Stadt zu befürchten war. Er verzögerte die Absendung der Rathsboten auf die Reichstage, unterhielt jedoch unter der Hand vertraulichen Briefwechsel mit Nürnberg, Augsburg, Ulm, Hall, Rothenburg, Eßlingen und Straßburg, bis endlich die auf einem Reichstag zu Nürnberg gegebene Aussicht, bald die Angelegenheiten der Evangelischen besprochen und entschieden zu sehen, ihm Muth gab, sich etwas freier zu bewegen **). Diese schlaue Politik war besonders ein Werk Bachmanns, welcher einerseits immer mit der Reform innerhalb der Mauern der Stadt rasch voranzugehen rieth, andererseits aber jeden Lärm nach außen widerrieth, ja immer wieder den Gehorsam gegen den Kaiser, soweit es ihm dienlich schien, anempfahl.

Bei solchen Gesinnungen des Rathes wird es nicht wundern, daß die entschiedenen Predigten besonders durch die Barfüßer-Mönche dem Rathe als Schmähungen und Lästerungen erschienen ***), weßhalb er im J. 1524 den Ordens-Geistlichen unter Androhung der Ausjagung aus den Mauern befahl: „sie sollten Niemand nennen, noch gefährlich reden.“ Dagegen gestattete derselbe Rath fremden der evangelischen Lehre zugethanen Predigern in der Stadt zu predigen,

*) Schmid und Pfister, Denkwürdigkeiten der württembergischen und schwäbischen Reformationsgeschichte (Tübingen 1817) I. 172.

**) Jäger S. 31.

***) Schmid und Pfister I. 172.

nur sollten sie nicht polemisieren. Ueberhaupt, gesteht selbst Jäger (S. 34), beschränkte der Rath die freie Religionsübung in der Stadt, soweit sie dem Gedeihen der lutherischen Lehre im Wege stand.

Dieses rechtslose Vornehmen sollten besonders die widerpartigen Barfüßer erfahren, denen der Rath nach seiner neuen Machtvollkommenheit im J. 1525 allerlei harte Beschränkungen in geistlichen und weltlichen Dingen aufzulegen suchte, wogegen aber die Gefränkten mit der Stärke des Rechts sich erhoben, so daß der Rath nicht mehr weiter auf Erfüllung der bezüglichen Artikel drang*). Um so mehr aber lauerte dieser auf eine andere Gelegenheit, seinem Unwillen gegen die Barfüßer Lust zu machen. Diese Gelegenheit kam als die Barfüßer einem fremden von ihrem Provinzial verordneten „Gesellen“ das Predigen auf der Klosterkanzel gestatteten, welcher Gastprediger freier, denn dem Rathe angenehm war, zu sprechen sich erlaubte. Auf einmal gerieth der Rath, weil er es so brauchen konnte, in einen großen Eifer für Beobachtung des kaiserlichen Mandates, daß man sich der Polemik enthalten solle, und verbot den Barfüßern geradezu das Predigen, während doch in der That dem Rath, wie wir bei der Nichtbeachtung des Wormser Edikts gesehen haben, die Ausführung kaiserlicher Mandate so gar nicht am Herzen lag. Indesß wußte der Provinzial diese Gewaltübung des Rathes insoweit wieder zurecht zu setzen, daß auf seine Vorstellungen hin der Rath erklärte: sie mögen predigen oder nicht**).

Nun kam die Reihe zu klagen aber auch an die Ordensgeistlichen, da ein Prediger — „ein fremder, herkommend unverschämter Mensch“ — zu St. Nikolaus gegen sie und besonders gegen die Verehrung der Mutter Gottes die größten Schmähungen ausgestoßen habe. Wir mögen uns die Art

*) Diese Artikel siehe bei Jäger S. 34.

**) Jäger S. 35 ff.

der Untersuchung und die Qualität der beigezogenen Zeugen leicht denken, und werden deßhalb das Resultat der Untersuchung, „daß das Mehrentheil und fast alles verlogen gewesen“, nicht befremdend finden. Doch beschloß der Rath dem Prediger zu bedeuten, daß man ihm das Predigen nicht (wie den Barsüßern) verbieten wolle, allweil er das Evangelium predige, aber die Mutter Gottes zu schmähen wolle man ihm untersagt haben *).

Während dieser Streitigkeiten, hinter welchen Lachmann als intellektueller Urheber stand, predigte dieser das „lautere Evangelium“ mit der ihm eigenen Kraft. Um allem Streit mit den zu der St. Kilianskirche (Hauptkirche Heilbronn) bestellten Präsenzherren auszuweichen, erlaubten beide Räthe auf Anbringen der Freunde Lachmanns, den Prediger Meister Hanns zu St. Nikolaus, so lange es ihnen gelegen sei, jedoch auf ihre Kosten predigen zu lassen. Seine Anhänglichkeit an Luthers Lehre von dem Abendmahl that aber Lachmann im J. 1525 dadurch kund, daß er die dem Johann Oekolampadius in Basel entgegengesetzte Erklärung (syngramma Suevicum), welche Brenz und Schnepf zu Hall gefertigt hatten, unterschrieb. Diese Unterschrift ist um so wichtiger, da sie beweist, daß Lachmann schon 1525 seine Gemeinde als eine durch ihn im lutherischen Lehrbegriff bereits gegründete Gemeinde betrachtete **).

Auf dem bischöflichen Stuhle zu Würzburg saß Konrad von Thüngen. Warum ihn Jäger (S. 53) einen finstern, unduldsamen Mann nennt, werden wir sogleich erfahren.

Auf Lachmanns Antreiben hatten etwelche Bürger der Stadt von dem Amtsgenossen Lachmanns, dem Pfarrverweser Peter Diez, welcher an den Neuerungen keinen Theil nahm, im J. 1525 verlangt, ihnen nach der lutherischen Lehre das Sakrament unter beiden Gestalten zu reichen, und sich über-

*) Jäger S. 41.

**) Jäger S. 42. Reim S. 55.

haupt auch sonst andern derselben Gefolgigen gleichförmig zu erweisen. Diez aber nahm die Sache nicht auf eigene Verantwortung, sondern legte dieselbe der Entscheidung des Bischofs vor. Als dieser den Rath zur Aeußerung über solches ungesetzliche Gebahren aufforderte, legte sich derselbe aufs Längnen und äußerte gar empfindlich sein Befremden über solche Insinuationen des Bischofs. Als aber die Berichte über die reformatorischen Umtriebe in Heilbronn sich mehrten, und dem Bischofe insbesondere kundgegeben wurde, daß Lachmann sogar sich zu verheirathen gedente, so säumte der Bischof nicht, ernstlichere Maßregeln zu ergreifen, indem er die abtrünnigen Priester nach Würzburg citirte, wozu der Rath die Hand zu bieten habe. Dieser wagte es aber wiederholt zum Längnen des Thatbestandes seine Zuflucht zu nehmen und den Wunsch auszusprechen, daß der Bischof sie mit derlei Behelligungen künftig verschonen möge. Da der Rath jedoch vom bösen Gewissen getrieben war, so suchte er mittlerweile Wege, auf denen er den bischöflichen Befehlen ohne Gefährdung seiner und der Stadt ausweichen könne. Zu diesem Zwecke ließ der Rath durch einen eigenen Boten in Hall anfragen, was wohl zu thun am zuträglichsten sei. Allein der Haller Rath schrieb zurück, daß man von solchen bischöflichen Schritten bei ihnen noch nichts wisse; man hätte sich also auch noch nicht darüber berathen, was man in einem ähnlichen Falle thun würde.

Der Rath wandte sich hierauf an den Altbürgermeister von Augsburg und Bundeshauptmann Ulrich Arzt, welcher erwiderte, es sei etwas beschwerlich in dergleichen Sachen zu rathen; man könne ja die Geneigtheit, dem Bischofe zu willfahren, aussprechen, müsse aber durchblicken lassen, wie für den Fall daß die Bürgerschaft sich den bischöflichen Forderungen widersetze, es in des Rathes Macht nicht liege, ein besseres Resultat herbeizuführen, da dermalen die Obrigkeiten ihrer Unterthanen nicht mehr mächtig wären.

Zugleich mit dem Briefe an Arzt hatte der Rath auch

den drei Predigern Bachmann, Doel und Bersich die Citation des Bischofs zugeschiekt mit der Aufforderung, ihm zu berichten, wie die Citation umgangen werden könne, ohne daß man dem Bischofe an seiner Jurisdiction einen Abbruch thue. Man wird von Bachmann, der die Zuschrift des Rathes beantwortete, keine andere Antwort erwarten, als welche alle damaligen Reformer ihrer geistlichen Obrigkeit entgegengestellt haben, daß nämlich der Bischof übel berichtet sei, daß er und seine Genossen sich nur an einem sichern Ort und vor unparteiischen Richtern stellen würden, daß man sie mit dem Worte Gottes eines Bessern unterrichten möge, und daß sie sich auf den Schutz des Rathes zu verlassen gedenken, welcher den durch solche Citation verursachten Unrath in der Gemeinde nicht gestatten werde. Was insbesondere aber seine (Bachmanns) Verlobung und demnächstige Verheirathung (im Spätjahr 1526) betreffe, so habe er deßhalb in den ehlichen Stand gegriffen, zulässig vor Gott und Christen, weil ihn dazu das lästerliche, ärgerliche, hurische Leben bewegt habe, das, mit Zucht zu reden, von den Priestern bisher frei unsträflich geführt worden; überdieß hätten ihn die Leute selber mit Worten angelassen, er soll den ehlichen Stand anheben *).

In Folge dieser Erklärung der Prediger über die Citation nach Würzburg verweigerte der Rath abermals den Gehorsam und berief sich für sein ferneres Verhalten auf die bevorstehenden Verhandlungen auf dem Reichstag zu Speyer, dessen Abhaltung auf den 1. Mai 1526 angekündigt war. Da nun aber auf diesem Reichstage die Erörterungen der Religionsstreitigkeiten auf ein allgemeines Concil verschoben und die Ausführung des Wormser Edikts befohlen wurde, so drang der Bischof von Würzburg neuerdings auf Befolgung seiner Anordnungen, wogegen der Rath sich jetzt erbot, dieser Sache willen eine Botschaft an den Kaiser selber zu

*) Bättinghausen I. 140. Reim S. 49.

schicken, indessen die Sache still stehen möge, bis vom Kaiser Beschluß gekommen. Allein dem Rathe kam es nicht in den Sinn, eine solche Botschaft abzuordnen. Witterweile gewann er Zeit und das Treiben der Reformer mehr Boden, so daß allmählig die Rechtszustände verkehrt und aufgehoben werden konnten, und nunmehr verlautete nichts mehr von Citationen nach Würzburg*).

Dem verheiratheten Lachmann mußte Alles daran gelegen seyn, sich in seiner Stellung zu befestigen, was nur durch die Austilgung der alten Lehre, von der er abgefallen war, geschehen konnte. Da aber der Rath in seiner Zuwartungs-Politik ihm viel zu langsam vorzuschreiten schien, so versuchte Lachmann in verschiedenen Schreiben denselben zu größerer Thätigkeit im Abschaffen des Althergebrachten, besonders des Gräuels aller Reformatoren, des heiligen Messopfers anzu-spornen, und drohte im Falle der Nichtbeachtung seiner Vorschläge mit dem Zorne und den Strafgerichten Gottes**).

Eine natürliche Folge dieser Stürmereien, denen der Rath theilweise Folge leistete, war, daß die-treugebliebenen Priester und besonders Peter Diez ihren Unwillen privatim und öffentlich äußerten und gegen die Neuerungen predigten, was Lachmann in seiner vermeintlichen Unfehlbarkeit ihnen sehr übel vermerkte und sie beim Rathe denuncirte mit der Forderung, daß der Polizeistock diese ungelegenen Prediger zum Schweigen oder zum Abfalle bringen solle. Als der Rath mit der Erklärung des Peter Diez, daß er das Wort Gottes predige und nicht Worte anführe die zum Unfrieden dienen, sich zufrieden gab, so fuhr Lachmann dagegen mit seinem ganzen Zorne aus: Er achte, die Obrigkeit habe Wohlgefallen an solcher Lasterung (wie er die Predigten des

*) Jäger S. 53—61.

**) Jäger S. 65 ff.

Diez und seiner Genossen bezeichnete), Zwiespann und großen Lastern, daß es ihn nicht wundern würde, es regnete Schwefel und Pech; daß es auch Zeit wäre den Staub von den Schuhen zu schütteln, damit ihn der Zorn Gottes nicht in der Stadt ergreife, so daß es auch gegen Gott und die ganze Gemeinde wohl zu verantworten wäre, wenn er gar keine Predigt mehr halten würde, so es ja nicht seine Sache sei, sondern Gottes, der woll' das Margaritlein nicht unter die Schweine geworfen wissen *).

Der Rath suchte den Benjamin seines Herzens durch ein freundliches Schreiben zu besänftigen, welches Abhülfe versprach.

Lachmann hatte indeß gar bald wieder den Verdruß, den Rath auf halben Wegen stehen zu sehen. Als nämlich Peter Diez im J. 1527 dem Kirchherrn Johann von Lichtenstein seine Dienste gekündigt hatte, und letzterer den Altaristen Lanzmann an die Stelle des Peter Diez berufen wollte, so protestirte zwar aus purem Widerspruchsgeist der Rath gegen diese ihm nicht genehme Berufung, drang aber nebenbei auf das Verbleiben des Peter Diez. Lachmann dagegen, dessen Rath man in dieser Sache eingeholt hatte, wollte weder von Lanzmann noch von Diez etwas wissen, vielmehr machte er dem Rath den schlauen Vorschlag, der Rath solle dem Kirchherrn das Anerbieten machen, daß er die Pfarrgüter 2c. auf neun Jahre in seine Verwaltung nehmen, zugleich aber für Besorgung der Kirchensachen die nöthigen Vorkehrungen treffen wolle. Da der Kirchherr auf dieses Anerbieten, das ihm das Patronatrecht aus den Händen spielen sollte, nicht einging, und Diez denn wirklich wieder auf seiner Stelle verblieb, so suchte Lachmann für das Mißlingen seines Planes sich zu entschädigen durch erneuertes Andringen beim Rathe, daß dieser doch einmal ohne Rücksicht auf den Kirchherrn und

*) Jäger S. 77.

dessen Gehülfen mit Einführung des lutherischen Abendmahles Ernst machen solle. Zu diesem Behufe legte er dem Rathe die Grundlinien einer neuen Gottesdienstordnung vor *).

Der Rath, der allzu gerne immer andere Städte in den Reformschritten vorangehen sehen wollte, schrieb im Anfang des J. 1528 an Rath und Städtemeister von Hall: daß sie vielfach angelangt werden, das hochwürdige Sakrament unter beiderlei Gestalten reichen zu lassen und daß sie es auch zu thun geneigt seien; sie bitten nun die von Hall, sie darüber zu verständigen, wie sie dieser löblichen Ordnung Erlangung gethan, oder mit was füglichster Weise sie es fürgenommen. Die Heilbronner schienen nämlich zu glauben, die von Hall hätten deßhalb bei dem Bischof von Würzburg gehandelt, dessen sichere Einsprache gegen die Neuerungen den Rath doch immer noch mehr, als er zugeben wollte, incommodirte. Als nun aber die Antwort der Haller dahin lautete, daß sie bei Einführung der Reformen nicht einen menschlichen Bischof, sondern nur den hochwürdigsten obersten Bischof, ihren Herrn Christus und dessen klares Schriftwort zu Rathe gezogen hätten, so ging der Heilbronner Rath auf Lachmanns Ansichten bezüglich des Nachtmahls ein, jedoch mit der Restriction, daß die Vornahme des neuen Cultus die Feier des hergebrachten nicht, was Zeit und Ort betreffe, verdrängen dürfe **).

Den Lachmann'schen Versicherungen über den reißenden Fortgang der neuen Lehre in Heilbronn und dessen unablässigen Umtrieben gemäß sollte man erwarten dürfen, daß Groß und Klein, Jung und Alt sich zur neuen Abendmahlsfeier werde hinzugedrängt haben. Da waren es aber bloß 32 Männer, darunter Verwandte Lachmanns, und 46 Weiber, welche in der St. Kilianskirche unter beiden Gestalten

*) Jäger S. 92 ff., 101 ff.

**) Jäger S. 107 ff.

communizirten; bald darauf soll die Zahl auf 100 Personen gestiegen seyn^{*)}). Und doch perorirte Bachmann immer im Namen des ganzen Volkes, dessen Heilsbegierde nach neuem Schnitt er nicht dringlich genug schildern konnte. Es scheint, daß solche Anmaßung von den Stürmern auf kirchlichem und politischem Boden zu allen Zeiten als Hebel benützt worden ist.

Die Verwirrung nahm jetzt von Tag zu Tag zu. Der Bischof ließ es nicht an Protestationen fehlen, der Rath neigte sich bald links bald rechts, den abgefallenen Priestern verweigerten die Präsenzherrn die Einkünfte. Bachmann trieb immer wieder den Rath zur Entschiedenheit an und denunzirte namentlich die Predigten des Peter Diez, welche er mit allerlei Thorheiten verbrämte. Sodann wurde der Rath wieder mit Klagen der katholischen Prediger gegen die abgefallenen Kollegen überhäuft^{**}), denen sie besonders die Aufhebung des Volks zur Last legten, daß sie bei öffentlichen Verrichtungen zu verspotten wage — Unordnungen welche durch den Speyrer Reichstag 1529 so wenig als durch frühere dergleichen Tage beigelegt werden konnten, vielmehr durch die schroffe Protestation der Neugläubigen sanktionirt wurden.

Unter diesen unseligen Zerwürfnissen rückte der Augsburger Reichstag 1530 heran, welcher von Heilbronn in der Person des Bürgermeisters Hans Rieser beschickt wurde. Die von Bachmann verfaßte neue Kirchenordnung nebst einer Vertheidigung derselben, welche eine Art Glaubensbekenntniß bildete, ward demselben übergeben. Aber auch dieser Reichstag erfüllte die Hoffnungen der Protestanten nicht. Als in Folge dessen der Heilbronner Rath Miene machte, von seiner Entschiedenheit für die Neuerer wieder etwas nachzulassen,

^{*)} Jäger S. 112.

^{**}) Jäger S. 112 f., 119 f., 125 f.

war es wiederum Lachmann, der sich beeilte, dem Wankelmuth des Rathes entgegenzuarbeiten und ihn zu beschwören, keinen Verrath an Gott und seiner heiligen Sache, für die er allein eifere, zu begehen *).

Wenn Lachmann das kaiserfeindliche Bündniß der protestantischen Fürsten und Städte, welches bald nach dem Reichstage von Augsburg zu Schmalkalden errichtet werden sollte, nicht billigte, so geschah dieß deshalb, weil es ihm einerseits gefährlich schien, sich in direkte Opposition gegen die kaiserliche Majestät zu setzen, und andererseits zuträglicher, ohne solche offene Gegenüberstellung in den einzelnen Städten der Neuerung durch stille Wühlerei Vorschub zu leisten.

Gemäß dieser Taktik vermochte er den Rath dahin zu bestimmen, daß er an diejenigen Präsenzherrn welche Pfründen von ihm hatten, das Ansinnen stellte, sich den bereits von Lachmann eingeführten Neuerungen ebenfalls zu bequemen. Die Borgeladenen: Peter Diez, Hans Lanzmann, Friedrich Beger und Hans Berlin erklärten, daß sie bei Erfüllung der Pflichten, die ihnen nach dem Fundationsinstrument ihrer Pfründen auferlegt seien, zu verbleiben gedenken, welche Obliegenheiten insbesondere das Messelesen betreffen. Der Rath beschränkte sich dießmal noch auf den Befehl, daß Jeder von ihnen wöchentlich wenigstens einmal zu predigen habe. Die Messe blieb aber immer noch stehen, zu bitterem Verdrusse des Predigers Lachmann **).

Der Agitator hatte nun zur Genüge erfahren, daß alle weiteren Verhandlungen mit dem Rathe allein zu dem erwünschten Ziele nicht führen werden, da trotz der bessern Einsicht und der Geneigtheit für die Reformen der Rath zu keinen durchgreifenden Maßregeln sich entschließe. Deshalb betrieb Lachmann im Dezember 1531: man solle einmal die

*) Jäger S. 151 ff., 161 ff., 169 f.

**) Jäger S. 178—183.

ganze Gemeinde zusammen kommen lassen und sie prüfen, welches Gemüthes sie wäre. Dieses Abstimmungsmandat sollte einestheils auf den Rath eine heilsame PreSSION ausüben, anderntheils aber Rathmann eine wohlberechnete Waffe zur Vertheidigung seiner eigenen Person in die Hand geben. Den vier an verschiedenen Orten zusammenberufenen Viertheilen der Bürgerschaft, denen sogenannte Viertelsmeister vorstanden, ließ der Rath sein Vorhaben verkünden, die noch vorhandenen päpstlichen Mißbräuche abzuschaffen und sie fragen, ob sie den Rath mit Leib und Gut in dieser Reformation unterstützen wollten oder nicht? Damit den Abstimmenden aber ihr Entschluß um so leichter falle, so lasen die Viertelmeister den Bürgern folgende Rathsbotschaft vor.

„Ehrsame, liebe und gute Freunde, es hat ein fürsichtiger, ehrsammer, weiser Rath dieser Stadt euch zusammenberufen lassen und uns verordnet, ihrer Weisheit Befehl an euch alle gelangen zu lassen, wie ihr vernehmen sollt. Ihr habt euch noch leichtlich zu erinnern, daß ein ehrsammer Rath euch vorlgen Jahrs versammelt und anzeigen hat lassen, wie ihre Weisheit durch das heilige ewige Wort Gottes verständigt sei, daß man sich eines andern Regiments der Gewissen und Seelen, dann eine Anzahl Jahre her gepflegt worden, unterfahren wolle, deswegen sich ihre Weisheit als Obrigkeit dieser Stadt um ihrer und eurer Seelen Heil willen schuldig erkannt hat, auf Speyer'schem und jüngst Augsburger Reichstag, auf welchem die alte erschlichenen Menschen-sagungen wieder angerichtet werden wollten, darcin nicht zu gehellen, dawider neben andern Chur- und Fürsten, Herrn und Städten, dem Evangelio anhängig zu protestiren und appelliren und in diesen ewigen Dingen mehr Gott, als gebühlich, denn die Menschen vor Augen zu haben, doch darneben kaiserlicher Majestät, unserm allergnädigsten Herrn in zeitlichen Dingen als dem einigen Herrn unterthänigen Gehorsam unentzogen.

Auch habt ihr euch zu erinnern, daß darauf dennoch ihre Weisheit bei euch indgemein ein gut Gefallen, auch daß ihr aus ehrsamem Gemüth, wie euch gebühlich,

einem ehrsamem Rath in solchem göttlichen Handel beständig sein wollet, befunden, deswegen dann ein ehrbarer Rath neben hochgemeldeten Chur- und Fürsten, Herrn und Städten ihres Glaubens Bekenntniß öffentlich an den Tag gegeben, abschiedlich in Kraft ihrer Protestation verharret, und gedenkt hiefür, was zur Förderung guter christlicher Ordnung gehört, nicht zu unterlassen. Daß aber noch bisher etliche Mißbräuche sich nicht verschließen, die doch vor den Prädikanten mit göttlicher Schrift zu vernichten, öffentlich erboten, und ihre Weisheit dennoch bisher nicht dagegen fürgefahren, ist aus Langmuth um der Schmach willen geschehen, auch hat sich der ehrbare Rath des verträsteten Concilliums oder Nationalversammlung, und darin einer Reformation versehen. Auch auf dem angesehten Speyer'schen Reichstag hat Gott Gnade geben wollen, die Sachen zu gutem anzulassen, auch hat man verhofft, der Herr sollte ihnen ein besser Gemüth gegeben haben, die Mißbräuche selber fahren zu lassen, dieweil aber bisher nichts erfolgt, gewißlich darum, daß solche Verblindung der Herrgott zur Straf verhängt, hat einem ehrsamem Rath zu beherzigen gebührt, daß der Zorn und die Strafe Gottes größer möchte werden, wo ihre Weisheit gräulichen und dem heiligen Wort Gottes widrigen Mißbräuchen länger zusehen würde, so dann von den Prädikanten bisher für und für geschrien und gepredigt, daß die päpstliche Mess, Vigi lien und der Anhang bei göttlicher Einsetzung des würdigen Testaments nicht bestehen, sondern Gott lästerlich seien, und hat daher der ehrsame Rath sie zu Nede gesetzt, und insonderheit, daß sie darauf bestehen und mit göttlicher Schrift zu bewähren sich erbieten, auch das Laster solcher Mess anzeigen wollen, vernommen, wie ein Jeder, so die Predigten hört, wohl verstanden hat. Und in Betracht, daß allhier niemand gehört worden, der sich auf ihr Erbieten ihnen zuwider die angeregte Messe mit einiger göttlicher Schrift zu erhalten angemacht, hat ein ehrsamem Rath in Kraft ihrer Bekenntniß des Glaubens, Protestation, Appellation und, sofern ihre Weisheit gottgefälligst Leben und das heilige ewige Gotteswort pflanzen will, solchem Mißbrauch zu entgegnen für nöthig erachtet, und aus göttlicher Liebe und Gott allein zu Ehren aus keiner Ehrgeizigkeit, Reid

noch niemand zuwider sich entschlossen, die päpstliche Mess und Vigilie abzustellen und zu erlegen, alsdann nach anderer guter Ordnung der Kirche göttlichem Wort gemäß zu trachten, und in der Stadt einzurichten bis künftigen Concilliums oder Nationalversammlung Reformation. So aber solche Mess und ihr Anhang eines statlichen Ansehens bisher bei der Welt gewesen, die auch um ihrer Abthnung willen ihre Leppigkeit erzeigen mag, und der Handel Gott und die Gewissen betrifft, sich Zeitlichem nicht vergleicht, hat es dennoch ihre Weisheit zuvor an euch Alle kommen lassen wollen, von einem Jeden insonders seiner Gewissen Erforschung solcher Messe halben zu haben, ob ihr im Glauben göttlichen Wortes so bestätigt, daß die Abstellung auch eine Pflanzung und kein Vergerniß sei, ihr auch dabei und bei einem ehrsamem Rath unerachtet besorglicher Verfolgung bestehen wollt, von einem Jeden zu hören“ *).

Nach dieser Anrede wurde an einen jeden einzelnen Bürger die Frage gerichtet: „Du hast nun den Fürhalt des ehrsamem Rathes gehört, und willst du, so ein ehrbarer Rath also fürfährt, bei ihrer Weisheit, so Verfolgung deßhalb läme, bestehen, Leib und Gut lassen?“ Hierauf erhielten die Viertelsmeister die einstimmige Antwort: es gefall ihnen wohl der Fürschlag eines ehrbaren Rathes, und hätten gern gesehen, daß es vorlängst wäre geschehen, sie wollen auch bei dem Rath bestehen, er solle fürfahren, und sie wollen gern darob leiden was Gott der Herr zuschicken werde, und Leib und Gut lassen **).

Abgesehen von den Heterereien mit welchen seit einem Jahrzehnt die Bürger seitens der Neuerer drangsalirt wurden, und abgesehen von den halben Maßregeln welche katholischerseits gehandhabt wurden und die nur Mißtrauen und Bunkelmuth hervorrufen mußten, ist diese Einhelligkeit der Heilbronner Bürger gar leicht erklärlich, indem der Wider-

*) Jäger S. 185 ff.

**) Jäger S. 189.

spruch gegen die Weisheit des Rathes, wie der Bürger Peter Herrenschmied bei längerem Widerstreben erfahren hätte, mit dem Verlust des Bürgerrechtes und mit der Ausweisung aus der Stadt bestraft wurde*). Das hindert aber natürlich nicht, fort und fort von der Heilsbegierde und freiwilligen Annahme des neuen Evangeliums zu deklamiren.

Um sich den Schein der Unparteilichkeit zu retten, beschloß nun der Rath, auch das Gutachten der altgläubigen Geistlichkeit über sein Furfahren einzuholen, ebenso der Klöster und des Commenthur im deutschen Hause, und zwar sollte dieses Geschäft an einem Tage und zu derselben Stunde abgemacht werden, um jedes gemeinschaftliche Protestiren zum voraus abzuschneiden.

Als der Weltklerus, die Präsenzherren, der Rathesbotschaft gegenüber erklärten, daß sie wie bisher ihren Pflichten nachzukommen gedenken, so schrieb Lachmann, wahrscheinlich auf Annahmen des Rathes, an die Präsenzgenossenschaft, stellte ihnen das Ungöttliche ihrer Ceremonien vor und bat sie, unter Einstreuung verschiedener ehrenrührigen Bezichte, die Messe zc. abzuschaffen und für ihre Psründen nützlichere Geschäfte bei der Kirche zu thun. Die der Insinnuation des Rathes theils ausweichenden, theils zustimmenden Aeußerungen der Präsenzherren wurden sofort protokollarisch aufgenommen, und dem Protokoll wie immer die Versicherung des Gehorsams gegen kaiserliche Majestät und einer zu hoffenden Entscheidung auf einem Concil beigefügt, wodurch der Rath sich den Rücken decken wollte. Auch der Kirchherr Johann von Bichtenstein wurde durch den Rath selber von diesen Vorgängen in Kenntniß gesetzt, nicht als ob letzterer eine Widerrede desselben zu achten gesonnen gewesen wäre, sondern vielmehr nur um wenigstens scheinbar dessen Rechte in Heilbronner Kirchensachen anzuerkennen. Die bald darauf erfolgte

*) Jäger S. 190.

Protestation Bichtensteins wurde bei Seite gelegt und ihr nicht die mindeste Folge gegeben *).

In gleicher Weise rückten die Neuerer mit ihren Forderungen gegen die Klöster vor, deren Bewohner mit kaum nennenswerthen Ausnahmen sich auf das geistliche und weltliche Recht, dessen ungestörten Genuß sie beanspruchten, beriefen. Allein der Rath spottete dieser Appellation und drohte mit Nachtheilen aller Art, so sich die Widerstrebenden nicht fügen wollten, gestattete ihnen indessen zur Erwägung eine vierwöchige Bedenkzeit. Gleichwohl ließ der Rath alle Rottenmeister zusammenkommen und befahl ihnen bekannt zu machen, daß Niemand, weder Mann noch Frau, noch Sohn und Tochter, Knechte und Mägde, weder in die Deutschhaus-Kirche noch zu den Barfüßern noch zu den Clarissinen gehen dürfe, bei eines Raths schwerer Strafe **).

Da aber auch jetzt wieder dem Rathe Gewissensstrupel über solche Rechtslosigkeiten aufstiegen und er eine Klage beim kaiserlichen Kammergericht fürchtete, so suchte er bei dem Procurator und Advokaten Dr. Engelhard vorzubeugen, indem er die bekannte Versicherung aussprach, daß er nur Gottes Ehre und der Seelen Heil zu fördern unternommen habe, den Gehorsam gegen kaiserliche Majestät unangetastet. Engelhard, weil selber reformsüchtig, bestärkte den Rath in seinem Vorhaben, wie er denn vom kaiserlichen Gericht nichts zu befürchten habe, da der Kaiser befohlen hätte, gegen die Protestirenden und männiglich des Evangeliums halben stille zu stehen und nicht zu prozediren ***).

Da der Rath glaubte, daß nach Ablauf der vierwöchigen Frist die Mönche sich zu einer Disputation hergeben würden, so suchte er durch Beiziehung des Predigers Brenz in Hall und des Ambros Blarer, der dazumal in Eßlingen sich be-

*) Jäger S. 191 ff., 198 ff.

**) Jäger S. 203 ff.

***) Jäger S. 214 f.

sand, die Kräfte des D. Lachmann zu verstärken. Allein weder Hall noch Eßlingen sandten die erbetene Hülfe. Brenz berief sich auf die Nutzlosigkeit solcher Disputationen, und der Eßlinger Rath konnte und wollte Blarer nicht entbehren^{*)}. Die Requirirung solcher Hülfsstruppen war aber auch in der That nicht vonnöthen, indem die Klosterherrn die Ansicht des Brenz über die Nutzlosigkeit solcher Religionsdisputationen theilten, sich einzig auf ihr Recht stellten und den Schutz desselben durch eine Klage bei ihren Obern anriefen. Ein ehrbarer Rath beachtete natürlich solches nicht im mindesten; er legte vielmehr jetzt Gewalt an die Klöster, indem er Alles in denselben inventiren ließ und so die Möglichkeit, den Gottesdienst in althergebrachter Weise zu feiern, benahm. Zwar protestirten die Ordensobern, der Bischof von Würzburg; man drohte dem Rath mit Klage beim Bund. Allein all das ließ er eine Rede seyn. Die geistlichen Obern hielt er keiner Antwort mehr werth, und den weltlichen Obern gegenüber antwortete er ausweichend, wodurch bei der damaligen Kraftlosigkeit auch des weltlichen Armes der Rath immer mehr Zeit gewann, seine Gewaltübungen zu consolidiren^{**}).

Nach den geheimen und öffentlichen Umtrieben, die insbesondere Lachmann zur Zerstörung des alten Gottesdienstes und vorzüglich des heil. Messopfers, dessen Gräuelhaftigkeit nicht oft genug hervorgehoben werden konnte, in's Werk gesetzt wurden, hätte man glauben sollen, daß, wenn diese ärgerlichen Dinge ausgetilgt wären, nunmehr paradiesische Zustände in Heilbronn zu Tage treten würden, indem jetzt alle die Hindernisse für ein lauterer Seelenheil ausgerottet waren. Aber siehe da, Lachmann hatte im J. 1532 schon Veranlassung genug, das Augenmerk des Rathes auf die

^{*)} Jäger S. 216 ff. Pressel, Ambrosius Blarer S. 228 f.

^{**}) Jäger S. 222 ff.

massenhafte Sittenlosigkeit seiner lieben Gemeinde hinzuweisen. Bachmann schreibt an den Rath, er solle nun ein anderes Aussehen haben, die öffentlichen Laster zu bestrafen, auf daß Gott nicht so gräulich gelästert werde; denn wollen sie evangelisch genannt seyn, so müsse Ehebruch, Hurerei, Gotteslästerung, Böllerei, Spielen ohne Maß gedämmt werden, anders besorge er, es sei mit ihnen gethan. Es würde zuletzt ärger mit ihnen, denn mit Sodom und Gomorrha, die auch das Wort Gottes gehabt, aber sie haben sich nicht gebessert *).

Und doch war dieser Sittenverfall nur eine natürliche Folge der Bachmann'schen Umrtriebe seit vielen Jahren. Die alte kirchliche Zucht und die derselben entsprechenden Gebräuche wußte man nicht genug lächerlich zu machen und als seelenverderbende Werkheiligkeit zu verspotten, und die Anlegung neuer Zügel hatte man nicht gewagt, hatte es sogar gerne gesehen wenn, berauscht vom süßen Weine der neuen evangelischen Freiheit, das Volk alle alten Gebräuche, an deren Beobachtung sich vielfach das sittliche Leben des Volkes bisher angelehnt hatte, mit heller Lust in tausend Stücke zusammengeschlagen hatte. Jetzt aber wünschte man doch wieder sittliche Zustände, und diese sollten nun auf Raths-Ordnungen aufgebaut werden, zu deren Abfassung und Einführung der Rath sich geraume Zeit gönnte.

Zur Kennzeichnung der damaligen neuen kirchlichen Verhältnisse und ihrer Vergleichung mit den jetzigen dürfte es nicht unpassend seyn, wenn wir jetzt, nachdem wir die Reformation der Stadt Heilbronn im Großen und Ganzen vollbracht sehen, die neue Kirchenordnung vom J. 1532 einfügen, welche der Rath als eine liebliche und freundliche Vereinigung mit den Präsenzherrn bis auf ein christliches Concil bezeichnete.

*) Jäger S. 234 f.

1) Den Chor der Kirche soll Niemand, der nicht dahin gehöre, überstehen, sondern allein die Priester, Schulmeister, Schüler und andere ehrsame Personen dazein gehörig; der Rath werde deßhalb ein öffentliches Edikt ausgehen lassen.

2) Da nun die Frühmess abgeschafft sei, so wolle der Rath, damit das arbeitende Volk doch nicht so roh an die Arbeit gehe, sondern zuvor Gott vor Augen habe und sein Reich suche, eine christliche Predigt mit göttlicher Schrift und biblischer Auslegung eine halbe Stunde zu thun angerichtet und bestellt haben, jedes Werktages, zu der Zeit da die Frühmess gehalten worden, und sollen also in der Woche sechs solcher Predigten gehalten werden, und sich die Präsenzherren der Tage halten mit einander vereinen.

3) Der Pfarrer soll entweder selbst, oder durch einen Helfer, den er dem Rathe anzeige und den der Rath leiden möge, zwei Frühpredigten halten, der Pfündinhaber von Maria Magdalena dergleichen, und von den beiden Diaconen jeder eine Frühpredigt halten. Wäre ein Feiertag in der Woche, und würde das arbeitame Volk Morgens der Ruhe sich freuen, und die Prediger von Amtswegen mehr Predigten haben an diesem Tage, so wolle man an solchen Feiertagen die Frühpredigt einstellen, dafür aber sollte der, der sie zu halten hätte, um sechs Uhr eine halbe Stunde im Spital eine Predigt thun, damit die armen Spitäler auch eine Tröstung göttlichen Wortes hätten.

4) Statt des päpstlichen Amtes um acht Uhr sollen am Montag, Dienstag und Donnerstag, wenn es Werkstage seien, der Pfarrer und die Präsenzherren im Chor in ihren Chorröcken oder andern ehrsamem Kleidern erscheinen, zwei kurze Psalmen in Latein singen, die mit dem Deus in adjutorium und einer christlichen Antiphon anfangen, und dann der Präsenz bestellter Prediger, der dem Rath gefällig sei, aufstehen und eine halbe Stunde eine christliche Predigt nach göttlichem Worte thun, und mit einem Segen beschließen. Den Mittwoch und Samstag wolle der Rath um des Volkes willen, mit dem Jeder auch zu thun habe, anstehen lassen. Am Freitag soll der Doktor Prediger wie bißher um acht Uhr die Kirche mit Predigen versehen,

doch soll die Präsenz, so ausgeläutet, im Chor erscheinen und zwei Psalmen singen, wie oben bestimmt. Falle auf Montag, Dienstag oder Donnerstag ein Feiertag, da der Doktor Prediger predigen müsse, so soll dennoch die Präsenz im Chor erscheinen, dem Schulmeister und den Schülern im verordneten Gesang behülflich seyn, dann der Präsenzprediger, der an diesem Tage hätte predigen müssen, des Nachmittags predigen.

5) Weil der Rath das Salve zur Abendszeit abgestellt, so soll man zwar alle Abend zu derselben Zeit läuten, aber dann sollen die lateinischen und deutschen Schulmeister und ihre Schüler erscheinen, einen Gesang um gemeinen Frieden halten, und ein Diaconus das Volk zum Frieden ermahnen.

6) Sonntags unterbleibe die Frühpredigt. Aber um acht Uhr soll, wie bisher, die Ordnung in der Kirche mit dem Abendmahl in selbiger Kleidung gehalten, und durch den Doktor Prediger mit Gebet und Segen beschloffen werden, doch soll dabei die Präsenz erscheinen und thun wie oben. Nachmittags soll der Pfarrherr selbst die Predigt thun, und die Maidlenslehre oder Disputation nicht mehr gehalten werden.

7) Soll anstatt der abgethanen mißbräuchlichen Vesper am Werktag, weil das Volk zu selbiger Zeit zu arbeiten habe, nichts gehalten werden, aber am Samstag, Sonntag und Feiertagen Nachmittags drei Uhr, nach dem Vesperläuten, sollen Pfarrherr, Präsenz, lateinische und deutsche Schulmeister im Chor erscheinen, ein Priester das Deus in adjutorium singen, darnach zwei oder drei Knaben einen christlichen Antiphon, dann die Präsenz und Schule zu zwei Chören zwei lateinische Psalmen singen, ein Diacon eine deutsche Sermon auf eine Viertelstunde auf dem Stuhl thun, dann Schulmeister, Schüler und Volk das Magnifikat oder Benedictus singen, und mit kurzem Gebet und Segen beschloffen werden. An Feiertagen soll statt der Sermon auf dem Stuhl die Knabenlehre gehalten werden.

8) Und damit die Präsenzherrn, die nicht gerade einen Theil der Arbeit haben, nicht müßig gehen oder sonst fahrlässig erscheinen, so sollen die, so nicht kommen oder zu spät, um zwei Weck in die Präsenz gestraft werden.

9) Alle Eheinssegnungen und Taufe sollen bei der Tagpredigt um acht Uhr geschehen, es wäre denn, daß ein Kind die Zeit nicht erwarten möchte, so solle getauft werden wie bisher *).

Diese Musterarbeit des Rathes muß wohl in Jedem das Gefühl des Ekels darüber erregen, daß die Prediger nicht besser als andere Rathsbienner behandelt werden, welche Behandlung sie freilich dadurch sich selbst zugezogen haben, daß sie alle geistliche Gewalt dem Rathe überwiesen, somit nur die selbst geschmiedeten Ketten trugen. Nicht minder bezeichnend erscheint der förmliche Ueberguß von Predigten, welcher das Merkmal des Protestantismus geworden war und das Surrogat für die zahlreichen katholischen Gottesdienste, die aber von solcher ermüdenden Einerleiheit fern waren, bilden sollten. Endlich werden wir an dieser Rathsarbeit die liturgischen Principien bewundern, nach denen sie gefertigt wurde, indem bald die Rücksicht auf den Morgenschlaf, bald die Rücksicht auf die Gewohnheiten des Volkes in den Anordnungen bestimmend einwirkte.

Wenn wir endlich bemerkt haben, daß von dem dargelegten Fundamente aus die Reformirung Heilbronn's, allerdings unter noch vielerlei Kämpfen besonders mit den Klöstern, allmählig durchgeführt wurde, so dürfen wir mit unserm Referate dem Abschlusse entgegeneilen, nachdem wir noch verzeichnet haben, daß Dr. Lachmann bis zum Eintritt des Interim im J. 1548 dem neuen Kirchenwesen vorstand, in diesem Jahre aber aus Verdruß wegen der Nachgiebigkeit des Rathes und der Bürgerschaft, obwohl sie Gut und Blut für Festhaltung an den Reformen einzusetzen versprochen hatten, mit Zurücklassung einer Exhortatio ad constantiam sein Amt niedergelegt hat **).

*) Jäger S. 240 f.

**) Jäger S. 271.

XXXIII.

Die Passauer Annalen und Bischof Konrad II.

I.

In dem 60. Bande dieser Blätter S. 924 ff. wird die Werthlosigkeit der sog. Passauer Annalen nachzuweisen versucht und zwar hauptsächlich auf Grund ihres Berichtes über den Bischof Konrad II. von Passau. Der Verfasser des betreffenden Aufsatzes glaubt behaupten zu dürfen, daß ein Bischof Konrad II. dux Poloniae nie existirt habe. Dem entgegen erlaube ich mir, die Angabe der genannten Annalen ihrem wesentlichsten Inhalte nach aufrecht zu erhalten. Schlesiſche Berichte und Urkunden liefern für sie den kräftigsten Beweis.

Heinrich II., der Fromme, Herzog von Schlesien und Polen und seine Gemahlin Anna, die Schwester des von 1230—53 regierenden Königs von Böhmen, Wenzel I., hatte außer fünf Töchtern noch fünf Söhne. Vier der letzteren erwähnt die Geschichte, nämlich: Boleslaus, Heinrich, Konrad und Wladislaus. Konrad war im Jahr 1225 geboren *) und sollte sich, wie sein jüngster Bruder Wladislaus, dem geistlichen Stande widmen. Weil die Söhne

*) Knoblich, Herzogin Anna von Schlesien. Breslau 1865. S. 15.

das Erbe ihres Vaters zu theilen pflegten, wollte man durch diese Maßregel die zu große Zersplitterung und Schwächung Schlesiens verhüten. Die beiden jüngsten Brüder wurden demnach — wann ist nicht gewiß — auf Studien geschickt, Wladislaus nach Padua und Konrad, der bereits Subdiacon geworden war, nach Paris. Zugleich wurden sie nach dem Tode ihres Vaters, der am 9. April 1241 in der Schlacht bei Wahlstatt gegen die Mongolen fiel, ihren beiden älteren Brüdern, den Haupterben als Theilgenossen zugewiesen und zwar Konrad dem Boleslaus und Wladislaus dem Heinrich.

Im Jahre 1248 erfolgte ohne Zweifel die Theilung des Landes in der Weise, daß Boleslaus mit Konrad Niederschlesien und die beiden anderen Brüder Mittelschlesien erhielten*). Der schlesische Chronist, welcher uns erzählt, daß Konrad als Subdiacon in Paris studirte, bemerkt auch, derselbe sei um die Zeit, von der wir reden, erwählter Bischof von Bamberg gewesen**). Darin irrt er jedoch. Konrad war erwählter Bischof von Passau. Er befand sich auch bereits wieder in der Heimath. Beides ergibt sich aus einer Reihe von Urkunden. Am 28. Januar 1249 urkundet Boleslaus II., Herzog von Schlesien und Polen in Liegnitz, *presentibus fratre nostro, domino Conrado Palaviensi electo etc.****). In demselben Jahre 1249, wo und an welchem Tage ist nicht gesagt, urkundet Boleslaus dei gracia senior dux Slesie et Polonie una cum fratre nostro, domino C.(onrado)

*) Glagel, Vorstudien zur Regierungsgeschichte Heinrich IV., Herzogs von Schlesien und Herrn von Breslau. Programm des lathol. Gymnasiums in Glag. 1864. S. 7.

**) Chronica Polonorum, bei Stenzel, Script. rerum Silesiac. Breslau 1835, I. 28. Diese Chronik ist nach Stenzel a. a. O. S. VIII. gegen Ende des 13. oder im Anfang des 14. Jahrhunderts abgefaßt.

***) Stenzel, Urkunden zur Geschichte des Bisthums Breslau im Mittelalter. Breslau 1845. p. 18, und bei Heyne Geschichte des Bisthums Breslau 1860, I. 356.

*electo Pathaviensi . . . **) Noch zweimal am 1. und 15. Juni 1249 urkundet Herzog Boleslaus zu Goldberg mit seinem Bruder Konrad, dem *electus Pathaviensis***). Die beiden letzteren Urkunden habe ich im kgl. Staatsarchiv zu Breslau selbst gesehen. Die Siegel der beiden Aussteller hängen daran und das des Konrad zeigt einen Mann im langen geistlichen Gewand mit der Umschrift (ich schreibe nicht diplomatisch genau): † *Conradus dei gratia Rector ecclesiae Pataviensis*.

Ohne Zweifel war es Innocenz IV., welcher den schlesischen Fürstensohn, den Enkel der hl. Hedwig auf den Stuhl von Passau befördern wollte; vielleicht erließ er aus diesem Grunde auch am 14. Februar 1249 das im 60. Bd. dieser Blätter S. 932 angeführte Verbot an das Kapitel von Passau. Die Sache vermittelte wohl sein Legat, der Archidiacon Jakob von Lüttich, der im J. 1248 in Polen und Schlesien sehr thätig war und namentlich im Oktober desselben Jahres eine große Provinzial-Synode in Breslau feierte***). Eine Mitwirkung Albert's des Böhmen bei dieser Angelegenheit erscheint sehr glaublich, wenn man bedenkt, welch' freundschaftliche Gefinnungen er gegen Konrads Vater Heinrich und seine Tante Agnes von Böhmen in einem Schreiben an Papst Gregor IX. bekundete†).

Wie aus den oben angeführten Urkunden erhellt, stand Konrad, so lange er noch als *electus Pataviensis* auftrat,

*) Tzschoppe und Stenzel, Urkundensammlung zur Geschichte des Ursprungs der Städte u. in Schlesien und der Ober-Lausitz. Hamburg 1832. S. 312. Diese Urkunde war bereits von Ludewig, *Reliquiae manuscript. VI.* 487 aus einem alten Copialbuche des Klosters Grüssau, doch fehlerhaft gedruckt.

***) Urkunden des Klosters Leubus. Breslau 1821. S. 178 und 180.

***) Heyne a. a. D. I. 362 ff.

†) Knoblich a. a. D. S. 71.

mit seinem Bruder Boleslaus, der im Sommer 1249 sich anschickte den Bruder Heinrich III. von Breslau mit Krieg zu überziehen, in gutem Einvernehmen. Bald aber muß er mit Boleslaus zerfallen seyn; ohne Zweifel weil er sich entschlossen hatte, den geistlichen Stand aufzugeben und er nun mit seinem Bruder erben wollte. Diesem kam ein solcher Entschluß aber ganz ungelegen, er weigerte sich wahrscheinlich einen Theil des ererbten Landes herauszugeben. Konrad floh nach Posen zu seinem Schwager, dem Herzog Przemisl, einem Sohne des Wladislaus Odonicz, der ihn in den Stand setzte, mit einem Heere in Schlesiens einzufallen und sich in dem alten Schlosse Beuthen an der Oder festzusetzen. Es gelang ihm sogar, in Gemeinschaft mit dem Bruder Heinrich von Breslau den Boleslaus gefangen zu nehmen*). Konrad ging hierauf wieder nach Posen, wo er im Beiseyn des Erzbischofs Fulco von Gnesen und des Bischofs Boguphal von Posen seine Vermählung mit Salome, der Schwester des Herzogs Przemisl feierte**). Diese Vorgänge fallen wohl in das Jahr 1250. Konrad urkundete bereits am 23. April 1251 zu Glogau als dux Slezie***). Der Bischof Thomas von Breslau brachte endlich zwischen den streitenden Brüdern einen Vergleich zu Stande, wonach Konrad den größeren Theil Niederschlesiens mit dem Hauptorte Glogau erhielt†).

Breslau.

Dr. Otto.

*) Glagel a. a. D. S. 10.

**) Knoblich a. a. D. S. 74.

***) Nach einem Regest des Breslauer f. Staatsarchives.

†) Glagel a. a. D. S. 10.

II.

Vorliegendem Berichte habe ich nur wenige Zeilen beizufügen.

Die Urkunden, welche Hr. Dr. Otto beibringt, waren für mich neu und überraschend, aber sie ändern nichts an den Resultaten, zu denen ich gelangt bin, sie machen nur meine zuletzt ausgesprochene Hypothese über die Art der Entstehung der Sage von einem Bischof Konrad überflüssig, indem sie sichere, urkundlich dokumentirte historische Anhaltspunkte gewähren. Ich habe behauptet, der angebliche polnische Prinz Konrad (*dux poloniae*) sei nie Bischof von Passau gewesen, denn unmittelbar auf Rudiger sei Bischof Berthold gefolgt; Konrad könne unmöglich 15 Monate lang regiert haben, weil zwischen der Absetzung Rudiger's und der Ernennung Bertholds bloß ein Zwischenraum von drei Monaten sei. Diese Behauptungen werden durch die neu beigebrachten Urkunden nicht aufgehoben, sondern vielmehr bestätigt und zur historischen Gewißheit erhoben. Die Urkunden, in denen Konrad als *electus palaviensis* erwähnt wird, stammen sämtlich aus dem Jahre 1249, im J. 1250 erscheint er nicht mehr als solcher, vielmehr erkämpfte er sich in diesem Jahr ein schlesisches Herzogthum, wie Dr. Otto selbst ausführt. Nun war aber Rudiger Bischof bis zum 11. März 1250, er war als solcher bis zu diesem Zeitpunkte vom Papste und einem Theil des Capitels wenigstens, nach urkundlichen Dokumenten anerkannt, folglich kann Konrad, der sich im Jahre 1249 *electus Passaviensis* nennt, nicht rechtmäßig „erwählter“ Bischof gewesen seyn. Die von Dr. Otto beigebrachten Urkunden berechtigen höchstens zur Annahme, daß Konrad 1249 als Candidat für den Pass. Bischofsitz sich meldete, sich vielleicht die Stimmen einiger

Kanoniker zu verschaffen wußte und dann mit der Prätension eines „electus“ auftrat*). Daß Konrad nicht das ganze Kapitel, sondern höchstens einen Bruchtheil desselben für sich hatte, dafür bürgt die Thatsache, daß fortwährend bis zum 8. April 1250 der bessere Theil der Kanoniker, darunter Otto von Konstorf, auf Seite Rudiger's war**).

Daß auch Papst Innozenz IV. von der Candidatur Konrads nichts wissen wollte, sie ganz ignorirte, kann urkundlich bewiesen werden. Als Rudiger Kirchengut verschleuderte, ernannte Innozenz IV. den Bizegom von Regensburg, den spätern Bischof Berthold zum Administrator der weltlichen Güter des Bisthums Passau***). Die Urkunde ist datirt vom Februar 1249, also zur nämlichen Zeit, wo Konrad in schlesischen Urkunden sich electus palav. betiteln ließ. Zur selben Zeit (14. Febr. 1249) verbot Innocenz dem Kapitel im Falle der Erledigung einen Bischof sich zu wählen, er behielt vielmehr das Besetzungsrecht sich selbst vor†). Dieses Verbot erscheint mir als Abjagebrief an diejenige Partei des passauischen Kapitels, welche einen Bischof ihrer Wahl wollte und als solchen den schlesischen Prinzen sich ausersehen hatte. Es scheint demnach, daß die Candidatur Konrads beim päpstlichen Stuhle keinen Anklang fand und daß deshalb der schlesische Prinz, obwohl bereits Subdiacon, dem geistlichen Stande für immer entsagte und einen Herzogshut sich erkämpfte. Dieß ist also die Bedeutung der von Dr. Otto beigebrachten Urkunden.

Ich hatte in meiner Abhandlung als sicheres Resultat

*) In dieser Hinsicht ist zu beachten, daß Konrad zur Zeit wo er sich electus betitelt, nicht in Passau sondern in Schlessien weilte.

**) Vergl. meine Abhandlung im 60. Bande.

***) l. c.

†) l. c.

tat hingestellt: 1) Konrad war nie Bischof von Passau, 2) die einzige Quelle, auf deren Autorität hin man an ihm festgehalten hat, die *annales palavienses* sind eine werthlose Compilation. Ich kann jetzt genauer sagen: 1) Konrad war nie Bischof von Passau, höchstens der Candidat einer Partei des Capitels und Prätendent des Passauer Bischofsstuhles. 2) Die *annales palavienses*, welche Konrad in den Passauer Bischofskatalog einreichten und ihm als Nachfolger Rudigers eine Regierungszeit von 15 Monaten beilegte, sind eine werthlose Compilation, erst entstanden als das historische Bewußtseyn bereits verdunkelt war. Sie machten aus einem Bischofskandidaten einen wirklichen Bischof, aus einem Gegner Rudiger's seinen Nachfolger. Es läßt sich ferner jetzt mit Sicherheit behaupten: 3) die Sage vom Bischof Konrad (*dux poloniae*) hat einen historischen Hintergrund und zwar einen viel realeren als ich vermuthete und in der Form einer Hypothese aussprach.

G. Raginger.

XXXIV.

Johann Salat von Luzern, Chronikschreiber der Schweizer-Reformation.

Zu den mannigfaltigen, aus früheren Zeiten stammenden und heutzutage noch herrschenden Vorurtheilen gehört auch die Ansicht, daß katholischerseits für die Geschichtsschreibung zur Zeit der Reformation wenig oder nichts gethan worden, und daß der Forscher jetzt beinahe ausschließlich auf protestantische Chroniken und bezüglich der Schweiz speciell auf die Schriften Bullinger's (Zwingli's Nachfolger) angewiesen sei. Eine genauere Prüfung der aus dem 16. Jahrhundert in der Schweiz vorfindlichen Annalen hat die Unrichtigkeit dieser Angabe aufgedeckt. Allerdings ist bis jetzt keine von den Katholiken verfaßte Chronik vollständig im Druck erschienen, aber es wurden deren katholischerseits mehrere verfaßt und namentlich eine sogar im amtlichen Auftrage, über die wir hier Näheres mitzutheilen gedenken.

Im Jahre 1530, Samstag nach hl. Kreuz, beauftragte die Tagsatzung der katholischen Orte die Regierung von Luzern „mit ihren Schreibern ernstlich zu verschaffen, Alles aufzuzeichnen und in Schrift zu fassen, was Zürich, Bern und die lutherischen Städte handelten wider den Bund, den

gemachten Landfrieden und dergleichen Verschreibungen, damit sie dieß, ob es hernach hiezu käme, nach Glimpf und Umständen dem gemeinen Mann darzuthun hätten." (Abscheide des Luzerner Staatsarchivs J. I. S. 191.) Eine Folge dieser Schlußnahme war, daß der damalige Luzerner Gerichtschreiber Johann Salat eine ausführliche Chronik niederschrieb. Die fünf katholischen Orte ließen das Buch durch besondere Abgeordnete lesen und prüfen und bezeugten dem Verfasser ihre Zufriedenheit durch eine väterliche Verehrung. Auch wurde für jeden katholischen Ort eine vom Verfasser unterzeichnete und beglaubigte Abschrift ausgemacht. (Salats Chronik S. 372 und Salats Brief an Solothurn 1533.) Von diesen Original-Handschriften sind gegenwärtig noch zwei vorhanden, die eine im Staatsarchiv zu Schwyz, die andere im Staatsarchiv zu Obwalden.

Der Coder von Schwyz hat 541, der von Obwalden 546 mit fortlaufenden römischen Zahlen bezifferte Blätter, jener also 1081, dieser 1091 Seiten. Beide Codices sind von Salat theilweis selbst geschrieben, jedenfalls vollständig durchgesehen und registriert worden.

Beiden Handschriften ist das in Farben gemalte Wappen des betreffenden Orts mit dem Reichsadler und der Reichskrone vorgesetzt; dem Schwyzer Coder ist überdieß eine in Farben gemalte Handzeichnung der Gappeller-Schlacht beigegeben. Die zwei Handschriften stimmen im Inhalt zusammen, nur in der Darstellung zeigen sie einige Variationen. Der Verfasser hat nämlich jeweilen die Handschrift für den betreffenden Ort zum voraus bestimmt und hie und da einiges für denselben speciell Interessantes mehr oder weniger ausführlich besprochen. Die Obwaldner-Handschrift wurde im J. 1535, die der Schwyzer im J. 1536 vollendet.

In der Abfassung seiner Chronik beobachtete Salat folgenden Plan. Er eröffnet sein Buch — nach der Sitte seiner Zeit — mit einer Menge von Vorworten („Presentierung, Anrufung, Vorred, Vnderricht, Prob und Anzeig, Substantz

und kurzer Begriff, Anfang, Erläuterung und Ursach dieser Beschreibung" 2c.). Dann sendet er der eigentlichen Jahres-Chronik noch einen sozusagen biographischen Abschnitt voraus, in welchem er die Reformations-Geschichte des 16. Jahrhunderts im Allgemeinen behandelt und zu diesem Zwecke a) die Geschichte Luthers und seiner vorzüglichsten Anhänger, b) die Geschichte der Wiedertäufer und ihrer Führer und c) die Geschichte Zwingli's von dessen Geburt bis zum J. 1521 erzählt. Mit diesem Jahr beginnt er endlich die specielle Chronik der Schweizer Reformation, trägt die Akten und Paktten eines jeden Jahres chronologisch ein und schließt sein Buch mit dem J. 1534.

In der Ausführung dieses Plans ging Salat von der Ansicht aus, „daß eine Chronik eine ordentliche Beschreibung der vorzüglichsten Ereignisse seyn soll, um nach der Ordnung und dem Laufe der Zeit die merkwürdigsten Veränderungen den Nachkommen zu überliefern.“ Er setzte sich zur Aufgabe, „alle Dinge, Händel und Sachen so bei einer löblichen Eidgenossenschaft seit dem 1517. Jahr bis zum Ende des 1534. Jahrs wider und für verhandelt, kurz, doch Alles und Jedes in rechter und wahrer Substanz zu beschreiben“ (Chronik S. 373 2c.).

Um „recht und wahr“ zu seyn bediente er sich der amtlichen Quellen, welche ihm in vollster Weise zugänglich waren. Diesen wichtigen Punkt beurkundet Salat selbst durch das feierliche Zeugniß: „daß er Alles und Jedes, was er von den Dingen, Händeln und Sachen der Eidgenossen beschrieb, aus den Schriften, Missiven, Instruktionen und Abscheiden und zwar aus den rechten Originalien und Hauptbriefen und nicht aus abgemalten Copien oder vergriffenen Auszügen gezogen habe, und daß er dieß vor der ewigen Wahrheit und mit Schriften selbst bezeugen möge“ (Chronik, S. 373). Ferner bemerkt er, „daß er nicht nur die Schriften und geschriebenen Handlungen der fünf Orte fleißig hervorgesucht und ausgezogen, sondern überdieß die Aufzeichnungen wohl-

gelehrter, geistlicher und weltlicher Personen durchforscht und nicht kleinfügig Händel, schriftlich und mündlich, mit Kosten und Arbeit selbst von der Gegenpartei an sich gebracht, und daß er nichts auf bloßes Hörensagen oder ohne Grund aufgenommen, wohl aber starkmüthig das was er selbst gesehen, mit Fleiß vermerkt und in dieser Beschreibung aufgezeichnet habe" (Chronik Vorwort, Abschn. III).

Salat war in der That nicht nur Mitlebender sondern Mithandelnder in der Reformationszeit. Als Feldschreiber machte er den Kriegszug der katholischen gegen die neugläubigen Orte 1531 im Freienamt mit und das Staatsarchiv von Luzern bewahrt bis auf den heutigen Tag dessen Missive aus dem Kriegslager.

Die Aktenstücke und Thatfachen, welche Salat in seine Chronik aufgenommen, begleitet er mit zahlreichen hie und da etwas längeren Bemerkungen und Schlußfolgerungen. In diesen spricht sich stets die Grundansicht aus, daß die Reformationswirren eine Strafe Gottes seien zur Besserung des Menschengeschlechtes. Dem Chronikschreiber war in seiner Anschauungsweise außer Zweifel: erstens daß die Sünden und Mißbräuche der Menschen, geistlichen und weltlichen Standes, zu seiner Zeit ein Strafgericht Gottes hervorgerufen; zweitens daß „etlich verzwyfflet Mönch und Pfaffen“ die Zuchttruthen zur Vollziehung dieser Strafe waren; drittens daß diese Mönche und Pfaffen ihre Irrung durch Betrug und List, durch die Gewalt ihrer weltlichen Parteigänger und durch das zu lange Schweigen der Rechtgläubigen ein- und durchgeführt hätten; daß Gott den Katholiken den Sieg verliehen habe und fernerhin verleihen werde, damit sie jortan die Mißbräuche und Laster abstellen und eine wahre Reform einführen mögen.

Diese Anschauungsweise sprach Salat in freier, mitunter verber Sprache aus; er schrieb eben die Sprache seiner Zeit, welche allerdings unseren Ohren ungewohnt klingt, aber bazumal Allen gemein war. Dabei erklärte er wiederholt, „daß

er die Thatfachen so berichte, wie er sie in den Akten selbst gefunden; wie er Jeden gefunden, so habe er ihn wieder gegeben, alle Ding ohne Nachsal und Zorn" (Chronik S. 27, 265 u.).

Daß die Chronik Salats eine Geschichtsquelle von hoher Bedeutung ist, ergibt sich aus dem Angeführten selbst; auf sie gestützt dürfen die Katholiken das Wort führen: *Audiat et altera pars*. Dieß haben auch protestantische Geschichtsforscher anerkannt. So sagt, um nur einen anzuführen, der gelehrte Gottlieb Emanuel von Haller in seiner Geschichtsbibliothek u. A.: „Salat ist der einzige (?) Katholik, welcher die Anlässe, Fortgang, Handlung, Mißtrauen und Kriegsbewegungen bei der Reformation fleißig und weitläufig beschrieben und sie der Nachwelt überlassen hat".... „Er lebte zu gleicher Zeit und hatte Theil an allen Begebenheiten. Die Quellen aus denen er geschöpft, sind aller Achtung würdig".... „Diese Chronik ist des Druckes würdig und sie enthält allerdings merkwürdige Begebenheiten, Umstände und Urkunden" (Bd. III. Nr. 67).

In der That ist es beinahe unbegreiflich, daß die Chronik Salats über 300 Jahre im Staube der Archive vergraben blieb und erst im gegenwärtigen Augenblick zum Druck gelangt. Dieselbe erscheint nämlich demnächst in dem vom Schweizer Piusverein gegründeten „Archiv für die Schweizer Reformationsgeschichte." Der Abdruck derselben, vollständig wort- und schriftgetreu, 24 Bogen in groß Verikonformat umfassend, ist bereits vollendet und wird in würdiger Weise den I. Band des Archivs eröffnen *).

Die Reformations-Chronik ist nicht das einzige Werk Salats; derselbe schrieb auch die „Legende des Bruder Klaus von Flueh" (gedruckt zu Luzern 1536) und ein „Warnung-

*) Die Direktion des Archivs wurde vom Schweizer Piusverein dem Herrn Graf Theodor Scherer, Domherr Prof. Fiala und Pf. Barmann übertragen; der erste Band, 50 — 60 Bogen stark, soll im Laufe dieses Jahres ausgegeben werden.

büchlein an die XIII Orte der Eidgenossenschaft" (1537). Auch verfaßte er mehrere Zeit-Gedichte, welche wir hier zum Schluß noch kurz berühren wollen.

Salat's bekannteres, wiederholt durch den Druck verbreitetes Gedicht ist der „Tanngratz“, ein „Spruch von den Bernern“. Diese mehrere Seiten umfassende Satire auf die Berner zog dem Verfasser Verfolgung und Gefängniß zu. Er selbst berichtet darüber in seiner Chronik ad annum 1531: daß dieser Spruch weder Troß noch Schmach sondern nur die lautere Wahrheit enthalte; daß derselbe aber den Bernern wie Schimpf vorgekommen sei. Die Berner hätten einen Boten über den andern nach Luzern gesandt, und auf Bestrafung des Dichters gedrungen. Darauf hätten seine Herrn von Luzern, um den Dichter vor dem Bären und seinen Anhängern sicher zu stellen, ihn in dem Wasserthurm eingesperrt, ihn während 70 Glockenstunden darin vergessen; und damit sollte der arme Mann gebüßt haben. „Tröst' ihn Gott, hülf' der Lufel dem Bären“ (Chronik, Vorwort, Abschn. I u. S. 343).

Salat verfaßte ferner das „Lied vom Krieg“, das „Lied vom Zwingli“ und den „Triumphus Herculis Helvetici“ mit folgendem Wortspiel auf seinen Namen im Schlußreim:

Frage.

Rat an, wie heißt das Krüttli guot
Daran man Del und Gffig thuot,
So findst den Namen an der That
Der diesen Spruch gemachet hat.

Antwort.

Anderst ichs nit erkennen kan
Salat muß es den Namen han.

Replica.

Recht ist's errathen uff der Stett,
Wanns nur Johannes darby het,
Bon Sursee, Burger zu Luzern,
Gerichtschryber daselbst im Stern.

XXXV.

Wiener Briefe.

III.

10. März.

Ich hatte in meinem letzten Schreiben bemerkt, daß wir uns mit der kritischen Beurtheilung des neuen Ministeriums, so weit nicht schon Schlüsse a priori erlaubt sind, gedulden wollten bis Thatfachen vorliegen werden. Nun derlei Manifestationen haben nicht lange auf sich warten lassen; es liegen zunächst zwei vor uns, die eine vom Minister des Innern, die andere vom Polizeiminister ausgehend. Beide sind bezeichnend genug, um einer nähern Beurtheilung unterzogen zu werden.

Als in den letzten Monaten der Kampf gegen die Kirche, ihre Einrichtungen und ihre Organe von der Tribüne eröffnet und von der Presse in vielen tausend Exemplaren, welche jetzt schon ihren Weg in das Haus des Kleinbürgers und in den Hof des Bauern finden, mit allen möglichen Trugschlüssen unterstützt, verbreitet wurde, war es ganz natürlich, daß die Diener der Kirche zur Belehrung der Gläubigen und zur Aufklärung des Sachverhaltes die Kanzel benützten um den sakramentalen Charakter der Ehe sowie die Nothwendigkeit

des religiösen Einflusses auf die Erziehung der Kinder in den Volksschulen nach allen Seiten hin zu beleuchten. Die Irrthümer, welche sich durch die Vor Spiegelungen der schlechten Presse eingeschlichen haben, mußten von den Geistlichen pflichtgemäß aufgeklärt und der wahren katholischen Anschauung in diesen Fragen bei ihren Pfarrkindern Eingang zu verschaffen gesucht werden.

Sie haben hiebei, von den Regeln der christlichen Klugheit geleitet, nicht nur von ihrem Seelsorgerrechte Gebrauch gemacht sondern eigentlich nur ihre strenge Pflicht erfüllt. Wenn in sehr seltenen Ausnahmefällen Einzelne, fortgerissen von Eifer und Unwillen, zu große Schärfe in den Ausdrücken walten ließen und hiedurch bei sophistischer oder wenigstens sehr strenger Auslegung der Paragraphe unseres Strafgesetzes nach der Ansicht unseres constitutionellen Ministeriums die Grenze des Erlaubten überschritten hatten, so war der Staatsanwalt gleich bei der Hand und die Gerichte haben ihren constitutionellen Amtseifer durch schnelle Aburtheilung von solchen „Fanatikern“ bethätigt. Die Gerichtsprotokolle in Böhmen und Mähren können hievon Zeugniß geben. In diesen Fällen lagen doch wenigstens Thatfachen vor, welche je nach dem Verständniß das Substrat der Aburtheilung bildeten. Der Minister des Innern scheint aber die Ueberzeugung gewonnen zu haben, daß diese abschreckenden Beispiele nicht vom gewünschten Erfolge begleitet gewesen seien, und er greift zu einem Mittel welches in der Geschichte der österreichischen Staatsverwaltung bisher vereinzelt dasteht. Er wendet sich in einem Schreiben an die Statthalter von Steiermark und Oberösterreich und beauftragt sie „zur Einleitung energischer Maßregeln bezüglich einer von klerikaler Seite sich vorbereitenden Agitation gegen die bevorstehenden verfassungsmäßigen Gesetze in Betreff der Ehe und Schulfrage.“ Vor Allem bleibt es hier unbegreiflich, warum die Zuchtruthe gerade

gegen diese zwei Provinzen erhoben wurde, welche doch zur Genugthuung des Ministeriums und seiner Gesinnungsgenossen die radikalsten Vertreter in das Abgeordnetenhaus gesendet hatten. Nach dem liberalen Axiom, daß die Abgeordneten die öffentliche Meinung ihrer Wahlsprenkel vertreten, muß das Ministerium doch an der Ueberzeugung festhalten, die Bevölkerung von Steiermark und Oberösterreich sei so sehr von den segenspendenden Ideen der Neuzeit durchdrungen, daß die fanatischen Kanzelreden einiger Geistlichen gegenüber den compacten Massen der liberalen Bevölkerung spurlos in den Sand verrinnen müssen. Warum hat das Ministerium diesen Erlaß nicht an die Adresse der glaubenstreuen Tyroler gerichtet? Vielleicht wäre es ihm damit gelungen für die Folge liberale Abgeordnete aus diesem Lande heranzuziehen.

Was nun den Inhalt des Erlasses selbst anbelangt, so wird zur Begründung seiner Existenz der Umstand angeführt, daß es in einigen nördlichen Landestheilen des Reiches einige Geistliche gebe, welche bei ihrer Agitation über das Maß des gesetzlich Erlaubten hinausgehen. Welche Logik? Was würde das große Publikum dazu sagen, wenn nächstens ein Erlaß erschiene des Inhaltes daß, nachdem in einigen südlichen Theilen des Reiches Beamte sich Bestechungen und Unterschleife zu Schulden kommen ließen, speciell die Beamten von Böhmen und Mähren strengstens in dieser Beziehung verwahrt werden müßten?

Das Abenteuerlichste am ganzen Erlasse ist aber der vage Ausdruck „Agitation“. Was versteht der Herr Minister darunter? Wenn der Priester von der Kanzel herab die Civilehe ohne nachträgliche Einholung des priesterlichen Segens als Concubinat erklärt, ist dieß Agitation oder berechtigte Lehre? Wenn er gestützt auf die Worte des Gründers der Kirche „Lasset die Kleinen zu mir kommen“, seiner gläubigen Heerde begreiflich macht, daß die Volkserziehung ohne religiöse Unterlage ein Verbrechen an der Jugend sei, ist dieß

Agitation oder ist es berechnete Predigt? Wenn er vor der Lektüre von Zeitungen warnt, welche das Heiligste verhöhnend und das sittliche Gefühl untergraben, ist dieß Agitation oder berechnete Ermahnung? Und wer ist endlich zur Lösung dieser Fragen berufen? Der arme Beamte der, wenn er nicht selbst zur confessionslosen Menge gehört, jedenfalls unter dem einschüchternden Drucke von oben steht? Mit richtigem Gefühle haben neben den zwei conservativen Journalen „Volksfreund“ und „Vaterland“, gerade die demokratischen Blätter der Residenz das Taktlose und Gefährliche dieses Erlasses herausgeföhlt und laut genug besprochen. Sie bemerkten ganz richtig, daß es gerade keinen großen Beweis von der Freisinnigkeit dieses Ministeriums liefere, wenn man gegen eine ganze Corporation Anschuldigungen erhebe über Vergehen welche begangen werden könnten; dieß rieche doch allzu sehr nach dem Polizeistaate der alten Zeit.

Bald nach diesem unglücklichen Debüt des Ministers Dr. Giskra auf dem Felde der Publicistik wurde der Polizeiminister von den bösen Journalen auf polizeilichen Abwegen ertappt, die ihn geradezu abenteuerliche Phantasiegebilde zum großen Erstaunen der Menge zu Tage fördern ließen. Der junge Mann scheint in der Hitze des Gefechtes, vielleicht auch unter dem Eindrucke der Wiener Juden-Journale und der von ihnen fabricirten sogenannten öffentlichen Meinung zu rasch in's Zeug gegangen zu seyn und hat sich damit gründlich compromittirt. Es waren ihm nämlich, so versichern wenigstens die officiösen Journale, Mittheilungen über einen Geheimbund zugegangen welcher von der klerikalen Partei unter Mitwirkung des conservativen Adels gegründet und über alle Länder Oisleythaniens ausgebreitet seyn sollte und zwar unter dem Namen „Sanfedisten“. Diese Mittheilungen genügten dem Minister, um an alle Länderchefs die Aufforderung ergehen zu lassen, der fraglichen Verschwörung ihre ungetheilte Aufmerksamkeit

zu schenken um die Fäden derselben in die Hand zu bekommen. Die Anzeige beschränkte sich nicht bloß auf allgemeine Andeutungen, sondern nannte Personen und Orte und beschrieb im Detail die Organisation des Bundes. Sie können sich nun die allgemeine Heiterkeit denken, als in den einzelnen Provinzen, wo man eben die Personalverhältnisse etwas genauer kennt als in der Residenz, die Regierungsorgane mit der Vigilanz über Personen beauftragt wurden, deren Loyalität und Unschädlichkeit eine notorische Thatsache ist. Die Sache hatte aber neben der unaussprechlich komischen auch eine ernste Seite. Was soll man von der Unparteilichkeit einer Regierung halten, wenn deren höchste Organe und zwar der eine als Minister des Innern eine ganze achtbare Classe der Gesellschaft von vorneherein der Verfassungsverletzung beschuldigt, der andere als Polizeiminister ohne gehörige Information Personen als Theilnehmer einer Verschwörung brandmarkt, deren einziges Verbrechen vielleicht darin bestehen mag, daß sie mit den leitenden Grundsätzen der gegenwärtigen Regierung nicht einverstanden sind.

Der angebliche Geheimbund der „Saufedisten“ führt mich aber zu einigen Worten über den wirklichen Geheimbund, für dessen Existenz und Ausbreitung in Oesterreich ich Ihnen schon in meinem letzten Briefe einige Daten gesendet hatte. Die Bemerkungen welche ich in ganz objektiver Weise über den Stand der Freimaurerei in Oesterreich seit dem Antritte des neuen Ministeriums in jenem Briefe zugemittelt hatte, haben zu meinem Erstaunen viel Staub aufgeworfen und zwar unbegreiflicherweise gerade im Lager der gegnerischen Partei, bei den Brüdern des Ordens selbst.

Gerade von dieser Seite, von welcher ich es am wenigsten vermuthet hätte, wurde ich mit einer doppelten Interpellation beehrt. Erstens hatte man — um mich des gelindesten Ausdrucks zu bedienen — den Muth zu behaupten, daß

der Maurerorden in Oesterreich zur Zeit gar nicht faktisch bestehe, daß nur einzelne Glieder auswärtiger Logen und zwar größtentheils dem Kaufmannsstande angehörig in Oesterreich etablirt seien und daß kein einziger höherer Beamter in Oesterreich dem Maurerorden angehöre. Zweitens wurde von dieser Seite meine neulich aufgestellte Behauptung, daß der österreichische Beamtenstand indirekt genöthigt seyn werde in den Bund zu treten, um seine Carriere zu machen, als böswillige Verleumdung erklärt.

Was nun den ersten Vorwurf der Uebertreibung anbelangt, so werden Sie mir wohl zugeben daß die Mitgliedschaft eines Geheimbundes (und ein solcher bleibt der Orden, mag mein Interpellant noch so sehr dagegen protestiren, nach allen authentischen und historischen Momenten der Beurtheilung, welche hievon in das Publikum gedrungen sind) sich begreiflicherweise jeder Controlle entzieht, wozu noch der weitere Umstand kommt, daß ja bei uns bis vor kurzer Zeit nach unsern Staatsgesetzen die Theilnahme an geheimen Gesellschaften verboten war, die Tausende von Personen also, welche vom Publikum als Gesellschaftsglieder bezeichnet werden, gewiß in keiner officiellen Liste, welche in den einzelnen Logen des Auslandes ausliegt, vorkommen. Eine solche Indiskretion würde sich wohl keine Loge haben zu Schulden kommen lassen. Es würde uns zwar aufrichtig freuen, wenn mein Gegner positiv versichern und Beweise beibringen könnte, daß kein Mitglied unseres höheren Beamtenthums dem Orden angehöre; allein die Meinung, daß das jetzige Ministerium aus den Logen hervorgegangen und daß dieselben trotz des Verbotes in Oesterreich noch immer fortbestanden haben, ist eine allgemeine — und nach den thatsächlichen Bemerkungen welche ich mir anzuführen erlaube, wie mir scheint, keine unbegründete.

Es ist Thatsache daß Franz I. Gemahl der großen Maria Theresia in seinem 23. Lebensjahre 1731 im Haag

als Lehrling und Geselle in den Orden aufgenommen und noch im selben Jahre in London zum Meister befördert wurde. Es ist Thatsache daß am 17. September 1742 die Loge zu den drei Kanonen in Wien eröffnet wurde welche, obwohl am 7. März 1743 in ihrem Lokale (Margarethenhof in Wien) aufgelöst, ihre geheime Thätigkeit fortsetzte, auch selbst dann noch als im Jahre 1764 der Freimaurerorden durch die Kaiserin Maria Theresia in den österreichischen Staaten aufgehoben wurde. Im Jahre 1776 waren in Prag noch vier Logen in Thätigkeit, was eben keinen hohen Begriff von den legalen Bestrebungen des Ordens gibt.

Es ist Thatsache, daß unter Kaiser Joseph II. der Orden in Oesterreich wieder auflebte. Am 22. April 1784 fand im Oriente zu Wien eine Generalversammlung der Provinziallogen der einzelnen Provinzen statt; man zählte bis zum Ende des Jahres 1785 in den österreichischen Staaten 45 Johanneslogen, in Wien bestanden 8; es erfolgte jedoch über kaiserlichen Befehl im Jahre 1785 eine Verschmelzung und Vereinigung mehrerer Logen. Nach dem Regierungsantritte des Kaisers Franz fand eine Beschränkung und theilweise Auflösung der Logen statt, hervorgerufen durch den Umstand, daß bei der im Jahre 1795 entdeckten Verschwörung die Haupträbelsführer Hebenstreit und Brandstätter als thätige Mitglieder des Bundes erkannt wurden. Aus diesem Grunde erging auch die kaiserliche Verordnung vom 23. April 1811, womit den Staatsdienern das eidliche Versprechen abgenommen wurde keiner geheimen Verbindung mehr anzugehören.

Es ist Thatsache, daß trotz dem Verbote der Regierung während der Anwesenheit der Franzosen in Wien im Jahre 1809 eine neue Nationalloge gegründet wurde die mit dem großen Oriente in Paris in Verbindung trat, und daß diese geheime maurerische Correspondenz bis zur Entthronung Napoleons im Jahre 1813 fort dauerte, was ebenfalls wie-

der nicht von der Legalität dieser Verbindung Zeugniß ablegt.

Es ist Thatſache, daß das Revolutionsjahr 1848 zur Wiege neuer maurerischer Bestrebungen wurde, indem ein gewisser Dr. Levis, Meister vom Stuhle der Wiener Loge zum heiligen Joseph, diese alte Loge und zwar mit Genehmigung des Ministers Doblhof vom 2. September 1848 am 5. Oktober 1848, am Vorabende der Ermordung Latours in der Teinfaltstraße Nr. 76 eröffnete. Gleichzeitig wurde von Frankfurt aus in Pesth die neue Loge „Rosuth zur Morgenröthe des höheren Lichtes“ gegründet. Allein die Eroberung Wiens und der Belagerungszustand versprachen kein Gedeihen und wir schließen daher mit der weitem Thatſache, daß am 24. Juni 1849 das Johannisordensfest in Baden bei Wien gefeiert wurde.

Wenn auch immerhin zu vermuthen steht, daß in der sogenannten Reaktionsperiode von 1850 bis 1860 die Thätigkeit des Ordens eine mehr geheime oder untergeordnete war, so darf mit Hinweisung auf die obigen historischen Andeutungen wohl die Behauptung aufgestellt werden, daß vom Jahre 1861 angefangen sich für den Orden ein größeres Feld der Wirksamkeit wieder darbot, welches natürlich in demselben Maße zunehmen mußte, je mehr die Regierung unter dem Drucke der Journale und der von ihnen beherrschten öffentlichen Meinung von Concession zu Concession gedrängt wurde, bis endlich die indirekte Anerkennung der Berechtigung des Maurerordens in Oesterreich durch die in meinem letzten Schreiben ausführlich besprochene Aufhebung der Clausel des Beamteneides über geheime Gesellschaften von höchster Stelle erfolgte.

Was nun den zweiten Vorwurf anbelangt, den mir mein Interpellant machte, weil ich die kühne Behauptung aufgestellt hatte, von nun an müßte jeder Beamte Maurer werden, um seine Carriere zu machen, so ist derselbe wirk-

lich etwas naiv. Man weiß doch aus der Erfahrung des täglichen Lebens, daß bei vielen Anlässen und Beförderungen das Coteriewesen den Ausschlag gibt, und dieses gilt noch im erhöhten Grade von dem blühenden Coteriewesen unserer neuen parlamentarischen Regierung. Um wie viel mehr muß nun dieß bei den Freimaurern Anwendung finden! Ein flüchtiger Blick in das nächste beste Buch welches die Geschichte und das Wesen des Ordens behandelt, wird von der Solidarität und der wechselseitigen Unterstützung der maurerischen Bestrebungen Zeugniß geben. So viel zur Abwehr gegen ungerechte Vorwürfe von einem Manne welcher nach seiner Stellung doch keinen Grund zum Vorwurfe der Verleumdung darin finden kann, wenn ich behaupte, daß unter der neuen Aera der Waizen des Maurerthums in Oesterreich wieder zu blühen anfängt.

Seit meinem letzten Schreiben haben wir einen Besuch seltener Art bei uns gehabt. Es waren Gäste aus dem Norden, aus allen Schichten und Classen der Gesellschaft Hannovers, welche gekommen waren ihrem blinden, durch List und Gewalt vertriebenen und seines Thrones beraubten Könige zur silbernen Hochzeit Glück zu wünschen; es war ein Familienfest im großartigsten Maßstabe, hervorgerufen und begründet durch die rührende unerschütterliche Anhänglichkeit eines Volkes an seinen König und seine Dynastie. Sie haben es vollkommen begriffen, daß der kaiserlichen Regierung, welche des lieben Friedens wegen alle Rücksichten für Preußen beobachten muß, diese Demonstration nicht sehr gelegen kam, und sie daher die ganze Feier nach Möglichkeit desavouirte. Allein man hätte doch glauben sollen, daß die Bevölkerung Wiens welche sich von jeher ihrer Loyalität und Ergebenheit an das Kaiserhaus gleichsam als einer Erbtugend rühmte, mit Vergnügen einen Anlaß ergreifen werde um ihr Mitgefühl zu erkennen zu geben, und nachdem die Wiener Gastfreundschaft und Vortseligkeit welt-

bekannt ist, so hätte es sehr geringer Anstrengungen bedurft, um den Hannoveranern zu zeigen, wie sehr man in Oesterreich Unterthanentreue und dynastische Anhänglichkeit zu schätzen und zu ehren wisse. Eine Privatdemonstration welche die Regierung in keiner Weise compromittirt hätte, war aber nicht nach dem Sinne unserer tonangebenden Journale. Im Gegentheile: dieses seltene Beispiel von aufopfernder Treue wurde zum Gegenstande des Spottes und nachdem in dieser Richtung das Schlagwort ausgegeben worden war, wurden die armen Hannoveraner gesellschaftlich geradezu ignorirt und von den Journalen verhöhnt. Dem ehemals wegen seiner dynastischen Anhänglichkeit berühmten Wiener Volke scheint in ungefährlichen Freiheitskämpfen in dieser Richtung jedes Verständniß und jedes Mitgefühl abhanden gekommen zu seyn. Freilich schütteln Männer der alten Aera welche noch Zeugen waren von den Beweisen jener traditionellen Liebe des Volkes, bedenklich die Köpfe und malen sich bei solchen Prämissen die österreichische Zukunft nicht gerade rosenroth. Allein so sehr ein solcher Zustand zu beklagen ist, so ist er doch eben so leicht zu begreifen, wenn man sieht wie nach und nach systematisch jedes Autoritätsgefühl durch die Presse und auf der Bühne ausgerottet wird, und zwar unter den Augen der Regierung.

Die Ungenirtheit in dieser Beziehung hat nachgerade eine unglaubliche Höhe erreicht und es genügt, wenn ich Ihnen eine Phrase aus einem vielgelesenen Provinzialblatte, der „Grazer Tagespost“ vom 5. März 1868 anführe: „In den großen Völkerbewegungen und nationalen Umgestaltungen, die heute vor sich gehen, sind die Dynastien und die souveränen Persönlichkeiten nur untergeordnete Elemente, und die Könige, welche den stärksten Glauben an das Recht von Gottes Gnaden haben, müssen denselben die schwersten Stöße versetzen . . . Die Völker schreiten darum nicht minder auf ihrer Bahn weiter.“ Das ist wenigstens sehr aufrichtig und

klar; ob aber solche Aufklärungen zum Heile eines noch monarchisch regierten Volkes gegeben und geduldet werden, müssen eben jene besser zu entscheiden verstehen um deren Existenz es sich zunächst handelt.

Mit freudigem Erstaunen hat man in unsern conservativen Kreisen die Kunde von den Resultaten der Wahlen zum deutschen Zollparlamente in Bayern vernommen. Man hatte von oben herab in diesem Nachbarlande seit einer Reihe von Jahren redlich das seinige gethan, um der preußischen Intelligenz und allem was daran hängt, Eingang, Geltung und endlich das Uebergewicht zu verschaffen, und nach mancherlei Erscheinungen zu schließen, schien auch die Voraussetzung berechtigt, daß diese selbstmörderischen Tendenzen schon in nächster Zeit ihre Ziele erreichen würden, um so mehr nachdem in der zweiten Kammer die vortrefflichen conservativen Elemente nicht recht durchzubringen vermochten. Desto angenehmer waren wir daher überrascht zu vernehmen, daß die conservativ-katholische Partei bei diesen Wahlen einen so glänzenden Sieg erröchten habe. Wir möchten uns gerne die Abschrift jenes Arcanums, womit solche Erfolge erzielt wurden, erbitten; an Gelegenheiten zur Nuzanwendung würde es uns wahrlich nicht fehlen.

Um so trauriger ist es aber für uns die Wahrnehmung constatiren zu müssen, daß keine sociale oder politische Frage bei uns austauchen und zur Diskussion kommen kann, ohne daß nicht von gegnerischer Seite jeder Anlaß benützt würde um, sei es in der Presse, im Abgeordnetenhaufe oder bei öffentlichen Versammlungen, Invektiven gegen die katholische Partei zu schleudern. Lassen Sie mich in dieser Beziehung noch einige Fakta jüngsten Datums anführen.

Vor wenigen Tagen kam im Abgeordnetenhaufe die Regierungsvorlage wegen völliger Aufhebung der Buchergesetze zur Verhandlung. Professor Greuter hat in seiner glänzenden Rede auf die socialen Gefahren hingewiesen,

welche aus der schrankenlosen Gestattung des Buchers für den vierten Stand und in weiterer Folge für den Besitz überhaupt entstehen müßten; er hat angedeutet, daß die sociale Frage, wenn sie auf friedlichem unblutigem Wege gelöst werden soll, nur vom christlichen Standpunkte aus in Angriff genommen werden könne. Der unvermeidliche rabulistische Freiheits-Schwäzer Dr. Schindler konnte sich diese Gelegenheit nicht entgehen lassen, um wie gewöhnlich Greuters Rede in seiner Manier in's Lächerliche zu ziehen. Nachdem man schon einmal mit dem Feudalismus gründlich gebrochen, warum hat man nicht auch das Institut der Hofnarren, beziehungsweise Volksnarren, zum alten Gerümpel geworfen? Seine Rede gipfelte namentlich in der Behauptung, daß die Ultramontanen gar nicht das Recht hätten sich in derlei Dinge zu mischen; dieß wäre das unbestreitbare Feld des liberalen Oekonomismus! Daher die namenlose Wuth der liberalen Wortmacher. Daß aber Greuter so ziemlich das Schwarze in der Scheibe getroffen hat, und seine Ansicht über Bucher von sehr liberalen Herren getheilt wurde, beweist der Umstand daß der Paragraph 5 welcher die Schrankenlosigkeit des Buchers auf die Spitze stellt, indem er bestimmt, „es dürfe bei Darlehen bedungen werden, daß eine größere Menge oder Sachen von besserer Beschaffenheit als gegeben worden sind zurückverlangt werden“, nur mit einer Majorität von 69 gegen 65 angenommen wurde. Nach obigen Andeutungen scheint wirklich diesen Herren der Haß gegen alles Kirchliche so in den Kopf gestiegen zu seyn, daß sie einem Abgeordneten, weil er zufällig Priester ist, das Recht bestreiten wollen, von seinem Standpunkte aus für das Volkswohl zu sorgen und seine Meinung zur Geltung zu bringen.

Wie schnell die Aufreizungen gegen die Kirche und ihre Diener aus dem Parlamentshause in den Arbeiteraal dringen und dort geradezu sinnlose Äußerungen provociren,

haben wir in diesen Tagen erlebt, wo in Graz eine Arbeiter-Versammlung sich constituirte, um einen Arbeiterbildungs-Verein zu gründen, und bei diesem Anlasse einer der Wortführer, ohne daß irgend ein Anstoß von außen stattgefunden hätte, erklärte, sie hätten nichts gemein mit den Ultramontanen und brauchten keinen Katechismus, während ein Anderer die katholischen Gesellenvereine Ausgeburten einer bitterbösen Zeit und Werkzeuge der Reaktion nennt, mit dem Beisatze, die Schwarzen mögen sich wohl hüten die Arbeiterfrage zu ihren Gunsten ausbeuten zu wollen. Also der Priester als solcher soll nicht einmal das Recht haben sich für das Wohl der Arbeiter zu interessiren! Sie sehen, man ist in der Verrücktheit weit gekommen und reichlich ist die Ernte der bösen Frucht die man seit Jahren gesäet.

Aber es wird eine Zeit kommen, wo die gegenwärtigen Machthaber gar sehr es wünschen werden, wenn die Arbeiter religiösen Einflüssen zugänglich wären; dann wird es aber zu spät seyn.

XXXVI.

Beitläufe.

Die Proceßirung des Präsidenten der nordamerikanischen Union.

Die staatsrechtliche Katastrophe in den Vereinigten Staaten ist also vor die Thüre gerückt. Daß die verhängnißvolle Entscheidung in der Einen oder der andern Weise kommen mußte, war längst vorauszusehen und zu verwundern ist eigentlich nur der lange Verzug. Dennoch ist es den parteiischen Fälschungen von Seite der liberalen Publicistik bis jetzt immer noch gelungen, die neueste Geschichte der nordamerikanischen Union in den dicken Nebel eingehüllt zu erhalten, den sie aus guten Gründen vor, während und nach dem schauerlichen Bürgerkrieg darüber verbreitet hat. Unter hundert europäischen und namentlich deutschen Zeitungslesern weiß kaum Einer, um was es sich bei dem frevelhaften Beginnen gegen Andrew Johnson, den rechtmäßigen und verfassungstreuen Nachfolger Washingtons, eigentlich und in Wahrheit handelt. So wollen denn wir es sagen.

Es ist um so mehr an der Zeit die transatlantischen Vorgänge wieder schärfer in's Auge zu fassen, als dieselben bei uns in Deutschland gewissermaßen ihre parallel laufenden Seitenstücke haben. Seit dem großen Bürgerkrieg verliert die

Geschichte der Vereinigten Staaten überhaupt auffallend rasch ihren specifischen Charakter. Die um die Herrschaft ringenden Parteien sind nicht mehr geographische und ihre Principien brechen sich nicht mehr um „eigenthümliche Institutionen“, wie es die Negerklaverei, der Finanzzoll 2c. waren. Sondern auch die Union des Westens ist seitdem in das allgemeine Partei-Misere des doktrinären Liberalismus versunken. Der Liberalismus hat es verschuldet, daß die Welt jetzt voller Krisen ist, und auch die Krisis der großen Republik jenseits des Oceans ist nicht mehr etwas Separates für sich, sondern sie ist verwandt und identisch mit allen andern Krisen des modernen Staats.

Der Liberalismus ist überall nichts Anderes als das Herrschaftsprincip einer socialen Classe, die sich für berufen hält ihren unumschränkten Scepter über alle andern Classen der Societät zu schwingen bis an's Ende der Tage. So ist es bei uns und so ist es jetzt auch in Nordamerika. Nur die Namen sind in der neuen und in der alten Welt noch verschieden. Was hier „liberal“ heißt, das nennt sich dort „republikanische Partei“, und der Conservatismus des Continents, überhaupt alle die Elemente der Gesellschaft welche sich der Tyrannei der Partei zu erwehren suchen, heißen in Nordamerika „Demokraten“. Ihr Princip und ihre Basis ist die vom großen Washington, von den unsterblichen Helden des Befreiungskampfs gegründete Verfassung der Union. Gegen die Verfassung aber und gegen das Recht den Doktrinarismus der geldreichen Bourgeoisie, die Utilitätslehre dieser socialen Classe welche die eigentliche Neugeburt der modernen Welt ist, um jeden Preis durchzuführen — das war und ist die Tendenz der republikanischen Partei, welche durch ihre Stimmenmehrheit solange den Congreß zu beherrschen die Aussicht hat, als die Südstaaten von der Vertretung der Union ausgeschlossen bleiben.

Um ihr Herrschaftsprincip gegen Verfassung und Recht geltend zu machen, haben die nordamerikanischen Liberalen

die große Republik in den entsetzlichen Bürgerkrieg gestürzt. Damals als sie den gefährlichen Wurf wagten, kam ihnen der Umstand zu Gute, daß sie die Sklaverei-Frage als Vorwand ihres verbrecherischen Treibens benützen konnten. Mit dem Vorwand der Negerbefreiung streuten sie nicht nur massenhaften Sand in die blöden Augen Europa's, sondern sie rissen auch viele wackeren Männer der Union mit sich fort, welche es in der That und ehrlich für eine Existenzfrage der Republik hielten daß das Krebsübel der Neger-Sklaverei an ihrem Leibe ausgeschnitten werde, welche aber um keinen Preis weiter gehen wollten, wenn die Sklaven-Emancipation einmal erzwingen wäre. Zu diesen Männern gehörte Andrew Johnson, der Vicepräsident der Union, welcher am Schluß des Kriegs den ermordeten Abram Lincoln im weißen Hause ersetzte.

Obwohl Südstaaten-Mann von Geburt gehörte Johnson zu den entschiedensten Gegnern der Sklaverei. Die liberale Partei feierte ihn hoch, solange er in dieser Richtung mit ihr ging. Sie erwartete von seiner Energie noch mehr für ihre Interessen als von dem bedächtigen Wesen Lincolns. Allein hierin täuschte sie sich vollständig. Sobald Johnson die Abschaffung der Sklaverei in den Südstaaten gesichert sah, bohrte er seinen Fuß fest ein auf dem Boden der Verfassung und des Rechts; er wollte keinen der weiteren Schritte mitmachen welche der Liberalismus im Congreß diktirte, und er setzte allen Beschlüssen die darauf abzielten die unterworfenen Südstaaten dauernd rechtlos und mundtödt zu machen, sein verfassungsmäßiges Veto entgegen. Von nun an war Johnson in den Augen des Liberalismus nichts weiter als der „verflossene Schneider“. Um durch seinen Sturz die Bahn frei zu machen für die Ausführung der liberalen Doktrin, hat die Partei den Präsidenten endlich als Criminal-Verbrecher bei dem von ihr selber abhängigen Senat angeklagt, und eben dieser Senat hat sich für den vorliegenden Fall als oberster Gerichtshof zu constituiren.

Es konnte nur dadurch so kommen und der Partei konnte ihr frecher Staatsstreich nur gelingen, wenn im Congreß und im Senat, welcher das eigentliche Staatenhaus bildet, die zehn Südstaaten ohne Vertretung waren. Nur unter dieser Bedingung haben die Liberalen die Majorität in der National-Repräsentation, und ihr Streben ging daher von Anfang an dahin die Südstaaten nicht eher zur Vertretung in Congreß und Senat wieder zuzulassen, als bis die liberale Herrschaft überall vollständig befestigt und keine Ueberstimmung vom Süden her ferner zu befürchten wäre. Hingegen hat Johnson stets behauptet: nach der völligen Niederwerfung der Insurrection könne der gesetzliche Wiederaufbau der Union nur unter Beiziehung der Vertreter aus dem Süden stattfinden, und wenn der Congreß ohne die letzteren und mit abichtlichem Ausschluß derselben das Werk der Reconstruction in Angriff nehmen wollte, so sei er ein Kumpsparlament dem die gesetzliche und rechtliche Competenz mangle. Um diese einfache Frage dreht sich nun eigentlich der ganze Streit; folgerichtig können auch Johnson und die Seinen dem verstümmelten Senat eine oberstrichterliche Competenz nicht zuerkennen.

Um den Zwiespalt zwischen dem Präsidenten und dem Congreß noch näher und principieller zu charakterisiren, hat uns ein liberaler Newyorker Correspondent der „Allgemeinen Zeitung“ ein gutes Mittel an die Hand gegeben. Derselbe hat sich schon vor einem Jahr bemüht gesehen eindringlich davor zu warnen, daß man sich doch ja durch den Gebrauch der Worte „Freiheit, Gleichheit und Recht“ in den Erlassen Johnsons nicht verführen lassen möge. Bei dem Präsidenten der nordamerikanischen Republik, bemerkt der ängstliche Warner, haben nämlich die gedachten Worte keineswegs einen liberalen Sinn; denn wo er derlei Ausdrücke anwende, beziehen sie sich nicht auf das menschliche Individuum sondern auf die staatliche Corporation. Die „politische Gleichheit“ z. B., die er als Fundament der Union bezeichne, sei nicht

die Gleichberechtigung der Menschen, sondern die gleiche Berechtigung jedes einzelnen Staats in den innern Angelegenheiten *). Kurz, diese Freiheit und Gleichheit Johnsons sei absolut nichts Anderes als was man in Deutschland als „Autonomie“ bezeichne, es sei der mittelalterliche Begriff der Allgewalt der Corporation über die zu ihr gehörenden Individuen. Ebenso wenn Hr. Johnson gegen alle Centralisation und gegen die Anhäufung zu großer Befugnisse in den Händen des Präsidenten eifere, so möge das einem Europäer wohl als Selbstverläugnung und bewundernswürdige Treue gegen das Princip der Demokratie erscheinen. In Wahrheit aber meine Johnson damit nur eine dem modernen Freiheitsbegriff direkt widerstrebende Kantönlisouveraineté, und indem er die Vermehrung der Rechtsbefugnisse des Präsidenten deprecire, habe er bloß die Verkürzung der Befugnisse des Congresses als der allgemeinen Nationalvertretung im Sinne. So verstehe Johnson die „Decentralisation“, von der er so viel Wesens mache **).

An sich ist nun die vorstehende Entgegenstellung der streitigen Principien in der Unions-Regierung ganz richtig. Aber es ist auch eine unwidersprechliche Thatsache, daß die Decentralisation und die Autonomie der Einzelstaaten unbedingt vom Geist und Wortlaut der Unions-Verfassung erfordert wird. Wider die Verfassung und wider das Recht des großen Staatenvertrags die Centralisation einer Convents-Regierung einzuführen, das war hingegen die eingestandene oder uneingestandene Absicht des amerikanischen Liberalismus im Bürgerkrieg, das ist jetzt seine Absicht in der Ausbeutung des blutigen Sieges, und dazu hat die liberale Partei die Sklavenfrage als schändlichen Vorwand benützt.

*) „willkürlich mit den Rechten seiner Einwohner zu schalten“: so interpretirt die liberale Thesites das republikanische Staatenrecht der Union.

**) Allg. Zeitung vom 24. April 1866.

Diese Auffassung haben wir in den „Histor.-polit. Blättern“ vom ersten Ausflattern des Bürgerkriegs an und in den vierjährigen Wechselfällen desselben unerschütterlich festgehalten. Wir sind mit unserer Meinung selbst in der katholischen Presse fast allein gestanden. Namentlich hat der amerikanische Hauptcorrespondent der „Allgemeinen Zeitung“*) in der Berückung des deutschen Publikums das Wesentlichste geleistet. Erst jetzt finden endlich in dem großen Augsburger Blatt neben jenem fortschrittlichen Vollblut auch andere Stimmen Gehör, was um so dankenswerther ist, als namentlich die liberale Juden-Presse in Oesterreich nach wie vor geisern und mit verbundenen Augen auf dem Kuhweg der liberalen Partei-Politik forttrabt, bei Beurtheilung der nordamerikanischen Krisis nicht weniger, als in allen Fragen wo es das herrschsüchtige Standesinteresse der Bourgeoisie zu wahren gilt.

Erst vor einigen Wochen hat dagegen ein gründlich unterrichteter Beobachter in gedachtem Blatte die Frage aufgeworfen: wie denn nur der Congreß in Washington dazu gekommen sei, so geharnischt für die ausgedehntesten Rechte der Neger in den Südstaaten einzutreten? Vielleicht aus Menschen- und Christenliebe, oder weil das edle Gleichheitsgefühl der Bewohner des Nordens auch den schwarzen Bruder auf gleicher Stufe sehen wolle? Ach nein! antwortet er; dieß sei so wenig der Fall als Löwe und Schaf sich gleich fühlen. Im Süden allerdings, wo man die Massen der Neger als „schwarzes Stimmvieh“ im Interesse der Partei zu verwerthen hofft, da hätschle man dieselben. „Aber“ — Ein Beweis von hundert — „bei dem Einzug des Heeres in Washington nach Beendigung des Kriegs durfte nicht Eine Negercompagnie zu dem großen Ehrentage mit erscheinen, und es kämpften doch zuletzt gegen 100,000 Neger unter der Unionsfahne. Wehe dem Neger der es wagen

*) Es ist eben der rabiate Newyorfer, dessen wir oben erwähnt haben.

würde, im Norden, auch wenn es das Gesetz gestattet, nur die Hälfte der Rechte wirklich auszuüben, wozu man ihn jetzt im Süden zulassen will. Er würde von den Fäusten der Yankee's unbarmherzig verarbeitet werden, ohne Schutz irgend-einer Behörde."

Ueber das „wahre Motiv der verfassungswidrigen Congresspolitik“ fährt derselbe gründliche Kenner wörtlich fort wie folgt: „Der Uebergang der Majorität von der demokratischen auf die republikanische Partei, die Wahl Lincolns, brachte die Secession und den Krieg zur Reife. Die Furcht vor einem Parteiumschlag im entgegengesetzten Sinne hat nach dem Kriege den Verfassungsbruch erzeugt. Man fürchtet das wiederkehrende Uebergewicht der demokratischen Partei, wenn der Süden auf Grund der gegenwärtigen Verfassungsbestimmungen wieder an der Union aktiven Antheil nimmt. Ehe man dieser Möglichkeit sich aussetzt, wirft man lieber die Verfassung um" *). Darum haben die Liberalen früher versucht die Vertreterzahl der Südstaaten zu beschränken; und darum streben sie jetzt dahin, durch das Stimmrecht der Neger und den Terrorismus der Militärgewalt die große Masse der weißen Bevölkerung des Südens so niederzudrücken, daß die kleine liberale Minderheit trotzdem der Wahlen im Süden sicher sei. Nur unter dieser Bedingung kann der Eine Wille der im Congress seinen Sitz hat, das ganze Gebiet des Staatenlebens der Union unbedingt beherrschen und jeden auf Grund der Verfassung abweichenden Willen erdrücken. Das ist die Absicht des nordamerikanischen Liberalismus. Weil der Präsident Johnson hingegen seinem Eid auf die Verfassung treu blieb und zu solcher Parteiwillkür die Hand nicht bieten wollte, darum hat ihn jetzt der Congress auf die Armsünder-Bank gesetzt und seine Vernichtung beschlossen.

*) „Die Gefahren der nordamerikanischen Union.“ Allg. Zeitung vom 8. und 20. März 1868.

Es ist bald zwei Jahre her, daß der Präsident die entscheidenden Schritte der terroristischen Congreß-Politik mit seiner großen „Friedens-Proklamation“ beantwortete. In diesem Manifeste erklärte Johnson: nachdem nun die Civilautoritäten in sämtlichen Staaten der ehemaligen südlichen Conföderation, mit Ausnahme von Texas wo das Sklaverei-Amendement zur Constitution noch nicht angenommen worden, im Einklange mit den Gesetzen der Union bestellt und geordnet seien, die Bewohner den Bestimmungen der Verfassung sich überall fügen und nirgends ein bewaffneter Widerstand ersichtlich sei: so müsse die Insurrektion in den zehn Staaten des Südens selbstverständlich als beendet angesehen werden. Der Krieg gegen den Süden sei lediglich zur Aufrechthaltung der Union und Verfassung, nicht aber zur Eroberung und Unterjochung oder zur Beeinträchtigung der Rechte jener Staaten geführt worden; also seien diese nunmehr als gleichberechtigt mit den übrigen Staaten der Union zu betrachten, weder Standrecht noch Militärherrschaft dürfe dort fortbauern und das Habeas-Corpus müsse wieder in Kraft treten. Somit habe erstens die Besetzung des Südens durch Bundestruppen aufzuhören; zweitens sei jeder Versuch die jetzt im Süden bestehende staatliche Ordnung anzufechten, als Friedensbruch und Aufruhr zu behandeln; drittens könne hienach den Südstaaten das gesetzliche Recht der Vertretung im Congresse nicht länger vorenthalten werden. So sprach das Oberhaupt des Bundes im Frühling 1866.

Die liberale Partei schäumte vor Wuth. Aber sie war soeben bei mehreren Wahlen in den westlichen Staaten glänzend unterlegen, und es war nicht zweifelhaft daß die große Mehrheit des Volkes ebenso denke wie Johnson, der Präsident. Vielleicht wäre in der That Alles anders gekommen, wenn Johnson seinen Weg damals energisch verfolgt hätte und zu der Erklärung vorgeschritten wäre, daß ein Congreß der nicht weniger als zehn Staaten das Recht

der Vertretung willkürlich vorenthalte, ein Rumpfparlament und beschlußunfähig sei. Aber Johnson stand still bei den papiernen Säßen seiner Proklamation und die Partei faßte sofort wieder Muth. Zunächst ging der Senat mit Zweidrittel-Majorität über das Veto hinüber, welches der Präsident gegen die sogenannte Civilrechts-Bill vom 16. März eingelegt hatte, und sofort setzte dann der Congreß die lange Reihe von Maßregeln kühnlich in's Werk, wodurch jeder einzelne Punkt der Friedens-Proklamation Johnsons in's gerade Gegentheil verkehrt wurde. Das Veto des Präsidenten wurde jedesmal niedergestimmt, und die Unterdrückungs-Politik gegen den Süden nahm mit jedem Schritt beschleunigtern Verlauf.

Es war noch ein gemäßigtes Stadium des Congresses, als dessen Mehrheit sich nach vielem Debattiren im Sommer 1866 auf ein Reconstructions-Programm vereinigte, welches die Südstaaten als vollberechtigte Bundesglieder zulassen wollte, sobald mit Zustimmung dieser Staaten folgende Zusätze in die Constitution aufgenommen würden: Creirung eines Bundes-Bürgerrechts für alle Eingebornen ohne Unterschied; Verminderung der Vertreter-Zahl der Einzelstaaten im Verhältniß zu der Zahl derjenigen, welchen der betreffende Staat das Wahlrecht vorenthalten würde; Ausschluß aller freiwilligen Theilnehmer an der Rebellion, die in irgend einer Stellung dem Bunde den Treueid geleistet, von jeder Wählbarkeit; Unantastbarkeit der Nationalschuld, wogegen die Schuld der Secession ewig unbezahlt bleiben und für die Sklaven niemals Entschädigung gegeben werden sollte. Dieses Programm war wie gesagt immerhin noch gemäßigt; denn es nahm nicht nur Umgang von dem Confiskationsgesetz und der Umwandlung der Südstaaten in unterworfenen Territorien, sondern es verzichtete auch auf die direkte und ausschließliche Reconstruction durch den Bund und auf die unmittelbare Verleihung des Wahlrechts an die Neger durch den Congreß.

Das Programm ließ mit Einem Wort die Dispositionsfähigkeit der Einzelstaaten noch bestehen, es achtete noch den verfassungsmäßigen Weg und das positive Recht der Union.

Ganz anders das nach heftigen Kämpfen endlich definitiv beschlossene Rekonstruktions-Gesetz vom Februar 1867. Man kann die Gewaltsamkeit dieser Gesetzgebung erst dann recht verstehen, wenn man sie gerade mit dem vorstehenden Programm vergleicht. Die Akte hat von vornherein den Weg der Verfassungs-Änderung wobei auch die Einzelstaaten hätten gefragt werden müssen verlassen. Der Congreß diktiert von nun an unmittelbar und auf dem gewöhnlichen Wege der Gesetzgebung. Er verleiht jetzt den Negern direkt das Wahlrecht; er entzieht dasselbe ganzen Kategorien von Weißen (den sog. Rebellen); er theilt den Süden in fünf Militärbezirke und räumt alle Gewalt den commandirenden Generalen ein, insbesondere das Recht die Habeas-Corpus-Akte zu suspendiren und alle Prozesse vor die Militärgerichte zu verweisen. Weil sich aber der Präsident bei Konflikten zwischen Militär- und Civilgewalt auf die letztere Seite gestellt hatte, so erging im Juli 1867 ein neues Gesetz, wodurch der Congreß die gewählten Civilregierungen im Süden ohne Weiteres cassirte, die Befugnisse der Generale noch erhöhte und namentlich die Bildung der Wahllisten sowie die Zulassung oder Nichtzulassung früherer Rebellen, ohne Rücksicht auf die erfolgte oder noch erfolgende Begnadigung von Seite des Präsidenten, ihnen allein überließ.

Aber auch daran war es noch nicht genug. Die Partei fühlte sich noch immer nicht gesichert in ihrer tyrannischen Herrschaft. Dazu mag auch ein fast lächerlicher Umstand beigetragen haben, der eben damals an's Licht getreten war. Es hatten nämlich im Süden einige Staaten-Wahlen stattgefunden bei welchen die Neger theilnahmen, und siehe da! das „schwarze Stimmvieh“ votirte für die Männer des Südens, für ihre ehemaligen Herren und gegen ihre Befreier.

Das war ein garstiger Strich durch die Rechnung der liberalen Partei, welche ihre constitutionelle Macht im Süden gerade auf die unbedingte Ergebenheit der Neger zu gründen gedachte. Ein Negerprediger Namens Pickett sagte bei einer solchen Gelegenheit: die Mehrzahl seiner Stammesgenossen besitze noch nicht Einsicht und Bildung genug um zu ihrem eigenen und der Gesammtheit Nutzen das Wahlrecht auszuüben; er wünsche daß nur solche Neger die lesen und schreiben könnten, oder ein gewisses durch eigene Thätigkeit erworbenes Eigenthum besitzen, das Wahlrecht erhielten; nachdem aber der Congreß anders verfügt habe, so sollten nun die Neger wenigstens die besten Männer des Landes wählen. Das heißt Südmänner; und so geschah es. Der mehrgedachte Reporter aus Newyork gestand zu: daß diese Erscheinungen für viele amerikanischen Republikaner im höchsten Grade überraschend und sehr peinlich gewesen seien *).

Um so mehr befließ sich nun die liberale Partei im Congreß dem Präsidenten Johnson jeden Einfluß im Süden zu entziehen, wodurch er die entsetzliche Bedrückung dieser Staaten indirekt hätte mildern können. Bis jetzt hatte der Präsident doch wenigstens noch das Recht die Militärcommandanten im Süden, denen der Congreß unumschränkte Macht verliehen hatte, zu ernennen und beziehungsweise wieder abzurufen. Im Anfang des laufenden Jahres aber that der Congreß den letzten Schritt, indem er ein Gesetz beschloß welches die Civilregierungen der sogenannten Rebellenstaaten wiederholt und gänzlich für ungültig erklärt und die Ausführung der Reconstructions-Akte von Johnson auf den Obergeneral Grant überträgt. Im Eingange des Gesetzes heißt es wörtlich: „es sei verordnet daß in Virginien, Nordcarolina, Südcarolina, Georgia, Alabama, Mississippi,

*) Allg. Zeitung vom 13. April 1867.

Louisiana, Texas, Florida und Arkansas keine Civilstaats-Regierungen bestehen, daß solche nicht als gültige oder gesetzliche Staatsregierungen, weder von der Exekutive, noch von der richterlichen Gewalt, noch von den vereinigten Staaten anerkannt werden sollen." Nachdem sodann der General der Armee der V. St., Herr Grant, mit der Diktatur im ganzen Süden betraut worden, bestimmt ein weiterer Artikel des Gesetzes, daß er auch alle Funktionäre zu ernennen und abzusetzen habe, „während sämtliche Bestimmungen früherer Gesetze, durch welche der Präsident bevollmächtigt wird Militärcommandeure in den Militärdepartements zu ernennen, oder einen Beamten der in Folge obiger Bestimmungen eingesetzt ist, abzusetzen, hiemit widerrufen seien." Jede fernere Einmischung welche sich der Präsident überhaupt erlauben würde, wird mit der Anklage wegen schweren Vergehens bedroht.

Aber noch von einer andern Seite her mußte die liberale Partei im Congreß mögliche Störungen ihrer Pläne befürchten. Seit fast drei Menschenaltern besteht der oberste Gerichtshof der Union als höchster Wächter über die Verfassung des Bundes, bis dahin in ungeschwächtem Ansehen, als letzte Zuflucht alles gekränkten Rechts. Wie nun wenn aus dem Süden eine oberstrichterliche Entscheidung über die Verfassungsmäßigkeit der im Congreß beschlossenen Gesetze über die Reconstruction der südlichen Staaten angerufen worden wäre, oder wenn der Präsident seinen Streit mit dem Congreß vor das Bundesgericht gebracht hätte? Es war soviel wie ausgemacht, daß der oberste Gerichtshof das Vorgehen der Repräsentative für unvereinbar mit der Verfassung halten würde. Es galt somit hier einer brennenden Gefahr zuvorzukommen.

Der Gerichtshof entschied natürlich wie alle Justizbehörden mit Stimmenmehrheit. Die Partei glaubte aber nicht mehr als zwei von den acht Bundesrichtern auf ihrer Seite zu haben,

darunter den neuernannten ehemaligen Finanzminister Chase, einer der Häuptlinge des Radicalismus. Folgerichtig arbeitete nun der Congreß an einem Gesetz, wornach die Meinung jener zwei, daß ein in Frage kommendes Gesetz mit der Verfassung vereinbar sei, in jedem Proceß gegen die Ansicht der andern sechs Richter bejahend entscheiden sollte! In Bezug auf den vorliegenden Fall mit dem Präsidenten aber griff die Partei zu einem noch einfachern und kürzern Mittel. Es war vorauszusehen, daß Johnson die Frage über die Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes, auf Grund dessen er beim Senat angeklagt ist, vor das Bundesgericht bringen würde — vor diese „veralteten Zöpfe“ wie der liberale Moniteur in Wien sich ausdrückt. Flugs nahm daher der Congreß eine Bill an welche den Appell vom „nationalen Gerichtshof“ (so wird hier der Senat titulirt) an den obersten Gerichtshof untersagt.

Kann man die Verhöhnung aller Rechtsbegriffe im nacktesten Partei-Interesse noch weiter treiben? Und von dem Unwesen einer solchen Partei-Regierung wagt das einflußreichste Organ der österreichischen Hauptstadt zu sagen, daß es „allen Nationen als Muster freiheitlicher Staatseinrichtungen voranleuchte“ *).

In Sachen des Südens waren dem Oberhaupt des Bundes die Hände nun längst vollständig gebunden. Gesetzlich existirte er nicht mehr für diesen Theil der Republik. Aber damit war es noch nicht genug. Die Gewalt des Präsidenten mußte überhaupt lahmgelegt werden, wenn das Rumpsparlament mit Sicherheit seine Convents-Rolle fortspielen sollte. Diesem Zwecke hat das Tenure of Office-Gesetz vom 2. März 1867 gedient. Als Johnson im Frühjahr 1866 seine hochherzige Friedens-Proklamation erließ,

*) Neue Freie Presse vom 19. März 1868.

da war in der Union die Meinung ziemlich verbreitet: wenn der Präsident die Staatsstreich-Politik des Congresses in Reime ersticken und die verschworene Clique unschädlich machen wolle, so bedürfe es nur seines festen Entschlusses über die große Mehrheit des Volkes und über die — Armee könne er gebieten. Offenbar mußte vom Congress da ein Niegel geschoben werden, und darum bestimmte das fragliche Gesetz bei schwerer Strafe, daß der Präsident keinen Beamten des Bundes (die Minister eingeschlossen) absetzen dürfe; der Präsident konnte nur mehr die gegen Beamte erhobenen Anklagen dem Senate mittheilen, von dessen Entscheidung es abhing, ob der betreffende Staatsdiener entfernt werden sollte oder nicht. Der Senat aber war der gehorsame Diener der Partei im Congress.

Auf dieses trotz des Veto aufrecht erhaltene Gesetz gründet sich nun die Anklage gegen den Präsidenten. Er hatte am 12. August 1867 den Kriegsminister Stanton seine Funktionen enthoben, und obwohl der Senat den Minister wieder einsetzte, resp. die Anklage verwarf, so wiederholte Johnson am 21. Februar 1868 die Maßregel gegen denselben. Das erste Mal berief er den Obergeneral Grant das zweite Mal den General L. Thomas interimistisch an die Stelle des Kriegsministers. Stanton war während des Bürgerkriegs wegen Unfähigkeit und Corruption mit der schmutzigsten Fluthen der Verachtung von der öffentlichen Meinung überschüttet worden. Aber er ist ganz und gar Mann der Partei; es leuchtet darum ein, warum der Präsident ihn um jeden Preis von seiner wichtigen Stellung an der Spitze der Armee-Verwaltung entfernen, der Senat ihn um jeden Preis in dieser Stellung erhalten wollte. Der Ausfall des Streits mußte entscheiden über die Parteinahme der bewaffneten Macht.

Wenn Johnson im Frühjahr 1866 wirklich die Armee für sich gehabt hätte, so ist dieß jetzt mehr als zweifelhaft.

Das Benehmen Grants in der Stanton-Affaire bedeutet nichts Gutes für ihn; zudem ist Grant, der Besieger der Conföderation, zugleich Candidat für die nächste Präsidentenwahl. Im Frühjahr 1866 glaubte man auf demokratischer Seite der Union prophezeien zu dürfen: wenn Johnson angeklagt, vom Senat verurtheilt und ein Gegen-Präsident aufgestellt würde, so wäre der Ausbruch eines zweiten und vielleicht noch viel furchtbarern Bürgerkriegs die unfehlbare Folge^{*)}. Ob diese Conjectur auch jetzt noch gilt, ist sehr fraglich. Wahrscheinlicher möchte es seyn, daß die „Generale der Armee“ als lachende Erben hinter der liberalen Congreß-Politik stehen. Diese Partei bindet sich überall selber die Ruthe auf den Rücken und ihr Thun läuft allenthalben endlich auf den Militärdespotismus hinaus. Einer solchen Zukunft sieht die Physiognomie der Vereinigten Staaten bereits sehr ähnlich. Hing ja der ganze Streit zwischen Johnson und dem Congreß wie gesagt zunächst von der Frage ab, auf welche Seite sich die Armee und ihre Generale schlagen würden.

Was will man mehr? Ueberdieß steht nach dem Verhalten aller Einsichtigen, im ganzen Bereich der Union eine furchtbare und allgemeine Finanzkrisis unaufhaltsam bevor, und Niemand vermag die Unwälzungen in ihrem Gefolge zu ermessen. Im Süden sind die socialen Zustände unter der Tyrannei der liberalen Nordpartei bereits vollendet desperat geworden. Der New-York-Herald hat das neue Jahr mit der Voraussage eröffnet, daß binnen wenigen Monaten drei Millionen Menschen im Süden, Weiße und Schwarze ohne Unterschied, der Hungersnoth verfallen würden; und die Berichte der Generale lassen solche Angaben nicht als übertrieben erscheinen. Der mehrerwähnte liberale Correspondent selber gesteht: „Vorerst stellen sich die gesellschaftlichen Zu-

^{*)} Newyorker Correspondent der „Kreuzzeitung“ vom 3. Mai 1866.

stände des Südens als hoffnungslose dar . . . Hunderte von Pflanzern die Areale besitzen um welche Fürsten sie beneiden könnten, müssen sich so erbärmlich ernähren und kleiden, wie es dem ärmsten Handarbeiter im Norden nicht anstehen würde . . . Bei gerichtlichen Zwangsverkäufen gegen Baar kommen oft nicht zwei oder drei Procent des frühern wirklichen Werthes heraus" *). Das ist gewiß genug gesagt; doch über diese sociale Seite des glorreichen Bürgerkriegs und seiner Folgen wird es noch viel zu reden geben.

Wir schreiben heute über die unhaltbaren Zustände in der alten Welt des Orients, morgen über die unhaltbaren Zustände in der neuen Welt Transoceanien's, übermorgen über das moderne Babel mitteninne. Es kostet wahrlich Mühe nicht muthlos zu werden über die ungeheuerliche Zeit in der wir leben und in der, wie nie in allen vergangenen Jahrhunderten, alle Staatseristenzen auf einmal die Symptome der Auflösung und der gewaltsamen Umgestaltung zeigen. Aber so muß es eben aussehen am Toddbette des modernen Staats und an der Wiege einer neuen Weltperiode.

*) Allg. Zeitung vom 19. Januar 1868.

XXXVII.

Beiträge zur neuern Geschichte der pyrenäischen Halbinsel.

Zweiter Beitrag *).

Dom Miguel in der Verbannung.

Nachdem in unserem ersten Essay (im Neujahrshefte 1865) Dom Miguel's Thätigkeit auf dem Throne beleuchtet worden, folgt hier eine Schilderung seines Lebens in der Verbannung und zwar wiederum aus der Feder eines Mannes welcher aus eigenem Wissen, aus eigener Beobachtung seine Skizze niedergeschrieben hat. Unser Beitrag ist zwar nur ein Fragment aus einer größeren Arbeit, die gleich jener ersten ein Gesamtbild enthält, mit Dom Miguel's erstem Auftreten beginnt und mit der Convention von Evoramonte schließt. Wir hielten es jedoch für weniger nothwendig aus diesem Theile der Schrift Auszüge zu geben, weil sie in allem Wesentlichen mit dem „Essay“ übereinstimmt, glaubten dagegen das Fragment: „Dom Miguel in Rom“ den deutschen Lesern nicht vorenthalten zu dürfen, indem dasselbe nicht bloß höchst interessante Züge enthält, sondern sich auch chronologisch trefflich an den Inhalt des „Essay“ anschließt.

Dom Miguel ist bekanntlich am 14. November vorigen

*) S. den ersten Beitrag in Bd. 55, S. 33—79. Dazu den Excurs über die iberische Frage, Bd. 57, S. 165—199.

Jahres auf einem fürstlich Löwensteinischen Jagdhaufe im Speßart gestorben und hat auf einem der Borberge desselben seine letzte Ruhestätte gefunden. Dieser Todesfall hat in Portugal eine merkwürdige Bewegung hervorgerufen, die allein dafür zeugen würde, daß er der wahre Volkskönig gewesen ist. Selbst die liberalsten Blätter des Landes theilten oder achteten wenigstens die allgemeine Trauer und sprachen ihre Achtung vor den persönlichen Eigenschaften des Verstorbenen aus.

In Deutschland hat man, selbst von Seite conservativer Blätter, auf diese Bewegung kaum geachtet, wie man denn überhaupt unter uns von dem vergangenen wie dem gegenwärtigen Zustande Portugals nur höchst dürftige Kenntnisse besitzt. Es läßt sich freilich auch nicht in Abrede stellen, daß es bisher an näher liegenden Materialien die eine klarere Einsicht gewährten, gefehlt hat; es scheint indessen, als ob sich dieß in Kurzem anders gestalten würde. Von dem alten General Lemos, einem der treuesten Anhänger des verbannten Königs, sollen Memoiren zum Druck bereit liegen und vom P. Joseph Delvaux, welcher unter Dom Miguel nach Portugal berufen wurde, um das dortige Unterrichtswesen zu reorganisiren, sind im vergangenen Jahre vertraute Briefe*) erschienen, welche sich begreiflicher Weise hauptsächlich mit den damaligen Zuständen des Landes befassen. Ein englischer Berichterstatter im Month, Vol. VI. Nr. XXXV. p. 451—460 gibt einige Auszüge aus diesen Briefen, welche höchst schätzbare Mittheilungen enthalten und auf den weiteren Inhalt äußerst gespannt machen. Sodann bieten ein wichtiges Material Saraiva's**) Briefe über das Freemason Government in Portugal, bis jetzt 33 Stück, im Tablet, Vol. XXVI. Nr. 1300 — 1341, worin die politischen Zustände, Bewegungen und Persönlichkeiten in einer für einen deutschen Leser fast

*) *Lettres inédites du R. P. Joseph Delvaux. Publiées par le P. Auguste Carayon, S. J. Paris 1866.*

**) Diplomat unter Dom Miguel, zur Zeit noch in London lebend.

zu minutiösen Detailmanier geschildert werden, während Delvaux sich nach jener Anzeige im Month vorzugsweise mit dem Kirchlichen und Pädagogischen, besonders dem öffentlichen Unterricht zu beschäftigen scheint. Schließlich dürfte derjenige welcher sich für jene Periode der portugiesischen Geschichte interessirt, auf ein wichtiges, aber in Deutschland ziemlich unbeachtet gebliebenes Dokument aufmerksam zu machen seyn, auf den am 18. Januar 1867 erlassenen und am 26. ej. im „Vaterland“ veröffentlichten Protest einer Reihe von portugiesischen Großen und Edelleuten wider die in österreichischen Blättern verbreiteten Calumnien über Dom Miguel, die sie „unter Verpfändung ihrer Ehre für falsch und verläumberisch“ erklären, indem sie zugleich die Verfasser solcher Artikel, wenn sie nicht als „absichtliche Verläumber“ gelten wollen, auffordern, die von ihnen ausgestreuten Beschuldigungen zu rechtfertigen und zu beweisen. An der Spitze der Protestirenden steht einer der edelsten und hochgebildetsten Großen des Reichs: Dom José de Lancastre, Marquis d'Abrantes *).

*) Die fragliche Veröffentlichung lautet wie folgt:

Verehrliche Redaction!

Raum erfuhren wir die Verläumdungen, welche in einer Reihe von Artikeln eines Wiener Journals: „Neues Fremdenblatt“ veröffentlicht worden sind, so hielten wir es für unsere Pflicht, als Christen und Ehrenmänner den beiliegenden Protest abzufassen, und ersuchen Sie, denselben in Ihrem geschätzten Blatte abdrucken zu wollen. Wir geben Ihnen die Versicherung, daß sich in den genannten Artikeln kein Satz befindet, der nicht eine gemeine Lüge ist, keine Zeile, die nicht eine niederträchtige Verläumdung enthält! Neben den schändlichsten Ungeheuerlichkeiten, welche in dem genannten Pamphlete enthalten sind, zeigt sich darin auch eine krasse Unwissenheit in Bezug auf ältere und neuere Geschichte Portugals; weshalb in demselben Alles, sogar die meisten Daten unrichtig sind. Es ist eine Schmach für die Menschenwürde, daß solche Schändlichkeiten geschrieben werden, und Personen, welche von dem Gegenstande, den sie behandeln wollen, so gut wie gar nichts wissen

Es folgt nunmehr der Bericht über Dom Miguel's Aufenthalt in Rom.

können, sich dem Gelächter der Leser bloß stellen, in dem sie denselben lächerliche Fabeln an Stelle der wahren Geschichte bieten. Wir brauchen uns deshalb nicht zu wundern, wenn wir in dem Pamphlet, welches wir dem Abscheu jedes denkenden Mannes in Deutschland weihen, wiederum jenen Lärm der Freimaurer gegen den König Dom Miguel vernehmen, welcher eines der ersten Opfer der Logen war, und gleichsam der Vorläufer anderer Könige, deren Sturz dem Seinigen gefolgt, oder noch folgen wird; und diese Wuth gegen den verstorbenen Fürsten wächst Angesichts jener erstaunlichen Kundgebung der Anhänglichkeit für sein Andenken, welche so eben Portugal gegeben, wo alle Städte, Dörfer und selbst die kleinsten Ortschaften mit einander wetteiferten, den Ausdruck ihrer Loyalität an den Tag zu legen. In dieser Weise protestirt ein ganzes Volk in einem spontanen Akt gegen die Gewaltthätigkeit, welche demselben im Jahre 1834 durch England, Frankreich und Spanien angethan worden ist, indem diese ihm seinen Fürsten entrißen, der nun in fremdem Lande Asyl und Brod für den Rest seiner Tage zu suchen gezwungen war.

Wir stellen den Infamien jenes Wiener Blattes in Bezug auf den König Dom Miguel die Aeußerungen eines Lissaboner religiösen Blattes entgegen, dessen Zeugniß gewiß unverdächtig ist, weil sein Redakteur zu den Anhängern der jetzt regierenden Dynastie gehört, nämlich des *Bem publico* in Lissabon: „In fast allen Theilen des Königreiches haben Requien stattgefunden für die Seelenruhe Dom Miguel's Bragança und immens ist die Zahl der Seelenmessen, die mit gleichem religiösen Eifer selbst hier in Lissabon und zwar immer freiwillig gehalten worden ist. Wer so geliebt war, daß weder eine 32jährige Abwesenheit noch der Tod ihn vergessen machen konnte, konnte nicht das seyn, wozu während so langer Zeit die officiösen Verläumder ihn gemacht haben, denn dazu wäre nothwendig zu glauben, daß die ganze Nation verdorben sei.“

Wir zeichnen, verehrliche Redaction, mit aufrichtiger Hochachtung.
Marquis d'Abrantes. — Graf d'Almada. — Graf da Redinha. — Graf d'Avintes. — Jose Xavier Teixeira de Barros, Baz, Pereira, Pinto, Guedes. — Antonio Coutinho, Pereira de Seabra e Souza. — Doktor Luiz de Vasconcellos Azevedo Silva e Carvajal.

Bronnbach, 18. Januar 1867.

„Es ist mir immer als eine höchst schwierige Aufgabe dienen, den Charakter und die Privateigenschaften eines Fürsten nach seiner Regententhätigkeit zu beurtheilen. Man muß der politischen Situation eines Landes und tausend andern Umständen Rechnung tragen, indem diese oftmals den Fürsten ganz anders zu handeln nöthigen als es ihm

Protest.

Nachdem wir Undesunterzeichneten Kenntniß erhalten von einer Reihe Artikel, welche das Journal: „Neues Fremdenblatt“ Nr. 337, 339, 341, 342, 344, 347 und 349 dieses Jahres zur Unehre des Andenkens des Königs Dom Miguel, seiner erhabenen Mutter, Donna Carlotta Joaquina, und des erlauchten Marquis d'Abrantes (Vater eines der Undesunterzeichneten) veröffentlicht hat, erheben wir gegen diese sämtlichen Artikel feierlichen Protest und erklären dieselben unter Verpfändung unserer Ehre für falsch und verläumberisch. Zugleich fordern wir den Verfasser derselben auf, daß er den Inhalt der genannten Artikel rechtfertige und beweise; widrigenfalls müssen wir ihn für einen absichtlichen Verläumber erklären.

Bronnbach, 18. Januar 1867.

Dom José de Lancastre, Marquis d'Abrantes. — Graf d'Almada. — Asceno de Siqueira Freire, Graf de S. Martinho. — Antonio de Carvalho e Daun, Graf da Redinha. — José Corrêa de Sá, Graf d'Avintes. — José Xavier Teixeira de Barros, Baz, Pereira Pinto Guedes. — Antonio Coutinho Pereira de Seabra e Souza. — Doktor Luiz José de Vasconcelles Azevedo Silva e Carvalho.

Ich füge meinen Protest dem dieser hochedlen Herren, meiner Mitbürger und Freunde bei, die vor Kurzem aus Portugal hierher gekommen sind. Gleich ihnen erkläre ich alle Behauptungen, welche in den beagten Nummern des Wiener Journals „Neues Fremdenblatt“ gegen den König Dom Miguel, gegen die Kaiserin-Königin seine erhabene Mutter, und gegen den Marquis von Abrantes enthalten sind, für infame Verläumdungen, gleich ihnen erkläre ich auch ferner, daß der Verfasser dieser Artikel, falls er nicht sofort die Beweise veröffentlicht, welche ihn veranlaßten solche Schändlichkeiten für wahr anzunehmen, ein schamloser Verläumber ist.

Dr. Antonio Joaquim Ribeiro Gomes d'Abreu,
ehemaliger Professor der Universität Coimbra, gegenwärtig
Erzieher des erlauchten Sohnes des Königs Dom Miguel.

seine natürliche Reigung eingeben würde. Dom Miguel I., König von Portugal, ist ein sprechender Beweis für diese Behauptung."

"Wer diesen Fürsten nicht kennt, glaubt vielleicht an die Beschuldigungen der Liberalen, welche seinem ausdrücklichen Willen zuschrieben was unter seiner Regierung durch Andere gefehlt und gesündigt worden, wobei der Zweck zu Grunde lag ihr eigenes schmähhches Benehmen gegen ihn vor den Augen der Welt zu rechtfertigen."

"Ich glaube in den vorhergehenden Blättern die Motive, den Drang der Umstände, welche Dom Miguel während seiner sturmvollen Regierung leiteten und bestimmten, klar genug dargelegt zu haben; sein Privatcharakter hatte hiemit nichts zu schaffen, dagegen ist derselbe in Rom, wo er nach seiner Verbannung aus Portugal lebte, in's hellste Licht getreten. Während er sich noch in seinem Vaterlande, an dem äußersten Ende von Europa aufhielt, war es seinen Gegnern leicht durch ihre Lügen und Verläumdungen zu täuschen, indem sich im Auslande Niemand von der Wahrheit oder Unwahrheit dieser Beschuldigungen zu überzeugen vermochte — anders in Rom, wo Dom Miguel mit unparteiischen Augen betrachtet wurde und man ihn ganz anders beurtheilt, als ihn die englischen Whigs zu schildern pflegen."

"Nachdem er in schmähhchster Weise verrathen und aus seinem Königreich vertrieben worden, weil er sich nicht mit den Freimaurern verbinden wollte; nachdem ihn das Geld und die Streitkräfte des egoistischen Auslandes besiegt hatten, nicht die verhältnißmäßig geringe Anzahl seiner Gegner in Portugal, reiste Dom Miguel am 1. Juni 1834 nach Italien und landete nach 22tägiger Fahrt in Genua, völlig von Geldmitteln entblößt, nur im Besitz von einigen Schmuck- und Silbersachen, die er sofort verkaufen mußte."

"Dom Miguel wurde von allen Souverainen Italiens als legitimer König von Portugal aufgenommen und als der heroische Kämpfer für das wahre Königthum mit der ihm

hiefür gebührenden Auszeichnung behandelt. Nachdem er so einen Theil jenes schönen Landes bereist, nahm er seinen festen Wohnsitz in Rom, wo er zurückgezogen und einsam von einer monatlichen Pension lebt die er der Munificenz Sr. Heiligkeit des jetzt regierenden Papstes Gregor XVI., an dem er einen wahren Vater, einen edeln Wohlthäter gefunden, zu verdanken hat."

"Die von Dom Miguel dort angenommene Lebensweise ist die einfachste die sich denken läßt. Er steht früh auf, verrichtet seine Morgenandacht und erfüllt sonstige religiöse Pflichten; dann beschäftigt er sich mit Lektüre, macht einen Spaziergang oder geht auf die Jagd. Genau um Mittag hält er sein Diner, welches aus Ochsenfleischsuppe, ein wenig Schinken, Reis à la Milanaise, Brod und Früchten besteht. Abends um neun Uhr nimmt er Thee au lait mit etwas Brod. Bisweilen geschieht es, daß er den für den Ankauf der Milch bestimmten Bajocco zurückzulassen oder den Leuten zu geben vergißt; wenn er dann seine Milch fordert und man ihm erwidert, er habe keinen Befehl ertheilt welche zu kaufen, pflegt er mit Lachen zu entgegnen: „So ist's auch gut; ich muß der Vorsehung immer noch danken, daß sie so gnädig gegen mich ist.“ Silbergeschirr kommt natürlich nicht auf die Tafel des Königs von Portugal."

"Im vergangenen Sommer (1842) lebte Dom Miguel einige Zeit in Bracciano, vierzig Miglien von Rom, wohin er durch den Fürsten Conti aus Florenz eingeladen worden, um die dortigen Bäder zu gebrauchen. Neun Tage wurde er dort mit allen ihm gebührenden königlichen Ehren bewirthet; der Weg zum Schlosse war eine Miglie lang mit Blumen bestreut &c. Als der König von dort nach Rom zurückkam, hatte er nur noch zwei Bajocchi. Ein paar Stunden nach der gewöhnlichen Mittagszeit in den Palazzo Capponi, worin er wohnt, heimgekehrt, befiehlt er dem Koch, für den einen Bajocco Butter, die für eine Eierspeise nöthig war, und für den andern Brod zu kaufen. Dieß war das Mahl eines

Prinzen aus dem Hause Braganza, des legitimen Beherrschers von Portugal!"

„Ein ausgewandeter spanischer Oberst, welchen Dom Miguel öfter unterstützt hatte, mußte Rom verlassen; um ihm das nöthige Reisegeld zu verschaffen, bot Dom Miguel sein Pferd zum Verkauf aus. Kaum hatte der Oberst hiezu Kunde erhalten, so erklärte er mit Entschiedenheit, um den Preis eines solchen Opfers werde er von Sr. Majestät nie und nimmer eine Unterstützung annehmen. Dom Miguel entlich darauf vierzehn römische Golddublonen, um sie dem wackeren Royalisten einzuhändigen, aber auch diese anzunehmen weigerte sich derselbe, indem er die Art und Weise, wie sich der König die Summe verschafft, errathen haben mochte. Nach einer längeren Diskussion nahm er endlich die Hälfte an.“

„Ein höherer Artillerieoffizier, Portugiese von Geburt, welcher unter Don Carlos in Spanien gedient hatte (1841), war, weil er sich zu betteln scheute, dreißig Stunden lang ohne Nahrung geblieben und befand sich im Zustande äußerster Erschöpfung. Zufällig begegnet ihm Dom Miguel und sieht bald, was dem Unglücklichen fehlt; da er aber nicht einen einzigen Bajocco mehr besitzt, klopft er dem Manne auf die Schulter mit den tröstenden Worten: „„Mein Freund, siehe nach oben — man muß sich in den Willen Gottes fügen. Der Herr läßt es zu, fiat voluntas sua.““ Hierbei flossen Thränen aus seinen Augen, und der Offizier, zu bewegt um sich verabschieden zu können, schlich hinweg um zu weinen. Dom Miguel nahm ihn dann zu sich in seine Wohnung.“

„Dom Miguel erträgt alle Entbehrungen mit der größten Resignation, ja mit Heiterkeit; das Wenige, was er besitzt, gibt er her. Von den 600 Thalern monatlicher Pension, die er vom Papst erhält, gibt er 500 an seine armen Unterthanen und selbst von den 100, die er für sich behält, verwendet er noch einen Theil auf Almosen. Sein Wohlthätig-

Lebenssinn ist in Rom und Umgebung so bekannt, daß man ihn den Vater der Armen nennt."

"Von den vielen Beispielen seiner Herzensgüte und christlichen Nächstenliebe, welche ich berichten könnte, mögen hier einige folgen, die für den wahren Charakter des so sehr geschmähten und verkannten Fürsten ein sprechendes Zeugniß ablegen."

"Als Dom Miguel im J. 1836 von Porto d'Anzio nach Rom zurückkehrte, bemerkte er an der Straße einen jungen Mann der heftig Blut auswarf. Augenblicklich läßt er den Wagen halten, steigt aus und fragt den armen Menschen, was ihm fehle? Halbtodt gibt dieser durch Zeichen zu erkennen, daß er am Verhungern sei. Sogleich hebt Dom Miguel ihn auf, nimmt ihn zu sich in den Wagen und erfrischt ihn vermittelst einiger Bonbons die er gerade bei sich hat. Heimgekommen empfiehlt er ihn einem Kammerdiener und dessen Frau zur Verpflegung, läßt ihn kleiden und speisen und übergibt ihn nach seiner Wiederherstellung einem Erziehungs Hause."

"Der Abbé J. Belli hat folgenden Zug seltener Humanität und unerschrockener Nächstenliebe, wie sie Dom Miguel eigen war, veröffentlicht. Am 12. August 1837, als die Cholera in der ewigen Stadt ihre Verheerungen anrichtete, fuhr der entthronte König von Portugal durch die Straße Leccosa; in der Nähe des Hauses Nr. 71 bemerkte er einen Unglücklichen der auf dem Boden lag und mit den entsetzlichsten Krämpfen rang; die Straße war verödet; nur ein paar Leute betrachteten von einem Balkon aus das gräßliche Schauspiel, wagten jedoch nicht dem Erkränkten zu Hülfe zu kommen. Der Fürst dagegen verläßt eiligst seinen Wagen, hebt den Mann auf und bringt ihm mit eigener Hand die für den Augenblick nothwendigen Arzneien bei, so daß der Unglückliche wieder zu Besinnung kommt ohne jedoch zu ahnen, wer ihm diesen Liebesdienst erwiesen. Unterdessen waren Leute zusammengelaufen, scheuten sich aber näher zu

treten aus Furcht vor dem Worte Cholera; das Herz des Königs wußte jedoch von einer solchen Furcht nichts. Er blieb bei dem Kranken und schickte einen seiner Diener nach einem Wagen. Der panische Schrecken vor der Cholera war indessen so groß, daß kein Fuhrwerk aufzutreiben war. Da nahm ihn der Fürst zu sich in den Wagen und brachte ihn nach dem Hospital Santo-Spirito, wo er ihn den dortigen Krankenpflegern übergab und dringend anempfahl.“

„Als Dom Miguel im Sommer 1842 nach Albano ging, hörte er in einem Walde ein entsetzliches Klagen und Stöhnen; er ließ seinen Wagen halten, um dem Unglücklichen der diese Klagen ausstieß, zu Hülfe zu eilen. Dom Miguel's Begleiter versuchte ihn dadurch zurückzuhalten, daß er ihn an einen Anfall erinnerte, welchen vor zwei Jahren sieben Mörder an Dom Miguel selbst versucht hatten, wobei er gänzlich ausgeplündert und nur wie durch ein Wunder der Gefahr ermordet zu werden entgangen war. Der König hörte ihn an, befahl der Wagen solle halten, und ging dann, muthig und entschlossen mit gespanntem Gewehr in das Dickicht. Dort fand er einen ihm bekannten Landmann auf den Boden gestreckt, mit mehreren Kopfwunden und gänzlich erschöpft; er frug ihn nach dem Verbrecher der ihn in diesen jammervollen Zustand versetzt; ob er ihn kenne, ob sie einen Streit miteinander gehabt, ob er bestohlen worden &c.? Der Unglückliche erwiderte, er sei durch einen Unbekannten überfallen und durch Stockschläge so zugerichtet worden, den Anlaß zu dieser Mißhandlung kenne er nicht. Dom Miguel, von Mitleiden bewegt, rief einen seiner Leute herbei, der ihm half den Kopf des Mannes mit Schnupstüchern verbinden, führte denselben in seinen Wagen und gebot dem Kutscher langsam zu fahren, damit es dem Verwundeten nicht wehe thue. Damit derselbe besser liege, legte er dessen Kopf auf seine Schulter; seine Kleider wurden von Blute besudelt, und erst in der Nacht kam er nach Albano. Als die Einwohner, welche ihn wahrhaft verehren, bemerkten, daß der Wagen

gegen die sonstige Gewohnheit im Schritt fuhr, fürchteten sie, Dom Miguel selbst sei ein Unglück zugestoßen, und liefen zum Hause oder vielmehr zur Hütte, worin er zu wohnen pflegte, um seine Leute davon in Kenntniß zu setzen, die eiligst herbeistürzten um zu fragen, was geschehen sei? Nachdem Dom Miguel selbst den Verwundeten zu Bette gebracht, ließ er einen Wundarzt kommen und behielt den Mann bis zur vollkommenen Genesung bei sich."

"Ein anderesmal, als Dom Miguel in der Umgegend von Albano auf die Jagd gegangen, traf er auf dem Felde einen Armen der nicht einmal ein Hemd besaß; von tiefstem Mitgefühl ergriffen stieg der Fürst vom Pferde, entkleidete sich hinter einem Baume seines eigenen Hemdes und brachte es dem Armen; nachdem er ihm noch ein Almosen gegeben, stieg er wieder zu Pferde und verschwand. Der Mann hatte ihn erkannt und erzählte überall diesen rührenden Vorfall, der sonst vielleicht unbekannt geblieben wäre."

"Diese Thatfachen reichen hin, um von der Herzensgüte Dom Miguel's einen Begriff zu geben; sie gewähren eine richtige Vorstellung von seinem wahren Charakter, und jeder Unparteiische kann sich nach diesen Beispielen, die sich, weil die ganze Stadt Rom Zeuge gewesen, urkundlich belegen lassen, sein Urtheil bilden."

"Aber nicht bloß in der Verbannung ist Dom Miguel so menschlich und edel gegen Unglückliche gewesen. Als er noch den Thron inne hatte und sich im Besitz enormer Reichtümer befand, welchen Gebrauch machte er da von diesen Gaben des Glücks? Die arme Wittwe, der verwundete Soldat, der hilflose Kranke, mit einem Wort alle Unglücklichen wissen davon zu sagen. Wer nur seine Zuflucht zu ihm nahm, wurde liebevoll aufgenommen, getröstet und in freigebigster Weise unterstützt."

"Vielleicht werden seine Feinde, obwohl sie solche Züge von Edelmuth nicht in Abrede stellen können, doch behaupten, alles Dieses sei nur Politik gewesen und geschehen, um die

Gunst des Volkes zu erwerben? Auf einen so gemeinen Einwurf habe ich zu erwidern, daß jene Wohlthaten zum großen Theil im Geheimen gespendet wurden und Dom Miguel in seinem Benehmen gegen Alle, gegen Angehörige, Fremde, Unterthanen, Freunde und Feinde stets den gleichen Edelmut, die gleiche Offenheit des Charakters an den Tag gelegt hat. Es ist nahezu lächerlich, Dom Miguel Verstellung und Heuchelei zuzuschreiben“ *).

„Aus den früher von uns berichteten Thatsachen, sowie aus dem Briefe des Fürsten Metternich vom 8. Sept. 1825 ergibt sich zur Genüge, wie innig Dom Miguel an seinem Vater hing; man kennt keinen Zug, der irgendwie auf Undankbarkeit von Seiten des Sohnes deutete. Seine Mutter liebte er mit höchster Zärtlichkeit, und wir haben es gesehen, mit welcher Sorgfalt er sie in ihrer letzten Krankheit pflegte, wie er keinen Augenblick von ihrem Bette wich. Wenige Minuten vor ihrem Hinscheiden (7. Januar 1830) wandte sie noch einmal den Blick auf die Wunden des Gekreuzigten und richtete dann an ihren Sohn die schönen Abschiedsworte Leb wohl, theurer Miguel! Meine Freude, mein Leben — lebe wohl!“

Wir verlassen hier für eine kurze Zeit unsern Berichtserstatter, um den eben erwähnten Brief des Fürsten Metternich in Uebersetzung mitzutheilen:

„Ich habe Ihren Brief vom 6. August erhalten und darin mit Bedauern gelesen, daß die Uebelgesinnten in Lissabon und den Provinzen kein Mittel verabsäumen die Aufregung zu erhalten, und daß ihre Versuche, die eine nur etwas thätige Polizei leicht hätte verhindern können, ungestraft ge-

*) Wie hierin die Ansichten der Personen, welche Dom Miguel gekannt haben, übereinstimmen! Ludwig Storch erzählt in seinem Bericht über Bronnbach, Gartenlaube 1863 Nr. 43: „Ein ehrenwerther Mann der den Herzog gut kannte, sagte mir: Es ist keine Spur von Verstellung in ihm; er gibt sich stets und zu aller Zeit, wie er ist.“

blieben sind. Es scheint mir völlig klar zu seyn, daß das ganze Uebel durch die revolutionäre Partei hervorgerufen wird, indem sie, für den Augenblick noch gezwungen ihr strafbares Vorhaben aufzuschieben, weil sie sich noch nicht stark genug fühlt den Thron offen anzugreifen, mittlerweile die Fundamente dadurch zu untergraben sucht, daß sie, um unter den Mitgliedern der königlichen Familie Mißtrauen, Eifersucht, selbst Haß hervorzurufen, kein Mittel unversucht läßt. Die Revolutionäre wagen es, den Namen des Infanten Dom Miguel mit ihren Attentaten in Zusammenhang zu bringen, wobei sie die schlimme Absicht leitet nicht bloß die vorgefaßten Meinungen gegen diesen Prinzen zu unterhalten, sondern auch seinen Aufenthalt im Auslande, nachdem es ihnen gelungen ihn von seinem Vater zu trennen, möglichst zu verlängern. Wie sich auch der Infant bei der jüngsten Revolution verhalten haben mag, Eines bleibt unbestritten wahr, daß der Prinz, seit er sich in Oesterreich aufhält, sich in keinerlei Weise mit den Angelegenheiten seines Vaters weder befaßt hat, noch überhaupt befassen will. Er weiß nichts von Allem was in Portugal vorgeht, und ich habe die Gewißheit, daß er nicht einmal dorthin correspondirt. Sein Benehmen ist vom ersten Tage seiner Ankunft an ein völlig tadelloses gewesen. Eben kommt er von einer größeren Reise in die Provinzen des Kaiserstaates zurück und hat überall die öffentliche Meinung für sich gewonnen. Man merkt ihm an, daß diese Reise keine fruchtlose gewesen ist und seine Kenntnisse sich bedeutend vermehrt haben; auch drückt er sich mit größerer Leichtigkeit im Französischen aus. Jeden Tag beschäftigt er sich mehrere Stunden lang mit ernstern Dingen; er sucht gute Gesellschaft auf und vermeidet jeden verderblichen Umgang*): kurzum, ich müßte ungerecht

*) So war auch Dom Miguel's späterer Hof in Lissabon nach Delvaux' Aussage (Month. Vol. VI. Nr. XXXV. p. 454): a model of modesty and decorum.

seyn, wollte ich ihn nach irgend einer Seite hin tadeln. Er hat schon einigemal an seinen Vater geschrieben, jedoch keine Antwort erhalten; dieß berührt ihn schmerzlich, doch gibt er sich niemals lauten und stürmischen Klagen hin. Der Prinz besitzt ein Gefühl, welches seinem schönen Charakter zur höchsten Ehre gereicht, und sollte der König dieses Gefühl nicht zurückstoßen. Wenige liebevolle und anerkennende Worte dürften auf das Gemüth des Prinzen, welcher den lebhaften Wunsch hegt alle vorgefaßten Meinungen gegen ihn zu vernichten, eine äußerst wohlthätige und beruhigende Wirkung ausüben. Ich beauftrage Sie, alle diese Umstände zur Kenntniß des Königs und seines Ministers zu bringen. Was mich betrifft, so wäre es mir persönlich von höchstem Werth, daß Se. Majestät von dem trefflichen Benehmen seines Sohnes Kenntniß erhielte, und da Höchstodieselbe ihn der besonderen Obhut des Kaisers anvertraut hat, so glaube ich eine Pflicht zu erfüllen, wenn ich den wahren Sachbestand mittheile und Se. Majestät inständigst ersuche, an den Prinzen einige gütige Worte zu richten, die ihm die Hoffnung in Aussicht stellen, daß er, wenn er sein bisheriges ausgezeichnetes Benehmen einhält, von seinem Vater mit liebevollem Herzen aufgenommen werde. Können Sie nicht mit dem König sprechen, so beauftrage ich Sie, Herrn von Campo Santo die Mission zu übertragen, den König von Allem in Kenntniß zu setzen. Genehmigen Sie 2c. Metternich.“

Lassen wir nunmehr unseren Berichterstatteer weiter erzählen:

„Dom Miguel's Liebe zu seinen Schwestern war eine notorische; er war stets in ihrer Gesellschaft, begleitete sie überall hin und überhäufte sie mit Aufmerksamkeiten.“

„Wie war sein Benehmen gegen Dom Pedro *)? Wie

*) Schon in frühester Kindheit zeigte sich bei den Brüdern Dom Pedro und Dom Miguel ein bedeutender Unterschied in Wesen und Charakter. Nach der Aussage ihres Gouverneurs, des Chevalier Montre-

viele Briefe voll brüderlicher Zärtlichkeit, wie viele kostbare Geschenke hat nicht Dom Miguel, noch nachdem er 1828 zum König ausgerufen worden, nach Brasilien geschickt; wie tief empfand er den traurigen Zwiespalt, der sodann ausbrach; wie empört war er, als Satiren und Pasquille gegen Dom Pedro verbreitet wurden! Mehr als einmal hörte man von ihm die Aeußerung: „Ich bin der Freund meines Bruders und möchte nicht, daß ihm bei seiner Landung in Portugal ein Unglück widerföhre. Träse ich mit ihm zusammen, ich würde ihn als Bruder umarmen. Die Frage, welche uns trennt, ist eine Sache für sich und ich werde mein Recht bis auf's äußerste verfolgen.“

„Als Dom Miguel an einem Dezembertage 1832 bei Oporto die Defensionspunkte besichtigte, rief er plötzlich: „Ich sehe meinen Bruder!“ Dann betrachtete er ihn aufmerksam mit dem Fernrohr und versank in ein längeres tiefes Schweigen, worin ihn Niemand zu stören wagte.“

„Während der Belagerung von Oporto hatte er strengsten Befehl ertheilt, nie die Geschütze dorthin zu richten, wo sein Bruder sich zeigen würde; ein Kanonier, welcher diesem Befehl zuwiderhandeln wollte, verfiel einer strengen Strafe“^{*)}.

„Dom Pedro dachte und handelte nicht in gleicher Weise. Ueberall wo Dom Miguel erschien — er war an seinem weißen Pferde leicht zu erkennen — fiel auf ihn ein Hagel von Kugeln und Kartätschen. Als er sich eines Tages an einem sehr exponirten Orte befand, erschien eine arme Frau, fiel auf die Knie nieder und bat um Gehör. Dom Miguel,

da Rocca, war Dom Pedro unbeständig, listig, ehrsuchtig, nicht ohne Anzeichen von Grausamkeit; Dom Miguel fester, selbst eigensinnig, wenn er eine Ansicht für wahr hielt, dabei gutmüthig und bereits im höchsten Grade wohlthätig, so daß er bei dem brasilianischen Volke sehr beliebt war. Monteiro prophezeite dem älteren Bruder eine traurige Zukunft.

^{*)} Diesen Umstand erwähnt auch Laurentie in einem kurz nach dem Tode Dom MIGUELS in der Union veröffentlichten Nekrolog.

der gewohnt war solche Bitten nie abzuschlagen, hielt an und frug, worin er ihr nützlich seyn könne? Einige Personen aus seinem Gefolge ersuchten ihn dringend den gefährlichen Ort zu verlassen; das furchtbare Feuer, welches von Seite der Belagerten noch verdoppelt wurde, bewies zur Genüge, daß man den König erkannt habe; derselbe erwiderte jedoch ruhig: „Fürchtet Ihr Euch, so zieht Euch zurück! Ich bin König und muß meine Unterthanen hören.“ Kaum hatte er diese Worte gesprochen, so platzte eine Bombe und tödtete zwei Soldaten, sowie die arme Frau die sterbend noch ihrem König Dank sagte. Da wandte sich Dom Miguel gegen den Ort hin, von wo der Schuß gefallen war, und rief mit gegen Himmel erhobenem Blick: „O Pedro, Pedro, Der da droben weiß, daß ich solches nicht um dich verdient habe!“ Diese Thatsache*) hat sich im Dezember 1832 vor Oporto zuge-
tragen.“

„Im April 1833 ließ Dom Pedro, weil es an Lebensmitteln fehle, 600 Kinder aus Oporto ausweisen; Dom Miguel nahm sie auf und schickte sie nach Coimbra, wo sie auf seine Kosten von den Vätern der Gesellschaft Jesu versorgt wurden.“

„Welcher Unthaten ist ein Sohn nicht fähig, welcher seinem Vater schreiben konnte: „Wir sind miteinander in Krieg! Mein Vater, ich bin Freimaurer.“ So schrieb Dom Pedro am 15. Juli 1824 aus Rio de Janeiro an den König Joao VI.“

„Als man Dom Miguel den zu Lissabon am 24. Sept. 1834 erfolgten Tod seines Bruders meldete, füllten sich seine Augen mit Thränen, und tiefe Traurigkeit verrieth die Gefühle seines Herzens.“

*) Wäre dieselbe von einem Fürsten des klassischen Alterthums oder des Mittelalters erzählt worden, so müßte jeder Schulbube sie auswendig lernen und ein halbes Duzend von Poeten hätte sie in Verse gebracht.

„Die liberalen Blätter enthalten von solchen Dingen nichts; wir aber besitzen Kenntniß davon, wir waren Augen- und Ohrenzeugen, wir kennen und bewundern deshalb die seltenen Eigenschaften unseres edeln Königs und Herrn. Man befrage den Prinzen Friedrich von Hessen-Darmstadt, der mehrere Jahre in Portugal gelebt und bei Dom Miguel freundliche Aufnahme gefunden; man befrage den heldenmüthigen Marschall Bourmont, den tapferen La Rochejacquelein und so viele Andere, welche Dom Miguel auf dem Throne gesehen haben, und man wird sich überzeugen, daß ich die Wahrheit gesagt habe, die Wahrheit, welche eines Tages siegreich durchdringen wird, da Gottes Gerechtigkeit eine unendliche ist.“

XXXVIII.

Jakob Wimpfeling ein deutscher Humanist.

Als unlängst über den oben genannten „Humanisten“ ein eigenes Buch erschien*), welches von Haß gegen Alles was katholisch heißt, überprudelt, drängte sich uns die schon oft gemachte Beobachtung wieder auf, wie leicht man es sich heutzutage macht Bücher zu schreiben, und wie gewissenlos man das aus den Werken katholischer Schriftsteller zusammen gestoppelte Material benutzt um „Zeitbilder“ zu entwerfen

*) Jakob Wimpfeling. Sein Leben und seine Schriften. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Humanisten. Von Dr. Paul von Wiskowatoff. Berlin 1867. 238 S. 8.

— Bilder einer Zeit die nie in Wirklichkeit dagewesen, sondern nur als Phantasiegemälde einer feindlichen und antichristlichen Gesinnung existirt. Da erscheinen nun die Männer deren Leben und Zeit geschildert werden soll, als ganz andere als sie in der Wirklichkeit waren, da werden ihnen Gedanken und Bestrebungen untergeschoben die sie nicht kannten. Ja, sie werden in eine Zeit versetzt, welche so beschrieben, so fürchterlich ausgemalt wird, daß wenn die von solchen Geschichtsarchitekten gefeierten Männer wieder kommen könnten, sie sich fragen würden: War ich denn der wirklich — und habe ich wirklich in einer solchen Zeit gelebt?

So würde es auch dem guten Wimpfeling gehen, der sich von seinem Biographen in das „Verderbniß der Alleinherrschaft der Kirche“ versetzt sehen, der „eiserne Zähne“ und „eherne Klauen“ wahrnehmen würde, mit der diese scheußliche Person „in den Eingeweiden sämtlicher europäischer Völker“, die natürlich „an Geist verkrüppelt, an Sitten entartet waren“, herumwühlte! Nichts würde ihm entgegenstieren als „römische Ränke und pfäffische Hinterlist.“ Unser Humanist würde sich mit seinem ihm wohlbekannten Horaz fragen: „Täuscht mich . . . Berrücktheit“ (Lib. III. Carm. IV. 5)? wobei er freilich finden würde, daß diese „*amabilis insania*“ welche die Commentatoren oder Erklärer mit „Dichterswuth“ oder „Manie“ erklären, nicht ihn sondern seinen Biographen getäuscht habe.

Noch mehr aber würde er sich wundern, wenn er bei weiterem Nachfragen fände, daß sein Biograph alles den weiland Jakob Wimpfeling Betreffende, in soweit es historisch ist, mit leichter Mühe einem Werke entnommen, welches vor 90 Jahren ein Freiburger Professor Joseph Anton Riegger veröffentlichte, indessen er das was unhistorisch ist, aus eigenen Hefen beifügte. Riegger, ein berühmter Rechtsgelehrter, durchforschte die Archive der Freiburger Universität, um das Andenken der berühmteren Männer dieser einst mit Recht als katholische Hochschule gepriesenen Universität zu erneuen. Die

Resultate dieser Forschungen veröffentlichte er in seinen lateinisch geschriebenen „Freiburger Annehmlichkeiten“*) welche das Leben und die Schriften dreier Männer enthalten, des Johannes Pfeffer als ersten Professors der Theologie, des weltberühmten Predigers Johannes Geiler von Reisersberg, und unsers Humanisten Jakob Wimpfeling. Verschwiegen hat nun der neueste Wimpfeling'sche Biograph keineswegs, wo seine Quelle zu suchen sei, indem er selbst bekennt: „Dieser“, nämlich Kiegger, „hat in seinen *Amoenitates literariae Friburgenses* mit dem größten Fleiße die Materialien zusammengetragen, die er aus den zahlreichen und zum größten Theil überaus seltenen Werken Wimpfeling's geschöpft hat, und hat auch dessen Lebensschicksale kurz skizzirt; aber er hat es unterlassen, aus diesem Material das Charaktergemälde von diesem bedeutenden und interessanten Manne herauszuheben, und ebensowenig hat er den Einfluß und die Wirkung geschildert, die Wimpfeling's Persönlichkeit und seine reichhaltige Thätigkeit auf die Zeitgenossen und auf die Nachwelt geübt hat.“ Allein er gibt fast um kein Jota mehr als sein Vorgänger vor 90 Jahren gab, wohl aber theilweise weit weniger, und das Wenigere ausgelesen in der Absicht dem ehrlichen Katholiken Wimpfeling eine Gestalt zu geben, die ihn als erbitterten Gegner seiner Kirche scheinen läßt der das Gebäude mehr als irgend ein Anderer durch seine unausgesetzten Angriffe erschüttert habe, ohne es aber weiter als bis zur Erschütterung gebracht zu haben, weil er den morschen Bau „radikal niederreißen“ weder wollte noch konnte, weil „dazu sein Blick zu beschränkt war.“

Ein solcher Mann, wie ihn das Jahr 1867 malen

*) *Amoenitates literariae Friburgenses. Fasciculus I. Ulmae. Apud Aug. Lebrecht. Stettinium 1774. Fasciculus II. III. Ebend. 1775. 582 Seiten, von denen sich S. 161—582 oder Fascicul. II. III. ausschließlich mit Wimpfeling unter der Aufschrift beschäftigen: „De Jacobo Wimpfelingo.“*

möchte, war aber Jakob Wimpheling nie, wie sich Jeder überzeugen muß, der die Niegger'sche Arbeit von 1776, zur Stunde noch die beste welche über Wimpheling dem Inhalte nach vorhanden, vorurtheilsfrei durchforscht und aus dem dort massenhaft aufgehäuften Wimpheling'schen Materiale selbst, sowie aus den Urtheilen seiner Zeitgenossen die Thatfachen sprechen läßt, ohne in Wimphelings Aeußerungen Gedanken und Gefinnungen zu übertragen die ihm durchaus fremd waren.

Wir wollen es versuchen aus denselben Quellen, aus denen die Biographie von 1867 schöpfte — ohne uns weiter fortan um selbe zu bekümmern — ein kurzes Lebensbild zu entwerfen, was um so leichter ist, als Wimpheling selbst im Jahre 1512 eine Autobiographie schrieb und 1514 veröffentlichte, in der er gegenüber seinen Gegnern (er nennt sie *detractores*) unbefangen seinen Lebensgang entwirft.

Jakob Wimpheling war am 27. Juli 1450 in Schlettstadt geboren und bis in sein 12. Jahr, in welchem er seinen Vater bald hernach verlor, Schüler des durch seinen gründlichen und vortrefflichen Unterricht berühmt gewordenen Ludwig Dringenberg. Durch die Hülfe eines ihm treu zur Seite stehenden geistlichen Onkels konnte er bereits 1464 die Universität Freiburg beziehen, die er, durch die eingebrochene Pest vertrieben, bald mit jener zu Erfurt vertauschte, um dort die begonnenen philosophischen Studien fortzusetzen. Doch hatte er sich bereits im Jahre 1466 in Freiburg die akademische Würde eines Baccalaureus der freien Künste erworben. Von Erfurt rief ihn der Onkel bald nach Hause, um ihn dem geistlichen Stande und Berufe zu widmen. Allein er fand, daß der Nefse noch zu jugendlich und zu schwächlich aussah, um ihn in den Kirchendienst einzuführen. Sofort befahl er ihm, bis auf weiteres sich abermal nach Erfurt an die Hochschule zu begeben. Wie es aber oft im Leben geht, daß scheinbare Zufälle eine neue Lebensrichtung bestimmen, so war es auch mit Wimpheling, der Erfurt

nicht erreichte, sondern auf seiner Durchreise in Speyer erkrankte, wo er von dem Ende des Herbstes bis zur Mitte Decembers liegen bleiben mußte, ohne daß die Kunst der Speyerer Aerzte ihm Hülfe zu schaffen im Stande gewesen wäre. Glücklicher Weise — Wimpheling erklärte es als Werk der göttlichen Vorsehung — kehrte „ein gelehrter und frommer Mann“ in dasselbe Gasthaus ein, der von seiner Erkrankung Kenntniß nehmend, ihm ernstlich zusprach sich in Heidelberg bei tüchtigeren Aerzten Hülfe zu suchen. Diesem Rathe folgte Wimpheling und ließ sich nach Heidelberg bringen. Unterdessen war der tiefe Winter herbeigekommen, die Mittel aber — ausgegangen. Die Bekannten, die er in Heidelberg kennen gelernt, bestürmten ihn in Heidelberg zu bleiben und da zu studiren. Allein ohne Zustimmung des Onkels konnte und wollte er nicht. Diese erfolgte wider Erwarten. Ja der Onkel, der auch einst in Heidelberg und zwar „sub optimis neotericis praeceptoribus“ studirt hatte, freute sich des Entschlusses seines Neffen und schickte sogleich die nöthigen Unterhaltungsmittel für das neue Studium der Philosophie, in welcher sich Wimpheling im Jahre 1471 die Magisterwürde erwarb.

Nun begann Wimpheling das Studium des geistlichen Rechtes, auf das er zwei Jahre verwandt, ohne jedoch ihm Geschmack abgewinnen zu können. Ihn widerte das Glossenwesen an, da er lieber philosophisch-metaphysische Forschungen angestellt hätte. Wirklich naiv schreibt er, daß er so wenig von Gott, von den Engeln, von der Seele und ihren Kräften, von den Tugenden, vom Leben, vom Tode und vom Leiden des Erlösers in den Glossen gefunden habe, aber um so mehr von der Erwählung, von den Pfründen, Dignitäten, Richtern und allen möglichen Plackereien — lauter Dinge vor denen sein Gemüth zurück schauderte. „Denn“, setzt er bei, „ich hatte als Jüngling mir jenes Wort des Hieronymus eingeprägt: Der verachtet Alles leicht, der täglich an sein Sterben denkt; auch kannte ich das Wort des

Erlösers: Was hilft es dem Menschen, wenn er die ganze Welt gewänne?" Er war also zum Juristen verdorben. Um so mehr zog ihn sein Herz zur Theologie, deren Studium er als ein besonderes Verdienst in den Augen Gottes betrachtete. Noch im Hochherbste seines Lebens konnte er schreiben: „Und es hat mich bis heute noch nicht gereut, eben so wenig als ich mich schäme auf diese Wissenschaft nach dem Vorbilde der ausgezeichnetsten Männer (zu denen er auch Geiler rechnet, mit dem er schon in Freiburg in innige Freundschaft getreten war) verfallen zu seyn.“

Wimpfeling ward 1483 „Baccalaureus formalus“ in der Theologie. Während nun in Heidelberg eine pestartige Krankheit auftrat, welche die Lehrer und Schüler vertrieb, erhielt er auf Veranlassung und Empfehlung des Andreas Brambach, den er als einen ausgezeichneten Theologen neuerer Richtung bezeichnet, vom Bischofe zu Speyer den Ruf als Domprediger daselbst. Wimpfeling kämpfte lange mit seinen Bedenken eine solche Stelle, zumal in Rücksicht auf das Riesengebäude des Speyrer Doms, anzunehmen bis ihn sein Freund aufmerksam machte, er sei die Annahme seiner Ehre schuldig, da die Bewerber um diese Stelle das Gerücht verbreitet hätten: er sei der uneheliche Sohn eines Priesters. Das Gerücht war daher entstanden, weil sein geistlicher Onkel ihn in seinen Briefen „Sohn“, der dankbare Nefle den wahrhaft sorgenden Onkel „Mein Vater“ nannte. „Nun erst,“ schreibt er, „ging ich nach Speyer zur Vertheidigung der Ehre meiner hochachtbaren Mutter.“ Sein Aufenthalt in Speyer, wo er wohl auch erst die höheren Weihen erhalten haben dürfte, war durch den Umgang mit den achtbarsten Geistlichen und Prälaten, durch deren Vermittlung er bei seiner öfteren Kränklichkeit auch im Predigen erleichtert wurde, ein sehr angenehmer, obschon ihn eine stete Sehnsucht zur Heidelberger Universität wieder hinzog (denn auch er huldigte dem Ausspruch des Petrus Blesensis: „Außer der Universität gibt's kein Leben. Extra universi-

latem non est vita.“) Durch Zureden des Fürstbischofs Ludwig und des Dompropstes Georg von Gemmingen blieb er 14 Jahre lang zu Speyer.

In dieser Zeit glaubte Wimpheling so recht das Richtige, das Vergängliche des Weltlebens und Treibens erkannt zu haben. Es zog ihn in die Einsamkeit. Um so lieber und werther war ihm das Anerbieten des Domherrn Christoph von Utenheim mit ihm in die Einsamkeit zu gehen, wozu sich auch bereits sein Johann Geiler und Thomas Lamparter verstanden hätten. Mit Freuden gab Wimpheling, der damals gerade Petrarca über die Einsamkeit las, seine Zusage. Er reiste selbst im Auftrage Utenheims nach Marienthal bei Mainz um ein ähnliches Institut kennen zu lernen. Während dem erhielt er vom Kurfürsten Philipp einen Ruf als Professor der schönen Literatur und griechischen Sprache an die Universität Heidelberg — ein Ruf der ganz seinen Wünschen entsprach, zumal die Utenheimischen Pläne noch längere Zeit zur Verwirklichung bedurften. Er nahm und erhielt seinen Abschied von Speyer, jedoch ohne die herkömmliche Pension für verabschiedete treue Diener, ging nach Heidelberg, wo er auch über den heil. Hieronymus Vorlesungen hielt, und weilte hier bis in's dritte Jahr. Da kam nun Christophs Einladung: Alles sei in der Einsamkeit bereit, Wimpheling möge sein Versprechen erfüllen! Sogleich entsagte dieser seinem Heidelberger Lehramt und ging nach Straßburg zu seinem Geiler, um mit ihm den lang ersehnten Schritt zu thun, als zu beiderseitiger Verwunderung Christoph von Utenheim ihnen abschrieb, weil er zum Bischof von Basel erwählt worden sei, wo er allerdings mehr wirken konnte als in der gewünschten Einsamkeit.

Auf Geilers Bitten blieb nun Wimpheling bis um die Mitte des Jahres 1503 in Straßburg, wo er sich viel literarisch, besonders auch mit der Herausgabe des im Jahre 1502 erschienenen IV. Bandes der Werke des Johannes Gerson, den er hoch verehrte, beschäftigt hatte. Hierauf folgte er der Ein-

labung Bischof Christophs nach Basel, hauptsächlich um die Synodalstatuten dieses Bisthums zu sammeln und zu ordnen, die denn auch 1503 genehmigt und veröffentlicht wurden. Wimpheling war, nachdem er auf die Einladung des Bischofs zum Einsiedlerleben auf seine Stelle verzichtet hatte, ohne eine eigentliche das Leben sichernde Stellung, was um so bedauerlicher war als er durch seine Schriftsteller-Arbeiten sich mehrfache Feindschaften, ja selbst die einer ganzen Ordens-Corporation, der Augustiner Eremiten, zugezogen hatte, und zwar letztere durch die in seiner Schrift „De integritate“ d. i. von der Sittenreinheit im Capitel XXXI und XXXII aufgestellte Behauptung: daß der heil. Augustin niemals weder ein Klosterbruder noch ein die Cuculle tragender Mönch gewesen sei — eine kirchengeschichtliche Frage um deren willen die Augustiner den guten Wimpheling selbst beim heiligen Vater belangten, über welche eine spätere Zeit ganz ruhig diskutirte! Da erhielt er durch seine Sachwalter von Straßburg aus die Nachricht, daß ihm der Papst eine Pfründe, die Summissarie am Münster ertheilt habe. Dorthin sich begebend, fand er große Abneigung bei dem Dechant am Stifte gegen diese Vergabung, sowie ihm auch seine Unfriedfertigkeit nicht unbekannt war. Wimpheling zog es vor lieber auf diese Stelle zu verzichten, als in Unfrieden zu leben. „Mit Geduld“, schrieb er, „will ich die Unbild hinnehmen, die Vergeltung Gott anheimstellend!“

Während er noch in Straßburg weilte, war in Bayern ein Krieg ausgebrochen und man fürchtete eine Belagerung Heidelbergs, wohin er vor drei Jahren die Söhne der Patricier Martin Sturm und Mathias Paulus empfohlen hatte. Deshalb wurden die erstern zurückgerufen. Allein aus Freundschaft zu den Eltern und aus Liebe zu diesen talentvollen Jünglingen brachte er sie selbst nach Freiburg, wo er noch überdieß wie es scheint zwischen 1504 und 1505 sich ein ganzes Jahr als Hofmeister des Peter Sturm, der die Rechtswissenschaft betrieb, aufgehalten hat. Wie lieb ihm diese

Beschäftigung gewesen, geht daraus hervor, daß er noch 1512 aus seiner Zurückgezogenheit schrieb: „Auch heute noch könnte ich mich leicht bewegen lassen, die gelehrigen Söhne guter Eltern auf meine Kosten auf irgend eine gelehrte Anstalt zu bringen.“ Wirklich hatte er dieß bereits erprobt, als er denselben Peter Sturm nebst mehreren angesehenen Bürgersöhnen auf Bitten und Anstehen ihrer Eltern abermal nach Heidelberg geleitete, wo er in Folge von Bitten angesehener Männer und Lehrer in eine schriftliche Polemik mit dem streitsüchtigen und nichts weniger als humanen Humanisten Jakob Locher, genannt Philomusus, verwickelt wurde.

Von Heidelberg rief ihn Kaiser Maximilian, der Wimphelings historische Studien gar wohl zu würdigen verstand, zu sich, um eine „Sanctio pragmatica“ oder ein Reichsgrundgesetz auszuarbeiten. Auch diesem Auftrage genügend, zog sich der zum Greis gewordene Mann, öffentlicher Wirksamkeit müde, endlich in seine Heimath Schlettstadt zurück, seinen Studien lebend und thätig in der gelehrten Straßburger-Schlettstadter Gesellschaft, deren letzte Frucht die Herausgabe von Hymnen des Prudentius 1520 war. Aus Italien stammte die Sitte, daß Männer der Kunst und Wissenschaft zusammen traten und gelehrte Vereine oder Gesellschaften bildeten, die außer dem Austausch ihrer Ideen und wissenschaftlichen Befunde sich auch mit der Herausgabe einzelner Werke befaßten. Eben die Straßburger nannte Erasmus von Rotterdam das Abbild eines alten philosophischen Staates unter großen Lobeserhebungen.

Ehe sich aber Wimpheling gänzlich in das Haus seiner Schwester Magdalene, die Mutter zweier wackeren Söhne die der Onkel herzlich liebte, zurückzog, war er vorher nochmals dem Rufe des Bischofs Christoph nach Basel gefolgt, um Gewissensrath und Seelenführer eines vom Bischofe reformirten Nonnenklosters zu werden. Auch diese Aufgabe erfüllte er mit gewohnter Treue.

Große Reisen hatte er außerdem nie unternommen, wie

er denn auf den ihm gemachten Vorwurf eines unbeständigen herumziehenden Lebens schrieb: „Dreißig Jahre lang habe ich nur in zwei Städten gewohnt . . . Am Rhein von Basel bis nach Köln habe ich während fünfzig Jahren nur meine Freunde oder Prälaten, die mich einluden, Kirchen oder solche wo Ablässe zu gewinnen waren, die Reliquien der Heiligen, Klöster, Bibliotheken, ausgezeichnete Gelehrte wie Stephan Bruliser und Petrus von Ravenna mit Vergnügen besucht. In so vielen, sage fünfzig, Jahren kam ich einmal um meiner Gesundheit willen in's Wildbad, zweimal nach Basel, zweimal nach Köln und einmal auf inniges Anstehen meiner Freunde, und zwar während meiner Heidelberger Dienstpflichtschuldig nach Würzburg. Ich habe weder Frankreich noch Italien, ja nicht einmal — Schwaben gesehen“ *).

Großen Seelenschmerz erregten in dem frommen Priester, der den vollen Beweis lieferte, daß ernste und gründliche classische Studien auch nicht im entferntesten von dem Glauben, von kirchlicher Gesinnung und kirchlichem Leben zu entfernen vermögen **), die Zerstörungen der Reformation, welche sich bereits an den Angelpunkt des Katholicismus, an das heilige Altarssakrament, gewagt hatten. Das ergreifende Zeugniß für den schwer beleidigten Glauben des frommen Wimpfeling ist sein an Luther und Zwingli gerichteter Brief (X Kal. Jun. MDXXIV.), den er der Emserischen Vertheidigung des Meßcanons vordrucken ließ, zugleich sein letztes gedrucktes Schriftstück. „Ich bitte euch“, schreibt er, „um der

*) Die merkwürdige sich in lateinischer Sprache ungemein schön ausnehmende Stelle von 1512 findet sich bei Riegger S. 418.

**) Sehr interessant ist die von der Congregatio S. Officii unter dem 12. Februar 1866 erfolgte Antwort auf die von Seite des Klerus in Canada zwei volle Jahre ventilirte Frage über den Gebrauch der Glassiter in Mittelschulen. Die österreichische Vierteljahrschrift für katholische Theologie, Wien 1867, bringt S. 329 diese Entscheidung für den Gebrauch derselben, nur „non ii sint, qui res lascivas seu obscenas tractant, narrant aut docent“ . . .

innigsten Barmherzigkeit unseres Gottes willen, laßt euch doch nicht, falls ihr je die Zwiegespräche Hieronymus Emser's über die Messe und ihren Canon lesen solltet, zum Zorn und zu Ausfällen hinreißen, sondern mit christlicher Bescheidenheit möge Alles vorher auf's genaueste beurtheilt werden, sich gründend in den stichhaltigen Zeugnissen der alten Väter oder der heiligen Schrift, zumal der letzteren das Memento des Canons für die Lebendigen und Abgestorbenen durchaus nicht zu widersprechen scheint." Welchen Schmerz verkündet der Brief Wimphelings, der in Jünglingstagen den Ruhm der heiligen Jungfrau dichterisch gefeiert hatte, an den Propst zu St. Thomas in Straßburg, Wolfgang Fabricius Capito, vom 6. September 1523. „Bruder“, schreibt er, „die christliche Liebe zwingt mich, dich liebend und väterlich um eines mir aus Straßburg gekommenen Briefes willen zu warnen, in welchem es unter anderen heißt: Doktor Capito prediget, Wer die Muotter Guottes anriefft vnd sein Vertruwen setzet in sy, sey gleich als bettet er Hundt an. Item wan er durch sy vnd durch ir bit solt selig werden, wolt er nit selig sein *). O schrecklich! sind in deinen Augen Augustinus, Albertus Magnus, Guilhelm von Paris, Johannes Gerson . . . so einfältige Leute? . . . Du willst jene zur verächtlichsten machen aus deren reinstem Blute das ewige Wort seinen Körper angenommen hat?“ Ja selbst Johannes Rhenanus gibt für die durch und durch katholische Anschauung Wimphelings ein Zeugniß, wenn er 1520 an Zwingli schreibt: „Wimpheling kann es nicht ertragen, wenn Jemand gegen die Ceremonien spricht“ **)!

Alt und lebensmüde entschlief Wimpheling am 17. Nov. 1528 ***). Dieß die im Grunde sehr einfachen äußeren Lebens-

*) Kiegger a. a. D. S. 544. Wimpheling führt in seinem lateinischen Briefe die obigen Worte in deutscher Straßburger Schreibweise an.

**) A. a. D. S. 547.

***) Bei Kiegger S. 166 wird eine ausführliche Grabchrift auf Wimpheling,

verhältnisse Wimphelings, die von denen anderer Gelehrten jener Zeit sich fast durch nichts unterscheiden. Allein die Größe Wimphelings liegt in seinem durchgebildeten, vom Weltsinne entfernten Charakter, in seinem unermüdeten Streben das zu suchen was unvergänglich ist, in seinem Bemühen Viele für Christus zu gewinnen. Dahin concentrirte sich seine Lehrthätigkeit, dahin sein schriftstellerisches Bemühen, welches Erasmus von Rotterdam mit den Worten charakterisirt: „Durch die Herausgabe kleiner Bücher bemühte er sich, die Jugend zu unterrichten, die Priester aber zur Frömmigkeit und Sittenreinheit anzueifern.“ Hiezu kam noch eine unaussprechliche Liebe zum deutschen Vaterland. Jedes andere Ziel war ihm fremd, ja es war für einen solchen sich selbst verläugnenden, die Entbehrung, Zurückgezogenheit und Einfachheit des Lebens suchenden, seiner Kirche aus ganzem Herzen ergebenden und sie liebenden, selbst jeden ihrer Gebräuche achtenden Priester eine reine Unmöglichkeit, auch nur einen Augenblick lang mit ihr in Conflict zu kommen. Von diesem Standpunkte aus muß man seine Schriften lesen und nur so kann man sie verstehen. Sie wollen eben nur ermunternde Beispiele der Tugend, abschreckende des Lasters der Jugend und vorzugsweise den Priestern als den Sendboten Christi vor Augen führen. Nach Schriftsteller-Ruhm geizte Wimpheling, treu seinem Grundsatz: „Wenn nur Christus verherrlichtet wird“ nie. Und so kommt es, daß Wimpheling, obschon er eine Unzahl theils eigener theils fremder Arbeiten durch den Druck veröffentlichte oder bei deren Herausgabe sich betheiligte (Niegger führt allein schon 89 auf), dennoch kein einziges großes Werk, welches z. B. den Werken eines Erasmus oder sonst eines seiner Zeitgenossen an Umfang

gefertigt von Beatus Rhenanus, mitgetheilt, in der sein Sterbtag mit „XV. Calendarum Decembrium“ bezeichnet wird; dagegen gibt das auf einer Kupfertafel mitgetheilte Monument in der Kirche zu Schlettstadt den Sterbtag mit „XVII. Kl. Dec.“ an.

gliche, hinterlassen hat, ja daß er gegenüber anderen Männern dieser Zeitepoche, wie Johannes Trithem (den er zur Herausgabe seines Verzeichnisses deutscher berühmter Männer, um 1495, selbst veranlaßt hatte), Conrad Celtes u. s. w. gewisser Weise einer baldigen Vergessenheit anheimfiel. Heute noch gelten die meisten seiner Schriften eben nur als bibliographische Seltenheiten, ohne von Jemand mehr um ihres Inhaltes willen beachtet zu werden.

Spricht man nun von einem Humanisten des 15. oder 16. Jahrhunderts, so ist der Gedanke, daß derselbe auch durch lateinische Dichtungen gegläntzt habe, davon unzertrennlich. Auch Wimpheling war Dichter, der Poesie mächtig wie es alle Humanisten wenigstens in Beziehung auf die Versmaße waren. Allein nur selten tritt er im elegischen Versmaße, noch seltener im lyrischen, dabei aber so auf, daß seine in sprachlicher und metrischer Beziehung meist tadellosen Dichtungen wirklich als eine keusche Poesie selbst da erscheinen, wo er verfängliche Gegenstände behandelt, wie in dem seinem Herzen Ehre machenden Gedichte an Papst Leo X. „*Contra prodigos in scorta in tanta pauperum, pustulorum et puerorum expositorum multitudine.*“ Im Ganzen veröffentlichte Wimpheling ungefähr zehn solcher Dichtungen, deren erste sein „Lob der Speyerer Kirche“ (*Laudes Ecclesiae Spirensis*) war, welches 1486 erschien und für die Geschichte des alten Speyerer Doms von Interesse ist. Indessen gilt als sein Hauptgedicht „der dreifache Glanz der Jungfrau Maria“ (*De triplice candore Mariae*) gewidmet dem Erzbischof Berthold von Mainz. Maria, die himmlische Jungfrau und Königin war damals — ehe noch die Lehre der Reformation das Band entzwei gerissen hatte, welches jedes deutsche Gemüth mit der himmlischen Mutter durch den Glauben verband: „Maria Du auch meine Mutter“ — der Gegenstand reinsten und hehrster Begeisterung. Auch als Comödiendichter versuchte sich Wimpheling in seinem „*Stilpho*“ in welchem er die Erfolge eines gründlichen Universitäts-Studiums im Gegensatze mit

den formellen Beschäftigungen bei der „Curia“ den Zuschauern begreiflich machen wollte. Hübsch ist seine Elegie, an Papst Julius II. gerichtet (*Querulosa excusatio*), in der er sich beschwert, daß die Augustiner einen Befehl gegen ihn erwirkt sich persönlich bei der römischen Curie zu stellen, weil er geschrieben habe: „Der heilige Augustin sei weder ein Mönch noch ein Bettelbruder gewesen.“ Bekanntlich legte der heilige Vater den wunderlichen Streit selbst bei, so daß Wimpheling nicht gezwungen war, wider Willen Italien sehen zu müssen.

Aus dieser kurzen Ueberschau der dichterischen Leistungen Wimphelings ergibt sich nun allerdings, daß er nicht mit dem Venusinischen Schwan singen konnte, er habe sich ein Denkmal errichtet dauernder als Erz, welches die unzählbare Reihe der Jahre und die flüchtige Zeit nicht zerstören könne (*Hor. Lib. III. Carm. XX. 1, 5*). Allein als Dichter wollte er auch nicht glänzen. Ihm war es um Erziehung der Jugend zu thun, und insoferne hat sich sein Ruhm traditionsmäßig durch drei Jahrhunderte erhalten, wenn auch von den Vielen die seinen Namen noch nennen, kaum Einer eine seiner pädagogisch-philologischen Schriften gründlich gelesen haben dürfte.

Sehen wir nun auf diese seine Leistungen gegenüber der damals überkommenen Unterrichtsmethode, an der Wimpheling als praktischer in der Dringenberg'schen Schule gebildeter Lehrer unmöglich Freude haben konnte. Es fehlte dem Unterricht die Methode! Unter seinen sieben hieher gehörigen Arbeiten, die sich selbst auf den wünschenswerthen Wort- und Floskelreichthum, auf die Verkunst und dergleichen beziehen, ist indessen keine merkwürdiger als sein im Jahre 1497 erschienener „*Isidoneus Germanicus*“ d. i. Wegführer für die Jugend Deutschlands, in welchem er seine Ansichten über das Erlernen der classischen Sprache gegenüber geistlosem Mechanismus entwickelt; darlegend wie man mit Geist und geistesbildend die alte Sprache erlernen könne. Er verbreitet sich zugleich sehr vernünftig über das Gebiet der römischen Classiker und stellt fest, welche Schriften der einzelnen

Autoren für den Jugendunterricht passen und welche nicht? Bemerkenswerth bleibt, daß Wimpfeling auch die christlichen Dichter, wie Prudentius und Sedulius, ja selbst auch den spätern Carmeliten Baptista Mantuanus in den Kreis der Jugendlektüre gezogen wissen will. Ja man kann mit Bestimmtheit sagen, dieser Isidoneus bleibt in pädagogischer Beziehung auch heute noch ein lesenswerthes Buch für manche unpädagogische Pädagogen unserer Zeit.

Allein ungleich wichtiger ist seine 1500 erschienene dem Grafen Wolfgang von Löwenstein gewidmete Schrift „Adolescentia“ oder die Jugend, welche schon der Druckherr Martin Flach in Straßburg mit dem Zurufe endete, daß sie nicht bloß für Jünglinge sondern auch für Erwachsene sehr nützlich sei, um tugendhaft zu werden. Und wirklich ist dieses öfters aufgelegte Buch eine christliche Pädagogik, die auch jene Reformer des Schul- und Erziehungswesens lesen dürften, deren ganze Geschicklichkeit sich damit abschließt Schule und Erziehung zu verderben. Den Schluß machte Wimpfeling mit einer 1514 erschienenen höchst merkwürdigen, wenn auch etwas tumultuarisch abgefaßten Schrift „Ueber den rechten Unterricht der Knaben in den Trivialschulen und der Jünglinge an höheren Anstalten“ (De proba institutione puerorum in trivialibus etc.), in welcher er sehr kluge Andeutungen über den Unterricht aber auch über die Standeswahl gibt, wobei er mancherlei Gebrechen hervorhebt, die ihm im Leben aufgestoßen seyn müssen. Wimpfeling hatte übrigens für die Jugend wie für die Fortbildung Erwachsener durch die Herausgabe mehrerer klassischer Autoren Sorge getragen *).

Ebenso bedeutend war sein Streben durch moralisch-politische Arbeiten auf seine Zeitgenossen zu wirken. Auch die Fürsten zog er in den Kreis seiner Besprechung. So

*) Vergl. bei Riegger die unter Nr. 40, 51, 65, 77, 87 aufgeführten Schriften.

handelt seine „Philippa“, eine Lobsschrift auf Philipp Pfalzgraf bei Rhein, Herzog in Bayern, von der Weisheit die den Fürsten nothwendig ist, von dem offenbaren Nachtheil der dem christlichen Glauben durch die Unthätigkeit der Fürsten zu erwachsen pflegt. Noch in demselben Jahre 1498 veröffentlichte er seine „Agatharchia“ oder von dem guten Fürstenthume, mit dem Motto: Immerwährendes Heil dem Hause Bayern (*Sempiterna salus domui Bavaricae!*) — eine Schrift voll christlichen Sinnes mit manchen politischen und staatswirthschaftlichen Rathschlägen, unter denen der 23. „die Autorität der Kirche nicht zu verachten und ihre Freiheit nicht zu verletzen“ besonders betont, der 24. aber „die Wucherer und Zinsjuden nicht zu dulden“ sehr hervorgehoben wird. Man sieht, Wimpfeling war ein verständiger erfahrungsreicher Mann! Bereits früher (1495) hatte er eine ähnliche jedoch metrisch abgefaßte Schrift dem Herzog Eberhard von Württemberg gewidmet.

Allein auch für alle Stände wollte er ein moralisches Handbuch über die „Sittenreinheit“ (*De integritate libellus*) bieten, welches Büchlein er einem ihm lieben Jüngling, der damals im 16. Jahre stand — Jakob Sturm widmete, obschon der Inhalt sich eigentlich doch kaum für ein so jugendliches Alter eignet, da er Verhältnisse berührt, die ihm noch unendlich ferne liegen müssen. In welche Verwicklungen der Verfasser des Büchleins, das 1505 erschienen war, mit den Augustinern kam, ward schon oben berührt, weshalb er sich gedrungen fühlte eine vertheidigende Erklärung (*Apologetica declaratio*) demselben folgen zu lassen, der er später auch noch seine „Reinigung“ (*Expurgatio*) anfügte.

In diese Reihe der Schriften fällt auch sein Selbstgespräch für den christlichen Frieden und für die Schweizer (*Soliloquium pro pace Christiana et pro Helvetiis*) denen er es als deutscher Patriot nie verzeihen konnte, daß sie sich von Kaiser und Reich getrennt hatten.

Die letzte hieher gehörige Schrift ist seine „Vertheidigung

des christlichen Staates“ (*Apologia pro republica Christiana*) in welcher 1506 veröffentlichten Schrift, die als eine Satire gegen die Ausschreitungen der Juristen gewöhnlich betrachtet wird, Wimpfeling ihnen gegenüber den geistlichen Stand hervorhebt.

Unbedeutender ist was Wimpfeling für pastorelle Theologie in ungefähr fünf kleinen Schriften veröffentlichte, wogegen seine Leistungen für Kirchenrecht und Kirchenstaatsrecht allerdings bedeutender sind, wenn selbe im Grunde doch auch zunächst nur im Verdienste des Sammlers gründen. Mit Uebergang zweier kleinerer Arbeiten stehen hier die Synodalstatute des Basler Bisthums (*Statuta synodalia Episcopatus Basiliensis*) oben an. Dieser Sammlung, die 1503 erschien, rühmte sich Wimpfeling gerne als im göttlichen und geistlichen Rechte gegründet; aber auch nicht geringeren Werth legte man auf seine „*Sanctio pragmatica*“, ein Werk das von seinem juridischen Wissen zeugt, wenn gleichwohl nur Excerpte — gleichsam das Mark — (*Divo Maximiliano jubente pragmaticae sanctionis medulla excerpta*) 1520 zu Schlettstadt durch Jakob Spiegel, den Neffen Wimpfelings erschienen*). Daß hieher auch „die Beschwerden der deutschen Nation“ gehörten, ist selbstverständlich.

Als deutscher Patriot hatte Wimpfeling auch eine besondere Liebe zur Geschichte seines Landes, das er schon früher gegen Beschuldigungen des Aeneas Sylvius vertheidiget hatte. „An's Vaterland, an's theure schließ dich an“: diese Mahnung hatten die alten ächten Deutschen lange vorher schon im Herzen, ehe sie dem Epigonengeschlecht der Neuzeit von Dichtern und Prosaisern eingeprägt werden mußte. Wimpfeling schrieb seine „*Germania*“ die er dem Magistrate der Stadt Straßburg widmete (1501) und vertheidigte sich gegen

*) Diese interessanten Arbeiten finden sich bei Riegger a. a. O. Seite 479 — 533 unter Nr. 85 und 86 abgedruckt.

Thomas Murner, der etwas von französischer Gesinnung an den Tag gelegt und Wimpfeling, der nur urdeutschen Boden überall sah, angegriffen hatte. — Allein auch für die Bisthumsgeschichte des deutschen Straßburg war er thätig, und zwar in Straßburg selbst kurz vorher, ehe er die Stürme nach Freiburg brachte, wie er denn dort selbst erzählt, er habe aus Erkenbald und Bald, der doch nur Ein Bischof sei, zwei Bischöfe gemacht, und zwar getäuscht durch die Fehlerhaftigkeit seiner Vorlagen *). Dem Buche, welches als „*Argentinensium Episcoporum Catalogus*“ zu Straßburg 1508 erschien, folgte 1510 als Sterbgabe oder Ränie für seinen geliebten Johann Geiler ein „*Planctus et lamentatio*“ mit einer elegant geschriebenen Biographie dieses ächt deutschen Mannes und Predigers, der auch heute nach vierthalbhundert Jahren als solcher in seiner Art unerreicht dasteht.

Dieses sind die selbstständigen Leistungen Jakob Wimpfeling's, der sonderbarer Weise, obschon graduirter Theologe und langjähriger Prediger, kein einziges theologisches Werk von Bedeutung schrieb. Dagegen erscheint er weit häufiger als Herausgeber von Werken größeren und kleineren Umfangs, deren Zahl sich über vierzig erstreckt. Durch solchen Herausgeber-Eifer und Fleiß, der sich auf Werke der Theologie, der Politik und der Poesie erstreckte, wurde er im Grunde bekannter und blieb sein Andenken gesicherter als durch seine eigenen Schriften. So betheiligte er sich bei der Herausgabe der „*Biblia latina*“, die mit den Postillen oder Erläuterungen des Cardinals a S. Caro im Jahre 1504 zu Basel in sechs mächtigen Foliobänden durch Johann Amerbach gedruckt wurde. Da redet in seinem beigedruckten Schreiben Wimpfeling den Buchhändler Anton Koberger über das neue Bibelwerk an:

) Wimpfeling schreibt: „.. Argentinensium Episcoporum Catalogo expleto (in quo Erckenbatdum et Batdum cum unus sit, duos putavi, exemplarium mendis deceptus)*. Rieger l. c. S. 425.

„Möge es unserem Glauben, möge es deinem Hauswesen, möge es dem Ruhme der Drucker zum Nutzen gereichen. Möge das vortreffliche Werk hinaus in alle Welt gehen, wo nur immer Christus verehrt und angebetet wird! Möge es hinaus gehen unter glücklichen Auspicien! Möge es mit Ruhm erblühen, gefallen, gelesen und wieder gelesen, geliebt werden zum Ruhme Gottes, zum Heile der Menschen, zum Wachsthum der christlichen Religion, zur Erkenntniß und Liebe des großen gütigen Gottes, zur Erfassung der Tugend, zur Verjagung des Lasters, zur Erlangung der ewigen Seligkeit.“ So dachte Wimpheling über das Bibelstudium! Einen großen Ruhm erwarb er sich im Jahre 1503 durch die Herausgabe des Werkes, welches im Kloster zu Fulda in grauer Vorzeit der weltberühmte Magnencius Rabanus Maurus vom Lobe des heiligen Kreuzes geschrieben hatte, freilich nach heutiger Anschauung eine wunderliche Veräppelerei, in alten Tagen ein Wunderwerk als welches übrigens der alte Druck des Thomas Anshelmus zu Pforzheim auch heute noch gilt und gesucht wird, als Zeuge dessen was damals schon die Buchdruckerkunst zu leisten vermochte.

Wimpheling betheiligte sich auch bei der Herausgabe der Werke des Johannes Picus von Mirandula (Straßburg 1504), die er für nützlich dem einzelnen Leser, nützlich der ganzen Christenheit hielt, weil sie zur Entflammung der Liebe zur Philosophie sowie zur heiligen Schrift führen würden. So veröffentlichte er Schriften von S. Bernard, Albert dem Großen, Bonaventura und andern mittelalterlichen Schriftstellern, deren Schriften er zur Förderung des Glaubens und der Tugend ersprießlich hielt.

Der Humanist verläugnete sich nicht in der Theilnahme für die Dichtungen des Baptista Mantuanus, den er deßhalb schätzte „weil in ihm die Liebe zur Dichtkunst nicht das Studium der heiligen Schrift und Philosophie auslöschte, eine Anschauung, durch welche sich Wimpheling von allen Humanisten seiner Zeit wesentlich unterschied. Gottesfurcht

und Tugend zu fördern, dieses war sein Streben. Deshalb bevorwortete er selbst das Narrenschiff das Jodok Badius für thörichte Frauen *) geschrieben hatte, auf das lebendigste und eindringlichste. Er erklärt, in welchem Zusammenhange das Schifflein des Badius zum Narrenschiff des Seb. Brant stehe, von welch letzterem er den Ausspruch thut, daß ein zweites diesem gleiches Werk in der deutschen Muttersprache nicht mehr zu finden sei. Er mahnt die Jünglinge, dieses Jodok'sche Schifflein schon vom frühesten Alter an zu beachten und so weise Bewahrung der Sinne sich anzueignen, um den Fallstricken der „Fallacia“ und der „Spurcitia“ zu entgehen.

So fand Wimpheling überall die moralische Seite hervor und derjenige Leser unserer Tage, der sich entschließen könnte, die alten Drucke Wimpheling'scher Schriften und Vorreden genau zu studiren, würde finden, daß er immer im christlichen Glauben, in ächt katholischer Gesinnung schrieb, weshalb Alles was er schrieb, in diesem Sinne auch heute noch für's Leben Geltung hat.

Dieses das Leben und die schriftstellerische Thätigkeit Wimphelings, dem der große Erasmus von Rotterdam **) schließlich in einem Briefe an Johann Blatten vom 24. Januar 1529 das schönste Denkmal setzte, wenn er schrieb: „Indem wir so sprechen, enteilt die Zeit (fugit hora) und wenn wir die Zahl der Freunde überschauen, haben wir einen verloren, der wahrlich nicht zu den letzten zählt, den Jakob Wimpheling aus Schlettstadt, den man wirklich unter die Glücklichen zählen könnte, wäre sein Greisenalter nicht in diese so un-

*) Das Sebastian Brant'sche Narrenschiff, aus dem Deutschen zu verschiedenen malen in's Lateinische übersetzt als „Navis stultifera fatuorum“ ist bekanntlich ungemein verbreitet, während die „Stultifera navicula fatuarum mulierum“ — Stultiferae naves sensus animosque trahentes Mortis in exitium — unseres Wissens nur einmal zu Straßburg 1502 erschienen, fast gänzlich unbekannt blieb.

**) Bei Niegger S. 161.

gemein stürmische Zeit gefallen. Denn von seiner ersten Kindheit an wurde er in den achtungswerthesten Wissensgegenständen unterrichtet, erst zu Schlettstadt unter dem Westphalen Ludwig Dringenberg, dann zu Freiburg, bald darauf zu Heidelberg, wo er die kirchliche Rechtswissenschaft nicht ohne Erfolg mit der theologischen Wissenschaft verband, in keinem achtbaren Wissenszweige fremd, dabei aber in gebundener wie ungebundener Rede so beredt, wie man solches nur immer von einem Theologen oder irgend Jemand aus jener Zeit erwarten kann. Nach Speyer berufen versah er sein Kirchenamt nicht ruhmlos. Indessen dachte der fromme von brennender Liebe zum Himmel, durch welche die Welt ihm überdrüssig geworden war, erfüllte Mann in die Einsamkeit zu gehen. Um arm zu seinem armen Christus seine Zuflucht zu nehmen, legte er seine Stelle nieder. Auch nach Vereitlung seines Vorhabens . . . fuhr er, froh in seiner Armuth, fort, womit er begonnen hatte, wieder in Heidelberg heilige Schriftsteller zu erklären, unter ihnen den Hieronymus. Durch die Herausgabe kleiner Bücher bemühte er sich, die Jugend zu unterrichten, die Priester aber zur Frömmigkeit und Sittenreinheit anzueifern. Ja nicht einmal schwer fiel es ihm, aus Liebe zur Frömmigkeit sich als Erzieher einiger sehr hoffnungsvollen Jünglinge . . . gebrauchen zu lassen. Allein selbst die heiligmäßige Freiheit dieses Mannes konnte dem Neide nicht entgehen . . . Unter allen Widerwärtigkeiten, die der redliche Mann zu bestehen hatte, that ihm doch keine weher als die jetzige unheilvolle Spaltung der ganzen Kirche; ja sie machte ihm sein Leben überdrüssig . . . Ich bin noch nicht mit mir einig, soll man den Tod Wimpfeling's mehr beglückwünschen oder mehr beklagen . . . Er wurde einer Welt entnommen, die jetzt so schlecht ist, daß man sie sich nicht schlechter denken kann. Auch zweifle ich schließlich nicht, daß er den Lohn für sein unschuldiges Leben jetzt im Himmel genieße!"

XXXIX.

Historisch-kritische Ausgabe der Werke Schillers.

Erster und zweiter Band. Stuttgart 1867.

Ein Halbjahrhundert nach dem Tode des Dichters war es nimmer verfrüht, an eine kritische Ausgabe seiner Schriften zu denken. Ein Unternehmen dieser Art muß freudig bewillkommt werden, wenn das Resultat ein also gelungenes ist, wie die beiden vorliegenden Bände beweisen. Die Vorbereitungen dazu hatte längst schon der wackere Nürnberger Professor Dr. Joachim Meyer getroffen, welcher seine letzten Lebensjahre († 23. Januar 1865) mit eiferner Arbeitskraft und Energie daran setzte, die ursprüngliche Les- und Schreibart der Schiller'schen Dichtungen festzustellen und die bisweilen ganz corrumpirten Texte in integrum zu restituiren. Thatsache ist es, daß alle früheren Gesamtausgaben, sie mögen in Graz oder Paris, in Wien oder Haag, in Augsburg, Stuttgart oder Karlsruhe, zum Nutzen oder Schaden der Familie des Dichters erschienen seyn, weder die ursprüngliche Orthographie, noch die veralteten Sprachformen der zu Lebzeiten des Dichters erschienenen Einzeldrucke beibehalten haben, und daß nicht wenige Stellen in der löblichen oder böswilligen Absicht einer „Verbesserung“ geändert worden sind.

Nun wird uns auf Grund der ältesten Drucke, Hand-

schriften und vergleichen eine den strengsten wissenschaftlichen Anforderungen völlig genügende kritisch-historische Gesamtausgabe geboten, zu deren Herstellung ein ganzer Cyclus von Gelehrten zusammenwirkte unter der Regide der Cotta'schen Verlags-handlung, welche die Lösung dieser Aufgabe als eine besondere Ehrensache, als eine wahre National-schuld betrachtete.

Der erste, von dem bekannten Literaturhistoriker Karl Gödke besorgte Band (VIII. 407 S. gr. 8.) enthält die frühesten Flügelschläge der zehnjährigen Schiller'schen Muse, deutsche und lateinische Schulverse oder Zeugnisse über die ersten kühnen Entwürfe, welche entweder nicht zur Ausführung kamen oder in der Folge vom Dichter selbst um- und eingeschmolzen oder völlig vernichtet wurden. Als eine leidige Probe von dem gefährlichen Mechanismus der vom Herzog Karl gegründeten Pflanzschule dient der im unmittelbaren Auftrage des Stifters verfaßte „Bericht über Mitschüler und sich selbst“, worin der fünfzehnjährige Eleve mit sicherer Hand und mit der begeisterten Energie der offenen Jugend die Silhouetten seiner gleichstrebenden Genossen entwirft, verbunden mit einer so excentrischen Bewunderung seines durchlauchtigsten Herzogs, so hingerissen von anbetender Dankbarkeit gegen seinen gnädigsten Wohlthäter, daß er in bombastischen Exclamationen (S. 24) sich versteigt. Dieses gefährliche, vom pädagogischen Standpunkte aus nie zu billigende Thema, welches bei gemeinen Naturen nur zu schönredender Schleicherei und Denunciation führen müßte, wird dem idealen Sinne Schillers zur hoffnungsvollen Brücke, seine Freunde dem Wohlwollen des Herzogs zu empfehlen und dadurch ihr Glück zu gründen. Sich selbst aber schon er nicht; seine Mitsbrüder werden ihn als „eigensinnig, hitzig, ungeduldig“ schildern, doch müssen sie gewiß auch seine Aufrichtigkeit, Treue und gutes Herz rühmen. „Aber die schönen Gaben habe ich bisher nicht so angewendet, als es mir meine Pflichten aufgelegt haben. Nun sehe ich mich von der Unzu-

friedenheit gedrückt, die ich verdiene, allein ich kann doch einigermaßen Entschuldigung finden; dann wann der Körper leidet, so leiden auch mit ihm die Kräfte der Seele, und der Wille wird durch Leibeschwachheiten öfters gehindert, in Erfüllung zu gehen.“ Er hatte damals mit „vieler Munterkeit“ die Wissenschaft der Rechte angenommen, welche in der Folge gegen die Medizin umgetauscht wurde.

Der Geburtstag der Gräfin von Hohenheim wurde in der sogenannten Militärakademie officiell mit Festreden gefeiert und so stellt sich Schiller auch zur „Beantwortung der von Sr. herzogl. Durchlaucht gnädigst aufgegebenen Frage: Ob Freundschaft eines Fürsten dieselbe sey, wie die eines Privat-Mannes“ mit einer wohlgefügtten „Rede“ ein; Inschriften für ein Hoffest werden gemacht zur Erläuterung sinnreich brennender Herzen (S. 45) und dergleichen allegorisch-symbolischen Tiefsinns, auch Verse klingen von seiner Harfe, Verse zum Preise der höchsten Tugend und Grazie, welche der Dichter in — Franziska von Hohenheim erblickt.

In demselben hochfliegenden Pathos wird der Kaiser Joseph II. angesungen, als derselbe auf seiner Reise nach Paris zu Stuttgart die Militärakademie besucht hatte. Dasselbe Pathos packt Schillern auch stürmischen Schrittes bei seinen Reden und Abhandlungen, wie z. B. in der „Philosophie der Physiologie“, welche ihren Zweck, den Abgang aus der Akademie zu erhalten, nicht erreichte. Das Urtheil der Lehrer darüber lautet indeß ganz charakteristisch. Der Eine hat die „weitläufige und ermüdende Abhandlung“ zweimal gelesen, ohne den Sinn des Verfassers errathen zu können. „Sein etwas zu stolzer Geist, dem das Vorurtheil für neue Theorien und der gefährliche Hang zum besser wissen allzuviel anklebt, wandelt in so dunkel gelehrten Wildnissen, wo hinein ich ihm zu folgen mir nimmermehr getraue.“ Berwegen greift er Alles an „und so betriegt er Alles, was nicht vor seine neue Theorien passend ist.“ Doch verspricht der Autor „nach geendeten jugendlichen Gärungen einen wirk-

lich unternehmenden, nützlichen Gelehrten.“ Ein anderer Lehrer ist ebenfalls durch Schillers Besserwissenwollen und dessen Mißachtung des gefeierten Haller verletzt, ärgert sich über den zur Unzeit spielenden Witz und hätte sich überhaupt „eine weniger blühende Schreibart gewünscht.“ Das dritte Gutachten lautete ähnlich. Der Herzog las die Abhandlung selbst durch und rescribirte, daß selbe nicht gedruckt werden solle: „obschon Ich gestehen muß, daß der junge Mensch viel schönes darinnen gesagt und besonders viel Feuer gezeigt hat.“ Gerade des letzteren wegen solle der Jüngling noch ein Jahr in der Schule zur Dämpfung bleiben; fährt er so fort, so kann er „gewiß ein recht großes Subjektum werden.“

Daneben finden wir wieder eine zum Geburtstage der Frau Reichsgräfin von Hohenheim auf des gnädigsten Herzogs Befehl gefertigte Rede: „die Tugend in ihren Folgen betrachtet“; dazu einige ärztliche Tagesberichte, allerlei Gedichte aus den „Räubern“, Uebersetzungsversuche aus der „Aeneide“, die „Leichenphantasie“ u. a. m. Dann jene in Cotta's Verlag zuerst erschienene Abhandlung: „Versuch über den Zusammenhang der thierischen Natur des Menschen mit seiner geistigen.“

Das Uebrige entstand nach seinem Abgang aus der Akademie. Schiller hatte die Stelle eines Regimentsmedicus ohne Portepée, mit einer Monatsgage von 18 Gulden erhalten. Da die ärztliche Praxis wenig bedeutete, so blieb ihm zur schriftstellerischen Lieblingsbeschäftigung genug Zeit übrig. Er redigirte die Mäntler'schen „Nachrichten zum Nutzen und Vergnügen“, wo er zwei Gedichte einrückte. Im Jahre 1782 erschien die „dem Tod“ dedicirte Anthologie, aus welcher hier auf mehr denn anderthalb hundert Seiten Alles aufgenommen und abgedruckt wurde, wofür nach irgend einem verlässigen Zeugniß Schillers Name in Anspruch genommen werden kann. Hier sind bereits die Phantasien an Laura (die verwittwete Hauptmännin Vischer), ein Jubellied

an Rousseau; hier findet sich schon die Kindsmörderin, dann die Schlacht („in einer Bataille, von einem Offizier“), der „Triumph der Liebe“ und Anderes, was mit mehr oder minder bedeutenden Aenderungen in der Folge von dem Dichter selbst in seine „Gedichte“ herübergenommen wurde. Auch allerlei Epigrammatisches, z. B. auf den Doktor Senstiel, welcher mit seiner famosen „Pockenkur“ den Kurfürst Maximilian Joseph III. (30. Dez. 1777) „todtgeschlagen“ haben soll. Ueber diese sehr verdächtige „Pockenkur“ entspann sich eine lang hinausgesponnene Controversliteratur, welche jedenfalls zu Schillers Kenntniß gekommen seyn mußte. Von ganz dämonischer Lustigkeit ist „Bacchus im Triller“. Ungebändigte Kraft, monströse Geschmacklosigkeit und geniale Wildheit stürzen häufig übereinander; es ist der Dichter der „Räuber“ und zwar noch ganz die ächte „Stuttgarter-Lust“, wie K. Gödke diesen unerquicklichen Zeitraum treffend genannt hat. Es sind die Flegeljahre des Genies, welches sich selbst erziehen mußte.

Angehängt sind diesem Bande allerlei Nachträge, Personenverzeichnisse mit biographischen Notizen und ein Excurs über Schillers Schreibung, Flexion, Reime; dazu ein alphabetisch geordnetes Wortverzeichniß, welches besonders in Rücksicht auf die Composita nicht ohne Nutzen seyn wird für das Studium des Dichters.

Der zweite von Dr. Wilhelm Vollmer mit musterhafter Umsicht und Genauigkeit herausgegebene Band (VIII. und 394 S.) enthält die doppelte Bearbeitung der „Räuber“ (als Schau- und Trauerspiel) und Schillers Beiträge zum Württembergischen Repertorium. Von besonderem Interesse ist die vom Dichter erst projektirte, dann verworfene und durch eine zweite ersetzte erste Vorrede. In dieser wird der Böbel, unter welchem der Dichter „nicht die Mistpantsher allein, sondern auch und noch vielmehr manchen Federhut und manchen Treffenrock und manchen weißen Stragen“ begreifen will, scharf mitgenommen. Die grobe Stelle, in welcher das ge-

wöhnliche Theaterpublikum abgezeichnet wird, paßt heute noch ebenso gut: „Der Pöbel hört nie auf Pöbel zu seyn, und wenn Sonne und Mond sich wandeln, und Himmel und Erde veralten wie ein Kleid, die Narren bleiben immer sich selbst gleich, wie die Tugend. Mort de ma vie, sagt Herr Eisenstecher, das heiß ich einen Sprung! Fy -- Fy flüstert die Mamsell, die Coeffure der kleinen Sängerin war viel zu altmodisch — Sacre dieu sagt der Friseur, welche göttliche Simfonie! da führen die Deutsche Hunde dagegen! — Sternhagelbataillon, den Kerl hättest du sehen sollen das rosenfarbene Mädel hinter die spanische Wand schmeißen, sagt der Kutscher zum Laquaien, der sich vor Frieren und Langeweile in die Komödie eingeschlichen hatte — Sie fiel recht artig, sagt die gnädige Tante, recht gustös sur mon honneur (und spreitet ihren damastenen Schlamp weit aus) — was kostet Sie diese Ewentaille mein Kind? — Und auch mit viel Expression viel Submission — Fahr zu Kutscher!“ — Schließlich spricht der junge Poet seine Meinung aus, daß „der Applausus des Zuschauers nicht immer der Maßstab für den Werth eines Dramas“ sei. In der zweiten, wirklich gedruckten Vorrede müht sich der Dichter die dramatisch-künstlerische Aufgabe des weiteren zu erklären, und den Charakter seines Helden in das rechte Licht zu setzen. So heißt es z. B. „Auch ist izo der große Geschmack, seinen Witz auf Kosten der Religion spielen zu lassen, daß man beinahe für kein Genie mehr passirt, wenn man nicht seinen gottlosen Satyr auf ihren heiligsten Wahrheiten sich herumtummeln läßt. Die edle Einfalt der Schrift muß sich in alltäglichen Asseembleen von den sogenannten witzigen Köpfen mishandeln, und in's Lächerliche verzerren lassen; denn was ist so heilig und ernsthaft, das, wenn man es falsch verdreht, nicht belacht werden kann? — Ich kann hoffen, daß ich der Religion und der wahren Moral keine gemeine Rache verschafft habe, wenn ich diese muthwillige Schriftverächter in der Person meiner schändlichsten Räuber dem Abscheu der

Welt überliefere.“ In Betreff des Publicums gibt er auch hier Reulenschläge aus: „Der Pöbel, worunter ich keineswegs die Gassenlehrer allein will verstanden wissen, der Pöbel wurzelt (unter uns gesagt) weit um, und gibt zum Unglück — den Ton an. Zu kurzfristig mein Ganzes auszureichen, zu kleingeistig mein Großes zu begreifen, zu boshaft mein Gutes wissen zu wollen, wird er, fürcht' ich, fast meine Absicht vereiteln, wird vielleicht eine Apologie des Lasters, das ich stürze, darinn zu finden meynen, und seine eigene Einfalt den armen Dichter entgelten lassen, dem man gemeiniglich alles, nur nicht Gerechtigkeit wiederfahren läßt.“

Die erste Aufführung der „Räuber“ zu Mannheim fand am 13. Januar 1782 statt. „Das Stück spielt in Deutschland im Jahre, als Kaiser Maximilian den ewigen Landfrieden für Deutschland stiftete.“ Wegen der Länge des in sieben Handlungen ausgedehnten Stückes war der Anfang auf fünf Uhr angesetzt. Gleichzeitig mit dem Theaterzettel wurde zur ersten Aufführung auf Veranlassung Dalbergs eine Ansprache Schillers öffentlich angeschlagen, welche ganz im Stile der englischen Schaubühne das Publicum auf den Charakter der einzelnen Personen vorbereiten sollte.

Wir können uns hier auf ein Verhältniß der beiden Texte zueinander nicht einlassen. Dafür dürfen ein paar Bemerkungen Platz finden. Jetzt, nachdem der älteste Text mit diplomatischer Treue festgestellt ist, wird wohl erst die Thätigkeit der Literaturhistoriker über dieses Stück beginnen dürfen. Es wird sich nun darum handeln, welche Faktoren auf den Dichter eingewirkt haben, in wieferne den einzelnen Scenen eine wirkliche Wahrheit zu Grunde liegt. Die Einsperrung des Vaters war bereits von Lenz in dramatischer Form verarbeitet. Daß es damit eine wirkliche Bewandniß hatte, hat Wolfgang Menzel (in seiner Weltgeschichte X. 305) kurz angedeutet. Die beiden letzten Sickingen (der eine kurmainzischer Minister des Bischof Grafen von Ostein) sperrten ihren alten Vater in einen Thurm und ließen ihn dort ver-

schmachten, während sie sein Geld in Paris verpraßten. Die nachlosen Buben blieben beide ungestraft. Gödeke hat in seinem „Grundriß“ (S. 919) aufmerksam gemacht, daß die Idee zur Erstürmung des Klosters aus Lejewitz „Julius von Tarent“ stamme; daß die Räuber überhaupt allerlei Nachklänge und Uebereinstimmungen mit damals beliebten Theaterstücken (Möller's „Zigeuner“) aufweisen u. s. w.

Angehängt sind die Aufsätze und Kritiken welche Schiller in das „Württembergische Repertorium der Literatur“ im J. 1782 gab; dabei sind auch zwei Aufsätze über die eigenen „Räuber“ — also Reklamen vom reinsten Wasser, mit frostigem Wiß und einer angeblichen Objektivität, welche den wahren Verfasser eher verräth als verbirgt, zugleich aber von der läuternden Selbstkritik des Dichters Zeugniß gibt. Dieser innere Fortschritt, von welchem Schiller selbst triumphirend gesteht, daß er unter den Augen der Nation stattgefunden habe, wurde von dem feinsühligen Freiherrn von Eichendorff in dessen goldenem Büchlein „Zur Geschichte des Dramas“ ganz richtig hervorgehoben und vorsichtig betont. Die fortgesetzten Verbesserungen, namentlich in den prosaischen oder historischen Schriften zeugen von seiner Ehrlichkeit. Uebereinstimmend damit und den Manen des Dichters geziemend dürfte an die Herausgeber der „historischen“ Schriften wohl die Bitte gestellt werden, der historischen Wahrheit und den neuesten Forschungen wenigstens andeutend gerecht zu werden. Die Abhandlungen Warnkönigs über Don Carlos (Stuttg. 1864), die Arbeiten Koch's über den Abfall der Niederlande (Leipzig 1860) und jene vorurtheilsfreien Untersuchungen Jaussen's über Schiller als Historiker (Freib. 1863) dürfen — so viel haben wir ein Recht zu verlangen — mit ihren neugewonnenen und festgestellten Resultaten nicht unerwähnt oder unberücksichtigt bleiben. Jeder Vernünftige weiß, daß an historisch-kritische Ausgaben noch andere Forderungen gestellt werden können, und daß es mit dem größten philologischen Fleiße und mit dem ausführlichsten Verzeichnisse aller Aesearten noch nicht abgethan sei.

XL.

Wiener Briefe.

IV.

Am Tage Mariä Verkündigung.

Die Würfel sind gefallen, der Rubikon ist überschritten. Die beiden Vertretungen des Reichs haben den Staatsvertrag mit Rom annullirt, und es unterliegt keinem Zweifel daß die Krone die Sanctionirung ertheilen werde. Wir stehen vor einem gewaltigen Stück Geschichte und haben nun mit vollbrachten Thatsachen zu rechnen. Die folgenden Zeilen sind in der Erregung geschrieben und unter dem erschütternden Eindrucke der Ereignisse der letzten Tage; sollte die Fassung derselben Ihnen zu scharf erscheinen, so ist dieß für einen Fernstehenden begreiflich und deswegen räume ich Ihnen recht gerne das Milderungsrecht ein.

Lassen Sie mich vor Allem einen kurzen Blick auf den Gang der Verhandlungen werfen und dann von den Eindrücken sprechen, welche die Beschlüsse des Herrenhauses in beiden Lagern hervorgerufen haben.

Am 19. März stand auf der Tagesordnung des Herrenhauses der commissionelle Bericht über den Entwurf eines neuen Ehegesetzes. Um sich des Erfolges zu versichern, hatten sich Tags zuvor im Rittersaale des Landhauses 60 Mitglieder der linken Seite des Hauses versammelt, um sich das

Wort zu geben, „an den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses unbedingt festzuhalten und keinen Vertagungs- oder Abänderungsantrag anzunehmen.“ Mit Hinblick auf das numerische Verhältniß der anwesenden Herrenhausmitglieder war also die Frage schon entschieden, bevor noch im Hause selbst irgend eine Debatte eröffnet worden war.

Nach Eröffnung der Debatte wurde vom Grafen Alexander Mensdorf ein Vertagungsantrag eingebracht, dahin gehend: „es möge mit der Verhandlung über das Ehegesetz so lange gewartet werden, bis das Resultat der Verhandlung mit Rom vorliege.“ Es hätte dadurch ein neutraler Boden geschaffen werden sollen, auf dem sich die Vertreter beider Parteien hätten begegnen und vereinen können, ohne irgend ein Präjudiz für die definitive Schlußfassung zu schaffen. Die gewöhnlichsten Regeln des parlamentarischen Anstands hätten es gefordert in einer Angelegenheit, zu deren Regelung gleichzeitig mit einer befreundeten Macht verhandelt wird, nicht einseitig und imperativ vorzugehen. Im Privatleben würde man ein solches Verfahren nicht honnett nennen.

Allein wir sind bei uns schon seit Jahren an die praktische Durchführung des Satzes gewöhnt: „Macht gibt Recht.“ Sonach war das Schicksal des Vertagungsantrages schon im vorhinein entschieden. Der Cultusminister Dr. von Hasner betrat nun die Tribüne, um den Standpunkt der Regierung zu kennzeichnen. Nachdem diese und die folgenden Reden durch die öffentlichen Blätter hinlänglich bekannt sind, so genüge es bezüglich aller Reden nur einzelne Markirungspunkte hervorzuheben. Hasner nimmt für die Regierung die volle unverfügbare Souveränität des Staates in Anspruch und stellt sich also völlig auf den josephinischen Standpunkt, was er auch selbst zugibt. Hiemit ist ein Rückschritt von hundert Jahren von der Regierung als ihr Programm aufgestellt. Etwas überraschend war seine Redewendung, als er in richtiger Voraussicht, daß durch diese neue Aera schwere Kämpfe mit der Kirche entstehen würden, sagte, „daß in

solcher Weise die Kirche geistig gestählt und gestärkt und eine Macht werde, von der er fürchte daß sie es auf ihrem heutigen Standpunkte immer weniger werde.“ Das ist doch wirklich eine originelle Anschauung eines österreichischen Cultusministers, der von der Tribüne herab spricht: „Sie (die Kirche) muß in den Kampf hinein, und dann stählt sich ihr Geist.“ Der Staat also ergreift die Offensive um die Kirche in ihrem eigenen Interesse zur Defensive zu zwingen. *Exempla sunt odiosa*, sonst wäre man versucht ein Capitel über Kirchenverfolgung alten und neuen Datums zu schreiben.

Aber wie stimmt denn diese Offenherzigkeit mit den Mahnrufen und Befehlsschreiben des Ministers des Innern, der den Organen der Kirche bei allfälligen Widerstrebungen gegen die neuen Gesetze mit dem Criminal-Gesetz droht, überein? Den Kämpfer mit dem ich mich messen will, darf ich doch nicht früher einsperren. Graf Rechberg weist in seiner Rede sehr richtig auf den Umstand hin, daß ein Staatsvertrag, selbst wenn man sich von seiner Schädlichkeit nachträglich überzeugen sollte, doch nicht einseitig gelöst werden könne, dieß wäre im grellsten Gegensatze zum obersten Principe des Völkerrechtes. Er warnt, in Oesterreich wo man in einem Umbildungsprozesse begriffen sei, zu den schon bestehenden Zwistigkeiten und Schwierigkeiten nicht noch neue hinzuzufügen.

Was Rechberg mit wenigen Worten angedeutet, wurde vom Grafen Blome in sarkastischer und schlagender Weise ausgeführt. Das Bild jenes Kampfes, den Dr. Hasner herbei zu wünschen scheint, entrollte sich in seiner Rede mit glücklicher Bertheilung von Schatten und Licht. Rührend für jeden Katholiken dem nicht jedes kirchliche Gefühl in der Seele erstorben ist, und verständlich für jedes nobel denkende Herz war die Hindeutung auf den ringsum von offenen Feinden und falschen Freunden bedrängten Papst, dem neues Leid zu bereiten weder klug noch edel sei. Treffend war seine Bemerkung, daß der Staat nicht das Recht habe von Freiheit

zu sprechen, wenn er gleichzeitig die Knechtschaft der Kirche diktire, und alle seine Gründe gleichsam in ein Bündel zusammenfassend schloß der Herr Graf mit den Worten: „Ich protestire dagegen im Namen der Freiheit gegen die Knechtschaft, im Namen des Fortschrittes gegen die Reaktion, wie sie von 1780 bis 1848 bestanden, ich protestire schließlich gegen den Treubruch im Namen der Sittlichkeit.“ Die Zeitungen versäumten zwar nicht, von der mannigfachen Heiterkeit zu sprechen welche in dem Gelächter der Gallerie ihren Ausdruck fand; allein gerade hierin liegt ein trauriges Zeichen, daß die Tragweite der Frage nicht erkannt und das sogenannte gebildete Publikum durch die Schlagwörter der Presse bereits jedes Verständniß verloren hatte.

Nun erhob der greise Kirchenfürst von Wien seine Stimme. Welche Gefühle mögen in diesem Augenblicke seine Brust durchwühlt haben, ihn der sein Oesterreich über Alles liebt, der seine besten Kräfte im Dienste des Staates und der Kirche zum Wohle seines Vaterlandes eingesetzt hatte, ihn dessen Stimme einstens viel gegolten hatte im Rathe der Krone, zu jener Zeit wo noch ruhige Ueberlegung und nicht die Aufwallung des Augenblicks, wo noch die traditionelle Idee der katholischen Großmacht und nicht die von den Journalen gepredigte Theorie des confessionslosen Staates die innere und äußere Politik geleitet hat, ihn endlich der sein Oesterreich groß, mächtig und geachtet gesehen hatte, und es jetzt, nach so vielen materiellen Verlusten, auch noch einem solchen Anfang vom Ende entgegentreiben sieht! Vor wenigen Tagen hatte er in einer Denkschrift, welche Zeugniß ablegt von der Summe seines Wissens und der Logik seiner Schlusssassungen, den Standpunkt der katholisch-conservativen Partei in der Ehe- und Concordatsfrage bezeichnet. In seiner Rede basirte er die Gültigkeit des Concordates auf ein historisches Résumé und begegnet dadurch dem Vorwurf der Gegner, das Concordat habe in seiner Ausführung vielfache Mängel an den Tag gebracht und könne deswegen aus Rücksichten auf

das Staatswohl einseitig gelöst werden. Er wies auf das zwischen dem Papste Leo X. und dem Könige Franz I. von Frankreich geschlossene Concordat hin, welches der Krone auf Kosten der Kirche weitgehende Rechte einräumte, und trotzdem vom heiligen Stuhle gewissenhaft gehalten wurde. Sehr richtig bemerkt er auch, daß eine Umwandlung in der Verfassung in einem Staate auf die Gültigkeit eines Staatsvertrages keinen Einfluß üben könne, ein von einem unbeschränkten Fürsten geschlossener Vertrag müsse von ihm oder seinem Nachfolger auch wenn später eine Beschränkung der Souveränitäts-Rechte eingetreten seyn sollte, gerade so gehalten werden wie dieß auch im entgegengesetzten Falle die Gesetze des Völkerrechtes erheischen. Auf das neue Ehegesetz übergehend zeigt er in überzeugender Weise, daß gar keine tatsächliche Nothwendigkeit vorhanden sei für die gewaltsame d. h. auf einem Vertragsbruche beruhende Einführung der Civilehe.

Es würde mich zu weit führen, wollte ich von der gelehrten Rede des Regierungsrathes Arndts sprechen, der an der Hand der Wissenschaft, des Rechtes und der Geschichte den über das Wesen der Ehe in dem Majoritäts-Gutachten enthaltenen Irrthümern mannhaft und unbekümmert um das wüste Getöse der Gallerie entgegentrat und die Widersprüche zwischen dem bürgerlichen Gesetzbuche und dem katholischen Eherecht beleuchtete. Verständlich war sein Schlußsatz, wo er auf das Sprüchwort hinwies „ein Mann ein Wort“, welches gleiche Anwendung findet auf Thronen und in Hütten.

Ihm folgte Cardinal Schwarzenberg. Er erhob seine Stimme um in prophetischem Geiste vor den Gefahren zu warnen, welche im Falle der Annahme des Majoritätsvotum für Oesterreichs Herrscher und Oesterreichs Völker entstünden, und mit ächt christlichem Opfermuth und christlicher Siegesgewißheit schloß er mit den Worten: „Laden wir nur alle Pfeile der Journalistik auf uns, aus Pfeilen können oft Vorbeeren werden.“

Graf Auerspergs Rede war ein blendendes Feuerwerk für die blöde Masse und namentlich in ihren Hauptpunkten auf die Erregung des Augenblicks berechnet, eine Berechnung die sich auch als richtig herausstellte. Denn von nah und fern wurden ihm Siegespalmen zugesendet. Dabei bleibt es aber bei etwas nüchterner Ueberlegung geradezu unbegreiflich, wie ein so gescheidter und trotz aller seiner Poesie doch sehr praktischer Mann wie Anton Auersperg zum Schlußsteine seines oratorischen Gebäudes den Grundsatz aufstellen konnte: der mit Rom geschlossene Staatsvertrag sei überhaupt nie gültig gewesen, denn der Kaiser habe ihn im Zustande des Treubruches gegenüber seinen Völkern, welcher Zustand vom Jahre 1849 bis zum Jahre 1861 gedauert habe, geschlossen, und Rom habe überhaupt illonal gehandelt, sich mit einer Persönlichkeit die gar nicht berechtigt gewesen sei eigenmächtig eine Rechtsverbindlichkeit einzugehen, in ein Vertragsverhältniß einzulassen. Das heißt denn doch noch etwas mehr die ganze Frage auf den Kopf stellen — und würde ganz logisch zur Folge haben, daß der Reichsvertretung das Recht zustände, vom Kaiser die Annullirung sämmtlicher vom Jahre 1850 bis 1861 geschlossenen Staatsverträge zu fordern. Ob es für einen geheimen Rath Sr. Majestät sehr taktvoll war, seinen Herrn und Kaiser in feierlicher Rede angesichts der Pairs des Reiches und der erregten Gallerien des Wortbruches anzuklagen — die Beantwortung dieser Frage müssen wir dem Zartgeföhle Sr. Excellenz überlassen.

Der Majorität, ihres Sieges gewiß, kann der Vorwurf der Vergewaltigung nicht erspart werden. Denn obwohl noch zwei Kirchenfürsten sich für die Generaldebatte eingeschrieben hatten, so wurde über Antrag des Grafen Wickenburg der, obwohl auch zur Generaldebatte für den Majoritätsantrag eingeschrieben, sich sonderbarer Weise selbst des Wortes be-
raubte, der Schluß der Debatte angenommen.

Tags darauf ergriff nun als Generalredner gegen den Majoritätsantrag Graf Leo Thun das Wort, jener Ehren-

mann in des Wortes schönster Bedeutung, welcher zu einer Zeit wo eine seinen Principien feindliche Strömung die Oberhand gewonnen und mit starkem Wellenschlag die Stufen des Thrones umfluthete, nicht nur die Volksgunst — die ist ja ebenso leicht verloren wie erworben und wiegt daher nicht viel — sondern, worauf jeder Oesterreicher stolz ist, die Gunst seines Monarchen in die Schanze schlug, um seinen Principien treu zu bleiben. Im Beginne seiner Rede bemerkt er sehr richtig, daß der vorliegende Gesetzes-Antrag eigentlich ganz etwas Anderes beabsichtige als formell darin ausgesprochen sei. Es handle sich formell um einige Abänderungen des Ehegesetzes, welche aber von so geringer praktischer Wichtigkeit seien, daß man den ganzen von langer Hand her zur Durchsetzung vorbereiteten Apparat gar nicht begreifen würde, wenn man nicht zwischen den Zeilen die ganz bestimmte Absicht herauslesen könnte, daß es sich um die Annulirung des Concordates handle. Vertraut wie Wenige mit den Verhandlungen über das Zustandekommen des Concordates, war er vollkommen berechtigt seinen Gegnern, welche in dem Concordate eine Aggression des heiligen Stuhles gegen die Staatsouveränität erblicken wollen, zuzurufen: „dieses Grundgesetz der Katholiken in Oesterreich ist nicht entstanden im Interesse des heiligen Stuhles, sondern im Interesse der Katholiken Oesterreichs und über ihr Verlangen, um die katholische Kirche bis zu einem gewissen Maße von der übermäßigen staatlichen Bevormundung zu befreien.“ Sprach's, und wiederum waren es die „Gebildeten“ auf der Gallerie welche durch ihr Gejohle sein Weitersprechen unmöglich gemacht haben würden, wenn nicht der Präsident endlich in energischer Weise gegen diese Beweise guter Lebensart protestirt hätte. Bezüglich Auerspergs Motivirung über die Ungültigkeit dieses Staatsvertrages bemerkt Graf Leo Thun sehr sarkastisch, daß diese Beweisführung wohl dem Finanzminister am gelegensten kommen dürfte, um mit den auswärtigen Gläubigern schneller fertig zu werden.

Graf Thun hätte bei diesem Anlasse ein noch drastischeres Beispiel, ein wahres argumentum ad hominem anführen können. Er hätte nur die hohe Versammlung an jene Beschlüsse des Abgeordneten- und Herrenhauses vor wenigen Monaten zu erinnern gebraucht, womit nachträglich jene Abmachungen von ungeheurer Tragweite sanktionirt wurden welche die Krone mit dem ungarischen Reichstage und zwar eigenmächtig und verfassungswidrig, wenigstens in solange die Verfassung vom 26. Februar 1861 zu Recht bestand, getroffen hatte. Dieselben Herren welche jetzt den Wortbruch an Rom durch einen vorhergegangenen Wortbruch am Volke rechtfertigen wollen, haben vor wenigen Monaten den „Wortbruch“ am Volke, welches doch berechtigt war am Wortlaute des Patenten vom 26. Februar festzuhalten, durch ihr nachträgliches Beistimmungsvotum sanktionirt. Was nun von größerem Schaden für die Monarchie und die Völker seyn wird, das Concordat oder der Dualismus — das wird wohl die Folge lehren. Einstweilen constatirt schon der Finanzminister, daß bei dieser gemüthlichen Abrechnung die Ungarn um zwölf Millionen jährlich übervorthheilt haben; das Concordat war keinesfalls so theuer.

Es war wohl mit besonderer Absicht, daß Leo Thun zu wiederholten Malen den Umstand betonte, der Cultusminister selbst habe die Freiheit der Kirche proklamirt. Es mag ihm dabei wohl der Gedanke vorgeschwebt haben, daß er noch oft Gelegenheit finden werde von seinem Plage aus auf diese ministerielle Aeußerung zurückzukommen. Auch er vereinigt sich endlich im Mahnruf mit seinen gleichgesinnten Vorednern, was geschehen würde wenn, provocirt durch den einseitigen Vorgang der Regierung, Oesterreich der Schauplatz eines leidenschaftlichen Kampfes würde zwischen philosophischen Doktrinen und der katholisch-christlichen Ueberzeugung der Mehrheit des österreichischen Volkes!

Obwohl die edelsten Kämpfer für Recht und Freiheit der katholischen Kirche furchtlos in die Arena getreten waren,

so war das Schicksal des Tages schon entschieden bevor derselbe zu grauen begonnen, wie ich oben angedeutet hatte. In einigen katholischen Kreisen wiegte man sich noch in der Hoffnung, daß nur eine sehr geringe Majorität von wenigen Stimmen die Entscheidung herbeiführen werde. Ich konnte mich schon von vornherein nicht dieser lieblichen Illusion hingeben und hatte leider Recht. Denn in der Wirklichkeit stellte sich die Majorität zur Minorität wie 2 zu 1, und das war eigentlich leicht vorauszusehen. Lassen Sie mich einige Worte hierüber beifügen.

Herr von Beust brauchte zur Durchführung seiner Reformprojekte, vor Allem zum Friedensschlusse mit Ungarn und zur sogenannten Consolidirung des Reiches dem Auslande gegenüber eine starke Partei, welche ihm im Contacte mit dem Volke als Basis, im Contacte mit der Krone als Hebel dienen sollte. Bei der Parteizerklüftung welche er bei seinem Amtsantritte vorfand, bot sich ihm nur die bereits schon *bien que mal* organisirte liberale Partei als Anknüpfungspunkt. Nachdem nun einmal diese Partei und ihre Journale als untrügliche Wahrheit, als Axiom ihrer politischen Grundsätze die Unterordnung der Kirche unter die Allgewalt des Staates aufgestellt und die Confessionslosigkeit des Staates proklamirt hatten, so mußte der Minister, er mochte wollen oder nicht, in dasselbe Horn blasen. Obwohl Protestant, so lehrte ihn doch bald seine staatsmännische Klugheit, daß die kirchlichen Fragen sehr viel Aehnlichkeit mit einem Wespen-Nest, oder wie er sich in seinen Tischreden zu Reichenberg und Brünn auszudrücken pflegte, mit einer schiefen Ebene haben. Er sträubte sich lange gegen die Zuangriffnahme des gefährlichen Experiments. Allein er mag vielleicht in einem schwachen Augenblicke im trauten Kämmerlein ein Versprechen gegeben haben und — der Jude bestand auf seinem Schein.

Die Concordatsfrage bot einen sehr dankbaren Kampfplatz, um so mehr nachdem es sich vielmehr um ganz gefahrlose Manöver als um einen tödtlichen Krieg zu handeln schien —

man hatte es ja nur mit einigen fanatischen Bischöfen welche nöthigenfalls auch gemäßregelt werden konnten, und mit einem altersschwachen Greise dessen Macht sich nicht viel weiter als über die Gärten des Vatikans erstreckte, zu thun. Also viel Ruhm und keine Gefahr! Nachdem einmal die Führer mit dem Ministerium handeleins geworden waren, ging vor Allem die Journalhege los, um die Massen zu präpariren und kampfeslustig zu machen. Durch Monate wurde Alles was dem Katholiken hoch und heilig ist, in den öffentlichen Blättern mit Roth beworfen. Des Abstimmungseresultates im Abgeordnetenhaufe war man sicher. Um keine Blamage zu erleben mußte man aber auch auf die Zustimmung des Herrenhauses zählen können; auch dieses mußte man daher kunstgemäß präpariren. Es erfolgte also ein Pairschub von etlichen zwanzig Personen welche nebst ihrem ehrenhaften Charakter auch die vorzügliche Eigenschaft hatten, daß die Regierung auf ihre Zustimmung rechnen konnte.

Nachdem nun in solcher Weise für gutes Personal und dankbares Publikum gesorgt worden war, konnte der Vorhang aufgehen und die Comödie beginnen. Der erste Akt spielte vor dem Schottenthore: Alles ging gut — das Publikum klatschte Beifall. Der zweite Akt spielte in der Herrngasse und Dank der Sorgfalt der Regisseure wurde auch hier ein ganz leidlicher Erfolg erzielt. Der dritte Akt endlich wird in der Hofburg spielen und auch dieser wird oder muß eigentlich in Harmonie mit den zwei früheren stehen, und so könnte denn unter dem Rufe der Direktoren „Applaudite amici“ der Vorhang fallen und Alles wäre gut — wenn nicht außerhalb des Theaters die große Masse des katholischen Volkes stünde, welches allmählig und in demselben Maße als die Kirche in den Kampf getrieben wird, „um sie zu stählen und zu kräftigen“, aus seiner Lethargie erwachen wird. Einer sehr richtigen Bemerkung begegnen wir in den Kölnischen Blättern welche ja gerade von unsern Officiösen mit Vorliebe citirt werden: „Wenn der Klerus sich von der

Verfassung und Regierung abwenden muß, so folgt der Kern des Volkes nach und die Verfassung der Westhälfte der Monarchie wird auf dem beweglichen Sande des gerade modischen Liberalismus gebaut."

Sprechen wir noch ein wenig von den momentanen äußern Erfolgen der Herrenhausbeschlüsse. Vielleicht mag sich mancher ernste Leser an meiner frivolen Redeweise, wo ich eben von Theater und Comödie sprach, gestoßen haben. Aber ich berufe mich zu meiner Rechtfertigung auf das Wort: „An den Früchten werdet ihr sie erkennen.“ Die Ovationen welche man den Hauptakteurs am 21. März dargebracht, erinnerten doch gar zu sehr an jene Demonstrationen mit welchen man seiner Zeit Fanny Elsler und Jenny Lind gefeiert hat. Was man doch in einem Blatte: „Ja man beneidete die Fialerpferde um die Ehre den Verfasser des Erlasses gegen bischöfliche Ausschreitungen (Dr. Gistra) ziehen zu dürfen.“ Läßt dieser servile Blödsinn vielleicht noch eine Steigerung zu?

Es ist bezeichnend für die Situation und für die Inszenierung des Ganzen, daß truppweise ziehende Studenten die Führer und Leiter der ganzen Bewegung waren, was einigermaßen an die Erscheinungen des Jahres 1848 erinnert. Die liberale Presse bemerkt mit Genugthuung, daß die Menge welche das Landhaus am 21. März umlagerte, nur der gebildeten Classe angehört hatte, was der Demonstration noch einen höheren Werth verleihe. Wir wissen nun zwar nicht, welches Kriterium diese Presse bezüglich der Bildung ihres Publikums zum Anhaltspunkt nimmt; nur so viel wissen wir von Augenzeugen, daß die Kirchenfürsten beim Austritte aus dem Landhause mit herausgestreckten Zungen empfangen wurden, eine Pantomime welche im gewöhnlichen Leben eben nicht von Bildung zeigt. Die ganze improvisirte, beziehungsweise bestellte Beleuchtung war überdies eine ungeheure Taktlosigkeit, denn in constitutionellen Staaten etwas gereifteren Alters würde es keiner Partei einfallen, einen parlamentarischen Sieg über ihre Gegenpartei mit einer Be-

leuchtung zu feiern. Derlei Stearinverschwendung macht eben nur großen Kindern Freude. War sie denn aber auch überall ganz freiwillig? Wir wollen es nicht untersuchen. Ganz niederträchtig muß man jedenfalls das Benehmen der liberalen Partei in einigen Landstädten nennen, wo die unbeleuchteten Fenster eingeworfen wurden. In Wien war in dieser Beziehung gute Massendisziplin, die Menge, das Volk ließ sich leiten, weil es guten Humors war; es könnten aber auch einmal Zeiten schlechten Humors kommen, und wird dann dieselbe „Disciplin“ herrschend bleiben? Selbst Warrens, dem man doch gewiß nicht klerikale Gesinnung vorwerfen kann, gibt zu bedenken, daß die ächte Toleranz jede gewissenhafte Ueberzeugung ehre.

Nun entsteht die Frage, was werden die weitem Folgen des Schrittes seyn, der bei der vorausichtlichen kaiserlichen Sanction den Bruch des Staatsvertrages mit Rom vom Jahre 1855 involviret und der Vorläufer ähnlicher Gesetze in der Schulfrage seyn wird? Die nächste Folge war die Erklärung der dem Herrenhause angehörigen Glieder des Episcopates vom 23. März, worin sie mit Hinblick auf den Treubruch gegen den heiligen Stuhl dem Präsidium des Herrenhauses anzeigen, daß sie außer Stande seien an den weitem Verhandlungen über Gesetzentwürfe welche sich auf die gewaltsame Lösung des Concordates basiren, Theil zu nehmen. Nach meinen Informationen dürfte der Kaiser nicht augenblicklich bereit seyn die Sanction zu ertheilen, sondern die Beschlüsse beider Häuser werden wahrscheinlich nach Rom mitgetheilt werden, um auf den heiligen Stuhl eine Pression zu üben.

Es ist natürlich nur Sache persönlicher Combination, wenn ich mir die Bemerkung erlaube, daß ein solcher Vorgang nicht geeignet wäre Rom zu Concessionen zu bewegen, und zwar um so weniger als ja die ganze Welt weiß, daß das confessionelle Gesetz welches in noch viel weiter gehenden Dimensionen mit den Bestimmungen des Concordates im

Widersprüche ist, sich in der Mache befindet und nachdem der Abstimmungsapparat einmal im geordneten Gange sich befindet, auch auf die Zustimmung der Häuser rechnen darf.

Wenn nun Rom gegen die einseitige und gewaltsame Lösung des Concordates Protest erhebt, dann ist der *casus belli* vorhanden, und der Episcopat, der Klerus und die katholischen Gläubigen werden Stellung nehmen müssen in dieser Frage. Die künftige Haltung des Klerus mit den Kirchenfürsten an der Spitze dürfte aber wohl über jeden Zweifel erhaben seyn. Denn in dieser Beziehung ist in den letzten 20 Jahren ein gewaltiger Umschwung in Ansichten und persönlichen Verhältnissen eingetreten, wobei dem Grafen Leo Thun kein geringes Verdienst gebührt.

Was nun die katholische Laienwelt bei uns anbelangt, so liegt wohl in dieser Beziehung noch manches im Argen, allein auch die Pessimisten werden mir zugeben, daß in den letzten 20 Jahren ein Aufschwung zum Besseren stattgefunden hat, und Mancher der jetzt noch zaudert und schwankt, Mancher welcher im Herzen wirklich guter Katholik und eifrig in der Erfüllung seiner religiösen Pflichten ist, jedoch in leicht verzehlicher Verblendung in der gegenwärtigen Situation noch keine Gefahr für Religion und Kirche erblickt, wird im Glauben erstarken und sich zu thatkräftiger Energie emporrassen, wenn die Gewitterwolke des offenen Kirchenstreits emporsteigt und zündende Blitze nach allen Seiten entsendet. Wie sehr das kirchlich religiöse Bewußtseyn in den letzten zwei Dezennien gewachsen ist, mag wohl auch der Umstand kennzeichnen, daß in dieser Periode, außer der Einführung von drei neuen Männerorden, mehr als 60 katholische Vereine und Bruderschaften gegründet worden sind.

Als Wahrzeichen für die Zukunft möchten wir an dieser Stelle auf jene Worte hindeuten welche Graf Montalembert in dem Aufrufe an die Katholiken Frankreichs im Jahr 1846 gerichtet hatte. Es handelte sich damals darum, die Gläubigen unter einem gemeinschaftlichen Banner zu sam-

meln, um Front zu machen gegen die irreligiösen Bestrebungen der Regierung, namentlich in der Schulfrage, wo Herr Thiers bemüht war das kostbare Kleinod der Staats-Omnipotenz auf dem Gebiete der Schule zu wahren. Montalembert wendete sich nun an seine Gesinnungs- und Glaubensgenossen mit dem Aufrufe: „Es werden die Katholiken nie etwas erreichen, bevor sie nicht, was man in der parlamentarischen Redeweise eine ernste Verlegenheit nennt, geworden sind.“ Sie sind es schon nach wenigen Jahren geworden. Es war dieß das Werk des französischen Episcopates; und wieder einige Jahre später, nachdem der Sturm der Februar-Revolution ausgetobt und der aufgewühlte Schlamm sich wieder gesetzt hatte, ist in der Gesetzgebung die Unterrichtsfreiheit zur Wahrheit geworden. Warum? Weil die französischen Katholiken „eine Thatsache wurden, statt immer nur ein Schatten, ein Geräusch oder eine Vergangenheit zu seyn“^{*)}. Die Rußanwendung auf unsere Verhältnisse für die Gegenwart und für die Zukunft überlasse ich Ihnen und dem freundlichen Leser. Die Ungarn sind uns jedenfalls durch die Gründung zweier katholischer Vereine in Oedenburg und Großwardein mit vorwiegend kirchlich politischer Richtung mit gutem und nachahmungswürdigem Beispiele vorangegangen.

Nur noch zum Schlusse einige Worte über die momentane Stimmung im Publikum, welches unter dem Terrorismus der Tagespresse steht. Ich kann die Situation nicht besser bezeichnen als durch den trivialen Erfahrungssatz: auf den Rausch folgt der Ragenjammer. Kaum war das Jubelgeschrei verhallt und die Stearinkerzen verlöscht, so hätte die kaiserliche Sanction, wodurch der Bruch mit Rom ausgesprochen worden wäre, auch schon in Plakatform an den Mauern kleben oder wenigstens in einem Extrablatt den

^{*)} S. das lesenswerthe Schriftchen: „Zeitgemäße Betrachtungen. Vortrag gehalten im Wiener geselligen Vereine von Graf Blome.“
Wien, Sartori 1868.

Anm. d. Red.

lieben Wienern nebst den Ripfeln zum Frühstück servirt werden sollen. Das ist denn freilich noch nicht geschehen und es wird noch manches Frühstück ohne diese Extrabeilage servirt werden müssen, nachdem, wie ich oben andeutete, vorher noch eine Rücksprache mit Rom gepflogen werden dürfte, und zwar nicht bloß wegen dieses Gesetzes, sondern auch wegen des nun im Herrenhause eingebrachten Schulgesetzes, sowie wegen des confessionellen Gesetzes welches erst noch alle Stadien der constitutionellen Gesetzgebung zu durchlaufen hat. Die eventuelle Sanction würde dann auf einmal erfolgen, wie bei der Gruppe der Staatsgrundgesetze.

Wäre die Situation nicht gar zu traurig, so müßte man wirklich über die Angst lachen welche sich des liberalen Publicums bemächtigt hat. Wenn wirklich das ganze Volk hinter Euch steht in dieser Frage, meine Herren, dann kann ja doch gar kein Grund zu einer Besorgniß bestehen, daß die Krone nicht die Sanction ertheilen werde. Der Kaiser hat ja schon öfters dem Drängen des Volkes nachgegeben. Wenn aber Klerikale und Feudale mit einigen Sakristanen und Kerkelweiblein doch so mächtig seyn sollten, um neben der vorhandenen Majorität in den beiden Häusern ihre Stimme als Gegengewicht in die andere Wagschale zu werfen, ohne daß sie in die Höhe schnellst, dann habt Ihr, meine Herren! einfach gelogen und den Kaiser über die wahre Stimmung des Volkes getäuscht! Was soll man aber von dem politischen Bildungsgrade eines Volkes halten welches heute in toller Freude jubelt, und morgen trotz der gestrigen Siegesgewißheit unter den grundlosesten Wuthmaßungen sich ängstlichen Fieberträumen hingibt?

XLI.

Beitläufe.

Die neueste Improvisation des Grafen Bismark.

Er ist in der That ein merkwürdiger Mann, dieser intellektuelle Urheber des neuen preußischen Reiches. Da hat er nun wieder ein Rage-Bein unter die Reute seiner Gegner geworfen, das ihm auf geraume Zeit hinein das unentgeltliche Schauspiel des ergößlichsten Gerauses gewährt. Der Wurf ist trefflich gelungen. Das liberale Deutschland in allen Schattirungen steht mit offenem Munde verblüfft und confus vor dem neulichen Kernspruch des gewaltigen Ministers. Sie wissen rein nicht, die Herren, wie ihnen da geschah. Der Vorgang war kurz gesagt folgender.

Der Abgeordnete Waldeck, seiner Parteifarbe nach Demokrat, aber zugleich entschiedener Wortführer des deutsch-preußischen Einheitsstaates, hatte in der Kammersitzung vom 2. April die Gelegenheit ergriffen, um der preußischen Regierung vorzuwerfen, daß sie selbst das letzte Hinderniß der deutschen Einheit sei durch ihre illiberale Zusammensetzung und Haltung. In Süddeutschland, sagte er, wolle man nichts wissen vom norddeutschen Bunde, weil man das preußische Regiment für ein feudales und absolutes halte; auch das süddeutsche Volk würde die Einheit Deutschlands suchen, so-

bald es nur sähe, daß es mit der Einheit nicht die Freiheit aufgebe. Das sei klar: meinte Dr. Waldeck.

Darauf antwortet nun Graf Bismark, indem er es dahingestellt seyn lassen will, ob es überhaupt ein Vorzug sei liberal zu seyn oder nicht. Er fragt dann sich und Andere: „warum wollen die Süddeutschen nicht zu uns kommen?“ und er erwidert auf diese Frage: „Nicht weil wir ihnen nicht liberal genug, sondern weil wir ihnen viel zu liberal sind.“ Zum Beweis seiner Behauptung deutet er auf den süddeutschen Staat welcher den begründetsten Anspruch hat als das Eldorado des deutschen Liberalismus zu gelten. „Welcher unter den süddeutschen Staaten ist der liberalste? Unzweifelhaft das Großherzogthum Baden; dort finden Sie aber vollste Bereitwilligkeit zum Anschluß.“ Der Herr Graf kommt somit zu dem Schluß: „Die süddeutschen Liberalen wollen sich uns anschließen, die das nicht wollen sind die reaktionären Parteien.“

Vielleicht hätte sich der Minister auf diese Sätze als hinreichend zur Widerlegung des Abgeordneten Waldeck beschränken können. Er fügt aber noch die folgenden bedeutamen Sätze bei: „Wenn wir in Süddeutschland einige Concessionen in reaktionärer Richtung machen könnten und wollten, vielleicht gewisse Bürgschaften, die augenblicklich selbst in dem Nachbarstaate nach welchem man sonst von dort hinblickt, zu Falle kommen, geben wollten, und das wäre doch gewiß keine liberale Maßregel, so würden wir vielleicht die Mehrheit für den Anschluß gewinnen können.“

So sprach Graf Bismark in der Berliner Kammer am 2. April. Offenbar bewegte er sich hiebei mit seiner Anschauung auf einer eigenthümlichen Folie, deren dunkeln Hintergrund die neueste Geschichte Oesterreichs dargeboten hat. Es ist natürlich daß gerade in jenen Tagen die Geister in Berlin, so sehr sie sonst auch in verschiedenen Richtungen auseinandergehen, insgesamt unter dem vorherrschenden Eindruck der Vorgänge in Wien gestanden sind. Das gleiche Phä-

nomen, der Capitalsieg des Liberalismus nämlich in den cisleithanischen Ländern der Habsburgischen Monarchie, scheint auch den Dr. Waldeck zu seinem Ausfall gegen das Bismarckische Regiment veranlaßt zu haben. Mit welchen Gefühlen überhaupt der preussische Fortschritt jetzt derlei Vergleichen anstellt, Vergleichen über die Machtstellung der Partei in den beiden deutschen Hauptstädten, das dürfte sich am besten aus einem langen Stoßseufzer ergeben, den ein Berliner Correspondent der „Neuen Freien Presse“ am 1. April, also gerade einen Tag vor dem Kammer-Rencontre zwischen Waldeck und Bismarck, nach Wien gesendet hat.

Der Berichterstatter denkt daran, daß anderthalb hundert Jahre zuvor an diesem Tage die Salzburgischen Emigranten unter dem höchsten Schwung der Begeisterung in Berlin eingezogen seien und dem preussischen Staate, wie er meint, einen Triumph bereitet hätten größer als der von Königgrätz. Er fährt fort: „Und wieder läuten die Glocken. Eine dreitägige Andacht ist angeordnet, Vormittags mit Hochamt, Abends mit feierlichem Segen; am Sonntage werden Bußpredigten gehalten, Alles um der unglücklichen Lage der katholischen Kirche in — Oesterreich willen. Der Katholicismus darf an diesen Tagen mit Stolz in der Metropole des Protestantismus sich umsehen. Vor 1848 gab es in der Provinz Brandenburg drei katholische Kirchen, von denen Papst Gregor XVI. sagte, -die Berliner sei ein Stall, die Spandauer eine Bude und die zu Frankfurt a. d. O. ein Schoppen. Heute besitzen die Katholiken allein in Berlin die Hedwigs- und die St. Michaelskirche — letztere auf dem vollreichen Köpniker Felde erbaut, die größte und die schönste Kirche der Stadt — die Klosterkirche der Ursulinerinnen, die Klosterkirche vom heiligen Borromäus, ein Hospiz der grauen Schwestern, eine Kapelle in der Kaiserstraße und die Kirche in der Vorstadt Moabit. Durch unsere Straßen spazirt der päpstliche Kämmerer Dr. Bock, von dem man vermuthet, er sei behufs Abschlusses eines Concordats oder Errichtung einer

Nuntiatur hieher gekommen *). Unter den protestantischen Orthodoxen die sonst den Streit zwischen Bibel und Messbuch immer wieder ansuchten, greift die puseyitische Richtung um sich und die Kreuzzeitung predigt die Allianz zwischen Pietisten und Ultramontanen. Noch zwanzig Jahre so fort, und Wien ist der Vorkämpfer der Bildung und Vernunft, Berlin der Sitz des Ultramontanismus" **).

Also in Berlin betet eine große und blühende Gemeinde von treuen und selbstbewußten Katholiken für die *Ecclesia pressa* in — Oesterreich! Das ist freilich eine wunderbare Wendung der Geschichte, von der sich nicht anders erwarten läßt als daß sie auch die Gedanken des Grafen Bismarck Tag und Nacht beschäftigt. Aber er macht sich nicht die mindeste Sorge, daß der „glorreiche“ Sieg des Liberalismus in Oesterreich die preußische Macht in Schatten stellen könne und werde. Ihm fällt es im Traume nicht ein, daß das liberale Regiment in Wien auf Süddeutschland und vielleicht sogar auf die verwandten Elemente im norddeutschen Bunde eine irgendwie bedenkliche Anziehungskraft auszuüben drohe; der Minister erwartet vielmehr mit Sicherheit, daß der Liberalismus in der Donaustadt mit allem seinem Schweiß nur die Arbeit des Königs von Preußen thun werde. Er weiß aus persönlicher Erfahrung nur zu gut, was aus Preußen geworden wäre, wenn es mit einem liberalen Regiment in die großen Kriegen seit 1862 eingetreten wäre. Und er weiß mit mathematischer Zuversicht: je liberaler Oesterreich seyn wird, desto schwächer nach außen und innerlich unhaltbarer wird es seyn.

Allerdings übt der Triumph der Professoren- und Advokaten-Politik in Wien einen gewaltigen Rückschlag auf Süddeutschland aus. Man kann diese Wirkung bei uns jetzt schon mit Händen greifen. Unmittelbar nach den Zollvereins-

*) Woran selbstverständlich kein wahres Wort ist. Anm. d. Red.

**) Neue Freie Presse vom 4. April 1868.

Parlaments-Wahlen haben die herrschenden Parteien hie zu Lande sichtlich die Köpfe hängen lassen. Die Wahlen hatten doch mit allzu lauter Stimme verkündet, daß die große Masse des eigentlichen Volkes von einem System des Liberalismus nichts mehr wissen wolle, das dem Volke täglich steigende Lasten auflegt und trotzdem die Lage dieser Länder täglich unsicherer und schwankender macht. In dem Ausfall der Wahlen war eine so entschiedene Verdamnung des ganzen Systems ausgesprochen, daß von dem Eindruck auf die bestehenden Regierungen das Schlimmste zu befürchten war. Hätten die Kabinette um die es sich hier handelt, nicht doch eines Morgens aus ihrem Taumel und Dusel erwachen und den Abgrund zu ihren Füßen entdecken können? Sie hätten dann erkennen müssen, daß es zu ihrer Rettung nicht darauf ankomme „in der innern Politik zu glänzen“, sondern rasch anzuhalten und die Zügel anzuziehen, um durch besonnenen Ernst und unparteiische Uebung von Recht und Gerechtigkeit das verlorene Vertrauen des Volkes wieder zu gewinnen, des Volkes welches seinen Willen eben noch in so unmißverstehbarer Weise zu erkennen gegeben hatte auf dem gesetzlichen Wege.

Das war die große Gefahr, deren Vorgefühl wie ein drückender Alp auf unseren liberalen Parteien lastete. Aber es dauerte nicht lange, so kamen die Siegesnachrichten aus Wien und befreiten unsere Bekümmerten von der Sorge. Stolz und ermuthigt erhob die Partei wieder ihr Haupt, ihren neuen Anlauf beginnend mit dem Schlagwort: was Oesterreich kann, das müssen wir um so viel mehr können. Wer damit nicht einverstanden ist, der gehört zu der „vernachlässigten Bevölkerung in den obsturen Winkeln des Landes.“ Solchen Leuten müssen die Wohlthaten des Systems mit Gewalt aufgedrungen werden und der Staat hat mit den Mitteln seiner Polizeigewalt dafür zu sorgen, daß sich die Volksstimme welche bei den Zollparlaments-Wahlen so laut geworden, nicht so bald wieder hören lassen könne.

Ruhigen Blickes wie der Geist der über den Wassern

schwebt, schaut Graf Bismark auf dieses sinnverwirrende Treiben und er lacht seelenvergnügt in die Faust. Das war die Bedeutung seiner neuesten Improvisation. In seiner vergnügten Stimmung hat er sich am 2. April sogar den Zur gemacht, die liberalen Herren der Berliner Kammer einen Blick in die Werkstätte seiner politischen Gedanken über die süddeutsch-österreichische Gegenwart thun zu lassen. Es wäre gar nicht so schwer, sagte er, wenn auch mit etwas andern Worten, jetzt, nachdem Oesterreich seinen mehrhundertjährigen Charakter als Schutzmacht der katholischen Kirche und überhaupt als conservative Macht ausgezogen hat, die Augen und Hoffnungen derjenigen, welche sonst auf Oesterreich „hingeblickt“, nun dem preussischen Staate zuzuwenden. Der Minister gibt zu verstehen, daß er nicht gesonnen sei solche Concessionen oder Bürgschaften zu gewähren, aber er läßt nur errathen warum nicht? Aus dem einfachen Grunde nicht, weil es eine fehlerhafte Politik wäre, die zu laufen welche nach der eingetretenen Wendung der Dinge im natürlichen Verlauf früher oder später ganz von selbst kommen müssen!

Und hierin scheint Graf Bismark vollkommen recht zu haben. Bleibt Preußen fest, was es nach der siegreichen Bekräftigung seiner gesammten Politik, nicht bloß der äußern, in dem furchtbaren Jahre 1866 ohne besondere Anstrengung thun kann; läßt es sich in die verheerten Kreise des Liberalismus nicht hineinziehen, während andererseits die despotische Doktrin der Bourgeoisie in Oesterreich und Süddeutschland das Unterste zu oberst zu kehren fortfährt: dann kann die Rechnung des preussischen Grafen gar nicht fehlen. Es muß sich dann bei allen denen welche in die herrschende Partei oder sociale Classe nicht hinein geboren oder hinein convertirt sind, nachgerade die allgemeine Ueberzeugung bilden, daß der Rest von Regierungs-Verstand den der Allmächtige noch in deutschen Landen gelassen, sich definitiv nach Berlin zurückgezogen habe. Bälber als Mancher glauben

mag, könnte es auf diesem Wege kommen, daß wir unsere heftigsten Preußenfeinde noch die Finger lecken sähen nach dem preußischen Schutze.

In dieser Richtung sind die Ereignisse in Wien allerdings von ganz unberechenbarer Tragweite für die gesammte Entwicklung in Deutschland. Aber nicht in umgekehrter Richtung, wie der Liberalismus bei uns meint oder zu meinen vorgibt. Graf Bismark hat vollkommen recht, wenn er sagt: „die süddeutschen Liberalen wollen sich uns anschließen, die das nicht wollen sind die reaktionären Parteien.“ Die letztgenannten Parteien sind also die einzige Stütze für die Regierungen in Süddeutschland, wenn diese ihre Selbstständigkeit gegen die preußische Anziehungskraft vertheidigen wollen. Man weiß das in Berlin recht gut. Aber dieselben Regierungen lassen sich von denjenigen, welche den Anschluß wollen, bewegen ihre einzigen Freunde als Feinde zu behandeln, ja zu mißhandeln.

Indem sich die fraglichen Kabinette haben bethören lassen zu glauben, daß die Selbstständigkeit ihrer Länder nur dadurch gewahrt werden könne, wenn daselbst die schrankenlose Herrschaft des Liberalismus begründet werde, sägen sie den Ast ab auf dem sie sitzen. Denn gegen die Beleidigungen und Gewaltthätigkeiten welche mit der officiellen Begründung einer schrankenlosen Herrschaft des Liberalismus nothwendig verbunden sind, gibt es im Innern unserer Länder selbst am Ende keine Zuflucht und Hülfe mehr, da ja das System schon bis zur offenen Verhöhnung des constitutionellen Princips fortgeschritten ist, und offen erklärt daß man nach dem in den Wahlen ausgedrückten Volkswillen nichts zu fragen brauche, sobald derselbe sich anders äußere als im Sinne des unantastbaren Systems. So bildet sich in Süddeutschland allmählig ein Zustand heraus, wie er außer in der verkehrten Welt bis jetzt noch nirgends dagewesen ist: die partitularistischen Regierungen

kämpfen bis auf's Messer im Bunde ihrer unitarischen Feinde gegen ihre partikularistischen Freunde und Anhänger!

Graf Bismark sagt nun aber mit dürren Worten: diese reaktionären Parteien bildeten „die Mehrheit“ in Süddeutschland. Freilich wird ihm von liberaler Seite erwidert, daß es „nur der ungebildete Theil des Volkes sei“, welcher nach Ausweis der letzten Wahlen nichtliberalen Einwirkungen nachgebe*). Aber auf den preußischen Minister dürfte diese Einwendung schwerlich den gewünschten Eindruck machen. Er hat eben einfach das Volk im Auge das die Steuern zahlt und die Soldaten stellt für die Armee; ob nun dieses Volk einen gebildeten oder „ungebildeten“ Willen habe und äußere, immerhin muß derselbe im constitutionellen Staat von Rechtswegen maßgebend seyn. Stellt sich eine Partei in Widerspruch mit dieser Grundbedingung des modernen Staatsrechts und bedient sie sich der parlamentarischen Formen um ihren Widerspruch durchzusetzen, dann herrscht in einem solchen Lande die rechtslose Despotie der Minorität, die von allen Gewaltherrschaften die empörendste, weil sie die willkürlichste und lügenhafteste ist. Die Folgen eines solchen Zustandes kann der preußische Minister allerdings leicht berechnen. Darum spricht er mit so auffallender und unaffektirter Geringschätzung von den „süddeutschen Liberalen die sich uns anschließen wollen“, und darum spricht er auch mit so eigenthümlicher Gemüthsruhe von den „reaktionären Parteien“ welche in Süddeutschland die Mehrheit haben und „die das — den Anschluß nämlich — nicht wollen.“

Ich habe von einer auffallenden Geringschätzung der süddeutschen Liberalen gesprochen, die aus der neuesten Standrede des Grafen Bismark hervorleuchte. Das Faktum unterliegt keinem Zweifel. Der Graf redet von Concessionen die Preußen an die reaktionären Parteien in Süddeutschland

*) S. den Artikel: „Graf Bismark und der süddeutsche Liberalismus“ in der Allg. Zeitung vom 9. April 1868.

machen könnte, wenn es wollte; aber er sagt zugleich, daß Preußen an die Liberalen in Süddeutschland keine Concessionen machen könne, wenn es nicht seinen ganzen Zweck verfehlen wolle. Ja, indem er diesen Gedanken weiter ausführt, erscheinen ihm die antiliberalen Parteien im Fluß der Rede nicht bloß als die Mehrheit in Süddeutschland, sondern geradezu als das eigentliche Süddeutschthum selber, bei dessen Beurtheilung und Behandlung die liberalen Parteien gar nicht in Ansatz zu kommen hätten. Darum, und ausschließlich nur von diesem Gesichtspunkte aus, konnte der preussische Staatsmann den merkwürdigen Ausspruch thun: „Warum wollen die Süddeutschen nicht zu uns kommen? Nicht weil wir ihnen nicht liberal genug, sondern weil wir ihnen viel zu liberal sind.“

Es ist sonderbar: weder in der Berliner Kammer noch im übrigen Deutschland verstand der Liberalismus den wahren Sinn dieser Worte; die ungemeine Heiterkeit welche allenthalben darüber entstand, würde sich sonst nicht erklären lassen. Ein richtiger Liberaler denkt immer nur an sich, und wenn insbesondere von „den Süddeutschen“ die Rede ist, so kann er sich eben nur süddeutsche Liberale unter solch einer Benennung vorstellen. Es schien daher in den Ohren der Partei, als wolle der preussische Minister sagen, den süddeutschen Liberalen sei die preussische Regierung „viel zu liberal“. Wäre das die richtige Interpretation gewesen, dann allerdings hätte Graf Bismark entweder eines unwürdigen Hohnes sich schuldig gemacht oder er hätte in colossaler Einbildung sich unsterblich blamirt. Aber so war es eben gar nicht gemeint. Wenn er (Bismark) von „Süddeutschen“ als solchen spricht, dann abstrahirt er wie billig ganz von der kosmopolitischen Allerweltpartei des Liberalismus die überall dieselbe ist, dießseits wie jenseits des Oceans, und eigentlich nirgends ein specifisches Vaterland hat. Er meint dann die große Masse der Bevölkerung der es um das historische Recht ihrer Heimathländer zu thun ist und die

dasselbe nicht um das Einsinken einer augenblicklich herrschenden Partei-Doktrin zu verkaufen gedenkt — und von diesen Leuten sagt er: das preußische Regiment sei ihnen „viel zu liberal“.

Und abermals hat der preußische Minister hierin vollkommen recht. Im gewöhnlichen Sinne des Wortes ist die preußische Regierung allerdings nicht „liberal“; das zu beweisen kostet die Stimmführer der Partei nicht viele Mühe. Graf Bismark gesteht die Thatsache eigentlich selber zu. Darum stellen auch die Liberalen in Süddeutschland noch immer, wenigstens scheinbar, als unerläßliche Bedingung ihres tatsächlichen Anschlusses, daß Preußen erst liberal werden müsse; man müsse erst Bürgschaften haben, daß mit dem Eintritt in die deutsche Einheit nicht die „Freiheit“ verloren gehe; mit anderen Worten: dann wolle man sich ohne weiters einverleiben lassen, wenn in Berlin einmal die schrankenlose Herrschaft der Bourgeoisie-Partei und ihres politischen Doktrinarismus gesichert sei. In diesem Sinne ist nun die preußische Regierung freilich nicht liberal; in diesem Sinne wird sie auch aller Wahrscheinlichkeit nach nicht so bald liberal werden. Denn nicht die liberale Doktrin hat die siegreichen Schlachten in Böhmen geschlagen; im Gegentheil hat die liberale Doktrin gegen die siegreiche Politik des Grafen Bismark, ehe sich das Schlachtenglück derselben zur Seite gestellt, fast so viele Petitionen aufgebracht, als der König von Preußen Soldaten auf den Beinen hatte.

Dennoch hat aber die neupreussische Politik das fundamentale Wesen mit dem Liberalismus gemein, daß es auch für sie keine Schranken des Rechts und des Gesetzes gibt, wo sie ohne Gefahr von der Willkür der Gewalt profitiren zu können glaubt. Darum ist uns allerdings die Politik des Grafen Bismark „viel zu liberal“; und wir rechnen ihm die ehrliche Offenheit mit der er diese Thatsache selber ausgesprochen hat, zur Ehre an. In der unheilvollen Geschichte

der norddeutschen Annexionen hat die neupreußische Politik ihre fundamentale Blutsverwandtschaft mit dem vulgären Liberalismus bewiesen. Daß damals nicht auch gleich die süddeutschen Staaten ebenso wie Hannover und Nassau, Kurheßen und Frankfurt annexirt und der norddeutschen Monarchie einverleibt worden sind, war erwiesener- und eingestandenermaßen nur der Furcht vor Frankreich zu verdanken. Aber aufgeschoben ist nicht aufgehoben, hat Graf Bismark gesagt; und eine Nachbarschaft mit solchen Grundgesetzen ist uns allerdings „viel zu liberal“.

Indeß will die liberale Partei nicht weniger sondern noch viel mehr an uns leisten als, wenn ich so sagen darf, der territorialistische Liberalismus Preußens und des Grafen Bismark. Die Partei will uns erst der Herrschaft ihrer Doktrin unterwerfen und dann der Einheit des deutschen Reiches in's Haus schlachten. Die Partei will mit alle ihre Gegner zweimal unterjochen. Wenn man aber nun einmal unterworfen seyn muß, dann wird Jeder dann doch lieber bloß Einen gestrengen Herren haben als zwei gestrenge Herren. Das ist der Punkt auf dem, wie gesagt, die Aussichten Preußens in Süddeutschland beruhen, und diese Aussichten dürften in dem Maße glänzender und überlückel werden, als die Partei ihre Macht überall ungehindert entfalten kann, nur nicht in Preußen. Vielleicht hören wir dann den Grafen Bismark eines Tags umgekehrt sagen: Die süddeutschen reaktionären Parteien wollen sich uns anschließen; die das nicht wollen, sind die süddeutschen Liberalen!“ Und dann, wenn es einmal so weit wäre — dann wäre Preußen gewonnenes Spiel.

Unmöglich ist in Deutschland keine noch so wunderbare Metamorphose, seitdem Oesterreich den Charakter einer katholischen Macht auszugiehen begonnen hat und zugleich alle Verhältnisse getroffen wurden, damit der zu erwartende Sprößling des Kaisers ein gebornes und gesäugtes Magnaten-Kind werde. Es ist dieß nur ein kleiner Zug; aber er beweist,

daß der Stolz der alten deutschen Kaiser vom Hause Habsburg gewichen ist. Nicht einmal mehr Prätendent kann oder will Oesterreich seyn weder in Rom noch in Deutschland. Und wäre es nur die Nothwendigkeit des Unglücks was in der alten Kaiserstadt eine solche Politik der Resignation erzwingt: dann ließe sich immer noch hoffen. Aber die Tendenz der Urheber ist noch viel schlimmer als die Aeußerungen und die Thaten derselben; und in dem Maße als die giftige, von Haß gegen die ganze Geschichte des kaiserlichen Throns erfüllte Tendenz damit zum Ziele kommt das alte Oesterreich nach ihrem Herzen auf den Kopf zu stellen, in demselben Maße wird sich die preußische Macht auch in Süddeutschland moralisch befestigen müssen. Der Vergleich mit dem „Nachbarstaat nach welchem man sonst von dort hingeblickt“, wie Graf Bismark sich ausdrückt — wird endlich auch den hartnäckigsten Widerspruch verstummen machen.

Könnte Preußen nur den Frieden erhalten, so möchte es in der That ruhig seiner Zukunft entgegensehen. Alles aber hat man in Berlin vom Kriege zu fürchten. Graf Bismark hat sich mit beneidenswerther Ruhe und Sicherheit geweigert Süddeutschland gegenüber in irgendeiner Richtung Concessionen zu machen. Aber man hat keine Bürgschaft dafür, daß Preußen nicht um des lieben Friedens willen zu Concessionen an Frankreich sich bereit finden lassen wird, die Preußen zwar größer, Deutschland aber kleiner machen würden. Der Weg dazu ist bereits betreten durch die das Recht und die Ehre der deutschen Nation schwer beschädigende Concession in Luxemburg; und in diesem Augenblicke scheint Frankreich sich zu erheben um in richtiger Consequenz den zweiten Schritt zu fordern: die entsprechende und noch dazu vertragsmäßig ausbedungene Rückabtretung von Nordschleswig.

So straft sich die principielle Gemeinschaft der preußischen Politik mit dem Wesen des Liberalismus also doch. Hätte man in Berlin den böhmischen Sieg nicht anders als mit strenger Achtung des positiven und historischen Rechts

benützt, dann hätte man nicht zu dem perfiden und zweischneidigen Nationalitäts-Princip seine Zuflucht zu nehmen gebraucht; Deutschland könnte jetzt innerlich einig seyn, dem französischen Imperator wären die Vorwände abgeschnitten und der nordschleswigische Artikel wäre in den Friedensvertrag gar nicht hinein gekommen.

XIII.

Eine Jubiläums-Reise nach Rom *).

Der Herr Verfasser des vorliegenden Büchleins ist einer jener Tausende von Priestern, welche die Jubelfeier von 1867 um den allgemeinen Vater der Christenheit schaarte und denen es vergönnt war in diesem Vater Pius IX. zu schauen, zu hören und seinen Segen zu empfangen. Zahlreiche Freunde und Verehrer des ebenso eifrigen als lebenswürdigen Priesters haben ihn gebeten, die Reiseberichte, die an seinen Freund Dr. Braun, Redakteur des „Freiburger Kirchenblattes“ gerichtet waren, in einem Hefte zu vereinigen, was in der bezeichneten Schrift nun geschah.

Die Schilderung der gewonnenen Eindrücke ist so frisch und unmittelbar, daß man ihr mit gespanntem Interesse folgt. Der Verfasser führt uns über Salzburg, dessen „zauberische Umgebungen“ Jeden gerne zu einem Aufenthalte fesseln, und hin zur Donau hinunter nach Wien. Nur kurz kann er dort verweilen und sich der Erinnerung an einen frühern Aufenthalt erfreuen. In dem herrlichen St. Stephansdome hört er am Pfingstsonntag den gewaltigen Redner Dr. Gruscha. Aber die

*) Eine Römerfahrt zum Centenarium am 29. Juni 1867. Zum Besten des heiligen Vaters geschrieben von J. Waldbmann, Pfarrer und Kammerer zu Orsingen (Baden). Freiburg, Herder 1867.

Räume sind nur mäßig, jedoch mit um so Andächtigeren angefüllt. „Wahrlich, wir durften nicht lange Umfrage halten, wie weit es die Freimaurer und Juden in der guten Stadt Wien gebracht; wir konnten es in der Hauptkirche, an einem Hauptfeste des Jahres und bei einem Hauptredner sattfam sehen und hören.“

Ueber die schwindelnden Höhen des Sömmering wird die Reise nach dem schönen Graz, der blauen Adria und Triest fortgesetzt, und endlich das „heißersehnte“ Voretto erreicht, dem mehrere Blätter gewidmet sind. Noch vor den Festen in Rom wird ein kurzer Ausflug nach Neapel unternommen und mit vielem Reiz beschrieben.

Rom, das erhabene Ziel der Reise, nimmt natürlich der bedeutendsten Theil der Blätter ein: der Petersdom als großartiger Mittelpunkt aller Herrlichkeiten dieser Lage, die Prozessionen des Frohnleichnamsfestes und des Centenariums sind ebenso viele vorzügliche Lichtpunkte des für jeden Anwesenden unvergeßlichen Aufenthaltes. Aber inmitten aller dieser erhebenden Eindrücke tritt überall, sie gleichsam beherrschend und überragend, ganz plastisch die Gestalt Pius IX. hervor.

Einfach und naiv beschreibt Herr Waldmann seine große Angst, Rom etwa verlassen zu müssen ohne sich in besonderer Audienz dem Papste genähert zu haben, wie die Hoffnung wiederholt gedroht habe fehl zu schlagen und welche Kunstgriffe und Kriegslisten ergriffen werden mußten um sie endlich doch erfüllt zu sehen. Von der endlich erlangten Audienz gibt er ein überaus ansprechendes Bild.

„Es war am 25. Juni Abends 4 1/2 Uhr, da traten oder vielmehr drangen wir mit einer Masse anderer Priester in einen Vorfaal neben der Sixtinischen Kapelle. Bald zeigte sich, daß der Raum lange Alle nicht fassen konnte; es öffnete sich die Thüre zu einem noch größern Saal und in wenig Augenblicken hatte auch dieser sich gefüllt, mit Ausnahme eines kleinen Raumes gegen die entgegengesetzte Seite, wohin Niemand stehen wollte und Besorgniß die Stimme des heiligen Vaters möchte dort nicht mehr vernommen werden; denn hier in der großen Aula sollte er die allgemeine Audienz und Priestern geben, nachdem schon

Bischöfe mit ihren Begleitern dem Hundert nach in besonderen Audienzen bei ihm vorgekommen waren. Gegen $\frac{3}{4}$ 6 Uhr erschien er hierlich gekleidet, wie er es nur bei besonderen Anlässen zu thun pflegt, und wurde mit so stürmischem Applaus empfangen, daß er vor Ergriffenheit kaum zur Rede kommen konnte. Bei lautloser Stille und mit immer vernehmlicherer Stimme fing er an seine Freude auszudrücken, wie es ihm bei gegenwärtiger hochbedeutungsvoller Zeit, in Mitte der ernstesten Bekümmernisse die ihn umgeben, zu besonderm Trost gereiche, eine so große Menge treuergebener Söhne der Kirche um den Stuhl Petri zu sehen. Abermals brach ein Sturm von begeisterten Zurufen aus — zur rechten Zeit, denn jetzt erst fand der tief gerührte heilige Vater nach und nach seine ganze Fassung und die gewohnte Stärke seiner hellen Stimme wieder, und die ergreifenden, wahrhaft väterlichen Worte mit denen er uns zur Festigkeit und Einheit des Glaubens, zur Ausübung christlicher Liebe, zu erneuertem Seeleneifer und treuer Ausübung unserer heiligen Berufspflichten ermahnte, fanden einen tiefen Nachhall in den Herzen der 6 bis 8000 Priester, die aus allen Ländern und Himmelsstrichen herbeigekommen waren um die Sprache der Einheit der katholischen Kirche (die Allocution wurde lateinisch gehalten) zu vernehmen. Ich konnte, da ich der Tribüne gegenüberstand, das Meiste verstehen und vernahm mit großer Freude, daß wir Alle nicht nur den Segen, sondern auch die Fakultät erhalten sollten diesen Segen unsern Gläubigen zu gewähren, sammt einem vollkommenen Ablass für diejenigen welche vorher die heiligen Sakramente empfangen werden. Kaum war dieses gesagt, als wieder ein Sturm von Dankesrufen losbrach, der den heiligen Vater kaum zu Ende kommen ließ und bei seiner Entfernung in laute Psalmgesänge, Responsorien und Gebete überging. — Was sind 6 bis 8000 Priester gegen jene vielen Tausende welche am Centenarium in der ganzen katholischen Welt das Lob der Apostelfürsten und ihres würdigen Nachfolgers Pius IX. verkündeten? Und doch war es eine Demonstration so großartig, wie ich noch nie und nirgends eine gesehen. Die nationale Begeisterung auch des feurigsten Volkes hält den Vergleich gegen die religiöse der römisch-katholischen Kirche nicht aus."

Die Stunde des Abschiedes von Rom schlug aber nur zu bald: „Lebe wohl, du großes, du herrliches Rom! . . . Die Dämmerung hatte einer rabenschwarzen Nacht Platz gemacht. Kein Mond und kein Stern leuchtete uns in das finstere Reich von Italien hinein, als wir die päpstlichen Staaten verließen.“ Der Verfasser beschreibt mit Treue die kleinen Reiseabenteuer und die gegenüber andern Reisenden noch sehr mäßigen Variationen an der nicht fernen dormaligen Grenze „Italiens“. Ueber „das bübische Benehmen der italienischen Behörden“ hätten Andere schon gerichtet.

Florenz, Venedig, Mailand werden anziehend beschrieben: der Lago maggiore und seine seenhaften Inseln reißten den Verfasser selbst nach den römischen Eindrücken zu begeisterten Worten hin. Der Gothard ist endlich überschritten und wie die Reisenden sich dem Schutze der göttlichen Mutter zu Maria Plain bei Salzburg empfohlen, so danken sie nun vor der Gnaden-Kapelle zu Einsiedeln für den Abschluß einer nach allen Seiten und in seliger Erinnerung glücklichen Reise.

Die kleine Schrift ist voll sinniger Bemerkungen über Menschen, Natur und Kunst, welche nicht nur für die gute Beobachtungsgabe des Verfassers Zeugniß geben, sondern auch seinem Herzen und Verstande gleich viel Ehre machen. Wir wünschen dem Büchlein, schon um des frommen Zweckes willen, die weiteste Verbreitung.

XLIII.

Historische Betrachtungen über neues und altes Verfassungsleben.

Zweiter Artikel.

Es bietet ein hohes historisches Interesse dem Kampfe zu folgen, welchen auch das Haus Habsburg, zum Theil durch seine peinliche Lage gedrängt, gegen die landständischen Freiheiten, gegen Kirche und Wissenschaft gewähren lassen mußte. Frankreichs Könige waren in diesem Kampfe längst und freiwillig vorangegangen. Nach dem Ausbruche der Reformation entbrannte er in immer weitem Kreise auch des deutschen Reiches und riß endlich Alles mehr oder weniger mit sich fort.

Dieser Kampf wurde angeblich zur Befreiung der Völker von geistiger und körperlicher Knechtschaft, in Wahrheit zur Erweiterung fürstlicher Gewalt geführt. Doch hier ergab sich eine neue Täuschung, auch für die Fürsten selbst. Die angestrebte Machtvollkommenheit war für sie eine mehr scheinbare als wirkliche, und daher auch für die Fürsten unhaltbar. Sie entschlüpfte bald ihren Händen, um erst thatsächlich an die Hoftheologen und fast unmittelbar darauf an ihre weltlichen Diener, die von eben diesen Theologen so gefürchteten „Juristen“ überzugehen. Um sich aber die errungene Herrschaft

zu sichern, mußten überall die entgegenströmenden Elemente, vor Allem der Landstände und der Wissenschaft gebrochen, jene wie diese der Beamtung unterworfen, Kirche und Schule laßirt werden. An die Stelle der bisherigen kirchlichen Hierarchie erhob sich eine neue und weltliche, welche die Rechte der erstern mit der Gewalt an sich riß und den Raub unter fürstlicher Autorität den Völkern als Freiheit bezeichnete.

Oesterreich wurde nur allmählig auf die gleiche Bahn gedrängt. Seine Zusammensetzung aus so vielen und verschiedenen Völkerstämmen und Bestandtheilen, vor Allem aber die Gewissenhaftigkeit des Kaiserhauses hielten lange jenes rücksichtslose Vorgehen zurück, wie es in andern Ländern stattgefunden hatte.

Dem lebenden Geschlechte ist nicht nur die Erinnerung an das verschwunden was als landständische Freiheiten bezeichnet wurde, sondern es scheint sogar zweifelhaft, ob überhaupt noch ein Verständniß dafür vorhanden sei. So sehr hat sich die große Menge an die Alles leitende, Alles vortehrende, allein handelnde und befehlende Staatsallmacht gewöhnt, daß für Viele eine ernste Verlegenheit daraus hervorgehen würde, wenn sie erst wieder lernen sollten auf ihren eigenen Füßen zu wandeln. So lange dieses aber den Völkern in der That nicht wieder gelehrt wird, bleibt Selbstverwaltung und was sich daran knüpft — ein leeres Wort. Den landständischen Zeiten unterlag ungefähr gegen heute ein anderes Extrem: Alles verlangte nach einer Selbstständigkeit, welche mit der Gesamtwohlfahrt des Vaterlandes manchmal nur allzu sehr im Widerspruche stand; auf der andern Seite hingegen bethätigte sich eine mit Mannesmuthe verbundene Thatkraft, deren das eigentliche Volk der Angejessenen, der Gewerbetreibenden u. s. w., außerhalb aller Kreise der Beamtung, zum Schutze seiner natürlichen realen Freiheit und seiner realen Rechte heute kaum mehr fähig scheint.

Ich möchte versuchen Einiges aus solchen landständischen Erinnerungen, zum Theil aus ungedruckten Quellen, in diesen

Blättern gänzlicher Vergessenheit zu entreißen. Zu meinem Spiegelbilde wähle ich als Rahmen Tyrol und das Ländchen Breisgau, letzteres einst wie jenes ganz katholisch. Beide Länder hatten während langer Jahrhunderte dieselben Regenten, theils Erzherzoge, theils Kaiser aus dem Hause Habsburg; sie theilten bis kurz vor dem Untergange des deutschen Reiches die gleichen Freuden und Leiden, Hoffnungen und Enttäuschungen, die gleiche Anhänglichkeit und Treue neben einem entschiedenen Sinn für Freiheit, Recht und Sitte — nur in der gezwungenen Trennung von einander traf sie nicht das gleiche Loos.

In keinem deutschen Lande hatte sich wohl die Selbstständigkeit und Tüchtigkeit des freien Mannes mit jener Hingebung und Opferwilligkeit, frei von Selbstsucht, in den Tagen eigentlicher Noth mehr wie hier verbunden. Diese Tage der Noth wurden aber durch die Folgen der Reformation in gesteigertem Maße über Oesterreich und dessen Völkerstämme heraufbeschworen und gleichsam permanent gemacht.

Tyrol trägt seinen Namen bekanntlich von der Burg, welche sich aus dem römischen Kastell Teriolis erhoben hat. Berthold und Albert, Söhne des Grafen Albert von Chur-Rhätien und Vintschgau, nannten sich zuerst 1140 Grafen von Tyrol, und als Herr des Landes galt wer die Burg inne hatte *).

Die Hauptbestandtheile bilden heute die uralten, in das 10. Jahrhundert hinaufreichenden Reichsfürstenthümer der Bischöfe von Trient und Brixen und einzelne Landschaften des fürstlichen Erzbisthums Salzburg. Die Gebiete der vielfach verzweigten Geschlechter der Gaugrafen von Tyrol, Meran, Andechs, Görz, Hirschberg u. s. w. vereinigten sich im Laufe der Zeit mit den ersteren zu einem Ganzen.

Die durch eigenthümliche Schicksale bekannte Erbtöchter

*) S. Staffler: das deutsche Tyrol und Vorarlberg. II. 680 ff.

Heinrichs von Kärnthen, Margaretha Maultasch, hatte nach dem Tode ihres Gemahles, Ludwig von Brandenburg, Sohnes K. Ludwig des Bayern und des einzigen Sprößlings dieser Ehe, Meinhard, 1363 ihre gesammten Länder an Herzog Rudolf IV. von Habsburg abgetreten. Diese Vereinigung mit dem Hause Oesterreich wurde nur auf kurze Zeit durch die bayerisch-französischen Invasionen unterbrochen.

Vorarlberg kam ebenso noch im Laufe des 14. und 15. Jahrhunderts meistens durch Kaufverträge mit den Grafen von Montfort und Werdenberg an Habsburg. Die einzelnen Theile wurden überall unter dem Vorbehalte aller Rechte und Freiheiten abgetreten, wie sie von Alters her volle Geltung hatten und beschworen worden waren.

Die Landesordnungen durften nicht anders als mit Beirath der „Landschaft“ erlassen werden, wie z. B. jene von 1342 unter Margaretha und ihrem Gemahle Ludwig dem Brandenburger dahin lautete: „im Einverständnisse mit seinen geistlichen und weltlichen Räthen und allen ehrbaren Leuten, die in dem Herrschaftsgebiet Eigen und Urbar haben“ *). Diese „Eigen und Urbar“ besitzenden Leute bildeten die Grundlage dessen was man später den „offenen Landtag“ nannte. Das Mitgesetzgebungsrecht war also ein uraltes, jedem Freien zustehendes Eigenrecht.

Diese Entwicklung fand aber nicht, wie man es heute verlangt, auf einmal und als fest abgeschlossenes Ganzes, sondern nach Bedürfniß und allmählicher Angliederung der Theile, mit vertragsmäßiger Schonung aller Einzelrechte, statt. Die Noth der Zeiten hatte die geistlichen Reichsfürsten und den höheren Dynastenadel Tyrols schon früh zu einem innigen Verbande gedrängt. Ihnen schloßen sich

*) Für die Glaubensfreiheit Tyrols u. s. w. von einem rheinischen Rechtsgelehrten. Innsbruck 1861. S. 57.

die geistlichen Stifte und der niedere Adel, endlich Städte und Gerichte an, und bauten allmählig das feste Gebäude der Tyrolischen Verfassung auf, das aller Stürme der Zeit ungeachtet auch heute noch nicht vollständig zu Boden geworfen ist. Im Norden von der hohen Felsenburg Tyrol wüthete in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts der Kampf um die Kaiserkrone deutscher Nation zwischen Habsburg und Scheyern-Wittelsbach. Im Süden loderte die Anarchie in hellen Flammen auf, welcher Italien nach der gegenseitigen Niederlage der kaiserlichen wie der päpstlichen Macht verfallen war. Da galt es für die zwischeninne liegende, beide Länder über ihren hohen Rücken verbindende Landschaft Tyrol ihre Freiheiten und Unabhängigkeit muthig selbst zu schützen.

Deßhalb bildete die Vertheidigung des Vaterlandes auch von jeher die Grundlage und den ersten Gegenstand der tyrolischen Freiheit und Verfassung. Die hierauf bezügliche Einrichtung reicht in die ältesten Zeiten hinauf und erhielt unter Herzog Sigmund 1478 die erste organische Ausbildung in dessen Aufforderung an alle Pfleger und Landrichter, gegen die Türkengefahr zu rüsten. Das Land wurde zu diesem Zwecke in Viertel und Zugüge eingetheilt, die sich monatweise ablösten, und von der Landschaft verpflegt und besoldet werden mußten. Für Munition (Pulver und damals Pfeile) hatte der Landesherr zu sorgen.

Auf diese Organisation wurde 1511 unter Kaiser Max I. das berühmte eilfsjährige Landlibell als Fundamentalgesetz der Landesvertheidigung gegründet und nach der laufenden Jahreszahl des Jahrhunderts so genannt*). Kaiser Max hatte den strategisch-militärischen Beruf Tyrols als den einer natürlichen Festung erkannt, deren Vertheidigung dem Lande

*) Die alte ständische Verfassung Tyrols von Albert Jäger. Innsbruck 1848. S. 40.

Tyrol innerhalb des „von der Natur gebildeten Ringes von Engpässen ausschließlich überlassen bleiben sollte.“ Dafür wurde durch das Landeslibell dem Tyrolervolke die Versicherung ertheilt, nie außer Landes, sondern nur zu dessen Schutze, zur Abwehr des Angriffes Kriegsdienste thun zu müssen. Jeder Tyroler war hiezu während der Dauer eines Krieges nur einen Monat lang verpflichtet, und das in vier Züge getheilte Aufgebot durfte je 5000, im Ganzen 20,000 Mann nicht übersteigen.

Wenn aber die uralten „Kreidenfeuer“ *) von den Bergspitzen die Nacht erhellen, oder die bestimmten Glockenstreiche von den benachbarten Kirchthürmen die Noth des Vaterlandes verkünden, so erhebt sich das ganze waffenfähige Mannervolk wie ein Mann aus Städten, Märkten, Dörfern und einsamen Gehöften, es verläßt Weib und Kind und seinen Herd um für seinen Glauben, seine Freiheit, sein Land und seinen Kaiser mit immer neuem Muth und neuer Kraft zu kämpfen **). Auch Frauen sah man in Tyrol an diesen Kämpfen sich oft mit einer Energie betheiligen, wie sie der Mütter seiner Helden söhne würdig war.

Hatte sich dieses Vertheidigungssystem gleichwohl in jedem neuen Kampfe neu bewährt, so wurde zu verschiedenen Zeiten dennoch von der Regierung selbst daran gerüttelt. Bis 1703 betrafen die Abänderungen meistens nur unwesentliche Dinge; mit dem Beginne des 18. Jahrhunderts traten aber wichtigere Angriffe auf das Libell von 1511 ein. Der spanische Erbfolgekrieg war (1700) ausgebrochen und Oesterreich gezwungen, seine nunmehr durch die innern und äußern Reichskriege gegen Frankreich und die Türkei vollends erschöpften Kräfte neuerdings anzuspornen, um drohendem Untergange zu entgehen.

*) Kreid bedeutete in altdeutscher Sprache so viel als Schrei, italienisch grido. A. a. D. S. 38.

**) Vergl. Histor.-polit. Blätter 20. Bd. S. 38 ff.

Prinz Eugen von Savoyen, seinem Heldenberufe treu, hatte seine Heeresvölker durch Tyrol und von Roveredo aus über die unwegsamen Alpenthäler von Ballersa und Bal-freda mit so fabelhafter Anstrengung und Kühnheit geführt, daß Zeitgenossen den Zug mit dem Alpenübergang Hanni-bals verglichen haben. Von Borcola stieg Eugen zum Schrecken des überraschten Feindes in die lombardische Ebene hinab, erfocht seine glänzenden Siege über Catinat, Villeroi, hielt den verstärkten Angriffen Vendomes Stand und konnte den endlichen Sieg nur in Folge des Hinsiechens seines Heeres und des Mangels an Vorräthen und Unterstützungstruppen nicht erlangen. Was nützt endlich das Genie eines Feldherrn wie Eugen, was der Löwenmuth der Krieger und der Völker, wenn Alles bei der obersten Kriegsverwaltung fehlt? Dieses Urgebrechen österreichischer Kriegsführungen vermochte bis heute die traurigsten Erfahrungen von Jahrhunderten nicht zu heilen. Ohne die treueste Hingebung des Tyroler-Volkes war aber der genannte Alpenübergang so wenig als die Bewahrung des Geheimnisses denkbar, an welcher Stelle der Durchbruch stattfinden sollte; „keinen Verräther gab es in Tyrol und was noch mehr sagen will, keinen im ganzen Heere des Prinzen“ *).

Der erhabene Heldengenosse des Prinzen Eugen, Ludwig von Baden-Baden und anderer großer Heerführer in den Türkenkriegen, der bayerische Kurfürst Max Emanuel hatte sich pflichtvergessen mit Frankreich verbündet und überfiel im Juni 1703 plötzlich Tyrol. Kufstein, die für uneinnehmbar geltende Grenzfestung, Schloß Rattenberg und andere fielen beinahe ohne Widerstand in seine Hände; Schwaz, Hall, Innsbruck flehten die Milde des Eroberers an, welcher den Brenner übersteigen und seine Vereinigung mit Vendome ver-

*) A. Jäger: der bayerisch-französische Einfall von 1703. Innsbruck 1844. S. 41.

suchen wollte, der von Süden her vordrang. Diese Kriegs-Gefahr hatte längst gedroht und die Regierung und die Stände Tyrols sahen selbst ein, daß es nicht möglich sei, aus eigenen Kräften einem von zwei Seiten eindringenden Doppelseinde mit Erfolg zu widerstehen, der nicht allein das Land, sondern den ganzen Kaiserstaat gefährde. Deshalb hatte man seit Jahren um Absendung regulärer Truppen unter bewährten Generalen gebeten und sich erboten in jeder Weise die militärischen Maßregeln zu unterstützen. Mit ausgedehnten Vollmachten war nach langem Zögern im Jahre 1702 General Gschwind in Tyrol eingetroffen und wurde zum absoluten Kriegsdirektor ernannt. Diese Wahl war nicht glücklich; bei dem Einbruche der Bayern fanden sich nicht nur alle einzelnen Vertheidigungsanstalten in Festungen und Schanzen auf das äußerste vernachlässigt, sondern die Landesmilizen sollten auch in einer ihre Eigenthümlichkeit verletzenden und die hohe Begeisterung lähmenden Weise verwendet werden.

Hiezu kamen stete Konflikte mit den geheimen Räten der Regierung und dieser wieder mit den Landständen, wodurch es möglich wurde, daß schon die ersten Tage des kurfürstlichen Einfalles einem Triumphzuge glichen und die rasche Unterwerfung von ganz Tyrol gesichert schien. Da ermannte sich in dem obern Innthale der ureigene Geist des Volkes zuerst wieder, ohne und sogar gegen das Eingreifen der k. k. Regierungsstellen, von dem Militär oft nicht einmal unterstützt, und trieb, erst über den Brenner und dann aus dem untern Innthal, trotz wiederholter Unfälle den Usurpator nach ungeheuern Verlusten binnen wenigen Monaten nach Bayern zurück.

Aus der Reihe tyrolischer Großthaten jener Zeit ist hier in Kürze einer einzigen erwähnt: Martin Sterzinger, der Hofer jener Tage, hatte durch Wort und That die Bürger Landes und die angrenzenden Landgemeinden begeistert ermuntert die Gunst der Fessenschluchten wieder zu benützen.

um den Feind beim Vorbringen gegen Pruz mit einem Schlage zu vernichten. An der Pontlager Brücke die abgetragen wurde, lagerten in geheimnißvoller Verborgenheit seine Schützen mit ihrer sichern Waffe. Sonntags den 1. Juli 1703 traten die Bayern durch menschenleere und lautlose Schluchten den verhängnißvollen Marsch aus Landeck an, und als bei der Brücke der Schreckensruf: Verrath! ertönte, „blitz schon das verabredete Lärmzeichen und hinter jedem Baume, hinter jedem Felsen knallt eine heißbrennende Kugel hervor, von allen Hügeln rollen losgelassene Steinlager frauchend nieder und ringsum erschallt jauchzender Siegesruf. Schrecklich war die Lage der Feinde. Beinahe senkrecht unter die zerschmetternden Steine hingestellt, haben sie auf der einen Seite den tiefen Abgrund des reißenden Innstroms, auf der andern die steile Bergwand neben sich und können weder vorwärts noch rückwärts entfliehen. Das Blitzen der Feuerrohre, das donnernde Krachen der niederstürzenden Felsenrümmer, der nebeldüstere Tag wirken wie die Schrecknisse des jüngsten Gerichtes auf die entmuthigten Ausländer. Einige warfen sich auf die Knie und flehten um Erbarmung, andere namentlich die Reiter sprengten in den Inn und stürzten mit den Pferden in dem reißenden mit Felsstücken gefüllten Strombette“*) . . .

Unaufhaltsam strömte die Volksbewegung nach dem Norden. Die Unfälle die dazwischen einzeln sich ergaben und unmenschliche Grausamkeiten des Feindes gegen die in Nothwehr begriffenen Tyroler, Frauen, Greise, Kinder zur Folge hatten, fielen vorzugsweise dem Mangel an Wachsamkeit und thätigem Zusammenwirken der Generale Guttenstein, Heindl und Heister zur Last. Adel, Bürger, Bauern vergaßen aber, mancher durch die tiefste Erbitterung hervorgerufener Excesse ungeachtet, aller Feindschaft und Eifersucht und standen mit

*) A. Jäger a. a. O. S. 262.

seltener Einmüthigkeit und einem Löwenmuthe für ihr Vaterland und ihren Kaiser ein, wovon hundert Jahre später nur die Enkel ein erneutes Beispiel gaben.

Besser als im Norden Tyrols, hatte der tüchtige General Solari im Süden es verstanden, die natürlichen Streitkräfte des Volkes gegen Vendome zu benutzen, so daß die gänzliche Befreiung des Landes zu dessen unsterblichem Ruhme fast gleichzeitig erfolgte *).

Hierauf traten auch für Tyrol Jahre einschläfernder Beruhigung ein, die man zu Versuchen benützte, den Freiheitsgeist des Volkes mehr und mehr zu schwächen. Die ursprüngliche seiner Natur zusagende Kriegsweise sollte durch den Zwang schulgemäßer Einrichtungen ersetzt, Tyrol mit allen anderen Ländern der Monarchie möglichst gleich gemacht werden. In diese Zeit fällt auch die Errichtung des Jägerregiments „Kaiser“ das seitdem überall, auch außerhalb Tyrols, ruhmvoll die Schlachten Oesterreichs schlug, als theilweiser Ersatz für die nun einmal unlieblichen „Aufgebote.“ Man übersah, daß Tyrol einen ihm von der Natur angewiesenen eigenthümlichen Beruf wie in andern Dingen so auch in seiner Vertheidigungsweise, innerhalb des Länderfranzes Oesterreichs, auszuüben hat. Soll Tyrol diesen Beruf ganz erfüllen können und freudig erfüllen wollen, so muß ihm derselbe auch ungeschmälert erhalten bleiben. Dieser Beruf wurde heutzutage durch das Preisgeben Oberitaliens wahrhaftig nicht erleichtert! K. Joseph II. hob vollends das ganze Institut der Landmiliz auf, ließ Pässe, Schanzen u. s. w. schleifen und wollte das ganze Volk entwaffnen. Das war den wackern Tyrolern zu viel und rief vorzugsweise die Aufstände hervor, welche das Sterbelager des armen Kaisers so überaus tragisch gestaltet haben.

Die staatlich-bureaukratische Verwaltung unterlag ab-

*) S. die anziehende Darstellung bei A. Jäger, Abthn. 12—18.

ich wie im J. 1703, den Ereignissen von 1809 von neuem wieder. Verwirrung und Unfähigkeit bezeichneter die meisten Maßnahmen in den befehlenden Kreisen. Und wieder brach sich die Urkraft des Volkes eigene Bahnen mitten durch alle Irrungen der Zeit. Was keinem Präsidenten, keinen geheimen Räthen noch Unterhändlern gelingen wollte, die Befreiung des Vaterlandes, das führte ein einfacher Landmann, Landwirth Andreas Hofer durch, und errang mittelst seiner Berufung an die Kraft des Volkes *) jene glorreichen Siege, welche sein Andenken und Tyrol für alle Zeiten verherrlichen werden. Daß die Früchte dieser Siege ihm nicht zu Theil wurden, fällt im kleinsten Maße ihm und seinen Getreuen zur Last. Welche Empfindungen müssen das Tyroler Volk ergriffen haben, als sich das Kaiserhaus um den Preis einer Kaisertochter auf dem Throne des Gewaltigen gerettet glaubte, und die mörderischen Kugeln zu Mantua in den Freudenwäbel der Hochzeitfeier frachten! Und doch war es diese Feier nicht, sondern die Hingebung Tyrols, Oesterreichs und der deutschen Stämme alle, welche Rettung brachte!

Der in Oesterreich tief wurzelnde bureaukratische Geist verhinderte daß, aller äußern Ehren und des besten kaiserlichen Willens ungeachtet, Tyrols und seiner Helden Verdienst nach der Rückkehr des Landes an Oesterreich gebührend gewürdigt wurde. Was zu verschiedenen Zeiten unter der selbsteigenen Pflege des Volkes sich bewährte, schien keiner weitem Beachtung werth und sollte ein Ersatz dafür in dem nivellirenden

*) „Liebe Brüder Oberinnthaler! Für Gott, den Kaiser und das theure Vaterland! Morgen in der Früh ist der löste Angriff. Wir wollen die Boaren mit hilff der göttlichen Muetter fangen oder erschlagen, und haben Uns zum liebsten Herzen Jesu verlobt. Kommt Uns zu hilff, wollt Ihr aber gescheiter sein, als die göttliche Fürsichtigkeit, so werden Wir es ohne Euf auch richten. Andre Hofer, Oberkommandant.“ S. Andreas Hofer's letzter Gefährte von J. M. Hägele, 2. Aufl. Freiburg 1867, S. 49.

Systeme des Tages geboten werden, was dem Geiste eben dieses Volkes durchaus widerstrebend war.

Kaiser Ferdinand hob im J. 1839 das alte Landlibell auf und ersetzte es durch das „Vertrauen“. „Ich hege ein solches Vertrauen in die Biederkeit, Treue und Anhänglichkeit der Tyroler für Fürst und Vaterland, daß ich mich der völligen Ueberzeugung überlasse, sie würden im Falle der Gefahr sich im Gefühle ihrer Pflicht schnell erheben, vereinigen und mit ihrem bewährten Muth und ihrer oft erprobten glänzenden Tapferkeit den alten Ruhm erneuern. Darum will ich auch keinen Einzelnen zu einem Dienste Verbindlichkeiten auferlegen von welcher ich gewiß bin, daß die ganze waffenfähige Bevölkerung sich auf den ersten Ruf beeilen wird, ihn zu leisten“ *).

Diesem Vertrauen hat das Volk von Tyrol in den Jahren 1848, 59, 66 glänzend ebenso gewiß entsprochen, als die in den obersten Kreisen vorherrschenden Maximen nicht dazu beigetragen haben, das Vertrauen des Volks zu bestärken.

Eine weitere wichtige Freiheit welche Tyrol mit andern Ländern bis zu dem Ausbruche der Reformation theilte, und die mit der Landesvertheidigung Hand in Hand ging, war seine Steuerfreiheit.

Die reichlichen Unterstützungen welche in jeder Weise die Landschaft ihrem Herzog Friedrich „mit der leeren Tasche“ zu Theil werden ließ, trugen alle den entschiedenen Charakter der Freiwilligkeit und waren vorübergehend. Als die Türken-Hülfe unter Herzog Sigmund 1474 und später verlangt wurde, besteuerte die Landschaft zu diesen oder andern ausdrücklich bezeichneten Zwecken, z. B. Auslösung verpfändeter Gerichte, sich selbst.

Mit den gesteigerten Geldbedürfnissen des Kaisers Maxi-

*) Vergl. A. Jäger, Verfassung S. 47 ff.

milian I. und Erzherzogs, spätern Kaisers Ferdinand I. wurden die Ansprüche an die Steuerkraft des Landes immer größer. Es erhob sich nunmehr jener merkwürdige Wettkampf zwischen Hingebung und der Pflicht der Erhaltung des eigenen und des Vermögenstandes der ganzen Landschaft, von Seiten eben der Landstände auf welchen das Vertrauen Aller ruhte, gegen unablässig steigende Abgabeforderungen. Die Stände wahrten dabei vor Allem nicht allein ihren Bewilligungen den Charakter der ursprünglichen Freiwilligkeit, sondern vertrugen sich nach oft lebhaften Unterhandlungen mit den Regierungsorganen auch über ein billiges und erschwingliches Maß ihrer Leistungen. Hierüber wurden von den Landesherren jeweils „Reserve“ ausgestellt, damit aus derartigen Bewilligungen keine Rechtsverbindlichkeit für die Zukunft erwachse. Darauf beschränkte sich die Thätigkeit der Landstände nicht, sie vertheilten die bewilligten Geldauslagen selbst unter sich und auf das Land, und wachten mit Vorsicht darüber, daß dieselben auch zu dem bestimmten Zwecke verwendet würden.

Zum einzelnen Ausschlag der Steuer diente der Maßstab der Landesvertheidigung. Man unterlegte demselben die Zahl der 5000 Mann des ersten Aufgebots und jeder Steuerpflichtige mußte so vielmal 4 fl. Umlage entrichten, als ihm oblag Kriegsknechte mit einem monatlichen Unterhaltungsbeitrage von 4 fl. nach dem Landlibell zu stellen. Daher hieß es so und so viel „Steuerknechte“ fallen dem Einzelnen zur Last*). Vergleicht man diese Zustände mit dem was aus ihnen die „constitutionelle“ Freiheit gemacht hat, so kann wohl keinem Unbefangenen entgehen, auf welcher Seite sich mehr Rechte und Selbstverwaltung finden.

Nachdem nicht aus corporativen Elementen, sondern aus willkürlich zusammengeworfenen Bezirken nach der Kopfszahl und ohne Rücksicht auf deren eigenthümliche Verhältnisse,

*) H. Jäger, Verfassung S. 52 ff.

nicht einmal auf deren Wünsche und Bedürfnisse die „Volksvertretungen“ sich nimmehr bilden, so kann geschehen und geschieht, daß die Interessen der Vertretenen von jenen der Vertreter weit auseinander gehen. Dieß wird aber gewiß nicht als eine richtige Grundlage für die Selbstverwaltung eines frei seyn sollenden Volkes betrachtet werden können. Daraus ergibt sich denn auch für manches besonders kleinern constitutionelle Land die Anomalie, daß die Mehrheit der Vertreter eines Landes wesentlich mit Jenen zusammenfallen kann, welche das Volk regieren, ihm Steuern auflegen und Gesetze geben, daß die Controle über Staatsverwaltung und Staatsaufwand von Jenen zugleich ausgeübt wird, welche über die Verwendung der Staatsmittel verfügen und vorzugsweise Nutzen daraus ziehen. Ein solches Institut kann man alsdann kein landständisches, sondern höchstens ein erweitertes Regierungs-Collegium mit allen dabei unvermeidlichen Gebrechen nennen.

Vor solchen „Freiheitszuständen“ und deren Folgen hatten die Stände Tyrol zu wahren verstanden, und das Land auch schuldenfrei erhalten, bis die moralischen und materiellen Folgen der großen Umwälzungen des 16. Jahrhunderts auch über Tyrol hereinbrachen. Ferdinand, der Gemahl der schönen Philippine Welser, hatte sich auf Schloß Ambras einen Herrnsitz geschaffen, von reizenden Anlagen und Sammlungen der Kunst und Wissenschaft umgeben. Dieser freiwillige Aufwand verband sich mit allen Anforderungen ernsterer Natur, welche die Weltereignisse an ihn und Tyrol stellten. Daraus erwuchsen für Fürst und Land ungewöhnliche Anstrengungen, um größeres Uebel abzuwenden. Die beliebten und dem Volke so verhaßten Pfandverschreibungen genügten nicht mehr und so verstand sich endlich die Landschaft 1573 dazu, an landesfürstlichen Schulden 1,600,000 fl. zu übernehmen, welchen bis 1620 weitere 3,400,000 fl. folgten, die ursprünglich nach 20 Jahren durch Erhöhung des „Steuerknechts“ von vier auf 36 fl. getilgt werden sollten, was aber so wenig möglich war

daß später vielmehr derselbe auf 54 fl. noch weiter erhöht werden mußte.

Damit waren die dem Lande aufgelegten Lasten nicht erschöpft. Kaiser Ferdinand hatte sich um 1563 für den Hofhalt seines Sohnes Ferdinand eine in fünf aufeinander folgenden Jahren zu zahlende Summe von 600,000 fl. ausbedungen und erhalten. Die Summe beschloß der „offene Landtag“ durch eine Weinumlage (Accise) beizubringen, welche von jeder durch den Kleinschank verzapften „Zhren“ (kleinen Eimer) mit 12 Pf. erhoben wurde. Dieses „Umgeld“ erlosch nach Ablauf der fünf Jahre, mußte aber zur Erleichterung des Grundeigenthumes 1577 wieder eingeführt werden. Auf einige Jahre zur Deckung außerordentlicher Bedürfnisse der Regierung überlassen, nahm das Umgeld den Charakter einer bleibenden landesfürstlichen Steuer an, und wurde sogar ohne Mitwirkung der Landstände von Erzherzog Leopold V. erhoben, durch seine Wittwe Claudia von Medici aber denselben zurückgegeben. K. Leopold I. zog es wieder an sich, überließ es den Ständen auf fünf Jahre noch einmal, worauf es die Regierung neuerdings in ihre Hände nahm. Der Gerechtigkeitsinn der Kaiserin M. Theresia stellte das Umgeld dem Lande 1742 zurück; von Kaiser Joseph II. aber ward es 1779 incamerirt, auf ernste Vorstellungen den Ständen verpachtet, wobei es bis zu dem Einfall der Bayern 1809 verblieb. Eine Reihe von Ursachen hatte die Grundlage des „Steuerknechts“-Systemes vielfach verändert und eine neue Steuerordnung trat von 1774 bis 84 in's Leben.

Noch blieb den Ständen die Verwaltung der neuen Grundsteuer. Das reine Steuercapital wurde auf 46,606,296 fl. oder auf 9000 fl. für einen alten Steuerknecht angeschlagen, von welchem man 54 fl. also $\frac{3}{4}$ Proc. erhob. Das Ergebniß war eine Einnahme von 270,000 fl. wozu noch circa 300,000 fl. an Accisen für Salz, Branntwein, Eßig, Bier und Wein Umgeldsausschlag u. s. w. kamen, was zusammen den Domesticalfond der tyrolischen Stände bildete. Daraus

wurden das landesfürstliche Postulat mit 70,000 fl., 300,000 fl. Zinsen der Landschaftsschulden, und was mit den ständischen Erfordernissen zusammenhing, bestritten.

In diese Lage der Dinge fielen die Revolutionskriege, die bayerische Invasion von 1809, und das altständische Wesen wurde auch für Tyrol zu Grabe getragen.

So groß die Geldverlegenheiten sich für die Landschaft auch gestaltet hatten, muß zu ihrer Ehre ihr nachgesagt werden „daß sie zu einem künstlichen Ausgaugungssystem nie ihre Zuflucht nahm, durch ihre Pünktlichkeit in den Zahlungen berühmt, bei jeder Rechnungslegung die strengste Prüfung der Staatsbuchhaltung anshielt, daher den guten Ruf der gewissenhaftesten Treue bis an ihr Ende bewahrte“ *).

Ein weiteres, seine Freiheit wesentlich mitbedingendes Recht war Tyrols Betheiligung wie an der Gesetzgebung selbst, so auch an der Pflege des bürgerlichen und peinlichen Rechts. Schon Herzog Leopold IV. bestimmte 1404, indem er wahrscheinlich nur die alte Übung neu sanktionirte, daß nach altdentscher einfacher Weise die Streitigkeiten durch sechs von dem Richter gewählte Schiedsmänner (Schöffen) und in weltlichen Streitsachen nur von Laienrichtern zu entscheiden seien. „Ueber Verbrechen und Frevel urtheilten Schwurgerichte, meistens unter freiem Himmel, nur in dem Fürstenthume Brixen Collegialgerichte, indem hier zur Fällung des Urtheils der Untersuchungsrichter die zwei nächsten Richter beizog“ **).

Nicht minder wichtig und täglich im Volksleben wiederkehrend schloß sich hier an, was als willkürliche Gerichtsbarkeit bezeichnet wird. Auch diese vollzog sich durch das Volk, innerhalb des Kreises seiner Stände, ohne andere Eingriffe von Seiten der Staatsbehörden, als wo es sich, wie

*) A. Jäger, Verf. S. 56.

**) Für die Glaubenseinheit u. s. w. S. 56.

lig, um richterliche Entscheidungen Namens des Landes-
herrs als obersten Richters handeln mußte.

Hier fand die freie Thätigkeit des Volkes innerhalb
seiner natürlichen Gliederungen ein ungemein weites Feld.
Es lag ihnen der Schutz des Eigenthumes Aller nicht nur
durch das Organ ihrer Schöffen, und eigene Handhabung
höherer Ordnung in den Kreisen ihrer Genossenschaft ob;
mit wirksamer noch war für diesen Zweck jener moralische,
in oben den gesellschaftlichen Vereinigungen aufgedrückte
Tempel von Pflicht- und Rechtsinn, welcher allein dauernd
glückliche Zustände einem Lande sichern kann. Daraus ergab
sich jene väterliche Fürsorge für Wittwen und Waisen, für
Arme u. s. w. so weit es welche gab (ein Proletariat kannte
man allenthalben in Deutschland nicht). Testamente, Thei-
lungen, Erhaltung des Besitzthumes einer Familie, Verhält-
nisse oft so zarter Natur, Geheimnisse in welche ohne ge-
waltthätige Verletzung heiliger Gefühle der Oeffentlichkeit
in Einblick gestattet werden darf, die Schlichtung von
familienstreitigkeiten, die Regelung der Verhältnisse von
Gemeinden und ihrer Angehörigen unter sich: dieß Alles
und noch Anderes war die freie, auf Menschenliebe und
Pflichtgefühl, auf Herkommen, Übung und sich vererbenden
genossenschaftlichen Brudersinn stützende Angelegenheit der
einzelnen Stände. Sie hatten ihre innere Organisation, ihr
eigenes Vermögen, dessen freie Verwaltung. Ueber Streitig-
keiten und Mißbräuche welche im Innern keine befriedigende
Lösung fanden, entschied nach den Satzungen der Genossen-
schaft das höchste Richteramt des Landesherrn, endlich des
Kaisers auch hier.

Der mit der Reformation allenthalben um sich greifende
bureaukratische Geist mit seiner zerstörenden, nivellirenden
Hand durchdrang nach und nach auch die Thäler des freien
Landes. Kaiser Joseph, der Unglückliche, eröffnete die
Schleußen seiner „Reformen“-Fluth über Alles, und die bis-
her nur mit Mühe noch in gewissen Schranken gehaltene

Beamten-Strömung ergoß sich unerbittlich über Tyrol. Die Selbstverwaltung hörte in ihren wesentlichen Theilen auf, die Genossenschaftsvermögen wurden meistens eingezogen und oft verschleubert; was unentgeltlich, oder mit geringem Aufwande von den Genossen selbst geleistet worden war, ging auf zahllose, theure Beamte in allen Abstufungen über, die an dem Mark des Landes nagten.

Hierin liegt der eigentliche Krebschaden mehr oder weniger aller Länder, vorzüglich aber seit jener Zeit in Oesterreich, weil eine ohne Controle geführte Finanzwirthschaft, im Bunde mit dem wucherischen Capital das aus der Noth des Staates und der Völker unerhörten Vortheil zog, zu staats- wie volkswirthschaftlichen Katastrophen führen mußte.

(Schluß folgt.)

XLIV.

Die holländischen Zuaven im päpstlichen Heere.

Die katholische Zeitschrift *Etudes religieuses, historiques et littéraires* hat im Dezemberhefte des verflossenen Jahres eine Anzahl kurzer Skizzen über die holländischen Jünglinge im päpstlichen Zuaven-Corps veröffentlicht. Auf wenigen Seiten findet sich hier so viel Anziehendes und Erhebendes, daß schon beim ersten Durchlesen in uns der Wunsch rege wurde, es möchten dieselben auch in Deutschland weiterhin verbreitet werden. Nur die Hoffnung, eine geübtere Feder würde sich an's Werk der Uebersetzung machen, ließ uns nicht sogleich selbst Hand anlegen.

Allerdings hat Herr Niedermayer ein kleines, scenen- und farbenreiches Gemälde von den jüngsten Kämpfen und

Siegen der Streiter für den apostolischen Stuhl entworfen *); allein den Thaten der Kinder Hollands insbesondere war hier selbstverständlich nicht der gehörige Raum gestattet. Und doch verdienen sie, schon um des Geistes willen der sie belebt, überall bekannt zu werden.

Wir geben den Inhalt des französischen Originals, einige unwesentliche Aenderungen abgerechnet, getreu wieder, ohne ihm sein nationales Colorit abzustreifen; bereicherten ihn jedoch durch ein paar Züge, welche wir dem letzten Februarhefte derselben Zeitschrift entlehnt haben. Indem wir diese Blätter zum unverwelklichen Lorbeerkranz auf den Gräbern von Monte Libretti, Monte Rotondo und Mentana legen, rufen wir den Brüdern und Kampfgenossen der Gefallenen die Worte ihres gefeiertesten vaterländischen Dichters zu:

„So walte euch des Himmels Segen!
Die Feinde schreckt mit eurem Schwerte;
So mögt ihr seyn der Frommen Hort,
Das Vorbild aller Christenheit!“

Hollands brave Katholiken und tapfere Soldaten haben seit den letzten Ereignissen in Italien allenthalben die gebührende Anerkennung gefunden. Man rühmte den gewaltigen Jong, einen Kämpfen so ganz nach der alten Zeit geschnitten, der nachdem er vierzehn Feinde zu Boden geschmettert, auf die Knie sank, um als ächter Christ zu sterben. Man lobte den Muth jener wackeren Streiter, denen der Tod nicht minder willkommen schien als der Sieg. Man bewunderte den Verwundeten von Mentana, der fast im selben Augenblicke von drei Kugeln in die Brust getroffen, seine drei Wunden im Namen des Vaters und des Sohnes und

*) „Die Streiter für den apostolischen Stuhl im Jahre 1867“, von A. Niedermayer, Administrator der Deutsch-Ordens-Commende Frankfurt a. M. zu Sachsenhausen. Broschüren-Verein Frankfurt 1867.

des heiligen Geistes mit dem Kreuze bezeichnete; und Jeder zollte seine Achtung der tiefen Frömmigkeit, welche die jungen holländischen Krieger in der entweihten Kirche von Monte Rotondo niederknien hieß, um das zertretene und verstümmelte Bild des Gekreuzigten andächtig zu küssen. Ueber den Heldensohnen vergaß man auch nicht des Landes, das sie erzeugt; man weiß es, daß das kleine Holland wohl in größerer Fülle, als jedes andere Land, Gut und Blut für den heiligen Vater geopfert hat.

Doch ward noch lange nicht alles erwähnt; reichlichere Quellen machen es uns möglich diese Berichte zu vervollständigen. Holland hat es verstanden Pius IX. die Ehre zu lohnen, welche er ihm durch den Triumph der Martyrer von Gorkum bereitet hat. Die Kämpfer von Monte Libretti, von Monte Rotondo und Mentana sind die Erben des Glaubens und Opfersinnes jener glorreichen heiligen Martyrer.

Nicht ohne Grund gedachten wir soeben der heiligen Blutzeugen von Gorkum. Zwischen ihrem Opfertode und der hochherzigen Hingabe jener Heldensohne Hollands, die wir jetzt bewundern, knüpft sich ein viel engeres Band, als man auf den ersten Anblick hin glauben möchte. Es wurde schon die Beobachtung gemacht, daß der Feuereifer für die Sache des Papstes dort am mächtigsten aufblühete, wo es ehemals viel Streit und Leid gegeben für den katholischen Glauben. Das Blut, welches in diesen Kämpfen floß, hat nach Jahren eine überreiche Ernte getragen. So geht es immer und überall im Leben der Kirche. Eine Familie hat dem Himmel einen Apostel, einen Martyrer, einen Kreuzfahrer geschenkt, und Gott dafür in das Blut dieses Geschlechtes gewissermaßen einen triebkräftigen Keim gelegt, der früher oder später herrliche Frucht bringen wird. Ein Volk verblutet in den großen Kämpfen für seine Religion; eines Tages wird man seinem Schooße starke, heldenmüthige Seelen entsprossen sehen. Das bezeugen die Namen der edlen Familien von Quelen und von Quatrebarbes, das die Geschichte Spaniens,

Frankreichs und Deutschlands; das bezeugt eben jetzt auch Holland und der glänzende Aufschwung seines katholischen Lebens.

Seit drei Jahrhunderten hat dort der Calvinismus die sogenannten „Roomſchen“ auf jegliche Weise bedrückt und verfolgt; eine lange Leidenszeit, aus welcher der Tod der Märtyrer von Gorkum nur als einzelnes Moment hervortritt. Aber siehe, frisch und schön wie die junge Maison, um mit Abbé Brouwers zu reden, erhob sich diese Kirche aus der Tiefe der Erniedrigung, worin man sie begraben wähnte. Auf den Ruf des erhabenen Dulders Pius eilen die Enkel der Blutzegen von Gorkum herbei, sich zu schaaren um den Fels des heiligen Petrus, um den Thron des hohenpriesterlichen Königs.

Bedeutungsvolles Zusammentreffen! Es war am 8. Dez. 1866, als der heilige Vater der Welt seine Absicht kundthat, den Märtyrern von Gorkum öffentlichen Cult zuzuerkennen. An demselben Tage begann in Holland jene friedfertige Bewegung, welche innerhalb zehn Monaten Rom 224 todesmuthige Zuaven zuführte. Die Diöcese Haarlem, die fruchtbarer als alle übrigen, allein 639 wehrhafte Jünglinge stellte, hat zum Oberhirten den Promotor des Canonisationsprozesses der Märtyrer von Gorkum.

Im Treffen von Castelfidardo (18. Sept. 1860) waren die Niederlande kaum durch einige wenige ihrer Söhne vertreten und selbst diese schrieb man auf die Rechnung des katholischen Belgiens, das doch an eigenem Ruhme so reich ist. Beim ersten Einfälle der Piemontesen in den Kirchenstaat zog der jugendliche Baron Van Damswerde in den Kampf für Rom. Sein Beispiel blieb zwar nicht ohne Einfluß, eine allgemeine Begeisterung aber machte sich erst im Beginne des verflossenen Jahres (1867) geltend.

Zong, der ganz volksthümlich gewordene Held der jüngsten Kämpfe, hatte nicht so lange gewartet. Ein junger Landmann von dreiundzwanzig Jahren, die einzige Stütze

einer Wittwe deren geringes Vermögen seiner kräftigen Arme noch wohl bedurfte, hatte Peter Jong bisher den Feldbau betrieben, als eines Tages gegen Ende des Jahres 1865 seine Mutter in dem „Lyd“ las, mehrere holländische Jünglinge ständen im Begriffe Eltern und Heimath zu verlassen, um sich unter das Banner Pius' IX. zu reihen. „Wahrlich!“ rief sie aus, „das heiße ich Muth haben.“ — „Mutter“, erwiderte Peter, „wenn du damit zufrieden bist, wollte ich das Gleiche thun.“ Da erkannte diese bewundernswürdige Frau, daß Gott von ihr das Opfer ihres Sohnes fordere, und ohne Zögern sagte sie: „So sei es denn, du kannst gehen!“ Bald darauf beurlaubte sich Peter bei dem Bürgermeister seines Heimath-Ortes Rutjebroek (Provinz Northolland). Der Bürgermeister machte die Bemerkung, wie es ihm denn beifallen könne, in einem fremden Lande und für einen fremden Herrscher die Waffen zu ergreifen. „Ich kämpfe weder für einen fremden Herrn noch im fremden Lande“, war die Antwort; „das Land, wohin ich ziehe, ist die Heimath aller Katholiken und sein König ist ihr Papst. Für diesen Herrscher opfere ich gerne alles, selbst das Leben.“ So stand auch sein Entschluß fest. — Als er scheidend seinen Jugendfreunden, die ihm das Geleite gaben, die Hand drückte, sagte einer von ihnen: „Nicht wahr, du wirst es ihnen weisen wenn sie gegen den Papst losgehen“? — „Gewiß!“ erwiderte er, „ich will ihnen auftrumpfen, daß ihr davon hören sollt.“ Und er hielt Wort.

Aus den Briefen Jongs, welche die holländischen Zeitungen veröffentlicht haben, spricht ebenso gewinnende Einfachheit als männlicher Muth. Am 21. Februar 1866 hatte der neue Zuave St. Peter besucht und darüber seiner Mutter Folgendes berichtet: „Wenn man Dir sagt, der Fels des heiligen Petrus sei mürbe geworden, dann erwidere nur, das sei nicht wahr. Der Peter Jong und sein Vetter Wilhel hatten ihn gesehen; er stehe so fest, daß kein Teufel ihn werde umstürzen können, weder Viktor Emmanuel, noch jetzt

Spießgesellen mitsammt.“ Zum Schlusse spendet er dem Lieutenant Guillemin das schöne Lob: „Unsere Offiziere sind vortrefflich, vor allem jedoch unser Lieutenant, den wir nur unsern Schutzengel nennen.“ Soldat und Offizier sollten beide an demselben Tage, bei derselben glänzenden Waffenthat von Monte Libretti fallen, wo 80 Mann 1200 Feinde angriffen und nicht besiegt wurden.

Ähnliches lesen wir in zwei anderen Briefen des braven Soldaten, deren einer vom 10. Januar, der andere aber am 22. September des verflossenen Jahres, also drei Wochen vor seinem Heldentode geschrieben ist. „Du sagst, heißt es darin, man spreche davon, ich sei Korporal geworden. Das ist allerdings eine bessere Nachrede, als etwa die, ich hätte Strafarrrest bekommen; doch das eine ist ebensowenig wahr wie das andere. Ich bin nicht Korporal. Deswegen, wie Du weißt, bin ich nicht hieher gekommen; ich will gemeiner Zuave bleiben und bin zufrieden, zu thun was meine Obern befehlen. Indessen opfere ich, wenn es nöthig ist, freudig mein Leben für die katholische Sache; fordert aber Gott dieses Opfer nicht, so werde ich später zu Dir zurückkehren und mein altes Tagewerk wieder aufnehmen.“ — „Du möchtest mich, liebe Mutter! gar gerne in meiner Zuaven-Uniform wiederkehren sehen. In der That, es wäre dieß kein so übles Schauspiel für Dich; Du würdest mich vortheilhaft verändert finden. Allein das liegt noch in der Ferne; wir werden hier vielleicht bald genug zu thun bekommen . . . Bei feierlichen Gelegenheiten pflegen wir drei Fahnen mit uns zu führen. Die eine ist von rother Farbe und soll erinnern, daß es blutig hergehen wird, wo man uns anzugreifen wagt. Die andere ist gelb und weiß, gesegnet vom heiligen Vater; sie deutet, daß Frohsinn unter den Soldaten herrscht, und daß alle voll Muth sind. Die dritte, schwarze Fahne soll verkünden, daß wir von der Walstatt nicht weichen würden, so lange noch ein Zuave steht.“

Das war Peter Jong, der Schrecken der Garibaldianer.

Ohnehin schon eine riesenhafte Erscheinung, war er unter dem Thorbogen von Monte Libretti wirklich furchtbar geworden. In zeretzter Uniform, mit entblößtem Kopfe stand er da und ließ mit seinen nervigen Armen den Gewehrkolben einer Keule gleich auf den Köpfen der Befreier Italiens herumspielen. Vierzehn dieser rothen Bursche hatte er den Schädel eingeschlagen, als seine Kraft endlich schwand; ohne Wunden, aber völlig erschöpft brach er zusammen, eine Beute rachedürstender Feinde. Einer seiner Kameraden gab dem Gefallenen in naiver Weise ein herrliches Zeugniß. „Glauben Sie mir, Herr Pfarrer!“ schrieb er nach der Heimath, „Sie brauchen für Jong nicht zu beten; er lebte wie ein Heiliger und starb als ein Held.“

Unter den Todten von Monte Libretti war auch Johann Stephan Erone aus Gröningen. Seit den Tagen seiner Kindheit schon hatte dieser engelgleiche Jüngling ein lebhaftes Verlangen in sich verspürt, für den Glauben sein Blut zu versprühen, als mit einem Male der Aufruf Pius' IX. in seinem edlen unschuldigen Herzen die Hoffnung weckte, jenem heißen Wunsche endlich genügen zu können. Nun wollte er sich trennen von der greisen Mutter, von Brüdern und Schwester. „Und legtest Du mir“, sagte er zu seinem Bruder, einem Goldschmiede, „diesen Tisch da voll Gold, ich nähme es nicht an, müßte ich um solchen Preis von meinem Vorhaben ablassen.“ — Nach seiner Ankunft in Rom ward er nebst mehreren Anderen dem Papste vorgestellt. Als Pius an ihnen vorüberschritt, sagte er im väterlichen Tone zu Stephan: „Ein braver Holländer!“ Da konnte sich der junge Zuave nicht zurückhalten. „O ja!“ rief er mit Thränen in den Augen aus; „o ja, ein braver Holländer! Hoch lebt Pius IX.!“ Gerührt von dieser so unerwarteten und innigen Kundgabe kindlicher Anhänglichkeit, blickte der heilige Vater den Jüngling sanft lächelnd an und schenkte ihm eine Medaille von der unbefleckten Empfängniß. Sie war Stephan's Ehrentreuß. — „Meine Mutter!“ schrieb er nach Hause.

„wie glücklich ist, wer sein Blut bis zum letzten Tropfen vergießen wird; die Martyrer aller Jahrhunderte werden ihm entgegen kommen, um ihn einzuführen in den Himmel . . .“

In einem anderen Briefe erzählt er, man habe schon wiederholt in öffentlichen Anschlägen den päpstlichen Zuaven gedroht; dann fährt er weiter: „Sie täuschen sich gewaltig, wenn sie glauben, uns Schrecken einzujagen. Wenn sie los schlagen wollen, desto lieber! wir wünschen nichts so sehr, als unsere holländische Kraft an diesen verzweifelten Kerlen zu messen.“

Der wackere Erone — so nannte man Stephan — stand im Gefechte von Monte Libretti, als sein Freund und Waffenbruder Frederik aus Tilburg (Provinz Nord-Brabant) mit dem er sonst täglich seine Gebete zu verrichten pflegte (jetzt aber im Heldenmuthе wetteiferte), von einer Kugel in die Wange getroffen wurde. Ein heißer Blutstrom stürzte aus der Wunde hervor. Stephan knöpfte eilig seine Zuavenjacke auf, um Verbandzeug, das er auf der Brust trug, hervorzuholen. Im selben Augenblicke durchbohrte das tödtliche Blei sein Herz, daß er leblos zusammenbrach. Sein längstgehegter Wunsch war erfüllt.

Das erste Opfer, welches im Namen der Niederlande für die heilige Sache des Statthalters Christi fiel, war Peter Nikolaus Heykamp aus Amsterdam. Die Compagnie des Hauptmanns Legonidet zählte bei Bagnorea drei Verwundete. Sie waren sämmtlich Holländer und aus ihnen starb Heykamp schon nach wenigen Tagen.

Dieser tüchtige junge Mann, der erst vierundzwanzig Jahre zählte, war seit sechs Monaten in Rom gewesen. Im letzten Briefe an die Seinen schrieb er: „Wir sind auf dem Punkte auszumarschiren, ohne jedoch das Ziel unserer Unternehmung zu kennen. Man spricht von Garibaldi, von der Cholera. Es kann schlimm hergehen, doch was verschlägt uns das? Gottes Wille geschehe!“ Am 5. Oktober stürmte eine Colonne von 160 Zuaven, alle gekräftigt durch das

Brod der Starken und dem Schutze der Königin des Rosenkranzes befohlen, mit dem Rufe: „Es lebe Pius IX.! vorwärts Zuaven, zum Bajonett gegriffen!“ gegen die Garibaldianer an. Die erste feindliche Kugel galt einem Offiziere aus Frankreich, dem Baron Viktor de Vigier von Mirabal, der schon mit sechszehn Jahren bei Castelfidardo gekämpft hatte. Voll Besorgniß, sein verwundeter Lieutenant möchte in die Hände des Feindes gerathen, warf sich Heykamp zu Boden, den Schwergetroffenen mit seinem eigenen Körper zu decken. Da traf ihn eine Kugel in die Brust, brach eine Rippe entzwei und zerschmetterte den Rückgrat. Seine Kameraden trugen ihn aus dem Gefechte. Als er unter ihnen einen seiner Landsleute von Amsterdam bemerkte, rief er ihm zu: „Bruder! für mich ist es aus; du aber vergiß nicht, was wir uns versprochen haben, und schlage dich tapfer! Es lebe Pius IX.!“

Der unglückliche, oder besser gesagt, glückliche junge Mann schien dem Tode auf wenig Stunden nahe zu seyn; allein nichtsdestoweniger lebte er noch drei Tage bis zur Ankunft eines holländischen Priesters. Herr Daniel, der Feldgeistliche der Zuaven, war nämlich auf die erste Nachricht vom blutigen Strauße zu Bagnorea sogleich von Rom abgereist. Ihn begleitete P. Wilde aus der Gesellschaft Jesu, ein Landsmann unserer holländischen Krieger. Zu Viterbo sagte man den beiden Priestern, der Verwundete von Bagnorea wäre bereits verschieden; sie würden überdieß besser thun sich nach Valentano zu wenden, wo man eben einen neuen Schlag gegen die Briganten vorbereite. Demnach begaben sie sich wirklich auf den Weg nach Valentano, als sie eine eigenthümliche Ahnung, die sich beider zu gleicher Zeit bemächtigt hatte, auf's neue bestimmte, nach Bagnorea zurückzulenten. Der Verwundete lebte noch; es war ihm gegönnt, die letzte Beichte in seiner Muttersprache abzulegen und alle Tröstungen der Religion zu empfangen. Einige Stunden darauf, als hätte er nur auf des Priesters Segen gewartet, um sich zum

Himmel emporzuschwingen, gab er seine Seele ihrem Schöpfer zurück mit einer Ruhe und Ergebung, ja mit einem seligen Entzücken, daß allen Umstehenden die Thränen in die Augen traten. Die Leiche des jugendlichen Helden wurde in der Hauptkirche von Bagnorea beigesetzt.

Selten wohl sah die Geschichte so bezaubernde Gestalten von kindlicher Einfalt und heroischem Muth an ihren weitreichenden Blicken vorüberziehen. Oder fühlte die Seele der Kreuzfahrer christlicher, und schlug ihr Herz opferwilliger? Rein! die Machabäer selbst belebte kein anderer Geist, kein unerschütterlicherer Muth, als sie ihre ewig denkwürdigen Schlachten kämpften für Gott und sein Gesetz und seine heilige Stadt.

Die erhabene Begeisterung die in der Brust dieser Heldenjünglinge wohnte, übersprudelte gleichsam in den vertraulichen Briefen, die jetzt den Schatz ihrer Familien und den Stolz ihrer Heimath ausmachen. Es mögen daraus sich hier noch einige Züge anreihen, die jedoch ohne geflissentliche Auswahl, sozusagen auf's Gerathewohl diesen Correspondenzen entnommen sind.

Ludwig Regel, einer sehr angesehenen Familie Limburgs entstammend, schreibt nach dem hitzigen Gefechte von Bagnorea. Er mußte Thränen vergießen beim Anblicke des entsetzlichen Gräuels, womit Garibaldi's sogenannte Freiwillige dortselbst Kirche und Kloster geschändet hatten. Mit seinem letzten Blutstropfen wünscht er allen den Frevel sühnen und Gottes verletzte Ehre rächen zu können. „Lebt wohl!“ ruft er seinen Eltern zu, „lebt wohl! und wird euch die Kunde meines Todes gebracht, dann weinet nicht, sondern stimmt vielmehr das Alleluja an!“

Peter Willemse aus Tilburg, der auch zu Bagnorea kämpfte, glaubte Angesichts der Sache wofür er so muthig stritt, mitten in den Schrecken und dem grauenhaften Getümmel eines Bajonettangriffes, ringsum vom Tode bedroht, den Himmel über sich offen zu sehen. Was Wunders, wenn

er schreibt: „Lebt wohl, liebste Eltern! Brüder und Schwestern, tausendmal lebt wohl! ich reiße mich los von Allen die mir theuer sind. Morgen hoffe ich wiederum das süße Commando zu hören: Voran Kinder! muthig voran! Für Pius IX.! und dann: Feuer! — Ich werde Euch nach jedem Kampfe schreiben; falle ich, wird ein Anderer Euch Nachricht geben.“

Man hat in jüngster Zeit kaum etwas gelesen, das mehr ächt katholischen und ächt ritterlichen Sinn athmete, als die Berichte, welche derselbe wackere Peter Willemse in seine Heimath gesendet hat. „Was für Kämpfe harren unser!“ ruft er aus. „Wir Glückliche, die wir nicht mit Pilatus zu fragen brauchen: Wo ist die Wahrheit! Wir sehen unsern Erlöser in seinem Statthalter auf Erden, in Pius IX. Nun denn! all unser Blut wollen wir gerne daran geben, wenn es zum Frieden der Kirche nöthig ist. Das Wort eines unserer Kameraden gilt für uns Alle. Ich muß sterben, sagte er, aber ich bin gewiß, daß ich in den Himmel komme. Wir wähnen jedoch nicht, der liebe Gott bedürfe unser, um seiner Kirche den Frieden geben zu können; allein in welcher anderen Schule bildet er seine Erfohrenen, als in der des Opfers? — Helfet uns, denn das Uebel ist groß und fordert die wirksamsten Heilmittel. Die Einheit unserer Kirche ist eine so innige, daß man jetzt den Katholiken leicht erkennen kann. Da das Haupt leidet, müssen alle wahren Katholiken mit ihm leiden; denn das ist eben der Liebe ächter Bräustein.“

Zwölfhundert und noch mehr dieser streitbaren Jünglinge standen in den Tagen der Triumph-Feier der heiligen Martyrer von Gorkum zu Schutz und Schirm um Petrus Fels gereiht. Alle hatten es geschworen für den Frieden und die Einheit der Kirche in den Tod zu gehen; und Mentanc kann es bezeugen, wie treu sie ihren Schwur gehalten. Von 24 Zuaven, die auf dem Schlachtfelde lagen, waren 11 Holländer, und unter den 57 Verwundeten dieser berühmten

Truppe zählten die Niederlande 24 ihrer Söhne. Wer verschont blieb, glaubte sich ob dieses glücklichen Looses gleichsam entschuldigen zu müssen. „Ich war in allen Gefechten“, schreibt Einer von ihnen, „das von Vagnorea allein ausgenommen; wir hatten indeß bei Valentano, Ischia, Farnese, wo wir unsern braven Dufournel verloren, noch genug zu thun. Ach! ich konnte nicht überall zugegen seyn, doch am Ganzen habe ich meinen guten Antheil gehabt. Ich stand siebenmal im Feuer. Heute beziehe ich die Wache von St. Peter; alles für St. Peter!“

Wo Großes und Erhabenes die menschliche Brust bewegt, da erwacht wie von selbst das Lied. Und könnte es auch stumm bleiben, wenn im Herzen jede Faser schwingt? So prägt sich auch der tiefgläubige opferbereite Sinn, der gegenwärtig die holländische Jugend entflammt, besonders in den zahlreichen sogenannten Zuaven-Liedern aus, welche jetzt in Holland allerorts auftauchen. Die beiden folgenden, ein Lager- und ein Schlachtlied, können in ihrer zwar schmucklosen, aber markigen Weise als Muster aller gelten.

Lagerlied der holländischen päpstlichen Zuaven*).

Wem Christen-Blut durch die Adern sprüht,
 Von fremder Makel rein,
 Und wem ein Herz für Pius glüht,
 Der stimme mit uns ein;
 Aus freier Brust mit vollem Klang,
 Uns gleichen Sinns gefellt,
 Erheb er frommen Ehrensang
 Dem Friedens-Herrn der Welt!

O Gott, der du vom Himmelsthron
 Stark waltest und gerecht,

*) Die Zuavenlieder sind aus dem Holländischen selbst und nach den Rhythmen der Originale übersetzt. Als Dichter derselben wird der kürzlich verstorbene Pater Roets genannt.

Wir bitten dich durch deinen Sohn,
 Schirm Unschuld, Treu und Recht!
 Uns bangt nicht, wenn die Kugel droht,
 Uns schreckt nicht blanker Stahl,
 Wir gehen freudig in den Tod;
 Für Pius gilt die Wal!

Es siege Wahrheit, Recht und Treu,
 Und fällt der letzte Mann;
 Herrscht Vater Pius wieder frei,
 Dieß Herz erst ruhen kann!
 Für ihn verlassen wir dich, Strand,
 Entrungen Meer und Fluth,
 Für ihn, o süßes Heimathland,
 Versprihet unser Blut!

Wir schwören Treu auf Petri Grab,
 Dem großen Pius Treu,
 Und Treu dem Fels, den Jesus gab
 Zum Grunde dem Gebäu;
 Um's Kreuzpanier kniet unsre Wehr,
 Gott schaut vom Himmel drein,
 Und Kraft strömt Pius' Segen hehr
 Den Friesenherzen ein.

O Herr, du Lenker aller Welt,
 Leih uns auch deine Hand,
 Wenns, guter Gott, dir so gefällt
 Fürs liebe Vaterland!
 Den theu'rstn Eid uns wahre doch,
 Und müssen fallen wir,
 Laß, bricht das Herz, uns rufen noch:
 Heil Pius, Vater dir!

Schlachtgesang.

(Krygsmarsch der Nederlandsche Zouaven).

Auf, auf! Bataver, auf!
 Für Gott und Recht den Strauß gewagt!
 Nein! Christenherz nicht bangt und zagt
 Vor jener Schlange Haupt.
 Auf, vorwärts!

Unterm Kreuz ist nicht Gefahr;
 Christus selbst ruft euch zum Streit,
 Zeigt, daß ihr Männer seid!

Auf, auf! Bataver, auf!
 Euch schwillt die Brust in heil'ger Gluth;
 Für Jesus opfert froh das Blut,
 Der Herzen letzten Schlag!

Auf, vorwärts!
 Nimmer stirbt ein Martyrer;
 Wer für Gott das Leben weicht
 Lebt fort in Ewigkeit.

Auf, auf! Bataver, auf!
 Für Vater Pius in den Tod!
 Die Hölle rast — hat keine Noth,
 Voran zieht Gottes Stern.

Auf, vorwärts!
 Auserles'ne Christenschaar,
 Hollands Lieb und stolze Wehr,
 Voran, zu Gottes Ehr!

Eine Begeisterung, wie sie jene Lieder durchweht, konnte im Lager der Bewunderer des unsterblich blamirten Zweiwelten-Heros natürlich nur als Fiebergluth des religiösen Fanatismus bezeichnet werden. Aber ist es Fanatismus, zu mühevoller Krankenpflege sich einem ruhmlosen Tode in die Arme werfen? Und doch waren es dieselben muthbeseelten Vertheidiger des heiligen Stuhles, welche, als zu Albano die Cholera wüthete, mit ihren starken Armen der Kranken warteten und die Todten begruben. Unter jenen aber, deren Selbstverläugnung sich auf diesem Kampfplatze der Liebe am glänzendsten bewährte, waren mehrere holländische Zuaven.

Zwei derselben hatten sich unverzagt an das Werk des Todtengräbers gemacht. Sie schickten sich zu diesem Geschäfte mit einer Kaltblütigkeit, die völliges Mißkennen der Gefahr zu verrathen schien. „Aber, meine Freunde!“ fragte sie deshalb ein Offizier, „wissen Sie denn auch, daß diese Arbeit Ihnen das Leben kosten kann?“ — „Ja wohl!“ war die

Antwort, „doch wir fürchten den Tod nicht; wir sind zum Sterben bereit.“ Die einzige Erholung, welche sie sich während ihres traurigen Tagewerkes gönnten, war frommes Gebet in einer nahen Kapelle, wo sie harrten, bis man neue Todte herbeitrug. Beide starben als Opfer solcher Liebe, mit ihnen noch ein Dritter ihrer Landsleute. — Pius IX. der von jeder aufopfernden That hört und jede würdigt, wünschte, daß die Leichen dieser Hochherzigen in einem prachtvollen Grabe ihre Ruhe fänden. Ein holländischer Sergeant, den die Seuche verschont hatte, trägt auf der Brust eine goldene Medaille zur Erinnerung an seinen Liebesseifer zu Albano.

Ebensowenig stimmt es zu Fanatismus, Entbehrungen aller Art, angestrenzte Märsche, fortwährende Nachtwachen u. s. w. mit freudiger Ausdauer und Geduld zu ertragen. „Wir essen“, schreibt Johann Hanst, „wenn man uns dazu Zeit läßt; wir nehmen einen Trunk Wein, wenn wir ihn eben bekommen. Heute ist es just ein Monat, daß wir unsere Kleider nicht vom Leibe gebracht haben. Wir betten uns auf Federn mit ellenlangen Rielen — d. h. auf Stroh — sind jedoch dabei munter und lustig. Fast alle Tage gibt es ein Gefecht. Wenn wir einmal schlafen können, schlummern wir sanfter als irgend ein Prinz auf der Welt. Wollte man mir auch ganz Holland schenken, ich möchte nicht nach Hause zurückkehren. Auf, ihr Söhne von Gemert*)! kommt mit uns, folget uns und zeigt, daß ihr noch Blut in euren Adern traget, Blut in Fülle für den heiligen Stuhl! . . . Grüßet meine Freunde und Bekannten, auch meine Feinde, wenn ich deren habe, und bittet Alle die ich etwa beleidiget hätte, in meinem Namen um Vergebung!“

Der Fanatismus mit seiner „düstern Gluth von Leidenschaft“ kennt kein Verzeihen; unsere Helden aber hegen nach errungenem Siege nur Mitleid und Erbarmen. Der schon

*) Provinz Nord-Brabant bei Gindhoven.

genannte Peter Willemsse fühlt sich den Briganten gleichsam zum Danke verpflichtet, weil sie ihm, freilich ohne ihr Wissen und Wollen, tausend Gelegenheiten geboten hätten, sich Schätze für den Himmel zu sammeln. In einem Briefe vom 19. Oktober erhebt sich der edle Jüngling sozusagen auf den Höhepunkt christlicher Liebe. „Die Mehrtheit dieser Befreier Italiens“, bemerkt er, „hat noch nie so gute Tage erlebt, wie jetzt, da sie in Kriegsgefangenschaft ist. Unser innigst geliebter Papst-König sieht in diesen Unglücklichen nur arme Verirrte, welche sich zwar bestechen ließen, aber für Gutes noch empfänglich und fähig sind. Man darf hoffen, daß sich hier die Meisten aus ihnen bekehren werden. Ist auch Holland Hunderte von Stunden entfernt, so könnt Ihr doch an diesem Werke mitarbeiten, indem Ihr für die armen Leute betet. Flehet inständigst zum heiligsten Herzen Jesu, daß es ihnen den Reichthum seiner Gnade zuwenden möge! Ihre Bekehrung wird ein wahrer Trost seyn für dieß göttliche Herz, besonders in gegenwärtiger Zeit, wo so viele Seelen sich auf ewig in's Verderben stürzen.“

Holland konnte stolz seyn auf solche Söhne, und — Gott sei Dank! es hat sie nicht unterschätzt. Kein Fleck ist im ganzen Lande, wo nicht Begeisterung herrschte für die päpstlichen Zuaven. In Aller Mund leben die Namen eines Jong, Heylamp, Erone und Anderer. Die großartigsten Trauerfeierlichkeiten, wozu das Volk in Massen herbeiströmte, ehrten das Andenken der Gefallenen. Der Protestant *) wie der Katholik, das ganze Volk fühlt sich gehoben. Die Familien der Gebliebenen mischen in ihre Trauer jene Freude,

*) Einem Briefe aus Rom entnehmen wir folgende Notiz: Vier protestantische Holländer, welche von dem Werbe-Comité ihrer Heimath, das selbstverständlich nur Katholiken annimmt, abgewiesen worden waren, eilten auf eigene Kosten nach Rom, wo Jeder von ihnen 600 Franken entrichtete, um in der Armee Pius' IX. dienen zu können.

die der Glaube einflößt. Auch Holland hat seine Machabäerinnen.

Als die Mutter Jongs den Tod ihres Sohnes vernahm, rief sie aus: „So soll ich denn meinen Peter auf dieser Welt nicht mehr sehen, aber dort im Himmel werde ich ihn wieder finden; leider ist mir jedoch jetzt der Trost genommen, einen Sohn in der Armee des Papstes zu haben!“ — Da Jemand fragte: „Wie, Sie würden wirklich, wenn Sie noch einen Sohn besäßen, auch diesen ziehen lassen?“ antwortete sie: „Was einen? wenn ich hundert hätte, könnten sie alle gehen!“ — Kurz darauf las man im Tyd unter den langen Verzeichnissen, welche die für die päpstliche Armee eingegangenen Gaben zu veröffentlichen pflegen, folgende Anzeige: „Frau Jong . . . für die Verwundeten von Monte Libretti, wo mein lieber Peter für Gott, Kirche und Papst sein Leben gab — 12 fl.“ Eine Zeitung hatte berichtet, bei der Nachricht von Peters Tod hätte dessen Mutter geweint. „Das ist nicht wahr“, bemerkte diese fast entrüstet, „man hat mich arg verläumd.“ — Die Mutter Heykamps bedauerte nur, daß man ihr den Tod ihres Sohnes mehrere Tage verhehlt hatte.

Eine andere Mutter hatte ihrem Sohne die Erlaubniß gegeben, unter die Fahne des Papstes zu treten. Am Abende vor dem zur Abreise bestimmten Tage trennte man sich erst in später Nacht. Als die Mutter ihren Sohn im Schläfe glaubte, trat sie in sein Gemach und warf sich am Fuße des Bettes auf die Knie nieder. Der Jüngling, der plötzlich erwachte und sie dort voll Inbrunst beten sah, bat sie dringend, sich einige Ruhe zu gönnen, damit ihr so viele Sorge nicht noch eine Krankheit zuzöge. „Ei, mein Kind!“ unterbrach ihn da lebhaft die Mutter, „was würdest du thun, wenn ich über deiner Abreise erkranken oder gar sterben würde?“ Eine harte Frage für einen liebenden Sohn. Dieser besann sich eine kleine Weile und sagte dann: „Ich würde dennoch gehen.“ Jetzt erhob sich das großmüthige Weib stolz

und glücklich, umarmte ihn und rief: „Geh, mein Kind! du bist würdig für Gott dein Blut zu vergießen.“

Wie wunderbar bildet doch der Glaube das menschliche Herz! Welch ein wohlthuendes Schauspiel gewähren nicht diese christlichen Heldenmütter, so stark und zart zugleich, neben der berühmten, kalt colettirenden Spartanerin des classischen Alterthums!

Väter und Söhne bleiben jedoch nicht zurück, der Opfergeist der Mütter belebt auch sie. Kaum hatte man in Gröningen des wackern Erone Tod vernommen, als schon drei andere seiner Altersgenossen sich anschickten, in Rom seinen Platz einzunehmen. Es herrscht hier in der That eine Fruchtbarkeit, der etwas von der Triebkraft des Martyrertums innewohnen muß. Hundert dieser Braven lagen theils todt theils verwundet auf den Schlachtfeldern rings um die ewige Stadt. Holland will sie zehnfach ersetzen. Damit ist aber seinem Volke noch kein Genüge geschehen. Es sendet überdieß noch Tausende von Gulden; die Subscriptions-Liste des „Eyd“ allein weist 200,000 Franken auf. Für die Zukunft steht ein wohleingerichtetes Invalidenhaus fertig da; eine katholische Dame hat ihr prächtiges Landhaus zu diesem Zwecke abgetreten.

Man möchte glauben, die schöne Zeit der Kreuzzüge sei wieder angebrochen, wenn man sieht wie allerorts wehrkräftige Jünglinge sich eilig aufmachen, die auserlesene Schaar des apostolischen Stuhles zu verstärken. „Nach Rom!“ Dieser Ruf, der in einem schönen Abschiedsliede der nach Italien ziehenden jungen Streiter erklingt (Naar Rome!) — dieser ächt katholische Ruf schallt jetzt durch ganz Holland. Ein französischer Zuave schrieb neulich von Rom: „Mir scheint fast, Hollands Katholiken kommen noch sammt und sonders hieher gezogen.“ Bis zum 26. November v. Js. hatte das päpstliche Werbe-Comité zu Brüssel allein 1684 Holländer unter das Banner Pius' IX. entsendet. Im Laufe des Dezembers meldeten sich weitere 500, und jetzt zählt Holland unter dieser

Fahne an 2600 Mann. Niewegen, eine Stadt von 22,000 Einwohnern schickte im Dezember zu seinen 170 Zuaven auf einmal noch 30 andere. Sie zogen ab mit klingendem Spiele, in ihrer Mitte drei Brüder, Söhne einer Wittwe. Das kleine Geldrop (Provinz Nord-Brabant), mit nur 1700 Seelen, hatte schon gegen Ende des vorigen Jahres 20 Zuaven in Rom. In einem Dorfe bei Maastricht verweigerte ein Vater seinem Sohne als dem einzigen Erben eines großen Vermögens die Erlaubniß, zu den Zuaven zu gehen, weil er glaubte, für einen so reichen jungen Mann gezieme sich gemeiner Soldatendienst nicht. „Mein Vater!“ entgegnete der Sohn, „ich halte es für eine große Ehre, Soldat des Papstes zu seyn; für eine Auszeichnung gälte es mir, im Kampfe gegen Feinde des heiligen Stuhles verwundet zu werden; des Ruhmes Gipfel aber hätte ich erstiegen und mir und dir von Gott die höchste Gnade erlangt, stürbe ich für seine Sache.“ — Ein Bauer von Uden (Prov. Nordbrabant, südöstlich von Herzogenbusch) hatte zwei Söhne; beide wollten in das Zuaven-Corps eintreten, aber der Vater konnte es nur einem gestatten. Wer sollte der Bevorzugte seyn? Der Mann wußte zu helfen; er ließ sie das Loos ziehen, und der glückliche Conscriptirte begab sich mit noch sieben andern jungen Leuten seines Heimathortes nach Rom.

Auch die Art und Weise, wie diese wackeren Jünglinge von Heimath und Vaterhaus hinweg in den Kampf für Papst und Kirche ziehen, erinnert an die Zeit, wo der Ruf: „Gott will es!“ Millionen Herzen mit Begeisterung erfüllte. Fünf Bürger von Schiedam (Provinz Süd-Holland) wohnten am Morgen ihrer Abreise einem feierlichen Hochamte bei, während dessen sie die heilige Communion empfingen. In Rotterdam angekommen gingen sie sogleich zur Kirche, wo die Geistlichkeit sie empfing, um die Gebete für Reisende zu verrichten. Von da brachten prächtige Equipagen sie zur Rhede. In Herzogenbusch trafen sieben stattliche Bursche vom Lande ein; sie saßen auf einem großen Leiterwagen und

beteten andächtig den Rosenkranz. Ihr ländliches Fuhrwerk zierte eine riesige Inschrift mit den Worten: Hoch lebe Pius IX.!

Glänzend und großartig war das Schauspiel, welches die Rhede von Rotterdam Sonntags den 24. November v. Js. bot. An 150 Freiwillige wollten zur See gehen, und wohl 20,000 Zuschauer, zum großen Theile auch Protestanten, drängten sich am Strande dem Schiffe zu. Als die Rekruten des Papstes sich einschifften, stimmten sie die holländische National-Hymne an und riefen: „Hoch lebe König Wilhelm III.“ Diese patriotische Kundgebung zündete blitzschnell in der Menge; alles fühlte sich auf einmal katholisch, und „Hoch Pius IX.“ donnerte aus tausend und tausend Kehlen weit hinaus auf's hohe Meer, als sollten es die Wogen im steigenden Schwall zum Tiberstrande und nach Rom tragen. Immer und immer wieder feierten begeisterte Rufe vereint Pius IX. und Wilhelm III.

Hollands König blieb auch nicht ohne Theilnahme für seine tapfern Landeskinder unter den Fahnen des Papstes. Zwei derselben wollten ihn persönlich um die Genehmigung bitten in die Armee Pius' IX. eintreten zu dürfen. „Gehet nur, meine Lieben!“ sagte der König, „ich will euch nicht zurückhalten. Was soll ich aber thun, wenn hier Gefahr droht und ich selbst eurer bedarf?“ — „Majestät!“ erwiderten die Beiden, „Sie werden telegraphiren lassen, und wir werden ohne alles Zögern herbeieilen, unsern König zu schützen und zu vertheidigen.“ Der König war erfreut über diese beherzte patriotische Antwort, und sagte lächelnd: „Brav! Ihr seid wackere Soldaten, ganz wie der, den ich hier in meiner Briefftasche habe.“ — Bei diesen Worten zeigte er ihnen das Porträt Peter Jongs, des Helden von Monte Libretti. Der gütige Monarch schenkte nun den beiden Glücklichen seine goldene Uhr und entließ sie mit dem freundlichen Wunsche, seiner auch in Zukunft zu gedenken. — Ein Anderer der ebenfalls gerne nach Rom gegangen

wäre, aber die Kosten der Reise nicht erschwingen konnte, ging geraden Weges zu seinem Könige, diesen selbst um das Reisegeld zu bitten. Der König bewilligte alsogleich das Gesuch und begleitete seine reiche Gabe mit den schönen Worten: „Wäre ich in der Lage des Papstes, so wünschte auch ich, man möchte mir zu Hülfe kommen.“

So spricht, so handelt ein protestantischer Fürst. Möge ihm Gott diese hochherzige Gesinnung lohnen und seinen Thron vor den Stürmen behüten, die Roms hohenpriesterlichen König bedrohen. Was jetzt sein Volk so mächtig bewegt, verbürgt ihm, daß die Krone noch von treuen und starken Händen über seinem erlauchten Haupte gehalten wird. Noch nie ist ein König vom Throne gestiegen, der die Liebe seines katholischen Volkes für Kirche und Papst verstand, und es immer frank und frei, nach seines Herzens vollstem Drange rufen ließ: Nach Rom, nach Rom!

XLV.

Neuere Werke über Kirchengeschichte.

I. Niedner *).

Die Kirchengeschichte von Christ. Wilh. Niedner, geb. 9. Aug. 1797, gest. 12. Aug. 1865, dem vieljährigen Herausgeber der von C. F. Zllgen 1832 gegründeten „Zeitschrift

*) Christian Wilhelm Niedner's Lehrbuch der christlichen Kirchengeschichte von der ältesten Zeit bis auf die Gegenwart. Neueste, von dem Verfasser kurz vor seinem Tode ausgearbeitete Auflage. Berlin 1866. 1 Bd. 978 Seiten (4 Thlr.).

für die historische Theologie“, welche nach Niedner von R. Fr. Aug. Rahnis redigirt wird und gegenwärtig in ihrem 38. Jahrgange (38 Bände von je 4 Hesten) steht, erschien zuerst im J. 1846. Sie erreichte im J. 1866 ihre zweite zwar von dem Verfasser für den Druck vorbereitete, aber von ihm doch nicht mehr erlebte Auflage. Dabei wird es nach menschlicher Berechnung sein Bewenden haben. Allerdings hat das Werk einige Vorzüge. Es wurde an ihm namentlich die Fülle der angeführten Literatur in früherer Zeit gerühmt. Es scheint uns aber, daß dasselbe namentlich von Hase darin bedeutend überholt worden sei. Für Niedner ist insbesondere die katholische (historische) Literatur der neuern Zeit vielfach eine terra incognita, während bei R. Hase hierin wenigstens das Streben nach Vollständigkeit und Unparteilichkeit hervortritt.

Doch wenn Niedner auch vielfach Anerkennung verdient und eine nicht zu verachtende Ausbeute gewährt, so hat seine Kirchengeschichte für die Lektüre eine so abstruse und abschreckende Gestalt, daß sie auf den Namen einer Kirchengeschichte in dem geläufigen Sinne des Wortes kaum Anspruch hat. Den eigentlichen Charakter des Werkes von Niedner zu bezeichnen, hält aber schwer. Soll es der Versuch einer Philosophie der Kirchengeschichte seyn, so ist es jedenfalls bei dem Versuche, bei der bloßen Velleität geblieben. Man kann sagen, daß der Verfasser das unabweisliche Bedürfnis fühlte die Kirchengeschichte zu systematisiren, ihre Erscheinungen unter bestimmte leitende Gesichtspunkte zu bringen; er ist aber nach unserer Meinung hiebei vorwiegend subjektiv zu Werke gegangen. Sein Buch zerfällt in eine Unzahl von Abschnitten, Absätzen, Abtheilungen, Unterabtheilungen, so daß es sich wie ein großes Schachtelwerk ausnimmt und den Total-Eindruck des Zerhackten, Zerrißenen und Zersehten macht. Die Darstellung oder Sprache ist das Gegentheil eines für ein Geschichtswerk erforderlichen Stiles. Jede Seite die man zufällig aufschlägt, bietet Be-

weise dafür. Die ersten zwölf Zeilen z. B. lauten also: „Zur Historik der christlichen Kirchengeschichte. Erste Abtheilung: Gegenstands-Lehre. §. 1. Der Begriff „Kirche“ im Christenthum. 1. Der Ausdruck des Begriffs in der Benennung. 1. Der allein eigentlichs-authentische Name ist *βασιλεία τῶν οὐρανῶν, τοῦ Θεοῦ, Χριστοῦ*. Er ist nicht Bild, sondern Anzeige der Sache: als eines im Diesseits Werden- den, im Jenseits sich Vollendenden; als Heilswerks der Gottheit durch Christus, die gott-entfremdete Menschheit ihr zuzuführen. In ihm mehr, als in dem Namen „Theokratie“ oder „Christokratie“ lag angezeigt des christlichen Religions- und Kirche-Begriffs eigenstes Wesen: religiöse und sittliche Anstalt und Gemeinschaft in Eins zu seyn.“ Ist das fließend geschrieben oder auch nur verständlich?

Die ersten vier Zeilen auf S. 500, fast der Mitte des Werkes, lauten: „II. Die religiöse Richtung in der Zeit des Auftretens (der Waldenser). 1. Basis war: das heilige Schrift-Princip, für die Lehre; die Lebens-Form und Thätigkeit Christi und seiner Jünger-Apostel, Armuth und Predigt, für das Religions-Gemeinschaftliche.“ — Die drei letzten Zeilen des Werkes (S. 953) lauten: „III. Anhang: Allgemeine Religionen-Statistik um Mitte des neunzehnten christlichen Jahrhunderts: als Vergleichung der Zahl- und Zustands-Verhältnisse.“

In dieser Form liegt das ganze Werk vor. Es ist als hätten wir vor uns das ungeheure 1000 Seiten starke Register einer etwa 200 Bände umfassenden großen Kirchengeschichte, oder auch den in verwildertem Stile hingeworfenen Entwurf einer solchen Kirchengeschichte der dem Verfasser zur Vorlage dienen soll, aber nicht für den Druck bestimmt ist. Verglichen mit diesem fortlaufenden Kauderwelsch sind die Literatur-Angaben in den Anmerkungen weitaus das Beste, namentlich bei einzelnen Partien wo der Verfasser eine gewisse Vollständigkeit erreicht und für Andere gearbeitet hat.

In Bezug auf seine eigene theologische Richtung beobachtet

Niedner eine große Objektivität (wie auch Hase); seinen eigenen theologischen Standpunkt kann man eben nur errathen, oder aus andern Schriften des Verfassers abnehmen. Früher nämlich erschien von Niedner: „Grundriß der Kirchengeschichte“, Leipzig 1834 (616 Seiten ohne Titel) als Manuscript gedruckt. Sodann: „Philosophiae Hermesii Bonnensis novarum rerum in theologia exordii explicatio et existimatio“, Lipsiae 1839. Endlich einiges Kleinere. Man sieht aber, daß das Latein Niedner's nicht flüssiger und verständlicher ist als sein Deutsch.

Haben wir hier harte Worte gesprochen, so wollen wir die übrigen Verdienste Niedner's gern anerkennen. Er hat die Zeitschrift für historische Theologie, welche der Kirchengeschichte große Dienste geleistet und von jedem Kirchenhistoriker berücksichtigt und benützt werden muß, 20 Jahre lang (1845—1865) mit Geschick und Glück redigirt und sie hat unter seiner Redaktion einen bedeutenden Aufschwung genommen. Der Jahrgang 1857 bringt das genaue Register über die vorhergehenden 25 Bände von C. A. Hahn. Der neue Redakteur, Rahnis, erklärt indeß in seinem Vorwort (Jahrg. 1866), er sei es sich und der Sache schuldig von Anfang an zu erklären, daß nur eine lebhaftere Betheiligung der Mitglieder der historisch-theologischen Gesellschaft die Zukunft dieser Zeitschrift sichern könne; in welcher Erklärung vielleicht Andere einen Trost finden mögen die sich gleichfalls über Mangel einer „lebhaftern Betheiligung“ zu beschweren allen Grund haben.

Eine Biographie Niedner's, ja auch nur eine Vorrede zu der zweiten Auflage seiner Kirchengeschichte haben wir vergebens gesucht. Wir wissen nicht, wer der Herausgeber ist. Wir sehen nur, daß er (oder die Verlagshandlung) sich das Recht einer „künftigen eigenen Uebersetzung in fremde Sprachen“ vorbehält. Wir vermuthen aber, daß das Werk sich in fremden Sprachen noch viel befremdender ausnehmen wird als in der deutschen.

II. Hase*).

Die erste Auflage von Hase's Kirchengeschichte erschien im J. 1834 (die folgenden Auflagen 1836, 1837, 1841, 1844, 1847, 1854, 1858). Das Werk in seiner gedrängten Kürze und geistreichen Fassung hat wie verschiedene andere Werke R. Hases, die weiteste Verbreitung gefunden. Es ist unter anderm auch in die französische und englische Sprache übersetzt. Kaum war die neunte Auflage der Kirchengeschichte von Guericke theilweise erschienen, als auch R. Hase mit seiner neunten neuesten Auflage hervortrat welche er, wie uns scheint, eine verbesserte zu nennen berechtigt ist. Vom ersten Erscheinen dieses Geschichtswerkes an strebte der Verfasser nach einer gewissen Objektivität der Auffassung, er schien insbesondere der Polemik gegen die katholische Kirche aus dem Wege zu gehen; da gerieth er auf einmal wie in eine andere Strömung hinein, von der Unparteilichkeit in die Parteilichkeit, ja Feindseligkeit gegen die katholische Kirche. Die Wendung geschah durch das Werk: „Handbuch der protestantischen Polemik gegen die römisch-katholische Kirche“, 2. Aufl. 1865. Es ist, als ob Hase auch hier seine bekannte Versatilität oder Vielseitigkeit an den Tag legen wollte. Der Verfasser von „Franz von Assisi, ein Heiligenbild“, 1856, „Katharina von Siena, ein Heiligenbild“, 1864 — wollte auch als Streittheologe seine Vorbeeren pflücken. Doch war ihm diese Stellung nicht behaglich; und wir nehmen mit Vergnügen von den Bekenntnissen Notiz, die in der Vorrede zu der fraglichen neunten Auflage niedergelegt sind. Der Verfasser sagt darin: „Mein protestantischer Standpunkt in der Anschauung von Ereignissen und Personen be-

*) Kirchengeschichte. Lehrbuch zunächst für akademische Vorlesungen von Dr. Karl August Hase, Professor der Theologie in Jena. Neunte verbesserte Auflage. Leipzig 1867. 743 Seiten.

sich freilich nirgends verborgen; aber diese gewährt die unbedingte Freiheit und fordert die parteilose Gerechtigkeit des Urtheiles auch über das ihm Fremdartige, ja Feindselige. Ist es doch protestantische Geschichtschreibung gewesen, welche zuerst ein begründetes und maßvolles Urtheil über die geistige Größe Gregor's VII. festgestellt*)... Dennoch könnte der katholischen Theologie durch die neue Ausgabe meiner Kirchengeschichte in Erinnerung kommen, was sie über ein anderes Buch (von Hase) vergessen zu haben scheint, daß ich allezeit die geschichtliche Wahrheit redlich gesucht, daher auch das Christliche, Große und Schöne, was ihre Kirche enthält, unbefangen anerkannt, ja vielleicht mitunter früher und schärfer an's Licht gestellt habe, als manche ihrer eigenen Theologen es gethan hatten."

Das Letztere wollen wir nicht in Abrede stellen. Wir erkennen auch gerne und selbst mit Befriedigung an, daß Hase z. B. neben Guericke sich einer objektiveren Darstellung beflissen hat; aber in manchen ehemals historischen Streitfragen die noch immer gegen die Katholiken ausgebeutet werden, hat er doch von den neuern historischen Forschungen Umgang genommen.

Ueber das Ende von M. Hus z. B. sagt er: „Frei ging er dahin (nach Constanz) im Vertrauen auf seine Rechtgläubigkeit, im Nothfall auf seine Todesfreudigkeit. Er wurde verhaftet. Vergebens verwendete sich der böhmische und polnische Adel für sein Recht, der Kaiser hatte nur ein Erröthen für den Bruch seines Geleites." Der Herr K. Hase hat zwar in der Anmerkung zu dem „Erröthen" Sigmunds in Constanz gesagt: „dagegen: J. Hus und sein Geleitsbrief (Histor.-polit. Blätter 1839, Bd. IV Heft 7)." Mit diesem

*) Die Katholiken haben nie an dieser „Größe" Anstoß genommen, sondern nur die Schein-Katholiken, die den Despotismus des Staates auch in kirchlichen Dingen der Freiheit der Kirche vorgezogen: wie die Gallikaner, Josephiner u. a.

„dagegen“ in der Note ist aber der Objectivität nicht genug gethan. Der Verfasser konnte sich u. a. aus dem Artikel in diesen Blättern Bd. 41, S. 529 — 544 „Ueber den Geleitsbrief, welchen Kaiser Sigmund (18. October 1414) dem Magister Johannes Hus ertheilte“, eines Näheren unterrichten, daß der „salvus conductus“ nicht die Strafloßigkeit eines überführten Häretikers in sich schließen konnte; daß Hus an das allgemeine Concil appellirt und vor aller Welt erklärt hatte, daß er sich dem Urtheile desselben unterwerfen wolle. In den Plakaten zu Prag vor seiner Abreise hieß es: „Wenn mich das Concil eines Irrthums überführt und beweist, daß ich Häretisches gelehrt, so werde ich mich nicht weigern die äußersten Strafen eines Häretikers zu erdulden.“ Hase mußte wissen, daß die Böhmen sich anfangs nicht über den Bruch des Geleites, sondern über die Strafe des R. Hus beschwerten; er mußte wissen, daß ein „Geleitsbrief“ auch bei Kaisers einen überführten Häretiker vor der Strafe nicht schützt, welche nicht bloß das ganze Mittelalter zu Recht bestehend erkannte, die auch die Reformatoren, wie Calvin, wenn sie Gewalt besaßen, in Anwendung brachten. Hase läßt ferner den Hus sterben „unter Lobpreisungen Christi im Glauben, daß dessen Sache siegen werde durch größere Geister nach ihm.“ All das ist historisch nicht zu erweisen. Es involvirt ferner einen Widerspruch, wenn R. Hase über den Tod des Hieronymus von Prag sagt: „Hieronymus widersprach, ermannte sich, citirte seine Richter vor den höchsten Richter, und endete (30. Mai 1416) nach dem Bericht eines Philosophen mit der Kühnheit eines Stoikers.“ Dies ist eine Phrase. Wer widerrufen hat, kann sich ermannen, kann wenn seine Sache eine gute ist (was die Sache des R. Hieronymus von Prag nicht war), wohl ein christlicher Martyrer, aber nicht mehr ein Stoiker werden, sowie es auch denn mit der Ruhe eines Stoikers nicht vereint seine Richter vor den obersten Richter zu citiren.

Es ist ferner eine colossale Uebertreibung, wenn R.

Hase in der Bartholomäusnacht zu Paris (1572) zwanzigtausend Hugenotten ermordet werden läßt (es waren nicht so viele Hunderte). Es ist unwahr, zu sagen: Gregor VIII. ließ ein Te Deum singen für die Ausrottung der Feinde Christi! Das Te Deum wurde gesungen, weil man in Rom berichtet worden war, daß der König einer gegen sein Leben gerichteten Verschwörung entgangen sei. Wollte K. Hase objektiv sein, so mußte er auch sagen oder doch andeuten, daß kein Bischof, kein Priester an diesen Blutscenen sich irgendwie betheiligt, vielmehr in den Provinzen die Bischöfe die Protestanten vor der Wuth des Volkes mit aller Energie geschützt, und daß in Folge davon manche Hugenotten zu der Kirche zurückkehrten.

Diese Beispiele zeigen, daß Herr K. Hase bei einer etwaigen 10. Auflage noch viel „objektiver“ werden könnte. Wir erkennen indeß gerne das viele Wahre und Schöne an, das in seinem Werke niedergelegt ist, namentlich auch daß er die katholische Literatur wie die protestantische anführt, wo er sie kennen gelernt hat, daß ihm hierin kaum einer der anderen protestantischen Historiker gleich kommt, und daß mancher Paragraph seines Werkes so schön und präcis gefaßt ist, daß wir gerne darin die Hand des Meisters bewundern. Auch wir Katholiken können aus der Kirchengeschichte Karl Hase's noch Manches lernen.

XLVI.

Neuestes über Spanien *).

„Unter den verschiedenen Standpunkten von welchen über Spanien geschrieben wurde, ist derjenige eines von confessionellen Vorurtheilen frei gewordenen Protestanten, welcher mit der katholischen Kirche im allerbesten Frieden lebt, und derjenige eines Mannes von entschiedenster politischer Freisinnigkeit und Unabhängigkeit, welchen gleichwohl die Alltagsphrase des Fortschrittes nicht meistert, vielleicht noch nicht allseitig vertreten.“ So präcisirt von vorneherein Herr Baumstark seinen Standpunkt, und da wir ihm darin, da dieser Standpunkt bis jetzt noch nicht vertreten war, unbedingt beipflichten dürfen, werden wir um so lieber uns seine Führung überlassen.

Bevölkerung und Zustände Spaniens haben sich im Allgemeinen der Gunst der modernen Reisenden und Reisebeschreiber wenig zu erfreuen. Die Deutschen insbesondere, welche sonst überall, in England, Frankreich, Belgien, selbst in Rußland und der Türkei Lobenswerthes und Gutes zu finden wissen, scheinen jenseits der Pyrenäen ihre vielgerühmte Objektivität und Gründlichkeit vollständig zu ver-

*) Reinhold Baumstark: Mein Ausflug nach Spanien im Frühjahr 1867. Regensburg, Manz 1868.

eren. Große und kleine Tagesblätter, illustrierte Wochen-
 riften und Monatshefte wetteifern das Land und seine
 ewohner in der öffentlichen Meinung herabzusetzen. Vieles
 von kommt auf Rechnung der nur allzu häufigen Gebrechen
 r Einseitigkeit und Unwissenheit. Das ungünstige Urtheil
 t aber noch einen tiefer liegenden Grund: Spanien ist
 ational und katholisch, es ist nicht modern und ungläubig.
 aß es eben nur deswegen Tadel und Herabwürdigung er-
 hrt, dafür liefert uns Italien den besten Beweis. Bis zum
 nde der fünfziger Jahre theilte die apenninische Halbinsel
 s Mißgeschick der pyrenäischen; seitdem der König Ehren-
 ann und der Tollhäuſler Garibaldi die Heiligen des italie-
 ſchen Volkes (?) geworden sind, haben die Italiener in dem
 as man das Urtheil der öffentlichen Meinung nennt, un-
 heure Fortschritte gemacht. Man überschwemmt uns förm-
 ch mit Lobliedern auf die hochbegabte von der reinsten Vater-
 ndsſiebe durchglühte Nation und ihre herrliche Zukunft, und
 ch müssen die Schreiber selbst wissen, daß das italienische Volk
 ter den Klauen einer gottvergessenen ſittensloſen Meute dem
 ercerben entgegeneilt. Aber immerhin, Italien hat aufge-
 rt katholisch zu ſeyn und ist auf dem besten Wege ganz
 modern“ zu werden. Spanien dagegen hat, obwohl ihm
 t fünfzig Jahren keines der modernen politischen Leiden
 ſpart geblieben ist, obwohl Bürgerkriege und die Aſterweiſ-
 it der liberalen Doktrin um die Wette auf die Vernichtung
 s alten Spaniens hingearbeitet haben, nicht aufgehört spa-
 ſch, das heißt national und katholisch zu bleiben.

Um ſo mehr muß daher das Urtheil eines Mannes in's
 ewicht fallen, welcher dem protestantischen Bekenntniſſe an-
 hört, und welcher in ſeinem engern Vaterlande ſo reichlich
 Gelegenheit gehabt hat den modernen Liberalismus durch und
 urch kennen zu lernen. Herr Baumſtark wurde durch die
 eiſtige Größe des badischen Liberalismus weder zur Bewun-
 erung hingeriſſen noch zur Bekehrung getrieben; er macht
 ns im Gegentheil das Geſtändniß, daß die Entwicklung der

öffentlichen Dinge und Zustände in seinem deutschen und badischen Vaterlande seit geraumer Zeit seinen in ehrlicher und saurer Arbeit erworbenen Ueberzeugungen in solchem Grade entgegengesetzt war, daß er anfang sich in allem Ernste unglücklich zu fühlen. Er fand sich durch die noble — von einem namhaften Theile seiner regierungsfreundlichen Kollegen keineswegs getheilte — Rücksicht auf seinen Stand als Richter von der Theilnahme am politischen Parteilieben abgehalten, und suchte Trost über das Glend der Zeit in den Studien. Im Verlaufe derselben vertieft er sich in die spanische Literatur, und dadurch erwacht in ihm der Drang die vergangene und noch mehr die gegenwärtige Geschichte des Landes kennen zu lernen. „Ich sah mich um, was meine Zeitgenossen über Spanien sagen. Zwei rasch aufeinander folgende Militär-Aufstände waren in neuester Zeit niedergeworfen und ich hörte die Regierung, welche nunmehr die Zügel des Landes kräftvoll in der Hand hielt, angegriffen, geschmäht, beschimpft von hundert Stimmen — Stimmen von welchen die Wahrheit nicht zu hören, ich mich bei andern Gegenständen längst gewöhnt hatte . . . Ich sah mich ferner um in den bis jetzt vorhandenen zahlreichen, zum Theile auch höchst gediegenen Reisewerken über Spanien. Meist fand ich gar zu viel Naturschilderung . . . und zu wenig Rücksicht auf die menschlichen Lebensverhältnisse, kurz ich überzeugte mich, daß meinem Drang über dieses Land und Volk Wahrheit zu schauen, auch durch fleißigstes Lesen und Studiren niemals volle Befriedigung zu Theil werden könne. Also, wenn immer möglich, ich mußte nach Spanien.“

Herr Baumstark war so glücklich seinem Drange folgen zu können. Am Palmsonntag 1867 trat er seine Reise an, um dann in zweiunddreißig Tagen die Rundfahrt durch Spanien zu machen, vom östlichen Ende der Pyrenäen durch Catalonien, Valencia, Granada, beide Castilien, Leon und Biscaya zurück über die Bidassoa. Man könnte versucht seyn, diese Zeit von weniger als fünf Wochen für unzureichend zu einer

ordentlichen Kenntniß Spaniens zu halten; allein der Verfasser behauptet keineswegs seine Kenntniß von Spanien nur diesen fünf Wochen zu verdanken. Fast jede Seite seines Buches legt Zeugniß dafür ab, daß er mehr und gründlichere Kenntniß des spanischen Geistes und Wesens nach Spanien mitgebracht hat, als viele sogenannte Autoritäten nach jahrelangem Aufenthalte von dort mitnehmen. Um was es ihm zu thun war, nämlich das ihm längst aus den Werken der nationalen Literatur bekannt und lieb gewordene Volk in nächster Nähe zu sehen, aus der lebendigen Anschauung das eigene Urtheil zu erproben, das Anderer zu prüfen: dieß konnte er auch in der kurzen Zeit erreichen. Es hätte dieß freilich nicht Jeder vermocht; denn die Gabe scharfer und sicherer Beobachtung, die unermüdliche Thätigkeit, die Unabhängigkeit von den Forderungen des großen Trosses der Touristen ist nicht Jedermanns Sache. Uebrigens macht Herr Baumstark durchaus nicht Anspruch auf unbedingte Unfehlbarkeit, er hat sich die redlichste Mühe gegeben möglichst viel vom Leben des Volkes zu sehen, und urtheilt darüber als ein Mann von Kopf und Herz; findet ein Leser Veranlassung aus den berichteten Thatfachen andere, bessere und wahrere Schlüsse zu ziehen, so bleibt ihm dieß ja unbenommen.

Das Urtheil des Verfassers über das spanische Volk im Ganzen ist ein höchst günstiges. Er ist nicht der erste welcher dasselbe ausspricht; schon Andere, zuletzt Stolz, Lorinser und Körner haben und zwar von verschiedenen Standpunkten aus ganz ähnlich geurtheilt. Aber das Mißtrauen, welches man seiner Zeit Stolz und Lorinser als katholischen Priestern entgegengebracht hat, ist hier nicht am Platze einem Protestanten gegenüber welcher nicht wohl aus confessionellen Rücksichten einseitig zu Gunsten eines katholischen Volkes urtheilen kann. Allerdings besitzt dieser Protestant die unter seinen Glaubensgenossen nicht eben häufige Eigenschaft, im katholischen Culte eine von der seinen zwar verschiedene, aber deßhalb nicht minder ehrwürdige Form der Gottesverehrung zu sehen. Er

besucht darum die spanischen Kirchen nicht allein um ihrer Kunstwerke und um seiner ethnographischen Studien willen, sondern er gesteht uns, daß er in den spanischen Domen „die genußvollsten, reinsten und besten Augenblicke seiner Reisezeit gelebt, daß er von Unruhe und Leidenschaft, von mancherlei Sturm und Drang in ihnen Beruhigung und Sammlung gefunden habe“ (S. 26). Schon in Barcelona macht er die überall in Spanien, etwa das halbmoderne Madrid ausgenommen, sich wiederholende Bemerkung, daß er nicht nur die Frauen „welche Gottlob im Allgemeinen überall gleich fromm sind“, sondern auch Männer jedes Standes und Lebensalters, darunter solche „mit allen Eigenthümlichkeiten seiner Lebensform und höherer Geistesbildung“ als fromme und gesammelte Beter in den Kirchen kniend fand. „Und wahrlich, ich habe mich, obgleich nicht Katholik, über diese Wahrnehmungen so herzlich gefreut, wie es nur der allerbeste Katholik thun kann. Denn es war für mich gar nicht die Frage, in welcher geschichtlichen Form dieses Volk seine Religion verehere, sondern nur, ob es ihm mit seiner Religion wahrer und heiliger Ernst sei. Das aber ist, man verlasse sich darauf, im Großen und Ganzen in Spanien der Fall, und schon aus diesem einzigen Grunde ist an den so oft prophezeiten Untergang oder Verfall des spanischen Volkes und Staates gar nicht zu denken.“

Allein nicht nur in der Kirche, sondern auch draußen auf der Eisenbahn, auf den Schiffen, in den Wirthshäusern und auf der Straße, in den Museen und auf öffentlichen Spaziergängen findet Herr Baumstark eine Anzahl von kleinen Zügen, welche zusammen genommen das günstigste Bild der spanischen Bevölkerung geben. Der spanische Nationalcharakter und noch mehr die spanische Erziehung treten hierin wirklich groß und im glänzendsten Lichte hervor. Artigkeit, gefittetes Wesen, besonders dem weiblichen Geschlechte gegenüber, Sinn für Wohlthätigkeit, Nüchternheit*), Mäßigkeit und Redlichkeit

*) „Ich habe in ganz Spanien zwei betrunkene Menschen gesehen. 777

als Eigenschaften der Mehrzahl einer Bevölkerung lassen gerne die da und dort, besonders in den Seestädten und der Hauptstadt, aber immerhin in geringerem Maße als anderwärts auftretenden Fehler entgegengesetzter Art vergessen.

Nach dem was Herr Baumstark über die Industrie und sonstige Geschäftsthätigkeit Spaniens zu berichten hat, tragen dieselben gegenüber den mitteleuropäischen Verhältnissen allerdings einen ziemlich primitiven Charakter. Aber daß nicht Mangel an Fleiß und Intelligenz daran die Schuld trägt, beweist der ausgezeichnete Stand des Landbaues in den fruchtbaren südlichen Provinzen, die rasche Aufnahme der Industrie in denjenigen Gegenden die nach Lage und Verhältnissen sich hierzu eignen, und die Blüthe des Handels an den Seeplätzen. Daß Spanien hierin zurück ist, möchte am meisten den Unruhen zuzuschreiben seyn, welche seit sechzig Jahren das Land fast unablässig durchwühlen. Uebrigens dürfte es noch sehr die Frage seyn, ob die spanische Nation nicht eine größere und bessere Zukunft zu hoffen hat, als die Völker bei welchen der Industrialismus sich bereits alle Lebensgebiete dienstbar gemacht hat.

Was der Verfasser über die politische Lage Spaniens bemerkt, lassen wir hier besser unberührt; da derartige Verhältnisse doch nur in einem größern Zusammenhange besprochen werden können. So viel jedoch müssen wir bemerken, daß Herr Baumstark in allen seinen Urtheilen niemals die Forderungen des Rechtes, die Interessen des Volkes irgend welcher Doktrin opfert, daß er auch hier seinem von Anbeginn ausgesprochenen Grundsatz treu bleibt die wahre politische Freisinnigkeit und Unabhängigkeit zu wahren.

Eine besondere Aufmerksamkeit wendet der Verfasser überall den Denkmalen der spanischen Kunst zu. Von der Plastik weiß er im Ganzen wenig erhebliches zu berichten;

welchen Einer nach seiner eigenen Erklärung wie nach seiner Sprache, ein Franzose war, der Andere es wenigstens zu seyn schien“ S. 34.

ist dieselbe doch in der modernen Zeit fast nirgends zur reinen Kunstentfaltung gelangt, während sie im Mittelalter wenig selbstständig neben der Architektur hergeht. Die spanische Malerei dagegen findet bei ihm eine so eingehende und liebevolle Würdigung wie kaum von einem seiner Vorgänger. Es ist wohl auch keiner derselben mit der gleichen Kenntniß des spanischen Geistes und zugleich mit derselben Unabhängigkeit von den herrschenden Geschmacksrichtungen zur Betrachtung der in den Kirchen zerstreuten und in den Museen gehäuftten Kunstwerke geschritten. Für Murillo hat er vielleicht eine Schwäche, aber eine noble und kernhaft gute. Einen eigenen Eindruck haben auf Referenten die Schilderungen der Bauwerke aus der maurischen Zeit gemacht. Wenn man auch aus Beschreibungen und Abbildungen mit den herrlichen Werken der germanischen Kunst in Spanien — hat doch hier die „Gothik“ allein in der Welt historischen Boden — nicht unbekannt ist, so spuckt doch von Kindesbeinen an in unsern Köpfen der Gedanke an die Herrlichkeit der arabischen Bauten; die tausendfältige Form, die unendliche Buntheit und Pracht der Farben, der märchenhafte Glanz, die abenteuerlichen Geschichten von Abencerragen und Zegris — Alles das berauscht, und erfüllt das Herz beim Gedanken an das Untergegangene mit jener gewissen Wehmuth, wie man sie beim Anblicke der griechischen und römischen Ruinen oder auch der profanirten Klöster des Mittelalters empfindet. Herr Baumstark that einen starken aber dankenswerthen Griff, indem er den Menschen von heute, den Enkel und Erben christlicher Jahrhunderte aus dem Taumel aufrüttelt, und ihn zwingt nach dem Werthe der maurischen Cultur eine ernste Frage an sich selber zu stellen. Die Antwort wird kaum anders ausfallen können, als er selber sie (S. 153) gibt: „Das maurische Wesen ruht auf einer falschen und zum Theil wenigstens von ihrem Stifter mit Bewußtseyn und Berechnung gefälschten Religion. Man bedenke was aus diesem einzigen, nicht wohl zu bestreitenden Satz

sich ergeben muß für den Charakter und die Geschichte eines Volkes! Die maurische Geistesbildung leidet an einer gewissen Beschränktheit und Geziertheit, welche überall hervortritt, und jede ungehemmte Entfaltung der vollen reichen Menschen-Natur unmöglich macht." Ferner S. 157: „Und so muß denn das letzte entscheidende und beherrschende Gefühl, mit welchem wir die Alhambra verlassen, dasjenige des Dankes und der Freude seyn über den Untergang einer in wesentlichen Dingen falschen und verkehrten, wenn auch vielfach glänzenden und bestechenden, doch mit Recht vor dem Höhern und Bessern niedergehenden, von dem Freieren und Geistigeren besiegten Cultur. Hellas und Rom, das alte wie das neue, stehen wahrlich über Mecca und Medinah!" Es ist dieser Anschauung entsprechend, wenn der Verfasser sich mit ganzer Hingebung in die Betrachtung der gothischen Dome von Sevilla, Toledo, Burgos versenkt, und wenn er bei der römisch-christlichen Renaissance aus Karl's V. Zeiten mit einer Liebe verweilt, welche dieser Kunstrichtung sonst selten zu Theil wird.

Zu den anziehendsten Partien des Buches gehören die Abschnitte über die Geschichte und Literatur der spanischen Nation. Trotz ihrer knappen Fassung sind dieselben eigentlich besondere Bücher für sich, und von einem Reichthume des Inhalts, daß man sie mit einmaliger Lektüre kaum erschöpft. In allen bekundet Herr Baumstark ein tüchtiges Studium und ein selbstständiges Urtheil; die Streiflichter welche gelegentlich auf nichtspanische Zustände entfallen, sind vielleicht nicht nach Jedermanns Geschmack; aber das ist auch gar kein Uebelstand. Besonders unangenehm wird an vielen Orten die Beurtheilung Karl's V. und seines Sohnes Philipp vermerkt werden. Herr Baumstark hält nämlich jenen für einen der größten unserer Kaiser, auf welchen wir mit allem Fuge stolz seyn dürfen; in Philipp sieht er mehr einen beschränkten und innerlich unglücklichen als grausamen Mann. Das stimmt freilich nicht mit den Lehren der „Fachmänner" welche eines Gewaltherrschers und Unterdrückers der deutschen

Libertät für ihren Aufbau der deutschen, und eines Wüthrichs für ihre Schilderei der niederländischen Geschichte bedürfen. Es zerstört auch die Wirkung des Schiller'schen Don Carlos. Allein wer den Abschnitt über Aranjuez und die daran geknüpfte Erörterung über Philipp II. und seinen Sohn (S. 534, 547) liest, wird dem Verfasser dankbar seyn, daß er den herrschenden Wahngewürden — und es gibt solche in zwei Richtungen — ehrlich und klar entgegen getreten ist. Für das Haus Habsburg hat Herr Baumstark jene Verehrung, welche eigentlich jedem redlichen Deutschen eigen ist. Mag aus der spätern Zeit des habsburgischen Kaiserthums manches Unglück zu verzeichnen seyn, welches unsere Nation mit dem Hause Habsburg erlitten hat: es gibt keines das wir durch dasselbe erlitten hätten. Und dieß sollte auch von denen nicht vergessen und verläugnet werden, welche dem Hause Hohenhausen das Heil Deutschlands erwarten.

Die Betrachtungen über die Literatur wird auch der Kenner nicht ohne Nutzen lesen. Besonders beherzigenswerth sind die Worte mit welchen der wirklich meisterhafte Abriß der Geschichte des spanischen Theaters eingeleitet wird: „Die spanische Nation ist die einzige des modernen Europa, deren Theater und zwar während einer Blüthezeit von zwei Jahrhunderten zwei Eigenschaften besaß, ohne welches ein ächtes modernes National-Theater sich überhaupt nicht denken läßt; dieses Theater war nämlich christlich und volksthümlich. Ich will mich keineswegs bei dieser Gelegenheit zum Ritter des Christenthums aufwerfen. So gut ich aber den innigen Zusammenhang des altgriechischen Theaters mit der hellenischen Weltreligion verstehen und anerkennen darf, ohne daß man der Verdacht hegen wird, daß ich zum Cultus des Jupiter, des Bacchus und der Venus zurückkehren wolle, ebenso gut kann und muß ich darauf bestehen, daß das Theater eines christlichen Volkes von christlichem Geiste durchdrungen seyn muß, wenn es seine Aufgabe an der Gesammtheit der Nation erfüllen soll. Daß ein National-Theater national seyn muß, wird

wohl weniger beanstandet werden; dieß liegt im Wort . . . Unserm Theater fehlen beide Eigenschaften, weßhalb wir auch in der That kein deutsches National-Theater haben. Was Lessing, Göthe und Schiller geleistet haben, verehere und bewundere ich so tief als irgend Jemand; allein das sind ausschließliche Kunsttheater, theilweise vom höchsten Range, tiefstem Gedankenreichthum und unerreichbarer Schönheit; aber sie sind nicht in's Verständniß des Volkes übergegangen weil sie seinem religiösen und politischen Leben ferne und fremd gegenüberstehen, gerade so wie die Dichter selbst, welchen wir diese Werke verdanken" (S. 98).

Nicht minder bedeutend sind die Erörterungen über Cervantes (S. 451—472) und über Calderon (S. 477—489). Diese Abschnitte geben dem Buche einen ernsten wissenschaftlichen Charakter. Jedoch werden diejenigen welche durch die Lektüre von der Gedankenarbeit ausruhen wollen, dasselbe keineswegs vergeblich zur Hand nehmen. Denn die launigen Berichte über kleine Reiseerlebnisse, die herrlichen Naturschilderungen geben eine Reihe willkommener, genußreicher Ruhepunkte. Gerade in der letztern Hinsicht bewährt Herr Baumstark eine wahre Meisterschaft: die Meeresfahrt von Alicante nach Malaga (S. 80), das vom Alhambrahügel geschaute Panorama (S. 150, 151), der Maïmorgen in Aranjuez (S. 537), ganz besonders aber der Ostermontag unter den Palmen zu Elche (S. 75) gestatten zugleich Einblicke in's Gemüthsleben des Verfassers, welche unsere Hochachtung nur steigern können.

Wir haben in unserem Berichte fast mehr von der Person des Verfassers als über den von ihm gebotenen Stoff gesprochen: es liegt dieß in der Natur der Sache. Bei Reisebeschreibungen kommt am Ende Alles darauf an, wer sie geschrieben hat. Der Reisebeschreiber gibt uns fremdes Leben, wie sich solches in seinem eigenen reflectirt hat; bevor wir nun trinken, werfen wir wohl zuerst einen prüfenden Blick auf das Trinkgefäß. Außerdem aber haben wir den Wunsch,

daß die Leser dieser Blätter sich recht beeifern möchten, aus dem Buche selbst genauere Kenntniß von Spanien zu schöpfen; und wir schließen mit dem Schlußworte des Verfassers:

„Wer frei von Blasirtheit, mit einer dem Idealen und Kraftvollen zugewendeten Seele reist, der wird nirgends eine reichere Ernte, nirgends glücklichere Tage finden als in Spanien. Land und Volk wirken auf das eigene Seelenleben des Reisenden in wohlthätigster Weise zurück; als ich Spanien verlassen hatte, überfiel mich die Empfindung ich sei weniger werth geworden“ . . .

„Fragt man mich schließlich nach dem wesentlichen Schatz von Wahrheit, den ich in Spanien gehoben zu haben meine und den ich meinen Lesern mittheilen wollte, so kann ich die Quintessenz davon in wenigen Sätzen geben:

1) Weit entfernt von einem Zustande des Verfalls oder der Versunkenheit ist das spanische Volk in einer durchaus hoffnungsvollen geistigen und materiellen Entwicklung begriffen.

2) Die Grundpfeiler dieser Entwicklung wenn sie zum dauernden Segen führen soll, sind und werden seyn Katholicismus und Monarchie.

3) Die gegenwärtige spanische Regierung macht mit wohlberechtigter Kraftentsaltung den klar bewußten Versuch, Volk und Gesellschaft zu retten gegen die Partei der Zerstörung aller ewigen Grundlagen des Menschenlebens.

4) In Kunst und Literatur steht Spanien ebenbürtig neben jedem Volk und Land der Erde.

5) Wir Mitteleuropäer hätten Ursache genug, von Spanien zu lernen und uns an ihm zu erbauen.“

XLVII.

Streiflichter auf die Wirkungen der neuen National-Oekonomie.

Vom französischen Standpunkte.

Keine Wirkung ohne Ursache. Dieß alte Kernsprüchwort ist stets ebenso wahr als es oft im praktischen Leben unbeachtet bleibt. Dank der Aufklärung des Jahrhunderts nimmt man gar zu gerne die Wirkung für die Ursache und vermeidet dadurch das unbequeme mühsame Nachforschen über die so vielfach befremdenden Erscheinungen unserer Zeit. Hierin liegt gerade der unheilvollste Grundfehler, daß man heutzutage Alles durch liberal klingende Redensarten und hochtrabende Gemeinplätze abthun und jede gegnerische Ansicht, so gegründet dieselbe auch seyn mag, im Voraus bloß deshalb verwerfen will, weil sie von der andern Seite kommt und mit der eigenen Unfehlbarkeit im Widerspruch steht. So sehen wir u. a. unsere liberale Bourgeoisie es hartnäckig abläugnen, daß sie durch ihre eigenen Lehren und noch mehr durch ihr eigenes Thun es gewesen ist, die den Socialismus hervorgerufen. Sie verbindet sich die Augen um den Abgrund nicht zu sehen, den sie selbst gegraben und der sie zu

verschlingen droht. Um sich und Andere fort und fort zu bethören, setzt sie ihre Angriffe gegen Religion, Sittlichkeit und Autorität mit einer wahren Berserkerwuth fort. Sie scheint es mit Gewalt nicht wissen zu wollen, wie tief der Abgrund ist und welches Schicksal ihr so nahe bevorsteht; sie will sich selbst betäuben, um die Erkenntniß zu vermeiden daß ihre Herrschaft zu Ende ist und daß es die höchste Zeit wäre umzukehren, wenn sie den letzten Dingen der socialen Revolution zuvorkommen will.

Man denkt wenig daran, wie nahe der Socialismus und der Capitalismus oder die Bankokratie im Grunde verwandt sind. Als Lassalle hundert Millionen Thaler Staatshilfe zur Lösung der socialen Frage mittelst Productiv-Associationen verlangte, mußte sich Jeder sofort den deutschen Erzsocialisten als Verwalter dieser ungeheuren Summe vorstellen und er selbst dachte sicher nicht anders. Also ein socialistischer Rothschild! Deßhalb wird es auch schon viel weniger sonderbar und unglaublich klingen, wenn man versichert, daß die ganze ungeheuerliche Finanzwirthschaft und die Ausbeutung eines großen Landes fast ausschließlich in den Händen von Socialisten liegt, wie dieß in Frankreich der Fall ist. In diesem Lande sind seit 1852 alle wirthschaftlichen Verhältnisse gänzlich umgestaltet und sozusagen auf den Kopf gestellt worden. Die Socialisten haben durch die Nachgiebigkeit, die Mitschuld und unter dem Schutze der volkswirthschaftlich völlig unfähigen Regierung einen an Gewaltherrschaft grenzenden Einfluß ausgeübt und üben ihn noch aus. Sie haben mit Mitteln gearbeitet deren Umfang und Großartigkeit alles übertrifft, was man bisher auf wirthschaftlichem Gebiete gesehen. Man wäre also berechtigt anzunehmen, das Endergebniß hätte eine auf socialistischen Grundsätzen beruhende Umgestaltung der ganzen Gesellschaft seyn müssen; wenigstens dürfte der Anfang, die Anbahnung zu solchen Verhältnissen vorhanden seyn. Aber gerade das schneidendste Gegentheil ist

eingetreten. Die von den Socialisten gegründeten und geleiteten wirthschaftlichen Unternehmungen haben die durch den vulgären Oekonomismus geschaffene Kluft zwischen der besitzenden und besitzlosen Classe am stärksten erweitert und ein finanzielles Feudalsystem der gefährlichsten und empörendsten Art begründet, gegen welches das frühere auf Grundbesitz gebaute adelige Feudalsystem ein wahres Kinderspiel ist. *Les extrêmes se touchent*. Die äußersten Ausläufer und Consequenzen aller dieser eine Art Unfehlbarkeit beanspruchenden, auf den abenteuerlichsten Trugschlüssen des menschlichen Verstandes beruhenden Systeme verwickeln sich so sehr ineinander, daß selbst das geübteste und aufmerksamste Auge sie kaum noch zu unterscheiden vermag. Die in Frankreich durch socialistische Unternehmungen dieser Art bewirkte wirthschaftliche Umgestaltung ist eine derjenigen Erscheinungen, an denen sich die Thatsache am deutlichsten nachweisen läßt. Das Wichtigste dabei ist aber, daß hiedurch auch schon der vollgültige Beweis von der Unfähigkeit des socialistischen Systems eine neue Grundlage der Gesellschaft zu werden, vollkommen erbracht ist und daß alle derartigen Versuche gerade in das Gegentheil umschlagen. Anstatt die sociale Frage zu lösen, wird dieselbe geschaffen, wenn sie nicht da seyn sollte, und deren Lösung so erschwert, daß dieselbe mit gewöhnlichen Mitteln nicht mehr gedacht werden kann.

Die socialistische Bewegung ging auch in Frankreich von der Bourgeoisie aus, um mit einem finanziellen Feudalsystem zu endigen, das seinerseits nur durch Gewaltmaßregeln und Rechtsverletzungen wird beseitigt werden können, wozu freilich alle Aussicht vorhanden ist. Der Ursprung der Bewegung fällt mit den Anfängen des Bürger-Königthums zusammen. Anfangs der dreißiger Jahre bildeten eine Anzahl von den wohlhabenderen Ständen angehörigen und gebildeten jungen Leuten einen religiös-politisch-socialistischen Verein unter der Leitung eines gewissen Enfantin, der als Vater

der Gesellschaft betrachtet wurde und deshalb den Namen Père Enfantin führte. Er vereinigte dabei die Eigenschaften eines Hohenpriesters, politisch-socialen Gesetzgebers, Regenten und Hausvaters in sich. Die Gesellschaft siedelte sich auf einem größern Grundstück des Hügels (jetzigen Stadttheils) Menilmontant an, welches mit einer Mauer umgeben wurde und so die neue Gesellschaft von der alten abschloß und absonderte. Da diese Socialisten vorgaben, sich die Verwirklichung der Lehren des bekannten Grafen St. Simon, der im 18. Jahrhundert lebte, vorgenommen zu haben, so wurden sie einfach St. Simonisten genannt, welcher Name ihnen bis heute verblieben. Eigenthum, Arbeiten, Zeiteintheilung, Mahlzeiten, Gottesdienst d. h. was man Gottesdienst zu nennen beliebte, alles war gemeinschaftlich und wurde von dem Père Enfantin mit unbeschränkter Machtvollkommenheit geregelt. Derselbe hatte auch die Fähigkeiten der einzelnen Mitglieder absolut zu beurtheilen und dieselben demgemäß zu verwenden. Die Hauseinrichtung wurde abweichend von allem Ueblichen bewerkstelligt, die Kleidung selbst völlig umgestaltet und nach ganz neuen und originellen Mustern angefertigt, so daß das Erscheinen eines St. Simonisten in der Straße Aufsehen erregte. Auch „Frauen“ gesellten sich zu dem Verein und wurden eifrige Mitglieder, wobei freilich die Sittlichkeit nicht besonders gewann. Eines oder gar mehrere männliche Mitglieder der Gesellschaft gingen sogar nach Aegypten und andern Ländern um das Ideal der Sekte, die „freie Frau“ aufzufinden, was natürlich nicht gelang. Aus Gründen der öffentlichen Sittlichkeit machten die Gerichte nach einigen Jahren dem Treiben ein Ende und gaben die Anhänger dem gewöhnlichen Leben zurück, in welchem sie es dann fast sämtlich sehr weit gebracht haben, freilich nicht in dem was Sittlichkeit und Gemeinnützigkeit betrifft. Die Gerichtsverhandlung bewies die strenge Unterordnung der Mitglieder unter den Père Enfantin und dessen absolute Herrschaft über die Sekte. Auf

die Fragen des Gerichts antworteten sie nur nach eingeholter Erlaubniß des Hauptes, dem sie stets eine ungewöhnliche Verehrung erzeigten. Auch nach der Zerstreuung bestand zum Theil noch dieser Einfluß des Père Enfantin, denn die Mitglieder blieben noch lange in Verbindung untereinander.

Man sieht hieraus schon zur Genüge, daß die Lehren der St. Simonisten hauptsächlich auf Concentrirung der wirthschaftlichen und geistigen Kräfte ausgingen, die dann unter einheitlicher unbeschränkter Leitung zu einer ungewöhnlichen Macht anwachsen mußten. Natürlich sollte aus dieser Concentrirung auch ein erhöhter Wohlstand, erhöhter Genuß für die einzelnen Mitglieder hervorgehen. War nun auch das Heiligthum der Sekte zerstört, so blieben doch die Lehren und die dort erhaltenen jugendlichen Eindrücke bei den zerstreuten und mit einem Glorienschein der Verfolgung umgebenen Jüngern fortbestehen. Dieselben suchten ihre Lehren im öffentlichen Leben anzuwenden, verbreiteten sie durch Schriften der verschiedensten Gattung, deren Absatz eben wieder durch das Aufsehen befördert wurde, welches die sonderbare Niederlassung in Menilmontant und der Prozeß der Jünger erregt hatte. Wenn daher bei der nächstfolgenden politischen Umgestaltung die socialistischen Bestrebungen schon gar mächtig austraten, so ist dieß vornehmlich den St. Simonisten zuzuschreiben; und da das Kaiserthum bekanntlich jeder Partei etwas zu bringen hatte, so gingen auch die St. Simonisten nicht leer aus. Ja, sie bekamen gewissermaßen den Löwenantheil. Ihnen fiel zum größten Theil die volkswirthschaftliche und sociale Aufgabe des Kaiserthums zu, das sich ihrer zu seinen volksbeglückenden Unternehmungen bediente. Einer der bedeutendsten St. Simonisten, der fast schon berühmte Nationalökonom Michel Chevalier, wurde Professor der Volksausbeutungskunst am Collège de France und Rathgeber des Kaisers, endlich auch Senator. Es sitzen überhaupt eine ganz hübsche Anzahl der Jünger Enfantins im Senat,

in dem gesetzgebenden Körper und in wichtigen Regierungsstellen. Obwohl die ganze Niederlassung in Menilmontant zusammen keine 60 Personen umfaßte und manche davon gestorben und verdorben sind, bilden die St. Simonisten seit 1852 eine gar gewaltige Macht, die sich zahllose Anhänger und Helfershelfer erworben. Nur dem zähen Festhalten an ihren ursprünglichen Ueberzeugungen, gegenüber der durch die liberale Gesinnungslosigkeit alles gesunden Urtheils beraubten gewordenen Gesellschaft, ist dieser unglaubliche Erfolg zuschreiben, denn auch der mächtige Schutz der Regierung hätte nichts vermocht, wenn die Menschen überhaupt noch den Kopf oben zu behalten wüßten. In finanzieller Hinsicht beherrscht heute die Sippe der St. Simonisten alle Verhältnisse, sowohl staatliche als gesellschaftliche, in ganz Frankreich.

Selbstverständlich stehen die meisten liberalen Blätter vollständig in den Diensten der Sekte, und eine Hauptaufgabe dieser Zeilen soll es auch seyn, das über alle Maßen gewissenlose und gemeinschädliche Treiben dieser Presse ebenfalls wieder nur in der geistigen und sittlichen Zerfahrenheit der sich über die „religiösen Vorurtheile“ hinwegsetzenden Publikums zu suchen das, nachdem es den „alten Aberglauben“ abgeworfen, sich mit einer wahren Wuth dem Glauben an den volkswirthschaftlichen Betrug hingibt, weil derselbe ihm den Himmel auf Erden verspricht. Ohne die geistige Zerrüttung der Gesellschaft wäre ein solcher Erfolg nie möglich gewesen. Erst wenn unsere Mitwelt aus eigener Erfahrung und zum eigensten Schaden sich ein Urtheil über das Irgerische der modernen Dekonomie gebildet haben wird, ist die Zeit gekommen, wo das Christenthum wieder in sein altes Recht wird eintreten können.

Die St. Simonisten haben ein großartiges Credit- und Spekulationssystem eingerichtet dessen einziger Zweck, gleich demjenigen der Gemeinschaft zu Menilmontant, auf Reineinigung der materiellen, hier besonders der Geldkräfte

möglichst wenigen Händen hinausgeht. Ihre Unternehmungen haben nur dieses Ziel, sind nur in diesem Sinne geleitet. Sie beruhen auf einem Monopol und sie sind schließlich weiter nichts als ein reines Hazardspiel bei dem der Aktien-Besitzer stets verliert und die Urheber solcher Unternehmungen stets gewinnen. Das freie der natürlichen Strebekraft des Einzelnen entsprossende Unternehmen, die natürliche Concurrency sind vereitelt, Alles wird centralisirt, reglementirt, subordinirt und tüchtig ausgebeutet von einigen wenigen auf der Höhe der Zeit stehenden Faiseurs, die selbstverständlich den ganzen Gewinn allein in die Tasche stecken. Wo früher hunderte von kleinern unabhängigen und selbstständigen Gewerbetreibenden mit kleinen Capitalien ihr gutes Fortkommen fanden, wird jetzt eine gewaltige, auf Millionen gegründete Aktiengesellschaft placirt deren hochgebietende Administratoren und Direktoren nunmehr das ganze Gebiet ausschließlich beherrschen, wobei ihnen Monopole und Privilegien und sonstige Mittel zur Abwendung jeglicher Concurrency zu Gebote stehen. Das Gebiet eines jeden Gewerbezweiges bildet somit einen kleinen socialistischen Staat im Staat. Alles wird umgeformt, concentrirt, administirt, numerirt, repartirt und was die Hauptsache ist, zum einzigen Vortheile der Herrscher dieser kleinen Staaten vertheuert und verschlechtert. Privilegium und Monopol, Ausbeutung der Schwächern oder Minderbesitzenden sind die Grundpfeiler des Systems. Jede vernünftige Wirthschaft hört auf, um einer Willkürherrschaft Platz zu machen, welche Alles über den Haufen wirft, Alles nach eigenem Gutdünken und ohne jegliche wirkliche Fachkenntnisse regiert und sich nur von einigen mathematisch-ökonomischen Formeln und Sätzen leiten läßt, worin die ganze Wissenschaft der „Volkswirthe“ unserer Zeit besteht.

In der weitem Ausdehnung des Systems entstehen dann, der Zahl der Unternehmen entsprechend, eine Menge der vor- genannten kleinen Staaten im Staate, deren jeder ein ge-

wisses Gebiet mehr oder weniger ausschließlich beherrscht und über ungewöhnliche Geldkräfte verfügt. Die Concentrirung geht nun erst recht an. Eine kleine Anzahl Individuen sind die Urheber aller dieser Unternehmungen und sitzen als solche in den Verwaltungsräthen und Direktionen, so daß ein einziges Individuum an der Leitung von zehn, fünfzehn und mehr privilegierten Gesellschaften theilnimmt, und auf diese Weise über eine Geld- und Goldmasse verfügen hilft, wie sie selbst im orientalischen Märchen nicht vorkommen, und wie sie kein Herrscher eines großen Reiches je besessen. Dazu kommen dann noch die natürlichen Verwandtschaftsbande die sich unter dieser sehr wenig zahlreichen Kaste von Geldherrschern bilden. Dadurch wird das Unglaublichste möglich. Eine Gesellschaft arbeitet der andern in die Hände, natürlich nur zum Vortheile der über alle alten Vorurtheile erhabenen Leiter. Deßhalb konnten die verschiedensten dieser Spekulationsunternehmungen trotz ihrer ganz entgegengesetzten, ja unverträglichen Zwecke miteinander vereinigt und verschmolzen werden, um den Gewinn und die Macht der paar Anführer auf Kosten der übrigen Theilnehmer zu vermehren. Die Rolle der Juden ist dabei enorm vorwiegend, und sie sind es welchen dieses St. Simonistisch-socialistische System den meisten Vortheil gebracht. Unter den Jüngern zu Menilmontant waren schon mehrere vom Stamm Israel und später schloßen sich noch andere aus natürlicher Wahlverwandtschaft an.

Einige Beispiele werden die Sache klar machen. Ein gewisser Biesta ist mit dem bekannten Pinard Direktor des Comptoir d'escompte, welches jährlich bis zu zwei Milliarden „Geschäfte“ macht. Eine solche Stelle, könnte man glauben, würde der Thätigkeit und dem Ehrgeiz eines Mannes genügen, sei derselbe auch noch so anspruchsvoll. Aber dieß wäre ja gegen das System und würde die Geldherrschaft nicht genügend sichern und befestigen. Deßhalb ist auch der aufopfer-

ungsvolle Biesta außerdem noch Censor des Sous-comptoir des chemins de fer, einer andern Spekulations- und Geldgesellschaft und weiter noch Administrator folgender Anstalten und Unternehmungen: la Paternelle, Versicherungsgesellschaft; Crédit mobilier; Chemin de fer central suisse; Compagnie transatlantique; Eisenwerke zu Decazeville (seitdem bankrott geworden); Compagnie immobilière de Paris; Pariser Gas-Gesellschaft und Salins du Midi. Es stehen also zusammen zehn Gesellschaften, jede mit vielen Millionen Capital und hunderten von Millionen jährlichen Umsazes entweder unter der Verwaltung des Herrn Biesta oder unter seiner direkten Mitwirkung verwaltet.

Der Jude A. von Eichthal ist Vicepräsident des Verwaltungsrathes des Crédit mobilier und Administrator des Sous-comptoir des chemins de fer, der Réunion (Versicherungsgesellschaft), der Ostbahngesellschaft, der französischen Süd- (Midi) und österreichischen Bahnen, des Ebrotanals (bei dem die Aktionäre nichts gerettet haben als den Papierwerth der Aktien) und der Compagnie immobilière; außerdem präsidiert er die Salins du Midi. Sein Freund und Genosse Bartholony ist Administrator des Crédit foncier, des Crédit agricole, des französischen Lloyd, der Orleans-, Lyon-Genfer, Paris-Lyon-Mittelmeer-, österreichischen Süd-, venetianischen, mittelitalienischen und vereinigten Schweizerbahnen, der vier Kanäle, der Eisenwerke und Schiffbauanstalten von Marseille.

Doch es kommt noch besser. Im Jahre 1863 verwaltete der Jude und ehemalige Schüler Enfantins, Emil Pereire theils als Präsident, theils als Mitglied des Verwaltungsrathes sieben große Eisenbahngesellschaften, sechs Credit- und Bankanstalten, worunter der Crédit mobilier, sein eigenstes berückichtigtes Werk durch welches unter dem Vorwande des Fortschrittes Tausende von Millionen dem politisch und volkswirtschaftlich reifen Volke aus den Taschen gelockt und den Unternehmern zugeführt wurden. Außerdem betheiligte er

sich auf dieselbe Weise an sechs verschiedenen andern Aktien-Gesellschaften. Bei einigen derselben sind uns die Ziffern des Gesellschaftscapitals oder der gemachten Anleihen unbekannt, trotzdem aber ergibt die Addition der uns bekannten Capitalien über welche diese Gesellschaften verfügen, die ungeheuerliche Summe von drei Milliarden sieben hundert und vier Millionen. Es ist also nicht zu viel wenn man behauptet, Emil Pereire verfüge über mehr denn vier Milliarden Franken. Seine Macht ist um so größer als sein Bruder Isaaß an der Verwaltung von zwölf, sein Neffe Eugen an derjenigen von neun Gesellschaften theilhaftig ist, wovon mehrere die gleichen sind an welchen auch Emil theilhaftig ist oder die er als Direktor oder Präsident leitet. Sein jüdischer Schwiegersohn Thurneissen hat ebenfalls die Hand in mehreren solcher Gesellschaften und Anstalten, so daß die Sippe Pereire-Thurneissen an der Verwaltung von nahe an 40 Gesellschaften mit zusammen mindestens fünf Milliarden Capitalien theilnimmt, wo nicht absolut entscheidet. Denn man darf nicht vergessen, daß ein Verwaltungsrath, der gewöhnlich acht bis zwölf Mitglieder zählt, immer unter dem gebietenden Einflusse eines Einzelnen oder einiger wenigen Mitglieder steht, welche die Fäden in den Händen haben und die übrigen Mitglieder fast nach Belieben erwählen zu lassen vermögen, um sich derselben als Strohpuppen zu bedienen. Ein Theil der Mitglieder eines jeden Verwaltungsrathes sind stets Leute mit klingenden Titeln und großer gesellschaftlicher Stellung, die von den Geschäften nichts verstehen und auch nichts verstehen wollen, deren Persönlichkeit aber stets den Aktionären imponirt und Vertrauen einflößt. Sie erhalten dafür fette Gewinnantheile, mittelst deren sie die Breschen ihres väterlichen Vermögens ausfüllen können, sind aber in allem Uebrigen nur die gutwilligen Drahtpuppen der eigentlichen Macher, wovon die Pereire eines der glänzendsten Beispiele sind.

Aehnlich den erst seit 1852 aufgetommenen Pereire's

bildet die viel ältere Familie Rothschild eine gleiche Sippe, die an der Verwaltung von mehr denn dreißig Unternehmungen theilhaftig ist oder dieselben fast unbeschränkt leitet. So die französische Nordbahngesellschaft, die gänzlich in ihren Händen ist, indem fünf Mitglieder dieser Familie (James, Nathaniel, Alfons, Anthony und Lionel) Mitglieder der Direktion und des Verwaltungsrathes sind. Selbstverständlich sind sie überall die einflußreichsten Mitglieder.

Rings um die beiden großen Sippen Pereire und Rothschild gruppieren sich eine hübsche Anzahl kleinerer Sippen, wie z. B. Erlanger, Obier, Talabot, Mallet, Dubochet, Lehon, Darblay, Bischoffsheim, Fremy, Cibiel, Bartholony, Galley-Saint-Paul, Salvador, Benoist d'Azy, Albufera, de Raimneville, Delebecque, Calvet-Rogniat u. s. w., welche in ihrer Gesamtheit eine furchtbare Macht bilden, da sie sich gegenseitig unterstützen und in die Hände arbeiten. Ueberhaupt werden die ganze Börse, alle Finanzgeschäfte, alle größeren finanziellen und industriellen Unternehmungen und Associationen, alle Eisenbahngesellschaften des ganzen Landes und außerdem viele auswärtigen Unternehmungen und Gesellschaften von höchstens hundert gewaltigen „Geldfürsten“ in fast ganz absoluter Weise beherrscht. Im Verein mit ein paar hundert Helfershelfern und Agenten machen diese Handvoll Leute Regen und Sonnenschein auf dem Weltmarkte, der Pariser Börse heißt, und sie beherrschen dadurch alle wirthschaftlichen Verhältnisse ganz unumschränkt. Es ist deshalb keine bloße Redensart, wenn man dieses finanzielle Feudalsystem als unendlich drückender bezeichnet als das alte auf den Grundbesitz gegründete. Einige Beispiele werden später auch zeigen, daß mehrere modernen Geldmacher in ihrer Großartigkeit die gutmüthigen alten Raubritter weit hinter sich lassen und letztere neben ihnen fast als harmlos betrachtet werden müssen.

Um sich die Möglichkeit einer solchen Geldherrschaft

vorzustellen, muß man sich im Wesen vergegenwärtigen, was man gemeinhin Generalversammlung der Aktionäre einer Gesellschaft nennt. Die Verwaltung einer jeden großen Gesellschaft erfordert eine große Geschäftskenntniß und Uebung, um sich eine Einsicht in alle die tausend Einzelheiten derselben zu verschaffen. Die vielfältige Buchführung und die sonstigen Schreibereien würden Tage lang erfordern um deren Gebahrung einigermaßen zu prüfen. Mit diesen rein kaufmännischen Kenntnissen wäre es noch nicht genug, sondern es wären auch bedeutende Fachkenntnisse erforderlich um den eigentlichen Betrieb, die fachliche Leitung des Unternehmens beurtheilen zu können. An der Spitze der letzteren stehen ein oder einige Betriebs-Direktoren, die in ihrer Stellung ganz von der eigentlichen Direktion, den den Verwaltungs- oder Administrationsrath bildenden Finanzmännern abhängen, also stets deren gehorsamste Diener seyn müssen. Alles was die Gebahrung der Geldmittel betrifft, hängt ausschließlich von diesen Finanzmännern ab und wird in den Sitzungen des Verwaltungsrathes bis in's Einzelne geregelt. Einige Mitglieder dieses Rathes, gewöhnlich die Präsidenten, haben sodann die Aufgabe, den Betrieb zu überwachen, sie bilden die eigentliche Direktion und haben daher fast ganz allein einen Einblick in alle Einzelheiten des Unternehmens. Die Betriebs-Direktoren können nichts gegen diese Obern, indem sie ja nur technische oder Rechnungsbeamte sind. Der Verwaltungsrath oder vielmehr dessen Vorsitzender ist deßhalb völlig Herr des ganzen Unternehmens, bestimmt die Art der Verwaltung und Ausbeutung, die Aufnahme und Verwendung neuer Capitalien. Der jährliche Rechenschaftsbericht wird von dem Präsidenten abgefaßt, der dadurch stets die Lage des Unternehmens so darstellen kann, wie es seinem persönlichen Vortheil entspricht. Der Verwaltungsrath prüft zwar den Bericht, aber dieß ändert an der Sache wenig, indem ja die Mitglieder fast

immer sämmtlich nur die Creaturen oder die Helfer der eigentlichen „Macher“, der Präsidenten oder Direktoren sind.

Die Generalversammlung, welche das ganze Capital der Gesellschaft zu vertreten hat, ist mit einer Art Allgewalt ausgestattet, ihr Willen ist souverän gleich dem der Völker welche mittelst des modernen Volksabstimmungs-Systems über ihr eigenes Seyn oder Nichtseyn entscheiden. Ist es nun aber möglich, daß die Aktionäre eine auch nur einigermaßen ernste und gründliche Prüfung vornehmen um dann mit voller Einsicht, mit vollem Bewußtseyn entscheiden zu können? Offenbar nein. Wo ist es möglich, daß einige hundert zum größten Theil geschäftsunkundige Personen diese Einsicht erlangen, wie ist es möglich daß dieselben während der wenigen Stunden einer lärmenden Generalversammlung eine solche Prüfung vornehmen, besonders wenn sie dazu außer dem Verwaltungsbericht nur diejenigen Schriftstücke vorgelegt erhalten welche der Verwaltungsrath ihnen vorzulegen für gut findet. Sie sehen also gemeiniglich nur durch die ihnen von den Leitern vorgehaltene Brille und finden daher stets alles vortrefflich und zum größten Nutzen der Aktionäre eingerichtet und verwaltet. Sie können nicht anders als in Anbetracht des eigenen Vortheils so abstimmen, wie es der sich aufopfernde Verwaltungsrath wünscht, und aus Dankbarkeit beeilen sie sich denselben wieder zu wählen. Ihr Gesichtskreis erhebt sich einmal nicht weiter als es den hochgebietenden Geldfürsten genehm ist. Sie wissen in der Regel nur das für, nicht aber das gegen eines von dem Verwaltungsrath oder der Direktion gestellten Antrags.

Es ist deßhalb allgemeine Regel daß die Generalversammlungen stets alles bewilligen und gutheißen, was die Leiter der Gesellschaft beschlossen haben. Dieß ist um so selbstverständlicher als Direktion und Verwaltungsrath nöthigenfalls eine Anzahl Strohmannen in die Generalversammlung schicken können welche durch ihren Beifall und ihr ganzes

Betragen die wirklichen Aktionäre betäuben und überschreien, so daß sie fast stets ohne Widerstand sich zu allem hinreißen lassen, was man von ihnen haben will. Um stimmfähiges Mitglied einer Generalversammlung zu seyn, muß man bekanntlich eine gewisse Zahl Aktien, 20 bis 40, besitzen und diese Papiere einige Tage oder Wochen vorher bei der Direktion niederlegen, um die entsprechende Einlaß- und Stimmkarte ausgefertigt zu erhalten. Die Leiter wissen es nun mitunter durch ungenügende Bekanntmachungen, Vorwände und andere Ausflüchte dergestalt einzurichten, daß diejenigen Aktionäre von denen Widerstand zu befürchten steht, wegen Nichterfüllung einer dieser Formalitäten ausgeschlossen werden können; jedenfalls bedarf es nur hinterlegter Aktien um mittelst derselben Stroh Männern die nöthigen Stimmen zu verschaffen. Bei einigen Gesellschaften ist auch die Zahl der Theilnehmer an der Generalversammlung beschränkt, wodurch die Direktion in den Stand gesetzt ist mißliebige Aktionäre ohne viel Federlesens auszuschließen. Bei andern heißt es einfach, die 100 oder 200 Personen welche die meisten Aktien besitzen, bilden die Generalversammlung, wie dieß u. a. beim Crédit Mobilier der Fall ist. Die Direktion kann also wiederum ausschließen wen sie will, indem sie allein es zu beurtheilen hat, wer zu den stärksten Aktionären gehört oder nicht. Ist die erste Generalversammlung wegen mangelnder Betheiligung nicht beschlußfähig, dann entscheidet die nächstfolgende ohne Rücksicht auf die Zahl der vertretenen Stimmen. Auch diesen Umstand weiß man trefflich zu benutzen, um beschließen zu lassen was man haben will.

Die Aktiengesellschaften sind deßhalb das getreueste Abbild des modernen Bourgeoisstaates mit seinem Censur, seinen Wahlmanövern, seinen unverantwortlichen Ministern, die trotzdem stets als verantwortliche Vertreter der Mehrheit dastehen und alle Mittel anwenden um ihre Posten zu behaupten. Die Generalversammlungen, gleich den liberalen

Wahlversammlungen, bestehen stets überwiegend aus „Stimmvieh“ — um uns eines nicht von uns erfundenen Ausdruckes zu bedienen — welches theils aus Unkenntniß, theils im Auftrage der Direktoren so abstimmt wie es den Wissenden beliebt.

Die Sache wird noch viel sonderbarer und anschaulicher bei jenen Unternehmungen welche, wie alle französischen Eisenbahngesellschaften, nur eine sehr geringe Zahl von Aktien, dagegen aber um so mehr Obligationen ausgegeben, deren Inhaber bekanntlich gar nicht auf der Generalversammlung vertreten seyn können. Bei der französischen Westbahn, um ein Beispiel anzuführen, besteht das Capital aus 150 Millionen in Aktien, 85 Millionen Staatsunterstützung und 665 Millionen Franken Anleihen in Obligationen. Von dem Gesamtcapital von 900 Millionen können also höchstens nur der fünfte Theil, die 150 Mill. Aktien, vertreten seyn, wenn nämlich stets je 30 Aktien welche zur Theilnahme an der Generalversammlung berechtigen, in derselben Hand vereinigt wären. Dieß ist aber nicht, und kann niemals der Fall seyn, der weitaus größte Theil der Aktien ist im Besitz von kleinen Leuten die je nur zwei bis drei oder höchstens 10 bis 15 derselben in Händen haben und die also nie vertreten seyn können. Deßhalb sagen auch die Statuten ausdrücklich, daß die Generalversammlung beschlußfähig ist wenn ein Zwanzigstel der Aktien, also $7\frac{1}{2}$ Mill. Franken des gesammten Capitals von 900 Millionen vertreten sind. Ist die erste Generalversammlung nicht beschlußfähig, dann kann die zweite alles beschließen, selbst wenn nur zwei oder drei Millionen Aktiencapital vertreten sind. Man bemerkt den Spielraum welchen diese Statuten den Direktoren und Verwaltungsräthen gewähren, die es also völlig in der Gewalt haben sich eine Generalversammlung nach Belieben zusammenzusetzen und dadurch zu unumschränkten Gebietern

über das ganze ungeheure Capital der Gesellschaft zu werden. Ist das nun ein Feudalsystem oder nicht?

Selbst die Unsicherheit der meisten sogenannten Werthpapiere kommt diesen Geldmächten trefflich zu statten. Um sein Vermögen nur etwas zu sichern sucht jeder, auch der kleinste Capitalist sein Geld in einer möglichst großen Anzahl Unternehmungen anzulegen, damit bei etwaigem Zugrundegehen der einen oder andern der Verlust nie groß werden kann. Daher die unglaubliche Zersplitterung und Vereinzelnung aller Aktien und die geringe Zahl stimmfähiger Aktionäre. Andere Aktienbesitzer wohnen zu weit entfernt in der Provinz oder in der Fremde, und können deshalb nicht die Reise nach Paris zur Generalversammlung machen.

Das ganze in den sechs französischen Eisenbahngesellschaften angelegte Capital dürfte nächstens 10 Milliarden erreichen. Davon sind 1477 Millionen Aktien, die nicht mehr vermehrt werden dürfen, da alle neuern Zweigbahnen die stets von den genannten privilegierten Gesellschaften ausgeführt werden müssen, mittelst Obligationen-Ausgabe gebaut werden. Das Uebrige ist Staatsunterstützung und Obligationen von welchen Ende 1865 für 4390 Millionen ausgegeben waren. Nach dem angeführten Beispiel der West-Bahn können nun eine Anzahl Aktienbesitzer, welche nur ein Zwanzigstel oder höchstens bei außerordentlichen Gelegenheiten ein Zehntel bis zu einem Fünftel der Aktien vertreten, über die Verwaltung und Verwendung des ganzen Capitals entscheiden. Also können die Besitzer von 200 oder 100 Millionen Aktien über jene 10 Milliarden verfügen, an denen das ganze Volk unmittelbar betheiligt ist. Aus seinem Beutel fließen die Staatsunterstützungen, es zahlt die Fahr- und Frachtpreise welche diese Leute festsetzen und verwalten, das Volk liefert die Gelder welche durch die Obligationen-Ausgaben den Bahngesellschaften zur Verfügung gestellt werden.

Rechnet man dazu daß die Administratoren, Direktoren und Mitglieder des Verwaltungsraths selbst Aktienbesitzer sind und stets jeder von ihnen mehrere Stimmen zu vertreten hat, so begreift man die Centralisation die hier Platz gegriffen und zu einem förmlichen System geworden ist. Die Administratoren und Direktoren können oft fast allein eine beschlußfähige Generalversammlung abhalten und so alles unter sich abmachen.

Zu welchen gemeinschädlichen Mißbräuchen diese finanzielle Alleinherrschaft führt, zeigt das Beispiel der französischen Nordbahngesellschaft, welches wir aus der Menge der vorhandenen herausgreifen. Von 1846 bis 1863 hatte die Gesellschaft zusammen 731,177,251 Franken Betriebseinnahmen gegenüber 532,834,728 Betriebsausgaben. Der wirkliche Reinertrag, welcher unter die Aktien- und Obligationenbesitzer vertheilt werden konnte, betrug also 198,342,523 Franken; in der Wirklichkeit aber wurden 342,180,000 vertheilt, also um 143,837,477 zu viel. Um diese letztere Summe ist deßhalb auch das Capital der Gesellschaft vermehrt worden, so daß also die Aktien- und Obligationenbesitzer theilweise mit ihrem eigenen Gelde bezahlt wurden. Selbstverständlich kommen diese Mehrvertheilungen nur den Aktienbesitzern zu gute, welche 10, 15 Prozent und mehr von ihrem Gelde erhielten, während die Obligationenbesitzer stets nur den festgestellten Zins, $4\frac{1}{2}$ oder 5 Prozent erhalten. Die 500 Franken-Aktien der Bahn stehen deßhalb auch stets 1100 bis 1200 Franken an der Börse und wurden selbst schon bis 15 und 1800 verhandelt. Man vertheilt eine außergewöhnliche Dividende, die Aktien steigen sofort um 30, 40 bis 50 Prozent, und dann verkaufen die Herren Direktoren und Verwaltungsräthe ihren Vorrath mit ungewöhnlichem Gewinn. Auch in anderer Hinsicht müssen dieselben sich bewogen finden auf Vertheilung starker Dividenden und auf starke, wenn auch nur scheinbare Reinerträgnisse

hinzuarbeiten. Sie erhalten nämlich von dem Reinertrag stets einen besondern Antheil (Tantieme) vorweg ausbezahlt.

Ein Hauptmittel gleißende Reinerträgnisse herzustellen, besteht darin die Ausgaben für die Erneuerung des Betriebs-Materials, der Schienen, der Querschwellen u. s. w. nicht auf Rechnung der Betriebseinnahmen zu setzen, sondern dieselben mittels Erhöhung des Capitals durch Ausgabe weiterer Obligationen zu decken. Da die Gesellschaft alljährlich ihr Bahnnetz erweitert und neue Schienenwege anlegt deren Kosten durch Obligationen aufgebracht werden, so ist dieß leicht möglich ohne daß die Aktionäre das Manöver so recht merken. Uebrigens sind sie ja auch so willenlos und ohne allen wirklichen Einfluß, und dazu ködert sie die starke Dividende die man ihnen gibt. Im Jahre 1852 betrug das Gründungs-Capital der Nordbahngesellschaft 236,716,737 Franken. Obgleich nun während drei Jahren keine neuen Zweigbahnen gebaut worden waren, wurde dieß Capital um 42,137,669 Franken erhöht, welche zur Erneuerung des Materials und der Bahn verwendet worden sind. Mittelfst der genannten 236,716,737 Fr. waren 707 Kilometer gebaut worden. Von 1854 bis 1859 wurden aber 217 Kilometer neugebaut, bei denen die Herstellungskosten viel geringer gewesen seyn müssen als bei den erstern. Zugegeben aber daß sie ebensoviel gekostet haben, so konnten sie in keinem Falle über 75 Millionen zu stehen kommen. Thatsache ist nun daß ihre Herstellungskosten zu 182,215,000 Fr. angegeben sind, denn um soviel ist das Capital der Gesellschaft während dieses Zeitraums vermehrt worden. Man weiß also, woher die Gelder zu den starken Dividendenzahlungen gekommen sind.

Was muß nun schließlich aus dieser Wirthschaft werden wenn, um höhere Dividenden zahlen zu können, die Instandhaltung und Creuerung der Bahnen stets nur durch Schul-

denmachen gedeckt wird? Schließlich müssen sowohl Aktien als Obligationen, das ganze in den Bahnen angelegte Capital, wenn nicht gänzlich verloren gehen, so doch in dem Maße an Ertrag und an Werth verlieren, daß eine wirthschaftliche Krisis eintreten muß. Tausende und Tausende von Familien werden dadurch zu Grunde gerichtet werden, weil sie ihr Vermögen in derartigen Unternehmungen angelegt und sich bis jetzt in einen Scheinreichthum hineingelebt haben, indem sie die gezahlten Dividenden als wirkliches sicheres Reinerträgniß angesehen. Denn schließlich werden auch alle Erhöhungen der Fahr- und Frachtpreise die sich bisher stets als wirksam erwiesen, nichts mehr helfen, da es auch hier eine Grenze gibt die nicht überschritten werden kann und darf. Die Nordbahn ist in dieser Hinsicht schon bis zum Aeußersten vorgegangen, eine Steigerung der Einnahmen ist nicht mehr möglich bei den jetzigen Preisen.

Aber wer anders als das gesammte Publikum, als die ganze Erwerbthätigkeit des Landes haben den Schaden und die Kosten einer solchen Geldpolitik zu tragen, welche ausschließlich ein paar Duzend Leuten zu gute kommt die ohnedieß schon ungewöhnlichen Reichthum besitzen. Die Nordbahn hat jetzt die theuersten Preise in ganz Europa, so wie denn Dank diesem System die Fahr- und Frachtpreise auf allen französischen Bahnen während der letzten Jahrzehnte anstatt ermäßigt zu werden, stets erhöht worden sind. Angesichts der durch Schuldenmachen und Uebertheuerung erzielten hohen Reinerträge der französischen Bahnen preisen uns nun die St. Simonistisch-ökonomischen Blätter die außerordentliche Zunahme des Nationalwohlstandes, gerade als wenn hier eine wirkliche Vermehrung der Werthe, eine thatsächliche Zunahme der Erzeugung brauchbarer Gegenstände stattgefunden.

Dank der durch den liberalen Dekonismus herbeige-

föhrten Begriffsverwirrung macht man sich überhaupt gewöhnlich ganz falsche Vorstellungen über den eigentlichen Charakter und den daraus abgeleiteten wahren Werth der Eisenbahnen und der Verkehrsmittel überhaupt. Die Verfrachtung oder Verschiedung eines Erzeugnisses von einem Orte zum andern mag wohl den in Geld ausgedrückten Kauf- oder Marktwert, den Preis desselben erhöhen, nie aber kann dadurch der wirkliche und eigentliche Gebrauchswert des Erzeugnisses im mindesten vermehrt werden. Ein Schäffel Weizen bleibt ein Schäffel Weizen, mag man denselben von Wien nach Paris oder von Petersburg nach Turin verschicken. Der Nahrungsgehalt wird nicht erhöht. Ueberall kann man nur dieselbe Zahl Brode oder Semmel daraus backen, die nun freilich an einem Orte viel höher in Geld bezahlt werden können als an einem andern. Dem Körper derjenigen aber welche sie verzehren, föhren sie überall nur genau den in den Körnern dieses Schäffels enthaltenen Nahrungsstoff zu. Der Gebrauchswert oder eigentliche Werth bleibt also überall stets derselbe. Eben deßhalb ist es im Grunde ganz gleichgiltig, wie viel Waaren und Erzeugnisse durch die Eisenbahnen und Dampfschiffe befördert werden, da ja dieselben dadurch niemals vermehrt werden oder an Güte zunehmen. Die Erzeugnisse, der eigentliche Reichthum eines Landes werden also durch die Eisenbahnverfrachtung um gar nichts erhöht. Sie können eben nur durch dieselben an denjenigen Ort gebracht werden wo man ihrer für den Augenblick am meisten bedarf, und nur hiedurch können die Bahnen mittelbar auf Erhöhung und Vervielfältigung der Erzeugnisse eines Landes einwirken. Dadurch daß sie den Gebrauch, die Anwendung der Erzeugnisse fördern und erleichtern, wirken sie anregend auf die ganze Thätigkeit des Volkes.

Wie jedes andere ähnliche Verkehrsmittel sind die Bahnen eine kostspielige Nothwendigkeit indem sie gewisse unentbehrliche Dienste leisten, geradeso wie der Hausknecht der mein

Brennholz vom Boden in das Zimmer trägt, wo es seine Verwendung finden soll. So viel nun der Bursche auch darüber geschwigt haben mag, so theuer ich ihm seine Dienste lohne, das Holz hat dadurch nicht an Brennstoff, an Werth gewonnen. Wohl aber ist sein Geld- oder Kostenwerth größer geworden, indem der Dienst des Hausknechtes mir neue Ausgaben verursacht hat, die nun zu dem ursprünglichen Ankaufspreis des Holzes zugerechnet werden müssen. Der Mann verzehrt nun freilich den empfangenen Lohn sofort ganz oder zum Theil wieder und trägt dadurch seinerseits zum allgemeinen Handelsverkehr bei, vermehrt aber die Erzeugung wiederum nur durch diese Theilnahme an dem Verzehren. Seine Consumption trägt zur Anregung der Erzeugung bei, weiter nichts; den Lohn den ich ihm gebe, muß ich durch meine erwerbende Arbeit oder diejenige meiner Gehilfen decken. Da er mir nun freilich unter den vielerlei Dienstleistungen die er zu besorgen hat, auch solche ausführt welche meinen Erwerb indirekt fördern können, so schreibe ich seinen Lohn stets unter die „allgemeinen Unkosten“, deren größtmöglichste Verminderung ein Hauptbestreben jeglichen ordentlichen Geschäftsmannes ist.

Man wird nun aber zugestehen, daß der Hauptwerth der Leistungen meines Hausknechtes sowohl als der Bahnen in deren Billigkeit besteht. Wenn durch das Tragen vom Boden nach der Stube das Brennholz so vertheuert wird, daß es in keinem Verhältniß mehr zu seinem wirklichen Werthe steht, dann verlieren selbstverständlich die Leistungen des Hausknechtes jeglichen Werth. Wenn die Beförderung des Schöffels Weizen von Wien nach Paris so viel kostet, daß der Verkaufspreis in letzterer Stadt so hoch gestellt werden muß, daß nur noch eine kleine Minderheit der Nahrungsbedürftigen denselben erschwingen kann, dann hört der von der Eisenbahn durch die Beförderung geleistete Dienst auf eine Wohlthat, ein Vortheil für die Gesellschaft zu seyn. Zwingt

uns nun die Nothwendigkeit, dergleichen Dienste um jeden Preis anzunehmen, so verwandelt sich der an die Eisenbahn gezahlte Frachtpreis in eine Art Zwangssteuer, welche von dem gesammten Erwerb, von der eigentlichen erzeugenden Arbeit des ganzen Landes getragen werden muß und die deshalb die Erzeugung eher vermindern als vermehren hilft. Wenn durch die theure Fracht der Schäffel Waizen einen Gulden mehr kostet, kann ich um so viel Waizen weniger einkaufen, und werde dadurch gezwungen mein Bedürfniß einzuschränken, was meiner Gesundheit und derjenigen meiner Familie schaden kann. Andererseits drückt auch die theure Fracht auf den Erzeuger des Waizens, der deshalb weniger Einnahme, weniger Lohn für seine Arbeit erhält und so auch weniger auf die Verbesserung seines Ackerbaues verwenden kann. Es ist eine nicht zu läugnende Thatsache, daß in Frankreich, dem Lande der theuern Eisenbahnfrachten, die Landwirth in guten Jahrgängen keinen lohnenden Preis von ihrem Getreide erzielen und deshalb auch ihre Arbeiter nur ungenügend bezahlen können, die es hinwieder vorziehen nach den Städten auszuwandern. Das zur See oder auf billigeren Bahnen bis an die Grenze gebrachte fremde Getreide hilft natürlich ungemein den Preis des einheimischen niederzuhalten. In schlechten Jahrgängen dagegen vertheuern die Eisenbahnfrachtpreise stets das erste Lebensbedürfniß, das Brod in ganz empfindlicher Weise.

Stehen uns nun außer der Eisenbahn keine anderen Verkehrsmittel zu Gebote, so wird diese Zwangssteuer nur noch zwingender, indem wir uns dann den von der Bahngesellschaft gestellten Bedingungen in jedem Falle beugen müssen. Deshalb genießt auch eine solche Association ein wahres Monopol, das um so gesicherter ist als die Bahnen immer neqweise derselben Gesellschaft angehören und von Einer Direktion verwaltet werden, alle diese Gesellschaften aber untereinander sich leicht verständigen. Für den Reisen-

den tritt dieser Zwang um so mehr ein, als manche Reisen gar nicht vermieden werden können. Man hat daher auch die Fahrpreise schon soweit steigern können daß, mit Ausnahme etwa der Zeitersparniß, in vielen Fällen für den Reisenden gar keine Vortheile mehr bei der Eisenbahnbeförderung bestehen. Fragt einmal die Arbeiter welche oft weite Reisen machen müssen um Arbeit zu finden, ob die Eisenbahn ihnen irgend einen Dienst erweist, ob sie dieselbe ernstlich benützen können. Die Eisenbahnpreise drücken gerade am meisten auf den Arbeiter und den kleinen Geschäftsmann. Für letzteren machen sie einen zu großen Theil der vom ganzen Geschäft zu tragenden allgemeinen Unkosten aus. Der große Geschäftsmann ist dadurch also wiederum begünstigt, und auch aus diesem Grunde sehen wir daß im Zeitalter der Eisenbahnen, welche vorgeblich zur allgemeinen Billigkeit beitragen und allen Classen nützen sollen, die großen Geschäftsleute die kleinen immer mehr verschlingen.

Freilich reisen nun die Aktionäre auch — die Direktoren und Administratoren haben überall freie Fahrt — und müssen so gut als andere die theuren Preise bezahlen. Auch für ihre zu verschickenden oder eingekauften Waaren müssen sie denselben Frachtpreis wie jeder Andere hinzurechnen. Dafür haben sie aber, wenigstens solange das jetzige System sich noch erhält, auch einen Theil des daraus für die Gesellschaft entspringenden Gewinnes. Es ist immer nur das große des Aktienbesitzes entbehrende Publikum, der Verkehr und die Produktion des ganzen Landes, welche die durch die hohen Fracht- und Fahrpreise der Bahnen entstehenden Kosten zu tragen haben. Insoferne können die Eisenbahnen eine wahre Belastung der landwirthschaftlichen und gewerblichen Erzeugung eines Landes bilden. Dieß ist um so mehr der Fall als durch die vorhin geschilderten Reinerträgnisse dieser Unternehmungen Scheinwerthe und für viele Personen ein trügerischer Wohlstand geschaffen werden, welche in die

Gesamtsummen des Vermögens und der Einkünfte der Bevölkerung mit inbegriffen sind und so den eigentlichen Werthen schaden müssen.

Hieraus ergibt sich fast von selbst, wie ein wahrhaft nützlich, auf gesunden wirthschaftlichen Grundsätzen beruhendes Eisenbahnwesen eingerichtet seyn muß. Die Eisenbahn ist weiter nichts als eine kostspielige Straße mit eigenem Betriebsmaterial. Da die Gemeinschaft, der Staat, dieselbe nicht wohl auf Kosten der Steuerzahler bauen und erhalten kann, so müssen selbstverständlich diejenigen welche die Straße benützen, unter der Gestalt von Fahr- und Frachtpreisen eine Abgabe entrichten, deren Ertrag zur Verzinsung und Tilgung des dazu verwendeten Capitals, zur Erhaltung des Baues, des Betriebsmaterials und Personals dienen muß. Ein eigentlicher Ertrag oder Dividende, d. h. ein Ertrag der über den landesüblichen Zinsfuß hinausgeht, ist deshalb durchaus nicht zulässig. Ist einmal das Gründungscapital getilgt, dann muß eine Verminderung der Fracht- und Fahrpreise eintreten, indem ja jetzt ein bedeutender Theil der Ausgaben wegfällt. Die einfachste und der Natur der Sache entsprechendste Art der Gründung von Eisenbahnen bestünde also ungefähr darin, daß der Staat, die Provinz oder die betheiligten Gemeinden und Städte der unternehmenden Gesellschaft die Zinsen des Gründungs-Capitals zu dem landesüblichen Satze von 4½ bis 5 Procent, gleich ihren eigenen Anleihen, garantirten, natürlich unter dem Vorbehalt die Verwendung dieses Capitals und des Betriebes zu überwachen oder einfach nur gewisse Bedingungen dafür festzusetzen. Das Zinserträgniß dürfte niemals mehr als 5, höchstens 5½ Procent betragen, jeglicher Ueberschuß aber der Reineinnahme käme dem Publikum zu gute, indem die Frachtpreise herabgesetzt und durch vermehrte Tilgung des Gründungs-Capitals der Zeitpunkt der völligen Entlastung der Bahn schneller herbeigeführt würde. Man hat Straßen

und Brücken auf ähnliche Weise gebaut und solange eine Abgabe für deren Benutzung erhoben bis die Anlagelkosten erstattet waren. Wäre es deshalb nicht in der Ordnung, daß man mit den Eisenbahnen ebenso verfähre?

Die Eisenbahnen sind eines der wichtigsten Glieder des jetzigen öffentlichen und wirthschaftlichen Lebens geworden. Hätte man deren Anlage und Benutzung nach den oben dargelegten Grundsätzen betrieben, dann hätten sie auch zu einem der wichtigsten Mittel werden müssen die wirthschaftliche oder sociale Frage zu lösen, wogegen sie bis jetzt nur zur Verschlimmerung dieser Frage beigetragen haben. Billige und schnelle Beförderung aller Waaren und Erzeugnisse konnte gesichert, den beim Betrieb Angestellten und den Arbeitern konnte ein ausreichendes Einkommen und entsprechende Altersversorgung zugemessen werden. Statt dessen hat sich der Capitalismus dieser Anstalten als einer reinen Geschäftssache bemächtigt, die er ohne jegliche Rücksicht auf deren Charakter und auf das öffentliche Wohl in jeder Art ausbeutet. Die Eisenbahnbeamten sind schlecht und ungenügend bezahlt, haben aber dafür bis zu 15 und 18 Stunden und noch mehr täglichen Dienst, fast niemals einen Ruhetag und fallen bei der durch Verkrüppelung oder Alter herbeigeführten Arbeitsunfähigkeit fast stets der öffentlichen Armenpflege oder der Wohlthätigkeit der Einzelnen zur Last. Diese Leute sind in einer schlimmeren Lage als die Leibeigenen des Mittelalters. Ist es nicht in öffentlichen Blättern gerügt und 1865 auch in der preussischen Kammer zur Sprache gebracht worden, daß auf der westfälischen Bahn ein Weichensteller 22 Stunden Dienst täglich und dafür nur das Almosen von 15 Groschen als Lohn hatte.

Die Capitalisten dagegen, namentlich diejenigen welche als Administratoren und Direktoren das Heft in Händen haben, beziehen einen ungebührlich hohen Zinsertrag von

ihren Capitalien und helfen dadurch den Zinsfuß in der Höhe zu halten, d. h. den Wucher zu unterstützen. Es ist ganz bezeichnend, daß in Frankreich wo das System der rücksichtslosesten Ausbeutung am ausgebildetsten ist, die Eisenbahngesellschaften sich vor der Veröffentlichung der auf ihren Bahnen vorgekommenen Unglücksfälle fürchten und die Publicität auf jegliche Weise verhindern zu müssen glauben. Sie wissen nur zu gut, daß ihrem System stets die größte Schuld beizumessen ist, indem die meisten Unglücksfälle daher kommen, daß die durch Ueberanstrengung und zu langer Wachen ermüdeten und schläfrig gewordenen Angestellten der Bahn sich unwillkürlich eine Nachlässigkeit haben zu Schulden kommen lassen. Das Publikum weiß das so gut wie die Leiter. Es herrscht deßhalb in der That auch eine üble Stimmung gegen die Bahngesellschaften, welche durch die häufigen Entschädigungsprozesse für verunglückte Reisende oder verkrüppelte Angestellte und durch den großartigen finanziellen Schwindel den so manche Direktionen sich erlauben, stets neue Nahrung erhält.

(Fortsetzung folgt.)

XLVIII.

Die St. Galler Neujaarsblätter.

Der historische Verein in St. Gallen ist mit dem nachahmungswerthen Beispiele vorangegangen, alljährlich eine Neujaarsgabe auszutheilen, um „der reiferen Jugend und den Kreisen der Gebildeten die Kantons- und Landesgeschichte durch geschlossene Bilder, sei es nun engern oder weitem Umfangs, nahe zu bringen.“ Diese den Umfang von zwei großen Quartbogen selten überschreitenden Publikationen vermitteln nicht nur in brillanter Darstellung ein schön verarbeitetes Material, sondern erfreuen auch durch die saubere und musterghltige artistische Ausstattung, welche dem mit anscheinender Anspruchslosigkeit begonnenen Unternehmen noch einen eigenen Reiz und Schwung gewährt.

Den Beginn machte (1863 und 1864) die auf Grund der ältesten Quellen bis zum Ende des ersten Jahrtausends erzählte Geschichte des Klosters St. Gallen. Beigegeben sind, und zwar in der GröÙe der Originale, die Copien der berühmten Elfenbein-Diptychen, welche, vielleicht ganz oder doch theilweise aus Tutilo's kunstreichen Händen hervorgegangen, heute noch ein Juwel der Stiftsbibliothek bilden *); dazu eine kostbare von Bischof Salomo gemalte und vom Schönschreiber Sintram mit weiterem Text versehene Initiale und zwar in einem das

*) Vergl. G. Förster Geschichte der deutschen Kunst (Leipzig 1860) I. 34.

Vorbild auf's täuschendste wiedergehenden Farbendrucke welcher, wie alle diese Blätter, das beste Lob verdient.

Das Jahr 1865 brachte einen Excurs über die Grajen von Toggenburg, deren Einer als Dichter glänzt und in der berühmten Manessen-Handschrift auch mit einem eigenen Bilde gefeiert ist. Darauf folgte (1866) die historische Beleuchtung zweier weiteren Sängerklein, des Truchseß Ulrich von Singenberg und des Schenken Konrad von Landegg, sodann 1867 die Reproduktion und Erklärung eines in der beliebten Vogelperspektive aufgenommenen St. Galler Stadtplanes vom J. 1596.

Die jüngste Neujahrsspende (1868) bietet einen denkwürdigen Beitrag zur Reformations-Geschichte und zwar die Mißhandlung der armen Feldnonnen bei St. Leonhard, erzählt mit den treuherzigen handfesten Worten der letzten Mutter Wiborada Mörli, welche mit mannkraftigem Muth ihre Sache verfocht und ihr Leid in ein Memorial brachte, welches „die Gedanken und Empfindungen, das Thun und Lassen, das Reden und Schweigen der Feldnonnen und besonders ihrer Mutter so anschaulich darstellt, daß der Leser unwillkürlich mit den geängstigten Frauen Mitgefühl und Mitleid haben muß.“ Es ist das seitdem unzählige Male immer wieder auf's neue inscenirte Bravourstück liberaler Bureaufratie und der allgewaltig regierenden Versädie, welche zuerst voll grinsenden Wohlwollens den armen Frauen schützende Bögte setzt, dann die Prediger der neuen Lehre ordinirt und nach endlosen Chicanen und nachdem ein künstlicher Volksauslauf mit officieller Plünderung glücklich durchgeführt worden, die armen Opfer auf die Straße wirft. Ein zum Himmel schreiender Akt des staatsomnipotenten Aufklärichts, dessen Repräsentanten nach dreihundertjähriger Praxis heute noch ebenso gute Geschäfte machen. Alles Lieb in neuen Variationen!

Das Vorbild dieser schweizerischen Vereine dürfte auch anderswo, heraußen im Reich, zur Nachbildung reizen und jedenfalls verdienstlicher sich erweisen und viel erspriesslicher als so Manches was zur angeblichen Erweckung des verschiedenfarbig colorirten „Patriotismus“ schon verpatst wurde.

XLIX.

Streiflichter auf die Wirkungen der neuen National-Oekonomie.

Vom französischen Standpunkte.

(Fortsetzung.)

Man darf es sich übrigens nicht verhehlen, daß der Wucher in unsern gegenwärtigen wirthschaftlichen Verhältnissen und Einrichtungen liegt und daß deshalb eine sogenannte Beschränkung des Zinsfußes auf gesetzlichem Wege dem Uebel nicht abhelfen und den Zinsfuß niederhalten kann. Die sogenannten Wuchergesetze stammen aus einer Zeit wo man solche großartigen finanziellen Unternehmungen wie sie heute zu hunderten und tausenden bestehen, noch gar nicht kannte. Derlei Gesetze beziehen sich deshalb auch nur auf den Privat- oder kleineren Verkehr und haben sozusagen nur primitive Verhältnisse im Auge. Dieser kleine Verkehr, die Geldgeschäfte zwischen gewöhnlichen Geschäftsleuten, Handwerkern und kleinen Geldbesitzern sind gar nicht selbstständig sondern hängen völlig von den allgemeinen Verhältnissen, von dem großen Geldmarke ab. Auf diesem letztern aber herrscht der Wucher, d. h. der zu hohe Zinsfuß ganz unumschränkt. Denn wie wollte man es anders nennen, wenn die Regierungen selbst über den gesetzlichen

Zinsfuß hinausgehen um nur Geld für ihre eigenen oft zweifelhaften Unternehmungen zu bekommen; und wenn alle die vorgeblich des öffentlichen Wohles halber vom Staate unterstützten Unternehmungen auch die verwerflichsten Mittel anwenden dürfen, um den Zinsertrag ihrer Capitalien möglichst hoch zu schrauben? Wenn der Staat selbst Wucher im größten Maßstabe treibt oder veranlaßt, wenn die privilegierten und mit tausenden von Millionen arbeitenden Gesellschaften einen unverhältnißmäßig hohen Zinsertrag heraus schlagen dürfen, wie will man da dem kleinen Geldbesitzer es verübeln oder ihn verhindern dasselbe zu thun? Der kleine Geldbesitzer ist ja gezwungen sich den von dem Großcapitalisten gestellten Bedingungen zu fügen, wenn er dessen Dienste beansprucht. Deßhalb ist auch dem Wucher auf die bisherige Weise durch Gesetzesbestimmungen gar nicht mehr beizukommen, alle Gesetze werden unvermögend und unnütz seyn so lange solche Verhältnisse bestehen. Warum soll ich gezwungen seyn meinem Nachbarn mein Geld für 5 Procent zu leihen, wenn mir der Staat 6 bis 10 gibt, und wenn dessen Anlegung in Eisenbahnactien 7 bis 20 vom Hundert einträgt, wie dieß in Frankreich der Fall ist.

Man entschuldigt die hohen Zinsen welche gewisse Staaten zahlen, mit der Unsicherheit des Schuldners, ebenso wie man die hohen Erträgnisse der Eisenbahnen durch das Wagniß und die Fährlichkeiten eines solchen Unternehmens zu erklären sucht. Aber kann nicht auch bei meinem Nachbar dieselbe Unsicherheit bestehen, welche dort den hohen Zinsfuß entschuldigt? So lange also hinsichtlich des Großcapitalis, der Staatsanleihen und der öffentlichen Unternehmungen das bisherige Verhältniß besteht, ist eine Beseitigung des Wuchers im täglichen und Kleinverkehr gar nicht zu bewerkstelligen. Das Großcapital hat sich schon längst über diejenigen Grundsätze hinweggesetzt welchen die Wuchergesetze entsprungen und die der gewöhnlichen Ehrlichkeit entsprachen. Warum will man denn dem Kleincapital noch den Baum

anlegen, den man im Großen selbst längst weggeworfen? Bringt die dem Christenthum entsprechenden vernünftigen und einzig richtigen volkswirtschaftlichen Grundsätze im Großverkehr wiederum in Geltung, dann wird, Dank dem heutigen Capitalüberfluß, der Wucher unmöglich werden und sehr bald verschwinden.

Wenn wir hier namentlich den Zinsfuß der Staatsanleihen und den Ertrag der in Eisenbahnen angelegten Capitalien beschränkt wissen wollen, so liegt die Ursache sowohl in dem Charakter als auch in dem Umfange beider Einrichtungen. Der Staat verwendet sein geborgtes Geld ausschließlich zu Rüstungen, Kriegen, Bauten und sonstigen völlig unfruchtbaren Ausgaben und Anlagen. Daß die Eisenbahnen an sich ebenfalls unfruchtbare Unternehmungen sind, die zwar die Production eines Landes fördern helfen können, selbst aber nicht erzeugen und auf Kosten der eigentlichen Production erhalten und gebaut werden müssen, haben wir schon genügend dargethan. Nun verschlingen aber diese beiden Institutionen die größten Capitalien welche die Völker je erzeugt und bejessen haben. Hunderte von Milliarden sind auf diese Weise angelegt; in Frankreich allein betragen die Capitalien der einheimischen Staatsanleihen und der Eisenbahnen zusammen über zwanzig Milliarden. Dazu die zahllosen fremden Staatsanleihen und Bahnunternehmungen. In der ganzen Industrie zusammengenommen werden schwerlich ebenso viel Capitalien angelegt seyn als in Staats- und Eisenbahnpapieren. Und doch müssen die Industrie und der Ackerbau, die einzig produktiven Leistungen des Staatslebens, die Zinsen dieser Capitalien tragen, also um soviel mehr erzeugen.

Man braucht sich über die Theuerung aller nothwendigsten Lebensbedürfnisse gar nicht mehr zu wundern. Die fruchtbaren und einen wirklichen Ertrag durch Erzeugung neuer Werthe gewährenden Unternehmungen müssen, außer den Kosten der Erzeugung und der Verzinsung ihrer eigenen

Zinsfuß hinausgehen um nur Geld für zweifelhaften Unternehmungen zu bekommen die vorgeblich des öffentlichen Wohles unterstützten Unternehmungen auch die anwenden dürfen, um den Zinsertrag möglichst hoch zu schrauben? Wenn im größten Maßstabe treibt oder legirten und mit tausenden von Gesellschaften einen unverhältnißmäßig schlagen dürfen, wie will man es verübeln oder ihn verhindern? Kleine Geldbesitzer ist ja gegen Capitalisten gestellten Bedir Dienste beansprucht. Der bisherige Weise durch G des Reichen auf Unkosten des beizukommen, alle Gese. man braucht man die Eisenbahnen seyn so lange solche T bei theuern Zeiten muß der kleine gezwungen seyn mehr Geld leihen und deshalb auch höhere cent zu leihen, weil als sonst, wovon natürlich nur der wenn dessen Anleihen hat. Bei schlechten Zeiten nimmt das Hundert einträgt, seinen Mannes stets ab, denn wenn er die

Man entschuldigt gedrückte Summe forterhält, so hat die ten zahlen, mit Werth, da die unentbehrlichen Ausgaben man die hohen. Das Einkommen des Reichen nimmt dagegen niß und die solche Prüfungen, die die große Mehrzahl erklären suchen. Welchen Tribut haben nicht die Eisen dieselbe Unf. Getreide erhoben, welches wegen der Miß entschuldigt Frankreich aus Ungarn herbeigeschafft werden der Staat. Einsichtigen sagten, daß die Frachtpreise das bisher beiden Ländern den entsprechenden Vorkr. Buchers Wer aber bezahlt dieselben wenn nicht der stilligen der arme Arbeiter, der oft nur trockenes Brojenigen der Regierung hat der Gewaltherrschaft des Capitalentspru. eine Sekte von Capitalisten jeglichen Vorkr. Warum

ine hübsche

ger Unter-

adert großen

it Millionen

wissenheit oder

ch gebe gern zu,

meidlichen Folgen

war es hauptsächlich

entralisation derselben

daß dadurch nicht nur

auch wirthschaftliche Vor-

arch nur dem ungeheuersten

Thor geöffnet wurde, konnte

opunkte aus nicht voraussehen;

nehmen ja immer die Leiden-

agliche Unschuld des Menschen als

Systeme an. Die Regierung för-

die Verschmelzung der verschiedenen

und concentrirte deren oberste Leitung

um dieselben so stets unter der Hand

eilich für politische und kriegerische Zwecke

Wichtigkeit ist. Fast sämtliche französische

n sich deßhalb seit einem Jahrzehnt und mehr

n von sechs großen Gesellschaften, Paris-Ordon,

Orleans, West-, Süd- und Ostbahn, denen

Concessionen und außerdem alle sehr bedeutenden

terstützungen zufallen.

3 Beispiel wie der Capitalismus bei solchen Ver-

jungen zu Werke geht, will ich diejenige anführen aus

die jetzige Orleansgesellschaft hervorgegangen. Dieselbe

1852 aus der Vereinigung der Linien Paris-Orleans,

Orleans-Bordeaux, Tours-Nantes und Mittelfrankreich ent-

anden. Das Gründungscapital der drei letztern Gesell-

schaften betrug zusammen 102,750,000 Franken. Die an-

zusehende Orleansgesellschaft zahlte aber nur 77,067,000 Fr.

739

Soziale Einrichtungen.

im Großen selbst längst weggeräumt?

enthum entsprechenden vernünftigen und

wirtschaftlichen Grundsätze im Großen

und dann wird, Dank dem heutigen

unmöglich werden und sehr bald

en Zerstörung der Staaten-

schonen angelegten Carie-

at die Ursache sowohl

als jeder Ursache-

aus der die

der letzten

der die

der die

der die

der die

der die

der die

der die

der die

der die

der die

der die

der die

der die

der die

der die

der die

der die

der die

der die

der die

der die

der die

der die

Capitalien, auch noch den unsinnig hohen Zinsbetrag der in unfruchtbaren, jeglichen wirklichen Ertrages entbehrenden Unternehmungen angelegten Capitalien tragen. Das wirkliche Einkommen der arbeitenden und erzeugenden Bevölkerung ist auf diese Weise zu Gunsten einer alle Geldverhältnisse und das ganze wirthschaftliche System beherrschenden wenig zahlreichen Sippe durch eine fast unerschwingliche Zinsenlast geschmälert. Daher die heutigen Theuerungsverhältnisse, welche selbstverständlich nur die arbeitenden und erzeugenden Classen drücken, deren Taglohn und Erwerb durch dieses System auf das bescheidenste Maß beschränkt wird. Der Capitalist dagegen der den Vortheil dieses Systems allein genießt, spürt die Theuerung der nothwendigsten Lebensbedürfnisse stets am allerwenigsten. Jede außerordentliche Theuerung des Brodes steigert nur das Einkommen des Reichen auf Unkosten des Armen. Bei theuern Zeiten braucht man die Eisenbahnen mehr als gewöhnlich; bei theuern Zeiten muß der kleine Mann mehr und öfters Geld leihen und deßhalb auch höhere Zinsen davon zahlen als sonst, wovon natürlich nur der Capitalist Nutzen hat. Bei schlechten Zeiten nimmt das Einkommen des kleinen Mannes stets ab, denn wenn er dieselbe in Geld ausgedrückte Summe forterhält, so hat diese jetzt viel weniger Werth, da die unentbehrlichen Ausgaben gestiegen sind. Das Einkommen des Reichen nimmt dagegen stets zu durch solche Prüfungen, die die große Mehrzahl eines Volkes treffen. Welchen Tribut haben nicht die Eisenbahnen von dem Getreide erhoben, welches wegen der Mißernte in Frankreich aus Ungarn herbeigeschafft werden mußte! Alle Einsichtigen sagten, daß die Frachtpreise zu hoch seien um beiden Ländern den entsprechenden Vortheil zu verschaffen. Wer aber bezahlt dieselben wenn nicht der kleine Mann, der arme Arbeiter, der oft nur trockenes Brod zu essen hat?

Die Regierung hat der Gewaltherrschaft des Capitals oder vielmehr einer Sekte von Capitalisten jeglichen Vorschub

geleistet, und wenn heute alle französischen und eine hübsche Zahl auswärtiger Eisenbahngesellschaften und sonstiger Unternehmungen gänzlich in den Händen von etwa hundert großen Capitalisten sich befinden, die alle sozusagen mit Millionen spielen, so ist dieß nur der Unvorsichtigkeit, Unwissenheit oder Mitschuld der Regierenden zuzuschreiben. Ich gebe gern zu, daß die Regierung selbst nicht die unvermeidlichen Folgen ihres Thuns voraussehen konnte. Ihr war es hauptsächlich um vermehrte Unternehmungen und Centralisation derselben zu thun, weil sie fest daran glaubte, daß dadurch nicht nur wichtige politische Zwecke sondern auch wirthschaftliche Vortheile erreicht würden. Daß dadurch nur dem ungeheuersten Ausbeutungssystem Thür und Thor geöffnet wurde, konnte sie vom modern-liberalen Standpunkte aus nicht voraussehen; unsere modernen Gelehrten nehmen ja immer die Leidenschaftslosigkeit und ursprüngliche Unschuld des Menschen als Ausgangspunkt all ihrer Systeme an. Die Regierung förderte und veranlaßte die Verschmelzung der verschiedenen Eisenbahngesellschaften und concentrirte deren oberste Leitung sämmtlich in Paris um dieselben so stets unter der Hand zu haben, was freilich für politische und kriegerische Zwecke von der größten Wichtigkeit ist. Fast sämmtliche französische Bahnen befinden sich deßhalb seit einem Jahrzehnt und mehr in den Händen von sechs großen Gesellschaften, Paris-Orléans, Nordbahn, Orléans, West-, Süd- und Ostbahn, denen alle neuen Concessionen und außerdem alle sehr bedeutenden Staatsunterstützungen zufallen.

Als Beispiel wie der Capitalismus bei solchen Verschmelzungen zu Werke geht, will ich diejenige anführen aus der die jetzige Orléansgesellschaft hervorgegangen. Dieselbe ist 1852 aus der Vereinigung der Linien Paris-Orléans-, Orléans-Bordeaux, Tours-Nantes und Mittelfrankreich entstanden. Das Gründungscapital der drei letztern Gesellschaften betrug zusammen 102,750,000 Franken. Die anlaufende Orléansgesellschaft zahlte aber nur 77,067,000 Fr.

in 500 Franken-Aktien ihres eigenen Unternehmens, wodurch also für die Aktionäre der verschlungenen Gesellschaften ein Verlust von 25,683,880 Fr. entstand, der nun freilich durch den künstlich herbeigeführten Cours der Aktien ausgeglichen wurde, die damals zu 1145 Fr. an der Börse gehandelt wurden, während die Aktien der angekauften Gesellschaften 528 bis herab zu 300 standen. Selbstverständlich waren diese Course durch künstliches Treiben herabgedrückt worden. Nur bei der Einlösung der Aktien werden also die Aktionäre der aufgelösten Gesellschaften jenen Verlust von 25,683,880 Fr. verspüren die sie weniger erhalten müssen. Doch dieß konnte ihnen wenig Kummer machen, die Auslösung ist auf eine lange Reihe von Jahren, etliche 80, vertheilt und das Dichten dieser Leute geht eben nur auf Börsenspiel mit augenblicklichem Gewinn. Sie haben also die günstige Gelegenheit benutzt um ihre Aktien, die man während dieser Zeit auf 1200 Franken getrieben hatte, zu verkaufen. Später konnten sie das Papier um ein gutes Drittel billiger wieder erwerben und hatten dadurch einen ganz außerordentlichen Gewinn. Die Aktionäre der ankauenden Bahn kamen freilich am besten weg, indem sie allein keinen Verlust an ihren Aktien erlitten. Die günstige Lage der ankauenden Gesellschaft erklärt sich dadurch daß die Regierung ihr alle neuen Conzessionen in dem Bereich dieser sämtlichen Bahnen zugestanden hatte, wodurch es von ihr abhing die betreffenden Gesellschaften durch ihre Concurrenz zu Grunde zu richten.

Die ankauende Orleansgesellschaft, deren ursprüngliches Capital 40 Millionen betrug, gab deßhalb ihren Aktionären für je 5 alte Aktien 8 Aktien der neuen aus der Verschmelzung hervorgegangenen Gesellschaft. Die Aktionäre hatten ursprünglich 40 Millionen eingezahlt, erhielten nun für 64 Millionen Aktien ohne einen Pfennig mehr auszugeben. Fürwahr ein hübsches Geschäft! Und da will es Mancher nicht gelten lassen, wenn man solches Aktienpapier als schädliche Scheinwerthe behandelt? — Obige 77 Millionen für

die Bahnen der aufgelösten Gesellschaften zu den 40 Millionen der anlaufenden Gesellschaft hätten zusammen 117 Millionen als neues Gesellschaftscapital ergeben. Da man aber 64 anstatt 40 Millionen an die Aktionäre der anlaufenden Gesellschaft gegeben, mußte das Capital der neuen Gesellschaft um so viel höher, somit auf 141 Millionen angesetzt werden. Wer aber bezahlt die Zinsen und die Tilgung dieser also geschaffenen 24 Millionen Scheinwerthe, wenn nicht das die Bahn benutzende Publikum? Und dabei zahlt diese Bahn ihren Aktionären seitdem durchschnittlich 10 Procent und mehr Dividende jährlich.

Wie bei dieser Verschmelzung, so ist es bei allen übrigen gegangen. Die Leiter der anlaufenden Hauptgesellschaft, stets Leute die mit allen Regierungsorganen auf dem besten Fuße standen, wußten es, Dank der Vereinigung der Capitalien in wenigen Händen, immer so einzurichten, daß vor jeder solchen Verschmelzung ihre Aktien in höchster Höhe des Börsenhimmels standen. Die stets dienstwillige liberale Presse that dabei ihre Schuldigkeit und leistete das Menschenmögliche um die Vortheile der Verschmelzung dem noch etwas störrigen und mißtrauischen Publikum begreiflich zu machen. War dann die Maßregel glücklich durchgeführt, so wurde das Ergebniß der Verhandlungen mit möglichstem Aufwand von telegraphischen Depeschen, Zeit- und sonstigen Artikeln gefeiert, worauf das Publikum sofort mit pflichtschuldigem Eifer sich auf die mit allen Mitteln der Verlockung dargebotenen neuen Aktien stürzte. Heute benachrichtigte man die Leute daß die Aktien schon bis auf wenige vergriffen seien, den andern Tag waren es noch viel weniger, am dritten Tage aber war jedenfalls Alles vergriffen und dabei noch viele Käufer leer ausgegangen. So ging dieß wochenlang fort. Die Erwartung, das Verlangen wurde auf das höchste gespannt, die Aktien stiegen gar lieblich in die Höhe und waren im Nu vergriffen. Die „Macher“ verkauften nun die übrigen um sie einige Monate darauf um 25 bis 50 Procent billiger

wieder zu erwerben. Man kann dreist behaupten, daß durch derlei Verschmelzungen dem Publikum mindestens 600 Millionen Franken abgenommen worden sind. Und dazu sind die Fahr- und Frachtpreise niemals ermäßigt, mehrmals aber erhöht worden, so daß auch hierin dem Publikum kein einziger Vortheil sondern nur Schaden erwachsen ist.

Im Jahre 1866 haben die sechs Eisenbahngesellschaften die ich genannt habe, ihren Aktionären zusammen 159,510,840 oder rund 160 Millionen Franken Dividende gezahlt. Das von den Aktionären eingezahlte Capital beträgt aber nur 1477 Millionen so daß, wenn der landesübliche Zinsfuß von 5 Proc. eingehalten worden wäre, dieselben nur 70 Mill. erhalten hätten. Es sind also 90 Millionen mehr dem die Bahnen benutzenden Publikum entzogen worden, als nöthig gewesen um den gesetzlich festgestellten Zinssatz zu decken. Es wäre somit ein Leichtes alle Beförderungspreise um mindestens 30 bis 40 Procent zu ermäßigen, indem ja dann auch durch die vermehrte Benutzung eine solche Steigerung der Einnahmen eintreten müßte, daß die Betriebs- und Unterhaltungskosten stets reichlich gedeckt werden könnten. Dann würden auch die Bahnen zu einer wirklichen Wohlthat, zu einem wahren Förderungsmittel des Gewerbsfleißes und jeglicher Production werden können.

Jene 90 Millionen machen aber, auf alle Franzosen vertheilt, fast $2\frac{1}{2}$ Franken auf jeden Einzelnen aus. Um diese Summe wäre also der Erwerb und das Einkommen eines Jeden entlastet, was jedenfalls für die ärmern Classen, wo die Arbeit des Mannes oft eine Familie von 3 bis 7 Personen ernähren muß, gar nicht so unbedeutend seyn würde, indem die Entlastung für diesen Mann 7 bis 17 Franken betragen würde. Ueberhaupt muß man annehmen daß, Dank den großen Beamten- und bewaffneten Heeren mit ihren vielen Anhängseln und trotz der durch die moderne Entwicklung bis in's Unendliche gesteigerten Arbeitsfähigkeit aller Altersclassen, nur höchstens ein Viertel der Seelen-

zahl eines auf der Höhe der Zeit stehenden Volkes mit nutzbarer oder erzeugender Arbeit beschäftigt ist. Die Arbeit eines Jeden ist deßhalb durchschnittlich anstatt mit 2 $\frac{1}{2}$, mit 10 Franken belastet, die schon vorweg abgezogen werden müssen. Es ist dieß nur ein einzelner kleiner Posten, der sich aber in unserm neuern Staatssystem gar vielfach wiederholt und so die Theuerung und die Herabdrückung des Arbeitslohnes hervorbringt. Wer nun auch unmittelbar die Reisekosten und Eisenbahnfrachten bezahlt, schließlich müssen dieselben ja immer zu den allgemeinen Kosten der Erzeugung und des Geschäftes geschlagen werden, wodurch sie am Ende immer auf den erzeugenden Arbeiter zurückfallen, sei es nun daß er deßhalb weniger verdient oder daß er seine Bedürfnisse theurer bezahlt, was auf dasselbe hinauskommt.

Die Sache gewinnt aber noch einen ganz andern Anstrich, wenn man bedenkt, daß die hohen Dividenden nur durch die vom Staate den Bahngesellschaften gewährten Unterstützungen möglich werden. Leider fehlen uns die genauen Nachweise über die Gesamtsumme dieser Zuschüsse welche, je nach Umständen, zwischen 20 bis 50 Millionen jährlich betragen dürften. So z. B. erhielt die Paris-Lyon-Mittelmeerbahn 1852 die dem Staate gehörige Bahn von Nîmes nach Montpellier ganz umsonst und außerdem noch eine jährliche Summe von 2,735,000 Fr. zugesichert. Die Orleans-Gesellschaft hat 85 Millionen Subvention erhalten. Alle Bahngesellschaften, darunter auch die so reiche Nordbahn, haben Darlehen vom Staat erhalten; die meisten ihrer Obligationen sind vom Staate garantirt, was die leichtsinnige Wirthschaft bei den Verwaltungen nur fördern kann. Diese Zuschüsse aber sind aus den Taschen des Volkes gewonnen, dem ohnedieß schon jährlich 90 Millionen durch zu hohe Fahrpreise aufgeladen werden. Das Volk ist also in doppelter Weise zu Gunsten der Eisenbahnen oder vielmehr ihrer Verwalter und Aktionäre belastet.

Hier muß dann noch in Anschlag gebracht werden daß

gleich dem angeführten Beispiel der Orleansgesellschaft, bei allen unter dem Zuthun der Regierung in den letzten Jahrzehnten bewerkstelligten Verschmelzungen ähnliche Capitalsteigerungen stattgefunden haben für welche keine Gegenleistung, keine Einzahlung und wirkliche Werthvermehrung aufzuweisen ist, indem die neuen Aktien nach einem ähnlichen Maßstabe wie bei der genannten Gesellschaft unter die Aktionäre vertheilt und von diesen zu ihren Börsenspekulationen verwendet wurden. Sodann sind unter obiger Dividenden-Summe von 160 Millionen die Gewinnanttheile, Gehälter und sonstigen erlaubten und unerlaubten Vortheile der Administratoren und Direktoren nicht mit inbegriffen, obwohl sie ebenfalls Millionen betragen. Von den Unterstützungen welche die Gesellschaften ihrerseits an Zeitungen, Journalisten und sonst einflußreiche Personen ausgeben und die ebenfalls in der Buchung nicht leicht nachzuweisen, soll ebenfalls keine Rede seyn.

Wir haben schon zur Genüge nachgewiesen, wie mittelst der Theilung des Capitals in Aktien und Obligationen und die damit zusammenhängenden Manöver stets die kleine Minderheit der Besitzer in fast absoluter Weise über die ungeheuren Capitalsummen verfügt. Bei den Obligationen ist nun noch ein anderer sehr wichtiger Umstand hervorzuheben. Diese Papiere lauten auf 500 Franken und tragen 3 Proc. Zinsen; d. h. sie sind zu diesem Nominalwerthe ausgegeben und werden auch zu demselben eingelöst. In der Wirklichkeit aber werden sie vom Ursprunge an zu 300 Franken, oder etwas mehr, verkauft und stehen fast immer zu 310 bis 312 an der Börse. Das wirklich eingezahlte Geld trägt also immerhin 4½ bis 5 Proc. Zinsen. Um nun obige 4390 Millionen Franken mittelst Obligationen zusammen zu bringen sind für mehr denn 6000 Millionen Obligationen ausgegeben worden. Es sind also hier allein für mindestens 1500 Mill. Scheinwerthe geschaffen worden, die auf der Production des ganzen Landes lasten, welche die Kosten der Einlösung tragen muß. Freilich ist diese Einlösung, also auch die daraus ent-

stehende Belastung, auf eine hübsche Reihe von Jahren, von 60 bis 90 vertheilt. Immer aber müssen zum Zweck der Einlösung alljährlich über 80 Millionen verwendet werden wovon über ein Viertel für die genannten Scheinwerthe. Also haben wir hier wiederum eine Mehrbelastung von über 20 Millionen jährlich, was, zu jenen 90 Millionen der Dividende gerechnet, 110 Millionen ergibt. Zählt man hiezu die Staatszuschüsse, die bei den Amalgamirungen stattgefundenen fiktiven Steigerungen der Capitalsumme, die durch künstlich geschaubte hohe Börsenkurse der Aktien dem Publikum abgenommenen Summen und endlich die den Direktoren u. s. w. zufallenden verschiedenartigen Gewinne, so dürfen wir wenigstens eine Summe von 170 bis 180 Millionen annehmen, welche der Dienst der Eisenbahnen mehr kostet als er bei einem gefunden, ihrer Natur entsprechenden System kosten würde. Diese 180 Millionen müssen nun jährlich durch die Arbeit des Landes getragen, d. h. erzeugt werden. Da wir aber unter 38 Mill. Franzosen nur 10 Millionen haben die mit erzeugender Arbeit beschäftigt sind, so macht dieß für die Arbeit eines Jeden eine Steuer von 18 Franken, die außer den Staats-, Gemeinde- und sonstigen Steuern und Abgaben getragen werden muß und die ausschließlich der wohlhabenden Classe, namentlich dem Großcapitale zu gute kommt. Es ist also gar nicht zum verwundern, wenn die französische Gewerbe- und landwirthschaftliche Thätigkeit trotz alles Fleißes und trotz aller Fertigkeit es mit der englischen nicht aufnehmen kann. Es muß ihr durch die fortgesetzte Ausjaugung zu Gunsten des unfruchtbaren, fast nur zu Börsenspekulationen, Schacher mit ausländischen Staatsanleihen und Aehnlichem verwendeten Großcapitale stets an Geldkräften fehlen, was ja auch die allgemeine Klage ist. Das Großcapital muß bei diesem System sich in's Unendliche vermehren und seine Herrschaft wird deßhalb von Tag zu Tag drückender. Dazu die gesteigerten Staatssteuern und man wird sich nur darüber wundern können, daß das Massenelend nicht schon allgemeiner ist.

Wenn wir hier dem Leser französische Wirthschaftszustände vorführen, so geschieht dieß hauptsächlich weil in Frankreich das verderbliche System sich am weitesten ausgebildet hat und daher das reichlichste Material zur Beurtheilung liefert. Durch die vielfältigen Verbindungen der Geschäfts- und Börsenwelt übt das System auch einen gewaltigen Einfluß auf die angrenzenden Länder wo es an eifriger Nachahmung ohnehin nicht fehlt. Man bemühe sich nur ein wenig in Deutschland umzuschauen und gewisse Einzelheiten zu prüfen, so wird man erstaunen, wie weit man es dort schon gebracht. Deutschland ist glücklicherweise noch nicht so centralisirt daß sich das System in seiner ganzen Fülle ausbreiten und sozusagen auf einem Punkte vereinigen konnte. Aber überall wird man das Uebel wiederfinden, oft in einem Grade der den französischen Fortschritten dieser Art nichts nachgibt. —

Auch auf andere Weise hat der Staat das Seinige gethan, die Concentrirung des Capitals in wenigen Händen zu fördern und den Bewegungen der Geldmacht dadurch einen socialistisch = communistischen Anstrich zu geben. Vor 1848 gab es außer der französischen Bank mit dem Sitz in Paris und Zweigniederlassungen in den Provinzen noch neun unabhängige, völlig selbstständige Banken in Rouen, Nantes, Bordeaux, Lyon, Marseille, Lille, Orleans, Havre und Toulouse. Die Regierung vereinigte diese Banken sämmtlich mit der Banque de France, deren Privilegium bis zum J. 1897 verlängert wurde. Um der Centralisation einen gleichmäßigeren Zuschnitt zu geben, wurde bestimmt und auch ausgeführt, daß jedes Departement mindestens eine Zweigniederlassung, und zwar in seiner Hauptstadt, besitzen müsse; gleichviel ob ein Bedürfniß vorhanden war oder nicht, ob es der Kosten lohne oder nicht. Wenigstens nützte dann die Zweiganstalt in der Weise daß sie das Aufkommen einer Concurrency durch einheimische Bankhäuser vorweg abschchnitt. Außerdem sind in allen bedeutendern Städten solche Zweigniederlassungen, auch

wenn dieselben nicht Hauptorte eines Departements sind. Die unumschränkte Herrschaft der französischen Bank sowohl in der Hauptstadt als in den Provinzen ist somit auf jede Weise gesichert.

Die also erweiterte Anstalt wird von einem Gouverneur, zwei Untergouverneuren, fünfzehn Régents, drei Censoren, einem Generalsekretär, zusammen 22 Personen so ziemlich unumschränkt verwaltet. Nur die Regierung übt einen entscheidenden Einfluß. Die Geschäfte betragen jährlich 7 bis 8 Milliarden, darunter für 5 bis 6 Millionen Diskontirungen. Die Aktionäre haben so gut wie gar keinen Einfluß auf die Verwaltung, namentlich nicht was die Feststellung des Diskontosages, der für das ganze Verkehrsleben fast entscheidend ist, und die übrigen dem Publikum für die Benutzung der Anstalten auferlegten Bedingungen betrifft. Diejenigen welche ihre Papiere dort diskontiren lassen oder sonst die Dienste der Anstalt beanspruchen, müssen sich diese Bedingungen ohne weiteres gefallen lassen. Dieß wäre nun nicht so schlimm, wenn nicht jegliche Concurrenz ausgeschlossen wäre, so daß den Meisten nichts übrig bleibt als sich an die französische Bank zu wenden. Die 200 stärksten Aktionäre haben Stimmen auf der Generalversammlung, wo aber eben nur der alljährliche Rechenschafts- oder Verwaltungsbericht zu prüfen, d. h. zu genehmigen ist. Der Credit aller französischen Geschäftsleute, des ganzen französischen Handelsstandes ist also in den Händen von jenen 22 Häuptlingen, von denen mehrere, und dieß ist das Beste, eigene Bankhäuser in Paris innehaben. Mehrere sind auch Mitglieder von den Verwaltungsräthen der Eisenbahn- und anderer großer finanzieller Gesellschaften. Daß ihnen ihre Stellung an der Bank von Frankreich außerordentlich nützen kann und nützen muß, ist selbstverständlich.

Im J. 1852 wurden, um einem längst gefühlten Bedürfniß zu entsprechen, 3 Bodenkredit- (Pfandbrief-) Anstalten zu Paris, Revers und Marseille gegründet, während in andern Mittel- und Punkten die Einrichtung ähnlicher Banken vorbereitet wurde.

Aber schon 1856 wurden die drei Anstalten par ordre vom 28. Juni vereinigt und mit dem Titel und Privilegium eines Crédit foncier de France versehen. Diese Benennung ist an sich schon eine große Merkwürdigkeit. Frankreich hat jetzt eine Banque und einen Crédit foncier die sich den Titel der alten Könige „de France“ beigelegt, während der jetzige Herrscher sich nur noch als Kaiser der Franzosen nennen darf. Konnte der Eintritt des Capitals in die Rechte der frühern Territorialherrscher einen bestimmtern Ausdruck finden? Es ist nicht alles Zufall bei den Namen welche die hervorragendsten Anstalten jeglicher Geschichtsepöche tragen.

Das Capital des Crédit foncier besteht in 60 Millionen Franken zu 120,000 Aktien, auf welche 250 Fr. eingezahlt wurden. Ende 1865 hatte die Anstalt schon für 571,013,460 Franken Pfandbriefe untergebracht und für 215,047,572 Fr. Anleihen von Gemeinden und Städten übernommen, zusammen also ein Capital von 786,061,032 Franken mehr oder weniger unter den Händen. Die Verwaltung dieser Anstalt ist ähnlich derjenigen der Bank und besteht aus 24 Personen. Nur die 200 stärksten Aktionäre können an der Generalversammlung theilnehmen, welche beschlußfähig ist sobald nur ein Zehntel, also 6 Millionen des Actiencapitals vertreten sind. Auch hier besteht die Verwaltung zum Theil aus Personen welche auf eigene Rechnung große Bankgeschäfte betreiben.

Der von den Staatsregierungen getriebene Bucher, deren Anleihen wiederum ein so wichtiges Glied in dem System der Centralisation der Geldkräfte eines Landes bilden, kann hier nur im Allgemeinen betrachtet werden. Es ist uns nämlich unmöglich, ein genaues Verzeichniß aller in Frankreich untergebrachten ausländischen Anleihen aufzustellen, und brächten wir auch eine solche Berechnung zu Stande, so wäre sie dennoch immer bis zu einem gewissen Grade ungenau. Fast alle diese Anleihen werden, wenn auch oft nur der Form nach, im eigenen Lande ebenfalls zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt. Dann lassen wiederum sehr viele ausländische

Geldbesitzer ihre beßfalligen Aufträge in Paris ausführen, wo die Börse zu einem wahren Weltmarkt für Werthpapiere jeglicher Gattung und jeglicher Herkunft geworden ist. Man kann hier also nur nach ungefähren Schätzungen verfahren. Uebereinstimmend mit den kundigsten Geschäftsleuten nehmen wir an, daß seit dem Jahre 1852 mindestens 4 Milliarden Franken sowohl durch ausländische Staatsanleihen als auch durch sonstige ausländische Unternehmungen der verschiedensten Gattung aus dem Lande gegangen und dafür bis jetzt kaum einige hundert Millionen als Zinsen zurückgeflossen sind. Jungitalien hat allein für seinen Theil gegen zwei Milliarden aus Frankreich gezogen. Italien zahlt dafür bis zu 12 Proc. Zinsen, was jedenfalls als Bucher im großartigsten Stil betrachtet werden muß. Nächstens werden nun freilich die italienischen Werthpapiere gerade noch ebenso viel Werth haben als jedes andere Löschpapier worin man Käse und saure Gurken einwickelt. Mit gar manchen bei ihrem ersten Erscheinen auf dem Markte theuer verkauften Papieren ist dieß gegenwärtig schon der Fall. Der Schlag wird furchtbar werden für ganz Frankreich, welches seinen italienisch-garibaldi'schen Fanatismus schwer wird büßen müssen. Warum war man auch so grenzenlos unvorsichtig mit seinem Geld der liberalen Presse Glauben zu schenken, obwohl deren Feilheit offenkundig war. Haben nicht 1861 alle Pariser Zeitungen gemeldet, daß Cavour gelegentlich der damaligen großen Anleihe vier Millionen zu Gunsten der Italien freundlichen Presse verwendet habe? Die Summen wurden sogar genannt die jedes Blatt erhalten.

Selbstverständlich haben auch alle anderen ausländischen Anleihen und Unternehmungen ähnliche Zinsen oder Ertragnisse gezahlt oder doch wenigstens in Aussicht gestellt. Nun frage ich aber, was will es denn heißen das Buchergesetz im gewöhnlichen Verkehr aufrecht zu erhalten, wenn hier mit hochobrigkeitlicher Erlaubniß, ja dringlicher Empfehlung, ausländische Regierungen und sonstige Unternehmer innerhalb

10 bis 12 Jahren auf diese Weise für mehr denn 4 Milliarden Wuchergeschäfte machen können? Was ist aller Wucher im Kleinverkehr gegenüber solchen riesigen Summen, welche einem beträchtlichen Theil des beweglichen Vermögens, ja sogar der Gesamtsumme des im ganzen Lande vorhandenen geprägten Geldes gleichkommen, jedenfalls aber die Hälfte desselben betragen. Will man sich Angesichts dieser Ziffern noch wundern, wenn es im gewöhnlichen und Kleinverkehr an flüssigen Geldmitteln fehlt, wenn Gewerbetreibende und Landwirthe über Mangel an Credit klagen oder nur mittelst allzu hoher Zinsen Capitalien erlangen können? Diese Umstände schaden der erwerbenden Arbeit des Landes auf doppelte Weise: einmal indem sie ihr die Geldmittel direkt entziehen, und dann dadurch daß sie den hohen Zinsertrag förmlich zur Gewohnheit, zur Regel machen. Dazu sind die meisten Geldbesitzer solche Leute die ihr Geschäft gemacht und sich ruhig zurückziehen wollen, um von ihren Zinsen leben zu können. Sie ziehen es deshalb vor ihr Geld einem Staate oder solchen größern Unternehmungen anzuvertrauen, die ihnen nicht nur möglichst hohe Zinsen zusichern, sondern sie auch jeglicher Sorge wegen der Verwaltung und Beaufsichtigung ihres Vermögens entheben.

Würden diesen Leuten aber die jetzigen Gelegenheiten zu derartiger Anlage ihres Geldes benommen; oder würde ihnen dabei nur der gewöhnliche Ertrag von 5 Proc. in Aussicht gestellt, so würden sie schon viel eher ihr Geld dem einheimischen Gewerbe- und Ackerbaubetrieb unter annehmbaren Bedingungen zukommen lassen. Auch würde es dann den vielen kleinern Geldbesitzern nicht so leicht möglich sich mit 20, 30 oder 40 Tausend Franken in Ruhestand zu versehen, da alsdann ein solches Capital anstatt 2 bis 4 Tausend nur die Hälfte davon einbringen würde. Man wäre also gezwungen noch länger das Geschäft, d. h. die Erzeugung nützlicher Werthe zu betreiben, anstatt die Zahl der Nichtsthuernden zum allgemeinen Nachtheil zu vermehren. Denn je mehr

Rentner, d. h. bloße Verzehrter die ihr Capital in fremden unproduktiven Staatsanleihen und derlei Unternehmungen angelegt und der eigentlichen Production entzogen haben, desto mehr wird die letztere belastet, desto mehr muß der Besitzlose, der Arbeiter, seine Kräfte anstrengen und opfern. Die Arbeit des Rentners muß einmal von andern gethan werden, denn geschehen muß sie. Dafür aber fehlt es dem Arbeitenden, dem Gewerbetreibenden an demjenigen Capital das der Rentner der Arbeit entzogen, indem er es irgend einem Staate geliehen der es zu allem Möglichen, niemals aber zu nutzbarer Production verwendet. Je mehr Mühe und beschaulich vergnügliches Leben auf der einen, desto mehr schwere Arbeit auf der andern Seite: das ist die unausbleibliche Folge dieses Systems die wir in allen Staaten wahrnehmen können. Hierin liegt gerade ein Hauptgrund des zunehmenden Druckes der auf den arbeitenden Classen lastet und der mit wuchtiger, unwiderstehlicher Folgenschwere zu einer gesellschaftlichen Katastrophe führen muß.

Aehnlich verhält es sich, wenn auch in etwas milderer Form, mit den einheimischen Staats- und Gemeindeanleihen der letzten Jahre. Von 1852 bis zum ersten Januar 1867 haben die französischen Departemente für 154,334,454, die Städte mit mehr als 100,000 Franken jährlicher Einkünfte für 409,258,372, die kleinern Städte und Gemeinden zusammen für etwa 250 Millionen Franken Anleihen gemacht. Zusammen ergibt sich die Summe von 813,592,826 Millionen. Hierzu kommen noch 2049 Millionen Schulden welche die Stadt Paris und 50 Millionen welche das Loire-Departement gemacht haben. Die gesammte Schuld der Städte, Gemeinden und Departemente hat sich also in runder Summe um 2 Milliarden 906 Millionen vermehrt.

Während desselben Zeitraums hat der Staat selbst drei Milliarden Franken aus den Taschen des Volkes entliehen und wird nächstens noch 440 Millionen, sehr wahrscheinlich aber auch das Doppelte leihen. Alsdann werden die seit

1852 gemachten städtischen, Departemental- und Staats-Schulden zusammen 6 Milliarden und 346 Millionen betragen. Da nun aber alle diese Anleihen unter dem nominalen Werthe ausgegeben wurden, und die Gläubiger bei der Tilgung durchschnittlich mindestens 25 Proc. mehr zurück erhalten als sie ursprünglich eingezahlt haben, so folgt daraus daß die zu tilgende Schuld mindestens 1500 Millionen mehr, also gegen 8 Milliarden beträgt. Hierin liegt abermals das charakteristische Merkmal des Wuchers. Der Staat und die Gemeinden zahlen gewöhnlich nur $4\frac{1}{4}$ bis $6\frac{1}{2}$ Proc. Zinsen des wirklich eingezahlten Geldes, aber sie verpflichten sich dieses Geld mit einem Zuschlag von 20 bis 40 Procent zurückzuzahlen. Im gewöhnlichen Leben würde dieß als Wuchergeschäft geahndet und gestraft werden müssen. Der Staat aber der nach liberalen Begriffen allmächtig und unfehlbar ist, thut ungescheut was er den einzelnen Staatsbürgern verbietet. Der Staat und die Großindustrie haben sich über das Christenthum gestellt und verhöhnen das Wuchergesetz welches für den gewöhnlichen Verkehr aufrechterhalten werden soll. Wenn mit obrigkeitlicher Erlaubniß jährlich für hunderte und tausende von Millionen Wuchergeschäfte gemacht werden, wie will man dergleichen Geschäfte hindern und bestrafen, deren Gesamtsumme kaum ein Drittel oder Viertel jener Geldoperationen ausmacht.

Der französische Staat hat gegenwärtig für 11 Milliarden Schulden, die Städte, Gemeinden und Departemente zusammen mindestens 5 Milliarden, macht also zusammen 16 Milliarden Schulden für ein Land dessen sämmtliches Grundeigenthum auf etwa 100 Milliarden Franken geschätzt wird, wovon aber ein Theil ohne jeglichen Ertrag ist. Wir dürfen also den Reinertrag des übrigen noch mit mehreren Milliarden Hypothekenschulden belasteten ertragsfähigen Grundbesitzes höchstens auf 3 Milliarden oder 3 Proc. des Werthes annehmen. Zur Verzinsung und Tilgung jener 16 Milliarden sind nun jährlich mindestens 800 Millionen nothwendig. Die

Verzinsung und Tilgung der Hypothekenschulden erfordert ebenfalls 150 bis 200 Millionen, so daß also mindestens ein Drittel des Reinertrags der französischen Urproduktion zur Tilgung und Verzinsung der Landes-, Gemeinde- und Hypothekenschulden verwendet werden muß. Dabei zahlt der Grundbesitz schon ohnedieß über 700 Millionen (darunter allein 400 Millionen außerordentliche) Abgaben um welche der Reinertrag von vorneherein geschmälert ist. Nun sind aber die vom Staate und den Gemeinden geliehenen Gelder fast ausschließlich zu unproduktiven Arbeiten und Unternehmungen verwendet worden und dadurch zum größten Theil in die Hände von Speculanten und Capitalisten übergegangen deren Geldmacht hiebei immer erdrückender geworden ist. Was Wunder also, wenn der Grundbesitz von dem beweglichen Vermögen erdrückt wird, wenn die Landwirthschaft zurückgeht, ihre Arbeiter nicht mehr gehörig bezahlen kann und deßhalb das platte Land sich entvölkert, während die großen Luxusstädte in erstaunlichem Maße an Bevölkerung zunehmen.

Man wird vielleicht einwenden wollen, daß ja die landwirthschaftliche Erzeugung nicht allein die Staats- und sonstigen Lasten trägt, die gewerbliche Production vielmehr im Verhältniß mehr dazu beiträgt als die Landwirthschaft. Aber Jeder wird doch zugestehen, daß eine gesunde Volkswirthschaft sich nur auf die landwirthschaftliche Erzeugung stützen kann, daß letztere überhaupt die Grundlage des ganzen Gebäudes ist, auf welche alle Verhältnisse zurückgeführt werden müssen. Die Befriedigung der unentbehrlichsten Bedürfnisse des ganzen Volkes, die Entwicklung jeglichen Gewerbefleißes beruht unbedingt auf der landwirthschaftlichen Erzeugung als unerläßlicher Vorbedingung. Dieß ist gerade ein Hauptgrund warum der liberale Oekonomismus so vieles Unheil angerichtet indem derselbe, die Landwirthschaft gänzlich hintansetzend, stets nur auf Vermehrung anderer Werthe hinarbeitete, gleichviel ob diese Werthe nützlich, unentbehrlich oder geradezu überflüssig sind. Der liberale Oekonomismus will

eben nur Reiche machen, gleichviel durch welches Mittel der Reichthum erzeugt wird und ob er der Gesellschaft wirklichen Nutzen bringt. Nach dieser neuen Lehre ist es geboten den überflüssigsten und entbehrlichsten Industriezweig der irgend ein krankhaftes Luxusbedürfniß befriedigt, einzuführen und zu betreiben, sobald dabei ein größerer Gewinn herauschaut, als bei dem Betrieb eines Geschäftes welches einem wirklichen Bedürfniß entspricht.

Wir können übrigens auch die oben angefangene Berechnung fortführen mit einer Vertheilung auf die Kopfszahl. Die zur Verzinsung und Tilgung der Staats- und sonstigen öffentlichen Anleihen erforderlichen 800 Millionen machen je 21 Franken auf jeden Kopf, oder viermal so viel, also 84 Franken für jeden mit erzeugender d. h. eigentlicher Arbeit beschäftigten Franzosen. Dazu kommt die oben berechnete durch die zu hohen Eisenbahnpreise zu Gunsten des Capitals bewirkte Belastung von $2\frac{1}{2}$ Franken für jeden Kopf oder von 8 bis 10 für jeden arbeitenden Franzosen. So ergibt sich eine Gesamtbelastung von jährlich 92 bis 94 Franken. Und dieß alles zu Gunsten der Capitalisten, welche dadurch daß sie ihr Geld dem Staate gaben, der erzeugenden Gewerbthätigkeit und dem Ackerbau den Credit entzogen.

Hätte man den zehnten Theil der seit 1852 durch den Staat, die Gemeinden, ausländische Anleihen und Unternehmungen verschlungenen Summen auf die Verbesserung des Ackerbaues verwandt, so würde der Grund und Boden jetzt jährlich mindestens 25 bis 30 Proc. Mehrertrag liefern und Frankreich wäre dadurch das nahrungsreichste, des solidesten Wohlstands genießende Land der Erde geworden. Denn dieser zehnte Theil würde immer noch mindestens 1000 bis 1200 Millionen betragen, was jedenfalls was heißen will, wenn es sich um gute Anlage bei der Landwirthschaft handelt.

Sehr bezeichnend für die allgemeine wirthschaftliche Lage ist das Staatsschuldenwesen. Im J. 1852 stand die drei-

procentige Rente auf 86, Ende 1867 dagegen auf 68. Das durch die Staatsschuld dargestellte Capital betrug damals nahezu 10 Milliarden, jetzt beträgt dessen marktgängiger Werth nur mehr 8 1/2 Milliarden, für welche aber der gleiche Zinsbetrag und dieselbe Tilgungssumme gezahlt werden müssen. Im Vergleich zu dieser Abnahme des Capitalwerthes hat sich also der einschlägige Zinsfuß um 18 Procent gesteigert. Dieß stimmt wieder ganz auffallend mit der allgemeinen Theuerung überein. Das Geld ist theurer geworden, folglich muß auch alles Uebrige theurer werden. Das Geld hat eben nur die allgemeine Steigerung mitgebracht. Ist es ja gerade die Kunst der neuern Staats- und Volkswirthschaft bei der stets zunehmenden Menge von flüssigen Verkehrsmitteln, d. i. von baarem Gelde, dessen „Preis“ nicht nur zu erhalten sondern sogar zu erhöhen. Dieß kommt wiederum von der aller eigentlichen Arbeit schädlichen Speculation und von dem ächt liberal-ökonomischen Grundsatz stets nur dasjenige zu betreiben was am meisten Geldvorthail bringt, und überhaupt bei jedem Geschäftszweig den größtmöglichen Selbstertrag herauszuschlagen. Das von der modernen National-Ökonomie in nahe Aussicht gestellte Zeitalter der Billigkeit und des allgemeinen Wohllebens ist demnach anstatt näher gerückt in unabsehbare Ferne verschoben worden.

Es ist ein beliebter Grundsatz der St. Simonisten und ihrer wirthschaftlichen Nachtreter, daß Credit in manchen, ja in allen Fällen nicht nur ebenso gut sei wie baares Geld, sondern daß der Credit auch einen wirklichen Reichthum darstelle. Die sehr einfache Folgerung aus diesem Satze ist, daß Schuldenmachen ein Zeichen des Wohlstandes sei ebenso gut wie große Ausgaben. Es liegt auf der Hand, daß mit solchen Grundsätzen der Verschleuderung, der Vergeudung aller wirthschaftlichen Kräfte eines Volkes der größte Vorschub geleistet wird. Vermehrte Ausgaben sollen ja nach diesem System zum Reichthum verhelfen. Das französische, von St. Simonisten wie Pereire, Michel Chevalier und ähnlichen Genies

umgebene und berathene Kaiserthum ist darnach verfahren wie noch nie eine Regierung. Die Folge davon ist, daß die Staatsabgaben um ein Drittel, d. h. um 700 Millionen, die städtischen und Gemeindeabgaben aber um mindestens 400 Millionen vermehrt worden sind, von welchen beiden Summen allein mindestens 900 Millionen zur Tilgung und Verzinsung der Schulden dienen wie wir oben gesehen. Rechnet man die durch Staats- und sonstige Steuern bewirkte Belastung zusammen, so kommen mindestens 250 Franken auf jeden der 9 oder 10 Millionen Franzosen die mit produktiver Arbeit beschäftigt sind, wobei freilich die durch die übertheuerten Eisenbahnen bewirkte Belastung von 8 bis 10 Franken fast gar alle Bedeutung verliert. Und dabei berechnen die Statistiker das durchschnittliche Einkommen der $9\frac{1}{2}$ Millionen französischer Familien auf 1000 Franken. Kann man sich da noch wundern, wenn der Arbeitslohn so außerordentlich herabgedrückt und ungenügend geworden ist? Kann es da noch befremden wenn die Theuerung der nothwendigsten Lebensbedürfnisse fortwährend zunimmt, da ja alljährlich ein so großer Theil der durch nützliche Arbeit erzeugten Geldkräfte und Werthe zu unnützen Arbeiten verwendet und dem Erwerb- und Nährstande entzogen wird? Die Staats- und sonstigen Abgaben, vermehrt durch die von der Capitalherrschaft der nutzbaren Arbeit auferlegten Wucherzinsen, stehen in gar keinem Verhältnisse mehr zu der Erwerbskraft der Völker und deßhalb muß das Massenelend täglich größer, die sociale Gefahr täglich drohender werden. Durch das jetzige System hat sich der Staat in Verbindung mit der herrschenden Geldkaste zum Verwalter und absoluten Besitzer des größten Theils des beweglichen Vermögens gemacht, welches seinerseits ohnedieß den ganzen Markt, alle wirthschaftlichen Verhältnisse beherrscht. Diese in der Geschichte der Völker unerhörte Ungeheuerlichkeit, welche höchstens in den asiatischen Despotien ihresgleichen finden könnte, mußte die Massenverarmung herbeiführen und wird das Elend immer noch weiter ausdehnen

wenn nicht bald Einhalt geschieht. Die Völker fühlen dieß überall und deßhalb breiten sich auch die socialistisch-communistischen Grundsätze immer mehr aus. In allen modernen Staaten sowohl in Amerika als in England, Frankreich, Preußen, Italien und Rußland ist die Unzufriedenheit mit den bestehenden Zuständen im Wachsen. Die kleine Minderheit der Capitalisten, Machthaber und Beamten ist allein noch zum Genießen, freilich in überschwenglichster Weise, berufen; die große Mehrheit hat nur die Leiden für sich. Um den Lebensgenuß der Erstern zu sichern gegen die Gelüste der ihres religiösen Halts beraubten Massen bedarf es dann gerade dieser ungeheuerlichen Heere von Soldaten und Beamten welche die besten Kräfte des Volkes verzehren.

Wenn nicht bald ein höheres Princip zur Herrschaft kommt, welches alle Stände umfassen und versöhnen kann, indem es den einen Mäßigung und Verzicht im Genießen, den andern Mäßigung ihrer Ansprüche auferlegt, dann sind die Tage aller unserer modernen Glorie gezählt. Der bürgerlich-egoistische, jedes höhern und edlern Gefühls entbehrende Liberalismus und Oekonomismus, sei er nun nach Louis-Philippischer, Napoleonischer oder Beust-Giskra'scher Schablone zugeschnitten, thut es schon längst nicht mehr. In den Cadaver ist nun einmal kein Leben mehr hineinzubringen, so oft man auch die galvanische Maschine ansetzt. Zuckungen und Verzerrungen, die durch den elektrischen Strom hervorgerufen werden, sind nur die Ironie des Lebens. Mehr als lächerlich muß es daher einem vorkommen zu sehen, daß in demselben Augenblicke, wo sich alle die schrecklichen Folgen des Systems in Nordamerika, England, Frankreich und Italien in ihrer Nacktheit zeigen, man es im Ernste unternehmen kann durch dieses selbe System Oesterreich umzugestalten, nachdem das Land schon durch die bisher bloß äußerlichen, vom Auslande herkommenden Einwirkungen des Systems in die schlimme Lage gekommen ist in der es sich jetzt befindet.

L.

Die badischen Wahlen zum Zollparlament *).

Die mittelbaren Wirkungen der Wahlen zum ersten Zollparlament übergreifen weit die Grenzen der süddeutschen Staaten; für das Großherzogthum Baden jedoch liegt deren vorherrschende Bedeutung in dem Verhältniß zu den innern Zuständen des Landes. Wir wollen in kurzen Umrissen diese Bedeutung bezeichnen.

I. Die Wahlbewegung.

Die herrschende Partei wollte den thatsächlichen Beweis stellen, daß die große Masse der Bevölkerung ihr vollkommen ergeben sei und die gegenwärtigen Zustände in dem Großherzogthum billige. Das Ergebniß der Wahlen der Abgeordneten zum Zollparlament sollte als eine allgemeine Abstimmung für ihr System erscheinen, und sie sollten die Herrschaft der Partei als souveränen Willen des Volkes erklären. Die liberale Partei bildete ein Wahlcomité bestehend aus

*) Durch die gedachten Wahlen in Baden hat sich thatsächlich bewiesen, wie eine gewisse Partei überall da verfährt wo die Regierungsgewalt ihr zu Diensten steht. Darum werden diese Wahlen hier als Paradigma eigens abgehandelt.

Männern welche zu dem engeren Ausschuss ihrer Leiter und Sprecher gehören, und dieses Comité benannte als Candidaten seine eigenen Glieder und andere welche in der Kammer und außer der Kammer die Interessen des Volkes mißachtet, und in unklugem Uebermuth dessen Glauben verhöhnt und dessen Empfindungen verletzt hatten.

Auch der Minister-Präsident hatte das Wahlprogramm des liberalen Comité's unterzeichnet und so konnte dieses auf bedeutenden Anhang rechnen. Für seine Candidaten war es zum Voraus der überwiegenden Mehrzahl der reichen Bourgeoisie, der Fabrikanten und der großen Gewerbsleute sicher, sowie der verblendeten Bürgerschaft in den größern Städten. Die Liberalen hatten alle Mittel der Regierungsgewalt zur Verfügung und so glaubten sie auf das Landvolk den Druck ausüben zu können, welchem sie die gegenwärtige Zusammensetzung der Ständeversammlung verdanken. Alle die langgeübten Künste und alle die Mittel die ihnen zu Gebot standen, wurden eifrig verwendet, und die Männer der Partei waren des Erfolges so sicher, daß sie offen aussprachen, es sei gar keine Opposition zu erwarten, und daß selbst der Minister-Präsident höchstens nur die Wahl des Abgeordneten Lindau in irgend einem Winkel des Odenwaldes als eine mögliche Zugab.

Die Gegner des herrschenden Systemes, mit Unrecht „Ultramontane“ genannt, betrachteten das Zollparlament als eine leere Form für die Durchführung der Beschlüsse, welche von der preussischen Regierung schon gefaßt und festgestellt sind. Sie kannten wohl die Stimmung des Volkes, aber sie glaubten nicht, daß es dieser Stimmung einen thatsächlichen Ausdruck geben werde unter dem Druck der bestehenden Verhältnisse. Schon war die liberale Partei in voller Thätigkeit, als viele notable Männer der Opposition noch immer der Meinung waren: man solle alle und jede Theilnahme an den Wahlen verweigern, und dafür die Gründe kundgeben in einer öffentlichen Erklärung.

Regierung und Kammern hatten ausgesprochen, daß die Versammlung in Berlin noch ganz andere Dinge verhandeln werde als Verhältnisse des Handels und der Zölle, und daß es daher für den Abgeordneten auf Fachkenntnisse und auf volkswirthschaftliche Befähigung weit weniger als auf die rechten politischen Grundsätze ankomme. Das Landvolk jedoch deutete diese Erklärung auf seine Weise. Die Abgeordneten wie die liberale Partei sie verlange, meinten die Leute, sollen keinesweges gegen die Belastungen der süddeutschen Länder sich erheben, sondern sie sollten durch unbedingte Annahme aller geeigneten Vorschläge den Eintritt des Großherzogthums in den norddeutschen Bund zur Nothwendigkeit machen oder denselben doch näher herbeiziehen. Der gesunde Sinn des Volkes erkannte, daß es durch diese Wahl gegen das herrschende System sich aussprechen müsse; in allen Theilen des Landes erschienen unzweideutige Zeichen des tiefen Unwillens gegen das liberale Wahlcomité und dessen Candidaten, und aus allen Theilen des Landes kamen Aufforderungen zur Organisirung der Wahlbewegung in dem Sinn einer entschiedenen Opposition. Diese Aufforderungen nun waren es welche eine Anzahl gleichgesinnter Volksmänner aus allen Gegenden des Landes veranlaßten, sich in Verbindung zu setzen und die Sache in Gang zu bringen.

Für die Bezeichnung ihrer Candidaten hatten die Männer der Opposition sehr bestimmte Grundsätze angenommen. Unter Voraussetzung aller anderen erforderlichen Eigenschaften, sollten in erster Reihe diejenigen vorgeschlagen werden welche in der Eigenschaft als Landtags-Abgeordnete der herrschenden Partei einen ehrenhaften Widerstand entgegengesetzt hatten. Also aus der ersten Kammer der Freiherr von Göler, aus der zweiten die Abgeordneten Lindau, Mühlhäuser und Roßhirt, unter vier Candidaten demnach zwei Protestanten. In zweiter Reihe sollte man die Namen von Männern nennen welche im gesellschaftlichen Verkehr oder im öffentlichen Leben, welche durch Schrift oder That der Partei einen Widerstand

entgegengesetzt hatten und welchen man eine feste und sichere Haltung auf dem größeren Schauplatz zutrauen konnte. Endlich wurde beschlossen, der Wahl tüchtiger Fachmänner nirgend entgegenzutreten, wenn diese bisher der Partei auch nicht offen entgegengetreten sondern nur nicht deren Anhänger und Diener gewesen waren. Zu diesen gehörten Hertth von Heidelberg und Dissene von Mannheim, zwei tüchtige Fachmänner deren Wahl sehr geeignet erschien für die Vertretung der jüddeutschen Handels-Interessen und besonders der Interessen der gefährdeten Tabaks-Produktion in der Pfalz. Die kurz zugemessene Zeit gestattete nicht eine unmittelbare Vereinbarung mit allen beabsichtigten Candidaten, und gerade von jenen mit welchen eine unmittelbare Besprechung möglich gewesen, hatten mehrere mit Entschiedenheit die Candidatur abgelehnt. Schon längere Zeit waren die Liberalen in voller Thätigkeit gewesen und sie fühlten sich, wir haben es oben bemerkt, ihres Sieges vollkommen gewiß, als die Opposition ihre Arbeit begann. Nur wenige Tage vor der Wahl erschien der Aufruf der Opposition und wurden die Namen der Candidaten genannt. Bis dahin war allerdings ein tiefes Stillschweigen beobachtet worden, aber es war dieses mehr durch die Umstände herbeigeführt als in bestimmter Absicht beschlossen.

Die liberale Partei hatte einen Sieg erwartet ohne Kampf und sie war sehr überrascht, als sie einsah daß ein solcher sehr ernsthaft beginne. Die gewöhnlichen Schlagwörter und die landläufigen Redensarten konnten nicht mehr genügen; die Lügen und die Verläumdungen waren zu sehr verbraucht und abgenützt, als daß sie noch eine übermächtige Wirkung hätten hervorbringen können; die einfachsten Leute ließen sich durch schöne Worte nicht mehr beirren.

Ein Hauptmittel der liberalen Wühlerei war beinahe unwirksam geworden, aber die Liberalen waren noch im Besiz der Gewalt, und die ganze Maschinerie der Gewalt verrichtete bis zur äußersten Anspannung ihre Arbeit. Die Beamten

jedlichen Zweiges hatten ihre Weisungen, die Angestellten erhielten ihre Befehle, und beide wußten wohl, daß sie nicht würden getadelt werden, wenn sie ihr Geschäft mit Versprechungen oder mit Drohungen unterstützten. All die unzähligen Individuen welche Unterhalt oder Verdienst aus den Staatsklassen ziehen, mußten die ausgegebenen Wahlzettel verbreiten, sie mußten pünktlich bei den Wahlen erscheinen und auch die Soldaten gehörigen Alters mußten ihre Pflicht als Staatsbürger erfüllen. Die Amtmänner haben die Bürgermeister zur Werbung in den Gemeinden befohlen, und diese durften wohl auch gelegentlich andeuten, daß man „höhern Ortes“ der Gemeinde die gute oder die mißliebige Wahl gedenken werde. Die Fabrikanten und die großen Gewerbsleute versahen die Massen ihrer Arbeiter und abhängigen Leute mit den gedruckten oder geschriebenen Zetteln zur Wahl. Besonders eifrige Agenten der liberalen Partei sind viele Juden und Schulmeister gewesen. Die liberale Presse hat ihren Dienst mit Eifer gethan; sie hat vergöttert und verläumdert, sie hat verdreht und gelogen, sie hat nicht den allgemeinen Unwillen und selbst nicht einmal die Lächerlichkeit gefürchtet. Die Liberalen und ihre Organe haben immer sich den Anschein gegeben, als ob nur allein eine übertriebene Religionspartei ihnen gegenüber stünde; die Ultramontanen, haben sie gesagt, wollen die Freiheit vernichten und die Ultramontanen haben jetzt schon eine arge Reaktion vorbereitet, die sie auszuführen gedenken mit der Unterstützung des Kaisers der Franzosen *). Als das Ergebniß der Wahlen dann doch

*) Zwei Tage vor der Wahl erschien in der Stadt Kenzingen der liberale Candidat, Ministerialrath Kiefer, um seine Wahl zu bewirken, und in einer Versammlung hielt er eine sehr lange Rede. Zu gleicher Zeit war an den Straßen-Ecken ein großes Plakat angeschlagen, welches den Leuten verkündete: der Candidat der Opposition, Oberhofgerichtsrath Rosshirt sei der Mann welcher das Concordat vom J. 1859 in Rom unterhandelt und abgeschlossen habe. Nur die kühnen und beharrlichen Anstrengungen der Freunde

sehr zweifelhaft geworden, da hat man wie im J. 1866 in den protestantischen Gemeinden wieder den Religionshaß aufzustacheln gesucht, man hat ihnen gesagt, ihr evangelisches Bekenntniß sei in Gefahr und dessen Bekenner seien von den Katholiken bedroht*). Allerdings ist die Opposition auch nicht müßig gewesen, allerdings hat sie ihre Gegner auch nicht geschont; sie hat deren Aeußerungen und Handlungen ausgebeutet, sie hat immer und immer die Beschimpfungen wiederholt, welche gewisse Landtags-Abgeordnete gegen die katholische Bevölkerung losgelassen; sie hat das Sündenregister der Liberalen in achtungswerther Vollständigkeit aufgestellt. Aber sie hat nicht verläumdet und nicht gelogen. Die Opposition hat die Absichten der Liberalen dargestellt, sie hat den wahren Charakter ihrer Herrschaft gezeichnet, sie hat vielleicht manchmal übertrieben, aber sie hat in gutem Glauben gehandelt um die Interessen des Volkes gegen die Pläne der Partei zu wahren. Auch die Opposition hat Wahlzetteln ausgegeben, geschriebene und gedruckte, aber um solche wirklich in die Wahlurne zu bringen, waren ihre Mittel sehr schwach im Vergleich mit den Mitteln ihrer Gegner.

Die liberalen Blätter haben nach allen Weltgegenden hin ausgeschrien: es sei die „Wühlerei der Pfaffen“ gewesen welche die Wahl einiger „ultramontanen“ Abgeordneten bewirkt habe. Was die protestantischen Geistlichen von jeher gethan, das haben im Februar 1868 die katholischen nicht unterlassen; aber man war nun einmal nicht daran gewöhnt sie auf Angelegenheiten einwirken zu sehen, welche außer dem Bereich ihrer Kirche liegen, man war nicht daran gewöhnt,

der Freiheit, d. h. der Liberalen haben das Land von dem graußigen Unheil der römischen Herrschaft gerettet. Selbstverständlich wurde dabei auf das österreichische Concordat und dessen Folgen hingewiesen. Freilich hatte diese Lächerlichkeit nicht die erwartete Wirkung.

*) Bekanntlich hat der Abgeordnete Lindau in einem besonderen Ausruf gebeten, daß man ihm alle Fälle gesetzwidriger Einwirkung auf die Wahlen sowie Thatsachen des unregelmäßigen Verfahrens bei der Wahlhandlung zur Veröffentlichung mittheile.

daß die katholischen Geistlichen irgend eine Thätigkeit ausübten welche der Kirchendienst nicht verlangt.

Vor vielen Jahren hat im Großherzogthum Baden die oberste Kirchenbehörde ihrem Klerus jegliche Einmischung in politische Dinge untersagt; später jedoch hat sie dieses Verbot, für welches ihre Befugniß sehr zweifelhaft ist, niemals wieder erneuert. Die Geistlichen aber hatten sich in die bequeme Stellung des Zuschauers eingelebt und vor kurzer Zeit noch haben sie ihre Gleichgiltigkeit mit der verrotteten Verordnung entschuldiget oder erklärt. Bei verschiedenen Gelegenheiten haben preußische Bischöfe Hirtenbriefe erlassen, um die Angehörigen ihrer Diöcesen zu guten Wahlen aufzufordern und folgerichtig haben sie dadurch ihrer Geistlichkeit eine thätige Mitwirkung befohlen. In Baden hat die Kirchenbehörde in keinem Akte der Wahlen erwähnt und mit keinem Worte, mit keinem Wink hat sie den Klerus zu irgend einer Einwirkung aufgefordert. Jetzt aber, verfolgt, verhöhnt, beschimpft und mißhandelt von der Partei und ihren Dienern, haben die katholischen Geistlichen ihre Pflichten als Staatsbürger erkannt, und sie haben eingesehen, daß sie nicht in träger Gleichgiltigkeit verharren dürfen, wenn die Verhältnisse sie aufrufen zur Vertheidigung der Rechte und Freiheiten der Personen, der Familien, der Gesellschaft, des Volkes, der Religion und der Kirche. Die Liberalen selbst haben die Priester in die Reihen ihrer Gegner gerissen und gedrängt.

Die Geistlichen sind in der Masse der Bevölkerung vertheilt, sie sind überall wo eine Kirchengemeinde besteht; sie leben unter dem Volk und, wie keine anderen Männer eines höheren Lebensberufes, sind sie mit tausend Fäden an die Einzelheiten des Volkslebens gebunden. Aber immer können sie doch nur einen persönlichen Einfluß ausüben, einen Einfluß welcher grundsätzlich vernichtet werden soll, einen Einfluß welchen jeder freche Schulmeister zu verkümmern bemüht ist. Die katholischen Geistlichen, theilweis sehr arm, können ihren Gemeinden nicht äußere Vortheile zuwenden,

sie können nicht materielle Interessen schädigen oder fördern. Die katholischen Geistlichen können nicht Straßen und Eisenbahnen gewähren oder versagen; sie können nicht große Unternehmungen ausführen; sie können nicht gewinnreiche Arbeiten den Begünstigten zuwenden oder den Mißliebigen entziehen; sie können nicht große Contrakte und Accorde abschließen und sie können nicht über bedeutende Fonds verfügen. Die katholischen Geistlichen können nicht Aemter, Titel und Orden verleihen; sie können nicht Zulagen und Gratifikationen dekretiren; sie können nicht Bürgermeister genehmigen oder absetzen; sie üben nicht die Gewalt des Polizeimannes, des Richters oder des Verwaltungsbeamten; sie haben keine Untergebenen und keine Arbeiter, sie können nicht über abhängige Leute gebieten. Die katholischen Geistlichen haben für ihre Einwirkung auf das Volk kein Mittel als die Belehrung und auch diese wird nach Möglichkeit erschwert und unwirksam gemacht. Es ist wohl vorgekommen, daß einzelne Pfarrer in etwas weiter Auffassung des Begriffes von den Kanzeln herab ihre Gemeinden über die Bedeutung und die Wichtigkeit der Wahlhandlung belehrt, vielleicht auch zu rechter Theilnahme ermahnt haben, und die Liberalen haben darüber Zeter geschrien. Will man nun auch in der natürlichen, vielleicht gebotenen Ansprache des Pfarrers an seine Gemeinde eine Unschicklichkeit sehen, so ist der Fehler verschwindend klein neben den Handlungen der liberalen Wühlerei. Es ist erwiesen, daß kein katholischer Geistlicher den Gegensatz der Bekenntnisse und Bekenner in die Sache hereingezogen, während man neben ihm die Protestanten gegen die Katholiken geheßt hat.

II. Ergebniß der Wahlen.

Den falschen Darstellungen der liberalen und den ungenauen oder unklaren Berichten vieler Oppositions-Blätter gegenüber, dürfte eine gedrängte Zusammenstellung der Wahl-Ergebnisse nicht ganz überflüssig erscheinen.

Bekanntlich ist das Großherzogthum Baden durch Vereinigung der Gebiete einer guten Anzahl weltlicher und geistlicher Fürsten entstanden und nach den Grenzen des früheren Besitzstandes sind im Allgemeinen die Confessionen der Bevölkerung geschieden. Die Katholiken bilden mehr als die doppelte Zahl der Protestanten; sie wohnen fast ungemischt an dem Bodensee, im oberen Schwarzwald und in einigen Bezirken des Odenwaldes; wo aber die Besitzungen der Markgrafen von Baden-Durlach zusammenhängend gewesen, da ist die protestantische Bevölkerung in überwiegender Zahl. In sehr vielen Bezirken jedoch sind die Anhänger beider Bekenntnisse bunt durcheinander gemengt; katholische und protestantische Orte liegen dicht nebeneinander. In den größeren Städten sind die Bevölkerungen in verschiedenen Verhältnissen gemischt und selbst paritätische Dörfer sind nicht ganz selten. Die Juden, ein sehr kleiner Theil der Gesamtbevölkerung, sind wie überall durch alle Theile des Landes zerstreut, und jetzt noch mehr als früher, weil die neue Gesetzgebung nicht gestattet, daß eine Gemeinde ihnen die Aufnahme versage.

Für die Wahlen zum Zollparlament hat man die Bevölkerung in runder Zahl zu 1,400,000 Seelen angenommen und folglich hatte das Großherzogthum 14 Abgeordnete zu stellen. Das Land ist nun in 14 Wahlkreise eingetheilt worden; der erste am Bodensee im südöstlichen Anfang, der vierzehnte im Odenwald an dem nördlichen Ende des Staatsgebietes. Da die Eintheilung eines Bezirkes in den Wahlkreis nur durch die Lage in Verbindung mit der betreffenden Volkszahl und ohne Beachtung irgend einer anderen Rücksicht bestimmt wurde, so waren kleine Dörfer und größere Städte, Katholiken, Protestanten und Juden, reiche Fabrikanten und arme Tagelöhner in einem Wahlkreis zusammengeworfen. Die Abstimmungen wurden in den Gemeinden vollzogen; eine Einrichtung durch welche die Sache gar sehr erleichtert gewesen, obwohl im Gebirge wo die Gemeinden in einzelnen Höfen zerstreut sind, viele Leute noch weite Wege zurücklegen

mußten, um ihre Stimmzettel abzugeben. Die Gemeinde-Vorstände oder besondere Commissionen waren mit der Beaufsichtigung und der Leitung des Aktes betraut und sie zählten die Stimmen in der Gemeinde. Die Abstimmungen mit den Stimmzetteln wurden dann in einen Hauptort des Kreises gesendet, von einer Regierungs-Commission wieder gezählt und sodach die Abstimmung des ganzen Kreises erhoben und amtlich verkündet. Das ganze Verfahren sollte streng öffentlich seyn; man hat aber doch von manchen Unregelmäßigkeiten gehört.

Durch die Wahl am 18. Februar sind vier Abgeordnete der liberalen Partei, sechs Abgeordnete der Opposition und zwei Fachmänner die keiner Partei angehören, mit bestimmten und genügenden Mehrheiten ernannt worden. In zwei Wahlkreisen haben die Candidaten der Opposition sehr bedeutende relative, aber nicht absolute Mehrheiten d. h. sie haben nicht die Hälfte sämmtlicher in dem Kreise abgegebener Stimmen erhalten. Dem Fürsten von Fürstenberg haben bei 12,353 Abstimmenden nur 112, dem Kaufmann Leo bei 13,408 nur 227 Stimmen für die absolute Mehrheit gefehlt. Bei jenem war der Mangel durch besondere Umstände und Zufälle veranlaßt, bei diesem sind wegen ungenügender Bezeichnung 500 Stimmzettel für ungiltig erklärt worden.

Jakob Lindau in Heidelberg ist der populärste Mann in dem badischen Land. Gar viele Bezirke wollten ihn zum Abgeordneten haben und so wurde er in drei Kreisen vorgeschlagen. In einem Kreise ist er dem Bürgermeister Fauler unterlegen. Diesem, dem einflußreichen Gemeinde-Vorstand der Stadt Freiburg, einem bedeutenden Fabrikherrn, einem in dem ganzen Kreise bekannten, angesehenen, theilweis beliebten und theilweis gefürchteten Manne haben die größten Anstrengungen eine verhältnißmäßig geringe Majorität zu Stande gebracht, und das hätte kaum Jemand erwartet. In den beiden anderen Kreisen ist Lindau mit sehr großer Mehr-

heit gewählt worden und zwar gegen — Lamey, den Begründer der „neuen Aera“.

Daß Dahmen und Roßhirt siegen würden gegen Männer wie Eckhard und Kiefer, daran hat Niemand gezweifelt als diese letztern selbst und ihr verblendeter Anhang. Diese Liberalen waren weiter „vorgeschritten“ als alle anderen Sprecher der Partei und darum war die Niederlage so sehr empfindlich.

Einem Jeden, welcher das badische Land und dessen Verhältnisse kennt, muß am meisten die Wahl des Freiherrn von Göler auffallen. In der Stadt Karlsruhe ist er in sehr großer Minderheit geblieben; man hatte schon angefangen ihn und die „Ultramontanen“ nach Vorschrift zu verhöhnen. Die Zusammenstellung der Abstimmungen des ganzen Kreises jedoch ergab für ihn eine Majorität, allerdings eine sehr kleine, aber eben immer doch eine Majorität. Daß das „Stimmvieh“ der nächsten Umgebung — so hat ein badischer Minister die Bauern genannt — sich gegen den Willen der „Residenz“ auflehnen und den Sieg erringen sollte, das hat man für baaren Unsinn gehalten.

In Heidelberg (12. Wahlkreis) ist dem Dr. Hertth kein Candidat der Opposition entgegengestellt worden, und deßhalb haben viele Leute gar nicht gestimmt.

Der Pfarrer Mühlhäuser, in weiten Kreisen bekannt durch seinen ehrenhaften Widerstand gegen die Heidelberger-Aufklärung, hat in der Kammer sich gegen die liberale Zwangsherrschaft und gegen die Vergrößerung der Volkslasten erhoben, und er hat in dem Kreise welchem er vorgeschlagen war, sehr viele Stimmen erhalten. Daß aber Bluntzschli welchen nur die vollkommen Verblendeten achten, in eben diesem Kreise die doppelte Anzahl von Stimmen erhielt: das läßt sich durch besondere Umstände erklären die wir nicht anführen wollen. In Mannheim hat die Opposition die Wahl des ehemaligen Bürgermeisters Kaufmanns Dissene gar

nicht gehindert und doch hat Roßhirt eine wenig kleinere Anzahl von Stimmen in dem betreffenden Kreise erhalten.

Es waren jetzt noch drei Nachwahlen nothwendig geworden. In dem Kreise des Odenwaldes, dessen Wahl Lindau nicht angenommen, ist Dr. Bissing von Heidelberg, ein entschiedener Oppositionsmann, und zwar wieder gegen Lamey mit sehr großer Majorität gewählt worden. In den Kreisen in welchen die Candidaten der Opposition wohl die relative aber nicht die absolute Majorität erhielten, mußte nach den Bestimmungen des Gesetzes wieder gewählt werden und zwar zwischen den beiden auf welche die meisten Stimmen gefallen waren. So stand nun die Wahl in dem einen Kreise zwischen dem Fürsten von Fürstenberg und seinem Hofapotheker Kirsner, einem begabten aber arg verrannten Liberalen, und in dem anderen zwischen dem Kaufmann Leo und dem Abgeordneten Hebling. Wo möglich wurden nun alle Anstrengungen der Liberalen gesteigert, es wurden neue Mittel erfunden, denn die Stimmen welche bei der ersten Wahl getheilt waren, mußten jetzt sich vereinigen. Für den Fürsten von Fürstenberg wäre die Majorität gewiß gewesen wenn nicht, gelinde ausgedrückt, sehr widerwärtige Mißverständnisse das Gegentheil bewirkt hätten*). In dem anderen Kreise

*) Eine kurze Bezeichnung dieser Mißverständnisse dürfte hier wohl gerechtfertigt erscheinen.

Als die Wahlbewegungen begannen, befand sich der Fürst in Rom und daher ist eine Verständigung mit ihm zu rechter Zeit nicht möglich gewesen. Seine Beamten waren der Wahl des Fürsten abgeneigt und dem Benehmen derselben ist es vorzüglich zuzuschreiben, daß viele Leute ihre Wahlzettel nicht abgegeben haben, daß also die absolute Majorität nicht erreicht worden ist. Vor der zweiten Wahl wurde eine telegraphische Correspondenz mit dem Fürsten geführt. Der Fürst erklärte: er werde die Wahl annehmen, jedoch unter der Voraussetzung daß er nicht zurückkehren müsse vor der zweiten Hälfte des Monats April, denn die Anwesenheit in Rom während der Charwoche sei der Hauptzweck seiner Reise. Als

haben die Liberalen ihren schwachen Sieg der Aufstacheln des protestantischen Eifers in den evangelischen Orten danken.

So hatte denn eine jede der beiden Parteien sechs geordnete zum Zollparlament zu senden; aber nicht die Zahl der Gewählten auf jeder Seite drückt die eigentliche Volksstimmung aus, sondern die Vergleichung der Gesamtzahlen aller für jede Partei abgegebenen Stimmen müßte den wahren Charakter dieser Volksstimmung ausdrücken, und der Voraussetzung der ungestörten Freiheit der Wahlen. An den amtlichen Mittheilungen stellen sich diese Gesamtzahlen der Stimmen wie folgt*):

man aber in einem Telegramm bemerkte, daß die Annahme an eine Bedingung geknüpft werden könne, hat der Fürst mit bedingungsloser Ablehnung geantwortet. Diese Ablehnung wurde großer Hast in dem Kreise verbreitet und von der Partei zur Möglichkeit ausgenützt. Man sagte den Leuten: der Fürst hat durch seine Ablehnung unzweideutig den Wunsch ausgesprochen, man den Kirchner wähle, und man sagte, eben weil der Fürst ablehnt habe, so hätten sie keine andere Wahl, da nach den Bestimmungen des Gesetzes ein neuer Candidat nicht in die Wahl kommen dürfe. Sehr viele Leute wurden beirrt und da sie liberalen Candidaten nicht wollten, so enthielten sie sich der Wahl.

Bei diesen, nur angedeuteten, Vorgängen können wir einige einfache Bemerkungen nicht unterdrücken: 1) Man wußte in dem ganzen Land, daß vor Ostern das Zollparlament gar nicht eingezogen werden könne. War dieß in Donaueschingen allein nicht bekannt? 2) Offenbar ist der Fürst nicht gut unterrichtet gewesen. Hat er ihm nicht gesagt, daß die Wahl nur zwischen ihm und dem Kirchner stattfinden, daß diesem ein anderer Candidat nicht entgegengesetzt werden und daß die Ablehnung vor der Wahl eine rechtliche Feindschaft nicht haben könne?

*) Der obigen Zusammenstellung glauben wir die folgenden Bemerkungen beizugeben zu müssen: 1) Mehrere sogenannte „ultramontane“ Blätter haben den Herrn von Roggenbach zu den Gegnern der Nationalliberalen gezählt. Allerdings soll er mit dem gegenwärtigen Regierungssystem keineswegs zufrieden seyn; aber es liegt eben keine Thatsache vor, welche auf eine Aenderung seiner allbekannten

Bezeichnung der wählenden Parteien.	Anzahl der Stimmen.	
	Hauptwahl.	Nachwahl.
Opposition	90078	90785
Liberalen	86890	91225
Parteilose Stimmen . .	13667	13667
Zersplitterte „ . . .	541	537
Anzahl aller abgegebenen Stimmen	191776	196244

In anderen Ländern würden diese Zahlen nur eine gleiche Stärke der beiden Parteien darstellen; in dem Großherzogthum Baden bekunden sie fast eine Niederlage der Liberalen. Mit wirklicher Kenntniß des Landes und seiner Verhältnisse hätte kein besonnener Mann ein solches Ergebnis erwarten können; eine Mehrheit für zwei und eine achtungswerthe Minderheit für einige andere „ultramontane“ Candidaten hätte ein solcher besonnener Mann schon für einen glänzenden Erfolg halten müssen. Ein halbes Jahrhundert hat die Bevölkerung an die Bildung der Wahlcollegien durch die Bürgermeister, an deren Dienstbarkeit, an den ganzen Jammer der mittelbaren Wahlen gewöhnt; es ist nicht leicht gewesen, aus der anezogenen Gleichgiltigkeit herauszutreten und sich in die Freiheit der unmittelbaren

früheren Richtung einen giltigen Schluß begründen könnte. 2) Das gegen haben wir die 500 Stimmen für Leo, welche als ungiltig zurückgewiesen worden sind, der Gesamtzahl aus der ersten Wahl zugerechnet. Wir glauben mit vollem Recht, denn notorisch sind sie dem genannten Candidaten der Opposition gegeben worden, ein Kornfehler konnte diese Stimmen der Ernennung des bezeichneten Candidaten entziehen, aber er kann sie nicht als Ausdruck der Volksstimmung vernichten. 3) Die zersplitterten Stimmen sind in der Darstellung der Wahlergebnisse in den einzelnen Kreisen nicht erwähnt; wir glaubten aber so weit sie uns bekannt worden sind, sie nicht von der letzten Hauptsumme ausschließen zu müssen.

Wahl zu finden. So hat an vielen Orten der rechte Eifer und die nothwendige Rührigkeit gemangelt; es sind Fehler begangen, es sind Unregelmäßigkeiten geduldet und es sind Einwirkungen möglich geworden, alle zum Nachtheil der Opposition und zum Vortheil der herrschenden Partei. Die Anhänger dieser Partei waren besser unterrichtet, sie handelten in strengerer Disciplin und deßhalb wurden sie in verhältnißmäßig größeren Massen zur Abstimmung gebracht. Wären nicht all diese Vortheile im Besiz der Liberalen gewesen, hätte man nicht die freie Bewegung gehemmt, so hätten diese sicherlich für keinen einzigen ihrer Abgeordneten zum badischen Landtag eine Mehrheit gewonnen.

Die Organe der liberalen Partei haben die Ergebnisse der Wahlen durch falsche Zusammenstellung der Zahlen entstellt; sie haben die Niederlage durch ihre gewöhnlichen Kunstgriffe verdeckt. Als sie aber fühlten, daß die Wahrheit doch durchdringe, da haben sie den Wahlen einen confessionellen Charakter beigelegt und selbstverständlich das ganze Ereigniß zur Wirkung der ultramontanen Wühlerei gemacht. Allerdings zeigen die Wahlen einen confessionellen Charakter insofern als, mit wenigen Ausnahmen, fast alle protestantischen Gemeinden für die Candidaten der Liberalen gestimmt haben, selbst wenn sie das gegenwärtige System nicht billigen können. Die Opposition dagegen hat protestantische Candidaten vorgeschlagen, katholische Geistliche haben sie unterstützt und katholische Bürger haben denselben ihre Stimmen gegeben. Die katholischen Geistlichen haben keine höheren Weisungen erhalten, sie haben wenn sie thätig eingegriffen, frei und offen nach ihrer persönlichen Ueberzeugung gehandelt. Dagegen haben die Sendlinge der Partei den leicht erregbaren protestantischen Haß aufgeregt und nach Möglichkeit für ihre Absichten verwendet. Die liberale Partei ist es, welche seit Jahren den „confessionellen Frieden“ im badischen Lande gestört hat und stört, und sie hat auch in die Wahlen zum Zollparlament den Confessionshaß geworfen. Wir können

die Wirkungen solch leidigen Beginnnens nicht in Abrede stellen, aber dennoch müssen wir den Gedanken zurückweisen, daß vorherrschend das religiöse Bekenntniß es sei welches die beiden großen Massen der Bevölkerung einander gegenüber gestellt habe. Wäre die Wahlbewegung in Wahrheit eine confessionelle, so wäre sie nicht eine Bewegung der Katholiken gegen die Protestanten, sondern sie wäre vielmehr eine künstlich erregte Bewegung der Protestanten gegen die Katholiken gewesen.

Den Katholiken, als der weit überwiegenden Mehrzahl der Bevölkerung, einige Macht und einigen Einfluß zugehen, das wäre denn doch eine zu harte Sache für die Liberalen und deßhalb haben sie die scharfsinnige Meinung von einer Verbindung zwischen den „Ultramontanen“ und den „Demokraten“ ausgeheckt. Diese Weisheit verdient eigentlich gar keine Beachtung, aber dennoch dürfen wir sie nicht gänzlich übergehen.

Der Gang der inneren Verhältnisse hat das Volk im Großherzogthum Baden zu freieren Anschauungen gedrängt und in solchen hat es den Jammer des constitutionellen Wesens in dessen jetzigem Zustand erkannt. Der frühere Conservatismus ist verrottet, ist lächerlich geworden und die Leute die nicht über Begriffe grübeln, erkennen in diesem Wort eben nur die Bezeichnung der Dienstbarkeit für die bestehende Gewalt. Demokratische Grundsätze sind in das Volk eingegangen; sie sind eingedrungen in alle Stände und alle Classen, in alle Lebensstellungen. Klare Köpfe sind nicht allzu häufig und darum können Viele sich und Anderen nicht Rechenschaft geben über das was sie eigentlich wollen. Aber Alle wollen Freiheit für Personen, für Körperschaften, für Gemeinden, für das Volk, eine ungehinderte Bewegung so weit nur irgend eine staatliche Ordnung mit solchem bestehen kann. Alle hassen die Herrschaft bevorzugter Classen oder Rasten; Alle verlangen gleiche Rechte für Alle und darum verlangen sie wirkliche und wahre Organe der Volksmeinung

und des Volkswillens. Diese Richtung, vielleicht unklar aber immer bestimmt, ist die Richtung der großen Mehrzahl der katholischen Bevölkerung; sie ist vorherrschend die Richtung des katholischen Klerus. Es gibt demokratische Katholiken und es gibt katholische Demokraten; aber weder die einen noch die anderen sind vereinigt durch eine bestimmte Organisation; sie denken und handeln nicht als Partei nach erhaltenen Vorschriften, sondern als Einzelne nach ihren persönlichen Meinungen. Mit diesen sind sie in die Wahlbewegung eingetreten und, von diesen bestimmt, haben Tausende und aber Tausende sich in die Opposition gegen die Liberalen gestellt.

Leben in Baden noch katholische Leute welche die äußere Macht der Kirche in der Gesellschaft und im Staate eingreifend in alle Verhältnisse finden, welche für die Macht der Kirche eine Ausdehnung fordern wollen, viel größer als deren eigene Verfassung sie gestattet; welche etwa gar noch diese Kirchengewalt zum Verbündeten oder zum Führer einer absoluten Fürstengewalt machen möchten, d. h. leben in dem Großherzogthum Baden noch wahre und wirkliche „Ultramontane“ im ältern Sinne des Wortes: so ist deren Zahl verschwindend klein. Dagegen aber gibt es eine Menge von Leuten welchen die Volksfreiheit lediglich nur eine absolute und unbegrenzte Gewalt ist, ausgeübt im Namen der Massen durch deren Mandatare. Nach ihrer Lehre kann lediglich nur der souveräne Volkswille eine Verpflichtung auferlegen und ist jegliches Recht eben nur ein Institut, welches der souveräne Wille genehmiget und welches nur so lang besteht als dieser es nicht aufheben mag. Die rohen Massen sollen das Volk vorstellen und deren Geschrei soll den Willen des Volkes bedeuten. Um ein Staatsgebäude nach ihrem Sinn aufzuführen zu können, müssen diese „Führer des Volkes“ sich einen völlig abgeräumten Boden verschaffen und sie räumen ab nach Vermögen. Sie verwerfen alle Ueberlieferungen, sie verachten alle geschichtlichen und natürlichen Verhältnisse, sie brechen das

bestehende Recht; in grimmiger Verfolgung der Religion und ihrer Institute vernichten sie die Ideen der Sittlichkeit und des Rechtes und wenn es seyn müßte, so würden sie auch eine fleißige Verwendung der Guillotine nicht scheuen.

In ihrem innersten Wesen ist die Lehre dieser Volksmänner die Lehre der Liberalen, mit dem Unterschied jedoch daß diese den Besitz der Gewalt einer gewissen Classe zuwenden wollen, jene aber den Massen des Demos welchen sie verblenden und mißbrauchen. In nicht sehr ferner Zeit werden die beiden einen erbitterten Kampf kämpfen müssen; jetzt aber gehen sie zusammen, jetzt ist diese Demokratie noch der Bundesgenosse oder — der Diener des modernen Liberalismus.

Ist ein Bündniß dieser Sorte von Demokraten denkbar mit freisinnigen Katholiken welche mit der wahren Freiheit die Freiheiten vertheidigen und somit auch die Freiheit der Kirche?

Sehr deutlich ausgesprochen und doch nur wenig bemerkt ist ein sehr auffallender Charakter der badischen Wahlen für das Zollparlament. Die Stimmen gegen die liberale Partei sind in ungeheurer Mehrheit die Stimmen der Bauern. Allerdings sind mit diesen auch die Einwohner vieler kleiner Landstädtlein gegangen welche sonst, von den Lebensarten der Liberalen bis zur Lächerlichkeit bethört, den Absichten der Partei treulich gedient haben. Die Erklärung dieser Erscheinung ist sehr einfach. Der Haupt-Erwerbszweig dieser Landstädtlein ist eben doch der Ackerbau; die Lebens-Verhältnisse sind vorherrschend bäuerliche Verhältnisse, diese haben sich geltend gemacht und die Leute sind dem natürlichen Zuge derselben gefolgt. Die Wahlbewegung im Großherzogthum ist theilweis eine Bewegung des Landvolkes gegen die Städter gewesen; das Ergebniß dieser Wahlen ist noch kein Sieg über die Bourgeoisie; aber sie ist eine ernste Mahnung; es ist ein thatsächlicher Beweis, daß dem Uebermuth der Parteiherrschaft eine Macht entgegenzustehen beginnt.

III. Die Ursachen der Bewegung.

Nicht die Fabrikherren, nicht die großen Gewerbsleute, nicht die Beamten und Angestellten und nicht die Einwohner der größeren Städte, sondern die katholischen Bauern haben die liberalen Candidaten verworfen. Wenn nun aber das Landvolk gegen die herrschende Partei sich erhoben, so konnte nur eine allgemeine Mißstimmung die schwer bewegliche Masse in Bewegung gebracht haben und da ist es denn wohl angezeigt, daß man nach den Ursachen dieser Mißstimmung frage.

Die große Abneigung gegen preußisches Wesen hat sich bedeutend gemildert, aber immer noch ist das Uebergewicht des Nordens den Süddeutschen verhaßt. Der einfache Landmann hat ein richtiges Gefühl für seine Interessen; mit diesem Gefühl erfaßt er das Wesen und die Wirkung gegebener Verhältnisse und zwar oft besser und richtiger als die selbstbewußten Staatsmänner in den Regierungs-Collegien und in den Kammern. Der einfache Mann aus dem süddeutschen Volke hat einen klaren politischen Gedanken: er möchte ein Vaterland haben; er möchte alle deutschen Stämme vereinigt sehen in einem mächtigen politischen Körper; er hofft solche Gestaltung nicht mehr von Oesterreich; für dieses sind die alten Sympathien erloschen, aber sie haben sich auch nicht zu den Erfolgen des Krieges vom Jahr 1866 gewendet. Der süddeutsche Mann will ein geeinigtes Deutschland; ihm widerstrebt ein Großpreußen, und ein solches ist ihm eben der Nordbund.

Das fieberhafte Drängen der badischen Regierung und Kammern zu dem raschen unbedingten Eintritt in diesen Nordbund hat die Leute entrüstet, denn sie haben herausgeföhlt, daß dieser Eintritt der Krieg wäre. Die Erklärung des Anschlusses, so meinen diese Leute, würde die französische Macht in Thätigkeit rufen; die Franzosen würden sogleich über den Oberrhein gehen; sie würden das Großherzogthum

besezen und aus diesem weiter in Deutschland vordringen. Preußen, so meinen die Leute im südwestlichen Deutschland, könnte dieses nicht schützen; und der Versuch solchen Schutzes würde dasselbe zum Kriegsschauplatz machen. Die schönen Länder würden von einem Kriege grausam verheert oder doch von freundlicher und feindlicher Besetzung ausgesogen und verarmt. So sieht der süddeutsche Bauersmann den Eintritt seines Landes in den Nordbund an.

Die protestantische Bevölkerung ist durch die Religionsverwandtschaft zu dem Norden hingezogen, und bei dieser sind deßhalb die angeführten Anschauungen weniger bestimmt und lebendig. Aber Katholiken und Protestanten, leider müssen wir es aussprechen, würden williger die Gefahren bestehen und die Opfer bringen, wenn sie, so drücken sie es aus, „ganze Preußen“ würden, und nicht nur Bundesgenossen.

Weit mehr noch ist die Mißstimmung des Volkes durch die inneren Verhältnisse und deren Behandlung erregt. Der einfache Landmann kann nicht das Wesen und die Ziele des liberalen Systems staatsrechtlich erörtern und dessen Wirkungen vorsehen; aber er fühlt den Druck, welchen die Herrschaft dieses Systems ausübt. Der Unwissendste im Volk ist nicht so unwissend, daß er in dem immerwährenden Reden von Freiheit nicht die Unterdrückung der Freiheit erkenne; der Blödeste sieht, wie man die wichtigsten Volksrechte umgeht, wie man das Vereinswesen nicht nur durch die Bestimmungen der Gesetze beschränkt, sondern durch deren verschiedene Anwendung hindert und beschränkt; er sieht wie man die Presse maßregelt, wie man die geistige Freiheit nicht schützt und Meinungen ächtet. Der Mann im südwestlichen Deutschland will Freiheit und Recht; aber traurige Erfahrung hat ihn belehrt, daß die hochgerühmten freisinnigen Einrichtungen mehr oder weniger eben nur Täuschungen sind.

In dem Großherzogthum Baden will das Volk die bürgerliche und die politische Freiheit, und es ist für solche mehr als viele andere deutschen Stämme gereift. Das Volk ist

mündig und es will leben und handeln als eine selbstständige Person. Man hat diesem Volke die Feststellung einer gewissen Selbstregierung (Selfgovernment) versprochen, und man hat nur das Verwaltungsgesetz vom 5. Oktober 1863 erlassen. Wer es aus den Bestimmungen des Gesetzes nicht herauslesen konnte, dem haben in drei aufeinander folgenden Jahren die Verhandlungen der Kreisversammlungen gezeigt, daß man deren Zuständigkeit nach Möglichkeit zusammengezogen, daß man deren freie Bewegung zum voraus aufgehoben hat und mit dieser deren Wirksamkeit. Wenn man in dem Institute der sogenannten Bezirksräthe auch manches Gute anerkennt, so ist dennoch die öffentliche Meinung darüber festgestellt, daß das vielgelobte Verwaltungsgesetz hauptsächlich dienen soll um auf Kosten der Kreise, der Bezirke und der Gemeinden die Staatskasse von mancherlei Ausgaben zu entlasten, ohne die Einnahmen derselben im kleinsten Maße zu mindern.

Die ärmste Landgemeinde will eine gewisse Selbstständigkeit haben; statt solcher aber empfindet sie die Bevormundung durch die Verwaltungsbehörden des Staates. Mit Widerwillen sieht der Landmann den „großen Ausschuß“ an der Stelle der allgemeinen Bürgerversammlung und er ist in fortwährendem Aerger darüber, daß dem Bürger welcher nicht zu dem Ausschuß gehört, auch nicht die kleinste Theilnahme gestattet ist an den Angelegenheiten der Gemeinde. Mit Widerwillen erträgt er die Ernennung zu den Gemeindeämtern durch mittelbare Wahlen und den Einfluß welchen der Bezirksbeamte auf diese Wahlen ausübt. Daß der Bürgermeister immer nur ein Diener der Staatsbehörde ist, das weiß er nicht anders, und alle Tage sieht er, daß von Führung der Gemeindeämter die unabhängige Gesinnung nach Möglichkeit ausgeschlossen und daß die verhaßte Bevormundung verwendet wird, um die Herrschaft der Partei in die inneren Verhältnisse der Gemeinden zu tragen. Das Alles erbittert den Landmann um so mehr, als man ihm den

Glauben an eine vernünftige Selbstständigkeit zumuthet die thatsächlich gar nicht besteht.

Ein vortrefflicher Staatshaushalt hat früher einen blühenden Zustand der Finanzen geschaffen und erhalten; die Kassen waren gefüllt und den Aufwand für manche nützliche Einrichtung konnte der Staat aus den Ueberschüssen der Einnahmen bestreiten. Der größte Theil der Staatsschuld war vollkommen fundirt und fast unbeschränkt war der Credit. In dem kurzen Zeitraum der sogenannten neuen Aera ist dieß viel anders geworden. Die neuen Organisationen und die Besserstellung der Beamten haben den Staatsaufwand bedeutend vergrößert. Allerdings erkennt der gemeine Mann dankbar die größere Unabhängigkeit der Gerichte und der Gerichtsbeamten, und dem tüchtigen Staatsdiener gönnt er gerne ein sorgenfreies und selbst ein behagliches Leben; aber er meint, eine neue Gerichts-Organisation hätte sich auch mit geringern Kosten durchführen lassen, und er meint, wenn man die Verwaltungsbeamten besser stellen wollte, so hätte man die Zahl derselben nicht so sehr vermehren sollen wie man es gethan hat. Die Regierung mit ihren Kammern hat Ausgaben auf Ausgaben gehäuft, und zwar für manche Dinge deren Nothwendigkeit mindestens sehr zweifelhaft ist. Der Bau neuer Eisenbahnen hat Millionen verschlungen, und der gemeine Mann läßt sich nun einmal die vielleicht irrige Meinung nicht nehmen, daß mit solchen und andern Unternehmungen Orte oder Bezirke begünstigt worden seien welche dem herrschenden System sich gefällig oder dienstbar erwiesen. So wurden die Staatskassen geleert; man mußte außerordentliche Maßregeln vornehmen, und zwar nicht allein um außerordentliche Ausgaben zu decken. Die badischen Papiere waren gesunken, der Credit des Staates war bedeutend vermindert, und die Vermehrung der Steuern wurde eine Nothwendigkeit. Diese unglückliche Nothwendigkeit hat eine allgemeine Unzufriedenheit um so mehr hervorgerufen, als auch die Lasten der Gemeinden fortwährend in die Höhe getrieben worden sind, und zwar

größtentheils durch mittelbare oder unmittelbare Einwirkung der liberalen Partei.

Seit Jahren hat man unablässig gearbeitet um eine schaaale Vernunftreligion an die Stelle des Christenthums zu setzen. Mancher höherstehende Mann konnte nicht die Tragweite gewisser Gesetze, nicht den Zweck gewisser Verordnungen und nicht die Absicht des leidigen Gebahrens erkennen, aber der Sinn des einfachen noch unverdorbenen Menschen hatte herausgefunden, daß es sich um Zerstörung der Religion und der Sittlichkeit handle, er hätte den wahren Charakter der liberalen Arbeit auch ohne den höhnenenden Jubel der Partei und ihrer Anhänger erkannt.

Selbstverständlich mußten sich die offenen oder versteckten Angriffe zuerst gegen die katholische Kirche richten, denn mit dieser wurde die Idee und die Thatsache der Autorität zerstört und folglich die Idee der Offenbarung vernichtet. Alle Eingriffe in das Gebiet der Kirche, alle Verletzungen unzweifelhafter Rechte, alle Ränke konnten in der Gegenwart das Werk der Zerstörung nicht vollenden; man mußte die Zukunft gewinnen und deshalb wollte die liberale Partei eine unbedingte und ungetheilte Herrschaft über die Schule, und deshalb wollte sie diese, von der Kirche losgerissen, ihres religiösen Charakters entkleiden. — Wie auch der aufgeklärte Städter die Sache auffassen möge, der Landmann kann nun einmal die Schule getrennt von der Kirche nicht denken, und darum erzeugte die liberale Schulordnung, noch ehe sie ausgeführt wurde, eine allgemeine und große Mißstimmung.

Die liberale Partei hat wie in vielen anderen, so auch in dieser Sache das Volk und dessen Eigenschaften vollkommen unrichtig beurtheilt. Die Anhänglichkeit der Katholiken an ihre Kirche liegt tief in dem Gemüthe des Volkes. Sie kann geschwächt, sie kann für lange Zeit unwirksam gemacht, wohl auch der gewöhnlichen Wahrnehmung entrückt, aber sie kann nicht ausgerottet werden, so lange noch die Glocken der Kirche zum Gebet rufen, und so lange die ewige Lampe vor dem

Allerheiligsten brennt. Gewinnt der Angriff eine gewisse Stärke, überschreitet er eine gewisse Grenze, so wird die ausgeborne Anhänglichkeit wieder lebendig und sie tritt mehr oder weniger werththätig in das äußere Leben heraus. Diese Erscheinung hat sich bei allen Verfolgungen der Kirche und sie hat sich insbesondere bei der sogenannten Schulfrage entschieden und kräftig gezeigt. Je mehr der Widerstand der Bevölkerung ein unerwarteter gewesen, um so mehr hat die Partei ihrer Leidenschaft Raum gegeben, und von dieser ist sie zu Handlungen getrieben worden, welchen die natürliche Reue folgen wird später oder früher.

Für die Ausführung des sogenannten Aufsichtsgesetzes vom 29. Juli 1864 hat man alle Mittel des staatlichen Druckes verwendet. Ehrenhafte Bürger haben die Theilnahme an den Wahlen für die Ortsschulräthe und den Eintritt in diese verweigert; der passive Widerstand war immer aus der religiösen Ueberzeugung hervorgegangen; diese Gewissenhaftigkeit wurde mit harten Strafen gebüßt und ein Abgeordneter hat in der Kammer nicht nur die Freiheit des Gewissens sondern er hat höhrend das Gewissen selbst verläugnet*). Gegen die Geistlichen hat man, so oft sich eine Gelegenheit ergab, die bekannten Ausnahmsgesetze verwendet und der Strafe folgte die Gemeinheit des Spottes. Die Blätter der Partei haben fort und fort die Religion, den Glauben, die Kirche und deren Institutionen besudelt und verhöhnt; sie haben Verläumdungen und Lügen mit roher Frechheit verbreitet; sie haben die katholischen Bürger um ihres religiösen Glaubens willen beschimpft und diese Blätter waren größtentheils die amtlichen Verkündigungsblätter. Vergebens hat die Kirchenbehörde um den gesetzlichen Schutz der Gerichte gebeten, niemals hat ein Staatsanwalt eine Beschimpfung der katholischen Religion und ihrer Gebräuche verfolgt; dagegen aber

*) Der Staatsrath Lameny hat gesagt: „das Staatsgesetz sei das Gewissen.“

hat man irgend eine unvorsichtige Auslassung gegen das Unwesen der herrschenden Partei mit schwerer Strafe belegt. Der Katholik als solcher hat niemals Schutz gegen Schimpf und Verläumdung gefunden, dem Verläumder und Lügner aber war die zarteste Rücksicht gewiß. Aber nicht solche Schmutzblätter allein, nicht bezahlte oder halbbetrunkene Schreier allein haben in den Kneipen ihre Schimpfreden gehalten, selbst in der Kammer hat man solch rohe Auslassungen von hervorragenden Abgeordneten gehört *).

Der ehrliche Landmann, wenn er sonst wohl auch gleichgiltig erschien, war verletzt durch die unwürdige Stellung welche das erwähnte Gesetz seinem Pfarrer anweist. Freilich ist das Ansehen des guten Geistlichen darum doch nicht gesunken; allmählig aber ist ein gewisser Grimm gegen die Unverschämtheit der Schulmeister erwachsen, welche durch ihr freches Treiben Zerrwürfnisse und Spaltungen in friedliche Gemeinden brachten, welche nicht gute Beispiele der Sittlichkeit gaben, aber sehr gehätschelt wurden als Sendlinge der Partei. Der Pfarrer ist in der Volksschule nur noch ein Fachlehrer und an vielen Orten wird er von dem Schulmeister als solcher behandelt. Selbst auf den Religionsunterricht hat die Kirchenbehörde nur einen beschränkten Einfluß, denn die Religion ist nur noch ein untergeordneter Unterrichtsgegenstand. Protestantische Kreisschulräthe beaufsichtigen katholische Volksschulen und mit deren oberster Leitung ist eine confessionell gemischte Behörde betraut. Es ist wahrlich keine Unduldsamkeit, wenn die katholische Bevölkerung durch solche Anordnung verletzt ist, und daß jetzt schon gar bedenkliche Wirkungen bei Schulen und Schülern sich zeigen, das ist eine unbestreitbare Wahrheit.

Aufgeblasene Städter, bezahlte Staatsdiener und viele der sogenannten vornehmen Leute sagen: der Mann des

*) Bekanntlich hat derselbe Staatorath L a m e y die Katholiken „Gimpel“ genannt.

Volkes sei eines eigenen Urtheiles nicht fähig und seine Anschauungen und seine Handlungen seien immer nur durch Einwirkungen der Leute von höherer Bildung erregt und bestimmt. Wenn damit diese Leute höherer Bildung nicht ihre eigene Böhlerci bezeichnen, so sagen sie wissentlich eine Unwahrheit oder sie gestehen ihre vollkommene Unkenntniß des Volkcs. Der Mann aus dem Volk kann nicht sein gepennene Pläne in deren Einzelheiten verfolgen, aber er weiß ganz gut, daß dem Treiben der Partei ein bestimmter Plan zu Grunde liegt, er sieht dessen Ausführung und er empfindet deren verderbliche Wirkung. Der gemeine Mann kann nicht die grundsätzliche Verfolgung des Christenthumes erweisen; er kann nicht darthun daß man das Gebäude der Kirche abbrechen will, um die Trümmer zu dem Bau einer Trohnveste des religionslosen Staates zu verwenden, aber tagtäglich sieht er die grundsätzliche Feindschaft gegen die positive Religion und die offenen Angriffe auf die Einrichtungen derselben. Er kann nicht Redensarten und große Worte machen über Grundsätze und Systeme des Unterrichtes und der Erziehung, aber man hat ihm keinen Zweifel gelassen darüber, daß man der nächsten Zukunft ein religionsloses Geschlecht erziehen will. Der Mann des Volkcs kennt nicht das System der belgischen Freimaurer und darum weiß er auch nicht, daß solches im Großherzogthum Baden durchgeführt werden soll; aber er weiß ganz wohl, daß man die Kinder dem Einfluß, dem Glauben und den Anschauungen der Eltern entziehen will. Er kann nicht die Freiheit der Lehre, des Unterrichtes und der Anstalten des Unterrichtes, er kann nicht die Verwerflichkeit des Schulzwanges aus allgemeinen Grundsätzen erweisen; aber er empfindet schmerzlich, daß man ihn zwingt seine Kinder in Schulen zu schicken, in welchen sie Verachtung und Feindschaft gegen all Dasjenige lernen was als Heiligthum seine Voreltern auf ihn vererbt haben. Der Mann des Volkcs kann nicht mit kundiger Schärfe die Grenzen der Berechtigungen ziehen, aber

er empfindet es, daß man in die heiligen Rechte der Familie eingreife. Er kann nicht durch feinere Betrachtungen den Geist der Gesetze darstellen, aber er sieht nur zu gut, daß gar viele Gesetze nicht in dem Geist der Freiheit erlassen sind, er sieht, daß der eigentliche Sinn der besten verkehrt und daß die natürliche und die verfassungsmäßige Freiheit nur zu häufig verletzt wird. Der schlichte Mann kann nicht die gesetzliche Ausdehnung der Gewalt und deren Ausübung in den Einzelheiten beurtheilen; aber tagtäglich erfährt er das Walten und fühlt er den Druck der Gewalt. Der Landmann kennt nicht das Wort „Bourgeoisie“, aber ihm fehlt nicht die klare Vorstellung einer herrschenden Classe; er fühlt deren Uebermuth, und der Groll welchen dieser erregt, ist um so tiefer, als er genöthiget ist diesen Groll in sich selber zu verstecken.

Die Forderungen oder die Wünsche des Volkes waren den Gewalthabern in keiner Weise verborgen. Diese haben oft genug gehört, daß die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung eine Verminderung des Beamtenheeres, daß sie eine weniger kostspielige Verwaltung, daß sie ein anderes Gemeindegesetz, eine wirkliche Selbstverwaltung und daß sie ein anderes Wahlgesetz für die Bildung der Landesvertretung, kurz eine Aenderung gar vieler Gesetze verlange. Das Volk in Baden hat sich in Versammlungen, in Adressen, in Vorstellungen und in Petitionen ausgesprochen oder aussprechen wollen, aber man hat die Wirksamkeit der Vereine so weit es möglich gehindert, man hat Verbote der Versammlungen erwirkt oder den niedrigsten Pöbel gegen solche geheßt; man hat das Mögliche gethan um die mißliebige Presse zu unterdrücken, und man hat den Freunden des Volkes den Zugang zu dem Regenten erschwert. Die Bitten, die Vorstellungen, die Adressen haben bei der Regierung keine Beachtung gefunden, wohl aber Hohn und Spott bei der Partei. Das Volk hat nichts mehr von der Regierung erwartet und es hat, wenn man es gelind ausdrücken will, jegliches Vertrauen

auf seine verfassungsmäßigen Vertreter verloren. In den Zustand der Stumpfheit einer allgemeinen Mißstimmung traten nun die Gesetze und die Einrichtungen welche die neuen politischen Verhältnisse hervorriefen.

Die einfachsten Leute waren klug genug um einzusehen, daß die bisherige Wehrordnung ihren Zweck nicht erfülle, und daß eine andere Organisation nothwendig sei, um mit dem schönen Material und mit dem vielen Gelde einen tüchtigen militärischen Körper zu schaffen. Gegen die allgemeine Wehrpflicht besteht keineswegs eine entschiedene Abneigung; denn der Bauersmann im Großherzogthum Baden weiß es wohl, daß seine Jugend den Waffendienst lernen muß. Wenn auch die Einrichtung eines schweizerischen oder amerikanischen Milizenwesens wohl Eingang gefunden, so erkannten die Besonnenen doch wohl, daß unter den gegebenen Verhältnissen ein solches unmöglich sei. Allgemein jedoch ist die Meinung gegen den Druck der dreijährigen Präsenz, denn das Volk glaubt daß bei der Anstelligkeit seiner jungen Leute eine kürzere Zeit genügen möchte, um tüchtige Soldaten zu bilden, und da kommt ihm die Meinung daß der drückenden Anordnung ein anderer Gedanke zu Grunde liege. Diese Meinung mag irrig seyn, aber sie besteht nun einmal, und bei der Mißstimmung über die gegebenen Zustände ist sie schwer zu überwinden.

Für die Erhaltung dieser Zustände und für die fernere Ausführung des Systems der herrschenden Partei wurden die Lasten erhöht. Der Landmann war empört darüber, daß man mit dem Wohlstand des Landes prahlte in einer Zeit in welcher, wenn nicht eine Noth, doch eine gewaltige Klemme bevorsteht. Wer die Zustände des Landes kennt, weiß wohl daß auch vermögliche Bauern nichts zu verkaufen hatten, daß weniger Vermögliche neben der Erhaltung ihrer Familien kaum noch die Saatsfrüchte ausbrachten, und daß alle sich Entbehrungen auflegen müssen und doch nicht im Stande sind ihre Verbindlichkeiten zu erfüllen. Der Landmann war

entrüstet über die frivole Weise, in welcher die hohen Steuern beschlossen worden, und mehr noch war er entrüstet über Aeußerungen gewisser Abgeordneten welchen das Gefühl der Anständigkeit eine andere Sprache hätte gebieten sollen *).

Die Verhandlungen der zweiten Kammer haben keinen Zweifel aufkommen lassen über die Haltung der National-Liberalen als Abgeordnete zum Zollparlament, und mit Grund mußte der Landmann noch größere Lasten befürchten. Die Nachrichten über die Einführung der Vereinssteuern auf Salz und Tabak haben einen allgemeinen Schrei des Unwillens hervorgerufen, denn jene würde den Betrieb der Viehzucht, einer Haupterwerbsquelle der Gebirgsbewohner empfindlich schädigen, diese aber würde eine schöne Produktion des Landes geradezu vernichten und die kleineren Bauern in der Pfalz zu Bettlern machen. Keine Versicherungen und keine schönen Redensarten konnten die Meinung zerstören, daß die herrschende Partei sehr gerne zustimmen würde zur Ausbeutung der südlichen Länder durch den Norden.

Die sogenannte liberale Partei in Baden hat ihrer Herrschsucht alle Rücksichten geopfert, und sie hat alle Verhältnisse durcheinander geworfen. Die liberale Partei hat höchstens die äußeren Formen, aber sie hat niemals das Wesen des Rechtes geachtet, sie hat Meinungen verfolgt und Personen wegen ihrer Meinungen geächtet. Sie hat die Verblendung, den Haß und den Zwang in alle Kreise der Gesellschaft getragen, sie hat diese durch Spaltungen zerrissen; sie hat das Volk in seinen heiligsten Empfindungen verletzt und muthwillig hat sie den Frieden des friedlichen Landes gebrochen. In frechem Uebermuth hat die liberale Partei sich selbst für das souveräne Volk oder doch für die herrschende Classe erklärt.

*) Als in der Kammer von einer Biersteuer gesprochen wurde, da sagte der schon erwähnte Staatsrath Lamey: „wenn künftig ein Mann statt zehn Schoppen nur neun trinke, so sei das kein Unglück.“

Der Bürger eines freien Landes, ein Engländer z. B., würde fragen: „warum hat das Volk solche Zustände ertragen, warum hat es sich niemals erhoben gegen die Uebermacht einer herrschsüchtigen Partei?“ Die Antwort ist sehr einfach: das Volk hat sich nicht erhoben, weil es kein Mittel zu massenhafter Erhebung besitzt; weil Gesetz und Gewalt die kräftige Kundgebung seiner Meinung und seines Willens verhindern und weil es stumpf geworden war unter dem beständigen Druck. Die Wahlen zum Zollparlament nun haben ein Mittel zur Bekundung der Volksmeinung gegeben und es wurde ergriffen. Wenn durch keine anderen Anregungen, so wäre es aus seiner Stumpfheit erweckt worden durch das liberale Wahlcomité, welches mit fabelhafter Unverschämtheit zu Abgeordneten gerade die Männer vorschlug, welche am meisten die katholische Bevölkerung und deren Glauben verhöhnt, die Kirche beschimpft, die unbegrenzte Gewalt des modernen Staates verfochten und mit einem gewissen Hohn die neuen Steuern bewilliget hatten.

In keinem deutschen Stamme liegt das kleinstaatliche Sonderwesen weniger als in dem Volk am Oberrhein und in den Gebirgen auf der rechten Seite des Thales; im Gegentheil ist der Wunsch einem großen politischen Körper anzugehören oft stärker als es gut ist für die bestehenden Verhältnisse. Die Mehrzahl dieses Volkes hegt keinen grundsätzlichen Haß gegen Preußen, die frühere Abneigung würde fast ganz verschwinden wenn die Liberalen ihm nicht als Diener und Agenten der preußischen Großmacht erschienen, wenn es preußische Gewähren der Freiheit erblickte. Das Volk am Oberrhein will nicht die Rückkehr zu verrotteten Zuständen; es will eine Herrschaft der „Pfaffen“ so wenig als die Herrschaft der Liberalen; es will kein Bismarck'sches Regiment, es liebt nicht die absolute Fürstengewalt; es will die Ausdehnung seiner Freiheiten — es will die Freiheit, es will Institutionen welche die Freiheit gewähren und sichern. Nicht der Haß gegen Preußen hat das Volk in die

Wahlbewegung getrieben, sondern der Haß gegen die heuchlerische Gewaltherrschaft der liberalen Partei.

IV. Bedeutung und Folgen.

Aus der Darstellung der Ursachen geht unzweifelhaft die wahre Bedeutung der badischen Wahlbewegung hervor. Wir wollen dieselbe mit wenigen Worten bezeichnen.

Es liegt ein ungeheurer Raum zwischen einer Idee und deren Gestaltung im äußeren Leben; aber mit dem ersten Versuch zur Ausführung ist die breiteste Kluft übersprungen. Der Gedanke ist Thatsache geworden und langsamer oder schneller werden die ferneren Folgen sich einstellen. Die allgemeine unmittelbare Wahl ist dagewesen und das ist ihre wichtigste Bedeutung.

Durch die Wahlen zum Zollparlament ist das gegenwärtige Regierungssystem verworfen; durch diese Wahlen hat die Mehrheit des Volkes erklärt, daß die Verhandlungen der Kammern nicht die Meinung und daß deren Beschlüsse nicht den Willen des Volkes ausdrücken. Die Mehrheit der Bevölkerung hat die liberale Partei für einen Feind der Freiheit erklärt, welcher sein System und seine Herrschaft den Rechten und den Interessen des Volkes voranstellt.

Die Wahlen zum Zollparlament haben den Beweis erbracht, daß das Volk nicht bethört oder stumpfsinnig den Schlagwörtern folgt; sie haben den Beweis erbracht, daß dieses Volk eines Selbstbewußtseyns fähig ist mit welchem es in die öffentlichen Angelegenheiten eintreten würde, wenn verrottete Gesetze nicht der freien Bewegung entgegenstünden und wenn schlechte Einrichtungen nicht der Gewalt ein unmeßbares Uebergewicht gäben welches eine freie öffentliche Meinung nicht aufkommen läßt.

Die Wahlen für das Zollparlament haben thatsächlich gezeigt, daß das System der mittelbaren Wahlen eine wirkliche und wahre Volksvertretung nicht bilden kann und daß die Kammern, durch solche Wahlordnung zusammengesetzt,

ständige Regierungs-Collegien werden müssen oder Organe einer herrschenden Partei.

Die Nothwendigkeit einer anderen Wahlordnung, somit einer Reform der Verfassung und verschiedener Verfassungsgesetze ist zur Gewißheit geworden und der ganze Verlauf der Bewegung hat erwiesen, daß allgemeine, unmittelbare und geheime Wahlen nicht die geträumten Uebelstände und Gefahren hervorrufen.

Die lügenhaften Darstellungen sind widerlegt, das Ansehen und das Gewicht der liberalen Partei ist erschüttert und die Regierungen anderer Staaten sind aufgeklärt über die Zustände in dem Großherzogthum Baden und über die Stimmung des Volkes.

In den Wahlen zum Zollparlament haben in dem Großherzogthum Baden die sogenannten „Ultramontanen“ sich als eine wahre und wirkliche Volkspartei erwiesen.

Fast immer gehen Volksbewegungen jeglicher Art sehr schnell vorüber; sie hinterlassen oft kaum eine bemerkbare Spur, aber niemals sind sie ganz ohne Folgen, wenn diese auch nur mittelbar und meistens sehr langsam eintreten. Nach aller Wahrscheinlichkeit wird die Haltung der gewählten Abgeordneten und deren Thätigkeit in dem Zollparlament auf die Beschlüsse desselben einen geringen Einfluß ausüben. Die Folgen liegen viel ferner.

Die Kabinette der Mächte haben die Wahlen im südlichen Deutschland sehr aufmerksam beobachtet; sie werden aus den Beobachtungen die Folgerungen ziehen, sie werden diese in ihrem Sinne benützen; und darum dürften diese Wahlen eine gewisse Einwirkung ausüben auf die Stellung der Mächte in der deutschen Frage. Frankreich wird mit größerer Strenge die Bestimmungen des Prager Friedens auslegen, es wird für deren Beobachtung viel fester auftreten und Preußen wird in allen seinen Handlungen noch größere Zurückhaltung und Vorsicht beobachten. Die Regierung des Großherzogthums Baden aber wird das Drängen zu dem

Eintritt in den Nordbund wohl bedeutend mäßigen müssen, solange der Prager Friede in Kraft ist.

Die nächsten Folgen werden immer jedoch in den inneren Zuständen des Landes sich zeigen. Man sollte denken, daß die badische Regierung, über die Mißstimmung des Volkes belehrt, auf ihrer abschüssigen Bahn anhalten werde; sie werde die liberale Zwangsherrschaft mildern, die Freiheit der Meinung achten und die Empfindungen des Volkes schonen. Unter den bestehenden Umständen jedoch ist solche vernünftige Umkehr nicht wahrscheinlich, denn die richtige Beurtheilung der Lage setzt eine bittere Selbsterkenntniß voraus und für solche ist die Verblendung zu groß. Unter allen Umständen wird die professorenmäßige Verrantheit des jetzigen Ministerpräsidenten und die Starrheit seines Charakters jedem Anhalten oder jeder Wendung entgegenstehen, und die Kammer wird mit ihm die kleinste Aenderung des Systemes als eine Reaktion bezeichnen und ächten. Die Minister glauben fest zu stehen, wenn sie auf die Kammer sich stützen, und in ihrem Vertrauen wollen sie nicht sehen daß diese Stütze mindestens sehr morsch ist. Seit dem Jahr 1846, also seit zweiundzwanzig Jahren sind die Kammern niemals vollkommen erneuert worden; was auch die Zeit und ihre Bewegung gebracht, sie haben jeglichen Wechsel durchgemacht und überlebt, sie sind in ihrem innersten Wesen dieselben geblieben: ständige und gefällige Regierungscollegien, deren Intelligenz nicht vergrößert worden ist durch die lange Reihe von Jahren. Diese Vertretung hätte Ansehen und Vertrauen verloren auch wenn sie durch eine andere Wahlordnung gebildet worden wäre.

Die gegenwärtige Regierung wird diese Kammern nicht auflösen, denn in keinem Fall könnte sie eine Vertretung erwarten welche gleich gefügig wäre, und gar viele Mitglieder möchten die Vertretung zu einer herrschenden Körperschaft machen und dieser die Ausübung der Staatsgewalt übertragen.

Die große Mehrheit der Bevölkerung verlangt die Auflösung der Kammern und zwar in der Hoffnung daß eine neue Vertretung ehrliche Reformen und besonders ein anderes Wahlgesetz beschließen werde; die Regierung aber wird die Kammern nicht auflösen, und sie wird den bestehenden kein anderes Wahlgesetz vorlegen, denn gerade die Parlamentswahlen vom 18. Februar 1868 haben ihr gezeigt, daß mit der allgemeinen, unmittelbaren und geheimen Wahl der Abgeordneten zum Landtag das gegenwärtige Regierungssystem nothwendig fallen müßte.

Weil aber die Bewegung des Volkes denn doch bedeutende Besorgnisse erregt hat, so wird in allen inneren Fragen das Ministerium noch schroffer auftreten, es wird in allen Verhältnissen die Zügel noch schärfer anziehen, es wird sein System vollkommen durchführen wollen und dafür, wo nöthig, auch Gewalthandlungen nicht scheuen. Eine Aenderung des Systemes könnte nur in Folge gewisser Ereignisse eintreten, oder es könnte dieselbe von der Macht äußerer Einwirkungen aufgenöthiget werden. Solche Ereignisse sind vorerst kaum zu erwarten, und zur Zeit kann man noch nicht sehen woher solche Einwirkungen kommen sollten.

Das Volk hat nun gesehen, was es mit entschlossener Thätigkeit vermöchte; aber das Selbstvertrauen wird seine Kraft verlieren und ohne eine neue Aufregung wird es in die stumpfe Unthätigkeit wieder zurückfallen. Die Partei wird höhnenden Jubel aufschlagen; die Sicherheit wird ihren Uebermuth steigern und höchstens wird sie ihre Herrschaft mit größerer Heuchelei ausüben. Diese Sicherheit aber ist sehr trügerisch, denn in der Ruhe wird der Mißmuth nicht einschlafen. Wenn nun, und sei es nach Jahren, die unvermeidlichen Aufregungen wieder eintreten, so wird ein gesteigertes Bewußtseyn der Kraft erwachen und der lang verhaltene Stolz wird sich Luft machen.

Geschrieben im Monat April 1868.

LI.

Neuere Werke über Kirchengeschichte.

III. R. Hassé*).

Der Verfasser dieser Kirchengeschichte ist am 14. Oktober 1862 gestorben. Das einzige größere Werk, welches von ihm erschienen, ist die allbekannte Monographie über „Anselm von Canterbury“ in zwei Theilen, erster Theil: das Leben Anselms, Leipzig 1843; zweiter Theil: die Lehre Anselms, welcher genau nach dem Gesetze des Dichters: *nonum prematur in annum*, neun Jahr nach dem ersten, im J. 1852 erschien. Dabei hatte es sein Bewenden. Denn was von R. Hassé später noch erschien, ist aus seinem literarischen Nachlasse herausgegeben. Es ist dieß eine kurzgefaßte Geschichte des Alten Bundes (Leipzig 1863), und unsere Kirchengeschichte.

Die Vorzüge, welche das Werk über Anselm empfehlen, zeichnen auch diese Kirchengeschichte aus, seltene Unparteilichkeit, lichtvolle und zugleich gedrängte Darstellung, Herrschaft über den historischen Stoff, eine Fülle von Material, geistvolle Auffassung, hoher sittlicher Ernst und gläubige Ge-

*) Kirchengeschichte von Friedr. Rud. Hassé, weil. Consistorialrath und Professor der evangelischen Theologie in Bonn. Herausg. von Aug. Köhler, Professor der Theologie in Erlangen, Bd. 1–3, pag. 242, 260, 325. Leipzig 1863–1864.

sinnung. Damit wollen wir nicht sagen, daß der Verfasser seinen protestantischen Standpunkt verläugnet habe; es sind vielmehr die kirchengeschichtlichen Vorlesungen für protestantische Theologen, welche uns hier vorliegen. Darnach ist das Mittelalter die Zeit in welcher die Kirche „die gewonnene Macht zur Eroberung der Alleinherrschaft benützte.“ Das Zeitalter der Reformation dagegen ist ein nothwendiges Ergebniß des sich selbst Verlierens der Kirche in der Welt. „Es mußte zu einem gewaltigen Schlage kommen, durch den der Widerspruch sich aufzuheben suchte. Die Reformation war dieser Schlag. Denn es blizte damit die Idee ihrer selbst wieder in dem Bewußtseyn der Kirche auf; sie erkannte die Nothwendigkeit einer Rückkehr in sich aus ihrer Entäußerung an die Welt, einer Rückkehr zu ihrem Principe, ihrem Haupte, zu Christo!“ Lassen wir den „Blitz und den Schlag“, womit Herr Hassé die Reformation als eine Nothwendigkeit einführt, und erkennen wir an, daß derselbe wenigstens in der Kirchengeschichte des Reformationszeitalters die katholische Kirche nicht als eine unberechtigte, zum Absterben verurtheilte Potenz betrachtet; er läßt dieselbe wenigstens als gleiche Macht, gleichsam als die halbe Kirche neben dem Protestantismus fortbestehen. Hören wir seine Auffassung: „Vorerst hat sich die Kirche nur in zwei Hälften gespalten, von denen die eine das substantielle Princip wieder in seine Rechte gesetzt hat, während die andere die geschichtliche Erscheinungsform festhält, die sich die Kirche im Laufe des Mittelalters gegeben hatte. Der Gegensatz zwischen Kirche und Welt ist daher gewissermaßen zugleich ein Gegensatz innerhalb der Kirche selbst geworden; der Protestantismus vertritt sozusagen die Kirche in der Kirche, der Katholicismus die Welt, oder jener die geistige, dieser die leibliche Seite der Kirche. Dort ist es daher die innere, intellektuelle Welt, mit welcher sich die Kirche zu vermitteln strebt, hier die äußere, politische. Beide Seiten ergänzen sich zwar; es scheint aber, daß sie sich jede erst einseitig vollenden sollen, bevor sie zur Einheit

zusammengehen; noch sind sie dualistisch getrennt, die Entwicklung somit noch zu keinem Abschluß gelangt. Die neuere Kirchengeschichte, welche zunächst nur von jenem Dualismus zu berichten hat, ist daher nothwendig Fragment, ihr Ende liegt in der Zukunft."

Es wird uns Katholiken wenigstens noch zugestanden, daß wir der Leib der Kirche sind. Ein Leib sind wir, der nach dem erfüllenden Geiste verlangt, aber da wir diesen uns fehlenden Geist in dem Protestantismus nicht finden können, zunächst noch geistlos; der Protestantismus aber, die Geist-Kirche, ist allzu geistig und verlangt nach einem Leibe, um in der Welt sich äußern und in ihr wirken zu können. Da derselbe aber die katholische Kirche nicht als seinen Leib anerkennt, so fehlt es ihm vorerst an der rechten Leiblichkeit, d. h. Wirksamkeit in der Welt. Leib und Geist laufen seit 350 Jahren so nebeneinander her, sie suchen sich mit Nothwendigkeit und fliehen sich in Wirklichkeit. Sonst ist das Wirkliche auch nothwendig, hier ist das an sich Nothwendige nicht einmal wirklich; und bei so desperatem Mißverhältnisse bleibt nichts anderes übrig, als auf eine bessere Zukunft zu warten, bis der seit Jahrhunderten herumgeistende Protestantismus in der katholischen Kirche seinen Leib, letztere aber in jenem seinen Spiritus rector anerkannt haben wird. Sothaner Leib und Geist werden jedenfalls noch viele Concessionen machen und viele rauen Ecken sich abschleifen lassen müssen, bis es in Zukunft zu der gewünschten Vereinigung kommt. Genug. Immerhin ist anzuerkennen, daß Herr Hasse der Kirche ein relatives Recht auch in Zukunft fortzubestehen zuerkennt.

Der Herausgeber dieses Werkes, welcher unseres Wissens kein Kirchenhistoriker vom Fache ist — bis jetzt hat er sich als alttestamentlicher Exeget bekannt gemacht — hatte die Literatur beizufügen, eine Aufgabe die er nicht ohne Glück gelöst hat. Er hat auch ein Register über Personen und Sachen beigelegt (III. 277 — 324), eigentlich „angefertigt“

von dem Theologie-Studirenden Friedrich Zucker in Erlangen; das ausführlicher ist als andere Register, aber immerhin den „Studenten“ durchblicken läßt. Eines aber hat der Herausgeber nicht thun können oder wollen, er hat die Kirchengeschichte R. Hassé's nicht bis zur Gegenwart fortgeführt, welche im Großen und Ganzen nur die sogenannte erste Periode der neuern Zeit (von 1517 — 1648) umfaßt, und nur bei einzelnen Punkten noch das 18., fast nirgends das 19. Jahrhundert berührt. Hierüber sagt Hr. Köhler in der Vorrede: der dritte Theil umfaßt die Kirchengeschichte von der Reformation an, jedoch mit Ausschluß der Geschichte der Aufklärung. Ueber diese Geschichte hielt Hassé gesonderte Vorlesungen (in wöchentlich vier Stunden), aber nicht nur liegen diese Vorlesungen nicht so vollendet vor, daß sie nach einer nur leichten Uebearbeitung der Oeffentlichkeit übergeben werden könnten, sondern es bildet auch die Aufklärung, welche im letzten Grunde Anzweiflung des historischen Christenthums selbst als der absoluten Religion ist, nach Hassé's Anschauung kein innerlich berechtigtes organisches Glied in der Entwicklung der christlichen Kirche. — Auch die Vorlesungen Hassé's über protestantische Missionsgeschichte seien nicht vollendet genug, um sich zur Einarbeitung in die Kirchengeschichte zu eignen.

Dieß ist an sich zu bedauern. Denn so konnte oder kann vorliegendes Handbuch, das sonst so viele vortreffliche Eigenschaften hat, neben den Werken von R. Hase und Guericke sich nur schwer halten, respektive wird es sich den Studirenden der protestantischen Theologie wegen dieser Lücke von fast 200 Jahren weniger empfehlen. Dazu kommt, daß die theologische Richtung, welche der verstorbene Hassé einhielt, im Ganzen bei den Protestanten nicht populär ist.

IV. J. H. Kurß*).

Der Professor der Theologie J. H. Kurß in Dorpat hat eine Anzahl allgemeiner kirchengeschichtlicher Werke erscheinen lassen, unter andern ein Handbuch der allgemeinen Kirchengeschichte in zwei Bänden, Mitau 1853 — 56, zweite Ausgabe 1858, welches nur bis zum Ende des 9. Jahrhunderts reicht, und nicht fortgesetzt wurde. Dagegen hat sein Abriß der Kirchengeschichte im J. 1863 schon die fünfte, sein Lehrbuch der Kirchengeschichte in demselben Jahre gleichfalls die fünfte Auflage erlebt.

Der Verfasser strebt Objektivität der Darstellung und Vollständigkeit des historischen Materiales an. Er behandelt die verschiedenen Zweige der Kirchengeschichte überall bis zur nächsten Gegenwart, ist leidlich unparteiisch; seine Darstellung einfach und fließend zugleich. Im Ganzen wird man sagen können, daß er fremde Forschungen gut zu verwerthen und zu verarbeiten versteht, weniger aber selbstständige Forschungen gemacht hat.

Unrichtiges und Ungerechtes im Einzelnen finden wir hier, wie in allen andern ähnlichen Werken, in Menge. Von der Synode von Trient sagt Hr. Kurß, daß die päpstlichen Legaten unbeschränkt dominirten, und es sei ein öffentliches Geheimniß gewesen, daß der heil. Geist im Felleisen von Rom nach Trient kam. Letzteres halten wir hier für eine mehr als ungeziemende Redeweise, ersteres ist soweit wahr, als die päpstlichen Legaten auf jeder andern Synode präsidirten und dominirten. Der Papst beruft und leitet die allgemeinen Synoden, und steht so gut unter der Leitung des heil. Geistes wie die Mitglieder der Synoden. Letztere sind im heil. Geiste versammelt, aber der Papst ist und bleibt ihr Haupt, ob er persönlich oder durch Legaten sie leitet.

*) Joh. Heinrich Kurß, Lehrbuch der Kirchengeschichte für Studierende. Vierte Ausg. Mitau und Leipzig 1860. 5. Aufl. 1863, pag. 780.

Der Verfasser sagt ferner, daß die Mitglieder der Synode mehr als zu zwei Dritttheilen Italiener waren. Aber einmal machte die Lage von Trient den Italienern die Reise dahin am leichtesten. Sodann gibt es nicht nur in Italien unvergleichlich mehr Bischöfe als in jedem andern Lande, sondern die italienischen Bischöfe bildeten damals der Zahl nach überhaupt die größere Hälfte der Bischöfe der katholischen Kirche. Die deutschen und französischen Bischöfe waren vielfach durch die innern Wirren verhindert zu erscheinen, die Bisthümer waren entweder nicht besetzt oder den Protestanten zum Raube geworden. Man kann es bedauern, daß in Italien die Bisthümer so klein, demgemäß die Zahl der Bischöfe so groß ist; aber bei jeder allgemeinen Synode wird die Zahl der italienischen Bischöfe überwiegen, weil sie die zahlreichsten sind. Auch heute noch ist es so. Neapel und Sicilien allein haben an vierzig Bischöfe mehr als das große Frankreich, oder fast so viele Bischöfe als Frankreich und Spanien zusammen.

Aber auch bei allgemeinen Synoden entscheidet, von dem höhern Wirken des heil. Geistes abgesehen, nicht die größere Zahl, sondern die größere Geisteskraft. Diejenige Nation also wird die Mehrheit auf ihrer Seite haben, welche die tüchtigsten Theologen, seien es Bischöfe oder Priester die sprech- aber nicht stimmberechtigt sind, auf die Synode sendet. In Trient aber dürften die spanischen Theologen hinter denen keiner andern Nation zurückgestanden seyn. Die Frage von der Residenzpflicht der Bischöfe, ob dieselbe nämlich göttlichen Rechtes sei, bildete den Gegenstand eines langen Streites zwischen den Spaniern und Italienern. Die Ansicht der letztern gab den Ausschlag, die Frage zu verneinen, und da die Frage zu jeder Zeit wieder erhoben werden kann, so dürfte sie auch zu jeder Zeit ebenso entschieden werden. Vor und nach der Synode von Trient sind die tüchtigsten italienischen Bischöfe als Nuntien in andere Länder gesendet worden, und es wäre kaum gerecht, dem römischen Stuhle dar-

über Vorwürfe machen zu wollen. Die Zahl der also abwesenden Bischöfe war nie allzu groß. — Unter einem andern Gesichtspunkte waren die Spanier in ihrem Rechte, und die Zeit nach der Synode von Trient hat ihnen Recht gegeben. Es ist unfirchlich, zugleich mehrere Bisthümer zu haben; ist der Bischof vermöge göttlichen Rechtes zur Residenz verpflichtet, so kann er nicht zugleich der rechtmäßige Hirte mehrerer Bisthümer seyn. In Deutschland wurde die Unsitte erst mit dem römisch-deutschen Reiche begraben. In Frankreich und Spanien kam sie im 18. Jahrhundert nur noch sporadisch vor; noch im 19. Jahrhundert war der Cardinal Bourbon von Toledo eine Zeit lang zugleich Erzbischof von Toledo und Sevilla. In Frankreich aber bestand bis zur Revolution eine andere Unsitte, daß jeder Bischof im Durchschnitte vier Abteien hatte, d. h. die Einkünfte derselben bezog, ein Mißbrauch über welchen Graf Montalembert in seiner schönen Einleitung zu den „Mönchen des Abendlandes“ zürnende, andererseits aber zu harte Worte fallen läßt.

Eine Erscheinung tritt in der Kirchengeschichte des Herrn Kurz hervor, welche fast eine Eigenthümlichkeit der neuern Kirchengeschichten geworden ist, daß nämlich die Behandlung der neuern und neuesten Kirchengeschichte einen verhältnißmäßig viel größern Raum in Anspruch nimmt, als die der ältern und mittlern Zeit. Noch vor einem Menschenalter war es nicht so; damals kam die neueste Zeit in ähnlichen Werken fast gar nicht vor, heute ist dieß ganz anders geworden, wie die kirchengeschichtlichen Werke von Ritter und Alzog auf katholischer, von Hase, Guericke, Kurz, Niedner u. a. auf protestantischer Seite zeigen. In der neuesten Zeit wird die Kirchengeschichte sozusagen breiter. Jedes einzelne Land verlangt für sich eine besondere Behandlung und Rücksichtnahme. In der alten Zeit ist ihr Gebiet fast ganz auf das römische Reich beschränkt. Im Mittelalter nehmen die Päpste und die Kaiser, sodann Frankreich und Italien das

Interesse für sich in Anspruch. In der neuern Zeit kommt jedes Land wenigstens zweimal zur Behandlung: bei der Darstellung der Reformation, von welcher kein Land, auch Italien und Spanien nicht, unberührt geblieben ist, und bei der Darstellung der neuesten Zeit, in welcher namentlich auch die Missionen und die theologische Literatur einen größern Aufschwung genommen haben.

Hr. Kurz gehört noch zu der großen Zahl derer welche es als ersten Grundsatz der Moral der Jesuiten bezeichnen, der Zweck heilige die Mittel. Er schiebt ferner dem ganzen Orden die Lehre von der Erlaubtheit des Tyrannenmordes in die Schuhe. Natürlich ist er — den Beweis schuldig geblieben.

Hieran schließen wir noch zwei Bemerkungen allgemeiner Art. Im Hinblick auf die großen Verluste, welche die katholische Kirche in Europa durch den Abfall ganzer Länder und Völker erlitt, sagt man gewöhnlich, Gott habe sie dadurch getröstet und gleichsam entschädigt, daß er neue annoch ungläubige Völker im fernsten Osten und Westen ihr zuführte. Das Christenthum wurde in Indien, China und Japan, sodann in Süd- und Mittel-Amerika mit Erfolg verkündigt. Während in den Ländern des Ostens gleichsam nur die Vorläufer, die Erstlinge dreier großen Nationen gläubig geworden, trotzdem daß das Evangelium daselbst schon drei Jahrhunderte verkündigt wird, wurden die Länder des äußersten Westens zum größten Theile christianisirt. Der Cardinal Wiseman hat eines seiner frühesten Werke über die „Unfruchtbarkeit der protestantischen Missionen“ geschrieben. Auf diesem Pfade ist ihm mit größerer Ausführlichkeit sein Landsmann Marshall gefolgt, dessen Missionsgeschichte in drei Bänden besonders diesen Nachweis liefert. — Wer heute wissen will, wo die wahre Kirche zu finden sei, der betrachte nicht bloß die Unfruchtbarkeit der protestantischen und die Fruchtbarkeit der katholischen Missionen, denn letztere läßt namentlich im Osten heute noch auf sich warten; sondern

auch die gegenseitigen Leistungen und Arbeiten der Glaubensboten. Die tapfersten Söhne und Töchter der streitenden Kirche stehen zu Tausenden auf den äußersten, den gefährlichsten Posten der streitenden Kirche. Sie haben mit der Welt ganz und für immer gebrochen. Mühen, Entbehrungen, Gefahren und Leiden sind die unzertrennlichen Gefährten ihres freiwillig übernommenen Berufes. Niemals sind diese Streiter Christi ausgestorben. Sie sind ein unsterbliches Geschlecht, und unermüdlich schlagen sie die Schlachten des Herrn. In dem alten Europa werden sie nicht beachtet, aber der Himmel blickt auf sie nieder, und wird sie krönen und belohnen.

Während also bei dem furchtbaren Abfalle in Europa seit der Mitte des 16. Jahrhunderts der Herr der Kirche neue Völker oder die Auserwählten neuer Völker der Kirche zuführte, gab er ihr in Europa selbst einen andern Trost. Den Abfall von der Kirche nennt man die Reformation; eine Verbesserung aber war sie nicht. Die wahre Reformation fand innerhalb der Kirche selbst statt, vielleicht nicht wegen, ganz gewiß nicht durch, aber gewiß in Folge der sogenannten Reformation. Diese wahre Reformation vollzog sich aber zuerst in den beiden Ländern, welche von der sogenannten Reformation am wenigsten berührt wurden, in Italien nämlich und in Spanien. In diesen beiden Ländern fällt der Aufschwung des sich erneuernden christlichen Glaubens und Lebens noch vor die Synode von Trient, und tritt in beiden Ländern namentlich in den großen Heiligen der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts hervor. In Frankreich verhinderten die wilden Hugenotten-Kriege die katholische Reformation wohl um zwei Menschenalter. Sie fällt hier und in Polen, theilweise auch in Ungarn in das 17. Jahrhundert. In Deutschland verhinderte sie der 30jährige Krieg, auf welchen die lange Ermattung und Erschöpfung, sodann das armselige 18. Jahrhundert folgte. Wie der Einzelne in Todesgefahr und in der Sorge für sein eigenes Leben sich

zur sittlichen Erneuerung nicht erschwingen kann, so gibt es auch in Mitte der innern Unruhen und Kämpfe keine geistige Regeneration der Völker; Frankreich konnte zur Zeit der wilden Hugenotten-Kriege sich nicht sammeln und erheben. Aber jedes ganz oder zum Theil katholisch gebliebene Volk hat seit der Mitte des 16. Jahrhunderts irgend eine geistige Erneuerung erlebt.

III.

Aus dem Berliner Zollparlament.

I.

10. Mai 1868.

Aller Anfang ist schwer und nicht am wenigsten schwer ist der Anfang eines Berichts über das Leben und Treiben, das sich an den Begriff eines „deutschen Zollparlaments“ in der preussischen Hauptstadt knüpft. Hier auf der ungeheuern norddeutschen Ebene gehen alle Dinge maßlos in die Breite: die langgestreckten Straßen der Stadt nicht weniger als die Reden der Herren Abgeordneten, die Kirchen wie die Rathhäuser, die Verhältnisse der Parteien gleich den Combinationen einer unbestimmt hin und her wogenden Politik. Ich möchte sagen: Alles suche hier Aufschwung und Abschluß ohne meßbare Aussicht des Findens.

Es ist darum unendlich schwierig irgend einen hervorstechenden Punkt aufzutreiben, von wo aus sich eine Total-Übersicht gewinnen und beziehungsweise ein Bericht anknüpfen läßt. Man kann sich nicht fixiren, sondern man

muß immer wieder weiter rücken um zu einem fernern Horizont zu gelangen. Vielleicht gibt es überhaupt keinen Fleck auf der ganzen bewohnten Erde, wo weniger Fertigwerdens ist als hier, und es gehört ohne Zweifel längere Gewohnheit dazu um unter dem Eindruck einer leiblich und geistig schweren und drückenden Atmosphäre nicht aus Einer unsäglichen Längeweile in die andere zu versinken.

Wer in Berlin nach dem „deutschen Zollparlament“ fragt, der wird — vorausgesetzt daß er mit seiner Frage auf einen Zeitungsleser stößt, denn das große Publikum scheint der neuen Institution erstaunlich wenig Aufmerksamkeit zu schenken — in ein palastähnliches Gebäude am Gemüsemarkt gewiesen, und wenn er den Hof desselben durchschritten hat, so tritt er in den Sitzungsaal der preußischen Kammer ein, der zum Zweck der größern Versammlung hergeliehen worden ist. Beim ersten Anblick wird man förmlich frappirt von dem Aussehen dieses Parlamentssaals. Wären die rohgeflochtenen Sitze nicht, die Tribünen und die Estrade für das Bureau, die Redner und die Stenographen: Jedermann würde das Lokal für eine mittelmäßig ausgestattete Reitschule halten. Namentlich erstreckt sich gegenüber dem Präsidium nach der ganzen Länge und Höhe des Saales eine flache und fensterlose Wand, welche füglich als unübertreffliches Symbol langweiliger Dede gelten könnte.

Freilich ist der Saalbau auch ein bloßes Provisorium. Aber der provisorische Aufenthalt dauert schon seit zwanzig Jahren. Als die Geschicke Preußens einer constitutionellen Verfassung anvertraut wurden, da hat man diesen Sitzungs-Saal als eilfertigen Nothbau für die Kammer der Abgeordneten hergestellt, und vielleicht besteht bis jetzt die instinktive Meinung, daß das Lokal im Vergleich zu den constitutionellen Leistungen und Erfolgen der darin Versammelten immerhin gut genug sei. In der That sind ja auch die Geschicke Preußens nicht in diesem Hause, sondern auf den böhmischen Schlachtfeldern und gegen den stürmischen Willen der in

dem Hause tagenden Mehrheit entschieden worden, und aller Wahrscheinlichkeit nach werden sie sich auch ferner nicht anders entscheiden. Ein starkes Gefühl davon scheint allenthalben zu existiren. Man muß nur einmal die stattliche Gestalt des Grafen Bismarck sehen, wenn er besuchsweise im Saale erscheint und wenn sie ihn von allen Seiten umschwärmen wie die Mücken im dunkeln Raum das aufgehende Licht. Ganz richtig; denn wenn etwas im öffentlichen Leben Preußens definitiv ist, dann ist es der Sieg dieses Mannes, alles Andere ist provisorisch.

Wohl dem nun, der die hohe Versammlung in der Leipziger Straße in einem Moment betrachten kann, wo ein besonders interessanter Redner auf der Tribüne steht. Solcher die Aufmerksamkeit fesselnden Erscheinungen dürften aber nicht allzu viele vorhanden seyn. In gewöhnlichen Zeiten geht es im Hause von Anfang bis Ende zu wie in einer Judenschule. Der Beobachter müßte aus dem nordamerikanischen Congreß und nicht aus den ernst und würdig gehaltenen Vertretungen jenseits des Rhins herkommen, um dieses preußisch-parlamentarische Wesen nicht höchst auffallend zu finden. Man steht und geht, man schwätzt und lacht, ein dumpfes Gemurmel wie Meeresbrandung liegt fast permanent über der Versammlung; die Einen sitzen schmausend in der Restauration, die Anderen lesend, schreibend, rauchend in den anstoßenden Abtheilungs-Zimmern. Man kann drei Jahre und länger in einer süddeutschen Kammer sitzen ohne je die Glocke des Präsidenten gehört zu haben; hier schafft ein Läutapparat dessen sich keine Kuh auf der Alp als Schelle zu schämen brauchte, durch seinen periodisch wiederkehrenden Klang immer nur auf Momente einige Ruhe. So kommt es, daß ein wackerer Landsmann jüngst bei Tisch seufzend äußern konnte: „Ich bin begierig in der Kreuzzeitung morgen den Bericht über die heutige Sitzung zu lesen; denn ich habe von den Verhandlungen rein nichts verstanden.“

Ein Hauptgrund dieses auf geringen Ernst deutenden

Benehmens liegt ohne Zweifel in dem maßlosen Ueberwiegen des Fraktions-Wesens, welches vielleicht nirgends so ausgebildet ist wie in den verschiedenen Repräsentativ-Körpern in Berlin. Nicht nur in der einzelnen Fraktion für sich sondern auch zwischen den Fraktionen unter sich pflegen alle Beschlüsse und Abstimmungen vorher abgekartet und ausgemacht zu werden. Was dann noch in die öffentliche Versammlung kommt, ist wenig mehr als bloßes Nachspiel und Schauturnier. Wer daher keiner „Fraktion“ angehört, da hat eine verlorene Stimme, und umgekehrt könnte einer in Hause den Mund nie öffnen und doch durch seine Stellung in dem Club ein sehr gewichtiger Mann seyn. Das geht so weit, daß die verschiedenen Fraktionen wieder einen eigenen Club ihrer Vorstände haben, eine Art von „Senioren-Convent“ durch welchen die Sachen in letzter Instanz präparirt und arrangirt werden. Wenn es wahr wäre, daß das Clubwesen früher oder später der Tod des parlamentarischen Wesens seyn werde, dann stünde dem Constitutionalismus in Preußen keine große Zukunft mehr bevor.

Wollten nun die oppositionellen Mitglieder aus Süddeutschland ihrer aparten Stellung irgendwie wirksamer Einfluß verschaffen, so mußten sie gleichfalls eine Fraktion bilden. Und dieß haben sie gethan. Wir erlauben uns gerade bei dieser Vereinigung den Anfang unserer Skizzen zu machen. Denn wir müssen natürlich über uns selbst zuerst und am besten unterrichtet seyn; überdieß stellt die „Süddeutsche Fraktion“ auch objectiv betrachtet eines der bezeichnendsten und wunderbarsten Produkte unserer politischen Gegenwart dar. Es mußten ungeheuerliche Ereignisse eintreten um eine Vereinigung solcher Elemente zusammenzuschweißen; Graf Bismarck aber als der starke Schmied Wieland auf dem deutschen Amboss hat auch das noch fertig gebracht. Insoferne ist er der eigentliche Patron der Süddeutschen Fraktion.

Wie mancher von den Männern aus Süddeutschland

ie am 28. April als geladene Gäste an der Tafel des Königs von Preußen saßen, mag sich im Stillen gefragt haben: „wer hätte vor zwei Jahren das gedacht“? Die Einladung war eine Höflichkeit der preussischen Majestäten und Arges war dabei sicherlich nicht beabsichtigt. Als aber in den glänzenden Sälen des königlichen Schlosses die mehr noch schimmernde Gesellschaft sich gegenüberstand, rechts alles was unter die preussische Krone gehört, links die Abgeordneten aus Süddeutschland, strahlende und strohende Uniformen und Hoftrachten hüben und drüben, wenn auch auf letzterer Seite ein tieferer Hintergrund von schwarzen Fräcken; und als dann die süddeutschen Gesandten am Berliner Hof die Deputirten ihrer Vaterländer einzeln den die Kunde machenden Majestäten vorstellten: da ist uns unwillkürlich der Gedanke an die Triumphe der römischen Imperatoren über die besiegten Völkerschaften durch den Kopf gefahren.

In der That: ohne Sadowa hätten sich alle diese Uniformen nie und nimmer im Berliner Schlosse vereinigt; die Königin von Preußen hätte nie und nimmer die schwere Aufgabe gehabt jedem Einzelnen von einigen Duzend süddeutscher Vertreter etwas Verbindliches zu sagen oder wenigstens einen huldreichen Blick zu spenden; nie und nimmer hätte die preussische Hauptstadt ein deutsches Parlament in ihren Mauern gesehen, nicht einmal ein Zollparlament. Das Alles hat Sadowa gethan. Wenn daher mehrere demokratischen Mitglieder aus Württemberg und Baden die königliche Einladung ablehnten und durch ihre Abwesenheit glänzten, so war gewiß weniger die ihnen zugeschriebene republikanische Anschauung daran Schuld; denn sie hätten sich sicherlich nicht geweigert an der Tafel eines deutschen Kaisers zu Frankfurt am Main zu erscheinen. Es war vielmehr die Erinnerung, daß das königliche Festmahl des 28. Aprils von Sadowa herstamme.

Und die Thatsache von Sadowa mit ihren Folgen ist auch das einzige Band welches die „Süddeutsche Fraktion“

zusammenhält; sie ist ihr einziges Programm, also ein negatives. Ein positives Programm hat die Fraktion nicht; es ist ihr nicht nur durch ihre Zusammensetzung sondern zum Glück auch durch die Umstände verboten. Nichtsdestoweniger ist auch jenes negative Programm ein sehr festes Band. Es umschlingt drei innerlich grundverschiedene Richtungen, dabei noch ganz abgesehen von den confessionellen Unterschieden. Die Gegner bezeichnen diese drei Elemente der Fraktion als „Partikularisten“, „Ultramontane“ und „Demokraten“.

Vertreter der letzteren Richtung hat insbesondere Württemberg geliefert, wenn auch daneben ein paar streng conservative Repräsentanten. Auch die Männer der württembergischen und badischen „Volkspartei“, wie sie sich selber benennen, zerfallen indeß wieder in zwei wesentlich verschiedene Nuancen, indem ein Theil derselben auf dem Boden entschieden katholischer Anschauung steht, also zugleich demokratisch und „klerikal“ ist, woraus sich die verhältnißmäßig neue Species der „ultramontanen Demokraten“ ergibt. In Bayern ist diese interessante Mischung vorderhand noch wenig bekannt. In Württemberg ist sie namentlich durch Probst aus Stuttgart vertreten, in Baden durch die beiden jugendkräftigen, an Leib und Seele ferngesunden Parlamentsmitglieder Kaufmann Lindau und Dr. Bissing. Offenbar hat diese Richtung überhaupt unter den jüngern Männern eine große Zukunft, und durch das gegenwärtige Zusammentreffen in Berlin wird das Wachsthum derselben namhaft gekräftigt und beschleunigt werden, auch neues Terrain gewinnen in der Richtung von Westen nach Osten. Sollte man dann auf den hohen Sesseln in Süddeutschland noch die Capacität besitzen über eine solche Erscheinung sich zu wundern oder gar zu scandalisiren, so möge man doch ja nicht vergessen die Schuld daran gleich sich selber zuzuschreiben.

Die meisten aristokratischen Elemente hat Bayern in die Fraktion gesendet. An ihrer Spitze glänzen die Freiherrn von Thüngen und von Zu-Rhein als Edelleute im besten

Sinne des Worts. Ihnen zur Seite gehört der württembergische Minister a. D. Herr von Neurath zum conservativen Kern der Vereinigung, eine vornehme aber herzzewinnende Erscheinung der wie ein Denkmal der guten alten Zeit, mit dem schlichten weißen Haar unter den wogenden Kräften der Gegenwart steht. Gewohnt mit tapferm Muth in diesen Wogen sich zu tummeln erscheint auf den ersten Blick der badische Freiherr von Stöckingen. Neben ihm treten, nicht adelig von Geburt aber von Haltung, zwei bildschöne Männer von mittlern Lebensjahren hervor, Herr Dahmen aus Karlsruhe und der gelehrte Oberappellrath Dr. Roßhirt aus Mannheim. An die äußerste Rechte der Fraktion reiht sich dann die Anzahl mehr oder minder bekannter Stimm- und Federführer der sogenannten ultramontanen Partei aus Bayern. Auch eine altliberal angeflogene Schattirung, als deren Vorgeher vielleicht Staatsrath von Reumayer anzusehen wäre, ist aus Bayern, in den Verein gekommen, wie denn überhaupt die Vertreter dieses Landes eine bunte Musterkarte bilden, zum Beweis daß in Bayern der politische Most noch am wenigsten ausgegohren und sich geklärt hat, viel weniger als im deutschen Südwesten. In Gemeinschaft mit allen diesen Elementen sitzen nun nicht bloß die Celebritäten der weiland großdeutschen Demokratie — Moritz Mohl und Dr. Tafel nicht zu vergessen — in traulicher Berathung beisammen, sondern noch mehr!

Es versteht sich nämlich von selbst, daß die Fraktion als solche nur aus Vertretern der süddeutschen Staaten besteht, welche mit dem norddeutschen Bunde noch nicht behaftet sind. Aber sie hat auch „Gäste“, die eben aus diesem Kreise herkommen und mehr oder minder gern gesehen sind. Die einen dieser Gäste schließen sich zur Linken, die andern zur Rechten an. Letztere sind Preußen aus den früher oder jüngst annexirten Provinzen; sie bilden am norddeutschen Reichstag mit einigen gemäßigt liberalen Persönlichkeiten aus Altpreußen und aus Sachsen die leider nur schwache Fraktion der „Bun-

desstaatlichen“. Zwischen ihnen, namentlich den Herren von Mallinckrodt, Reichensperger und Windthorst einerseits, und den Mitgliedern der Süddeutschen Fraktion andererseits hat sich bald ein sehr freundschaftliches Verhältniß herausgebildet. Insbesondere wird die sokratische Erscheinung des Hannover'schen Ministers außer Dienst den Collegen aus Süddeutschland unvergeßlich bleiben. Er hat sich als den eigentlichen Instruktor der Fraktion auf dem ihr fremden Berliner Boden bewährt, vor Allem als der verlässige Führer auf den Irr- und Schleichwegen des parlamentarischen Parteiwesens sowie durch die Fuchsfallen und Fallgruben der provisorischen Geschäftsordnung des norddeutschen Reichstages.

Sonderbarer Weise stehen die eben genannten Hospitanten sämtlich im Geruche des „Ultramontanismus“, da sie allerdings eifrige Anhänger der katholischen Kirche und als solche überall bekannt sind. Aber auch „Gäste“ ganz anderer Art bewegten sich in dem Kreise der Fraktion. Sie selber nennen sich Vertreter der Sächsischen „Volkspartei“; renommirter sind sie unter dem Namen jener Social-Demokraten welche sich aus persönlichen Gründen von dem Allgemeinen Arbeiter-Verein des Herrn Dr. Schweizer getrennt haben und die Umgestaltung der Gesellschaft nach der Lehre Lassalle's unter eigener Führung verfolgen. Während die Leiter jenes Vereins entschieden unitarische Tendenzen verfolgen, sind diese sächsischen Social-Demokraten zwar nicht Partikularisten aber weiland Großdeutsche vom reinsten Wasser. Sie perhorresciren die preußische Führung, und von diesem negativen Standpunkte aus haben sie eine Stütze an der Fraktion der Süddeutschen gesucht. Einer oder der andere aus ihnen hat regelmäßig ihren Berathungen beigewohnt. Sei es Herr Bebel der Drechsler aus Leipzig, oder der Schriftsteller Liebknecht aus Leipzig, oder der Advokat Schrapz aus Dresden. Nur Herrn Försterling, den Kupferschmiedmeister aus Dresden, habe ich da nie gesehen; er vertritt auch eine andere, die sogenannte Hatzfeldische Richtung im Lassalleanis-

mus. Im Parlament pflegt sich eine naserümpfende Stimmung bemerklich zu machen, sobald ein social-demokratischer Fuß auf die Tribüne tritt. Aber die gedachten drei Männer sind vorzügliche Rednertalente, und sie sind in der Fraktion immer loyal, nicht selten mit Beifall angehört worden. Außerlich sehen diese Herren alle aus wie die theure Zeit, sei es daß das innere Feuer ihres socialen Apostolats sie verzehrt, oder daß sich die Dringlichkeit der räthselvollen „Wagenfrage“ an ihrem eigenen Leibe ausprägt.

Ueberblickt man nun diese widerstrebenden Elemente in ihrer langen Reihenfolge, so sollte man meinen sie müßten sich unter allen Umständen wie Feuer und Wasser abstoßen und könnten sich jedenfalls nie zu einer „Fraktion“ vereinigen. In der That brauchte auch nur einmal eine Frage der innern Politik in diesen Verein hineinzufallen, so würde die Fraktion nothwendig in Atome zersprengt in die Luft fliegen. Aber solch eine Frage kann eben der Natur der Zollparlaments-Competenz gemäß nicht austauschen; in den Fragen der deutschen Politik aber hat die Fraktion die Feuerprobe bestanden und in heißer Schlacht wie Ein Mann Stand gehalten.

Die Adreßdebatte ist unfraglich durch die oppositionellen Süddeutschen so entschieden worden, wie es geschah. Man darf nicht vergessen, daß im Grunde alle andern Parteien des Parlaments mit den Principien der Adresse welche von Mez und Genossen beantragt war, einverstanden sind. Dieß gilt insbesondere von den Conservativen. Es war nur eine Frage der Zweckmäßigkeit in den Augen dieser Fraktionen, ob es jetzt gleich dem Könige von Preußen gesagt werden solle oder nicht, daß das Zollparlament sich zum Vollparlament auswachsen müsse und auswachsen werde. Von der Bestreitung der Competenz des Zollparlaments zu solch einem Schritt wollte auch die preußisch-conservative Partei nichts wissen. Das geringste Schwanken in der süddeutschen Fraktion hätte der Adresse den Erfolg im Parlament gesichert. Als es aber zu Jedermanns Kenntniß gekommen war, daß 47 Mitglieder

aus Bayern, Württemberg und Baden unerschütterlich an ihrem Beschlusse festhalten würden, da entschied sich nicht nur die conservative sondern auch die preußische Fortschrittspartei gegen die Adresse. Jener Beschluß der Süddeutschen aber ging dahin, die einfache Tagesordnung zu beantragen, sodann im Fall der Nichtannahme derselben einen energischen, auch von den zwei württembergischen Ministern mit unterzeichneten Protest wegen Competenz-Überschreitung zu überreichen und in corpore den Sitzungssaal zu verlassen.

Es war merkwürdig zu sehen, wie die national-liberale Partei durch die Gewißheit einer solchen Gegendemonstration über Nacht aus der Rolle des Angreifers in die Defensive sich gedrängt fühlte. In sichtlich befangener Stimmung trug Herr von Bennigsen sein Referat vor. Dasselbe bestand eigentlich in einer Perlenkette von tröstlichen Zusicherungen und Begütigungen der oppositionellen Süddeutschen. Daß es den Antragstellern ja selber nicht in den Sinn komme den Eintritt der süddeutschen Staaten in den Nordbund „rasch“ und „in nächster Zeit schon“ zu veranlassen: so lautete der ewige Refrain. „Sehr gnädig“, murmelte mein Nachbar in den Bart, „sie wollen dem Hund nicht auf einmal den Schweif abhacken sondern Zoll für Zoll“. In der That erinnerte der Vortrag des berühmten Häuptlings der Nationalvereinten sehr lebhaft an die italienische Artischoke des Königs-Ehrenmanns, den man zu Florenz jetzt auf den Pensions- und Aussterbe-Etat setzen will.

Wenn etwas im Stande wäre den Sieg der Süddeutschen Fraktion bei der großen Affaire zu verdunkeln, so wäre es allerdings die Rede welche Herr Bluntschli als ausgeloster Generalredner gegen die Tagesordnung zum Besten gegeben hat. Der badische Geheimrath hat sich in Wahrheit um seine Gegner wesentlich verdient gemacht und der Sache seiner eigenen Partei unerseßlichen Schaden zugefügt. Es sind nun zwanzig Jahre her, daß Professor Bluntschli in München als Redner bei den von der bayerisch conserva-

tiven Partei veranstalteten Volksversammlungen umherzog, um mit Geist und glänzender Eloquenz gegen das preußisch-deutsche Kaiserthum zu agitiren. Als er jetzt die Tribüne des Zollparlaments bestieg um für das preußisch-deutsche Kaiserthum seine Lanze zu brechen, da hat freilich Jedermann von dem renommirten Staatsrechts-Lehrer viel erwartet. Aber was er leistete, war unter aller Kritik. Die ganze Erscheinung des Mannes hat sich in den zwanzig Jahren auffallend vergrößert, und die geistige Qualifikation die er sich durch seine Rede ausgestellt hat, kann man nicht anders als plump und trivial über alles Erwarten nennen. Es war bei Denen welche ihn früher gekannt, nur Ein Erstaunen über einen solchen Verfall, und selbst seine Freunde und Parteigenossen wagten sich nur schüchtern dann und wann mit einem obligaten Bravo hervor. Ein geistvoller Professor aus Württemberg klagte: Herr Bluntschli habe an diesem 7. Mai den ganzen Stand der deutschen Professoren blamirt. Unter den conservativen Preußen aber die mit höhnischen Mienen dem anmaßenden „Gewäsche“ des Aufdringlings zuhörten, ging ein Gemurmel umher wie von beginnender Gehirnerweichung.

Eine vielbesprochene Seite der Adreßfrage war die Haltung, welche die preußische Regierung oder, was dasselbe ist, Graf Bismarck dabei einnehmen zu müssen glaubte. Der Minister kann, wenn er will, nicht nur bei der conservativen Partei seinen Einfluß geltend machen. Auch die Fraktion der sogenannten Freiconservativen, welche hier am schwersten ins Gewicht fiel, ist für ihn nicht unzugänglich, sie ist sogar seine eigentliche Garde. Er konnte mit leichter Mühe die ganze Sache hintertreiben oder kurz abschneiden. Warum hat er es nicht gethan, warum ist er völlig indifferent und unthätig geblieben, wie noch am Vorabend der Verhandlung verlautet hat? Warum hat er in der höchst gespannten Situation, wenn ihm auch die Meinung des süddeutschen Volkes gleichgültig seyn sollte, nicht wenigstens dem gereizten

Auslande die nutzlose Aufregung zu ersparen alle Mühe aufgewendet? Warum thut er überhaupt, als ob er gar nicht wisse und jedenfalls sich nicht darum kümmernere, was jenseits des Rheines vorgeht?

Diese Fragen hat sich Mancher trüber Ahnungen voll in den jüngst verflossenen Tagen gestellt bei dem Anblick der colossalen Gestalt des preußischen Staatsmannes, wie er stumm und starr gleich einer in Erz gegossenen Jupiterstatue im Angesichte der Versammlung darsaß. Vielleicht wird die Beantwortung durch die nächsten vierzehn Tage erleichtert!

LIII.

Zur Kunstgeschichte.

Die Legende vom heiligen Christophorus und die Plastik und Malerei. Eine Studie über christliche Kunst von August Einemus. Hannover, C. Meyer 1868.

Wer es nicht aus der Legende wüßte, der müßte es aus der Kunstgeschichte erfahren, daß als einer der populärsten Heiligen, allbekannt und verehrt in der Christenheit des Orients und Occidents, der heilige Christophorus erscheint. Besonders während des ganzen Mittelalters war der treuherzige riesige Christusträger, der nur dem Höchsten dienen wollte, ein Lieblingsgegenstand der christlichen Maler und Bildhauer, und nicht am wenigsten in den ober- und niederdeutschen Landen. Hierüber verbreitet sich die vorliegende Schrift in einer ziemlich ausführlichen Weise.

Daß diese Schrift aus einem öffentlichen Vortrag entstanden und nachher mit mancherlei Zusätzen ausgeschmückt worden ist, verräth sich durch die etwas unorganische Anlage des Stoffes. Im Uebrigen bietet sie des Anregenden nicht wenig. Der Verfasser kennt wohl nicht alle einschlägige Literatur, doch hat er sie in großer Ausdehnung benützt, und die übersichtliche Verwerthung derselben gereicht ihm zum Verdienst. Er hat sich in seinen Gegenstand nicht nur mit wackerem Fleiß sondern auch mit liebevoller Hingabe versenkt, was um so mehr anzuerkennen ist, als der norddeutsche Verfasser (er lebt in Lüneburg) Protestant ist, wie er ausdrücklich an mehreren Stellen zu verstehen gibt, Stellen die jedoch nirgends etwas Verlegendes enthalten.

Nach einer allgemeinen Einleitung über die symbolische Bedeutung des Heiligen wird zuerst die uralte Legende in der poetischen Fassung und mittelhochdeutschen Sprache des alten Passionalis aus dem 13. Jahrhundert (nach der Ausgabe von Köpfe) mitgetheilt. Dann führt der Verfasser im Einzelnen aus, welchen Antheil die Künste an dieser Legende und der Verherrlichung des volksthümlichen Heiligen genommen haben, dessen Bild so rasch in allen Ländern Verbreitung gefunden. Bekanntlich steht der heil. Christophorus in der Zahl der vierzehn Nothhelfer, und das gläubige Vertrauen des christlichen Volkes war besonders im Mittelalter so groß, daß man an jenem Tage nicht des jähen Todes sterben oder in eine Todsünde verfallen zu können vermeinte, an welchem man den heil. Christophorus angesehen und um seine Fürsprache bei Gott angerufen habe. Daher stellten ihn unsere Vorfahren in so riesigen Verhältnissen dar, auf daß ihn kein menschlich Auge übersehen könne. Die zahlreichen Christophusbilder an den Eingängen und an den Wänden der Kirchen und Wohnhäuser waren in der Regel wirkliche Riesenbilder. Nicht nur Kirchen, Klöster und Einseleien, auch Wirthshäuser und Privatwohnungen, Orden, Gesellschaften und Stände wurden nach ihm benannt und seinem Schutze empfohlen. Es gab eine „Bruderschaft St. Christophels“ in Krain, 1517 gestiftet von Sigmund von Dietrichstein, vielleicht der älteste Mäßigkeitsverein, und nach ihrem Vorgange bildete sich der gleichzeitige „Ritterorden der Mäßigkeit“ unter

den Rittern Kärnthens und Steyermarks. Ueber die Münchner Erzbruderschaft St. Christophori im Bütrichkloster und das große Einschreibbuch derselben, in das auch mehrere bayerische Kurfürsten sich einzeichneten, lieferte der emsig forschende Beneficiat Anton Mayer werthvolle Notizen im Oberb. Archiv für vaterl. Geschichte Bd. 28, S. 109 ff.

Nachdem der Verfasser die ansehnliche Reihe der deutschen Städte, wo jene riesigen Christophusbilder vorzufinden, durchwandert hat, geht er nun an die eigentlichen Kunstwerke über diesen Gegenstand, und verfolgt in übersichtlichem Gange die vorzüglichsten Darstellungen der Legende durch die Meister der verschiedenen Zeiten und Schulen. Wir begegnen hier den besten Namen, vor allen van Eyck und Memling; dann A. Dürer, Hans Burgkmair, Lucas von Leyden Schongauer, Grunach, Rubens. Von Italienern Gaddi, Mantegna, Lotto, Tizian, Guido Reni.

Der Verfasser hat vorzugsweise die kunstgeschichtliche Seite der Christophuslegende in Betracht gezogen. Es leuchtet aber in die Augen, daß der Gegenstand ebenso sehr ein literar- und culturgeschichtliches Interesse darbietet, daß einer eingänglichen Beurtheilung nicht minder würdig wäre. Vielleicht dient die vorliegende Schrift einer katholischen Feder zur Anregung, den interessanten Gegenstand einer allseitigen Erörterung zu unterziehen.

LIV.

Historische Betrachtungen über neues und altes Verfassungsleben.

Zweiter Artikel (Schluß).

Alle genannten die Rechte und Freiheiten Tyrols umfassenden organischen Einrichtungen hatten aber ihren Mittel- und Einigungspunkt als deren Krone und Vollenbung in dem Landtage.

Wie die ganze Verfassung, waren auch die Landtage nicht sofort als ein abgeschlossenes Ganzes in das Leben getreten. Der Landesherr berief den Landtag wann und wohin er wollte, nach Bozen, Meran, Innsbruck, Hall u. s. w. sobald irgend ein Bedürfniß dafür vorlag. Ebenso waren ursprünglich keine bestimmten Personen ausschließlich dazu berechtigt, sondern der Besuch des Landtags galt nahezu als das Recht eines jeden freien Mannes. Eine bestimmtere Form nahm das landständische Wesen erst unter dem Mitregenten R. Karls V., Erzherzog Ferdinand 1522 an.

Die Grundlagen der nunmehr eintretenden Repräsentation bildeten wie bisher: Geistlichkeit, Adel, Bürger und Bauern, nur wurden deren Verhältnisse und Zahl einer gewissen Ordnung unterworfen. Um den Landtag beziehen zu können wurde überhaupt erfordert, immatriculirt d. h. in

das Verzeichniß einer der Corporationen und Familien eingetragen zu seyn welchen das tyrolische Indigenat zustand. Dieß galt von dem Prälaten-, Adels-, Bürger- und Bauernstand, letztern mit ihren Städten und Gerichten, in gleicher Weise. Alle immatriculirten Mitglieder der vier Stände bildeten, was man den „offenen“ Landtag nannte, dessen Vorsitz der Landmarschall führte.

Die Einberufung offener Landtage konnte der Natur der Sache nach nur selten und bei außerordentlichen Anlässen, wie Erbhuldigungen, Besitzveränderungen, Landesnoth, Bewilligungen neuer Lasten erfolgen. Seit den Tagen Ferdinands I. wurden die offenen Landtage von den Landesfürsten und noch mehr von ihren Beamten mit steigender Befangenheit betrachtet. Mit um so größerer Wärme hing der Volksgeist in Tyrol an ihnen, und ihre Wiederherstellung bildete und bildet seit der Restauration von 1814 den Gegenstand seines dringenden Verlangens.

Nichts hatte in der That das Ansehen und die Macht der Stände mehr gehoben als die offenen Landtage. Als 1439 Friedrich „mit der leeren Tasche“ mit Hinterlassung eines minderjährigen Erben, Sigmund, starb, setzten die Stände mit dem Kaiser Friedrich III. als dem ältesten Agnaten des Kaiserhauses zu Hall die vormundschaftlichen Verhältnisse persönlich fest. Diese Bestimmungen wurden von Seiten des Kaisers nicht eingehalten, worauf die Stände zu Meran das Land in eigene Verwaltung nahmen und zur Vertheidigung ihrer Rechte sogar zu den Waffen griffen. Der Kaiser gab nach und den Herzog frei. Derselbe Sigmund, ein leichtsinniger Verschwender, ging später in geheime Verkaufsunterhandlungen mit dem Herzog von Bayern ein; der Landtag trat zu Meran 1487 dagegen auf und setzte seine unermüdbliche Thätigkeit zur Rettung der Selbstständigkeit des Vaterlandes solange fort, bis Sigmund Tyrol 1490 an den Erzherzog, spätern Kaiser Maximilian I., diesen großen Liebling des Tyroler-Volkes, abtrat.

Von da an wurden diese Landtage immer seltener. Während des 18. Jahrhunderts fanden z. B. nur drei „offene“ Landtage statt, wozu bei dem wichtigsten von 1704, nach dem mit so entseßlichen Folgen verbundenen bayerischen Einfall, nicht weniger als 1500 Convokatorien (Einberufungsschreiben) erlassen worden waren. Der letzte Landtag trat 1790 zusammen, nachdem die josephinischen Reformen Tyrol in die äußerste Aufregung versetzt hatten *).

An die Stelle dieser offenen und unbequemen Landtage hatte nämlich schon Ferdinand I. ganz in dem sich mehr und mehr entwickelnden Geiste des Jahrhunderts, einen „großen Ausschußcongreß“ gesetzt, dessen Folge nothwendig die Abschwächung des landständischen corporativen Lebens seyn mußte. Auch hier führte der Landmarschall den Vorsitz. Ueber diesem großen Ausschuß wurde noch ein kleinerer oder „engerer“ gebildet, welcher von dem Landeshauptmann präsidirt ward, den der große Ausschuß mittelst einer Terne vorzugsweise in Vorschlag brachte. Dieser kleinere Ausschuß war gewissermaßen der Rath des Landeshauptmannes und auf ihm beruhte die eigentliche landtägliche Thätigkeit, wo es der Mitwirkung des größern Ausschusses nicht bedurfte, z. B. zu Bewilligung des regelmäßigen Postulats und der Ausschreibung der Steuern. Aus dem engern Ausschuß bildete sich unter Beiziehung von zwei landesfürstlichen jedoch immatriculirten Räthen, unter dem Namen des Steuercompromisses, eine Finanzcommission.

Die ganze landständische Organisation verjüngte sich sodann noch einmal zu der „ständischen Aktivität“, einer perennirenden in Innsbruck gleichsam als Kanzlei der Landstände fungirenden Versammlung, und einer andern zu Bozen welche unter dem Vorjize des Landhauptmannschafts-Verswalters nach Bedürfniß periodisch zusammentrat. Der große

*) H. Jäger, Verfassung S. 34 ff.

Ausschuß zählte 44 Mitglieder je 11, der kleine 24 je 6, das Steuercompromiß je 3 und endlich die Aktivität je ein Mitglied aus jedem Stande.

Weder bei den offenen Landtagen noch bei den Ausschüssen hatte ein Stand vor dem anderen einen Vorzug: die Abstimmung erfolgte, Mann für Mann, abwechselungsweise aus jedem Stande, bis alle Stimmen abgegeben waren. Den ersten Stand bildeten die Prälaten: die Bischöfe von Trient und Brixen, deren Domkapitel, die Benediktiner-Abteien Georgenberg nunmehr Fiecht und Marienberg, die Augustiner von Gries und Neustift, die Cisterzienser von Stams und die Prämonstratenser von Wiltau, die Abtissinen der Klarissinen in Meran und der Benediktinerinen von Sonnenburg waren die Mitglieder der Prälatenbank der alten Tyroler-Landstände. Die Adelsbank begriff sämtliche immatrikulirte Grafen, Freiherrn, Ritter und Edelleute in sich. Die Städtebank umfaßte alle immatrikulirten, unter unmittelbarer Hoheit des Landesfürsten stehenden Städte; jene der fürstbischöflichen Gebiete hatten keine direkte landständische Vertretung, sondern waren durch ihre Herrschaften vertreten. Den Bauernstand bildeten die immatrikulirten Gerichte unter der landesherrlichen Obrigkeit, während alle Anderen auch durch ihre Herrschaften indirekt vertreten waren.

Diesen mit so großen, die Gesetzgebung, Rechtspflege, Verwaltung und Landesvertheidigung umfassenden Rechten ausgerüsteten Landständen gegenüber, befand sich was man die Landesregierung nannte nach heutigen Begriffen in einem ziemlich beschränkten Wirkungskreise. Ihre Thätigkeit erstreckte sich zunächst auf die eigenen Cameralherrschaften, den Betrieb der reichen Bergwerke, besonders der Salinen und anderer sogenannten Regalien, das oberste Richteramt und die Erhaltung des einheitlichen Landes welches die verschiedenen oft weit auseinandergehenden Interessen zu vermitteln hatte. Eine bestimmtere Organisation verlieh schon Kaiser Maximilian I. seiner Landesverwaltung, indem er die zwei

sogenannten „Wesen“, Regiment und Kammer, nebst Buchhaltung und Registratur errichtete und sie dem Landeshauptmann, später einem Gouverneur unterordnete *).

Jeder organisirte Körper hat aber einen natürlichen Hang den Kreis seiner Wirksamkeit weiter auszudehnen. Sobald der Zug der Zeit solches Streben zu Gunsten einer bestimmten Behörde unterstützt, so kann ihr das Uebergewicht nicht leicht fehlen. Daher kam es auch, daß der bureaukratische alle Staaten epidemisch ergreifende Geist sich auch in Tyrol, gegen die historischen Volksrechte und Freiheiten erheben mußte, nur hier auf zähern Widerstand als anderwärts stieß. So lange Tyrol von einheimischen Fürsten theils regiert theils verwaltet wurde, glich die persönliche Dazwischenkunft der Regenten manches Zerwürfniß aus. Dieß war z. B. unter der Erzherzogin Claudia von Medicis der Fall, der Wittwe Leopolds V., frühern Bischofes von Straßburg und Passau, der um Dispens nachgesucht und sich vermählt hatte, nachdem alle Erzherzoge bis auf den spätern Kaiser Ferdinand II. seinen Bruder, Söhne Karls von Steyermark theils gestorben theils ohne Aussicht auf Nachkommenschaft waren. Schon nach Claudia's Tod 1648 trat eine blutige Reaktion gegen ihr milderes Wesen ein, und nach dem Tode ihrer kinderlosen Söhne Ferdinand Karl und Sigmund Franz fiel Tyrol 1665 an Kaiser Leopold I., um fortan keinen im Lande weilenden Souverain mehr zu haben.

So groß und zum Theil unvermeidlich die Eingriffe in die landständischen Rechte und Freiheiten auch waren, so erreichten sie ihren Höhepunkt, wie oft erwähnt, bis zur völligen Vernichtung erst unter Kaiser Joseph II., und endlich trat die formelle Abschaffung der Landstände durch die bayerische Usurpation ein.

Es konnte nicht in meinem Plane liegen, in diese Skizze

*) Glaubenseinheit Tyrols S. 56.

die Ereignisse von 1809 und der folgenden Jahre, die ohnehin noch frisch in dem Andenken mancher Zeitgenossen leben, aufzunehmen. Wie schon 1703 wurden bekanntlich auch hier wieder von einer rücksichtslosen Bureaucratie und einer zügellosen Soldateska unter cannibalischen Führern Gräueltthaten gegen das treue Tyrol verübt, die zum Himmel schrieen. Die bureaukratische Willkür, unter der Hegide des Kanonentaisers, erlaubte sich zu jener Zeit schon, besonders in den Mittel- und Kleinstaaten des Rheinbundes, überhaupt ungescheut so ziemlich Alles, und rief dadurch zunächst jenen vollberechtigten Schmerzensruf der mißhandelten deutschen Stämme nach geordneten Rechts- und Verfassungszuständen hervor, der nach den Befreiungskriegen zum vollen Durchbruch kam.

Daß der natürliche Freiheitsdurst der Völker durch das nothdürftig Gewährte, da wo dieß, heiligster Bethenerungen von Seiten großer und kleiner Regierungen ungeachtet, überhaupt nur der Fall war, nicht befriedigt wurde, hatte einen Grund mitunter darin, daß die Bureaucratie sich auch der neuen Verfassungsformen im eigenen Interesse vorzugsweise bemächtigte. Sie hatte sich zum lautesten Organ des Volksunwillens gegen ihre eigene Gewaltthat nicht nur mit aufgeworfen, sondern riß auch die Durchführung und Interpretation der von ihr oktroyirten Verfassungen an sich. „Und folgt man nicht willig, so braucht sie Gewalt.“ Die Reihen der Volksvertretungen füllten sich, nach einigen verunglückten Reaktions- und Revolutionsversuchen, immer mehr mit ihren eigenen oder ihr blind ergebenen Leuten und führten jenen Scheinconstitutionalismus herbei, der Alles, nur keine landständische freiheitliche Verfassung ist.

Hatte je ein biederes Volk Ansprüche auf Gewährung gerechter Wünsche, so stand ein solches Recht Tyrol zur Seite. Kaiser Franz, dem Lande innerlich geneigt, konnte es nicht über sich gewinnen, die Wünsche des Landes vollständig zu befriedigen. Es war rührend und erhebend zugleich, wie sich Deputationen aus Süd- und Nordtyrol dem

Kaiser näherten und Worte sprachen welche, je einfacher sie klangen, um so tiefer in das Herz des Kaisers dringen mußten *). Eine Verfassung wurde dem Lande zu Theil.

*) Vergl. hierüber Histor.-polit. Blätter 20. Bd. S. 149 ff., wo die Audienz beschrieben wird, welche Kaiser Franz am 10. August 1814 den vier Deputirten aus Tyrol zu Gutenbrunn erteilte. Das mitgetheilte Gespräch bietet ein hohes psychologisches Interesse, indem es klar den Zwiespalt darthut, in welchen die angestammte kaiserliche und väterliche Natur des „gefürsteten Grafen von Tyrol“ mit seinen ihm anezogenen bureaukratischen Anschauungen und Gewohnheiten gerieth. Will man öffentliche Charaktere, fürstliche und andere, allseitig und gerecht beurtheilen, so muß man auch in Anschlag bringen, was Erziehung und Lebensverhältnisse aus ihnen machten. Kaiser Franz, mit besonderer Liebe durch seinen Oheim Joseph II. persönlich in die Geschäfte eingeführt, mußte mit 24 Jahren die furchtbare Bürde der Regierung im März 1792 übernehmen, welche mit der Kriegserklärung Frankreichs am 20. April verhängnißvoll begann. Der junge Kaiser von Natur wohlwollend und friedlich, voll angeborenen Gerechtigkeitsgefühles, sah seine frühe Jugend von den traurigsten Familienerlebnissen umdüstert. Das Idol seines Geistes, Kaiser Joseph, sein Wohlthäter und zweiter Vater, lag in den letzten Zügen, die heftig klagenden Abgesandten der Kronländer drängten ihn zu schmerzlichen Entschlüssen! Da starb noch vor dem Kaiser die heißgeliebte Gattin des einstigen Thronerben, Elisabeth von Württemberg-Mömpelgard. Die bitteren Erfahrungen der 24 Jahre welche folgten, das blutige Ende seiner Tante Marie Antoinette, alle Gräucl der französischen Revolution, die unvermeidliche Abwehr ungerechter Angriffe, so viele Erfahrungen aller Art, nährten in dem Kaiser ein dauerndes Mißtrauen selbst gegen die gerechtesten Freiheitsgefühle seiner Völker, vorzüglich Tyrols. Er liebte Tyrol das ihm eine fast schwärmerische Liebe entgegentrug. Nichtsdestoweniger galt dem Kaiser der Widerstand des Tyroler Volkes gegen Bayern beinahe wie Rebellion, was unter Anderm ein Wort aus seinem Munde bezeugt, welches sich als verbürgte Tradition im Breisgau erhalten hat. Einer Deputation zu Freiburg, welche um Wiedervereinigung mit Oesterreich bat, gab K. Franz die besten Zusicherungen, warnte sie aber vor den „Dummheiten“ der Tyroler. Wie wichtig ist es, daß Regenten ein klares Verständniß ihrer wahren Rechte und wahren Pflichten haben!

Vernehmen wir über deren Eindruck eine bewährte Stimme: „Als aber unsere Heimath am 26. Juni 1814 wieder unter die Flügel des österreichischen Doppeladlers zurückkehrte, drängte sich die Sehnsucht nach der alten Verfassung so heftig und so laut aus jeder Brust hervor, daß Kaiser Franz sich bewogen fand, sie uns durch allerhöchste Entschließung vom 20. Juli 1815 zurückzugeben, jedoch „mit denjenigen Verbesserungen welche die veränderten Verhältnisse und das Bedürfniß der Zeit erheischten“, wie nämlich der Kaiser in seinem Patente sich ausdrückte. Welches diese Verfassung war, wie ihre Organisation beschaffen, was sie uns gab und leistete, in wieferne sie unsern Bedürfnissen entsprach, oder wie viel sie zu wünschen übrig ließ, dieß sind Fragen welche sich jeder Tyroler nach einer 31jährigen Erfahrung selbst beantworten kann“ *).

Aus diesen kühlen Worten leuchtet sicher nicht das Gefühl der Befriedigung hervor, das in der That überall im Lande nicht empfunden wurde. Der den Tyrolern so sehr geneigte „rheinische Rechtsgelehrte“ gibt uns hierüber nachstehenden Commentar: „Der Kaiser glaubte bei der Wiederherstellung der Verfassung im J. 1816, nach der damals durch Schule und Staatskanzlei gehenden staatsrechtlichen Lehre, den Ständen keine entscheidende sondern nur berathende Stimme geben zu dürfen; er vorbehielt sich das Recht der Besteuerung und die Bestimmung des Steuerquantums nach dem Bedürfnisse der Monarchie und für alle ständischen Beschlüsse, wenn sie sich nicht auf bloße Vorstellungen und Bitten beschränken, seine Genehmigung“ **).

In dem, was verweigert wurde, lag aber gerade der Kern und das Wesen der alten von Tyrol angestrebten Verfassung, ohne welche alles Uebrige nur Schein und Unfreiheit war. Die durch Schule und Staatskanzlei gewanderte

*) A. Jäger, Verfassung S. 21.

**) Glaubenseinheit u. s. w. S. 39.

staatsrechtliche Lehre entpuppt sich heute vor aller Augen auch für Oesterreich als jene Uniformirungswuth der Bureaucratie, welche in der Sandwüste die sie schafft, keine Dase eines selbstständig blühenden Freiheitslebens dulden will, die weder Herz noch Verständniß für historisches und ächtes Volksrecht hat.

War es auch mit Schwierigkeiten verbunden dem Lande gerecht zu werden, so hatte Tyrol wahrlich verdient, daß man sie überwinde, selbst auch dann wenn dieses Ziel nur mittelst einer Ausnahmstellung unter den Kronländern der Monarchie zu erreichen war. Durch die Säkularisation der fürstlichen Bisthümer, durch den faktischen Uebergang der Gesetzgebung und Verwaltung aus den ständischen Händen in jene zahlloser Beamten lagen allerdings ganz veränderte Zustände vor. Konnte den Ständen, zumal der Geistlichkeit und dem Adel das gleiche Maß politischer Rechte wieder eingeräumt werden, nachdem die vormalige Grundlage ihrer Rechtssphäre zerstört war? Es erhoben sich dagegen wohl berechtigte Zweifel. Jedem Rechte stehen auch Pflichten gegenüber, welche man nicht allein gewillt, sondern auch befähigt seyn muß zu erfüllen. Diese Befähigung war aber gerade die Frucht des corporativen Geistes gewesen, der sich Jahrhunderte lang bewährt und von Geschlecht auf Geschlecht rererbte. Es galt eine solche Befähigung erst wieder heranzuziehen. Da wo früher praktische Befähigung vorhanden war, in dem corporativen Verbande, zerstörte sie die moderne Lehre, und lief ihr in der Vereinzelung nach, die in der Regel nur die Mutter der Herrschsucht und des Eigennuzes ist. Hieraus ergibt sich allein schon die tiefe Lügenhaftigkeit der ganzen Theorie.

Der gewaltsame Bruch mit der historischen Vergangenheit hatte aber die früher überwiegenden socialen Rechte, zum Nachtheile der Völker, gegen die politischen in den Hintergrund gedrängt. Deswegen meinten die Edelsten und Besten im Lande, die Grundlage der vierfachen Ständeglie-

derung sei gut und bewährt, in der Natur des Tyroler-Volkes gegründet, ihre Vertretung müsse aber nach einem billigen, gerechten, von den Bedürfnissen der Neuzeit bestimmten Verhältnisse geordnet werden. Dabei mußte aber eine andere Gefahr beachtet werden. Sobald sich kein Mittel findet, die reale Rechtsphäre der socialen Freiheiten gegen die überall herrschenden Uebergriffe der aller Schranken entbundenen sogenannten politischen Freiheit zu schützen, so wird das Uebergewicht zufälliger Mehrheit nach und nach die angeborenen und bestverbrieften Rechte und Freiheiten der Völker zu Gunsten der Staatsomnipotenz zerstören.

Das Oktober-Patent von 1860 schien diese Klippe umschiffen zu wollen, indem es dem historischen Rechte schonend Rechnung trug und den Keim autonomer Entwicklung, nach der so verschiedenen Eigenthümlichkeit der Kronländer, nach eigener Weise und Empfänglichkeit mit Sorgfalt zu pflegen versprach. Kein anderes Land würde mehr als Tyrol diesen Keim zur schönen Frucht gestaltet haben, weil sich „die Herzen in innigster Vereinigung in dem gemeinsamen Brennpunkt der tiefsten Religiosität leicht zusammen finden“ *). Das Staatsgrundgesetz vom 26. Februar 1861 brach aber wie ein eifriger Hauch über diese Hoffnungsblüthen Tyrols herein.

Dasselbe brachte jene Wiederherstellung ständischer Rechte nicht, wie sie Kaiser Franz 1814, Kaiser Ferdinand 1838, Kaiser Franz Joseph 1859 und 1860 in frohe Aussicht gegeben hatten. Kein „offener“ Landtag, keine Autonomie der Stände, keine Ausdehnung von Wahlberechtigung und unmittelbarer Betheiligung an den Landesangelegenheiten, sondern nur weitere Verkümmern alter noch in Bruchtheilen vorhandenen Rechte für das Volk. Hingegen wurde principiell für die Landtagsabgeordneten jene bisher nicht gekannte Ungebundenheit des Einzelwillens geschaffen, der sich bloß

*) Vergl. A. Jäger: Einfall u. S. 123.

auf seine eigene Weisheit oder Thorheit zu stützen braucht. Aber die Freiheit auch für sie sollte nur eine bedingte und stets von dem nivellirenden Machtgebote des obersten Reichs-Parlaments cisleithanischer Hälfte unbedingt abhängig seyn.

Die Vertretung des tyrolischen Volkes findet heute in folgender Weise statt: Die Grundlage der vier Stände ist formell beibehalten. Der Geistlichkeit sind sieben Stimmen eingeräumt, wovon drei auf die Landesbischöfe von Salzburg, Tyrol und Brixen fallen. Die Domkapitel senden keine Abgeordneten mehr. Die übrigen, früher zum Theil selbstständigen Mitglieder des Landtags aus dem Klerus werden in vier Gruppen getheilt, die sich untereinander über einen gemeinschaftlichen Abgeordneten zu verständigen haben. Diese vier Gruppen bilden: 1) die Aebte von Wilten, Stams und Fiecht; 2) die Prälaten von Neustift, Marienberg und Gries; 3) der Landcomthur des deutschen Ordens und die Propste von Bozen und Innichen; 4) der Propst von Arco und der Erzpriester von Roveredo. Ein weiteres Mitglied des Landtags ist der jeweilige Rektor Magnificus der Landes-Universität Innsbruck nach dem Turnus der drei bestehenden Fakultäten.

Die Repräsentation des Adels. Nicht der historische, sondern der geldbesitzende oder Großgrundbesitz innehabende Adel, d. h. jeder welcher 50 fl. Grundsteuer zahlt, tritt in das eine Wahlmänner-Collegium ein, um sich an der Wahl von zehn Abgeordneten des Adels zu betheiligen, womit für sie Alle ihr corporatives Daseyn abgeschlossen ist. Wer nur 49 fl. Steuer zahlt, ist ausgeschlossen; vielleicht öffnet sich ihm irgend ein wohlfeileres städtisches Wahlcollegium, denn Geld ist Geld und auf dem Censur ruht die Sicherheit des Capitals und seiner Meister, einschließlich des hohen und niedern Adels. „Ein Fürst Lichtenstein, von dessen Ahnen hundert dem Kaiser auf dem Schlachtfeld geblutet oder im Cabinet gedient, kann neben einem Abenteuerer der Börse sitzen müssen, der sich durch windige Speculationen auf

Kosten des Volkes ein colossales Vermögen und großen Grundbesitz erworben" *).

Die Repräsentation des Bürgerstandes oder der Städte. Je zwei Abgeordnete senden zu dem Landtage: Innsbruck und Trient. Je einen Abgeordneten: Bozen und Roveredo. Einen gemeinschaftlichen: Hall, Mattenberg, Ritzbüchel, Ruffstein und Schwaz. Dergleichen einen: Imst, Bils, Reuthe und Landeck. Sodann bilden: Brixen, Sterzing und andere Orte in Gruppen weitere städtische Wahlkreise für je einen Abgeordneten. Die Handelskammern in Innsbruck, Bozen und Roveredo senden ebenfalls je einen Abgeordneten. Die Wahlen in den Städten finden unmittelbar durch Jene statt welche den gesetzlichen Censur leisten; der Rest geht seiner frühern innerhalb der bürgerlichen Genossenschaften ausgeübten politischen Rechte verlustig, denn er hat kein oder nicht genug Geld, ein Mangel den das herrschende Bürgerthum nun einmal nicht verträgt.

Das gleiche Verhältniß tritt bezüglich der Bauerschaften oder der Gerichte ein. Die früher selbstständigen, mit eigenen Rechten ohne Censur ausgerüsteten und auf ihre Manneswürde und Manneskraft gestützten Gerichte werden in 34 Wahlbezirke zusammengewürfelt, ein Censur beruft aus der bunten Zahl die Wahlmänner welche endlich, nach dem allgemein verurtheilten Systeme der indirekten Wahl, die Abgeordneten nach Stimmenmehrheit bezeichnen.

Aus diesem Gemisch alter Namen und dem Volke unerwünschter Neuerungen ergibt sich die Zusammensetzung von 58 Mitgliedern der neuen Landstände. So verstand das Februar-Patent von 1861 die Freiheiten des Volkes! Wäre das Tyroler Volk nicht das Volk Tyrols, so müßte uns bei diesem Uebergange seines Verfassungswerkes zu dem nackten Repräsentativsystem für seine altherkömmliche Freiheit ernst-

*) Buß, Umbau a. a. O. S. XIX.

lich bangen. Jene Eintracht der vier Stände würde bald gebrochen seyn, welche unter allen und so entseßlichen Stürmen der Zeit und menschlicher Leidenschaften das Band der Glaubenseinheit Jahrhunderte lang, immer wieder neu befestigte. Gewissensfreie Glaubenslosigkeit statt Glaubensstreue, ehrgeizige Selbstsucht statt Vaterlandsliebe und heroischer Aufopferung, Bevormundung, Wahlversälschung und Despotismus der Parteien statt Eigenrechts und persönlicher Freiheit, Lüge überall statt Wahrheit, müßten widrigenfalls auch der Landschaft Tyrol als Früchte des Parlamentarismus der industriellen Bourgeoisie wie anderwärts erwachsen. Wir hoffen zu Gott, es werde aber dem starken Volke in Tyrol gelingen wie so oft den äußern Feind, so auch diese innern Feinde von sich abzuwehren *).

*) Aus den Verhandlungen der tyrolischen Landtage von 1861 und 1863, welche von der Tüchtigkeit des begabten Volkes auch auf dem parlamentarischen Boden ein wahrhaft glänzendes Zeugniß geben, läßt sich ein „Fortschritt“ zu den auflösenden Theorien des „modernen Staates“ schon nicht verkennen. Während 1861 die confessionelle Frage nach dem Wunsche Tyrols noch mit 44—46 gegen 2—3, nur bezüglich des Rechts der Ansiedlung von Nichtkatholiken mit 39 gegen 11 Stimmen entschieden wurde, zeigte das Jahr 1863 nur noch eine Majorität von 33—38 Stimmen gegen 14—19. Die Minorität gehörte vorzugsweise den Abgeordneten des Adels und der Städte an. Was die französische und deutsche Presse, die Tribunen Frankreichs unter den Bourbonen beider Linien und der kleindeutschen Staaten an liberalen hohlen Phrasen seit einem halben Jahrhundert vorgebracht, fand in dem Landhause zu Innsbruck ein williges Echo, das auch in dem übrigen liberalen Deutschland nachklang. Von den ausgezeichneten, mit allen Rechts- und historischen Gründen belegten Ausführungen eines Fürstbischofs von Brixen, Dr. Haslwanters, Zallingers, Auers und vieler Anderer nahm man selbst von katholischer Seite nur spärliche Notiz.

LV.

Die Memoiren Hoffmanns von Fallersleben*).

Im Alter von siebenzig Jahren hat es Hoffmann von Fallersleben unternommen seine geschriebenen und ungeschriebenen Erinnerungen zu sammeln und daraus der Mitwelt sein Leben zu erzählen. Er kann auf eine wechselvolle Vergangenheit zurückblicken, und wer in der Literatur der Gegenwart orientirt ist, weiß daß es jedenfalls ein thätiges und bewegtes Gelehrten- und Dichterleben ist. Durch seine emsige Beflissenheit als Forscher hat sich der Herausgeber der „Fundgruben“ und der „Horae belgicae“, der Verfasser der Geschichte des Kirchenliedes, der Entdecker so mancher werthvollen altdeutschen literarischen Denkmale das Anrecht erworben, daß sein Name unter den Begründern der neuern deutschen Sprachwissenschaft mitgezählt werde. Was er als Dichter geleistet, steht nicht bloß in den Literaturgeschichten verzeichnet, sondern lebt vielfach im lebendigen Gesange fort. Denn wie Wenige hat Hoffmann es verstanden im Volks-

*) Mein Leben. Aufzeichnungen und Erinnerungen von Hoffmann von Fallersleben. Hannover 1868. Vier Bände. 1. Bd. 1798 bis 1823. 2. Bd. 1823 bis 1836. 3. Bd. 1837 bis 1842. 4. Bd. 1843 bis 1847.

liedertone zu singen und zu sagen, und es wäre vielleicht für ihn wie für die Dichtkunst besser gewesen, wenn er etwas ausschließlicher dabei verblieben wäre.

An wirklichem und vielfach interessantem Inhalt kann es also einem solchen Leben nicht fehlen. Desto mehr aber hat es der Verfasser an der Form, an der Bewältigung des Inhaltes fehlen lassen. Die Blaunderseligkeit des Alters haftet diesen Memoiren allzu sehr an. Die Selbstbiographie ist zu einem langwindigen, mit viel unnöthigem Ballast beladenen, peinlich umständlichen Bericht ausgewachsen. Der Verfasser geht bis zur Ermüdung in's Kleine und Unwesentliche, so daß der Strom seiner Erzählung sich nur allzu oft in eine uferlose Breite verliert. Dabei schnurrt das Ding in der Regel ganz tagebuchartig dahin. Daß der Bericht aus Tagebuchsnotizen und Briefen zusammengesetzt ist, verleiht demselben ohne Frage den Reiz der Unmittelbarkeit und größerer Wahrheit, der Wahrheit ohne Dichtung; daß aber diese Notizen so kunstlos und oft recht schlotterig aneinander gereiht sind, war nicht unabänderlich nothwendig. Auf diese Weise kommt es, daß so Manches, was im Zusammenhang hätte erzählt werden können und dadurch an Uebersichtlichkeit und Wirkung gewonnen hätte, nun annalistisch zerrissen und durcheinander gehackt dasteht. Es ist erstaunlich, welche unbedeutenden Dinge, die im Tagebuch für sein persönliches Interesse vormals an ihrem Platze seyn mochten, der Verfasser nun auch in den Memoiren verewigen zu müssen glaubt. Er kann es nicht über sich bringen, auch nur ein Zettelchen zu unterdrücken. Kein Reimlein, kein Stammbuchvers von Studien-Gefährten, der nicht der Vergessenheit entrißen werden mußte. Er hält es für wichtig genug der Welt mitzutheilen, wann er als Student um Geld nach Hause geschrieben, bei wem er auf seinen Reisen zu Mittag gegessen oder wie das Wetter gewesen; wie bei einer Stellwagenfahrt von Wien nach Dornbach hinaus sein Rock dermaßen mit Staub überzogen ward, daß er darauf schreiben konnte (II. 51); und umgekehrt: wie

er von Altona bis zum neuen Walle in Hamburg in einem fortwährenden Regenbade heimspazieren mußte (II. 330). Und was dergleichen Merkwürdigkeiten mehr sind. Dazu Recensionen über seine poetischen Werke und Zeitungsartikel über seine Person, oft in extenso.

Bei dieser ungezügelter Schreißseligkeit und „Lust zu fabuliren“ ist es nicht zu verwundern, wenn der Biograph mit den vier Bänden, die bis jetzt vorliegen, nicht weiter als bis an die Schwelle des Jahres 1848 gelangt ist. Demnach stehen für den Rest immerhin noch etliche stattliche Bände zu erwarten. Der Leser dieser Memoiren rüste sich also mit Geduld! Hat er aber hinreichende Ausdauer, um durch das üppige Gestrüpp sich hindurchzuarbeiten, so wird er auf dem Wege auch manchen guten Fund machen und mitunter Belehrung schöpfen über die literarischen, socialen und politischen Zustände Deutschlands in der ersten Hälfte des Jahrhunderts. Der Verfasser gibt einen Einblick in den Gang seiner Entwicklung, in die Werkstätte seines Forschens und Schaffens; er beleuchtet an seiner persönlichen Geschichte mit grellen Streiflichtern besonders das deutsche Universitätswesen, und führt auf seinen vielen Wander- und Entdeckungsfahrten eine Legion namhafter, berühmter und berühmter, Persönlichkeiten an den Augen des Lesers vorüber.

Folgen wir ihm durch einige Stationen seiner Lebensfahrt.

Fallersleben, wo Heinrich Hoffmann am 2. April 1798 geboren war, bildete den Hauptort des gleichnamigen Amtes im ehemaligen Kurfürstenthum Hannover. Hoffmanns Vater war daselbst Kaufmann und Bürgermeister und erscheint in letzterer Eigenschaft, namentlich durch sein mannhaftes Auftreten in den bösen Kriegsjahren, unter französischer Botmäßigkeit, als eine achtunggebietende Persönlichkeit. Die volkstümliche Poesie schwebte, in Gestalt eines Hauspruches, gleichsam schon über der Wiege des künftigen Dichters. Sein elterliches Haus trägt auf dem Querbalken über dem Eingang die alte Inschrift:

Besser neiden denn beclagen
 Wenn es Gott thut behagen.
 Wer auf Gott thrawt
 Hat wol gebawt.
 Er wird mir geben
 Was mich dient zum Leben.

In die friedliche Lust der Knabenspiele klang bald der schmetternde Ton der Kriegstrompete; die Franzosen rückten 1803 in Hannover ein und ließen sich's im fremden Neste wohl seyn. Als die Jungen ihre Freude an dem schönen Blasen der Trompeter kundgaben, meinte der alte Bürgermeister Krüger: „theure Musik, lieber Herr Better, theure Musik!“ Nach den Franzosen kamen einige Jahre später (1806) die Preußen. Landeshoheits- und Grenzpfähle mit dem preußischen Adler wurden errichtet, und die Proklamation des Königs verkündete, daß Preußen von nun an das Kurfürstenthum bis zum Frieden in Verwaltung und Obhut nehmen werde. Die Stimmung war sehr entschieden gegen den neuen Landesherrn und schon damals hörte man viel vom „preußischen Pfiff und preußischen Kuckuck.“ Man fürchtete insbesondere eine größere Steuerlast. Mit Wohlgefallen erzählte man sich, ein Bauer habe vor einem Pfahle, woran der Adler prangte, gestanden, diesen immer angesehen und dabei sich die Taschen zugehalten. Endlich sei die Wache gekommen und habe gefragt, warum er doch immer den Adler so ansehe? Das Bäuerlein antwortete: „Iß mag mich dreien (drehen), wohin ik wil, hei (er) tickt mit immer in mine Taschen.“

Die Niederlage von Jena machte der kurzen Herrlichkeit ein Ende, und nach dem Frieden von Tilsit sah sich der südliche Theil des Kurstaats dem neuen Königreich Westfalen einverleibt. Die Knaben folgten dem blutigen Soldatenspiel und den immer neuen Kriegsschauplätzen mit lebendiger Theilnahme für und wieder, und sangen die neuen Lieder mit, welche frisch aus den gewaltigen Ereignissen entsprangen

und in den Volksmund übergingen. Endlich kam das Befreiungsjahr. Am 1. Oktober 1813 erklärte Czernitschew von Kassel aus das Königreich Westfalen für aufgelöst, und nachdem Fallersleben wieder hannoveranisch geworden, konnte Hoffmanns bejahrter Vater sein Bürgermeisteramt mit Ehren niederlegen.

Inzwischen war der junge Hoffmann nach Helmstedt auf das Pädagogium gekommen, wo er im Pensionat des Hofraths Wiedeburg seine Studienlaufbahn begann. Das Heimweh entlockte ihm dort die ersten Verse, und fortan befließ er sich in Reimen. „Bei den Griechen“, sagt er, „war die Erinnerung (Mnemosyne) die Mutter der Musen, bei mir ward es die Sehnsucht.“ Sein metrischer Lehrmeister wurde Salis, dessen Gedichte ihm Hofrath Wiedeburg in die Hände gab. „Das war eine Freude für mich! So ein einzelner Dichter war noch nie der Gegenstand meiner Muße gewesen. Ich las mit wahrer Andacht und las langsam, wohl ein Vierteljahr hindurch nichts als Salis; ehe ich ein neues Gedicht anfang, kehrte ich gern zu den alten lieb gewordenen zurück. Salis war zu sehr mein eigenes Selbst geworden, als daß ich an ein Darstellen meiner Leiden und Freuden gedacht hätte. Sowie ich aber mit dem Technischen minder zu kämpfen hatte, stellte sich der Trieb zu dichten stärker ein als je vorher“ (I. 48). Kleist, Matthiſſon, besonders aber Hölty bildeten dann seine nächste Dichterlektüre. „Nie ohne Thränen verweilte ich bei der Vorrede (zu Hölty's Gedichten), diesem schönen würdigen Denkmale, welches Reß (und Stolberg) dem früh geschiedenen Jugendfreunde gesetzt“ (S. 59). Hernach gerieth er an Schiller und endlich über Körners *Leyer und Schwert*, welches einen solchen Einfluß auf ihn gewann, daß er nun auch Freiheitslieder zu dichten begann.

Sein erstes patriotisches Lied wurde in seiner Heimath zu Fallersleben beim Friedensfest am 24. Juli 1814 von der jungen Schützengilde öffentlich im Freien gesungen und nach-

her sogar gedruckt. Das war ein aufregendes Ereigniß in dem Leben eines 16jährigen Dichters! Er war selbst zu Hause anwesend, als es gesungen wurde. „Ob mir das Herz klopfte! So etwas hatte ich noch nicht im Leben erfahren; und nun noch die Freude der Meinigen!“ Später wurde freilich sein junger Dichterstolz bedenklich erschüttert, als er eines Tages, in einer Schublade nach etwas suchend, in dieses sein Friedens- und Freiheitslied die Tanzschuhe seiner Schwester eingewickelt fand!

Nachdem Hoffmann seine Gymnasialstudien im Collegium Catharineum zu Braunschweig vollendet hatte, bezog er 1816 die Universität Göttingen. Er sollte Theologie studiren, ward aber durch die abschreckende Behandlung dieser Wissenschaften von Seite der Professoren derselben bald entfremdet, und so wandte er sich schon im zweiten Semester zur Philologie. Die Vorlesungen von Bouterwek über Aesthetik und Literaturgeschichte, von Fiorillo über Kunstgeschichte gaben seinen Studien eine bestimmtere Richtung, und ein vorübergehender Aufenthalt in Kassel, wo er während einer Ferienreise (1818) Jakob Grimm kennen lernte, entschied ihn vollends für die vaterländischen Studien. Er sprach den berühmten Sprachforscher dort auf der Bibliothek an und besuchte ihn nachher auch in seinem Hause. Hievon erzählt er:

Ich fand ihn eben beschäftigt mit seiner Grammatik. Mehrere Bogen lagen bereits gedruckt vor. Ich sah und erstaunte, eine neue Welt ging mir auf, ich wurde nachdenklich und schwankend in meinen Plänen. Da ich den vorigen Sommer zu Hause dänisch gelernt hatte und in der letzten Zeit zu Göttingen auch holländisch, mich auch um deutsche Literaturgeschichte gekümmert, so gab es in unserer Unterhaltung Berührungspunkte genug. Hatte schon in der Bibliothek seine Persönlichkeit auf mich gewirkt, so war das in seinem Zimmer unter seinen Arbeiten, Büchern und Handschriften jetzt noch mehr der Fall. Die Ordnung die hier überall bis in's Kleinste waltete, der Fleiß der aus Allem sich kundgab, die lebendige

Theilnahme bei allen Dingen auf welche die Rede kam, alles das gewann ihm meine innige Liebe und Verehrung. — Den andern Tag sahen wir uns wieder auf der Bibliothek. Jetzt lernte ich auch seinen Bruder Wilhelm kennen. Nachdem wir uns eine Zeit lang unterhalten, überreichte ich jedem ein Stammbuchblatt. Jakob schrieb mir:

ein ieglich mensche enphat
darnach als ime sin herze stat.

Wilhelm:

lere unt meisterschafte sint guot,
swer aber sinnerichen muot
von angehorne tugent hat,
des witze get für allen rat.

Als ich mit Jakob zusammen die Treppe hinab ging, erzählte ich ihm, daß ich nach Italien und Griechenland zu reisen beabsichtigte, um dort an Ort und Stelle die Ueberbleibsel alter Kunst zu studiren. „Liegt Ihnen Ihr Vaterland nicht näher?“ fragte er darauf in einem herzlichen liebevollen Tone. Ich höre die Worte noch heute, die Worte vom 5. September 1818. Noch auf der Reise entschied ich mich für die vaterländischen Studien: deutsche Sprache, Literatur- und Culturgeschichte, und bin ihnen bis auf diesen Augenblick treu geblieben (I. 124 f.).

Im Frühjahr 1819 ging Hoffmann nach Bonn an die eben neu gegründete Universität. Er wird Bibliothekassistent und wirft sich emsig in germanistische Forschungen und Sammlungen, macht dann Reisen rheinab nach Holland für seine mittelniederländischen Studien, kommt mit reicher Ernte nach Berlin, wo er sich erfolglos um eine Anstellung bemüht, lernt aber hier zum großen Gewinn für seine Forschungen den originellen Handschriftensammler Geheimrath von Meusebach kennen, dessen Haus ihm zu einer andern Heimath wird. Das Meusebach'sche Haus gewährte ihm was man sonst nur in verschiedenen Häusern, ja oft nicht einmal in einer und derselben Stadt finden konnte: „eine belehrende und anregende wissenschaftliche Unterhaltung, eine ausge-

zeichnete Bibliothek, traulichen Familienverkehr und die Gelegenheit viele bedeutende Männer und Frauen kennen zu lernen.“ Unter diesen waren Namen wie Gneisenau, Clausewitz, Savigny, Eichhorn, Achim und Bettina von Arnim, Huseland, Schlabrendorf, Lappenberg u. A. Die Schilderung des regen und heitern Verkehrs mit dem ebenso feingebildeten als humoristischen, ebenso auf literarische Curiositäten als auf neckische Ueberraschungen bedachten Herrn von Meusebach gehört zu den anmuthigsten und dabei harmlosesten Partien dieser Memoiren (I. 300 ff. 317 — 28. II. 16 ff. 28 ff. 89. 99).

Nicht ohne Mithilfe dieses Freundes gelang es ihm endlich eine Anstellung im preussischen Staate zu erlangen. Im J. 1823 ward Hoffmann zum Custos an der Universitäts-Bibliothek zu Breslau ernannt. So kam er nach Schlesien, wo der ungebetene Gast übrigens sich nicht gerade eines besonders freundlichen Empfangs zu erfreuen hatte.

Die nächstfolgenden Jahre sind nun hauptsächlich durch zahlreiche Editionen, wissenschaftliche Reisen und literarische Entdeckungen bezeichnet. Mehrere dieser Reisen, und zum Theil die ergiebigsten, waren nach Oesterreich gerichtet, wo noch manche vergrabene Schätze zu heben waren, und er hat hiebei wiederholt die Gastfreundschaft und wissenschaftliche Förderung von Seite der österreichischen Klöster rühmend zu registriren. Auf der ersten Fahrt (1827) besuchte er vornehmlich Zwettl und Göttweih, sah sich überall „auf die freundlichste Weise empfangen“, war „erstaunt über die hohe wissenschaftliche Bildung“, die er unter den Männern des Klosters fand, und „mit innigem Dank für alles Liebe und Gute“ schied er aus diesen friedlichen Mauern. Auf der dritten (1839) stellte er zu Wien das „Verzeichniß der alt-deutschen Handschriften der k. k. Hofbibliothek“ her, das dann im J. 1841 im Druck erschien.

Besonders ergiebig war aber die zweite, im J. 1834 ebendahin ausgeführte Entdeckungsreise (über Prag, Linz,

St. Florian, Kremsmünster, Seitenstetten, Melk, Göttweig, Wien, Graz, St. Paul, Admont, Salzburg). Zu Prag entdeckte er in der fürstlich Fürstenbergischen Bibliothek, welcher der als Dichter bekannte Bibliothekar Karl Egon Ebert vorstand, das Bruchstück einer deutschen poetischen Erdbeschreibung aus dem 11. Jahrhundert, das er hernach alsbald unter dem Titel „Merigarto“ herausgab. Er fand es auf zwei zusammenhängenden Pergamentblättern unter dem Fach der Handschriften. Die Rehrseite hatte außerordentlich gelitten; einst angeklebt an den Holzdeckel einer lateinischen Handschrift hatte sie später, nachdem diese Hülle zerstört war, dessen Dienste versehen. Die in solchem Dienst verwischte und abgeriebene Schrift zu entziffern bot daher ihre Schwierigkeiten, und nur nach tagelanger Mühe gelang es ihm mittelst chemischer Reagentien (Gallusäpfeltinktur) fünf Sechstel des Ganzen herauszubringen; und also ging sie in Druck. Die Wichtigkeit des Fundes mußte in der gelehrten Welt einleuchten: man wußte bis dahin von keinem Gedichte aus dieser Zeit, und da das Fragment eine kurze Beschreibung Islands gibt, dessen Einwohner erst um das J. 1000 Christen geworden, so bot es auch inhaltlich der Forschung manchen Reiz (II. 235—36).

Von lohnender Ausbeute begleitet war sodann auch der Aufenthalt in Wien, insbesondere durch Entdeckung verschiedener althochdeutscher Fragmente in den Monseer Handschriften der k. k. Hofbibliothek. Hoffmann erkannte in denselben die älteste Uebersetzung des Evangeliums Matthäi. Die Entdeckungsfreude, getheilt mit dem Bibliothekar Dr. Endlicher und M. Haupt, die Sorgen und Mühen der Zusammenstellung der einzelnen sehr zerstückelten Streifen, die Enträthselung der verblichenen Schriftzüge, das endliche Gelingen der Drucklegung in 107 Exemplaren: das alles wird mit frischer Anschaulichkeit beschrieben (II. 248 ff.). Der Fund erschien noch im selben Sommer (1834) zu Wien unter dem Titel: *Fragmenta Theotisca versionis antiquissimae Evangelii S. Matthaei*

et aliquot homiliarum. E membranis Monseensibus etc. ediderunt St. Endlicher et Hoffmann Fallerslebensis.

Von Wien setzte Hoffmann seine vom Glück so sehr begünstigte Reise südlich fort nach Steyermark und Kärnthen, und machte werthvolle Ausbeute namentlich im Kloster St. Paul, jener vom Josephinismus aufgehobenen und ausgeraubten Benediktiner-Abtei, wo im J. 1809 die ausgewanderten Mönche von St. Blasien im Schwarzwald wieder eine Zufluchtsstätte fanden. „Sie brachten nichts mit als ihren Ruhm und ihre Gelehrsamkeit, einen Theil ihrer Bücher und Kunstschätze und die Gebeine ihrer habsburgischen Schutzherrn.“ Die wissenschaftliche Anregung und Förderung, die hier jeder Gelehrte empfing, entlockt dem Reisenden, der sonst keineswegs immer billig über katholische Dinge urtheilt, ein Ehrenwort zu Gunsten der Klöster, wovon wir hier einige Stellen mittheilen:

„Alles aber schien auch hier zur Arbeit zu ermuntern und zu kräftigen. Mein Zimmer bot eine weite Aussicht bis über St. Andre hinaus. Ueber meinem Sopha hing das Bild des berühmten Martin Gerbert, dessen Verdienste um deutsche Geschichte und Geschichte der Musik jede Zeit anerkennen muß. Ein Hinblick auf St. Blasien auch von St. Paul aus muß den ärgsten Feind eines solchen Klosterlebens umstimmen. Es war mir immer, als ob der ehrwürdige Martin noch spräche, was er weiland sprach: „„Unser Stand ist ein Stand der Arbeit und wir können den Vorwurf gewisser Leute, als wären wir unnütze Glieder des Staates, nicht besser von uns ablehnen als wenn wir uns nützlich beschäftigen; unsere gelehrten Arbeiten müssen uns rechtfertigen.““ Die heutigen österreichischen Klöster sind Bildungsanstalten für die Klostergeistlichen zur Seelsorge und zum Unterrichtswesen, und Vorbereitungsschulen für die weltliche Jugend zur Universität. Darum haben auch die meisten Klöster neben der Seelsorge und den Hausstudien noch Gymnasien, die von ihnen besetzt und erhalten werden. Der Staat thut nichts dazu, er bestimmt nur den Lehrplan und die Lehrbücher und zieht noch obendrein das Schulgeld für sich ein.

Im Kloster, dessen Gymnasium nicht am Orte ist, leben nur die Officialen, die franken und altersschwachen Ordensgeistlichen, die übrigen sind in der Seelsorge, also Pfarrer und Kapläne, oder Professoren an den Gymnasien und Universitäten, oder in hohen Staatsämtern. Die St. Pauler hatten ihr Gymnasium in Klagenfurt. Es ergab sich damals eine gute Gelegenheit, den ganzen Convent kennen zu lernen. Der Erzherzog Rainer aus Italien war nebst Gemahlin zur Durchreise angemeldet, und so hatten sich auf den Wunsch des Prälaten alle Conventualen hier eingefunden. Ich erinnere mich mit großer Freude der vielen Gespräche über Gegenstände aus allen Zweigen des menschlichen Wissens, und muß gestehen, daß der Geist St. Blasens hier noch immer fortlebt. Wen sollten aber auch nicht Männer wie Marquard Herrgott, Martin Gerbert, Emil Niffermann, Ambrosius Eichhorn, Trudpert Neugart, Abt Berthold und Ignatius Kopp, woron die vier letzten hier noch lebten und wirkten, zu wissenschaftlicher Thätigkeit begeistern?" (II. 260.)

Von St. Paul zog der Forscher über die Rottenmanner Tauern in's Ennsthal nach der Benediktiner-Abtei Admont, deren Bibliothek die handschriftlichen Funde des gelehrten Schatzgräbers wiederum erklecklich vermehrte. Der prachtvolle mit geschliffenen Marmorplatten belegte, mit Freskomalereien und bronzenen Statuen gezierte Bibliotheksaal ist bekanntlich inzwischen durch den großen Brand am 28. April 1865 zerstört worden. Hier wie überall hat der Reisende die schöne Klosterliche Gastlichkeit zu berühren, und reichbeladen kehrte er endlich nach Hause. Es ist daher nur billig, daß der zweite Theil der „Fundgruben“, welcher im J. 1837 zu Breslau auch unter dem besondern Titel „Iter Austriacum“ erschien und altdeutsche Gedichte größtentheils aus österreichischen Bibliotheken enthält, „den Benediktiner- und Cisterzienser-Abteien und den Augustiner-Chorherren-Stiften im Lande ob und unter der Enns, in Steyermark und Kärnthen aus dankbarer Erinnerung gewidmet“ ward.

Das Glück, das den Forscher auf seinen Entdeckungsfahrten begleitet hatte, hinterließ einen Stachel, der immer-

fort nach neuen Zügen und literarischen Abenteuern reizte. Er war unermüdblich und fast jedes Jahr sah ihn in einem andern Lande auf der Streife. Der Sommer 1836 lockte ihn nach dem Norden, nach Kopenhagen, Hamburg, Amsterdam. Im folgenden Jahre dehnte er seine Forschungsreise über Belgien nach Nordfrankreich aus, und diesmal war er wieder vom Fingerglück besonders begünstigt, durch den wichtigen Fund des lange verschollenen Ludwigsliedes zu Valenciennes. Die Handschrift war seiner Zeit von Mabillon entdeckt worden, nachher aber völlig verschwunden, bis nun dem deutschen Forscher endlich die Wiederentdeckung gelang. Was er im Scherze gewünscht, sollte zu seiner eigenen Uebersaschung Wahrheit werden.

Als ihn nämlich vor seinem Abschied von Gent der dortige Professor Raßmann in einer Gesellschaft fragte, wohin er nun zu reisen gedente, erwiderte Hoffmann scherzhaft, aber scheinbar mit einer gewissen Zuversicht: „Jetzt gehe ich nach Valenciennes und entdecke dort das Ludwigslied.“ Man lachte und er lachte mit. Er reiste dann wirklich über Mecheln und Brüssel nach Valenciennes, und ließ sich daselbst, da der Bibliothekar verreist war, durch den Buchbinder Lemaire, der nebenbei auch sousbibliothécaire et conservateur war, in die Bibliothek führen. Die Aussicht auf eine Entdeckung war freilich gering, da die Handschriften wegen der Abwesenheit des Vorstandes unter Verschuß lagen und also nicht gezeigt werden konnten; dennoch gab der Reisende die Hoffnung nicht ganz auf durch irgend einen Fund belohnt zu werden, als er in der Reihe der Bücher viele alten Bände wahrnahm. Er begann also unverzagt sein Suchen und bemerkte zu seinem Vergnügen, daß viele Handschriften zwischen den Büchern standen. Ueber dem Durchmustern der ersten drei Reihen, der Folianten, war es Mittag geworden, und er mußte seine staubige Arbeit unterbrechen, durfte sie aber Nachmittags im Beiseyn des gutwilligen Herrn Lemaire wieder fortsetzen. Er erzählt nun selber weiter:

„Da ich die Bücher nicht mehr von unten abreichen kann, so besteige ich eine Leiter. Schon bin ich wieder mit einer Reihe fertig, da bitte ich den Bibliothekar eine zweite Leiter für sich zu holen und mir die Bücher zu reichen. Schon beim zehnten Buche etwa schreie ich jubelnd auf und schlage meinen Nachbar vor Freuden auf die Schulter, daß er fast das Gleichgewicht verliert: Voilà, Monsieur! Der alte Büffeleinband mit den Schriften des Gregorius von Nazianz hatte mich nicht betrogen. Auf der Rückseite des 141. Blattes steht das Ludwigslied, und wie bin ich erstaunt, zugleich das älteste romanische Gedicht, ein Lobgesang auf die heil. Eulalia, bisher völlig unbekannt. Ich nahm mir sofort Abschrift und stellte wiederholte Vergleichen an. Meine Freude war groß: wie ein Feldherr nach einer gewonnenen Schlacht zog ich triumphirend in meinen Gasthof ein. Ich gab die Weiterreise nach Frankreich hinein völlig auf, denn einen bedeutenderen Fund glaubte ich doch nicht machen zu können.“ III. 22.

Das Ludwigslied feiert bekanntlich den Sieg Ludwigs III. über die Normannen bei Saulcourt im J. 881, ward bei Lebzeiten Ludwigs verfaßt und im Kloster St. Amand aufgezeichnet. Hoffmann gab den werthvollen Doppelfund noch auf der Rückreise zu Gent, in Verbindung mit dem vlämischen Gelehrten Willems, in Druck unter dem Titel: *Elnonensia. Monuments des langues romane et tudesque dans le IX. siècle etc.*

Unter dieser regen literarischen Betriebsamkeit, die seinem Gelehrtennamen einen ziemlich verbreiteten Ruf begründete, gelang es ihm in Breslau selber nur langsam eine seinen Anforderungen entsprechende Stellung zu erringen. In seinem kümmerlich dotirten Custodenamt scheint er wenigstens nicht auf Rosen gebettet gewesen zu seyn. Eine endlose Reihe kleiner ärgerlicher Bibliothekshändel und Leiden ziehen sich vom ersten Breslauer Jahre an durch diese Aufzeichnungen und spinnen sich unerquicklich in minutiöser Breite fort (II 59. 60. 63 ff. 102. 180 ff.); diesem Bericht zufolge muß

man nun allerdings glauben, daß seine Herren Kollegen Alles thaten ihm seine Stellung sauer, ja unleidlich zu machen. Als es ihm endlich durch persönliche Vorstellungen beim Minister Altenstein in Berlin gelingt, zum außerordentlichen Professor der deutschen Sprache und Literatur an der Universität Breslau ernannt zu werden (1830), geschah dieß zum großen Verdruß der Fakultät selbst, an der er fast nur Feinde hat. Gegen den Ministerialreferenten Geheimrath Schulze klagte er geradezu, „daß die Professoren jedem tüchtigen strebsamen jugendlichen Talente hinderlich in den Weg träten und keins aufkommen lassen möchten zc.“ (II. 165). Als seinen größten Feind bezeichnet er den Philologen Passow, Direktor des philologischen Seminars. Die collegialen Liebseligkeiten in erneuerter Auflage erfuhr er, als es sich um seine Beförderung zum ordentlichen Professor an der Universität handelte, welche unter dem Widerstreben der Fakultät im November 1835 erfolgte. Hoffmann schrieb damals an seinen Bruder: „Ich habe in diesen Tagen recht gefühlt, welch ein armer Teufel man ist, wenn man bei uns nicht schwänzeln kann, keinen Schwiegervater, keinen Schwager u. s. w. hat.“ Man sieht nebenbei, welche Mühe es vor einem Menschenalter noch kostete, der deutschen Philologie an der Universität gleiches Ansehen und gleichen Rang zu erobern. Fast ergötzlich zu lesen ist die Geschichte seines doppelten Doktordiploms und seiner lateinischen Habilitation, die er selber eine „lateinische Comödie“ nennt. Ständen die zerstreuten Stellen in diesen Memoiren, welche die Umtriebe und Kränkungen, die offenen und versteckten Feindseligkeiten gegen ihn verzeichnen, geordnet beisammen, sie würden ein ziemlich drastisches Bild eröffnen von dem Protektions- und dem Chikanenwesen, wie es jezuweilen an Universitäten getrieben wird, getrieben in der Regel just von denjenigen die sich am lauteſten als die Vertreter der „freien Wissenschaft“ der Welt anpreißen.

Daß Hoffmann durch diese auch später noch fortgesetzten

Stänkereien und Kränkungen, namentlich die kleinlich bureaukratischen Zumuthungen in seiner Eigenschaft als Bibliothekscustos immer mehr verbittert und verhezt wurde, ist leicht zu glauben. Daher auch sein unerschöpflicher poetischer Ingrimm gegen alle düsterhafte Kunst, gegen den bureaukratischen Bopf und alle hochmüthige Buchstabengelehrsamkeit. Er sagt selbst, wie ein Theil seiner „Unpolitischen Lieder“ aus dieser Stimmung hervorgegangen sei. Auf der andern Seite ist nicht zu läugnen, daß aus den Bekenntnissen des Mannes ein unruhiger und unzufriedener Geist haucht, ein Boltergeist der sehr rücksichtslos und verlegend seyn konnte, dem selber so manches unduldsame Urtheil entfährt und der an allem eher als an Blödigkeit litt. Es fehlte also auch an dem Querulanten selber, und schwerlich war jede Kränkung unverschuldet. Es lag wohl in der vordringlichen Art und studentischen Renommistennatur, wodurch er es mit so vielen Menschen verdarb und sich selber Mißvergnügen ohne Ende schuf. Seine Gedichte erlangten eine unerwartet freundliche Aufnahme und wurden viel und mitunter glücklich componirt; seine wissenschaftlichen Werke hatten ihm selbst außerhalb Deutschlands Gönner und Verehrer gewonnen und Auszeichnungen dazu. Dennoch wollte es mit seiner Zufriedenheit nicht gedeihen. Immer hat er über Rabalen, Zurücksetzung, Ueberbürdung und andere collegialische Liebseligkeiten zu klagen.

Aus solcher Stimmung heraus also, mit der die Unzufriedenheit über die öffentlichen politischen Zustände allmählich sich verquickte, erwachsen im Anfang der vierziger Jahre die „Unpolitischen Lieder“, die für ihn, mit dem Erscheinen des zweiten Bandes, verhängnißvoll wurden. Der erste Band war noch ziemlich zahm und passirte glücklich die Scylla und Charybdis der gestrengen deutschen Censur, obgleich das Buch zu Hamburg bei Hoffmann und Campe, dem Verleger der Heine'schen Gottisen, erschien. Als aber ein Jahr darnach der zweite Theil seine Runde durch die deutschen Bundes

länder antrat, da hatte die Polizei Lunte gerochen und das Wetter schlug los.

Gründlich wie der Verfasser nun einmal verfährt, will er dem Leser auch seine mit dem Verleger Campe geführte mehrjährige, ziemlich weitwändige Correspondenz nicht vorenthalten. Bemerkenswerth erscheint darin allenfalls das offenerzige Geständniß des Hamburger Buchhändlers, der überhaupt in mancher Beziehung recht artig aus der Schule schwätzt, über seine Collegen die deutschen Buchhändler. Wir heben nur ein paar Kraftsätze aus; so schreibt Herr Campe unter dem 24. April 1840: „Unter den Buchhändlern ist entsetzlich vieles Gesindel eingeschmuggelt! Früher war esprit de corps; jetzt — Juden, Kreter und Araber sind uns zugelaufen. Wir üben, weil es so Mode ist, die Toleranz bis zum Exceß und verlieren darüber den Standpunkt, den wir früher behaupteten, eben weil wir das Lumpenpack als Collegen uns zutheilen ließen! Jeder Chevalier d'industrie findet im Buchhandel Aufnahme, selbst dann noch, wenn die Schneider-Gilde ihn ausstößt. Wie kann da von einem Zusammenhalten, einem Schutz- und Trugbündniß, wie sonst, die Rede seyn? Die Modernität raubte vieles; so hat die Hungerleiderei auch den alten guten Geist bezwungen, der da waltete und dem Despotismus Grenzen setzte“ (III. 128). Hoffmann lernte übrigens später seinen so sittlich entrüsteten Verleger selber nicht von der besten und reinlichsten Seite kennen. Campe ließ den Dichter der Unpolitischen Lieder nicht nur durch Gutzkow im Hamburger „Telegraphen“ mit „Schandartikeln“ angreifen und herabsetzen, um ihn — in seinen Honoraransprüchen herabzudrücken; er veranstaltete auch insgeheim ohne Wissen und Willen des Autors einen Nachdruck derselben Unpolitischen Lieder, welcher jedoch von dem letzteren aufgedeckt und in der ganzen Buchhändlerwelt übel vermerkt wurde. Von einem Nachdruckproceß steht Hoffmann schließlich nur aus andern Rücksichten ab (III. 292. 315. 316).

Das Bedürfniß eines persönlichen Verkehrs mit Campe

führte den Dichter nach Hamburg und Helgoland, und auf dieser Insel, „zwischen Meer und Himmel“, entstand unter andern das vielgesungene Lied „Deutschland, Deutschland über Alles!“ (Sommer 1841). Daß der Dichter aber dort auf der Klippe zwischen Himmel und Meer nicht bloß idealistisch schwärmte, sondern auch gleich klingende Münze aus seiner patriotischen Lyrik zu schlagen verstand, erzählt er recht unbefangen selbst. Er berichtet in der aphoristischen Manier nach seinem Tagebuch: „Am 29. August spaziere ich mit Campe am Strand. „Ich habe ein Lied gemacht, das kostet aber 4 Louisd'or!““ Wir gehen in das Erholungszimmer. Ich lese ihm: Deutschland, Deutschland über Alles — und noch ehe ich damit zu Ende bin, legte er mir die 4 Louisd'or auf meine Briestafche. Neff (Buchhändler aus Stuttgart) steht dabei, verwundert über seinen großen Kollegen. Wir berathschlagen, in welcher Art das Lied am besten zu veröffentlichen. Campe schmunzelt: „Wenn es einschlägt, so kann es ein Rheinlied werden. Erhalten Sie drei Becher, muß mir Einer zukommen.““ Ich schreibe es unter dem Lärm der jämmerlichsten Tanzmusik ab, Campe steckt es ein, und wir scheiden“ (III. 212). So wurde also das neue Nationallied verhandelt und verschleift.

Mittlerweile war der zweite Theil der Unpolitischen Lieder erschienen und, noch während des Dichters Badecur auf Helgoland, wegen ihrer „verderblichen Richtung“ zu Breslau confiscirt worden, der Dichter selbst aber nach seiner Rückkunft am 1. November 1841 zur Untersuchung gezogen. Auf den Vorhalt, wie er als Beamter solche Lieder habe veröffentlichen können, gibt er die Entgegnung: „Als Beamter? Es wird Keinem gesagt, wenn er angestellt wird: das und das gefällt der Regierung, das und das mißfällt der Regierung &c. . . . Woher soll er die Grundsätze der Regierung wissen? Die Thatfachen sind oft nicht im Stande, einen darüber zu belehren. Unter Friedrich Wilhelm II. gab es ein Religionsedikt und unter Friedrich Wilhelm III. wur-

den die Altlutheraner abgesetzt. Unter der vorigen Regierung wurde Arndt abgesetzt, unter der jetzigen wieder eingesetzt. Unter allen Regierungen hat man aber geschrieben und schreiben lassen: Preußen ist der intelligenteste Staat der Welt, Preußen ist das Land der Gedanken, die Heimat und die Freistätte der Künste und Wissenschaften!" (III. 232).

Vorerst war er von seinem Amte suspendirt (April 1842). Nun wurde er aber erst der gefeierte Mann des Tages bei Studenten und Sängervereinen. Serenaden wurden ihm an verschiedenen Orten veranstaltet und Trinksprüche auf ihn ausgebracht fast überall wohin er kam, und wenn ihm von den begeisterten Leuten materiell nicht geholfen wurde, so sind wenigstens viele großartigen Reden gehalten und viele Gläser geleert worden auf das Wohl des „für Wahrheit, Licht und Recht streitenden Dichters.“ Das einzige Reelle in jenen Tagen kam ihm aus Schwaben zu, indem zwanzig seiner Verehrer ihm von Stuttgart aus „fünzig Flaschen edlen Schwabenweines“ aus dem Hofkeller zuschickten.

Zu Anfang 1843 ward Hoffmann ohne Pension seiner Professur entsetzt, und zwar, da „über seine bisherigen Dienstverhältnisse nichts Nachtheiliges vorlag“, einzig auf Grund der Herausgabe des zweiten Theils seiner Unpolitischen Lieder, deren Inhalt „ein durchaus verwerflicher“ sei, wie das Urtheil besagt. „Es werden in diesen Gedichten die öffentlichen und socialen Zustände in Deutschland und respective in Preußen vielfach mit bitterem Spotte angegriffen, verhöhnt und verächtlich gemacht; es werden Gesinnungen und Ansichten ausgedrückt, die bei den Lesern der Lieder, besonders von jugendlichem Alter, Mißvergnügen über die bestehende Ordnung der Dinge, Verachtung und Haß gegen Landesherren und Obrigkeit hervorzurufen und einen Geist zu erwecken geeignet sind, der zunächst für die Jugend, aber auch im Allgemeinen nur verderblich wirken kann“ (IV. 5). So der ministerielle Spruch und Beschluß. Heutzutage würden diese Lieder, in denen zudem blutwenig Poesie steckt, für ziemlich

unschädlich passiren und im Vergleich zu den modern radikalen Utracitäten größtentheils eher durch die Harmlosigkeit ihrer Satire Aufsehen erregen. Die gravirenden Nummern sind sämtlich in dem Altenstücke abgedruckt; sie könnten heute ebensogut in den „Fliegenden Blättern“ stehen.

Die Lehrthätigkeit war somit abgeschlossen. Hoffmann dichtete sich in einer Art Galgenhumor das „Trostlied eines abgesetzten Professors“, sagte in Breslauer Zeitungen „Feinden und Freunden ein herzliches Lebewohl“ und verließ die schlesische Universitätsstadt nach einem zwanzigjährigen Aufenthalt. Von nun an beginnt eine Periode planloser Kreuz- und Quersfahrten, für eine schöne Reihe von Jahren. Die solide emsige Arbeit des Forschens hatte für lange ein Ende, und ein ruheloses Zigeunern trat an die Stelle, so recht das Leben eines fahrenden Sängers landauf und landab.

Zunächst in Sachsen und am Rhein. Was in jenen Tagen auf Liberalismus Anspruch machte, brachte dem gemäßregelten Dichter seine Huldigung dar, und das war nicht schwer; das liberale Schönreden fing ja damals in gewissen Kreisen bereits an einträglich zu werden. „Der Liberalismus jener Tage gehörte mit zum guten Tone, er vermittelte zugleich angenehme Bekanntschaften und konnte die Geschäftsverbindungen vortheilhaft erweitern“: so charakterisirt Hoffmann selbst den Kern dieser landläufigen Gesinnungstüchtigkeit unter der wohlhabenden Bourgeoisie (IV. 99).

Weniger gut erging es ihm in Norddeutschland. Als er in seine Heimat nach Fallersleben kam, sah er sich schon am zweiten Tage dort plötzlich ausgewiesen; der Drost theilte ihm mit, daß auf königlichen Befehl ihm der Aufenthalt in hannoverschen Landen verboten sei, wenn er nicht ein Domicil nachweisen könne. „Diese Geschichte — fügt Hoffmann hinzu — bildet den Anfang einer Reihe von Verfolgungen und Belästigungen, denen ich bis zum Jahre 1861, also fast zwanzig Jahre in meinem Geburtslande Hannover ausgesetzt war“ (IV. 49). Dann geräth er nach Berlin und verberbt

durch sein ungelegenes Erscheinen im Hause der beiden Grimm diesem gelehrten Brüderpaar den Fackelzug, den so eben die Studenten zum Geburtstag W. Grimms veranstalteten. Die Studenten brachten nämlich nach dem Lebehoch auf die beiden Brüder auch dem am Fenster sich zeigenden Hoffmann ein Hoch aus, ein Intermezzo welches diesem Tags darauf die polizeiliche Ausweisung aus Berlin zuzog, die beiden Grimm aber zu einer öffentlichen Erklärung veranlaßte, worin Hoffmann mit höflicher Deutlichkeit als ungebetener Gast und Eindringling bezeichnet und preisgegeben wird. Die Folge davon ist, daß der Leser nun alle Zeitungsartikel, welche über diesen Zwischenfall zu Gunsten Hoffmanns und zum Nachtheile der beiden Berliner Professoren geschrieben worden sind, des Breiteren mit in Kauf nehmen muß (IV. 118 — 38).

Für den Dichter persönlich hatte übrigens der Lärm darüber die gute Wirkung, daß nun endlich Beisteuern für ihn in Gang kamen, die dem Amt- und Heimathlosen wenigstens etwas Solideres boten als der wohlfeile Klingklang der Toaste und Serenaden. Eine dieser Sendungen war im Hinblick auf den eben besprochenen Streit mit dem Motto begleitet: „Bei uns kein Grimm für Hoffmann.“ Die Gütersloher hatten ihm auf fünf Jahre je 80 Thaler zugesichert. Der Verein „Germania“ in Christiania sandte einen Wechsel von 204 Mark Banco, die „Lätitia“ in Breslau einen silbernen Becher. Viele Verehrer seiner Muse fand er in Mecklenburg. Ein Pastor Bortisch von Satow ist so erfreut über das Glück, den Dichter der unpolitischen Lieder bei einer Hochzeitstafel kennen zu lernen, daß er mit der Frau Pastorin freudestrahlend auf ihn zugeht, ihm seine goldene Repetiruhr überreicht und ihn inständigst bittet sie zum Andenken zu behalten. — Groß scheinen indeß trotz alledem diese Beisteuern der liberalen Gesinnungstüchtigkeit, die von jeher immer stärker im Reden als im Leisten war, nie angelauten zu seyn; denn der Verfasser bemerkt im Winter

1846 nicht ohne Klage: daß die „großmüthigen Unterstützungen des deutschen Volkes“, wovon gewisse Zeitungen am Rheine fabelten, leider nur in diesen Zeitungen stünden, ihn selber aber nicht zu einem ruhigen sorgenfreien Leben gelangen ließen (IV. 303).

Um sich einem eventuellen Preßproceß wegen Majestätsbeleidigung in Preußen zu entziehen, ließ sich Hoffmann von einem Gutsbesitzer Dr. Samuel Schnelle in Mecklenburg-Schwerin, wo ihm auf seinen Ausflügen viel Ehre widerfuhr, als Inasse seines ritterchaftlichen Gutes aufnehmen, schied aus dem preußischen Unterthanenverbande und war nun naturalisirter Mecklenburger. Aber auch jetzt kam in sein Leben keine Ruhe und kein Halt. Kaum hatte er im Herbst 1844 als Gesellschafter eines reichen Gutsbesizers, Namens Tenge, eine Reise nach Italien bis Rom ausgeführt — eine Art Courierreise, denn Alles wurde innerhalb Monatsfrist im Fluge gesehen, und dem entsprechend lauten auch die oberflächlich abschätzigen Urtheile in Reim und Prosa — als es ihn im folgenden Frühjahr schon wieder nach allen Windrosenstrichen der vormärzlichen deutschen Vaterländer hin und hertrieb.

Bald streift er nordwärts nach Hamburg und Cuxhaven bis tief in das „meerumschlungene“ Schleswig-Holstein hinein, dann wieder durch Braunschweig und Westfalen, bald südwärts im Badischen bei Hecker und Compagnie und macht mit Vater Ißstein, Papa Welker und andern liberalen Bieder Männern Zweckessen mit. Gleich darauf aber finden wir ihn wieder im äußern Norden, zu Lübeck, wo er nothwendig beim Sängersfest seyn muß; zu Leipzig beim Constitutionsfest; zu Röthen beim Schützenfest. Bei seinem abermaligen Erscheinen in Mannheim wird er unter dem „freisinnigen“ Ministerium Bock mit einer polizeilichen Ausweisung begrüßt, die nur durch das Dazwischentreten des Vaters Ißstein zur Noth abgewendet wird. Zuletzt lenkt er den Wanderstab wieder nach Mecklenburg zurück. Unter diesem vielfältigen

und doch so unsäglich eintönigen Scenenwechsel schließt das Jahr 1847 und damit der vierte Band der Hoffmann'schen Aufzeichnungen. Der Leser ist unter diesen Wendungen und Sprüngen eines politisch-poetischen Landsahrerthums müde geworden und bedarf der Ruhepause die nun eingetreten. —

Einen gewissen Werth verleiht dem Werke der reichhaltige Kreis literarischer und künstlerischer Persönlichkeiten von Ruf und Bedeutung, mit denen Hoffmann bei seiner großen geselligen Beweglichkeit und Reiselust in Berührung kam. Zwar begnügt er sich größtentheils mit wenigen skizzenhaften Strichen, oft nur mit einem sehr flüchtigen Streiflicht, und die Goethe'sche Plastik ist nicht seine Sache; aber es werden doch mitunter auch interessante und charakteristische Züge mitgetheilt, und als bibliothekarisch geschulter Mann verweist er im Uebrigen jedesmal auf die pünktlich citirten Nekrologe. Es ist eine hübsche Lese von Namen, und zuweilen wird einem zu Muth als ob man über einen literarischen Kirchhof wandle. Die Namen ziehen vorüber und erlöschen wie Sternschnuppen: *sic transit gloria mundi*.

Außer den bereits in diesem Bericht erwähnten Namen wollen wir nur noch einige wenige verzeichnen. Von Germanisten: Lachmann, Grass, Wackernagel, Mone, Wilmar, Schmeller; am freundlichsten ist des letztern gedacht (II. 265 ff. III. 67). Unter seinen Breslauer Collegien gedenkt er namentlich der Professoren Stenzel, R. A. Wenzel, von der Hagen und Büsching, Passow und ziemlich bitter Wachler (II. 23 ff.); etwas indiskret auch seines Freundes Gustav Freytag (III. 133). In Jena verkehrt er mit Oken, in Köln mit Wallraf, von dem er eine ansprechende Schilderung entwirft (I. 178 ff.). In Rom traf er unter andern mit dem Professor und Dantianer Karl Witte zusammen, der eben auf der Heimreise begriffen, von den Myrthen Capri's eine Ruthe für seine Kinder gewunden (IV. 191). In Prag mit Schafarik und Palacky. Ganz charakteristisch lautet was er von dem letztern erzählt, dem „Erzcechen vom Wirbel bis

in die kleine Zehe, literarisch, politisch, gesellig, kurzum immer und überall.“ Hoffmann erbot sich gegen Palachy: er wolle, obwohl er nichts Slavisches verstehe, doch überall auf dasselbe Rücksicht nehmen wo er etwas in Handschriften fände, und bitte den böhmischen Gelehrten, doch für ihn in Bezug auf das Deutsche dasselbe zu thun. Darauf antwortete Palachy: „Wenn ich etwas Deutsches finde, so — überschlage ich es!“ II. 238 *).

Auf seiner Forschungsreise im J. 1839 sprach Hoffmann am Bodensee auch bei Laßberg vor und erfreute sich der Gastfreundschaft des ritterlichen Freiherrn auf seinem alten Schlosse zu Meersburg. Er erzählt davon:

Ich wurde wie ein fahrender Ritter begrüßt: „Hat der Burgwart schon Ihre Sachen in Empfang genommen?“ — „Die sind noch im goldenen Löwen wo ich abgestiegen bin.“ — „Nun es versteht sich von selbst, Sie bleiben bei mir; die Sachen sollen sofort geholt werden.“ Mir war die freundliche Einladung sehr willkommen, ich hatte ebenso großes Verlangen, den Herausgeber des Liedersaals wie seine Bibliothek näher kennen zu lernen. Laßberg, schon damals sehr alt, war immer noch eine stattliche Gestalt: groß, in gerader Haltung stehend oder einherschreitend, mit schneeweißen Haaren und dem Vertrauen erweckenden Blicke machte er den Eindruck eines ehrwürdigen, biedern und gemüthlichen alten Mannes. Er führte mich in das nächste Zimmer, wir setzten uns und ich mußte mit ihm den Willkomm in 34er Meersburger trinken. Es erschienen nun auch seine Gemahlin, Maria Anna, geb. Freiin Droste-Hülshoff, erst seit dem 19. Okt. 1834 Frau von Laßberg, und ihre Schwester Annette Elisabeth, die Dichterin. Beide be-

*) Der hufitische Fanatismus und Deutschenhaß dieses böhmischen Landeshistoriographen wird neuerdings beleuchtet in der jüngst erschienenen Flugschrift: „Würdigung der Angriffe des Dr. Franz Palachy auf die Mittheilungen des Vereins für Geschichte der Deutschen in Böhmen“ (von Dr. F. Schlesinger und F. Lippert). Prag 1868.

grüßten mich als alten Bekannten; ich hatte sie als junge Mädchen in der Familie Harthausen in Bökendorf, ihren Verwandten, kennen lernen. Laßberg zeigte mir nun seinen Handschriftenschatz, zunächst ein mit Edelsteinen reich geschmücktes Evangelarium aus dem 9. Jahrhundert, dann die prachtvoll geschriebene Hohenemser Handschrift der Nibelungen und viele andere, sowie viele saubere Abschriften von seiner Hand. — Ich führte ein einfaches angenehmes Leben. Den Morgen blieb ich auf meinem Zimmer, vor Mittag war der alte Herr nicht sichtbar. Nach Tisch gingen wir dann in die Bibliothek und ich verzeichnete so nach und nach sämtliche Handschriften . . . Am 10. Juni nahm ich Abschied. Laßberg verehrte mir noch zum Andenken seinen „Liedersaal“, 4 Bände, dessen letzter einen Abdruck der Hohenemser Handschrift der Nibelungen enthält. Dieß Werk, welches bereits 1820 und 21 gedruckt wurde, war nur den Freunden Laßbergs bisher zugänglich, da es nur der Herausgeber verschenkte. III. 73 f.

Nicht gering ist die Liste der verschiedentlichen Brüder in Apoll. Von Tonkünstlern namentlich jene welche Lieder von ihm componirt haben: Mendelssohn, Silcher, E. Richter, Gurschmann in Berlin, der zu Anfang der vierziger Jahre für einen der beliebtesten Liedercomponisten galt. In Wien gibt er sich viele Mühe den Componisten Schubert aufzufinden und ist nach erzielter Bekanntschaft enttäuscht; schlimmere Erfahrungen machte er mit Ole Bull, dem Typus eines verwöhnten und launenhaften Virtuosen. Von dem Maler Kretschmer in Berlin, der gerade erst (es war im J. 1841) von einer Reise nach Konstantinopel zurückgekehrt war, erzählt er eine artige türkische Anekdote. Als er den Sultan malen sollte, erschien Kretschmer im Frack. Der Sultan, darüber verwundert, fragt ihn, wie er dazu käme in einem so kleinen Rock zu erscheinen? „Kaiserliche Majestät, erwidert der Maler, wenn wir jemanden ehren wollen, so ziehen wir einen Frack an.“ — „O, meint der Sultan, da ehrt man doch jemanden mehr wenn man zu ihm kommt in einem langen Kleid, darin ist doch mehr Tuch!“ (III. 194).

Während seines ersten Berliner Aufenthalts lernte er auch Chamisso kennen, und er berichtet, wie damals die Melodie zum bekannten Zopflied entstand. Eines Tages traf Hoffmann mit dem Musiker Ludwig Berger, dem Componisten des populär gewordenen „Als der Sandwirth von Passenyer“, bei Chamisso zusammen. Sie sprachen viel über Volksmelodien. „Ja, meinte Chamisso, ich würde viel darum geben, wenn eine recht volksthümliche Melodie zu meinem: „Der Zopf der hängt ihm hinten“, gemacht würde.“ — „Machen wir selbst eine!“ versetzte Hoffmann und fing gleich an zu singen, Chamisso und Berger stimmten ein. „Wir sangen so lange bis das Ding rund wurde. Berger setzte dann die Dreimänner-Melodie auf. Ich habe das Blatt noch, wozu jeder von uns schließlich einen Kerl mit einem Zopf zeichnete“ (I. 316). Das war im J. 1822.

Tieft scheint von dem redselig unruhigen Wesen Hoffmanns wenig erbaut gewesen zu seyn. Als dieser ihn eines Abends zu Dresden mit Julius Rosen besuchte, ließ er den berühmten Romantiker und Vorleser fast gar nicht zu Worte, geschweige denn zum Lesen kommen, so daß der alte Herr später verdrossen äußerte: „Ja, es ist noch immer der alte Student!“ Zwei Naturen, von denen jede am liebsten sich selber reden hört, vertragen sich freilich nicht gut neben einander. — Auf Freiligrath und sein „Glaubensbekenntniß“ (in den Zeitgedichten 1844), womit der Dichter auf seinen königlich preussischen Ehrensold verzichtete und das bekannte Schiller'sche Diktum dahin umkehrte: „Es soll der Dichter mit dem Volke gehen!“ — scheint Hoffmann trotz seiner Verwahrung dagegen, nicht ohne Einfluß geblieben zu seyn. — Rückert, den er in Neuses besucht (1842), findet Hoffmanns Absehung selbstverständlich und räth ihm nach Amerika auszuwandern. — In Uhlands Haus zu Tübingen bringen ihm die Studenten (1847) ein Ständchen, und er hält vom Balkon herab eine seiner beliebten poetischen Rhapsodien an die jungen Musensohne (IV. 318 ff.)

Eine allzeit gastliche Stätte fand der unruhige Patron zu Althaldensleben bei seinem Freunde Philipp von Rathusius, von dessen friedlich beglückter Häuslichkeit man ein anmuthendes Bild gewinnt. Immer wieder spricht er auf seinen Wanderungen dort zu, obwohl er mit Betrübniß wahrnehmen muß, daß sein Gastfreund „auf der Bahn des Rückschrittes Fortschritte mache.“ Freilich seinem Parteiliberalismus gleichen Schritts zu folgen, war nicht jedermann gegeben. Und so mußte er es denn erleben, daß sein Freund Rathusius im J. 1847 zur Sonderbundszeit sogar die Schweizer Jesuiten in Schutz nahm. Man denke: die Jesuiten! (Vergl. III. 312. IV. 41. 50 ff. 282. 305 ff. 352. 365. 389.)

In Stuttgart macht der fahrende Sänger (1847) sehr spitzige Verse auf den „Renegaten“ Dingelstedt, der früher als kosmopolitischer Nachtwächter kühn in's Freiheitshorn gestoßen und nun als königl. württembergischer Legationsrath Hofdienste that (IV. 326 ff.). Ach, der kühne Mann hat es seitdem noch weiter gebracht! Der Nachtwächter mit den langen Fortschrittsbeinen hat sich ein bayerisches Adelsdiplom erbeten und auch glücklich erwirkt.

Am übelsten aber ist der Verfasser auf Gutzkow zu sprechen. Schon seine äußere Erscheinung stört ihn: der Mann habe „etwas Kaltes, Unheimliches in seinem Gesichte“, und bereits 1841 hat er zu klagen, daß Gutzkow in seinem Telegraphen „die gemeinsten Ausfälle“ gegen ihn brachte. Dieser Held des jungen Deutschlands, von dessen grenzenloser Eitelkeit und Herrschsucht indeß schon damals Schmerzenslaute in der Presse widerhallten, zeigte sich als Charakter überhaupt in einem eigenthümlichen Lichte. Als Hoffmann mit ihm 1844 im Bade Soden zusammentrifft, benutzt er einen Spaziergang, um ihn wegen seiner Feindseligkeit gegen ihn zur Rede zu stellen. Er erzählt: „Wir gingen lange neben einander, bis er (Gutzkow) sich zu einem Gespräche mit mir herabließ. Als einmal die Unterhaltung angebahnt war, da konnte ich es denn doch nicht unterlassen ihn wegen

seiner Schandartikel gegen mich zur Rede zu stellen. „Sagen Sie, wie kamen Sie eigentlich dazu gegen mich zu schreiben?“ — Zögernd kam er dann mit der Entschuldigung heraus: „Campe wünschte es, ich möchte gegen Sie schreiben.“ — Also darum! Jede andere Erklärung wäre mir lieber gewesen als dieß Geständniß eigener Erbärmlichkeit.“ (IV. 155. III. 203. 211). Und das sind die Charaktere, welche so lange die Tagespresse beherrschten und vom hohen Olymp herab ihre literarischen Nachtsprüche ergehen ließen, das sind die Ritter vom Geiste, welche heute noch in Volksbildung machen! Armes Volk, wenn du wüßtest, wie du mißbraucht und von Charlatanen an der Nase geführt wirst!

Soviel der Verfasser in den vierziger Jahren mit den Männern der Bewegungspartei verkehrte, so erfährt man im Grunde doch blutwenig von diesen politischen Größen. Man liest fast nur von Besuchen und Zweckessen, und empfindet denn auch wenig Bedauern, wenn die Meteore so flüchtig wieder dem Gesichtskreis entschwinden. Das eigentlich Gehaltvolle in den Memoiren Hoffmanns ist überhaupt nicht nach dieser Richtung, nicht in diesen Jahren und nicht in diesem unerquicklichen Treiben zu suchen, sondern in der Zeit vor dem Erscheinen seiner Unpolitischen Lieder und vor seiner Amtsentsetzung. Jene harmloseren Tage eines unverdrossenen ernststen Fleißes, wo sein rastlos beweglicher Wettseifer im Betrieb der altdeutschen Literatur neben den besten Namen keine Grenzen kannte, seine Forscher- und Entdecker-Fahrten ihn durch die entlegensten Bibliotheken und mit immer neuen Schätzen wieder in die Heimath führten, selbst der Uebermuth seines großen gesellschaftlichen Talents noch in scherzhaften literarischen Mystifikationen oder witzig poetischen Improvisationen übersprudelte: dieses ganze emsige freudige Gelehrtenleben ist diejenige Partie in dem breiten Werk, welche jeden Leser wohl am meisten anspricht und am wenigsten das Behagen eines ehrlich theilnehmenden Interesses stört.

Hoffmann von Fallersleben hat nach langen Ulysses-

Fahrten im J. 1860 ein Asyl in dem fürstlichen Bau einer ehemaligen Benediktinerabtei erreicht. Er ist Bibliothekar des Herzogs von Ratibor zu Corvey geworden, wo nunmehr sein Talent wieder den eigentlichen Beruf und der Abend seines Lebens eine gefriedete Ruhe und Stätigkeit gefunden. Man darf also wohl hoffen, daß auch die Aufzeichnungen und Erinnerungen in den noch folgenden letzten Bänden allmählig eine concisere Gestalt gewinnen, daß sie aus der centrifugalen Richtung umlenkend wieder zu einem festeren Kern anschließen und mehr und mehr an geistiger Läuterung wie an stofflicher Gediegenheit zunehmen werden.

LVI.

Streiflichter auf die Wirkungen der neuen National-Oekonomie.

Vom französischen Standpunkte.

(Fortsetzung.)

Um das ganze System gehörig in all seinen Einzelheiten kennen zu lernen, müssen wir nun einige aktenmäßige Beispiele anführen, die denn freilich sehr starke Zweifel nicht bloß an dem Fortschritt unseres Jahrhunderts überhaupt und an der politischen Reife des Volkes insbesondere, sondern sogar an dem gesunden einfachen Menschenverstand aufsteigen lassen dürften. Wir sind ja aber auch nicht verpflichtet die Schattenseiten unseres vielgerühmten Fortschritts zu verschweigen und die Abnormitäten des gerühmten Jahrhunderts zu entschuldigen.

Wer in dieser reifefertigen Zeit je einmal in einer

größern Stadt gewesen, kennt jene Personen- oder Lohn-Wagen, die man in Paris Fiaker oder einfach Wagen, in Berlin und anderwärts Droschke 2c. benennt. Ein Wagen unbestimmten Aussehens, fast regelmäßig mit sehr zweifelhaften Pferden bespannt, der an den Bahnhöfen oder auf den Plätzen der Städte ruhig wartet bis irgend ein Reisender oder ein fahrlustiger Einheimischer seine Dienste in Anspruch nimmt und nach beendigter Fahrt dem Kutscher dafür den tarismäßigen Preis entrichtet. Je nach Umständen kann ein solcher Wagen nebst Gespann von 250 bis 500 Thaler Werth darstellen. In Paris wird derselbe von 1000 bis zu 2000 Franken kosten, während das auf jedem solchen Wagen haftende Privilegium oder Concession außerdem noch 4 bis 6000 Franken Werth hat. Außer dem täglichen Unterhalt und Lohn für Kutscher und Pferd muß der Wagen das Jahr hindurch so viel einbringen, daß die Zinsen des Capitals nicht nur gedeckt, sondern auch die Abnutzung desselben bestritten werden kann, welche gewöhnlich 20 bis 25 Procent beträgt. Kennt man die theuern Preise für Futter und Stallung der Pferde in großen Städten, kennt man überhaupt die Höhe der Ausgaben, so wird man auch schon ermeßsen können, was täglich ein solcher Wagen einbringen muß, um ein erträgliches Geschäft abzugeben.

In Paris zählte man diese öffentlichen Wagen stets nach hunderten und tausenden, und deßhalb gab es auch hunderte und tausende von Personen welche den Werth eines solchen Wagens sowie alle übrigen Verhältnisse des Geschäfts aus eigenster Erfahrung kannten. Außerdem sind sicher noch viele tausend ähnliche Gewerbetreibende, Fuhrleute u. s. w. vorhanden, welche sich einen Begriff von dem fraglichen Betrieb bilden können. Was wird man nun aber sagen müssen, wenn diesen hunderttausend mit Verstandniß der Sache begabten Personen gegenüber einige Schwindler es unternehmen plötzlich all diese Fiaker, anstatt des oben angegebenen Durchschnittspreises von etwa 6000 Franken, Privilegium mit in-

begriffen, zu dem Preise von 20,000 Franken auf den öffentlichen Markt zu bringen. Selbstverständlich wird ein Jeder so etwas für unmöglich halten. Was würde man aber weiter dazu sagen wenn die Käufer, anstatt eine solche unvernünftige Preisforderung einfach als unsinnig zurückzuweisen, sich förmlich um die dargebotenen Wagen stritten und durch gegenseitiges Ueberbieten den Preis eines jeden auf das Doppelte, Dreifache, ja bis über 100,000 Franken steigern würden? Jedenfalls würde man ein solches Vorgehen nur dann für möglich halten, wenn die halbe Welt verrückt geworden wäre. Und doch ist eben das im Jahre des Heils 1855 in Paris geschehen, gerade in jenem Augenblicke, wo die Hauptstadt die große Weltausstellung in ihren Mauern barg und auf der lichten Höhe des modernsten Fortschrittes und Verstandes sich wähnte. Und dabei war das über alle Begriffe unsinnige Kaufgeschäft nicht etwa das Werk eines Augenblicks, einer Ueberraschung oder Ueberrumpelung, sondern es dauerte Wochen, ja Monate lang, fast das ganze Jahr wurde damit zugebracht.

Man wäre versucht hier an ein Wunder zu glauben. Aber seitdem die „moderne Bildung“ es dahin gebracht hat, daß der Glaube an die Wunder der heiligen Schrift genügt um einen Christen als Narren oder wenigstens als Schwachkopf zu betrachten, darf man nicht mehr erstaunen, wenn die große Masse nur noch an die Worte der keineswegs heiligen Tageschriften oder Zeitungen glaubt und sich auf diesem Papier alle möglichen blauen Wunder vermachen läßt. Der Mensch muß sich eben an etwas halten; wenn man ihm die Wahrheit genommen, dann hält er um so fester an dem Schein derselben, an der Lüge und wird dadurch zu Allem fähig.

Mit obrigkeitlicher Ermächtigung und ausgedehntestem Privilegium bildete sich nämlich im J. 1855 eine fast amtlichen Charakters genießende „kaiserliche Gesellschaft der kleinen Wagen (Fialer) von Paris“ (Compagnie impériale des Petites

Voitures de Paris). Das Capital dieser Gesellschaft war anfänglich auf 25 Millionen Franken festgesetzt, die in Aktien zu nur 100 Franken ausgegeben wurden, was das Papier auch dem bescheidensten Geldbesitzer zugänglich machte. Dank den schwindelhaften Anpreisungen der Presse gingen die Aktien so reißend ab, daß sie alsbald auf das Doppelte stiegen. Nicht etwa um den vorgeblichen Geschäftsbetrieb der Gesellschaft durch Einstellung neuer Wagen zu vermehren, sondern einfach um der Nachfrage der bis zum Wahnsinn gesteigerten Gier des Publikums nach diesen Aktien entgegenzukommen, beschloß die Direktion das Capital um 15 Millionen, also auf 40 Millionen zu erhöhen. Alte wie neue Aktien stiegen nun um die Wette bis zu 215 und 220 Franken, so daß das durch dieselben vertretene Capital auf den eingebildeten Werth von 88 Millionen stieg. Zu derselben Zeit hatte nämlich die Gesellschaft bloß 848 Wagen von den frühern zum Verkauf gezwungenen Eigenthümern an sich gebracht und in Betrieb gesetzt. Auch brachte sie es während der ganzen Zeit des Schwindels mit ihren Aktien nie weiter als auf 1896 Wagen. Diese Fuhrwerke sollten also nicht nur ihren sehr kostspieligen Unterhalt sondern auch noch die Zinsen jener 88 Millionen einbringen. Es hätte demnach ein reiner Ueberschuß von mindestens fünf Millionen erzielt werden müssen. Ein solches Fuhrwerk aber kostet jährlich 5 bis 6000 Franken für Unterhalt von mindestens zwei Pferden, Löhnung des Kutschers, Abnutzung des Materials und dergleichen. Es muß täglich zum Geringsten 14 bis 17 Franken Einnahme machen um nur die Unkosten zu decken. Damals aber kostete die Fahrt 1 bis 1 1/2 Franken, was die Tages-Einnahme nicht viel über letztere Summe hinaus kommen ließ. Wie nun aber annehmen, daß auf einmal ein jeder dieser Wagen jährlich außerdem noch etwa 3000 Franken Reinertrag abwerfe, was nöthig gewesen wäre um die zur Verzinsung des Capitals erforderlichen fünf Millionen herauszubringen? Wie konnte das Pariser Publikum, welches

täglich diese Fuhrwerke benützt, deren Einnahme und Ausgaben sehr wohl erfahren oder abschätzen kann, sich so gröblich täuschen lassen? Im Nothfalle hätte ja einer der Aktienkäufer doch noch wenigstens einen Kutscher oder einen der hunderte von Fuhrherren fragen können, denen früher die Wagen angehörten. Aber nichts von alledem; das Publikum sah nichts, hörte nichts und wollte nichts anderes kennen und befolgen als die Anpreisungen der liberalen und officiösen Blätter, obenan der *Moniteur*, *Constitutionnel*, *Journal des Débats*, *Siècle*, *Presse* und *Opinion nationale*, welche das Unternehmen als einen der großartigsten Fortschritte des Jahrhunderts, als eine wahre Wohlthat für das Publikum und die kleinen Leute darstellten. Tausende von Dienstboten, Köchinnen, Arbeitern, Eckenstehern kauften die Aktien zu Schwindelpreisen und bezahlten sie mit ihren mühsam ersparten Pfennigen.

Die Zeitungsschreiber hatten nun freilich die triftigsten Gründe das Unglaubliche zu glauben oder wenigstens sich den Schein zu geben um es andern glauben zu machen. Der Zeuge Ducour, jetziger Verwalter der Gesellschaft, bekräftigte bei der Verhandlung über die Anklage gegen die Gründer der Gesellschaft wegen Betrugs: „Um das Ansehen der Gesellschaft aufrecht zu erhalten, dachte man die Journalisten etwas ermutigen zu müssen und vertheilte deßhalb an verschiedene Redaktionen für 25,000 Franken Aktien.“ Von den andern Ermutigungen dieser Art ist dabei gar nicht die Rede. Obige 25,000 Fr. sind nur ein Trinkgeld das außer den Geldern für Reklamen und ähnliche Artikel, zu fünf Franken die Zeile, gegeben wurde, um den Eifer der einzelnen literarischen Handlanger anzustacheln. Natürlich hatten so die Zeitungen alle Ursache das „Geschäft zu heizen.“ Nur auf diese Weise konnten die Aktien auf 220 Franken steigen, wodurch sich obige 25,000 Franken in 55,000 Franken hübsches klingendes Geld für die literarischen Handlanger verwandelten. Alle beim Volke beliebten und gelesenen Blätter

erklärten das Unternehmen als ein Wunder des Credits und der Vereinigung der Capitalien; die Aktien zu 100 Franken wurden als eine demokratische Menschenfreundlichkeit bis in die Wolken erhoben. Das ungeheure Agio komme ja nur den kleinen Leuten zu gute und befruchte ihre bescheidenen Ersparnisse. Die Preise der Wagenfahrten sollten nun freilich um 30 bis 35 Procent erhöht werden, aber zu keinem andern Zwecke als denjenigen Renten zu verschaffen welche die erhöhten Preise bezahlten. Der letztere Gedanke ist jedenfalls nicht so neu als er auf den ersten Blick erscheinen mag; derselbe findet sich vielmehr überall in der neuen Volkswirthschaftslehre. Erhöhung der Preise ist ja ein Zeichen des zunehmenden Reichthums und Wohlstandes: so predigt uns die neue Lehre.

Außerdem wurden, den Zeugenaussagen zufolge, für viele tausend Franken Aktien an verschiedene Personen gegeben, deren man bei den Unterhandlungen mit den Behörden zur Erlangung der Privilegien bedurfte. Ein höherer Polizeibeamter erhielt einen freien Wagen gestellt was für die Gesellschaft einer jährlichen Ausgabe von etwa 6000 Franken gleichkam. Alle Besitzer von öffentlichen Wagen oder Fiakern wurden gezwungen dieselben an die Gesellschaft zu verkaufen, widrigenfalls entzog ihnen die ganz zu Diensten der Gesellschaft stehende Polizeipräfektur die Concessionen, was unfehlbar ihr ganzes Eigenthum vernichten mußte. Die meisten dieser Leute verloren den größten Theil ihres Vermögens bei dem Zwangsverkauf, indem sie sich den von der Gesellschaft gestellten Bedingungen fast ohne jeglichen Einwand oder Abänderung unterwerfen mußten. Viele der Verkäufer wurden mit Aktien bezahlt und da die einfachen an ehrliches Handeln gewohnten Leute oft gar nicht wußten was mit der ganzen Sache vorging, so behielten sie meist diese Papiere die heute keinen Ertrag mehr geben, und so sind sie zu Grunde gerichtet. Die Frucht ihrer langjährigen Arbeit und Sparsamkeit ist dahin.

Unter den sieben Administratoren der kaiserlichen Gesellschaft befanden sich fünf welche zugleich Administratoren der Compagnie des Messageries générales (allgemeine Postfahrten-Gesellschaft) waren. Einem dieser fünf, Namens Caillard, gehörten die Werkstätten der letztern Gesellschaft, ebenfalls ein großer Aktienverein, welcher einen regelmäßigen Postdienst über ganz Frankreich eingerichtet und betrieben hatte, da ja bekanntlich die französische Staatspost nur Briefe befördern läßt. Seit dem Entstehen der Eisenbahnen ist nun selbstverständlich das ehemals blühende und einträgliche Unternehmen allmählig fast zu nichts herabgesunken. Die der Gesellschaft unter dem Namen Caillard's angehörigen Werkstätten und Holzvorräthe lagen fast unbenützt da, indem kaum noch je ein Wagen ausgebessert, geschweige neugebaut zu werden brauchte. Was also war natürlicher als daß Caillard und seine vier Genossen in ihrer Eigenschaft als Administratoren der Messageries générales die überflüssigen Werkstätten und Hölzer vortheilhaft zu verkaufen suchten; und was war wiederum natürlicher als daß dieselben fünf Ehrenwerthen in ihrer Eigenschaft als Administratoren der Compagnie des Petites Voitures, das Angebot acceptirten. Die beiden andern Administratoren ließen ja wohl mit sich reden. Ueber den Preis konnte man bald einig werden und der Handel wurde geschlossen.

Nun fand sich gleich darauf daß nicht nur die Werkstätten verschiedener Gründe halber völlig überflüssig und um's Doppelte zu theuer bezahlt waren. Selbst die vorräthigen Hölzer waren gar nicht brauchbar für die Wagen der neuen Gesellschaft und mußten gleich darauf mit 125 Procent Verlust verkauft werden. Freilich verloren die Herren Administratoren nicht das Mindeste bei diesen „Geschäften“. Sie wußten all dieses ja im Voraus; denn in demselben Augenblicke wo der Ankauf der Werkstätten und Holzvorräthe als Reklame in allen Zeitungen veröffentlicht wurde und auch eine neue Steigerung der Aktien hervorbrachte,

wurde die Instandhaltung sämmtlicher Wagen dem Unternehmer Massinot zu 3 Franken 60 Centimen für jeden Tag und Wagen contractlich zugeschlagen? Ein anderer Wagenbauer, Langlois, hatte sich ohne Erfolg erboten die Instandhaltung für 2 Franken 15 Centimen zu übernehmen, eine Million Caution zu hinterlegen, und dennoch berechnete er noch einen jährlichen Reingewinn von 300,000 Franken. Wie sich bei der Gerichtsverhandlung herausstellte, hatte Massinot den Administratoren ein Sümichen von mindestens 160,000 Fr. in die Taschen zu spielen gewußt, was den ihm gewährten Vorzug erklärt. Nach der Schätzung Sachverständiger konnte er das erste Jahr mindestens 7 bis 800,000, die folgenden Jahre mindestens 3 bis 400,000 Fr. Reingewinn erzielen.

Sollte man nun glauben, daß unter solchen Umständen die Reklame über den Ankauf der Werkstätten und Hölzer auf der Börse eine Steigerung des Curses der Aktien um 15 bis 20 Proc. hervorbrachte; daß einige Tage später die Nachricht, es herrsche nunmehr die größte Thätigkeit in diesen Werkstätten, abermals so wirkte? Jene zeitweilige Thätigkeit beschränkte sich nun freilich auf die Anfertigung von Prozkasten und Wagenstellen für die kaiserliche Artillerie, bei der die Gesellschaft eher Verluste erlitt als einen Gewinn erzielte. Dabei war das Inventar der neuen Gesellschaft vom Beginn an von der kläglichsten Beschaffenheit. Wagen welche ohne die darauf haftende Concession keine 200 Franken werth waren, wurden bis zu 1200 Franken bezahlt. Die Pferde waren durchschnittlich ein Drittel zu theuer bezahlt, und dabei waren die angekauften Thiere durchgehends von geringster Beschaffenheit; täglich fielen mehrere derselben auf der Straße, während andere gar nicht in Gebrauch genommen werden konnten sondern sofort dem Schinder zufielen. Ein Pferd das 400 Franken gekostet, wurde krank; es wird sofort in die Pferdeheilanstalt geschickt und in den Büchern also vermerkt: dem Schinder ein Pferd für 20 Franken (Werth der Haut) über-

geben. Einige Monate darauf kommt der Gaul vollständig hergestellt wieder zurück, was das Buch also meldet: Pferd Nr. 00 gekauft zu 400 Franken. Auf diese Weise wurden manche Thiere drei- bis viermal von der Gesellschaft bezahlt, welche trotzdem die keineswegs geringen Heil- und Futterkosten zu tragen hatte.

Was Wunder wenn bei solcher Buchführung die Gesellschaft trotz ihrer 40 Millionen Capital, wovon ein großer Theil längere Zeit völlig unbenützt bei Rothschild hinterlegt war und diesem zu seinen Unternehmungen diente, sehr bald in die drückendste Geldverlegenheit gerieth, aus der sie sich nur durch Wucher-Anleihen heraushelfen konnte. Ein Herr Provençal schoß einmal 100,000 Fr. zu 2500 Fr. monatlichen Zins (also 30 Procent) vor. Dieselbe Summe wurde nebst einer andern Summe von 50,000 Fr. den Herren Cremieu und d'Auriol, Administratoren der Gesellschaft, als Weinkauf (Trinkgeld für Unterhändler) gegeben. D'Auriol nahm außerdem 55,000 Fr. ohne Weiteres aus der Kasse um den Courier de Paris, ein Wochenblatt, zu kaufen und so ein Organ zu haben welches die Interessen der Gesellschaft vertheidigen konnte. Die Kasse stand so ziemlich ohne jegliche Controle sämtlichen Administratoren offen, die nach Belieben daraus schöpften.

Während auf diese Weise mit dem Vermögen der Gesellschaft verfahren wurde, beschloß die Generalversammlung vom 31. Dezember 1855 eine Abschlagsdividende von 1 Fr. 65 Cent., eine zweite Generalversammlung vom 7. Oktober 1856 eine weitere Abschlagsdividende von 2 1/2 Fr. an die Aktionäre zu vertheilen. Da zur Zeit 371,793 Aktien abgesetzt waren, so verursachte die Dividende für 1856 eine Ausgabe von 936,982 Fr. Die Bücher der Gesellschaft wiesen nun zwar für dasselbe Jahr einen Reinertrag von 1,045,360 Fr. nach; in der Wirklichkeit aber war bei dem Betrieb ein reiner Verlust von 1,783,368 Fr. eingetreten, die obgemeldeten und andere Verschleuderungen gar nicht

mitgerechnet. Bei der zweiten Generalversammlung wurden Aktionäre welche Opposition zu machen versuchten, weil sie etwas in die Karten geschaut, einfach auf Geheiß eines Administrators von den dienstfertigen Stroh Männern von ihren Stühlen gerissen und zur Thüre hinausgeworfen. Die Strohmänner übertölpelten alle durch ihren Lärm und die Versammlung stimmte bejahend wie und so oft es die Administratoren haben wollten.

Um der gesetzlichen Verantwortlichkeit zu entgehen, wurde trotz des heftigen Widerspruchs der eigentlichen Aktieninhaber in der Generalversammlung vom 15. April 1857 beschlossen die Gesellschaft, deren verantwortliche Direktoren Cremieu und d'Auriol bisher gewesen, in eine anonyme zu verwandeln. Zu diesem Zwecke aber mußte die Association frei von allen Schulden seyn und deßhalb über alles was bisher geschehen, gewissermaßen ein Schleier der Vergessenheit gezogen werden, was auch geschah. Die Aktionäre waren somit die Geprellten, denn nun konnten die „Macher“ ungestraft ihr Schäfchen im Trockenen behalten. Sie hatten als Gründer und Leiter des Unternehmens nach der billigsten Schätzung mindestens zehn Millionen Franken baaren „Verdienst“ in der Tasche. Von vornherein hatte jeder von ihnen sich 6000 Aktien, zusammen 60,000 zugetheilt, ohne diejenigen welche sie auf die Namen von Stroh Männern gezeichnet. Die Aktien hatten sie zum doppelten Preis verkauft, wobei natürlich ein hübsches Sümmdchen herauskam, während sie wenig oder nichts in die Gesellschaftskasse einzahlten. Zu was wäre man denn auch Administrator wenn man zahlen wollte? Die Millionen welche außerdem noch den vielen Helfershelfern, Journalisten, Börsenhandlangern u. s. w. zugefallen, sind dabei gar nicht mitgerechnet.

Hören wir aber wie nun, als eine wirkliche Verwaltung zufolge des Beschlusses der genannten Generalversammlung eintrat, die Herren es anstellten um wo nicht zu irgend einem Gewinn, so doch dahin zu kommen die Betriebskosten aufzu-

bringen. Daß die Fahrpreise um 30 Proc. erhöht wurden, haben wir schon gesagt. Natürlich hatte die Polizeipräfektur ihre Einwilligung dazu gegeben. Außerdem bewilligte die Polizeipräfektur welche das Experiment von Anfang unter ihre Fittige genommen, der Gesellschaft 500 neue WagenconzeSSIONen oder Nummern, was einer baaren Unterstützung von 3 Millionen gleichkam, indem das Privilegium eines Wagens oder einer Nummer wegen der Erhöhung der Fahrpreise einen Durchschnittswerth von mindestens 6000 Franken erreichen mußte. Dagegen sollte nun freilich die Gesellschaft für jeden dieser Wagen je 1 Franken per Tag, zusammen 182,500 Fr. als Steuer zahlen, was die Direktoren welche die ConzeSSION zu einer neuen Steigerung der Aktien ausbeuteten, wohlweislich verschwiegen, so daß dieser Umstand erst bei dem Prozeß zu Tage kam. Der Bankerott der Gesellschaft war trotzdem unvermeidlich. Wiederum trat die Regierung für das Unternehmen ein das ihr so sehr am Herzen zu liegen schien. Vorgeblich als Entschädigung für die dem Fuhrbetrieb Anfangs 1866 gestattete Freiheit bewilligte man der Gesellschaft für eine Reihenfolge von 47 Jahren eine Unterstützung von 360,000 Franken, zusammen also 16,920,000 Fr., auf Kosten der Steuerzahler, die außerdem auch noch die erhöhten Wagenpreise zu zahlen haben.

Das Bezeichnendste bei diesem System ist die Behandlung von Menschen und Thieren, welche zum Zwecke der Erzielung eines Ertrages eingeführt wurde und für die jegliche Bezeichnung fehlt. Vor Gericht entwickelte der Vertheidiger der als Betrüger angeklagten Leiter folgende Motive: „Ehe Cremieu an die Spitze der Verwaltung gekommen war, konnte ein Pferd vier Jahre gebraucht werden; es verlor also jährlich ein Viertel seines ursprünglichen Werthes und war so nach den reglementsmäßigen vier Jahren jeglichen Werthes baar. Aber jedes Pferd sollte auch täglich für zwei Franken Futter erhalten (was ohnedies nicht zu viel ist). Cremieu sagte sich nun: Wir müssen die Fütterung der

Pferde in Ordnung bringen, ebenso gut wie die Dividenden der Aktionäre. Wir geben denselben also hinfüro nur für 1 $\frac{1}{2}$ Fr. Futter täglich. Freilich werden die Pferde dabei etwas weniger fett seyn, das ist wahr, aber für das öffentliche Fuhrwerk sind ja auch keine fetten Pferde nöthig. Die Pferde werden dann freilich auch nur mehr drei Jahre gebraucht werden können und jährlich ein Drittel ihres Werthes verlieren. Unter der frühern Verwaltung verlor ein Pferd jährlich 150 Fr. seines Werthes, letztern zu 600 Fr. angenommen; bei meinem System verliert es dagegen 200 Fr. jährlich, aber es werden täglich $\frac{1}{2}$ Fr. Futterkosten erspart, macht jährlich 180 $\frac{1}{2}$ Franken baaren Gewinn."

Diese Cremenieu'sche Fütterungs-Ordnung, ein Meisterstück volkswirthschaftlicher Logik, wurde in der That eingeführt. Die Folge davon war daß man von nun an täglich eine Anzahl Pferde ausrangiren und in die Heilanstalt schicken mußte, von wo sie dann nach einigen Monaten in gutem Zustande zurückkamen ohne daß ein anderes Heilmittel als die bessere Fütterung angewendet worden war. Oft fielen die armen Pferde aus Mattigkeit und Hunger auf der Straße nieder. Das Publikum aber sah und hörte nichts von all Dem; dagegen erzählte die bestochene „liberale Volkspresse“ fortwährend Wunder von dem ungeheuren Erfolg des Unternehmens, und das Publikum hatte nur Augen und Ohr für sie und fuhr fort sich die Aktien streitig zu machen und ein Papier mit 200 bis 220 Fr. baar zu bezahlen was in der Wirklichkeit höchstens den zehnten Theil werth war.

Bei den Pferden konnte freilich die neue „Ordnung“ nicht lange bestehen. Denn das Thier hat leider — so wird hier der liberale Oekonom seufzen — keine Vernunft und weiß sich deßhalb nicht so in's Unvermeidliche zu fügen wie der Mensch, dessen durch Vernunft und Principien geleitete Willenskraft sich dem materiellen Elend gegenüberstellt und es überwindet. Deßhalb wurde auch das System hinsichtlich des unvernünftigen Geschöpfes sehr bald außer Wirksamkeit

gesetzt. Dagegen wird es dem Herrn der Schöpfung gegenüber bis heute beibehalten und versinnlicht nun auf die schlagendste Weise seine Unterordnung unter das Thier, unter die todte Materie, das Capital.

Die Löhnung der Kutscher wurde „im Princip“ auf 3 Franken täglich festgesetzt, gerade so viel als ein Kutscher für seine täglichen Ausgaben an Nahrung und Getränk ausgeben muß. In der Wirklichkeit aber betrug die Löhnung nur 1 $\frac{1}{2}$, bis 2 Fr., indem täglich 1 Fr. für die Stallknechte, Stallwächter, Waschen des Wagens, Beleuchtung, Versicherung u. s. w. abgezogen wurde, wenn der Kutscher einmal anspannte, und 1 $\frac{1}{2}$ Franken wenn er Pferde wechselte. Jeder Kutscher muß außerdem wöchentlich zwei Nächte durchwachen, wofür ihm $\frac{1}{2}$ Franken für jede Stunde von Mitternacht bis 7 Uhr Morgens vergütet werden. Der Tag wird nämlich von 7 Uhr Morgens bis Abends 12 Uhr gezählt. Dafür war er überdieß noch gehalten eine Caution von einigen hundert Franken zu hinterlegen und täglich mindestens 18 bis 20 Franken Einnahme aufzubringen und abzuliefern. Eine ganze Menge von Inspektoren in allen Straßen und allen Halteplätzen überwachen fortwährend die Kutscher und prüfen deren Jahrbücher, in welche sie jede Fahrt vermerken. Die Kutscher selbst sollen jedem Fahrgast eine Marke eingehändigen. Man ließ öfters geheime Agenten der Gesellschaft die Wagen eigens dazu benützen um sich zu versichern ob beides richtig geschehe, ob Kutscher und Aufseher sich nicht im Geheimen verständigten. Umsonst wiesen die Jahrbücher nach, daß die Kutscher nur 12 bis 15 Fr. Einnahme gehabt; die Direktoren zwangen sie das Uebrige aus eigener Tasche zuzuschießen um die festgesetzte tägliche Einnahme voll zu machen. Weigerten sie sich, so hielt man den Lohn zurück oder griff die Caution an; so kam es vor, daß Kutscher wochen- und monatelang keine Löhnung erhielten und oft noch ihre ganze Caution daraufging, die sie sich mühsam erspart hatten und die nun den Capitalisten zufiel. Wer sich weigerte das

festgesetzte Minimum voll zu machen, mußte den Dienst sofort verlassen. Dagegen wurde es niemals einem Kutscher zu gute geschrieben, wenn seine abgelieferte Einnahme das Minimum überschritt. Außerdem gibt es noch eine ganze Reihe von Bestimmungen und Strafen, die sich alle an der Löhnung rächen oder davon abgezogen werden.

Im günstigsten Falle kann somit der Kutscher 12 bis 15 Franken durchschnittlich die Woche verdienen, während er für seine tägliche Beföstigung nicht unter 3 Fr., also 21 Franken die Woche nöthig hat. Für Kleidung, Wohnung, für die Familie kann also unmöglich etwas übrig bleiben. Rechnet man nun auch daß er ebenso viel an Trinkgeldern einnimmt, so genügt der ganze Verdienst kaum erst für seine nothwendigsten Bedürfnisse. Um einigermaßen bestehen zu können, bleibt ihm durchaus nichts anderes übrig als täglich den Preis von mindestens einer Fahrt zu unterschlagen, was ihm bei einiger List und Geschicklichkeit trotz der trefflich eingerichteten Ueberwachung möglich wird. Also Diebstahl und Veruntreuung, nur um das tägliche Brod zu haben. Kann man sich da noch wundern, wenn diese auf jegliche Weise geheizen und geplagten Menschen mit allgemeiner Uebereinstimmung einmal die Arbeit einstellten, wie dieß 1865 geschah? Das Bezeichnendste aber ist, daß der Strike von dem damals die ganze Welt sprach, den Kutschern wenig oder nichts geholfen hat. Die Gesellschaft nahm größtentheils neue Leute an, indem sie die Bedingungen nur um Weniges erleichterte. Ein Zeichen wie elend die allgemeine Lage ist, indem auch für diese schlechteste Beschäftigung sogleich Leute genug vorhanden waren.

Und wer ist der Hauptmacher und jetzige Direktor der Gesellschaft, der den armen Kutschern diese Stellung bereitet hat? Niemand anders als der Erzdemokrat Ducour, früherer revolutionärer Volksvertreter und Socialist, der nun freilich mit seinem fetten Direktorgehalt und sonstigen Vortheilen

als reicher Mann leben kann. Was geht ihn jetzt auch das Volk noch an, wo seine Stellung gemacht ist?

Das Endresultat des dargelegten Falles ist folgendes: Mehrere tausend kleiner Leute, die frühern Fuhrwerksbesitzer, sind durch den Aktienschwindel um Hab und Gut gekommen und in's Proletariat versunken. Mehrere tausend Kutscher, Stallknechte und ähnliche Leute sind materiell und moralisch in eine solche Lage herabgedrückt worden wie sie ihres Gleichen sucht und wie sie früher nie möglich gewesen wäre. Sie sind jetzt aller Aussicht auf Besserung beraubt. Vor der Gründung der Gesellschaft waren hunderte von Kutschern zugleich auch Eigenthümer des Wagens den sie führten, hatten ein gutes Auskommen und konnten was erübrigen. Alle andern hatten immer noch die Aussicht durch Fleiß und Sparsamkeit ebenfalls zur Selbstständigkeit zu gelangen, was nur eine sehr gute sittliche Wirkung hervorbringen konnte, indem es zur Sparsamkeit anstachelte. Die Besitzer mehrerer Wagen liehen dieselben gutbelemundeten Kutschern gegen eine tägliche feste Abgabe; alles was der Kutscher mehr verdiente war sein vollberechtigtes Eigenthum und beide standen sich vortrefflich dabei. Die Fahrpreise waren um ein Bedeutendes billiger als heute. Alle Schreibereien waren fast gänzlich vermieden, alle jetzt so zahlreichen, dabei aber erbärmlich bezahlten Inspektoren, Aufseher und besonders alle die fetten Direktoren und Administratoren waren völlig unnöthig, indem jeder das Seinige ohne Mühe und Kosten verwaltete und beaufsichtigte. Heute sind die armen Leute fast zum Betrug gezwungen um nur das nackte Leben zu haben. Wir gehen deßhalb nicht fehl, wenn wir die Zahl der durch dieses einzige Unternehmen um ihr Vermögen gekommenen Personen auf 10,000 annehmen. Dabei genießt das Unternehmen nicht nur ausnehmender Privilegien und erhöhter Preise, sondern auch einer Staatsunterstützung auf Kosten Aller. Solcher Unternehmen hat es aber Duzende, ja Hunderte gegeben in den letzten zwanzig Jahren; und da will man sich noch über die zu-

nehmende Theuerung, das zunehmende Massenelend und den unmäßig steigenden Reichthum einer kleinen aber mächtigen Minderheit wundern?

Was will es nun heißen, wenn Cremieu und d'Auriol, die obersten Leiter des Unternehmens, wegen Betrug zu je zwei Jahren Gefängniß und 10,000 Franken Geldstrafe, Massinot zu drei Monaten Gefängniß und ebenso viel Geldstrafe verurtheilt wurden? Die andern Mithelfer, Arnour, Barbier-Sainte-Marie, Gaillard, Gibiat und Barry wurden freigesprochen; der vorletzte ist sogar kürzlich zum Gerant (Leiter) der Aktiengesellschaft *Les Journaux réunis*, der die officiösen Blätter *Constitutionnel* und *Pays* gehören, gewählt worden. Die Millionen aber welche jene gemeinen Betrüger in Sicherheit gebracht, sind ihnen verblieben. Und auch die Gefängnißstrafe konnte sie nicht besonders drücken, dazu haben solche Leute stets zu viele einflußreiche Helfershelfer und Freunde. Und da will man sich noch wundern, wenn das betrogene und gepresste Publikum unzufrieden wird, wenn sich bei den zum hilflosesten Proletariat herabgedrückten Arbeitern socialistische Bestrebungen zeigen? Was ist denn für den durch den Liberalismus alles Christenthums baargewordenen Proletarier natürlicher, als gegen seine Unterdrücker und Aus-sauger ebenso unehrliche und gewaltsame Mittel zu gebrauchen als diese gegen ihn in Anwendung bringen?

Ein Beispiel anderer Art. Es handelt sich um eine sogenannte Fusion, ein Geschäft ganz besonderer Art bei welchem aber stets die Reithämmel das beste Futter wegfressen. In Marseille bestand, unter dem Namen *Société immobilière des Ports de Marseille* eine Aktiengesellschaft welche 1859 eine größere zwischen Stadt und Hafen belegene Fläche angekauft hatte, um ein neues Stadtviertel anzulegen, also ein ganz lokales, auf eine bestimmte Zeit begrenztes Unternehmen zu verfolgen hatte. Das Capital bestand in 30,000 Aktien zu 500 Franken. Eine ähnliche Gesellschaft, die *Société de la rue Impériale de Marseille* verfolgte einen

ähnlichen Zweck, indem sie sich den Bau einer großen Straße vorgenommen. Sonst waren aber die beiden Gesellschaften völlig verschieden. Eine Vereinigung konnte die beiderseitigen Geschäfte nur erschweren und verwickeln ohne daß der mindeste Vortheil zu erwarten gewesen wäre. Keinem vernünftigen, ehrlichen Geschäftsmanne konnte auch je eine solche Verschmelzung in den Sinn kommen. Anders ist es aber bei unsern Saint-Simonisten und Nationalökonomien neuesten Schlages. Nicht einmal mit der Verschmelzung der wenigstens einen ähnlichen Zweck verfolgenden und in derselben Stadt befindlichen Gesellschaften war man zufrieden, sondern man vereinigte noch folgende über 120 Meilen davon entfernten und ganz andere Zwecke verfolgenden Pariser Vereine mit denselben. Nämlich erstens: die Société des Immeubles de la rue Rivoli. Die Gesellschaft hat die zwei größten Gasthöfe der Welt, das Hotel du Louvre und das Grand-Hotel, gebaut und läßt sie auf eigene Rechnung verwalten. Jeder dieser Gasthöfe hat 860 Fremdenzimmer, außerdem noch Speise-, Fest- und andere Säle; mit dem einen ist ein großes Kaffeehaus verbunden das ebenfalls auf Rechnung der Gesellschaft betrieben wird. Für beide Gasthöfe besteht außerdem eine große Waschanstalt die ebenfalls von der Gesellschaft ausgebeutet und verwaltet wird. Jedenfalls hatte die Verwaltung der Anstalt die auch große Weinvorräthe hält und damit Handel treibt, ein sehr verzweigtes Geschäft und deßhalb genug mit sich zu thun.

Zweitens bestand damals unter dem Namen Magasins généraux eine Art Kauf- und Creditgesellschaft, aus Geschäftsleuten der verschiedensten Art gebildet, die, von einem Bankhaus geleitet, unter sich eine eigene Art von Papiergeld (Warrants) zum Verkehr benutzten. Dieß Papiergeld ist eigentlich eine Art Versaßschein, indem es nie gegen baares Geld sondern nur gegen Waaren aus den Geschäften der betreffenden Theilnehmer eingelöst wird. Mittelfst desselben kann man also bei diesen Geschäftsleuten kaufen; brauchte

einer von ihnen Geld, so hinterlegte er Waaren bei der Verwaltung und erhielt dafür solche Warrants, mittelst deren er bei allen andern Theilnehmern der Gesellschaft diejenigen Einkäufe machen konnte die er nöthig hatte. Die Verwaltung suchte ihrerseits die hinterlegten Waaren zu verkaufen wenn der Eigenthümer sie nicht auslösen wollte. Die Einrichtung konnte, wohl geleitet, den vielen kleinern Geschäftsleuten und Fabrikanten wesentliche Dienste leisten und hat sie geleistet. Dafür aber hatte sie auch einen ganz eigenthümlichen Charakter, erforderte eine umständliche, sehr ins Einzelne gehende Verwaltung oder vielmehr Vermittelung zwischen den Theilnehmern. Irgend eine Verwandtschaft mit einer andern, besonders einer der vorgenannten Gesellschaften konnte sie nicht haben.

Und doch wurden diese vier so völlig unvereinbare Zwecke verfolgenden Gesellschaften mit einander vereinigt, wobei freilich nur eine Ungeheuerlichkeit herauskommen konnte, bei der Niemand mehr wissen konnte woran er sei. Dieß war eben der Hauptzweck, denn in einer solchen Verwirrung können die Leiter welche alle Fäden in Händen haben, am besten ihren Schnitt machen. Das Uebrige ist ihnen dann gleichgiltig. Der Staatsrath sah nun freilich diese Ungeheuerlichkeit ein und trotz aller angewandten Einflüsse genehmigte er zwar die Vereinigung, schloß aber die schon aufgenommenen Magasins généraux davon aus. Dieß machte aber nichts, denn dadurch erreichten die Speculanten um so mehr ihren Zweck, indem sie einen weitem Profit von $4\frac{1}{2}$ Millionen einsteckten. Das ging so zu. Das gesammte Capital der vier vereinigten Gesellschaften sollte in 103,938 Aktien zu 500 Franken, also in 51,969,000 Franken bestehen, wovon 25,000 Aktien oder $12\frac{1}{2}$ Millionen Fr. auf die Magasins généraux kamen. Nach deren Ausschluß sollten nun 78,938 Aktien bleiben; es fanden sich deren aber 87,264 oder für ungefähr $4\frac{1}{2}$ Mill. Franken mehr, die natürlich den Leitern keine Beschwerden machten.

Der Urheber der ganzen Geschichte war Niemand anders als der berühmte Isaac Pereire, Gründer und Leiter der Rivalgesellschaft in Paris und der Rue Imperiale in Marseille. Seine Zuhälter waren Crohard und ein Marquis von Chaumont-Quitry, Verwalter der Gesellschaft der Ports de Marseille. Um letztere für seine Spekulation zu gewinnen, sicherte Pereire dem Crohard 1000 Aktien der neuen aus der Vereinigung hervorgegangenen Gesellschaft zu mit der Bürgschaft, daß er dieselben für mindestens 700 Franken verkaufen könne. Diese Thatsache beweist schon zur Genüge welches der eigentliche Zweck des Geschäfts war, nämlich die schändeste Börsenspekulation und Ausbeutung des Publikums. Die Verschmelzung sollte die Aktien der neuen Gesellschaft zu einer ungeahnten Höhe hinaufstreifen. Außerdem erhielt Crohard noch andere 1000 Aktien, jedoch nur zu 500 Fr., und 1000 Aktien zu 200 Fr. (der Rivalgesellschaft) zugesichert. Wie groß muß nun der Gewinn seyn den die Herren Pereire aus dem Geschäfte gezogen, wenn sie einem einzigen Menschen solche Vortheile gewährten?

Außerdem aber stellte Pereire dem Crohard noch 1000 Aktien, verbürgt zu 700 Fr., und 1000 Aktien zu 500 Fr. zur Verfügung, um dieselben unter andere Personen zu vertheilen deren Dienstwilligkeit man bei dem Geschäfte bedurfte. Herr von Chaumont-Quitry erhielt für seinen Theil 1700 Aktien zu 500 Fr. Gegen diese und noch andere Vortheile traten diese Herren die Grundstücke der Société des Ports de Marseille im Jahre 1862 zu demselben Preise ab zu welchem sie 1856 gekauft hatten, und die nach ihrer Art zusammenge setzte Generalversammlung genehmigte den Verkauf. Der Staatsrath fand die Sache etwas ungeheuerlich; er schätzte daß diese Grundstücke um mindestens 9 Millionen zu niedrig bezahlt worden waren. Dagegen wurden die durch Pereire mittelst seiner Société immobilière de la Rue de Rivoli der neuen Gesellschaft zugebrachten beiden Gasthöfe und andern Grundstücke, deren Ertrag und Werth in keinem Verhältniß

zu dem Kostenpreise stand, mindestens um 24 Millionen zu hoch berechnet.

Doch, es würde zu weit führen, wollte man alle Einzelheiten dieses großartigen Schwindelgeschäfts darlegen, welches Tausende von ehrlichen Leuten um ihr Geld brachte und dessen nichtswürdiger Charakter doch gar zu augenscheinlich war um noch Jemand täuschen zu können. Nur die feilen Pariser- und einige Provinzialblätter schienen die Sache ganz anders aufzufassen und empfahlen den offenbaren Schwindel auf jede Weise. Die Aktionäre der Gesellschaft des Ports de Marseille, welche am schmachlichsten hintergangen worden waren, legten nun freilich Klage ein, aber trotz aller gegen Pereire und Genossen aufgehäuften Beweisstücke konnte keine Verurtheilung zuwege gebracht werden. Die moderne Gesetzgebung ist trotz alles Fortschrittes noch mindestens um hundert Jahre zurück im Vergleich zu den Fortschritten der Betrugswissenschaft. Es erscheint fast lächerlich, wenn heutzutage noch Jemand der im Großen in den Taschen des Publikums arbeitet, mit dem Gesetze drohen will das ja nur für kleine Leute da ist. Seitdem die Regierungen selbst sich über das Gesetz gestellt und ihre Moral-Grundsätze je nach Bedürfniß abändern, ist es auch selbstverständlich daß die großen vom Staate begünstigten Gesellschaften dieselbe Stellung einnehmen.

Die aus der unnatürlichen Verschmelzung hervorgegangene Société Immobilière war seitdem schon dem Bankerott sehr nahe, der früher oder später eintreten muß. Die Aktien welche im Augenblick der Verschmelzung bis über 700 Fr. (anstatt 500) getrieben worden waren, stehen heute kaum etwas über 100. Da nahezu 90,000 derselben ausgegeben sind, kann man sich die Verheerung denken die der Verlust angerichtet. Außerdem hat die Gesellschaft noch Obligationen zu 3 Procent ausgegeben, die zum nominellen Werthe von 500 Franken jedenfalls etwa 300 Fr. marktgängigen Werth haben mußten, da sie ja zu 330 oder gar 350 ausgegeben

wurden. Sie stehen aber kaum auf 190 bis 198. Dagegen läßt sich nachweisen daß die Unternehmer mindestens 40 Millionen Gewinn eingestrichen haben, von denjenigen Vortheilen gar nicht zu sprechen die sich bei der äußerst verwickelten Geschichte gar nicht nachweisen lassen. Die Hauptsache bei derlei Geschäften besteht gerade darin, dieselben so zu verwickeln daß ein Fremder und Uneingeweihter, geschweige ein Richter nie einen ordentlichen Einblick in die Sachlage erlangen kann.

Eine Geschichte ähnlicher Art ist die der Gründung der sogenannten Docks-Napoleon, welche in die Jahre 1852 bis 1857 fällt. Bekanntlich hat besonders England in seinen Häfen großartige Docks angelegt, in denen die ankommenden und abgehenden Waaren lagern und deren Eigenthümer darauf Vorschüsse erhalten können. Bei großartigem Seehandel ist diese Einrichtung etwas Selbstverständliches. In den französischen Häfen sind diese Einrichtungen viel seltener und unvollkommener aus der einfachen Ursache weil die Vorbedingungen nicht vorhanden. Es wäre der größte Unsinn sich einzubilden, daß man durch Gründung von Docks auch die Vorbedingungen herbeiführen, d. h. dem Seehandel eine größere Ausdehnung und Aufschwung geben könne. Sei es nun aus diesem oder einem andern Grunde, Thatsache ist daß man in Frankreich nicht daran dachte Docks in den Häfen zu errichten, wo vielleicht auch zu befürchten war, daß die praktischen und von dem Fortschritt noch nicht völlig hingerrissenen Provinzialen das Faule an der Sache merken würden. Dafür aber beschloß man nun, in Paris das bekanntlich kein Seehafen ist, solche Docks anzulegen. Umsonst entgegneten einige verbissenen Rückschrittler, daß Paris in seinen großartigen Getreidespeichern, seinen Markt- und Getreidehallen, seiner großen Weinhalle die eine kleine Stadt für sich bildet, seinen Holzlagern u. s. w. unbedingt alles habe was an solchen Anstalten nöthig sei; daß überhaupt für alle Waaren die entsprechenden Niederlagen vorhanden seien, und

mit denjenigen Waaren welche in Docks lagern, gerade in Paris kein oder wenig Handel getrieben werde noch getrieben werden könne.

Es half alles nichts. Die liberalen Blätter erzählten Wunder von den englischen Docks und verlangten einstimmig daß Frankreich um nicht zurückzubleiben seine Docks haben müsse, es koste was es wolle. Es war ganz natürlich daß sich sofort die nöthige Aktiengesellschaft unter dem Namen Docks = Napoleon bildete. Die Herren Cusin, Legendre und Duchesne de Vere standen als Gründer an der Spitze und hatten sich den Prinzen Murat, den General Morin und den Fabrikbesitzer Dollfuß zugesellt um durch diese Namen das Publikum zu fördern. Man braucht stets ein paar glänzende Strohänner, damit die eigentlichen Macher hinter denselben ungesehen und unangefochten ihr Wesen treiben können. Doch traten diese Leute bald darauf aus, da man in Erfahrung gebracht daß Duchesne de Vere in Belgien schon einmal zu 20 Jahren Zwangsarbeit verurtheilt gewesen. Die Gesellschaft sollte ein Capital von 50 Millionen ausbringen; die Aktien waren zu 250 Fr. bestimmt, auf welche eine erste Einzahlung von 125 Fr. zu leisten war. Es mußten mindestens 200,000 gesichert seyn wenn die Gesellschaft in's Leben treten sollte. Im zweiten Jahr des Bestehens gesellte der Minister den unvermeidlichen Pereire zu den Gründern der Gesellschaft, welche zu einem ungeheuern Preis ein größeres Terrain neben dem Bahnhof der Rouen = Havre Bahn angekauft hatte, auf dem die Docks errichtet werden sollten. Da dieses Grundstück mindestens 12 bis 15 Fuß höher liegt als die Bahnen, so hätte ungefähr ebenso viel Grund abgefahren werden müssen, was allein mehrere Millionen kosten mußte.

Die Aktien gingen lustig ab, anstatt 200,000 wurden deren 276,915 gezeichnet; das Geld floß in die Kasse der Gesellschaft wie Wasser in's Meer. Bald stiegen die Aktien um die Hälfte über ihren nominellen Werth, ohne daß noch die ersten Schritte zur Herstellung der Docks geschehen wären.

Als nun, Dank der uneigennütigen Mithülfe Pereire's, endlich die Arbeiten der Grundebnung begannen, an welchen Tag und Nacht, mit elektrischer Beleuchtung während der Nacht, hunderte sich ablösender Arbeiter beschäftigt waren, kannte die Spekulation keine Grenzen mehr. Die Aktien stiegen auf das Doppelte, man schlug sich ordentlich darum.

Doch halten wir uns kurz. Das Unternehmen gab Veranlassung zu verschiedenen Prozessen und löste sich auf ohne daß die Aktionäre je einen Pfennig Zinsen, geschweige eine nennenswerthe Entschädigung aus der Fallitmasse erhielten. Die Unmöglichkeit Docks unter solchen Umständen zu gründen, leuchtete schon nach wenigen Monaten allen Menschen ein. Die Unternehmer aber zogen sich mit einer hübschen Anzahl Millionen unangefochten zurück; denn auch hier war es trotz Allem und Allem den Gerichten völlig unmöglich der Sache auf den Grund zu kommen und unter den vielen Mitschuldigen die eigentlichen Uebelthäter herauszufinden. Der ganze Schwindel aber kostete dem leichtgläubigen Publikum etwa hundert Millionen. In der Provinz wo die Leute noch so weit zurück sind, wäre Niemand oder doch nur Wenige in die Falle gegangen, aber in Paris stürzte man sich hinein. Man muß fast als allgemeine Regel festhalten: Je politisch reifer und fortgeschrittener eine Bevölkerung ist, d. h. je mehr liberale Lügenblätter sie täglich bedarf um sich wohlzubefinden, desto leichter ist dieselbe zu betrügen.

(Schluß folgt.)

LVII.

Neuere Werke über Kirchengeschichte.

V. Guericke*).

Die Kirchengeschichte des Herrn Professor Guericke in Halle, deren neunte (und siebente) Auflage vor uns liegt, erschien zuerst in zwei Bänden im J. 1833, zu einer Zeit als ihr Verfasser (geb. im J. 1803) 31 Jahre zählte. Im Jahre 1836 — 37 erschien die zweite, 1849 — 50 schon die siebente, 1854 die achte, erst zwölf Jahre später die neunte Auflage. Letztere erschien in ihren drei Abtheilungen ziemlich langsam, d. h. der letzte Band ließ länger auf sich warten als bei der Arbeitskraft des Verfassers anzunehmen war. In den dem Verfasser befreundeten Kreisen wurde das Erscheinen der neunten Auflage als ein freudiges Ereigniß begrüßt und nach alter Sitte durch ein Freudenmahl gefeiert. Damals als dieses Mahl gefeiert wurde, hatte nämlich Herr Guericke seinen

*) Handbuch der Kirchengeschichte. Mit steter Rücksicht auf die dogmengeschichtliche Bewegung. Von Heinrich Ernst Ferdinand Guericke, Dr. und Prof. der Theologie. Neunte wesentlich verbesserte und umgearbeitete Auflage. 1. Bd. Aeltere Kirchengeschichte Leipzig 1866. 380 S. Mittlere Kirchengeschichte 1866, 341 S. 3. Bd. Neuere Kirchengeschichte 1867, 509 S. Dazu (nur) ein Personal-Register zu allen drei Bänden, S. 510—539.

Rivalen Karl Hase sowie alle übrigen etwaigen Antipoden um eine Auflage überholt, und war unbestritten der aufgelegtste d. h. der auflagenreichste Kirchenhistoriker in Deutschland. Dieß wollte Herr Karl Hase, der vielgewandte Jenaer Professor, nicht über sich ergehen lassen, und ohne des Herrn Guericke Erwähnung zu thun, war er mit seiner neunten Auflage früher zur Hand und fertig als dieser (mit dem letzten Band), und hatte ihn wenigstens für einen kurzen Augenblick überflügelt. Seine letzte Vorrede ist vom 2. Febr. 1867, die Guericke's vom 29. Nov. 1865 datirt.

Die eigenthümlichen Vorzüge des Werkes von Guericke haben ihm einen so großen und nachhaltigen Leserkreis verschafft; sein Buch war von der gläubigen Richtung der protestantischen Theologen, das Buch Hase's mehr von der rationalistischen Richtung gesucht und verbreitet. Guericke hat Sinn und Verständniß für das Leben der alten christlichen Kirche. — Er hat auch ein „Lehrbuch der christlich-kirchlichen Archäologie“ (2. umgearb. Aufl. 1859) herausgegeben, welches sich durch Klarheit und Ruhe und zugleich durch eine gewisse Wärme der Darstellung empfiehlt. Im Ganzen wird man dieß einigermaßen auch von seiner Kirchengeschichte bezüglich der alten Zeit und des Mittelalters sagen können. Ueber Papst Gregor VII. spricht er sich also aus: „Er war es, der die seit Jahrhunderten angebahnte Erscheinung des Papstthums historisch vollendete. Ganz erfüllt von der Idee einer päpstlichen Theokratie, wie sie allerdings aus dem bisherigen Verlauf der Geschichte der Kirche unter höherer Zulassung sich entwickelt hatte, von den Grundsätzen der unbeschränktesten Gewalt des Papstes als des Nachfolgers Petri und Statthalters Christi über das geistliche und weltliche Regiment, handelte Gregor bei Realisirung dieser Idee frei genug von persönlicher Leidenschaftlichkeit und mit einer Energie welche, fest und rücksichtslos stets nur das Eine Ziel im Auge, es mit seltener Besonnenheit und Kühnheit zu erreichen strebte, auch besiegte ein Sieger.“

In der siebenten Auflage ist diese Charakterisirung Gregor's länger, ja langathmiger, ein Satz der sich in 39 Zeilen abspinnt. Die Zwischensätze hat Guericke in seiner neunten Auflage in drei Anmerkungen untergebracht, in welchen er das obenstehende günstige Urtheil über Gregor VII. wieder ziemlich zurücknimmt. Diese neunte Auflage des Werkes ist viel „dünner“ geworden als die frühern. Guericke war bestrebt, „Alles in eine gedrängtere Form zu gießen, alle sich breit machende Ranken und Auswüchse schonungslos zu beschneiden. Daß das Buch so dünner geworden, ist nicht bloß Folge dieses Strebens, sondern ebenso sehr des völlig veränderten compresseren Druckes und größeren Formates.“

Der Verfasser ist eines der Häupter der Lutheraner. Er theilt die Abneigung Luthers gegen die katholische Kirche; ja unter allen uns hier vorliegenden Werken macht sich das seinige durch den üblen Humor, durch eine tiefer liegende Animosität gegen katholisches Streben und Leben bemerklich. Daß der Verfasser die Zustände der Kirche zur Zeit der Reformation möglichst schwarz schildert, finden wir begreiflich. Er verliert sich dabei aber in solche Uebertreibungen, daß er von der Wahrheit weit abirrt. Niemand hat noch bewiesen, daß Tezel bei seinen Ablasspredigten von zweien seiner Kinder (andere sagten auch noch von einer Concubine) begleitet gewesen; ebensowenig, daß er je einmal in Innsbruck gewesen. Hr. Guericke hatte kein Recht diese offenbaren Lügen als Thatsachen zu berichten, ebensowenig die alten Verläumdungen über die Art und Weise seiner Predigt zu wiederholen. Es nimmt sich seltsam aus, wenn Guericke von Luther sagt: „Er sah den unerwartet heftigen und weitgreifenden Kämpfen in möglichster Ruhe zu; gewiß, daß es nicht seine, sondern Gottes Sache sei die er treibe, ließ er sie fortgehen wie Gott sie führte.“ Was wird aus der Geschichte, wenn man sie so dreht und nach Belieben ändert? Alle Schriften Luthers aus den J. 1517—1526 zeugen gegen diese „möglichste Ruhe“ desselben. Also seine 95 Thesen hat er mit „möglichster Ruhe“

an die Thüre der Schloßkirche zu Wittenberg angeschlagen am 31. Oktober 1517; also mit „möglichster Ruhe“ hat Luther „Wider die Bulle des Antichrist“ geschrieben, hat vor den Thoren von Wittenberg die gegen ihn erlassene Bannbulle sammt dem kanonischen Rechte und den Schriften von Eck und Emser gegen ihn, mehreren scholastischen und casuistischen Werken verbrannt, sprechend: „weil du den Heiligen des Herrn betrübet hast, so betrübe dich das ewige Feuer.“ Mit möglichster Ruhe hat Luther „gegen die Schwarmgeister“ gepredigt, die Bauern zum Aufstande gegen die Fürsten veranlaßt. Wenigstens hat Erasmus Luthern zugerufen: „Nun haben wir die Früchte deines Geistes; die Sache kam bis zu blutigen Schlachten, und noch Schrecklicheres fürchten wir, wenn nicht der versöhnte Gott es abwendet. Du sagst, das sei die Natur des Evangeliums. Ich glaube, es komme auch wohl darauf an, wie das Wort Gottes gepredigt werde. Du anerkannt diese Aufrührer nicht, aber sie dich, und man weiß genau, daß Viele die sich des Evangeliums brüsteten, die Aufwiegler dieses so grausamen Aufruhrs gewesen sind. Du zwar hast in einem gegen die Bauern geschriebenen tobenden Buche den Argwohn von dir abgelehnt; aber du bewirktest nicht daß die Welt nicht glaube, durch deine Schriften, besonders deine deutsche gegen Papst und Mönche, für die Freiheit und gegen die Tyrannei, sei der Grund zu diesen Unfällen gelegt worden. Ich denke nicht so schlecht von dir, Luther, daß ich glaubte, du habest dahin gearbeitet; aber schon lange als du diese Geschichte begannst, fürchtete ich, daß so die Sache sich enden werde, und auf dieß machte ich in meinen ersten Briefen dich aufmerksam.“

„Mit möglichster Ruhe“ hat Luther seinen Kampf gegen Heinrich VIII. von England geführt, den er mit den schönsten Prädikaten beehrt, zu dem er unter andern sagt: „Man weiß nicht, ob ein Narr selbst so narrenhaft, ob die Dummheit selbst so dumm seyn kann, als der Kopf unsers Heinrich, so daß das Sprüchwort wahr werde, ein König oder ein Dummkopf

müßte geboren werden.“ Die große „Ruhe“ Luthers wurde auch von seinen eigenen Anhängern anerkannt; denn als es sich um die Beschickung des Augsburger Reichstages im J. 1530 handelte, so ließ man ihn in Coburg sitzen, weil er nach allgemeiner Ueberzeugung zu irgendeinem Friedensgeschäfte völlig unbrauchbar war, und seine eigene Ansicht stets für unfehlbar hielt, unerachtet der beständigen Widersprüche in die er sich verwickelte. Er sprach es mit dem Gefühle des unerschütterten Glaubens an sich selbst aus: „Wöllet solchen Eseln ja nichts anders, noch mehr antworten auf ihr unnützes Geplärre vom Worte Sola (Fides), denn also viel: Luther will's so haben, und spricht, Er sei ein Doktor über alle Doktoren im ganzen Papstthum; da soll's bei bleiben. Ich will sie hinfort schlecht verachten und verachtet haben, so lange sie solche Leute, ich wollt sagen, solche Esel sind.“

Bei Hase findet man eine ganz andere, mehr objektive Schilderung Luthers, aus der das gerade Gegentheil hervorgeht. „Er hat den Papst für den allerheiligsten und für den allerhöllischsten Vater gehalten. Seine Reden sind oft derber als in seiner derben Zeit zu reden erlaubt war. In seiner leidenschaftlichen Erregung wechselten stürmisch die Gefühle. Sein Leben galt der Befreiung des Geistes, und er hat für den Buchstaben geeifert. Er hat mit der Geschichte gebrochen, über die Väter der Kirche verächtlich geurtheilt, und sich doch auf die kirchliche Ueberlieferung gestützt. Er hat mit seiner Glaubensfülle an Christus (die ihn aber sehr oft im Stiche ließ) sich selbst über die heilige Schrift gestellt, und dann auch die Vernunft, des Teufels Hure, zu erwürgen geboten. Er ist im Vertrauen auf die alleinige Macht des Geistes dem Sturme der Revolution in die Zügel gefallen, und hat gelegentlich gerathen, den Papst sammt seinem Gesinde im tyrrhenischen Meere zu ersäufen (Luthers Werke, Ausg. v. Walch XVII. 1396 ff.). Aus Angst und Zorn wuchs ihm die rechte Freude im Kampfe. Wo er einmal Unrecht erkannte, sah

er nichts als Hölle. Zumal Gegnern gegenüber hat er sich gefühlt und unbefangen ausgesprochen, daß er ein erwähltes Rüstzeug Gottes sei, im Himmel, auf Erden und in der Hölle wohl bekannt.“ So K. Hase.

Ähnlich wie mit der „möglichsten Ruhe“, war es mit dem Glauben Luthers bestellt, daß seine Sache das Werk Gottes sei. Wenn man seine eigenen Aussagen hierüber nicht hören will, und ihm einen Muth und eine Glaubensfreudigkeit zuschreibt, von der er unendlich entfernt war, so will man eben absichtlich der Wirklichkeit aus dem Wege gehen. Man schafft sich einen Luther wie man ihn für seine Zwecke braucht. —

Das Urtheil unseres Verfassers über Papst Gregor XVI. ist im Ganzen billig; ungerecht ist er aber gegen Pius IX., dem er vorwirft, daß er mit der Revolution „gespielt, bald ganz Italien in politischen Brand gesetzt, der sich von da Anfang 1848 nach Frankreich und Deutschland wälzte, und eine Bewegung veranlaßte, deren Zügel am allerwenigsten der Papst in Händen zu halten vermochte, deren Flammen vielmehr (damals schon) und wieder dann auch bei erneuter äußerster Bedrängniß und zugleich innerer Fäulniß in neuerer Gegenwart, sein eignes Regime verzehrt haben würden, stünde das Papstthum nicht annoch zur Zeit unter der unermesslichen göttlichen Geduld.“ In der That, dieser Stil leidet an stilistischen Gebrechen, der Inhalt aber ist nicht wahr. Es ist sehr kühn, Papst Pius IX. zum Urheber der Pariser Februar-Revolution zu machen. Die französische Revolution des J. 1848 wurde nach alter Sitte von den Deutschen nachgeahmt, und wirkte auch auf Italien zurück; daß aber die römischen Bewegungen vor dem J. 1848 die Februar-Revolution hervorgerufen, ist eine unerweisliche Behauptung. Bis jetzt war Frankreich tonangebend in Europa, und Paris legte den Völkern das Gesetz auf. Ohne die Februar-Revolution wäre der Papst wohl kaum zur Flucht aus Rom gezwungen worden. — Daß das Papstthum noch zur Zeit unter der

unermesslichen göttlichen Geduld stehe, ist ein origineller Gedanke, auf den sich der Hallische Prophet etwas zu gute thun darf; so hat er wenigstens die Hoffnung, daß das Maß dieser Geduld endlich erschöpft seyn und das Papstthum unterliegen werde. Doch schmeichelt sich Herr G. kaum selbst mit der Hoffnung, daß er noch diesen Tag erleben werde. Er mag sich mit dem Anblicke des „Niederganges“ des Papstthums begnügen, und einer spätern Generation den Anblick des gänzlichen Unterganges desselben überlassen.

Auf die Bestrebungen der Katholiken in der Gegenwart ist der Verfasser sehr übel zu sprechen. Er spricht von einer „katholisch-fanatirten Gegenwart der römischen Kirche“, das heißt, wir sind fanatisirte Massen in den Augen des Hallischen Professors weil wir uns zu dem reinen Lutherthum desselben nicht bekennen, und den Papst noch als Mittelpunkt der Einheit anerkennen. Diese fanatisirte Gegenwart der römischen Kirche lasse nur hie und da ein wenig Lebensluft in den neuesten Katholicismus eindringen. Die Missions-Annalen nennt G. „ultramontan-fanatistische Jahrbücher zur Verbreitung des Glaubens in beiden Welten.“

Herr G. sieht bei seiner üblen Stimmung nichts als Fanatismus. Ihm graut vor der Zukunft, er sieht voraus, daß die römisch-katholischen Fanatiker der Gegenwart einen Krieg heraufbeschwören werden, schrecklicher als der 30jährige mit all' seinen Schrecken! Denn auch in Deutschland sei auf einen Sailer und seine ihn nicht lang überlebende kleine Schule „als Tonangeber ein Johann Adam Möhler, der epochemachende idealistisch-parteiische, aber doch gelehrte, geistvolle und nicht ganz grell ungerechte Symboliker gefolgt, und auf ihn der ganze Troß gemein ultramontaner Scribenten, von einem Fr. Hurter, dem protestantischen Convertiten der erst mit seinem Uebertritt die wahre Wiedergeburt sah, bis zur celebren Obscurität eines Buchmann, (Wilhelm) Binder, Riffel u. a. in ihren perfiden Schmähungen und Lästerungen Luther's und alles Protestantismus, und zu den

Impertinenzien eines Bischofs von Baderborn in seiner Encyclica an die Protestanten im Kerne Deutschlands als seine Diöcesanen hinab, gefolgt; eine literarische Schilderhebung welche unter den politischen Verwicklungen leicht endlich auch eine politische im Gefolge haben kann, ärger als die des 30jährigen Krieges, und bei dem Greisenalter der Welt und dem drohenden Hintergrunde colossaler gegnerischen Mächte für die äußere Gestaltung des Katholicismus wie des Protestantismus verhängnißvoller als irgend ein früheres.“

Aber wie kann der „Troß gemein ultramontaner Scribenten“, wie können „celebre Obscuritäten“, wie können „Impertinenzien“ einen mehr als 30jährigen Krieg hervorrufen? Man sollte doch meinen, daß diese Dunkelmänner an ihres „Nichts durchbohrendem Gefühle“ untergehen würden. Sind sie aber dazu angethan, einen ärger als den 30jährigen Krieg zu provociren, so sind sie keine ob auch celebre Obscuritäten, sondern sie sind „Celebritäten“ sans façon und schlechtweg, weltbewegende, welterschütternde, wo nicht gar die Welt aus den Angeln hebende, die Welt auf den Kopf stellende, die Welt in Blut untertauchende Celebritäten sind sie!!

Der Stil des Herrn Guericke nimmt mehr und mehr eine Färbung an, als hätte er den Stil des Kirchenhistorikers August Niedner sich zum Vorbild genommen, als ließen ihn die stilistischen Vorbeeren dieses Kämpen nicht mehr schlafen. Wir haben in einem vorausgehenden Artikel als Stilproben Niedners drei Sätze — Anfang, Mitte und Ende seiner Kirchengeschichte — mitgetheilt. Wir wollen nicht behaupten, daß Herr G. in seinem Anfange und in seiner Mitte sich mit Niedner vergleichen lasse. Seine Sätze sind lang und verwickelt, aber doch noch verständlich. Je mehr er aber zum Ende kommt, um so mehr nimmt er einen mystisch-apokalyptischen Ton an, eine Sprache welche wir gewöhnlichen Menschenkinder nicht mehr zu verstehen im Stande sind. Und so lautet „der Schluß“ seiner Kirchen-

geschichte wie folgt: „So also — die ganze neuere Kirchengeschichte eine Geschichte von lauter Gespaltenheit; aber auch und eben durch die Spaltung leuchtet die Einheit der lauteren Wahrheit mit dem Segen der Verheißung hindurch; und was den stärksten Widerspruch und Schmerz in sich selbst zu ertragen und auszuhalten in drei Jahrhunderten, in achtzehn Jahrhunderten gewöhnt ward, in drei, in achtzehn Jahrhunderten vermocht hat, von dem gilt des Apostels *παρ' ἐλπίδα ἐπ' ἐλπίδι* auch für die Kämpfe der dunkeln Zukunft. Die Gerichte Gottes in der Zeit, durch den Taumel der Verstocktheit provocirt, sind durch festes prophetisches Wort ja gewiß; gewisser noch aber ist auch des ewigen Triumphes überschwenglich herrliches Endziel. Die Pforten der Hölle sollen Jesu Gemeinde nicht überwältigen, und soll Eine Heerde und Ein Hirte seyn.

Sein Wort ist wiederkommen.

Der Sommer ist hart für der Thür,

Der Winter ist vergangen,

Die zarten Blümlein gehn herfür.

Der das hat angefangen (angefangen?)

Der wird es wohl vollenden. Amen.“

Wir scheiden von Herrn Guericke mit dem Gefühle, daß wohl auch wir zu den „celebren Obscuritäten“ gehören. Wie dem aber auch sei — Diejenigen welche einen mehr als dreißigjährigen Krieg herausbeschwören könnten, stehen in einem andern Lager! Alle Kämpfe der Katholiken der Gegenwart halten sich auf der strengsten Defensiv.

LVIII.

Aus dem Berliner Zollparlament.

II.

Den 24. Mai 1868.

Neu-Preußen das ist der Graf Bismark. An diesen Namen hängt sich ausschließlich die jüngste Vergangenheit und die nächste Zukunft der norddeutschen Monarchie. Nicht als wenn der regierende König nicht seinen eigenen Willen habe und haben wolle; ganz im Gegentheile. Auch darüber ist Jedermann einig, daß dieser Wille ein durchaus ehrlicher sei. Der leitende Minister selber soll mitunter ziemlich unverblümt zu verstehen geben, daß er eben an diesem Punkte seine schwersten Kämpfe zu bestehen hatte und habe. Aber es ist ihm einmal gelungen wirklich oder scheinbar eine Lage herbeizuführen, in welcher sich die Art der letzten Entscheidung als durch die Gewalt der Thatfachen geboten und unabänderlich darstellte. Und nachdem der erste Schritt geschehen in einem für die ganze Zukunft normgebenden Moment, wird es ein zweites und drittes Mal um so leichter werden abermals zwingende Situation zu schaffen.

Offenbar geht auch ein richtiger Instinkt des preußischen Volkes dahin, daß aus dem Kopfe des Grafen Bismark der Gedanke hervorgehen werde, welcher über das Schicksal Preußens und Deutschlands endgültig zu entscheiden habe. Man kann sich davon auf offener Straße in Berlin überzeugen. Ein Fremder mag die allerhöchste Person fast unbemerkt durch die Straßen der Hauptstadt fahren sehen. Wenn aber die mächtige Gestalt des Ministers in seinem blauen Uniformrocke mit gelben Aufschlägen, das Haupt mit der weißen Mütze auf schwefelgelbem Bande bedeckt, vom Abgeordneten-hause durch die lange Leipziger-Straße seinem Palais zu schreitet: dann macht sich sofort eine sonderbare Bewegung und allgemeines Aufsehen bemerklich. Herren und Damen stellen sich in Front wie man Souveräne grüßt; viele kehren sich um und schauen unwillkürlich dem Manne mit dem gemessenen Schritte nach. Ob sie dabei an die jüngste Vergangenheit oder an die nächste Zukunft denken? wer will es entscheiden. Soviel aber ist gewiß: den Beifall der großen Masse, auch der mehr oder weniger Gebildeten, hat der Mann; sie trauen ihm zu, daß er auch glücklich durchführen werde, was er mit seltenem Glück begonnen hat.

Was er selber von der Lage und den Nothwendigkeiten seiner Politik denkt, davon hat er bekanntlich dem Zollparlament nichts gesagt. Er hat wohl einmal Gelegenheit ergriffen die Grundgedanken seiner Circular-Depesche vom 7. Sept. v. Js. zu repetiren, und er hat daraus den Schluß gezogen, daß wir keinen Grund haben im Süden uns vor den preußischen Absichten zu fürchten. Aber er gab sich hier wie immer bis jetzt den Anschein, als wenn er ruhig und unbekümmert auf unbestimmte Zeit stehen bleiben und die Entwicklung der deutschen Dinge in voller Passivität abwarten könne. Er thut so als wenn das deutsche Reich im Norden gemacht, fertig und in sich befriedigt sei, als wenn dieses in

sich abgeschlossene Ganze seine Thore für weitem Zugang aus dem Süden zwar um der deutschen Idee willen offenhalten, aber ja nicht um seiner selbst willen öffnen werde. Indeß ist es gerade das was alle politisch Berechnungsfähigen bezweifeln; ohne Unterschied der Parteien fühlen doch alle die Spannung des großen Provisoriums. „Wenn man“, so hat ein edler Herr aus Süddeutschland gesagt, „durch die Straßen von Berlin wandelt, dann kommt einem unwillkürlich der Gedanke, daß diese Stadt entweder bald die Hauptstadt eines gesamtdeutschen Reiches werden müsse, oder es werde in zehn Jahren Gras auf ihren Plätzen wachsen.“

Ohne Zweifel läuft die innerste Ueberzeugung des Grafen Bismarck auf Aehnliches hinaus. Aber er verfolgt nicht einen bestimmten Plan um die erstere Alternative herbeizuführen; er läßt vielmehr gehen was geht. Gerade der Mangel eines politischen Plans scheint sein eigenstes Princip zu seyn. Er wartet die Gelegenheiten ab, und benützt sie je nachdem sie kommen. Recht friedericianisch, wie mir scheint. Ein Anderer hätte sich mit einer solchen Politik vielleicht ruinirt. Ihm aber sind — Dank der Verblendung Oesterreichs und der hochmüthigen Ohnmacht der Mittelstaaten — die Gelegenheiten nach Wunsch gekommen. Das war sein Glück und das Glück hat ihn zum großen Manne gemacht. Wären die Gelegenheiten ihm nicht gekommen, so hätte er dieselben nicht benützen können, und er wäre ruhmlos wie Manteuffel und Schwerin im parlamentarischen Handgemenge untergegangen. Es ist bekannt, wie nahe ihm ein solches Schicksal stand noch im ersten Frühling 1866.

Man erzählt sich viele Anekdoten von dem berühmten Minister, dessen Haupt bereits die Sage umkränzt. Darunter dürfte Eine für seinen politischen Standpunkt sehr bezeichnend seyn. Als in dem Drange der Bewegung von 1848 alle conservativen Elemente der Monarchie sich zusammenschaarten

zu einer großen Partei und die „Kreuzzeitung“ als ihr Organ begründeten, da zählte Herr von Bismark zu den Gründern des Blattes. Aber je energischer die „Kreuzzeitung“ den grundsätzlichen Conservatismus ihres christlich-germanischen Standpunkts cultivirte, desto mehr wurde Herr von Bismark unzufrieden mit dem Organ, und er zog sich endlich ganz aus dem Consortium zurück, weil ihm „das Blatt zu doctrinär sei.“ Nebenbei gesagt hat die „Kreuzzeitung“ diesen Fehler seit 1866 gründlich abgelegt; sie hat sich von dem frühern Doctrinarismus rückhaltlos zu der Gelegenheits-Politik des Ministers bekehrt, dessen Erfolg ihr imponirte. Eben darum ist die Zeitung nicht mehr sie selber, und ist sie in den Augen ihrer hervorragendsten Stammhalter von ehemals kaum mehr das Papier werth auf das sie gedruckt wird.

Weil nun Graf Bismark kein „Doctrinär“ seyn will, darum hat er den Sieg des Jahres 1866 in einer Weise ausbeuten machen, wie es allerdings keiner der jemals im übrigen Deutschland aufgetretenen Doctrinen entsprach, aber um so mehr der Natur und Geschichte der Monarchie Friedrichs des Zweiten. Und weil Graf Bismark kein „Doctrinär“ ist, darum kann er auch jetzt in den parlamentarischen Versammlungen, welche auf dem Boden Neupreußens in drei Etagen thurmartig übereinander gehäuft sind, bei ganz verschiedenen Parteien seine Stütze finden und abwechselnd die Einen oder die andern der feindlichen Brüder gegeneinander benützen. Die sogenannten „Conservativen“ rechnen auf ihn, aber auch die „Nationalliberalen“ am andern Extrem sehen in ihm ihren Mann und in der Mitte steht, freilich nur 34 Köpfe stark, die Fraktion der „Freiconservativen“ als die eigentlich ministerielle Partei.

Alle die Parteien die wir hier eben nannten, haben gleich ihrem Herren und Meister den leidigen „Doctrinarismus“ ausgezogen, um sich auf die Basis einer reinen Gelegenheits-

und Zweckmäßigkeit-Politik zu stellen. Grundsätze oder, um bei dem oben angeführten Ausdrucke des Ministers zu bleiben, doktrinäre Anschauungen finden sich nicht in diesen drei Clubs; derlei Rechthabereien treiben eigentlich nur die Fraktionen der „deutschen Fortschrittspartei“ (30 Mitglieder) und der „bundesstaatlich Constitutionellen“ (21 Mitglieder). Die erstern stehen auf negativem Standpunkt, indem sie die endgültige Constituirung Deutschlands von einem nichtliberalen und antifortschrittlichen Ministerium weder wünschen noch für möglich halten. Die letzteren haben vor Allem, wie schon ihr Name besagt, die deutsche Frage im Auge und zwar nach einem bestimmten Schema; aber sie stehen dabei auf dem Rechtsstandpunkt und sie sind die eigentlich Conservativen im Reichstage und im Parlament. Die große Schwierigkeit für diese Handvoll wackerer Männer beruht in der Unmöglichkeit zu sagen, was denn im Grunde in deutschen Landen noch „Recht“ sei und seyn solle. Uebrigens erklärt es sich aus dieser Stellung der genannten zwei Fraktionen oder Parteien leicht, daß und warum gerade sie bei der Adreßfrage mit der süddeutschen Opposition gestimmt haben.

Allerdings haben dieß auch die sogenannten „Conservativen“ gethan; aber nicht aus Princip sondern nur aus Rücksichten der Zweckmäßigkeit. Sie wollten die süddeutschen Vertreter nicht von vornherein und ganz nutzlos vor den Kopf stoßen. Die grundsätzliche Stellung der letztern, nämlich den Einwand mangelnder Competenz des Zollparlaments, haben sie ausdrücklich desavouirt. Darum hat auch am 18. Mai, gegenüber dem Antrag Bambergers, die ganze „conservative Fraktion“ für die Competenz und Befugniß des Zollparlaments über das indirekte Steuersystem der süddeutschen Einzelländer gestimmt und stimmen können. In diesem Sinne hatte sich im vorliegenden Falle auch Graf Bismark ausgesprochen, während er bei der Adreßfrage geschwiegen hat und

es im Zweifel ließ, ob er mit den Nationalliberalen für oder mit der süddeutschen Opposition gegen die Adresse sei, und ob er die Gründe der Einen oder der Andern theile.

Die Rolle der Dränger im Parlament spielen die „Nationalliberalen“. An ihrer Spitze marschiren drei Juden, Bamberger, Laster und Mez. Ersterer, in seiner körperlichen Erscheinung von einer abstoßenden Häßlichkeit wie sie selten vorkommt, fährt wie von der Tarantel gestochen jedesmal schon bei dem bloßen Namen „jüddeutsch“ auf. Er will nur „Deutsche“ kennen ohne Umschweif und Beisatz, während man bei seinem Anblick auf die Vermuthung kommen könnte, daß er selber vom Deutschen nichts als den Namen habe. Der ganze Bodensatz des ehemaligen Nationalvereins ist in der Fraktion versammelt von der Herr Bamberger jetzt spricht: „ich und meine Freunde“; und diese Leute setzen jetzt ihre Hoffnung auf den — Grafen Bismark, den millionenmal verwünschten „Junfer-Minister“ von ehemals! Man brauchte im Grunde sonst nichts zu wissen als diese Thatsache, um den beklemmten Zustand zu würdigen, in dem sich die preussische Politik zwischen Thür und Angel befindet, in der Person des Grafen Bismark.

Um mich genauer auszudrücken, so haben die „National-liberalen“, zu welchen auch die nicht oppositionellen Elemente aus Süddeutschland gerechnet werden müssen, zu dem Grafen Bismark ungefähr die Stellung genommen, wie man sich vor Zeiten dem Teufel ergeben hat. Sie verschrieben sich dem Bösen in der Absicht ihn schließlich um den Lohn ihrer armen Seele zu betrügen. Sie wollen durch die Einheit zur Freiheit gelangen, während die fortschrittlichen Doktrinäre auf der äußersten Linken dem schönen Wetter nicht trauen und die Einheit nur durch die Freiheit anstreben wollen. Die Nationalliberalen spotten kühnlich solcher, wie sie meinen, kindlicher Besorgnisse. Habe nur Graf Bismark, so rechnen

sie, ihnen einmal das ganze Deutschland im Sinne des Einheitsstaats hergestellt, dann wollten sie für die Ausstattung des neuen Hauses mit Fortschritt aller Art schon sorgen. Wie weit nun dieser Pakt bloß ein einseitiger ist oder der gewaltige Minister selbst bewußten Theil daran nimmt, das läßt sich freilich nicht sagen; aber es ist gewiß, daß er die 82 nationalliberalen Stimmen je nach den Umständen wohl zu verwerthen weiß, und ihnen von Zeit zu Zeit das Halmchen durch den Mund zieht zum Entsetzen der sogenannten Conservativen.

Würde die preußische Regierung einmal offen und ungescheut auf die Bahn jener Partei hinübertreten, dann würde unfehlbar die Kriegsflamme am Rhein und bald auf dem ganzen Continent zum Himmel aufschlagen. Es ist vor Allem diese Gewißheit was die Partei der sogenannten Conservativen vorsichtig und bedenklich macht. Dazu kommt noch ihre heilige Scheu vor der „süddeutschen Demokratie“, deren Verschleppung in den norddeutschen Reichstag jedes großpreußische Herz mit ahnungsvollem Grauen erfüllt. Wäre freilich dieß und jenes nicht, dann fiel auch jeder Unterschied zwischen der sogenannten conservativen und der nationalliberalen Politik hinweg. Denn das Recht ganz Deutschland zu verschlingen, ja unter Umständen den Beruf und die Pflicht dazu schreibt auch die sogenannte conservative Partei dem preußischen Staate zu, sobald es nur ohne allzu großes Risiko und ohne wesentliche Störungen der Verdauungskraft des Mutterstaats geschehen könnte. Auf dem gleichen Standpunkte steht die Circular-Depeche vom 7. Sept. v. Js., die ihr Urheber dem Parlament neuerdings ins Gedächtniß gerufen hat. Ein positives Völkerrecht welches dem Beruf Preußens und seiner Nationalitäten-Politik autoritativ hindernd in den Weg treten dürfte, wird hier nirgends mehr anerkannt. Darum hat auch das fragliche Aktenstück die

sogenannte conservative Partei im Grunde nicht weniger als die national-liberale befriedigt.

Wir benennen mit Absicht die Partei wie sie 62 Mann stark im Reichstag vertreten ist, als die „sogenannte“ conservative Partei. Sie ist nur ein Theil der großen conservativen Gesamtpartei, die wir vor 1866 sehr wohl gekannt haben; freilich ist sie aber der weitaus größere Theil der durch die Ereignisse des unglücklichen Jahres total zersprengten conservativen Vereinigung, und so viel wir wissen — ich bedauere wenn ich damit nur einer einzigen Person Unrecht thun sollte — ist nur diese sogenannte conservative Partei im Reichstag und beziehungsweise im Zollparlament vertreten. Nämlich nur solche Männer sitzen auf der rechten Seite des Hauses, welche die durch die Annexions-Politik des Grafen Bismark geschaffene neue Basis des puren Wohlfahrtsstaats unbesehen acceptirt haben. Die andern wollten entweder nicht gewählt werden oder sie sind nicht gewählt worden.

Aber außerhalb des Hauses ist die, wenn ich so sagen darf, altconservative Partei doch noch stärker vertreten als man gemeinhin glaubt. Es finden sich da sehr entschiedene Gegner der herrschenden Richtung, die der Gewaltspolitik des mächtigen Grafen ein Ende mit Schrecken prophezeien und den Abfall ihres preußischen Vaterlandes von dem Bekenntniß des göttlichen und menschlichen Rechtes schmerzlich beklagen. Nicht bloß aus der ehemals conservativen Gesamtpartei sind die Träger solcher Anschauungen hergekommen oder zurückgeblieben. Auch von anderen Seiten sind unabhängige Charaktere erstanden, die sich von der Macht des Erfolgs und dem Beifall des großen Hauses emancipirt und zu der Ueberzeugung erhoben haben, daß die Verschlingungs-Politik welche Graf Bismark im Jahre 1866 inaugurirt hat, die glückliche Lösung der deutschen Frage erst recht unmöglich gemacht und gründlich verdorben habe. Man deutet auf hohe

Personen am königlichen Hofe selbst die in diesem Sinne entschiedene Gegner Bismarcks seien; und man behauptet namentlich von einer erhabenen Dame, deren Wiege nicht auf großstaatlichem Boden gestanden, daß sie mit der Bismarckschen Interpretation des preußischen Berufs sich noch keinen Augenblick habe befreunden können. Das gespannte Verhältniß soll kaum ein besonderes Geheimniß seyn.

Wenn man aus solchen altconservativen Kreisen über den dämonischen Bann klagt, unter welchem der preußische Staat seit zwei Jahren einem ungewissen Schicksal und nirgends klar begriffenen Zielen entgegengetrieben werde: so wendet sich der heftigste Unwille jedesmal zunächst gegen die „Kreuzzeitung“. Denn ohne nur einen Versuch des Widerstands zu wagen, sei dieses Blatt seiner ganzen Vergangenheit untreu geworden um ohne Scham und Gram die neue Wendung mitzumachen. Seine bedeutendsten Mitarbeiter, darunter die ersten Gründer des Organs haben sich gänzlich von demselben zurückgezogen; andere haben bei der halzbrechenden Schwenkung ihr Prästigium eingebüßt, wie namentlich Wagener von Neustettin. Dieser Mann hat sich inzwischen bis zum vortragenden Rath im auswärtigen Ministerium aufgeschwungen, aber sein öffentliches Gewicht ist dahin. Die „Kreuzzeitung“ selber kann als selbstständiges Parteiorgan nicht mehr betrachtet werden, sondern sie ist zum Sprachrohr des Grafen Bismarck herabgesunken; und auch das ist sie nur sekundär, denn das erste und unmittelbare Organ des Ministers ist die sehr gut redigirte, mit Nachrichten und Correspondenzen reich versehene „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“. Das weiland gefürchtete „Junferblatt“ hingegen ist auch in dieser Hinsicht nur mehr der Schatten von dem was es früher war.

In dem Augenblicke wo ich diese Zeilen schreibe, kommt mir ein augenscheinlich gut orientirter Artikel zu Gesicht den

die „Allgemeine Zeitung“ aus Berlin bringt und in dem ich folgenden Ausspruch finde: „Die preußische Politik befindet sich in der Mitte des Weges zum letzten Ziele vor großen Schwierigkeiten deren Beseitigung sie nicht überstürzen will. Diese Schwierigkeiten waren zu überwinden, wenn man einen vollen ehrlichen Anlauf zu freisinniger Regierung und Verfassung nahm, oder 1866 sich begnügt hätte eine Hegemonie in einem wirklichen Bundesstaate ohne Annexionen hinzustellen, wenn man demgemäß den norddeutschen Bund nicht als einen Staat gebildet hätte wovon fünf Sechstheile Preußen angehören.“ So ist es in der That. Das erste Glied der aufgestellten Alternative enthält die Meinung der „deutschen Fortschrittspartei“ in Preußen; das zweite Glied drückt ziemlich genau gerade die Anschauung aus welche in den Kreisen der altconservativen Reste von der ehemals mächtigen Partei heute noch hochgehalten wird.

Es scheint in diesen Kreisen sogar kein ganz vereinzelter Gedanke zu sein, ob sich nicht vielleicht jetzt noch zu einer Politik zurückkehren ließe, welche eine loyale Einigung zwischen den Fürsten und Völkern Deutschlands ermöglichen würde. Man denkt sich die Sache wie folgt. Die annoch unabhängigen Regierungen in Süddeutschland sollten sich vereinigen, um in Berlin den bundesstaatlichen Anschluß anzubieten, unter der Bedingung daß Preußen die Annexionen von 1866 wieder rückgängig mache, die eingestandener Maßen im höchsten Grade malcontenten Bevölkerungen von Hannover, Nassau, Kurhessen und der ehemals freien Stadt Frankfurt frei gebe und ihre rechtmäßigen Regierungen wieder aufrichten lasse. Die Motive dieses Gedankens liegen auf der Hand. Preußen stünde in der treuen Genossenschaft aller deutschen Stämme glänzender und sicherer da, als bei einer Gewalt-herrschaft die von allen Seiten von Mißtrauen und Verdacht umlauert ist, als bei einem Zwangsregiment welches

eine rechtliche Grenze des Umsichgreifens nicht kennt und schon deßhalb insbesondere auch Oesterreich im Interesse seiner Selbsterhaltung stets hindern wird den weitem Bund mit dem engern einzugehen, also die historisch allein bewährte Garantie deutscher Ehre und Integrität herzustellen.

In der That stehen die Dinge so, daß naturgemäß eine auf die Annexionen von 1866 gegründete Entwicklung des norddeutschen Bundes gar nicht anders vor sich gehen kann als durch immer weitere Länderverschlingung, bis endlich der preußisch-deutsche Einheitsstaat fertig wäre einschließlich der deutschen Länder Oesterreichs. Es hat im Beginn des Zollparlaments verlautet, daß aus Baden ein Antrag gestellt werden solle den König von Preußen als deutschen Kaiser auszurufen. Wäre es geschehen, so hätte man den neuen Kaiser-machern amfüglichsten erwidert: einverstanden vielleicht; aber unter der Einen und unerläßlichen Bedingung, daß auch die deutschen Brüder in Hannover und Nassau, in Kurhessen und Frankfurt nur einen deutschen Kaiser und nicht einen preußischen König haben sollen; denn sonst wäre es mathematisch gewiß, daß auch wir in Süddeutschland nicht einen deutschen Kaiser und ein deutsches Reich, sondern einen preußischen König haben werden.

So oft man nun aber aus dem Munde eines Altconservativen den fraglichen Gedanken äußern hört, stellt sich gleich ein anderer mit dem Ausruf daneben: aber das ist ja ganz und gar undenkbar! Alles sei eher möglich, als daß eine solche Rückkehr und thatkräftige Neue auch nur in Erwägung gezogen würde. Für den Grafen Bismark insbesondere wäre der in Aussicht gestellte Lohn, eine loyale Einigung aller außerösterreichischen Länder Deutschlands in bundesstaatlicher Form, allem Anschein nach im mindesten nicht verlockend. Denn in seinen Augen hat nur der unmittelbare reelle Besitz seinen Werth; alles Andere ist ihm

hohle Doktrin, so gut wie die selige deutsche Bundesverfassung und überhaupt jede Verfassungsform.

Aber was nun? Daß die Entwicklung der im J. 1866 geschaffenen neuen Lage auf halbem Wege nicht stehen bleiben kann, das vermag sich im Grunde Niemand zu verhehlen. Das Zollparlament selbst war dafür ein lebendiger Beweis. Bei jeder Gelegenheit hat sich die unaufhaltsame Entwicklung angemeldet. Freilich ist die „Süddeutsche Fraktion“ auf dem Einwand der Incompetenz wie auf einem Fels im wogenden Meere festgestanden. Aber es ist doch unverkennbar klar geworden, daß das Zollparlament sich nicht mehr oft versammeln kann, ohne daß die noch unabhängigen Süddeutschen entweder von ihrem einsamen Fels sich an das feste Ufer flüchten oder von ihrem defensiven Standpunkt durch die immer wiederkehrende Brandung weggeschwemmt werden müssen. Man kann und darf sich darüber keiner Täuschung hingeben.

Wenn überhaupt die Institution des Zollparlaments nicht bloß ein Mittel und Durchgangsmoment zu einem deutschen Zollparlament seyn soll, wie es der nationalliberale Plan bekanntlich von Anfang an gewesen ist, dann dürfte sich die Versammlung bald der preussischen Regierung selber als eine ganz verfehlte und lästige Einrichtung erweisen. Ein deutsches Parlament bloß für Zoll- und Handelsachen, das ist zu wenig und zu viel. Es drängen sich doch überall die politischen Rücksichten vor und geben den Ausschlag wo sie nicht sollten und dürften. Erinnern wir uns nur z. B. an den Vorschlag eines Zolls auf Petroleum. In Wahrheit ist es nicht zu läugnen, daß ein geeigneteres und weniger empfindliches Objekt indirekter Besteuerung gar nicht erdacht werden kann als der enorme Consum dieses neuen Brennmaterials. Dennoch ist die Petroleumsteuer abgeworfen worden, sicherlich nicht aus volkswirtschaftlichen sondern rein aus politischen Gründen. Die Einen vergönnen nämlich in

ihrer oppositionellen Stimmung der Kasse des norddeutschen Bundes überhaupt keinen Zuwachs; die Andern wollen nicht eine reiche Einnahmsquelle bewilligen auf deren Verwendung sie den entsprechenden Einfluß nicht geltend machen können. Die Tabaksteuer hätte ohne Zweifel aus den gleichen Gründen das gleiche Schicksal erlebt, wenn nicht eine solche Steuer in Preußen bereits bestanden, und es für die übrigen Zollvereinsgebiete gegolten hätte den lästigen Uebergangszoll zu beseitigen.

Die Stellung derjenigen Abgeordneten aus Süd und Nord welche grundsätzlich für die Erweiterung der Befugnisse des Zollparlaments eintreten, war daher leicht und sicher. Sie konnten mit gelassener Ruhe auf die Gewalt der That-
 sachen und den natürlichen Gang der Dinge hinweisen. Beides spricht für ihr Programm. Darum hat auch die Schluß-
 rede des Herrn Dr. Bölk aus Augsburg so großen Eindruck gemacht. Er hat genau den Ton getroffen welcher der Lage angemessen ist, indem er der süddeutschen Opposition im gemüthlichsten Humor vordemonstrirte, die Herren möchten sich doch nicht umsonst erhitzen und ereifern, aus dem Zollparlament werde ja doch das Bollparlament so gewiß erwachsen wie aus dem Frühling der Sommer hervorgehe. Die Resultate von Sadowa aber, einschließlich des Zollparlaments — das sei eben der deutsche Frühling.

Es steht bis jetzt noch Ein respectables Hinderniß entgegen, daß nicht gleich jener volle Sommer eintreten kann; die Verträge und das eifersüchtige Ausland. Die große Masse der preußischen Bevölkerung setzt sich freilich auch darüber leicht hinaus. Die Siege von 1866 haben die Masse mit stolzer Zuversicht erfüllt und die Aeußerung dieses Gefühls ist bereits ziemlich stereotyp. Man weist uns auf die sterile Sandfläche welche die preußische Hauptstadt in unendlicher Dede umgibt; man zeigt uns inmitten derselben die

keimende Weltstadt Berlin mit ihren 700,000 rastlos eifriger Bewohner. Das alles haben wir, sagt man uns, allein durch eisernen Fleiß dem Wüstenfelde unter den ungünstigsten Umständen abgerungen; wir haben dazu die furchtbare Last der allgemeinen Wehrpflicht getragen die Preußen zu einem stehenden Kriegslager macht; wen oder was sollten wir nun zu fürchten haben, wenn wir endlich den Lohn unserer Mühen einerntend wollen und ganz Deutschland preussisch zu machen entschlossen sind? Man gibt uns Süddeutschen zu verstehen, daß wir eigentlich in verweichlichtes Schlaraffenleben versunken, und ja doch nicht im Stande seien uns als einen selbstständigen Theil der deutschen Nation vor dem Auslande geltend zu machen. Was dann die eventuelle Einsprache von Seite Frankreichs betrifft, so existirt in dieser Hinsicht ein ganz merkwürdiges Vertrauen, daß der französische Imperator den Krieg nicht wagen werde, jedenfalls wolle das französische Volk einen solchen Kampf um keinen Preis. Wenn aber je, nun dann werde man auch mit den Franzosen fertig werden, nöthigenfalls selbst ohne die Hülfe der Süddeutschen, wie man mit den Oesterreichern fertig geworden sei.

So lautet das populäre Raisonnement, insbesondere ist dieß die Sprache des landläufigen Liberalismus in Preußen. Auch Graf Bismark hat sich annähernd schon in ähnlichem Sinne ausgesprochen, namentlich in der mehr erwähnten Depesche vom 7. September und unter Berufung darauf neuerlich im Parlament. Demnach wäre die Frage bloß die, ob die Süddeutschen gutwillig kommen wollen; sobald aber dieß der Fall sei, werde man Deutschland mit der Hauptstadt Berlin fertig machen ohne um die fremden Mächte im mindesten sich zu kümmern. Bis jetzt hat es der Graf bei dieser stolzen Sprache freilich leicht gehabt; er lief in keiner Weise Gefahr vor das Apropos gestellt zu werden, denn die Süddeutschen wollten eben zur Zeit noch nicht kommen. Durch

die That hat er daher noch nicht bewiesen, daß er im Herzen wirklich so denkt, wie er spricht wenn die Worte wohlfeil sind. Ja, er hat durch die That sogar das Gegentheil bewiesen; er hat bewiesen, daß er einen Zusammenstoß mit Frankreich selbst damals nicht auf die leichte Achsel nahm als die furchtbaren Kriegsrüstungen jenseits des Rheins, welche jetzt der Vollendung nahe sind, kaum erst begonnen hatten. Dafür steht der Name „Luxemburg“ unauslöschlich in der Geschichte.

Wäre in der That die diplomatische Ansicht von der Lage so optimistisch wie die populäre, dann läge es im dringendsten Interesse der preußischen Politik die französische Action geradeaus zu provociren, um lieber heute als morgen zum Schlagen zu kommen. Denn Preußen steht nun bald zwei Jahre lang in voller Waffenrüstung Gewehr bei Fuß zuwartend da; man lispelt sich in die Ohren daß die Finanzlage des norddeutschen Bundes eine zunehmend unerfreuliche sei, und daß aller Verkehr und Geschäftsbetrieb unter dem Druck der allgemeinen Unsicherheit in erschreckender Weise leidet, das kann man in Berlin an jeder Straßenecke erfahren. Während aber der Leiter der preußischen Politik in solcher Klemme zwischen Thür und Angel nicht vorwärts und nicht zurück sich bewegen kann, muß er zusehen wie der auswärtige Gegner in aller Ruhe nach dem geeignetsten Moment und dem besten Vorwand herumsucht, um sein Quos ego an den Mann zu bringen.

Unter diesen Umständen kann man sogar die Frage diskutiren hören, ob der mächtige Graf nicht mit Absicht so sorglos heiter in den Tag hinein lebe, um sich eines schönen Morgens überraschen zu lassen und eine Entschuldigung zu haben, wenn er die Luxemburger Tragödie in vergrößertem Maßstabe noch einmal zur Aufführung bringen will. Daß er von „deutsch-nationalen“ Vorurtheilen nicht geplagt sei, ist

ziemlich gewiß; die allgemeine Annahme wenigstens geht dahin, daß ihm die gesammten Aufstellungen der deutschen Frage von ehemals sehr „doktrinär“ vorkommen, und daß er den Hauptschlag gegen das Werk des Wiener = Congresses jedenfalls nicht im deutschen Professorengeiste vollführt habe. Exclusiver Altpreuße vom Scheitel bis zur Zehe ist er nun freilich mit den verführerischen Complimenten unserer feindlichen Brüder aus Süddeutschland in dicke Berührung gekommen; ob ihn aber das zum Commun-Deutschen gemacht und bekehrt hat, darüber muß erst die Zukunft Aufschluß geben.

Das Zollparlament hat überhaupt alle deutschen Verhältnisse nicht klarer gestellt sondern noch ungleich verschwommener und confuser zurückgelassen. Die einzige Bestimmtheit die sich dort aufgethan hat, ist die stets majorisirte Minderheit der „Süddeutschen Fraktion“, und zu ihrer Ueberstimmung haben zwei Minister und ein Gesandtschaftsmitglied aus Bayern regelmäßig mitgeholfen, während zwei Minister aus Württemberg ebenso regelmäßig zu den Ueberstimmten zählten. Das sind die Aussichten des vertragsmäßigen „Südbundes“; die Seele des Nordbunds aber haben wir im Grafen Bismarck geschildert nach unserm besten Wissen und Gewissen.

LIX.

Streiflichter auf die Wirkungen der neuen National-Oekonomie.

Vom französischen Standpunkte.

(Schluß.)

Es wäre ein Leichtes diese Beispiele der wahnsinnigsten Unternehmungen fast bis in's Unendliche zu vermehren. Es genüge zu wissen, daß seit 1852, dem Beginne der liberal-ökonomischen Aera, mehrere Duzend solcher Unternehmungen entstanden und verschwunden sind, so daß sie kaum mehr genannt werden können. Von den überlebenden geben 89 seit längerer Zeit keine Zinsen mehr, nachdem sie in den ersten Jahren die unglaublichsten Dividenden vertheilt haben. Der Credit-Mobilier nebst einem Duzend Gesellschaften die davon abhängen sind in dieser Zahl einbegriffen. Außerdem bestehen noch 13 Unternehmungen, deren Ertrag stets zweifelhaft ist. Für eine Zahl von 21 Unternehmungen hat der Credit-Mobilier 4,332,084 Aktien und Obligationen in's Publikum gebracht, welche ein Capital von insgesamt 1,916,168,030 Franken darstellten. Als der Cours all dieser Werthpapiere am höchsten stand, betrug das Gesammtcapital um ein starkes Drittel mehr, nämlich 3,006,829,200 Fr. Am 21. November 1867 aber war diese Summe zufolge der Börsencurse auf 1,264,401,070 Fr. gesunken. Die Besitzer dieser Papiere verlieren also 651,776,960 Fr. im Vergleich zu dem ursprüng-

lichen Werth oder 1,742,428,130 im Vergleich zu deren höchsten Cursen.

Wo sind tausende von Millionen hingekommen, muß man sich fragen. Hier ist nur eine Antwort möglich: Entweder haben die Verwalter (Brüder Pereire und Genossen) des Credit-Mobilier die Geschäfte der Anstalt und der 21 damit zusammenhängenden Unternehmungen wie ihre eigenen Angelegenheiten auf das gewissenhafteste geführt, oder sie haben das Gegentheil gethan. Im ersten Falle ist es nicht zu erklären wie es kommt, daß die Verwalter so ganz ungeheure Vermögen sich erworben haben die in die hunderte von Millionen gehen; im andern Falle ist es dagegen sehr begreiflich, daß diese Capitalien verschwunden sind.

Wie man sieht, sind die St. Simonisten Pereire so ziemlich die Haupträbelsführer bei allen faulen Unternehmungen. Dieß hindert aber nicht, daß sie nach modernen Begriffen höchst ehrenwerthe Leute sind; sie sind ja ungeheuer reich, haben überdieß ihren Reichthum durch ihre eigene Thätigkeit erworben, und so viele Prozesse der böse Neid anhängig gemacht, eine entehrende Verurtheilung hat sie noch nicht erreichen können *). Wenn dabei ein paar hunderttausend Menschen um das Ihrige gekommen sind, so ist dieß deren eigenste Schuld: warum sind sie nicht so „intelligent“ und so „thätig“ wie die Herren Pereire, die jetzt auch als Vertheidiger von Recht und Sitte, als Stützen der öffentlichen Ordnung im gesetzgebenden Körper sitzen, trotzdem noch dieser Tage die Finance ganz unwiderleglich nachwies, daß wiederum circa

*) Zunächst sind die Pereire's nun allerdings durch Urtheil des Handelsgerichts vom 5. Mai zur Rückzahlung des zweiten Actiencapitals des Crédit mobilier im Betrage von 60 Millionen verurtheilt worden. Das Handelsgericht deckte dabei ein Gewebe des frechsten Betrugs auf, so daß Jedermann ein Einschreiten des Staatsanwalts erwartete. Bis jetzt vergebens. Ja, der Staatsrath als oberste Controlbehörde soll noch immer auf Pereire'scher Seite stehen. Vergl. Allg. Zeitung vom 8. und 21. Mai. Anm. d. Red.

9 Millionen von dem Capital einer der 21 Unternehmungen (der Compagnie Transatlantique) verschwunden sind.

Wenn unsere Gesetzgebung nicht so unvollkommen wäre als sie ist, so würde jeder schon den Platz wissen der solchen Tagesgrößen von Rechtswegen gebührt. Da wir aber gegenwärtig in einem Staate leben wo die Bourgeoisie-Wirthschaft nicht nur zur höchsten Blüthe geblühen, sondern auch allenthalben als gewaltiger Fortschritt der Menschheit gepriesen wird, so ist es auch ganz selbstverständlich daß solche Leute gleich Fürsten und Wohlthätern der neuen Zeit gefeiert werden. Als Isaac Pereire eines Abends im August 1863 in Perpignan ankam, wurde er von sämtlichen Behörden mit dem Präfekten und Bürgermeister an der Spitze, feierlichst am Bahnhof empfangen und bei seinem Aussteigen bewillkommt. Dann wurde er im Triumph neben dem Präfekten durch die Stadt gefahren; in der Präfektur erwartete ihn ein zu seiner Ehre veranstaltetes Festessen. Die meisten Häuser der Stadt waren prächtig erleuchtet. Aehnlich wurde der große Mann mehrmals empfangen.

Nach diesem Allem wird uns wohl ein Jeder zugestehen, daß wir Recht haben wenn wir sagen, fast alle öffentlichen Aktienunternehmungen haben nur den Einen Zweck: Bereicherung durch jedes Mittel. Die Aktionäre sind die geduldigen Schafe welche ihr Fell den Gründern überlassen müssen. Jeglicher andere Zweck ist nur vorgeschoben um die Opfer anzulocken. Läßt aber einmal die Spekulationswelt sich auf ein wirkliches ernstgemeintes Unternehmen ein, so ist es stets zum größern Schaden des Publikums. Wir haben dieß des Weiteren bei den Eisenbahnunternehmungen, bei der Pariser Wagengesellschaft gesehen, deren hauptsächlichstes Ergebniß die Vertheuerung war. Dieß läßt sich bis herab in's Kleinste verfolgen. In meiner Jugend, bis gegen 1854 waren die Austern eine Volksspeise in Paris. Dank der großartigen Austernzucht an den französischen Küsten, kosteten die Austern etwa drei Silber Groschen das Duzend in jedem Speisehaus

und mehr als die Hälfte auf der Markthalle. Man kann sagen, daß der starke Verzehr von Austern nicht wenig dazu beitrug den Preis des Fleisches niedrig zu erhalten; Austern waren fast ebenso billig als Fleisch. Seitdem hat nun Rothschild alle Austernbänke an sich gebracht und läßt sie ausschließlich ausbeuten. Dank seinem Gelde besitzt er also ein nicht zu bewältigendes Monopol und läßt demgemäß die Austern seitdem um den dreifachen Preis verkaufen. Kein Mensch kann ihn daran hindern.

Ähnlich sind schon verschiedene andere Bedürfnisse durch die Geldmacht vertheuert worden und werden es immer noch mehr, indem gerade durch die unsinnigen Speculationen der letzten Jahrzehnte die Concentration des Geldes, also die Geldmacht ganz ungeheuerlich zugenommen hat. Wenn man heute noch von Freiheit des Verkehrs und Ähnlichem spricht, so ist das eine wahre Lächerlichkeit. Das Geld, nach volkswirtschaftlichen Begriffen die Hauptwaare des Verkehrs, befindet sich in einigen wenigen Händen welche nach Belieben damit wirtschaften und Regen und Sonnenschein am Verkehrshimmel machen. Es ist eine große Lüge, wenn man sagt daß die Nachfrage und das Angebot die Preise bestimmen; nein, hundertmal nein; es ist die Geldmacht einzig und allein welche die Preise aller unserer Bedürfnisse uns auferlegt. Wir sind die Leibeigenen des Geldes, der Geldbesitzer geworden. Man hat solange über das Feudalsystem, über den Müßiggang der Klöster und ähnliche Mißbräuche geklagt und geschimpft. Sobald aber einmal die Schranken gefallen seyn werden welche die Bourgeoisie um die von ihr geschaffene Art Freiheit gezogen, dann wird man sich wundern über all das was unser heutiges System Aergeres und Schlimmeres bietet. Man darf heute kaum davon sprechen, eben weil augenblicklich die Bourgeoisie noch das Feste in den Händen und alle Begriffe nach ihren Grundsätzen umgeschaffen hat; aber es wird anders kommen.

So lange der Staat diesem System zu huldigen fort-

fährt, indem er derlei Unternehmungen wie z. B. den Credit-Mobilier nicht nur duldet sondern sogar in seinen Schutz nimmt, und nebenbei durch seine ungeheuerlichen zu unproductiven Zwecken verwendeten Anleihen und Steuern ganz in derselben Weise wirthschaftet und sich zum Verwalter und Alleinbesitzer eines so großen Theiles des öffentlichen Vermögens macht, ist an einen auf friedlichem Wege zu bewirkenden Umschwung gar nicht zu denken. Der moderne Staat wird und muß folgerichtig durch das zu Grunde gehen womit er am meisten gesündigt hat, und dieß ist das Capital. Es wird ihm schließlich kein anderes Mittel bleiben als das welches der in seinen Speculationen verunglückte Kaufmann anwendet, nämlich die Zahlungen einzustellen und den Bankerott zu erklären. Mit Ausnahme Preußens etwa stehen auch wirklich alle größern Staaten des Continents am Rande des Bankerotts, Frankreich so gut als Oesterreich, und Rußland so gut als Italien. Alle werden und müssen den Bankerott machen in einer Zeit die viel näher ist als die meisten glauben.

Die ersten Zeichen des Sturzes sind schon allenthalben wahrzunehmen. Zu Anfang dieses Jahres wies die „Finance“ nach, daß vom 1. Januar 1866 bis zum 31. Dezember 1867 der Werth sämtlicher an der Börse amtlich zugelassenen Papiere um nicht weniger als zwei Milliarden dreihundert Millionen Franken gefallen ist. Seitdem sind sämtliche Papiere noch weiter heruntergegangen. Die nicht in dem täglichen Börsenbericht aufgeführten Werthpapiere sind dabei noch gar nicht mitinbegriffen. Die Finance legt diese Entwerthung hauptsächlich der Saint-Simonistischen Wirthschaft zur Last die in dem Credit-Mobilier gipfelt, dessen Solidarität mit dem zweiten Kaiserreich schon mehrmals amtlich anerkannt worden ist.

Bevor wir abschließen, müssen wir dem großen Mitschuldigen, ja dem Hauptschuldigen an all diesen ökonomischen Verbrechen ein eigenes Capitel widmen. Es ist die Presse

die wir meinen. Wir wollen hier zuerst Andere sprechen lassen und führen deshalb einige Worte eines Buches an, das uns nicht unwichtiges Material zu unserer Arbeit geliefert hat und das wir angelegentlich empfehlen, obwohl der Verfasser unsern Standpunkt nicht theilt *).

„Wenn ein verbreitetes, das Vertrauen der arbeitenden und bürgerlichen Classen genießendes Blatt, wie etwa der *Siecle*, sich mit eben solchem Eifer und Ausdauer gegen die von unsern Geldmännern und liberalen Oekonomisten erfundene eigene Art der Buchführung und die übrigen Mißbräuche derselben erhoben hätte, wie sich derselbe des kleinen *Mortara* angenommen und wie er die veralteten Hirtenbriefe gewisser Bischöfe angreift, so würde er dem Staat, der ganzen Bevölkerung manche bittere Enttäuschungen erspart haben. Aber als ritterliche Chauvinisten, ja als *Don Quixote*, können wir nicht anders als stets nur um den Splitter im Auge des Nachbarn uns ereifern. Spricht man den Franzosen von Mißbräuchen und Uebelthaten die in Polen, Venedig, im Kirchenstaat oder in Constantinopel vorkommen, dann sprudelt der kriegerische Geist sogleich über; es werden Sammlungen veranstaltet, Petitionen unterschrieben: der heilige Krieg, ein neuer Kreuzzug wird verkündet. Spricht man aber von einheimischen Uebelständen, dann heißt es sogleich: was, wie? was unterstehen Sie sich? Sind wir nicht das erste Volk der Welt; ist es nicht eine Unverschämtheit und Verrath, zu behaupten daß Frankreich der jüdischen Nation tributpflichtig sei?“

Aus diesen paar Worten eines socialistischen Schriftstellers erklärt sich die ganze Taktik der dem liberalen Oekonomismus verfallenen sogenannten Fortschrittsblätter, die sich in allen Ländern gleich bleibt. Sie predigen stets den Cosmo-

*) *La Spéculation devant les Tribunaux. Pratique et théorie de l'agiotage*, par Georges Duchêne. Paris, librairie centrale, Boulevard des Italiens 24. 1867.

politismus, der die Leser davon abhält sich mit dem zu beschäftigen was eben diese Leser zunächst angeht; sie predigen den Chauvinismus, der ihnen einen solchen Dünkel in den Kopf steigen läßt, daß sie nie einen vernünftigen Gedanken über einheimische Angelegenheiten fassen können und sich deshalb gänzlich der Leitung derjenigen überlassen die ihnen von ihrem liberalen Blatte als große Männer aufgedrungen werden. Es ist Methode in dem Unsinn den die liberalen Blätter täglich über ihr Publikum ergießen und dieses verliert lieber sein Geld durch die Rathschläge seiner Blätter, als daß es von seinem Eifer für die Bekämpfung der religiösen und anderer vermeinten Vorurtheile und Mißbräuche abstecken würde.

Wir haben in den letzten Jahrzehnten in Paris mindestens hundert größere Prozesse gegen betrügerische Speculanten erster Größe erlebt, die das wichtigste Interesse geboten hätten, von denen aber kein einziges Pariser Blatt irgend ein Wort meldete. Die liberale und officiöse Presse steht völlig und ohne jegliche Ausnahme im Dienste der Finanzmänner; aus Beruf muß sie daher gerade über die Sachen schweigen welche für ihre Leser das größte Interesse haben. Der liberale Leser darf in seiner Zeitung nichts finden als die Verhimmelung des Fortschritts und die entsprechenden Empfehlungen der liberalen Schwindel-Unternehmungen. Die legitimistischen Blätter sind ebenfalls schon öfters der liberalen Geldwirthschaft dienstbar gemacht worden. Die größern katholischen Blätter aber haben bisher sich viel zu wenig mit diesen so wichtigen Verhältnissen beschäftigt, weil sie eben gar zu ausschließlich religiöse Organe sind. Auch haben sie ebenso wie alle andern Pariser Blätter keine eigenen Berichterstatter in den Gerichtssälen, sondern begnügen sich die wichtigern Proceßverhandlungen aus einer der beiden Gerichtszeitungen abzudrucken. Nun sind letztere aber auch zu gewinnen und bringen entweder solche Prozesse gar nicht oder zu unvollständig und zu spät um für den

Wiederabdruck zu dienen. Auf diese Weise ist es möglich, daß die guten Pariser, welche über jeden Schritt und Tritt des Papstes und Garibaldis unterrichtet werden, von dem gar nichts erfahren was in ihrer nächsten Nähe vorgeht, so hoch wichtig die Vorgänge auch seyn mögen.

Dazu kommt die Thatsache, daß die Regierung selbst sich einmischt und die Veröffentlichung solcher Prozeßverhandlungen einfach untersagt. Man begreift dieß wenn man weiß, welcher Schutz und welche Bevorzugung manchen Unternehmungen die sich später als reiner Betrug herausstellten, von oben zugewendet wurde. Wie viele hochgestellten Persönlichkeiten sind nicht an solchen Unternehmungen betheiligt oder doch wenigstens so hineingezogen worden, daß sie als Mitschuldige erscheinen müßten! Dieß erklärt wiederum, warum auch die gutgesinnten unabhängigen Blätter mit dem besten Willen nicht alles thun können was eigentlich geschehen müßte. Es geht dieß soweit, daß Buchhändler und Drucker von der Veröffentlichung von Schriften abstehen die dergleichen Gegenstände behandeln. So wiesen im Jahre 1858 drei Buchhändler nacheinander die Herausgabe eines Büchleins ab, worin Herr G. Duchêne die nach der Verschmelzung der französischen Bahnen zwischen den sechs neugebildeten großen Eisenbahngesellschaften und dem Staat geschlossenen Garantieverträge einer eingehenden Beurtheilung unterzog. Bekannte Thatsache ist auch, daß die Pariser Zeitungen alle auf den französischen Bahnen vorkommenden Unglücksfälle entweder ganz verschweigen oder nur Nachrichten darüber geben die ihnen die Direktionen der bestehenden Gesellschaften mitzutheilen für gut finden.

Die meisten liberalen Blätter sind übrigens ausdrückliches Eigenthum von Finanzanstalten und großen Speculanten. Im Jahre 1860 verkaufte Emil von Girardin die von ihm gegründete Presse an den berühmten Millaud, der fernerhin die Rechte eines Hauptredakteurs und Haupteigenthümers in sich vereinigte. Er benützte diese Stellung um

an erster Stelle, als Leitartikel, die unverschämtesten Reklamen für seine Spekulationen abdrucken zu lassen. Die Streifbänder, womit die einzelnen Nummern versandt werden, wurden mit Reklamen versehen wie z. B.: Kauft Aktien der Mittäglichen Bahn! Hr. Rouy, der von der Regierung angenommene Gerant der Gesellschaft, widersetzte sich dem unverschämten Treiben; Willaud aber als Besitzer des größten Theils der Aktien des Blattes ließ sich nicht irre machen. Es folgte ein Prozeß der die ganze unsaubere Geschichte offen an den Tag legte.

Nachdem nun derselbe Willaud, eine der finanziell-literarischen Größen des Pariser Geldmarkts, wegen Betrug und ähnlicher Geschichten zur Wiedererstattung der den Aktionären der Nassauischen Bahnunternehmung abgenommenen Gelder verurtheilt ward, mußte er auch die „Presse“ verkaufen. Es fand sich ein seiner würdiger Nachfolger in der Person eines gewissen Solar, eines Schriftstellers der mit Mirès in engster Verbindung stand. Solar war also Besitzer der sehr oppositionellen Presse, Mirès war Hauptaktionär und folglich auch Hauptdirektor der Gesellschaft, der heute noch der Constitutionnel und Pays, die zwei erklärtesten Regierungsblätter, gehören. Außerdem besaß Mirès noch eine finanzielle Zeitschrift, das Journal des Chemins de fer. Im Verein mit Solar kaufte er auch den oppositionell gesinnten Courrier du Dimanche, ein politisches und gar nicht schlecht redigirtes Wochenblatt. So verfügte nun die Sippe über fünf Blätter wovon zwei erklärte Regierungs-, zwei Oppositionsblätter und ein sogenanntes Fachblatt. Man kann sich denken welchen Erfolg und Eindruck es hervorbringen mußte, wenn diese fünf unter sich so verschiedenen Blätter einmüthig und mit der größten Begeisterung ihre Empfehlungen vor das arglose Publikum brachten. Die Politik war hier nur der Aushängeschild für ganz andere Zwecke.

Aber auch die übrigen Blätter standen der Sippe zu Diensten. Mirès glaubte sich ganz fest im Sattel und warf

das Programm einer Banque des Etats, mit 100 Millionen Franken Capital und Unterbringung aller möglichen Staatsanleihen als Zweck unter die gläubige Menge. Nicht nur die genannten fünf Blätter, auch alle übrigen bejubelten den Plan des großen Finanzmannes und empfahlen ihn auf's angelegentlichste. Die Opinion nationale vom 18. November 1864 hob in einem Leitartikel hervor, daß diese Anstalt Paris zum Hauptgeldmarkt der Welt machen werde. Hr. Malespine, seitdem mit einem österreichischen Orden begabt, sprach darin seine lebhaftesten Sympathien, seine aufrichtigsten Wünsche für das Unternehmen aus. Drei Tage später that der Siècle dasselbe und ließ einen gespreizten Leitartikel los um diese offenbarste aller Schwindeleien zu feiern. Als wenige Zeit darauf der Staatsrath dennoch ein Haar in der Geschichte fand und der Bank die Genehmigung verweigerte, wurde deren Urheber, Mirès, als eine Art Martyrer von diesen Blättern gefeiert.

Thatsache ist weiter, daß verschiedene sonst anständige Blätter, anstatt sich einen bezahlten Börsenberichterstatter zu halten, den Börsenbericht einfach an Speculanten verpachten. Anstatt 3 bis 6000 Franken jährlich für den Börsenbericht auszugeben, streichen dann diese Blätter 24 bis 48,000 Fr. dafür ein. Selbstverständlich weiß ein solcher Berichterstatter seine Berichte so einzurichten, daß er den Pacht bezahlen und selbst noch ein Erkleckliches verdienen kann.

Hören wir noch einen Zeugen aus dem andern Lager. Am 16. Dezember 1860 konnte man im Figaro folgenden Artikel lesen: „Es ist mir sehr gelegen einmal in aller Offenheit von unsern modernen Geldmännern zu sprechen und alles zu sagen was ich Gutes von denselben denke. Ich weiß nicht, ob in früheren Zeiten auch schon die Bankherren das unwiderstehliche Bedürfnis fühlten, jedesmal wenn sie ein neues Werthpapier auf den Markt brachten, auch Leute daran zu betheiligen welche sie höchstens dem Namen nach kannten. Seit mehreren Jahren jedoch ist dieß zur Regel geworden.

Das System der bevorzugten Vertheilung von Aktien unter die Schriftsteller und Zeitungsschreiber, ein System welches Mäcen nicht verläugnet hätte wenn man zu seiner Zeit auch schon Commanditgesellschaften gegründet hätte, hat den sehr ehrenwerthen Baron von Rothschild zum Erfinder. Glücklicherweise hat er kein Patent darauf genommen und seine bankherrlichen Nebenbuhler können ihm ungestraft nachahmen; es ist dieß eine Nachahmung deren sich Niemand beklagen wird.“

„Zur Zeit der Gründung der Nordbahn war der Baron von Rothschild nicht damit zufrieden bloß gute Aktien auszugeben, er wollte auch wirklich Gutes thun. Er schrieb denn also in die Unterzeichnungsliste die Namen der Bücherverfasser und Tageschriftsteller, der Dichter, dramatischen Autoren, überhaupt aller Leute von Geist und Talent, und aller derjenigen welche durch ihre Werke ihren Namen mit irgend welchem Glanze umgeben hatten. Er verstand es bei diesen liebenswürdigen Zuorkommenheiten allen jenen Takt, all jenes Feingefühl, all jene Ritterlichkeit anzuwenden, welche man bei einem Millionär erwarten darf welcher, stets in Mitte der geistreichsten Männer seiner Zeit lebend, sehr wohl gelernt hat dieselben nach ihrem wahren Werthe zu beurtheilen. Er schickte allen die von ihm selbst für dieselben gezeichneten Aktien zum Alpari-Curse zu; man konnte dieselben sofort mit bedeutendem Agio verkaufen, oder man konnte sie auch behalten und blieb so der Geschäftsgenosse des Barons; man war alsdann nicht mehr bloß demselben zum Danke verpflichtet, sondern war dessen Aktionär; auch der empfindlichste Stolz konnte sich durch eine mit so vielem Anstand gemachte Freigebigkeit nicht beleidigt fühlen.“

„Später als Herr Mirès seine großen Geschäfte in's Werk setzte, folgte er dem edlen Beispiel des Herrn von Rothschild; ebenso eigneten sich die Herren Pereire dieselbe Gewohnheit an. Und so kommt es, daß von Zeit zu Zeit ein wohlthuernder Mannaregen in die unfruchtbare Wüste der

Literatur fällt und zwar unter der Form von Freigebigkeiten, welche mit dem größten Anstand und Zartgefühl geübt werden und von einer Initiative ausgehen deren Absichten und Handlungsweise der Art sind, daß sie dem gerechten Stolz von irgend einem der Betheiligten nie zu nahe treten.“

„Was ist die Folge der Freigebigkeiten und Ermuthigungen (encouragements) der Finanzmänner gegen die Schriftsteller? Einfach diese: Gegenüber der fürstlich freigebigen Handlungsweise derselben verzeiht man den Millionären ihre Millionen; der Neid hört auf dieselben anzugreifen, wenn sie sich mit dem Panzer der Dankbarkeit zu umgeben wissen. Ich weiß wohl daß einige allzu empfindliche Schriftsteller sich gegen meine Ausführungen erheben werden“ . . .

Doch der Figaro irrte sich. Es gab keine solche Empfindlichkeit und Niemand widerlegte ihn. Es war vielmehr der Generaladvokat Senart welcher in dem berühmten, mit einer Freisprechung beendigten Mirès'schen Betrugsprozesse folgende an Mirès gerichtete Worte sprach, die als Antwort auf das Obige gelten können: „Ah! Man sagt Sie seien freigebig gewesen; Ihre Hand war stets offen für alle welche kamen um für irgend etwas bei Ihnen anzuhalten. Ja, Sie haben auch wirklich Freigebigkeit geübt, aber es war das Geld der Armen und Unglücklichen welches Sie auf diese Weise austheilten; es waren die Sparpfennige dieser alten Dienstmagd, dieses Kutschers, dieses armen Eckensteher's der durch den Verlust den Verstand verloren. Können Ihnen solche Wohlthaten als Verdienst angerechnet werden?“

Der Herr Generaladvokat hat hundertmal recht. Aber was lehren sich die der Bankokratie verfallenen Blätter daran, die wohlgefällig die „Wohlthaten“ dieser Geldsauger verkünden, nie aber ein Wort von deren Ausfaugungen sprechen. Was sind auch die Klagen von einigen hundert Hungerleibern welche Mirès dazu gemacht; was ist auch die nergelnde Empfindlichkeit und die Gewissensbedenken gegenüber einem Geldmann der die zwei erklärtesten Regierungsblätter, den Pays

und Constitutionnel besitzt, der die Caution für den Courrier du Dimanche hinterlegt, dessen Geschäftsgenosse Solar die oppositionelle Presse besitzt und die beide zusammen das Journal des Chemins de fer ediren; welche als Mäcene der ganzen Schriftstellerwelt gelten und auf deren Hülfe und Dankbarkeit zählen können? Da muß der Arme schweigen und der Geprellte der sich beklagt wird Gegenstand der allgemeinen Verfolgung. Die Bedienten sind ihrer Herren würdig, und wenn die Regierung fortfährt dieselbe wie bisher zu begünstigen, dann ist bald gar keine andere Möglichkeit der Sprengung eines solchen Bannes vorhanden als die der nackten Gewalt.

Das Kaiserthum hat es sich als ein besonderes Verdienst angerechnet, die Staatsanleihen durch sogenannte Volkssubscriptionen unterzubringen und durch ihre zahllosen Agenten und Beamten alle Schichten der Bevölkerung zur Betheiligung daran zu veranlassen. Die sogenannten demokratischen Blätter sind heute noch des Lobes voll ob dieser volksfreundlichen Neuerung. Was anders ist aber die wirkliche Folge davon als die direkte Entziehung des Capitals zum Schaden der Betriebbarkeit des Landes. Das ganze Volk ist dadurch von dem Geiste der Speculation angesteckt worden. Nachdem sich die Bauern und Spießbürger einmal bei den Staatsanleihen betheiligt hatten, bißen sie auch an den Köder der ihnen durch die Börse auf eine so verlockende Weise dargeboten wurde. Sobald jetzt einer etwas Geld hat, denkt er sofort dasselbe so anzulegen, daß er ohne jegliche weitere Mühe und Sorge einen sichern Ertrag habe. Anstatt ein Geschäft zu treiben und zu überwachen, anstatt zu arbeiten ist man jetzt Rentner oder Nichtsthuer der gut ißt und trinkt und, um die Verdauung zu befördern, die Zeitung liest und den Börsenbericht studirt, ob nicht vielleicht ein Geschäftchen durch Verkauf oder Kauf einiger Aktien zu machen sei. Selbst die ungeheuren Betrügereien die so Vielen ihr Vermögen gekostet, haben die Sorglosigkeit und Vertrauensseligkeit der meisten wenig erschüttert. Man glaubt ja so gern was man wünscht, und

lebt so unbesorgt in den Tag hinein, beschäftigt sich mit Politit um die Zeit zu vertreiben, und gehört stets der fortgeschrittensten Partei an, ohne auch nur ahnen zu können daß der erste politische Umschwung das Kartenhaus umwirft, worauf das eigenste Daseyn beruht. Ist es nicht eine Thatsache, daß selbst ohne jegliche politische Erschütterung binnen wenigen Jahren die französischen Eisenbahnen unmöglich mehr die hohen Dividenden (die Nordbahn gibt 18 Procent für 1867) zahlen können, die sie seit mehreren Jahren vertheilen? Ja, die Gesellschaften werden fast eine Art Bankerott machen müssen, trotz den reichlichen Staatsunterstützungen die ihnen zu Theil werden. Es werden dadurch wiederum mehrere tausend Menschen sehr unsanft berührt und in ihrem Schlaraffenthum gestört werden, und so wird es fortgehen wie der Krug zum Brunnen.

LX.

Zur „Geschichte des Photius“ von Hergenröther *).

Es ist nunmehr von Hergenröthers „Photius“ der zweite Band erschienen, der so rasch dem ersten folgte, daß wir hoffen dürfen den dritten Theil und damit das ganze große Werk noch vor Abschluß des Jahres zu besitzen. Ueber die eminenten Vorzüge des ersten Bandes haben wir in einem frühern Artikel (Bd. 60. S. 173 ff.) ausführlich gesprochen, und es ist wohl nicht nöthig zu bemerken, daß dieselben auch die Fortsetzung der Schrift auszeichnen. Anstatt darum unser Urtheil zu wiederholen, wollen wir gleich durch ein kurzes

*) Photius, Patriarch von Constantinopel. Sein Leben, seine Schriften und das griechische Schisma. Nach handschriftlichen und gedruckten Quellen von Dr. J. Hergenröther. II. Band. Regensburg bei Manz 1867.

Referat die Leser auf den anziehenden Stoff hinweisen, welchen Hergentröther mit ebenso erstaunlichem Fleiße als kritischem Scharfsinne zusammengesucht, gesichtet und aufgehäuft hat. Nicht nur die Vortrefflichkeit des Werkes hat uns hierzu bestimmt, sondern auch die Rücksicht auf unsere Zeit. Denn heutzutage, wo sich das griechische Schisma mit seiner Macht so gewaltig spreizt, thut es ganz besonders noth, die unzweifelhaften Resultate bloß zu legen, welche eine unparteiische Geschichte über seine unreinen Anfänge constatirt.

Den Inhalt des vorliegenden zweiten Bandes bilden die vier weitem Bücher des ganzen Werkes, nämlich: IV. Der Sturz Photius' und das achte ökumenische Concil (S. 5 — 182). V. Photius im Exil und abermals Patriarch (S. 183 — 376). VI. Die photianische Synode von 879—880 (S. 379 — 578). VII. Zweites Patriarchat, letzte Kämpfe und Tod des Photius (S. 581—748). Die hier niedergelegten Resultate bekräftigen ganz die Anschauung, welche bereits in der Vorrede ausgesprochen wurde: daß nämlich in Photius eine ganze Rationalität, ein Princip, eine Idee wie in wenigen Andern vertreten ist, da seine großen und glänzenden, wie seine schlimmen und abschreckenden Eigenschaften eben nur den vollendetsten Ausdruck und Typus des tief entarteten Griechenthums darstellen.

Als Repräsentant einer solchen Geistes- und Lebensrichtung mußte Photius an allen Schwankungen Theil nehmen, die ihr launenhaftes, unabänderlicher Principien baares Wesen hervorrief. So geschah es denn auch wirklich. Der Anfang des vierten Buches zeigt uns Photius auf der Höhe des Glückes, auf welche ihn die Hofgunst gestellt. Sofort sehen wir aber ihn stürzen; und er stürzte, um bald den gleichen Gipfel von neuem zu ersteigen und dann wiederum und dießmal für immer zu fallen. Ihn hob die Welle, verzihlang die Welle, und er versank. Gleich das erste Kapitel führt uns eine für die Zustände des griechischen Kaiserreiches bezeichnende Scene vor Augen. Michael III. faßt Abneigung

gegen Basilius, den er aus dem Stalle hervorgezogen und allmählig bis zur Würde eines Mitkaisers emporgehoben hatte. Jetzt wendet sich seine Vorliebe dem Basiliscianus, einem früheren Kuder knechte, zu; bei einem Gelage läßt er ihn die rothen kaiserlichen Stiefel anziehen und meint, dieselben ständen ihm besser als dem Basilius. Letzterer weiß aus der Ermordung des Mitregenten Bardas, wozu die trunkene Laune des Michael fähig ist, und sucht einem ähnlichen Schicksale dadurch zuvorzukommen, daß er seinerseits den Kaiser meucheln läßt. Auch Photius wird in diesen Sturz verwickelt, und der abgesetzte Ignatius wiederum auf den Patriarchenstuhl gehoben. Einzig und allein dieser politische Wechsel war die Ursache seines Falles; denn die Angabe, Photius habe den Basilius durch Verweigerung der Communion beleidigt, wird durch eingehende Forschung als unbegründet erwiesen.

Was früher geschehen, traf auch jetzt wieder ein. Die Union mit Rom wurde durch den kaiserlichen Willen wieder angeknüpft, wie sie früher durch eben denselben zerrissen war. Das Schauspiel sollte übrigens nach wenigen Jahren sich wieder erneuern. Noch unter Basilius brach die griechische Kirche ihre Verbindung mit dem Papste ab, während sofort nach seinem Tode wiederum Gesandte zur Versöhnung nach Rom eilten. P. Hadrian II. entsprach mit Freuden dem Begehren des Kaisers. Nach Abhaltung einer Synode in Rom, wo alle Vorkehrungen berathen wurden, schickte er Gesandte zu einer ökumenischen Synode in Constantinopel. So bedenklich war der damalige Zustand der orientalischen Christenheit, daß er dieses alleraußerordentlichste Heilmittel, das die Kirche besitzt, gebieterisch zu erheischen schien.

Der Verfasser gibt uns eine ausführliche Geschichte der achten allgemeinen Synode. Vorher aber sucht er durch eine kritische Untersuchung über die Richtigkeit der Akten, die wir gegenwärtig von jenem Concile besitzen, gewissermaßen ein sicheres Terrain als Operationsbasis zu erobern. Mit Recht nimmt er die Uebersetzung des Bibliothekars Anastasius als

treu an. Der griechische Text ist in seiner heutigen Gestalt nur ein Excerpt, das aber gleicherweise nicht absichtlich verfälscht wurde. Dann behandelt der Verfasser auch die Frage über die Gesandten der drei unter saracenischer Herrschaft stehenden Patriarchen von Antiochien, Jerusalem und Alexandrien. Solche sehen wir nämlich auf jeder der drei großen zur Zeit des Photius (867, 869, 879) gehaltenen Synoden, und wir hören sie sich gegenseitig Betrüger schimpfen. Gfrörer traut weder den einen noch den andern, indeß zeigt Hergentröther, daß die Angaben der auf dem achten ökumenischen Concil auftretenden am meisten Glauben verdienen. Die Synode brachte durch Absetzung des Photius und der von ihm Geweihten, sowie durch die Aufnahme der Neuigen die Union glücklich zu Stande, doch leider barg ihr Schluß schon wieder den Keim zu einem neuen Zerwürfniß in sich.

Den Anlaß dazu gab Bulgarien. Dessen Fürst war nicht nur über die lateinischen Missionäre verstimmt, sondern wünschte auch aus politischen Gründen die Verbindung seiner Kirche mit dem byzantinischen Patriarchen. Andererseits verlangte Basilius nichts sehnlicher, als das den Griechen gefährliche Nachbarvolf durch kirchliche Abhängigkeit an Constantinopel zu fetten. Wohl berechnet waren die Maßnahmen zur Ausführung seines Planes. Bulgarische Gesandte waren nämlich, wahrscheinlich auf seine Veranlassung, erschienen, um den Legaten der Patriarchen die Frage zur Entscheidung vorzulegen, zu welchem der beiden Patriarchate, ob zum römischen oder zum byzantinischen, Bulgarien zähle. Basilius versammelte deßhalb die Vertreter der fünf Patriarchalstühle; allein „dieser kirchlich = politische Congreß war eben nur ein schlaues und in jeder Beziehung genau vorbereitetes Manöver, indem von den fünf Großmächten die zweite (die byzantinische), ohne selbst aus dem Hintergrunde hervorzutreten, ihre Sache erfolgreich durch Andere verfechten ließ.“ Denn die Abgeordneten von Alexandrien, Antiochien und Jerusalem, im voraus für den Plan des Kaisers gewonnen, spielten

die Schiedsrichter zwischen Alt- und Neurom, waren aber in Wirklichkeit nur Vortsführer des letzteren und majorisirten die päpstlichen Gesandten. So sehr diese auch gegen das unrechtmäßige, voreilige Verfahren von solchen „nicht gewillfürten, nicht anerkannten Schiedsrichtern“ protestirten, so sehr sie auch betonten, daß sie ebensowenig wie die Legaten der andern Patriarchen irgend welche Vollmacht zur Schlichtung dieser Angelegenheit erhalten, so sehr sie auch die Rechtstitel Roms auf Bulgarien hervorhoben und den Patriarchen Ignatius beschworen, die römische Kirche doch nicht in ihren wohl begründeten Ansprüchen beeinträchtigen zu lassen, zumal sie ja auch ihm zu seinem Rechte wieder verholfen — alle ihre Bemühungen fruchteten nichts; längst war in Constantinopel die Sache beschlossen; man fertigte sie mit höflichen Redensarten und glatten Versprechungen ab und übergab den bulgarischen Abgeordneten „ein Dokument des Inhaltes, daß die Legaten der orientalischen Patriarchen als Schiedsrichter entschieden hätten, Bulgarien habe dem Stuhle von Constantinopel zu unterstehen.“

Das in solcher Weise gesprochene Urtheil, welches den Bulgarenfürsten von Rom trennte, war eine eklatante Anwendung der Doktrin von der kirchlichen Patriarchal-Pentarchie, die sie eben damals als eine bequeme Handhabe für den Byzantinismus entlarvte. Diese und andere Manifestationen derselben Theorie auf der achten Synode bieten dem Verfasser Anlaß zu einem interessanten Excurs. Er zeigt nämlich die allmähliche Entwicklung der orientalischen Anschauung von der kirchlichen Pentarchie, prüft ihren dogmatischen und kirchenrechtlichen Gehalt und charakterisirt endlich das Ziel, worauf sie hinauslief. „War auch der Vorrang und die höhere Gewalt des römischen Bischofs von Altersher anerkannt, in unzähligen Urkunden bezeugt, von allen Orthodoxen verkündigt: so war das doch nur im Allgemeinen und im Princip, im Speciellen nur bezüglich sehr weniger Fälle genauer formulirt, so fragte es sich noch immer, welche Aus-

dehnung diese Gewalt erfahren, welche Schranken sie erleiden solle, und wie man später im Occident seit dem 14. und 15. Jahrhundert zur Beschränkung des im Allgemeinen nicht gelängneten päpstlichen Primates neue Theorien aufstellte, welche der Kirchenverfassung ein bald mehr aristokratisches bald mehr demokratisches Gepräge ausdrücken, den Schwerpunkt der Hierarchie in etwas Anderem als in der monarchischen Obergewalt des Nachfolgers Petri suchen wollten, so hatten die Griechen längst ihre Doktrin von den fünf Patriarchalstühlen entwickelt, deren Uebereinstimmung als die irrefragable und höchste Norm für die Gläubigen in allen wichtigen Fragen der allgemeinen Kirche unumgänglich gefordert sei. Diese Oligarchie ward als etwas von Gott selbst Angeordnetes betrachtet, und nach und nach suchte man diese Anschauung tiefer und vielseitiger zu begründen.“ Dennoch war bei dem tiefen Verfall der drei östlichen Patriarchate die Pentarchie in Wirklichkeit ein bloßer Name, das genannte System begünstigte statt der von Gott gewollten Monarchie einen gefährlichen Dualismus (von Alt- und Neurom), den es nur äußerlich einigermaßen verbarg. Hergentröther zeigt denn auch, daß dasselbe nie von der Kirche gebilligt worden ist.

Der Dualismus des Orientes und Occidentis gestaltete sich, wie in kirchlicher, so auch in politischer Beziehung immer mehr zu einem Antagonismus. Und doch schien das siegreiche Anstürmen des Islam ein einiges Zusammengehen der beiden Hälften der Christenheit durchaus zu erheischen. Freilich suchte Basilius auch in politischer Beziehung eine Verbindung mit dem Abendlande zu bewerkstelligen, aber seine Anstrengungen hatten keinen dauernden Erfolg. Anstatt bei der drohenden Gefahr über kleinliche Rücksichten sich hinwegzusetzen, haderte der Byzantiner mit dem Franken über den Kaisertitel, so daß keine belangreiche Verbindung gegen den gemeinsamen Feind zu Stande kam. So haben die Griechen das gleiche Mißgeschick auf politischem wie auf kirchlichem Gebiete. Sie er-

kennen dem Islam gegenüber die Nothwendigkeit einer Vereinigung mit dem Occidente, beginnen oft auch sich ihm zu nähern; aber sobald sie einige Schritte zu ihm hin gethan, lähmt sie sogleich der Byzantinismus, dieser eigenthümliche Geist ihres altersschwachen Reiches. Kaum hatte man in Constantinopel freundliche Versicherungen von dem Kaiser des Abendlandes erhalten, als der griechische Stolz auch schon über Titulaturen zankt; kaum hatte man die Union mit Rom auf der achten Synode zu Stande gebracht, als bereits derselbe Stolz das auf dieser Synode wiederum zur Geltung gekommene Ansehen Roms in kleinlicher Weise herabzudrücken und gar durch Abtrennung Bulgariens vom lateinischen Patriarchate zu schmälern trachtet.

Doch zurück von diesen Reflexionen zu Photius, den uns das fünfte Buch zuerst im Exile, dann aber wiederum auf dem Patriarchenstuhle zeigt. „Ein ökumenisches Concil hatte alle seine Blößen vor den Augen der ganzen Welt enthüllt, ein definitives Verdammungsurtheil ihn für immer aller Hoffnung auf kirchliche Würden beraubt, kurz Alles war geschehen um ihn moralisch zu vernichten; und dennoch blieb der riesige Geist dieses Mannes ungebeugt, sein Stolz unbezwinglich. Buße und Unterwerfung waren ihm Feigheit. Er unternahm es, nachdem fast Alles sich gegen ihn verschworen, trotz aller innern Aufregung mit aller Consequenz seine Stellung zu wahren, seine Gegner anzugreifen in engeren und in weiteren Kreisen, neue Pläne zu entwerfen für die Zukunft und aufs neue das gefährliche Spiel zu spielen das ihm lange gelungen, doch zuletzt mißglückt war. Groß in Allem, selbst im Verbrechen, Meister in der Verstellungskunst, treu seinem Axiom nie rückwärts zu gehen, auch wo kein Vorschreiten möglich, ging er mit Ausdauer an das schwierige Werk. Eines kam ihm vor Allem zu Statten: die Situation des Verfolgten, das natürliche Mitleid, das man gern dem harten Loos eines begabten Mannes gönnt“ (S. 186).

Diesen Vorthail wußte Photius meisterhaft in den vielen Briefen auszubeuten die er in seinem Exile geschrieben, und die von großem Belange sind um ihn kennen zu lernen. Die schmerzlichsten Schläge hatten das gewaltige Genie tief verwundet; sie stachelten es nun mächtig an, alle seine Hülfsmittel aufzubieten, um aus dem Elende sich wiederum emporzuringen. So sehr auch innerer Groll ob seiner Hestigkeit nach außen hervorlochte, so bemeisterte Photius doch in den Briefen mit kluger Berechnung Gefühle und Worte; selbst „nachdem er auf das heftigste sich geäußert, lenkt er wieder ein, wird sanfter und milder, der wildrauschende Strom wird zum leicht dahin gleitenden Bächlein, der stärkste Ausbruch des Zornes verliert sich zuletzt in dem Ausdruck der stillen Ergebung und der Gott vertrauenden Hoffnung. Ein Gemisch von widerstreitenden Gefühlen — bald gänzliche Niedergeschlagenheit und maßloser Schmerz, bald kühner Troß und männliche Ruhe, bald heftige Rachsucht, bald schonende Milde, Stolz und Demuth, Verzweiflung und Hoffnung, Lebensüberdruß und neue gesteigerte Erwartungen gehen hier durcheinander, nicht bloß nach seiner momentanen Stimmung, sondern öfters auch nach dem beabsichtigten Eindruck auf das Gemüth des Empfängers. Die aus dem Exil von ihm geschriebenen Briefe bestätigen die uns auch sonst bezeugte Elasticität seines Geistes, seine Kunst die Menschen für sich zu gewinnen, seine Welterfahrung, seinen tiefen psychologischen Blick, seine wunderbare Gewalt über die Herzen seiner Freunde, wie sie kaum Jemand in diesem Maße besaß. Sie mußten ihm auch jezt früher oder später einen glänzenden Erfolg erringen und alle Bemühungen seines Gegners vereiteln, die auf Herstellung der kirchlichen Einheit im ganzen Patriarchate gerichtet waren. Ein Mißton geht aber durch alle diese Briefe: dieser nur leicht verhüllte Egoismus, dieser stete Mißbrauch des Namens Gottes, diese fortgesetzte Identificirung seiner Sache mit der Sache Christi und der Kirche, diese constante Lästerung Aller die nicht auf seiner Seite

waren, hat etwas Widerliches, Ekelerregendes. Wer die wahre, aus tiefstem Herzensgrunde stammende Religiosität von einer erheuchelten Frömmigkeit zu unterscheiden versteht, der fühlt das Geschraubte, Gefünstelte, nach Effect Haschende in den meisten der anscheinend so demüthigen und innig christlichen Herzensergießungen wohl heraus, und der schärfere Beobachter findet, daß, wenn auch Photius bisweilen in der täuschendsten Weise den rechten Ton zu treffen weiß, doch bald wieder ein gellender Mißton den Mangel an innerer Wahrheit und an voller Harmonie der geistigen Potenzen verräth" (S. 188).

Der Leser der photianischen Briefe aus dieser Zeit wird bisweilen die Empfindung eines Zuschauers theilen, der ganz hingerissen im Theater von ergreifenden Scenen und Reden, durch offenbare Uebertreibungen plötzlich daran erinnert wird, daß er eben nur einer Komödie beimohne. Man höre und urtheile! Von seinen Gegnern, den Vätern des achten Concils sagt Photius: durch das gegen ihn erlassene Urtheil hätten sie „sich den Juden, denen sie nacheiferten, in dem Hasse gegen Christus und in dem furchtbaren Worte des Herrn völlig gleichgestellt.“ Nicht nur das. „Diese gottlose, unverschämte und beispiellose Gräuelthat hat alle Verbrechen der Juden, welche die Sonne gesehen oder der Mond verborgen, in Schatten gestellt, die Missethaten und Gottlosigkeiten der Heiden, die Wuth und Stumpfsinnigkeit aller barbarischen Völker der Erde weit hinter sich zurückgelassen.“ Vermuthlich erfolgte wegen der größeren Bosheit des gegen Photius und seine Anhänger erlassenen Urtheils im J. 869 auch ein schrecklicheres Erdbeben als bei Christi Tod. Photius sagt wenigstens von demselben, es verdunkle durch seine Größe alle Leiden welche die Stadt getroffen, und ist nicht abgeneigt in ihm ein göttliches Strafgericht über die Frevel seiner Gegner zu erblicken (S. 211). Nach seinen Aeußerungen ist die Zeit des Schweigens für ihn gekommen, und dennoch zeugt nicht nur die Masse, sondern mehr noch die Länge und

Breite der von ihm geschriebenen Briefe von seiner Geschwächtheit. Nach seinen Klagen hat man ihm Alles, selbst seine Bücher genommen, das Leiden hat sein Gedächtniß geschwächt, und doch stroßen seine Abhandlungen von Erudition. Er seufzt, daß er von Freunden abgeschnitten, gewissermaßen lebendig begraben sei, und doch unterhält er eine ausgedehnte Correspondenz mit Verwandten, Geistlichen, Mönchen, Bischöfen, Hofbeamten, selbst mit einem Mitgliede des römischen Klerus und steht mit seiner Partei in fortwährender Verbindung. So entwickelt er, obwohl „in fortwährendem Todeskampf“, eine von ungewöhnlicher Lebenskraft zeugende Thätigkeit.

Wohl mag dieser Widerspruch weniger grell erscheinen, wenn man berücksichtigt, daß Photius während seines Exiles nicht immer auf gleiche Weise behandelt wurde; sicher aber erklärt er sich vollständig nur aus Uebertreibungen bei Schilderung seiner Leiden. Und wenn er weder Maß noch Form kennt im Schmähem wider seine Feinde und im Ausmalen ihrer Bosheit, wird er dann wohl bei Schilderung der von diesen ihm zugefügten Uebel heilig die Grenzen der Wahrheit beobachtet haben? Dürften wir das nicht von vornherein bezweifeln, auch abgesehen von dem schwülstigen Tone seiner Klagen? Wie dem aber auch sei, sicher ist, daß es ihm während seines Exiles gelang seine Partei als eine förmliche „Kirche“ zu constituiren und zu erhalten. Freilich konnte das nicht ohne Verhöhnung der gegen Separatconventikel erlassenen Kanones geschehen, die Photius selbst sowohl früher als später auf das härteste gegen die Ignatianer exquirte. Aber „was für seine Partei ein heiliges Recht war, das war für die Gegenpartei ein fluchwürdiges Verbrechen. Die Kirchengesetze, die er überall heuchlerisch hervorhebt, waren ein Spiel in seinen Händen; sie durften nur zu seinen Gunsten gebraucht, nie gegen ihn selber gekehrt werden; der Glaube, die ganze Religion war in ihm concentrirt, er war das Haupt der wahren Kirche; wer von ihm sich trennte,

war schuldig des Schisma und der Häresie. Nichts hat dem Christenthum so geschadet als diese Selbstvergötterung eines kirchlichen Demagogen, der sein Ich überall an die Spitze stellt, die Namen von Recht und Unrecht, von Tugend und Laster vertauscht und das Heiligste zum Fußschemel seines Ehrgeizes erniedrigt“ (S. 209).

Die rastlose Wirksamkeit des verbannten Parteihauptes sollte bald mit Erfolg gekrönt werden; Photius wurde von Basilus zum Erzieher seiner Söhne bestellt. Nächste Veranlassung hierzu war nach Nicetas Bericht der fabelhafte, von Photius erdichtete Stammbaum des kaiserlichen Geschlechtes. Diese Angabe welche bedeutende Kritiker (Le Quien, Döllinger u. A.) adoptirten, wurde von andern verworfen; Hergentröther zeigt aber, daß man kein gegründetes Bedenken gegen sie erheben kann, daß sie vielmehr ganz in Harmonie mit andern unzweifelhaften Thatfachen steht. Einmal am Hofe, konnte Photius noch ungehinderter für seine Sache wirken, so daß er nach dem Tode des Ignatius ohne Mühe abermal seine Erhebung auf den Patriarchenstuhl durchsetzte. Dieß ist der interessante Inhalt des fünften Buches. Der Verfasser verwebt aber mit der Erzählung der Ereignisse überall kritische und wissenschaftliche Untersuchungen. Besonders ausführlich, und wir dürfen hinzusetzen, mit glücklichem Resultate belohnt sind die Excurse über den Bibliothekar Anastasius und über die Reordinationen. In dem ersten zeigt er, daß dieser Bibliothekar identisch ist mit Anastasius, dem von Leo IV. abgesetzten Erzpriester von St. Marcellus; in dem zweiten vertheidigt er mit Aufwand großer Erudition, daß die alte Kirche unverbrüchlich an der Unerlaubtheit einer Reordination festgehalten hat und die äußerst seltenen, von einzelnen Oberhirten zum Theil aus Parteihaß vorgenommenen Wiederholungen der Weihen der Allgemeinheit dieser Ueberzeugung nicht präjudiciren.

Auf den Patriarchenstuhl erhoben, ließ Photius kein Mittel unbenuzt sich in seiner Stellung zu befestigen. Des

Kaisers Gunst, welcher er sie einzig und allein verdankte, suchte er noch mehr sich zuzuwenden durch Schmeicheleien und die Kanonisation des jüngst verstorbenen Prinzen Constantin. Vor Allem aber bemühte er sich den apostolischen Stuhl zu gewinnen und das gegen ihn erlassene Urtheil der achten Synode durch ein größeres, glanzvolleres Concil zu vernichten. Die Umstände waren diesem Unterfangen äußerst günstig.

Bergebens waren alle Bemühungen Johann VIII. gewesen, die christlichen Fürsten zum energischen Kampf wider die Saracenen zu bewegen, welche nach den Worten des Papstes „gleich Heuschrecken die ganze Erde bedeckten, so daß fast alle Einwohner fortgeschleppt, der Sklaverei und dem Schwerte geweiht waren, das Land aber in eine Einöde und in eine Lagerstätte wilder Thiere verwandelt schien.“ Die Erbfeinde des Christenthums waren Dank der Uneinigkeit unter den italienischen Dynasten bis an die Thore Roms vorgebrungen und hatten den Papst selbst zu einem jährlichen Tribute von 25,000 Mankosi Silber genöthigt. Noch dazu hatten den hartbedrängten Oberhirten Lambert von Spoleto und Adalbert von Tuscan überfallen und insultirt. Schwer gebeugt war er nach Frankreich geflohen, um dorthier Hülfe zu erlangen. Doch auch dieser Schritt war umsonst. Da er nun so mit den trübsten Aussichten nach Rom zurückkehrt, treffen ihn die griechischen Gesandten, welche die unterwürfigsten Briefe und zugleich die schönsten Zusicherungen vom Kaiser und vom neuen Patriarchen überbrachten. Photius sei durch den einträchtigen Willen des Kaisers, des Klerus und des Volkes wiederum auf den bischöflichen Stuhl erhoben; die Bischöfe des Orientes, selbst die Patriarchen hätten ihn anerkannt; der Papst möchte durch einen gleichen Akt der durch Zwietracht und Schisma so lange Zeit verwüsteten Kirche den Frieden zurückgeben und Gesandte zur Feier einer Synode schicken. Das Gewicht dieser Angaben war um so größer, als sie durch die beiden römischen Legaten, welche sich

gerade damals in Constantinopel befanden, in keiner Weise entkräftet wurden.

So ging dem über alle Maßen gebeugten Papste im Osten der Hoffnungstern auf, nach dem er vergebens im Westen gespäht hatte. Basilus war sicher einer der kräftigsten und mächtigsten der damaligen Herrscher, hatte auch bereits manchen Erfolg gegen den Islam errungen, freilich nicht ohne schwere Unfälle zu erleiden, die ihn jedoch nur an die Größe der dem Reiche drohenden Gefahr mahnten, sowie zur Union mit den Lateinern hindrängten. Dennoch ergriff der Papst nicht voreilig die dargebotene rettende Hand; er zauderte, schwankte, überlegte lange. Endlich entschloß er sich, unter Wahrung des Ansehens seiner Vorgänger und der Principien der römischen Kirche, Milde und Gnade statt der strengen Gerechtigkeit Photius angedeihen zu lassen. Dabei stellte er die Bedingung, daß derselbe vor einem Concilium Abbitte leiste und um Barmherzigkeit flehe. Man hat diesen Schritt des Papstes vielfach bitter getadelt, weil man ihn nach den Folgen beurtheilte. Aber wird ein Akt dadurch verkehrt, daß man denselben auf schändliche Weise mißbraucht? Wir können es darum nur billigen, daß Hergenröther bestrebt ist, jenes Verfahren wenigstens der Hauptsache nach zu rechtfertigen.

Freilich stach die Milde Johann VIII. von dem Verfahren seiner Vorgänger und Nachfolger gar merklich ab. Daß er aber nicht, wie Viele wollen, die katholischen Principien politischen oder gar ehrgeizigen Rücksichten geopfert, zeigt nicht nur der Wortlaut seines Schreibens, sondern mehr noch sein späteres Verhalten; denn in gleicher oder noch größerer Verdrängniß stand er nicht an, den Photius, dessen Trug entlarvt worden, zu anathematisiren und hierdurch mit dem griechischen Hofe zu brechen. Allerdings bleibt auch so noch das Verfahren der verschiedenen Päpste gegen die Photianer sehr verschieden; man vergleiche nur den unerbittlichen Ernst von Nikolaus I. und Marinus mit der Milde eines Johann VIII.,

mit dem Toleriren und Ignoriren der spätern Kirchenfürsten. Doch diese Verschiedenheit, so will uns wenigstens bedünken, ließ Gott zu, um es offenbar zu machen, wie tief der Krebs-schaden die orientalische Kirche bereits zerfressen hatte, wie er sich in keinerlei Weise, weder durch Güte und Nachsicht noch durch die Strenge des Oberhirten mehr heilen ließ. Wer dieses bedenkt, wird nicht unvernünftigen Eltern nachahmen welche, wenn ihr Kind nach langem Siechthum endlich dem unheilbaren Uebel erliegt, alle Schuld am frühen Tode dem Arzte aufbürden, weil dieser vielleicht das eine oder andere Mitteln nicht angewandt.

Doch man wirft Johann VIII. nicht nur Schwäche vor; er soll sogar das katholische Dogma vom Ausgehen des heil. Geistes preisgegeben haben. Dagegen zeigt nun Hergenröther mit ganz evidenten Gründen, daß der Brief, worauf man diese schwere Anklage baut, nicht ächt, sondern von einem schismatischen Griechen unterschoben worden. Andererseits verflucht er gegen vielseitige Bedenken und Einwürfe die Aechtheit der Akten des photianischen Concils von 879 in ihrem ganzen Umfange.

Mit großer Ausführlichkeit verbreitet sich das Werk über diese Synode, über die Verfälschung der päpstlichen Schreiben, über die Synodalmitslieder, deren Bischofsitze und die damalige kirchliche Eintheilung, über den Verlauf der Sitzungen. Das dort getriebene Gaukelspiel sucht der Verfasser wohl im Allgemeinen aufzuhellen, ohne jedoch seine feinsten Fäden aufweisen zu können. „Wir sehen, sagt er, vor welcher Bühne wir uns als Zuschauer befinden; hinter die Couliissen einen forschenden Blick zu werfen ist uns äußerst schwer.“ Es war in der That nur ein Schauspiel, wenn auch ein imposantes, zur Verherrlichung des Photius von einer glänzenden Versammlung ausgeführt die dreimal stärker als das gegen Photius gehaltene Concil war. Die Gesandten des Papstes spielten darin gehorsamst die Rolle die Photius ihnen zugewiesen; ebenso handelten die Abgeordneten der übrigen Patriar-

chen; einige von den Anhängern des Photius kannten vollends gar kein Maß im Lob ihres Parteihauptes, während die Masse der Bischöfe nur einen zustimmenden, Beifall rufenden Chor bildeten.

Als Probe diene folgender Passus aus der vierten Sitzung. Die Synode rief: „Alle (selbst die saracenischen Fürsten) wissen, daß Gott in Photius wohnt!“ Hierauf entgegneten die römischen Legaten: „Gottes Barmherzigkeit hat ein solches Licht in die reine Seele des heiligsten Patriarchen gelegt, daß es die gesammte Schöpfung erhellt, denn gleichwie die Sonne, obwohl sie am Himmel allein sich befindet, doch die ganze irdische Welt erleuchtet; so erhellt und erleuchtet unser Herr Photius, obschon er in Constantinopel seinen Sitz hat, die ganze Schöpfung.“ Ebenso sprach Prokopius von Cäsarea: „Gepriesen sei Gott, der durch die Hochherzigkeit und die unermessliche Liebe unseres heiligsten Herrn (Photius) aus dem Occident und aus dem Orient die verehrungswürdigsten Männer versammelt hat, um alle zerstreuten Glieder der Kirche zur Einheit zu bringen . . ., weil der Herr des Friedens in ihm ruht.“ „Ein solcher Mann mußte in Wahrheit der seyn der die Obforge für die ganze Welt erhalten hat, nach dem Muster des Erzhirten Christus unseres Gottes. Das hat schon im voraus der heilige Paulus geschildert: Wir haben einen Hohenpriester, der durch die Himmel hindurchgegangen ist (Hebr. 4, 14). Alle: Bischöfe und Priester, Mönche und Laien, wir alle sind seine Anhänger und Schüler; von seiner Fülle haben wir alle empfangen (Joh. 1, 16).“ So wetteiferte man durch den schändlichsten Mißbrauch biblischer Worte, die stete Vergleichung des Photius mit Christus ihn, „den von Gott selbst gesetzten, größten Hohenpriester“, zu verherrlichen; und weil die Synode keinen andern Zweck gehabt zu haben scheint, konnten die Bischöfe in derselben trischenden Weise am Schlusse sagen: „Daß das von uns Vollbrachte ein gutes Ende erhalten hat, würden, wenn wir schweigen wollten, selbst die Steine rufen (Lut. 19, 40).“

Höchst bezeichnend für den Charakter des Photius ist es, daß er das von ihm früher als legerisch geschmähte Dogma der Lateiner (vom Ausgehen des heil. Geistes aus Vater und Sohn) mit Stillschweigen übergeht, ja die römische Kirche jetzt, wo sie ihn anerkannt, sogar heilig und göttlich preist und sie eine Leuchte der Wahrheit nennt. „Ein Beweis, wie ihm das Dogma der Lateiner nur Vorwand, nicht Ursache der Trennung gewesen; und das Heilige ihm als Spielball und Werkzeug seiner Interessen dienen mußte. Nicht die Liebe zur Orthodorie sondern seine eigene Sache hatte ihn in seinen dogmatischen Kämpfen geleitet“ (S. 515). Dabei darf es uns nicht auffallen, daß seine Alles berechnende Klugheit sich einen Ausweg offen hielt, um nöthigenfalls jene Handhabe gegen die Lateiner von neuem zu ergreifen. Nach Beendigung der Synode wurde nämlich noch in zwei nachträglichen, halböffentlichen Sitzungen das Verbot jedes Zusatzes zum Symbolum sanctionirt. Sicher war das gegen den Zusatz *filioque* gerichtet, den freilich damals die römische Kirche noch nicht angenommen hatte.

So stand Photius wiederum auf dem Gipfel seiner Macht. Die Akten der wider ihn gehaltenen Synode waren cassirt, der Eindruck den dieselben gemacht, völlig verwischt. Er entfaltete wiederum seine weit über die Grenzen seines Patriarchats gehende Thätigkeit. Für die Disciplin und Bildung des Klerus war er besorgt. Auch den Missionen und insbesondere dem heiligen Grabe, das er uns auch bis in's Detail beschrieben hat, schenkte er wenn auch ohne erheblichen Erfolg seine Aufmerksamkeit. Auf den Kaiser aber hatte er durch seinen Freund Theodor Santabareus einen ungemessenen Einfluß. Nicht nur wurde er von jenem zu einer Revision des Rechtes beigezogen, sondern auch direkt war er in demselben Sinne thätig durch Ueberarbeitung des *Novonikon*, in dem die geistlichen und weltlichen Gesetze über Religionsachen zusammengestellt waren.

Was nun diese seine kanonistische Thätigkeit betrifft, so

suchte er in der Theorie die kirchliche Unabhängigkeit zu wahren, thatsächlich jedoch untergrub er dieselbe. Und nur das Imponirende seiner Persönlichkeit ließ das Verderben noch nicht so auffallend an den Tag treten. Hatte Photius nicht selbst die Kraft der muthigen Studiten gebrochen, die am längsten dem staatlichen Despotismus Widerstand geleistet? Hatte er nicht selbst den Kanon der achten Synode beseitigt, welcher die Einmischung der weltlichen Machthaber in die kirchlichen Wahlen verbot? Hatte er nicht selbst den Einfluß des päpstlichen Stuhles gesetzlich und faktisch paralysirt und damit dem byzantinischen Patriarchate jeglichen Halt gegen den schrankenlosen Absolutismus des Cäsarenthums entzogen? Dem Papste kommt es ja zu, der Staatsgewalt und den Fürsten gegenüber die Rechte der einzelnen Theilkirchen zu vertreten und ihre Freiheit zu wahren *). Darum mußte Photius die Würde eines Patriarchen, jemehr er sie Rom gegenüber herauszuschrauben versuchte, um so tiefer vor dem weltlichen Regimente hinabdrücken. Und so sehen wir sie denn wirklich heutigen Tages als Spielball der Launen des Großtürken, diesen sogar um Entscheidung religiöser Fragen und Streitigkeiten angehen **).

Doch das eigene Schicksal des Photius sollte ein Vorspiel dieser Entwürdigung werden. Johann VIII. erneuerte den Bann, der vorher schon fünfmal wider denselben ausgesprochen war; das Gleiche that sein Nachfolger Marinus. Photius trozte diesem Anathem, auf das schwache Rohr der Kaisergunst gelehnt. Doch das Rohr zerbrach und durchbohrte den Mann der sich auf dasselbe hatte stützen wollen. Kaum war Basilius gestorben, als sein Sohn Leo der Weise aus Haß wider den berühmten Theodor Santabareus auch dessen Freund absetzte und in ein Kloster relegirte. Die Ein-

*) v. Döllinger, Die Kirche und die Kirchen. S. 37.

**) Bichler, Geschichte der kirchlichen Trennung zwischen dem Orient und Occident I. 457.

samkeit dieses Ortes ward für ihn zugleich das Grab der Vergessenheit, woraus wir keinen Laut mehr von ihm vernehmen.

Auch dem Andenken des Photius war anfangs ein ähnliches Schicksal bereitet; die Griechen selbst hielten es gewissermaßen für eine religiöse Pflicht die Thaten des so oft Gebaunten in Stillschweigen zu vergraben. Es war das um so merkwürdiger, jemehr sie bei der zunehmenden Feindschaft mit den Lateinern Waffen zu deren Bekämpfung aus der Rüstkammer der photianischen Schriften hervorjuchten, und der von ihm gegen die Abendländer vertheidigte Lehrsatz vom heiligen Geiste zu einer dogmatischen Scheidewand zwischen den beiden Hälften der Christenheit wurde. Erst der zum Fanatismus entflammte Lateinerhaß der spätern Griechen hat den kirchlichen Cultus des Koryphäen der Schismatiker hervorgerufen. Nachdem man aber einmal angefangen nicht bloß seine Schriften zu rühmen, sondern auch seine Person zu erheben, „kam es allmählig zur Kanonisation desselben Mannes dessen man sich früher zu schämen schien; das rücksichtsvolle Stillschweigen verwandelte sich in laute Glorifikation, die in den frühern Jahrhunderten mangelt. Die *sama sanctitatis* wurde durch die schwülstigen, aller historischen Wahrheit Hohn sprechenden Entomien und Panegyriken der romfeindlichen Epigonen ersetzt“ (S. 721).

So reißt der Verfasser die Aureole von der Stirne des Photius. Das hindert ihn jedoch nicht, die vielen herrlichen Gaben, die vielen schönen Züge hervorzuheben, die an demselben Manne erglänzen. Er faßt sie im Schlußkapitel in einer Blumenlese aus den photianischen Briefen zusammen. Und so mildert der letzte Eindruck in etwa den gerechten Abscheu, welchen unbefangene Leser bei Durchlesung des Werkes gegen Photius fassen mußten. Solches Verfahren wäre freilich höchst unpsychologisch, ließe der Verfasser sich von Parteilichkeit leiten. Doch nichts ist weniger der Fall. Zwang ihn die Wahrheitsliebe die schlechten Eigenschaften, ja auch die

Verbrechen jenes Mannes zu enthüllen, so bestimmte ihn andererseits eine gewisse Hinneigung zu dem großen Gelehrten beim Schlusse alles Schöne, ja auch das Rührende aus dessen Briefen anzuführen, wodurch derselbe eine so große Zauberkrast auf Freund und Anhänger ausübte. Wenn v. Hejeler schon bald nach Erscheinen des ersten Bandes von Hergenröthers „Photius“ die anerkennende Aufnahme constatiren konnte, die das Werk überall gefunden hatte, so zweifeln wir gar nicht, daß ein ähnlicher Beifall dem zweiten Bande zu Theil werden wird. Im Interesse der Wahrheit und der Kirche können wir uns darüber nur freuen. Wäre doch diese Freude ungetrübt! Aber während so die katholische Wissenschaft siegt, triumphirt die schismatische Gewalt über die arme zertretene Kirche Polens.

LXI.

Zur neueren Geschichte der Bischöfe zu Speyer *).

Das Bisthum Speyer besitzt in Remlings Geschichte der Bischöfe zu Speyer ein treffliches Werk, welches aber mit dem letzten Fürstbischöfe Philipp Franz Wilderich Graf von Walderdorf (geb. 1739 den 2. März zu Mainz, erwählt 1797 am 22. April zu Bruchsal) abschließt. Er war es der

*) Neuere Geschichte der Bischöfe zu Speyer sammt Urkundenbuch von Dr. Franz Xaver Remling, Domkapitular, geistl. Rathe, bischöfl. Theologen und Historiographen zu Speyer. Speyer, Ferd. Kleeberger 1867. VIII. u. 676 Seit. 8.

seine alte Diöcese zerreißen sah, ohne deren Wiedererrichtung zu erleben († 1810, 21. April); wohl mochte er nicht einmal die Hoffnung hiezu mit in's Grab genommen haben. Schrieb doch Fürstbischof Wilderich am 9. August 1803 an den Fürstbischof Georg Karl zu Würzburg über die traurige Lage seiner Speyrer Kirche und seine eigene Verlassenheit die merkwürdigen Worte: „Auf meine erste nachdrückliche Vorstellung an Seine Heiligkeit erhielt (ich) die niederschlagendste Rückantwort, daß in der gegenwärtigen traurigen Lage bei Gott allein Hülfe zu hoffen sey, und meine zweite noch dringendere blieb bis diese Stunde ohnbeantwortet. Von seiner kaiserl. Majestät sind wir offenbar nicht nur verlassen und der Zernichtung Preis gegeben worden, sondern nach öffentlicher Sage ist der Antrag zur Säkularisation von Wien vorzüglich begünstiget worden. Ich will gerne glauben, daß man keine allgemeine beabsichtigte, allein wenn der Beschützer der Religion selbst den Theil am Raub des geistlichen Vermögens nimmt, so ist leicht zu ermessen, daß andere und vorzüglich protestantische Fürsten ein Gleiches thun würden, und nun wo das Opus iniquitatis vollbracht ist, so sehe ich die Möglichkeit nicht ein, wie unsere Religion auf die Länge wird bestehen können. Der Grund hierzu lieget offen für jedes Auge, das sehen will und sehen kann; denn welcher vernünftige und nur halb brauchbare junge Mensch wird noch künftig verlangen geistlich zu werden, und einen beschwerlichen Stand anzutreten, dem man Ehre, Vermögen, Dauer und Sicherheit geraubt hat. Der Mangel an Geistlichen muß folglich bald fühlbar werden, und da keine Religion ohne Religionsdiener bestehen kann, so ist leider für die unserige, wenigstens in Deutschland, das künftige Loos leicht zu errathen. Ich glaube einmal fest, daß der Allmächtige eine ganz neue Ordnung der Dinge einführen will, und daß alles Widerstreben gegen seinen heiligen Willen vergebens ist, sonst könnte er unmöglich solche schreiende Ungerechtigkeiten zulassen, und die lebenden Regenten sammt ihren Helfern so

auffallend mit Blindheit und Dummheit schlagen, daß sie die Mittel zu ihrer eigenen Zernichtung selbst helfen herbeiführen und begünstigen. Sie wissen und fühlen, daß alle Throne wanken, und sie befördern selbst und beschleunigen den Einsturz durch Wegräumung der sichersten Stützen. Es bleibt uns nichts übrig, als sich mit demüthiger Unterwerfung zurückzuziehen und zu sagen: Herr dein Wille geschehe; dieses gedente ich noch immer für meinen Theil zu thun, wenn das neue Concordat so schlecht ausfällt, wie ich es befürchte"*)).

Dennoch war der Wille des Allmächtigen bezüglich des Bisthums Speyer ein anderer als es in der menschlichen Berechnung einem Landestheile gegenüber lag, der alle Leiden und Folgen der französischen Revolution ertragen, der seines deutschen Charakters, seiner Gesetzgebung, ja selbst seiner Muttersprache beraubt, so ganz in das damalige Franzosenthum gezogen wurde, wofür er freilich die Ehre hatte ein Theil „der großen Nation“ zu seyn, sofort auch in kirchlicher Beziehung, als Napoleon unsern lieben Herr Gott wieder in seine Rechte einsetzte, unter das französische Concordat zu fallen, das so schlecht für die katholische Kirche gerathen war, als es nur hätte gerathen können!

Die alte Spira Remetum fiel an Mainz, welches seiner erzbischöflichen Würde entkleidet selbst zu einem unbedeutenden Bisthum herabsank, nur groß durch seinen heiligmäßigen Bischof Joseph Ludwig Colmar, der vom 6. Juli 1802 bis 15. Dezember 1818 auch Bischof der ehemaligen Speyerischen Bisthumtheile ward, welche in die berücktigte Rheingrenze gefallen waren. Von ihm entwirft Remling, seine Geschichte der Bischöfe Speyers fortsetzend, von Seite

*) Die Weihbischöfe von Würzburg. Ein Beitrag zur fränkischen Kirchengeschichte von Dr. M. Reiningger, Domkapitular zu Würzburg. Würzburg 1865. S. 359—360. Dieß viel zu wenig bekannt gewordene Buch enthält das reichlichste Material zur Kirchengeschichte des beginnenden 19. Jahrhunderts in Deutschland.

94—233 ein lebensvolles Charakterbild, welches von neuem jene Begeisterung für die Tugenden dieses Bischofs, der selbst die Leiden und Schrecken der scheußlichen Revolutionszeit mit-ertragen und mitdurchlitten hatte, kund gibt, wie dasselbe Gefühl noch alle jene ergriff die sein Leben beschrieben haben. Ihm, der für den geistigen Dom seiner Bisthumstheile in wahrhaft apostolischem Eifer als wahrer Missionär gewirkt, verdankt Speyer und mit ihm ganz Deutschland einschlüssig des Preußenlandes die Erhaltung des hehren Kaiserdomes, dessen Demolirung bereits beschlossene Sache war; und insoferne kann Colmar als Mitbegründer des heutigen Speyer'schen Bisthumes betrachtet werden, denn ohne Dom würde Speyer nie mehr Bischofssitz geworden seyn! Wie sehr ihm der Dom zu Speyer auch als Ruine am Herzen lag, dafür zeugen die von Remling mitgetheilten Urkunden; und wenn der Bischof nicht selbst dessen völlige Herstellung erlebte, so lag auch hierin ein Wink der Vorsehung, die dem Bischof den Schmerz der Trennung von dem größeren Diöcesantheil ersparen wollte. Diese Trennung stand ihm mit der wirklichen Errichtung des Speyerer Bisthums bevor, nachdem er sich nicht entschließen konnte die ihm von König Max I. zugedachte Würde: der erste Speyerer Bischof zu werden, anzunehmen. „Ich gehe mit starken Schritten“, schrieb er am 1. Januar 1818 dem bayerischen Staatsminister, „dem sechszigsten Jahre meines Alters zu und da sehnt man sich eher nach Ruhe als nach neuen Verhältnissen. Sodann muß ich auch Eurer Excellenz bekennen, daß ich die bischöfliche Würde nicht nur nicht gesucht, sondern ausgeschlagen habe, damals aber genöthiget wurde sie anzunehmen. Sollte es mir dennoch jemals vergönnt seyn, den wirklichen Sitz zu verlassen, so könnte ich es lediglich thun, um in das Privatleben zurückzutreten und mich zur Ewigkeit vorzubereiten.“ Gewiß die würdige Sprache eines Bischofs, dem es noch überdies wehe gethan haben mochte, daß die bayerische Regierung ihm erst dann den Bischofssitz anbot, nachdem ihr erster

Candidat der Würzburgische Weihbischof v. Zirkel, zu welchem übrigens Colmar in den freundlichsten Verhältnissen stand, am 18. Dezember 1817 gestorben war.

Ganz andere Gesinnung hegte der nun ernannte erste Speyrer Bischof Matthäus Georg v. Chandelle, geb. 1745 am 11. Dezember zu Frankfurt a. M., den man als einen Vollblut-Bureaukraten in geistlichen Dingen aus der Blüthezeit des „erzbischöflichen General-Vikariats des hohen Erzstiftes Mainz geistlichen Staats“ bezeichnen kann, ein Greis der Niemanden so für die Leitung einer Diöcese geeignet hielt als sich selbst, und der es kaum erwarten konnte, sich als Bischof consecrirt zu sehen. Ein Altkmann, der es verstand von seinem Arbeitstische aus Verwaltungsnormen zu entwerfen, durch Dekrete zu regieren, wie er solches durch nahezu 50 Jahre gewohnt war! Hatte er doch selbst die Mainzer Erzdiöcese zu Grabe gehen sehen, deren Regierung sich in Aschaffenburg constituirte um die Ueberreste zu verwalten, hatte er doch das volle Vertrauen seiner Kurfürsten bis herab zum Primas Karl Theodor, der ihn 1807 am 31. Januar zum wirklichen Direktor des erzbischöflichen Regensburger Generalvikariats in Aschaffenburg bestellte, nachdem er ihn bereits 1804 zu seinem geheimen Rath ernannt hatte, gleichwie er ihn in Anerkennung seiner Geschäftskenntniß, Thätigkeit und freisinnigen Denkweise am 29. Juni 1813 zum Staatsrath und Mitglied der geheimen geistlichen Conferenz erhob und mit dem Comenthur-Kreuze des großherzoglich Frankfurt'schen Concordien-Ordens auszeichnete. Bischof v. Chandelle hätte den Bischofsitz allerdings sehr gerne nach Aschaffenburg, das ihm durch seinen langen Aufenthalt dortselbst lieb geworden war, verlegen sehen. Indessen ging er doch (geweiht am 9. Dez. 1821 zum Bischof) am 10. Januar 1822 nach Speyer, wo er freilich keinen Einzug in seinen Dom halten konnte, der eigentlich noch als Ruine dastand. Die feierliche Besitzergreifung fand in der Magdalenenkirche statt. Damals zählte der neue Bischof

bereits 76 Jahre. Allein alle Verhältnisse dieser neuen aus verschiedenen fremden Diöcesanantheilen zusammengewürfelten Diöcese waren ihm fremd. Zudem fehlte ihr Alles was zum kirchlichen Leben nothwendig war: Klerikalseminar, Lehranstalt, Klöster und dergl. Ebenso eigenthümlich war auch das neue Domkapitel zusammengesetzt. Der greise Bischof verkannte diese schwierigen Verhältnisse nicht, ja er durchschaute sie klar, wie er im März 1823 an den damaligen Minister von Thürheim schrieb (S. 253), nicht ohne Härte gegen die Bildung des Mainzer Seminars aus dem ein Theil des Klerus seiner Diöcese hervorgegangen war.

Die Charakteristik Chandelle's weicht freilich von der Colmars sehr ab. „Herr von Chandelle hatte, abgesehen von dem Mangel früherer Übung und von seinem hohen Alter, was ihm das Predigen wesentlich erschweren mußte, den Grundsatz, daß die Bischöfe gesetzt seien die Kirche Gottes zu regieren, keineswegs aber zu predigen, zu unterrichten, oder zur Beichte zu hören und Kranke zu besuchen. Er besaß überdieß keineswegs die nöthige Unbefangenheit, kirchlich gesinnte Festigkeit und unerschrockene Selbstständigkeit, welche die damaligen schwierigen Zeitverhältnisse von einem tüchtigen Oberhirten dringend erheischten. Er schien mehr daran zu denken, der besondern Huld Seiner Majestät des Königs seine Erhebung verdankt zu haben, als von der Gnade des heiligen Geistes mit großen Verpflichtungen für sein hohes Amt erloren zu seyn. In allen Angelegenheiten, in welchen der Staat nur irgendwie berührt wurde, handelte der Bischof nie, ohne sich vorher mit der königlichen Regierung auf das genaueste und zuvorkommendste verständigt zu haben.“ War dieses allerdings eine Schattenseite, so mag man doch auch nicht vergessen, wie eigenthümlich die Stellung der ersten bayerischen Bischöfe war, der gegenüber die der heutigen eine goldene ist. Bischof v. Chandelle hatte bis in sein hohes Alter Fürsten gedient welche die volle weltliche und geistliche Gewalt in einer Person vereinigten, wo demnach Konflikte zwischen dem

Imperium und Sacerdotium sich auf's freundlichste ausgleichen ließen. Diese Idee mochte dem greisen Bischof, der wie jeder Mensch auch ein Kind seiner Zeit gewesen, immer noch vorgeschwebt haben, ohne daß er sich in die Verschiedenheit der Verhältnisse finden konnte. Im Uebrigen manifestirte der Bischof bezüglich des Cultus einen altkatholischen Sinn. Er gab vorzügliche Verordnungen behufs christlicher Belehrung. Bezüglich seiner Vorschriften über Eingehung gemischter Ehen suchte er jedoch, ferne von strengen kirchlichen Grundsätzen, zu vermitteln und jedem Conflitte vorzubeugen. Er hielt also auch hier nur jene Praxis fest, die sich seit der Säkularisation und seit Verkündung der deutschen Bundesakte fast in allen Diöcesen im Widerspruche mit den katholischen Principien gebildet hatte. Für die Errichtung eines Klerikalseminars war der Bischof unermüdlich bemüht, für Zucht und Ordnung im Klerus eifernd, wobei nur zu bedauern war, daß er bei dem Priesterangel manche unlautern Elemente fremder Diöcesen überkam. Dagegen war derselbe und zwar aus Grundsatz in der Wahrung seiner oberhirtlichen Rechte bezüglich der freien Besetzung der Pfarreien nicht besonders thätig. „Die wirklichen Nominationen sind mir nicht angenehm“, so schrieb er am 1. Februar 1825 seinem Ordinariate, „welches wohl daher kommen mag, weil ich ehelin vor vierzig Jahren bei dem erzbischöflichen Vikariate zu Mainz der Referent der erzbischöflichen Nominationen gewesen, wobei ich gefunden habe, wie schwer es ist, ohne Rücksicht auf Empfehlung und eines Casus pro amico die justiciam distributivam streng einzuhalten. Ueberdieß geht es in der diesseitigen Diöcese ja so weit, daß Leute die es gar nichts angeht — den übergangenen Bittstellern ist ihre Unzufriedenheit zu verzeihen — sich zu eignen die Ernennungen zu kritisiren. Nur aus dieser Ursache muß ich mir eine Angelegenheit daraus machen, die dem Bischofe zu Folge des Concordats zugeeignete Nomination für die Zukunft in Anspruch zu nehmen, um die meiner Stelle hierin zukommende Pflicht zu erfüllen und mich bei meinem

Nachfolger nicht verantwortlich zu machen.“ Unermüdlich war er übrigens für die Wiedereröffnung und Ausstattung seiner Kathedrale, deren Paramentenreichthum aus den Mainzer Schätzen, die nach Aschaffenburg geflüchtet worden waren, zumieist stammt. Bereits 80 Jahre zählend wurde Bischof v. Chandelle, der noch nicht alle Dekanate des Bisthums besucht hatte, von Rom aus zu eifrigerer Pflichterfüllung ermahnt, was ihn bewog noch im selben Sommer den westlichen Theil seines Bisthums zu bereisen. Diese Reise begann er am 4. Juni. Am 30. Juni kam er sterbend in Spener an und war eine Stunde später bereits eine Leiche. Er wurde in einfacher Weise auf dem alten katholischen Kirchhof von Handwerkern getragen und beerdigt. Bekanntlich machte diese Beerdigungsweise großes Aufsehen, sie wird aber im Zusammenhange aller hier eingetretenen, vom Verfasser erläuterten Umstände deutlich aufgeklärt. Mag man von diesem Bischofe auch urtheilen wie man will, das Lob eines tüchtigen erfahrungsreichen und ordnungliebenden Geschäftsmannes wird Niemand ihm versagen können; ja es ist eine große Frage, ob selbst ein jüngerer, im Lebensalter kräftigerer Bischof mehr für das Beste einer erst wieder werdenden Diocese unter den damaligen Verhältnissen hätte thun können als der geistesfrische und geschäftsgewandte alte Bischof Matthäus, der — wir wiederholen es — ein Zögling der alten Mainzer Curia war!

Bereits am 22. Juli 1826 ward als Nachfolger ernannt der Münchener Domkapitular und geistliche Rath Johann Martin Maul, geb. am 19. Januar 1766 zu Mainz, Sohn eines Hufschmieds. Nicht weit von des Knaben Wohnung lag die Benediktiner-Abtei St. Jakob, in die er Aufnahme als Benediktiner-Novize suchte und fand, jedoch das Noviziat bald mit dem Klerikal-Seminar vertauschend, in welchem er am 28. März 1789 die Priesterweihe erhielt. Bald darauf Professor in Frankfurt und seit der Krönung Kaisers Franz II. Erzieher eines jüngeren Prinzen des kaiserl.

Obersthofmeisters Fürsten v. Colloredo, kam er in die Kaiserstadt, wo der fein gebildete Mann Gönner in Menge fand. Kein Wunder wenn der 28jährige junge Mann bereits die Propstei zu St. Moriz in Augsburg erlangte. Auch eine Pfarrei Allershausen im Bisthum und Dekanate Freising wollte er versehen. Von hier aber zog er sich nach Freising zurück, wurde dort 1815 geistlicher Rath und 1821 Domkapitular. Am 25. April 1827 erhielt Manl die bischöfliche Weihe und wurde am 29. Mai in Speyer inthronisirt. Er war eine freundliche Erscheinung, voll kirchlichen Sinnes, abhold den Neuerungen, in jeder Beziehung geschäftserfahren, ein Mann der jedoch Gehorsam verlangte und jeder Opposition, die man ihm machen mochte, abhold war. Allein auch er liebte die schriftliche Verwaltung, in der er unermüdlich war. Ja selbst die Arbeiten seiner Domkapitularen unterzog er oft zum großen Verdrusse derselben einer genauen Revision. Mit einem Worte: er war ein tüchtiger Kanzlei- und Aktenmann! Unter ihm kam die Eröffnung des Klerikal-Seminars zu Stande, für dessen Erweiterung er auch ferner Sorge trug, so wie er auch die Herstellung eines Lyceums beantragte, dessen Errichtung der damalige Minister v. Wallerstein in Aussicht gestellt hatte. Ebenso traf der Bischof die nothwendigen Anordnungen für Hebung des Unterrichtes und des Gesangs. Ein besonderes Anliegen war ihm die würdige Sonntagsfeier. Da die Regierung ihn hierin nicht unterstützen konnte — französische Geseze herrschten ja dort — so wendete er sich in einer dringenden Vorstellung vom 7. Dezember 1827 unmittelbar an den Thron. Damals schreibt der Bischof von jenem Landestheile, dessen Sonn- und Festtagsfeier man heute den hieseitigen Landestheilen oktroyiren möchte: „In keinem Theile des Königreiches dürfte es wohl nöthiger seyn als in dem Rheinkreise, daß über die würdevolle öffentliche Feier der Sonn- und Festtage und über die Unterlassung körperlicher Arbeiten an diesen dem christlichen Unterrichte und der Gottesverehrung gewidmeten Tagen

gewacht werde. Die Entheiligung dieser Tage durch öffentliche körperliche Arbeiten jeder Art, in den Werkstätten der Handwerker wie auf dem Felde, ist eine allgemein verbreitete Sitte geworden . . . Aber noch weit mehr als die Sonntage werden die kirchlichen und gesetzlichen Feiertage entweiht. An diesen Tagen werden sogar die öffentlichen Arbeiten, welche auf Anordnung und Rechnung des Staates geschehen, als Holzfällen, Holzflößen, Straßen- und Dammbauten, sowie auch die Communalarbeiten fortgesetzt und in den Städten die lärmenden Wochenmärkte nicht ohne Störung des Gottesdienstes abgehalten.“ Mit Staunen liest man aber, wie gleichgiltig die Pfälzerbehörden selbst höheren Befehlen gegenüber diesem Unfug zusahen.

Eine andere Bemühung des Bischofs ging gegen die vielen Concubinate der Pfalz und die wilden Ehen, deren es damals (1827) 908 gab! Merkwürdig sind die Aeußerungen des Bischofs über die mit den göttlichen Anordnungen und den katholischen Vorschriften im grellsten Widerspruche stehende Pfälzer Ehegesetzgebung, dieselbe mit der man jetzt die übrigen Landestheile beglücken möchte. Ebenso gab er verschiedene Pastoralverordnungen für den Klerus, wie für die Laien, denen die vollste Berechtigung nicht abgesprochen werden konnte. Viele bittere Stunden verursachte ihm der Kampf in der Frage bezüglich der gemischten Ehen und der religiösen Erziehung der aus solchen Ehen entsprossenen Kinder. Mit unermüdlicher Sorgfalt bethätigte der Bischof die Visitation der Pfarreien im Allgemeinen und Besondern, wofür das Buch die Beweise bringt. Ebenso ausgeprägt war seine Sorgfalt für die Sicherung und Erhaltung des Kirchenvermögens gegenüber der staatlichen Curatel, sowie seine Bemühungen wegen der Collationsrechte und der Pfarrgehälter mit Einschluß der nöthigen Unterstützungen bei Alter und Krankheit. Manche widrige Stunde bereitete ihm die beabsichtigte Einführung eines neuen Diöcesangesangbuches sowie einer neuen Agende — Werke die lange vorbereitet nicht zum Abschlusse gelangen

konnten. Eine besondere Freude gewährte ihm die Wiederherstellung des Klosters der Dominikanerinnen, des einzigen Institutes der Art das sich in Speyer erhalten hatte. Dagegen nagten an seinem Herzen jene politischen Aufregungen in der Pfalz die seinem ganzen Wesen fremd und verhaßt waren. Hiezu kam eine gewisse Empfindlichkeit gegenüber manchen Kritiken seiner bischöflichen Verfügungen, Mißtrauen gegen Einige aus der Mitte seiner Räte und wohl auch die Sorgen in pekuniärer Beziehung, da 6000 fl. Gehalt unmöglich hinreichten allen Anforderungen zu entsprechen. Dazu kamen noch kleinstädtische Eitelkeiten und Drohungen gegenüber der Wahrung kirchlicher Normen; genug, Raul sehnte sich von Speyer dringend hinweg, zumal er auch mit einigen seiner Kapitularen gänzlich zerfallen war. Er fand seine Erlösung, indem er am 23. März 1835 zum Bischof in Eichstätt ernannt ward, wohin er dann, wenn auch mit schwerem Herzen, zog und am 27. Juni eintraf. Bereits am 15. Oktober war Raul eine Leiche!

Ihm folgte im Speyerer Bisthum, am 23. März 1835 vom Könige ernannt, Peter Richarz, Oberbibliothekar und Professor der klassischen Philologie an der Universität Würzburg. „Eifrige Vermittler dieser Ernennung bei dem damaligen Minister des Innern, dem Fürsten v. Dettingen-Wallerstein, sollen namentlich Berks, königlicher Ministerialrath in München, und der Staatsrath von Grandauer gewesen seyn.“ So schreibt Remling S. 512 mit dem Beisatze: „Möge die erste Anregung zu dieser Beförderung hergekommen seyn, woher sie immer wolle, sie war für die Speyerer Diöcese eine glückliche.“ Ja wohl, eine glückliche, denn Richarz war ein schlichter ächt deutscher Mann, dem das Manneswort das höchste war, dabei ein Mann von eminentem Verstande und einem eisernen Willen. Von seiner Treue hatte König Ludwig, den er bei seinem Regierungsantritte Namens der Universität mit jener schönen Ode:

Compesce fletus Julia debitos

Compesce luctum, quem tibi regii

Tutoris ad sedes beatas

Ocior elicuit recessus

begrüßte, und in der er von Ludwig schrieb:

Rempublicam rem credite non suam,

Non singulorum sed populi putat

die persönliche Ueberzeugung. Mit Wallerstein war er persönlich bekannt, ja vertraut geworden, als er im Herbst 1833 nach Vollendung seines Commissariums als Prüfungs-Commissär an den Gymnasien der Pfalz Vortrag im Ministerium erstatten mußte, wobei der Fürst augenblicklich den Werth und die seltene Brauchbarkeit des Mannes erkannte. Nicht fremde Empfehlung sondern die furchtbare Schilderung, die der Bischof Manl von seiner Diöcese machte (man vergleiche nur S. 497 u. f.), gab Anstoß einen thatkräftigen erfahrungreichen und praktischen Mann zu suchen, der im Stande wäre auch einen „Augiasstall“ zu reinigen, weder Klerus noch Volk scheuend, ohne sich irgendwie einschüchtern zu lassen. Einen solchen Mann erkannte der Fürst in Richarz, und so wurde letzterer Bischof. Indem Richarz diese Würde auf sich nahm, brachte er wahrlich ein großes persönliches Opfer, wie jene noch am besten wissen die damals ihm nahe standen. Denn wenn er seinen Hirtenbrief vom 17. Nov. 1835 mit den Worten beginnt: „Zufrieden mit einem gewohnten und lieben Wirkungskreise an einer mir theuren Lehranstalt, lebte ich ohne Ahnung einer Berufs-Veränderung, wie ohne Verlangen darnach“: so enthalten sie das Innerste seiner Gedanken. Denn nicht leicht wird ein Mann gefunden werden, der mit innigerer Liebe seinem Würzburg und dessen Hochschule, „dem Erbe des Julius für welches er viel gethan und viel gelitten“, hätte anhängen können als der schlichte Peter Richarz, der noch theilweise Zeuge jener Glanzperiode unter dem Fürsten Franz Ludwig war, deren Erinnerung auch heute noch nicht erloschen ist. Diesem seinem Frankenlande verbandte er eine Bildung welche eine wirklich klassische

und von der Art war, daß er in jedem Fache welches er ergriff, als Meister erschien. Ihm waren Cicero's Werke eben so bekannt und eben so geläufig wie die Werke des heiligen Augustinus, und er verstand es die Psalmen eben so wundervoll zu erklären wie die Oden des Horaz. Dabei besaß er eine besondere Gabe, in jeder Angelegenheit den besten Rath zu erteilen, so wie ein bewunderungswürdiges Ahnungsvermögen in staatlichen und bürgerlichen Verhältnissen. Daher war er für Viele der Mann des besonderen Vertrauens, zumal er nicht das Geistliche zur Schau trug, sondern ebenso gut als Weltmann wie als Geistlicher gelten konnte. Nur so läßt sich eine Stelle Remlings S. 527 erklären, die sonst leicht mißverstanden werden könnte: „In seinem äußeren Anzuge erschien er früher mehr als Weltmann, denn als Diener des Altars.“ Richarz trug sich nie anders als die damaligen Weltgeistlichen, die nicht in der Cura standen, sich zu tragen pflegten, und hielt strenge an die bischöflich Würzburgische Verordnung vom 22. Dezember 1807 §. 2, die für Räte und Professoren des geistlichen Standes zu einem nicht feierlichen Anzuge einen „dunkelfarbigen Rock“ vorschrieben.

Unter der Ueberschrift: „Ernstte Verwaltungsweise“ (S. 528) bezeichnet Remling vortrefflich das Auftreten des Peter Richarz, der sich eben auch als Bischof nicht anders zeigte als er sich seither in seiner amtlichen Sphäre als Professor und Oberbibliothekar gezeigt hatte. „Der neue Bischof begann von hohem Geiste, klarem Scharfblicke und reichen Kenntnissen unterstützt mit ernstem Willen und großer Thätigkeit die Verwaltung des Bisthums. Anfänglich war derselbe etwas zurückhaltend, bis er sich bei den Männern seiner neuen Umgebung näher auskannte . . . Richarz war sehr für eine zweckdienliche Geschäftsvereinfachung gestimmt, und traf in dieser Beziehung mehrere Anordnungen . . . Zu den vorgelegten Entwürfen und Beschlüssen des Rathes, die nie ohne Durchsicht und Genehmigung des Bischofes ausgefertigt werden durften, machte er nur wenige Bemerkungen und

Zusätze. Sie waren aber fast ohne Ausnahme eben so gründlich als bündig. Manchmal ließen sie jedoch mehr den gewandten Theoretiker als erfahrenen Praktiker, mehr den scharfen Dialektiker als den gründlichen Dogmatiker (?) erkennen. Bald überschaute und überwachte der Oberhirte alle Zweige der Diöcesanverwaltung. Nie vergaß er das was er versprochen; nie fiel ihm aus dem Gedächtnisse, was er angedroht hatte. Nicht leicht konnte er durch Schein hintergangen werden . . . Für die gefaßten Beschlüsse forderte Richarz eben sowohl von seinen Räthen als von der übrigen Diöcesangeistlichkeit Achtung und genauen Vollzug. Daher die Mahnung an sein Rathscollegium: „Wir haben diese Bestimmungen gemeinsam gefaßt. Lassen sie uns auch mit gemeinsamem Eifer deren Vollzug sichern, und jene Folgerichtigkeit nie aus dem Auge verlieren, durch welche der Katholicismus stets eine Achtung gebietende Stellung behauptet.“ Dabei bemerkte er jedoch: „In keinem Falle darf und kann ich nach meinem Gefallen, sondern nur nach dem handeln, was das Wohl der Diöcese fordert und die kanonischen Satzungen erlauben“. — Für erhebende Feier des Gottesdienstes war er sehr bemüht und zeigte bei allen hochpriesterlichen Verrichtungen eben so vielen Eifer als Würde. Mit Freude und Verehrung sah ihn die Geistlichkeit und das Volk an den Hauptfesten des Jahres die Kanzel der Kathedrale besteigen, um in zartem und weichem, aber umsichtigem und ernstem Vortrage die Wahrheiten des Himmels, die Verpflichtungen und Tröstungen des Glaubens zu verkündigen. „Da Richarz nur vierzehn Monate an der Spitze des Bisthums Speyer stand, so konnte er nicht alle Entwürfe und Vorsätze, welche er für dessen Wohl, für dessen seelsorgerliche Bedürfnisse und geistliche Anstalten hegte, verwirklichen. Auch bei dieser kurzen Amtsführung ließ er es an Umsicht und Eifer, manches Ersprießliche anzubahnen und durchzuführen, nicht ermangeln.“ Obenan steht seine Vorschrift bezüglich der gemischten Ehen, welches Pastoralnormativ

er eigenhändig entworfen und Paragraph für Paragraph der Prüfung und Berathung seines Ordinariats unterstellt hatte. Der Schritt fand seine Tabler, die sich den damaligen Pfarrer Tafel zu ihrem Organ wählten, dessen Gegenvorstellung von 18 Pfarrern des Dekanats Zweibrücken und 15 Seelsorgsgeistlichen des Dekanats Pirmasens unterschrieben direkt an den Bischof gelangte. Nicht leicht läßt sich eine schärfere und schneidendere Antwort denken, als die welche der Bischof den Unterzeichnern gab. Sie floß ganz allein aus seiner Feder, die es verstand in Mark und Bein zu bringen, und die auch der besten Freunde nicht schonte, wenn Richarz sich durch eine Meinungsdivergenz in seinem Innern verletzt fand. Nicht minder besorgt war er bezüglich der religiösen Kindererziehung in Mischehen. Nebstdem gab sich Bischof Richarz wie sein Vorgänger viele Mühe, bei den Erwachsenen eine bessere Feier der Sonn- und Festtage zu erzielen — trotz der französischen Gesetzgebung, deren Anschauungen sich seitdem auch in den hiesigen Landestheilen mehr oder minder eingenistet haben! Ein besonderes Gewicht legte er auf die kanonische Visitation der Pfarren die er mit seinen Firmungsreisen verband. Hierbei setzte er fest, daß er als Bischof — gegen langjähriges Herkommen — nie bei dem treffenden Pfarrer, sondern in einem Gasthose sein Absteigquartier nehmen werde. Gewiß eine Zartheit die alle Beachtung verdient. Er wollte nicht seinen Pfarrern beschwerlich fallen, ihnen aber auch sich nicht verbindlich machen. „Vorzüglich sind es zwei Verdienste, derenthalben sich Richarz ein freundliches und dankbares Andenken“ — wie Remling S. 533 sagt — „im Bisthume Speyer erworben hat. Das eine ist die gebührende Achtung in welche er die Mitglieder seines geistlichen Rathes bei allerhöchster Stelle zu bringen wußte, so daß man dort keinen Anstand nahm, einen Pfälzer zu seinem unmittelbaren Amtsnachfolger zu benennen. Das andere ist die Aufbesserung des schmalen Gehaltes des Speyerer Domkapitels, und der größtentheils mit doppelter Arbeit belasteten Seelsorgsgeistlichkeit.“

Der Mann den Richarz, am 20. September 1836 vom Könige zum Bischof von Augsburg ernannt, als seinen Nachfolger in Speyer in Vorschlag bringen durfte, war der nachmalige Cardinal und Kölner Erzbischof Geissel, zu dem der Bischof ein besonderes Zutrauen gewonnen hatte, weßhalb er ihn auch für die Stelle des erledigten Domdekanats kurz vor der Bischofsernennung vorschlug. Drastisch ist die Art und Weise, wie Richarz seinem Domkapitel diese Veränderungen notificirte. Unser Autor erzählt (S. 552): „Die deßhalb vorausgegangenen Verhandlungen waren ein nur Wenigen mitgetheiltes Geheimniß. Noch nicht war dieses Geheimniß in Speyer gelüftet, als am 29. September der Bischof Richarz dem neuen Domdechanten Geissel vor dem pfarrlichen Engelamte feierlich in der Kathedrale das Glaubensbekenntniß abnahm, und ihn in seine Würde einführte. Um halb zehn Uhr desselben Tages erschien Richarz im amtlichen Kleide, der neue Domdechant ihm zur Seite, in der Sitzung des bischöflichen Rathes. Nach einer kurzen Ansprache über seine unerwartete Beförderung ließ er durch seinen Sekretär, den Domkapitular Geißler, in Anwesenheit der übrigen Räte, die bereits eingetroffenen k. Dekrete, durch welche derselbe zum Bischofe von Augsburg und zum Reichsrathe ernannt war, vorlesen. Mit Thränen im Auge drückte Richarz den Schmerz über seine Trennung unter dem Bemerken aus, wie er hiebei den größten Trost darin finde, daß bereits von Seiner Majestät dem Könige ihm ein eben so tüchtiger als würdiger Nachfolger erkoren sei. Das Rathscollegium war darob in der höchsten Spannung als von dem Sekretär das dritte königliche Dekret vom 20. September verlesen wurde, welches die Verleihung des erledigten Bisthums Speyer an den kaum vor drei Stunden installirten Domdechanten Johannes Geissel beurkundete . . . Die geistlichen Räte standen — ob der gänzlich unerwarteten Botschaft — wie versteinert umher.“ Am 28. Januar 1837 verließ Richarz Speyer, dessen Wohl und Gedeihen ihm aber auch bis zu seinem letzten Hauche

(† 1855 am Tage Mariä Heimsuchung) am Herzen lag. Was Bischof Richarz in Augsburg wollte, erstrebte und wirkte, gehört einer anderen Zeitperiode an. Richarz blieb sich übrigens immer gleich, immer treu der fränkischen und der väterlichen Sitte; und es hatte eine tiefe Bedeutung wenn der Bischof in seinen letzten Tagen dem Freunde das Salzsaß, ein Erbstück aus der Verlassenschaft des ehrenwerthen hochfürstlich Würzburgischen Husaren Richarz, mit dem Worte des Horatius hinreichen konnte:

Vivitur parvo bene, cui paternum
Splendet in mensa tenui salinum!

O, von Richarz, diesem Felsenmanne, diesem oft verkannten Bischöfe, diesem trefflichen Charakter möchten wir in unserer charakterlosen Zeit schreiben, Vieles schreiben und mittheilen, würde nicht die Arbeit selbst uns in die wehmüthigste Stimmung — daß er nicht mehr, der treueste Freund bei treuen Freunden wandelt — nothwendiger Weise versetzen.

Herrn Domkapitular Nemling gebührt übrigens für die wirklich eben so mühevollen als trefflichen Arbeit der beste Dank. Er hat hier ein werthvolles Stück für die neuere und speciell bayerische Kirchengeschichte geboten. Möchten andere deutsche Diöcesen sich gleicher Bestrebungen zu erfreuen haben!

LXII.

Neuere Werke über Kirchengeschichte.

VI. Ph. Schaff*).

Im J. 1854 erschien von dem Professor am lutherischen Seminar zu Mercersburg, Phil. Schaff, dem Gesinnungs-
genossen des Amerikaners Revin, „des amerikanischen Pro-
tomartyrs des Kirchenschmerzes“ **), ein geistreiches Buch:
„Geschichte der apostolischen Kirche“, nebst einer „allgemeinen
Einleitung in die Kirchengeschichte“, 2. Aufl. Leipzig 1854.
Damals hielt sich Ph. Schaff, ein geborner Schweizer aus
Graubünden, längere Zeit in Europa auf. Er ließ in dem-
selben Jahre 1854 noch zwei weitere Werke erscheinen: „Der
heilige Augustinus“ (Berl. 1854, p. 129) ein Bruchstück
oder ein Vorläufer des uns heute vorliegenden großen Werkes,
und die in diesen Blättern ***) früher besprochene Schrift:
„Amerika, die politischen, socialen und kirchlich-religiösen Zu-

*) Geschichte der alten Kirche. Von Christi Geburt bis zum Ende des
sechsten Jahrhunderts. Von Dr. Philipp Schaff. Leipzig 1867.
p. 1250.

**) Vergl. Histor.-polit. Blätter Bd. 38 S. 655 f., Bd. 39. S. 584.
Bd. 40 S. 531 f.

***) Bd. 38, S. 560 ff.

stände der Vereinigten Staaten" (Berl. 1854), worin er seinem Adoptiv-Vaterlande eine fortlaufende Lobrede hält. — Daß H. Schaff seit dreizehn Jahren die kirchengeschichtlichen Studien vorwiegend betrieben, dafür zeugt das uns vorliegende Werk von ungewöhnlichem Umfange (und compressedem Drucke). Dasselbe ist datirt aus dem Bibelhause in New-York vom 18. Januar 1867, und den Lehrern und Freunden des Verf., Aug. Tholuck, Jul. Müller in Halle, J. A. Dorner in Berlin und J. P. Lange in Bonn, gewidmet.

Aus der Vorrede und Widmung erfahren wir, daß Schaff in Tübingen bei Dr. Schmid exegetische, bei Dr. Bauer historische, bei Dorner Vorlesungen über systematische Theologie gehört, zu Halle bei Tholuck „unter gastfreundlichem Dache“ gewohnt, und von ihm und Jul. Müller zur Wahl „der akademischen Laufbahn aufgemuntert“ worden, daß er seit seiner Ansiedelung in Nordamerika Europa zweimal in den J. 1854 und 1865 besucht hat. Seine Freunde wünschten ihm öfters einen Lehrstuhl in Deutschland zu gewinnen, er konnte sich aber nicht entschließen, von einem Lande in dem er seit seinem 25. Lebensjahre (er ist geboren 1. Jan. 1819 zu Chur) eine zweite Heimath gefunden, sich zu trennen, und wünscht seine Tage „in dem schönen Mittlerberufe zwischen der evangelischen Christenheit deutscher und englischer Zunge zu beschließen.“ Sein Buch soll beweisen, daß er „die deutsche Theologie — die evangelisch treue, evangelisch freie und evangelisch katholische Theologie — wenigstens nicht ganz unwürdig in Amerika vertreten habe.“

Von der vorliegenden Geschichte der alten Kirche ist gleichzeitig eine englische Uebersetzung unter dem Titel: History of the Christian Church, oder: History of ancient Christianity, 3 vols., erschienen, deren erster Band schon im J. 1859 in erster, und 1862 in zweiter Auflage zu New-York und Edinburg herauskam. Sie ist zwar eine Fortsetzung „der apostolischen Kirche“, bildet aber doch wie diese ein selbstständiges Werk. Sie enthält die „Frucht einer zwanzigjäh-

rigen Lehrthätigkeit als Professor der Kirchengeschichte in Mercersburg in Pensylvanien.“

Zwei Jahre zog sich Schaff wegen der Benützung der reichern Bibliotheken nach New-York zurück. Hier stand ihm die Astor-Bibliothek zu Gebote, welche von dem Deutschen Johann Jakob Astor im J. 1850 mit einem Capital von 400,000 Dollars gegründet, von dessen Sohne bedeutend erweitert, jetzt 150,000 sorgfältig ausgewählte Bände in einem prachtvollen Gebäude, darunter die klassischen und kostbarsten Werke aus allen Zweigen der Literatur enthält; ebenso die Bibliothek des theologischen Unions-Seminars in New-York. Letztere hat „die van Esp'sche Bibliothek (es ist dieß der bekannte katholische Bibel-Uebersetzer) mit sämtlichen Kirchenvätern und den großen gelehrten Sammelwerken käuflich an sich gebracht, und sie seitdem mit den Büchern von E. Robinson (gest. 1863 zu New-York) und den Produkten der neuern protestantischen Theologie vermehrt. Es ist beachtenswerth, daß die nachgelassenen Bibliotheken der berühmtesten deutschen Kirchenhistoriker nach Amerika auswandern. So ist die Meander'sche Bibliothek schon längst in dem Baptisten-Seminar zu Rochester, die Thilo'sche Bibliothek im Yale College zu New-Haven, und die Niedner'sche Bibliothek in dem congregationalistischen Seminar zu Andover. Meanders Bibliothek ist, sammt dem Manuscripte seiner Kirchengeschichte, zu Rochester in einem besondern Zimmer aufgestellt.“ Dieß ist leider der gewöhnliche Weg, welchen die bedeutenden Bibliotheken deutscher Theologen wandeln, entweder nach England oder nach Nordamerika, oder wenigstens unter den Hammer.

Der Verfasser gibt der Wahrheit die Ehre, indem er die Vorzüge der ältern meist katholischen Forscher vor den neuern größern Theils protestantischen anerkennt und hervorhebt. Er nennt die Benediktiner in den Ausgaben der Kirchenväter, die Bollandisten in der Hagiographie, Mansi und Hardouin in der Sammlung der Concilien, Gallandi, Dupin, Geillier, Dubin, Cave und J. A. Fabricius in der Patristik und kirchlichen

Literaturgeschichte, in einzelnen Zweigen Tillemont, Petau (d. i. Petavius), Bull, Bingham, Walch, als seine vorzüglichen Führer. Einer ferneren und unbestimmten Zukunft stellt es der Verf. anheim, ob er seine zahlreichen Manuskripte über die Kirchengeschichte des Mittelalters und der neuern Zeit für den Druck verarbeiten werde; es werde geschehen, wenn „ihm Gott Zeit und Kraft“ schenke. Einstweilen wird aber seine freie Zeit durch die erweiterte englische Ausgabe des Lange'schen Bibelwerkes in Anspruch genommen.

Die Eigenthümlichkeit unseres Werkes ist die Verarbeitung und genaue Verwerthung der Studien Anderer. Bei Schaff findet man keine oder wenige selbstständige Untersuchungen, wozu es ihm wohl an Zeit und Neigung fehlte, aber eine gewissenhafte und genaue Verwendung dessen was früher vor ihm geleistet worden. Wir möchten hiemit keinen Tadel, sondern vielmehr Lob und Anerkennung aussprechen. Vor lauter eignen und selbstständigen Forschungen verliert die Gegenwart die Resultate früherer geistigen Arbeiten; Herr Schaff aber möchte diese wieder zu Ehren bringen, und kaum einer der neuern protestantischen Kirchenhistoriker hat die Arbeiten katholischer Autoren so umfassend benützt, als er.

Bei der Besprechung eines so großen inhaltsreichen Werkes sind wir gezwungen uns auf Einzelnes zu beschränken. Wir ziehen diese Beschränkung einer Angabe des allgemeinen Inhaltes vor, welcher natürlich nur bekannte Rubriken enthält. Ausführlicher als Andere vor ihm, handelt der Verfasser von dem innern Leben der Kirche, von dem Mönchthum, dem Gottesdienst, den kirchlichen Sitten, der christlichen Kunst.

Viel kürzer, als wir erwartet, geht der Verf. über die beiden wichtigen Kapitel der kirchlichen Armenpflege und der Sorge der Kirche für die Gefangenen und Sklaven hinweg. Ueber letztere handelt § 113 der „Geschichte der apostolischen Kirche“, § 89 und § 152 des vorliegenden Werkes, sowie eine im J. 1861 separat erschienene Abhandlung: „Slavery

and the Bible“ Als vor 34 Jahren Möhler zum erstenmal diese Frage behandelte, konnte er sagen, daß er oft mit sehn- suchtsvollem Verlangen größere und kleinere kirchengeschicht- liche Werke durchblättert habe, um sich über die Art und Weise der Aufhebung der Sklaverei zu unterrichten. Aber es war vergebens; er selbst mußte hierin Bahn brechen. Seitdem ist diese Frage vielfach geschichtlich untersucht worden, aber erschöpfend noch nicht. Herr Schaff geht mit wenigen Worten über die zwei wichtigen Gesetze des Kaisers Con- stantin aus den J. 316 und 321 hinweg. Er sagt nur: „Constantin erleichterte die Freilassung, gestattete sie auch am Sonntag, und gab den Geistlichen das Recht, ihre Sklaven durch ihren bloßen Willen ohne die sonst nöthigen Zeugen und Ceremonien zu emancipiren.“ Dabei citirt er Corp. jur. l. 1 Art. 13 l. 1 und 2. In der That erließ Kaiser Con- stantin am 18. April 321 an den Bischof Hosius von Cor- duba ein Gesetz, nach welchem die Freilassung der Sklaven in den Kirchen der Christen dieselben Folgen haben sollte, als die unter den herkömmlichen Formalitäten des römischen Rechtes geschehene Manumissio, welche bekanntlich viel um- ständlicher war. Der Hauptsatz des Gesetzes lautet: Qui in ecclesiae gremio servulis suis meritam concesserit libertatem eandem eodem jure donasse videatur, quo Civitas Romana solemnitatibus decursis dari consuevit. Das Gesetz steht in Codex Theodos. lib. IV. tit. 7 — de manumiss. in Ecclesia; Lex 2 Cod Justin. de his, qui in ecclesia manumittuntur, und wird von Sozomenus (l. 9), in der Historia tripartita, I 9, und bei Nicephorus Callisti, VII. 18 erwähnt. Uns scheint nicht, daß Herr Schaff den Text des Gesetzes gesehen, denn es ist in demselben keineswegs von den Sklaven der Geistlichen die Rede, sondern von den Sklaven überhaupt. Wer in der Kirche erklärte, daß seinen Sklaven die Freiheit geschenkt sei, denen war sie geschenkt. Schaff ist der Meinung, daß Möhler (welcher vorstehendes Gesetz gleichfalls nicht ge- kannt) in seiner geistreichen Abhandlung über Aufhebung der

Sklaverei den Einfluß der Reden des Chrysostomus darauf überschätzt habe, und wir können ihm darin nicht ganz Unrecht geben. Dagegen hat Letzterer die sogenannte innere Befreiung der Sklaven, d. h. ihre christliche Behandlung, die Pflege und Sorge der christlichen Herrn für ihre Knechte nach Gebühr hervorgehoben. Die Entlassung der Sklaven, die für die Freiheit nicht erzogen sind und sie nicht benützen können, war stets für die Sklaven selbst verderblich und dem gemeinen Wesen nicht nützlich.

Herr Schaff behandelt Leben und Lehre des heiligen Augustin mit gebührender Aufmerksamkeit. Er thut ihm aber sehr Unrecht, wenn er ihn nach dem Vorgange des Tertullian und Cyprian eine symbolische Lehre vom Abendmable vortragen läßt, welche jedoch zugleich einen realen geistigen Genuß durch den Glauben einschließe und insofern der calvinischen oder orthodox-reformirten Lehre am nächsten komme. Also Augustin ist ein Calvinist! — in der Lehre vom Abendmahl. Die wenigen Stellen aber, welche Herr Schaff hiefür anzuführen weiß, zeugen gerade für den Glauben Augustins an die reale, nicht an die symbolische Gegenwart Christi im Altarssakramente. *J. B. Tractat. 26 in Joannem* wird gesagt: *Qui non manet in Christo, nec manducat carnem ejus, nec bibit ejus sanguinem, licet premat dentibus sacramentum corporis et sanguinis Christi.* Der Herr sagt: Wer mein Fleisch ißt und mein Blut trinkt, der bleibt in mir und ich in ihm — doch wohl mit lebendigem Glauben und mit Hingabe an Christus, denn das bloß leibliche Genießen des Abendmahles ist kein Bleiben in Christo; darum konnte Augustin und kann jeder katholische Lehrer zu jeder Zeit sagen: Wer nicht in Christus bleibt, der ißt weder (wahrhaft) sein Fleisch, noch trinkt er sein Blut, obgleich er mit den Zähnen das Sakrament des Leibes und Blutes Christi berührt. Es ist dieß kaum etwas Anderes, als was in dem bekannten Hymnus ausgesprochen wird: *Sumunt boni, sumunt mali, sorte tamen inaequali, vitae vel interitus.* Die Bösen also die den Leib

men lassen, wenn er die Stelle wirklich im Zusammenhange gelesen hätte. Letzteres wollen wir zu seiner Ehre nicht annehmen. Wir finden nämlich in dem Lehrbuch der Dogmengeschichte von Prof. Schmid in Erlangen (Nördlingen 1868), dessen erste Auflage Herrn Schaff offenbar vorlag, diese Stelle. Doch läßt Herr Schmid (S. 109 der 2. Aufl.) die Wahrheit besser hervortreten, wenn er den heil. Augustin sagen läßt: *Quod (catechumeni) accipiunt, quamvis non sit corpus Christi, sanctum tamen est etc.* Indeß finden sich bei Augustin so viele beweisende Stellen seines Glaubens an die reale Gegenwart Christi im Abendmahl, daß die andern Stellen darnach erklärt werden müssen, worin er von einem figürlichen Empfange zu reden scheint.

Diese Mängel können uns indeß nicht abhalten, die Vorzüge des Werkes von Ph. Schaff willig anzuerkennen und den Wunsch auszusprechen, daß der Verfasser sein unlängbares Talent auch noch ferner im Dienste der christlichen Wahrheit verwenden möge.

VII. 3. Alzog*).

Von katholischen Verfassern können wir den voranstehenden Werken vorläufig drei Werke an die Seite stellen: nämlich das Handbuch der Kirchengeschichte von Ritter, welches in sechster Auflage im Jahre 1862, besorgt durch E. Ennen, erschien; sie hat im Vergleiche zu den frühern Ausgaben nur wenige Zusätze erhalten. Ferner die Kirchengeschichte von Möhler, deren erster und zweiter Band vor einigen

*) Handbuch der Universal-Kirchengeschichte von Dr. Johannes Alzog, geistl. Rathe u. Professor der Theologie zu Freiburg. Achte vermehrte u. umgearbeitete Auflage. 1. Bd. Mainz 1866. 560 S. 2. Bd. 1867. 764 S.

Monaten in diesen Blättern besprochen wurde, deren letzter Band kürzlich erschienen ist. Endlich die jetzt in achter Auflage vorliegende Kirchengeschichte von Alzog.

Alle drei Werke reichen bis zur unmittelbaren Gegenwart. Ritter hatte das 19. Jahrhundert mit einer gewissen Vorliebe behandelt, und besonders sein Artikel: „Neueste Geschichte der katholischen Kirche in England“ beruht auf genauern Studien. Jos. Ign. Ritter ließ auch diesen Theil seiner Kirchengeschichte separat unter dem Titel: „Geschichte der Kirche von der französischen Revolution bis auf die Gegenwart“ (Bonn 1851) erscheinen. Die von ihm noch besorgte fünfte Auflage seiner Kirchengeschichte wurde im Jahre 1854 herausgegeben. Der Verfasser selbst starb am 5. Januar 1857. Da seit mehr als einem Decennium seine Kirchengeschichte keine erhebliche Vermehrung oder neue Bearbeitung gefunden, und die Eigenschaften derselben allgemein bekannt sind, so wollen wir hier bei derselben nicht länger verweilen.

Das Handbuch der Universal-Kirchengeschichte von Johannes Alzog erschien zuerst 1841, die zweite bis fünfte Auflage von 1843 bis 1850, die sechste Auflage 1854, die siebente 1859, endlich die achte 1866—1867. Letztere erschien in 2 Bänden, und hat auch, verglichen mit der vorhergehenden Auflage, bedeutende Vermehrungen und Verbesserungen nachzuweisen. Den zahlreichen Auflagen in deutscher Sprache gehen die zahlreichen Uebersetzungen zur Seite, in das Italienische, Französische, Englische, Polnische, Böhmische. Daß das Werk im Inland und Ausland solche Verbreitung und Anerkennung gefunden hat, verdankt es seinen unbestrittenen vortrefflichen Eigenschaften. Es ist auch von einer Auflage zu der andern bedeutend verbessert worden. Alle neuern Forschungen, soweit sie dem Verfasser zur Kenntniß kamen, hat derselbe besonders in der gegenwärtigen Bearbeitung benützt und verwerthet.

In Beziehung auf Vielseitigkeit und Mannigfaltigkeit des Inhalts dürfte, im Vergleich mit andern, das Werk von

Alzog wohl den Vorzug verdienen. In Beziehung auf die Form der Darstellung ist K. Hase nicht so leicht zu übertreffen. Letzterer kommt in der Vorrede zu seiner neunten Auflage auf das Werk von Alzog zu sprechen, und macht ein großes Aufheben von der Unfreiheit der wissenschaftlichen Forschung bei den Katholiken, wofür er u. A. als Beweis anführt, „daß auch der neuen Auflage von Alzog's vortrefflicher Kirchengeschichte das Imprimatur des Erzbischofs von Freiburg vorgedruckt ist; also die geistliche Censur eines wissenschaftlichen Buches mitten in Deutschland und in einem aus den Schlingen des Concordats geretteten Lande“ (d. i. Baden)! Herr Hase hat hier das rechte Maß nicht eingehalten. Ebenso wie Alzogs Kirchengeschichte das Imprimatur des Erzbischofs von Freiburg trägt, trägt Ritter's Kirchengeschichte (in fünfter Auflage) das Imprimatur des Erzbischofs von Köln, und weder der Eine noch der Andere ist dazu angehalten oder gezwungen worden, sondern sie haben das Imprimatur eingeholt oder nachgesucht, und Herr Hase ist nicht berechtigt daraus Folgerungen über zunehmenden geistigen Druck zu ziehen.

Herr Alzog hat die ihm mitgetheilten Berichtigungen oder Verbesserungen am geeigneten Orte verwendet mit Dank und mit Gewissenhaftigkeit. Wir sind nicht darauf ausgegangen Fehler oder Lücken in seinem Werke aufzufinden, wir sind aber zufällig auf einige Punkte gestoßen, wo Nachträge oder Berichtigungen sich empfehlen dürften. Bei der Angabe über die Literatur der Kirchenhistoriker des Mittelalters ist manches Neuere übergangen, z. B. bei Adam von Bremen die Ausgaben und Bearbeitungen von Lappenberg und Laurent. Bei der Katecheten-Schule von Alexandrien wären nachzutragen die Werke von Matter, Paris 1840—48, 3 Bde.; Et. Vacherot, *Histoire critique de l'école d'Alexandrie*, Par. 1846—51, 3 Bde., und J. Cognat, *Clément d'Alexandrie, sa doctrine et sa polémique*, 1859. Neuestens hat auch Abbé Freppel seinen vorhergehenden Schriften über Tertullian

(1864), Eyprian (1865), Clemens (1865) u. s. w. 2 Bände über Leben und Lehre des Origenes folgen lassen (1868), in denen er deutsche und französische Forschungen verwerthet hat.

Nach dem Verfasser ist der heil. Ignatius von Loyola am 31. Juli 1566 gestorben; es muß heißen: 1556. Entschieden ein Druckfehler ist es, wenn (II. 363) von den Reformdekreten zu Poissy vom J. 1065 (statt 1561) gesprochen wird.

Bd. II. S. 230 lesen wir: „Für Deutschland namentlich war die Hoffnung auf eine neue bessere Zeit um so gegründeter, als es selbst nach strengem Urtheil einen Episcopat hatte, tugendhaft, religiös und kenntnißreich, wie in bessern Zeiten: Johann von Dalberg in Worms, Joh. Rhode in Bremen, Lorenz von Bibra in Würzburg, Conrad von Thungen und sein Nachfolger Christoph von Stabion in Augsburg, Mathias Lang in Salzburg, von Greifenklau in Trier werden als vortreffliche Hirten geschildert.“ Diese Stelle ist, wie uns scheint, mit einigen Modifikationen aus Möhlers gesammelten Schriften (II. 29) genommen, wo aber einerseits (der etwas spätere) Faber von Wien beigelegt ist, andererseits es heißt: Lorenz von Bibra in Würzburg, Conrad von Thungen sein Nachfolger, Christoph von Stabion von Augsburg. Bei Möhler also werden zwei Bischöfe von Würzburg, bei Alzog zwei Bischöfe von Augsburg als Zierden des Episcopats ihrer Zeit angeführt. Darüber aber, ob Conrad von Thungen Bischof von Augsburg oder von Würzburg gewesen, kann ein Zweifel nicht obwalten; er war Bischof zu Würzburg 1519 bis 1540. In der Sache selbst sind wir mit dem Verfasser völlig einverstanden, sind sogar der Ansicht, daß noch andere Namen deutscher Bischöfe aus jener Zeit es würdig wären hier angeführt zu werden. Es dünkt uns nicht ungeeignet, diesen Sachverhalt genauer festzustellen und durch eine dichtere Reihe von Belegen an diesem Orte zu illustriren.

Albrecht, der Kurfürst von Mainz und Cardinal der römischen Kirche, machte durch die kirchliche Entschiedenheit seiner spätern Jahre, besonders seit dem Auftreten Luthers,

es wenigstens vergessen, daß er früher sich von Ulrich von Hutten hatte Weihrauch streuen lassen.

Bei Worms und Speyer zeigte es sich, wie bei andern Städten, daß die Einführung der Reformation nichts anderes war, als das Verlangen der Losreißung von der bischöflichen Gewalt und die Einziehung des Kirchengutes. Ob die Magistrate dieser Städte nun tüchtigen oder untüchtigen Bischöfen gegenüberstanden, war gleichgültig; das Verlangen nach „Reformation“ war bei ihnen gleich mächtig: sie wollten herrschen und besitzen. Die Einführung der Reformation in Worms fiel in die Zeit des Bischofs Reinhard II. von Rippur (1503 — 23), welcher auf den unvergleichlichen Johannes Dalberg (1482 — 1503) gefolgt war. Reinhard wurde veranlaßt zu resigniren, und der Pfalzgraf Heinrich, vorher Propst zu Ellwangen, sollte dem Strome der Reformation einen Damm entgegensetzen, was ihm aber auch nicht gelang (1523 — 1552).

Bischöfe von Speyer in dieser Zeit waren Philipp von Rosenberg (1504 — 1513) und Georg, Pfalzgraf zu Rhein und Herzog in Bayern (1513 — 1529). Von Philipp berichtet der Geschichtschreiber der Speyerer Bischöfe sehr viel Rühmliches. Wäre seine Regierung in ruhigere Zeiten gefallen, so hätte er auch mehr wirken können. Er starb, „des Lebens müde, von Leiden und Schmerzen fast aufgezehrt, in Geduld und Gottergebenheit fest bewährt, mit gänzlicher Ergebenheit in den Willen Gottes“, am 3. Februar 1513 (Remling, Geschichte der Bischöfe zu Speyer, II. 229). Der Wahl seines Nachfolgers, des Pfalzgrafen Georg, lagen „mehr unvermeidliche Rücksichten, als wirkliches Verdienst zu Grunde.“ Der Kurfürst zu Rhein mit seiner ganzen Verwandtschaft betrieb diese Wahl; er kam selbst zur Wahl mit großem Gefolge, und auch der in der Nähe weilende Kaiser Maximilian I. ließ durch seine Gesandten für Georg werben, die erklärten, „daß sich der Kaiser keines Abschlags (seiner Forderung) versehe.“ Um einen stärkern Druck auf die Wähler

auszuüben, kam der Kaiser selbst. So wurde der 27jährige Pfalzgraf Georg pestulirt. Aber auch ihn empfahlen ein „angemessener Ernst, freundliche Milde und eine herzliche Frömmigkeit.“ Auch Erithemius nennt ihn „einen edlen, sanften, klugen Fürsten, einen Liebhaber des Klerus und Vertheidiger der Armen, von dem Alle hoffen, daß er ein guter Seelenhirte seyn werde.“ Georg starb in der Blüthe der Jahre, 27. September 1529, und sein Nachfolger Philipp von Hirschheim (1529—1552) setzte ihm ein Denkmal, worin er dessen Klugheit, Milde und Frömmigkeit rühmt.

Ueber den damaligen Bischof von Straßburg, Wilhelm Graf von Hohnstein (1506 — 1541), den Schüler Seilers von Kaisersberg, haben diese Blätter wiederholt sich ausgesprochen (Bd. 18, Bd. 48, S. 724 ff.). Er war ein mit herrlichen Eigenschaften ausgestatteter Hirte. Er stand auf der Warte der Zeit, so gut wie irgendeiner seiner tüchtigen Vorgänger und Nachfolger. Aber „in allen bischöflichen Städten am Rhein, von Constanz bis hinunter nach Köln, hatte der Conflict zwischen der landesherrlichen Gewalt der Bischöfe und den Befugnissen der Städtebewohner Reibungen hervorgerufen. Je größere Befreiungen die Städte sich erwarben, je unabhängiger von jener Gewalt ihre Stellung wurde, desto mehr entfremdete sie Eifersucht, Argwohn und Mißgunst den Bischöfen, in denen sie mehr die weltliche Gewalt fürchteten, als das geistliche Amt ehrten. Darin glauben wir den Schlüssel zu finden, warum gerade die Städte, in denen seit uralter Zeit Bischofssitze sich befanden, wie Straßburg, Worms, Speyer, Lübeck, Magdeburg, die ersten waren welche einer Lehre beipflichteten, die alle kirchliche Autorität, ja die Kirche selbst verwarf, wovon einzig Köln „die heilige Stadt“ eine beachtenswerthe Ausnahme macht“ (Histor.-polit. Blätter Bd. 18, S. 699). Gewiß unverdächtige Zeugen von der Habsucht und Herrschsucht der Städte, die sie zum „Reformiren“ trieb, sind Luther und Melancthon. Jener klagt: „da wollen die Leute nichts mehr geben, und ist solcher Un-

dank unter den Leuten für das heilige Wort Gottes, daß wenn ich's mit gutem Gewissen zu thun wüßte, möchte ich wohl dazu helfen, daß sie keinen Pfarrherrn oder Prediger hätten, und lebten wie die Säue, als sie doch thun.“ Melanchthon sprach es mit besonderer Beziehung auf die Nürnberger aus, daß es den Reichsstädten nicht um den Glauben und um die Lehre, sondern um die Herrschaft und um die Freiheit zu thun sei.

Bischof Wilhelm von Hohnstein war so untadeligen Wandels, daß auch Protestanten ihm nichts vorzuwerfen wußten. Er that, was er vermochte, um dem Abfalle von der Kirche zu wehren. Aber der Stadtrath von Straßburg hatte ein Interesse an der Reformation, und bei ihm fanden die Apostaten Schutz und Hülfe gegen ihren Bischof. Wenn es auch heute noch Katholiken gibt welche glauben, daß wenn Geiler († 1510) die Zeit der Reformation erlebt hätte, diese in Straßburg nicht zum Siege gekommen wäre, so müssen wir diesen festen Glauben an die Macht „des Geistes“ bei Einführung der Reformation bewundern, finden ihn aber unverträglich mit den geschichtlichen Thatsachen.

Wie in Straßburg, so siegte in Basel die Reformation durch Gewalt. Durch 24 Jahre waltete hier der Bischof Christoph von Utenheim (1502 — 1526), einer der tüchtigsten Kirchenfürsten. Sein Nachfolger Philipp von Gundelsheim (1527 — 1553) erlag der Gewalt der Reformation, mußte Basel verlassen und ließ sich bleibend in Bruntrut nieder. Mit tiefem Abscheu verließ auch Erasmus Basel, um niemals zurückzukehren.

Auch in Constanz siegte die Reformation durch Gewalt eine Zeit lang. Hier war Bischof Hugo von Hohenladenbergh (1496—1529) mehr als 30 Jahre ein eifriger Hirte. Aber die Reformation zwang ihn sich zu entfernen; er ließ sich 1527 in Ueberlingen nieder. Erasmus nennt ihn einen sanften, rechtschaffenen, untadeligen Mann (*mitis, probus, integer*). Als sein Nachfolger, der sehr tüchtige Balthasar

Merklin, nach wenigen Monaten starb († 1531), so riefen die Domherrn einstimmig den Hugo als ihren Bischof zurück; er starb aber schon am 7. Januar 1532. Diese einstimmige Wiederwahl ist aber gewiß ein unverdächtiges Zeugniß zu Gunsten seiner frühern Regierung. Bischof Johann Graf von Lupfen war ausgezeichnet durch die Kenntniß vieler Sprachen. Er resignirte aber schon im J. 1537.

Das Bisthum Augsburg hat im Zeitalter der Reformation so ausgezeichnete Bischöfe aufzuweisen, daß dieselben auch dann Zierden des Episcopates gewesen, wenn sie in den ersten Jahrhunderten gelebt hätten. „In den Jahren von 1486—1505 saß auf dem bischöflichen Stuhle von Augsburg Friedrich Graf von Zollern, ein heller Stern am Himmel der deutschen Kirche in einer Zeit welcher man viel Schlimmes, wenig Gutes nachzusagen gewohnt ist. Ihm sind an Tugend und edlem Gemüthe von den Tagen des heiligen Ulrich an wenige seiner Vorfahrer gleich gekommen, keiner hat ihn übertroffen“*). Ebenso würdige Nachfolger des heiligen Ulrich waren sodann der Bischof Christoph von Stadion (1517—1543), und der große Cardinal Otto Truchseß von Waldburg (1543 bis 1573), eine Zierde der deutschen Kirche und des Collegiums der Cardinäle.

Von den Bischöfen von Sitten, Chur, Trient, Triest, Brixen, Salzburg, Passau, Regensburg, Freising, Bamberg und Würzburg, in deren Gebiete die Reformation nicht vordrang oder nicht bleibend zur Herrschaft kam, wollen wir

*) Also der Geschichtschreiber des Bisthums Augsburg, N. Steichele im Archiv für die Geschichte des Bisthums Augsburg 1854, I. 143 ff. (Friedrich, Graf von Zollern, Bischof zu Augsburg und Johannes Geiler von Kaisersberg). — Man vergleiche hiemit die Schilderung Friedrichs in diesen Blättern (Bd. 49, S. 33 — 42) von unserm verehrten Freunde M. K., von welchem wir es oft bedauert, daß er durch seine veränderte Lebensstellung verhindert worden, seine so nützlichen apologetischen Studien über die katholische Kirche im Reformationszeitalter fortzusetzen.

hier nicht handeln. Am frühesten und entschiedensten siegte die Reformation in den Gebieten der Bisthümer Merseburg, Meissen, Naumburg, Brandenburg, Havelberg, Halberstadt, Magdeburg, Camin, Bremen-Hamburg, Minden, Ratzeburg, Schwerin, Schleswig, Lebus u. s. w. Wäre der Sieg der Reformation von der Würdigkeit oder Unwürdigkeit abhängig gewesen, so wäre es um die Würdigkeit der betreffenden Bischöfe nicht gut bestellt gewesen. Aber die Geschichte weiß über die Mehrzahl derselben Besseres zu berichten. Ihr Zeugniß wird um so unverdächtiger seyn, als es meistens auf Aussagen von Protestanten beruht.

Der Bischof Tilo von Trotha von Merseburg war „sanftmüthig, milde, seiner Unterthanen treuer Beschützer, der über alle Maßen wohl regiert, der mit Gütern, Zinsen und Gebäuden das Stift mehr als alle seine Vorfahren gemehrt.“ Zudem war ihm eine lange Regierung von 48 Jahren gegönnt (1466—1514). Er ließ die Domkirche zum hl. Laurentius und Johann Baptist niederreißen und vollständig neu bauen. Von seinem Nachfolger wurde dieselbe im J. 1517 geweiht, in demselben Jahre in welchem Luther hervortrat, mit dessen Hervortreten alle Kirchenbauten in Deutschland stillestanden. Auf Tilo folgte Adolf, Fürst von Anhalt (1514 bis 1526), Coadjutor seines Vorgängers seit 1507. Im J. 1514 wurde er durch Bischof Johannes von Zeitz geweiht. „Und vertrieb flugs darauf alle Juden, die zu Merseburg wohnten. Sonst war er kleiner Statur, aber großes Ansehens, gelehrt, keusch, ein guter Prediger und Theologus, hielt auch ein frommes Hoff-Gesinde; den langweiligen Prozeßen war er feinde, und schaffete, das alle Sachen aufs kürzeste verglichen werden mußten. Aber dieses war nicht fein von ihm, daß er sich des M. Luthers Lehre und sonderlich dem Gespräche, welches dieser zu Leipzig mit Dr. Eden halten wollte, so sehr widersetzte“ (Fürtrefflichkeit der Stadt Merseburg von Joh. Vulpinus, 1700). Auch die zwei folgenden letzten Bischöfe von Merseburg waren vortreffliche

Männer. Die Protestanten, resp. Apostaten Camerarius und Georg von Anhalt, Nefte des Bischofs Adolf von Nassau, verkündigen das Lob Adolfs. „So ist, sagt Jener, Fürst Adolf ein gottesfürchtiger, gelehrter, hochwürdiger Herr dem Stift Merseburg viel Jahr löblich und wohl fürgestanden, mit väterlichem Gemüthe gegen seine Unterthanen und hohem Fleiß in Regierung der Kirche, denn er in Predigen und andern bischöflichen Ämten sich keiner Mühe noch Arbeit dauern ließ.“ Ueber seine Predigten weiß sein Nefte, der lutherische Magdeburger Dompropst Georg, viel Rühmliches zu berichten. Wenn er an hohen Festen predigte, „da kam traun das Völklein mit Haufen und hörte solche Predigten gerne und mit großem Fleiß.“ (Näheres in diesen Blättern Bd. 46, S. 455—457).

Herr M. Kerker, aus dessen Feder die Schilderung Bischofs Adolf von Merseburg stammt, bemerkt über den Zeitgenossen Adolfs, den Bischof Johann von Schleinitz von Meißen (1518—1537), daß uns weniger genaue Nachrichten über ihn erhalten seien, und nur bekannt sei, daß er dem Eindringen des Lutherthums mit aller Kraft sich widersezt und trotz seines hohen Alters selbst gepredigt habe. Ueber seinen Vorgänger, Johann von Salhausen, der die Kirche von Meißen 31 Jahre lang (1487—1518) regierte, besitzen wir jetzt die schöne Monographie: Johannes VI. Bischof von Meißen, von Jul. E. Pasig (Leipzig 1867), deren Verfasser der protestantische Oberpfarrer in Schneeberg, und deren Inhalt eine Apologie sowohl der Person des Bischofs als der damaligen kirchlichen Zustände in Sachsen ist. Alle Historiker der alten und neueren Zeiten sprechen von ihm mit höchster Anerkennung. Zwar Herr Pasig nennt ihn einen „reformatorisch-angehauchten Prälaten,“ doch nach seiner Darstellung war er ein wahrer und wirklicher Reformator innerhalb der katholischen Kirche. Aber ebenso vortrefflich war sein Nachfolger Johann von Schleinitz. Was die Gegner an ihm aussetzen wissen, daß er sich dem Lutherthum mit

aller Kraft widersezte, gereicht ihm eben zum höchsten Lobe, ebenso die wohlfeilen Spottreden Luthers über ihn. Aber gegen den Kurfürsten Friedrich von Sachsen und dessen Nachfolger konnte der Bischof Johann die katholische Kirche nicht aufrecht erhalten; da die Landesherren mit Gewalt „reformirten,“ konnten die Bischöfe nur protestiren.

Von dem Bischöfe Hieronymus Schulz (Sculletus) von Brandenburg (1507—1522) wissen die Gegner eben nur zu sagen, daß er ein geschmeidiger Hofmann gewesen, und daß er, der im Anfange Luthern günstig gewesen, ihm bald entgegengetreten sei. Sein Nachfolger in Havelberg, Bussio II. von Alvensleben (1522—1548), that was er vermochte zur Aufrechthaltung der katholischen Kirche.

Ueber den letzten katholischen Bischof von Schwerin sagt der Protestant Jul. Wiggers (Kirchengeschichte Mecklenburgs, 1840, S. 51): Petrus Walckow (1508—1516) war ein Mann von geringem Herkommen, aber von großer Frömmigkeit, Gelehrsamkeit und Gewandtheit in Geschäften, durch des Papstes Freundschaft und Vertrauen ausgezeichnet und durch langjährigen Aufenthalt zu Rom in Wesen und Formen der römischen Kirche eingeweiht, welcher deßhalb zu einer Stelle von umfassenderer Wirksamkeit in der Kirche brauchbar, doch auch von seinem fernen Bischofsstize aus neben eifriger Sorge für die Verwaltung seiner Diöcese an der Leitung der ganzen Kirche thätigen und erwünschten Antheil zu nehmen fortfuhr. Größere Männer, als ihn und seinen Decan Dr. Zutheldus Wardenberg hat vorher das Bisthum nicht gesehen, gleich als ob das scheidende Papstthum durch diese Repräsentanten sich noch in seiner äußersten Herrlichkeit entfalten wollte.“

Ein größeres Lob im Reformationszeitalter kann einem katholischen Bischöfe doch wohl kaum gespendet werden, als durch das Zeugniß, daß er mit allen seinen Kräften dem hereinbrechenden Abfalle von der Kirche sich entgegengestellt habe. Dieses Lob aber ertheilt Jul. Wiggers dem letzten

katholischen Bischöfe von Magdeburg, Georg von Blumenthal, der zugleich Bischof von Lebus war (1523—1550). „Allen kirchlichen Neuerungen entschieden abhold verzögerte Georg die Reformation in seinem Stifte fast um ein Menschenalter, obgleich nur in den Grenzen seines Grundbesitzes und Patronats, da zur Unterdrückung des überall in seiner Diöcese aufbrausenden evangelischen (lies unevangelischen) Geistes seine Kraft zu schwach war. Seine lange Regierung war nichts als ein unablässiger Kampf für die Unwandelbarkeit und Unverletzlichkeit der römischen Kirche, ihrer Diener und Güter gegen die jugendlich und unaufhaltsam vorwärts schreitende und oftmals ungerechte und schonungslose Zeit. Im Schmerze über vergebliches Ringen schuf er sich durch Sammlung und Ordnung der pergamentnen Rechte für den Verlust der wirklichen Ersatz“ (l. c. S. 122). Was Georg von Blumenthal im Uebrigen als Bischof wirkte, welche vortrefflichen Eigenschaften er entfaltete, das lehren uns die beiden Protestanten G. M. E. Masch, in seiner gründlichen „Geschichte des Bisthums Magdeburg“, Lübeck 1835, S. 455—494, und S. W. Wohlbrück, in seiner nicht weniger gründlichen „Geschichte des ehemaligen Bisthums Lebus“, Berlin 1829, Thl. II, S. 268—313.

Der Kurfürst Albrecht von Mainz (1514—1545) war zugleich Bischof von Halberstadt (1513—1545) und Erzbischof von Magdeburg. Man kann und man muß diese Cumulirung der Bisthümer tadeln und beklagen, aber die Unparteilichkeit verlangt auch anzuerkennen, daß Albrecht in seinen drei Sprengeln sich der Ausbreitung des Lutherthums nach Kräften widersetzt habe. Dieß loben, wie billig, katholische Auctoren, dieß mißbilligen, wie natürlich, protestantische Schriftsteller *).

*) J. B. Hassenkamp, Heftische Kirchengeschichte im Zeitalter der Reformation, Marburg 1832. — G. Schmidt, Justus Menius der Refor-

Die beiden letzten katholischen Bischöfe von Pommern oder dem Bisthume Camin, Martin Carith (1499 — 1521) und Erasmus von Manteufel (1522 — 1544) waren würdige Hirten und widersehten sich mit allen Kräften der Einführung des Lutherthums. Aber sie mußten der physischen Gewalt unterliegen. — Der letzte katholische Bischof von Schleswig, Gottschalk von Mefeld (1507 — 1541) war nach dem Zeugnisse protestantischer Autoren „ein Mann von herrlicher Gestalt, von großer Klugheit, scharfem Geiste, eine ausgezeichnete Zierde seines Vaterlandes, Kanzler des Herzogthums, von großer Gelehrsamkeit und Thätigkeit. Er war unermüdet im Predigen und in allen Geschäften seiner Würde.“ Damit stimmt auch der neueste Geschichtschreiber der Reformation in Schleswig, Th. Lau, überein.

Wenn die Inhaber der bischöflichen Stühle zu Köln, Münster, Paderborn damals keine Säulen der Kirche in Deutschland waren, aber gerade diese Diöcesen zum großen Theile katholisch blieben oder es wieder wurden, so scheint

mator Thüringens, Gotha 1867—68, 2 Bde. — Bei J. H. Hennes, Albrecht von Brandenburg, Erzbischof von Mainz und Magdeburg (Mainz 1850) S. 314 lesen wir: „Der Bischof von Lebus, Georg von Blumenthal, zugleich Bischof von Raseburg schloß sich gleichfalls (der Reformation) an; und nach einigem Widerstreben auch der Bischof von Havelberg, Bussio von Alvensleben.“ Herr Hennes führt nicht an, woher er seine Angaben genommen. Die von uns angeführten Protestanten hätten schwerlich darüber geschwiegen. Die Frage über die Apostasie des letzten katholischen Bischofs von Brandenburg, Mathias von Jagow, können und wollen wir hier nicht behandeln. Ein entschiedener Apostat war der letzte Bischof von Samland, Georg von Polenz, der seine Apostasie durch eine Heirath bekräftigte; aber wenn wir diesen Apostaten-Bischof den Polen, in deren Vasallenthum der apostasirte Großmeister Herzog Albrecht übertrat (1525), nicht zuschieben wollen, so können wir Deutsche uns andererseits denselben auch von den Polen nicht zuschieben lassen. Er war gleichsam in terra nullius, und res nullius.

uns daraus zu folgen, daß der Sieg oder die Besiegung der „Reformation“ von der Würdigkeit oder Unwürdigkeit der Bischöfe damals nicht abhängig war. Die Geschichte scheint uns den Satz zu beweisen: kein deutscher Bischof zog damals seine Diöcesanen mit sich in seinen Abfall, kein deutscher Bischof konnte damals seine Diöcesanen vor dem Abfalle bewahren, wenn und wo weltliche Gewalt seine geistliche Gewalt lähmte. So weit Deutschland katholisch blieb, ist es der Kirche erhalten worden durch das Haus Habsburg und das Haus Wittelsbach, sodann durch das Reservatum ecclesiasticum, durch die Durchführung des Grundsatzes, daß ein apostasirender Kirchenfürst aufgehört hat Bischof und Landesherr zu seyn.

Wir sind schon seit zwanzig Jahren der Ansicht, daß im Jahre 1517 die Mehrzahl der deutschen Bischöfe „auf der Warte der Zeit gestanden“ seien, daß man nicht berechtigt sei zu sagen, die Reformation würde, wenn der deutsche Episcopat im Jahre 1517 seinem Berufe entsprochen hätte, nicht gesiegt haben, daß vielmehr, wenn heute dieselben rohen und gewaltigen Fäuste entscheiden würden, welche der Reformation zum Durchschlagen und zum Siege verholfen haben, es heute ebenso gehen würde.

LXIII.

Aus dem Berliner Zollparlament.

III.

Den 12. Juni 1868.

Indem wir noch einmal auf die politischen Stellungen zurückkommen die sich im Zollparlament gebildet haben oder aus demselben hervorgegangen sind, dürften wir wie von selbst auf die Bahn der Glossen zur Tagesgeschichte geführt werden. Mehr oder minder deutlich haben alle Mitspielenden in den Schlußakten der Versammlung deutsche Zukunftspolitik getrieben und zwar, wie sich von selbst versteht, mit gebührender Rücksicht auf den unwirschen Nachbar jenseits des Rheins. Von ihm zu reden wäre aber in diesem Moment ohnehin die unerläßliche Aufgabe der „Zeitläufe“ gewesen.

Wie gesagt sind alle großen Parteien des Parlaments bis auf die „Süddeutsche Fraktion“ darin einig, daß die Mainlinie nur die zeitweilige und imaginäre Grenze des Nordbundes sei; über die Mittel und die Opportunität der Ueberschreitung sind sie verschiedener Ansicht, aber daß die Grenze früher oder später verschwinden müsse, das ist ihre einmüthige Ueberzeugung. Nachdem selbst ein Parteiführer mit der markirt fortschrittlichen Vergangenheit eines Marquard

Barth es über sich gebracht hat, bei dem feierlichen Zweckessen auf der Berliner Börse einen begeisterten Trinkspruch auf den Grafen Bismarck auszubringen, als auf den Mann welcher endlich dem Heil Deutschlands die Bahn gebrochen habe: nachdem dieses geschehen, muß man allgemein glauben, daß die Fusion der national-liberalen Fortschrittspartei mit den preußischen „Junkern“ vollkommen und perfekt sei. Die Fusion nämlich in der dynastischen Frage, wenn uns dieser Ausdruck hier erlaubt ist; es gibt für beide Parteien nur mehr Einen allerhöchsten Herrn diesseits und jenseits des Rhins.

Wir stoßen also hier abermals auf die Erscheinung unnatürlicher Allianzen, in welchen wir eine der ungesundesten Folgen der Ereignisse von 1866 zu beklagen haben. Vor dieser Katastrophe pflegten unsere Parteien ihre homogenen Ansichten zu behaupten über die Fragen der innern und äußern oder deutschen Politik. Man fand keinen Kreuzzeitungsmann mit nationalvereinlichen Ideen gekrönt, und der Fortschrittsmann detestirte die junkerlichen Anschauungen vom preußischen Beruf. Ihre Principien und Parteilehren von Staat und Gesellschaft gingen jeder Partei über Alles, der Einen die Grundsätze der christlich-germanischen Reaktion, der andern die Dogmatik des politischen Nationalismus von 1789; und dieser Unterschied bestimmte sie in allen Fragen von der Basis bis zur Spitze. Das einzige Verhältniß in dem die Parteien zu einander standen, war das des offenen ehrlichen Kampfes.

Jetzt ist das Alles anders geworden. Die Parteien sind in sich zerrissen und unter der Rubrik für oder gegen den „Beruf“ Preußens durcheinander gewürfelt. Denn nicht nur auf preußenfreundlicher Seite finden die unnatürlichen Allianzen statt, sondern auch auf der Gegenseite; freilich mit dem wesentlichen Unterschiede daß derlei Allianzen dort freiwillig, hier erzwungen, dort offensiver, hier nur defensiver

Natur sind. Auf beiden Seiten aber bleibt sich die Eine Wirkung naturnothwendig gleich, daß nämlich nicht alle Parteien mit derselben Unversehrtheit ihrer Principien auf solche Vereinigungen entgegengesetzter Elemente zum bestimmten Zweck eingehen können. Und zwar ist die Partei deren Grundsätze dabei unfehlbar tödtlichen Schaden und Schwächung erleiden müssen, jedesmal die conservative. So möchte ich z. B. den Süddeutschen von der Opposition sehen, der nicht wesentlich demokratischer gestimmt vom Berliner Zollparlament heimgekehrt ist als er hingegangen war, oder das Mitglied der „Junkerpartei“, das mit so ungemischten Empfindungen wie zuvor auf Dr. Bölk und Genossen hinblickt.

Ohne alle Frage ist mit der im Zollparlament vorerst verkörperten Wendung der deutschen Sache der Untergang des Conservatismus auch in den Angelegenheiten der innern Politik vollends besiegelt. Ich möchte sagen, man habe in Berlin mit leiblichen Augen die letzten Zuckungen des fraglichen Patienten beobachten können. In Preußen allerdings mag sich der Todeskampf scheinbar und auf galvanischem Wege noch in die Länge ziehen. Denn dort sind die siegreichen Machthaber aus den conservativen Reihen der frühern Aera hervorgegangen; der Wurm sitzt daher vorderhand nur erst innen. In Süddeutschland war bezüglich der Antecedentien das Gegentheil der Fall, und das was man Conservatismus heißt, steht hier überhaupt längst in der blauen Luft.

Herr Dr. Bölk aus Augsburg hatte einer seiner glücklichsten Inspirationen, als er in der bayerischen Kammer wiederholt und neuerdings in einer Volksversammlung zu Berlin seine Partei, die des fortschrittlichen Anschlusses an den Nordbund nämlich, als die Partei der „dynastisch Conservativen“ bezeichnete. Die Männer welche er mit diesem Namen bezeichnet, haben in den süddeutschen Kammern allmählig das ganze Gebäude auf welchem die fürstliche Kleinmonarchie sozusagen als zweckentsprechendes Dach geruht

hat, Stein für Stein abgebrochen; sie wollen nun das abgeräumte Terrain mit der preussischen Machtsphäre überdachen; aber gleichsam in der Form von Erkerthürmchen wollen sie die noch vorhandenen fürstlichen Spitzen stehen lassen. Einen weitem Zweck und eine weitere Bedeutung hätte diese Conservirung natürlich nicht als den eines Scheintrostes für das gutmüthige Volk, welches die Selbstständigkeit seiner Einzelländer nicht aufgeben will. Für dieses Volk und zur Begünstigung desselben sollen die fürstlichen Symbole erhalten werden; einen realen Inhalt würden sie nicht mehr haben weder nach innen noch nach außen. Denn nach innen regiert dann die Partei in der Kammer und nach außen Preußen mit dem Parlament. Früher oder später würden die fraglichen Symbole als überflüssiger Zierath erscheinen; und die Partei der „dynastisch Conservativen“ könnte sich in der That auf die Weisheit des alten Spruches vollkommen verlassen: kommt Zeit, kommt Rath. Es käme Alles nur darauf an, daß die noch übrigen Fürstenthrone sich von ihr, von der national-liberalen Partei, als dynastischer Schutzmacht conserviren und beziehungsweise garantiren lassen wollten.

Das ist aber factisch und moralisch seit geraumer Zeit bereits der Fall gewesen, und zwar nicht bloß in dem Musterlande Baden. Gerade auch in dem Lande welches hier den Ausschlag gibt, ist man bis auf diese Stunde fortwährend und völlig systematisch beflissen gewesen der Fortschrittspartei in allen Dingen, in Sachen der Gesetzgebung und der Verwaltung, den Willen zu thun, um sich ihren — dynastischen Conservatismus zu verdienen. Man hat nie mehr gefragt, ob diese oder jene Maßregel wirklichen Bedürfnissen des Volkes entspreche, ob dieses oder jenes Gesetzesprojekt nicht vielmehr den Unwillen der großen Mehrheit hervorrufen und höchst unpopulär seyn würde; man hat sich einzig und allein die Wünsche und Anforderungen der Partei gesagt seyn lassen und zur Richtschnur genommen, als wenn in der That Thron

und Krone verloren sei, wenn diese Partei ihre Schultern unter dem vergoldeten Sessel wegziehen würde. Von einem Vertrauen auf das Volk als solches und im Allgemeinen war so wenig mehr die Rede, daß man vielmehr endlich daran- ging das Volk selber nach dem Willen der Partei umzuge- stalten und mittelst der Schule so abzuändern, wie die Partei es wünschen muß. Damit hat man dem Triumph der Partei die Krone aufgesetzt.

Nun erwäge man wohl, wie die Stellungen zu der großen Frage in Wirklichkeit waren und annoch sind. Der im eigenen Lande in solcher Weise hochgestellten Anschluß- partei der „dynastisch Conservativen“ standen im Zollparla- ment die Gegner des Anschlusses gegenüber. Sie protestirten im Namen der großen Mehrheit ihres Volkes. Aber dieses Volk gilt ja im eigenen Lande nichts gegenüber der andern Partei; was konnten sie also hoffen, diese Volks-Conservativen — wenn ich im Gegensatz zu den „dynastisch Conservativen“ diesen Ausdruck gebrauchen darf — wie konnten sie insbe- sondere mit irgend einer Aussicht auf Erfolg über positive Vorschläge oder Programmsätze in ihrem Sinne sich verein- baren, zu deren Durchführung immerhin der Hebel im eigenen Lande angelegt werden müßte?

Dennoch hat ein Theil der „Süddeutschen Fraktion“ den Versuch gewagt. Es waren nur 17 Männer welche an der Berathung persönlich Theil nahmen. Denn viele Mit- glieder hatten körperlich und geistig angegriffen die Spreestadt bereits verlassen. Es war sehr gut, daß jene Anzahl von Angehörigen der Fraktion ihre Stimme zum Schlusse noch vernehmen ließ; schon aus dem Grunde war es gut, weil bei den Festlichkeiten mit welchen die Zurückgebliebenen officiell und nichtofficiell überschüttet wurden, auch manches weniger bemessene Wort gefallen ist. Aber was ist nun von dem Ausfall des Versuchs oder dem Inhalt der Erklärung selber zu halten, welche dem Rechenschaftsbericht vom 24. Mai angehängt ist?

Mehrere von den anwesenden Mitgliedern haben ihre Unterschrift nicht gegeben, einige andere haben auch nachträglich nicht unterzeichnet. Zu den letztern gehören namentlich etliche Conservative im alten Sinne des Wortes aus dem Lande, wo die „dynastisch Conservativen“ von der Fortschrittspartei, wenn nicht in eigener Person, so doch durch verlässige Geschäftsträger am Ruder sind. Was hielt diese und jene Männer ab ihre Unterschrift zu geben? Doch gewiß nicht die bedenkliche Scheu vor einer Demonstration gegen die bestehende Regierung in der Heimath. Schreiber dieser Zeilen wenigstens ist mit allen seinen Wünschen bei der Absicht seiner Collegen, aber nicht mit seinem — Vertrauen. „Ich höre wohl die Worte, aber es fehlt mir der Glaube.“

Die Verwirklichung des Programms, welches die betreffenden Mitglieder der „Süddeutschen Fraktion“ als Abschiedswort zu Berlin hinterlassen haben, hätte zweierlei Schwierigkeiten zu überwinden, äußere und innere. Vor Allem müßte die Partei der „dynastisch Conservativen“ mit allen ihr zugeneigten Elementen in den süddeutschen Ländern selber aus der Macht gedrängt und gestürzt werden. Die entschiedensten Gegner der Partei müßten an's Ruder gelangen und deren lang geübten Einfluß mit der Wurzel ausreißen. Solch eine Veränderung des Regiments müßte namentlich in Bayern und Baden eintreten. Hält man nun die Aufgabe in Wirklichkeit für so leicht wie es scheint? Das wird die erste Frage seyn die sich bei der Betrachtung des vorliegenden Dokuments aufdrängt.

Warum nicht? mag dieser oder jener sagen. Bedarf es ja weiter nichts, als daß den fürstlichen Herrn die Augen geöffnet werden über die eigentliche Beschaffenheit der Loyalität deren die Partei der „dynastisch-conservativen“ Anschlußmänner sich rühmt; die Fürsten werden dann die anstößigen Ministerien ändern; neue Regierungen werden die bestehenden Kammern auflösen; die Neuwahlen werden der

„Volkspartei“ das entschiedene Uebergewicht in den constitutionellen Versammlungen verschaffen, und damit Basta! Nun allerdings, wenn damit in Wirklichkeit Alles gethan wäre, dann möchte die Aufgabe so schwierig nicht erscheinen. Aber es erhebt sich ja doch zunächst die Frage, wie sodann die nöthige Kraft und Lebensfähigkeit des neuen Regime's gesichert und gegen das Wiedereindringen der beseitigten Partei sozusagen die Löcher verstopft werden sollten?

Darauf gibt die Erklärung mit ein paar Worten Auskunft, wie sie eben förmlich stereotyp geworden sind. Wir suchen, heißt es da, unsern Erfolg „in einer entschieden freisinnigen Politik.“ Allerdings ist der Sinn dieser Worte nicht näher erläutert; aber nach der Analogie der in ähnlichen Aktenstücken als unentbehrlich immer wieder kehrenden Phrase darf man wohl annehmen, daß die Herren Verfasser sagen wollten: wir werden in den inneren Fragen unerschütterlich dem System des Liberalismus huldigen. Dieß ist nun gerade der fatale Punkt, an dem allein schon der ganze Plan scheitern müßte. Das System des Liberalismus ist es ja eben wodurch die Gegenpartei zu ihrer Macht gelangt war; wer immer in der innern Politik demselben System gehorcht, der schüttet fortwährend nur Wasser auf die Mühle der Gegner. Er ist immer bis zu einem gewissen Grade der Mitinteressent und Arbeitsgenosse der Gegenpartei, und an eine innerliche und wahrhafte Ueberwindung dieser Partei ist unter solchen Umständen gar nicht zu denken, vielmehr wird dieselbe, Dank ihrer Consequenz, nach kurzer Frist immer wieder über die Halbheit emporkommen und aus den gemeinsamen Prämissen des politischen Rationalismus mit ihrem regelrechten Schluß — die Oberhand behalten.

Nur durch eine auf grundsätzlichen Conservatismus gebaute innere Politik könnte der Anschlußpartei der „dynastisch Conservativen“ mit Erfolg entgegen gearbeitet werden. „Wir werden uns in der innern Politik ausschließlich nach den

wirklichen Bedürfnissen und dem ausgesprochenen Willen des Volkes richten und jedem doktrinären System entsagen“: so müßte das Programm einer entschiedenen Selbstständigkeits-Partei lauten. Wer den Erfolg im liberalen Wettstreit mit der Fortschrittspartei suchen will, der ist sicher von vorneherein verloren. Sind ja auch unsere Staaten nicht von ungefähr in ihre äußerst bloßgestellte Lage gekommen, sondern dadurch daß sie von sich selber abgefallen waren und ihren Selbstzweck an den kosmopolitischen Liberalismus verpuppelt hatten.

Aber wir sind weit entfernt denjenigen einen Vorwurf daraus zu machen, welche sich in dieser Beziehung der gewohnten Täuschung und stereotypen Redewendungen hingeben. Die Grundsätze des alten Conservatismus sind nun einmal innerlich ausgelebt, weil sie von oben wo sie anknüpfen mußten, längst verläugnet und verlassen worden sind; es läßt sich mit diesen Grundsätzen heute einfach nichts mehr machen. Eine conservative Partei auf neuer Basis, die ihre Stütze ebenso im wirklichen Volk suchen müßte, wie die altconservative Partei sich principiell an die Gottesgnadenthümer anlehnte — eine solche Partei existirt aber noch nicht und wird sich gewiß auch dann erst bilden, wenn die Elemente der großen socialen Frage parteischaffend in das allgemeine Bewußtseyn eingetreten sind. Dann wird sich scharf und entschieden eine conservirende Volkspartei gegenüber der fortschrittlichen Bourgeoisie erheben; die Weisheit auf der Gasse wird die Dogmatik der erstern seyn, und dieser Lehre wird der künstliche Doktrinarismus der letztern nicht Widerstand leisten können. Ähnliches erfährt man jetzt schon in der Schweiz. Solange aber die Anschlußpartei der Fortschrittlichen mit keinem andern Gegner zu thun hat als mit dem wetteifernden Liberalismus einer Nichtanschlußpartei, solange dürften höchstens einzelne Gewitter den Böck'schen Frühling stören, aber nicht der natürliche Winter.

Wir kommen nun zu den inneren Schwierigkeiten welche uns der Verwirklichung des Programms unserer Kollegen entgegenzustehen scheinen. Sie wollen eine „feste Verbündung der süddeutschen Staaten“ gründen, aber sie versprechen zugleich „die kräftige Erfüllung der vertragsmäßigen Pflichten“ welche uns an Preußen ketten. Einerseits also wollen sie zur thatkräftigen Bewahrung unserer staatlichen Selbstständigkeit das Projekt des „Südbunds“ verwirklichen, andererseits aber wollen sie auch getreulich an den Verträgen halten welche uns die „unabhängige und internationale Existenz“, um den uns betreffenden Ausdruck des Prager Friedensvertrags zu gebrauchen, zu Gunsten der preußischen Oberherrslichkeit absolut unmöglich gemacht haben und fortwährend machen.

Wenn uns darin ein innerer Widerspruch zu liegen scheint, so stehen wir mit dieser Ansicht nicht allein. Auch die „Demokratische Correspondenz“ welche als Organ der Volkspartei in Stuttgart erscheint, erklärte auf den ersten Blick: „Wie die Dinge nun stehen, beginnt die Cooperation der Süddeutschen, soweit sie auf Grund der Erklärung vom 24. Mai erfolgen soll, leider mit einem innern Widerspruch.“ Das Stuttgarter Organ hätte die Beziehung auf die Verträge mindestens ganz weggewünscht, da die darin ausgesprochene Betonung der vertragsmäßigen Pflichten den Anschauungen der Volkspartei schnurstracks widerspreche; das Organ ersieht auch nicht den mindesten zwingenden Grund, diese Verträge die wie ein Werk der Zeit, so doch wahrlich auch nur eine Frage der Zeit seien, mit besonderm Nachdruck in einem solchen Programm voranzustellen.

Mit dem gerügten Widerspruch in sich hat es nun allerdings seine Richtigkeit. Indem der Prager Friedensvertrag die unabhängige internationale Existenz der süddeutschen Staaten verbürgen wollte, ordnete er eine engere Vereinigung derselben an, welche sodann in nähere Verbindung mit Nord-

deutschland zu treten habe. Hätten Frankreich und Oesterreich damals die bereits abgeschlossenen geheimen Conventionen vom August 1866 und den nachherigen Zollvereins-Vertrag vom 8. Juli 1867 gekannt, dann wäre sicher der angezogene Artikel über den Südbund nicht in den Prager Friedensvertrag gekommen. Denn um zu erkennen, daß ein solcher Bund mit und neben den gedachten preußischen Verträgen nicht bloß ein innerer Widerspruch sondern eine praktische Unmöglichkeit ist, braucht man sich nicht weit umzusehen. Man braucht sich eigentlich nur zu fragen: was denn unter den obwaltenden Umständen der Südbund noch zu thun und zu entscheiden haben würde?

Ohne Zweifel ist die Erklärung vom 24. Mai so zu verstehen, daß der eventuelle Südbund mit einer parlamentarischen Verfassung auszustatten sei. Und in der That wäre ein solches Parlament schon als zusammenhaltendes Band und als wachsame Hutmütze über den Bewegungen der Kabinetts-politik schlechtthin unentbehrlich. Wenn nun aber die Verträge mit Preußen daneben in Kraft bleiben sollen, was würde dann für die Competenz des Südbunds-Parlaments noch erübrigen? Die hohe Politik wäre dem Parlament untersagt bis auf die leere Wortmacherei; denn die oberste Verfügung über die militärischen Kräfte Deutschlands liegt in der Hand des Königs von Preußen. Daß damit auch der Freiheit diplomatischer Entschließungen der Nerv abgeschnitten ist, weiß alle Welt. Die wichtigsten materiellen Interessen, alle Zoll- und Handelsangelegenheiten gingen das Bundes-Parlament nichts an; denn dieselben resortiren vom Zoll-Parlament in Berlin. Ueber die Fragen der innern Politik hätte das Bundes-Parlament nichts zu sagen; denn hier würden die Kammern der einzelnen Länder ihre Competenz vertheidigen und ihrer Haut sich wehren. Wo also läge die Befugniß- und Machtssphäre des Südbunds-Parlaments? Ich weiß es nicht zu sagen, und die Erklärung vom 24. Mai bringt hierüber gleichfalls nur dunkle Wendungen vor.

Das Organ der württembergischen Demokratie scheint uns somit vollkommen im Rechte, wenn es behauptet: entweder keine Verträge mit Preußen mehr oder keinen Südbund, ein Drittes gebe es nicht. Der Südbund hätte bei den bekannten Eifersüchteleien und Unverträglichkeiten zwischen Isar und Riesenbach unter allen Umständen mit großen Hindernissen zu kämpfen; er würde aber unbedingt nur dann zu irgendeiner Bedeutung gelangen können, wenn die August- und Juli-Verträge mit Preußen vorher oder nachher abgeschüttelt würden. Und käme der Südbund auch wirklich ohne einen solchen Bruch und nach der wörtlich verstandenen Intention der Erklärung vom 24. Mai auf die Welt, so brächte er doch unfehlbar die erbsündliche Neigung mit, sich stets gegen die Verträge aufzulehnen und auf Kosten derselben sein eigenes Gewicht geltend zu machen. Alles das ist mathematisch gewiß und in der Natur der Dinge begründet. Ich verüble es daher auch den norddeutschen Organen gar nicht, wenn sie hinter jedem Südbunds-Projekt offenen Verrath und Vertragsbruch lauern sehen, und wenn sie Zeter und Mordio schreien über das Abschiedswort aus der „Süddeutschen Fraktion“.

Beim Zollparlament hat Niemand die Kraft und Verbindlichkeit der gedachten Verträge in Frage gestellt; im Gegentheile hat mehr als Ein Parteiführer aus der Opposition das treue Festhalten an denselben mit warmen Worten bekannt. Das hatte nicht nur den Einen Grund, daß die „Süddeutsche Fraktion“ der Rechtsbasis dieser Verträge selber bedurfte als festen Bollwerks gegen jede Ueberschreitung der dem Zollparlament zugemessenen Competenz. Es war noch ein anderes Motiv im Spiele. Das nationale Gefühl sagt immerhin einem Jeden, daß wir, wenn diese Verträge nicht bestünden, gegen jeden Angriff des Auslandes auf eine deutsche Macht aus freien Stücken zusammenstehen müßten. Leider sind wir nun durch Brief und Siegel gezwungen zu thun

was wir lieber freiwillig gethan hätten; aber es zu thun, wird darum nicht minder unsere nationale Pflicht seyn. So dachten wir beim Zollparlament und wir hätten uns von Niemand des Gegentheils verdächtigen lassen.

Wenn wir aber dieser Anschauung treu bleiben wollen, so werden wir uns das Südbunds-Projekt denn doch zweimal ansehen müssen. Wer den Südbund will als natürlichen Mauerbrecher gegen die Verträge, der steht in naher Gefahr, das was er Anfangs vielleicht nur gezwungen nicht thun will, vielleicht bald auch freiwillig nicht mehr thun zu wollen. Daß aber im Grunde Jeder der den Südbund will, bewußt oder unbewußt, darin ein Mittel der Emancipation von dem uns drückenden preussischen Joche erblicken muß, das haben wir bereits nachgewiesen. Bei der Discussion in der Presse scheint uns auch jetzt schon die Thatsache grell an's Licht zu treten, daß die rechten Eiferer für das Projekt einer solchen Schutzwehr unserer Selbstständigkeit unter Umständen ganz geneigt wären die übergreifende Hegemonie-Macht in Norddeutschland zur wohlverdienten Züchtigung dem Ausland preiszugeben. Und in der That, es ist in dieser Verirrung mehr politische Natur und Logik als in dem abstrakt tadellosen Standpunkt der Erklärung vom 24. Mai!

Wer kann im Ernste daran zweifeln, daß es für den westlichen Nachbar eine Sache der Unmöglichkeit ist die Entwicklung der deutschen Dinge auf dem von Preußen gebahnten Wege ruhig sich vollziehen zu lassen? Frankreich muß sich einmischen, es muß den Versuch wagen eine Consolidirung der deutschen Neugestaltung in der Weise zu erzwingen, wie sie den stets heiligst gehaltenen Traditionen der französischen Politik mehr oder weniger entspricht; nur der Monat oder die Woche wo dieß geschehen wird, läßt sich noch nicht voraussagen. Der französische Herrscher wird aber sicher nicht der Kriegserklärung einen Plan auf Zerreißung der deutschen Nation und fremde Eroberung in deutschen Landen mitgeben.

Er wird im Gegentheil auf jeden Gewinn aus deutschem Besitze verzichten, er wird, wie Frankreich noch in jedem derartigen Falle gethan und gesprochen, als völlig uneigennütziger Vertheidiger der *libertas germanica*, der „deutschen Freiheit“ gegen preußische Unterdrückung, wie früher gegen die Habsburgische Hausmacht, auftreten. Dazu bedürfe es, wird er sagen, vor Allem der Gründung eines unabhängigen Südbundes. Damit dieser Südbund vor preußischer Vergewaltigung künftig sicher sei, müsse dann allerdings die Karte Norddeutschlands, insbesondere der Länder am Rhein einigermaßen anders arrangirt werden; aber er selber wird feierlich jedes Gelüste nach einem größern oder kleineren Stück Rheinland abschwören. So wird die Sprache lauten; ja so ist sie seit geraumer Zeit schon im tiefsten Vertrauen in süddeutsche Ohren geflüstert worden. Hintennach und wenn das Unternehmen glücklich von Statten geht, braucht man es ja doch mit solchen Zusagen so genau nicht zu nehmen, und kann man jedenfalls nicht zur Rechenschaft gezogen werden, wenn das vorausgeschickte Programm einzelne Aenderungen erleiden sollte.

Nun denke man sich den Fall, daß ein Südbund, in der Gründung und in dem Kampf um Gewinnung seiner Competenz begriffen, solch eine Sprache von Paris her vernehme. Wird die Südbunds-Partei nicht das Echo ihrer eigenen Gedanken zu hören glauben, wird die Lockung nicht unwiderstehlich seyn? Unsere Beschwerden gegen Preußen sind so berechtigt, der völlige Verlust unserer Selbstständigkeit an die Hohenzollern'sche Hausmacht ist, wenn der natürlichen Entwicklung der Dinge keine Störung von außen entgegentritt, so unfehlbar gewiß, daß wahrlich ein nicht geringes Maß deutscher Treue und moralischen Muthes dazu gehört solch eine Lockung nicht geradezu herbeizuwünschen. Dennoch würden wir es nach wie vor für das ärgste aller Mißgeschicke ansehen, wenn die deutsche Geschichte auf einem neuen

Blatt der Schmach erzählen müßte, daß im neunzehnten Jahrhundert noch einmal ein deutscher Partikularismus gegen den andern mit französischer Hülfe gerettet worden sei.

Solange wir uns auf den negativen Standpunkt beschränken, wollen wir alle weder das Eine noch das Andere: weder die allmähliche Verschlingung durch Preußen noch die französische Rettung. Sobald wir aber mit positiven Vorschlägen hervortreten wollen, stehen wir bei den ehrlichsten Gesinnungen sofort in Gefahr aus der Schylla in die Charybdis zu gerathen. Es ist nicht unsere Schuld, es ist die Schuld der unseligen Art und Weise wie Preußen seinen Sieg im Bürgerkrieg ausgebeutet hat, ausgebeutet gegen deutsches Recht und deutsche Freiheit zur brutalen „Vergrößerung der Hohenzoller'schen Hausmacht“, daß wir für unsere Besonderheit die preußische Macht nicht weniger zu fürchten haben als die französische Intrike und Einmischung für das Ganze. So sind wir in die verzweifelte Lage zwischen zwei Feuern gekommen, aus der wir vergeblich einen gefahrlosen Ausgang suchen, und von der Niemand weiß wohin sie in dem wirrnißvollen Moment der letzten Entscheidung treiben wird. Wir können das nicht ändern; aber schaffen wir wenigstens kein Präjudiz bei kaltem Blut!

Allerdings wäre es an Preußen und nur an Preußen der Gefahr zuvorzukommen, welche aus der thatsächlichen Lage und Stimmung des süddeutschen Volkes unzweifelhaft hervorgeht. Preußen müßte uns die Basis schaffen auf der wir ein Programm wahrhaft deutscher Politik aufstellen könnten; denn Preußen hat uns diese Basis unter den Füßen weggezogen. Preußen müßte einen großen Schritt zurückthun; und doch wäre es nur der Schritt von der Hohenzoller'schen Hausmachts-Politik zur deutschen Reichs- und Rechtspolitik und zur Achtung des Begriffs deutscher Nation. Der norddeutsche Bund müßte aufhören nichts weiter zu seyn als „der Hund und seine Flöhe.“ Dann würde im

Süden wohl Niemand mehr auf den Gedanken kommen, durch die Gründung eines cismainischen Separatbundes unsere politischen Genossen und Leidensbrüder in Norddeutschland thatsächlich aufzugeben und im Stiche zu lassen. Dann wäre wenigstens das Grundübel der gegenwärtigen Spannung beseitigt, welches darin besteht, daß wir unter allen Umständen für unsere Besonderheit die preußische Macht nicht weniger zu fürchten haben als die französische Intrike und Einmischung für das Ganze.

Graf Bismark soll nicht selten gegen vertraute Freunde geäußert haben: ihm seien die Dinge eben selber über den Kopf gewachsen; und er soll die billige Rücksicht ausdrücklich in Anspruch nehmen, daß man nicht an Allem was seit den böhmischen Siegen geschehen, ihm die Schuld zuschreibe. Mag er sich vor der Oeffentlichkeit anstellen wie er will: innerlich „fürchtet“ er doch! Nun ist es zwar immerhin möglich, daß das Glück diese preußische Politik auch im letzten und großen Entscheidungskampfe nicht verläßt. Unsere staatliche Existenz wird dann verloren und die süddeutsche Opposition an ihrem Ende angekommen seyn. Aber auch der Cäsarismus!

Ueberhaupt wird kein Königthum eines solchen Sieges froh werden. Will die Monarchie die schuldige Sühne nicht leisten, so wird es über kurz oder lang eine andere Staatsform ganz von selbst thun. Die Zeit für „Hausmachts-Politik“ ist nun einmal vorbei. Ein größerer Fürst kann kleinere aufzehren, wenn er den Stel überwindet; aber — Völker lassen sich nicht mehr verdauen wie ehemals in der Weltperiode des Feudalismus. Wenn Alles neu werden soll auf unserm Continent, dann wird auch der „dynastische Conservatismus“ modernsten Schnitts nicht lange mehr Farbe halten.

